

DIPLOMATISCHE DOKUMENTE
DER SCHWEIZ

DOCUMENTS DIPLOMATIQUES
SUISSES

DOCUMENTI DIPLOMATICI
SVIZZERI

23

1. 1. 1964–31. 12. 1966

KOMMISSION FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG
DIPLOMATISCHER DOKUMENTE DER SCHWEIZ

COMMISSION POUR LA PUBLICATION DE
DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES

COMMISSIONE PER LA PUBBLICAZIONE DI
DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

DIPLOMATISCHE DOKUMENTE DER
SCHWEIZ
DOCUMENTS DIPLOMATIQUES
SUISSES
DOCUMENTI DIPLOMATICI
SVIZZERI

BAND – VOLUME 23

(1. 1. 1964–31. 12. 1966)

FORSCHUNGSGRUPPE – GROUPE DE RECHERCHE – GRUPPO DI RICERCA:
Forschungsleiter – Directeur de la recherche – Direttore della ricerca

Sacha Zala

Mitarbeiter/innen – Collaborateurs/Collaboratrices – Collaboratori/Collaboratrici

Marc Perrenoud

Dario Gerardi

Maurizio Rossi

Ursina Bentele

Marisa Birri

Thomas Bürgisser

Franziska Ruchti

CHRONOS VERLAG, ZÜRICH
ARMANDO DADÒ, LOCARNO
ÉDITIONS ZOÉ, GENÈVE

KOMMISSION FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG
DIPLOMATISCHER DOKUMENTE DER SCHWEIZ

COMMISSION POUR LA PUBLICATION DE
DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES

COMMISSIONE PER LA PUBBLICAZIONE DI
DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

Präsident	Hans Ulrich Jost, Professeur honoraire à l'Université de Lausanne (Bureau)
Vizepräsident	Andreas Kellerhals, Direktor des Schweizerischen Bundesarchivs (Ausschuss)
Sekretär	Beat Immenhauser, stv. Generalsekretär der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (Ausschuss)
Direttore	Sacha Zala, Universität Bern (Ufficio)
Mitglieder / Membres / Membri	
Rudolf Bolzern	Sekretär des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
Daniel Bourgeois	a. Adjoint scientifique aux Archives fédérales suisses
Jean-Marc Comment	Chef de l'Unité des techniques de l'information aux Archives fédérales suisses (Bureau, jusqu'à 2010)
Adelheid Jann	Leiterin Abteilung Informationszugang des Schweizerischen Bundesarchivs (Ausschuss, ab 2011)
Andreas Gross	Nationalrat
Sébastien Guex	Professeur à l'Université de Lausanne
Georg Kreis	em. Professor an der Universität Basel
Carlo Moos	em. Professor an der Universität Zürich
Francis Python	Professeur à l'Université de Fribourg
Davide Rodogno	Professeur à l'Institut des Hautes Etudes Internationales et du Développement
Matthias Schulz	Professeur à l'Université de Genève
Brigitte Studer	Professorin an der Universität Bern
Laurent Tissot	Professeur à l'Université de Neuchâtel
Andreas Wenger	Professor an der ETH Zürich
François Wisard	Chef du Service historique du Département fédéral des affaires étrangères (Bureau)
Markus Zürcher	Generalsekretär der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften

© 2011 Chronos Verlag, Zürich

ISBN 978-3-0340-1082-5 (Chronos Verlag, Zürich)

ISBN 978-88-8281-324-6 (Armando Dadò Editore, Locarno)

ISBN 978-2-88182-852-2 (Éditions Zoé, Genève)

TABLE DES MATIÈRES / INHALTSÜBERSICHT / INDICE

I.	Vorwort / Avant-propos / Prefazione	VII
II.	Editorische Notiz / Note éditoriale / Introduzione editoriale....	XVII
III.	Einleitung.....	XXXI
IV.	Abkürzungen / Abréviations / Abbreviazioni.....	XXXIX
V.	Dokumentenverzeichnis / Table des documents / Indice e sommario dei documenti	XLVII
VI.	Dokumente / Documents / Documenti.....	1
	Anhang / Annexes / Appendice	
VII.	Thematisches Verzeichnis / Table méthodique / Tavola metodica	449
VIII.	Register / Index / Indice	451
VIII.1.	Personenregister / Index des noms de personnes / Indice delle persone	451
VIII.2.	Körperschaftsregister / Index des organisations / Indice delle organizzazioni	474
VIII.3.	Register der geografischen Bezeichnungen / Index des noms géographiques / Indice dei nomi geografici	485
IX.	Verzeichnis der benutzten Bestände / Liste des fonds utilisés / Lista dei fondi utilizzati	491
X.	Verzeichnis nicht frei gegebener Dossiers der Eidgenossenschaft im Schweizerischen Bundesarchiv / Liste des dossiers de la Confédération non accessibles dans les Archives fédérales suisse / Elenco dei fascicoli della Confederazione non accessibili nell'Archivio federale svizzero	495

I. VORWORT

Das Anliegen der Reihe *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (DDS) ist ein wissenschaftliches und praktisches zugleich. Den verantwortlichen Herausgeberinnen und Herausgebern geht es darum, der Forschung und der Öffentlichkeit eine Auswahl an amtlichen Quellen zur Verfügung zu stellen, die für eine Rekonstruktion und das Verständnis der Geschichte der Aussenbeziehungen und der transnationalen Verflechtung der Schweiz zentral ist – eines neutralen Staates, der jedoch zutiefst ins internationale System eingebunden ist.

Als Unternehmen der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) stehen die DDS unter dem Patronat der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte (SGG) und können auf die starke Unterstützung des Schweizerischen Bundesarchivs (BAR), des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung zählen. Die Verantwortung für die Publikation trägt die Kommission für die Veröffentlichung Diplomatischer Dokumente der Schweiz, in der die historischen Institute der Schweizer Universitäten und Hochschulen, das Bundesarchiv, das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten, die Schweizerische Akademie für Geistes- und Sozialwissenschaften und der Schweizerische Nationalfonds vertreten sind.

Die erste Serie der *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* deckt in 15 Bänden die Periode 1848–1945 ab und umfasst insgesamt mehr als 7000 Dokumente. Diese Bände wurden retrodigitalisiert und sind online verfügbar. Die zweite Serie wird sich über die Periode 1945–1989 erstrecken. Die Bände 16–21 dokumentieren den Zeitraum von 1945 bis 1961, das heisst die Amtsperiode von Bundesrat Max Petitpierre (1899–1994) als Vorsteher des Politischen Departements. Der 2009 publizierte Band 22, der die Jahre 1961 bis 1963 umfasst, führte uns in die Problematik der 1960er Jahre hinein, die nun im Band 23 zu den Jahren 1964 bis 1966 vertieft zum Ausdruck kommt. Die Aussenpolitik der 1960er Jahre wurde dabei nicht nur von den neuen Vorstehern des Politischen Departements, Friedrich Traugott Wahlen (1899–1984) bis Ende 1965, danach Willy Spühler (1902–1990), geprägt, sondern auch durch Hans Schaffner (1908–2004), den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, massgeblich beeinflusst. Schaffner, zuvor Direktor der für die Aussenpolitik zentralen Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, wurde am 15. Juni 1961 in den Bundesrat gewählt, während Wahlen die Nachfolge von Petitpierre am 1. Juli 1961 antrat. Mit dieser neuen Besetzung des Politischen und des Volkswirtschaftsdepartements konsolidierte sich zusätzlich das Primat des Aussenhandels und der Wirtschaftsinteressen, auch in der Entwicklungszusammenarbeit. Paul R. Jolles (1919–2000), Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge, umriss dieses Konzept 1963 in einer Grundsatzrede zum schweizerischen Staatsgedanke in der Aussenpolitik, in der er stark betonte,

dass der Schwerpunkt der Etnwicklungszusammenarbeit «auf wirtschaftlichem und handelspolitischem Gebiet [liegt], in der Gewährung des freien Zugangs zum importkräftigen schweizerischen Markt mit niedriger Fiskalbelastung und in der privaten schweizerischen Unternehmertätigkeit in den Entwicklungsländern» (dodis.ch/32126).

Der nun vorliegende, unter der Leitung von Sacha Zala erarbeitete Band 23 eröffnet uns ein reichhaltiges Bouquet von Quellen zu dieser Aussenpolitik der Jahre 1964, 1965 und 1966. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Uhrenexporte nach den Vereinigten Staaten, die wegen der Apartheid zunehmend umstrittenen Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika und das die italienischen Gastarbeiter betreffende Emigrationsabkommen dokumentieren eindrücklich die Bedeutung aussenwirtschaftlicher Probleme. In vermehrtem Masse tauchen nun auch Fragen der Fiskal- und Finanzbeziehungen auf, ein Indiz, dass der Finanzplatz Schweiz im internationalen Rahmen an Bedeutung gewann. Angesichts der engen Verflechtung von Aussen- und Innenpolitik kommen jedoch auch wichtige innenpolitische Aspekte zur Sprache. Zu nennen wäre da etwa die Debatten im Bundesrat über die Atombewaffnung der Schweizer Armee, ein Konzept, das nun langsam aufgegeben wurde. Andere, nur am Rande in Erscheinung tretende Probleme, wie etwa die Hinweise auf die noch immer nicht behandelte Frage der nachrichtenlosen Vermögen von Opfern der Naziherrschaft, kündigen die erst Jahre später ausbrechende Krise an. Selbstverständlich kommen auch die traditionellen Themen wie Neutralität und die Guten Dienste ausführlich zum Zuge. Insgesamt gibt dieser Band einmal mehr einen umfassenden Einblick in die aussen- und innenpolitische Problemlage der Schweiz. Die reichhaltigen Informationen können zudem, dank den zahlreichen Hinweisen auf die in der Datenbank Dodis zusätzlich ausgewählten Dokumente, um ein Mehrfaches erweitert werden.

Da bei der stetig wachsenden Menge von relevanten Dossiers nur eine sehr beschränkte Auswahl von Schlüsseldokumenten in der gedruckten Serie veröffentlicht werden kann, haben wir in den letzten Jahren in bedeutendem Umfang in die Informatikmittel investiert. Unsere auf dem Internet frei zugängliche Datenbank Dodis (dodis.ch) enthält rund 13'000 Dokumente, von welchen etwa die Hälfte als digitalisierte Reproduktion heruntergeladen werden können. Die Datenbank liefert zusätzlich eine Fülle von Informationen zu Personen, Körperschaften (Verwaltungsstellen, Berufs- und Interessenverbände, politische Parteien, Gesellschaften oder Firmen), zu geographischen Orten und zu Abkommen und rechtlichen Erlassen, die in den Dokumenten erwähnt werden. Dank der Vernetzung mit andern Datenbanken (zum Beispiel dem Historischen Lexikon der Schweiz) verfügen die Benutzerinnen und Benutzer nun über ein für Forschung und Information höchst effizientes Instrument, das mit einem modernen, ab diesem Band neu gestalteten Internetauftritt und einer vielseitigen Suchmaske ausgestattet ist.

Von der Publikation der Quellenbände sowie der Erstellung und Erweiterung ihrer Datenbank zu den internationalen Beziehungen der Schweiz erhoffen sich die beteiligten Historikerinnen und Historiker zweierlei: Einerseits soll das Forschungsprojekt dazu beitragen, ein besseres Verständnis für die internationalen Problemstellungen zu schaffen, mit denen sich die schweize-

rische Regierung und Bevölkerung stets konfrontiert sahen. Andererseits soll es sowohl den interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Journalistinnen und Journalisten, Forscherinnen und Forschern, Analytikerinnen und Analytikern als auch den amtierenden Magistratinnen und Magistraten, Beamtinnen und Beamten, Diplomatinen und Diplomaten, Parlamentarierinnen und Parlamentariern Orientierungshilfen zur Formulierung und Führung der schweizerischen Aussenpolitik liefern.

Der vorliegende Band ist unter Leitung von Sacha Zala entstanden, der 2008 die Nachfolge von Antoine Fleury angetreten hat. Eine unter seiner Leitung neu zusammengestellte Equipe von jungen Forscherinnen und Forschern hat die anspruchsvolle Arbeit aufgenommen und die DDS und Dodis erfolgreich weitergeführt. Wir danken an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren aussergewöhnlichen Einsatz.

Bern, August 2011

Kommission für die Veröffentlichung
Diplomatischer Dokumente der Schweiz:
HANS ULRICH JOST, *Präsident*
ANDREAS KELLERHALS, *Vizepräsident*

I. AVANT-PROPOS

L'objectif de la collection des *Documents Diplomatiques Suisses* (DDS) est à la fois scientifique et pratique. Il s'agit, dans l'esprit de celles et ceux qui en assument la responsabilité, de mettre à la disposition des chercheurs et des praticiens les sources officielles essentielles à la reconstitution et à la compréhension de l'histoire des relations internationales et transnationales de la Suisse, un Etat neutre mais profondément impliqué dans le système politique international.

En tant qu'entreprise affiliée à l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH), les DDS sont placés sous le patronage de la Société suisse d'histoire (SSH) et peuvent s'appuyer sur le soutien des Archives fédérales suisses (AFS), du Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) et du Fonds national suisse de la recherche scientifique (FNS). La responsabilité de la publication est assumée par la Commission pour la publication de documents diplomatiques suisses, dans laquelle sont représentés les instituts d'histoire des universités et hautes écoles suisses, les Archives fédérales, le Département fédéral des affaires étrangères, l'Académie suisse des sciences humaines et sociales et le Fonds national suisse.

La première série des *Documents Diplomatiques Suisses* couvre en 15 volumes la période 1848–1945 et comprend en tout plus de 7'000 documents. Ces volumes ont été digitalisés par la suite et sont disponibles en ligne. La deuxième série s'étendra sur la période 1945–1989. Les volumes 16–21 retracent les années 1945 à 1961, «l'ère Petitpierre», du nom du Conseiller fédéral en charge du Département politique fédéral pendant cette période. Le volume 22, publié en 2009 et couvrant les années 1961 à 1963, a ouvert la voie aux thématiques propres aux années 1960, qui se retrouvent avec acuité dans le volume 23 (1964–1966). En effet, la politique extérieure des années 1960 n'est pas uniquement marquée par les activités de nouveaux Chefs du Département politique, Friedrich Traugott Wahlen (1899–1984) jusqu'en 1965, puis Willy Spühler (1902–1990). Elle se trouve aussi sous l'influence décisive de Hans Schaffner (1908–2004), à la tête du Département de l'économie publique. Schaffner est élu au Conseil fédéral le 15 juin 1961, occupant auparavant la fonction de Directeur de la Division du commerce, qui joue alors un rôle essentiel dans la politique extérieure de la Suisse, alors que Wahlen succède à Petitpierre le 1^{er} juillet 1961. Avec ces nouveaux Chefs du Département de l'économie publique et du Département politique, la primauté du commerce extérieur et des intérêts économiques se renforce, également dans le domaine de la coopération au développement. Paul R. Jolles, Délégué du Conseil fédéral pour les accords commerciaux, esquisse ce concept dans un discours général sur la politique étrangère suisse, dans lequel il souligne que l'importance de la coopération au développement «réside dans l'économie et le commerce, dans le maintien du libre-accès au marché suisse, dépourvu de charges fiscales lourdes et ainsi favorable aux importations, de même que

dans les activités privées d'entreprises suisses dans les pays en voie de développement» (dodis.ch/32126).

Le volume 23, placé sous la direction de Sacha Zala, offre un riche éventail de sources sur la politique extérieure des années 1964, 1965 et 1966. La Communauté économique européenne, les exportations horlogères vers les États-Unis, les relations économiques de plus en plus contestées avec l'Afrique du Sud en raison de l'Apartheid, de même que l'accord d'émigration concernant les travailleurs italiens sont le reflet incontestable de l'importance de la politique économique extérieure. Les enjeux liés aux relations fiscales et financières se manifestent de plus en plus et fournissent à ce titre un indice de l'importance grandissante que la place financière suisse gagne à l'échelle mondiale. En raison de l'enchevêtrement entre politiques extérieure et intérieure, de nombreuses questions d'ordre interne apparaissent également. Citons par exemple les débats au Conseil fédéral sur l'armement nucléaire de l'armée suisse, une idée qui sera par la suite abandonnée. D'autres questions, qui semblent initialement être de moindre importance, sont les signes avant-coureurs de crises qui éclateront plus tard, telles que les avoirs en déshérence de victimes des persécutions nazies. Les thèmes traditionnels tels que la neutralité et les bons offices occupent aussi une place importante. Comme les autres volumes de la série, celui-ci donne une vue d'ensemble des sujets de politiques extérieure et intérieure qui occupent la Suisse. Les nombreux renvois vers d'autres documents sélectionnés et consultables dans la base de données Dodis permettent en outre d'élargir les informations contenues dans ce volume.

Alors que les dossiers pertinents augmentent constamment et que seule une sélection rigoureuse de documents-clés peut être publiée dans l'édition imprimée, un investissement important dans les moyens informatiques a été effectué. La base de données Internet Dodis (dodis.ch), librement accessible, contient environ 13'000 documents, dont près de la moitié peut être téléchargée sous forme de reproduction digitalisée. La base de données fournit en outre une profusion d'informations sur des personnes, des organisations (structures administratives, associations professionnelles, organisations représentant des intérêts particuliers, partis politiques, sociétés ou entreprises), des lieux géographiques, des accords ou autres normes juridiques mentionnés dans les documents. Grâce aux liens mis en place avec d'autres bases de données (par exemple avec le Dictionnaire Historique de la Suisse), les personnes qui la consultent disposent désormais d'un instrument de recherche des plus efficaces, accompagné d'un support Internet moderne doté d'une nouvelle mise en forme et d'un moteur de recherche performant.

Par la publication des volumes, la mise sur pied et l'extension de la base de données, les historiens et les historiennes poursuivent deux objectifs. D'une part, permettre une meilleure compréhension des enjeux internationaux auxquels le gouvernement et la population suisses sont confrontés de manière continue. D'autre part, fournir des points de repère autant bien aux citoyens et citoyennes, aux journalistes, aux chercheurs et chercheuses, aux analystes, qu'aux magistrats et magistrates, fonctionnaires, diplomates, parlementaires pour les épauler dans leur compréhension et leur conduite de la politique extérieure suisse.

Ce volume a été réalisé sous la direction de Sacha Zala, qui a succédé à Antoine Fleury en 2008. Constituée sous sa conduite, une nouvelle équipe, composée de jeunes chercheuses et chercheurs, a pris en charge ce travail exigeant et a mené avec succès les DDS et Dodis. Nous remercions tous les collaborateurs et collaboratrices de leur engagement exceptionnel.

Berne, août 2011

Commission pour la publication
des Documents Diplomatiques Suisses:
HANS ULRICH JOST, *Président*
ANDREAS KELLERHALS, *Vice-Président*

I. PRAFAZIONE

La collana dei *Documenti Diplomatici Svizzeri* (DDS) ha uno scopo sia scientifico che pratico: si tratta, per chi se ne assume la responsabilità, di mettere a disposizione dei ricercatori e degli esperti le fonti ufficiali essenziali per ricostruire e comprendere la storia delle relazioni internazionali e transnazionali della Svizzera, uno Stato neutrale con profonde connessioni nel sistema politico internazionale.

Finanziati dall'Accademia svizzera delle scienze umane e sociali (ASSUS), i DDS sono posti sotto il patrocinio della Società Svizzera di Storia (SSS) e possono contare sul sostegno dell'Archivio federale svizzero (AFS), del Dipartimento federale degli affari esteri (DFAE) e del Fondo nazionale svizzero per la ricerca scientifica (FNS). Responsabile della pubblicazione è una Commissione per la pubblicazione di documenti diplomatici svizzeri, comprendente rappresentanti degli istituti di storia delle università svizzere, dell'Archivio federale, del Dipartimento federale degli affari esteri, dell'Accademia svizzera delle scienze morali e sociali e del Fondo nazionale.

La prima serie dei *Documenti Diplomatici Svizzeri*, composta di 15 volumi, copre il periodo 1848–1945 e comprende più di 7000 documenti. I volumi sono stati digitalizzati e sono disponibili online. I volumi 16–21 documentano il periodo che va dal 1945 al 1961, vale a dire gli anni in cui alla testa della diplomazia svizzera c'era il consigliere federale Max Petitpierre (1899–1994). Il volume 22, pubblicato nel 2009 e che riguarda gli anni 1961–1963, ci ha condotti a un primo confronto con le problematiche degli anni Sessanta, che ora trovano un'espressione più ampia nel volume 23, relativo agli anni 1964–1966. La politica estera degli anni Sessanta non fu segnata solo dai nuovi capi del Dipartimento politico – Friedrich Traugott Wahlen (1899–1984) fino alla fine 1965, e in seguito Willy Spühler (1902–1990) – ma fu influenzata fortemente anche da Hans Schaffner (1908–2004), capo del Dipartimento federale dell'economia. Schaffner, che in precedenza era stato direttore della Divisione del commercio del Dipartimento dell'economia pubblica, una sezione di primaria importanza per la politica estera, fu eletto il 15 giugno 1961 nel Consiglio federale, mentre Wahlen succedette a Petitpierre il 1° luglio dello stesso anno. La nuova costellazione nel Dipartimento politico e nel Dipartimento dell'economia pubblica contribuì a consolidare il primato del commercio estero e degli interessi economici, anche nell'ambito della cooperazione allo sviluppo. Paul R. Jolles (1919–2000), delegato del Consiglio federale per gli accordi commerciali, tratteggiò questo concetto nel 1963, in un discorso di principio sulla politica estera svizzera, in cui insisteva in particolare sul fatto che il fulcro della cooperazione allo sviluppo «poggia sull'economia e sulla politica commerciale, sulla concessione di un accesso libero e privo di forti carichi fiscali al mercato svizzero, capace di assorbire un forte flusso d'importazioni, e sull'attività privata di aziende svizzere nei paesi in via di sviluppo» (dodis.ch/31216).

Il volume 23, realizzato sotto la direzione di Sacha Zala, offre una ricca scelta di fonti sulla politica estera degli anni 1964, 1965 e 1966. Temi quali la Comunità economica europea, l'esportazione di orologi negli Stati Uniti, le relazioni economiche con il Sudafrica – sempre più controverse a causa della politica di apartheid – e il trattato sull'emigrazione stipulato con l'Italia mostrano con particolare evidenza l'importanza dei problemi legati ai rapporti economici con l'estero. Sempre più frequenti sono anche le discussioni sulle relazioni fiscali e finanziarie, un indizio dell'importanza crescente della piazza finanziaria svizzera in ambito internazionale. D'altro canto, viste le fitte connessioni tra politica estera e interna, nel volume sono documentati anche aspetti importanti della politica interna. Ne sono un esempio i dibattiti nel Consiglio federale sull'armamento atomico della Svizzera, un'idea che venne abbandonata solo lentamente. Altre questioni, che appaiono solo ai margini delle discussioni, come per esempio il problema non ancora affrontato dei fondi in giacenza delle vittime del nazionalsocialismo, sono il preannuncio di una crisi che scoppierà anni dopo. Naturalmente si parla diffusamente anche di temi più tradizionali come la neutralità e i buoni uffici. Nel complesso, questo volume offre una volta di più un ampio sguardo sulle questioni decisive della politica estera e interna della Svizzera. Grazie ai numerosi rinvii ai documenti supplementari contenuti nella banca dati Dodis, le numerose informazioni contenute nel libro possono essere ulteriormente ampliate.

La grande quantità di fascicoli rilevanti, in costante crescita, permette di selezionare per la versione a stampa solo un numero molto limitato di documenti chiave. Per questo negli ultimi anni abbiamo investito molto nei mezzi informatici. La nostra banca dati Dodis (dodis.ch), accessibile liberamente su Internet, contiene circa 13'000 documenti, di cui circa la metà può essere scaricata in riproduzione digitale. La banca dati fornisce inoltre numerose informazioni su persone, enti (uffici dell'amministrazione pubblica, associazioni professionali e gruppi d'interesse, partiti politici, società e aziende), località, trattati e decreti legislativi menzionati nei documenti. Grazie al collegamento con altri banche dati (per esempio con il Dizionario storico della Svizzera), gli utenti possono contare su uno strumento molto efficiente per la ricerca e la raccolta d'informazioni, dotato di una versatile maschera di ricerca. Il sito Internet è stato rinnovato in occasione della pubblicazione di questo volume.

Dalla pubblicazione dei volumi di fonti e dall'allestimento e ampliamento della loro banca dati sulle relazioni internazionali della Svizzera, le storiche e gli storici coinvolti coinvolti si aspettano due cose: il progetto dovrebbe prima di tutto contribuire a migliorare la comprensione per le problematiche internazionali con cui la popolazione e il governo svizzero hanno sempre dovuto confrontarsi. D'altro canto dovrebbe fornire un orientamento utile a formulare e dirigere la politica estera svizzera alle cittadine e ai cittadini interessati, alle giornaliste e ai giornalisti, alle ricercatrici e ai ricercatori, alle analiste e agli analisti, ma anche alle autorità in carica, alle funzionarie e ai funzionari, alle diplomatiche e ai diplomatici, ai membri del parlamento.

Il presente volume è stato realizzato sotto la direzione di Sacha Zala, che nel 2008 è succeduto ad Antoine Fleury. Un nuovo gruppo di giovani ricercatrici

e ricercatori, formatosi sotto la sua guida, ha affrontato il difficile lavoro per i DDS e per Dodis e l'ha portato avanti con successo. Vogliamo ringraziare qui tutte le collaboratrici e i collaboratori per il loro straordinario impegno.

Berna, agosto 2011

Commissione per la pubblicazione
di documenti diplomatici svizzeri:
HANS ULRICH JOST, *presidente*
ANDREAS KELLERHALS, *vicepresidente*

II. EDITORISCHE NOTIZ

Die *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* (DDS) sind ein Unternehmen der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) und als solches ein Projekt der freien Forschung. Die Forschungsgruppe der DDS ist eine Kompetenzstelle für die Geschichte der internationalen Beziehungen und der Aussenpolitik der Schweiz. Die Edition *Diplomatische Dokumente der Schweiz* versteht sich als Beitrag zur Grundlagenforschung der Zeitgeschichte der Schweiz; mit der laufenden Serie soll die Zeit des «Kalten Krieges» 1945–1989 dokumentiert und für die historische Forschung erschlossen werden. Die Forschungsstelle besteht zurzeit aus acht Historikerinnen und Historikern sowie fünf bis sechs wissenschaftlichen Hilfskräften oder Praktikantinnen und Praktikanten, die sich aus den schweizerischen Universitäten rekrutieren. Die Mitglieder der Forschungsgruppe haben sich in unterschiedlichen Themenbereichen des Forschungsprojektes und Aspekten der internationalen Beziehungen spezialisiert; sie publizieren zu verschiedenen Fragestellungen und Methoden, organisieren internationale Konferenzen und nehmen mit Vorträgen an Tagungen und Kolloquien teil. Der Direktor der DDS wird von der Kommission für die Veröffentlichung diplomatischer Dokumente der Schweiz wissenschaftlich unterstützt. In ihr sind, nebst institutionellen Vertretungen, insbesondere Professorinnen und Professoren der historischen Institute der schweizerischen Universitäten vertreten. Die personellen sowie institutionellen Beziehungen zur universitären Forschung sind für die Bestimmung der relevanten Fragestellungen und Themen von zentraler Bedeutung.

Ziel der Edition ist, durch eine breite und systematische Erforschung der Bestände des Schweizerischen Bundesarchivs (BAR) eine Auswahl von Dokumenten zu treffen, welche möglichst das gesamte Spektrum der schweizerischen Aussenpolitik abbildet und die wichtigsten Problemstellungen und Fragen der damaligen Akteure exemplarisch wiedergibt. Diese Themen und Fragestellungen – und in der Folge die Dokumente, die diese reflektieren – werden aufgrund ihrer relativen Bedeutung in Bezug auf die Gesamtheit der von der Forschungsgruppe untersuchten aussenpolitischen Vorgänge ausgewählt.

Eine limitierte Anzahl der ausgewählten Dokumente wird in den Bänden publiziert, während eine fünf bis sechs Mal grössere Auswahl in der Online Datenbank Dodis (dodis.ch) als digitales Abbild veröffentlicht wird. In den Band werden insbesondere Dokumente aufgenommen, die einen möglichst breiten Überblick über einen Themenbereich geben, während eine Vielzahl von Anmerkungen zu einzelnen Aspekten oder verwandten Themen auf weitere, respektive weiterführende Dokumente in der Datenbank Dodis verweisen. Der Band wird somit zum unerlässlichen Kompass zur Orientierung in der zunehmenden Fülle von Informationen der Datenbank. Im wissenschaftlichen Apparat des Bandes werden neu Permalinks (Uniform Resource Identifier, URI) angegeben, die auch als Internet-Adresse verwendet werden können, so zum Beispiel in der Form dodis.ch/30938. Diese Permalinks ermöglichen

direkte Verweise auf Dokumente sowie auf weitere Angaben zu Personen, Körperschaften und geographische Bezeichnungen und erleichtern die Konsultation der Datenbank Dodis entscheidend. Aktenedition und Datenbank ergänzen sich auf diese Weise symbiotisch.

Das Forschungsprojekt strebt eine breite und charakteristische, aber keineswegs lückenlose Dokumentation aussenpolitischer Ereignisse aus schweizerischer Perspektive an; so kann es nicht alle Entwicklungen der Aussenpolitik der Schweiz vollständig aufzeigen. Vielmehr versucht die Forschungsgruppe, die Grundzüge und Leitlinien der internationalen Beziehungen der Schweiz in verschiedenen Politikbereichen zu illustrieren. Ausgewählt werden deshalb vornehmlich Dokumente, die eine generelle Ausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik erkennen lassen oder diese zu einem gegebenen Zeitpunkt nachhaltig beeinflusst haben; Akten, welche die Rolle der Schweiz in den internationalen Beziehungen aufzeigen oder Erklärungen für die Haltung der Schweiz zu Problemen der internationalen Politik bieten; sodann Berichte und Lageanalysen, die den schweizerischen Blickwinkel zu wichtigen internationalen Vorgängen und Ereignissen darlegen; schliesslich Instruktionen, Gutachten, Aufzeichnungen und Korrespondenzen etc., die für das Verständnis von Ereignissen, Entscheidungsprozessen sowie der Rolle der Akteure zentral sind.

Da die Edition ein Projekt der freien Forschung ist, unterliegen die Mitglieder der Forschungsgruppe der DDS für den Zugang zum Archivgut des Bundes denselben rechtlichen Bestimmungen wie alle Forscherinnen und Forscher. Artikel 20 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft gewährleistet die Wissenschaftsfreiheit. Als Forschungsunternehmen ist die Forschungsgruppe der DDS deshalb im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen in der Auswahl der Dokumente vollkommen frei. Die wissenschaftliche Verantwortung dafür trägt der Direktor der DDS. Die Forschungsgruppe der DDS ist dem von der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte verabschiedeten *Ethik-Kodex* und deren *Grundsätzen zur Freiheit der wissenschaftlichen historischen Forschung und Lehre* verpflichtet. Der Zugang zum Archivgut des Bundes ist im Bundesgesetz über die Archivierung (BGA) vom 26. Juni 1998 geregelt. Im Sinne der wissenschaftlichen Überprüfbarkeit ihrer Forschungen, publiziert die Forschungsgruppe der DDS neu im *Verzeichnis nicht freigegebener Dossiers der Eidgenossenschaft im Schweizerischen Bundesarchiv* (Anhang X) alle Dossiers, die sie auf Grund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht konsultieren konnte. Dort werden ebenfalls die für die historische Forschung relevanten juristischen Grundlagen erklärt und es wird über die Anzahl der gestellten Einsichtsgesuche und deren Ergebnisse präzise Rechenschaft abgelegt. Ein kumulatives und aktualisiertes Verzeichnis der für die Forschungsgruppe der DDS nicht konsultierbaren Dossiers mit dem Datum des ablehnenden Entscheides des zuständigen eidgenössischen Departements ist ferner im Internet unter der Adresse dodis.ch/dds/BGA publiziert.

Der *Verzeichnis der benutzten Bestände im Schweizerischen Bundesarchiv* (Anhang IX) gibt Rechenschaft über die von der Forschungsgruppe der DDS konsultierten Bestände. Für die in diesem Band und in der Datenbank Dodis abgedeckte Periode hat die Forschungsgruppe der DDS ca. 3000 Archivbände konsultiert, was ca. 600 Laufmetern Akten entspricht. Die forschungsstrategisch

relevantesten Bestände sind im Verzeichnis besonders gekennzeichnet. Aus dieser enormen Aktenfülle hat die Forschungsgruppe 184 Dokumente für die Publikation im vorliegenden Band ausgewählt sowie ca. 950 für die Publikation in der Datenbank Dodis.

Die abgedruckten Dokumente in diesem Band und in der Datenbank Dodis stammen in der Regel aus dem Schweizerischen Bundesarchiv, das die Akten von Parlament, Regierung und eidgenössischen Departementen (Ministerien) aufbewahrt. Das schweizerische Regierungssystem ist dem Kollegialitätsprinzip verpflichtet. Das bedeutet, dass alle Entscheide von einer gewissen Tragweite vom gesamten Bundesrat getroffen werden. Darüber hinaus spiegeln sich in der Aussenpolitik zunehmend innenpolitische und transnationale Verflechtungen wider, womit praktisch alle Departemente und Amtsstellen direkt oder indirekt von aussenpolitischen Fragestellungen betroffen sind. Demzufolge stammen die veröffentlichten Dokumente bei weitem nicht allein aus den Beständen des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten. Ein beachtlicher Teil der Akten stammt von der Regierung selbst – so die Sitzungsprotokolle und Entscheide des Bundesrates –, von den verschiedenen Departementen und besonderen Ämtern oder von Delegationen und Spezialmissionen; auch Briefe von Persönlichkeiten in amtlicher oder halbamtlicher Funktion oder von privaten Institutionen gilt es jeweils zu berücksichtigen.

Die Dokumente werden nach klassischen Editionsgrundsätzen in strikt chronologischer Reihenfolge präsentiert. Zur Erleichterung der Benutzung führt der Band ein *Dokumentenverzeichnis* mit Regesten in der entsprechenden Sprache der Dokumente. Das *Thematische Verzeichnis* (Anhang VII) gruppiert die Dokumente in acht Themenschwerpunkte. Zum raschen Auffinden der gesuchten Informationen führt der Band schliesslich ein *Personenregister* (Anhang VIII.1), ein *Körperschaftsregister* (Anhang VIII.2) sowie ein *Register der geografische Bezeichnungen* (Anhang VIII.3). Alle diese Register verweisen über ihre Permalinks auf die Datenbank Dodis, wo sich eine Vielzahl zusätzlicher Informationen befindet.

Im Allgemeinen sind die Dokumente vollständig und in ihrer Originalsprache abgedruckt. Um lange Texte zu straffen oder um Redundanzen zu vermeiden, wurden vereinzelt Kürzungen vorgenommen. Weggekürzte Textpassagen sind aber *immer* durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern gekennzeichnet und mit einer Anmerkung versehen. In der Datenbank Dodis ist das jeweilige Dokument ausserdem *immer* vollständig konsultierbar. Anrede- und Grussformeln werden stillschweigend weggelassen, ausser in Fällen, wo ihnen eine besondere Bedeutung zugeordnet werden kann.

Die Einführung des *Archival Information System* (AIS) durch das Schweizerische Bundesarchiv Anfang 2010 hat für die Forschenden diverse Konsequenzen. Zum einen ist nun ein direkter Verweis auf Dossiers statt Bände möglich, zum anderen ist ein grosser Teil der Bestände nun online bestellbar. Aus diesem Grund wurde die Zitierweise der Aktenstücke ab dem Zeitraum des vorliegenden Bandes in der Datenbank den neuen Standards des Schweizerischen Bundesarchivs angepasst. Ebenfalls neu werden im Band die Aktenzeichen der Dossiers angegeben, was für Forschende das Auffinden der entsprechenden Dokumente sowie weiterführende Recherchen erleichtert.

Der redaktionelle Teil umfasst den Kopf der Dokumente und den Anmerungsapparat und ist in der Sprache des Dokuments abgefasst, d. h. in der Regel in den Amtssprachen Deutsch, Französisch oder Italienisch. Er setzt sich deutlich (*kursiv*) vom Text des Dokuments (aufrecht) ab. Kursivsatz innerhalb des Dokuments gibt originale Auszeichnungen an (Unterstreichungen, Sperrungen, etc.). Eingriffe der Herausgeber in den Dokumenten sind kursiv in eckige Klammern gesetzt. Orthographie und Interpunktion wurden bei offensichtlichen Fehlern stillschweigend bereinigt und die Schreibweise innerhalb des Textes vereinheitlicht.

Der Kopf der Dokumente enthält den Permalink für das Auffinden in der Online Datenbank Dodis, den redaktionellen Titel, die Klassifikation (vertraulich, geheim, etc.) und den Dringlichkeitsvermerk sowie den Ort und das Datum seiner Entstehung. Wörtlich wiedergegebene Titel sind in KAPITÄLCHEN gesetzt. In der ersten Anmerkung jedes Dokuments werden immer die Quellengattung und ein entsprechender Hinweis bei nicht vorliegendem Original angegeben und ggf. dessen Ordnungsnummer. Ebenso befinden sich dort die Archivsignatur, ggf. die Aufschlüsselung von Paraphen und weitere wichtige quellenkritische Informationen. Schliesslich wird die Schreibweise der Majuskel und Minuskel von Telegrammen und Fernschreiben aus Gründen der Lesbarkeit normalisiert. Bei besonderen quellenkritischen Fragen kann der edierte Text *immer* mit dem Abbild des Originaldokuments in der Online Datenbank Dodis überprüft und verglichen werden.

Im wissenschaftlichen Apparat werden insbesondere Hinweise zu weiterführenden Dokumenten oder Dossiers angegeben. Soweit möglich, wird auf Dokumente, die in den veröffentlichten Texten erwähnt sind, verwiesen. Konnte ein wichtig scheinendes Dokument trotz gründlichen Nachforschungen nicht ermittelt werden, steht die Formel «nicht ermittelt / pas retrouvé / non ritrovato».

Mit den Forschungen zu diesem Band endet auch die langjährige Tätigkeit von Dario Gerardi als Mitglied der Forschungsgruppe, die wir verdanken. An seine Stelle trat Vincent Juillerat, der für diesen Band bereits verschiedene redaktionelle Aufgaben übernommen hat. Tatkräftige Unterstützung für die Forschungsgruppe kam von den wissenschaftlichen Hilfskräften, den Praktikantinnen und Praktikanten von den schweizerischen Universitäten sowie den verschiedenen Zivildienstleistenden, denen wir allen für ihren grossen Einsatz danken: Franziska Brunner, Samuel Fehr, Timothée Feller, Silvia Gebhard, Marc Hermann, Lukas Hupfer, Bruno Keller, Dominik Matter, Camille Pellaux, Raphael Roth, Yves Steiner und Sascha Wüthrich.

Schliesslich gilt unser Dank den Institutionen, die das Projekt finanziell tragen, und deren Vertreterinnen und Vertretern, die mir grosses Vertrauen schenkten: der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, insbesondere deren Generalsekretär Markus Zürcher und dessen Stellvertreter Beat Immenhauser; dem Schweizerischen Bundesarchiv, insbesondere dessen Direktor Andreas Kellerhals sowie Simone Chiquet und Adelheid Jann; dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, vertreten durch den Chef des Historischen Dienstes François Wisard; sowie dem Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissen-

schaftlichen Forschung, vertreten durch den Leiter der Abteilung Geistes- und Sozialwissenschaften Rudolf Bolzern. *Last but not least* gilt mein Dank den Mitgliedern der Kommission für die Veröffentlichung diplomatischer Dokumente der Schweiz und insbesondere ihrem Präsidenten Hans Ulrich Jost, die mir stets die nötige Unterstützung und die untrennbar dazu gehörende Freiheit für die erfolgreiche Durchführung dieses einzigartigen Forschungsprojektes gegeben haben.

Bern, August 2011

SACHA ZALA

II. NOTE ÉDITORIALE

Les *Documents Diplomatiques Suisses* (DDS) sont une entreprise de l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH) et constituent à ce titre un projet indépendant de recherche. Le groupe de recherche des DDS forme pour sa part un centre de compétence pour l'histoire des relations internationales de la Suisse et de sa politique extérieure. L'édition des *Documents Diplomatiques Suisses* se conçoit comme une contribution à la recherche fondamentale en histoire contemporaine de la Suisse. La série en cours documente la période de la Guerre froide, de 1945 à 1989, et devrait ouvrir de nouvelles perspectives de recherche. Le groupe de recherche est à l'heure actuelle composée de huit historiennes et historiens ainsi que de cinq à six assistants-étudiants et stagiaires issus des universités suisses. Les membres du groupe de recherche se sont spécialisés dans différents domaines du projet de recherche et dans divers aspects des relations extérieures de la Suisse. Ils publient des contributions thématiques, organisent des conférences internationales et interviennent au cours de colloques. Le Directeur des DDS est soutenu du point de vue scientifique par la Commission pour la publication de documents diplomatiques suisses, dans laquelle siègent notamment des professeurs des instituts d'histoire des universités suisses. Les liens personnels et institutionnels entre les DDS et les universitaires jouent un rôle essentiel afin de déterminer des thèmes et des problématiques pertinentes.

Le but de l'édition imprimée est de proposer, au terme de recherches systématiques dans les Archives fédérales suisses (AFS), une sélection de documents retraçant la politique extérieure de la Suisse dans son ensemble et reflétant de manière fidèle les enjeux et les problèmes les plus importants auxquels les acteurs de l'époque ont fait face. Les thèmes, les problématiques et par conséquent les documents sont retenus en fonction de leur importance par rapport à l'ensemble des événements historiques étudiés par le groupe de recherche.

Une partie restreinte des documents sélectionnés est publiée dans les volumes alors qu'un ensemble de documents, cinq à six fois plus nombreux, est reproduit sous forme digitale dans la base de données en ligne Dodis (dodis.ch). Les documents qui offrent un large aperçu sur un sujet particulier sont publiés dans le volume et de nombreuses notes de bas de page renvoient à des documents supplémentaires qui se trouvent dans la base de données Dodis. Le volume sert ainsi de boussole pour s'orienter au milieu des nombreuses informations contenues dans la base de données. Les permalinks (Uniform Resource Identifier, URI) figurent désormais dans l'appareil critique du volume et peuvent être utilisés comme adresse internet, comme dans l'exemple dodis.ch/30938. Ces permalinks renvoient directement à des documents ou à des informations supplémentaires au sujet de personnes, organisations ou lieux géographiques et simplifient l'utilisation de la base de données Dodis. L'édition imprimée et la base de données se complètent donc de manière symbiotique.

Le projet de recherche a pour objectif de produire une documentation large et caractéristique, mais en aucun cas exhaustive, d'événements de politique internationale perçus selon le point de vue suisse. Il ne peut dès lors retracer l'évolution des relations extérieures de la Confédération dans leur intégralité. Le groupe de recherche s'attache plutôt à illustrer les fondements et les lignes directrices de la politique extérieure de la Suisse dans sa diversité. Les textes qui permettent de saisir l'orientation générale de la politique extérieure suisse ou qui ont pu déterminer, à un moment donné, cette orientation, ont prioritairement été retenus pour la publication. S'y ajoutent des documents qui éclairent le rôle de la Suisse dans la politique internationale ou son attitude face à des événements particuliers, des rapports et analyses de situation qui contiennent des informations originales ou qui reflètent le point de vue d'un Etat neutre sur des événements importants et enfin des instructions, avis, notices et correspondances qui sont indispensables à la compréhension de différents sujets, de processus de décision et du rôle des acteurs.

L'édition des documents étant un projet indépendant, les membres du groupe de recherche des DDS sont soumis aux mêmes dispositions légales concernant l'accès aux archives de la Confédération que tous les chercheurs. L'article 20 de la Constitution fédérale de la Confédération suisse garantit la liberté de la recherche. En tant qu'entreprise active dans le domaine de la recherche, le groupe des DDS est entièrement libre dans la sélection de documents, dans le cadre des dispositions légales en vigueur. La responsabilité scientifique appartient au Directeur des DDS. Le groupe de recherche des DDS applique le *Code d'éthique* et les *Principes de la liberté de la recherche et de l'enseignement scientifiques de l'histoire*, adoptés par la Société suisse d'histoire (SSH). L'accès aux archives de la Confédération est réglé par la Loi fédérale sur l'archivage (LAR). A des fins de vérification scientifique de ses recherches, le groupe des DDS publie désormais dans la *Liste des dossiers de la Confédération dans les Archives fédérales suisses non rendus accessibles* (Annexe X) tous les dossiers qu'il n'a pu consulter sur la base des normes actuellement en vigueur. Les bases légales qui présentent un intérêt pour la recherche historique y figurent également, de même que des explications sur le nombre de demandes de consultations adressées et la suite qui leur a été donnée. La liste actualisée des dossiers dont la consultation n'a pas été accordée au groupe des DDS et les dates de la décision négative du Département fédéral compétent sont disponibles sur internet à l'adresse dodis.ch/dds/LAR.

La *Liste des fonds utilisés dans les Archives fédérales suisses* (Annexe IX) rend compte des dossiers consultés par le groupe de recherche des DDS. Pour la période couverte dans ce volume, environ 3000 volumes d'archives ont été consultés, ce qui correspond approximativement à 600 mètres linéaires de documents d'archives. Les fonds stratégiques pour la recherche sont marqués de manière distincte dans la liste. De ce corpus important, le groupe de recherche a sélectionné 184 documents en vue de la publication dans ce volume, auxquels s'ajoutent environ 950 documents retenus pour la publication dans la base de données Dodis.

Les documents publiés dans ce volume et dans la base de données Dodis proviennent en règle générale des Archives fédérales suisses, chargées de

conserver les actes du Parlement, du Conseil fédéral (gouvernement) et des Départements fédéraux (ministères). Le gouvernement suisse fonctionne selon le principe de collégialité, ce qui signifie que les décisions qui relèvent d'une certaine importance sont prises par l'ensemble du Conseil fédéral. Cela a pour effet que tous les Départements et les offices sont en prise avec des questions de politique extérieure et les imbrications entre politique intérieure et extérieure se reflètent dans les relations internationales et transnationales de la Suisse. Les documents publiés ne proviennent donc pas uniquement des fonds du Département fédéral des affaires étrangères. Un nombre non négligeable de documents provient du gouvernement lui-même, tels que les protocoles de séances et les décisions du Conseil fédéral, des différents Départements et offices, ou encore de délégations ou de missions spéciales. A cela s'ajoutent des lettres d'institutions privées ou de personnalités agissant en qualité officielle ou semi-officielle.

Les documents sont présentés dans l'ordre chronologique conformément aux principes classiques d'édition de sources. Pour faciliter l'utilisation, la *Table des documents* est accompagnée de résumés dans la langue dans laquelle ils ont été rédigés. La *Table méthodique* (Annexe VII) regroupe les documents en huit thèmes. Pour permettre un accès rapide aux informations recherchées, le volume est accompagné d'un *Index des noms de personnes* (Annexe VIII.1), d'un *Index des organisations* (Annexe VIII.2) et d'un *Index des noms géographiques* (Annexe VIII.3). Ces index renvoient par l'intermédiaire de leurs permalinks à la base de données Dodis, où des informations supplémentaires se trouvent.

Les documents sont en principe publiés dans leur intégralité et dans la langue d'origine. Par souci de concision ou pour éviter les redondances, certains textes longs ont été raccourcis. Les passages laissés de côté sont cependant *toujours* indiqués comme tels par des crochets et accompagnés d'une note de bas de page. Ces documents sont par ailleurs *toujours* consultables dans leur intégralité dans la base de données Dodis. Les formules de politesse ont été sans autre omises, à l'exception des cas où elles revêtent une importance particulière.

L'introduction de l'*Archival Information System* (AIS) par les Archives fédérales suisses au début de l'année 2010 entraîne plusieurs conséquences pour les chercheuses et les chercheurs. Désormais, un renvoi direct aux dossiers plutôt qu'aux volumes d'archives est rendu possible et une grande partie des fonds peut être commandée en ligne. C'est la raison pour laquelle le mode de citation des documents contenus dans la base de données dès la période de ce volume a été adapté aux nouveaux standards des Archives fédérales. De plus, les cotes des dossiers figurent dans le volume. Elles permettent aux chercheurs de trouver les documents correspondants et leur facilitent toute recherche complémentaire.

La partie rédactionnelle est écrite dans la langue du document choisi, soit en français, en allemand ou en italien. Par l'emploi de l'*italique*, elle se distingue du texte du document, lui-même reproduit en caractère romain. Les passages du document original soulignés ou en caractères espacés sont également rendus par l'*italique*. Les interventions de la rédaction à l'intérieur du document figurent en *italique* entre crochets. L'orthographe et la ponctuation ont été

modifiées sans autre dans les cas de fautes évidentes ou pour unifier l'écriture à l'intérieur du texte.

L'en-tête des documents comprend les éléments suivants: le permalink qui renvoie au document dans la base de données Dodis, le titre rédactionnel, la classification (confidentiel, secret, etc.), le degré d'urgence, ainsi que la date et le lieu de sa rédaction. Quand il est repris littéralement, le titre du document lui-même est rendu en PETITES CAPITALES de caractère romain. La première note de bas de page de chaque document contient une mention sur le type de document, la qualification du texte (copie) dans le cas où l'original n'a pas pu être reproduit, ainsi que son numéro d'ordre lorsqu'il est disponible. S'y trouvent également la cote d'archives et d'autres informations pour l'examen critique des sources. Enfin, les majuscules et les minuscules dans les télégrammes ont été adaptées pour faciliter la lecture. En cas de doutes, le texte reproduit dans le volume peut *toujours* être comparé et contrôlé avec la reproduction digitale du document dans la base de données Dodis.

L'appareil critique contient en particulier des renvois à des documents ou dossiers connexes. Dans la mesure du possible, des références sont faites à des documents mentionnés dans le corps des textes publiés. Lorsqu'un document présumé important a fait l'objet d'une recherche approfondie qui aboutit à un résultat négatif, la formule «nicht ermittelt / pas retrouvé / non ritrovato» est indiquée.

Avec ce volume se termine la longue collaboration de Dario Gerardi qui a été membre du groupe de recherche pendant plusieurs années. Nous lui exprimons notre reconnaissance pour le travail accompli. Son successeur, Vincent Juillerat, a eu l'occasion d'effectuer diverses tâches rédactionnelles pour ce volume. Les assistants-étudiants, les stagiaires des universités suisses, ainsi que plusieurs personnes astreintes au service civil ont apporté un soutien précieux au groupe de recherche. Nous adressons ainsi nos remerciements à: Franziska Brunner, Samuel Fehr, Timothée Feller, Silvia Gebhard, Marc Hermann, Lukas Hupfer, Bruno Keller, Dominik Matter, Camille Pellaux, Raphael Roth, Yves Steiner et Sascha Wüthrich.

En dernier lieu, nos remerciements vont aux institutions qui financent le projet et à leurs représentantes et représentants qui m'ont accordé leur pleine confiance: l'Académie suisse des sciences humaines et sociales, en particulier son Secrétaire général Markus Zürcher et son suppléant Beat Immenhauser; les Archives fédérales suisses, en particulier leur Directeur Andreas Kellerhals, Simone Chiquet et Adelheid Jann; le Département fédéral des affaires étrangères, par l'intermédiaire du Chef du Service historique, François Wisard; ainsi que le Fonds national suisse de la recherche scientifique, par l'intermédiaire du Responsable de la Division Sciences humaines et sociales, Rudolph Bolzern. *Last but not least*, mes remerciements s'adressent aux membres de la Commission pour la publication de documents diplomatiques suisses, et en particulier à son Président Hans Ulrich Jost, qui m'ont accordé l'appui et la liberté indispensables à la réussite de ce projet de recherche unique en son genre.

II. INTRODUZIONE EDITORIALE

I *Documenti Diplomatici Svizzeri* (DDS) sono un'impresa dell'Accademia svizzera di scienze umane e sociali (ASSUS) e come tali rappresentano un progetto di ricerca libero e indipendente. Il gruppo di ricerca dei DDS costituisce un centro di competenza per la storia delle relazioni internazionali e della politica estera svizzera. In questo senso, l'edizione dei *Documenti Diplomatici Svizzeri* è un contributo alla ricerca fondamentale nel campo della storia contemporanea della Svizzera. La serie in corso è dedicata alla documentazione della «Guerra fredda» 1945–1989. Attualmente nel gruppo di ricerca lavorano otto storici e cinque o sei aiuto assistenti o praticanti reclutati nelle università svizzere. Ogni ricercatore è specializzato in determinati ambiti tematici del progetto e studia specifici aspetti delle relazioni internazionali. I membri del gruppo di ricerca pubblicano articoli su differenti questioni, organizzano conferenze internazionali e partecipano attivamente a convegni e colloqui scientifici. Nel suo compito il direttore dei DDS è sostenuto scientificamente dalla Commissione per la pubblicazione di documenti diplomatici svizzeri. Oltre a rappresentanti istituzionali, la Commissione riunisce soprattutto professoresse e professori degli istituti di storia delle università svizzere. I contatti personali e istituzionali con la ricerca universitaria sono di primaria importanza per individuare le questioni di ricerca e i temi rilevanti in base ai quali procedere in seguito alla selezione dei documenti.

L'obiettivo che sottende un ampio e sistematico studio dei fondi conservati nell'Archivio federale svizzero (AFS) è la pubblicazione di una selezione di documenti in grado di coprire tutti gli ambiti più importanti della politica estera svizzera, restituendone le maggiori problematiche e gli interrogativi che si ponevano agli attori dell'epoca. I temi – e di conseguenza i documenti che li illustrano – vengono selezionati in base alla loro importanza relativa in riferimento alla globalità dei processi legati alla politica estera analizzati dal gruppo di ricerca.

Un numero limitato dei documenti selezionati è pubblicato nei volumi a stampa, mentre un numero da cinque a sei volte superiore di documenti è pubblicato digitalmente in facsimile nella banca dati on-line Dodis (dodis.ch). L'edizione cartacea presenta in linea di principio i documenti particolarmente atti per presentare una visione generale su una tema; le annotazioni dell'apparato critico rimandano invece a svariati documenti che toccano aspetti specifici o temi correlati che si trovano nella banca dati Dodis. In questo senso, il volume si rivela un'indispensabile bussola per non perdere l'orientamento nella sempre più vasta e consistente massa d'informazioni contenuta nella banca dati. L'apparato critico dell'edizione cartacea riporta ora anche dei permalink (Uniform Resource Identifier, URI) che possono essere utilizzati come indirizzo internet (ad esempio dodis.ch/30938). I permalink permettono dei rimandi diretti a documenti e ad altre informazioni riguardanti persone, organizzazioni e luoghi geografici. Grazie a questa loro caratteristica, i permalink semplificano

in modo considerevole l'utilizzo della banca dati Dodis: l'edizione a stampa e la banca dati si completano così a vicenda in modo simbiotico.

Il progetto di ricerca mira a creare una larga e caratteristica, ma certamente non completa documentazione sull'insieme degli eventi legati alla politica estera da un punto di vista svizzero. Il suo obiettivo è piuttosto quello di illustrare i tratti essenziali di tale politica nelle sue diverse dimensioni, come pure le concezioni e i dati fondamentali delle relazioni internazionali. Si è preferito pubblicare, nell'ordine, testi che consentono di cogliere l'orientamento generale della politica estera svizzera, o che in un momento preciso hanno potuto decidere tale orientamento; testi che mostrano il ruolo della Svizzera nella politica internazionale o ne chiariscono l'atteggiamento di fronte ad un evento o problema particolare; rapporti o analisi di situazione che contengono informazioni originali o riflettono l'ottica di questo paese neutrale su avvenimenti importanti; infine, istruzioni, avvisi, appunti e corrispondenza che si ritengono indispensabili per la comprensione di singole questioni e in particolare per il processo decisionale e il ruolo degli attori.

I *Documenti Diplomatici Svizzeri* sono un progetto di ricerca indipendente. Perciò, per quanto riguarda l'accesso al materiale d'archivio della Confederazione, i collaboratori dei DDS sono soggetti alle stesse disposizioni legali di tutti gli altri ricercatori. L'articolo 20 della Costituzione federale garantisce la libertà della scienza. In quanto progetto scientifico, il gruppo di ricerca dei DDS è tenuto a rispettare le leggi vigenti, ma è completamente libero nella selezione dei documenti. La responsabilità scientifica per la selezione spetta al direttore dei DDS. Il gruppo di ricerca dei DDS si attiene al *Codice d'etica* e ai *Principi della libertà della ricerca e dell'insegnamento scientifico della storia* approvati dalla Società Svizzera di Storia (SSS). L'accesso agli archivi della Confederazione è regolato dalla Legge federale sull'archiviazione (LAr) del 26 giugno 1998. In nome della verificabilità scientifica del suo lavoro, il gruppo di ricerca dei DDS pubblica un *Elenco dei fascicoli della Confederazione nell'Archivio federale svizzero non accessibili* (appendice X). La lista contiene i dossier dell'Archivio federale la cui consultazione è stata negata in base alle disposizioni legali vigenti. Sempre nell'appendice X si trovano una spiegazione delle basi legali rilevanti per la ricerca storica come pure l'informazione sul numero di richieste di consultazione per fondi non accessibili depositate presso l'Archivio federale e delle risposte ottenute. All'indirizzo dodis.ch/dds/LAr è pubblicato un elenco completo e costantemente aggiornato dei fascicoli che il gruppo di ricerca dei DDS non ha potuto consultare. L'elenco riporta anche il nome del Dipartimento federale competente e la data della decisione negativa.

L'*Elenco dei fondi utilizzati nell'Archivio federale svizzero* (appendice IX) rende conto dei fondi consultati dal gruppo di ricerca dei DDS. Per il periodo storico preso in considerazione in questo volume e nella banca dati Dodis, sono stati passati in rassegna all'incirca 3000 volumi d'archivio che corrispondono a 600 metri lineari. Nell'elenco sono segnalati i fondi particolarmente significativi da un punto di vista della strategia della ricerca. Da questa abbondanza di materiale, il gruppo di ricerca ha selezionato i 184 documenti pubblicati in questo volume e altri 950 circa pubblicati nella banca dati Dodis.

I documenti selezionati in questo volume e nella banca dati Dodis provengono di regola dall'Archivio federale svizzero che conserva gli atti del parlamento, del governo e dei dipartimenti federali (ministeri). Poiché la Svizzera ha un governo collegiale, tutte le decisioni di una certa importanza dipendono dal Consiglio federale *in corpore*. Inoltre nella politica estera si rispecchiano sempre maggiormente anche questioni tradizionalmente legate alla politica interna come pure rapporti transnazionali a diversi livelli. Così praticamente tutti i dipartimenti e uffici federali sono toccati, direttamente o indirettamente, da questioni legate alla politica estera. Pertanto i documenti pubblicati non riproducono unicamente gli atti del Dipartimento federale degli affari esteri: una parte non trascurabile dei documenti selezionati è costituita da atti dello stesso Consiglio federale (quali i processi verbali delle riunioni e le decisioni), di vari dipartimenti e uffici specializzati, ma anche di delegazioni e commissioni speciali che hanno trasmesso rapporti al governo, senza dimenticare le lettere scritte da personaggi ufficiali o che esercitavano funzioni semiufficiali (e perfino da esponenti d'istituzioni private).

Per la pubblicazione sono stati seguiti i principi editoriali classici. Ciò significa che i documenti sono presentati in ordine strettamente cronologico. Per facilitarne la consultazione, il volume riporta un *Indice e sommario dei documenti* (appendice V) con regesti nella lingua originale del documento. Altro strumento utile ad orientarsi tra le pagine del volume è la *Tavola metodica* (appendice VII) che raggruppa i documenti in otto grandi temi. A disposizione del lettore ci sono inoltre gli *Indici delle persone* (appendice VIII.1), delle *organizzazioni* (appendice VIII.2) e dei *nomi geografici* (appendice VIII.3). Tutti questi indici riportano dei permalink che rimandano alla banca dati Dodis, dove si trovano molte informazioni supplementari.

In linea di massima, i documenti sono pubblicati integralmente e nella lingua originale. Solo nel caso di testi eccessivamente lunghi e ridondanti si è provveduto a dei tagli puntuali. I passi soppressi sono indicati con puntini di sospensione fra parentesi quadre e sono riassunti in una nota a piè di pagina. I tagli riguardano soltanto l'edizione a stampa; nella banca dati Dodis i documenti sono sempre riportati nella loro integralità. Le formule di saluto sono state sopprese, tranne quando parevano rivestire un significato speciale.

Nel 2010, l'Archivio federale svizzero ha introdotto l'*Archival Information System* (AIS). Per i ricercatori questa modifica ha diverse conseguenze. In particolare, ora è possibile un riferimento diretto ai dossier piuttosto che ai volumi d'archivio. Inoltre, una grande parte dei fondi può ora essere richiesta on-line. A partire dal periodo trattato in questo volume il nuovo standard dell'Archivio federale è utilizzato anche nella banca dati Dodis. Si è inoltre deciso di riportare nell'edizione a stampa il numero di riferimento dei dossier. Questa informazione dovrebbe permettere ai ricercatori di risalire rapidamente ai documenti che li interessano e di proseguire con più facilità i loro studi.

La parte redazionale si compone dell'intestazione dei documenti e l'apparato critico, redatti nella lingua del rispettivo documento, di regola dunque nelle lingue ufficiali tedesco, francese o italiano. La parte redazionale si distingue dal testo del documento stesso (che è in carattere tondo) per l'uso del *corsivo*; sono resi con il *corsivo* anche i passi del documento originale sottolineati o

in caratteri distanziati. Gli interventi redazionali all'interno del documento figurano fra parentesi quadre; ortografia e punteggiatura sono state modificate senz'altro nei casi di errore evidente o per unificare la grafia del testo.

L'intestazione dei documenti comprende il permalink per il rintracciamento nella banca dati Dodis, il titolo redazionale, il grado di classificazione (confidenziale, segreto, etc.) o di urgenza del documento, il luogo e la data della sua stesura. Quando il titolo o l'oggetto è ripreso alla lettera è reso in MAIUSCOLETTO TONDO. Nella prima nota a piè pagina di ogni documento sono elencate le informazioni specifiche sulla fonte; qualora non si trattasse di un originale vi è una rispettiva indicazione (copia). Infine viene riportato un eventuale numero d'ordine, la segnatura d'archivio, la risoluzione di eventuali iniziali o sigle del redattore e della segreteria come pure altre rilevanti informazioni legate alla fonte specifica. Per facilitarne la lettura, nella trascrizione di telegrammi le maiuscole e le minuscole sono state normalizzate. Per qualsiasi questione legata alla critica delle fonti, comunque, il testo dell'edizione può *sempre* essere controllato e confrontato con la versione digitale del documento nella banca dati on-line Dodis.

L'apparato critico mira soprattutto a fornire riferimenti supplementari a ulteriori documenti nella banca dati Dodis o a dossier d'archivio. Per quanto possibile, si rinvia sempre ai documenti citati nei testi pubblicati. Qualora un documento citato ritenuto importante sia stato oggetto di ricerca approfondita ma con esito negativo, viene indicato con la formula «nicht ermittelt / pas retrouvé / non ritrovato».

La pubblicazione di questo volume non sarebbe stata possibile senza il costante impegno di tutti i membri del gruppo di ricerca dei DDS. Un grazie particolare va a Dario Gerardi, collaboratore di lunga data, che ha intrapreso un nuovo percorso professionale. Al suo posto, il gruppo di ricerca ha accolto nel suo seno Vincent Juillerat che ha già provveduto a diversi lavori per la redazione di questo volume. Grazie anche agli aiuto assistenti, ai praticanti e a chi ha prestato servizio civile per il prezioso sostegno offerto al gruppo di ricerca. Si tratta di Franziska Brunner, Samuel Fehr, Timothée Feller, Silvia Gebhard, Marc Hermann, Lukas Hupfer, Bruno Keller, Dominik Matter, Camille Pellaux, Raphael Roth, Yves Steiner e Sascha Wüthrich.

Desidero inoltre ringraziare le istituzioni che finanziano il progetto di ricerca dei DDS e coloro che le rappresentano per la fiducia riposta nella mia persona: l'Accademia svizzera delle scienze umane e sociali, in particolare il segretario generale Markus Zürcher e il suo supplente Beat Immenhauser; l'Archivio federale svizzero, in particolare il suo direttore Andreas Kellerhals, Simone Chiquet e Adelheid Jann; il Dipartimento federale degli affari esteri, rappresentato dal capo del suo servizio storico, François Wisard; il Fondo nazionale svizzero per la ricerca scientifica, in particolare Rudolf Bolzern, capo della sezione Scienze umane e sociali. Infine, ringrazio sentitamente i membri della Commissione per la pubblicazione di documenti diplomatici svizzeri – ed in particolare il suo presidente Hans Ulrich Jost – che mi hanno garantito il sostegno e la libertà necessari alla realizzazione di questo progetto di ricerca unico nel suo genere.

III. EINLEITUNG

Der Band 23 der *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* deckt die Zeitspanne vom 1. Januar 1964 bis zum 31. Dezember 1966 ab. In diese Periode fällt die Schlussphase der Amtszeit von Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen als Vorsteher des Eidg. Politischen Departements (1. Juli 1961–31. Dezember 1965). Wahlen hatte 1961 nach der 16-jährigen Amtszeit von Max Petitpierre (1. Januar 1945–30. Juni 1961) die Leitung des EPD übernommen. Der Band deckt auch das erste Amtsjahr von Bundesrat Willy Spühler ab, der vom 1. Januar 1966 bis zum 31. Januar 1970 die schweizerische Aussenpolitik führte. In den fünf Jahren von 1961 bis 1966 erlebte die Schweiz folglich drei Aussenminister unterschiedlicher parteipolitischer Couleur. Auf den freisinnigen Petitpierre folgte mit Wahlen ein Vertreter der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB), der durch seine berufliche Tätigkeit in Deutschland, in den Niederlanden, Grossbritannien, Kanada, Washington und Rom ausgesprochen internationale Erfahrungen in das Amt einbringen konnte. Als Spühler 1966 vom Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement ins EPD wechselte, stand zum ersten Mal in der Geschichte des Bundesstaates ein Sozialdemokrat an der Spitze der schweizerischen Aussenpolitik.

Durch diese personellen Konstellationen und Wechsel in der Führung des EPD ergab sich in der Tat ein Novum für die Diplomatie der Nachkriegszeit: Seit der Amtszeit von Giuseppe Motta (1920–1940) hatte nämlich die Schweiz über keine ehemaligen Aussenminister verfügt, die politisch unbelastet für inoffizielle Missionen hätten gebraucht werden können. Bundesrat Wahlen konnte dagegen ab Sommer 1961 auf die diskreten Dienste von alt Bundesrat Petitpierre zählen und ab Januar 1966 konnte Bundesrat Spühler bei Bedarf gleich auf beide seine Vorgänger zurückgreifen, wie in diesem Band dokumentiert wird (Dok. 52, 167, 170).

Die Amtsperioden von Wahlen und Spühler setzten in der Tat einige neue Akzente und kennzeichneten sich durch eine relative Öffnung sowohl in der schweizerischen Europapolitik als auch in Bezug auf die Beziehungen mit der UNO. Insbesondere durch den Amtsantritt des Sozialdemokraten Spühler wurde die Debatte über den UNO-Beitritt erneut lanciert und den Befürwortern neue Impulse gegeben. Trotz dieser neuen Akzente und trotz der unterschiedlichen Parteizugehörigkeit der EPD-Vorsteher sorgten sowohl die Persistenz von höheren Beamten an den Schaltstellen der Aussenpolitik in mehreren Departementen als auch der politische Rahmendiskurs der Neutralität im Kalten Krieg für eine starke Kontinuität der Grundzüge der Aussenpolitik.

Die internationale Konstellation des Kalten Krieges stellte die schweizerische Diplomatie vor konkrete Probleme im Umgang mit geteilten Staaten unter kommunistischer Führung, die eigentlich im Namen des Prinzips der Universalität der Beziehungen hätten anerkannt werden sollen. Die Bundesrepublik Deutschland hatte aber seit 1955 mit der Formulierung der Hallstein-

Doktrin dem schweizerischen Universalitätsprinzip im Kontext des Kalten Krieges reale machtpolitische Grenzen gesetzt. Obschon praktisch die gesamte schweizerische Elite durch einen dezidierten Antikommunismus geprägt war, stellte die Frage der Anerkennung geteilter Staaten wie Deutschland, China, Korea und Vietnam die schweizerische Diplomatie vor konkrete Herausforderungen (Dok. 43, 80, 82, 91, 116, 184).

Ebenfalls debattiert wurde im Untersuchungszeitraum die Frage der «Besuchsdiplomatie». Zwar betonten schweizerische Diplomaten apodiktisch, dass eine «Besuchsdiplomatie um ihrer selbst willen oder zur Befriedigung von persönlichem Ehrgeiz oder übermässigem Temperament [...] per Saldo wertlos» sei (Dok. 164) und liessen am Radio erklären, «dass der schweizerische Bundespräsident gemäss einer eingewurzelten Tradition keine Staatsbesuche abstattet [...], da die Schweiz bekanntlich im Gegensatz zu andern Demokratien einen Staatspräsidenten im eigentlichen Sinne des Wortes nicht kennt» (Dok. 108), doch entwickelte sich hinter diesem traditionellen Diskurs in der untersuchten Periode eine zunehmend rege Besuchsdiplomatie. Neben dem Staatsbesuch des dänischen Königspaars (Dok. 102) fanden diverse Arbeitsbesuche und -treffen statt. So kam es zu mehreren offiziellen Arbeitsbesuchen ausländischer Minister in der Schweiz, etwa des schwedischen Aussenministers (Dok. 73), des argentinischen Wirtschaftsministers (Dok. 114), des österreichischen Aussenministers (Dok. 148), des österreichischen Bundeskanzlers oder des kubanischen Agrarministers. Auch Bundesräte machten verschiedene offizielle Arbeitsbesuche im Ausland: Nebst einigen nicht offiziellen Besuchen, reiste Wahlen offiziell nach Grossbritannien (Dok. 65), Bundesrat Paul Chaudet besuchte als Vorsteher des Eidg. Militärdepartements Schweden (Dok. 160) und Österreich.

Die Frage der *Europäischen Integration* stellte die schweizerische Aussenpolitik vor schwierige Entscheidungen. Viele Entwicklungen auf dieser Ebene schlugen sich auch in den bilateralen Beziehungen mit europäischen Staaten – oft negativ – nieder, so z. B. mit Österreich (Dok. 13, 63, 148) oder Frankreich (Dok. 168). Auch mit Grossbritannien gestalteten sich die Beziehungen innerhalb der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA wegen der Krise des Pfundes sehr schwierig (Dok. 56), wie die ungewöhnlich heftige Aussprache zwischen dem britischen Wirtschaftsminister George Brown und Bundesrat Wahlen deutlich zeigt (Dok. 65, 99). Am 8. Februar 1966 beschloss der Bundesrat die weitere Beteiligung der Schweiz an der multilateralen Stützungsaktion zugunsten des Pfundsterlings und ermächtigte die Schweizerische Nationalbank, sich an einer neuen internationalen Hilfsaktion zu beteiligen (Dok. 128). Ende März diskutierte die ständige Wirtschaftsdelegation über die Eventualität einer Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG und spekulierte über die baldige Aufnahme von Verhandlungen der Gemeinschaft mit Grossbritannien. Die Gefahr einer Einbindung Grossbritanniens in die EWG und die in der Folge befürchtete Schwächung der EFTA und Isolation der Schweiz öffnete für einen Moment breite Optionen: «Il conviendrait en particulier d'établir si, dans le cas d'un élargissement de la communauté, une adhésion avec réserve (bedingte Mitgliedschaft) ne serait

pas préférable à l'association pour éviter la satellisation» (Dok. 136). Die Möglichkeit einer solchen bedingten Mitgliedschaft in der EWG schien plötzlich umso mehr in Griffnähe zu rücken, als die schweizerischen Verantwortlichen eine Lockerung der ursprünglichen politischen Zielsetzungen der EWG und eine deutlich reduzierte Ausgestaltung der Supranationalität zu erkennen glaubten (Dok. 140). Mit der Deklaration Bundesrat Spühlers vom 27. Oktober 1966 an der EFTA-Konferenz in Lissabon wurde dieser Weg jedoch mit dem Argument der Neutralität endgültig verschlossen (Dok. 172).

Die *wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern* nimmt in diesem Band einen wichtigen Stellenwert ein. Mit dem Prozess der Dekolonisation in Asien und Afrika in den 1950er Jahren wurden auch für die Schweiz die Beziehungen zu diesen neuen Staaten immer wichtiger. Die Schaffung des Amtes eines Delegierten des Bundesrates für technische Zusammenarbeit durch den Bundesrat am 17. März 1961 gilt als die Geburtsstunde der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Diese ist seither ein fester Bestandteil der schweizerischen Aussenpolitik. Die Schweiz sah sich als wirtschaftliches und politisches Vorbild für die Entwicklungsländer und betrachtete die Zusammenarbeit auch als Versuch, ihre während des Zweiten Weltkriegs international in Misskredit geratene Neutralitätspolitik aufzuwerten. Dass dieses Unterfangen nicht gerade einfach war, zeigte sich 1965, als im Rahmen des von der UNO gemeinsam mit dem *Institut universitaire de hautes études internationales* in Genf durchgeführten Ausbildungsprogramms für Diplomaten aus den Entwicklungsländern, vor allem aus Subsahara-Afrika, der schweizerische Vertreter von den Kursteilnehmern «hämische Kritik an der heuchlerischen Haltung der Schweiz zu den ausserpolitischen Problemen unserer Zeit» einstecken musste (Dok. 104). Die «technische Zusammenarbeit» war schliesslich auch eine Kompensation für die Absenz der Schweiz in der UNO. Zu Beginn bestand die schweizerische Entwicklungshilfe v. a. aus Materiallieferungen, der Entsendung von Experten und der Gewährung von Stipendien. Schwerpunktländer wie Nepal (Dok. 93, 112) oder Ruanda (Dok. 89, 178) wurden auf Grund ihrer günstigen geografischen Lage, ihrer Kleinstaatlichkeit und schon bestehender enger Verbindungen zur Schweiz ausgewählt. Auch Südamerika rückte in den Fokus der Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere wegen des Interesses, Rechtsregeln über den Investitionsschutz multilateral und bilateral zu verankern (Dok. 8, 114, 158). In einem grundsätzlichen Dokument vom September 1965 (Dok. 100) zur Beantwortung einer parlamentarischen Interpellation wurden die drei Arten der Entwicklungshilfe, nämlich die technische Hilfe, die Finanzhilfe und die handelspolitischen Massnahmen eingehend erläutert. Dass häufig handfeste handelspolitische Interessen der Schweiz im Spiel waren, zeigt zum Beispiel die interne Debatte um Kredite für die Finanzierung der Exportrisikogarantie, die vor dem Parlament verheimlicht wurden (Dok. 62). Tatsächlich stand die Schweiz im internationalen Vergleich über die geleistete Entwicklungshilfe «nicht schlecht da, wenn alle Exportrisikogarantieleistungen einbezogen werden» (Dok. 121).

Die *Wirtschafts- und Finanzbeziehungen* sind ein absolut zentraler Bestandteil der schweizerischen Aussenpolitik und nehmen auch in diesem Band einen prominenten Platz ein. Von 1931 bis 1959 hatte die Schweiz mit 12 Ländern umfassende Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen. Die Frage der Vermeidung der Doppelbesteuerung kam in der ersten Hälfte der 1960er Jahre erneut auf und beschäftigte Verwaltung, Regierung und Parlament eingehend. Unter anderem verhandelte man mit Grossbritannien, Irland, Italien, Japan, den Niederlanden, Portugal, Schweden, Spanien und Südafrika (Dok. 92). Vor der ständerätlichen Kommission informierte der Vizedirektor der Steuerverwaltung des Eidg. Finanz- und Zolldepartements unumwunden, dass sich die Bundesrepublik Deutschland «über die Steuerflucht nach der Schweiz» beschwere und «diese mit zahlenmässigen Angaben» belege, die «kaum bestritten werden können» (Dok. 177). Wegen der Schwierigkeiten mit der Bundesrepublik wurde auch das Abkommen mit Frankreich dilatorisch gehandhabt. Hingegen trat die Schweiz 1966 definitiv dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen GATT bei (Dok. 129). Die Frage der Meistbegünstigung in den GATT-Verhandlungen hatte auf verschiedene Bereiche eine Reihe von Konsequenzen. Zwei Dokumente präsentieren grundsätzliche Gedanken der schweizerischen Behörden zur Regelung der Einfuhr von Waren und Gütern in die Schweiz (Dok. 17) sowie über mögliche bilaterale Abkommenstypen mit südamerikanischen Staaten (Dok. 19). Es galt dabei vor allem abzuklären, ob neben den üblicherweise verwendeten Artikeln über Handel und Zahlungen, derartige Abkommen auch mit Klauseln betreffend Investitionsschutz, Doppelbesteuerung, Schiedsgerichtsbarkeit, technische Zusammenarbeit, Niederlassung, Schutz geistigen Eigentums sowie Luftfahrt und Seeschifffahrt versehen werden sollten. So kontrovers wie in den Jahren zuvor wurde mit den USA in der Uhren-Frage verhandelt (Dok. 76, 77, 110). Ebenfalls problembehaftet waren die Beziehungen zu Südafrika (Dok. 97, 156) und Rhodesien (Dok. 120, 130, 138, 154), sowie mit Ländern des Ostblocks – so mit Ungarn (Dok. 166), der Tschechoslowakei (Dok. 179), Rumänien (Dok. 21, 143), Polen (Dok. 47) und der DDR (Dok. 82). Gleichzeitig wuchs das Interesse der Wirtschaft am Handel mit den sozialistischen Staaten Osteuropas, das sich etwa in der Einladung des sowjetischen Aussenhandelsministers durch den Bundesrat (Dok. 51) oder der Organisation einer schweizerischen Industrieausstellung in Moskau manifestierte (Dok. 151). Schliesslich hatte die schweizerische Diplomatie gegen Nationalisierungen in Kuba (Dok. 145), Tunesien (Dok. 26) und Ägypten (Dok. 23) zu kämpfen.

Nicht tarifäre Handelshemmnisse, wie beispielsweise in den jeweiligen nationalen Gesetzgebungen fixierte Qualitätskontrollen auf Produkte der pharmazeutischen Industrie, stellten die schweizerische Exportindustrie und Diplomatie vor das Dilemma, die Souveränität durch Amtshandlungen ausländischer Behörden in der Schweiz aufzuweichen, was nach Schweizerischem Strafgesetzbuch jedoch strafbar ist (Art. 273 StGB). Das Abwägen der Interessen der Exportindustrie gegenüber den Souveränitätsaspekten zeigt die Interdependenzen eines zunehmend globalen Marktes. Interessant sind dabei die Überlegungen, solche Fragen durch internationale Regimes statt auf bilateralem Weg lösen zu wollen (Dok. 68, 87, 113).

Die *Konjunktur- und Migrationspolitik* der Schweiz hat eine immanente Rückkoppelung auf die Aussenpolitik. Die wirtschaftlichen Wachstumsraten des Landes zogen einen erhöhten Bedarf an ausländischen Arbeitskräften nach sich und warfen damit eine Reihe von wichtigen Fragen auf, insbesondere im Sozialbereich. Die quantitativ signifikanteste Einwanderungsgruppe stellten die italienischen Arbeitskräfte dar, und in der Folge betrafen die politisch relevantesten Fragen die Beziehungen zu Italien. Der Band dokumentiert die letzte Verhandlungsphase, die 1964 zum Abschluss des Einwanderungsabkommens mit Italien führte, sowie die politischen Fragen, die sich bei der Ratifikation und Umsetzung des Vertrages stellten (Dok. 37, 48, 53, 54, 64). Obschon in der Frage des Familiennachzugs nur geringe Konzessionen zugestanden worden waren, wurde das Abkommen im Parlament und in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert, was 1965 zur Lancierung der ersten fremdenfeindlichen Volksinitiative führte. Gleichzeitig begann sich der fremdenfeindliche Diskurs in der Schweiz auch langsam in der Perzeption des Auslands bemerkbar zu machen (Dok. 77). Das schweizerisch-italienische Abkommen löste auch Begehrlichkeiten anderer Emigrationsländer wie Spaniens (Dok. 86, 153), Portugals (Dok. 4), Jugoslawiens (Dok. 59), der Türkei (Dok. 69) oder Algeriens (Dok. 22, 165) aus, die allerdings in Bern nicht auf Verhandlungsbereitschaft stiessen.

Die *innere und äussere Sicherheitspolitik* stand in der Schweiz unter dem Zeichen des rüstungspolitischen Mirage-Skandals. Der Band dokumentiert die ersten Debatten im Bundesrat über die riesigen Kostenüberschreitungen im Februar 1964 (Dok. 18) bis hin zur Rücktrittserklärung von Bundesrat Chaudet im November 1966 (Dok. 180). Im Zuge der Mirage-Angelegenheit wurde der Bundesrat beauftragt, einen Bericht an die Bundesversammlung über die Konzeption der militärischen Landesverteidigung anzufertigen (Dok. 142). Wichtiger Bestandteil dieser Debatte war auch die Frage der Atombewaffnung (Dok. 15, 27, 73, 160). Von grosser Bedeutung ist auch das Thema der Ausfuhr von Kriegsmaterial. Die schweizerische Gesetzgebung und Praxis in diesem Bereich wird in einem zusammenfassenden Dokument vom November 1966 gut dargelegt (Dok. 176). Im Untersuchungszeitraum galten Verbote für die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Israel und in die arabischen Staaten (seit 1955), nach Südafrika (1963), nach Indonesien und Malaysia (1964), Zypern, Griechenland und in die Türkei (1964), nach Indien und Pakistan (1965) sowie nach Rhodesien (1965). Von besonderem Interesse war die Frage der Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Südafrika (Dok. 7, 84, 105). Weitere sicherheitspolitische Fragen betrafen die schweizerische Delegation in der Neutralen Waffenstillstands-Überwachungskommission in Korea (Dok. 135), die Spionagetätigkeit von Agenten aus der DDR (Dok. 147) oder aus Rumänien (Dok. 143), einen prominenten sowjetischen Überläufer (Dok. 14) oder die Aktivität von Terroristen aus dem Südtirol (Dok. 20).

Die *guten Dienste und humanitären Aktionen* fokussieren sich in der betrachteten Periode primär auf die Vertretung fremder Interessen. Im Jahre 1965 hatte die Schweiz die Vertretung von 17 Ländern inne (Dok. 101), was die höchste Anzahl seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war. Die wichtigste

und aufwändigste Mission als Schutzmacht war jene zu Gunsten der USA in Kuba in der Folge der Krise von 1962. Seit Herbst 1965 trat die schweizerische Botschaft in Havanna mit der Organisation der Emigration kubanischer Oppositioneller in die USA eine neue und sehr weitgehende Aufgabe an. Die Operation stützte sich auf eine unter Schweizer Beteiligung erreichte kubanisch-amerikanische Vereinbarung über die Emigration von Dissidenten und beinhaltete die Einrichtung einer Luftbrücke zwischen Varadero und Miami unter Aufsicht der schweizerischen Botschaft (Dok. 2, 146). Die Absicht der Bundesrepublik Deutschland, Beziehungen zu Israel zu knüpfen, führte im Frühjahr 1965 zur Empfehlung der arabischen Aussenminister, die Beziehungen zu Deutschland abubrechen. Auch in dieser Situation bot sich die Schweiz als Schutzmacht an (Dok. 75, 101). Im Zuge der Dekolonisation wurde die Schweiz auch angefragt, Portugal in Kenia zu vertreten (Dok. 4). Ohne grossen Erfolg versuchte die Schweiz, ihre guten Dienste im Konflikt um Vietnam anzubieten (Dok. 96, 157). Die Beziehungen zwischen dem EPD und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (Dok. 25, 36) waren zuweilen von divergierenden Interessen charakterisiert.

Die *Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen* wurde vom Status der Nicht-Mitgliedschaft in der UNO geprägt. Auf vorsichtige Sondierungen des UNO-Generalsekretärs U Thant im September 1964 bezüglich einer baldigen Mitgliedschaft der Schweiz bei den Vereinten Nationen reagierte Wahlen ablehnend (Dok. 40). Der Fall der Sanktionen der UNO gegen Rhodesien verstärkte die Eigenperzeption, dass ein Abseitsstehen für die Schweiz vorteilhafter sei (Dok. 120). Ebenfalls ablehnend zeigte sich die Schweiz gegenüber der Bewegung der Blockfreien Staaten (Dok. 3). 1966 trat die Schweiz hingegen, wie erwähnt, definitiv dem GATT bei, das als «technische» und nicht «politische» Organisation aufgefasst wurde. Die Unterscheidung in «technische» und in «politische» Organisationen bedurfte zuweilen mühsamer Auslegungen, wie sich beispielsweise im November 1965 zeigte, als an der «technischen» Konferenz der Internationalen Fernmeldeunion eine Tadelsresolution gegen Portugals Kolonialpolitik befürchtet wurde. Prompt erinnerte Bundesart Wahlen an die im Januar 1964 erlassenen generellen Richtlinien für das Verhalten der schweizerischen Delegationen bei politischen Debatten und Abstimmungen an internationalen Konferenzen, die bei «artfremden Auseinandersetzungen der Organisationen» die Enthaltung vorsah (Dok. 115). Mit der Dekolonisation hatten viele neue Staaten offiziell die Weltbühne betreten. Dass sich die traditionellen Rollenmuster der Schweiz in diesem veränderten internationalen Umfeld nicht mehr ohne weiteres bewährten, konnten die Verantwortlichen der schweizerischen Aussenpolitik spätestens im Sommer 1966 erfahren, als der bislang der Schweiz zugesicherte Posten des Generaldirektors des Weltpostvereins anderweitig vergeben wurde (Dok. 155).

Die Rolle Genfs als europäischer Sitz der Vereinten Nationen und als internationale Stadt war sowohl innen- wie aussenpolitisch nicht unumstritten (Dok. 169). Im Innern begegnete man den Widerständen gegen den Ausbau Genfs als Sitz internationaler Organisationen mit der Gründung einer Immo-

bilienstiftung (Dok. 50). Gegen aussen kristallisierte sich eine Kontroverse mit Italien heraus, die den künftigen Sitz der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung UNCTAD (Dok. 111) betraf.

Bern, August 2011

SACHA ZALA

III. ABKÜRZUNGEN / ABRÉVIATIONS / ABBREVIAZIONI

a. Bundesrat	alt Bundesrat
a. i. / ad int.	ad interim
Abs.	Absatz
a. c.	anni currentis / anno corrente
ACF	Arrêté du Conseil fédéral
AELE	Association européenne de libre-échange
AFP	Agence France Presse
AG	Aktiengesellschaft
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AI	Assurance Invalidité
allf.	allfällig
Anm.	Anmerkung
APPI	Association internationale d'études pour la promotion et la protection des investissements privés en territoire étrangers
Art. / art.	Artikel / article
AS	Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft
ASE	Aide suisse à l'Europe
BBI	Bundesblatt
Bd. / Bde.	Band / Bände
Beil.	Beilage
betr.	betreffend
BG	Bundesgesetz
BID	Banque interaméricaine de développement
BIGA	Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
BIRD	Banque internationale pour la reconstruction et le développement
BIRPI	Bureaux internationaux réunis pour la protection de la propriété intellectuelle
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BR	Bundesrat
BRB	Bundesratsbeschluss
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BR-Prot.	Bundesratsprotokoll
BR-Verhandlungsprot.	Verhandlungsprotokoll des Bundesrates
BS	Bereinigte Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen 1848–1947
bspw.	beispielsweise
Bull. Stén.	Bulletin sténographique
Bupo	Bundespolizei

BV	Bundesverfassung
bzw. / bezw.	beziehungsweise
ca.	circa
CAT	Comité de l'assistance technique (de l'Organisation des Nations Unies)
CC	Caisse commune (des porteurs des dettes publiques autrichiennes et hongroises)
CEE	Communauté économique européenne
CERN	Centre européen de recherche nucléaire
CF	Conseil fédéral
CFF	Chemins de fer fédéraux
cf.	confer
CIAE	Compañía Italo-Argentina de Electricidad
CICR	Comité international de la Croix-Rouge
cm	Zentimeter / centimètre
CN	Conseil national
CNUCED	Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement
Co.	Company
COOP	Union suisse des coopératives de consommation
CRYPTO	Crypto AG, Apparate und Instrumente
d. h.	das heisst
d. J.	dieses Jahres
d. M. / d. Mts.	dieses Monats
DAC	Development Assistance Committee (of the OECD)
DC	District of Columbia
DC	Douglas Aircraft Company
DCA	Défense contre avions
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDS	Diplomatische Dokumente der Schweiz / Documents Diplomatiques Suisses
DEMV	Direktion der Eidgenössischen Militärverwaltung
Dez.	Dezember
DFEP / DEP	Département fédéral de l'économie publique
Dir.	Direktor / Directeur
DM	Deutsche Mark
Dok. / Doc.	Dokument / Document
dodis.ch	Datenbank der Diplomatischen Dokumente der Schweiz / Base de données des Documents Diplomatiques Suisses
DPF	Département politique fédéral
Dr. / Dr	Doktor / Docteur
DRS	Deutsche und rätoromanische Schweiz
ECAFE	Economic Commission for Asia and the Far East (of the United Nations)
ECE	Economic Commission for Europe (of the United Nations)

EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EFTA	European Free Trade Association
EFZD	Eidgenössisches Finanz- und Zolldepartement
chem.	ehemaliger
Eidg.	Eidgenössisch
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMD	Eidgenössisches Militärdpartement
EPD	Eidgenössisches Politisches Departement
EPUL	École polytechnique de l'université de Lausanne
ERG	Exportrisikogarantie
ESRO	European Space Research Organisation
EstV	Eidgenössische Steuerverwaltung
etc.	et cetera
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
ev. / evt.	eventuell
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EXPO	Exposition nationale suisse de 1964 / Schweizerische Landesausstellung 1964
FAO	Food and Agriculture Organization (of the United Nations)
FDA	Food and Drug Administration (of the United States)
FF	Feuille fédérale
FH / F. H.	Verband der schweizerischen Uhrenindustrie / Fédération suisse des associations de fabricants d'horlogerie
FIPOI	Fondation des immeubles pour les organisations internationales
FMI	Fonds monétaire international
Fr. / fr. / frs.	Schweizer Franken / Francs suisses
FZD	Eidgenössisches Finanz- und Zolldepartement
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
Gst.	Generalstab
HCR	High Commissioner for Refugees (of the United Nations)
HEI	(Institut universitaire de) hautes études internationales
HEKS	Hilfswerk evangelischer Kirchen Schweiz
HI	Hektoliter / hectolitre
HR	House of Representatives (of the United States)
ibid.	ibidem
IDA	International Development Association
IE	Intérêts étrangers
i. e.	id est
IFA	International Fiscal Association
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz

IKS	Interkantonale Kontrollstelle für Heilmittel
ILO	International Labour Organization
IMF	International Monetary Fund
insb. / insbes.	insbesondere
IO	Internationale Organisationen
Italo-Argentina	vgl. CIAE
ITU	International Telecommunication Union
IV	Invalidenversicherung
IWF	Internationaler Währungsfonds
JPD	Justiz- und Polizeidepartement
jun.	Junior
Kal.	Kaliber
kant.	kantonal
Kat.	Kategorie
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KTA	Kriegstechnische Abteilung (des Militärdepartements)
lit.	Littera
Ltd.	Limited
LVK	Landesverteidigungskommission
M. / MM.	Monsieur / Messieurs
MAE	Ministère des Affaires étrangères
m. a. W.	mit anderen Worten
Me	Maître
m. E.	meines Erachtens
Mia.	Milliarden
Mio. / mio	Millionen / millions
Mme	Madame
MP	Members of Parliament (of the United Kingdom)
Mr.	Mister
Mrs.	«Misses»
MUBA	Mustermesse Basel
m. W.	meines Wissens
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NGA	Nationale Gesellschaft zur Förderung der industriellen Atomtechnik
NHG	Neue Helvetische Gesellschaft
NNSC	Neutral Nations Supervisory Commission (in Korea)
N ^o / N ^{os}	numéro / numéros
NR	Nationalrat
Nr. / Nrn.	Nummer / Nummern
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OAP	(United States) Office of Alien Property
OCDE	Organisation de coopération et de développement économiques

ODM	(United States) Office of Defense Mobilization
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OEP	Office of Emergency Planning (of the United States)
OI	Organisations internationales
OIT	Organisation internationale du travail
OMS	Organisation mondiale de la santé
ONST	Office central suisse du tourisme
ONU	Organisation des Nations Unies
ONUC	Organisation des Nations Unies au Congo
OSEC	Office suisse d'expansion commerciale
OTAN	Organisation du traité de l'Atlantique Nord
ÖVP	Österreichische Volkspartei
p. / pp.	page / pages suivantes
PM	Premierminister / Premier ministre / Prime Minister
Prot.	Protokoll / Protocole
PS / P. S.	Post scriptum
PTT	Post-, Telegraph- und Telephonverwaltung / Postes, téléphones, télégraphes
PV	Procès-verbal
PVCF	Procès-verbal du Conseil fédéral
RDC	République démocratique du Congo
resp.	respectiv
RFA	République fédérale d'Allemagne
RM	Révérènde Mère
RO	Recueil officiel des lois et ordonnances de la Confédération suisse
ROK	Republic of Korea
RP	Révèrend Père
RS	Révèrende Sœur
S.	Seite
s.	siehe
SA	Société anonyme
SABENA	Société anonyme belge d'exploitation de la navigation aérienne
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
SBV	Schweizerische Bankiervereinigung
schweiz.	schweizerisch
s. E.	seines Erachtens
SEATO	Southeast Asia Treaty Organisation
SEGBA	Servicios Eléctricos del Gran Buenos Aires
SENATI	Servicio nacional de aprendizaje y trabajo industrial (del Perú)
SGCI	Schweizerische Gesellschaft für Chemische Industrie
SH	Schaffhausen (Kanton)
SHAG	Schweizerisches Hilfswerk für aussereuropäische Gebiete

SIE	Section des intérêts étrangers (du DPF)
SIG	Schweizerische Industrie-Gesellschaft
SIP	Société des instruments de physique
SIPA	Servicio de Investigación y Promoción Agraria (del Perú)
SNB	Schweizerische Nationalbank
SNF	Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
sog.	sogenannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SR	Ständerat
SSS	Selective Service System (of the United States)
Sten. Bull.	Stenographisches Bulletin
StGB	Strafgesetzbuch
stv.	stellvertretender
Suizargel	Suizo-Argentina de Electricidad SA
SZH	Schweizerische Zentrale für Handelsförderung
To.	Tonne
TRAFIPRO	Travail, Fidélité, Progrès (Rwanda)
TV	Television
TZ	Technische Zusammenarbeit
u. a.	unter anderem
u. a. m.	und andere mehr
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
u. E.	unseres Erachtens
u. U.	unter Umständen
UIT	Union internationale des télécommunications
UK	United Kingdom
UN / UNO	United Nations Organization
UNCMAC	United Nations Command Military Armistice Commission
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UPI	United Press International
UPU	Union postale universelle
URSS	Union des républiques socialistes soviétiques
USA / US	United States (of America)
US \$	US Dollar
USS	Union syndicale suisse
USSR	vgl. UdSSR
usw.	und so weiter
u. W.	unseres Wissens
VAR	Vereinigte Arabische Republik
VEB	Verwaltungsentscheid der Bundesbehörden

VED	Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschafts- departement
vgl. / vergl.	vergleiche
v. J.	vergangenen Jahres
VK	Vereinigtes Königreich
v. M.	vergangenen Monats
vol.	volume
VSM	Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller
v. v.	vice versa
WHO	World Health Organization
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
z. Z. / z. Zt.	zur Zeit
Ziff.	Ziffer

IV. DOKUMENTENVERZEICHNIS / TABLE DES DOCUMENTS /
INDICE E SOMMARIO DEI DOCUMENTI

1

6. 1. 1964 *Der schweizerische Botschafter in Washington, A. Zehnder, an den Generalsekretär des Politischen Departements, P. Micheli*
dodis.ch/30938
Washingtons Beurteilung der schweizerischen Neutralität. Überblick über die Rolle der Schweiz in Afrika in Bezug auf die Entkolonisierung. Kritik an der Nichtmitgliedschaft der Schweiz in der UNO.

2

9. 1. 1964 *Der schweizerische Botschafter in Havanna, E. Stadelhofer, an den Chef der Abteilung für Internationale Organisationen des Politischen Departements, J. Burckhardt*
dodis.ch/30978
Zusammenfassung der wichtigsten Ereignisse und Vermittlungsaktionen der Schweizer Botschaft zwischen Kuba und den USA im Konflikt über die Zukunft der amerikanischen Botschaft in Havanna.

3

13. 1. 1964 *Notice du Secrétaire général du Département politique, P. Micheli*
dodis.ch/30896
Le Conseiller fédéral Wahlen est invité à participer à la fête nationale de l'Inde. Discussion quant à l'éventuelle participation de la Suisse à une nouvelle conférence des pays non engagés.

4

13. 1. 1964 *Notice du Secrétaire général du Département politique, P. Micheli*
dodis.ch/30900
Lisbonne demande à la Suisse d'assumer la représentation des intérêts portugais au Kenya.

5

16. 1. 1964 *Der schweizerische Botschafter in New Delhi, J.-A. Cuttat, an den Dalai Lama, T. Gyatso*
dodis.ch/30916
Der persönliche Vertreter des Dalai Lama darf sein Büro nur dann in Genf einrichten, wenn er seine Aktivitäten in der Schweiz auf die religiösen und kulturellen Aspekte der tibetischen Gemeinschaft in Europa beschränkt.

6

20. 1. 1964 *Notice du Secrétaire général du Département politique, P. Micheli*
dodis.ch/31298
Réticences quant à la conclusion d'un accord culturel avec le Canada destiné à renforcer la francophonie en raison des problèmes que les concepts ethniques représentent pour la Suisse.

7

22. 1. 1964 *Der Generalsekretär des Politischen Departements, P. Micheli, an den schweizerischen Beobachter bei den Vereinten Nationen, E. Thalman*
dodis.ch/31045
Abwägungen, ob die Schweiz der an alle Staaten gerichteten Aufforderung des UNO-Generalsekretärs, über die Umsetzung der Südafrika-Resolutionen des Sicherheitsrates Bericht zu erstatten, Folge leisten soll.

8

28. 1. 1964 *Der Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen, an den Präsidenten der Generaldirektion der Schweizerischen Kreditanstalt, E. Reinhardt*
dodis.ch/31413
Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Geschäftsleuten und den Behörden sowie die gegenseitige Orientierung sind unerlässlich um die Investitionen in Südamerika zu schützen und zu fördern.

9

30. 1. 1964 *Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, P. R. Jolles, an den*
 dodis.ch/30974 *schweizerischen Botschafter in Havanna, E. Stadelhofer*
 Der Zeitpunkt für den Abschluss eines Handelsprotokolls wird als ungünstig erachtet. Vor einer Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Kuba muss zuerst im Fall Nestlé eine befriedigende Lösung gefunden werden.

10

31. 1. 1964 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen*
 dodis.ch/31455 Negative Beurteilung eines Waffenexportgesuchs nach Portugal, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Waffen auch in den portugiesischen Kolonien in Afrika zum Einsatz kommen.

11

3. 2. 1964 *Die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an die schwei-*
 dodis.ch/30947 *zerische Botschaft in Washington*
 Anklage und Drohungen der amerikanischen Uhrenindustriellen in Bezug auf die Uhren- Antitrustprozesse in den USA. Problem des Schmuggels auf den Jungferninseln.

12

4. 2. 1964 *Protokoll der Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 24. Ja-*
 dodis.ch/31817 *nuar 1964.*
 Vorbereitung der Kennedy-Runde: die Schweiz will eine liberale Lösung mit einer festen Regelung des schweizerischen Falles. Sie will die USA und die EWG nicht gegeneinander ausspielen.

13

11. 2. 1964 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen*
 dodis.ch/31083 Gespräch mit dem österreichischen Aussenminister, B. Kreisky, über das schweizerisch-österreichische Verhältnis und über die österreichischen EWG-Assoziationspläne.

14

14. 2. 1964 *L'Ambassadeur de Suisse à Moscou, M. Troendle, au Ministère des*
 dodis.ch/31011 *Affaires étrangères de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques*
 Accusations à l'égard des autorités suisses en relation avec la disparition d'un expert de la délégation soviétique auprès de la conférence du désarmement.

15

17. 2. 1964 *Verhandlungsprotokoll der 14. Sitzung des Bundesrates vom 17. Februar*
 dodis.ch/31971 *1964*
 Bezüglich der Beschaffung von Atomwaffen werden verschiedene Probleme angesprochen. Bevor weitergehende Beschlüsse gefällt werden, soll das Militärdepartement eine Studie über die Möglichkeit der Durchführung unterirdischer Kernwaffenversuche verfassen.

16

18. 2. 1964 *Notiz des Stellvertreters des Chefs der Abteilung für Politische Angele-*
 dodis.ch/30942 *genheiten des Politischen Departements, R. Probst*
 Zusammenfassung der Praxis betreffend Militärdienst von Schweizern in den Vereinigten Staaten. Die Bestrebungen des EPD in dieser Angelegenheit.

17

26. 2. 1964 *Die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an die dänische*
 dodis.ch/31396 *Botschaft in Bern*
 Zusammenfassende Darstellung nach welchen Grundsätzen die Einfuhr in der Schweiz generell geregelt ist.

18

28. 2. 1964 *Verhandlungsprotokoll der 17. Sitzung des Bundesrates vom 28. Februar 1964*
dodis.ch/31973

Wegen massiver Kostenüberschreitung bei der Beschaffung der Mirage muss das Parlament über einen Zusatzkredit abstimmen: Für den Bundesrat ist es eine «peinliche Angelegenheit».

19

5. 3. 1964 *Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, E. Stopper, an den schweizerischen Botschafter in Lima, R. Fässler*
dodis.ch/31784

Übersicht über die Wirtschaftsbeziehungen zu Lateinamerika und die Vor- und Nachteile von Abkommen in verschiedenen Bereichen.

20

11. 3. 1964 *Der Militär- und Luftattaché in Wien, Ch. Schaefer, an die Nachrichten-
dodis.ch/31057* *sektion des Militärdepartements*

Informationen zu möglichen Aktivitäten in der Schweiz von österreichischen und deutschen Terroristen im Zusammenhang mit der Südtirolfrage.

21

25. 3. 1964 *Notiz des Chefs der Sektion Ost, A. Janner, zuhanden der Geschäfts-
dodis.ch/31540* *prüfungskommission des Nationalrates*

Die Beziehungen zu Ungarn und der Tschechoslowakei haben sich weitgehend normalisiert, auch was die Einreisewilligungen betrifft. Rumänien betreffend gibt es Ausreiseschwierigkeiten von schweizerisch rumänischen Doppelbürgern.

22

3. 4. 1964 *Notiz des Bundespräsidenten, L. von Moos*
dodis.ch/31346

Negative Haltung zu einer Vereinbarung betreffend Beschäftigung algerischer Arbeiter in der Schweiz.

23

13. 4. 1964 *Notice pour le Chef du Département politique, F. T. Wahlen*
dodis.ch/31746

Les pourparlers pour indemniser les intérêts suisses nationalisés en Egypte progressent de façon satisfaisante.

24

19. 4. 1964 *Der Berater des ruandischen Präsidenten, H. K. Frey, an den Delegierten
dodis.ch/31351* *des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, G. C. Senn*

Nach den Massakern in Ruanda will der schweizerische Berater des ruandischen Präsidenten, dass dieser die Geschehnisse rechtmässig untersuchen lässt und personelle Konsequenzen zieht und droht andernfalls mit der Einstellung der technischen Hilfe.

25

28. 4. 1964 *Le Chef du Département politique, F. T. Wahlen, au Président du Comité
dodis.ch/31601* *international de la Croix-Rouge, L. Boissier*

Des reproches sont émis concernant une éventuelle ingérence des autorités suisses dans les affaires du CICR au Yémen. Le Département politique rejette les accusations.

26

15. 5. 1964 *Verhandlungsprotokoll der 36. Sitzung des Bundesrates vom 15. Mai
dodis.ch/31967* *1964*

Die tunesischen Landenteignungen verletzen den Vertrag zwischen der Schweiz und Tunesien, weshalb mehrfach von der Schweiz interveniert wird und ein Projekt der technischen Hilfe zurückgestellt wird.

27

27. 5. 1964 *Der schweizerische Botschafter in Moskau, A. R. Ganz, an den Generalsekretär des Politischen Departements, P. Micheli*
 dodis.ch/31014 Trotz allgemein ungetrübter Beziehungen zur Sowjetunion geben einige «kulturpolitische» Affären, die Lieferung von Kriegsmaterial an Drittstaaten oder die Atombewaffnung durch die Schweiz zu reden.

28

1. 6. 1964 *Der Generalsekretär des Politischen Departements, P. Micheli, an den Direktor der Militärverwaltung des Militärdepartements, A. Kaech*
 dodis.ch/31386 Negative Antwort auf das Begehren der Militärverwaltung aufgrund der gegenwärtigen weltpolitischen Situation sowie der vorherrschenden Meinung in der Schweizer Öffentlichkeit die Beschränkung des Kriegsmaterialexports zu lockern.

29

4. 6. 1964 *Notiz des Rechtsberaters des Politischen Departements, R. Bind-schedler*
 dodis.ch/31825 Vor- und Nachteile des Imports und Exports von Kriegsmaterial und die Bedeutung einer eigenen Rüstungsindustrie im Zusammenhang mit der allgemeinen Rüstungspolitik der Schweiz.

30

8. 6. 1964 *Notice pour le Chef du Département politique, F. T. Wahlen*
 dodis.ch/30912 Les relations entre la Suisse et la Chine sont troublées par l'accord des autorités fédérales à l'établissement d'un représentant personnel du Dalai Lama en Suisse. Le Département politique se défend en évoquant sa tradition humanitaire.

31

17. 6. 1964 *L'Ambassadeur de Suisse à Dublin, J. Rossat, au Directeur de la Division du commerce du Département de l'Economie publique, E. Stopper*
 dodis.ch/31577 Signature d'une convention entre la Fédération horlogère et le gouvernement irlandais concernant la création d'un institut d'horlogerie à Dublin.

32

27. 6. 1964 *Der schweizerische Botschafter in Warschau, P. Dupont, an den Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli*
 dodis.ch/31318 Unterzeichnung einer Vereinbarung mit Polen über den Warenaustausch, Zahlungsverkehr und die Nationalisierungsentschädigung.

33

29. 6. 1964 *Der Generalsekretär des Volkswirtschaftsdepartements, K. Huber, an den Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, R. Probst*
 dodis.ch/30948 Kritik wegen einer zusätzlichen Intervention des Bundes in der Antitrustprozess-Angelegenheit.

34

29. 6. 1964 *Notice pour le Chef de la Division des affaires politiques du Département politique, P. Micheli*
 dodis.ch/31565 Berne envisage d'utiliser sa participation à l'aide consortiale à la Turquie pour obtenir des concessions en faveur d'un citoyen suisse, emprisonné en Turquie.

- 35**
24. 7. 1964 *Notiz des Departementssekretärs des Justiz- und Polizeidepartements,*
dodis.ch/31241 *A. Riesen*
Polemik um den Aufenthalt von Alt Staatssekretär der Bundesrepublik Deutschland, Hans Globke, in der Schweiz wegen dessen nationalsozialistischer Vergangenheit.
- 36**
24. 7. 1964 *Interne Notiz des Politischen Departements*
dodis.ch/31742 Das IKRK beabsichtigt, neben der Schweiz, Bahrein und Qatar, mit welchen die Schweiz nicht in Verbindung gebracht werden will, um Unterstützung für das IKRK-Spital in Jemen anzufragen.
- 37**
13. 8. 1964 *Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, H. Schaffner, an den Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, M. Holzer*
dodis.ch/30798 Vorschlag bezüglich des Emigrationsabkommens mit Italien eine Pressekonferenz durchzuführen, da es in der Schweizer Presse noch vor dessen Publikation zu negativen Reaktionen gekommen ist.
- 38**
24. 8. 1964 *Notice interne du Département politique*
dodis.ch/31807 On ne voit pas de raisons de continuer à s'abstenir de participer au consortium d'aide à la Grèce, auquel participent tous les membres industrialisés de l'OCDE.
- 39**
31. 8. 1964 *L'Ambassadeur de Suisse à Madrid, M. Fumasoli, au Chef de la Division des affaires politiques du Département politique, P. Micheli*
dodis.ch/31010 Entretien avec le Ministre espagnol des Affaires étrangères, F. M. Castiella, à la situation des protestants en Espagne et à la liberté de culte.
- 40**
7. 9. 1964 *Notiz des Vorstehers des Politischen Departements, F. T. Wahlen*
dodis.ch/31553 Gespräch mit dem UNO-Generalsekretär, S. U Thant, über die Beziehungen der Schweiz zur UNO in Bezug auf einen möglichen Beitritt und deren finanzielle Unterstützung, über diverse Konfliktsituationen sowie über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der UNCTAD.
- 41**
12. 9. 1964 *Der Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, R. Probst, an den schweizerischen Bundesanwalt, H. Fürst*
dodis.ch/31499 M. Khider, politischer Gegner Ben Bellas, darf nicht in der Schweiz tätig sein, da die Schweiz die Regierung Ben Bellas anerkannt hat und in Algerien substantielle Interessen unterhält.
- 42**
21. 9. 1964 *Le Commandant en Chef du Congo, J. D. Mobutu, à l'Ambassadeur de Suisse à Léopoldville, A. Marcionelli*
dodis.ch/31525 Demande à la Suisse de bourses pour officiers dans le but de les former à l'utilisation des machines à chiffrer de la firme suisse Crypto.
- 43**
5. 10. 1964 *Interne Notiz der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements*
dodis.ch/31039 Übersicht über das Verhältnis der Schweiz zu den geteilten Staaten, insbesondere zu Süd- und Nordkorea sowie zu Süd- und Nordvietnam.

44

12. 10. 1964 *Interne Notiz des Politischen Departements*
 dodis.ch/31063 Gemäss den schweizerischen Verantwortlichen stehen die Chancen schlecht, die Doppelbesteuerungsverhandlungen mit Italien wieder aufzunehmen. Aus diversen Gründen bestehen in den bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien Spannungen.

45

12. 10. 1964 *Interne Notiz des Politischen Departements*
 dodis.ch/31114 Oerlikon Bührle wird eine Schiessvorführung von Flabgeschützen für eine österreichische Einkaufsmission bewilligt, insbesondere um für die Firma neue Abnehmer als Ersatz für Südafrika zu gewinnen.

46

14. 10. 1964 *Interne Notiz des Politischen Departements*
 dodis.ch/31328 Während der Verhandlungen mit Polen über die Nationalisierungsentschädigung konnte das Thema Caisse commune nicht aufgegriffen werden, da polnischerseits die heikle Frage der Vermögen verschollener polnischer Staatsbürger auf Schweizer Banken offen bleibt.

47

16. 10. 1964 *Der Rechtsberater des Politischen Departements, R. Bindschedler, an den Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli*
 dodis.ch/31312 Der polnische Botschafter spricht über die Absetzung Chruschtschows, will Auskunft über die herrenlosen polnischen Vermögen und bringt eine persönliche Bitte betr. des Studiums seines Sohnes an der ETH vor.

48

20. 10. 1964 *Déclaration du Directeur de l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail, M. Holzer*
 dodis.ch/30799 Le Conseil fédéral s'oppose à une application immédiate et provisoire de l'accord sur l'immigration des travailleurs italiens tant que celui-ci n'aura pas été ratifié par le Parlement.

49

5. 11. 1964 *Le Département politique à l'Ambassade de Suisse à La Paz*
 dodis.ch/31786 La Suisse ne reconnaît officiellement que les Etats et non les gouvernements, d'où la non-nécessité de reconnaître la junte militaire en Bolivie.

50

13. 11. 1964 *Der Chef der Abteilung für Internationale Organisationen des Politischen Departements, J. Burckhardt, vor der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats*
 dodis.ch/31620 Stellungnahme zur Rolle von Bund und Kanton Genf in der FIPOI, der neu gegründeten Stiftung zur Behebung der Unterkunftsprobleme von internationalen Organisationen.

51

17. 11. 1964 *Die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an die schweizerische Botschaft in Moskau*
 dodis.ch/31030 Die Sowjetunion legte grossen Wert auf eine Entwicklung ihres Handels mit der Schweiz. Dem geplanten Besuch des sowjetischen Aussenhandelsministers in Bern sieht die Handelsabteilung jedoch pragmatisch und ohne übertriebene Erwartungen entgegen.

52

17. 11. 1964 *Notiz des Vorstehers des Politischen Departements, F. T. Wahlen*
 dodis.ch/31863 Der sowjetische Botschafter beklagt sich gegenüber Alt Bundesrat M. Petitpierre über die zahlreichen Besuche schweizerischer Offiziere in der Bundesrepublik Deutschland.

53

28. 11. 1964 *L'Ambassadeur de Suisse à Rome, Ph. Zutter, au Chef du Département politique, F. T. Wahlen*
 dodis.ch/30796 Les autorités italiennes, confrontées à de vives réactions de la part de la presse et de l'opinion publique, souhaitent une rapide ratification de la part de la Suisse de l'accord sur l'immigration.

54

30. 11. 1964 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen*
 dodis.ch/30797 Italien drängt auf eine rasche Ratifikation des Emigrationsabkommens durch die eidgenössischen Räte.

55

30. 11. 1964 *Notiz des stellvertretenden Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, R. Probst*
 dodis.ch/31564 Diskussion über die Zusammenarbeit mit den kommunistischen Staaten. Ebenfalls angesprochen wird die Affäre eines Schweizer Bürgers, der in der Türkei inhaftiert ist.

56

3. 12. 1964 *Der schweizerische Botschafter in London, B. von Fischer, an den Generalsekretär des Politischen Departements, P. Micheli*
 dodis.ch/31416 Bericht über Gespräche, die der schweizerische Botschafter in London über die britische Importabgabe von 15%, die Krise des Pfund-Sterlings und über die «Gnomes of Zurich» geführt hat.

57

4. 12. 1964 *Interne Notiz des Politischen Departements*
 dodis.ch/31704 Israel fordert von der Schweiz eine Stellungnahme gegen den Israel-boycott sowie ein rascheres Vorgehen bei der Behandlung der Anfragen betreffend erblose Vermögen. Diskutiert wird auch der Spionagefall Baruch.

58

9. 12. 1964 *L'Ambassade de Suisse à Washington aux représentations consulaires suisses aux Etats-Unis*
 dodis.ch/31749 La Suisse ne fut pas un des membres fondateurs du Club des dix du Fonds monétaire international; elle s'est toutefois engagée à prêter à celui-ci un montant jusqu'à 865 mio. de francs suisses. L'association est complétée par un accord entre la Banque Nationale suisse et la Federal Reserve Bank.

59

21. 12. 1964 *Die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements an den schweizerischen Botschafter in Belgrad, G. Lepori*
 dodis.ch/31140 Zusammenstellung der Reaktionen zum jugoslawischen Begehren für ein Abkommen über die Arbeitskräfte.

60

21. 12. 1964 *Interne Notiz des Politischen Departements*
 dodis.ch/31323 Für den Export von Pilatus Porter-Flugzeugen nach Indonesien muss der zivile Verwendungszweck nachgewiesen werden. Kritik am Vorgehen der KTA ohne Rücksprache beim EPD Ausfuhrbewilligungen für Kriegsmaterial zu verlängern.

- 61**
22. 12. 1964 *Notiz des Chefs der Sektion Ost des Politischen Departements, A. Jandodis.ch/31449*
Die Botschafter der UdSSR, Rumäniens, Bulgariens, Ungarns und der Tschechoslowakei wurden für ihre Teilnahme an einer Jubiläumsveranstaltung der PdA in Genf gerügt.
- 62**
5. 1. 1965 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen*
dodis.ch/31530 Die Vorfinanzierung der Konsolidierung von Brasiliens Schulden soll durch den Prämienfonds gedeckt werden, dessen Existenz dem Parlament bisher verschwiegen wurde.
- 63**
6. 1. 1965 *Notiz des Vorstehers des Politischen Departements, F. T. Wahlen*
dodis.ch/31092 Gespräch mit dem österreichischen Aussenminister, B. Kreisky, über die europäische Integration und deren Auswirkungen auf die schweizerisch-österreichischen Beziehungen sowie über die angestrebte engere Zusammenarbeit.
- 64**
15. 1. 1965 *Der Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen, an den Ständerat K. Obrecht*
dodis.ch/31048 Die Schweiz sollte versuchen vor der Ratifizierung des Abkommens über die italienischen Arbeitskräfte Konzessionen bei der Doppelbesteuerung oder bei der Entschädigung der Schweizer Interessen, die von der Nationalisierung der elektronischen Industrie in Italien betroffen sind, zu erhalten.
- 65**
29. 1. 1965 *Interne Notiz der schweizerischen Botschaft in London*
dodis.ch/31417 Gespräch von F. T. Wahlen mit dem britischen Wirtschaftsminister, G. Brown: Die Einführung einer Importabgabe von 15% durch die britische Regierung ist aus der Sicht der Schweiz ein schwerer Schlag für die EFTA.
- 66**
30. 1. 1965 *Der schweizerische Botschafter in Stockholm, E. von Graffenried, an*
dodis.ch/31196 *den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen*
Persönliche Gedanken vom abtretenden schweizerischen Botschafter in Stockholm zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und Schweden.
- 67**
2. 2. 1965 *Das Direktorium der schweizerischen Nationalbank an die Abteilung*
dodis.ch/30943 *für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements*
Kritik an der Errichtung einer Filiale der Bank of America in der Schweiz. Diese Filiale könnte den Zufluss von Fluchtkapital begünstigen.
- 68**
5. 2. 1965 *Protokoll der konferenziellen Besprechung betreffend Überwachung*
dodis.ch/30944 *amerikanischer Banken in der Schweiz*
Vorwürfe gegen neue amerikanische Vorschriften betreffend Inspektionen in der Schweiz oder Einholung von Auskünften und Unterlagen zur Tätigkeit amerikanischer Banken.

69

27. 2. 1965 *Der Direktor des Bundesamt für Sozialversicherung, C. Motta, an den*
 dodis.ch/31526 *Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli*
 Negative Haltung betreffend die Unterzeichnung eines Sozialversicherungsabkommen mit der Türkei.

70

8. 3. 1965 *Der schweizerische Konsul in Singapur, H. Suter, an den Chef der Ab-*
 dodis.ch/31272 *teilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli*
 Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Singapurs, K. Y. Lee, über die Schweizer Uhrenindustrie in Singapur und die japanische Konkurrenz.

71

16. 3. 1965 *Der schweizerische Botschafter in Peking, H. Keller, an die Abteilung für*
 dodis.ch/31193 *Politische Angelegenheiten des Politischen Departements*
 Prinz Norodom Sihanouk interessiert sich für die Neutralitätspolitik der Schweiz und Schwedens, welche er sich zum Vorbild nehme. Kambodscha wolle die «Suisse de l'Extrême-Orient» werden.

72

16. 3. 1965 *Notiz des Vorstehers des Politischen Departements, F. T. Wahlen*
 dodis.ch/31722 *Anliegen der jüdischen Gemeinde in der Schweiz; arabischer Boykott gegen Israel, Lage der jüdischen Gemeinschaften in arabischen Ländern und in der Sowjetunion; Affäre Kamil und Affäre Serra.*

73

22. 3. 1965 *Der Direktor der Militärverwaltung des Militärdepartements, A. Kaech,*
 dodis.ch/31207 *an den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen*
 Erörterung der militärischen Kooperation mit Schweden zur Vorbereitung des Besuchs des schwedischen Aussenministers, T. Nilsson: Gesetzliche Grundlagen und Aufzählung von Gebieten in denen eine Zusammenarbeit von schweizerischer Seite erwünscht wäre.

74

26. 3. 1965 *Notice pour le Délégué à la coopération technique, A. R. Lindt*
 dodis.ch/30929 *Volonté de mieux organiser l'effort suisse, public et privé, dans les pays prioritaires de la coopération technique. Le cas de l'Inde.*

75

7. 4. 1965 *Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat*
 dodis.ch/31240 *Eine allfällige irakische Interessensvertretung ist im Sinne der schweizerischen Tradition der Guten Dienste zu beantworten, insbesondere da die Schweiz dadurch nicht nur Mandatar westlicher Staaten wäre.*

76

8. 4. 1965 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen*
 dodis.ch/30950 *Zusammenfassung des Uhrenstreits mit den USA. Festlegung der Strategie der Schweiz in Bezug auf Verhandlungen im Rahmen der Kennedy-Runde des GATT.*

77

12. 4. 1965 *Notiz des Vorstehers des Politischen Departements, F. T. Wahlen*
 dodis.ch/30957 *Besprechung mit dem amerikanischen Aussenminister, D. Rusk, in Genf über die Auswirkungen des Uhren-Problems mit den USA auf die Verhandlungen der Kennedy-Runde des GATT.*

78

14. 4. 1965 *Der Delegierte für Fragen der Atomenergie, U. Hochstrasser, an den*
 dodis.ch/31701 *Vorort des schweizerischen Handels- und Industrievereins*
 Die Kooperation zwischen Staat und Industrie auf dem Gebiet der Atomenergie ist erwünscht und neue Formen der Partnerschaft sollen entwickelt werden.

79

21. 4. 1965 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen*
 dodis.ch/30926 Die bisherige Form der Kredite an Indien, welche auf der Exportrisikogarantie basiert, muss modernisiert werden. Es stellt sich allgemein die Frage, ob die Schweiz eine neue Konzeption für Finanzkredite an Entwicklungsländer ausarbeiten muss.

80

6. 5. 1965 *Der Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten*
 dodis.ch/30915 *des Politischen Departements, A. Janner, an die schweizerischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen*
 Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen sollen in ihrem Umgang mit Vertretern von der Schweiz nicht anerkannter Regierungen alles vermeiden, was in Richtung einer Anerkennung ausgelegt werden könnte.

81

6. 5. 1965 *Notice interne du Département politique*
 dodis.ch/31217 Acceptation du compromis proposé pour la liquidation de l'affaire de séquestre concernant la Banque Sturzenegger.

82

7. 5. 1965 *Der Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten*
 dodis.ch/31183 *des Politischen Departements, A. Janner, an den Direktor der schweizerischen Zentrale für Handelsförderung in Zürich, A. J. Staehelin*
 Die ostdeutschen Behörden versuchen immer wieder mit allen Mitteln, einer de facto Anerkennung ihres Staates durch die Schweiz näher zu kommen.

83

19. 5. 1965 *Notiz des Chefs der Sektion Ost des Politischen Departements, A. Janner*
 dodis.ch/31170 Chronologische Zusammenstellung der Affäre Baumgartner/Cloetta von der Verhaftung der beiden Fluchthelfer durch die DDR bis zur Visasperrre, mit der die Schweiz Offiziellen aus der DDR die Einreise an Konferenzen untersagt.

84

21. 5. 1965 *Notiz des Stellvertreters des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, R. Probst*
 dodis.ch/31040 Der südafrikanische Botschafter kündigt Gespräche zwischen dem südafrikanischen Verteidigungsdepartement und Oerlikon Bührle an. Es sei bekannt, dass Lizenzgeschäfte im Gange seien, um gewisse Bührle-Produkte in Südafrika herzustellen.

85

26. 5. 1965 *L'Ambassadeur de Suisse à Paris, A. Soldati, au Chef du Département*
 dodis.ch/31819 *politique, F. T. Wahlen*
 A l'occasion de la visite du Prince du Liechtenstein, entretiens avec Ch. de Gaulle et ses proches collaborateurs au sujet des relations franco-allemandes et des positions suisses.

86

28. 5. 1965 *Interne Notiz des Politischen Departements*
 dodis.ch/31041 Spanien möchte mit der Schweiz ein Doppelbesteuerungsabkommen abschliessen und Konzessionen bei der Immigration von spanischen Arbeitskräften erhalten, was bei den schweizerischen Behörden diverse Befürchtungen auslöst.

87

4. 6. 1965 *Der Delegierte für Handelsverträge, A. Weitnauer, an den schweizerischen Botschafter in London, B. von Fischer*
 dodis.ch/31434 Inspektionen fremder Regierungen auf Schweiz Territorium stellen eine Verletzung der schweizerischen Gebietshoheit dar. Die Schweiz schlägt Grossbritannien deshalb vor, die Inspektionen pharmazeutischer Betriebe durch schweizerische Experten durchführen zu lassen.

88

8. 6. 1965 *Antrag des Politische Departements an den Bundesrat*
 dodis.ch/31322 Die Zusammenarbeit mit dem Ausland im Bereich der Wissenschaft und der Forschung muss intensiviert werden, insb. mit Japan, das auf dem Gebiet der Elektronik einen Vorsprung gegenüber der Schweiz hat.

89

10. 6. 1965 *Der Delegierte für technische Zusammenarbeit, A. R. Lindt, an den schweizerischen Berater des ruandischen Präsidenten, H. K. Frey*
 dodis.ch/31353 Pessimistische Beurteilung der allgemeinen Lage Ruandas und Ermahnung an dessen Präsidenten, G. Kayabanda, die Massaker gerichtlich aufgearbeitet zu lassen. Die Expertenmission in Burundi soll nicht weitergeführt werden.

90

11. 6. 1965 *Notiz des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, P. R. Jolles*
 dodis.ch/31743 Besprechung mit zwei Vertretern der Weltbank: Zugang zum schweizerischen Kapitalmarkt, direkte Bundesdarlehen, schweizerische Beitragsleistung an die IDA.

91

14. 6. 1965 *Der schweizerische Botschafter in Havanna, E. Stadelhofer, an den Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli*
 dodis.ch/31372 Der nordkoreanische Botschafter spricht den schweizerischen Vertreter in Kuba erneut auf den Wunsch seiner Regierung an, mit der Schweiz kulturelle und Handelsbeziehungen aufzunehmen, wie sie bereits mit zahlreichen anderen westlichen Staaten bestünden.

92

21. 6. 1965 *Bericht der Steuerverwaltung des Finanz- und Zolldepartements*
 dodis.ch/31443 Stand der Doppelbesteuerungsverhandlungen mit diversen Ländern. Informationen über die Tätigkeit des Fiskalkomitees der OECD und betr. multilaterales EFTA-Abkommen.

93

24. 6. 1965 *Der Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, R. Probst, an den schweizerischen Botschafter in New Delhi, R. Fässler*
 dodis.ch/31022 Der Dienst für technische Zusammenarbeit kann dem Wunsch Nepals nach einem Chiffrierexperten nicht entsprechen, weshalb die Anfrage an die Crypto AG weitergeleitet wird.

94

2. 7. 1965 *Le Chargé d'Affaires de Suisse a. i. à Léopoldville, A. Tripet, à la Division*
 dodis.ch/31502 *des organisations internationales du Département politique*
 Une note suisse adressée au Ministère congolais des Affaires étrangères concernant les négociations pour la conclusion d'un accord aérien est parvenue à l'Ambassade de Belgique. Il y est indiqué que la compagnie belge Sabena, qui effectue les liaisons entre la Suisse et le Congo, devra cesser d'assumer ces liaisons en cas d'accord avec la Suisse.

95

22. 7. 1965 *Der Generalsekretär des Politischen Departements, P. Micheli, an den*
 dodis.ch/31334 *Delegierten für technische Zusammenarbeit, A. R. Lindt*
 Da Indonesien nicht bereit ist, die von den Nationalisierungen betroffenen schweizerischen Interessen zu entschädigen, kommt dieses Land für die technische Hilfe der Schweiz nicht in Frage.

96

27. 7. 1965 *Le Secrétaire général du Département politique, P. Micheli, au Président*
 dodis.ch/30941 *de la Confédération, H.-P. Tschudi, au Chef du Département politique, F. T. Wahlen, et au Chef du Département des Transports et de l'Energie, W. Spühler*
 Message du président américain, L. B. Johnson, «pour la paix au Vietnam»: une lettre est remise aux pays occidentaux et aussi à la Suisse. Celle-ci est sollicitée pour accroître son aide au Sud-Vietnam, mais l'attitude des responsables helvétiques est négative.

97

20. 8. 1965 *Notice interne du Département politique*
 dodis.ch/31079 Le secrétaire de l'Anti Apartheid Movement demande à la Suisse de restreindre les contacts culturels et scientifiques avec l'Afrique du Sud. Il demande en outre une aide financière de la part du Fonds d'aide à l'Afrique du Sud.

98

4. 9. 1965 *Der schweizerische Botschafter in Bangkok, R. Aman, an den Chef*
 dodis.ch/31268 *der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli*
 Nach der Unabhängigkeit Singapurs stellt sich die Frage der künftigen Vertretung der Schweiz.

99

4. 9. 1965 *Notiz des Vorstehers des Politischen Departements, F. T. Wahlen*
 dodis.ch/31418 Besuch des britischen Wirtschaftsministers, G. Brown, in der Schweiz. Diskussion von Fragen der britischen Innenpolitik, der europäischen Integration und des britischen Zolltarifs sowie dessen Auswirkungen auf die EFTA.

100

13. 9. 1965 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen*
 dodis.ch/31763 Grundsätzliche Überlegungen wieso die Schweiz Entwicklungshilfe leisten sollte sowie Übersicht über die drei Arten dieser Hilfe: Technische Hilfe, Finanzhilfe, Handelspolitische Massnahmen.

101

14. 9. 1965 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen*
 dodis.ch/31456 Übersicht über die Übernahme der Interessensvertretung. Mit Irak vertritt die Schweiz erstmals einen arabischen Staat, so dass sie nicht mehr einseitig als Schutzmacht des Westens dasteht.

102

23. 9. 1965 *Der schweizerische Schriftstellerverein an den Chef des Protokolls des Politischen Departements, Ch.-A. Wetterwald*
 dodis.ch/31398 Der schweizerische Schriftstellerverein beklagt sich, dass dem dänischen Königspaar während ihres Staatsbesuchs nur Folklore geboten wurde und nicht die ganze Breite des kulturellen Profils der Schweiz.

103

30. 9. 1965 *Interne Notiz des Politischen Departements*
 dodis.ch/31503 Das EPD und die PTT beschliessen den Beitrag an die UNO-Aktion im Kongo im Bereich Post- und Fernmeldewesen zu reduzieren.

104

30. 9. 1965 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen*
 dodis.ch/31614 Bei einem Referat in Genf für auszubildende Diplomaten aus Entwicklungsländern, üben diese starke Kritik an der schweizerischen Neutralität und werfen der Schweiz Verantwortungslosigkeit, besonders im Bezug auf Afrika, vor.

105

12. 10. 1965 *Notice pour le Chef du Département politique, F. T. Wahlen*
 dodis.ch/31060 Aperçu des relations politiques et économiques avec l'Afrique du Sud en vue de la prochaine rencontre avec le Ministre des Affaires étrangères, H. Muller.

106

13. 10. 1965 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen*
 dodis.ch/31336 Aussprache über die Verstärkung der Präsenz der Schweiz im Ausland und die Auslandschweizer. Diese verdienen es, besser unterstützt zu werden. Projekte in diese Richtung sind zu studieren.

107

15. 10. 1965 *Notice pour le Chef de la Division des organisations internationales du Département politique, J. Burckhardt*
 dodis.ch/30981 Représentation des intérêts étrangers: résumé des points importants. Afin de ne pas perdre le bénéfice de cette activité traditionnelle de la Suisse, il convient d'envisager des mesures dans les domaines de l'information et des moyens mis à disposition.

108

15. 10. 1965 *Der Chef des Protokolls des Politischen Departements, Ch.-A. Wetterwald, an den Briefkasten-Onkel des Radio Studio Basels, H. Forster*
 dodis.ch/31397 Der schweizerische Bundespräsident stattet aufgrund der Regierungsstruktur keine Staatsbesuche ab und nicht weil es per Gesetz verboten ist. Allerdings machen die Bundesräte Arbeitsbesuche im Ausland.

109

26. 10. 1965 *Interne Notiz des Politischen Departements*
 dodis.ch/30890 Pakistan hat schweizerische Lieferungen nach Indien beschlagnahmt. Besprechung wie von schweizerischer Seite weiter vorgegangen werden soll.

110

26. 10. 1965 *Der schweizerische Botschafter in Washington, A. Zehnder, an den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen, und an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, H. Schaffner*
 dodis.ch/30954 Bericht über die Besprechungen in Washington. In diesen sollte versucht werden, das Uhren-Problem auf ein höheres politisches Niveau zu bringen und in einen welthandelspolitischen Zusammenhang zu stellen.

111

27. 10. 1965 *Le Chef du Département politique, F. T. Wahlen, à l'Observateur*
 dodis.ch/31695 *permanent de la Suisse auprès des Nations Unies, B. Turrettini*
 Critiques envers la délégation italienne, qui, pour soutenir la candidature de Rome pour le siège de la CNUCED, propagerait des arguments fallacieux à l'égard de Genève.

112

29. 10. 1965 *Der schweizerische Botschafter in New Delhi, R. Fässler, an den Dele-*
 dodis.ch/30931 *gierten für technische Zusammenarbeit, A. R. Lindt*
 Gemäss den Weisungen aus Bern pflegt der schweizerische Botschafter in New Delhi keinen persönlichen Kontakt mit dem Dalai Lama und detachiert hierfür seine Mitarbeiter.

113

1. 11. 1965 *Rundschreiben des Politischen Departements an 35 Ämter*
 dodis.ch/31433 Amtshandlungen ausländischer Beamter sind in der Schweiz verboten und sind deshalb abzulehnen.

114

3. 11. 1965 *Notiz des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, P. R. Jolles*
 dodis.ch/31450 Gespräch mit dem argentinischen Wirtschaftsminister, J. C. Pugliese, über dessen Wirtschaftspolitik und die wichtigsten Probleme mit der Schweiz: Fall Italo-Argentinien, Fall Suizargel, Preiserhöhungen im Pharmasektor und Diskriminierung der ausländischen Versicherungen.

115

4. 11. 1965 *Der Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen, an den Vorste-*
 dodis.ch/31646 *her des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement, W. Spühler*
 Anweisung für die Schweizer Delegation sich an der UIT Konferenz in Montreal im Falle einer «Tadelsresolution» gegen Portugal der Stimme zu enthalten.

116

29. 11. 1965 *Das Politische Departement an das schweizerische Konsulat in Sai-*
 dodis.ch/31154 *gon*
 Skeptische Reaktion auf die plötzliche Anfrage des südvietnamesischen Aussenministeriums um Eröffnung einer Botschaft in Bern.

117

2. 12. 1965 *Rapport du Département politique*
 dodis.ch/31341 Il est nécessaire d'améliorer l'image de la Suisse à l'étranger: des mesures sont envisagées.

118

4. 12. 1965 *Der Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen, an H. Meier*
 dodis.ch/31459 Handschriftliches Schreiben von Bundesrat Wahlen an eine Frau, die sich über sein Eintreten für das Frauenstimmrecht beschwerte. Wahlen erklärt seine Haltung.

119

7. 12. 1965 *Der Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen, an den*
 dodis.ch/31851 *Präsidenten der Generaldirektion der schweizerischen Kreditanstalt, E. Reinhardt*
 Der Kreditanstalt wird empfohlen, die Zusammenarbeit mit führenden amerikanischen und europäischen Banken zum Studium und zur Förderung des Ost-Westhandels näher zu prüfen.

128

8. 2. 1966 *Antrag des Finanz- und Zolldepartements an den Bundesrat*
 dodis.ch/31415 Ermächtigung an die Nationalbank, sich an einer neuen internationalen Hilfsaktion zugunsten des Pfundsterlings zu beteiligen, inkl. Gewährung einer Rücknahmegarantie.

129

11. 2. 1966 *Bericht der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements für die*
 dodis.ch/31815 *Ständige Wirtschaftsdelegation*
 Das Thema des schweizerischen Vollbeitritts zum GATT soll auf die Traktandenliste der GATT-Jahrestagung gesetzt werden. Die Vorbehalte der Schweiz mit Bezug auf ihre landwirtschaftliche Schutzgesetzgebung sind in das Beitrittsprotokoll zu übernehmen.

130

18. 2. 1966 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
 dodis.ch/31089 Übersicht über die neueste Entwicklung des Rhodesienproblems aus Schweizer Perspektive, inkl. Haltung der Schweiz und allfällige Vertretung fremder Interessen.

131

21. 2. 1966 *Der Chef der Sektion Ost des Politischen Departements, A. Janner, an*
 dodis.ch/31306 *den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
 Wegen der polnischen Innenpolitik und v. a. wegen der Visaverweigerung an Professor C. Regamey soll der Bundesrat aus Protest nicht an einem Klavierrezital der polnischen Botschaft teilnehmen.

132

3. 3. 1966 *Der schweizerische Botschafter in Washington, F. Schnyder, an den*
 dodis.ch/30939 *Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
 Gespräch mit dem amerikanischen Aussenminister, D. Rusk, über die Nichtmitgliedschaft der Schweiz in der UNO. Kommentare über die Kennedy-Runde des GATT und die Rolle der Schweiz in den Verhandlungen über die Liberalisierungen.

133

14. 3. 1966 *Der schweizerische Botschafter in Tokio, J. de Rham, an den Delegierten*
 dodis.ch/31376 *für technische Zusammenarbeit, A. R. Lindt*
 Süd-Korea würde als devisenarmes Agrarland dringend der Entwicklungshilfe aus dem Westen bedürfen. Die Schweiz sollte deshalb der Konsultativgruppe der Weltbank beitreten.

134

18. 3. 1966 *Mitbericht des Volkswirtschaftsdepartements zum Antrag des Politischen*
 dodis.ch/31350 *Departements an den Bundesrat vom 3. März 1966*
 Es werden Zweifel an der Durchführbarkeit eines Projekts der Entwicklungszusammenarbeit in Peru geäußert und auf kulturelle Probleme mit der «indianischen Bevölkerung» und den peruanischen Behörden hingewiesen.

135

24. 3. 1966 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
 dodis.ch/31366 Der bereits reduzierte Bestand der Schweizerischen Delegation in der neutralen Überwachungskommission in Korea soll weiter verkleinert werden. Dagegen regt sich jedoch heftiger Widerstand von Seiten der schwedischen Delegation und dem US-Oberkommando.

136

28. 3. 1966 *Notice pour le Chef du Département politique, W. Spühler*
 dodis.ch/31944 Examen des perspectives d'un élargissement de la Communauté économique européenne. L'entrée éventuelle du Royaume-Uni dans le Marché commun nécessite une nouvelle expertise juridique et suscite des rencontres internationales.

137

30. 3. 1966 *Die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements an den schweizerischen Botschafter in Tokio, J. de Rahm*
 dodis.ch/31326 Für die schweizerischen Behörden sollte der Besuch einer japanischen Parlamentarierdelegation in Bern keine unangenehmen Folgen haben. Ein Informationsaustausch könnte gar nützlich sein.

138

1. 4. 1966 *Die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements an den schweizerischen Botschafter in London, B. von Fischer*
 dodis.ch/31090 Überblick über die andauernden britischen Druckversuche, die Schweiz zu verschärften wirtschaftlichen Massnahmen gegen Rhodesien zu bewegen sowie Antwort der Schweiz.

139

4. 4. 1966 *Le Chargé d'affaires de Suisse a. i. à Colombo, Th. Curchod, au Délégué à la Coopération technique, A. R. Lindt*
 dodis.ch/31274 Requête concernant une éventuelle aide de la Suisse pour la création d'un centre de tourisme aux Maldives.

140

4. 4. 1966 *Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, E. Stopper, an den Rechtsberater des Politischen Departements, R. Bind-schedler*
 dodis.ch/31618 Die Voraussetzungen für eine Regelung des Verhältnisses der Schweiz zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sollen neu überprüft werden.

141

26. 4. 1966 *Protokoll der Chefbeamtenbesprechung des Politischen Departements vom 19. April 1966*
 dodis.ch/31820 Diskussion über einen möglichen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Menschenrechtskonvention und die damit verbundenen Probleme der Jura-Frage, des fehlenden Frauenstimmrechts und des konfessionellen Ausnahmeartikels.

142

4. 5. 1966 *Antrag des Militärdepartements an den Bundesrat*
 dodis.ch/31859 Im Zusammenhang mit der Mirage-Debatte wurde das EMD vom Bundesrat beauftragt, die Gesamtkonzeption der Landesverteidigung zu überprüfen.

143

9. 5. 1966 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements*
 dodis.ch/31543 Themen der schweizerisch-rumänischen Beziehungen: Ausreise von Doppelbürgern, Abschluss der Nationalisierungsentschädigungen, die politische Situation in Rumänien und die Nachrichtendienst-Affäre von 1964 anlässlich des Besuchs des rumänischen Ministerpräsidenten.

144

12. 5. 1966 *L'Ambassadeur de Suisse à Washington, F. Schnyder, au Département*
 dodis.ch/31184 *politique*
 Les États-Unis s'intéressent à d'éventuelles tentatives de la part d'Hanoi d'établir des contacts avec Washington par l'intermédiaire de la Suisse.

145

13. 5. 1966 *Le Secrétaire général du Département politique, P. Micheli, à l'Ambas-*
 dodis.ch/30968 *sadeur de Suisse à La Havane, E. Stadelhofer*
 Résumé des négociations avec Cuba concernant l'usine Nestlé, menacée de nationalisation. Un entretien avec F. Castro est souhaité pour régler cette affaire.

146

24. 5. 1966 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
 dodis.ch/30985
 Orientierung über aktuelle Probleme der amerikanischen Interessenvertretung sowie der bilateralen Beziehungen Schweiz-Kuba. Eine Schweizer Delegation soll sich in Washington und Havanna direkt damit befassen.

147

25. 5. 1966 *Notiz des Chefs der Sektion Ost des Politischen Departements, A. Jan-*
 dodis.ch/31180 *ner*
 Der Austausch eines DDR-Agenten hat tadellos geklappt: Im Gegenzug für den Spion erhielt die Schweiz die Zusicherung zur Ausreise von 15 Schweizer Familien, 5 ostdeutschen Bräuten von Schweizern sowie die Pro-Juventute-Ferienaktion.

148

7. 6. 1966 *Interne Notiz des Politischen Departements*
 dodis.ch/31105
 Auflistung der Punkte, die anlässlich des Besuchs des österreichischen Aussenministers, L. Tončič, zu besprechen sind: mögliche Gebiete für eine bilaterale Zusammenarbeit sowie diverse multilaterale Probleme.

149

10. 6. 1966 *Interne Notiz des Politischen Departements*
 dodis.ch/31201
 Weiteres Vorgehen bezüglich Abschlüsse neuer Sozialversicherungsabkommens. Probleme mit einzelnen Staaten.

150

11. 6. 1966 *Notice pour le Secrétaire général du Département politique, P. Micheli*
 dodis.ch/30945
 Au sujet d'un prêt de 60 millions de francs accordé par des banques suisses à la Banque interaméricaine de développement: ce prêt devrait être mis au service de l'industrie suisse d'exportation, dans la mesure du possible.

151

14. 6. 1966 *Der schweizerische Botschafter in Moskau, A. R. Ganz, an den Vorsteher*
 dodis.ch/31032 *des Politischen Departements, W. Spühler*
 Überraschungsbesuch der obersten sowjetischen Führungsriege an der ersten schweizerischen Industrieausstellung in Moskau. In den Wirtschaftsbeziehungen verbleiben trotzdem verschiedene Probleme.

152

20. 6. 1966 *Der Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, R. Probst, an den schweizerischen Botschafter in Karachi, R. Stoudmann*
 dodis.ch/30895 Schweizerischer Kriegsmaterialexport: Überlegungen zum Gegensatz zwischen den Neutralitätspolitischen Bedenken und den Rüstungswirtschaftlichen Bedürfnissen.

153

23. 6. 1966 *La Police fédérale des étrangers à l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail*
 dodis.ch/31007 Réticences quant à la signature d'un nouvel accord sur l'immigration des travailleurs espagnols. Madrid cherche à obtenir des conditions semblables à celles obtenues par l'Italie.

154

25. 6. 1966 *Der Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, R. Probst, an die schweizerische Botschaft in London*
 dodis.ch/31951 Der britischen Geschäftsträger erhält eine Definition des «courant normal» zur Beantwortung einer Anfrage im britischen Parlament den Rhodesienboykott betreffend.

155

27. 6. 1966 *Vortrag vom Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler, gehalten vor dem Nationalrat*
 dodis.ch/31585 Darstellung der Gründe, weshalb erstmals nicht mehr ein Schweizer als Direktor des Weltpostvereins gewählt wurde.

156

28. 6. 1966 *Der Generalsekretär des Politischen Departements, P. Micheli, an den Präsidenten des Direktoriums der Nationalbank, W. Schwegler*
 dodis.ch/31047 Kritische Stellungnahme betreffend die Absicht der Schweizerischen Bankgesellschaft einer südafrikanischen Unternehmung einen Überbrückungskredit zu gewähren.

157

29. 6. 1966 *Der schweizerische Botschafter in Washington, F. Schnyder, an den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
 dodis.ch/30940 Gespräch über die Guten Dienste der Schweiz. Die USA wären stark an internationalen Verhandlungen zum Vietnamkrieg interessiert. Erwähnung von verschiedenen Möglichkeiten. Sondierungen über eine eventuelle Aktion der Schweiz.

158

15. 7. 1966 *Interne Notiz des Politischen Departements*
 dodis.ch/31347 Der Generalsekretär des peruanischen Ausussenministeriums setzte sich bei seiner Regierung sehr engagiert für das Schweizer Projekt in Ayaviri ein. Dies könnte jedoch zu negativen Konsequenzen für die anderen Projekte der Schweiz in Peru führen.

159

26. 7. 1966 *Die schweizerische Botschaft in Washington an das Politische Departement und die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements*
 dodis.ch/30964 Frage der Wichtigkeit des Uhrenteilbestände-Export nach den USA in Bezug auf den Vietnam-Konflikt.

160

16. 8. 1966 *Notiz des Rechtsberaters des Politischen Departements, R. Bindsched-*
 dodis.ch/31211 *ler*

Die militärische Zusammenarbeit mit Schweden wird verstärkt: In diversen Besprechungen einigte man sich auf 10 Gebiete der Zusammenarbeit. Die Grundsätze wurden in einem Notenwechsel festgehalten.

161

22. 8. 1966 *Protokoll der Chefbeamtenbesprechung des Politischen Departements*
 dodis.ch/30976 *vom 18. August 1966*

Problem der Kriegsmateriallieferungen an die US-Armee in Europa im Zusammenhang mit dem Vietnam-Konflikt. Diskussion über ein eventuelles allgemeines Kriegsmaterialexport-Verbot gegenüber den USA.

162

31. 8. 1966 *Notiz des Delegierten für technische Zusammenarbeit, A. R. Lindt*
 dodis.ch/31360

Gespräch mit dem ruandischen Präsidenten, G. Kayibanda: Warnung, dass wenn Ruanda die Massaker nicht gerichtlich untersuchen lässt, dies weitere Angriffe bedeuten sowie das internationale Ansehen Ruandas schädigen könnte.

163

7. 9. 1966 *Die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an die diplo-*
 dodis.ch/31582 *matischen und konsularischen Vertretungen in Lateinamerika*

Information an die schweizerischen Vertretungen in Lateinamerika über den Stand der Verhandlungen für Investitionsschutzabkommen, insb. mit Costa Rica und Honduras.

164

12. 9. 1966 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
 dodis.ch/31628

Für offizielle Besuche von Bundesräten nach anderen Staaten besteht aussenpolitisch keine Veranlassung. Auch aus innenpolitischen Gründen ist eine diskrete Diplomatie spektakulären Besuchsreisen vorzuziehen.

165

27. 9. 1966 *Le Délégué aux Accords commerciaux, O. Long, au Chef du Département*
 dodis.ch/31422 *politique, W. Spühler*

Entretien avec le Ministre algérien des Affaires étrangères, A. Bou-teffika, sur les relations bilatérales, en particulier la présence et les activités en Suisse d'un certain nombre d'opposants au régime dirigé par H. Boumedienne.

166

4. 10. 1966 *Referat des schweizerischen Botschafters in Budapest, W. Fuchss, an der*
 dodis.ch/30805 *Botschafterkonferenz vom 1. September 1966*

Seit dem Aufstand von 1956 haben sich die Beziehungen zwischen der Schweiz und Ungarn nicht normalisiert. Die bilateralen Kontakte müssten auf allen Ebenen verstärkt werden und die Pressebericht-erstattung sollte positiver sein.

167

6. 10. 1966 *Der schweizerische Botschafter in Peking, H. Keller, an das Politische*
 dodis.ch/30917 *Departement*

Die Spannungen und Irritationen, die durch die militante Haltung Chinas während der Kulturrevolution geschaffen worden sind, scheinen das Verhältnis zwischen der Schweiz und der Volksrepublik dauerhaft beschädigt zu haben, und man muss mit einer weiteren Verschlechterung der Situation rechnen.

168

14. 10. 1966 *Le Délégué aux Accords commerciaux, O. Long, au Directeur de la Division du commerce du Département de l'Économie publique, P. R. Jolles*
 dodis.ch/31814
 Les divergences au sujet des échanges commerciaux franco-suisse nécessitent de coordonner étroitement les rapports avec la France sur le plan bilatéral et dans le cadre multilatéral.

169

15. 10. 1966 *Interne Notiz des Politischen Departements*
 dodis.ch/31454
 Referat gehalten bei der Dienststelle Heer und Haus über die Schweizer Aussenpolitik und die Neutralität. In der anschliessenden Diskussion äussern sich die Teilnehmer positiv über die Neutralitätspolitik und die internationale Zusammenarbeit in Genf.

170

21. 10. 1966 *Der schweizerische Botschafter in Ottawa, H. W. Gasser, an den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
 dodis.ch/31304
 Gespräch von Alt Bundesrat F. T. Wahlen mit dem kanadischen Premierminister, L. B. Pearson, über die Rolle der UNO und die Frage der Frankophonie.

171

24. 10. 1966 *Antrag des Departements des Innern an den Bundesrat*
 dodis.ch/31661
 Es sollen schrittweise die bestehenden bilateralen Sozialversicherungsabkommen, welche vor dem 1. Januar 1960 geschlossen worden sind, revidiert werden. Überblick über den Stand der einzelnen Verhandlungen.

172

27. 10. 1966 *Déclaration suisse à la réunion ministérielle du Conseil de l'Association européenne de libre-échange les 27 et 28 octobre 1966 à Lisbonne*
 dodis.ch/31640
 La délégation suisse continue de penser que le chemin d'un arrangement avec la CEE passe par le développement et l'intensification des échanges au sein de l'AELE et par la confiance dans sa valeur et son utilité.

173

8. 11. 1966 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departments, W. Spühler*
 dodis.ch/31734
 Gründe, wieso das EVD das Begehren des EPD unterstützt, den Rahmenkredit der Technischen Zusammenarbeit zu erhöhen.

174

15. 11. 1966 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*
 dodis.ch/31632
 Der ungarische Botschafter beklagt sich über die Ungarn-Gedenkfeiern in der Schweiz und die negative Presse-Berichterstattung. Für die Schweiz sind die zahlreichen ungarischen Demarchen und Proteste unverständlich.

175

16. 11. 1966 *Vortrag von W. Spühler vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats*
 dodis.ch/30922
 Trotz der Kulturrevolution entwickeln sich die Beziehungen zwischen der Schweiz und China prinzipiell positiv. Einzelne bilaterale Probleme werden angesprochen.

176

21. 11. 1966 *Interne Notiz des Politischen Departements*
 dodis.ch/31195
 Kriegsmaterialexport: Überblick über die gesetzlichen Grundlagen und über die in den vergangenen Jahren erlassenen Ausfuhrverbote.

177

23. 11. 1966 *Protokoll der Sitzung der ständerätlichen Kommission für die Vorbera-*
 dodis.ch/31445 *dung der Bundesbeschlüsse über die Genehmigung der von der Schweiz*
abgeschlossenen Vereinbarungen zur Vermeidung der Doppelbesteue-
rung

Diskussion über die Doppelbesteuerungsabkommen mit Frankreich, Grossbritannien, den Niederlanden und Spanien, das Bankgeheimnis, die Steuerflucht und die Beziehungen mit Liechtenstein.

178

24. 11. 1966 *Der schweizerische Botschafter in Nairobi, H. K. Frey, an den Vorsteher*
 dodis.ch/31359 *des Politischen Departements, W. Spühler*

Gespräch mit dem ruandischen Präsidenten, G. Kayibanda, über die neuen Angriffe von ruandischen Flüchtlingen aus Burundi auf Ruanda. Trotz der Wirren soll die technische Hilfe der Schweiz weitergeführt werden.

179

24. 11. 1966 *Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat*
 dodis.ch/31451

Zusammenfassung der bisherigen Bemühungen und der Verlauf der Vorverhandlungen über Nationalisierungsentschädigungen mit der Tschechoslowakei. Die Frage der erblosen Vermögen soll möglichst aus den Verhandlungen ausgeklammert werden.

180

28. 11. 1966 *Verhandlungsprotokoll der 77. Sitzung des Bundesrats vom 28. No-*
 dodis.ch/32042 *vember 1966*

Der Bundesrat nimmt Kenntnis vom Rücktrittsgesuch des Vorstehers des EMD, P. Chaudet.

181

9. 12. 1966 *Der schweizerische Botschafter in Pretoria, R. Hunziker, an den Gene-*
 dodis.ch/31380 *ralsekretär des Politischen Departements, P. Micheli*

Aufgrund der international umstrittenen Verwaltung Südwestafrikas durch Südafrika stellt sich die Frage, ob der schweizerische Botschafter in Pretoria die Einladung der südafrikanischen Regierung zu einem Besuch in Südwestafrika annehmen soll oder nicht.

182

12. 12. 1966 *Interne Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements*
 dodis.ch/31149

Stand der multi- und bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit Jugoslawien.

183

14. 12. 1966 *Der Vizedirektor der Handelsabteilung, H. Bühler, an verschiedene*
 dodis.ch/31339 *schweizerische Botschaften*

Die Schweiz hat sich zur Mitarbeit in den Konsultativgruppen der Weltbank für Malaysia und Thailand entschlossen, da in diesen Ländern bereits grössere schweizerische Interessen bestehen.

184

23. 12. 1966 *Der schweizerische Botschafter in Moskau, A. R. Lindt, an den Chef der*
 dodis.ch/31369 *Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements,*
P. Micheli

Der nordkoreanische Botschafter in Moskau besucht den schweizerischen Botschafter und lobt die Klarheit schweizerischer Politik. Sein Dank gilt dem Engagement der Schweiz bei der Waffenstillstandskommission.

VI. DOKUMENTE / DOCUMENTS / DOCUMENTI

1

dodis.ch/30938

*Der schweizerische Botschafter in Washington, A. Zehnder,
an den Generalsekretär des Politischen Departements, P. Micheli¹*

Washington, 6. Januar 1964

Mit Brief vom 9. Dezember 1963² haben Sie mich aufgefordert, Ihnen einen Bericht über die Beurteilung der schweizerischen Aussenpolitik durch die amtlichen Stellen in Washington zu erstatten. Ich wählte den Unterstaatssekretär für westeuropäische Angelegenheiten, Herr William Tyler, für einen solchen Tour d'horizon. Er schien mir deshalb die gegebene Person hierfür zu sein, weil er Europa und die Schweiz gut kennt, unsere Politik kraft seiner Stellung im State Department von Amts wegen im einzelnen verfolgt und als Unterstaatssekretär an allen Koordinationssitzungen der einzelnen geographischen und sachlichen Abteilungen teilnimmt und dadurch an der Willensbildung in der Gestaltung der amerikanischen Politik aktiv mitwirkt.

Herr Tyler empfing mich am 2. Januar nachmittags. Das Gespräch dauerte eine Stunde und zehn Minuten.

I.

Es war wohl selbstverständlich, dass die *schweizerische Neutralität* das erste Gesprächsthema bildete. Herr Tyler sagte mir hierüber folgendes:

Die schweizerische Neutralität gilt heute im Staatsdepartement als eine Tatsache, die man nicht diskutiert. Sie ist einfach da, und man betrachtet sie als einen Bestandteil der weltpolitischen Lage. Auch Schweden und Österreich werden zur Zeit so hingenommen wie sie sind. Unter diesen Umständen wäre es absurd, von den USA eine ausdrückliche Anerkennung der schweizerischen Neutralität zu verlangen. Allgemein anerkannte Tatsachen bedürfen keiner ausdrücklichen Bestätigung, es sei denn, man wolle eine kritische Auseinandersetzung provozieren, was weder klug noch im gegebenen Augenblick eine Notwendigkeit ist.

Auch steht die schweizerische Neutralität der Verwirklichung der amerikanischen politischen Ziele in Europa keineswegs entgegen («it does not hurt the American policy in Europe»). Fast alle europäischen Länder begehen den Fehler in der Annahme, dass ein militärisches Bündnis oder die Vereinigten Staaten von Europa das Ziel der ständigen Interventionen Washingtons in den europäischen Hauptstädten bildeten. Was Washington will, ist die atlantische Gemeinschaft, deren Grundlage die traditionellen westlichen ideologischen Werte sind, wie Freiheit, Rechtsordnung, Menschenrechte, Marktwirtschaft, usw. Diese Werte sollten im Bewusstsein der Menschen tief verankert sein und so von den Regierungen gehandhabt werden, dass es keine Unzufriedenheit und

1. *Politischer Bericht Nr. 4: E 2300(-) 1000/716 Bd. 511 (186). Visiert von P. Micheli.*

2. *Schreiben des Politischen Departements an A. Zehnder vom 9. Dezember 1963, E 2804(-) 1971/2 Bd. 7 (023.11).*

keine Umsturzversuche gibt. Oder, kurz gesagt, Amerika wünscht in Europa stabile politische Verhältnisse. Dieses Ziel der amerikanischen Politik ist im wichtigsten Paragraph (2) der NATO genau formuliert. Das State Department betrachtet die erwähnte Klausel des NATO-Vertrages als die wichtigste. Sie hat für Washington auf lange Sicht eine viel grössere Bedeutung als das militärische Bündnis, das nicht mehr ist als eine Sicherung gegen den Versuch der Beseitigung der atlantischen Ordnung durch einen allfälligen militärischen Angriff von aussen.

Herr Tyler hat mir die fünf Zielsetzungen³ des Art. 2 des NATO-Vertrages vorgelesen, und wir haben gemeinsam festgestellt, dass die Schweiz, was sie anbetrifft, die Forderungen dieses Artikels verwirklicht hat und aus innerster Überzeugung diesem in vollem Umfange nachlebt, was Herr Tyler manchen andern europäischen Staaten nicht nachrühmen kann.

Die schweizerische Neutralität stand und steht somit der Erreichung der von Amerika angestrebten politischen Ziele in Europa nicht im Wege; ja, Herr Tyler musste sogar zugeben, dass die Schweiz gerade wegen ihrer selbstgewählten Neutralität die politische Stabilität früher erreicht hat als andere europäische Staaten. Auch auf dem Gebiet der Landesverteidigung hat sie einen grösseren Beitrag an die gesamthaft gesehen europäische Verteidigung erbracht als manch anderer europäischer Staat.

Was die schweizerische Neutralitätspolitik anbetrifft, so hat der Bundesrat seit Jahren verstanden, sie so zu gestalten, dass in Washington heute die Überzeugung besteht, man könne in kritischer Zeit auf den guten Willen der Schweiz zählen, überall dort, wo es um humanitäre Aufgaben, um die Erhaltung des Friedens und die Übernahme heikler Missionen zur Entschärfung bestehender Konflikte zwischen Nationen geht.

Welch ein gewaltiger Fortschritt seit 1946, als ich erstmals im Auftrage von Herrn Altbundesrat Petitpierre Washington besuchte⁴, um zu versuchen, dem offiziellen Amerika Sinn und Wesen der schweizerischen Neutralität und Neutralitätspolitik verständlich zu machen, leider ohne Erfolg.

II.

Der Übergang zur *Europa-Politik der Schweiz* erfolgte in diesem Stadium des Gespräches, ohne dass ich Herrn Tyler besonders auf diesen Punkt aufmerksam machen musste.

Die USA sind nicht die Alliierten eines gegebenen europäischen Staates, etwa Deutschlands, Frankreichs oder Italiens. Sie sind die Verbündeten Europas. Auch wenn sie möchten, dass «ein Staatsmann» im Namen Europas sprechen würde, so heisst dies nicht, dass sie jede andere Lösung ablehnen. Vielmehr

3. *Marginalie*: Hier die englische Fassung des Art. 2 des NATO-Vertrages: "The parties will contribute toward the further development of peaceful and friendly international relations 1) by strengthening their free institutions, 2) by bringing about a better understanding of the principles upon which these institutions are founded, 3) and by promoting conditions of stability and well being. 4) They will seek to eliminate conflict in their international economic policies 5) and will encourage economic collaboration between any or all of them."

4. Vgl. die Schreiben von A. Zehnder an M. Petitpierre vom 22. und 26. November 1946, E 2800(-) 1967/60 Bd. 16 (15).

möchten sie es Europa überlassen, die Form selber zu finden. Viele Argumente könnten zu Gunsten eines Bundesstaates angeführt werden; die historische Tradition weist eher in die Richtung eines Staatenbundes. Vielleicht braucht man aber nicht einmal so weit zu gehen. Das Hauptziel ist die Stabilität der politischen Verhältnisse in Europa und die Vermeidung einer Entwicklung, die zur Übersteigerung von Nationalismen führen oder dem Kommunismus die Bahn freigeben würde. Zur Erreichung dieses Zieles könnte allenfalls auch eine lockere Verbindung der europäischen Staaten genügen. Für die atlantische Gemeinschaft bedarf es keiner Institutionalisierung, auch wenn sie an sich erwünscht wäre, um Konsultationen zu erleichtern, die zur Zeit entweder ausgedehnte Reisen oder die Einberufung schwerfällig arbeitender Konferenzen mit sich bringen.

In diesem Rahmen ist die schweizerische Europapolitik kein Hemmschuh. Wesentlich ist der positive Geist der Annäherung («approach»), der konstruktive Versuch einer Lösung. Ein bitteres «Nein» würde man in Washington nicht verstehen. Das State Department ist deshalb sehr froh, zu wissen, dass der schweizerische Brief an die EWG⁵, obgleich immer noch unbeantwortet, seine Gültigkeit behält. Das State Department teilt die Auffassung der Schweiz, dass es im gegebenen Zeitpunkt angesichts der internen Verhältnisse in der EWG selber nicht klug wäre, bei der EWG auf die Beantwortung des Briefes der Schweiz und die Eröffnung von Verhandlungen zu drängen.

Obgleich die USA sich auch mit einer EFTA⁶-Lösung hätten befreunden können, ist diese im Vergleich zur EWG weniger weit gehende Lösung als Konkurrenzunternehmen zur letzteren zur Zeit noch keine Alternative⁷.

III.

Ebenso folgerichtig sprang nun das Gespräch über auf *die Kennedy-Runde im GATT*⁸. Hier konnte mir Herr Tyler allerdings nichts Neues sagen.

5. Es handelt sich um das Assoziationsgesuch an die EWG, vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 34, dodis.ch/30143.

6. Zur EFTA vgl. Dok. 172, dodis.ch/31640, bes. Anm. 10.

7. Vgl. dazu Dok. 12, dodis.ch/31817.

8. Zur Vorbereitung der im Rahmen des GATT stattfindenden Verhandlungsrunden zur Zollsenkung vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 112, dodis.ch/30300; Dok. 162, dodis.ch/30326; Dok. 178, dodis.ch/18884; Dok. 179, dodis.ch/18885; Dok. 181, dodis.ch/18903 sowie Dok. 182, dodis.ch/30703. Zur Verhandlungsrunde des GATT zur Zollsenkung von 1964 bis 1967, auch Kennedy-Runde genannt, vgl. Dok. 11, dodis.ch/30947; Dok. 12, dodis.ch/31817; Dok. 76, dodis.ch/30950; Dok. 77, dodis.ch/30957; Dok. 99, dodis.ch/31418; Dok. 125, dodis.ch/31815 und Dok. 132, dodis.ch/30939. Siehe auch das Referat von H. Schaffner vom 3. September 1964, dodis.ch/30808; den Bericht des Integrationsbüros und des Politischen Departements von Mitte Februar 1965, dodis.ch/31654; die Notiz von L. Roches vom 11. März 1965, dodis.ch/31157; das Protokoll zur Sitzung der Arbeitsgruppe «Historische Standortbestimmung» vom 15. März 1965, dodis.ch/31615; das Protokoll der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 15. Februar 1966, dodis.ch/32033; die Notiz Négociation Kennedy, Elargissement du Marché Commun vom 23. März 1966, dodis.ch/31651; das Schreiben von F. Schnyder an E. Stopper vom 15. April 1966, dodis.ch/31233 sowie das Referat von A. Weitnauer vom 1. September 1966, dodis.ch/30835. Zum Beitritt der Schweiz zum GATT vgl. Dok. 129, dodis.ch/31815, bes. Anm. 18.

Auch in dieser Frage schätzt die amerikanische Regierung die positive Haltung der Schweiz und glaubt, auf uns «mit Bestimmtheit» zählen zu können. Auf meinen Einwand, dass wir unsere Interessen mit der bekannten schweizerischen Hartnäckigkeit trotz unserer durchaus positiven Einstellung zur Kennedy-Runde verteidigen werden, antwortete Herr Tyler, dies sei unser gutes Recht. Was das Departement möchte, ist, zu wissen, dass wir nicht versuchen werden, durch Auftürmung von Problemen die Kennedy-Runde zu sabotieren. Er fügte aber im gleichen Atemzuge bei, das State Department wisse aber heute schon, dass dies nicht der Fall sein werde. Herr Botschafter Blumenthal habe nach seinem Gespräch mit Herrn Bundesrat Schaffner⁹ die schweizerische Haltung lobend hervorgehoben, auch wenn für die schweizerische Wirtschaft die Frage der Disparitäten¹⁰ praktisch eine viel grössere Rolle spiele als es das Büro Herter ursprünglich angenommen hatte. Übrigens werde Herr Herter persönlich nach Genf reisen und hoffe sehr, mit Herrn Bundesrat Schaffner eine freundschaftliche Aussprache zu haben¹¹.

IV.

Auf dem Gebiete *der internationalen Finanzpolitik* der Schweiz charakterisierte Herr Tyler die schweizerische Haltung schlechthin als vorbildlich.

Das State Department hat lange Jahre hindurch die schweizerischen Banken einer egoistischen Politik und eines mangelnden Verständnisses für internationale Zusammenarbeit gerne und mit Leidenschaft beschuldigt¹². Heute muss es aber offenbar seine Hefte revidieren. Auch wenn es nach wie vor kein Verständnis für das Bankgeheimnis habe, so müsse es doch zugeben, dass die schweizerische Finanzwelt freiwillig zur Stelle war, als es darum ging, schwierige Situationen zu Gunsten der USA zu bereinigen.

V.

Etwas anders sieht die Sache aus mit *der Hilfe der Schweiz an unterentwickelte Gebiete*. Amerika befindet sich zur Zeit in einer recht schwierigen Lage. Die Hilfe ans Ausland ist in der amerikanischen Öffentlichkeit zur Zeit nicht populär. Die negative Reaktion des Kongresses ist nichts anderes als der Ausdruck der öffentlichen Meinung in dem für solche Fragen zuständigen Gremium. Der Durchschnittsamerikaner sieht nur noch verschleudertes Geld ohne grossen Nutzen für die USA und die Länder, die das Geld erhielten.

9. Vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 179, dodis.ch/18885.

10. Zur Frage der Disparitäten vgl. Dok. 12, dodis.ch/31817, Anm. 4.

11. Die Reise von C. A. Herter wurde mehrere Male verschoben, vgl. dazu das Schreiben von A. Zehnder an A. Weitnauer vom 28. Juli 1964, E 2200.36(-) 1976/154 Bd. 100 (N.20.2.3.1). Im Juni 1964 fand jedoch ein Treffen zwischen H. Schaffner und einer US-Delegation unter der Leitung vom L. H. Hodges statt, in welchem H. Schaffner die Gelegenheit benutzte, den Amerikanern die schweizerischen Erwartungen in der Uhrenfrage nachdrücklich vor Augen zu führen, vgl. das Telegramm Nr. 155 der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an die schweizerische Botschaft in Washington vom 5. Juni 1964, *ibid.*

12. Vgl. DDS, Bd. 16, Dok. 9, dodis.ch/38; Bd. 19, Dok. 149, dodis.ch/9200; DDS, Bd. 22, Dok. 1, dodis.ch/18879; Dok. 54, dodis.ch/18897 und Dok. 94, dodis.ch/30277. Vgl. auch die Rede von F. T. Wahlen Die Stellung der Schweiz in der Welt vom 15. September 1965, dodis.ch/30811.

Da aber Präsident Johnson, genau wie seine Vorgänger, die Weiterführung dieser, zugegeben in vielen Fällen falsch angewendeter Hilfe befürwortet, und zwar im Interesse des Friedens und im Kampf gegen das Elend, eine der Voraussetzungen für die erfolgreiche Bekämpfung des Kommunismus, so sind eben die USA in dieser vielleicht vorübergehenden Konstellation auf die Mitwirkung des heute reichen Europas angewiesen. Und Europa bringe für diese Aufgaben der zivilisierten Welt immer noch zu wenig Verständnis entgegen. Einige europäische Staaten verfolgen sogar mit ihrer Hilfe egoistische handelspolitische Ziele. Auch der Schweiz könne ein Vorwurf nicht erspart werden. Das State Department beabsichtigt, in der OECD nächsthin den ganzen Fragenkomplex aufzuwerfen mit dem Ziele, die Hilfe zu koordinieren, ja zu internationalisieren, und von Europa bedeutend grössere wiederkehrende Leistungen zu erwirken.

VI.

Und nun kam zum Schluss eine ganz heikle Frage, die allerdings ich und nicht Herr Tyler aufgeworfen hatte – die Frage nach *dem Absentismus der Schweiz in weltpolitischen Fragen, resp. die Nichtmitgliedschaft der Schweiz in den Vereinigten Nationen*¹³.

Ich sagte Herrn Tyler, ich hätte keinen Auftrag, darüber zu reden; mich interessiere lediglich die private Meinungsäusserung eines in internationalen Fragen versierten amerikanischen Diplomaten. Auch Tyler betonte, dass er privat antworten werde unter Berücksichtigung dessen, was er in den Koordinationssitzungen darüber von Dean Rusk, von Stevenson oder Cleveland gehört habe.

Mit der gewaltigen Zunahme neuer Mitglieder in der UNO hat sich der leidenschaftliche Stil der neu unabhängigen Staaten auf der ganzen Linie durchgesetzt. Es fällt zur Zeit den alten, in der Weltpolitik erfahrenen Staaten schwer, fast alle politischen Probleme auf das richtige Mass zurückzuführen. Alles wird übertrieben und mit einer Leidenschaftlichkeit vertreten, als würde das Schicksal der Welt von den Formulierungen einer Resolution abhängen. An sich ist diese Sachlage nicht ungesund. Sie erlaubt, Konfliktsstoffe verbal auszutoben, die sonst zu einem Waffengang führen könnten. Der Kampf um Resolutionen ist jedenfalls besser als offene lokale Kriege. Man muss sich also mit dieser Sachlage abfinden. Diese Auseinandersetzungen in den politischen Gremien der UNO müssen ernst genommen und ausgetragen werden, wenn man ein Verantwortungsgefühl für die Weltpolitik hat. Ein Abseitsstehen ist ein Fehler. Es gibt heute kein Land in der Welt, das sich den Luxus des Isolationismus leisten kann; das Getriebe der Welt ist so ineinander verzahnt, dass jedes Land von jedem potentiellen Konflikt in der Welt betroffen wird.

Unter diesen Umständen wären die USA glücklich, wenn das Feld der erfahrenen, objektiv und leidenschaftslos denkenden Staaten in der UNO verstärkt werden könnte. Man hat kürzlich in einer der Koordinationssitzungen die Liste der Nichtmitglieder untersucht und bei dieser Gelegenheit auch

13. Zu den Beziehungen der Schweiz zur UNO vgl. Dok. 40, dodis.ch/31553.

den Fall Schweiz besprochen. Dass die geteilten Staaten ein Problem für die Vereinten Nationen darstellen, ist klar.

Die Schweiz wäre aber das Land, das gesund urteilen würde und mit seiner bekannten, sehr objektiven Beurteilung Wesentliches zur Entgiftung einiger Fragen beitragen könnte. Irland hat zur Zeit der Kongo-Krise¹⁴ einen wohl-tuenden und nützlichen Einfluss auf die englisch sprechenden afrikanischen Nationen ausgeübt. Weder Frankreich noch Belgien konnten dies gegenüber den französisch sprechenden Afrikanern tun. Hier könnte die Schweiz eine dankbare Rolle übernehmen dank ihrem grossen Prestige («dem sauberen Hemd») in Afrika¹⁵.

Aber abgesehen von diesem im Interesse des Westens praktischen Resultat eines allfälligen Beitritts der Schweiz zu den Vereinten Nationen wurde im Rahmen der Kommission auch die Frage nach dem politisch-sittlichen Verhalten einer Nation gestellt. Darf es sich eine Nation in der heutigen Verflechtung der internationalen Politik leisten, an der Diskussion der die Welt bewegenden Fragen im dafür extra geschaffenen Forum nicht teilzunehmen? Ist ein solcher Abstentionismus moralisch vertretbar? Zugegeben, es kann für die Schweiz unangenehm werden, ihre eigene Meinung zum Ausdruck zu bringen; andere Länder müssen es aber auch tun.

Und schliesslich ist die eigentliche Grundlage der UNO ihre Universalität. Auch wenn heute die Schweiz zu einem Mitmachen nicht gedrängt wird, vielleicht auch nicht in den nächsten Jahren, so wird sicherlich der Tag kommen, an dem die Frage aktuell werden wird, und zwar bestimmt bevor die geteilten Nationen dazu kommen.

Wir haben das Gespräch hier abgebrochen, nachdem ich die rechtlichen und neutralitätspolitischen Gründe nochmals auseinandergesetzt habe, weshalb die Schweiz Mitglied der politischen Organe der Vereinten Nationen eben nicht sein könne. Es sei denn, fügte ich bei, man könnte eine Formel finden, die die Schweiz im voraus von allen Sanktionsverpflichtungen und der Notwendigkeit, über andere Nationen ein Urteil zu fällen, befreien könnte. Ich fügte aber sofort bei, ich sei überhaupt nicht beauftragt, diese Frage im jetzigen Zeitpunkt aufzuwerfen, geschweige denn zu diskutieren.

14. Zur Kongo-Krise vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 62, dodis.ch/15244; Dok. 85, dodis.ch/15248; Dok. 86, dodis.ch/14428; Dok. 95, dodis.ch/15341; Dok. 107, dodis.ch/10993; Dok. 122, dodis.ch/15397; Dok. 127, dodis.ch/15289; Dok. 128, dodis.ch/15378; DDS, Bd. 22, Dok. 51, dodis.ch/30184; Dok. 70, dodis.ch/30218 und Dok. 89, dodis.ch/30220.

15. Zur Rolle der Schweiz in Afrika vgl. Dok. 7, dodis.ch/31045; Dok. 24, dodis.ch/31351; Dok. 42, dodis.ch/31525; Dok. 61, dodis.ch/31499; Dok. 84, dodis.ch/31040; Dok. 89, dodis.ch/31353; Dok. 94, dodis.ch/31502; Dok. 97, dodis.ch/31079; Dok. 103, dodis.ch/31503; Dok. 120, dodis.ch/31085; Dok. 130, dodis.ch/31089; Dok. 138, dodis.ch/31090; Dok. 156, dodis.ch/31047; Dok. 162, dodis.ch/31360; Dok. 178, dodis.ch/31359 und Dok. 181, dodis.ch/31380.

2

dodis.ch/30978

*Der schweizerische Botschafter in Havanna, E. Stadelhofer,
an den Chef der Abteilung für Internationale Organisationen
des Politischen Departements, J. Burckhardt¹*

NATIONALISIERUNG DER FRÜHEREN USA-KANZLEI; STAND JAHRESENDE 1963

Vertraulich

Havanna, 9. Januar 1964

Die Erwähnung der Botschaft bzw. des Unterzeichneten durch den kubanischen Premierminister in der grossen Rede, die er am 2. Januar d. J. auf der Plaza de la Revolucion in Havanna aus Anlass des fünften Jahrestags der Machtübernahme hielt² – er wiederholte dabei die dem französischen Journalisten Jean Daniel vom «Express» gemachten Erklärungen –, lassen den Schluss zu, dass damit wahrscheinlich die Aufrechterhaltung des Status quo bestätigt werden wollte. Es handle sich bereits um eine endgültige Lösung, wage ich indes auf keinen Fall anzunehmen. Eine erneute Gefährdung der schweizerischen Custodia an dem in Frage stehenden Gebäude liegt in einem Wahljahr in den USA und der zu erwartenden gesteigerten Spannung im bilateralen Verhältnis Washington-Havanna durchaus im Bereiche des Möglichen.

Mehr nur für die Akten bestimmt, gestatte ich mir, im folgenden die wichtigsten Etappen der Entwicklung kurz darzulegen:

1.) 23. Juli 1963: Unterrichtung von Geschäftsträger Charles Masset durch Aussenminister Roa von dem Erlass eines Gesetzes durch die kubanische Regierung über die Nationalisierung der früheren USA-Kanzlei.

2.) 24. Juli: Publikation des Gesetzes (Ley No. 1121) in der «Gazeta Oficial», wodurch es in Kraft trat.

Weitere Unterhaltung zwischen Aussenminister Roa und Geschäftsträger Masset³. Etwas später Bestätigung von Seiten des kubanischen Protokollchefs⁴, dass mit der Exekution des Gesetzes bis zur Rückkehr des Postenchefs⁵ zugewartet werde⁶.

1. Schreiben: E 2003-01(A) 1978/47 Bd. 30 (o.841.131.1s/d). *Handschriftliche Marginalie von J. Richard vom 16. Januar 1964*: Monsieur le Ministre Burckhardt pour votre information. Je pense faire des copies pour les Affaires Politiques et le Service Juridique. *Handschriftliche Marginalie von J. Richard vom 20. Januar 1964*: Je transmet en plus copie au Service Juridique (M. Zoelly).

2. Vgl. *El Mundo vom 3. Januar 1964*, S. 7, *Doss. wie Anm. 1*: Nosostros preferimos a los Estados Unidos representados por el Embajador suizo. Porque realmente los representa bien, y no anda con espionaje ni tiene doscientos espías en la Embajada.

3. *Zu den Instruktionen für diese Unterhaltung vgl. das Telegramm Nr. 643 des Politischen Departements an Ch. Masset vom 24. Juli 1963*, dodis.ch/30257.

4. C. Carillo.

5. E. Stadelhofer.

6. *Zur Instruktion für E. Stadelhofers Reise nach Washington und Havanna vgl. das Protokoll von J. Richard vom 26. Juli 1963*, dodis.ch/30260.

3.) 26. Juli: Übergabe einer Protestnote durch Geschäftsträger Masset an den kubanischen Premierminister in Anwesenheit von Aussenminister Roa, mit nachfolgender ziemlich stürmischer Unterredung⁷.

Erwähnung des Nationalisierungsgesetzes durch Fidel Castro in seiner Rede, die er am gleichen Tag auf der Plaza de la Revolucion in Havanna anlässlich des 10. Jahrestages des Beginns der kubanischen Revolution hielt (siehe Beilage 1)⁸.

4.) 28. Juli: Ankunft des Postenchefs in Havanna⁹.

5.) 29. Juli: Höflichkeitsbesuch bei Aussenminister Roa mit erster Sondierung.

6.) 1. August: Bekanntgabe der schweizerischen Position durch den Postenchef an Aussenminister Roa im Beisein des kubanischen Protokollchefs, Botschafter Carrillo (siehe namentlich Telegramm Nr. 69 vom 13. August¹⁰).

7.) 7. September: Unterredung mit dem kubanischen Premierminister im Beisein des brasilianischen Botschafters¹¹ anlässlich dessen Empfangs zu Ehren des brasilianischen Nationalfeiertages (siehe Telegramm Nr. 80 vom 9. September 1963)¹².

8.) 14. November: Unterredung mit dem stellvertretenden kubanischen Protokollchef, Minister Melendez, wegen der Hissung der Schweizer Flagge an der früheren USA-Kanzlei anlässlich der kubanischen Landestrauer zu Ehren der Toten des Zyklons.

9.) 23. November: Unterredung mit dem kubanischen Protokollchef wegen der Flaggenhissung am gleichen Gebäude aus Anlass des Todes von Präsident Kennedy.

10.) 26. November: Unterredung mit dem zweiten Vize-Aussenminister, Arnaldo Rodriguez, mit Bezug auf die bei mir vorgenommenen Sondierungen wegen des allfälligen Abschlusses eines Mietvertrags für das in Frage stehende Gebäude beziehungsweise die schweizerische Reaktion bei einem Vollzug des Nationalisierungsgesetzes (siehe Schreiben vom 29. November¹³).

11.) 2. Januar 1964: Erwähnung der Botschaft in der Rede Fidel Castros anlässlich des 5. Jahrestags der Regierungsübernahme¹⁴ (siehe Beilage 2).

Zu den stichwortartigen Daten gestatte ich mir noch folgende Erläuterungen:

ad Ziffer 8

Ich teilte Minister Melendez mit, dass die frühere amerikanische Kanzlei integrierender Bestandteil der schweizerischen Botschaft sei, da sich dort ein Teil ihres Büros befände. Nach Völkerrecht sei ich berechtigt und verpflichtet,

7. Für den ausführlichen Bericht zu diesem Treffen vgl. DDS, Bd. 22, Nr. 164, dodis.ch/18955.

8. Vgl. Doss. wie Anm. 1.

9. Vgl. Anm. 7.

10. Telegramm Nr. 69 von E. Stadelhofer an das Politische Departement vom 13. August 1963, E 2001(E) 1976/17 Bd. 310 (B.24.2).

11. L. Bastian Pinto.

12. DDS Bd. 22, Nr. 171, dodis.ch/30348.

13. Schreiben von E. Stadelhofer an P. Micheli vom 29. November 1963, dodis.ch/30422.

14. Vgl. dazu Anm. 2 und den Politischen Bericht Nr. 3 von E. Stadelhofer an F. T. Wahlen vom 23. Januar 1964, E 2300(-) 1000/716 Bd. 156 (A.21.31).

anlässlich der kubanischen Nationaltrauer ebenfalls auf diesem Gebäude die Schweizer Fahne zu hissen. Ich würde indes darauf, ohne dass es sich um irgendwelchen Präzedenzfall für die Zukunft handeln könne, verzichten, wenn diese natürliche und menschliche Geste kubanischerseits nicht als Ausdruck der Anteilnahme ausgelegt, sondern, was ich unter allen Umständen vermeiden möchte, Erbitterung auslösen würde. Mein Gesprächspartner erwiderte, er finde die Flaggenhissung eine gute Idee. Meine Entgegnung: Solange man nicht höchstens zwei Jahre vor der Erreichung des Pensionsalters stehe, sollte man einen so delikatens Entscheid von höherer Stelle fällen lassen. Minister Melendez kehrte nach ungefähr 10 Minuten zurück und bestätigte seine erste Stellungnahme mit dem Zusatz, es handle sich in der Tat um einen Teil meiner Botschaft, und es könne kubanischerseits nur begrüsst werden, wenn auch durch die Hissung der Schweizer Flagge auf diesem Gebäude unsere Anteilnahme bekundet werde. Meines Erachtens stammt dieser Bescheid zumindest von Aussenminister Roa. Dass auch der kubanische Premierminister angefragt wurde, scheint mir angesichts der kurzen Zeitspanne nicht möglich gewesen zu sein.

ad Ziffer 9

Ich bemerkte gegenüber Botschafter Carrillo, dass die Flaggenhissung aus Anlass des Todes Präsident Kennedys¹⁵ selbstverständlich sei, nachdem ich in einem ähnlichen Fall, nämlich der kubanischen Landstrauer zu Ehren der Toten des Zyklons, das Gleiche getan hätte. Die Antwort war spontan zustimmend.

ad Ziffer 11

Nachdem am 26. Juli 1963 der kubanische Premierminister vor mehreren hunderttausend Zuhörern seinen Willen bekräftigt hatte, das Nationalisierungsgesetz zu vollziehen, und das Verbleiben der Botschaft in der früheren USA-Kanzlei allgemein bekannt ist, ist es vielleicht nicht vermessen, anzunehmen, dass der Hinweis in seiner Rede vom 2. Januar d. J. als stillschweigende Anerkennung des Status quo ausgelegt werden kann. Dass er zu einem Dauerzustand wird, hängt nicht nur vom weiteren Verhalten der Botschaft, sondern namentlich auch davon ab, dass in Zukunft schwere Zwischenfälle im Verhältnis USA-Kuba, die Fidel Castro zu einer scharfen und ostentativen Reaktion veranlassen könnten, ausbleiben. Ich bin mir jedoch voll und ganz bewusst, dass es für das State Department gänzlich unmöglich ist, auf diesen Umstand irgendwie Rücksicht zu nehmen.

Der detailliert beschriebenen Zwischenphase mit der Flaggenhissung mag von Bern aus gesehen nicht die Bedeutung zukommen, die sie unter den emotionellen Verhältnissen in Kuba hat. Man darf nicht übersehen, dass die frühere amerikanische Kanzlei für Anhänger und Gegner der kubanischen Revolution ein Symbol ist, das zudem wegen seiner architektonischen Konzeption, seiner Grösse sowie des Standorts zwangsläufig die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zieht.

15. Zum Tod von J. F. Kennedy vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 181, Anm. 4, dodis.ch/18903.

*Notice du Secrétaire général du Département politique, P. Micheli¹*VISITE DE L'AMBASSADEUR DE L'INDE²

Berne, 13 janvier 1964

Le Chef du Département³ reçoit à sa demande l'Ambassadeur de l'Inde. Celui-ci soulève les questions suivantes:

1. Fête nationale hindoue

Depuis l'agression de la Chine⁴, la fête nationale hindoue n'est plus célébrée. Néanmoins, l'Ambassadeur de l'Inde offrira une réception le 20 janvier. Il espère que M. Wahlen lui fera l'honneur d'y assister.

M. Wahlen répond qu'il a l'intention de s'y rendre. Dorénavant, le Conseil fédéral, qui est extrêmement chargé, a toutefois décidé de ne plus se faire représenter par un de ses membres aux réceptions données à l'occasion des fêtes nationales.

2. Prochaine conférence des pays non-engagés

M. Sukarno pousse à la convocation d'une nouvelle conférence⁵ des pays non-engagés qui ferait suite à celle de Belgrade⁶. Elle serait élargie, et les organisateurs souhaiteraient qu'un très grand nombre d'Etats y prennent part. M. Rauf désirerait savoir si, le cas échéant, la Suisse serait disposée à s'y rendre.

Le Chef du Département déclare qu'il ne peut répondre d'une façon définitive avant que la question soit examinée par le Conseil fédéral. Toutefois, il peut d'ores et déjà dire qu'une participation de la Suisse est très improbable. Une conférence comme celle de Belgrade avait un caractère politique. Notre conception de la neutralité est différente du neutralisme des pays non-engagés. Dans ces conditions, la Suisse ne peut pas s'aligner sur eux.

1. Notice: E 2804(-) 1971/2 vol. 40 (051). Copies aux Ambassades de Suisse à New Delhi, à Belgrade, au Caire, à Stockholm et à Vienne, aux Sections Ouest et Est et à la Division des organisations internationales du Département politique.

2. M. A. Rauf.

3. F. T. Wahlen.

4. Sur les relations indo-chinoises, cf. doss. E 2001-05(-) 1979/137 vol. 40 (B.58.1).

5. Sur la Conférence des pays non-engagés au Caire, cf. le rapport N° 17 de R. Maurice du 15 octobre 1964, E 2300(-) 1000/716 vol. 176 (075).

6. Sur la Conférence de Belgrade des 25 pays non-engagés du 1^{er} au 6 septembre 1961, cf. le rapport politique N° 4 de A. R. Ganz du 18 juin 1962, dodis.ch/30000 et la notice de A. Janner du 23 février 1963, dodis.ch/30007.

dodis.ch/30900

Notice du Secrétaire général du Département politique, P. Micheli¹

Berne, 13 janvier 1964

Le Chef du Département² reçoit l'Ambassadeur du Portugal³.

1. Celui-ci demande de la part de son gouvernement que la Suisse se charge des intérêts portugais au Kenya⁴. Le gouvernement de ce pays a en effet décidé, contre son gré et pour répondre aux injonctions de la Conférence d'Addis-Abeba, de rompre les relations diplomatiques avec le Portugal⁵.

Le gros de la colonie portugaise au Kenya se compose de Portugais de Goa. Le Portugal entretenait dans ce pays deux consulats, l'un à Mombassa, l'autre à Nairobi. M. Guerra suggère que nous fermions le Consulat de Mombassa et que les affaires portugaises soient traitées pour l'ensemble du pays à Nairobi. Tout le personnel consulaire a dû quitter, à l'exception d'un fonctionnaire auxiliaire du Consulat de Nairobi, qui demeure à notre disposition. Il s'agit d'un Portugais de Goa engagé sur place, parfaitement au courant du travail du consulat et familiarisé avec tous les problèmes.

2. Le Chef du Département saisit l'occasion pour entretenir l'Ambassadeur du Portugal du problème du recrutement d'ouvriers agricoles portugais⁶. Il a appris que ce recrutement se heurtait à des difficultés. Il demande que celles-ci soient levées.

M. Guerra répond qu'actuellement le gouvernement portugais a été obligé d'accepter la journée de huit heures pour les ouvriers agricoles travaillant au Portugal. Il ne veut pas que les Portugais se rendant à l'étranger soient contraints de travailler plus. Tel est l'obstacle au recrutement par la Suisse d'ouvriers agricoles portugais. Dans les contrats conclus avec les Espagnols, ceux-ci ont accepté jusqu'à 11 heures par jour. Les autorités portugaises considèrent de leur devoir de protéger leurs ressortissants contre une éventuelle exploitation.

Le Chef du Département déclare que M. Pedotti doit se rendre prochainement en Espagne et que de là il pourrait aller à Lisbonne pour discuter personnellement l'affaire avec les autorités portugaises. Serait-on disposé à le recevoir à Lisbonne? L'Ambassadeur Guerra répond que M. Pedotti serait le bienvenu. Un échange de vues pourrait être utile. Avec un peu d'imagination

1. *Notice*: E 2804(-) 1971/2 vol. 40 (051). *Copies aux Ambassades de Suisse à Lisbonne et à Addis-Abeba, à G. Pedotti, à la Section Ouest, à la Division des organisations internationales et au Service des intérêts étrangers du Département politique.*

2. *F. T. Wahlen.*

3. *R. Teixeira Guerra.*

4. *Sur la représentation des intérêts étrangers par la Suisse, cf. doc. 101, dodis.ch/31456, en particulier notes 2, 6, 7 et 10.*

5. *Cf. le PVCF N° 314 du 11 février 1964, dodis.ch/30901.*

6. *Cf. doss. E 7170(B) 1977/67 vol. 266 (241.4) et E 7175(B) 1978/57 vol. 35 (255.0-6).*

l'on doit pouvoir contourner l'obstacle. Toutefois, l'Ambassadeur ne peut donner d'assurances quant au résultat des conversations. La tendance générale portugaise est de réduire l'émigration.

5

dodis.ch/30916

*Der schweizerische Botschafter in New Delhi, J.-A. Cuttat,
an den Dalai Lama, T. Gyatso¹*

Vertraulich

[New Delhi,] 16th of January 1964

In the month of September, 1963 I was informed by Your Holiness' office in Delhi that it was Your Holiness' wish to send a personal representative to Europe². I was given to understand that his task would be to take care of the moral welfare of the Tibetan refugees living in Europe.

Your holiness suggested that this representative take up his residence in Geneva and be considered and treated in his capacity as a private person. My Government is willing, in principle, to approve of this. However, I have been instructed³ to bring to the knowledge of Your Holiness that this approval of my Government is subject to the condition that Your representative's activities will remain strictly limited to the purely religious and cultural aspects of the Tibetan communities in Europe. The Swiss tradition in the field of sheltering refugees has always exacted that they and their representatives refrain from any political activity whatsoever.

I would be extremely grateful to be informed whether Your Holiness would be willing to impress upon the possible future representative in Geneva the absolute necessity to act in conformity with the above mentioned rule. On receipt of Your Holiness' guarantee in this sense I will gladly recommend to the Swiss Government to give its consent to the envisaged appointment.

Your Holiness would oblige me if I could receive this answer within two or three weeks' time.

1. *Schreiben (Kopie)*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 1012 (B.41.21). *Verfasst von A. Hugentobler. Visiert von A. Janner. Das Original wurde dem Chef des «Bureau of His Holiness» in Delhi, Tsewang C. Tethong, zur Übermittlung an den Dalai Lama persönlich übergeben.*

2. *Vgl. das Telegramm Nr. 96 der schweizerischen Botschaft in New Delhi an das Politische Departement vom 14. September 1963*, E 2001(E) 1976/17 Bd. 614 (B.41.21.0) *sowie das Schreiben von P. Micheli an O. Schürch vom 5. Dezember 1963*, dodis.ch/18996. *Handschriftlicher Vermerk am Seitenrand*: (Vgl. Brief Lalive). *Vgl. das Schreiben von J.-F. Lalive an P. Micheli vom 27. Januar 1964*, E 2001(E) 1978/84 Bd. 1012 (B.41.21).

3. *Vgl. das Schreiben von P. Micheli an J.-A. Cuttat vom 6. Januar 1964, Doss. wie Anm. 1.*

6

dodis.ch/31298

Notice du Secrétaire général du Département politique, P. Micheli¹

VISITE DE L'AMBASSADEUR DU CANADA

Berne, 20 janvier 1964

Le Chef du Département² reçoit à sa demande l'Ambassadeur du Canada³. Celui-ci lui fait part du désir de son gouvernement de développer les échanges dans le domaine des lettres, des arts, des sciences et de la coopération technique avec les autres pays de langue française (France, Belgique, Suisse)⁴. M. Feaver demande à M. Wahlen son avis. Il voudrait savoir si la Suisse serait disposée à conclure un accord à ce sujet avec le Canada.

M. Wahlen rappelle à l'Ambassadeur du Canada que le système fédéral de la Suisse l'empêche de conclure des accords culturels avec des pays étrangers puisque l'éducation est du domaine cantonal⁵. Pratiquement, les échanges universitaires se font sur la base d'arrangements entre universités suisses et universités étrangères⁶. D'une façon générale, M. Wahlen ne pense pas que l'idée d'accords culturels qui auraient une base ethnique soit heureuse. Il y a eu un pangermanisme et un panslavisme. Il ne serait guère indiqué de susciter maintenant un pangallicisme fondé sur la notion de l'ethnie française que les gaullistes cherchent à propager. Cette notion soulève beaucoup de problèmes. Entre autres, inclut-elle la vallée d'Aoste? Les échanges culturels entre la Suisse et le Canada devraient embrasser toute la Suisse et tout le Canada plutôt que de se limiter au Canada français et à la Suisse romande. M. Wahlen explique notre système de bourses et indique que des Canadiens pourraient en profiter.

M. Feaver reconnaît la valeur du raisonnement de M. Wahlen. Dans un discours adressé à M. Pearson par le Général de Gaulle lors de son récent séjour à Paris, le Chef de l'Etat français a parlé des Canadiens français comme étant «notre peuple». Cette expression dénote un état d'esprit qui ne manque pas de préoccuper les Canadiens.

M. Wahlen donne encore quelques indications concernant le problème du Jura⁷. Les préfets, les juges et les maîtres d'école y sont élus par le peuple. Le

1. Notice: E 2804(-) 1971/2 vol. 40 (32.13). Adressée à la Division des organisations internationales et à la Section Ouest du Département politique et aux Ambassades de Suisse à Ottawa, Paris et Bruxelles.

2. F. T. Wahlen.

3. H. F. Feaver.

4. Sur la coopération avec les pays francophones, cf. aussi doc. 170, dodis.ch/31304.

5. Sur les principes suisses en matière d'accords, cf. doc. 19, dodis.ch/31784.

6. Sur les relations culturelles de la Suisse avec l'étranger, cf. DDS, vol. 21, doc. 125, dodis.ch/10161.

7. Sur la question du Jura, cf. doc. 141, dodis.ch/31820, note 10 et la notice du 2 septembre 1964 de P. Micheli à F. T. Wahlen, dodis.ch/32088.

Jura bénéficie d'une complète autonomie dans le choix des livres de classe. Les droits des Jurassiens ne sont pas suffisamment connus en Suisse même.

En terminant, l'Ambassadeur du Canada déclare que la France a interdit l'utilisation de projectiles à tête nucléaire sur les avions canadiens stationnés en France. Le Canada devra probablement transférer ceux-ci en Allemagne.

7

dodis.ch/31045

*Der Generalsekretär des Politischen Departements, P. Micheli,
an den schweizerischen Beobachter bei den Vereinten Nationen, E. Thalmann¹*

SÜDAFRIKA

Bern, 22. Januar 1964

Mit Schreiben vom 7. Januar² liessen Sie uns je eine an den Chef³ des Politischen Departements⁴ und an die Fürstliche Liechtensteinische Regierung adressierte Note⁵ des UNO-Generalsekretärs⁶ zukommen, mit welcher dieser unter Bezugnahme auf die Resolutionen des Sicherheitsrates vom 7. August und namentlich vom 4. Dezember 1963 die Regierungen einlädt, ihm alle einschlägigen Informationen zu vermitteln, die in Ausführung der Resolutionen ergriffen wurden und über die er dem Sicherheitsrat bis zum 1. Juni 1964 Bericht zu erstatten hat.

Wir haben nicht verfehlt, die für Liechtenstein bestimmte Note an ihre Bestimmung weiterzuleiten.

Wie Sie zutreffend bemerken, wirft das Begehren des Generalsekretärs in rechtlicher und politischer Hinsicht die grundsätzliche Frage auf, ob und wie weit wir als Nichtmitglied der Organisation, auch wenn sich die Resolutionen ausdrücklich «à tous les Etats» richten, Auskunft geben können und wollen⁷. Wir haben darüber vorläufig folgende Erwägungen angestellt.

Einerseits besteht für die Schweiz, juristisch gesprochen, zweifellos keinerlei Rechtspflicht zur Auskunfterteilung oder zu einem Rechenschaftsbericht. Würden wir uns einer solchen Forderung in aller Form unterziehen, so würden wir dadurch einen Präzedenzfall schaffen, der sich bei späterer Gelegenheit je nach Situation und Materie verhängnisvoll auswirken könnte. Die einfachste

1. *Schreiben*: E 2210.5(-) 1976/193 Bd. 8 (Inf.IV.35). Verfasst von R. Probst. Visiert von E. Thalmann und F. de Ziegler.

2. *Schreiben von E. Thalmann an P. Micheli vom 7. Januar 1964, Doss. wie Anm. 1.*

3. *F. T. Wahlen.*

4. *Note von S. U Thant an F. T. Wahlen vom 30. Dezember 1963, Doss. wie Anm. 1.*

5. *Note von S. U Thant an G. Batliner vom 30. Dezember 1963, ibid.*

6. *S. U Thant.*

7. *Vgl. dazu auch die Diskussion um die Befolgung der UN-Sanktionen betreffend Rhodesien, Dok. 120, dodis.ch/31085, Anm. 7.*

und klarste Lösung bestünde also darin, der Aufforderung, als für uns nicht massgebend, keine Folge zu geben.

Eine andere Frage ist es, wieweit diese konsequente Haltung im vorliegenden Falle *politisch* opportun erscheint, und ob es nicht vielleicht angebracht wäre, die Erkundigung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen unsererseits doch nicht gänzlich zu ignorieren. Eine formelle Reaktion in der Gestalt einer substanziellen Antwort des Chefs des Eidg. Politischen Departements an den Generalsekretär der UNO möchten wir allerdings unter allen Umständen vermeiden. In der uns beschäftigenden Angelegenheit liegt nun aber, was sonst eher selten ist, in der Antwort⁸, die Herr Bundesrat Wahlen am 6. Dezember auf parlamentarische Vorstösse hin im Nationalrat erteilte, eine eigentliche schweizerische Regierungserklärung vor. Sie könnte uns, wenn wir U Thant nicht brüskieren wollen, eventuell als Ausweg dienen, indem der Text mit einem kurzen Begleitbrief seitens Ihrer Delegation dem Generalsekretariat als Stellungnahme des Bundesrates zum Südafrika-Problem zur Kenntnis gebracht würde. Ohne dass die schweizerische Regierung dem Generalsekretär damit über ihre Politik formell Rechenschaft abgelegt hätte, wäre diesem doch eine offizielle – und übrigens schon publike – Darstellung des schweizerischen Standpunktes zugänglich gemacht.

Ein solches Vorgehen wiese allerdings die materielle Schwäche auf, dass die bundesrätliche Erklärung vom 6. Dezember inhaltlich nur auf die UNO-Resolution vom August in Bezug auf die Nichtausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsfahrzeugen, nicht aber auf jene vom Dezember betreffend «équipements et matériels destinés à la fabrication ou à l'entretien d'armes et de munitions» zugeschnitten war⁹.

Für die zweite Kategorie von Ausrüstungen würde uns in der Tat die verfassungsrechtliche Grundlage für Exportbeschränkungen fehlen, wenn wir nicht zum prekären Mittel einer Anrufung von BV 102¹⁰, Ziff. 8 und 9 Zuflucht nehmen wollten (vgl. hiezu unsere Ihnen übermittelte Notiz vom 23. Dezember 1963¹¹, Ziff. 2)¹². Doch sollte uns die Unvollständigkeit der schweizerischen Stellungnahme, wie uns scheint, nicht allzu sehr bekümmern. Wir könnten uns vorstellen, dass sich das Generalsekretariat mit dieser Antwort zufriedengäbe. Jedenfalls könnte dann vorerst dessen Reaktion abgewartet werden.

Indessen glauben wir nicht, dass ein Entscheid jetzt schon erforderlich ist. Der Generalsekretär braucht die erbetenen Angaben, wie er selbst ausführt, erst für Anfang Juni 1964. Wir ziehen es unter diesen Umständen vor, angesichts unserer grundsätzlichen Bedenken zunächst zu sehen, wie sich die

8. Zur Antwort von F. T. Wahlen auf die dringlichen kleinen Anfragen von W. Schmid, G. Borel und A. Muret in der Sitzung des Nationalrats vom 6. Dezember 1963 vgl. E 1301(-) 1960/51 Bd. 463. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 22, Dok. 187, dodis.ch/30436 sowie das Schreiben von R. Probst an F. Kappeler vom 11. Dezember 1963, dodis.ch/30444.

9. Für eine Übersicht über die Problematik des Kriegsmaterialexports vgl. Dok. 176, dodis.ch/31195.

10. Handschriftliche Korrektur von F. de Ziegler: Ursprünglich BV 108.

11. Notiz von R. Probst vom 23. Dezember 1963, Doss. wie Anm. 1.

12. Zur Frage der Ausweitung des Kriegsmaterialbegriffes vgl. Dok. 28, dodis.ch/31386, Anm. 19 und 20 sowie Dok. 84, dodis.ch/31040, Anm. 6.

Dinge weiter entwickeln und ob das Südafrika-Problem bis zum Sommer, angesichts anderer beunruhigender Entwicklungen im schwarzen Afrika, nicht vielleicht an Virulenz verliert. Es würde uns auch interessieren, von Ihnen gelegentlich zu vernehmen, wie sich andere Staaten zur neuen Aufforderung des Generalsekretärs stellen¹³ und welche davon eventuell auch ihrerseits einer klaren Antwort, die ihnen unter Umständen Verlegenheit bereiten könnte, aus dem Wege gehen. Sobald dies alles besser überblickbar ist, werden wir uns auch leichter zu einem Entschluss durchringen können. Ihre persönliche Auffassung zur Angelegenheit würde uns, ergänzend zu den sachlichen Informationen, die Sie uns noch beschaffen könnten, ebenfalls lebhaft interessieren.

13. Zur sowjetischen Forderung an den UN-Sicherheitsrat, wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika zu ergreifen, vgl. das Schreiben von G. de Keller an P. Micheli vom 16. April 1964, dodis.ch/31077.

8

dodis.ch/31413

Der Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen, an den Präsidenten der Generaldirektion der Schweizerischen Kreditanstalt, E. Reinhardt¹

Bern, 28. Januar 1964

Mein Lieber

Mit grossem Interesse habe ich Deinen Brief vom 23. Januar² mit den beigelegten Dokumenten³, die Einblick gewähren in die Tätigkeit der «Association Internationale d'Etudes pour la Promotion et la Protection des Investissements Privés en Territoires Etrangers (A. P. P. I.)» gelesen.

Von Deinem Einverständnis gerne Gebrauch machend, habe ich die Botschafter in Buenos Aires⁴ und Lima⁵ insbesondere über das Schreiben vom 16. Januar⁶ an den argentinischen⁷ resp. peruanischen⁸ Präsidenten orientieren

1. *Schreiben (Kopie)*: E 2804(-) 1971/2 Bd. 72 (170.4). Verfasst von H. Hess.

2. *Schreiben von E. Reinhardt an F. T. Wahlen vom 23. Januar 1964*, dodis.ch/31989.

3. *Schreiben von E. Reinhardt an A. Peccei vom 7. Januar 1964* und Notiz über den Besuch von Herrn Botschafter Dr. Ernst-Günther Mohr, Embajada de Alemania, Casilla de Correos 2979, Buenos Aires vom 13. Januar 1964, E 2001(E) 1978/84 Bd. 231 (C.41.124.1). Vgl. ebenfalls Anm. 6.

4. O. K. Seifert.

5. R. Fässler.

6. Vgl. die englische Übersetzung des Schreibens von E. Reinhardt an A. U. Illia und F. Belaúnde Terry vom 16. Januar 1964, Doss. wie Anm. 3.

7. A. U. Illia.

8. F. Belaúnde Terry.

lassen⁹. Es schien mir richtig, auch Herrn Minister Jolles, den Delegierten des Bundesrates für die Handelsbeziehungen mit Südamerika zu orientieren¹⁰, und hoffe Dich damit einverstanden.

Die Bestrebungen der A. P. P. I., bei den Entwicklungsländern Verständnis zu schaffen für die Bedeutung, welche einer völkerrechtskonformen Behandlung der Altinvestitionen für das Investitionsklima und damit für den Umfang der neuen Privatinvestitionen zukommt, ergänzen zweifellos in bedeutsamer Weise die gleichgerichteten Bemühungen von Seiten der Bretton Woods Institute und von Seiten der Regierungen der Industriestaaten.

Auch wir arbeiten in der gleichen Richtung, einerseits im Versuch, konkrete Altinvestitionen zu schützen, wobei uns für Südamerika diejenigen in Argentinien¹¹ seit langer Zeit Sorge bereiten, und andererseits im Bemühen, die Rechtsregeln über den Investitionsschutz multilateral und bilateral zu verankern¹². Nachdem ein gewisses Netz von bilateralen Investitionsschutzverträgen mit afrikanischen Staaten¹³ bereits geschaffen werden konnte, hoffen wir, mit ähnlichen Vereinbarungen gelegentlich auch in Asien¹⁴ und Südamerika¹⁵ Fuss fassen zu können.

Die privaten und die staatlichen Bemühungen müssen Hand in Hand gehen, wenn ein gewisser Erfolg erreicht werden soll. So kann gerade die A. P. P. I. mit ihrem weitreichendem Einfluss in Industrie- und Finanzkreisen mit ihrer Arbeit auf die Bereitschaft zum Abschluss von Investitionsschutzverträgen hinwirken. Vor allem aber wird es an den Privaten sein, solchen Verträgen in der Folge den erwarteten Gehalt zu geben. Eine enge Zusammenarbeit und gegenseitige Orientierung sind somit unerlässlich. In diesem Sinne bin ich Dir auch für die wertvolle Orientierung sehr dankbar¹⁶.

9. Schreiben von F. T. Wahlen an O. Seifert und Schreiben von F. T. Wahlen an R. Fässler vom 28. Januar 1964, Doss. wie Anm. 3.

10. Notiz von F. T. Wahlen an P. R. Jolles vom 28. Januar 1964, Doss. wie Anm. 3.

11. Zu den bilateralen Problemen mit Argentinien vgl. Dok. 114, dodis.ch/31450.

12. Zu den Verhandlungen über einen multilateralen Investitionsschutz vgl. Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 234 (C.41.124.5).

13. Dahomey, Elfenbeinküste, Guinea, Kamerun, Kongo Brazzaville, Liberia, Madagaskar, Niger, Ruanda, Senegal, Tanzania, Togo, Tschad und Tunesien. Vgl. dazu die Notiz vom 8. Februar 1968, dodis.ch/32000.

14. Für die Philippinen vgl. die Notiz von J.-E. Thöndury an O. Long vom 9. Juni 1965, dodis.ch/32001. Für Pakistan vgl. Dossier E 2001(E) 1978/84 Bd. 898 (C.41.157).

15. Zur Diskussion des Investitionsschutzes in Lateinamerika vgl. Dok. 163, dodis.ch/31582.

16. Zum Briefwechsel zwischen F. T. Wahlen und E. Reinhardt über den schweizerischen Kapitalexport vgl. Doss. wie Anm. 1. Vgl. ferner die Notiz von O. Morand vom 15. November 1965, dodis.ch/31990.

*Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, P. R. Jolles,
an den schweizerischen Botschafter in Havanna, E. Stadelhofer¹*

Bern, 30. Januar 1964

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben nebst Beilage vom 19. Dezember 1963², mit dem Sie uns über das vom kubanischen Protokollchef³ an einer Ausdehnung des schweizerisch-kubanischen Handelsverkehrs⁴ gezeigte Interesse unterrichten. Inzwischen ist die Stellungnahme des EPD⁵ in dieser Angelegenheit bei uns eingetroffen, so dass wir uns zu den von Ihnen aufgeworfenen Fragen wie folgt äussern können:

1. Was den Abschluss eines Handelsprotokolls anbelangt, so erachten wir den gegenwärtigen Zeitpunkt als wenig günstig. Das EPD vertritt die Auffassung, dass, von der politischen Seite her gesehen, die Aufnahme von Wirtschaftsverhandlungen inopportun wäre. Bei aller von den kubanischen Stellen zu erwartenden Diskretion wäre doch anzunehmen, dass mit dem Abschluss eines Handelsabkommens in erster Linie ein politischer Erfolg angestrebt würde und die wirtschaftlichen Belange an zweiter Stelle kämen. In unserer Zurückhaltung werden wir noch dadurch bestärkt, dass aus der schweizerischen Wirtschaft, die wir allerdings unter den gegebenen Umständen nicht besonders konsultierten, keine spontane Begehren zur Intensivierung des schweizerisch-kubanischen Handelsverkehrs im jetzigen Zeitpunkt vorliegen. Wir hoffen aber, dass es Ihnen möglich sein werde, in Ihrer Antwort an die Kubaner das ganze Problem eher dilatorisch als endgültig ablehnend zu behandeln, da wir natürlich vermeiden möchten, Ihre Gesprächspartner zu brüskieren.

2. In Bezug auf die vom EPD in Aussicht genommene Entsendung einer kleinen Delegation nach Havanna zur Wahrung der Interessen der Fa. Nestlé ist die Frage einer Verstärkung mit einem Vertreter der Handelsabteilung durch unsere Stellungnahme unter Ziff. 1 bereits beantwortet. Den Kubanern wäre zu verstehen zu geben, dass die für eine allfällige spätere Verbreitung der Wirtschaftsbeziehungen geeignete Basis erst dann entstehen könnte, wenn der

1. *Schreiben (Kopie):* E 2001(E) 1978/84 Bd. 617 (C.41.111). *Diese Kopie ging an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements; eine weitere Kopie ging an den Vorort, Zürich.*

2. *Schreiben von E. Stadelhofer an E. Stopper vom 19. Dezember 1963,* dodis.ch/30375.

3. *C. Carillo.*

4. *Vgl. das Handelsabkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Kuba vom 30. März 1954, AS, 1954, S. 521–523 sowie zu dessen Verlängerung das BR-Prot. Nr. 2292 vom 22. Dezember 1964, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 692.2.*

5. *Schreiben von P. Micheli an die schweizerische Botschaft in Havanna vom 15. April 1964, in welchem er eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba für politisch nicht opportun hält,* E 2001(E) 1978/84 Bd. 617 (C.41.111).

Fall Nestlé⁶ und die noch offenen rückständigen kommerziellen Forderungen eine befriedigende Regelung gefunden haben.

3. Eine weitere Frage des kubanischen Protokollchefs betrifft die Lieferung von Investitionsgütern unter Gewährung der ERG⁷. Wir müssen Sie auch hier bitten, ausweichend zu antworten, da wir die Risiken für Lieferungen mit mehrjährigen Zahlungsfristen als ziemlich hoch ansehen. Sie können immerhin darauf hinweisen, dass die schweizerischen Behörden Gesuche von Exportfirmen zur Gewährung der ERG der jeweiligen Lage entsprechend pragmatisch behandeln und sich eine grundsätzliche Frage schon deshalb nicht stellt, weil keine derartigen Gesuche vorliegen.

In diesem Zusammenhang wüssten wir es zu schätzen, wenn Sie uns über die Praxis und das Verhalten anderer Länder gegenüber derartigen kubanischen Begehren auf dem laufenden halten würden.

4. Falls im Verlaufe der Diskussion mit Ihren Gesprächspartnern die Frage nach einer möglichen Aufteilung einer für schweizerische Erzeugnisse bestimmten Importquote auftauchen sollte, dürfte es am zweckmässigsten sein, auf den «courant traditionnel»⁸ früherer Jahre hinzuweisen. Gehen wir von den für uns drei letzten normalen Jahren, d. h. 1957/1959 aus, so ergeben sich folgende Rahmenwerte:

Uhren	25–40%
Pharmazeutika	20–30%
Maschinen und Apparate	15–20%
Textilien	15–20%
Lebensmittel	5%

In Bezug auf Zuchtvieh (Schlachtvieh käme kaum in Frage) müsste die Frage geprüft werden, wenn ein konkretes kubanisches Interesse vorliegt⁹. Im Übrigen steht es Kuba frei, auch andere schweizerische Waren als diejenigen, welche dem traditionellen Import der früheren Jahre entsprechen, aus der Schweiz zu beziehen.

Wir bitten Sie, unsere Wünsche bezüglich der Exportstruktur in einer persönlichen, inoffiziellen Weise darzulegen, um nicht dem kubanischen Vorschlag zu einem Warenabkommen Vorschub zu leisten.

6. Vgl. Dok. 145, dodis.ch/30968.

7. Zur Handhabung der Exportrisikogarantie vgl. Dok. 62, dodis.ch/31530, Anm. 5.

8. Zur Frage des «courant normal» vgl. Dok. 154, dodis.ch/31951.

9. Zu einem möglichen Zuchtviehexport nach Kuba vgl. z. B. Doss. E 7110(-) 1975/31 Bd. 169 (872.2).

*Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements,
F. T. Wahlen¹*

KRIEGSMATERIALLIEFERUNGEN² NACH PORTUGAL³

[Bern,] 31. Januar 1964

1. Ähnlich wie die südafrikanische Apartheid-Politik bildet bekanntlich auch die portugiesische Kolonialpolitik seit einiger Zeit das Ziel heftiger Angriffe, namentlich der afro-asiatischen Staatengruppen, in der UNO. In bezug auf beide Staaten liegen verschiedene UNO-Resolutionen vor, die besonders auch die Lieferung von Kriegsmaterial zum Gegenstand haben. Immerhin lässt sich zwischen der Haltung gegenüber Südafrika und derjenigen gegenüber Portugal eine gewisse Abstufung feststellen. Während die beiden Resolutionen betreffend Südafrika von August und Dezember 1963⁴ kategorisch lauten und bezwecken, jede Ausfuhr von Kriegsmaterial und von Geräten, die zu deren Herstellung dienen, nach diesem Lande zu verhindern, hat sich die UNO gegenüber Portugal nuancierter ausgesprochen. In der Angola-Resolution der UNO-Generalversammlung vom 30. Januar 1962⁵ wurden alle Mitglieder der UN und der Spezialorganisationen (also auch die Schweiz) ersucht, «de refuser au Portugal tout appui ou toute assistance qu'il pourrait employer à des fins de répression contre le peuple angolais.»

Die betreffend die afrikanischen Territorien Portugals am 31. Juli 1963 vom UNO-Sicherheitsrat gefasste Resolution⁶ sagt in Artikel 6:

«Le Conseil de sécurité ... 6) Prie tous les Etats de cesser immédiatement d'apporter au Gouvernement portugais toute assistance lui permettant de poursuivre la répression contre les populations des territoires qu'il administre et de prendre toutes mesures pour empêcher la vente et la fourniture, à cette fin, d'armes et d'équipements militaires au Gouvernement portugais.»

Es ist also ausdrücklich nur die Lieferung von Waffen, die in den portugiesischen Territorien in Afrika verwendet würden, visiert, während die Defensivbedürfnisse Portugals in Europa (Portugal ist NATO-Mitglied) von der Resolution nicht betroffen werden sollten. Für nähere Angaben über diese

1. *Notiz*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 928 (B.51.14.21.20). Verfasst von C. Jagmetti und unterzeichnet von R. Probst. Visiert von P. Micheli.

2. Für eine Übersicht über die Problematik des Kriegsmaterialexports vgl. *Dok. 176*, dodis.ch/31195.

3. *Handschriftliche Marginalie von F. T. Wahlen vom 4. Februar 1964*: Der Bundesrat beschliesst am 4. 2. 64 nach einer Aussprache es sei *negativ* auf die Sondierungen zu reagieren.

4. Vgl. dazu *Dok. 7*, dodis.ch/31045 sowie *Dok. 156*, dodis.ch/31047.

5. Vgl. dazu *Doss. E 2001(E) 1976/17 Bd. 564* (B. 51.14.21.20) sowie *Doss. E 2210.5(-) 1976/193 Bd. 15* (Inf. IV. 58).

6. *Ibid.*

nuancierte Haltung verweisen wir auf den beiliegenden Brief⁷ des schweizerischen UNO-Beobachters⁸ vom 7. August 1963.

2. Wie sich aus dem Bericht des UNO-Generalsekretärs⁹ vom 31. Oktober 1963 ergibt, hatten bis zum damaligen Zeitpunkt 55 Staaten in Beachtung der UNO-Resolution von 1963 Massnahmen ergriffen. Dabei haben verschiedene Staaten (so eine Zeitlang die Bundesrepublik Deutschland) auf die erwähnte Nuance Rücksicht genommen, indem sie zwar die Lieferungen nach Portugal nicht vollständig sistierten, aber mitunter eine Endverbleibbestätigung darüber verlangten, dass die gelieferten Waffen nicht in afrikanischen Territorien verwendet würden. Hinsichtlich der USA erklärte Stevenson schon anlässlich der Resolutionsdebatte, Amerika führe seit mehreren Jahren kein Kriegsmaterial nach Portugal aus, das für die afrikanischen Territorien bestimmt wäre, und ebenso erfolgten keinerlei direkte Lieferungen an diese Gebiete. Eine entsprechende Erklärung wurden von Seiten Grossbritanniens abgegeben.

3. Die schweizerischen Kriegsmateriallieferungen nach Portugal waren in der Vergangenheit sehr gering. Von 1960 bis heute wurde Kriegsmaterial für total rund Fr. 600'000 ausgeführt. Aus der Zeit nach der UNO-Resolution vom Juli 1963 sind die beiden folgenden Einzelfälle zu erwähnen:

Im November 1963 erkundigte sich die Firma Polygone SA, Vouvry, über die Möglichkeit des Exports von Führungsringen für 10,5 cm-Granaten nach Portugal. Wir haben die Firma anfänglich entmutigt, dann aber auf unserer Ablehnung nicht mehr beharrt, als sich in der Folge ergab, dass die Führungsringe für die Herstellung von Granaten in Portugal bestimmt waren, die ihrerseits im Rahmen der NATO nach der Bundesrepublik Deutschland geliefert werden sollten.

Am 20. Januar 1964 haben wir uns in einem Einzelfall der Erteilung der Fabrikationsbewilligung für eine einzige 20 mm-Flab-Kanone alten Modells (ca. Fr. 90'000) der Firma Bührle wegen der Geringfügigkeit der Bestellung nicht widersetzt.

4. Am 20. Januar 1964 ersuchte uns nun aber die KTA um unseren Vorentscheid zur Absicht der Schweizerischen Industriegesellschaft Neuhausen (SIG), nach Portugal (Verteidigungsministerium) folgendes Material zu liefern:

- 1500 Maschinengewehre mit Lafetten, Kal. 7,62 mm
- 1500 leichte Maschinengewehre, Kal. 7,62 mm
- 2000 Maschinenpistolen, Kal. 9 mm
- 5000–10'000 Sturmgewehre, Kal. 7,62 mm
- im Wert von total ca. 20 Mio. Fr.

7. Schreiben von L. Musy an P. Micheli vom 7. August 1963, E 2210.5(-) 1976/193 Bd. 15 (Inf. IV. 58).

8. E. Thalmann.

9. Bericht von S. U Thant vom 31. Oktober 1963, E 2001(E) 1976/17 Bd. 565 (B.73.0.1).

Es handelt sich dabei zunächst um eine Sondierung der SIG. Sollte sie positiv ausgehen, so käme es mit grosser Wahrscheinlichkeit zum Vertragsabschluss.

5. Die vorliegende Bestellung würde, wenn sie zustande käme, die Ausrüstung von 2 Divisionen mit automatischen Infanteriewaffen ermöglichen. Es dürfte schwierig sein, bei einem so umfangreichen Geschäft eine Endverbleibsklausel anzubringen oder, auch wenn sie Portugal akzeptierte, Gewissheit zu haben, dass sie richtig eingehalten würde. Es liesse sich wohl kaum vermeiden, dass im Falle einer «emergency» auch die mit den schweizerischen Waffen ausgerüsteten Truppenteile nach den afrikanischen Gebieten verlegt würden. Es ist im übrigen auffallend, dass Portugal, welches bisher kaum zu unseren Kriegsmaterialkunden zählte, nun plötzlich für unsere Rüstungsindustrie so intensives Interesse zeigt. Die Vermutung liegt nahe, dass dies geschieht, nachdem andere Quellen (NATO!) wegen der UNO-Politik versiegt sind.

Es erscheint uns unter diesen Umständen aus Motiven, wie sie auch in der Südafrika-Frage¹⁰ für uns wegleitend waren, schwer zu verantworten, dem Exportgesuch der SIG zuzustimmen. Wir glauben deshalb, dass negativ geantwortet werden sollte¹¹. Eine gewisse Verstimmung unseres EFTA-Partners Portugal müsste dabei allenfalls in Kauf genommen werden¹².

10. Vgl. Dok. 7, dodis.ch/31045 sowie Dok. 28, dodis.ch/31386.

11. Vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 10. Sitzung vom 4. Februar 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 2, S. 7, bes. die Position von F. T. Wahlen: Was die in Frage stehende Lieferung betreffe, könne man sich leicht vorstellen, welche Reaktionen das bei den afrikanischen Staaten auslösen würde, wenn sie bewilligt würde. Die mit diesen Waffen ausgerüsteten Truppen könnten ohne weiteres in Angola eingesetzt werden. Der Sprechende sei deshalb der Ansicht, dass auf die Sondierung negativ reagiert werden sollte. Der Herr Bundespräsident [L. von Moos] vertritt die Auffassung, dass uns die Resolutionen der UNO nicht verpflichten, dass aber hier unsere Neutralitätspolitik in Frage stehe. Aus diesem Grund sehe er auch keine andere Möglichkeit, als nein zu sagen. Der Rat teilt diese Auffassung.

12. Zur Frage der Bewilligung eines Waffenausfuhrgesuches der SIG nach Spanien vor dem Hintergrund des ablehnenden Entscheids für Portugal vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 24. Sitzung vom 24. März 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 2, S. 7.

11

dodis.ch/30947

*Die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements
an die schweizerische Botschaft in Washington¹*

[Bern,] 3. Februar 1964, 15.40 Uhr

Betrifft Uhren². Die Leiter der amerikanischen Ankeruhrenindustrie, Henschel, Sinkler und Margolies, in Begleitung der Anwälte Flick und Mickey, haben am 31. Januar, eingeführt durch den amerikanischen Botschafter Davis und seinen Handelsrat Bekker, auf der Handelsabteilung vorgesprochen. Ihre Darlegungen boten eine seltsame Mischung von Anklagen und Drohungen, Anklagen darüber, dass die schweizerische Regierung und die schweizerische Uhrenindustrie beabsichtigten, ihre Existenz zu zerstören, Drohungen in der Richtung, dass sie sich zu wehren wissen und alle Mittel einsetzen würden, um an den für März und Mai angesagten Hearings³ die Sache ihrer schweizerischen Gegner zu diskreditieren. Doch sei es ihr Wunsch, so erklärten sie, im Interesse der Zusammenarbeit, die zwischen den beiden Industrien seit langem besteht, einen solchen Zusammenstoss zu vermeiden. Eine Einigung könnte ihrer Meinung nach auf folgender Grundlage gefunden werden: Die amerikanische Uhrenindustrie macht sich stark, vom Kongress die Annahme einer neuen Gesetzgebung zu erreichen, die

- a) die Uhrenherstellung auf den Virgin Islands verunmöglicht,
- b) den Uhrenschmuggel drastisch eindämmt.

Die schweizerische Regierung verständigt sich als Gegenleistung mit der amerikanischen Regierung dahin, dass jedenfalls die Hearings des Monats Mai über die Rücknahme der *escape clause*⁴-Aktion rückgängig gemacht werden⁵. Wir haben den amerikanischen Uhrenvertretern zunächst klar gemacht, dass offizieller Gesprächspartner für uns die amerikanische Regierung und nicht die amerikanische Uhrenindustrie ist. Wir liessen jedoch keinen Zweifel darüber, dass der von den fünf Herren vorgeschlagene Handel für uns nicht in Betracht kommen kann. Die Virgin Islands-Situation und der Schmuggel sind nur Symptome des wirklichen Übels, d. h. der horrenden Zölle, die im Zeitalter der Kennedy-Runde⁶ und der allseitigen Anstrengungen für eine

1. Telegramm Nr. 6 (Versandkopie): E 2001(E) 1978/84 Bd. 490 (C.41.111).

2. Vgl. auch Dok. 33, dodis.ch/30948; Dok. 76, dodis.ch/30950; Dok. 77, dodis.ch/30957 und Dok. 110, dodis.ch/30954.

3. Zu diesen Hearings die amerikanische Antitrustpolitik betreffend vgl. E 2001(E) 1978/84 Bd. 502-503 (C.41.26).

4. Zur «*escape-clause*» vgl. DDS, Bd. 11, Dok. 197; DDS, Bd. 18, Dok. 63, dodis.ch/7803; DDS, Bd. 19, Dok. 10, dodis.ch/9205; Dok. 18, dodis.ch/9206; Dok. 118, dodis.ch/9215; Dok. 136, dodis.ch/9219 und DDS, Bd. 22, Dok. 178, dodis.ch/18884.

5. Zur schweizerischen Haltung vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 178, dodis.ch/18884, bes. Anm. 10 und Dok. 179, dodis.ch/18885 sowie das BR-Prot. Nr. 885 vom 5. Mai 1964, dodis.ch/31833.

6. Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 1, dodis.ch/30938, Anm. 8.

Liberalisierung des Welthandels keine Daseinsberechtigung mehr haben. Im übrigen sprachen wir unsere Zweifel darüber aus, dass die amerikanische Regierung, selbst wenn sie es wüsste, die Mai-Hearings verschieben könnte. Sie sind von der Tariff Commission angeordnet worden, die eine unabhängige Institution ist und sich kaum in ihre Dispositionen hineinreden lassen würde. Die erwähnten fünf Herren sind im Laufe der letzten Woche auch mit sämtlichen Uhrenorganisationen zusammengetroffen. Auch von diesen wurden ihre Vorschläge abgelehnt. Ein ausführlicher Bericht folgt⁷.

7. Vgl. die Notiz an Herrn Direktor Stopper über die Vorsprache amerikanischer Uhrenindustrieller auf der Handelsabteilung vom 10. Februar 1964, E 7110(-) 1975/31 Bd. 179 (841.8).

12

dodis.ch/31817

Protokoll der Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 24. Januar 1964¹

[Bern,] 4. Februar 1964

1. Vorbereitung der Kennedy-Runde

Herr Minister Weitnauer orientiert über den Verlauf der vorbereitenden Arbeiten seit Mitte Dezember 1963. Am 16. Dezember wurde die der Ständigen Wirtschaftsdelegation bekannte schweizerische Note² über das Problem der Disparitäten der EWG-Kommission und den Regierungen der EWG-Länder überreicht. Am 23. Dezember schloss der EWG-Ministerrat seine Marathon-sitzung. Der allgemeine Eindruck ist, dass das schweizerische Anliegen zur Kenntnis der EWG-Minister gelangt war. Im Hinblick auf die Kennedy-Runde ist das Ergebnis der EWG-Minister-Sitzung aus zwei Gründen bedeutsam: Erstens wurde eine Einigung über die gemeinsame Agrarpolitik der EWG in ihrer Gesamtheit erzielt, womit die Grundlage für eine Agrardiskussion im Rahmen des GATT geschaffen ist³; zweitens erklärten sich die Minister bereit, den Grundsatz der 50-prozentigen Zollsenkung zu übernehmen. In bezug auf das die Schweiz besonders interessierende Disparitätenproblem⁴ beschlossen sie, von der bisherigen «30-10»-Formel abzugehen und als Kriterium dasjenige des «double écart» zu fordern, d. h. der hohe Zollansatz muss mindestens das

1. Protokoll: E 7111(C) 1976/4 Bd. 1 (2.A.EE.100.01).

2. Diese Note wurde während der Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation am 11. Dezember 1963 genehmigt, vgl. E 2001(E) 1976/17 Bd. 139 (C.41.103). Am 16. Dezember 1963 wurde die Note von den Botschaftern in Brüssel, Bonn, Paris, Den Haag und Rom den Vertretern der EWG-Länder überreicht, E 7110 1974/31 Bd. 53 (783.0).

3. Vgl. dazu Dok. 129, dodis.ch/31815.

4. Zur Frage der Disparitäten vgl. für Japan die beiden Schreiben von J. de Rham an A. Weitnauer vom 13. Januar 1964 sowie vom 17. Januar 1964, E 2001(E) 1978/84 Bd. 209 (C.41.103),

Doppelte des niedrigen betragen, wobei der Unterschied bei Fertigprodukten und Rohstoffen mindestens 10 Prozentpunkte betragen muss. Damit fällt die bisher geforderte untere Grenze weg. Schliesslich bestätigen die EWG-Minister die zusätzlichen Kriterien: Keine Anrufung des Disparitätenargumentes, wenn das Niedrigzollland keine eigene Produktion hat und keine Importe in der betreffenden Position tätigt.

Die weiteren Punkte der schweizerischen Note blieben unberücksichtigt: Berücksichtigung der Disparität nur wenn eine solche geltend gemacht wird, Berücksichtigung der Einfuhrsituation, insbesondere die Bedingung, dass keine Disparität geltend gemacht werden kann für Positionen, für welche ein Drittstaat und nicht das Hochtarifland Hauptlieferant des Niedrigtariflandes ist. Gesamthaft kann gesagt werden, die schweizerische Note habe einen nachhaltigen Eindruck bei den EWG-Gremien hinterlassen und sie auf den «europäischen Aspekt» des Disparitätenproblems aufmerksam gemacht. Die EWG will diesem Aspekt Rechnung tragen durch Konsultationen mit Drittstaaten, die ernste Folgen der Nichtreduzierung der EWG-Zölle um 50 Prozent befürchten müssen. Das neue Kriterium der EWG hat zu neuen Rechnungen Anlass gegeben, wenn auch die von der EWG in Aussicht gestellten Einfuhrstatistiken noch fehlen: Bei insgesamt über 1000 Positionen (von den total 2300 Industriepositionen des Gemeinsamen Tarifs) kann nach dem neuen Kriterium eine Disparität geltend gemacht werden, was eine beunruhigend hohe Zahl ist.

Im Rahmen der seit Ende Dezember regen diplomatischen Aktivität ist die Schweiz von der EWG-Kommission und unerwarteterweise auch von Frankreich zu Konsultationen⁵ eingeladen worden. Die Besprechungen in Brüssel haben den Eindruck bestärkt, dass die schweizerische Demarche in EWG-Kreisen Eindruck gemacht hat. Die EWG ist unglücklich über die Isolierung, in die sie im GATT geraten ist. Sie ist bereit, dem «schweizerischen Fall» gerecht zu werden, aber vorderhand nicht auf dem Wege einer generellen Regelung. Das würde bedeuten, dass die Regelung bei mehr als der Hälfte der Positionen, bei denen die Schweiz Hauptlieferant der EWG ist, im Rahmen eines «hardship exercise» getroffen würde. Die USA sind sehr interessiert am schweizerischen Fall, erstaunt über die Stellung der Schweiz als zweitwichtigster Abnehmer der EWG und bestrebt, den Fall als Paradebeispiel zu wählen, um die Stupidität der Disparitätentheorie der EWG zu beweisen. Die Schweiz hat den Vereinigten Staaten die Zusicherung gegeben, dass sie sich für eine möglichst umfassende Zollherabsetzung im Rahmen der Kennedy-Runde einsetzen werde und dass sie auf die Anrufung des Disparitätenargumentes gegenüber den USA verzichte. Die Kennedy-Runde wird nur unter der Voraussetzung

für Frankreich die Notiz Entretien avec M. Wormser sur les «disparités» von A. Soldati an A. Weitmayer vom 14. Januar 1964, *ibid.* sowie das Schreiben Kennedy round: problème des disparités douanières von A. Soldati an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 17. Januar 1964, *ibid.* und für Grossbritannien das Schreiben Royaume-Uni: Kennedy round et disparités tarifaires von J. de Stoutz an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 22. Januar 1964, *ibid.*

5. Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 182, dodis.ch/30703. Vgl. ferner Dok. 168, dodis.ch/31814.

eines Kompromisses zwischen der EWG, den USA und Grossbritannien zustande kommen. Die beiden letzteren wissen, dass sie sich ihre Disparität etwas kosten lassen müssen. Mit Grossbritannien sollten Besprechungen anlässlich der EFTA-Ministertagung vom 13./14. Februar⁶ gepflogen werden.

Die Ständige Wirtschaftsdelegation bekräftigt die Bereitschaft der Schweiz, zu einer liberalen Lösung Hand zu bieten, aber auf einer festen Regelung des schweizerischen Falles zu bestehen, sich nicht mit blossen Zusicherungen zu begnügen. Die Schweiz will nicht die USA gegenüber der EWG und umgekehrt die EWG gegenüber den Vereinigten Staaten ausspielen. Die Frage der möglichen Retorsionen von seiten der Schweiz bedarf erst eingehender Prüfung.

[...]⁷

6. Vgl. dazu den Bericht von O. Long Rapport sur les réunions ministérielles du Conseil de l'AELE et du Conseil mixte de l'Association AELE/Finlande les 13 et 14 février 1964 à Genève, E 7111(C) 1976/4 Bd. 146 (3.G.EE.221.02). Vgl. ferner Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 324 (C.41.775).

7. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31817.

13

dodis.ch/31083

*Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen*¹

BESUCH BEI AUSSENMINISTER KREISKY

Vertraulich

Bern, 11. Februar 1964

1. K[reisky] empfing mich am 6. Februar 1964 um 12.00 Uhr. Die Besprechung dauerte über eine Stunde. Sie hatte allerdings mehr den Charakter eines Monologs des Aussenministers als einer eigentlichen Diskussion. Seine Ausführungen waren ausserordentlich offen und ungeschminkt. Ich habe von K[reisky] den Eindruck eines scharfsinnigen und klaren Politikers erhalten, der nach einer bestimmten Konzeption handelt. K[reisky] war übrigens bei meinem Vortrag anwesend.

2. K[reisky] beklagte sich zuerst darüber, dass die Schweiz über Österreich schlecht informiert sei. Schliesslich sei Österreich ein Nachbarland, über das die schweizerische Öffentlichkeit ausführlich orientiert sein müsse. Wünschenswert wäre, wenn die schweizerischen Zeitungen mehr und ständige Korrespondenten unterhalten würden. K[reisky] war empört über einen Artikel über die verstaatlichten Industrien, der vor kurzem in der NZZ erschienen ist. Sein

1. Notiz: E 2001(E) 1978/84 Bd. 531 (B.15.21). Verfasst und unterzeichnet von R. Bind-schedler.

Verfasser, ein gewisser Mitić, aus den Kreisen der Volkspartei, gebe ein ganz einseitiges Bild.

3. Nach K[reisky] ist Österreich ein durchaus lebensfähiger Staat. Es sei ein reiches Land, das über zahlreiche Bodenschätze verfüge, vor allem über Öl. Es habe auch gut qualifizierte Arbeitskräfte. In sieben bis acht Jahren werde Österreich den heutigen Lebensstandard der Schweiz erreicht haben. Österreich müsse sich deshalb nicht der EWG unter jeder Bedingung an den Hals werfen². K[reisky] bedauert den Defaitismus gewisser Wirtschaftskreise, der in keiner Weise gerechtfertigt sei. In diesem Zusammenhang äusserte K[reisky] den Wunsch, die schweizerische Industrie möchte mehr in Österreich investieren. Genügend qualifizierte Arbeitskräfte ständen hier zur Verfügung. Es sei doch für die Schweiz zweckmässiger, in Österreich Fabriken zu errichten, als die Zahl der Italiener³ im eigenen Lande zu erhöhen. Als nachahmenswertes Beispiel erwähnte er Brown Boveri, die in der Nähe der ungarischen Grenze eine neue Industrieanlage errichten.

4. Über die Assoziationsaussichten äussert sich K[reisky] skeptisch. Die Neutralitätserfordernisse seien eine endgültige Schranke, die nicht überstiegen werden könnte. Die einzig richtige Lösung sei eine multilaterale Assoziierung der beiden europäischen Organisationen. Er werde nicht müde werden, diese These konsequent immer wieder zu vertreten, auch wenn sie heute als nicht realistisch erscheine und man ihm deswegen Vorwürfe mache. Bis zum Zustandekommen einer solchen Assoziierung könne ein Handelsvertrag mit Zollkontingenten mit der EWG abgeschlossen werden. Dieser These stimme ich im Gespräch zu.

K[reisky] erklärt, dass die Schweiz und Österreich dank der EFTA⁴ in etwa vier Jahren ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bilden würden. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten, z. B. auf dem Holzsektor, seien minim und könnten ohne weiteres überwunden werden. Die Schweiz und Österreich ergänzten sich sehr gut. Schon zwei Tage vorher hat mir übrigens Minister Kirchschräger, Rechtsberater des Aussenministeriums und vor kurzem zum Kabinettsdirektor des Aussenministers ernannt, bei sich zu Hause den Vorschlag einer Zollunion zwischen den beiden Ländern gemacht. Ich habe deshalb den Eindruck, es handle sich hier um einen Versuchsballon in der Richtung einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Österreich.

Nach K[reisky] wird das Assoziationsproblem zur grössten innenpolitischen Krise führen, die Österreich je gekannt hat. Bei diesen Erklärungen wurde mein Gesprächspartner ausserordentlich ernst. Es handle sich um eine eigentliche Lebensfrage und nicht nur um eine solche an der Oberfläche wie die Geheimakten von Innenminister Olah, die ohne weiteres gelöst werden könne. Die ÖVP sei leider völlig gespalten. Ihre starken Leute sässen nicht

2. Zur österreichischen EWG-Assoziation vgl. Dok. 148, dodis.ch/31105, Anm. 13.

3. Zur Frage der italienischen Arbeitskräften in der Schweiz vgl. Dok. 37, dodis.ch/30798; Dok. 48, dodis.ch/30799; Dok. 53, dodis.ch/30796 und Dok. 54, dodis.ch/30797.

4. Zur EFTA vgl. Dok. 172, dodis.ch/31640, bes. Anm. 10.

in der Regierung, während ihre vernünftigen Vertreter dort nicht über den nötigen Einfluss in der Partei verfügten. Die ÖVP werde ihm persönlich und der SPÖ vorwerfen, die Lebensinteressen Österreichs für die Neutralität zu opfern. Diese Kreise wünschten nur ein Minimum an Neutralität.

K[reisky] befürchtet auch eine Intervention der Sowjetunion, sofern wirklich eine Assoziation in Aussicht stehe. Wahrscheinlich werde dann das Verfahren nach Art. 35 des Staatsvertrages⁵ eingeleitet werden. Für Österreich bedeute das eine Erschütterung seiner aussenpolitischen Stellung. Für die Sowjetunion sei übrigens Deutschland viergeteilt und einer dieser vier Teile stelle Österreich dar. Wenn Russland bis an den Rand des Krieges gehe, um die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern, sei wohl dasselbe im Falle Österreichs zu befürchten. Die EWG-Anhänger in Österreich gingen dieses Risiko bewusst ein. Das russische Einschreiten werde eine grosse Vertrauenskrise bewirken. Das werde auch zu einer Kapitalflucht führen. Materiell sei diese allerdings nicht tragisch zu nehmen, da die österreichischen Währungsreserven sehr gross seien.

K[reisky] hält an der EFTA fest. Der Kündigungsartikel des EFTA-Vertrages ist nach ihm durch die Londoner und Genfer Erklärungen⁶ überholt. Eine Kündigung sei rechtlich nicht mehr möglich. Zwar würden die EFTA-Partner Österreich diese wohl zugestehen und keine Schwierigkeiten machen. Aber die Vertragsfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit Österreichs wären dann dahin. Über die negative Reaktion des Stellvertreterrates der EWG zu den Ergebnissen der Sondierungsgespräche zwischen Österreich und der EWG war Kreisky orientiert.

Österreich müsse grundsätzlich die Neutralität beibehalten und zwar nach dem Muster der Schweiz. Die Russen wollten Österreich immer das Beispiel Finnlands und seiner Neutralität aufdrängen, mit der Verpflichtung zur gegenseitigen Konsultation. Wenn das Vorbild der Schweiz aufgegeben werde, habe die österreichische Neutralitätspolitik überhaupt keinen Halt mehr.

Schliesslich äusserte sich K[reisky] noch äusserst kritisch über den amerikanischen Unterstaatssekretär George Ball, der ein völlig falsches Bild über Europa habe und einen ungünstigen Einfluss ausübe.

[...]

5. Zum österreichischen Staatsvertrag vgl. DDS, Bd. 20, Dok. 7, dodis.ch/10072 und Dok. 10, dodis.ch/10061. Vgl. ferner zu den Moskauer Gesprächen das österreichische Protokoll vom 12. April 1955, dodis.ch/31088.

6. Vgl. die Londoner Erklärung vom 28. Juni 1961, dodis.ch/30785 und die Genfer Erklärung vom 31. Juli 1961, dodis.ch/30784. Vgl. dazu ferner DDS, Bd. 22, Dok. 3, dodis.ch/30118; Dok. 4; dodis.ch/30120; Dok. 6, dodis.ch/30122 und Dok. 17, dodis.ch/30126. Vgl. ferner das BR-Verhandlungsprot. der 24. Sitzung vom 30. März 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 5: F. T. Wahlen [...]: Es soll verzichtet werden, eine zweite Londonerklärung zu erlangen.

7. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31083.

14

dodis.ch/31011

*L'Ambassadeur de Suisse à Moscou, M. Troendle,
au Ministère des Affaires étrangères
de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques¹*

Moscou, 14 février 1964

En date du 11 février, le Ministère des Affaires Etrangères de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques a adressé à l'Ambassade de Suisse à Moscou une note² dans laquelle de graves accusations sont formulées à l'égard des autorités suisses en relation avec la disparation de M. Jouri Ivanovitch Nossenko, expert de la délégation soviétique auprès de la conférence du désarmement³. De son côté, M. Tsarapkine, chef de cette délégation, au cours d'une conférence de presse, a tenu publiquement à ce sujet des propos inacceptables⁴.

L'Ambassade de Suisse a reçu l'ordre⁵ de son Gouvernement de s'élever formellement contre ces accusations qui sont injustes, dénuées de tout fondement et incompatibles avec les bonnes relations qui devraient exister entre l'Union soviétique et la Suisse.

L'enquête immédiatement entreprise par les autorités suisses dès qu'elles furent saisies du cas, a été rendue difficile par la réticence de la délégation soviétique. Celle-ci n'annonça la disparition de M. Nossenko que 28 heures après qu'elle l'eut constatée⁶. Elle ne donna à la police aucune indication permettant d'orienter ses recherches. En particulier, elle ne fut pas à même de lui fournir une photo de M. Nossenko, ni des précisions sur son état civil. Elle fit enlever de l'hôtel, où M. Nossenko habitait, ses effets personnels qui auraient peut-être pu fournir des indices utiles. Nonobstant, la police genevoise a mis tout en œuvre pour retrouver M. Nossenko et a tenu la délégation soviétique au courant du résultat malheureusement négatif de son enquête. Malgré les recherches entreprises, aucune trace de M. Nossenko n'a pu être établie. Des renseignements complets ont été fournis à ce sujet par le Chef du Département

1. *Note verbale (copie)*: E 2001(E) 1978/84 vol. 959 (B.41.81). Rédigée par P. Micheli et signée par M. Troendle. Cette copie a été envoyée à P. Micheli. La note verbale a été remise au Ministère des Affaires étrangères le 14 février 1964 à 18 h 30. Cf. la lettre de M. Troendle à P. Micheli du 20 février 1964, *ibid.*

2. Cf. la traduction française de la note dans le télégramme N° 37 de l'Ambassade de Suisse à Moscou au Département politique du 12 février 1964, *doss. comme note 1.*

3. Sur le Comité des dix-huit puissances sur le désarmement qui a siégé de 1962 à 1968 à Genève, cf. *doss.* E 2003(A) 1974/52 vol. 355 (o.713.331); E 2003(A) 1978/29 vol. 382 (o.713.331) et E 2003(A) 1980/85 vol. 515-520 (o.713.331).

4. Cf. la dépêche de l'Agence télégraphique suisse du 12 février 1964, E 2804(-) 1971/2 vol. 55 (11).

5. Cf. le projet de note du 13 février 1964, E 2806(-) 1971/57 vol. 10 (17/98).

6. *You. I. Nosenko avait disparu le 4 février 1964 vers midi, cf. la notice de A. Janner du 12 février 1964, dodis.ch/31012.*

Politique⁷ à l'Ambassadeur de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques⁸ le 10 février⁹. Il est donc inexact de prétendre qu'aucune réponse n'a été donnée aux demandes des représentants soviétiques. Les autorités de police poursuivent leurs efforts pour établir où M. Nossenko peut se trouver.

D'autre part, la note du Ministère des Affaires Etrangères du 11 février laisse entendre qu'il y aurait eu collusion entre les autorités suisses et un état étranger¹⁰ pour porter atteinte à M. Nossenko. Le Gouvernement suisse repousse ces insinuations avec indignation. Aussi bien les autorités fédérales que les autorités cantonales ont, à maintes reprises, prouvé qu'elles ne tolèrent jamais sur sol suisse l'activité provocatrice d'agents étrangers. Dans le cas présent, rien ne permet de conclure que telles actions ont eu lieu¹¹.

En terminant, l'Ambassade de Suisse fait savoir au Ministère des Affaires Etrangères que la protection, pour autant qu'elle est requise, et la sécurité des participants aux conférences internationales qui se tiennent sur son territoire sont, en effet, du ressort des autorités suisses qui feront toujours tout leur possible pour les assurer. En revanche, elles ne sauraient être tenues pour responsables des actes et des mouvements des personnes participant à ces conférences¹².

7. F. T. Wahlen.

8. A. I. Lochtchakov.

9. Cf. la notice de P. Micheli du 10 février 1964, doss. comme note 1. Cf. aussi doss. E 2806(-) 1971/57 vol. 10 (17/98).

10. *Les Etats-Unis*, cf. la note 2.

11. Lors d'un entretien entre A. L. Natural et You. I. Nosenko dans le bureau d'immigration et de naturalisation à Washington, celui-ci déclare qu'il a quitté la Suisse de plein gré [...] dans la nuit du 4 au 5 février, qu'il se trouve aux Etats-Unis de son propre choix et qu'il ne désire pas retourner en URSS. Cf. le télégramme N° 51 de l'Ambassade de Suisse à Washington au Département politique du 14 février 1964, doss. comme note 1 et le communiqué du Conseil fédéral du 15 février 1964, doss. comme note 5. Cf. aussi le PVCF délibératif de la 14^{ème} séance du 17 février 1964, dodis.ch/31971.

12. Sur l'affaire Nosenko, cf. le PVCF délibératif de la 13^{ème} séance du 14 février 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 2, p. 1-2. Lors de la séance du 25 février 1964, F. T. Wahlen, sur la base d'un télégramme de M. Troendle concernant sa visite d'adieu à A. A. Gromyko, considère cette affaire

15

dodis.ch/31971

BUNDESRAT

*Verhandlungsprotokoll der 14. Sitzung vom 17. Februar 1964¹**Auszug*[...]²Beschaffung von [Atom-]Waffen³

Grundlage der Aussprache bildet ein geheimer Bericht des EMD vom 5. Dezember 1963⁴ über das Ergebnis der Beratungen der Militärdelegation des Bundesrates⁵, sowie ein geheimer Bericht der Generalstabsabteilung vom 15. November 1963⁶. Beide Berichte wurden allen Mitgliedern des Rates ausgeteilt.

Herr Chaudet orientiert mündlich und sehr ausführlich über die Angelegenheit. Er bringt insbesondere Ergänzungen an zu den Ausführungen der Generalstabsabteilung über das weitere Vorgehen.

Herr Spühler (Mitglied der Militärdelegation) stellt fest, dass die grundsätzliche Frage die sei, ob und unter welchen Voraussetzungen wir an die Beschaffung dieser Art von Waffen herantreten wollen.

Der Sprechende sei der Meinung, dass für unsere Landesverteidigung der taktische Einsatz dieser Waffen genügen müsse. Wenn wir auch eine Abschreckung damit erreichen wollten, so werde uns der Atem für einen zweiten Schlag ausgehen.

Die Anschaffung dürfe nicht geschehen auf Kosten anderer Waffen. Unsere Verteidigung müsse so flexibel sein, dass der militärische Einsatz dem Angriff angepasst werden könne.

Auch in politischer Hinsicht ergebe sich die Beschränkung auf den taktischen Einsatz. Die Anschaffung dürfe auch nicht auf Kosten unserer Neutralitätspolitik gehen. Man werde als Kleinstaat erst dazu übergehen können, wenn auch andere Kleinstaaten dazu gelangt sind.

1. BR-Verhandlungsprot.: E 1003(-) 1994/26 Bd. 2. Vorsitz: L. von Moos. Abwesend: niemand. Schriftführer: Ch. Oser und F. Weber. Beginn: 9 Uhr. Schluss: 12.35 Uhr.

2. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31971.

3. Zur Frage der Beschaffung von Atomwaffen für die Schweiz vgl. DDS, Bd. 16, Dok. 24, dodis.ch/334 und Dok. 60, dodis.ch/335; DDS, Bd. 17, Dok. 25, dodis.ch/163; DDS, Bd. 18, Dok. 34, dodis.ch/8502; DDS, Bd. 19, Dok. 126, dodis.ch/9340; DDS, Bd. 20, Dok. 84, dodis.ch/13245; DDS, Bd. 21, Dok. 5, dodis.ch/16014; Dok. 10, dodis.ch/16058; Dok. 11, dodis.ch/14421; Dok. 15, dodis.ch/15401; Dok. 25, dodis.ch/9559; Dok. 72 dodis.ch/16060 und Dok. 73, dodis.ch/16061; DDS, Bd. 22, Dok. 60, dodis.ch/30509 und Dok. 167, dodis.ch/30595. Vgl. auch Dok. 73, dodis.ch/31207 und das Aide-Memoire von R. Bindschedler vom 25. September 1958, dodis.ch/31899.

4. Antrag des Militärdepartements an den Bundesrat zur Beschaffung von Atomwaffen vom 5. Dezember 1963, dodis.ch/32052.

5. Vgl. das Protokoll der Sitzung der Militärdelegation des Bundesrats vom 19. Dezember 1963, dodis.ch/30493. Die Militärdelegation besteht aus P. Chaudet (Vorsitz), W. Spühler, R. Bonvin, J. Annasohn, R. Frick, A. Kaech, E. Studer, R. Bieri und E. G. Haeblerli.

6. Bericht des EMD über die Möglichkeiten einer eigenen Atomwaffen-Produktion (MAP-Bericht) vom 15. November 1963, dodis.ch/30592.

Der Sprechende macht aufmerksam auf die Schwierigkeiten in der Frage der Geheimhaltung und in der Frage der praktischen Versuche. Es müsse uns klar sein, dass uns ein sehr langer und sehr schwieriger Weg bevorstehe. Man spreche von 35 Jahren. Auch hier stelle sich die Frage, ob wir den nötigen Atem haben würden. Was das praktische Vorgehen anbelange, scheine ihm der Vorschlag betreffend Vorstudien in der Höhe von 20 Mio. Franken als vertretbar. Damit, dass man diesen Betrag bewillige, dürfe kein Präjudiz verknüpft sein. Der Betrag werde à fonds perdu geleistet und die Entschlussfreiheit des Bundesrates müsse gewahrt bleiben. Der Antrag⁷ sei vor allem auch deshalb vertretbar, weil das Ergebnis der Studien auch den zivilen Zwecken zugute komme.

Die Abklärung solle so weit wie möglich durch zivile Stellen erfolgen. Jeder Schritt ins Ausland müsse durch das Einverständnis des Bundesrates gedeckt werden.

Herr Spühler wirft weiter die Frage auf, ob durch den heutigen Beschluss der BRB von 1958⁸ nicht aufgehoben werde?

Im Dispositiv Ziffer 3⁹ sollte man nicht sagen, «das EMD wird beauftragt», sondern «werden das EMD, das EDI und das VED beauftragt, wobei die Koordination jeweils bei den am meisten interessierten Departementen liegen solle».

Herr Bonvin (Mitglied der Militärdelegation) verbreitet sich vor allem über die Frage der Abklärung der abbauwürdigen Vorkommen von spaltbarem Material in der Schweiz. Er glaubt, dass man ausbeutungswürdige Lager finden werde, wenn man die Anstrengungen vergrössere.

Was die allgemeine Organisation betreffe, so solle man soviel wie möglich auf die zivilen Stellen abladen. Es wäre viel leichter, als wenn man mit der militärischen Forschung vorgehen wollte.

Was das Programm betreffe, so müsse man sich anstrengen, zu einem detaillierten Arbeitsprogramm und detaillierten Voranschlag zu kommen.

Herr Tschudi bemerkt, dass sich aus dem Bericht der Generalstabsabteilung über das weitere Vorgehen¹⁰ und den entsprechenden mündlichen ergänzenden Angaben von Herrn Chaudet ergebe, dass ziemlich viel von den Hochschulen erwartet werde. In dieser Hinsicht müsse er Vorbehalte anbringen. Man müsse vermeiden, weltanschauliche Auseinandersetzungen in die Hochschulen zu tragen. Der Sprechende warnt vor allem davor, beim Studium der waffentechnischen Grundlagen auf die Hochschulen abzustellen.

7. Vgl. Anm. 4.

8. BR-Prot. Nr. 2252 vom 23. Dezember 1958, dodis.ch/31898. Dieser Beschluss wurde nicht in der amtlichen Sammlung publiziert.

9. Vgl. Anm. 4, S. 10: Mit dem Ziel, bis in ca. 3 Jahren die Unterlagen für den Entscheid über eine eventuelle Herstellung von Atomwaffen im eigenen Land zu beschaffen und gleichzeitig die Entwicklung der zivilen Kerntechnik zu fördern, wird das Militärdepartement beauftragt, gemeinsam mit den andern interessierten Departementen, die notwendigen Untersuchungen auf folgenden Gebieten durchzuführen: Abbauwürdigkeit der schweizerischen Uranvorkommen; Verfahren zur Produktion von spaltbaren Stoffen; Theoretische Grundlagen der waffentechnischen Probleme (Vorgänge bei Kernexplosionen).

10. Vgl. Anm. 6, S. 55–58.

Das werde Schwierigkeiten und Widerstände ergeben, vor allem bei den im Bericht erwähnten Forschungsinstituten in Freiburg¹¹ und Lausanne¹². Er rate deshalb ab, das EDI zu beauftragen. Mit diesen Studien solle sich das EMD befassen oder evt. das VED.

Herr Wahlen anerkennt den Vorteil, dass die zivile Forschung gleichzeitig sehr stark gefördert werde. Im Hinblick auf die waffentechnische Grundlagenforschung sei die grundsätzliche Seite in den Vordergrund zu stellen.

Es sei zunächst festzustellen, dass man die Arbeiten kaum werde geheim halten können. Mit der momentanen Erledigung der Kleinen Anfrage Grendelmeier¹³ sei es nicht getan. Andere werden die Frage wieder aufgreifen.

Im ganzen Bericht werde nichts von Waffenversuchen gesagt. Können solche Versuche überhaupt im Inland durchgeführt werden? Da bestünden doch die grössten Zweifel. Auch die Frage, ob und wo Versuche im Ausland möglich wären, sei nicht leicht zu beantworten.

Er sei aber der Meinung, dass man kein Geld in diese Spezialforschung investieren sollte, bevor die erwähnten Fragen nicht positiv vorabgeklärt seien. Man müsse auch abklären, welche weiteren finanziellen Folgen der erste Beschluss auslösen würde. Die ständigen technischen Fortschritte hätten sofort ihre Auswirkungen auf die Höhe der Ausgaben. Man werde rasch zu einem Plafond kommen, wo man nicht mehr weiter könne. Man müsse dazu kommen, eine Prioritätsordnung der verschiedenen Waffengattungen für unsere Verteidigung aufzustellen und schliesslich einen Plafond für unsere verschiedenen staatlichen Aufgaben finden (Forschung, Gewässerschutz, Strassenbau, Sozialwerke etc.).

Herr Wahlen wünscht deshalb, dass als erstes die Frage der Möglichkeiten von Waffenversuchen abgeklärt werde, bevor man irgendwelche Kredite bewillige.

Herr Schaffner könnte sich mit den Anträgen der Militärdelegation einverstanden erklären. Es scheine ihm, dass es hier gelungen sei, das Ganze unter eine gute tarnende Decke¹⁴ zu bringen. Man müsse die ganze Angelegenheit vor allem auch im Interesse unserer Energiewirtschaft fördern. Diese Frage sollte man bewusst in den Vordergrund stellen. Das EMD soll die zivilen Departemente vorausgehen lassen. Ob man so weit gehen wolle, Versuche zu machen im Zusammenhang mit der Bewaffnung, sollte man sich noch überlegen. Den alten Beschluss von 1958¹⁵ würde er ruhig bestehen lassen.

11. *Physikalisches Institut der Universität Freiburg.*

12. *Forschungszentrum für Plasmaphysik.*

13. *A. Grendelmeier stellte am 25. September 1963 eine kleine Anfrage an den Bundesrat zur Beschaffung von Atomwaffen. Am 2. Dezember 1963 wurde die Anfrage im Nationalrat abgewiesen, da der Urheber per 1. Dezember 1963 aus dem Rate ausgeschieden ist. Vgl. die Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung, Wintersession 1963, 2. bis 19. Dezember 1963, S. 40.*

14. *Handschriftliche Marginalie von F. Weber: «tarnende Decke» ersetzt durch Abschirmung.*

15. *Vgl. Anm. 8.*

Herr Chaudet würde es als sehr heikel betrachten, den Beschluss von 1958 aufzuheben. Dieser sei provoziert worden von den Initianten¹⁶ für das Atomwaffenverbot.

Er hätte grosse Befürchtungen, den Beschluss aufzuheben wegen der Folgen für unsere Verteidigungsbereitschaft.

Im weitem Verlauf der Diskussion spitzt sich alles auf die Frage zu, ob man über einzelne Punkte des Antrages heute schon beschliessen wolle, ob man die Frage der Versuche im Inland in den Beschluss aufnehmen solle oder ob man die ganze Beschlussfassung verschieben wolle, bis man im Besitze einer Studie des EMD über die Möglichkeit der Durchführung von Versuchen im Inland sei. Diese Studie¹⁷ soll Aufschluss geben über die technischen Möglichkeiten, die erforderliche Qualität des Felsgesteins für die Sicherheit und die Schutzdistanz von Quellen und Staumauern bei unterirdischen Kernwaffenversuchen.

Nachdem Herr Chaudet der Lösung, die Vorlage als ein Ganzes zu verabschieden, den Vorzug gibt, entschliesst sich der Rat für die letztgenannte Lösung. Dabei wird ausdrücklich präzisiert, dass nur die technische Möglichkeit von Versuchen zu prüfen ist, nicht aber auch z. B. die politischen Möglichkeiten.

[...] ¹⁸

16. *Schweizerische Bewegung gegen die atomare Aufrüstung. Vgl. dazu das Schreiben von A. Amstein an J. Burckhardt vom 18. Mai 1961, dodis.ch/16164. Die Abstimmung über die Volksinitiative «Verbot der Atomwaffen» fand am 1. April 1962, diejenige über das «Entscheidungsrecht des Volkes über die Ausrüstung der schweizerischen Armee mit Atomwaffen» am 26. Mai 1963 statt. Beide Vorlagen wurden von Volk und Ständen abgelehnt. Vgl. BBl, 1962, I, 913 f. und BBl, 1963, II, 4–45.*

17. *Vgl. auch das BR-Verhandlungsprot. der 41. Sitzung vom 1. Juni 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 7–9.*

18. *Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31971.*

16

dodis.ch/30942

*Notiz des Stellvertreters des Chefs der Abteilung
für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, R. Probst¹*

NATIONALRÄTLICHE KOMMISSION FÜR AUSWÄRTIGES. BEANTWORTUNG DER
FRAGEN VON HERRN SAUSER VOM 5. FEBRUAR BETREFFEND MILITÄRDIENTST VON
SCHWEIZERN IN DEN VEREINIGTEN STAATEN²

Bern, 18. Februar 1964

Frage a

Das Politische Departement hat sich seit Jahren dauernd mit dem Problem der jungen Schweizer beschäftigt, die sich vermittelt eines Einwanderungsvisums nach den Vereinigten Staaten begeben und dort in der Folge teils zum Militärdienst in den amerikanischen Streitkräften einberufen werden³, obwohl der schweizerisch-amerikanische Vertrag von 1850⁴ bestimmt, dass die Bürger jedes der beiden Vertragsstaaten vom Militärdienst im anderen Staate befreit sein sollen.

Die Bestrebungen des Departements und die unablässigen Demarchen unserer Botschaft in Washington scheinen nun allmählich doch Früchte zu tragen. Das amerikanische Staatsdepartement ist in der Tat, wie bekannt, seit einiger Zeit bemüht, in dieser Frage eine Anpassung der internen amerikanischen Gesetzesvorschriften an die staatsvertraglichen Verpflichtungen der Vereinigten Staaten herbeizuführen. Es hatte dem Kongress zu diesem Zweck schon am 29. Mai 1962 eine Gesetzesänderungsvorlage unterbreitet, gemäss welcher die in den Vereinigten Staaten lebenden Ausländer, und zwar sowohl die Immigranten wie die Nichtimmigranten, sich auf Gesuch hin vom obligatorischen Militärdienst – wenn auch unter Verlust der späteren Einbürgerungsmöglichkeit in den USA – befreien lassen könnten, sofern zwischen ihrem Heimatstaat und den Vereinigten Staaten hierüber eine vertragliche Abmachung besteht. Dies ist namentlich in Bezug auf die Schweiz der Fall. Die fragliche Gesetzesvorlage war übrigens im Geschäftsbericht des Bundesrates für das Jahr 1962⁵ bereits näher erläutert worden (vgl. Beilage⁶).

1. *Notiz*: E 2804(-) 1971/2 Bd. 28 (041.2).

2. *Vgl. dazu auch das Telegramm Nr. 220 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Washington vom 29. Juli 1965*, dodis.ch/31187; *die Notiz Service militaire aux Etats-Unis von V. Martin vom 9. Dezember 1965*, dodis.ch/31190 *und das Schreiben von W. Spühler an W. Allgöwer vom 24. Mai 1966*, dodis.ch/31889.

3. *Vgl. DDS, Bd. 19, Dok. 117*, dodis.ch/9225; *DDS, Bd. 20, Dok. 81*, dodis.ch/11260 *und Dok. 128*, dodis.ch/11355; *DDS, Bd. 21, Dok. 24*, dodis.ch/14868 *und Dok. 136*, dodis.ch/14961.

4. *Vgl. den Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika, BS, Bd. 5, S. 201–228. Zur Entstehung dieses Vertrags vgl. DDS, Bd. 1, Dok. 82, 103, 127, 145 und 221.*

5. *Vgl. den Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1962 vom 9. April 1963, S. 90–91.*

6. *Vgl. Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 437 (B.37.21.0).*

Der im November 1960 gewählte 87. Kongress der Vereinigten Staaten, dessen Mandat Ende 1962 zu Ende ging, hat sich leider über diese Gesetzesvorlage nicht ausgesprochen. Das Staatsdepartement sah sich deshalb genötigt, die Vorlage am 15. März 1963 dem 88. Kongress, und zwar zunächst der Kommission für die bewaffneten Streitkräfte des Repräsentantenhauses, einzureichen. Die neue Gesetzesvorlage (H. R. 6440) ist mit jener vom 29. Mai 1962 identisch. Der 88. Kongress hat darüber indessen bis heute noch nicht Beschluss gefasst.

Dagegen haben wir in praktischer Hinsicht gewisse Fortschritte erzielen können. Da diese einen vertraulichen Charakter aufwiesen, war es nicht möglich, darüber im bundesrätlichen Geschäftsbericht für das Jahr 1963⁷, der demnächst den eidgenössischen Räten vorgelegt werden wird, im einzelnen Auskunft zu erteilen. Die Fragen von Herrn Sauser bieten jedoch eine Gelegenheit, dies im engeren Rahmen der Kommissionen⁸ für Auswärtiges zu tun. Die betreffenden Massnahmen weisen in der Tat nicht nur provisorischen Charakter auf, sondern scheinen auch mit der gegenwärtigen amerikanischen Gesetzgebung nicht mehr völlig in Einklang zu stehen. Wenn amerikanische Kongresskreise davon nähere Kenntnis erhielten, könnte dies die weitere Förderung der Gesetzesvorlage H. R. 6440 gefährden. Es ist deshalb erforderlich, die Angelegenheit in unserem eigenen Interesse diskret zu behandeln. Nachstehend das wichtigste dieser Regelung:

Die für die Einberufung von Militärpersonen zuständige amerikanische Behörde ist das Selective Service System (SSS). Um schon zum voraus die dem Kongress vorgelegte Gesetzesvorlage (H. R. 6440) zu berücksichtigen und uns entgegenzukommen, hat diese Behörde einen Weg gesucht, der es vermeiden lässt, dass die dem amerikanischen Militärdienst grundsätzlich unterliegenden jungen Schweizer Einwanderer zwischen 18½ und 26 Jahren effektiv einberufen werden. Dieser Weg besteht in einem provisorischen und individuellen Aufschub der Marschbefehle an unsere Landsleute. Der Aufschub wird vom SSS gestützt auf ein Gesuch der schweizerischen Botschaft in Washington gewährt, das eingereicht wird, sobald ein Schweizer, der einen Marschbefehl befürchtet, an unsere diplomatische Vertretung gelangt. Das SSS wird auf diese Weise darauf aufmerksam gemacht, dass es sich um einen Schweizer handelt, der sich auf sein Statut eines «treaty alien» beruft, um seine Dienstleistung aufschieben zu lassen. Die fragliche Behörde sieht demgemäss davon ab, den lokalen Rekrutierungsstellen für den betreffenden Fall weitere Weisungen zu erteilen, die die Einberufung zur Folge hätten, und lässt das Dossier ruhen («freezes the case»). – Solange sich das SSS an diese Praxis hält, ist damit zu rechnen, dass unsere in Betracht fallenden Landsleute nicht mehr unter die Fahnen gerufen werden. Der Aufschub kann allerdings jederzeit rückgängig gemacht werden. Wir hoffen jedoch, dass die amerikanischen Behörden dieses Vorgehen bis zur Annahme der Gesetzesvorlage H. R. 6440 oder bis zum Ende der Amtsdauer des gegenwärtigen Kongresses im Dezember 1964 aufrecht erhalten. Eine

7. Vgl. den Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1963 vom 7. April 1964, S. 109–111.

8. Handschriftliche Korrektur: Kommission.

formelle Zusicherung hierfür besitzen wir freilich nicht. Die schweizerische Botschaft wird jedoch alles in ihrer Macht Stehende tun, damit diese Regelung solange als möglich angewandt wird.

Im vorliegenden Zusammenhang ist noch die Verordnung des amerikanischen Präsidenten vom 10. 9. 1963 zu erwähnen, durch welche die verheirateten Männer von der Einberufung in den amerikanischen Militärdienst generell befreit werden. Diese Bestimmung kommt den verheirateten schweizerischen Einwanderern ebenfalls zugute und bewirkt eine weitere Lockerung.

In praktischer Hinsicht hatte die geschilderte Entwicklung zur Folge, dass in letzter Zeit u. W. Schweizerbürger in den Vereinigten Staaten nicht mehr rekrutiert wurden. So erfreulich dieser Zustand für das erste ist, bildet er indessen noch keine voll befriedigende endgültige Lösung. Unser Ziel ist deshalb weiterhin, die Annahme der Gesetzesvorlage H. R. 6440 zu erwirken.

Frage b

Bei der Zusammenkunft des Chefs des Politischen Departements⁹ mit Staatssekretär Dean Rusk anlässlich der Beisetzungsfierlichkeiten für Präsident Kennedy¹⁰ war es verständlicherweise nicht möglich, alle zwischen den beiden Ländern hängigen Fragen aufzuwerfen; die Gesprächspartner mussten sich auf einige davon beschränken. Das Staatsdepartement ist jedoch über die Bedeutung, die die schweizerischen Behörden der Militärdienstfrage beimessen, vollauf orientiert.

9. *F. T. Wahlen.*

10. *Vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 181, dodis.ch/18903.*

17

dodis.ch/31396

Die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an die dänische Botschaft in Bern¹

REGELUNG DER EINFUHR IN DER SCHWEIZ

[Bern,] 26. Februar 1964

Unter Bezugnahme auf den von Ihnen anlässlich der kürzlichen dänisch-schweizerischen Besprechungen² geäußerten Wunsch beehren wir uns, Ihnen nachstehend eine zusammenfassende Darstellung darüber zu geben, nach welchen Grundzügen die Einfuhr in der Schweiz geregelt ist.

Die Schweiz verfolgt bekanntlich handelspolitisch den Grundsatz der offenen Türe. Ihre Einfuhrpolitik ist daher sehr liberal. Die meisten Waren können

1. *Schreiben (Kopie): E 7110(-) 1975/31 Bd. 104 (821). Verfasst von J.-E. Töndury und gerichtet an F. K. Damgaard.*

2. *Zu den dänisch-schweizerischen Besprechungen vgl. Doss. wie Anm. 1.*

ohne quantitative Beschränkung und ohne Vorlage einer Einfuhrbewilligung eingeführt werden. Nur für wenige landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse ist zur Zeit noch eine Einfuhrbewilligung erforderlich. Das Verzeichnis der Zolltarifnummern³, deren Waren dem Ein- oder Ausfuhrbewilligungsverfahren unterstellt sind, haben wir Ihnen bereits gestern zugestellt.

Die Einfuhrbewilligungspflicht dient zur Durchführung bestimmter Massnahmen, die sich zur Hauptsache in die nachstehenden Kategorien aufteilen lassen und in gleicher Weise für alle Staaten zur Anwendung gelangen.

I. Massnahmen zum Schutze der einheimischen Produktion in Form von quantitativen Einfuhrbeschränkungen

1. Landwirtschaftliche Erzeugnisse⁴

Zweck der Einfuhrbeschränkung auf dem Agrarsektor ist der Schutz der inländischen Produktion gemäss Landwirtschaftsgesetz vom 3. 10. 1951⁵. Als einfuhrbeschränkende Massnahmen sind die Einfuhrkontingentierung, die Übernahmepflicht und das Dreiphasensystem zu nennen. Sie können kurz wie folgt umschrieben werden:

a) Einfuhrkontingentierung

Die Einfuhr wird nur im Rahmen bestimmter, mengenmässiger Kontingente bewilligt, die entweder in handelsvertraglichen Vereinbarungen (bilateral) oder autonom festgelegt werden.

b) Übernahmepflicht (Leistungssystem)

Sie besteht in der Auflage an die Importeure, im Verhältnis ihrer Importe eine gewisse Menge des gleichen inländischen Produktes zu übernehmen. Die Übernahme hat je nach Ware bzw. Sachlage vor oder nach dem Import zu Preisen zu erfolgen, die entweder behördlich oder von den beteiligten Kreisen festgesetzt werden.

c) Dreiphasensystem

Dieses System ist dadurch charakterisiert, dass die Importe dem jeweiligen Marktbedarf laufend angepasst werden, wobei jedes Erzeugnis (Früchte oder Gemüseart) getrennt behandelt wird. Die Anwendung wickelt sich in drei Phasen ab.

Unter diese Beschränkungen fallen hauptsächlich folgende Erzeugnisse: Schlachtvieh, Fleisch, Trockenmilch, Blumen, Gemüse und Früchte, Wein.

3. Verzeichnis der Zolltarifnummern, deren Waren dem Ein- oder Ausfuhrbewilligungsverfahren unterstellt sind, Bern 1961.

4. Vgl. dazu die Notiz der Handelsabteilung Entwicklung der landwirtschaftlichen Ausfuhr Dänemarks nach der Schweiz vom 9. Mai 1966, dodis.ch/31400.

5. Vgl. das Bundesgesetz über die Förderung der Landwirtschaft und die Erhaltung des Bauernbestandes, AS, 1953, S. 1073–1108. Das Bundesgesetz trat am 21. Dezember 1953 in Kraft.

II. Massnahmen zur Ausübung einer staatlichen Kontrolle

Auch diese Massnahmen wirken sich dahin aus, dass bei der Einfuhr eine besondere Bewilligung erforderlich ist, ohne dass jedoch mit der Erteilung dieser Bewilligung grundsätzlich eine mengenmässige Beschränkung verbunden ist. In diese Kategorie fallen u. a.:

1. die *Qualitätskontrolle* für Obstgehölze, Rebsetzlinge, Forstsaatgut und Forstpflanzen;

2. die *Kontrolle aus militärischen Gründen* z. B. für Kriegsmaterial⁶, Munition, Brieftauben;

3. die *Kontrolle zum Schutze der menschlichen Gesundheit*:

Neben der Bewilligungspflicht, wie sie z. B. für Kakaoblätter, indisches Hanfkraut, Opium, Betäubungsmittel, Sera und Impfstoffe besteht, gelten die besonderen gesundheitspolizeilichen Vorschriften, wie sie von jedem Staate besonders in Fällen von Seuchengefahren etc. gehandhabt werden;

4. die *Kontrolle aus moralischen Gründen*:

Diese Kontrolle basiert nicht auf einem Einfuhrbewilligungssystem, sondern auf der Kontrolle durch die Grenzorgane, indem Sendungen mit Literatur, Bildern, Filmen usw. unsittlicher Art beschlagnahmt werden;

5. die *Kontrolle aus kulturpolitischen Gründen*, z. B. für Spielfilme;

6. die *Kontrolle aus kriegsvorsorglichen Gründen*:

Für bestimmte für die Versorgung des Landes in Kriegszeiten wichtige Waren besteht eine Lagerhaltungspflicht. Zur Finanzierung der Lagerhaltung werden mit der Erteilung der Bewilligung für die Einfuhr der betreffenden Waren die sogenannten Pflichtlagerbeiträge erhoben. Solche Waren sind: Kaffee, Haferprodukte, Zucker, Kakaoprodukte, flüssige Treib- und Brennstoffe, Mineralschmieröle, Düngemittel, Antibiotika;

7. die *Preisüberwachung für bestimmte Textilien*:

Diese Massnahme richtet sich gegen Importe zu unersetzten Preisen. Sie bedeutet somit nicht eine mengenmässige Beschränkung.

Es bestehen hingegen mit Bezug auf die Wareneinfuhr keine Beschränkungen, die dem internationalen Zahlungsausgleich⁷ zu dienen hätten. Ebenso kennt die Schweiz keine Gegenmassnahmen (Repressalien) gegenüber Ländern, die schweizerische Waren mit Einfuhrbeschränkungen belasten.

6. Zur Frage des Kriegsmaterialimports vgl. DDS, Bd. 18, Dok. 109, dodis.ch/8297; Dok. 131, dodis.ch/8294; Dok. 139, dodis.ch/8296; DDS, Bd. 19, Dok. 137, dodis.ch/10205; DDS, Bd. 20, Dok. 58, dodis.ch/11440; Dok. 71, dodis.ch/13014; Dok. 72, dodis.ch/31014; Dok. 86, dodis.ch/13136; Dok. 106, dodis.ch/12774; DDS, Bd. 21, Dok. 86, dodis.ch/15555, Dok. 147; dodis.ch/15506; DDS, Bd. 22, Dok. 19, dodis.ch/30680; die Notiz von E. Diez an F. T. Wahlen vom 13. August 1964, dodis.ch/31877; das BR-Prot. Nr. 113 vom 19. Januar 1965, dodis.ch/31215 und das Schreiben von A. Janner an A. Kaech vom 29. März 1965, dodis.ch/31826.

7. Vgl. dazu Dok. 128, dodis.ch/31415.

BUNDESRAT
Verhandlungsprotokoll der 17. Sitzung vom 28. Februar 1964¹
Auszug

[...]²

Mirage³ Beschaffung, Zusatzkredite

*Herr Chaudet*⁴ führt ergänzend zu den schriftlichen Unterlagen, die der Bundesrat erhalten hat, aus, dass das gelbe Dokument⁵ noch nicht der definitive Botschaftstext sei. Es handle sich lediglich um eine technische Orientierung zuhanden des Bundesrates.

Es handle sich um eine sehr peinliche Angelegenheit, die ihm schon lange viele Sorgen mache. Die LVK habe während 2 Tagen mit den Diensten der KTA die Sache eingehend behandelt⁶. Der Redner kommt dann auf die Gründe für die riesige Kostenüberschreitung zu sprechen.

Als man die Wahl der Elektronik offen gelassen habe, hätten die Fachleute die mit dem Einbau einer anderen Elektronik verbundenen Kosten mangels Erfahrung viel zu niedrig geschätzt. Ähnliche Dinge seien auch in vielen andern Ländern passiert. Hätte man den schwedischen Draken gewählt, so wären die Kosten noch grösser geworden. Was man hier gemacht habe sei die Umwandlung eines Jagdflugzeuges in einen Jagdbomber. Man werde eine Maschine von grosser Klasse herausbringen. Bei der neuen Kostenschätzung habe die KTA alle Sicherheiten getroffen, um keine Überraschungen mehr zu erleben. So sei im Betrage eine Reserve von 100 Mio. Franken für die Teuerung bis zur Beendigung der Konstruktion vorgesehen.

Man habe die Frage geprüft, wie sich diese Kosten im Finanzplan des EMD einbauen lassen. Man könne die Kosten der Miragebeschaffung im Rahmen der mit dem FZD für den neuen Finanzplan in Aussicht genommenen Militärkredite abtragen, ohne dass damit eine Schwächung unserer Landesverteidigung verbunden wäre. Man sei bei der Schätzung der Militärausgaben davon ausgegangen, dass man für die Landesverteidigung 3–3,5% des Volkseinkommens verwenden dürfe. Als weitere Probleme der Rüstung erwähnt der Redner u. a. die Motorisierung der Artillerie, und die Neugestaltung der Politik der Luftverteidigung.

1. *BR-Verhandlungsprot.*: E 1003(-) 1994/26 Bd. 2. *Vorsitz: L. von Moos. Abwesend: niemand. Schriftführer: Ch. Oser und F. Weber. Beginn: 9 Uhr. Schluss: 12.20 Uhr.*

2. *Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31973.*

3. *Zur Mirage-Beschaffung vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 69, dodis.ch/15497; Dok. 103, dodis.ch/15498; Dok. 115, dodis.ch/15500 und Dok. 152, dodis.ch/15501.*

4. *Die Namen der Bundesräte wurden im Protokoll anonymisiert. Für P. Chaudet: A.*

5. *Vgl. den Entwurf zum offenen Teil der Mehrkostenbotschaft Mirage vom 18. Januar 1964, E 5001(G) 1979/55 Bd. 88 (741.01).*

6. *Vgl. das Protokoll der Sitzung der Landesverteidigungskommission vom 26. und 27. Februar 1964, E 5802(-) 1987/59 Bd. 5 (14).*

Unter den Vorteilen des Mirageflugzeuges sei noch besonders hervorzuheben, dass es auf sehr kurzen Pisten landen könne. Das gewählte Flugzeug werde uns auch von Vorteil sein für die spätere Beschaffung von Maschinen. Das Schlimmste was nur noch passieren könnte, wäre der Verlust einer Maschine im gegenwärtigen Entwicklungsstadium.

*Herr Bonvin*⁷ stellt fest, dass es sich hier um eine Angelegenheit handle, die uns sehr grosse Schwierigkeiten bringen werde.

1. Die Arbeitsmethode zwischen dem EMD und dem Bundesrat und zwischen Bundesrat und eidgenössischen Räten habe Mängel aufgezeigt, indem man schliesslich das Engagement habe übernehmen müssen, das Techniker eingegangen seien, ohne dazu berechtigt zu sein.

2. Die Kostenerhöhung sei eine natürliche Folge der Änderung der Konzeption von 1961⁸ in die Konzeption von 1964⁹.

3. Wenn man jetzt mit einer solchen Botschaft herauskomme, werde das auf die Volksabstimmung¹⁰ über die Dämpfung der Konjunkturüberhitzung katastrophale Wirkungen ausüben.

Man müsse bei der weiteren Zusammenarbeit mit dem EMD, das man nicht im Stiche lassen werde, vor allem an diese drei Punkte denken.

*Herr Spühler*¹¹ findet, dass man hier einen recht schweren Brocken werde schlucken müssen. Gegen das Erscheinen einer solchen Botschaft im gegenwärtigen Zeitpunkt der Behandlung der Massnahmen zur Dämpfung der Konjunkturüberhitzung¹². Sollte die Volksabstimmung über die Dämpfungsmassnahmen am 24. Mai¹³ stattfinden, so könnte man sich fragen, ob man mit der Miragebotschaft¹⁴ nicht erst in der Junisession herauskommen sollte.

Der Sprechende bemerkt, dass er die erste Miragebotschaft¹⁵ und die Mitberichte¹⁶ von damals wieder angeschaut habe. Man sei damals schon etwas

7. Für R. Bonvin: K.

8. Vgl. die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Beschaffung von Kampfflugzeugen (Mirage III S) und von weiterem Material für die Fliegertruppen vom 25. April 1961, BBl, 1961, I, S. 793–825.

9. Vgl. die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Gewährung eines Zusatzkredites für die Beschaffung von Kampfflugzeugen Mirage-III vom 24. April 1964, BBl, 1964, I, S. 901–931 und die thematische Zusammenstellung dodis.ch/T621.

10. Volksabstimmungen vom 28. Februar 1965 über den Bundesbeschluss vom 13. März 1964 über die Bekämpfung der Teuerung durch Massnahmen auf dem Gebiete des Geld- und Kapitalmarktes und des Kreditwesens und den Bundesbeschluss vom 13. März 1964 über die Bekämpfung der Teuerung durch Massnahmen auf dem Gebiete der Bauwirtschaft. Beide Vorlagen wurden von Volk und Ständen gutgeheissen. Vgl. BBl, 1965, I, S. 647–650.

11. Für W. Spühler: H.

12. Handschriftliche Marginalie von F. Weber: hege er grosse Bedenken.

13. Vgl. Anm. 10.

14. Die Botschaft wurde schliesslich am 24. April 1964 veröffentlicht, vgl. Anm. 9.

15. Vgl. Anm. 8

16. Zu den Mitberichten des Politischen Departements vom 29. August 1960, des Finanz- und Zolldepartements vom 9. September 1960 sowie des Volkswirtschaftsdepartements vom 2. September 1960 vgl. das BR-Prot. Nr. 2258 vom 28. Dezember 1960, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 644.2. Zum Mitbericht des Finanz- und Zolldepartements vom 14. April 1961 vgl. das BR-

unter dem Eindruck gestanden, dass man sich finanziell in ein Abenteuer begeben. Auch heute sei man offenbar noch im Unklaren was die Endzahlen betreffe.

Die erste Frage, die sich einem stelle, sei die, ob sich die Lizenzfabrikation von Waffen bewähre? Man habe sich immer mit Rücksicht auf die eigene Industrie dafür entschieden. Man habe offenbar der Schweiz. Industrie zu viel helfen wollen. Man rechne von Anfang an damit, dass die Lizenzfabrikation ungefähr 20% teurer kommt. Das führe dazu, dass man immer weiter entwickle, im Bestreben immer auf der höchsten Stufe zu stehen. Jede Waffe ist beim Übergang zur Serienfabrikation schon durch eine andere überholt. Die Forderung, immer das Beste haben zu wollen, führe automatisch zu Kostenüberschreitungen. Diesen Kräften könne man sich nur entziehen, wenn man einmal erkläre, bis hierher und nicht weiter.

Was die Politik unserer Luftraumverteidigung betreffe, werde man sich auf Grund eines Berichtes des Generalstabschefs¹⁷ entscheiden müssen, ob man so weiterfahren wolle oder nicht. Er habe das unangenehme Gefühl, dass man in dieser Angelegenheit als Bundesrat zu wenig oft orientiert und auf dem Laufenden gehalten worden sei. Der Bundesrat sei wie der Chef des EMD in diese Situation hineingezogen worden. Die Stellen, die sich mit der Fabrikation des Mirage befasst hätten, hätten Beschlüsse gefasst, die weit über ihre Kompetenzen hinausgegangen seien.

Der Sprechende sehe die zweite Mirage-Serie noch nicht, da er sich nicht vorstellen könne, wie man dabei noch die übrigen Aufgaben der Landesverteidigung lösen wolle. Er möchte sich für die Zukunft die Entscheidungsfreiheit in jeder Hinsicht wahren, wenn man jetzt den Nachtragskredit verlange. Herr Chaudet möge sagen, ob es möglich sei, mit dieser Antragstellung noch zuzuwarten.

Herr Tschudi¹⁸ führt aus, dass die Ausgaben engagiert seien. Er verstehe jetzt die schweren Sorgen, die Herrn Chaudet quälen. Er teile die Auffassung von Herrn Bonvin, dass der Bundesrat dem EMD behilflich sein müsse, um aus allem herauszukommen. Man sollte zuerst prüfen, ob man nicht doch noch etwas bremsen und einsparen könne. Man müsse auch prüfen, ob der leitende Fachbeamte kompetent sei oder ausgewechselt werden sollte. Diese Frage werde von der Öffentlichkeit sicher gestellt werden.

Was den Einfluss auf die Konjunkturpolitik betreffe sehe er schwarz. Wenn man warte mit der Orientierung bis nach der Volksabstimmung, werde man uns sagen, wir hätten das Vertrauen missbraucht. Den eidg. Räten könne man nicht nur mit technischen Erklärungen kommen. Man müsse das Ganze auf eine höhere Stufe heben. Man werde sagen müssen, dass man die ganze Politik der Waffenbeschaffung überprüfe. Im Ausland hätten sich solche Dinge auch ereignet und man werde Wege suchen, um solche Überraschungen zu vermeiden.

Prot. Nr. 772 vom 25. April 1961, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 648.1. Vgl. auch Doss. E 2001(E)-01 1998/199 Bd. 2. (A.14.41.32.F.U'ch.).

17. J. Annasohn.

18. Für H.-P. Tschudi: G.

*Herr Wahlen*¹⁹ glaubt ebenfalls, dass man die Pille werde schlucken müssen. Es wäre äusserst unangenehm, mit der Sache herauszurücken, bevor nicht wenigstens die eidg. Räte über die konjunkturpolitischen Massnahmen entschieden hätten. Wenn man mit der Botschaft bis im Juni warte, käme es sicher zu einer Vertrauenskrise. Am besten wäre man dran, wenn man mit der Botschaft sobald wie möglich herausrücken könnte. Zeitmässig befinde man sich allerdings in der grössten Schwierigkeit.

Unsere militärischen Fachleute neigen ganz einseitig zum Perfektionismus, ohne viel staatsbürgerliches Verständnis zu besitzen. Er frage sich, ob es nicht besser gewesen wäre, den Mirage so zu beziehen, wie ihn die Franzosen offeriert hätten, statt eine Kombination mit der amerikanischen Elektronik usw. zu suchen? Sollte uns nur mit den Prototypen noch ein Unfall zustossen, wäre das Debakel vollkommen. Herr Wahlen ist auch der Meinung, dass wir unsere Militärpolitik im Hinblick auf die Bewaffnung überprüfen müssten und dass dies in der Botschaft gesagt werden sollte. Das was heute an Unterlagen vorhanden sei (gelbe Blätter), das sei eine Verteidigungsschrift der Verantwortlichen.

Wenn die Bemerkung von Herrn Chaudet zutrefte, dass diese Kostenüberschreitung im Budget Platz habe, dann müsse man sich schon fragen, wie denn eigentlich budgetiert worden sei. Die ganze Kritik richte sich nicht gegen den Chef des EMD, aber gegen seine fachtechnischen Berater.

Was das Material zur Botschaft betreffe, werde auf Seite 2²⁰ von der Handhabung der Neutralitätspolizei gesprochen. Man sollte statt dessen sagen: «Die Wahrung der Integrität des Luftraumes»²¹. Man müsse sich auch darüber klar werden, wer die militärpolitische Seite überprüfe. Sollte nicht ein kleines Expertengremium gebildet werden? Es heisse auf Seite 2 auch, dass wir nun eine stärkere Luftverteidigung erhalten würden. Uns fehle aber der Radar zu Freund/Feind-Erkennungszwecken. Es bestehe so die Gefahr, dass wir die eigenen Flugzeuge abschiessen. Herr Wahlen macht zum Schlusse nochmals darauf aufmerksam, dass man nicht wisse, wo man hinkomme, wenn man gewissen Leuten Anfangskredite gebe.

*Herr Schaffner*²² bemerkt, in konjunkturpolitischer Hinsicht werde man mit dem besten Willen die Abstimmung nicht so früh ansetzen dürfen, wie man gewünscht habe. Man erkläre uns, wenn wir jetzt die Katze im Sacke verkaufen möchten, dann werde man uns die grössten Schwierigkeiten machen. Das Geld, um unsere Konjunkturdämpfungsbeschlüsse zu bekämpfen, sei vorhanden.

Man müsse durch eine kluge und massvolle Politik der Nationalbank und eine vernünftige Handhabung des Baubeschlusses Vertrauen schaffen. In diese politische Situation müsse man nun die Miragebotschaft hineinmanövrieren.

19. Für F. T. Wahlen: B.

20. Vgl. Anm. 5.

21. Vgl. hierzu auch die Studie Neutralität und Verteidigung des Luftraumes von R. Bind-schedler vom 21. August 1964, dodis.ch/31873; den Mibericht des Finanz- und Zolldepartements vom 26. Mai 1965, dodis.ch/31867; das Schreiben von E. Studer an das Politische Departement vom 13. Mai 1966, dodis.ch/31868 und das Schreiben von P. Chaudet an R. Gnägi vom 4. Juli 1966, dodis.ch/31869.

22. Für H. Schaffner: T.

Konjunkturpolitisch wäre es richtig, wenn man möglichst viel von der Fabrikation im Ausland machen könnte. Alles was so abgeladen werden könnte, würde unsere Inlandwirtschaft nicht anzünden. Bei dieser Bemerkung handle es sich um die Anregung einer Prüfung.

Der Perfektionismus und die Manie des Mehrzweckes sei eine schweizerische Sucht, die man überall, nicht nur beim Militär, finde. Wenn wir soviel wie möglich von der Fabrikation ins Ausland vergeben, so zeige man damit, dass man bereit sei, die Lehren aus den üblen Erfahrungen zu ziehen. Herr Oberstdivisionär Kuenzy, der Chef der KTA, wehre sich energisch, habe aber in den Franzosen einen äusserst schwierigen Partner.

Der Herr Bundespräsident²³ stellt fest, dass die Behauptung, die Techniker seien Verpflichtungen eingegangen, die sie nicht hätten eingehen dürfen, die Frage nach der Verantwortung rufe und es auch nötig erscheinen lasse, die personellen Konsequenzen zu ziehen.

Die Anträge 1 und 2 seien unbestritten.

Es müsse geprüft werden, ob nicht die Möglichkeit bestehe, Brems- und Sparmassnahmen durchzuführen. Wegen der Ankündigung der Botschaft sollte man nicht zu subtile Überlegungen anstellen. Ein grosser Teil des Geldes für die Mirage gehe ins Ausland und belaste unsere Konjunkturpolitik nicht. Was die Dämpfungsmassnahmen betreffe, sei die psychologische Situation im Volke gegenwärtig recht günstig. Die Bezeichnung der ständerätlichen Kommission «Bekämpfung der Teuerung», halte er nicht für glücklich. Er hätte lieber die Formel gehabt «Inflationsbekämpfung». Wenn der Index trotz der Dämpfungsmassnahmen noch weiter steige, werden sich viele als irreführt fühlen. Herr Chaudet solle darüber Aufschluss geben, ob Möglichkeiten bestünden zu warten. Der Sprechende sei der Auffassung, dass man mit einem gewissen Mute an die eidgenössischen Räte gelangen müsse.

Herr Chaudet dankt dafür, dass die Herren Kollegen so viel Verständnis für seine schwierige Lage bekundet hätten. Er gibt bekannt, dass der Herr Generalstabschef äusserst deprimiert sei. Er bemerkt weiter, dass es schwierig sei, Verantwortliche zu suchen. Die eingesetzte Arbeitsgruppe²⁴ habe ihr bestes gemacht. Sie habe uns tatsächlich die beste Maschine vorgeschlagen, die in Frage gekommen sei. Die Elektronik der Mirage sei ungenügend gewesen. Man habe mit einer Equipe vorwärts machen müssen, die zu wenig Erfahrungen gehabt hätte, um zuverlässig die Kostenentwicklung im voraus beurteilen zu können. Heute habe man eine ausgezeichnete Leitung in der KTA²⁵. Der technische²⁶ und der kaufmännische²⁷ Dienst habe die ganze Arbeit der Mehrkostenberechnung durchgeführt und zwar äusserst gründlich und vorsichtig, um irgendwelche Überraschungen auszuschalten.

23. Für L. von Moos: E.

24. Die Arbeitsgruppe für Fragen der militärischen Flugzeugbeschaffung besteht aus O. Keller (Vorsitz), O. Bloetzer und R. Greinacher.

25. R. von Wattenwyl war bis am 30. Juni 1962 Chef der Kriegstechnischen Abteilung. Ab 1. Juli führte O. Zellweger die KTA interimistisch, bis per 1. Januar 1963 F. Kuenzy die Leitung übernahm.

26. Unter Leitung von Ch. Grossenbacher.

27. Unter Leitung von A. Hauser.

Vor einem Jahr hätten die Dienste der KTA den Auftrag erhalten. Dann sei die Überraschung gekommen. Herr Chaudet hätte das nicht geschehen lassen, ohne die Kollegen zu orientieren. Der Vorwurf des Perfektionismus könne z. B. nicht erhoben werden, soweit es sich darum gehandelt hätte, die Landstrecke zu verkürzen. Es sei deshalb auch sehr schwer zu sagen, wer verantwortlich sei.

Wenn man die Kredite nicht in der Junisession verlangen könne, wären die Konsequenzen sehr unangenehm. Wenn man nämlich dann nicht mit der Botschaft herauskomme, werde es heissen, dass man nicht wolle. Auf Grund der Ausführungen des Vorstehers des EMD²⁸ hätten sich aber die Kommissionsmitglieder²⁹ schon gewisse Vorstellungen gemacht. Man habe ihm Zahlen verlangt. Die Presse sei auch schon mit Zahlen herausgerückt in der Grössenordnung von 300 Mio. Deshalb müsse man mit offenen Karten spielen. Die Angelegenheit Mirage werde eine grosse Aufregung bringen. Man habe im neuen Finanzplan bereits einen gewissen Rahmen vorgesehen für die Luftverteidigung. Hier habe man noch gewisse Margen.

Über das Problem der Konstruktion und des Lizenzbaues in der Schweiz, habe man bereits in der Botschaft gesagt, dass damit eine Teuerung von 10–20% verbunden sei. Die Räte hätten das damals akzeptiert. Man müsse heute nicht die ganze bisherige Doktrin ändern. Die Angelegenheit lasse sich regeln, wenn man weiterhin mit einem Budget von 3,5% des Volkseinkommens für die Landesverteidigung rechnen könne. Im Verhältnis zu andern Staaten sei das bescheiden.

Herr Tschudi insistiert darauf, dass man schauen müsse, noch etwas einzusparen.

Herr Chaudet erklärt, dass die LVK sehr vernünftig sei. Er habe keine Schwierigkeiten mit ihr. Auch Oberstkorpskdt. Züblin verstehe die politischen Aspekte einer Sache sehr gut. Man müsse sich fragen, ob es wirklich ein Nachteil sei, wenn gewisse Offiziere an unsere Landesverteidigung weitergehende Forderungen stellen. Unsere Offiziere kennen die Bedürfnisse der Landesverteidigung sehr gut.

Der Redner weist nochmals auf die Schwierigkeiten hin, die sich ergeben, wenn man mit Objektkrediten arbeiten müsse.

Herr Bonvin stellt fest, dass die eidgenössischen Räte einen Kredit bewilligt hätten, um den Mirage zu kaufen. Nun habe man daraus einen schweizerischen Mirage gemacht. Er frage sich, ob man das nicht hätte bekannt geben sollen. Was ihn beunruhige sei, dass man vor einiger Zeit gehört habe, es handle sich um Mehrkosten von 300 Mio. Jetzt sei die Rede von

28. Sitzung der Militärkommissionen des National- und Ständerats vom 10. Februar 1964 im Konferenzsaal des eidgenössischen Flugzeugwerkes in Emmen, an der nur der Bericht über den Stand der Beschaffung der Kampfflugzeuge «Mirage» III S behandelt wurde. Vgl. das Protokoll vom 10. Februar 1964, E 1050.8(-) 1995/505 Bd. 2 (1).

29. Militärkommission des Ständerats: G. Darms (Vorsitz), E. Bachmann, D. Buri, Ch. Clavadetscher, L. Danioth, L. Guisan, A. Lusser, E. Müller und H. Nänny. Militärkommission des Nationalrats: M. Arnold (Vorsitz), O. Bienz, S. Brawand, J. Glamer, F. Grütter, J. Harder, J. Hofstetter, A. Jaunin, W. König, J. Leu, Y. Maitre, J. Odermatt, A. Schläpfer, L. Schürmann, Ch. Strelbel, G. Thévoz, H. Weber und S. Widmer.

570 Mio. Da spiele etwas nicht. Man könne nicht zuerst Kredite verlangen und dann solche Änderungen vornehmen ohne den Bundesrat und evt. die eidg. Räte zu orientieren.

Herr Chaudet bemerkt, dass die KTA vorsichtshalber noch eine Teuerungsreserve von 100 Mio. vorgesehen habe. Der schweizerische Mirage unterscheide sich vom französischen, vor allem durch die Elektronik. Man könne uns kaum einen Vorwurf machen, dass wir die beste Elektronik wollten. Das Profil des Flugzeuges bleibe das gleiche, es bleibe ein Mirageflugzeug. Der Sprechende wiederholt, dass die Zahlen sehr vorsichtig gerechnet worden seien. Für die Luftverteidigung werde man einen Plafond von 2,5 Milliarden nicht übersteigen.

Herr Bonvin kann dem zustimmen, wünscht aber, dass man in der Botschaft die Widersprüche rechtfertige, mit dem was man 1961 erklärt habe³⁰.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass der Rat heute dem Botschaftsentwurf nicht zustimme.

Herr Spühler wünscht, dass in der Botschaft militärpolitische Überlegungen gemacht werden.

Herr Chaudet nimmt von dieser Anregung Kenntnis. Die Botschaft könne Ende März oder Anfangs April herauskommen.

Es wird beschlossen, dass die Miragebotschaft den eidg. Räten jetzt angekündigt werden soll.

[...] ³¹

30. *Handschriftliche Marginalie von F. Weber*: Er wird den Mitgliedern noch Vergleichstabellen zukommen lassen.

31. *Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31973. Zum weiteren Verlauf der Mirage-Affäre vgl. Dok. 180, dodis.ch/32042, Anm. 7.*

19

dodis.ch/31784

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements,
E. Stopper, an den schweizerischen Botschafter in Lima, R. Fässler¹*

Bern, 5. März 1964

I.

Verschiedene Gründe liessen es uns zweckmässig erscheinen, mit dem Eidg. Politischen Departement und dem Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins die Fragen zu prüfen, ob es, angesichts der bestehenden GATT-Meistbegünstigung² einerseits überhaupt noch wünschbar sei, mit weitem lateinamerikanischen Staaten Handelsabkommen auf bilateraler Basis abzuschliessen³ und ob es andererseits nicht angezeigt wäre, dafür gegebenenfalls einen neuen Vertragstypus zu schaffen. Es galt dabei vor allem abzuklären, ob neben den üblicherweise verwendeten Artikeln über Handel und Zahlungen, derartige Abkommen auch mit Klauseln betr. den Investitionsschutz, die Doppelbesteuerung, die Schiedsgerichtsbarkeit, die technische Zusammenarbeit, die Niederlassung, den Schutz geistigen Eigentums, die Luftfahrt und die Seeschifffahrt versehen werden sollten. Wir waren uns dabei bewusst, dass dies nicht überall möglich sein werde. Wo nicht, galt es zu prüfen, ob nicht wenigstens entsprechende Absichts-Erklärungen in den Vertragstext aufgenommen werden sollten.

Diese Abklärungen ergaben, dass es wünschbar wäre, auch weiterhin bilaterale Handelsabkommen mit lateinamerikanischen Staaten abzuschliessen. Man dürfe sich dabei allerdings keinen zu grossen Illusionen über den Wert solcher Abkommen hingeben. Immerhin böten sie den diplomatischen Vertretungen im Falle von Schwierigkeiten doch eine gute Handhabe für ihre Aktionen. Handelspolitisch fehlten aber oft die Mittel, um den Abschluss von derartigen Abkommen durchzusetzen. Man könne sie deshalb nur mit Artikeln versehen, die auch dem betreffenden Lande dienten. Als Gerippe würde sich wohl am besten ein redaktionell modernisierter Text eines bereits früher mit lateinamerikanischen Ländern abgeschlossenen Meistbegünstigungsabkommens eignen. Das Abkommen könnte, je nach den Möglichkeiten die der Einzelfall bietet, mit Artikeln über weitere Gebiete oder wenigstens mit entsprechenden Absichts-Erklärungen, die zum

1. Schreiben: E 2200.143(-) 1982/160 Bd. 2 (541.1). Kopien an die Abteilung für Politische Angelegenheiten, die Abteilung für internationale Organisationen, den Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements, an den Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, an P. R. Jolles, E. H. Lécho, H. Hofer und H.-U. Greiner.

2. Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 1, dodis.ch/30938, Anm. 8.

3. Für eine Übersicht der Handelsabkommen mit lateinamerikanischen Staaten (Argentinien, Bolivien, Chile, Guatemala, Kolumbien, Paraguay) vgl. die Notiz von C. Jagmetti vom 21. Januar 1964, dodis.ch/31448. Zum Handelsabkommen mit Kuba vgl. Dok. 9, dodis.ch/30974.

Zwecke haben, den spätern Abschluss von Verträgen über diese Teilgebiete zu erleichtern, ergänzt werden.

Über diese Teilgebiete wäre festzuhalten:

*Investitionsschutz*⁴:

Dem Schutz schweizerischer Investitionen kommt angesichts der Grösse der Schweizerkolonien⁵ in lateinamerikanischen Ländern und des Umfangs der bestehenden und zukünftigen schweizerischen Kapitalinvestitionen besondere Bedeutung zu⁶. Die multilateralen Bestrebungen zur Lösung dieses Problems kommen nicht recht vom Fleck. Diese Verzögerungen lassen den Abschluss bilateraler Vereinbarungen wünschbar erscheinen. Unsere Ziele bestehen u. a. darin, eine mit dem Völkerrecht übereinstimmende Erledigung von Enteignungsfällen, also Entschädigung und Transfer, sicherzustellen.

Die von den USA bisher mit lateinamerikanischen Staaten abgeschlossenen Abkommen⁷ (Kolumbien, Guatemala) entsprechen unsern Anforderungen nicht. Sie sehen die Entschädigung der enteigneten amerikanischen Bürger durch die Regierung der USA vor. Diese übernimmt die Guthaben. Eine Regelung der Transferfrage ist nicht vorgesehen.

Die Vorschläge Deutschlands könnten, wenn sie von den lateinamerikanischen Ländern angenommen würden, was bis jetzt unseres Wissens noch nirgends der Fall ist (ein Abkommen wurde im Dezember 1963 mit Chile ausgehandelt; die Unterzeichnung soll aber erst im Laufe der ersten Monate 1964 erfolgen⁸), eher als Wegbereiter dienen. Doch besteht hier Gefahr, dass von uns ähnliche Finanzleistungen zu erbringen wären, wie sie von Deutschland im Zusammenhang mit dem Abschluss von derartigen Abkommen in Aussicht gestellt werden.

Die Abklärung der Frage, ob ein Land bereit wäre, mit uns, auf Grund eines unsern Erfordernissen angepassten Textes, über den Abschluss eines Investitionsschutzabkommens zu verhandeln, muss deshalb, bei allem Interesse, möglichst diskret erfolgen⁹. Wir sind uns bewusst, dass angesichts der nationalistischen Tendenzen in verschiedenen Ländern Lateinamerikas der

4. Zur Frage der Investitionsschutzabkommen mit Lateinamerika vgl. Dok. 8, dodis.ch/31413 und Dok. 163, dodis.ch/31582.

5. Zur Bedeutung der Schweizerkolonie in Peru vgl. das Schreiben von H. Hess an P. Micheli vom 7. Dezember 1965, dodis.ch/31406.

6. Zu Kapitalinvestitionen der Schweiz in Lateinamerika vgl. z. B. die Gewährung eines Rahmenkredits mit Bundesgarantie für Ecuador, BR-Prot. Nr. 913 vom 6. Mai 1966, dodis.ch/31901.

7. Zum Investitionsschutzabkommen der USA mit Guatemala vom April 1964 vgl. Doss. E 7110(-) 1975/31 Bd. 167 (822).

8. Zum Investitionsförderungsabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit Chile vom 30. März 1964 vgl. Doss. E 7110(-) 1975/31 Bd. 106 (832).

9. Es wurden Investitionsschutzabkommen mit folgenden Ländern diskutiert: für Ecuador vgl. das Schreiben von E. H. Léchoy an G. Broquet vom 25. März 1966, dodis.ch/31900; für Chile vgl. die Notiz von E. H. Léchoy vom 9. Dezember 1966, dodis.ch/31798; für Guatemala vgl. das Schreiben E. H. Léchoy an J. Humbert vom 22. August 1966, dodis.ch/31909; für Kolumbien und Bolivien vgl. die Notiz V. Martin an O. Morand vom 20. April 1966, E 2001(E)1978/84 Bd. 546 (C.41.111).

Abschluss von Investitionsschutzabkommen auf besondere Schwierigkeiten stösst¹⁰, besonders weil dadurch ein Präzedenzfall geschaffen würde, auf den sich die USA berufen könnten. Ferner muss vermieden werden, dass ein schweizerischer Vorschlag zum Anlass genommen würde, um Kreditbegehren zu stellen. Die Sondierungen müssten vielmehr in dem Sinne begründet werden, dass dadurch das Investitionsklima verbessert und ein Anreiz für zusätzliche *Privat*investitionen schweizerischer Firmen geschaffen würde. Dabei wäre auf die Bedeutung hinzuweisen, die derartigen Investitionen in entwicklungspolitischer Sicht zukommt¹¹, da sie nicht nur Kapital, sondern auch ein Unternehmertum mit industriellem «know how» mit sich bringen sowie Beziehungen zu ausländischen Märkten. Die schweizerische Regierung könne jedoch die ausländische Investitionstätigkeit der Privatwirtschaft nicht lenken, sondern lediglich die Entwicklungsländer beraten, welche Voraussetzungen als Anreiz geschaffen werden müssen.

Im übrigen gilt es natürlich zu vermeiden, dass durch Vorschläge für Investitionsschutzklauseln der Abschluss eines Meistbegünstigungsabkommens vereitelt wird.

Um den Empfindlichkeiten der lateinamerikanischen Staaten sowie den besonderen Erfordernissen unserer Wirtschaftsbeziehungen mit diesen Ländern Rechnung zu tragen, haben wir einen formell von dem mit einer Reihe afrikanischer Entwicklungsländer abgeschlossenen Abkommenstypus abweichenden Standardtext aufgesetzt, den wir Ihnen hiermit zukommen lassen¹².

Schiedsgerichtbarkeit:

Auch hier besteht ein schweizerisches Interesse. Das EPD hat 8 Ländern Lateinamerikas (Argentinien, Bolivien, Chile, Costa Rica¹³, Guatemala, Mexiko, Peru, Venezuela) im Jahre 1959/60 einen schweizerischen Entwurf zu einem solchen Vertrag übergeben¹⁴. Die Reaktion darauf war unterschiedlich.

10. Für Länder, die kein Interesse an einem Investitionsschutzabkommen hatten, vgl. das Schreiben von R. Fässler an E. Stopper vom 4. Mai 1966, dodis.ch/31830.

11. Zur Handhabung der Exportrisikogarantie, vgl. Dok. 62, dodis.ch/31530, Anm. 5. Für den Versuch der Schweizerischen Industrie-Gesellschaft, für den Export von Sturmgewehren nach Chile eine Exportrisikogarantie zu erhalten, vgl. die Notiz von E. Stopper an H. Schaffner vom 20. Oktober 1965, dodis.ch/31800; die Notiz von R. Probst vom 16. November 1965, dodis.ch/31799, sowie das BR-Verhandlungsprot. der 9. Sitzung vom 8. Februar 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4: M. von Moos fait part de ses hésitations au sujet de la proposition du Département politique. La proposition relève que, jusqu'à présent, la livraison de matériel de guerre ne pouvait pas être mise au bénéfice de la garantie de risques à l'exportation. Adopter la proposition serait ouvrir la voie à une modification de la pratique. Vgl. ferner Doss. E 5001(G) 1979/56 Bd. 91 (793.31).

12. Accord entre la Confédération Suisse et ... relatif à la protection et à l'encouragement des investissements, Entwurf vom 4. März 1964, Doss. wie Anm. 1.

13. Zur Ratifizierung von Vergleichs-, Gerichts-, und Schiedsverträgen mit Costa Rica vgl. die Notiz von R. Bindschedler vom 23. September 1965, dodis.ch/32072 und den Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat vom 20. Juli 1966, dodis.ch/32073.

14. Zum Stand der Abschlüsse von Schieds- und Vergleichsverträgen mit lateinamerikanischen Staaten vgl. die Notiz von H. Zoelly an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements

3 Länder (Argentinien, Mexiko und Guatemala) lehnten den Vorschlag ab, mit einem (Chile) steht das EPD in Verhandlungen.

Drei Länder (Brasilien¹⁵, Ecuador¹⁶, Kolumbien¹⁷) sind bereits durch bestehende Vertragsklauseln mit uns gebunden, sechs Länder (Honduras, Kolumbien, Nicaragua, Panama, El Salvador, Uruguay) haben die obligatorische Gerichtsbarkeit des internationalen Gerichtshofes anerkannt.

Je nach Lage könnte eine Absichtserklärung in ein Handelsabkommen aufgenommen werden.

*Doppelbesteuerung*¹⁸:

Dieses Problem wird vom EPD gesondert behandelt.

Der Aufnahme einer Absichtserklärung würde nichts im Wege stehen.

Niederlassung:

Grundsätzlich besteht Interesse an einer vertraglichen Regelung. Die Aufnahme einer Absichtserklärung würde deshalb begrüsst.

Schutz von geistigem Eigentum:

Dieser Frage kommt in neuerer Zeit erhöhte Bedeutung zu. Einige Länder haben auf dem Gebiete der Patente Gesetze erlassen bzw. treiben eine Politik die den Interessen der schweizerischen Industrie zuwiderlaufen und namentlich der pharmazeutischen Branche (forschungsintensiv) grossen Schaden zufügen können¹⁹.

Der Schutz des geistigen Eigentums ist nur dann sinnvoll, wenn er möglichst überall (im Idealfall auf der ganzen Welt) gewährleistet ist. Der in diesem Sinne getroffenen Pariser-Übereinkunft zum Schutze des geistigen Eigentums von 1883²⁰ gehören nun aber von den lateinamerikanischen Staaten nur Brasilien, die Dominikanische Republik, Haiti, Kuba und Mexiko an²¹. Im ganzen übrigen Lateinamerika müssen die Erfindungspatente usw. in jedem Lande einzeln eingetragen werden, und es besteht keinerlei Garantie dafür, dass Ausländern das «traitement national» gewährt wird. (Obwohl unsererseits in solchen Fällen

vom 30. Januar 1964 sowie den undatierten Entwurf des *Traité de conciliation, de règlement judiciaire et d'arbitrage entre la Suisse et ...*, *Doss. wie Anm. 9*.

15. Notenaustausch zwischen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierung der Vereinigten Staaten von Brasilien betreffend die Besteuerung von Unternehmungen der Schiff- und Luftfahrt vom 22. Juni 1956, *AS, 1956, S. 1007-1009*.

16. Handelsabkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Ecuador vom 8. Oktober 1957, *AS, 1959, S. 186-190*.

17. Abkommen zwischen der Schweiz und Kolumbien betreffend den Warenverkehr vom 21. September 1954, ist nicht in Kraft getreten, vgl. K I(-) 1978.

18. Zu den Doppelbesteuerungsverhandlungen vgl. *Dok. 92, dodis.ch/31443 und Dok. 177, dodis.ch/31445*.

19. Zur Pharmaindustrie in Lateinamerika vgl. z. B. für Brasilien *Doss. E 7110(-) 1975/31 Bd. 163 (865.5) oder für Costa Rica Doss. E 7110(-) 1975/31 Bd. 166 (865.5)*.

20. Zur Ratifikation des Abkommens zum Schutze des gewerblichen Eigentums durch die Schweiz vgl. *DDS, Bd. 3, Dok. 258*.

21. Zum Schutz des geistigen Eigentums in lateinamerikanischen Staaten, vgl. die Notiz von C. Jagmetti vom 4. März 1964, *Doss. wie Anm. 9*.

das «traitement national» gemäss ständiger Praxis angewandt wird, herrscht in dieser Beziehung in der Regel keine Reziprozität.) In diesem Sinne wäre es zu begrüssen, wenn die Aufnahme eines Artikels (Beilage²²) mindestens aber einer Absichtserklärung möglich wäre. Hinsichtlich einer allfälligen weitergehenden Lösung dieses Problems schrieb das Amt für geistiges Eigentum am 11. 2. 64²³ u. a. was folgt:

«L'article 4 de la Convention d'Union de Paris institue le système dit de la priorité unioniste, en vertu duquel celui qui a fait le dépôt d'une demande de brevet d'invention, d'un dessin ou modèle industriel, d'une marque de fabrique ou de commerce dans l'un des pays de l'Union jouit, pour effectuer le dépôt dans les autres pays de l'Union, d'un droit de priorité pendant douze mois pour les brevets d'invention et pendant six mois pour les dessins et modèles industriels et pour les marques de fabrique. Il serait heureux qu'une telle institution existât également entre la Suisse et les Etats qui ne font point partie de l'Union de Paris. Le bénéfice de cette institution devrait cependant être réservé aux ressortissants et aux habitants des Etats contractants, ainsi qu'aux entreprises qui ont un établissement industriel ou commercial sur leur territoire.»

Sollten die Sondierungen ergeben, dass eine solche umfassende Lösung möglich wäre, bitten wir Sie, uns zu verständigen, damit das weitere Vorgehen geprüft werden kann.

Auch hier wäre zu vermeiden, dass durch entsprechende Vorschläge der Abschluss des Handelsabkommens verunmöglicht wird.

Technische Zusammenarbeit:

Der Dienst für technische Zusammenarbeit hat in einzelnen lateinamerikanischen Ländern Schwerpunkte errichtet²⁴. Er ist an sich nicht an der Aufnahme eines entsprechenden Artikels interessiert. Grundsätzlich hätte er aber gegen die Aufnahme einer Absichtserklärung bzw. weiterreichender vertraglicher Dispositionen nichts einzuwenden, wenn damit die Bereitschaft zur Unterzeichnung eines Handels- oder andern Abkommens günstig beeinflusst werden könnte.

Luftfahrt:

Es besteht ein grundsätzliches Interesse am Abschluss von Luftfahrtabkommen mit verschiedenen Staaten²⁵.

Je nach Lage wäre die Aufnahme einer Absichts-Erklärung willkommen.

22. Article concernant la propriété intellectuelle, *Entwurf vom 4. März 1964, Doss. wie Anm. 1.*

23. Schreiben von J. Voyame an P. Micheli vom 11. Februar 1964, *Doss. wie Anm. 9.*

24. Vgl. z. B. für die Entwicklungszusammenarbeit mit Peru, *Dok. 158, dodis.ch/31347.*

25. Es bestanden Luftfahrtsabkommen mit folgenden lateinamerikanischen Staaten: *Abkommen mit Argentinien vom 13. Januar 1950, AS, 1950, S. 563–566; mit Brasilien vom 27. August 1954, AS, 1954, S. 989–990 sowie vom 22. Juni 1956, AS, 1956, S. 1007–1009; mit Peru vom 23. November 1956, AS, 1959, S. 632–642; mit Uruguay vom 16. September 1960, BS Bd. 14, S. 650–652; mit Chile vom 5. Oktober 1960, AS, 1967, S. 241–248 und mit Panama vom 21. April 1964, AS, 1966, S. 716–724.*

Seeschifffahrt:

Grundsätzlich besteht ein Interesse an der Aufnahme eines diesbezüglichen Artikels (Beilage²⁶) in Abkommen mit Ländern Lateinamerikas die Meeranstoss haben²⁷.

II.

Dem eingangs erwähnten Standardtyp wurde der Abkommenstext Peru, der auch Ihrem den bolivianischen Behörden unterbreiteten Entwurf²⁸ entspricht, zu Grunde gelegt.

[...]²⁹

Zu gewissen Bedenken, hinsichtlich der Wahl des Zeitpunktes für die Fortführung der Verhandlungen, geben die politischen Verhältnisse in Bolivien Anlass³⁰. Es scheint nicht festzustehen, dass die gegenwärtigen Machthaber³¹ die Wahlen des nächsten Jahres gewinnen werden. Könnte die Führung der Verhandlungen mit der Regierung Paz-Extensoro nicht nachteilige Folge für uns haben, wenn die Opposition³² ans Ruder kommen sollte? Wir bitten Sie, bei der Vorbereitung Ihrer nächsten Schritte auch diesen Punkt zu berücksichtigen³³.

26. Article concernant la navigation maritime, *Entwurf vom 4. März 1964, Doss. wie Anm. 1.*

27. *Es bestanden Schifffahrtsabkommen mit Argentinien und Brasilien: Abkommen mit Argentinien vom 13. Januar 1950, AS, 1950, S. 563–566; Abkommen mit Brasilien vom 22. Juni 1956, AS, 1956, S. 1007–1009.*

28. *Accord commercial entre la Confédération suisse et la République de Bolivie, Entwurf vom 4. März 1964, Doss. wie Anm. 1.*

29. *Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31784.*

30. *Zu den Bedenken über die Fortführung der Verhandlungen vgl. das Schreiben von E. H. Lécho an H. Vogt vom 23. Dezember 1964, dodis.ch/31790, das Schreiben von H. Hess an E. Stopper vom 8. September 1965, dodis.ch/31793, sowie das Schreiben von H. Hess an P. Micheli vom 5. Mai 1966, Doss. wie Anm. 9.*

31. *Der Präsident V. Paz Estensoro mit seiner Partei Movimiento Nacionalista Revolucionario.*

32. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Vogt an J. Burckhardt vom 12. Januar 1965, dodis.ch/31792.*

33. *Zur Antwort auf dieses Schreiben vgl. das Schreiben von R. Fässler an E. Stopper vom 4. Mai 1966, dodis.ch/31830.*

dodis.ch/31057

*Der Militär- und Luftattaché in Wien,
Ch. Schaefer, an die Nachrichtensektion des Militärdepartements¹*

TÄTIGKEIT DER SÜDTIROLER²-TERRORISTEN

[Wien,] 11. März 1964

In einem vertraulichen Gespräch orientierte mich ein Chefbeamter des Innenministeriums (Gendarmerie-Oberstleutnant) über die durch den österreichischen Sicherheitsdienst bis heute festgestellte Tätigkeit der Südtiroler-Terroristen.

Nach den durch die Organe des österreichischen Sicherheitsdienstes gemachten Feststellungen ist nicht damit zu rechnen, dass die Veröffentlichung der Beschlüsse der Südtiroler-Kommission (Neunzehnerkommission³) und des Mailänder Prozesses⁴ genügen werden, um der Terrortätigkeit der Südtiroler Untergrundbewegung endgültig Einhalt zu gebieten. Es scheinen vielmehr Anhaltspunkte vorzuliegen, dass gerade das Urteil des Mailänder Prozesses Anlass zu neuen Sabotage- und Terrorakten geben könnte, die bereits heute auf lange Sicht vorbereitet sind.

Bei den zum Einsatz gelangenden Terroristen dürfte es sich um Angehörige einer Untergrundbewegung handeln, die ihre Zellen in Deutschland und Österreich hat. Die Spitzen der Organisation konnten bis jetzt jedoch nicht identifiziert werden. Festzustehen scheint nur, dass keine der bekannten patriotischen und politischen Organisationen die Bewegung direkt unterstützen und dafür verantwortlich gemacht werden können. Offenbar handelt es sich um nationalistisch inspirierte Fanatiker, die beiderseits der Grenze die Unzufriedenheit der Bevölkerung dokumentieren, das Vertrauen in die Behörden untergraben und die Beziehungen zwischen Italien und Österreich durch eine Verschärfung des Südtirolkonfliktes⁵ bewusst zu stören versuchen. Der gelenkte Terrorismus ist das Mittel, um die Angehörigen der Regierung einzuschüchtern und die Bevölkerung von der Ungerechtigkeit und den Schwächen der Behörden zu überzeugen. Das durch den Terror

1. *Militärbericht Nr. 9 (Kopie):* E 2001(E) 1978/84 Bd. 172 (B.75). *Diese Kopie ging an P. Micheli.*

2. *Zur Problematik des Südtirols vgl. die Notiz Voyage à Vienne avec M. A. Janner 20–21 octobre 1966 von P. Micheli vom 24. Oktober 1966, dodis.ch/31108. Vgl. ferner Doss. E 2200.53(-) 1977/144 Bd. 3 (B.6.e).*

3. *Vgl. dazu das Schreiben von A. Escher an P. Micheli vom 14. Mai 1964, E 2300(-) 1000/716 Bd. 527 (188).*

4. *Vgl. dazu das Schreiben von Ph. Zutter an P. Micheli vom 18. Dezember 1963, E 2300(-) 1000/716 Bd. 412 (147).*

5. *Vgl. dazu das Schreiben von A. Hurni an P. Micheli vom 10. September 1964, dodis.ch/31259.*

erzwungene so oder so «ungerechte» Vorgehen der Wiener- und Römer-Behörden soll die Terroristen zu lokalen Freiheitshelden stempeln und die Masse zum Aufruhr bewegen.

Das österreichische Innenministerium hat Grund zu befürchten, dass die Angehörigen dieser Untergrundbewegung eine richtige Partisanenschulung erfahren haben, über Waffen, Munition und Lebensmittel verfügen und dadurch befähigt sind, in vollständig isolierten und selbständig operierenden Gruppen, ohne jegliche verräterische Verbindung zur Zentrale, ihre Tätigkeit auszuüben. Nach den kürzlich in Graz erfolgten Festnahmen zu schliessen, scheint sich das Operationsgebiet der Terroristen nicht nur auf das Land Tirol und die Brenner-Achse zu beschränken. Die in Graz festgenommene Gruppe sollte von dort aus über die Grenze und von Süden her nach Südtirol gelangen.

Es wäre deshalb gar nicht ausgeschlossen, dass in Zukunft auch schweizerisches Hoheitsgebiet zur Durchfahrt oder als Ausgangspunkt von deutschen oder österreichischen Terroristen benützt würde⁶. Somit dürfte es ratsam sein, dass auch die schweizerischen Grenz- und Sicherheitsorgane speziell im Osten des Landes zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Urteils im Mailänder Prozess und der Beschlüsse der Neunzehnerkommission auf allfällige legale oder illegale Grenzübertritte der Südtiroler Terroristen ein wachsames Auge haben.

Der österreichische Sicherheitsdienst hat einen umfassenden Plan für das Vorgehen auf österreichischem Hoheitsgebiet vorbereitet, und der mir bekannte Polizeibeamte scheint im Bedarfsfall mit der Ausführung dieses Planes beauftragt zu sein. Es steht fest, dass die österreichische Regierung gewillt ist, mit allen Mitteln der Tätigkeit der Untergrundbewegung entgegenzutreten. Ungeachtet der Herkunft der Urheber wird rücksichtslos alles daran gesetzt werden, um die Geheimzellen der Organisation aufzudecken. Das Unangenehmste für den österreichischen Sicherheitsdienst wäre dabei, wenn sich herausstellen sollte, dass die Bewegung von der eigenen Armee oder von Angehörigen der Exekutive unterstützt würde.

Diese Angaben wurden mir offensichtlich in der Absicht gemacht, weil man befürchtet, die Untergrundbewegung könnte sich auch auf die Schweiz ausdehnen, ohne dass die schweizerischen Behörden Gegenmassnahmen getroffen haben.

6. Vgl. dazu das Rundschreiben von A. Amstein an die Polizeikommandanten der Kantone vom 25. März 1964, dodis.ch/31256; das BR-Prot. Nr. 936 vom 15. Mai 1964, dodis.ch/31257; das Schreiben von A. Hurni an P. Micheli vom 10. September 1964, dodis.ch/31259 und die Notiz Georg Klotz von R. Probst vom 15. September 1964, dodis.ch/31258.

21

dodis.ch/31540

*Notiz des Chefs der Sektion Ost, A. Janner,
zuhanden der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates¹*

Bern, 25. März 1964

Welches ist der Stand unserer Beziehungen mit Ungarn, der Tschechoslowakei und Rumänien?

a) *Ungarn*

Die Beziehungen haben sich 1963 weitgehend normalisiert. Sie können zur Zeit als korrekt bezeichnet werden, wobei die ungarischen Behörden offensichtlich Wert darauf legen, ein gutes Klima zu schaffen. Dieser Trend hängt auch mit der allgemein vom Osten praktizierten Entspannungspolitik zusammen, wobei in Ungarn auch innenpolitisch die relativ grössten Fortschritte unter den Satellitenländern festgestellt werden konnten.

Am spürbarsten war die Lockerung auf dem Visasektor. Die Eidgenössische Fremdenpolizei erteilte 8586 Einreisewilligungen nach der Schweiz (fast dreimal mehr als für das bisher führende Polen). Die Ungarn fürchten sich nicht mehr, einen Pass zu beantragen, und selbst zurückgebliebene Angehörige von Flüchtlingen in der Schweiz erhalten einen solchen, nicht zuletzt deshalb, weil das Regime – nicht ganz zu unrecht – damit rechnet, dass die Flüchtlinge mit der Zeit den Weg zurückfinden. Irgendwelche Schwierigkeiten bei diesem Reiseverkehr, der auch in der Gegenrichtung zunahm, haben sich nicht ergeben.

Das wichtigste Positivum bildet aber die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die schweizerischen Liegenschaften in Ungarn². Wir verweisen diesbezüglich auf die Antwort auf die Notiz der Sektion Ost ad B II 1³.

1. *Notiz (Kopie):* E 2001(E) 1980/83 Bd. 572 (B.15.21). *J. Wilhelm rapportierte den Bericht vor der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats am 27. April 1964. Vgl. das Protokoll der Verhandlungen der Geschäftsprüfungskommission in Locarno vom 27. und 28. April 1964, E 1050.7(A) 1995/503 Bd. 4, S. 28 f.*

2. *Zu den Verhandlungen zwischen der Schweiz und Ungarn zu den noch offenen vermögensrechtlichen Fragen vgl. DDS, Bd. 18, Dok. 32, dodis.ch/8539 und DDS, Bd. 20, Dok. 17, dodis.ch/11154; das Protokoll betreffend schweizerischer Vermögenswerte in Ungarn: Nationalisierungsentschädigungen vom 29. Juni 1955, KI(-) 1561; das Protokoll von M. M. Jeanrenaud vom 9. August 1960, dodis.ch/16632; die Notiz von J.-J. Indermühle an H. Zoelly vom 6. März 1962, dodis.ch/30523; den Bundesbeschluss über die in der Schweiz befindlichen Vermögen rassistisch, religiös oder politisch verfolgter Ausländer oder Staatenlosen vom 20. Dezember 1962, AS, 1963, S. 423–432; das BR-Prot. Nr. 1367 vom 16. Juli 1963, dodis.ch/30528; die Notiz von A. Glesti vom 30. September 1964, dodis.ch/31675; die Notiz von H. Zoelly vom 30. Oktober 1964, dodis.ch/31678; das BR-Prot. Nr. 1453 vom 27. August 1965, dodis.ch/31681; das Schreiben von A. Weinauer an W. Fuchss vom 29. November 1965, dodis.ch/31639; das BR-Prot. Nr. 2260 vom 28. Dezember 1965, dodis.ch/31682; die Notiz von A. Janner vom 15. Februar 1966, dodis.ch/31690 sowie die Notiz von A. Janner vom 29. August 1966, dodis.ch/31686. Siehe auch Dok. 174, dodis.ch/31632. Vgl. zu dieser Frage und zu den Beziehungen zu Ungarn allgemein auch Dok. 166, dodis.ch/30805 und Dok. 174, dodis.ch/31632.*

3. *Vgl. dazu das Protokoll der Verhandlungen der Geschäftsprüfungskommission in Locarno*

b) *Tschechoslowakei*

Auch mit der Tschechoslowakei hat sich das bilaterale Klima etwas gebessert, wenn auch nur zögernd. Immerhin scheint die Agententätigkeit⁴ (wenigstens vorderhand) aufgehört zu haben; es wurden auch keine Schweizerbürger mehr verhaftet⁵ und ausser einem wegen einem nachgewiesenen gemeinen Mord vor Jahren verurteilten Schweizer befinden sich keine Landsleute mehr in tschechischen Gefängnissen.

Es gelang uns auch, die 1958 unterbrochenen Verhandlungen⁶ über nationalisierte schweizerische Liegenschaften wieder zur Diskussion zu stellen⁷. Zu einem Ergebnis kam es allerdings nicht, immerhin auch nicht zu einem Abbruch der Besprechungen. Wir verweisen im übrigen auf die Notiz⁸ der Sektion Ost ad B II 1.

c) *Rumänien*

Über die Beziehungen mit Rumänien gibt es wenig zu berichten. Sie entsprechen seit Jahren dem Normalstand mit Oststaaten. Rein schweizerische Interessen sind zur Zeit weder gefährdet noch verletzt. Indessen verdient folgende Situation erwähnt zu sein:

Rumänien ist der einzige der von uns anerkannten kommunistischen Staaten, der gebürtigen Schweizerbürgern bzw. -bürgerinnen, die neben ihrer ursprünglichen oder wiedererworbenen schweizerischen Staatsangehörigkeit noch die rumänische besitzen, immer wieder Ausreiseschwierigkeiten bereitet. Da die Betroffenen auch Rumänen sind (meist durch Heirat), ist Bukarest rein völkerrechtlich nicht verpflichtet, sie ausreisen zu lassen. Menschlich handelt es sich aber um die Anwendung stalinistischer Methoden, wobei die Furcht mitspielt, die Leute könnten im Westen «auspacken». Neben solchen Doppelbürgern gibt es noch ausschliesslich rumänische Staatsangehörige, die zu ihren nächsten Blutsverwandten (Kinder, Geschwister) schweizerischer Nationalität in der Schweiz ziehen möchten und die ebenfalls daran gehindert werden. Nur mit grösster Mühe gelingt es selten, hier Erfolge zu erzielen. Es

vom 27. und 28. April 1964, E 1050.7(A) 1995/503 Bd. 4 (1), S. 28.

4. Zu den verschiedenen Spionageaffären vgl. die Notiz von A. Janner vom 20. September 1961, dodis.ch/30338; die Notiz von A. Janner vom 29. März 1962, dodis.ch/30339; die Notiz von A. Janner vom 1. Juni 1962, dodis.ch/30340; das BR-Prot. Nr. 1699 vom 28. September 1962, dodis.ch/30379 und die Notiz von A. Janner vom 12. November 1962, dodis.ch/30380.

5. Zur Inhaftierung von Schweizerbürgern in der Tschechoslowakei vgl. die Notiz von A. Janner vom 29. März 1962, dodis.ch/30339; die Notiz von A. Janner vom 12. November 1962, dodis.ch/30380 und das Schreiben von A. Parodi an P. Micheli vom 26. November 1962, dodis.ch/30385.

6. Vgl. dazu Doss. E 2001(E) 1970/216 Bd. 1774 (B.34.66.1.0) und E 2001(E) 1972/33 Bd. 246 (B.34.66.1.0).

7. Zur Wiederaufnahme der Nationalisierungsverhandlungen mit der Tschechoslowakei vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 143, dodis.ch/30396, Anm. 6; die Notiz von A. Janner vom 17. Dezember 1963, dodis.ch/30443; die Notiz von A. Janner vom 10. November 1964, dodis.ch/31452 und das Schreiben von A. Parodi an P. Micheli vom 3. Dezember 1964, dodis.ch/31462. Vgl. auch Dok. 179, dodis.ch/31451.

8. Nicht ermittelt. Zu den Nationalisierungsverhandlungen mit der Tschechoslowakei vgl. Anm. 7.

war diese Situation mit Rumänien, die den damaligen Nationalrat Louis Guisan am 20. Juni 1963 zu einer Interpellation⁹ veranlasste (8807). In der Folge geruhten die rumänischen Behörden zwei Rumänen (Ehemann¹⁰ bzw. Bruder¹¹) sowie eine Doppelbürgerin¹² zu ihren schweizerischen Verwandten ausreisen zu lassen, sodass die Interpellation zurückgezogen werden konnte. Die Lage ist deshalb heikel, weil es sich im günstigsten Fall um Doppelbürger handelt und, wie gesagt, das Völkerrecht keine Handhabe bietet, wohl aber humanitäre Erwägungen den Ausschlag geben sollten.

9. Vgl. dazu Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 131 (B.35.51).

10. M. M. Popescu-Borel. Vgl. dazu die Notiz von F. T. Wahlen vom 4. Februar 1963, dodis.ch/30521.

11. E.-L. Joan. Vgl. Anm. 10.

12. E. Marian-Polli. Vgl. Anm. 10.

22

dodis.ch/31346

Notiz des Bundespräsidenten, L. von Moos¹

Bern, 3. April 1964

Anlässlich seines heutigen Abschiedsbesuches erklärt der *Botschafter von Algerien, Herr D. Bentami*, er möchte die Gelegenheit benützen, um auf die Bedeutung des Problems der *Beschäftigung algerischer Arbeiter in der Schweiz²* aufmerksam zu machen. Leider sei es nicht gelungen, diesbezüglich zu einer Vereinbarung zu gelangen. Er habe volles Verständnis für unsere Situation, insbesondere im Rahmen unserer gegenwärtigen Massnahmen zur Dämpfung der Überkonjunktur. Unglücklicherweise seien aber ohne sein Wissen unter den algerischen Arbeitern und bei den Behörden gewisse Hoffnungen geweckt worden, so als ob nächstens einige tausend algerische Arbeiter in die Schweiz einreisen könnten. Besonders in der Westschweiz, Lausanne und Genf, hätten einige Bauunternehmer sich nach dieser Richtung eingesetzt. Nun sei in Algerien eine gewisse Enttäuschung eingetreten. Man könnte ihr nach Auffassung von Herrn Botschafter Bentami begegnen, wenn man wenigstens einige hundert algerische Arbeiter in die Schweiz kommen liesse.

Auf meine Frage, ob es sich nur um Arbeitskräfte für das Baugewerbe handeln würde, führt Botschafter Bentami aus, es wären auch solche für die Landwirtschaft. Hingegen wäre es bei der Vermittlung von Arbeitskräften aus Algerien für die schweizerische Landwirtschaft angezeigt, wenn eine schwei-

1. Notiz: E 7175(B) 1978/57 Bd. 21 (25.50). Kopie an das Volkswirtschaftsdepartement und an die Fremdenpolizei des Justiz- und Polizeidepartements.

2. Vgl. die Note concernant la main-d'œuvre algérienne vom 31. Januar 1964, dodis.ch/31937 und das Schreiben von M. Holzer an P. Micheli vom 25. Februar 1964, dodis.ch/31938.

zerische Organisation mit einer Organisation in Algerien hierüber verhandeln würde und wenn eine schweizerische Delegation in Algerien mit den in Frage stehenden Arbeitskräften Kontakt aufnehmen könnte. Auch wenn diese Frage nicht sofort gelöst werden könne, so möchte er doch die Hoffnung ausdrücken, dass man die Türe nicht einfach schliesse, sondern für die Zukunft doch noch Möglichkeiten offen lasse.

Ich weise demgegenüber erneut auf unsere Bemühungen hin, die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in der Schweiz nicht ansteigen zu lassen, sondern im Gegenteil zu vermindern³, versprach aber Herrn Botschafter Bentami, seine Wünsche weiter zu leiten.

3. Vgl. das BR-Prot. Nr. 406 vom 21. Februar 1964, dodis.ch/31939 und das BR-Prot. Nr. 561 vom 13. März 1964, dodis.ch/31940.

23

dodis.ch/31746

Notice pour le Chef du Département politique, F. T. Wahlen¹

Berne, 13 avril 1964

M. Probst est rentré d'Egypte². Les pourparlers dans l'affaire Schmidheiny³ se sont déroulés de façon satisfaisante. M. Kayssuni, qui se trouvait au Caire, a pris l'affaire en mains et a été coopératif. L'accord⁴ ci-joint a été signé. Cela est de bon augure pour la dernière phase de nos négociations⁵. Pour battre le

1. Notice: E 2806(-) 1971/57 vol. 9 (17-82). Rédigée et signée par P. Micheli. Visée par F. T. Wahlen.

2. Sur le voyage de R. Probst en Egypte, cf. le PVCF N° 946 du 15 mai 1964, dodis.ch/31761, pp. 2 s.

3. Sur les négociations entre Schmidheiny et l'Egypte, cf. DDS, vol. 22, doc. 188, dodis.ch/30486, en particulier note 6; le PVCF N° 762 du 14 avril 1964, dodis.ch/31760 et le PVCF N° 946 du 15 mai 1964, dodis.ch/31761.

4. Cf. le Protocol of Understanding du 12 avril 1964, dodis.ch/31759.

5. Sur les négociations pour un accord avec l'Egypte concernant l'indemnisation des intérêts suisses, cf. note 3; DDS, vol. 22, doc. 76, dodis.ch/30465 et doc. 173, dodis.ch/30484; le procès-verbal de la Commission des Affaires étrangères du Conseil des Etats du 21 mai 1964, E 2004(B) 1972/120 vol. 1 (a.123.2.(2)), p. 5 et doss. E 2200.39(-) 1982/134 vol. 12-13 (J.09.0). Sur l'offre de contribuer à l'action de l'UNESCO pour sauver les monuments nubiens, cf. le PVCF N° 457 du 28 février 1964, dodis.ch/ 31751. Sur la question d'une action éventuelle contre K. Hassan, cf. la lettre de P. Cuénoud au Service de police du Ministère public du 22 mai 1964, dodis.ch/31752. Sur la conclusion de l'accord, cf. l'Accord du 20 juin 1964 entre la Confédération suisse et la République arabe unie concernant l'indemnisation des intérêts suisses, RO, 1965, pp. 501-518 et doss. E 2200.39(-) 1988/123 vol. 10 (461.40) et vol. 11 (461.41). Sur l'exécution de l'accord, cf. le PVCF délibératif de la 70^{ème} séance du 9 octobre 1964, E 1003(-) 1994/26 vol. 3, p. 2; doss. E 2001(E), 1978/84 vol. 652-653 (B.34.66) et E 2200.39(-) 1982/134 vol. 14 (J.10.0) et

fer pendant qu'il est chaud, il y aurait peut-être lieu de les hâter. M. Bühler et M. Probst envisagent donc de retourner au Caire à la fin de cette semaine afin de régler la question de la garantie de change⁶. Ensuite, les autres points⁷ ne devraient plus offrir de difficultés.

Le mérite du règlement de cette affaire difficile revient à M. Probst qui a agi avec beaucoup d'intelligence et de ténacité⁸.

vol. 15 (J.10.1). *Sur l'inventaire des intérêts suisses concernés par les mesures de nationalisation égyptienne, cf. doss. E 2001(E) 1978/84 vol. 633 (B.34.66).*

6. *Sur la question de la garantie de change, cf. le PVCF N° 762 du 14 avril 1964, dodis.ch/31760 et le PVCF N° 946 du 15 mai 1964, dodis.ch/31761.*

7. *Cf. ibd. Les questions déjà réglées sont les suivantes: la valeur des biens nationalisés, le système du transfert, la fixation du montant de l'indemnisation à prendre en considération pour le transfert, les biens séquestrés.*

8. *Sur les nationalisations en Tunisie et dans les autres pays du Maghreb, cf. doc. 26, dodis.ch/31967, en particulier note 4.*

24

dodis.ch/31351

Der Berater des ruandischen Präsidenten, H. K. Frey, an den Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, G. C. Senn¹

Kigali, 19. April 1964

Ihre fünf Briefe vom 3., 7., 9. und 11. April sind gut eingetroffen². Haben Sie vielen herzlichen Dank für die Offenheit Ihrer Darlegungen, für die überaus wertvollen Hinweise und Ratschläge!

Ich schicke Ihnen die (leider schlechte) Fotokopie der Notiz³, die ich am 9. April dem Präsidenten⁴ überreicht habe. Nachdem ich eingesehen hatte, dass der Präsident darauf spekuliert, es werde schon Gras über alles⁵ wachsen, und sich falsche Vorstellung über die Situation in Europa macht, entschloss ich mich zu dieser Handlung, damit der Präsident die Haltung seines Beraters einmal schwarz auf weiss besitzt. Seine Reaktion war erstaunlich: Zuerst beglückwünschte er mich, ihn schonungslos orientiert zu haben. Doch dann versuchte er in einem zweistündigen Ringen die Sache zu verharmlosen. Dass der Aussenminister⁶ unfähig ist, bestritt er nicht, doch was läge denn gegen den Justizminister⁷ vor? Ich sagte, ich sei noch nicht

1. *Schreiben (Kopie): E 2005(A) 1978/137 Bd. 298 (t.441.1). Kopie an A. R. Lindt.*

2. *Alle 5 Schreiben nicht ermittelt.*

3. *Nicht ermittelt.*

4. *G. Kayibanda.*

5. *Zu den Massakern in Ruanda im Dezember 1963 und Januar 1964 vgl. Dok. 89, dodis.ch/31353, Anm. 7.*

6. *L. Mpakaniye.*

7. *C. Habamenshi.*

in Nyanza gewesen, daher könne ich ihm nicht mit einer Liste von Sünden dieses Ministers aufwarten. Aber die Verfehlungen kämen mir täglich zu Ohren, und übrigens: «je n'ai pas de confiance en cet homme». Ich fragte ihn dann, mir ganz offen zu sagen, ob diese drei Männer für ihn innenpolitisch unerlässlich seien. Mit einer Handbewegung wisch er dies zur Seite. «Je n'ai pas besoin d'eux, mais j'aime leurs jugements indépendants; je veux des Ministres qui me disent ce qu'ils pensent.» Seine Schlussbemerkung: Wenn das alles stimme, was ich sage, dann sei damit doch gerade der Beweis für die Notwendigkeit der Technical Assistance erbracht. Das kann man nun wohl nicht bestreiten. Aber ich habe ihm mit aller Krassheit vor Augen geführt, dass *unser* Beitrag von der Unterstützung unseres Volkes abhängt, das kein Geld für einen Staat geben wird, der die Spielregeln, wie sie nun einmal für einen zivilisierten Staat gelten, nicht einhalten will⁸. Man müsse sich entscheiden, was man wolle: ein moderner Staat zu werden oder eine afrikanische Stammesgemeinschaft zu bleiben.

Seither habe ich den Präsidenten nicht mehr gesehen, da ich für einige Tage in Kampala und Bujumbura war. Gestern kam ich neben den Präsidenten der Nationalversammlung Makusa zu sitzen. Links von mir war der Garde Nationale-Minister⁹ und neben Makusa sass der Aussenminister. Man sprach mich auf Vuillemin¹⁰ an. Das war das willkommene Stichwort. Ich verabreichte ihnen schwere Kost: während einer Viertelstunde sprach keiner von ihnen ein Wort. Am gleichen Abend klopft es plötzlich an meiner Tür. Makusa setzt sich hin und bleibt über zwei Stunden. Dies ist neben dem Präsidenten ohne Zweifel der bedeutendste Mann. Verheiratet mit einer Tutzi und der Typ der starken Persönlichkeit ausstrahlenden Hutu ist er auch rangmässig der zweite Mann im Staat. Wir haben sehr offen gesprochen. Ich gab ihm meine Notiz¹¹ zum Lesen. Das Fazit ist aber nicht ermutigend: Auch Makusa ist im Hass gegen die Tutzi befangen und sagt, wir könnten das nicht verstehen. Die Spielregeln von denen ich spräche, seien in gewissen Ausnahmeziten schwer anwendbar. Im übrigen seien eine Reihe von Bourgmestres¹² bereits hinter Schloss und Riegel. Die Untersuchung werde durchgeführt, aber oberstes Gebot müsse bleiben, dass das Vertrauen des Volkes in seinen Präsidenten nicht erschüttert werde. Und dies sei bei der merkwürdigen Haltung der Hutus eine viel komplexere

8. Zu den Auswirkungen der Massaker auf die Entwicklungszusammenarbeit und den Abschluss eines Handels- und Investitionsschutzabkommens mit Ruanda vgl. die Notiz von A. Geiser vom 20. Januar 1964, dodis.ch/31385; das Protokoll von O. Hafner vom 10. Februar 1964, dodis.ch/31356 sowie das Schreiben von A. R. Lindt an J. S. Javet vom 13. Februar 1964, dodis.ch/31358. Zu den Auswirkungen der Unruhen vom November 1966 auf die Entwicklungszusammenarbeit vgl. Dok. 178, dodis.ch/31359. Generell zur Frage der Weiterführung der Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern, die durch Unruhen destabilisiert werden vgl. das BR.-Prot. Nr. 1817 vom 26. Oktober 1965, dodis.ch/31740.

9. C. Mulindahabi.

10. Zur «Affaire Vuillemin» vgl. das Schreiben von A. R. Lindt an J. S. Javet vom 13. Februar 1964, dodis.ch/31358; die Notiz an F. T. Wahlen von 1964, dodis.ch/31357 sowie das Schreiben von H. K. Frey an G. C. Senn vom 17. März 1964, dodis.ch/31354.

11. Vgl. Anm. 3.

12. Bürgermeister.

Sache, als wir Europäer uns das vorstellten. Auch er war skeptisch gegenüber dem Aussenminister. Den Justizminister mag er nicht, doch sind da vielleicht auch persönliche Gründe, weil er – wie Sie wissen – vorher dieses Amt hatte. Und unser Vorschlag, die Garde unter den Präsidenten zu stellen, fand er nicht ungefährlich. Er meinte, der Minister sollte ein Offizier sein, warum nicht überhaupt der Commandant? Die Idee des Generalsekretärs lehnte er nicht ab. Wir vereinbarten, in engem Kontakt zu bleiben, und ich werde dies, ohne es gegenüber dem Präsidenten zu cachieren, auch tun.

Nun muss ich sagen, dass in einem Gemeinwesen wie dem hiesigen Erfolge in unserm Sinn sich nur langsam einstellen. Man muss hartnäckig sein und immer wieder den Rechtsstandpunkt mit aller Schärfe verteidigen. Aber man darf auch nicht das Spiel des Gegners spielen. Und dieser ist skrupellos, verschlagen und gemein. Ich weiss nicht, ob Ihnen Herr Lindt von dem Pamphlet¹³ gesprochen hat, das zwei Inyenzys, Dom Bosco Kayonga und Michel Kayihura, durch einen schweizerischen Mittelsmann¹⁴ an den Bundespräsidenten¹⁵ geschickt haben. Dass ein Verbrecher wie Kayihura¹⁶, der schwere Mordtaten organisiert hat und von einem belgischen Gericht zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, sich das Vertrauen des Vatikans erringen kann und in der Welt herumreist, um für die armen Tutzis zu weibeln, stimmt die Leute hier natürlich nicht zur Milde. Man muss unbedingt die grosse Sorge in Rechnung stellen, die dieses von Flüchtlingen umzingelte Land bedrückt. Offengestanden habe ich mich selber mit einer Maschinenpistole bewaffnet, was doch eine groteske Sache ist.

Der Aufruf an die Flüchtlinge ist ernst gemeint¹⁷. Kayibanda und Makusa halten am Ziel der Integration fest. Sie sind überzeugt, dass die grosse Masse brav und harmlos ist. Eine allmähliche Rückkehr guter Elemente wäre zu wünschen. Aber das IKRK müsste eine Art Schiedsrichterrolle behalten. Das Ganze scheint im Moment illusorisch, da die wirtschaftlichen Voraussetzungen gar nicht gegeben sind.

Nun Ihre konkreten Anfragen:

1. Ich gehe am 28./29. April nach Nyanza, um mit allen wichtigen Leuten zu sprechen und in die Enquete Gikongoro und Shangugu¹⁸ Einblick zu nehmen.

2. Habamenshi ist der Name des Justizministers. Der Procureur, ein Tutzi, wird als anständiger Mann beschrieben.

13. E 4001(D) 1973/125 Bd. 53 (006.66). Vgl. ferner das Schreiben von H. K. Frey an F. Schnyder vom 19. April 1964, E 2005(A) 1978/137 Bd. 298 (t.441.1): In diesem Pamphlet werden die Schweizer in Ruanda für die Massaker verantwortlich gemacht und insbesondere haltlose Angriffe an Erzbischoff Perraudin, mich [H. K. Frey] und an die Trafipro-Leute gerichtet. Ich wurde persönlich bedroht.

14. E. Spescha-Montibert.

15. L. von Moos.

16. M. Kayihura.

17. Vgl. dazu Adresse du Président Kayibanda. Aux Rwandais Emigrés ou Réfugiés à l'Etranger vom 11. März 1964, E 2200.185 1983/6 Bd. 1 (J.10.2). Zu den Hintergründen des Flüchtlingsproblems vgl. Dok. 89, dodis.ch/31353, Anm. 8.

18. Vgl. dazu Dok. 89, dodis.ch/31353, Anm. 8.

3. Ein eingehender Brief an den Präsidenten mit Ihren Hauptanliegen wäre sehr gut. Tun Sie es bald.

4. Die beiden Fälle werde ich untersuchen. Verschiedene Leute, die als tot gelten, tauchen nun in den Prozessen der «Cour militaire» wieder auf. Bis jetzt sind 26 + 8 Leute zum Tode verurteilt. Der Präsident will die Gnadengesuche erst prüfen, wenn alle Prozesse durch sind. Der zweite Fall, den Sie schildern, könnte sehr wohl komplett erfunden sein. Die Tutzis sind hierin Meister. Man darf ihnen nichts glauben. Aber ich werde das Nötige tun.

5. Die Zusammenführung der Familien ist eine dringende Sache. Dies kann aber nur von Ihnen gemacht werden. Es ist so ungeheuer viel Lüge, Hass und Misstrauen als Sand im Getriebe, dass ein Aussenstehender schwer zu Erfolgen kommt. Ein Lichtblick ist die Sûreté. Von Tulpin geschult und geleitet ist der Chef ausgezeichnet. Letzthin kam eine Anfrage aus Bujumbura, die kranke Mutter eines UN-Angestellten hinauszulassen. Das Ganze war in einer Minute erledigt. Man will mir keine Inzenzy-Agenten ziehen lassen. Die von der «Cour militaire» Freigesprochenen meldeten sich unverzüglich bei Rukeba¹⁹, der eine Siegesfeier für sie veranstaltete. Solche Dinge schaffen natürlich böses Blut.

6. Das sogenannte «Livre blanc»²⁰ habe ich nicht zur Hand, will es auch gar nicht mehr sehen. Die Hauptschuld trifft den Aussenminister und seine unfähigen Mitarbeiter, worunter ein Belgier. Dass der Präsident sein übles Machwerk vom 28. Januar publiziert hat, werde ich ihm nie vergessen. Er hat damit in einem entscheidenden Moment gegen meinen Rat gehandelt. Ich lasse ihn das spüren, wo es nötig ist.

Die Politik des Hochkommissars²¹ ist beunruhigend. Ich schicke Ihnen ganz vertraulich die Kopie meines heutigen Schreibens an ihn. Es tut mir leid es zu sagen: Jamieson trotz seiner schottischen Biedermeier-Art zaubert ein gänzlich falsches Bild der Lage an die Wand: Die grosse Masse der Flüchtlinge arbeitet nicht, sondern politisiert und hetzt²². Natürlich bekommt man in Genf und vor allem in New York eine bessere Note, wenn man sagen kann: wir haben mit den Terroristen nichts zu tun. Aber man geht der Frage aus dem Wege, *wer* Flüchtling und *wer* Terrorist ist, und dies mit der Ausrede, der HCR dürfe sich nicht in Politik mischen. Diese These wird aber logisch sinnlos, wenn man sich nicht mehr getraut, zwischen weissen und schwarzen Schafen zu wählen. Damit verdreht sich die Unparteilichkeit in ihr Gegenteil, gleichsam gegen den eigenen Willen.

Wann kommen Sie wieder her und von was hängt das ab? Hoffentlich schiebt sich dies nicht zu lange hinaus, weil man das Eisen schmieden muss, wenn es heisst ist.

19. F. Rukeba.

20. Vgl. dazu auch das Schreiben von H. K. Frey an G. C. Senn vom 17. März 1964, dodis.ch/31354 sowie den Bericht von H. K. Frey vom Juni 1964, dodis.ch/31361.

21. T. Jamieson.

22. Vgl. dazu auch das Schreiben von H. K. Frey an G. C. Senn vom 17. März 1964, dodis.ch/31354.

25

dodis.ch/31601

*Le Chef du Département politique, F. T. Wahlen,
au Président du Comité international de la Croix-Rouge, L. Boissier¹*

Berne, 28 avril 1964

Dans ma réponse à votre lettre du 3 avril², il y a un point que je n'ai pas abordé mais que je tiendrais néanmoins à clarifier. Il s'agit des relations entre le Comité international de la Croix-Rouge (CICR) et le Département politique fédéral. Le 30 décembre, vous avez entrepris une démarche³ auprès de moi pour que je renonce à envoyer M. le ministre Jakob Burckhardt au Yémen⁴. Vous avez fait valoir que son voyage pourrait être interprété comme une ingérence du Département politique dans les affaires du CICR. L'indépendance du CICR – m'avez-vous dit – est son bien le plus précieux et il est prêt à tous les sacrifices pour le sauvegarder. Vous m'avez enfin laissé entendre que le CICR n'aurait dorénavant plus recours à l'aide financière de la Confédération pour son action au Yémen⁵.

Je me suis efforcé de vous démontrer que personne autant que moi ne souhaite l'indépendance du CICR. Je la considère comme essentielle pour que l'organisation que vous présidez puisse remplir sa tâche humanitaire. Jamais le Département politique n'a cherché ni ne cherchera, de quelque manière que ce soit, à porter atteinte à cette indépendance. Nous n'aurions aucun intérêt à vouloir mettre le CICR sous tutelle. La seule chose qui nous importe est que son activité soit aussi efficace que possible. Cette conception est également celle du Conseil fédéral, ainsi qu'il l'a démontré à maintes reprises.

Je suppose que je puis déduire de votre demande du 3 avril⁶ que vous avez reconnu dans quel esprit le Département politique s'efforce toujours d'apporter son aide au CICR.

1. Lettre (copie): E 2806(-) 1971/57 vol. 4 (12-5). Rédigée par P. Micheli.

2. Cf. la lettre de L. Boissier à F. T. Wahlen du 3 avril 1964 et la lettre de F. T. Wahlen à L. Boissier du 28 avril 1964, E 2003(A) 1978/29 vol. 207 (o.258.32).

3. Cf. la notice de P. Micheli à J. Burckhardt du 30 décembre 1963, dodis.ch/31602.

4. Sur le conflit entre le Département politique et le CICR concernant l'action du CICR au Yémen, cf. la notice de P. Micheli à J. Burckhardt du 30 décembre 1963, dodis.ch/31602; la notice de J. Burckhardt du 28 février 1964, dodis.ch/31745 et la lettre de F. T. Wahlen à L. Boissier du 4 septembre 1964, dodis.ch/31610.

5. Sur la contribution financière de la Confédération à l'action du CICR au Yémen, cf. doc. 36, dodis.ch/31742; la notice de J. Burckhardt du 12 mars 1964, dodis.ch/31747; la notice de F. T. Wahlen du 10 septembre 1964, dodis.ch/31604; la notice de D. Werner du 25 janvier 1965, dodis.ch/31748; la notice de P. Micheli du 14 septembre 1966, dodis.ch/31608; le PVCF N° 807 du 21 avril 1964, dodis.ch/31744, le PVCF N° 2072 du 5 novembre 1963, E 1004.1(-) 1000/9 vol. 679.1 et le PVCF N° 2319 du 9 décembre 1963, E 1004.1(-) 1000/9 vol. 680.1.

6. Cf. note 2.

BUNDESRAT
Verhandlungsprotokoll der 36. Sitzung vom 15. Mai 1964¹
Auszug

MITTEILUNGEN DES VORSTEHERS DES EPD²
LANDENTEIGNUNGEN IN TUNESIEN

Herr Wahlen orientiert den Rat über die Landenteignungen, die nach Kündigung des Abkommens mit Frankreich³ über eine langsame Nationalisierung auf Grund eines neuen Nationalisierungsgesetzes im beschleunigten Tempo durchgeführt werden. Bourguiba sei zu diesem Schritt offensichtlich durch das Vorgehen Ben Bellas veranlasst worden⁴. Unser Botschafter⁵ habe sofort nach Bekanntwerden des Gesetzes eine Demarche⁶ unternommen und auf das Vertragsinstrument⁷ der Schweiz mit Tunesien hingewiesen. Herr Wahlen habe den tunesischen Botschafter⁸ ebenfalls zitiert. Es sei zwar nicht mehr viel Schweizer Besitz vorhanden, weil der grösste Teil noch rechtzeitig verkauft worden sei. Der tunesische Botschafter habe einige Gründe angeführt, die das Vorgehen Bourguibas einigermaßen begrifflich machen. Herr Wahlen habe die Reserven des Bundesrates gegenüber diesem Vorgehen ausgedrückt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass der Vertrag zwischen der Schweiz und Tunesien dem Buchstaben nach eingehalten würde⁹. Unsere Botschaft in

1. *BR-Verhandlungsprot.*: E 1003(-) 1994/26 Bd. 2. *Vorsitz: L. von Moos. Abwesend: niemand. Schriftführer: Ch. Oser und F. Weber. Beginn: 9 Uhr. Schluss: 12.15 Uhr.*

2. *F. T. Wahlen.*

3. *Vgl. dazu die Notiz von F. T. Wahlen vom 14. Mai 1964, dodis.ch/31787 und das Schreiben von W. Bossi an P. Micheli vom 28. Mai 1964, dodis.ch/32062.*

4. *Zu den Nationalisierungen in den Maghreb-Staaten vgl. die Notiz von P. Cuénoud an M. Jaccard vom 25. August 1964, dodis.ch/31785 und zu Algerien vgl. die Notiz von G. Durey an O. Morand vom 22. März 1966, dodis.ch/31423 und das Schreiben von O. Long an A. Bouteflika vom 25. Oktober 1966, dodis.ch/31420. Zu den Nationalisierungen in Ägypten vgl. Dok. 23, dodis.ch/31746.*

5. *W. Bossi.*

6. *Note der schweizerischen Botschaft an das tunesische Aussenministerium vom 13. Mai 1964, E 2200.158(-) 1981/76 Bd. 2 (222.3).*

7. *Vertrag vom 2. Dezember 1961 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Tunesischen Republik über den Schutz und die Förderung der Kapitalinvestitionen, AS, 1964, S. 71–76. Vgl. zudem Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 1019 (C.41.200).*

8. *Z. Chelli. Zum Gespräch vgl. Anm. 3 und das Aide-mémoire, das F. T. Wahlen an Z. Chelli am 14. Mai 1964 übergeben hat, E 2001(E) 1978/84 Bd. 1015 (B.34.66).*

9. *Vgl. dazu die Notiz von C. Ochsenbein an P. Micheli vom 26. Juli 1965, dodis.ch/31783 und das BR-Prot. Nr. 1475 vom 3. September 1965, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 701.1. Zur Verwendung der Entschädigungszahlungen aus den Nationalisierungen für die schweizerische Entwicklungshilfe in Tunesien vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 23. Sitzung vom 25. März 1965, dodis.ch/32010, S. 5; die Notiz von P. Micheli vom 12. März 1965, dodis.ch/32061 und die Convention entre la Banque National Suisse et la Banque Centrale de Tunisie, unterzeichnet am 30. Juli und 4. August 1965, Doss. wie Anm. 7.*

Tunesien sei beauftragt worden mit einer Bestandesaufnahme¹⁰ des schweizerischen Grundbesitzes.

Herr Wahlen ist der Meinung, dass diese Kettenreaktion weitergehen werde. Wir hätten das Gleiche auch in Südamerika¹¹ zu gewärtigen. Das einzige lateinamerikanische Land, das eine gewisse Stabilität ausweise, sei Mexiko.

Der Rat nimmt Kenntnis.

Schriftliche Anträge

Politisches Departement

Technische Zusammenarbeit: Bundesbeitrag von Fr. 312'000.– für 1964 an das SHAG, Ausbildungszentrum Hafouz, Tunesien¹²

Im Zusammenhang mit den vorstehend erwähnten verschärften Nationalisierungsmassnahmen in Tunesien, erachtet es Herr Wahlen nicht als opportun, dieses Geschäft jetzt zu verabschieden. Unsere öffentliche Meinung würde das kaum verstehen. Der Antrag wird deshalb zurückgestellt, bis das EPD eine Behandlung des Geschäftes als opportun beachtet¹³.

[...] ¹⁴

10. Vgl. die Schreiben von W. Bossi an P. Micheli vom 18. Mai 1964 und vom 23. Mai 1964, Doss. wie Anm. 7.

11. Zur Frage der Nationalisierungen in Argentinien vgl. Dok. 114, dodis.ch/31450 und Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 514 (B.34.66). Zu Kuba vgl. Dok. 2, dodis.ch/30978 und Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 614 (B.34.66)

12. Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat vom 23. März 1964, E 2005(A) 1978/137 Bd. 171 (t.311.004).

13. Der Beitrag wurde vom Bundesrat am 29. Mai 1964 bewilligt, vgl. das BR-Prot. Nr. 1034 vom 29. Mai 1964, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 685.2. Zur technischen Zusammenarbeit mit Tunesien vgl. ferner das BR-Prot. Nr. 401 vom 21. Februar 1964, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 682.2.

14. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31967.

27

dodis.ch/31014

*Der schweizerische Botschafter in Moskau, A. R. Ganz,
an den Generalsekretär des Politischen Departements, P. Micheli¹*

Moskau, 27. Mai 1964

Ich bin heute auf meinen Wunsch von Valerian A. Zorin, Vize-Minister für Auswärtige Angelegenheiten, empfangen worden, dem ich meine Aufwartung machte. Die Audienz dauerte etwa 40 Minuten und verlief in freundlicher Weise. Zorin erklärte, dass zwischen der Schweiz und der Sowjetunion keine Probleme

1. Schreiben: E 2300(-) 1000/716 Bd. 293 (114).

von Bedeutung bestünden. Während er sich jedoch einen wolkenlosen Himmel über unseren gemeinsamen Beziehungen wünsche, seien doch einige Punkte da, die Erwähnung verdienen. Zorin entwickelte darauf in abgerundeter Rede ein Resumé der Dinge, die den Russen bei uns nicht gefallen haben.

a) Unsere Neutralität sei lobenswert, aber er frage sich, ob nicht die *Lieferung von Waffen und Kriegsmaterial an Drittstaaten*² diese Neutralität gefährden könne. Ich erwiderte ihm, dass wir, wie Schweden und Dänemark und andere Staaten eine Waffenindustrie besässen, die auch auf den Export angewiesen sei, wie die meisten unserer nationalen Industrien. Dagegen liefere die Schweiz ohne jede politische Motivierung und ausschliesslich auf kommerzieller Basis. Zorin meinte, dass nach diesem Prinzip auch Aggressoren in den Besitz schweizerischer Waffen kommen könnten. Ich entgegnete, dass wir bei Konflikten weder der einen noch der anderen Seite liefern³, dass aber (sofern er etwa Südafrika im Auge habe) einmal eingegangene Verträge honoriert werden müssten⁴. Auch sei die Identifizierung des Aggressors namentlich im voraus sehr schwierig, auch wechsele die Beurteilung eines Falles je nach der jeweiligen politischen Lage. Zorin erklärte jedoch, keinen spezifischen Fall im Auge zu haben.

b) Zorin kam hierauf auf die *atomare Ausrüstung der Schweizer Armee*⁵ zu sprechen. In Russland könne man sich nicht vorstellen, warum die kleine neutrale Schweiz Atomwaffen benötige. Ich wies korrigierend darauf hin, dass die Abstimmungen⁶ nur die Ermächtigung zur Beschaffung von Atomwaffen betrafen, dass aber zurzeit von einer solchen Bewaffnung überhaupt nicht die Rede sei. Zorin fragte aber, wen denn die Schweiz überhaupt fürchte und ob sie glaube, von aussen angegriffen zu werden. Er spielte alsdann auf

c) die *Photos im Armeepavillon der EXPO*⁷ an. Ich habe Zorin sofort gesagt, dass wir von der Reaktion des Obersten Denissenko, eines intelligenten und beliebten Militärattachés mit langjähriger Schweizer Erfahrung, auf die ausgestellten Photos sehr überrascht gewesen seien. Die Wiedergabe von konkreten Beispielen grosser Armeen (URSS und USA) sei zur Illustration des

2. Für eine Übersicht über die Problematik des Kriegsmaterialexports vgl. Dok. 176, dodis.ch/31195.

3. Zu dieser sog. ständige[n] bundesrätliche[n] Praxis vgl. Dok. 28, dodis.ch/31386, Anm. 7.

4. Vgl. dazu das Memorandum über die Besprechung beim Vorsteher des Politischen Departementes vom 19. Dezember in Bern von D. Bührle vom 22. Januar 1964, dodis.ch/31930; das Schreiben von R. Probst und C. Jagmetti an R. Bühler vom 27. Juli 1964, dodis.ch/31388 sowie das Protokoll von P. Stauffer vom 18. September 1964, dodis.ch/31050.

5. Vgl. Dok. 15, dodis.ch/31971.

6. *Ibid.*, Anm. 16.

7. Zu den Beanstandungen von W. K. Denissenko und den Demarchen der sowjetischen Botschaft zum Bild der Sowjetsoldaten an der Expo 64 vgl. die Notiz von A. Janner vom 25. Mai 1965, dodis.ch/31018. Die Angelegenheit wurde auch im Bundesrat besprochen, vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 37. Sitzung vom 19. Mai 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 2, S. 5. Zur Landesausstellung von 1964 in Lausanne vgl. z. B. Doss. E 7110(-) 1975/31 Bd. 46 (621). Zu Reaktionen kommunistischer Staaten auf die Expo 64 vgl. den Bericht von C. Doka und H. Winter vom Juli 1964, E 2200.174(-) 1981/200 Bd. 28 (M.06.3.) und Doss. E 2200.174(-) 1981/200 Bd. 24 (K.02.2).

Ausstellungsthemas notwendig gewesen und enthalte keinerlei Insinuation gegenüber irgendwelchem Lande. Solche Überempfindlichkeit sei uns wiederum unverständlich. Zorin gab sich mit meinen Erklärungen durchaus zufrieden.

d) Anschliessend erklärte er, man könne bei ihnen einfach nicht verstehen, dass die wichtigsten Städte des Landes das Auftreten des *russischen Armeechores* verhindert hätten⁸. Hierzu sagte ich ihm, dass es sich um die internen Probleme eines wirklich föderalistischen Staates handle, der keine Gleichschaltung in solchen Dingen kenne. Gleich erwiderte Zorin, er verstehe wohl, dass man der Presse in der Schweiz nicht vorschreiben könne, was sie zu schreiben habe (Anspielung auf Reportage «Illustré» über Nikita Chruschtschow?), glaube aber, dass die Haltung von Bern und Zürich⁹ nicht zur Erhaltung guter Beziehungen zwischen Russland und der Schweiz gedient habe.

e) Schliesslich sagte Zorin, es sei ihnen aufgefallen, dass die Schweiz die Abhaltung einer *Baltikum Demonstration in Zürich*¹⁰ gefördert habe. Auf meine Einwendung, dass es sich um eine seit Jahren übliche Manifestation im Rahmen baltischer Kulturtage handle, die keinerlei politische Bedeutung habe, beanstandete Zorin in erster Linie die Beteiligung offizieller schweizerischer Persönlichkeiten. Es stellte sich dann heraus, dass er den Stadtpräsidenten von Zürich¹¹ meinte. Ich erklärte dem Vize-Aussenminister alsdann die klassische Rolle des Stapi als Träger zürcherischer Gastfreundschaft, jedenfalls könne man nicht ernstlich davon sprechen, die Regierung habe der baltischen Gedenkfeier dadurch zu irgendeiner politischen Bedeutung verholfen.

f) Zum Schluss hob ich hervor, dass diesen doch recht belanglosen Beanstandungen zwei andere Dinge gegenüberstünden, erstens die Einladung der städtischen Deputation¹² aus Moskau nach Genf, Lausanne und Bern und zweitens die Zulassung einer reinen Parteidelegation¹³ zur Abhaltung von dogmatischen Besprechungen mit der Partei der Arbeit. Beides habe sich nicht ohne Anstrengungen realisieren lassen und beweise mehr als alles andere, dass wir es mit dem Prinzip der guten Beziehungen nach *allen* Seiten

8. Zur *Tournée des Chores der Roten Armee in der Schweiz und der Frage der kulturellen Ostkontakte allgemein* vgl. die Notiz von A. Janner vom 28. Januar 1964, dodis.ch/31024; die Notiz von A. Janner vom 12. Februar 1964, dodis.ch/31023; das Schreiben von A. R. Ganz an P. Micheli vom 19. Mai 1964, dodis.ch/31017; das Schreiben von A. R. Ganz an L. Boissonnas vom 21. Februar 1966, dodis.ch/31025 und das Schreiben von A. R. Lindt an W. Martel vom 22. Dezember 1966, dodis.ch/31026. Zur Affäre um Oberst H. Binder, der aus Protest über den Auftritt des Chores der Roten Armee seinen Rücktritt einreichte, vgl. die BR-Verhandlungsprot. der 9. Sitzung vom 31. Januar 1964, S. 5; der 10. Sitzung vom 4. Februar 1964, S. 3–5 und der 13. Sitzung vom 14. Februar 1964, S. 4–6, E 1003(-) 1994/26 Bd. 2.

9. In Bern sowie in Basel trat der Chor der Roten Armee wegen einer Saalsperre, in Zürich auf Grund eines Polizeiverbots nicht auf. Vgl. dazu Anm. 8 und Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 953 (B.15.11).

10. Zu den baltischen Vereinigungen in der Schweiz vgl. das Schreiben von A. Janner an A. R. Ganz vom 9. Juni 1964, dodis.ch/31015.

11. E. Landolt.

12. Delegationsleitung W. F. Promyslow. Zur Planung des Besuchs der Moskauer Delegation in Bern vgl. auch die Notiz von A. Janner vom 12. Februar 1964, dodis.ch/31023.

13. Delegationsleitung A. N. Schelepin. Zum Besuch der Delegation des Zentralkomitees der KPdSU vgl. das Aide-Mémoire von R. Gailloz vom 16. Mai 1964, dodis.ch/31019.

ernst meinen. Zorin räumte auf meine ausdrückliche Frage ein, dass sowohl Stadtpräsident Promyslow und seine Leute, wie auch Alexander Scheljepin und seine Parteifunktionäre¹⁴ von ihren Besuchen in der Schweiz sehr zufrieden gewesen seien.

14. W. I. Stepakow, A. G. Jegorow, J. N. Pankow und A. S. Tschernjajew.

28

dodis.ch/31386

*Der Generalsekretär des Politischen Departements, P. Micheli,
an den Direktor der Militärverwaltung des Militärdepartements, A. Kaech¹*

Vertraulich

Bern, 1. Juni 1964

Mit Schreiben vom 20. Mai 1964² übermittelten Sie uns eine sehr interessante Studie der Generalstabsabteilung vom 29. April³, in welcher sich der Generalstabschef⁴, vom Memorandum Bührle vom 22. Januar⁵ ausgehend, in eingehender Weise auch allgemein zur Struktur unserer Rüstungsbedürfnisse und -bezüge äussert. Auf Grund dieser Ausführungen ersuchen Sie uns in Ihrem Brief um Prüfung der Frage, ob nicht die heute in bezug auf verschiedene Länder gehandhabte Beschränkung des Kriegsmaterialexports⁶ zumindest für Material, das defensiven Zwecken dient, gelockert werden könnte. Wir beehren uns, dazu folgendermassen Stellung zu nehmen:

Die gegenwärtige weltpolitische Situation dürfte es kaum gestatten, unsere Zurückhaltung betreffend die Ausfuhr von Kriegsmaterial abzubauen, solange die Richtlinie des Bundesrates besteht, keine Waffen nach Gegenden zu exportieren, wo ein bewaffneter Konflikt im Gange ist oder auszubrechen droht⁷. Zwar wird heute nirgends in der Welt ein grösserer Krieg geführt. Dagegen stehen wir auf fast allen Erdteilen einer wachsenden Zahl von lokalen oder

1. Schreiben (Kopie): E 5150(E) 1981/207 Bd. 1 (000). Verfasst von C. Jagmetti.

2. Schreiben von A. Meyer an P. Micheli vom 20. Mai 1964, dodis.ch/32003.

3. Schreiben von J. Annasohn an die Direktion der Militärverwaltung vom 29. April 1964, dodis.ch/31835.

4. J. Annasohn

5. Memorandum über die Besprechung beim Vorsteher des Eidg. Politischen Departementes vom 19. Dezember in Bern von D. Bührle vom 22. Januar 1964, dodis.ch/31930.

6. Für eine Übersicht über die Problematik des Kriegsmaterialexports vgl. Dok. 176, dodis.ch/31195.

7. Zu dieser sog. ständige[n] bundesrätliche[n] Praxis vgl. das BR-Prot. Nr. 641 vom 28. März 1949, dodis.ch/6460. Dieser Grundsatz wurde im Bundesratsbeschluss betreffend Änderung des Bundesratsbeschlusses über das Kriegsmaterial vom 28. September 1970 explizit festgehalten, vgl. dazu AS, 1970, 1202–1206, Art. 15 Abs. 2 sowie ins Bundesgesetz über das Kriegsmaterial vom 30. Juni 1972 aufgenommen, BBl, 1972, II, S. 602–609.

regionalen Krisenherden, wo Kampfoperationen stattfinden, gegenüber (Malaysia⁸, Laos⁹, Süd-Vietnam¹⁰, Jemen¹¹, Aden, Zypern¹², Angola¹³, neuerdings wieder Kongo-Leopoldville). Dazu kommen die latenten Spannungen um Kuba¹⁴, Süd-Afrika¹⁵, zwischen Israel und den arabischen Staaten¹⁶ etc¹⁷. Dies lässt uns den Zeitpunkt für ein Eingehen auf Ihre Anregung als ausserpolitisch wenig geeignet erscheinen. Auch die von Ihnen in Vorschlag gebrachte unterschiedliche Behandlung zwischen offensiven und defensiven Waffen dürfte – ganz abgesehen davon, dass sich eine solche Scheidung in vielen Fällen kaum eindeutig vornehmen lässt – in der heutigen Lage keinen gangbaren Ausweg bieten.

Neben diesen ausserpolitischen Überlegungen sprechen unseres Erachtens auch innenpolitische Erwägungen zur Zeit gegen eine Änderung der gegenwärtigen Praxis. Der vor dem Bezirksgericht Zürich unlängst durchgeführte Spionage-Prozess Neeser/Naef¹⁸ und die dadurch deutlicher als bisher auch für die Behörden in Erscheinung getretene Tätigkeit des Ägypters Kamil¹⁹ haben in unserer öffentlichen Meinung viel Staub aufgewirbelt. Es besteht Grund zur Annahme, dass diese Affäre in der Juni-Session zu parlamentarischen Vorstössen führen könnte²⁰. In der gleichen Session werden auch die Mirage-Nachtragskredite zur Sprache kommen²¹. Wir glauben, dass damit auf dem Sektor des Kriegsmaterials momentan mehr als genügend Zündstoff

8. Zum Konflikt zwischen Malaysia und Indonesien vgl. Dok. 60, dodis.ch/31323.

9. Zur Situation in Laos vgl. das Schreiben von F. Bieri an P. Micheli vom 13. Januar 1964, E 2300(-) 1000/716 Bd. 134 (046).

10. Vgl. Dok. 144, dodis.ch/31184.

11. Zum Jemen-Konflikt vgl. Dok. 25, dodis.ch/31601 und Dok. 176, dodis.ch/31742.

12. Vgl. Dok. 40, dodis.ch/31553.

13. Zur Frage des Kriegsmaterialexports nach Portugal vgl. Dok. 10, dodis.ch/31455.

14. Vgl. Dok. 146, dodis.ch/30985.

15. Zur Frage der Sistierung des Kriegsmaterialexports nach Südafrika vgl. Dok. 7, dodis.ch/31045; Dok. 84, dodis.ch/31040; DDS, Bd. 22, Dok. 33, dodis.ch/30386; Dok. 174, dodis.ch/30415 sowie Dok. 187, dodis.ch/30436.

16. Zur Frage der Sistierung des Kriegsmaterialexports nach Israel und den arabischen Staaten vgl. DDS, Bd. 20. Dok. 36, dodis.ch/10920; das BR-Prot. Nr. 660 vom 13. April 1965, dodis.ch/31390; die Schreiben von R. Probst an die Direktion der Militärverwaltung vom 5. März 1965, dodis.ch/31712 und vom 23. März 1966, dodis.ch/31715.

17. Zur Frage des Kriegsmaterialexportes nach Nigeria vgl. das Schreiben von F. Real an P. Micheli vom 20. Oktober 1966, dodis.ch/31764 sowie das Antwortschreiben von R. Probst an F. Real vom 26. Oktober 1966, dodis.ch/31765.

18. Vgl. das BR-Prot. Nr. 1413 vom 22. Juli 1963, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 675.2. Dabei ging es um Kontakte mit dem israelischen Nachrichtendienst betreffend der Lieferung von Werkzeugmaschinen und Materialien der Motoren-, Turbinen- und Pumpen AG, Zürich (MTP) an die ägyptische Rüstungsindustrie. Vgl. ferner Doss. E 4001(D) 1976/136 Bd. 31 (006.18).

19. Zur Kamil-Affäre vgl. das Schreiben von P. Cuénoud an den Polizeidienst der Bundesanwaltschaft vom 22. Mai 1964, dodis.ch/31752; das Protokoll vom 19. August 1964 von C. Jagmetti, dodis.ch/31753 sowie Doss. E 4001(D) 1973/126 Bd. 21 (014.04).

20. Vgl. die Antwort des Bundesrats vom 7. Oktober 1964 auf die Interpellation von W. Schmid vom 9. Juni 1964, dodis.ch/31292 sowie das BR-Verhandlungsprot. der 64. Sitzung vom 18. September 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 3–4.

21. Zur Mirage-Affäre vgl. Dok. 180, dodis.ch/32042, Anm. 7.

vorhanden ist und dass es den allgemeinen Interessen zuwiderlauten würde, der Auseinandersetzung durch eine Belegung unserer Kriegsmaterial-Exporte nach «kritischen» Gegenden zusätzliches Material zu liefern.

Bei aller Würdigung unserer eigenen Rüstungsbedürfnisse und des Interesses an der Erhaltung der schweizerischen Rüstungsindustrie glauben wir deshalb, vorderhand von der heutigen Reserve nicht abweichen zu können. Wir sind überzeugt, dass Sie unsere Auffassung verstehen werden. Eine eventuelle spätere Lockerung in einer hierfür geeigneteren Atmosphäre ist dadurch keineswegs von vorneherein ausgeschlossen.

29

dodis.ch/31825

Notiz des Rechtsberaters des Politischen Departements, R. Bindschedler¹

AUSFUHR VON KRIEGSMATERIAL

Bern, 4. Juni 1964

1) Die einfachste Lösung wäre die Abschaffung der bestehenden Einschränkungen der Ausfuhr². Da dies jedoch politisch kaum realisierbar sein wird, sei im folgenden davon abgesehen. Infolge der technischen Entwicklung auf dem Gebiete des Rüstungswesens in den letzten Jahren hat sich das Problem geändert. Vor allem muss die Frage der Ausfuhr viel mehr im Zusammenhang mit der allgemeinen Rüstungspolitik der Schweiz gesehen werden.

2) Mehr und mehr wird sich in Zukunft das Schwergewicht unserer Rüstungen auf die *Einfuhr von Kriegsmaterial*³ verlegen müssen. Damit schwindet die Bedeutung einer eigenen Rüstungsindustrie. Diese Entwicklung wird sich teilweise wohl automatisch ergeben, wird aber auch bewusst gefördert werden müssen. Zahlreiche Gründe sprechen hierfür:

a.

Eine moderne Armee verlangt mehr und mehr technisch hochentwickelte und komplizierte Kriegsmittel, die im Inland überhaupt nicht oder dann nur in unwirtschaftlicher Weise hergestellt werden können. Dazu gehören nicht nur die Flugzeuge, sondern auch das ganze Gebiet der elektronischen Kriegsmittel, sowie wohl auch die Flabraketen und andere Raketenwaffen, deren Bedeutung zunehmen wird. Das Exposé des Generalstabschefs⁴ weist selbst darauf hin (Seite 4).

1. *Notiz (Kopie)*: E 2001(E)1978/84 Bd. 7 (A.14.41). *Handschriftliche Marginalie von R. Bindschedler*: Herr Bundesrat Wahlen nur eine Skizze.

2. *Für eine Übersicht über die Problematik des Kriegsmaterialexports vgl. Dok. 29, dodis.ch/31195.*

3. *Vgl. dazu Dok. 17, dodis.ch/31396, Anm. 6.*

4. *Vgl. dazu das Schreiben von J. Annasohn an die Direktion der Militärverwaltung vom 29. April 1964, dodis.ch/31835.*

Ein Sonderproblem würde die Beschaffung von Nuklearwaffen⁵ darstellen. Solche sind aus dem Ausland nicht erhältlich. Aber auch wenn die Eigenproduktion möglich wäre, käme ein Export kaum in Frage. Dieser Aspekt kann deshalb vernachlässigt werden.

b.

Die Einfuhr von Kriegsmaterial ist im allgemeinen billiger als die Herstellung im Inland, wie auch das Exposé⁶ des Generalstabschefs feststellt (Seite 3). Da das Kriegsmaterial immer teurer wird und die Militäraufwendungen in Zukunft zunehmen werden, kommt diesem Umstand in den heutigen Verhältnissen vermehrte Bedeutung zu. Es wird finanziell leichter sein, eine kriegsgenügend ausgerüstete Armee aufrecht zu erhalten, wenn vermehrt auf die Einfuhr abgestellt wird.

c.

Dem Vorteil der Produktion im Inland, dass das Material auf unsere Bedürfnisse ausgerichtet werden könne, wird eine übertriebene Bedeutung zugemessen. Es ist nicht einzusehen, warum die Kriegführung in der Schweiz, vor allem im Mittelland, besonderes Kriegsmaterial erfordern soll. Geländebeschaffenheit und Klima unterscheiden sich kaum von weiten Teilen des übrigen Europa. Die Berücksichtigung von besonderen Bedürfnissen betrifft in der Regel unwesentliche Einzelheiten oder führt zu einem übertriebenen Perfektionismus, sowie auch zu Zeitverlusten. Ein Beispiel hiefür stellt die Einführung eines modernen Maschinengewehrs dar, das die Deutschen schon im zweiten Weltkrieg kannten. Allerdings gibt es gewisse Einzelfälle, wo besondere Anforderungen gerechtfertigt sind, wie bei Flugzeugen, die in Kavernen untergebracht werden müssen. Diese Fälle sind aber doch wohl gering an Zahl.

3) Unsere Armee muss vor allem für den *Kriegsfall* ausgerüstet sein. Wird aber die Schweiz in einen Krieg verwickelt, so fallen die Nachteile des Importes und der damit verbundenen Auslandsabhängigkeit weitgehend dahin. Infolge der Kleinheit unseres Landes ist nämlich dann eine eigene Produktion von Kriegsmaterial kaum mehr möglich. Das gibt auch das Exposé⁷ des Generalstabschefs zu (Seite 7).

Um einen Krieg auf längere Dauer führen zu können, sind wir auf die Vorräte und auf Unterstützung durch das Ausland angewiesen.

Das Risiko, dass bei Kriegsausbruch die Lieferungen aus dem Ausland unterbrochen werden, darf nicht überschätzt werden. Die Schweiz wird kaum allein in einen Krieg hineingerissen werden, sondern sich an der Seite anderer Staaten finden. Diese werden ein grosses Interesse daran haben, die schweizerische Armee möglichst lange kampffähig zu erhalten und sie zu diesem Zweck mit Kriegsmateriallieferungen zu unterstützen. Kurzfristig kann dem

5. Zur Frage der Atombewaffnung der Schweizer Armee vgl. Dok. 15, dodis.ch/31971, bes. Anm. 3.

6. Vgl. Anm. 4.

7. *Ibid.*

Risiko durch die Anlage von genügend Vorräten und Ersatzteillagern begegnet werden.

Die Unterstützung durch das Ausland mit Kriegsmaterial ist aber sehr viel einfacher, wenn wir gleiche Waffen und vor allem gleiche Munition verwenden. Besonders die Gleichheit der Munition spielt hier eine überragende Rolle. Bei den technischen Übermittlungsmitteln wird die Verbindung mit einem allfälligen Bundesgenossen leichter hergestellt werden können. Wenn die schweizerische Armee ausländisches Rüstungsmaterial verwendet, kann die Unterstützung auch rascher erfolgen. Schliesslich braucht die Armee im Kriege dann nicht noch an neuen Waffen ausgebildet zu werden.

Es zeigt sich, dass im Kriegsfall die eigene Rüstungsindustrie nur eine untergeordnete Rolle spielt.

4) Anders liegen die Dinge im Falle der *bewaffneten Neutralität*. Hier sind die Nachteile der Importabhängigkeit am grössten.

Die Kriegführenden haben eher Veranlassung, ihre Lieferungen an die Schweiz zu unterbrechen, wenn diese neutral bleibt. Die neutrale Schweiz gewährt ihnen keine Hilfe und erbringt damit keine direkt wirksame Gegenleistung.

Die Eigenproduktion kann weitergeführt werden, allerdings nur wenn die nötigen Rohstoffe und Halbfabrikate vorhanden sind oder noch aus dem Ausland bezogen werden können. So war es dann auch 1939 bis 1945 möglich, eine erhebliche Verstärkung der schweizerischen Armee durchzuführen.

Die Eigenproduktion von Kriegsmaterial ermöglicht ferner auch die Ausfuhr. Gerade im Zustand der bewaffneten Neutralität kann in derartigen Exporten einer der stärksten Trümpfe der schweizerischen Handelspolitik und Aussenpolitik liegen⁸. Die Erfahrungen während der beiden letzten Weltkriege haben das gezeigt; die zu Beginn des Krieges erlassenen allgemeinen Exportverbote⁹ mussten bald gelockert werden. Im Neutralitätsfall spielt auch das Argument der Arbeitsbeschaffung in diesem Zusammenhang eine Rolle.

Die Nachteile einer ungenügenden Eigenproduktion an Kriegsmaterial im Zustande der bewaffneten Neutralität können aber teilweise behoben werden. Es sind genügende Vorräte an Waffen, Ersatzteilen und Munition zu halten. Vor allem würde dies bedingen, über längere Zeitperioden hindurch eine konstante Rüstungspolitik zu befolgen, so dass die Armee immer quantitativ und qualitativ genügend ausgestattet ist und nicht während des Neutralitätszustandes noch materiell verstärkt werden muss. Die Rüstungen dürfen nicht dem Rhythmus der politischen Spannungen folgen, wie das vor dem zweiten Weltkrieg der Fall war. Das bedingt die ständige Aufrechterhaltung des Militärbudgets und seine rechtzeitige Erhöhung, wenn die technische Entwicklung dies erfordert. Unsere Anstrengungen müssen immer mit denjenigen der andern Armeen parallel gehen.

5) Es stellt sich allerdings die Frage, ob das Ausland uns noch Kriegsmaterial liefern wird, wenn wir grundsätzlich keines mehr exportieren und die

8. Zur Frage des Kriegsmaterialexports in Zusammenhang mit der bewaffneten Neutralität vgl. Dok. 152, dodis.ch/30895.

9. Vgl. DDS, Bd. 13, Nr. 156.

Nichtausfuhr von Kriegsmaterial als politischen und moralischen Grundsatz proklamieren. In einer solchen Politik liegt eine gewisse Heuchelei. Der Verzicht auf den Export und damit weitgehend auf die Eigenproduktion führt, wie dargelegt, zur Abhängigkeit von der Einfuhr. Wir schieben damit einfach das Odium der Kriegsmaterialherstellung auf andere Staaten ab.

6) Wenn man eine eigene Rüstungsindustrie in einem bestimmten Umfang und damit auch die damit notwendigerweise verbundene Ausfuhr von Kriegsmaterial aufrechterhalten will, stellt sich die Frage, nach welchem Kriterium die Ausfuhrbewilligung erteilt werden soll.

Der bisherige Grundsatz, keine Waffen nach Gegenden zu exportieren, in denen ein bewaffneter Konflikt im Gange ist oder auszubrechen droht¹⁰, befriedigt nicht. Er verhindert die Lieferung an Staaten, die keine aggressive Politik verfolgen, sich jedoch in einem Notstand der Verteidigung befinden. Als Beispiel sei Indien erwähnt, das der chinesischen Expansionspolitik ausgesetzt ist¹¹. In einer ähnlichen Lage könnte sich auch eines Tages die Schweiz befinden, die dann froh wäre, Hilfe in Form von Kriegsmateriallieferungen zu erhalten.

Ein neuer Grundsatz wäre, auf die Unterscheidung zwischen Offensiv- und Defensivwaffen abzustellen¹². Man würde aus politischen Gründen grundsätzlich nur den Export der letzteren zulassen.

Sicher hat diese Unterscheidung nur einen relativen Wert. Die meisten Waffen sind zu beiden Zwecken geeignet; ihr Charakter hängt vom Einsatz ab.

Immerhin gibt es taktisch gesehen ausgesprochene Defensivwaffen wie Kanonen und Raketen für die Panzer- und Fliegerabwehr. Es ist aber zu berücksichtigen, dass, wenn auch diese Waffen taktisch nicht offensiv eingesetzt werden können, sie trotzdem für Angriffsoperationen notwendig sind, weil sie sie erst ermöglichen. Bewegungen von Panzern und Infanterie wie auch der Einsatz von Artillerie sind ohne Flabschutz in den heutigen Verhältnissen kaum denkbar. Ähnliches gilt für die Panzerabwehr. Die militärische Kriegführung bildet eben eine Einheit. Die Dinge liegen anders, wenn ein Staat keine oder nicht eine genügende Anzahl von ausgesprochenen Offensivwaffen besitzt und somit militärisch keine Angriffe grösseren Stils durchführen kann. Der Export von reinen Defensivwaffen an solche Staaten würde deren Offensivpotential nicht erhöhen und könnte zugelassen werden. Zu dieser Kategorie von Staaten können Österreich, Schweden und andere europäische Länder gerechnet werden¹³. Hingegen gilt die Überlegung kaum

10. Zu dieser sog. ständige[n] bundesrätliche[n] Praxis vgl. Dok. 28, dodis.ch/31386, Anm. 7.

11. Vgl. dazu das Schreiben von P. Micheli an J.-A. Cuttat vom 9. November 1962, dodis.ch/18951.

12. Zur Frage der Unterscheidung zwischen Offensiv- und Defensivwaffen, bes. im Zusammenhang mit Kriegsmaterialexporte nach Südafrika, vgl. Dok. 152, dodis.ch/31386, das BR.-Prot. Nr. 2073 vom 5. November 1963, dodis.ch/30420 sowie das Schreiben von A. Meyer an P. Micheli vom 20. Mai 1964, dodis.ch/32003.

13. Zur militärischen Zusammenarbeit mit Schweden vgl. Dok. 160, dodis.ch/31211 und zur Zusammenarbeit mit Österreich vgl. Dok. 148, dodis.ch/31105, bes. Anm. 9.

für Asien, Afrika und auch Südamerika, weil dort Kriege auf viel primitiverer Stufe geführt werden und die Zahl der Menschen den Ausschlag gibt.

Ein günstiger Umstand für die Schweiz liegt darin, dass ihre Rüstungsindustrie vor allem eigentliche Defensivwaffen produziert wie Flabkanonen und -raketen, Panzerabwehrraketen, Maschinengewehre und Pistolen. Der Export könnte auch zugelassen werden in Staaten, die keine Expansionspolitik betreiben. Es hätte dies allerdings den Nachteil, dass wir vor der Erteilung von Bewilligungen die Aussenpolitik ausländischer Staaten beurteilen müssten. In vielen Fällen würde es faktisch unmöglich sein, einen eindeutigen Entscheid zu treffen, in andern jedoch wird die Lage klar sein. Bei eigentlichen Kriegen würde das Neutralitätsrecht allerdings eine derartige Unterscheidung verbieten.

7) Es ist schwierig, aus dieser Lage eindeutige Schlussfolgerungen zu ziehen. Massgebend wird sein, ob das Schwergewicht mehr auf den Kriegsfall oder den Zustand der bewaffneten Neutralität gelegt wird. Ein ganzer und ein teilweiser Verzicht auf eine eigene Rüstungsindustrie könnte trotz der Nachteile verantwortet werden, wenn die entsprechenden Konsequenzen in Bezug auf Vorratshaltung und konstante Rüstungspolitik auf hohem Niveau gezogen werden.

Im Sinne eines Kompromisses könnten hier folgende Richtlinien aufgestellt werden:

a. Vermehrte Abstellung auf die Einfuhr von Kriegsmaterial für die Ausrüstung unserer Armee, wozu sowohl technische wie auch finanzielle Erwägungen ohnehin führen werden. Das bedeutet aber grosse Lagerhaltung und konstante Rüstungsanstrengungen auf hohem Niveau.

b. Eine Produktionsverlagerung der schweizerischen Rüstungsindustrie ins Ausland wird in Kauf genommen¹⁴.

c. Die Ausfuhr von Kriegsmaterial und zwar von Defensivwaffen wird zugelassen nach Staaten, die nicht in der Lage sind, Offensivoperationen durchzuführen. Die Ausfuhr könnte ferner gestattet werden nach Staaten, die keine Expansionspolitik betreiben.

14. Zur Frage einer allfälligen Produktionsverlagerung ins Ausland vgl. die Notiz des politischen Departements vom 23. Dezember 1963, dodis.ch/30437; das Memorandum über die Besprechung beim Vorsteher des Eidg. Politischen Departementes vom 19. Dezember in Bern von D. Bührle vom 22. Januar 1964, dodis.ch/31930; die Stellungnahme der Kriegstechnischen Abteilung des Militärdepartements vom 21. April 1964, dodis.ch/32002 sowie das Schreiben von J. Annasohn an die Direktion der Militärverwaltung, vom 29. April 1964, dodis.ch/31835.

dodis.ch/30912

*Notice pour le Chef du Département politique, F. T. Wahlen¹*VISITE DE L'AMBASSADEUR DE CHINE²

Berne, 8 juin 1964

L'Ambassadeur de Chine rentre de son pays où il a passé deux mois. Il me fait sa première visite et me demande de présenter ses respects au Chef du Département³. Il se félicite des bonnes relations qui existent entre la Chine et la Suisse. Il a particulièrement apprécié l'invitation faite à deux journalistes chinois⁴ de venir en Suisse à l'occasion de l'Exposition nationale⁵. Il est convaincu que leur voyage contribuera encore à resserrer les liens entre la Chine et la Suisse.

A cet égard, il y a une question qui préoccupe le gouvernement chinois et au sujet de laquelle ce dernier a remis un mémorandum⁶ à Hans Keller: celle du représentant⁷ du Dalai Lama⁸ en Suisse. En mars, M. Janner a dit au Chargé d'affaires de Chine⁹ que les autorités fédérales avaient donné leur accord à l'établissement d'un représentant personnel du Dalai Lama en Suisse¹⁰. L'activité politique d'un tel représentant ne peut que nuire aux relations entre nos deux pays. Le gouvernement chinois serait donc reconnaissant au gouvernement suisse de reconsidérer la question.

Je déclare à l'Ambassadeur de Chine que nous avons en effet reçu le mémorandum chinois. Son ton nous a surpris. Nous préparons actuellement notre réponse. Dès maintenant, je voudrais toutefois déclarer que ce mémorandum me semble reposer sur un malentendu. Comme le gouvernement chinois le sait, la Suisse observe avec la plus grande rigueur les obligations que lui impose son statut de neutralité permanente. D'autre part, la Suisse est tout aussi attachée à sa tradition humanitaire. Elle a toujours considéré comme un devoir de venir en aide à ceux qui souffrent, sans distinction de race, d'appartenance politique ou de religion. En particulier, elle a constamment accueilli libérale-

1. Notice: E 2806(-) 1971/57 vol. 7 (17-20). Rédigée et signée par P. Micheli. Copies à la Section Est du Département politique, à l'Ambassade de Suisse à Pékin et à l'Ambassade de Suisse à New Delhi.

2. Hsuan Feng.

3. F. T. Wahlen.

4. Yang Chao-lin et Li Yen-ming. Sur leurs impressions de la Suisse, cf. la lettre de H. Keller à W. Jaeggi du 6 août 1964, E 2200.174(-) 1981/200 vol. 28 (M.06.3.).

5. Sur l'Exposition nationale de 1964 à Lausanne, cf. doc. 27, dodis.ch/31014, note 7.

6. Cf. la lettre de H. Keller à P. Micheli du 6 avril 1964, dodis.ch/30913. Le ton impudent de cette note a été discuté par le Conseil fédéral, cf. le PVCF délibératif de la 29^{ème} séance du 17 avril 1964, dodis.ch/31866.

7. Th. W. Phala.

8. Tenzin Gyatso.

9. Tsui Chi-yuan.

10. Cf. la notice du Département politique du 3 mars 1964, dodis.ch/30914.

ment des réfugiés, leur posant comme seule condition de s'abstenir de toute activité politique. C'est dans cet esprit et à cette condition qu'elle a accueilli des réfugiés tibétains¹¹. Ceux-ci, à notre connaissance, se sont tenus de façon stricte à nos conditions. Nous ne tolérerions d'ailleurs aucune activité politique dirigée contre la Chine, pays avec lequel nous entendons maintenir de bonnes relations. En ce qui concerne le représentant du Dalai Lama, il n'y a pas eu d'arrangements passés entre lui et les autorités fédérales.

Mais celles-ci ont fixé les conditions auxquelles sa venue en Suisse était autorisée¹². Le représentant du Dalai Lama, comme ses compatriotes, a scrupuleusement observé ces conditions. Son activité est uniquement culturelle et religieuse. Elle n'a aucun caractère politique.

L'Ambassadeur de Chine remercie de ces explications. Il relève en particulier l'assurance que je lui ai donnée qu'aucune activité politique ne serait tolérée de la part des réfugiés tibétains. Néanmoins, il fait observer que ceux-ci se sont rebellés contre l'autorité centrale chinoise. Le gouvernement de l'Inde leur accorde son appui et cherche à les utiliser contre la Chine. Leur activité politique tend aujourd'hui à se développer sur le plan international. L'activité en particulier du représentant du Dalai Lama ne peut donc pas ne pas avoir de caractère politique. L'Ambassadeur espère que les autorités fédérales prendront en considération la démarche de son gouvernement. Il attend notre réponse qui pourra, soit être transmise à Pékin par notre Ambassadeur, soit lui être remise ici.

Passant à des considérations plus générales, l'Ambassadeur de Chine déclare que la situation économique de son pays s'améliore. De violentes pluies au début de l'année semblaient compromettre la récolte, mais depuis lors le temps a été plus propice et les perspectives sont bonnes. Une fois de plus, l'Ambassadeur exprime l'espoir que les échanges entre la Suisse et la Chine continueront à se développer.

11. *Sur l'accueil des réfugiés tibétains en Suisse, cf. DDS, vol. 21, N° 79, dodis.ch/15293 et DDS, vol. 22, N° 129, dodis.ch/18991.*

12. *Cf. la note 10. Cf. aussi doc. 5, dodis.ch/30916.*

31

dodis.ch/31577

*L'Ambassadeur de Suisse à Dublin, J. Rossat,
au Directeur de la Division du commerce du Département
de l'Economie publique, E. Stopper¹*

Dublin, 17 juin 1964

Pour faire suite à notre dernière conversation téléphonique, je voudrais tout d'abord, pour la bonne forme, accuser réception de votre communication urgente², relative à la signature de la Convention³ que la Fédération horlogère entendait passer avec le Gouvernement irlandais, quant à la création à Dublin d'un institut d'horlogerie.

Sur le côté formel, j'aimerais tout simplement vous dire que j'abonde dans le sens des raisons que vous avez avancées, d'entente avec le Service juridique du Département politique, quant à la difficulté certaine de voir un représentant diplomatique signer une telle convention qui n'engage pas, du moins stricto sensu, la responsabilité du Gouvernement suisse. Il y avait déjà passablement de temps que la question de savoir qui signerait, tant du côté irlandais que du côté suisse, était en suspens. Les Irlandais réservaient leur décision, qu'ils faisaient dépendre de la qualité de la personne qui signerait du côté suisse. C'est en voyant la date s'approcher, à laquelle la signature de la convention devait avoir lieu, que je vous ai téléphoné afin d'avoir, soit de vous, soit du Département politique, des instructions précises à cet égard, instructions sans lesquelles je ne pouvais, bien entendu, pas renseigner la partie irlandaise, qui commençait à me presser de questions.

Après cette petite mise au point, qui ne me paraît pas inutile, j'ai l'honneur de vous faire savoir, maintenant, que la Convention en cause a été signée, le 16 juin, dans le bureau du Premier Ministre⁴ au Parlement, par le Dr. O'Rafferty (orthographe irlandaise: O Raifeartaigh), Secrétaire général du Département de l'Education, pour la partie irlandaise, et par M. Gérard Bauer, Président de la Fédération horlogère, au nom de cette dernière. Ont assisté à la signature, du côté irlandais, le Dr. Hillery, Ministre de l'Education, M. Lynch, Ministre de l'Industrie et du Commerce et son Secrétaire général, M. MacCarthy, accompagnés de deux de leur principaux collaborateurs; du côté suisse, M. Retornaz, Vice-Directeur de la Fédération horlogère, M. Golay, expert horloger, et le soussigné⁵.

1. Lettre: E 7110(-) 1975/31 vol. 123 (841.8). Copie à la Division des affaires politiques du Département politique.

2. Cable N° 1 de la Division du Commerce du Département de l'Economie publique à l'Ambassade de Suisse à Dublin du 5 juin 1964, doss. comme note 1.

3. Articles of Agreement for the Establishment of the Irish-Swiss Institute of Horology (Institut irlandais-suisse d'horlogerie), doss. comme note 1.

4. S. Lemass.

5. J. Rossat.

Le texte définitif de la convention avait été préparé par les Irlandais, après qu'une dernière conférence, tenue le jour précédent, en eût fixé la teneur exacte, telle que la désiraient les deux parties. Vous voudrez bien en trouver sous ce pli un exemplaire.

Sur le plan pratique, et pour l'avenir immédiat, la situation est la suivante.

L'ingénieur horloger, M. Golay, reste encore quelques jours à Dublin pour arrêter, avec ses partenaires irlandais, toute une série de questions de détail, comprenant la construction et l'installation de l'école. Celle-ci ne pourra pas commencer son activité le 1^{er} octobre, comme il avait été prévu. C'est bien plutôt la date du 1^{er} janvier 1965 qui semble devoir être retenue.

Quant à la création d'un centre de réparations, dont la Convention fait mention (et à laquelle les Irlandais ont beaucoup tenu pour des raisons d'ordre politique simplement), il est entendu que les pourparlers à ce sujet ne commenceront que lorsque l'on connaîtra les résultats obtenus par l'école dans la formation de la main-d'œuvre nécessaire, et surtout lorsque cette main-d'œuvre irlandaise spécialisée sera vraiment disponible. Cela nous donne donc, vraisemblablement, une marge de trois ans au minimum.

Dans les toasts qui ont été échangés lors d'un dernier déjeuner offert par le Gouvernement irlandais à la suite de la signature de l'accord, le Ministre de l'Education⁶ comme le Ministre de l'Industrie et du Commerce⁷ n'ont pas manqué d'exprimer à la Suisse en général et à la Fédération horlogère en particulier, leurs sentiments de gratitude pour l'aide ainsi apportée à l'Irlande. En effet, le pays cherche par tous les moyens à endiguer l'émigration et le meilleur pour cela est de créer sur son territoire des occasions de travail suffisamment rémunératrices. A cet égard, l'on attend donc un réel bienfait des résultats de l'institut irlando-suisse d'horlogerie, quant à la formation d'une main-d'œuvre hautement qualifiée, ce qui faisait jusqu'ici totalement défaut.

Pour votre information, je me permets de vous faire tenir encore les coupures de presse⁸ qui relatent la création de cette école et qui vous montrent dans quel climat politique cette affaire a été présentée à l'opinion publique.

P. S. Il n'a pas été possible, faute de temps et de personnel, de préparer les copies des annexes⁹ à la Convention. Je vous les ferai parvenir par un prochain courrier.

6. P. Hillery.

7. J. Lynch.

8. Doss. comme note 1.

9. Doss. comme note 1.

dodis.ch/31318

*Der schweizerische Botschafter in Warschau, P. Dupont,
an den Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Politischen Departements, P. Micheli¹*

WIRTSCHAFTSVERHANDLUNGEN MIT POLEN

Warschau, 27. Juni 1964

Ich beehre mich, auf die mir zugestellte Kopie Ihres Schreibens vom 2. April d. J.² an die Handelsabteilung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements in randvermerkter Angelegenheit Bezug zu nehmen und Ihnen mitzuteilen, dass die Verhandlungen am 26. d. Mts. mit der Unterzeichnung von Vereinbarungen zwischen der Schweizerischen Delegation³ einerseits und dem hiesigen Aussenhandels- und Finanzministerium⁴ andererseits abgeschlossen⁵ worden sind. Sie werden darüber und auch über die durch das Finanzministerium aufgeworfenen Fragen nach Rückkehr der Delegation orientiert werden.

Was speziell die Liquidation der «Vita-Kotwica»⁶ betrifft, war die Delegation mangels Gelegenheit der Meinung, dieses Problem nicht zu berühren; das gleiche gilt vom Fall der «Caisse commune»⁷. Dagegen konnte hinsichtlich der Solidaritätsfonds-Beiträge⁸ die Zustimmung der polnischen Behörden erwirkt werden und zwar wird der Transfer dieser Beiträge erfolgen nach Art. 4 des Abkommens vom 25. Juni 1949⁹, unter der Rubrik: «Paiements d'une autre nature, admis d'entente entre l'Office Suisse de Compensation et la Banque Nationale de Pologne».

1. Schreiben: E 2001(E) 1978/84 Bd. 917 (B.31.22.2). Verfasst von H. Rossi.

2. Vgl. das Schreiben von H. Hess an E. Stopper vom 2. April 1964, dodis.ch/31319.

3. Die schweizerische Delegation setzte sich aus A. Weimauer (Leitung), R. Bindschedler, A. Grübel, L. Jeanrenaud, E. Mürner und L. Roches zusammen.

4. Die polnische Delegation wurde von M. Kajzer und J. Wyżnikiewicz geleitet.

5. Zum Abschluss der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen vgl. BR-Prot. Nr. 1346 vom 17. Juli 1964, dodis.ch/31320. Zu den Wirtschaftsverhandlungen vgl. auch DDS, Bd. 22, Dok. 92, dodis.ch/30510.

6. Die Anteile der Schweizerischen Rückversicherungs-Gesellschaft an der nationalisierten «Vita-Kotwica» waren gemäss dem Abkommen vom 23. Juni 1949 (vgl. Anm. 9) nicht entschädigt worden. Vgl. dazu das vertrauliche Protokoll zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Polen betreffend die Entschädigung der schweizerischen Interessen in Polen vom 25. Juni 1949, dodis.ch/8319. Zu den erfolglosen Verhandlungen in dieser Angelegenheit vgl. die Notiz von A. Geiser vom 15. Februar 1962, dodis.ch/30507 und das Schreiben von H. Rossi an E. Stopper vom 10. Februar 1964, dodis.ch/31324; vgl. ferner Anm. 8.

7. Vgl. Dok. 46, dodis.ch/31328 und die Notiz von A. Geiser vom 15. Februar 1962, dodis.ch/30507.

8. Zum Solidaritätsfonds und der «Vita-Kotwica» vgl. das Schreiben von H. Hess an E. Stopper vom 2. April 1964, dodis.ch/31319.

9. Zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Polen betreffend die Entschädigung der schweizerischen Interessen in Polen vom 23. Juni 1949, dodis.ch/8319, siehe auch DDS Bd. 17, Dok. 132 dodis.ch/8319. Vgl. auch DDS, Bd. 17, thematisches Verzeichnis: II.20.2. Polen – Wirtschaftsbeziehungen.

*Der Generalsekretär des Volkswirtschaftsdepartements, K. Huber,
an den Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Politischen Departements, R. Probst¹*

ANTITRUSTPROZESS UHRENINDUSTRIE

Persönlich und vertraulich

Bern, 29. Juni 1964

Gestatten Sie mir, dass ich einige Gedanken festhalte, die sich mir im Anschluss an die verschiedenen Besprechungen betreffend Abschluss eines consent decree² aufdrängen.

1. Die allgemeine Marschroute unserer Uhrenindustrie muss auch in der Frage der traditionellen Politik eindeutig in Richtung auf eine vermehrte Liberalisierung resp. eine weltoffenere Politik unserer Uhrenindustrie gehen. Nun verlangt man aber von den für die Handhabung des Uhrenstatuts zuständigen Behörden immer mehr zusätzliche Erklärungen etc., die eigentlich auf ein Festnageln der alten Marschroute hinauslaufen. Hier muss ich sagen, dass es einfach gewisse Grenzen gibt, wo wir nicht mehr mitmachen können, wenn wir logisch mit uns selber bleiben wollen.

2. Der Antitrustprozess ist ein Prozess der F[édération] H[orlogère] und der Ebauches SA und nicht des Bundes. Wir sind nicht schuld, dass seinerzeit das consent decree nicht zustande kam. Ich habe auch die Überzeugung, dass den Anwälten Gordon und Jackson der Abschluss eines consent decree nicht absolut unmöglich gewesen wäre, wenn sie nicht das eindeutige Mandat gehabt hätten, den Prozess vor dem New Yorker Bundesgericht zu gewinnen. Ich glaube deshalb, dass es nun auch einmal an den Parteien der Uhrenindustrie wäre, jene Konzessionen zu machen, die offenbar einzig geeignet sind, das consent decree in letzter Stunde noch zustande zu bringen. Wenn man aber das letzte Jota einer sich immer mehr überlebenden konventionellen Ordnung retten will, dann muss man sich eben schlüssig werden, was wichtiger ist: Den Prozess zum Abschluss zu bringen, oder die geltende privatrechtliche Ordnung zu retten um den Preis eines endlosen Prozesses, dessen Ausgang mehr als offen ist.

3. Darf ich Ihnen sodann noch eine Bemerkung machen. Ihre Verhandlungsführung ist vorzüglich. Sie gibt mir lediglich zu dem Bedenken Anlass, dass der Bund sich immer mehr mit diesem Prozess identifiziert. Es ist auffallend, wie die wirklich Verantwortlichen der Uhrenindustrie im Hintergrund bleiben und stets eine Equipe vorschicken, die dann gegebenenfalls, zusammen mit den Herren der Bundesverwaltung, die die Verhandlungen

1. *Notiz*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 503 (C.41.126).

2. *Vgl. dazu die Zusammenfassung der Argumentation in den Besprechungen vom Februar 1964 mit den amerikanischen Behörden betreffend Uhren-Antitrust vom Februar 1964, dodis.ch/31832 und das BR-Prot. Nr. 885 vom 5. Mai 1964, dodis.ch/31833.*

leiten, als die «Schuldigen» eines von Bern «aufoktruierten» consent decree abgestempelt werden können. Da ja das consent decree die Uhrenindustrie, besonders die Vertreter der alten Linie, kaum befriedigen dürfte – auch wenn schlussendlich eines zustande kommt –, wäre es ja nicht so unbequem, einen Verantwortlichen zu suchen!

Ich bin überzeugt, dass Sie mir diese persönlichen Hinweise «verzeihen». Mir ist aber nicht mehr ganz wohl bei der ganzen Geschichte, obwohl ich bei den Verhandlungen nur als Experte für die Uhrengesetzgebung zugezogen bin.

34

dodis.ch/31565

*Notice pour le Chef de la Division des affaires politiques
du Département politique, P. Micheli¹*

DÉLÉGATION ÉCONOMIQUE PERMANENTE

[Berne,] 29 juin 1964

Lors de la réunion de vendredi 26 juin² de la délégation, au point de l'ordre du jour concernant l'aide consortiale suisse à la Turquie³, j'ai signalé aux délégués le cas de notre compatriote, M. Vonmoos⁴, en relevant que le Département politique, sans vouloir lier ce cas à l'aide consortiale et en faire une condition pour son octroi, ne serait pas défavorable à l'adoption d'une solution restrictive concernant ces crédits puisque, jusqu'à ce jour, malgré nos nombreuses démarches, les Turcs n'ont pas montré beaucoup de bonne volonté pour tâcher de trouver une solution au cas Vonmoos.

1. *Notice*: E 2001(E) 1978/84 vol. 1022 (B.31.22.1). *Rédigée et signée par B. Torrione.*

2. *Cf. le Protokoll der Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 26. Juni 1964*, E 2001(E) 1978/84 vol. 227 (C.41.110.1).

3. *Sur cette aide consortiale, cf. la notice de H. Hess du 24 août 1964*, dodis.ch/31807; *la lettre de P. R. Jolles à R. Keller du 15 décembre 1964*, dodis.ch/31848; *le PVCF N° 382 du 26 février 1965*, dodis.ch/31849. *Voir aussi doss. E 7110(-) 1975/31 vol. 140 (861.5) et E 7110(-) 1976/21 vol. 129 (861.5).*

4. *Sur ce citoyen Suisse emprisonné en Turquie, cf. la notice de R. Probst à A. R. Lindt du 26 mars 1964*, dodis.ch/31845; *la lettre de R. Probst à W. Fuchss du 1^{er} juin 1964*, dodis.ch/31846; *la notice de R. Probst au Délégué à la coopération technique du 4 novembre 1964*, dodis.ch/31847. *Voir aussi doc. 55*, dodis.ch/31564.

dodis.ch/31241

*Notiz des Departementssekretärs des Justiz- und Polizeidepartements,
A. Riesen¹*

Bern, 24. Juli 1964

Anlässlich des gestrigen Empfangs auf der Botschaft der Arabischen Republik, gelangten sofort die Herren Botschaftsrat *Hansen* und Legationsrat *Weil* nacheinander an mich um zu erfahren, wie die ganze Presseberichterstattung² und zum Teil Polemik entstanden sei. Ich erklärte Ihnen kurz den Sachverhalt und fügte bei, m. E. sei es völlig unbegreiflich, dass *Globke* nach den ihm sicher zugekommenen Warnungen und nachdem er über die gesamte Situation sicher orientiert sein musste, trotzdem einen solchen Ferientaufenthalt³ wieder vorgenommen habe. Die Angelegenheit habe selbstverständlich, nachdem sie in der Presse gekommen war, unsererseits nicht verschwiegen werden können. Wir hätten dann ganz bewusst beigefügt, dass im Fall *Globke*⁴ Abklärungen erfolgen, um gegebenenfalls eine allf. fremdenpolizeiliche Vorkkehr⁵ in Erwägung zu ziehen. Die Haltung der öffentlichen Meinung in dieser Sache sei ja hinreichend bekannt. Herr *Globke* werde in einem grossen Teil der Schweizerpresse für unser Land als unerwünscht betrachtet. Eine solche Haltung der öffentlichen Meinung könne nun abgesehen von andern Feststellungen, der verantwortlichen Behörde natürlich nicht ganz gleichgültig sein. Die beiden Herren, wobei Herr *Weil* noch wesentlich schärfer, erklärten spontan, es sei völlig unverständlich, dass *Globke* gekommen sei. Herr *Hansen* bestätigte mir u. a., er sei doch genügend gewarnt worden. Herr *Hansen* stellte im übrigen die Frage, ob es nicht zweckmässig wäre, über unsere Botschaft noch in stärkerer Weise auf *Globke* hinzuwirken. Ich verwies im übrigen auf die Interpellation *Werner Schmid*⁶, nicht zuletzt deretwegen verschiedene Überprüfungen zu erfolgen

1. *Notiz*: E 4001(D) 1973/125 Bd. 69 (060.01).

2. *Vgl. dazu die Zeitungsausschnitte in Doss.* E 2001(E) 1978/84 Bd. 399 (B.41.11).

3. *Vgl. dazu das Schreiben von L. von Moos an F. T. Wahlen vom 12. August 1964, Doss. wie Anm. 2.*

4. *Für eine Übersicht über den Fall Globke vgl. die Notiz von A. Amstein an A. Riesen vom 8. August 1964, dodis.ch/31291. Zur Problematik des Aufenthaltes von deutschen Staatsbürgern mit nationalsozialistischer Vergangenheit vgl. DDS. Bd. 19, Dok. 139, dodis.ch/9689 und DDS, Bd. 20, Dok. 98, dodis.ch/12563; zu O. Schmiedt die Notiz von F. T. Wahlen vom 15. September 1964, dodis.ch/30782 und zu K. Leibbrand das Schreiben von A. Amstein an L. von Moos vom 8. Juli 1966, dodis.ch/31293 sowie das BR-Verhandlungsprot. der 44. Sitzung vom 12. Juli 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 6 f.*

5. *Zur Frage, ob eine Einreisesperre verhängt werden soll, vgl. die Notiz von A. Janner an E. Mäder vom 9. September 1964, Doss. wie Anm. 1. Vgl. dazu ferner das BR-Prot. Nr. 737 vom 27. April 1965, dodis.ch/32058.*

6. *Vgl. das NR-Prot. vom 7. Oktober 1964, dodis.ch/31292 und das BR-Verhandlungsprot. der 65. Sitzung vom 21. September 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 3.*

haben. Mit der im Gange befindlichen Überprüfung als solcher wird weder in positiver noch in negativer Hinsicht etwas präjudiziert. Alles ist noch offen. Herr Hansen gab ferner bekannt, dass die ganze Angelegenheit dem deutschen Botschafter⁷ höchst unangenehm sei.

7. W. von Welck.

36

dodis.ch/31742

Interne Notiz des Politischen Departements¹

Bern, 24. Juli 1964

Die in beiliegender Notiz² des Protokollendienstes erwähnte Anfrage des IKRK betreffend Feldspital in Jemen³ fällt zweifellos in Ihren Kompetenzbereich.

Vom politischen Standpunkt aus wäre immerhin zu bemerken, dass wir kein Interesse daran haben können, als Geldgeber des Spitals von Ukd⁴ in Gesellschaft der Ölscheichs von Bahrain und Qatar zu erscheinen, die ja übrigens kaum zu den Signataren der Rotkreuzkonventionen⁵ gehören dürften.

Sollte das IKRK sein Vorhaben⁶ weiterverfolgen wollen, so wäre u. E. Vorsorge dafür zu treffen, dass das Spital von Ukd nicht eines Tages in aller Öffentlichkeit als «bahreinisch-qatarisch-schweizerisches Gemeinschaftsunternehmen» präsentiert wird.

1. Notiz: E 2003(A) 1978/29 Bd. 199 (o.222). Verfasst von P. Stauffer, unterzeichnet von P. E. Jaccaud und gerichtet an H. Langenbacher.

2. Diese Notiz von E. Serra vom 23. Juli 1964, hielt fest, dass das IKRK sich beim Politischen Departement nach Kontakten zu Katar und Bahrain erkundigte, mit der Absicht, diese um einen finanziellen Beitrag für die IKRK-Aktion in Jemen anzugehen, Doss. wie Anm. 1.

3. Zur Frage der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Jemen vgl. die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Errichtung neuer diplomatischer Vertretungen vom 19. September 1966, BBL, II, S. 517–522 sowie das BR-Verhandlungsprot. der 57. Sitzung vom 19. September 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 1–2.

4. Zum Beitrag der Schweiz an die IKRK-Aktion in Jemen vgl. die Notiz von J. Burckhardt vom 28. Februar 1964, dodis.ch/31745; das BR-Prot. Nr. 807 vom 21. April 1964, dodis.ch/31744; die Notiz von D. Werner vom 25. Januar 1965, dodis.ch/31748; das BR-Prot. Nr. 2072 vom 5. November 1963, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 679.1 sowie das BR-Prot. Nr. 2319 vom 9. Dezember 1963, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 680.1.

5. Zur Ratifikation der Genfer Konventionen vom 12. August 1949 über den Schutz der Kriegsoffer durch die Schweiz vgl. DDS, Bd. 18, Nr. 58, dodis.ch/8742, bes. Anm. 7. Bahrain und Katar ratifizierten die Genfer Konventionen am 30. November 1971 bzw. am 15. Oktober 1975.

6. Neben der Schweiz unterstützten v. a. Saudi-Arabien, Australien und Iran die IKRK-Aktion in Jemen. Vgl. dazu die Notiz von D. Werner vom 25. Januar 1965, dodis.ch/31748.

dodis.ch/30798

*Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, H. Schaffner,
an den Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit,
M. Holzer¹*

Dringend

Bern, 13. August 1964

Das Emmigrationsabkommen mit Italien² wird, bevor es überhaupt nur publiziert worden ist, nach Strich und Faden heruntergemacht. Haupttenor: der nach kürzerer Zeit mögliche Nachzug der Familien widerspricht der Konjunkturpolitik! Sogar die Schweiz. Handelszeitung³, die noch einen Funken ökonomischer Kenntnis haben sollte, aber auch die Kreise um das Gewerbe, sogar der sozialdemokratische bundesstädtische Pressedienst⁴, aber auch die Solothurner Zeitung⁵, usw., haben sehr wenig wählerisch dieses Abkommen attackiert.

Ich glaube, dass es notwendig ist, eine sorgfältig vorbereitete und mit einem Rohstoff begleitete Pressekonferenz⁶ durch Sie⁷ und Herrn Dr. Mäder durchzuführen. Die Schweizer machen sich eben kolossale Illusionen, wenn sie glauben, wir könnten auf die Dauer nur die aktive, im Berufsleben stehende Bevölkerung des Nachbarstaates hereinnehmen, die Familien, Frauen, Kinder und Betagte, aber im Absenderstaat der an und für sich willkommenen Arbeitskräfte zurückzulassen. Wir haben ohnehin ein vollständig falsches Bild der sogenannten schweizerischen Bevölkerungspyramide. Der Anteil der im aktiven Berufsleben Stehenden, Steuer- und Abgabeleistenden ist im Verhältnis zu der passiven oder nicht mehr aktiven Bevölkerung, Kinder, Betagte, Hausfrauen, ohnehin viel zu günstig. Wir machen uns auch in dieser Hinsicht grosse Illusionen.

Das Abkommen mit Italien kann gut verteidigt werden. Man muss einmal deutlich sagen, dass man auf die Dauer den Fremdarbeitern nicht das Zölibat zumuten kann, dass die Trennung von der Familie auf die Dauer keine Lösung ist, dass wir deshalb sicher zu viele und nicht zu wenig Fremdarbeiter hereinengenommen haben, und dass auch auf dem Gebiete der fremden Arbeitskräfte einmal «l'heure de la vérité» kommt.

Dabei sind die Konzessionen, die die Schweiz gemacht hat, m. E. relativ bescheiden. Sie unterschreiten jedenfalls alle italienischen Postulate und

1. Schreiben: E 7170(B) 1977/67 Bd. 261 (241.1).

2. Vgl. das Abkommen vom 10. August 1964 zwischen der Schweiz und Italien über die Auswanderung italienischer Arbeitskräfte nach der Schweiz, *BBl, II 1964, S. 1026–1037*. Vgl. auch *Dok. 48, dodis.ch/30799; Dok. 53, dodis.ch/30796 und Dok. 54, dodis.ch/30797*.

3. Vgl. die Schweizerische Handelszeitung vom 13. August 1964, *Doss. wie Anm. 1*.

4. Vgl. die Zeitschrift Gewerkschaftskorrespondenz vom 13. August 1964, *Doss. wie Anm. 1*.

5. Vgl. die Solothurner Zeitung vom 12. August 1964, *Doss. wie Anm. 1*.

6. Für diese Pressekonferenz, die am 24. August 1964 statt fand, vgl. die Notiz von M. Holzer an H. Schaffner vom 19. August 1964 und die Notiz Pressekonferenz vom 24. August 1964, *Doss. wie Anm. 1*.

7. Handschriftliche Korrektur aus: von Ihnen.

Wünsche⁸. Sie stehen auch in keinem Verhältnis zu den Möglichkeiten, die die Konkurrenz in der EWG, die sich um die fremden Arbeitskräfte bewirbt, zu offerieren in der Lage ist.

Ob es auf die Dauer klug sein wird, so viele Fremdarbeiter in der Schweiz zu haben, damit sie den ganzen Samstag die Zähne an der Sonne trocknen können, ohne einen Streich zu arbeiten, währenddem sie in Italien sogar am Samstagnachmittag Bauleistungen vollbringen, ist eine Frage für sich. Wir sind eben insgesamt widerspruchsvoll und unvernünftig. Verstand und Vernunft sind bei uns rare Artikel geworden!

8. Vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 151, dodis.ch/14400.

38

dodis.ch/31807

Notice interne du Département politique¹

ADHÉSION SUISSE AU CONSORTIUM GRÈCE

[Berne,] 24 août 1964

On se souvient qu'en juin 1962, le gouvernement grec avait fait une demande auprès des autorités fédérales en vue de notre participation au consortium international destiné à financer l'aide économique à la Grèce². La création de cet organe avait été décidée en mai 1962 à Athènes lors de la réunion des Ministres des pays membres de l'OTAN. Celui-ci s'est toutefois dessaisi aussitôt de l'affaire en en confiant la réalisation à l'OCDE. Il s'agit donc en fait d'une aide économique destinée au développement industriel de la Grèce et sans rapport avec une aide militaire.

La Suisse a accepté de prendre part aux travaux du groupe de travail consortium Grèce³, comme elle l'avait fait pour le consortium turc⁴, tout en soulignant que cette participation ne préjugeait en aucune façon notre position et ne constituait en aucun cas un engagement ou une promesse de participer à un consortium éventuel.

Le consortium grec, institué en 1962, avec beaucoup moins d'enthousiasme d'ailleurs que le consortium turc, est pratiquement en veilleuse depuis sa création. Les principaux pays exportateurs d'aide ont en effet jugé que la Grèce

1. Notice: E 2001(E) 1978/84 vol. 268 (C.41.753.9). Rédigée par M. Luy et signée par H. Hess, adressée à la Section Ouest et au Service juridique du Département politique.

2. Cf. la notice Griechische Auslandsanleihen de H. Hess du 19 juillet 1962, dodis.ch/19032. Voir aussi la lettre de W. Fuchss à P. Micheli du 18 mars 1963, dodis.ch/19033.

3. Pour plus d'informations, cf. la lettre de E. Stopper à P. Micheli du 7 octobre 1964, dodis.ch/31808.

4. Cf. doc. 34, dodis.ch/31565, en particulier note 3.

n'a pas besoin, pour le moment, de soutien financier d'origine publique, en plus de celui dont elle bénéficie déjà. En ce qui concerne le Royaume Uni, il a semblé attendre, pour participer aux travaux du consortium Grèce, que ce pays adopte une attitude plus constructive dans la question du service de la dette publique extérieure d'avant-guerre.

Par lettre du 10 août 1964⁵, notre Délégation auprès de l'OCDE nous a fait savoir que la Grande-Bretagne avait adhéré au consortium à la suite des arrangements intervenus entre le gouvernement hellénique et l'Association des porteurs britanniques de titres étrangers sur la reprise du Service de la dette extérieure grecque libellée en livres sterling, laquelle intéresse aussi des créanciers suisses.

Par lettre du 19 de ce mois⁶ adressée à la Division du commerce, notre Délégation relève que la décision du Royaume-Uni comme aussi la reprise par la Grèce du Service de la dette extérieure – et quand bien même les modalités en paraissent décevantes pour les créanciers – pourraient nous inciter à reconsidérer notre position. Notre Délégation près l'OCDE ne voit pas, pour sa part, de motifs propres à justifier une prolongation de notre abstention. Elle estime au contraire qu'il y a de bonnes raisons de nature politique et de solidarité pour nous engager à adhérer au consortium sans trop tarder. Quant à l'aspect financier de la question, notre Délégation fait remarquer que dans l'éventualité où un effort spécial – à vues humaines très largement inférieur à celui requis par la Turquie – serait demandé en faveur de la Grèce, la Suisse ne saurait déceimment rester à l'écart.

Ainsi, à la suite de la décision du Royaume-Uni d'adhérer au consortium Grèce, tous les membres industrialisés de l'OCDE sont désormais membres de ce consortium, à l'exception des trois pays scandinaves (dont on ne connaît pas encore la décision qu'ils prendront à ce sujet) et de la Suisse.

Il s'agit dès lors, au vu de ce qui précède, de connaître l'attitude que nous estimons devoir adopter dans le cas grec. Une adhésion de la Suisse, à l'heure actuelle, est-elle indiquée? Il ne nous semble pas que des questions d'ordre économique et financier importantes nous y engagent. En revanche, on peut se demander si, au point de vue politique, il ne conviendrait pas d'établir, par notre adhésion, une balance avec la Turquie (programme d'aide à ce pays⁷ institué en étroite relation avec les travaux du consortium Turquie, de l'OCDE, problème de Chypre⁸). En effet, la participation suisse au consortium turc et son abstention du consortium en faveur de la Grèce pourrait être considérée par le gouvernement d'Athènes comme un geste inamical à son égard. Par ailleurs si l'OCDE devait, comme dans le cas turc, exercer une pression en vue d'une adhésion suisse au consortium Grèce, il serait difficile, si l'on tient compte du principe de la solidarité, de nous y refuser. Notre Délégation nous recommande enfin de ne pas prolonger notre abstention.

5. Lettre de F. Birrer à E. Stopper du 10 août 1964, doss. comme note 1.

6. Lettre de R. Lempen à E. Stopper du 19 août 1964, doss. comme note 1.

7. Cf. doc. 100, dodis.ch/31763, note 24.

8. Cf. doc. 40, dodis.ch/31553.

Nous saurions gré à la Section Ouest de bien vouloir examiner l'aspect politique de la question⁹.

Pour sa part, la Section financière est d'avis qu'il n'y a pas pour le moment de raisons urgentes et impératives d'ordre économique et financier susceptibles de nous engager dès maintenant à participer au consortium, et surtout à une aide consortiale. Il nous serait ainsi difficile de fournir, tant aux Chambres fédérales qu'à l'opinion publique suisse, des raisons suffisantes d'une participation de notre pays au consortium grec. Enfin, il conviendrait surtout d'attendre que les travaux du groupe de travail de l'OCDE soient plus avancés. Nous pourrions alors, le cas échéant et comme ce fut le cas avec la Turquie, nous prononcer en toute connaissance de cause et fonder notre décision sur un maximum d'éléments de faits¹⁰.

Vous nous obligeriez en voulant bien nous faire part de votre avis¹¹.

9. Cf. la notice de P. Cuénoud à la Section financière du Département politique du 25 août 1964, doss. comme note 1.

10. Sur l'adhésion formelle au consortium, cf. le PVCF N° 1359 du 15 juillet 1966, dodis.ch/31810. Voir aussi la lettre de P. Antorini à E. Stopper du 6 juin 1966, dodis.ch/31809.

11. Cf. note 9.

39

dodis.ch/31010

L'Ambassadeur de Suisse à Madrid, M. Fumasoli, au Chef de la Division des affaires politiques du Département politique, P. Micheli¹

ESPAGNE: STATUT DES PROTESTANTS²

Saint-Sébastien, 31 août 1964

Faisant suite à mon rapport du 21 juillet dernier³, j'ai l'honneur de porter à votre connaissance que j'ai eu ce matin un entretien d'une heure avec le Ministre des Affaires Etrangères afin de savoir quel est l'état actuel de la question concernant le Statut des Protestants en Espagne.

M. Castiella m'a exposé en résumé ce qui suit: «Comme vous le savez les métropolitains – après une longue étude du problème d'entente avec tous les évêques – m'ont renvoyé le texte du Statut qui avait été approuvé en principe par le Vatican, en formulant un assez grand nombre de suggestions, dont les unes presque comminatoires et les autres ayant un caractère moins impérieux. La hiérarchie refuse par exemple qu'un prêtre défroqué et devenu

1. Lettre: E 2001(E) 1978/84 vol. 673 (A.15.32.1).

2. Sur ce sujet, cf. aussi la lettre de M. Fumasoli à F. T. Wahlen du 5 octobre 1964, dodis.ch/31081.

3. Cf. la lettre de M. Fumasoli à P. Micheli du 21 juillet 1964, doss. comme note 1.

pasteur protestant puisse exercer son ministère en Espagne. En matière de prosélytisme les suggestions sont nombreuses et concernent les publications relatives au culte, le lieu de construction des chapelles protestantes (pas en face d'une église catholique), la propagande par des moyens tapageurs: haut-parleur, automobile, etc. D'autres suggestions concernent la rédaction: ne pas dire qu'on autorisera les soldats protestants à ne pas suivre le culte catholique, mais: on n'empêchera pas... etc. Nous sommes maintenant en train de rédiger un nouveau texte de statut et j'espère qu'il sera prêt pour être soumis au prochain Conseil de Ministres à La Coruña où se trouve le Caudillo⁴. Si tel est le cas le Statut pourra être soumis aux Cortes en octobre et être mis en vigueur avant la fin de l'année. Les métropolitains ont nommé une commission pour négocier avec le Ministère les suggestions précitées. Cette commission se compose de quatre archevêques: le primat d'Espagne⁵, l'archevêque de Madrid⁶ et l'archevêque de Sion, c'est-à-dire celui qui s'occupe de l'Armée⁷. Celui-ci est un ennemi déclaré du Statut, mais les autres trois sont ou très favorables, ou au moins conscients de sa nécessité. Récemment une partie de la presse s'est prononcée nettement contre le Statut et ce qui est pire les évêques de Bilbao⁸ et de Las Palmas ont publié chacun une pastorale extrêmement opposée au Statut. Le Nonce a demandé à l'évêque de Las Palmas⁹ de retirer la pastorale, ce qui fut fait mais avec un retard sans qu'on ait donc pu empêcher la diffusion du texte. Notre Ambassadeur au Vatican¹⁰ a protesté contre ces deux franc-tireurs. Comme vous le voyez ma mission n'a pas été facile et elle continue à être très critiquée dans le pays. Toutefois les métropolitains savent que le Concile travaille dans le sens du Statut et ils tiennent donc à ce que celui-ci soit approuvé avant que le Concile les oblige moralement à le faire. C'est un point positif pour nous.»

J'ai naturellement posé plusieurs questions à M. Castiella surtout en ce qui concerne le problème du prosélytisme. Je n'ai pas pu avoir des précisions. Il est d'accord quant à la publication de l'horaire des cultes dans la presse, à la liberté de prédication dans les temples, à une grande liberté en matière de mariages, de construction de chapelles, etc. Je crois cependant qu'en matière de liberté de propagande, le désir de conserver dans toute la mesure possible l'unité de la religion empêchera le Statut d'être très généreux. Il s'agit d'après le ministre de faire un grand pas en avant. Il a mentionné le cas d'une petite communauté protestante suisse et britannique (Rincón de la Victoria près de Málaga) à laquelle l'évêque de Málaga¹¹ permet de célébrer le culte dans un salon de la paroisse catholique. M. Castiella pense que si tous les chrétiens du monde deviennent un peu moins fanatiques, il sera possible de régler également en Espagne le problème des protestants d'après les principes de la tolérance,

4. *F. Franco.*

5. *E. Pla y Deniel.*

6. *C. Morcillo González.*

7. *L. Alonso Muñozerro.*

8. *P. Gúrpide Beope.*

9. *A. Pildain y Zapiain.*

10. *Ph. Zutter.*

11. *A. Herrera Oriá.*

mais qu'il faut que les protestants se rendent compte qu'ils ne doivent pas profiter d'une certaine situation particulière à l'Espagne en ce moment (misère et politique) pour claironner une propagande à caractère financier et, sans qu'on veuille le dire, politique.

Je reviendrai aussitôt que possible sur cette question¹².

12. Cf. la lettre de M. Fumasoli à F. T. Wahlen du 30 septembre 1964, doss. comme note 1.

40

dodis.ch/31553

Notiz des Vorstehers des Politischen Departements, F. T. Wahlen¹

BESPRECHUNG MIT GENERALSEKRETÄR U THANT VOM 30. AUGUST 1964 IN GENÈVE²

Vertraulich

[Bern,] 7. September 1964

Die Einladung zu einem Déjeuner tête-à-tête gab mir Gelegenheit, in einem ungefähr zweistündigen Gespräch die meisten Fragen zu besprechen, die irgendwelche Berührungspunkte zwischen den Vereinten Nationen und unserem Lande aufweisen³.

1. Obschon relativ spät während der Unterredung zur Sprache gebracht, war offenbar das Hauptanliegen U Thants die Frage, ob die Schweiz nicht in nächster Zeit ihre Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen in Aussicht nehmen könne⁴. Ich gab ihm eine vollständige Schilderung der innenpolitischen Lage (Notwendigkeit einer Volksabstimmung, gegenwärtig mit Sicherheit zu

1. *Notiz*: E 2804(-) 1971/2 Bd. 47 (08.04). *Kopien an P. Micheli, J. Burckhardt, A. R. Lindt, M. Grüssli, R. Bindschedler, A. Janner, R. Probst, E. Diez, P. R. Jolles, F. H. Andres, W. Jaeggi und E. Thalman*.

2. *F. T. Wahlen berichtete darüber im Bundesrat, vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 60. Sitzung vom 4. September 1964*, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 2. *Zu weiteren Treffen von F. T. Wahlen mit S. U Thant vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 52. Sitzung vom 9. Juli 1965*, dodis.ch/32009, S. 6–8.

3. *Zu den Beziehungen der Schweiz zur UNO vgl. DDS, Bde. 16–18, thematisches Verzeichnis: III.3. Die Schweiz und die UNO; DDS, Bde. 19–21, thematisches Verzeichnis: III.2. Die Schweiz und die UNO; DDS, Bd. 22, Dok. 36*, dodis.ch/30162; *Dok. 51*, dodis.ch/30184; *den Aufsatz von F. T. Wahlen Unsere Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen vom 1. Oktober 1964*, dodis.ch/31926; *das Protokoll von P.-A. Ramseyer vom 9. Februar 1966*, dodis.ch/32044; *den Politischen Bericht Nr. 30 von B. Turrettini vom 29. April 1966*, dodis.ch/31555; *die Notiz von P. Micheli vom 5. Mai 1966*, dodis.ch/31559; *das Schreiben von R. Hartmann vom 28. Mai 1966*, dodis.ch/32045 *sowie die Antwort von F. T. Wahlen auf die Interpellation von K. Furgler und H. Hubacher vom 7. Oktober 1965, Sten. Bull. NR, 1965, S. 555–557.*

4. *Zur Beitrittsfrage vgl. Dok. 132*, dodis.ch/30939; *den Bericht von E. Thalman vom 12. Juni 1965*, dodis.ch/31554; *die Stellungnahme von L. von Moos im BR-Verhandlungsprot. der 7. Sitzung vom 24. Januar 1964*, E 1003(-) 1994/26 Bd. 2: M. le Président de la Confédération

erwartende Ablehnung aus Gründen der Erfahrungen mit dem Völkerbund und einer weitverbreiteten Unzufriedenheit mit den politischen Arbeiten der Vereinten Nationen) und hob dabei besonders auch die Vorteile hervor, die der Völkergemeinschaft im allgemeinen und den Vereinten Nationen im besonderen durch unsere Nichtmitgliedschaft in speziellen Fällen erwachsen können⁵. Dagegen betonte ich, dass sich der Bundesrat positiv zu den Zielen der Vereinten Nationen einstelle und nach wie vor bereit sein werde, ihre friedenserhaltenden Missionen nach Möglichkeit zu unterstützen⁶, ganz abgesehen von unserer selbstverständlichen und intensiven Mitarbeit in den spezialisierten Organisationen⁷.

U Thant verwickelte mich dann in ein längeres Gespräch über unsere Institutionen und zeigte viel Verständnis für unsere Haltung. Dabei kam wiederum sein Wunsch zum Ausdruck, es möchte seinem Land, Burma, gelingen, sich eine ähnliche Stellung wie die Schweiz zu erobern. In bezug auf die Disponibilität für schwierige Missionen gab er u. a. zu, dass Burmas Stellungnahme im Kaschmir-Konflikt⁸ in der Generalversammlung eine vermittelnde Mission, an der ihm viel liegen würde, verunmögliche.

Ich hatte das Gefühl, dass das Gespräch einen sehr positiven Ausgang nahm. Es ist sicher nicht unwichtig, wenn an der Spitze des Sekretariats das notwendige Verständnis für den Sonderfall Schweiz besteht.

2. U Thant fragte mich, ob es stimme, dass die Schweiz an der nächsten Neutralistenkonferenz⁹ durch einen Beobachter vertreten sein werde. Man hätte ihm das von Seiten Jugoslawiens und der Vereinigten Arabischen Republik zu verstehen gegeben. Ich erklärte, dass wir auf alle darauf hinzielenden Sondierungen negativ reagiert hätten und dass der Bundesrat nicht in der Lage sei, seine Stellungnahme zu revidieren¹⁰. U Thant scheint von der Neutralistenkonferenz u. a. eine Resolution zu erwarten, durch welche die gegenüber den Vereinten Nationen in Zahlungsrückständen befindlichen Länder aufgefordert werden sollen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Offenbar hatte er in dieser Richtung Kontakte mit Nasser und Tito. Er möchte aber keinesfalls, dass diese Tatsache nach aussen bekannt würde.

tion constate que la question de l'adhésion de la Suisse à l'ONU a un aspect objectif et un aspect subjectif. Il espère que la décision à prendre devra être prise beaucoup plus tard, par d'autres. *Vgl. auch die Stellungnahme von W. Spühler im BR-Verhandlungsprot. der 67. Sitzung vom 25. Oktober 1966*, dodis.ch/32026, S. 3 f.: Je suis convaincu qu'il arrivera un jour où une adhésion s'imposera, si la neutralité peut être sauvegardée. Nous devrions consacrer une séance spéciale à cet objet.

5. *Vgl. dazu auch den Vortrag von W. Spühler vor den Aussenpolitischen Kommissionen der eidg. Räte vom 16. Mai 1966*, dodis.ch/31561.

6. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 124 vom 17. Januar 1964*, dodis.ch/31560.

7. *Vgl. dazu das Schreiben von J. Burckhardt an E. Stadelhofer vom 14. Juni 1965*, dodis.ch/31558.

8. *Zu den Konsequenzen des Kaschmir-Konflikts für die Schweiz vgl. Dok. 109*, dodis.ch/30890.

9. *Vgl. dazu Dok. 3*, dodis.ch/30896 sowie *Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 166 (B.73.8)*.

10. *Vgl. dazu die Mitteilung von A. Janner an die diplomatischen Vertretungen vom 11. Juni 1964, Doss. wie Anm. 9.*

Auf meinen Einwand, eine solche Resolution würde wahrscheinlich durch die Aktionen Tshombes im Kongo erschwert, drückte er die Hoffnung aus, dass die Konferenz von Addis Abeba mit diesen Problemen noch vor der Neutralistenkonferenz fertig werde.

3. Sehr eingehend besprachen wir dann die Welthandelskonferenz¹¹, ihre Resultate und besonders die zu schaffenden Institutionen. U Thant war über die Absichten von Philippe de Seynes und Prebisch orientiert, das mit der Vorbehandlung der institutionellen Fragen betraute Komitee möglichst klein zu halten und als Vertreter des Westens die Schweiz (Minister Jolles) und Dänemark (Kaufmann) vorzusehen. Ich erklärte unsere bekannte negative Haltung gegenüber diesem Vorschlag und machte geltend, dass die ursprünglich von englischer Seite vorgeschlagene Kandidatur Jolles für das Präsidium der 55er Gruppe viel wichtiger sei¹². Ich machte aber in aller Deutlichkeit darauf aufmerksam, dass wir uns nicht um dieses Amt bemühen, sondern uns lediglich zur Verfügung stellen¹³, falls es dem Wunsch einer Mehrheit der Industrieländer und der Entwicklungsländer entsprechen sollte. Ich orientierte U Thant im einzelnen über die bisherigen Sondierungen. Er war offensichtlich nicht in der Lage, mangels genauer Kenntnisse der Situation, Stellung zu beziehen.

4. Das Zypern-Problem¹⁴ wurde sehr ausführlich besprochen. Entgegen den Vermutungen in der in- und ausländischen Presse äusserte aber U Thant keinerlei den Wunsch nach Ersetzung des bisherigen Vermittlers Tuomioja durch eine schweizerische Persönlichkeit¹⁵. Nachdem gewisse Sondierungen (Chanderli) negativ verliefen, halte ich es trotzdem nicht für ausgeschlossen, dass sich die Frage im weiteren Verlauf der Krise noch stellen könnte.

5. Generalversammlung der UN.

Offenbar stellt sich die Abhaltung der Generalversammlung in Genf nicht mit der gleichen Dringlichkeit wie es noch letztes Jahr den Anschein hatte. Anlässlich seines Moskauer Besuches wurde U Thant der Vorschlag unterbreitet, die Generalversammlung 1966 in Moskau abzuhalten. Ähnliche Vorstösse wurden zugunsten Turins unternommen. In beiden Fällen ist U Thant

11. Zur Welthandelskonferenz vgl. *Dok. 111*, dodis.ch/31695.

12. Zur Kandidatur von P. R. Jolles für das Präsidium der UNCTAD vgl. *Doss. E 2804(-) 1971/2 Bd. 48 (08.09)*.

13. Vgl. dazu die Notiz von F. T. Wahlen vom 8. Juli 1965, dodis.ch/31557.

14. Zur UNO-Aktion in Zypern und der Frage der Beteiligung der Schweiz vgl. die Notiz von R. Bindschedler vom 18. März 1964, dodis.ch/31924; den Bericht von R. Bindschedler vom 18. März 1964, dodis.ch/31923; das Schreiben von B. von Fischer an P. Micheli vom 24. März 1964, dodis.ch/31922; das Schreiben von P. Micheli an A. Soldati vom 20. März 1964, dodis.ch/31925; das BR-Prot. Nr. 649 vom 26. März 1964, dodis.ch/31927; das BR-Verhandlungsprot. der 81. Sitzung vom 19. November 1965, dodis.ch/32005, S. 6 sowie das BR-Verhandlungsprot. der 91. Sitzung vom 28. Dezember 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 8: Herr Wahlen erinnert daran, dass die aussenpolitische Kommission sich positiv ausgesprochen hätte. Nun seien aber die Verhandlungen der UNO in New York nicht gut verlaufen. Botschafter Dr. Thalman beantrage deshalb den Antrag noch zurückzustellen. Vgl. ferner das BR-Verhandlungsprot. der 14. Sitzung vom 1. März 1966, dodis.ch/32029.

15. Zur Diskussion standen M. Petitpierre und P. Rüeegg, vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 22. Sitzung vom 17. März 1964, dodis.ch/31068.

ablehnend. Offenbar hält er dafür, dass die Frage nicht durch Verlegung einer Generalversammlung nach Genf neu aktiviert werden sollte.

6. Hinsichtlich der Finanzkrise der Vereinten Nationen äusserte U Thant gegenüber der Schweiz keinerlei Wünsche.

7. Jemen¹⁶.

Die Unterhaltung über dieses Thema sowohl hinsichtlich Einstellung der UN-Überwachung wie der Wünschbarkeit der Weiterführung der Rotkreuz-Aktion deckt sich völlig mit dem Bericht unseres Beobachters¹⁷ in New York vom 28. August 1964¹⁸.

8. Es wurde dann noch eine Reihe von kleineren Fragen behandelt. Was das UN-Training and Research Institute betrifft, so ist seine Errichtung durch die Möglichkeit gesichert, in nächster Nähe des UN-Gebäudes in New York ein 5stöckiges Gebäude zum Preise von \$ 500'000.– durch eine Zuwendung der Rockefeller Foundation zu erwerben. Damit erweist sich die Weiterführung der Tätigkeit des Institut pour les hautes études internationales auch von diesem Gesichtspunkte der UN als erwünscht.

Über meine Mitteilung, die Schweiz werde die zur Zeit gesperrten Mittel für die Auszahlung an die UNO durch die Balzan-Stiftung¹⁹ sofort freigeben, wenn ein bezüglicher Beschluss der Stiftung «Premi» vorliege, zeigte sich U Thant sehr erfreut. Er wies aber darauf hin, dass die Verwendung dieser Mittel für die UN-Schule nicht mehr so dringlich sei. Die Ford-Foundation hat ihm einen Betrag von \$ 7,5 Millionen zugesichert, um an der Nordecke der Parzelle, auf der das UN-Hauptgebäude steht, eine Schule errichten zu können.

U Thant äusserte sich von sich aus sehr positiv über die in Genf und Bern durchgeführten Kurse für Diplomaten aus Entwicklungsländern, die nach seiner Auffassung einem grossen Bedürfnis entsprechen²⁰.

Endlich kam er auf die Wahrscheinlichkeit zu sprechen, dass sich die UN in nächster Zeit mit der Berlin-Frage zu befassen hätten. Man habe ihm – von welcher Seite wurde nicht gesagt – die Verlegung des Sitzes irgendeiner UN-Organisation nach Berlin angeraten²¹. Ich machte U Thant darauf aufmerksam, dass die Tendenz bestehe auf irgendeiner anderen Ebene unlösbar gewordene Probleme den Vereinten Nationen zuzuschieben, was mit der oft unlösbaren Natur dieser Probleme die Stellung der Organisation auf die Dauer erschüttern müsse. So sei beispielsweise der Verlauf der UN-Aktionen

16. Zur IKRK-Aktion in Jemen vgl. Dok. 36, dodis.ch/31742.

17. E. Thalmann.

18. Vgl. den Politischen Bericht Nr. 37 vom Büro des schweizerischen Beobachters bei der UNO vom 28. August 1964, E 2300(-) 1000/716 Bd. 315 (122).

19. Vgl. dazu das BR-Verhandlungsprot. der 15. Sitzung vom 21. Februar 1964, dodis.ch/31970 sowie das BR-Verhandlungsprot. der 16. Sitzung vom 25. Februar 1964, dodis.ch/31969, S. 3–5; das BR-Verhandlungsprot. der 10. Sitzung vom 4. Februar 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 2 und das BR-Verhandlungsprot. der 87. Sitzung vom 7. Dezember 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 2 f. Zur Absetzung des Stiftungskomitees vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 92. Sitzung vom 29. Dezember 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 6.

20. Vgl. dazu Dok. 104, dodis.ch/31614.

21. Vgl. dazu das Schreiben von R. Hartmann an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements vom 11. September 1961, dodis.ch/30567.

im Kongo²² und in Zypern einer der Gründe für den Prestigeverlust der Organisation in der schweizerischen Öffentlichkeit. U Thant schien den Einwand zu begreifen. Ob er in Rücksicht auf gewisse Zusagen noch praktisch wirksam wird, ist eine andere Frage.

22. Vgl. dazu DDS, Bd. 21, Dok. 85, dodis.ch/15248; Dok. 86, dodis.ch/15335; Dok. 95, dodis.ch/15341; Dok. 122, dodis.ch/15397 und Dok. 128, dodis.ch/15378 sowie DDS, Bd. 22, Dok. 70, dodis.ch/30218 und Dok. 89, dodis.ch/30220.

41

dodis.ch/31499

*Der Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Politischen Departements, R. Probst,
an den schweizerischen Bundesanwalt, H. Fürst¹*

ANGELEGENHEIT KHIDER

Dringend

Bern, 12. September 1964

Wir nehmen Bezug auf die Unterredung vom 10. September im Büro des Unterzeichneten² betreffend die Angelegenheit Khider, an der Herr Dr. Amstein, Chef der Bundespolizei, Herr Fürsprech Hänni, Ihr Substitut³, sowie der Genfer Untersuchungsrichter Roger Dussaix teilnahmen⁴. Vereinbarungsgemäss übermachen wir Ihnen anbei in diesem Zusammenhang folgende Dokumente:

1. Aktennotiz

des Unterzeichneten vom 12. September⁵, worin auf Grund der erwähnten Unterredung mit dem Genfer Untersuchungsrichter sowie anderer Information versucht wird, ein möglichst vollständiges Bild der ganzen Affäre zu vermitteln.

1. *Schreiben (Kopie)*: E 2804(-) 1971/2 Bd. 54 (11).

2. *R. Probst*.

3. *O. Hänni*.

4. Vgl. dazu den Brief von P. Cuénoud an R. Dussaix vom 8. September 1964, E 2001(E) 1978/84 Bd. 365 (A.45.22.11): Nous vous confirmons à ce propos qu'il s'agira d'un échange de vues sur un plan personnel, qui ne saurait lier les Autorités fédérales. Cette affaire est en effet uniquement de la compétence du pouvoir judiciaire. Nous savons d'ailleurs que vous partagez notre avis sur ce point et nous sommes volontiers à votre disposition pour nous entretenir avec vous de manière informelle de cette délicate affaire. *Zu den Bedenken des Politischen Departements und von F. T. Wahlen vgl. die Notiz von R. Probst vom 2. September 1964, dodis.ch/31976.*

5. *Notiz von R. Probst vom 12. September 1964, dodis.ch/31977.*

2. *Note der algerischen Botschaft an das EPD,*

vom 28. August⁶, worin gegen die Pressekonferenz des Mohamed Khider in Genf Einspruch erhoben wird. Die Note ist von einer Notiz des Generalsekretärs⁷ des EPD über den Besuch des algerischen Botschafters Yousfi vom 31. August⁸ begleitet. – Wie erinnerlich, hatte die beanstandete Pressekonferenz bereits vor der algerischen Demarche Gegenstand einer letzten Verwarnung der Bundespolizei an Khider gebildet.

3. *Schreiben des algerischen Präsidenten Ben Bella an Bundespräsident von Moos,*

vom 30. August⁹. Es ist von einer Notiz des Bundespräsidenten vom 2. September¹⁰ über den Besuch des algerischen Botschafters, der das Schreiben am 1. September überbrachte hatte, begleitet. Dieses Schreiben (wovon wir Herrn Fürsprecher Hänni schon am 10. September eine Kopie übergaben, während ihm die Notiz des Bundespräsidenten seinerzeit direkt zugekommen war) gipfelt in der Forderung, Khider sei wegen Verstosses gegen die Art. 299 Abs. 2 [*StGB*] (Störung der staatlichen Ordnung eines fremden Staates) und 296 [*StGB*] (Beleidigung eines fremden Staatsoberhauptes) zu verfolgen; er sei überdies «pour mettre fin à ses activités sur le territoire Helvétique» in Haft zu setzen.

Durch das Begehren Ben Bellas wird die Angelegenheit nunmehr, parallel zur weiter andauernden kantonalen Strafuntersuchung wegen Unterschlagung und ungetreuer Geschäftsführung, auf die Bundesebene gehoben. Die vom algerischen Präsidenten geltend gemachten Delikte werden in der Tat nur auf Ermächtigung des Bundesrates verfolgt (StGB 302), wobei Bundesassisen (StGB 299) bzw. Bundesstrafgericht (StGB 296) zuständig sind. Es obliegt unter diesen Umständen Ihrem Departement, zunächst eine Untersuchung einzuleiten und dem Bundesrat hierauf zu gegebener Zeit Antrag¹¹ zu stellen.

Wir brauchen wohl kaum auf die Tragweite dieser Angelegenheit¹² hinzuweisen, die nicht nur wegen der in Frage stehenden Beträge, sondern namentlich wegen ihres akuten politischen Aspektes von erheblicher Bedeutung ist. Es wäre in der Tat verhängnisvoll und könnte von der Schweiz nicht geduldet werden, wenn sich herausstellen sollte, dass unser Territorium von den politischen Gegnern Ben Bellas wirklich, wie dies behauptet wird, als Freistatt für die Förderung ihrer bewaffneten Rebellion gegen die von uns anerkannte algerische Regierung, mit der wir diplomatische Beziehungen unterhalten, verwendet wird.

6. *Note der algerischen Botschaft an das Politische Departement vom 28. August 1964, Doss. wie Anm. 4.*

7. *P. Micheli.*

8. *Notiz von P. Micheli vom 31. August 1964, Doss. wie Anm. 4.*

9. *Schreiben von A. Ben Bella an L. von Moos vom 30. August 1964, Doss. wie Anm. 4.*

10. *Notiz von L. von Moos vom 2. September 1964, Doss. wie Anm. 4.*

11. *Am 27. Oktober 1964 beschloss der Bundesrat M. Khider gemäss Art. 70 der Bundesverfassung aus der Schweiz auszuweisen, vgl. das BR-Prot. Nr. 1881 vom 27. Oktober 1964, dodis.ch/31500. Zum Gesuch auf Aufhebung der Ausweisung vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 43. Sitzung vom 8. Juli 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 8.*

12. *Vgl. dazu Dok. 165, dodis.ch/31422 und die Notiz von R. Probst vom 26. Oktober 1964, Doss. wie Anm. 4.*

Nur der Vollständigkeit halber sei daran erinnert, dass die Schweizerkolonie in Algier immer noch rund gegen 400 Landsleute umfasst (zu denen ungefähr gleichviel Doppelbürger hinzukommen)¹³, und dass wir dort auch weiterhin sehr namhafte materielle schweizerische Interessen zu verfechten haben. Wir sind Ihnen deshalb für Ihre Absicht dankbar, der vorliegenden Angelegenheit Ihre besondere Aufmerksamkeit angedeihen zu lassen. Unsererseits stehen wir Ihnen, wie wir Sie ebenfalls schon wissen liessen, zu weiteren Besprechungen des Falles, bei dem das Pro und Contra sorgfältig gegeneinander abgewogen werden müssen, jederzeit gerne zur Verfügung.

13. Vgl. dazu *Doss. E 2010(A) 1999/250 Bd. 528 (B.51.30)*.

42

dodis.ch/31525

*Le Commandant en Chef du Congo, J. D. Mobutu,
à l'Ambassadeur de Suisse à Léopoldville, A. Marcionelli¹*

DEMANDE DE BOURSE

Léopoldville, 21 septembre 1964

Le manque de personnel spécialisé dans la mécanique approfondie des appareils cryptographiques que connaît actuellement notre jeune armée m'oblige de solliciter auprès du Gouvernement Suisse l'octroi de six bourses, grâce auxquelles un groupe d'officiers et sous-officiers ayant des notions rudimentaires de cette branche seront sélectionnés pour suivre ce cours².

Je présume que votre pays est le seul qui puisse nous aider efficacement dans ce domaine, car tous les appareils «CRYPTO» que nous stockons actuellement sont d'origine suisse³.

Connaissant vous-même le rôle que joue le chiffrement dans les armées modernes, je vous demanderais d'étudier ma demande avec bienveillance et célérité.

1. *Lettre: E 2200.147(-) 1986/117 vol. 11 (771.23.2)*.

2. *Sur la formation des chiffreurs militaires congolais cf. la notice de P. Cuénoud à A. R. Lindt du 4 août 1964, dodis.ch/31509 et la notice de P. E. Jaccaud du 21 octobre 1964, dodis.ch/31834.*

3. *Sur l'exportation d'appareils cryptographiques, notamment par l'entreprise Crypto SA, cf. la lettre de R. Probst à A. Kaech du 31 mars 1965, dodis.ch/31816; le PVCF N° 660 du 13 avril 1965, dodis.ch/31390; la lettre de P. Micheli à A. Kaech du 4 janvier 1965, dodis.ch/31321; la notice de C. Jagmetti du 3 novembre 1965, dodis.ch/31394; la lettre de O. Exchaquet à A. Kaech du 23 novembre 1965, dodis.ch/31392 et la lettre de P. Clerc à P. Micheli du 10 janvier 1966, dodis.ch/31393. Pour un aperçu de la problématique des exportations de matériel de guerre, cf. doc. 176, dodis.ch/31195.*

Confiant en votre bonne intervention, et en la générosité du Gouvernement Suisse à l'égard de notre jeune armée, je prie votre Excellence de bien vouloir agréer, Monsieur l'Ambassadeur, l'assurance de ma très haute considération⁴.

4. *Sur le coup d'Etat de J. D. Mobutu le 25 novembre 1965, cf. le rapport politique N° 7 du 26 novembre 1965 de A. Marcionelli, dodis.ch/31522; la lettre de F. Schnyder à la Division des affaires politiques du Département politique du 7 janvier 1966, dodis.ch/31519 et la notice de P. E. Jaccaud du 12 janvier 1966, dodis.ch/31520.*

43

dodis.ch/31039

Notiz der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements¹

DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN MIT SÜDKOREA. DAS PROBLEM DER GETEILTEN STAATEN²

Bern, 5. Oktober 1964

Aus neutralitätspolitischen Gründen strebt die Schweiz grundsätzlich die Universalität ihrer Beziehungen mit dem Ausland an³. In diesem Sinne haben wir, vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg, das Netz unserer Aussenposten über die ganze Welt ausgedehnt und sind heute sozusagen in sämtlichen Staaten des Westens wie des Ostens diplomatisch vertreten⁴. Als Ausnahmen können – abgesehen von soeben erst unabhängig gewordenen Staaten – genannt werden: Albanien⁵, Jemen⁶, Kuwait⁷, Somaliland⁸, Südvietnam⁹ und Südkorea¹⁰, die wir

-
1. *Notiz: E 2001(E)-01 1982/58 Bd. 327 (B.15.11). Verfasst und unterzeichnet von A. Glesti.*
 2. *Zum Umgang der Schweiz mit geteilten Staaten allgemein, bes. mit der Problematik der Anerkennung, vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 148, dodis.ch/15235; DDS, Bd. 22, Dok. 13, dodis.ch/18909 und Dok. 111, dodis.ch/18923. Zum Umgang mit Vertretern von von der Schweiz nicht anerkannten Staaten bzw. Regierungen vgl. Dok. 80, dodis.ch/30915.*
 3. *Zur schweizerischen Neutralitätspolitik in der Nachkriegszeit vgl. DDS, Bde. 16–21, thematisches Verzeichnis: I.1. Doctrine officielle de la neutralité. Zur Anerkennung neuer Staaten vgl. Dok. 98, dodis.ch/31268, Anm. 4.*
 4. *Zur Politik der Errichtung neuer diplomatischer Vertretungen der Schweiz vgl. die Botschaften des Bundesrats, BBl, 1945, II, S. 11–13 sowie BBl, 1955, II, S. 1109–1126.*
 5. *Zur Anerkennung von Albanien durch die Schweiz vgl. z. B. DDS, Bd. 16, Dok. 71, dodis.ch/1672; das Schreiben von H. Keller an P. Micheli vom 10. März 1964, dodis.ch/31840; die Notiz von E. Moser vom 6. April 1964, dodis.ch/31841 und das Schreiben von H. Keller an P. Micheli vom 13. Dezember 1966, dodis.ch/31839.*
 6. *Zur Frage der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Jemen vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 57. Sitzung vom 19. September 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 1–3 und Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 1040 (B.15.11).*
 7. *Zur Anerkennung von Kuwait durch die Schweiz vgl. den Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat vom 6. Oktober 1961, dodis.ch/30543.*

anerkannt, Ostdeutschland¹¹, Formosa¹², Nordkorea¹³ und Nordvietnam¹⁴, die wir nicht anerkannt haben¹⁵.

Ein besonderes Problem stellt unser Verhältnis zu den *geteilten Staaten* dar: Deutschland, China, Vietnam und Korea. Nachdem sich hier acht Halbstaaen unter dem Schutz ihrer westlichen und östlichen Verbündeten zu selbständig organisierten Staatswesen entwickelt haben und eine Wiedervereinigung vorderhand nicht im Bereiche des Möglichen zu liegen scheint, hätten wir von uns aus gesehen in Anwendung völkerrechtlicher Kriterien grundsätzlich mit allen acht normale Beziehungen aufnehmen zu können. Infolge der ultimativen Haltung der rivalisierenden Regierungen sehen oder sahen wir uns in diesen Fällen jedoch vor die Wahl gestellt, entweder überhaupt mit keiner Seite offiziell zu verkehren oder uns in nüchterner Abwägung der schweizerischen Interessen für die diplomatische Anerkennung der einen oder der anderen Hälfte zu entscheiden. Das Universalitätsprinzip lässt sich hier also nicht mehr konsequent befolgen. Völlige Abstinenz verlangt unsere Neutralitätspolitik aber auch in diesen Fällen nicht, noch wäre sie mit unseren wirtschaftlichen Interessen vereinbar. So haben wir denn auch seinerzeit im Falle *Deutschlands* für Bonn¹⁶ und im Falle *Chinas* für Peking¹⁷ optiert, wodurch wir uns aber

8. Zur Anerkennung von Somaliland durch die Schweiz vgl. das BR-Prot. Nr. 927 vom 27. Mai 1960, dodis.ch/15540.

9. Zur Anerkennung von Südvietnam durch die Schweiz vgl. das BR-Prot. Nr. 583 vom 1. April 1958, dodis.ch/15232. Zu den diplomatischen Beziehungen mit Südvietnam vgl. Dok. 116, dodis.ch/31154.

10. Zur *De-iure*-Anerkennung Seouls und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen durch die Eröffnung einer Vertretung Südkoreas in Bern vgl. das BR-Prot. Nr. 1934 vom 6. November 1962, dodis.ch/18914. Zur Vertretung der Schweiz in Südkorea vgl. das BR-Prot. Nr. 1924 vom 3. November 1964, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 691.1; den politischen Bericht Nr. 3 von J. de Rham an F. T. Wahlen vom 9. Februar 1965, dodis.ch/31378; die Notiz von A. Glesti vom 5. März 1965, dodis.ch/31860 und das BR-Prot. Nr. 1562 vom 17. September 1965, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 701.2.

11. Zu den Bemühungen der Deutschen Demokratischen Republik um diplomatische Anerkennung vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 56, dodis.ch/15241 und Dok. 82, dodis.ch/31183, bes. Anm. 10.

12. Zur Frage der Anerkennung Formosas vgl. Doss. E 2001(E)-01 1988/16 Bd. 644 (B.15.11.3).

13. Zu den Bemühungen Nordkoreas um diplomatische Anerkennung vgl. Dok. 91, dodis.ch/31372 und Dok. 184, dodis.ch/31369.

14. Zum Versuch der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Nordvietnam vgl. Dok. 144, dodis.ch/31184, bes. Anm. 7 und die Notiz von B. Dumont an W. Spühler vom 15. Februar 1966, dodis.ch/31038.

15. Zum Verkehr mit Vertretern von anderen, von der Schweiz nicht anerkannten Regierungen vgl. bspw. für Asad Kaschmir das Schreiben von A. Kamer an R. Stoudmann vom 24. Juni 1965, dodis.ch/30848 oder für Rhodesien das Schreiben von R. Probst an J. Knüsi vom 7. Dezember 1965, dodis.ch/31109.

16. Zu den diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland vgl. DDS, Bd. 18, Dok. 49, dodis.ch/8095 und DDS, Bd. 19, Dok. 96, dodis.ch/9041. Zum Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland vgl. Dok. 122, dodis.ch/31216; die Notiz von R. Bär an E. Diez und A. Janner vom 21. September 1965, dodis.ch/31301 und das Telegramm Nr. 18 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Köln vom 9. Februar 1966, dodis.ch/31305.

17. Zu den diplomatischen Beziehungen mit China vgl. DDS, Bd. 18, Dok. 4, dodis.ch/4200;

automatisch der Möglichkeit begaben, unsere Interessen in der DDR und auf Formosa diplomatisch oder auch nur konsularisch zu wahren.

In *Vietnam* und *Korea* sprechen wirtschaftliche Überlegungen ganz eindeutig für Beziehungen mit den Südhälften. Dazu kommt, dass letztere im Gegensatz zu den kommunistischen Nordhälften nicht nur bei ihren Verbündeten, sondern auch im Lager der «Nichtverpflichteten» weitgehend Anerkennung gefunden haben und in verschiedenen Sonderorganisationen der UNO vertreten sind. Im Falle von Südkorea kann ferner als Positivum angeführt werden, dass die Regierung von Seoul von den Vereinten Nationen seinerzeit in einer Resolution als die einzige legitimierte Regierung in Korea anerkannt worden ist. Weder in Nordvietnam noch in Nordkorea gab und gibt es andererseits schweizerische Interessen, die offizielle Beziehungen als notwendig erscheinen lassen.

Im heutigen Südvietnam waren wir schon seit der französischen Kolonialzeit konsularisch vertreten. Mit Beschluss vom 23. Juni 1961¹⁸ hat der Bundesrat der durch die Schweiz 1958 anerkannten Regierung von Saigon¹⁹ auf ihren Wunsch die Eröffnung einer diplomatischen Vertretung in Bern erlaubt. Die Südvietnamesen haben von dieser Möglichkeit bisher allerdings keinen Gebrauch gemacht²⁰. Angesichts der politischen Lage in Vietnam²¹ wäre es uns heute *nicht* möglich, Gegenrecht zu halten, d. h. den Räten die Akkreditierung eines schweizerischen Botschafters in Saigon zu beantragen. Das dortige schweizerische Generalkonsulat genügt übrigens heute unseren Bedürfnissen.

Südkorea hat im Frühjahr 1963 in Bern eine eigene Botschaft eröffnet, nachdem der Bundesrat mit Beschluss vom 6. November 1962²² hiezu seine Einwilligung erteilt hatte. Der Stand des Warenaustausches zwischen der Schweiz und Südkorea, wie auch die mutmasslichen Entwicklungsmöglichkeiten lassen die völlige Normalisierung unserer Beziehungen zu Seoul als wünschbar erscheinen (wir verweisen diesbezüglich auf den Bericht von Botschaftsrat Miesch, Tokio, über seine Südkoreareise vom Mai dieses Jahres²³). Wir beabsichtigen, den

Dok. 53, dodis.ch/8182 und DDS, Bd. 22, Dok. 111, dodis.ch/18923. Siehe auch Dok. 175, dodis.ch/30922. Zur Frage der Anerkennung der Volksrepublik China vgl. die Notiz von M. Petitpierre an A. Zehnder vom 7. Oktober 1949, dodis.ch/8017 und die Notiz von G. de Dardel an M. Petitpierre vom 27. Oktober 1949, dodis.ch/8207.

18. *Vgl. den Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat vom 19. Juni 1961, dodis.ch/15236, das BR-Prot. Nr. 1153 vom 23. Juni 1961, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 650.2. Vgl. auch DDS, Bd. 22, Dok. 13, dodis.ch/18909.*

19. *Vgl. Anm. 9.*

20. *Diese Haltung Südvietnams änderte sich Ende 1965, vgl. Dok. 116, dodis.ch/31154.*

21. *Zur Beurteilung der Lage in Südvietnam durch den Bundesrat vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 11. Sitzung vom 12. Februar 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 1: Die Amerikaner seien entschlossen zurückzuschlagen und die Chinesen wären in der Lage im ganzen Randgebiet eine äusserst gefährliche Situation zu schaffen. Es dürfte sich vorerst empfehlen, ohne irgendwie Panik zu machen, die vorsorgliche Anlegung von Notvorräten in Erinnerung zu rufen. Der Delegierte für wirtschaftliche Kriegsvorsorge schlägt eine ruhige Art der Propaganda vor, die man nur begrüssen könne.*

22. *BR-Prot. Nr. 1934 vom 6. November 1962, dodis.ch/18914.*

23. *Vgl. den Bericht von H. Miesch vom 2. Juni 1964, E 2001(E)-01 1982/58 Bd. 327 (B.15.11). Zu den Beziehungen mit Südkorea vgl. auch Dok. 124, dodis.ch/31373 und Dok. 133, dodis.ch/31376.*

schweizerischen Botschafter in Japan²⁴, der seinen Sitz in Tokio beibehalten würde, bei der Regierung von Seoul zu akkreditieren²⁵.

Abschliessend sei bezüglich unserer Beziehungen zu den geteilten Staaten noch bemerkt, dass die von uns nicht anerkannten Hälften der geteilten Staaten gelegentlich Versuche unternehmen, zu offiziellen Kontakten mit Bern oder mit unseren Aussenposten und damit wenigstens zu einer Art de facto Anerkennung zu gelangen. *Pankow* steht mit derartigen Vorstössen an erster Stelle²⁶. Die Vertreter von *Taipeh* sind kürzlich auch aktiver geworden, und zurzeit versucht *Pyongyang*, sich an unsere Mission in Peking heranzumachen²⁷. Keine Vorstösse unternahm bisher *Hanoi*²⁸. Im Interesse einer ungestörten Entwicklung unserer Beziehungen zu den von der Schweiz anerkannten Regierungen verhalten wir uns gegenüber diesen Annäherungsversuchen auf offizieller Ebene natürlich ablehnend²⁹, was nicht ausschliesst, dass die fraglichen Regierungen direkt mit den interessierten Wirtschaftskreisen in der Schweiz verkehren.

24. *J. de Rham*.

25. *Vgl. Anm. 10*.

26. *Vgl. Anm. 11*.

27. *Vgl. Anm. 13*.

28. *Vgl. Anm. 14*.

29. *Vgl. Anm. 2 und 15*.

44

dodis.ch/31063

Interne Notiz des Politischen Departements¹

Bern, 12. Oktober 1964

Die Sitzung der ständigen Wirtschaftsdelegation für Italien hat, wie vorgesehen, am 7. Oktober im Beisein auch von Vertretern der Eidgenössischen Steuerverwaltung stattgefunden². Herr Botschafter Micheli wies einleitend auf die unstabilen innenpolitischen Verhältnisse Italiens hin; namentlich wäre der Zeitpunkt für eine Initiative auf dem Gebiet der Doppelbesteuerung³ vor den Wahlen denkbar unglücklich gewählt.

Anschliessend unterstrich ich, dass die Doppelbesteuerungsbesprechungen seinerzeit nicht wegen mangelnder Instruktionen der italienischen Unterhändler gescheitert seien; es sei auch durchaus nicht richtig, wie Herr Bignami vermute, dass man nicht wisse, woran man sei. Das Gegenteil sei richtig. Die

1. *Notiz*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 830 (C.41.111). *Verfasst und unterzeichnet von E. Diez, gerichtet an H. Hess*.

2. *Vgl. das Protokoll der Sitzung vom 7. Oktober 1964 von E. Stopper*, dodis.ch/31279.

3. *Vgl. dazu auch Dok. 64*, dodis.ch/31048; *Dok. 92*, dodis.ch/31443 sowie *das Schreiben von K. Locher an E. Moser vom 7. April 1966*, dodis.ch/31280.

Italiener wollen der Schweiz gegenüber die in Paris im Rahmen der OECD angenommenen Grundsätze nicht honorieren und verlangen zudem von der Schweiz eine massive Rechtshilfe⁴. Gerade das letztere kommt aber, vor allem auch wegen der Unzuverlässigkeit der italienischen Steuerbehörden bei der Steuererhebung, nicht in Betracht. Der verlangte Preis für ein Doppelbesteuerungsabkommen wäre, ganz abgesehen von der katastrophalen präjudiziellen Wirkung, viel zu hoch. Diese Auffassung wurde anschliessend auch von Herrn Direktor Grosheintz, der die schweizerische Verhandlungsdelegation geleitet hatte, bestätigt, ebenso vom Vertreter des Vororts. Herr Homberger erklärte ausdrücklich, die Wiederaufnahme der Verhandlungen käme unter diesen Umständen nicht in Betracht. Herr Bignami habe vorgeschlagen, Herrn Prof. Cosciani mit einer Vermittlungsaktion zu betrauen. Herr Prof. Herold habe deshalb anlässlich des Kongresses der IFA in Hamburg mit Prof. Cosciani Fühlung genommen, von diesem aber die Antwort erhalten, dass er ein solches Mandat wegen Aussichtslosigkeit nicht übernehmen könne. Offenbar teilt auch Herr Cosciani unsere sehr zurückhaltende Auffassung in Bezug auf die Chancen einer Weiterführung der Verhandlungen.

Aus den genannten Gründen kam die ständige Wirtschaftsdelegation zum Schluss, dass eine Wiederbelebung der Doppelbesteuerungsverhandlungen mindestens im vorläufigen Zeitpunkt nicht in Betracht komme. Eine andere Haltung könnte nur eingenommen werden, wenn sich, was vorläufig nicht vorzusehen sei, die innenpolitische Situation Italiens grundlegend verändern würde, oder wenn die Schweiz auf wirtschaftlichem Gebiet ein Druckmittel hätte, was Herr Stopper für wenig aussichtsreich hält.

Herr Herold hatte noch darauf hingewiesen, dass man den Italienern vielleicht eine Konzession machen könnte, indem schweizerischerseits Massnahmen gegen den organisierten Zigarettenschmuggel getroffen würden. Herr Oberzolldirektor Lenz wies demgegenüber darauf hin, dass die italienischen Beamten selbst tatkräftig an diesem Schmuggel teilnehmen. Es sei in erster Linie Sache der Italiener, für Abhilfe zu sorgen, abgesehen davon, dass nach Aussagen des Direktors der italienischen Tabakregie die Bedeutung des Zigarettenschmuggels⁵ aus der Schweiz weit übertrieben werde. Der massgebende Schmuggel erfolge vor allem von der hohen See her. Direktor Lenz bestätigte aber ebenfalls das schlechte Klima, das gegenwärtig zwischen schweizerischen und italienischen Finanzbehörden⁶ herrsche.

4. Zur Hilfe an Italien vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 37. Sitzung vom 19. Mai 1964, dodis.ch/31864.

5. Vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 13. Sitzung vom 19. Februar 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 2, S. 9 f. Zum Schmuggel vgl. auch Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 811 (B.11.27); den Bericht von E. Widmer vom 10. Juli 1953, dodis.ch/8963; die Notiz von G. Riva an R. Bindschedler vom 19. Dezember 1960, dodis.ch/14905 und das Schreiben von Ch. Lenz an den Rechtsdienst des Politischen Departements vom 22. Juli 1963, dodis.ch/18752.

6. Der Grund für die Verstimmung lag in den Verhandlungen zur Verstaatlichung der italienischen Elektrizitätsgesellschaften, vgl. dazu Dok. 64, dodis.ch/31048, bes. Anm. 4. Zu den Finanzbeziehungen zwischen der Schweiz und Italien vgl. auch das Schreiben von P. Micheli an Ph. Zutter vom 19. Januar 1965, dodis.ch/31288 und den Bericht Rappports économiques italo-suisse von E. Bignami vom 10. August 1964, dodis.ch/31284.

Unter den gegebenen Umständen wurde darauf verzichtet, die übrigen Vorschläge von Herrn Bignami materiell zu prüfen. Die Handelsabteilung wird dem Genannten mitteilen, dass es zur Zeit nicht opportun sei, auf diese Vorschläge einzutreten. Gegen die Schaffung schweizerischer Satellitenindustrien in Italien bestehen übrigens gewichtige sachliche Bedenken, die Herr Stopper in seiner Notiz⁷ bereits angedeutet hat.

7. Vgl. die Notiz Zum Vorschlag Bignami: Doppelbesteuerungsverhandlungen mit Italien (Industrieverlagerung) von E. Stopper vom 16. September 1964, Doss. wie Anm. 1.

45

dodis.ch/31114

Interne Notiz des Politischen Departements¹

KRIEGSMATERIAL

Bern, 12. Oktober 1964

Die Direktion der Eidg. Militärverwaltung (Herr Marti, Mitarbeiter von Herrn Dr. Kurz) unterbreitete uns heute mündlich ein Ersuchen der Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon, Bührle & Co., um Bewilligung einer Schiessvorführung des 35 mm-Flabgeschützes am 22. und 23. Oktober auf dem Schiessgelände bei Zuoz im Engadin. Der Vorführung sollen eine kanadische und eine österreichische Einkaufskommission von je 6-10 Mitgliedern beiwohnen. Dabei wünschen die Österreicher, mangels eigener Schiessgelegenheiten in ihrem Land, während 2 bis 3 Stunden mit einer 35 mm-Batterie selbst Schiessversuche durchzuführen; es handle sich dabei um von der Firma Bührle ausgebildetes österreichisches Militärpersonal.

Gegen die Schiessvorführung bestehen von neutralitätspolitischen Gesichtspunkten aus keine Bedenken, ebensowenig gegen die Bedienung der vorgeführten Waffen durch österreichisches Personal, da solche Vorführungen rein kommerziellen Charakter haben.

Was die besondere Situation der Waffenausfuhrgeschäfte der Firma Bührle anbelangt², ergibt sich aus einer telephonischen Rücksprache von Dr. Diez mit Dr. Probst, dass alle zulässigen Bewilligungen im vorliegenden Fall sogar erwünscht erscheinen, um es Bührle zu erleichtern, neue Abnehmer für die Waffen zu finden, deren Verkauf nach Südafrika³ nicht bewilligt wurde.

Dementsprechend teile ich Herrn Marti von der Direktion der Eidg. Militärverwaltung die Einwilligung des Politischen Departements mit.

1. Notiz: E 2001(E) 1978/84 Bd. 534 (B.51.14.21.2). Verfasst und unterzeichnet von H. Zoelly. Visiert von P. Micheli und R. Bindschedler.

2. Zu Bührle vgl. Dok. 84, dodis.ch/31040; Dok. 117, dodis.ch/31386 sowie die Notiz von R. Probst vom 12. Juni 1965, dodis.ch/31327.

3. Zur Frage der Sistierung des Kriegsmaterialexports nach Südafrika vgl. Dok. 7, dodis.ch/31045 und Dok. 84, dodis.ch/31040. Vgl. ferner DDS, Bd. 22, Dok. 187, dodis.ch/30436; Dok. 174, dodis.ch/30415 sowie Dok. 33, dodis.ch/30386.

Interne Notiz des Politischen Departements¹

CAISSE COMMUNE / POLEN

Bern, 14. Oktober 1964

In einem am 6. Oktober 1964 mit Herrn Luy geführten Telefongespräch erklärte Herr Dunant (SBV), er werde sich am 20. Oktober nach Paris begeben und möchte bei dieser Gelegenheit in der Lage sein, der Caisse commune über allfällige Interventionen unserer Botschaft in Warschau anlässlich der letzten Wirtschaftsverhandlungen in Warschau (Juni 1964)² Bericht zu erstatten. In diesem Zusammenhang stellte er die Frage, ob es nicht angezeigt wäre, dass unsere Botschaft in Warschau – im Einvernehmen mit der französischen Mission – einen neuen Vorstoss bei den polnischen Behörden unternehme.

Anlässlich der im *April 1964* in Warschau stattgefundenen Vorverhandlungen haben wir die Botschaft telegraphisch beauftragt³, unsere Caisse commune-Ansprüche⁴ Polen gegenüber wieder geltend zu machen. Da in den gegenseitigen Standpunkten nicht einmal in den grundsätzlichen Fragen eine Annäherung erzielt werden konnte, sind die damaligen wirtschaftlichen Besprechungen unterbrochen worden, ohne dass die Einzelprobleme hätten berührt werden können.

Die im Juni 1964 wieder aufgenommenen Verhandlungen führten bekanntlich zum Abschluss einer Vereinbarung über die Frage der Nationalisierungsentschädigung⁵. Auf meine telephonische Rückfrage bei Herrn Dr. Roches (Handel) – der heute aus den Ferien zurückkehrte –, ob sich während der Schlussverhandlungen tatsächlich keine Gelegenheit geboten habe, das C. C.-Problem zur Sprache zu bringen, erteilte mir Genannter nachstehende Antwort:

Er habe Herrn Professor Bindschedler auf die C. C.-Forderungen hingewiesen, der aber die Aussichten eines entsprechenden Vorstosses unsererseits zum vornherein als erfolglos beurteilte und den Zeitpunkt hiezu umso weniger geeignet fand, als *polnischerseits* die heikle Frage hinsichtlich der *Guthaben verschollener polnischer Staatsangehöriger bei schweizerischen Banken und*

1. Notiz: E 2001(E) 1978/84 Bd. 537 (C.41.153). Verfasst und unterzeichnet von A. Wegmüller. Kopie an H. Hess.

2. Vgl. Dok. 32, dodis.ch/31318.

3. Vgl. das Telegramm Nr. 66 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Warschau vom 10. April 1964, E 2200.151(-) 1979/69 Bd. 15 (10.44.2).

4. Zu den Ansprüchen der Schweiz in Bezug auf die ungarische und die rumänische Caisse commune vgl. das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Ungarischen Volksrepublik betreffend die Abgeltung der schweizerischen Interessen in Ungarn (abgeschlossen in Budapest am 19. Juli 1950), dodis.ch/2520 und das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Rumänischen Volksrepublik betreffend den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr vom 3. August 1951, dodis.ch/15054.

5. Vgl. Dok. 156, dodis.ch/31318, Anm. 6.

*Versicherungsgesellschaften*⁶ aufgeworfen worden sei. Bei Abschluss des schweizerisch-polnischen Wirtschafts-⁷ und Entschädigungsabkommens⁸ vom 25. Juni 1949 wurde nämlich in einem besonderen Briefwechsel⁹ dem polnischen Begehren entsprochen, diese Guthaben – die auf rund 2 Millionen Franken geschätzt worden sind – in die Regelung der Vergangenheitsfragen einzubeziehen¹⁰. Dieser Briefwechsel sieht vor, dass die Banken und Versicherungsgesellschaften nach einer gewissen Zeit diese Guthaben an die Schweizerische Nationalbank zugunsten des Nationalisierungsentschädigungs-Kontos einzahlen müssen. Wie Herr Roches weiter erklärte, konnten aber bisher mangels Abklärungen lediglich Fr. 16'000.– für diese Zwecke gutgeschrieben werden.

Herr Roches wollte diese Angelegenheit Herrn Dunant persönlich ausinandersetzen (am Telephon), konnte ihn aber nicht erreichen, da er krankheitshalber abwesend ist. Herr Roches bat das Sekretariat der SBV, dass sich D[unant] mit ihm vor seiner Abreise nach Paris in Verbindung setze.

6. Vgl. hierzu Dok. 47, dodis.ch/31312 und Dok. 179, dodis.ch/31451, Anm. 21.

7. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Polen betreffend den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr, abgeschlossen in Warschau am 25. Juni 1949, dodis.ch/8320.

8. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Polen betreffend die Entschädigung der schweizerischen Interessen in Polen vom 25. Juni 1949, dodis.ch/8319.

9. Anhänge des Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Polen betreffend den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr vom 25. Juni 1949, dodis.ch/2470.

10. Zum Abkommen von 1949 vgl. auch Dok. 32, dodis.ch/31318.

47

dodis.ch/31312

*Der Rechtsberater des Politischen Departements, R. Bindschedler,
an den Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Politischen Departements, P. Micheli*¹

BESUCH DES POLNISCHEN BOTSCHAFTERS

Bern, 16. Oktober 1964

1. Botschafter Kropczynski kommt von sich aus auf die Absetzung Chruschtschews² zu sprechen und erklärt, er sei von diesem Ereignis ebenso überrascht wie die Öffentlichkeit. Er hätte über keine Informationen verfügt, die auf einen bevorstehenden Regierungswechsel hätten schliessen lassen. Den neuen Ministerpräsidenten Kosygin kenne er persönlich. Es handle sich vor

1. Notiz: E 2001(E) 1978/84 Bd. 918 (B.34.66). Visiert von F. T. Wahlen. Kopien an A. Janner und E. Diez.

2. Zur Entfernung von N. S. Chruschtschow aus führenden Regierungs- und Parteiämtern am 14. Oktober 1964 vgl. das Telegramm Nr. 200 der schweizerischen Botschaft in Moskau an das

allem um einen Fachmann der Wirtschaft, der sich bis jetzt hauptsächlich mit wirtschaftlichen Problemen beschäftigt habe. K[ropczyński] sei mit ihm in seiner Eigenschaft als Aussenhandelsminister zusammengekommen. Über Breschnjew könne er nichts sagen. Es sei nicht mit einer Änderung der Politik der Sowjetunion zu rechnen. Alle Leute in Russland seien für Frieden und internationale Zusammenarbeit eingestellt.

2. K[ropczyński] wirft die Frage nach dem Ergebnis der Enquête über die herrenlosen polnischen Guthaben auf³. Man sei in Warschau etwas erstaunt, noch keine Antwort erhalten zu haben. In der Tat haben wir einen Bericht über dieses Problem versprochen. Ich antworte, dass die Sache kompliziert sei und deshalb Zeit benötige. Zuständig sei das Justizdepartement. Über das Ergebnis dürfe man sich jedenfalls keinen Illusionen hingeben. 1949⁴ habe man mit Phantasiezahlen gespielt. Ich habe immerhin den Eindruck, dass man im polnischen Finanzministerium auf die Sache grosses Gewicht legt.

Der Rechtsdienst sollte bei der Justizabteilung darauf hinwirken, dass wir der polnischen Regierung endlich antworten⁵ können.

3. Schliesslich erzählt mir Botschafter Kropczyński noch von seinem Sohn⁶, der Schwierigkeiten habe, bei der ETH immatrikuliert zu werden. Sein Sohn habe aber die Maturität bestanden und bereits ein Semester an der Technischen Hochschule in Polen studiert. Er begreife deshalb die Schwierigkeiten, die ihm nun gemacht würden, nicht recht. Er habe bereits mit Bundesrat Tschudi darüber gesprochen. Ein konkretes Begehren stellte der Botschafter nicht.

Es wäre vielleicht im Interesse der gegenseitigen Beziehungen, wenn wir etwas in dieser Angelegenheit tun könnten.

Politische Departement vom 16. Oktober 1964, dodis.ch/31027 und den Politischen Bericht Nr. 55 von A. R. Ganz vom 31. Dezember 1964, dodis.ch/31028.

3. *Vgl. hierzu Dok. 46, dodis.ch/31328 und Dok. 179, dodis.ch/31451, Anm. 21.*

4. *Vgl. Dok. 32, dodis.ch/31318, Anm. 9.*

5. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2005 vom 17. November 1964, dodis.ch/31311.*

6. *A. Kropczyński.*

dodis.ch/30799

*Déclaration du Directeur de l'Office fédéral de l'industrie,
des arts et métiers et du travail, M. Holzer¹*

POURPARLERS À ROME LE 20 OCTOBRE 1964

[Rome,] 20 octobre 1964

1. Situation en août 1964

Lors de notre dernière réunion à Rome, qui s'est terminée par la signature de l'accord², nous étions d'avis que notre convention pourrait être appliquée provisoirement dès le 1^{er} novembre 1964.

Le Conseil fédéral, que j'avais du reste consulté préalablement, s'était déclaré d'accord avec les concessions qui avaient été faites du côté suisse³.

L'*application provisoire* nous semblait justifiée parce que cette clause figurait aussi dans les autres accords. Pourparlers longs et ardues, ayant duré plus de trois ans⁴.

L'*opinion publique suisse* a pris connaissance de notre accord avec des sentiments mélangés. Il était à prévoir que les employeurs ne seraient pas particulièrement enthousiastes. Par contre, l'Union syndicale suisse (USS) et les syndicats chrétiens sociaux se sont prononcés immédiatement d'une façon favorable. La presse suisse a accueilli l'accord avec une certaine réserve. En général, elle a reconnu que du point de vue social l'accord représentait un progrès nécessaire, mais elle estimait que le moment était mal choisi pour conclure un nouvel accord, vu les efforts entrepris par le Conseil fédéral et le parlement pour combattre la surchauffe économique⁵.

2. Changement de scène

Comme vous le savez déjà, au cours du mois de septembre la situation politique en Suisse a subi un changement profond et inattendu. Une des causes principales de ce changement a été l'affaire des avions Mirage⁶. Il s'agissait d'une centaine d'avions militaires représentant un montant de quelques centaines de millions de francs, la plus grande commande qui eût été faite jusqu'ici et pour laquelle le Parlement avait voté les crédits demandés par le Conseil

1. *Déclaration*: E 7170(B) 1977/67 vol. 262 (241.1).

2. *Cf. l'Accord entre la Suisse et l'Italie relatif à l'émigration de travailleurs italiens en Suisse* (conclu le 10 août 1964), *FF*, 1964, II, pp. 1061–1069. *Sur cet accord, qui entre en vigueur le 22 avril 1965, cf. aussi doc. 37, dodis.ch/30798; doc. 53, dodis.ch/30796 et doc. 54, dodis.ch/30797.*

3. *Cf. le PVCF N° 1370 du 30 juillet 1964, dodis.ch/31246.*

4. *Sur ces négociations, cf. DDS, vol. 22, doc. 20, dodis.ch/18766; doc. 22, dodis.ch/18968; doc. 103, dodis.ch/18769; doc. 155, dodis.ch/30019; doc. 169, dodis.ch/18960 et doc. 180, dodis.ch/18770.*

5. *Cf. die Extrasitzung des Bundesrates betreffend das Anschlussprogramm der Konjunkturdämpfungsmassnahmen in Gempnach vom 19. Mai 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 2.*

6. *Sur cette affaire, cf. doc. 180, dodis.ch/32042, note 7.*

fédéral déjà en 1961⁷. Les crédits s'étant révélés insuffisants, le Conseil fédéral a demandé au début de cette année des crédits supplémentaires. Le Parlement les a refusés en reprochant à l'administration et finalement au Conseil fédéral de ne pas avoir renseigné suffisamment les chambres fédérales et d'avoir outrepassé leurs compétences. Cette affaire, qui a été discutée pendant la session de septembre⁸, a suscité un profond malaise. Le Parlement avait l'impression que ses prérogatives n'avaient pas été respectées et qu'on le mettait devant un fait accompli. Il est clair que cette prise de position du Parlement a eu de fâcheuses répercussions aussi dans notre domaine.

Un deuxième fait a contribué à créer ce changement d'atmosphère: la publication de l'accord. Nous étions convenus que l'accord ne serait pas rendu public avant que le message du Conseil fédéral⁹ n'ait été présenté aux chambres. Malheureusement «La Voce», un journal des ouvriers italiens en Suisse, s'est trouvé en mesure de publier le texte intégral de l'accord le 25 septembre 1964¹⁰. Cette publication a eu une énorme répercussion parmi les ouvriers suisses et dans notre Parlement. Par cette publication, les ouvriers suisses ont eu connaissance du texte de l'accord sans obtenir en même temps les explications nécessaires de la part des instances compétentes. Sans se rendre exactement compte de la portée de l'accord, ils sont arrivés à des conclusions négatives, dans la crainte d'un nouvel afflux massif d'ouvriers italiens et de familles d'ouvriers, avec des conséquences graves surtout en matière de logement. Ils ont même organisé des meetings contre l'accord et adressé des résolutions de protestation au Conseil fédéral. Les chefs des syndicats ont dû dès lors se rendre compte que les masses ne les suivaient plus. Ils se sont en outre sentis brusqués du fait qu'ils ont dû prendre connaissance du texte de l'accord de cette manière. Ceci a provoqué la démarche des trois leaders du parti socialiste¹¹ auprès du Conseil fédéral et leur requête tendant à ce que l'accord ne soit pas appliqué avant que le Parlement ait eu l'occasion de se prononcer en toute liberté. La presse socialiste et syndicale n'a pas manqué de souligner que cette démarche n'était nullement dirigée contre le contenu de l'accord mais exclusivement contre son application provisoire et visait à sauvegarder pleinement les prérogatives et les droits du corps législatif.

7. Cf. *DDS*, vol. 21, doc. 152, dodis.ch/15501, note 3.

8. Cf. *Bull. Sten. CN*, pp. 409–492.

9. Cf. le Message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant l'approbation de l'accord entre la Suisse et l'Italie relatif à l'émigration de travailleurs italiens en Suisse (du 4 novembre 1964), *FF*, 1964, II, pp. 1037–1061.

10. Pour plus d'informations sur cette publication dans la presse italienne, cf. la notice Accord avec l'Italie sur les ouvriers italiens en Suisse de P. Micheli du 12 octobre 1964, *doss. comme note 1*.

11. F. Grütter, H. Leuenberger et E. Wüthrich. A ce sujet, cf. la notice Einwanderungsabkommen mit Italien de K. Huber du 12 octobre 1964, E 2001(E) 1978/84 vol. 823 (B.41.11.1); le PVCF délibératif de la 71^e séance du Conseil fédéral du 13 octobre 1964, E 1003(-) 1994/26 vol. 3, pp. 3 s.; le PVCF délibératif de la 70^e séance du Conseil fédéral du 9 octobre 1964, *ibid.*, pp. 4 s.

3. *Position du Conseil fédéral*

Cette démarche a placé le Conseil fédéral devant une décision difficile. L'accord a été signé le 10 août 1964 avec, à l'Art. 23, la clause qu'il serait appliqué provisoirement à partir du 1^{er} Novembre 1964. Une telle clause n'est pas nouvelle. Elle a déjà été appliquée par la Suisse à maintes reprises sans que le Parlement ait soulevé jusqu'à présent des objections à cet égard. Après ce que je viens de vous dire, le Conseil fédéral se trouve toutefois dans une position très délicate. A l'encontre de ce qui a déjà été publié soit dans la presse suisse, soit dans la presse italienne, le Conseil fédéral n'a pas encore pris une décision. Il nous a chargés de venir vous expliquer la situation et de rechercher une solution qui soit dans l'intérêt de nos deux pays.

Nous nous rendons parfaitement compte que, du côté italien, on insistera sur l'application provisoire de l'accord et ceci non seulement pour des raisons juridiques mais aussi pour des raisons politiques, surtout en rapport avec les prochaines élections¹².

Cependant, de graves difficultés d'ordre politique existent également du côté suisse, comme je viens de vous l'exposer. Il est à craindre que, si le Conseil fédéral devait appliquer provisoirement l'accord, il ne provoque un sérieux mécontentement dans le peuple suisse et une forte opposition au Parlement. Ce mécontentement ne manquerait pas de se traduire par une prise de position négative au sein des commissions parlementaires et par un refus d'approbation de la part des chambres. L'application provisoire de l'accord aurait ainsi comme conséquence un échec total des efforts entrepris pour améliorer la situation des Italiens en Suisse¹³, chose que nous regretterions tous.

Malgré toutes ces difficultés, le Conseil fédéral n'a pas changé d'attitude. Il est comme par le passé d'avis que l'accord se justifie pleinement. Dans cet ordre d'idées, il estime qu'il est dans l'intérêt des deux pays d'éviter de compromettre cet accord par l'application provisoire.

C'est pourquoi le Conseil fédéral estime qu'il est absolument nécessaire de suivre la procédure normale de l'approbation par les chambres pour sauver l'accord¹⁴.

Je vous ai expliqué aussi brièvement que possible le point de vue du Conseil fédéral. Ce dernier attache beaucoup de prix à connaître l'opinion du gouvernement italien. Il espère que cet échange de vues nous permettra de trouver une solution qui soit dans l'intérêt commun de nos deux peuples.

12. Du 22-23 novembre 1964, cf. le rapport politique N° 31 de Ph. Zutter à F. T. Wahlen du 26 novembre 1964, E 2300(-) 1000/716 vol. 412 (147).

13. Sur la situation des travailleurs italiens en Suisse, cf. la notice de M. Holzer à H. Schaffner du 16 février 1965, dodis.ch/30834, le procès-verbal de la Commission des Affaires étrangères du Conseil National du 19 février 1965, dodis.ch/30845, ainsi que le Procès-verbal de la réunion de la Commission mixte instituée par l'accord entre la Suisse et l'Italie, du 10 août 1964, relatif à l'émigration de travailleurs italiens en Suisse du 27 avril 1966, dodis.ch/30846.

14. Pour plus d'informations, cf. le PVCF délibératif de 73^e séance du Conseil fédéral du 23 octobre 1964, dodis.ch/31979; le PVCF délibératif de la 75^e séance du Conseil fédéral du 30 octobre 1964, E 1003(-) 1994/26 vol. 3, p. 2.

*Le Département politique à l'Ambassade de Suisse à La Paz¹**[Bern,] 5 Novembre 1964, 15 h 00²*

A la demande Fässler³, vous donnons ci-après indications sur conduite à observer en ce qui concerne la junte militaire⁴. Suisse reconnaît les Etats en tant que tels et non les gouvernements⁵. Même à la suite instauration par la force d'un nouveau gouvernement, relations diplomatiques subsistent. Une reconnaissance formelle de notre part du nouveau gouvernement n'est donc pas nécessaire⁶. Veuillez dès lors, si le nouveau gouvernement bolivien vous demande reconnaissance, lui exposer notre conception⁷. Ne prenez cependant aucune initiative dans ce domaine. Nous exprimerons de même manière si l'ambassade bolivienne nous approche à ce sujet.

Reconnaissons pour rapport sur orientation politique de la junte militaire⁸.

1. *Télégramme N° 6 (copie d'expédition):* E 2001(E) 1978/84 vol. 545 (B.15.41). *Rédigé par P. Cuénoud, envoyé à H. Vogt. Copies à P. Micheli, F. H. Andres, R. Probst et P. Cuénoud. Visé par C. Jagmetti. Pour la réponse, cf. le télégramme N° 4 de H. Vogt au Département politique du 4 novembre 1964: General Alfredo Ovando Candia Oberbefehlshaber der Streitkräfte hat an der Spitze einer Militärjunta Regierung übernommen. Landsleute scheinen bis jetzt nicht zu Schaden gekommen zu sein, ibid.*

2. *Annotation manuscrite dans la marge:* JM [C. Jagmetti] p. s. i. [pour son information] aussi Ex [O. Exchaquet] cr. [R.-E. Campiche] 6. 11. 64.

3. *Cf. le télégramme N° 24 de R. Fässler au Département politique du 4 novembre 1964, doss. comme note 1: Vu manque de chiffre entre Lima et La Paz vous prie de donner directement des instructions à La Paz suite changement de gouvernement suite révolution.*

4. *Le président de la junte militaire est R. Barrientos Ortuño.*

5. *Sur la politique de reconnaissance des États, cf. doc. 116, dodis.ch/31154 et doc. 180, dodis.ch/31372.*

6. *Sur la «doctrine Estrada» appliquée à la Colombie, cf. DDS, vol. 20, doc. 119, dodis.ch/12820.*

7. *Cf. la lettre de H. Vogt à la Division des affaires politiques du Département politique du 11 novembre 1964, dodis.ch/31788.*

8. *Sur la politique de la junte militaire et la transition à la constitutionnalité, cf. p. ex. la lettre de H. Vogt à J. Burckhardt du 12 janvier 1965, dodis.ch/31792 et le rapport politique N° 2 de H. Hess à W. Spühler du 17 août 1966, dodis.ch/31794.*

50

dodis.ch/31620

*Der Chef der Abteilung für Internationale Organisationen
des Politischen Departements, J. Burckhardt,
vor der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats¹*

EXPOSÉ² BETREFFEND IMMOBILIENSTIFTUNG
FÜR INTERNATIONALE ORGANISATIONEN IN GENÈVE

[Bern, 13. November 1964]

Das Aufblühen und Wachsen des internationalen Lebens in Genève³ ist eine Tatsache, über die wir uns einesteils freuen können, wenn sie auch andererseits gewisse Bedenken erregt⁴. Unser Einfluss auf das Wachstum ist beschränkt⁵. Wir können die Niederlassung neuer Organisationen in Genève verhindern, und das ist der Wille sowohl des Bundesrates als der Genèver Behörden. Aber jenen Organisationen, denen wir bereits Gastrecht gewährt, mit denen wir Sitzverträge abgeschlossen haben, müssen wir gemäss diesen Verträgen und der Praxis bei uns und in anderen Ländern die Ausübung ihrer Tätigkeit erleichtern. Dazu gehört, dass wir ihnen bei der Lösung ihrer wachsenden Unterkunftsprobleme behilflich sind⁶.

1. Referat: E 2004(B) 1978/136 Bd. 2 (a.123.22).

2. Für eine bereinigte Fassung der Rede vgl. das Protokoll der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats vom 13. November, E 1050.12(-) 1995/512 Bd. 2. Für die Differenzen vgl. Anm. 12.

3. Zur Situation der internationalen Organisationen in Genève vgl. die Debatte im Nationalrat über ein Darlehen an die Organisation der Vereinten Nationen und an die Weltgesundheitsorganisation vom 2. Juni 1964, dodis.ch/31641; die Notiz von F. Blankart an F. T. Wahlen vom 10. September 1965, dodis.ch/31713; das Exposé von R. Keller vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 16.–17. November 1966, dodis.ch/31631; das BR-Verhandlungsprot. der 55. Sitzung vom 10. August 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 5–7 sowie die Antwort von F. T. Wahlen auf die Interpellation von K. Furgler und H. Hubacher vom 7. Oktober 1965, Sten. Bull. NR, 1965, S. 557. Zur Besteuerung der Beamten internationaler Organisationen in Genève vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 48. Sitzung vom 26. Juni 1964, dodis.ch/31985, S. 4–5.

4. Zum Referendumskomitee gegen die Immobilienstiftung für internationale Organisationen vgl. das Protokoll vom 12. August 1965, dodis.ch/31603. Zur Position des Bundesrats in der Abstimmung über die Immobilienstiftung vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 16. Sitzung vom 1. März 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 4–5 sowie das BR-Verhandlungsprot. der 21. Sitzung vom 19. März 1965, *ibid.*, S. 7.

5. Zu einem Versuch der Einflussnahme vgl. das Schreiben von J. Burckhardt an E. Stadelhofer vom 20. Februar 1965, dodis.ch/31562.

6. Zur Bautätigkeit internationaler Organisationen in Genève vgl. z. B. die Notiz von F. Pianca vom 6. November 1964, E 2003(A) 1978/29 Bd. 8 (o.104.11); die Notiz von E. Thalmann an W. Spühler vom 8. Juni 1966, dodis.ch/31630 sowie die Stellungnahme von H. Schaffner im BR-Verhandlungsprot. der 42. Sitzung vom 1. Juli 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 5: Der Bundespräsident unterstützt mit voller Überzeugung die Politik, die Genève stark machen will. Wenn man die UNO hier verankern könne, dann habe man viel gewonnen. Es handle sich um die billigste Aussenpolitik für einen neutralen Staat.

Diese Probleme nehmen Ausmasse an, welche eine systematischere und in finanzieller Hinsicht wirtschaftlichere Behandlung erheischen als bis anhin.

Zu diesem Zweck beabsichtigen der Bundesrat und die Genfer Behörden, die Immobilienstiftung für internationale Organisationen zu gründen⁷. Sie wird in baulichen Belangen ein enges Zusammenwirken von Bund und Kanton und ein einheitliches Auftreten gegenüber den internationalen Organisationen gewährleisten. Das bedeutet auch, dass wir verstärkt Einfluss auf die Rationalisierung der Bauprogramme nehmen können.

In der Praxis soll die Stiftung eigene Bauten errichten, verwalten und vermieten können, oder auch gegebenenfalls Darlehen an Organisationen vermitteln, welche in eigener Regie zu bauen beabsichtigen. Die Umschreibung der Aufgaben der Stiftung ist absichtlich «souple» gefasst, damit sie allen vernünftigen Bedürfnissen gerecht werden kann.

Die Botschaft⁸ erwähnt ein erstes konkretes Projekt: die Errichtung des Bauens Varembe in der Nachbarschaft der Place des Nations⁹. Die Stiftung wird Bauherrin und Eigentümerin des Objektes sein, es verwalten und vermieten. Das Bauprogramm entspricht dem nachgewiesenen dringenden Bürobedarf der EFTA¹⁰ und der UIT¹¹, sowie dem ebenfalls unaufschiebbaren Bedürfnis nach einer gemeinsamen Kongressanlage zur Entlastung jener im Palais des Nations¹², die den Andrang nicht mehr zu bewältigen vermag.

Die finanzielle Regelung: zur Realisierung des Varembe-Projektes wird der Kanton Genf, dem es zur Zeit, wie Sie wissen, an liquiden Mitteln gebricht, ein Baurecht auf dem Grundstück in die Stiftung einbringen. Es wird mit Fr. 650'000 (Fr. 250 per m²) bewertet. Der Bund soll in Form eines verzinlichen Darlehens die Mittel für die Ausführung des Baues zur Verfügung stellen. Ohne dass der Kostenvoranschlag schon in allen Einzelheiten feststünde – die sich hinziehenden Verhandlungen mit den potentiellen Mietern, deren Wünsche berücksichtigt werden sollen, dauern noch an – wird mit Baukosten von 40 Millionen Franken gerechnet.

Die Darlehensbedingungen sollen vertraglich zwischen Bund und Stiftung nach deren Gründung geregelt werden. Wir denken an eine Verzinsung mit 4% plus eine angemessene Rückzahlungsquote (etwa 1%)¹³. Der Bundesrat wird darüber entscheiden, sobald ein solider Voranschlag der Baukosten und das Tableau der Mietzinsen vorliegen werden. Die Mietzinsen werden so berechnet, dass sie die Verzinsung des Baurechts und des Bundesdarlehens sowie die Amortisation des letzteren und die Unterhaltskosten decken werden.

7. Vgl. dazu das Protokoll von F. Pianca vom 18. Januar 1964, E 2003(A) 1978/29 Bd. 8 (o.104.11) sowie das BR-Prot. Nr. 1642 vom 18. September 1964, dodis.ch/31625.

8. Vgl. die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Gewährung von Darlehen an die Immobilienstiftung für internationale Organisationen in Genf vom 18. September 1964, BBl, 1964, II, S. 769–780 sowie das BR-Prot. Nr. 124 vom 17. Januar 1964, dodis.ch/31560.

9. Vgl. dazu Doss. E 2003(A) 1978/29 Bd. 8 (o.104.11).

10. Vgl. dazu Doss. wie Anm. 9.

11. Vgl. dazu Doss. E 2003(A) 1978/29 Bd. 458 (o.724.51).

12. Zu den Ausbauplänen für den Palais des Nations 1966 vgl. Doss. wie Anm. 9.

13. Fussnote im Originaltext: Im Protokoll nicht ziffernmässig anzugeben!

Mit dem Bau soll nach Ablauf der Sperrfrist im Frühjahr 1965 begonnen werden.

Der Bundesrat erachtet es als angezeigt, dass die Stiftung über eine gewisse Manövriermasse verfügen kann, sei es für den Fall, dass Kostenüberschreitungen im Varembe-Projekt entstehen, oder dass andere Projekte vorbereitet werden müssen. Es wird auch ins Auge gefasst, einen Bankenkredit, welcher dem GATT für die Errichtung eines Bürobaues gewährt wird, mit Mitteln der Stiftung abzulösen. Es wird Ihnen deshalb vorgeschlagen, über die mutmasslichen Kosten von Varembe hinaus fünf Millionen Franken in das Darlehen einzubeziehen.

Künftige Bauvorhaben internationaler Organisationen sollen, wie im vorliegenden Fall, durch die Stiftung behandelt werden. Insoweit als die Finanzhilfe des Bundes noch mehr beansprucht wird, werden den Räten weitere Botschaften vorgelegt werden.

Wir empfehlen Ihnen die Genehmigung des vorliegenden Entwurfes¹⁴, der eine systematischere Ordnung und wirtschaftlichere Praxis in die Regelung der Baufragen für Internationale Organisationen in Genf bringen wird.

14. Vgl. Anm. 8.

51

dodis.ch/31030

Die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an die schweizerische Botschaft in Moskau¹

[Bern,] 17. November 1964

Primo. Der sowjetische Aussenhandelsminister Patolichev hat durch Vermittlung der Berner Botschaft den Wunsch erkennen lassen, zu einem Gedankenaustausch über Fragen des schweizerisch-russischen Handels in Bern vorzusprechen². Der Bundesrat hat daraufhin beschlossen, Herrn Patolichev einzuladen³. Der Besuch wird voraussichtlich im April nächsten Jahres stattfinden⁴. Die Berner Sowjetbotschaft ist entsprechend informiert worden.

1. *Telegramm Nr. 2 (Versandkopie):* E 7110(-) 1975/31 Bd. 143 (821). *Visiert von H. Schaffner. Kopien an A. Janner, P. Micheli, L. Roches, E. Stopper und A. Weitnauer.*

2. *Vgl. die Notiz von H. Schaffner vom 27. Oktober 1964, E 7001(C) 1975/64 Bd. 10 (2310.1) und die Notiz von A. Janner vom 12. November 1964, E 2001(E)-01 1982/58 Bd. 475 (B.15.50).*

3. *Vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 74. Sitzung vom 27. Oktober 1964, E 1003(-) 1994/25 Bd. 3, S. 5–6.*

4. *Der Besuchstermin wurde mehrfach verschoben. Vgl. das Telegramm Nr. 40 von A. R. Ganz an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 24. März 1965, E 2001(E) 1978/84 Bd. 963 (C.41.111). Im Sommer 1965 teilte die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements mit, dass der vom sowjetischen Aussenhandelsminister Patolichev in Aussicht genommene Schweizerbesuch nicht im kommenden Herbst stattfinden könne. Vgl. die Notiz der Handelsabteilung vom 16. August 1965, *ibid.* Vgl. hierzu auch Dok. 151, dodis.ch/31032.*

Secundo. Im Verlaufe eines Gesprächs zwischen Bundesrat Schaffner und Botschafter Lochtschakov, an dem auch Botschafter Stopper und Minister Weitnauer sowie einige Mitarbeiter des russischen Missionschefs teilnahmen, ist neuerdings deutlich geworden, dass die Russen auf eine Entwicklung ihres Handels mit der Schweiz grossen Wert legen. Gleichartige Bemühungen werden bekanntlich von ihnen nicht ohne Erfolg gegenüber einer Reihe anderer westeuropäischer Staaten unternommen. In diesen Zusammenhang gehört zweifellos auch der von Herrn Patolichev gewünschte Berner Besuch. Wir haben versucht, unsern russischen Gesprächspartnern klar zu machen, dass die Initiative für eine Ausweitung des Handels, und zwar sowohl bei der Einfuhr wie bei der Ausfuhr, von ihnen ausgehen muss. Wir empfehlen ihnen, pragmatisch vorzugehen, die erforderlichen persönlichen Kontakte aufzubauen und auf Grund der tatsächlichen Bedürfnisse, der Qualitätsanforderungen und der Lieferfähigkeit hüben und drüben die Möglichkeiten für geschäftliche Abschlüsse ganz konkret zu erforschen. Wollen die Russen insbesondere ihren Export nach der Schweiz steigern, so muss den Experten schweizerischer Firmen die Möglichkeit geboten sein, sich an Ort und Stelle ein Bild darüber zu machen, welche Artikel zum Beispiel auf dem Gebiet der Halbfabrikate, für die Schweiz Interesse bieten könnten. Keinerlei Nutzen sehen wir in der Deklamation allgemeiner Grundsätze und Ziele als Ergebnis von Besprechungen zwischen Regierungsvertretern. Auch dem von Botschafter Lochtschakov stark propagierten Gedanken einer Studienreise schweizerischer Wirtschaftsführer nach Sowjetrußland stehen wir skeptisch gegenüber. Zum Problem der finanziellen Erleichterungen des Warenverkehrs durch Kredite und Exportrisikogarantien haben wir uns unter Hinweis auf die angespannte konjunkturelle Situation der Schweiz sehr zurückhaltend geäußert.

Tertio. Zweifellos wird es nützlich sein, die voraussichtlichen Gesprächsgegenstände zu gegebener Zeit zwischen der Handelsabteilung und der hiesigen sowjetischen Handelsvertretung vorabzuklären, vor allem mit dem Zweck, darauf hinzuwirken, dass Herr Patolichev seine Berner Gespräche nicht mit übertriebenen Erwartungen aufnimmt. Wir denken ohnehin nicht an eigentliche Verhandlungen, sondern vielmehr an einen kurzen und informellen Meinungs austausch über die Probleme des schweizerisch-sowjetischen Handelsverkehrs.

Quarto. Die schweizerische Öffentlichkeit werden wir erst kurz vor Eintreffen des Herrn Patolichev in der Schweiz orientieren. Die Angelegenheit ist bis dahin als vertraulich zu betrachten.

52

dodis.ch/31863

*Notiz des Vorstehers des Politischen Departements, F. T. Wahlen¹*BESUCH VON HERRN OBERSTKORPSKOMMANDANT ERNST UHLMANN
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Bern, 17. November 1964

Gestern Nachmittag orientierte mich Herr Dr. Janner über den vereinbarten Besuch von Herrn Oberstkorpskommandant Uhlmann in der Bundesrepublik. Ich nahm mir vor, die Angelegenheit im Bundesrat vorzubringen, weil mir ein solcher Besuch im heutigen Zeitpunkt fragwürdig erschien.

Im Laufe des Nachmittags sprach Herr alt Bundesrat² Petitpierre in anderer Angelegenheit vor. Er sagte mir aber, er komme eben von einem Déjeuner auf der russischen Botschaft. Zu seiner Überraschung seien er und seine Frau³ die einzigen schweizerischen Gäste gewesen. Im übrigen nahmen nur der Botschafter⁴ und sein erster Mitarbeiter⁵ mit ihren Damen⁶ teil. Im Laufe des Déjeuners wurde Herr Petitpierre einer regelrechten Fragestunde bezüglich der schweizerischen Neutralität unterworfen. Der Botschafter sagte, dass eine Anzahl von Erscheinungen die Sowjetregierung dazu führe, sich zu fragen, ob ein Wechsel in der schweizerischen Neutralitätspolitik eingetreten sei. Unter den Anzeichen, die dafür sprechen sollten, nannte er unsere Beziehungen zum Gemeinsamen Markt⁷, zum Europarat⁸ sowie eine Reihe von Äusserungen von Parlamentariern während der Mirage-Debatte⁹ und besonders die zahlreichen Besuche schweizerischer Militärpersonen in der Bundesrepublik.

Diese Besuche waren mir zum grössten Teil unbekannt geblieben. Ich liess mir dann das Dossier mit den Meldungen «Abkommandierung und Einladung von Schweizeroffizieren nach Deutschland»¹⁰ geben und war ausserordentlich überrascht über die grosse Zahl dieser Reisen. So hatte es, wie ich nach einer raschen Durchsicht konstatierte, allein im laufenden Jahr 28 Abkommandie-

1. *Notiz*: E 2804(-) 1971/2 Bd. 9 (023.32). *Kopien an P. Micheli, R. Bindschedler, R. Probst, A. Janner und B. Dumont.*

2. *Zum Einsatz von alt Bundesräten für aussenpolitische Missionen vgl. Dok. 167, dodis.ch/30917, Anm. 4.*

3. *A. Petitpierre.*

4. *A. I. Loschtschakow.*

5. *Es handelt sich mit grosser Wahrscheinlichkeit um M. F. Kutschmin.*

6. *Je. W. Loschtschakowa und S. S. Kutschmina.*

7. *Vgl. dazu Dok. 136, dodis.ch/31944; Dok. 140, dodis.ch/31618 und Dok. 167, dodis.ch/31640.*

8. *Vgl. Dok. 141, dodis.ch/31820.*

9. *Zur Mirage-Debatte im Nationalrat vgl. Sten. Bull. NR, 1964, S. 256–330 und S. 409–492, zu den Verhandlungen im Ständerat Sten. Bull. SR, 1964, S. 141–148 und S. 201–246.*

10. *E 2001(E) 1978/84 Bd. 376 (A.14.41). Zu den Besuchen fremder Offiziere in der Schweiz und der Abkommandierung von schweizerischen Offizieren ins Ausland vgl. DDS, Bd. 18, Dok. 85, dodis.ch/7281.*

rungen mit ungefähr 60 Personen gegeben. Nach flüchtiger Prüfung schien mir, dass in vielen Fällen der Reisezweck und der Anlass zu geringfügig waren, um den Zeit- und Geldaufwand zu rechtfertigen. Ich wünsche, dass wir inskünftig nicht einfach diese Meldungen entgegennehmen, sondern in Fällen, in denen sich Zweifel ergeben, Stellung beziehen.

Es darf nicht übersehen werden, dass die Sowjetregierung in bezug auf die Bundesrepublik ganz besonders empfindlich reagiert. Ob und auf welchem Weg der russische Botschafter zu mehr oder weniger kompletten Informationen gekommen ist, lässt sich natürlich schwer abschätzen. Sollte er über viele dieser Reisen informiert sein, so könnte ich mir seine Reaktion erklären.

Ich habe deshalb die Frage dem Bundesrat zum Entscheid¹¹ vorgelegt. Es wurde beschlossen, dass die Reise von Herrn Oberstkorpskommandant Uhlmann mit einer dienstlichen Begründung abzusagen sei. Ferner wurde das Militärdepartement eingeladen, künftige Reisen gründlicher zu prüfen. Vor allem soll der Chef des Militärdepartements¹² rechtzeitig über die Reisen höherer Offiziere, namentlich solcher, die im Ausland als Generäle¹³ gelten, informiert werden, damit er mit dem Politischen Departement und eventuell im Bundesrat die Opportunität derartiger Reisen¹⁴ abklären kann.

Im übrigen ist die Frage grundsätzlich zu prüfen, ob nicht auch gelegentlich der Sowjetunion¹⁵ oder einem der Oststaaten¹⁶ ein militärischer Besuch abzustatten sei. Die heutige Einseitigkeit lässt sich jedenfalls schwer mit unserer Neutralitätspolitik vereinbaren.

11. Vgl. das *BR-Verhandlungsprot. der 80. Sitzung vom 17. November 1964*, dodis.ch/31978, S. 4–5: Der Rat ist übereinstimmend der Auffassung, dass der Besuch von Oberstkorpsk[ommandant] Uhlmann nicht stattfinden dürfe. *Der Besuch von E. Uhlmann wurde im folgenden Jahr nachgeholt*, vgl. das *BR-Verhandlungsprot. der 12. Sitzung vom 16. Februar 1965*, dodis.ch/32012, S. 9.

12. *P. Chaudet*.

13. *Es sind dies die Ränge der höheren Staboffiziere (Brigadiers, Divisionäre und Korpskommandanten)*.

14. *Zu Besuchsreisen schweizerischer Persönlichkeiten und bes. schweizerischer Offiziere in die Bundesrepublik vgl. auch das Schreiben von M. Troendle an F. T. Wahlen vom 25. Februar 1965*, dodis.ch/32016 und *das Schreiben von F. T. Wahlen an P. Chaudet vom 1. Juni 1965*, dodis.ch/32017.

15. *Für die Abkommandierung und Einladung von Schweizeroffizieren in die Sowjetunion vgl. Doss. E 2001(E)-01 1988/16 Bd. 991 (A.14.41.4)*.

16. *Für die Abkommandierung und Einladung von Schweizeroffizieren nach Bulgarien vgl. Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 554 (A.14.41); nach Jugoslawien Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 1041 (A.14.41); nach Polen Doss. E 2001(E)-01 1988/16 Bd. 940 (A.14.41.4); in die Tschechoslowakei Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 993 (A.14.41) und nach Ungarn Doss. E 2001(E)-01 1988/16 Bd. 795 (A.14.41.4)*.

dodis.ch/30796

*L'Ambassadeur de Suisse à Rome, Ph. Zutter,
au Chef du Département politique, F. T. Wahlen¹*

Rome, 28 novembre 1964, 19 h 55²

Convoqué au MAE aujourd'hui samedi à 18 h je suis informé par Ministre Plaja en l'absence de Storchi³ de la situation concernant l'accord d'émigration italo-suisse⁴ à la suite de la séance de la commission parlementaire tenue hier à Genève⁵. Plaja me dit ce qui suit sur mandat exprès de Saragat: les autorités responsables italiennes sont extrêmement alarmées par perspective d'un nouveau retard. Elles demandent instamment que tous efforts soient faits en vue d'observer la procédure prévue. Un nouvel ajournement pour une raison qui ne concerne pas directement la substance même de l'accord provoquerait une réaction extrêmement vive non seulement de l'opposition mais vraisemblablement de l'opinion publique tout entière⁶. Les négociateurs italiens avaient réussi lors des derniers pourparlers d'obtenir de la presse une attitude raisonnable. Le gouvernement ne pourrait pas cette fois éviter violente réaction. Il prie donc instamment le Conseil fédéral de faire tout son possible pour que la commission parlementaire soit saisie en temps utile des informations complémentaires qu'elle requiert afin que l'accord puisse être traité à la session de décembre des chambres fédérales.

Je déduis des commentaires de Plaja que le gouvernement se sent très exposé à la suite du résultat des dernières élections qui attestent un affaiblissement de la coalition des démo-chrétiens et des socialistes. Il voudrait ardemment ne pas donner des arguments aux communistes qui sont en progression et dont l'agitation et les attaques incessantes minent ses assises. D'autre part Plaja me dit que si les autorités suisses veulent prendre des dispositions pour limiter le nombre des travailleurs italiens en Suisse le gouvernement n'aurait rien à objecter du moment qu'il s'agirait de mesures d'économie interne⁷.

1. *Télégramme N° 166 (copie de réception):* E 2804(-) 1971/2 vol. 86 (182). *Reçu:* 30 novembre 1964, 10 h 00.

2. *Annotation manuscrite dans la marge:* Letzte Reaktion aus Rom.

3. *Sur le rôle de F. Storchi dans le cadre des relations bilatérales, cf. le PVCF délibératif de la 35^e séance du 8 mai 1964,* E 1003(-) 1994/26 vol. 2, p. 3.

4. *Cf. doc. 48,* dodis.ch/30799, note 2.

5. *Cf. le Protokoll vom 27. November 1964 in Genf, Hôtel de Ville. Erweiterte nationalrätliche Kommission für auswärtige Angelegenheiten. Entwurf zu einem Bundesbeschluss betr. die Genehmigung des Abkommens zwischen der Schweiz und Italien über die Auswanderung italienischer Arbeitskräfte nach der Schweiz, doss. comme note 1.*

6. *Sur les réactions en Italie, cf. notamment la lettre de Ph. Zutter à P. Micheli du 16 janvier 1964,* dodis.ch/31244; *le télégramme N° 11 de l'Ambassade de Suisse à Rome au Département politique du 21 janvier 1965,* dodis.ch/30800; *la lettre de E. Deslex à Ph. Zutter du 9 février 1965,* dodis.ch/31249; *le télégramme N° 31 de l'Ambassade de Suisse à Rome au Département politique du 23 février 1965,* dodis.ch/31250.

7. *Sur la position des autorités italiennes, cf. la notice Immigration italienne de P. Micheli du 20 janvier 1965,* dodis.ch/31248; *la note Ouvriers italiens en Suisse de P. Micheli du 24 février*

1965, dodis.ch/31251; *la note* Visite de M. Papini, Chargé d'Affaires d'Italie de P. Micheli du 29 mars 1965, dodis.ch/30842; *le télégramme* N° 27 du Département politique à l'Ambassade de Suisse à Rome du 31 mars 1965, dodis.ch/30801.

54

dodis.ch/30797

*Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen*¹

ITALIEN: EMIGRATIONSABKOMMEN². ARGUMENTE FÜR RASCHE RATIFIKATION³

Bern, 30. November 1964

1. Nachdem die schweizerische Delegation mit Ermächtigung des Bundesrates⁴ die provisorische Anwendung auf 1. November vereinbart hatte, bedeutete die Verweigerung zumindest den Bruch einer moralischen Verpflichtung (vgl. im einzelnen Notiz Diez⁵). Die baldige Genehmigung durch die Räte mit anschliessender Ratifikation wäre eine teilweise Korrektur.

2. In Erkenntnis dieser Situation haben die Fraktionspräsidenten⁶ selbst die gleichzeitige Behandlung in der Dezembersession in Aussicht genommen.

3. Gestützt darauf wurde der italienischen Regierung mit Note vom 5. November⁷ u. a. mitgeteilt: «... il est prévu qu'il (l'accord) sera discuté selon une procédure accélérée, simultanément par les deux Chambres au courant de la prochaine session parlementaire... de décembre 1964.»

4. Mit Antwortnote vom 11. November⁸ hat das italienische Aussenministerium – neben dem Ausdruck seines tiefen Bedauerns – von obiger Zusicherung Kenntnis genommen.

5. Die italienische Enttäuschung über die letzte Entwicklung, die mit dem Notenwechsel in Widerspruch steht, ist gemäss Kabel unserer Botschaft in Rom von Samstag⁹ umso heftiger («extrêmement alarmés») ausgefallen.

1. Notiz: E 2804(-) 1971/2 Bd. 86 (182). Verfasst und unterzeichnet von R. Probst.

2. Vgl. das Abkommen vom 10. August 1964 zwischen der Schweiz und Italien über die Auswanderung italienischer Arbeitskräfte nach der Schweiz, *BBl, II 1964, S. 1026–1037*.

3. Vgl. auch das *BR-Verhandlungsprot. der 23. Sitzung vom 26. März 1965*, dodis.ch/32010, S. 4 f.

4. Vgl. das *BR-Prot. Nr. 1370 vom 30. Juli 1964*, dodis.ch/31246.

5. Vgl. den Bericht von E. Diez an den Bundesrat vom 19. Oktober 1964, *Doss. wie Anm. 1*.

6. Es handelt sich dabei um K. Furgler, A. Schaller, M. Eggenberger, R. Gnägi, W. Vontobel, G. Clottu und P. Hauser. Vgl. die Notiz Aussenpolitische Aspekte des italienisch-schweizerischen Einwanderungsabkommens vom 29. Oktober 1964, *Doss. wie Anm. 1*.

7. Vgl. das *Telegramm Nr. 93 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Rom vom 5. November 1964*, *Doss. wie Anm. 1*.

8. Für den Text der Note vgl. das *Telegramm Nr. 160 von Ph. Zutter an das Politische Departement vom 14. November 1964*, *Doss. wie Anm. 1*.

9. Vgl. *Dok. 53*, dodis.ch/30796.

Dabei spricht vor allem nach den letzten Wahlergebnissen in den Gemeindevahlen die Befürchtung eines weiteren Fortschreitens der Kommunisten mit (was auch uns nicht gleichgültig lassen kann!). Deshalb dringende Bitte des Aussenministeriums an uns, alles zu tun, damit doch noch die Genehmigung im Dezember zustande kommt. Beachtenswert die Schlussbemerkung der Italiener, dass andererseits die italienische Regierung gegen eine schweizerische behördliche Massnahme zur Reduktion der italienischen Arbeiter in der Schweiz keine Einwendungen erheben würde «du moment qu'il s'agirait de mesures d'économie interne».

6. Weder der Unterzeichnete noch Dr. Zoelly erinnern sich an Fälle, in denen ein von der Schweiz unterzeichnetes Abkommen nicht ratifiziert worden wäre. Man hat stets danach getrachtet, Verträge erst zu unterzeichnen, wenn man glaubte, der Genehmigung materiell sicher sein zu können. Falls in den letzten hundert Jahren doch Fälle von Verweigerung der Ratifikation vorgekommen sein sollten, müssen es nur ganz vereinzelte gewesen sein. An eine Verweigerung der vereinbarten vorläufigen Anwendung eines Staatsvertrages vermögen wir uns auch nicht zu erinnern. Gemäss Liste, die Ihnen der Rechtsdienst erstattet hat¹⁰, sind seit 1959 23 Abkommen mit einer Klausel über die provisorische Anwendung unterzeichnet worden; in keinem dieser Fälle wurde auf die provisorische Anwendung verzichtet. Dagegen ist es vorgekommen, dass gegen referendumpflichtige Verträge (das Italienabkommen gehört, da kündbar, nicht dazu) effektiv das Referendum ergriffen wurde. Das letzte Beispiel hierfür ist das Abkommen von 1957¹¹; nachdem das Referendum in Bezug auf¹² dieses Abkommen zustande gekommen war, ist der Genehmigungsbeschluss der eidgenössischen Räte¹³ vom Volk im Dezember 1958¹⁴ angenommen worden, worauf die Ratifikation erfolgen konnte. Ablehnungen von Staatsverträgen in Volksabstimmungen sind uns¹⁵ nicht in Erinnerung; Nachforschungen würden mehr Zeit, als heute verfügbar, beanspruchen.

10. Vgl. die Notiz für Herrn Bundesrat Wahlen vom 22. Oktober 1964, Doss. wie Anm. 1.

11. *Handschriftliche Marginalie*: über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte des Spöl. Vgl. dazu das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Italienischen Republik über die Nutzbarmachung der Wasserkraft des Spöl vom 27. Mai 1957, BBl, 1957, II, S. 28–35.

12. *Handschriftliche Korrektur aus*: für.

13. Zur Debatte in den Eidgenössischen Räten vgl. Sten. Bull. NR, 1957, S. 765–781 und Sten. Bull. SR, 1957, S. 466–497.

14. Abstimmung vom 7. Dezember 1958. Vgl. BBl, 1959, I, S. 87 f.

15. *Handschriftliche Marginalie*: abgesehen von der Zonenfrage 1923. Zu dieser Angelegenheit vgl. DDS, Bd. 8, thematisches Verzeichnis: II.12.1 La question des zones franches de Haute-Savoie et du Pays de Gex.

dodis.ch/31564

*Notiz des stellvertretenden Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Politischen Departements, R. Probst¹*

BESUCH DES TÜRKISCHEN BOTSCHAFTERS²
BEI GENERALSEKRETÄR MICHELI VOM 27. NOVEMBER 1964

Bern, 30. November 1964

I. Zweck des Besuches ist der Wunsch von Herrn Kural, sich über die schweizerische Ansicht zum Plan von Generalsekretär Smithers³ zu erkundigen, an der kommenden Ministerratstagung des *Europa-Rates*⁴ von anfangs Dezember in Paris die Möglichkeiten einer *limitierten Kooperation mit den Oststaaten* zu erörtern. Zwar bemüht sich auch die Türkei, mit den Oststaaten bilateral ein erträgliches Verhältnis aufrecht zu erhalten (vgl. kürzliche Reise des Aussenministers⁵ nach Moskau⁶). Der Versuch, der nun im Europa-Rat unternommen werden soll, stimme aber eher skeptisch. Mit dem Osten bestehe stets die Gefahr, dass auch rein technische Kontakte politisiert werden und damit im Endeffekt, falls man nicht gewisse eigene Prinzipien zu opfern gewillt ist, eher ein Rück- als Fortschritt erzielt wird. Man weiss in Ankara nicht recht, welche Haltung man einnehmen soll.

Botschafter Micheli skizziert kurz den Werdegang des Gedankens, der uns von Smithers erstmals anlässlich seines diesjährigen Besuches in der Schweiz⁷ näher vorgetragen wurde. Seine Pläne sind vorderhand noch sehr limitiert. Immerhin sei nicht zu vergessen, dass Europa auch die Oststaaten umfasse. Auf lange Sicht wäre es wünschbar, wenn diese Staaten nicht den Eindruck erhielten, ausserhalb unseres Kontinents zu liegen. Es besteht bei ihnen heute ein sichtbar – wenn auch in seinen Motiven nicht immer durchschaubarer – Drang nach Kontakten mit dem Westen. Es werde sich vorderhand nur darum handeln zu prüfen, auf welchen eher beschränkten Gebieten ein Zusammenwirken ohne zu grosses politisches Risiko in Aussicht genommen werden könnte.

Der schweizerische Standpunkt zu den Ostkontakten ergibt sich aus der heute noch weiterhin gültigen Antwort von Bundesrat Wahlen auf die Interpellation Reverdin im Dezember 1961⁸ (deren Text Herr Micheli dem Botschafter überreicht): der Vorhang sollte unsererseits nicht im Moment, da die anderen

1. *Notiz*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 1022 (B.31.22.1). *Visiert von P. Micheli. Kopien an die Abteilung für Internationale Organisationen des Politischen Departements, das Integrationsbüro, E. Diez, H. Hess und die schweizerische Botschaft in Ankara.*

2. A. Kural.

3. *Vgl. Doss*. E 2001(E) 1978/84 Bd. 93 (B.15.50).

4. *Zum Europarat vgl. Dok. 141*, dodis.ch/31820, *bes. Anm. 5*.

5. F. C. Erkin.

6. *Vgl. den Politischen Bericht Nr. 22 von R. Keller an F. T. Wahlen vom 2. November 1964*, E 2300(-) 1000/716 Bd. 16 (008).

7. *Vgl. Anm. 3*.

8. *Vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 44*, dodis.ch/30154, *Anm. 5*.

ihn etwas heben, gesenkt werden; wir sollten eine Konfrontation, bei der wir keineswegs von vorneherein Verlierer zu sein brauchen, begrüßen; wir sollten auch in die Durchschlagskraft unserer eigenen Werte Vertrauen haben; bei den Intellektuellen in den Satellitenländern glauben wir eine gewisse Aufrichtigkeit ihres Wunsches nach Kontakten zu erkennen⁹.

Im übrigen geben auch wir uns keinen Illusionen hin, sind aber bereit, in Paris im Rahmen einer offenen Aussprache unsere Ansichten darzulegen und jene der anderen anzuhören. Doch wird man sich vor einer politischen Koordination der Ostkontakte hüten und den Anschein einer gemeinsamen Ostpolitik (nach NATO-Muster) vermeiden müssen.

II. Der ebenfalls anwesende Unterzeichnete erläutert dem türkischen Botschafter hierauf den letzten Stand der Angelegenheit *Werner Vonmoos*¹⁰ (Bestätigung der Verurteilung zu 15 Jahren Freiheitsentzug). Wir möchten unter diesen Umständen, da eine neue Kassation für unseren betagten Landsmann unerträgliche Verzögerungen nach sich ziehen müsste, möglichst rasch die Rechtskraft des Urteils erwirken, um dann mit voller Kraft auf die Begnadigung loszusteuern. Wir hoffen dabei, dass das Finanzministerium in Ankara seinerseits auf eventuelle neue Kassationspläne in bezug auf Vonmoos verzichten wird. Botschafter Kural verspricht, auch selbst wieder zum Rechten zu sehen und unsere Pläne zu unterstützen, nachdem er anlässlich seines letzten Heimurlaubs u. a. schon persönlich mit Zeytinoglu, Generalsekretär bei der Präsidentschaft der Republik, der uns sehr wohlgesinnt sei, über den Fall gesprochen habe.

9. Zu den schweizerischen Beziehungen zu den Oststaaten vgl. auch Dok. 119, dodis.ch/31851.

10. Vgl. dazu Dok. 34, dodis.ch/31565, Anm. 4.

56

dodis.ch/31416

*Der schweizerische Botschafter in London, B. von Fischer,
an den Generalsekretär des Politischen Departements, P. Micheli*¹

GESPRÄCHE MIT LORD LONGFORD², MR. ERROLL UND MR. MARJORIBANKS

London, 3. Dezember 1964

Ich hatte dieser Tage Gespräche mit Lord Longford (L.) Lord of the Privy Seal im Labour-Kabinet, Mr. Erroll (E.), dem ehemaligen Präsidenten des Board of Trade und Minister of Power (Tory), und Mr. Marjoribanks (M.),

1. Schreiben: E 2300(-) 1000/716 Bd. 253 (096). Visiert von F. T. Wahlen. Kopie an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements.

2. F. A. Pakenham.

Assistant Under-Secretary of State im Foreign Office, sei es bei mir, sei es bei Freunden, über die Auswirkungen der 15%igen Importabgabe, und möchte Ihnen hiernach die Substanz davon wiedergeben.

L[ongford] meinte, innerhalb der EFTA³ und auch sonst in der Welt sei die Reaktion der Schweiz gegen die 15%ige Importabgabe die heftigste⁴ gewesen; sie sei noch heftiger ausgefallen als diejenige der Iren, deren Abkommen mit England ja auch tangiert worden sei. Die Schweiz müsse aber verstehen, dass das V. K. nicht anders handeln können. In einer Notlage könne man sich nicht vorher mit seinen Partnern konsultieren. Dass Washington früher als die EFTA-Partner von der 15%igen Importabgabe gewusst habe, sei ein Zufall. Die Welt müsse Verständnis für die Notlage Englands aufbringen.

Was die Krise des Pfund Sterlings⁵ betrifft, so sei sie wohl dadurch ausgelöst worden, dass die britischen Delegierten in Genf die Wirtschaftslage Englands zu schwarz gemalt hätten. Die schweizerischen Bankiers wie andere in Amerika, Deutschland, Frankreich und anderswo hätten aber Vertrauen in das £ haben und sich in die Lage versetzen sollen, in welcher sich England befindet. Es gehe nicht an, dass sie durch ihre Spekulationen einem Land das Gesetz des Handelns aufzwingen. Durch die £-Krise müsse nun das vorzeitige Inkrafttreten der Erhöhung der Altersrenten rückgängig gemacht werden. Diese fremde Beeinflussung der Politik sei für England unerträglich. Wenn heute Neuwahlen – vielleicht sogar schon vor Weihnachten – ausgeschrieben würden, so würden sie unter dem Motto geführt werden: «England darf sich sein Schicksal nicht von fremden Bankiers aufzwingen lassen», und sie würden wohl eine schöne Mehrheit für Labour bringen.

Die Schweiz und England hätten immer freundschaftliche Beziehungen gepflogen; England brauche diese Freundschaft jetzt besonders.

Soweit L[ongford]. Wie sie sehen, geht er davon aus, dass England auf das Verständnis seiner Vertragspartner rechnen darf, auch wenn es die Bestimmungen der geltenden Verträge⁶ missachtet, und er kann es kaum begreifen, dass man anderer Meinung sein kann. Auch kann er nicht verstehen, dass das Ausland sich eigene Gedanken über die englische Wirtschaft und die Möglichkeiten macht, das Defizit der Handelsbilanz wett zu machen.

Ich fragte E[rroll] wie er sich diese Einstellung Labours erkläre. Er gab verschiedene Gründe an: die fast völlige Unerfahrenheit Labours in internationalen Dingen und im diplomatischen Prozedere, Umstand, der damit zusammenhänge, dass Labour sehr lange in der Opposition gestanden sei; die ungenügende Erfahrung im praktischen Management wirtschaftlicher Probleme, die wohl daher komme, dass die meisten Labour Minister Theoretiker und doktrinär seien; Harold Wilson und manche seiner Mitarbeiter hätten sich vielleicht persönlich zu viel zugetraut; endlich sei es wohl so, dass die

3. Zur EFTA vgl. Dok. 172, dodis.ch/31640, bes. Anm. 10.

4. Vgl. dazu Dok. 65, dodis.ch/31417. Zur schwedischen Haltung vgl. die Notiz von P. Micheli vom 17. November 1964, dodis.ch/31633.

5. Zur Währungshilfe der Schweiz an Grossbritannien vgl. Dok. 128, dodis.ch/31415.

6. Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA) vom 4. Januar 1960, AS, 1960, S. 590–792.

Labour-Regierung dem alten Vorurteil huldige, Foreigners verstünden nichts von englischen Problemen und ihr Urteil sei deshalb nicht massgebend.

Ein weiterer Hinweis von der Civil Service-Seite her gab mir M[arjoribanks]. Er sagte folgendes: einer der zwingenden Gründe für die sofortige Einführung der 15%igen Importabgabe sei das enorme Engagement Englands im internationalen Peace Keeping. Die vielen Militärbasen von Gibraltar bis Hongkong sowie die militärischen Commitments in Malaya, Aden und in Afrika kosten ungeheure Summen und liegen im Interesse der ganzen freien Welt. Dies müsse bei der Beurteilung der strittigen Massnahme einbezogen werden.

Ich möchte persönlich hinzufügen, dass Mr. Wilson heute einen Zweifrontenkrieg führt, d. h. gegen weite Teile des Auslands, das durch seine ersten Regierungshandlungen auf internationalem Boden brüskiert worden ist, und gegen den linken Flügel seiner eigenen Partei, die ihm vorwirft, in verschiedenen Punkten (Erhöhung der Bank Rate, Verschiebung des Inkrafttreten der Erhöhung der Altersrenten usw.) das Parteiprogramm verraten zu haben. Dieser linke Flügel verlangt nun eine erhöhte Kontrolle über die Regierungstätigkeit, die ihm jedoch Wilson nicht zugestehen will.

Andererseits ist hervorzuheben, dass die vermeintliche Rolle der «Gnomes of Zurich»⁷ überall, wo ich hinkomme, das Gesprächsthema bildet und die Schweiz im gegenwärtigen Moment unter Laien und in manchen Kreisen des Publikums nicht gut angeschrieben ist; gewisse Blätter sowie auch das Fernsehen haben sich Bemerkungen über uns erlaubt, die sonst nicht möglich wären.

7. Vgl. dazu das Telegramm Nr. 208 von B. von Fischer an F. T. Wahlen und H. Schaffner vom 16. Dezember 1965, dodis.ch/31440.

57

dodis.ch/31704

Interne Notiz des Politischen Departements¹

BESUCH DES ISRAELISCHEN BOTSCHAFTERS² VOM 4. DEZEMBER 1964

Bern, 4. Dezember 1964

1. Israelboykott

Der israelische Botschafter hatte unlängst dem Generalsekretär EPD³ über die zunehmende Aktivität der arabischen Boykottorgane gesprochen⁴ und erwähnt, dass ein Vertreter des zentralen Boykottbüros der Arabischen

1. Notiz: E 2001(E) 1978/84 Bd. 365 (A.45.22). Verfasst und unterzeichnet von R. Probst, gerichtet an P. Micheli, C. Ochsenein, P. F. Stauffer, H. Zoelly und die schweizerische Botschaft in Tel Aviv. Kopie an A. Amstein. Visiert von P. Micheli.

2. S. Bentsur.

3. P. Micheli.

4. Vgl. die Notiz von P. Micheli vom 6. November 1964, E 2001(E) 1978/84 Bd. 852 (B.51.322.0).

Liga⁵ in der Schweiz selbst sein Unwesen treibe. Ich hatte Herrn Bentsur kurz darauf gebeten, uns zwecks Nachforschung nach einer solchen unerlaubten Tätigkeit (StGB 271)⁶ den Namen dieses Agenten nennen zu wollen, was Herr Bentsur zu tun versprach. Er kommt mir nun mitteilen, dass sein Gewährsmann leider nicht bereit gewesen sei, diesen Namen preiszugeben (Geschäftsinteressen?).

Dennoch hätte der Botschafter gern eine grundsätzliche und eindeutige schweizerische Stellungnahme gegen den Boykott⁷. Ich erkläre ihm einmal mehr unsere Ablehnung des Boykotts, aber gleichzeitig unsere beschränkten Mittel, dagegen anzukämpfen, zumal keine der westlichen Grossmächte in prinzipieller Weise voranzugehen bereit ist. Herr Bentsur erwähnt in diesem Zusammenhang wiederum die angebliche dänische Erklärung gegen den Boykott. (Die inzwischen eingeholten Auskünfte⁸ unserer Botschaft in Kopenhagen waren allerdings weniger kategorisch als die Behauptungen meines Besuchers.) Zudem hat sich, wie ich der Presse entnehme, nun auch Aussenminister Schröder mit einer ähnlichen verbalen Verurteilung der arabischen Boykottmassnahmen auf eine parlamentarische Anfrage hin im deutschen Bundestag vernehmen lassen. (Wir bitten unsere Botschaft in Bonn um Beschaffung des vollständigen Textes⁹.)

Vielleicht könnte – was ich dem Botschafter nicht sage – auch schweizerischerseits bei sich bietender Gelegenheit in den eidgenössischen Räten eine kurze «reinigende» Erklärung¹⁰ abgegeben werden.

[...] ¹¹

2. Erblose Vermögen¹²

Der Botschafter ist besorgt über die Tätigkeit der Meldestelle der Justizabteilung. Es liege ihm fern, diese kritisieren zu wollen. Er fürchtet aber, dass sich eine zunehmende Kritik in der israelischen Öffentlichkeit nur schwer weiter eindämmen lassen wird. Bei den israelischen Zeitungen lägen schon Hunderte von Leserbriefen vor. Glücklicherweise habe sich der Redaktor

5. Zum Genfer Büro der Arabischen Liga vgl. die Notiz von P. Micheli vom 24. Februar 1964, dodis.ch/31719 und die Notiz von R. Probst an F. T. Wahlen vom 25. Februar 1965, dodis.ch/31720.

6. Zur Problematik der ausländischen Amtshandlungen in der Schweiz vgl. Dok. 67, dodis.ch/30943; Dok. 87, dodis.ch/31434 und Dok. 113, dodis.ch/31433.

7. Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 87, dodis.ch/30561; das Schreiben von R. Probst an A. Weitnauer vom 14. Januar 1964, dodis.ch/31708; die Notiz des Politischen Departements vom Mai 1965, dodis.ch/31750; das Schreiben von P. Micheli an L. Mossaz vom 26. Juli 1965, dodis.ch/31286; das Schreiben von P. Micheli an R. Maurice vom 11. Oktober 1965, dodis.ch/31706 und die Notiz von R. Probst vom 20. November 1965, dodis.ch/31709. Vgl. ferner die Notiz von P. F. Stauffer vom 23. Dezember 1964, dodis.ch/31707.

8. Vgl. das Schreiben von E. Bernath an P. Micheli vom 23. November 1964, Doss. wie Anm. 4.

9. Vgl. das Schreiben von R. Probst an M. Troendle vom 10. Dezember 1964 und dasjenige von M. Troendle an P. Micheli vom 21. Dezember 1964, Doss. wie Anm. 4.

10. Vgl. die Notiz von R. Probst an F. T. Wahlen vom 16. Februar 1965, Doss. wie Anm. 4.

11. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31704.

12. Vgl. hierzu Dok. 179, dodis.ch/31451, Anm. 21.

der «Jerusalem Post»¹³, als die ersten Leserbriefe bei ihm eingingen, an das Aussenministerium gewandt, worauf dessen Generaldirektor¹⁴ die Presse zu sich gerufen und ersucht habe, derartige Leserbriefe nicht zu publizieren, um keine unnötige Unruhe zu schaffen. Es werde aber auf die Dauer nicht möglich sein, die Kritik zurückzudämmen.

In konkreter Weise macht Herr Bentsur geltend, dass die Meldeaktion¹⁵ Ende Februar 1964 abgeschlossen wurde. Seitdem sind 9 Monate verstrichen, und man sollte meinen, dass die Stelle nun in der Lage wäre, Anfragen materiell zu beantworten. Dies scheine aber nicht der Fall zu sein. Als Beispiel übergibt mir der Botschafter ein Schreiben¹⁶ der Meldestelle an eine Dame in Jerusalem, die sich erkundigt hatte, ob ein Verwandter von ihr in der Schweiz Vermögen deponiert habe, und die daraufhin am 18. November eine zwar freundliche, aber nichtssagende Antwort erhielt. Es sei begreiflich, dass die Meldestelle nicht über Einzelheiten Auskunft geben könne. Damit ein Einzelner wisse, ob er sich um den Nachweis seiner Erbschaft bemühen müsse, sei es aber zumindest erforderlich, dass ihm mitgeteilt werde, ob überhaupt Vermögenswerte vorhanden seien, auf die er Anspruch erheben könne. Der in Frage stehende Brief der Meldestelle ist ebenfalls angeheftet.

Herr Bentsur fügt noch bei, dass sich Tausende von Personen einbilden, sie hätten auf Grund der schweizerischen Aktion eine Erbschaft zu erwarten. Allein in Israel lägen 2000 Anmeldungen von Interessenten vor, während unserem Justizdepartement demgegenüber nur ungefähr 1200 Depots angemeldet worden seien. Es werde auch in dieser Hinsicht manche Illusion dahinschwinden. Gerade deshalb wäre der Meldestelle zu raten, jeweils auf Anfragen konkretere Antworten zu erteilen, seien diese nun positiv oder negativ.

Ich beschränke mich in meiner Antwort darauf, auf die auch für uns bestehenden sehr grossen administrativen Schwierigkeiten der Aktion hinzuweisen und im übrigen in Aussicht zu stellen, dass ich Herrn Dr. Zoelly als den in unserem Departement zuständigen Beamten, der Herrn Bentsur eventuell weitere Aufklärung erteilen könnte, orientieren werde.

3. Spionagefall Baruch

Wir kommen auch auf den dieser Tage bekannt gewordenen Spionagefall Baruch¹⁷ zu sprechen. Gemäss AFP sollen israelische Zeitungen gemeldet haben, dass ein Bankier¹⁸ in Genf den mit ihm verwandten israelischen Industriellen Baruch mit ägyptischen Agenten zusammengebracht habe und dass der Genannte durch Vermittlung dieses Bankiers mit den ägyptischen Agenten korrespondiert habe. Ich sage Herrn Bentsur, dass es mich persönlich interessieren würde, allenfalls den Namen dieses angeblichen Genfer Bankiers zu erfahren. (Es ist nicht ausgeschlossen, dass es sich dabei

13. T. Lurie.

14. A. Levavi.

15. Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 147, dodis.ch/30752.

16. Nicht ermittelt.

17. Vgl. dazu Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 800 (B.11.43).

18. E. Safra.

um Mardam oder Genoud¹⁹ gehandelt haben könnte, was für die Bupo von beträchtlichem Interesse wäre; dies nur als interne Bemerkung.)

19. Zu F. Genoud vgl. die Notiz von R. Probst vom 12. September 1964, dodis.ch/31977 und Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 370 (B.32.11).

58

dodis.ch/31749

L'Ambassade de Suisse à Washington aux représentations consulaires suisses aux Etats-Unis¹

ASSOCIATION DE LA SUISSE AUX ARRANGEMENTS MONÉTAIRES
CONCLUS PAR DIX PAYS MEMBRES DU FONDS MONÉTAIRE INTERNATIONAL²

Washington, 9 décembre 1964

Le 11 juin 1964³, la Suisse s'est associée aux arrangements conclus, en octobre 1962⁴, par dix nations industrielles membres de cette institution et connus sous le nom de «General Arrangements to Borrow». Par ces arrangements, les dix pays en question, qui sont les Etats-Unis d'Amérique, la République fédérale d'Allemagne, le Royaume-Uni, la France, l'Italie, le Japon, le Canada, les Pays-Bas, la Belgique et la Suède, se sont engagés à prêter au Fonds, chacun dans sa propre monnaie, des sommes dont le total atteindrait au maximum la valeur de six milliards de dollars, afin de prévenir une crise éventuelle du système monétaire international ou d'y porter remède.

La Suisse, n'étant pas membre du Fonds Monétaire International, ne fut pas un des membres fondateurs de ce «club». Elle s'est toutefois engagée, par un échange de lettres avec M. Pierre-Paul Schweitzer, Directeur du Fonds

1. *Circulaire N° 388*: E 2200.36(-) 1976/154 vol. 122 (N.50.1.3). *Rédigée par A. Maillard et signée par A. Zehnder. Envoyée aux Consulats suisses à Boston, Chicago, Cleveland, Los Angeles, La Nouvelle Orléans, New York, Philadelphie, St. Louis, San Francisco et Seattle.*

2. *Sur les relations de la Suisse avec le Fonds monétaire international, cf. DDS, vol. 21, doc. 37, dodis.ch/14395; DDS, vol. 22, doc. 31, dodis.ch/30722; doc. 57, dodis.ch/30723 et doc. 118, dodis.ch/30726. Sur la Banque internationale pour la Reconstruction et le Développement, cf. DDS, vol. 22, doc. 78, dodis.ch/18963. Cf. aussi doc. 90, dodis.ch/31743. Sur les groupes consultatifs de la Banque internationale pour la Reconstruction et le Développement, cf. doc. 133, dodis.ch/31376 et doc. 183, dodis.ch/31339.*

3. *L'échange de lettres* Briefwechsel mit dem Internationalen Währungsfonds vom 11. Juni 1964 über die Mitwirkung der Schweiz an den Allgemeinen Kreditvereinbarungen *entre A. Zehnder et P.-P. Schweitzer du 11 juin 1964*, E 6100(C) 1998/106 vol. 196 (980.10).

4. *Sur les relations de la Suisse avec le Club des Dix, cf. le rapport de l'Administration des Finances du Département fédéral des finances et des douanes du 14 février 1962*, E 2804(-) 1971/2 vol. 72 (104) *et la lettre de E. Stopper à A. Zehnder du 10 septembre 1963*, dodis.ch/30874.

Monétaire International, à prêter à celui-ci, s'il estime devoir en faire la requête, un montant pouvant s'élever jusqu'à 865 millions de francs suisses.

L'échange de lettres du 11 juin dernier précisait encore que des accords d'exécution destinés à simplifier la procédure pourraient être conclus entre la Suisse et certains pays membres du «club». Un tel accord vient d'être conclu entre la Banque Nationale Suisse⁵ et la Federal Reserve Bank of New York, en date du 20 novembre 1964⁶. Il fournit le cadre dans lequel chacun des deux pays pourra, en cas de nécessité, accorder à l'autre une assistance monétaire sous forme de crédits à moyen terme.

5. Cf. le rapport N° 193 Communication d'ordre monétaire et financier à l'intention des représentants diplomatiques de fin juin 1966, dodis.ch/32037.

6. Cf. l'échange de lettres entre la Federal Reserve Bank et la Banque nationale suisse du 20 novembre 1964, dodis.ch/31935.

59

dodis.ch/31140

Die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements an den schweizerischen Botschafter in Belgrad, G. Lepori¹

Vertraulich

Bern, 21. Dezember 1964

Wir beziehen uns auf die Ihnen übermittelte Kopie unseres Schreibens vom 28. September 1964² an das BIGA sowie die Eidgenössische Fremdenpolizei, womit wir diesen beiden Stellen davon Kenntnis gaben, dass man jugoslawischerseits gerne bereit wäre, mit der Schweiz ein Abkommen über die für unser Land bestimmten Arbeitskräfte abzuschliessen³.

In der Beilage übermitteln wir Ihnen zu dieser Frage die vom 14. Dezember 1964 datierte Stellungnahme⁴ der Eidg. Fremdenpolizei. Darnach kommt angesichts der heutigen Überfremdung und der Reaktion des Schweizervolkes auf die Unterzeichnung des Italiener-Abkommens⁵ der Abschluss neuer Einwanderungsabkommen nicht in Frage.

1. Schreiben: E 2200.48(-)1982/177 Bd. 2 (131.22). Verfasst von H. Zimmermann.

2. Schreiben von A. Janner an M. Holzer und E. Mäder vom 28. September 1964, dodis.ch/31243.

3. Das Institut für die Beschäftigung von Arbeitern der Republik Serbien und das jugoslawische Bundessekretariat für Arbeit äusserten den Wunsch ein solches Abkommen abzuschliessen. Vgl. dazu das Schreiben von M. Casanova an P. Micheli vom 19. September 1964, dodis.ch/31143. Allgemein zur Frage der jugoslawischen Arbeitskräfte vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 130, dodis.ch/14680; DDS, Bd. 22, Dok. 109, dodis.ch/30012 und das Schreiben von G. Lepori an P. Micheli vom 17. Februar 1966, dodis.ch/31160.

4. Schreiben von E. Mäder an P. Micheli vom 14. Dezember 1964, dodis.ch/31148.

5. Vgl. dazu Dok. 48, dodis.ch/30799, Anm. 2. Vgl. ebenfalls Dok. 37, dodis.ch/30798; Dok. 53, dodis.ch/30796 und Dok. 54, dodis.ch/30797.

Im weitem übermitteln wir Ihnen orientierungshalber eine vertrauliche Notiz der Eidg. Fremdenpolizei vom 26. November 1964⁶ über die Rekrutierung von Arbeitskräften aus entfernteren Ländern.

6. Notiz der Fremdenpolizei vom 26. November 1965, dodis.ch/31145.

60

dodis.ch/31323

Interne Notiz des Politischen Departements¹

AUSFUHR VON KRIEGSMATERIAL NACH INDONESIEN; BESPRECHUNG MIT HERRN FÜRSPRECHER CLERC VON DER DIREKTION DER EIDGENÖSSISCHEN MILITÄRVERWALTUNG

[Bern,] 21. Dezember 1964

Herr Botschafter Micheli empfängt heute um 16.00 Uhr in Gegenwart von Herrn Dr. Probst und des Unterzeichneten Herrn Fürsprecher Clerc (DEMV) zu einer Besprechung über die Frage der Kriegsmaterial-Exporte nach Indonesien².

1. Pilatus Porter-Flugzeuge³

a) Gegenwärtige Situation

Die Lieferung von drei solchen Flugzeugen durch die Pilatus Flugzeugwerke A. G., Stans, an die indonesische Regierung und die Bestellung weiterer sechs Maschinen veranlasst uns, mit Rücksicht auf das für Indonesien seit anfangs 1964 bestehende Kriegsmaterial-Embargo⁴, eine Zusicherung

1. Notiz: E 2001(E) 1978/84 Bd. 782 (B.51.14.21.2). Verfasst und unterzeichnet von C. Jagmetti.

2. Zum Kriegsmaterialexport nach Indonesien vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 97, dodis.ch/18977; die Notiz von R. Probst an P. Micheli vom 19. Mai 1964, dodis.ch/31329 und das Schreiben von P. Cuénoud an die Zürcher Handelskammer vom 28. Oktober 1964, dodis.ch/31343. Für eine Übersicht über die Problematik des Kriegsmaterialexports vgl. Dok. 176, dodis.ch/31195.

3. Zum Export von Pilatus Portern nach Indonesien vgl. die Notiz von R. Probst an P. Micheli vom 19. Mai 1964, dodis.ch/31329; das Schreiben von P. Micheli an A. Kaech vom 9. Dezember 1964, dodis.ch/31331; das BR-Prot. Nr. 487 vom 15. März 1965, dodis.ch/31330 und die Notiz von R. Probst vom 12. Juni 1965, dodis.ch/31327. Für den Export von Pilatus Portern nach Tunesien vgl. DDS, Bd. 21, Nr. 96, dodis.ch/15556 und für Vietnam vgl. Doss. E 2001(E) 1980/83 Bd. 624 (B.51.14.21.20).

4. Das Embargo gegen Indonesien kam durch einen Briefwechsel zwischen F. T. Wahlen und P. Chaudet zustande, vgl. das Schreiben von F. T. Wahlen an P. Chaudet vom 25. Januar 1964; das Schreiben von P. Chaudet an F. T. Wahlen vom 30. Januar 1964 und das Schreiben von F. T. Wahlen an P. Chaudet vom 5. Februar 1964, Doss. wie Anm. 1.

darüber zu verlangen, dass die Flugzeuge nur für zivile Zwecke verwendet werden. Eine solche Erklärung figuriert auch im Vertrag, den Indonesien mit der UNO⁵ betr. den Kauf von Flugzeugen kanadischer und deutscher Herkunft abgeschlossen hat, und könnte daher bestimmt auch Aufnahme im Verträge mit den Pilatus-Werken finden. Eine Abdeckung dieser Art erscheint sowohl aus innen- wie aus aussenpolitischen Gründen unbedingt notwendig. Wir dürfen unter keinen Umständen als Komplizen der indonesischen Aggression erscheinen. Da unser Begehren vom 17. Oktober 1964⁶ nach besserer Kontrolle von der KTA bis heute nicht erfüllt worden ist⁷, und mit Rücksicht auf den neuen Vertrag über den Kauf von sechs weiteren Pilatus Porter-Flugzeugen, wird Herr Clerc ersucht zu prüfen, ob man nicht doch von den Pilatus-Werken verlangen könnte, dass die Zusicherung über den zivilen Verwendungszweck in den Vertrag aufgenommen würde⁸.

b) Stellungnahme von Herrn Clerc

Die Pilatus Porter-Flugzeuge können an sich – da in die fraglichen Maschinen keine Militärausrüstungen eingebaut und die Apparate dafür auch nicht vorbereitet worden sind – nicht als Kriegsmaterial betrachtet werden⁹. Das EMD ist darum auch nicht in der Lage, die Ausfuhr zu verbieten. Der Wunsch des EPD erscheint aber als angebracht und erfüllbar. Da die KTA nicht darauf eingegangen ist, wird sich die DEMV über sie hinweg direkt an die Pilatus-Werke wenden und verlangen, dass im Verträge mit Indonesien eine Erklärung über den zivilen Verwendungszweck der Flugzeuge aufgenommen werde. Dabei wird gewissermassen gegenüber der bisherigen Praxis eine «Umkehrung der

5. Zur UNO-Klausel über die ausschliesslich friedliche Verwendung der Flugzeuge vgl. das Schreiben von P. Micheli an A. Kaech vom 9. Dezember 1964, dodis.ch/31331. Vgl. ferner das Schreiben von F. Bieri an P. Micheli vom 2. Oktober 1964 und die Notiz von F. Blankart vom 13. Februar 1965, Doss. wie Anm. 1.

6. Schreiben von P. Micheli an A. Kaech vom 17. Oktober 1964, Doss. wie Anm. 1.

7. Zum Konflikt mit der KTA vgl. das Schreiben von P. Micheli an A. Kaech vom 9. Dezember 1964, dodis.ch/31331; die Notiz von R. Probst an F. T. Wahlen vom 21. Dezember 1964, dodis.ch/31325; das Schreiben von P. Micheli an A. Kaech vom 4. Januar 1965, dodis.ch/31321 und das BR-Prot. Nr. 660 vom 13. April 1965, dodis.ch/31390.

8. Vgl. das Schreiben von A. Meyer an die Pilatus Flugzeugwerke AG vom 29. Dezember 1964 und das Schreiben von A. Meyer an P. Micheli vom 6. März 1965, Doss. wie Anm. 1.

9. Zur Diskussion dazu im Bundesrat vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 20. Sitzung vom 13. März 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 2: Die Diskussion über dieses Geschäft dreht sich zunächst um die Frage, ob man den Pilatus Porter in dem Falle als Flugzeug für zivile Zwecke oder als Kriegsmaterial betrachten müsse. Für die Auffassung, dass die Flugzeuge als «Flugmaterial für militärische Verwendung» aufgefasst werden sollten, wird ins Feld geführt, dass unlängst das EMD selber Pilatus Porter für militärische Verwendungen angeschafft habe. Sukarno werde zum mindesten das Gleiche tun. Man werde uns bestimmt in der Öffentlichkeit vorwerfen, dass wir Sukarno unterstützt hätten. Dazu komme der Protest der Engländer. [...] Gegen diese Auffassung spricht, dass man eine sichere Grundlage für den Begriff des Kriegsmaterials verlieren würde. Der Pilatus Porter kann nur für Transporte, nicht aber für den Kampf eingesetzt werden, weil er nicht dafür eingerichtet ist und weil er sehr verletzlich ist. [...] Die grosse Mehrheit des Rates ist der Auffassung, dass man keine Handhabe besitze, um die Lieferung der Bewilligungspflicht zu unterstellen oder gar zu verhindern.

Beweislast» vorgenommen, indem es nun die Pilatus-Werke sein werden, die belegen müssen, dass die Flugzeuge in Indonesien nicht für militärische Zwecke verwendet werden, statt dass die Behörden die militärische Verwendbarkeit nachzuweisen hätten. Dieses Vorgehen lässt sich aber auf Grund der technischen Eigenschaften der Maschine und namentlich der politischen Situation in der indonesischen Frage durchaus rechtfertigen.

c) Weiteres Vorgehen

Sobald die DEMV an die Pilatus-Werke gelangt ist¹⁰ und Antwort erhält, wird sie das EPD über diesen Schritt orientieren¹¹. Es wird in Aussicht genommen, allenfalls Herrn Dr. Dieter Bührlé, dessen Konzern hinter den Pilatus-Werken steht, in dieser Angelegenheit direkt zu begrüßen, wenn die Pilatus-Werke nicht auf das Anliegen der DEMV eingehen sollten.

Herrn Clerc werden Kopien folgender Akten übergeben:

Brief Schweizerische Botschaft Djakarta vom 15. Dezember 1964¹²

Brief Botschafter Isaacson an Botschafter Micheli vom 17. Dezember 1964¹³

Aktennotiz von Dr. Probst über die französische Haltung in einem ähnlichen Falle, vom 18. Dezember 1964¹⁴

Aktennotiz Dr. Jagmetti über kanadische Flugzeuglieferungen, vom 18. Dezember 1964¹⁵

2. Die Verlängerung von Ausfuhrbewilligungen durch die KTA

Am Beispiel der im September erfolgten Ausfuhr von zehn Marine-Flabgeschützen durch die Firma Bührlé nach Indonesien¹⁶ zeigt sich, dass das Vorgehen der KTA, die *ohne Konsultierung des EPD* von sich aus früher erteilte Ausfuhrbewilligungen für Kriegsmaterial verlängert, höchst unbefriedigend ist. Es ergibt sich so, dass ohne unser Wissen, Monate nach dem Beschluss, die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Indonesien zu sperren, doch noch Waffen exportiert werden. Es ist unhaltbar, dass auf rein administrativer Ebene auf diese Weise wichtige Entscheide vorweggenommen und damit der politischen Kontrolle entzogen werden. Damit wird auch das ganze Bewilligungsverfahren, das eben gerade möglichen Änderungen der politischen Situation Rechnung tragen will, indem zuerst die Fabrikation und später noch die Ausfuhr von Kriegsmaterial je einer Bewilligung bedürfen, durch das Vorgehen einer untergeordneten Behörde illusorisch gemacht. Die DEMV ist mit dem EPD der Auffassung, dass diese Situation unhaltbar ist, und sie wird der KTA Weisungen¹⁷

10. Schreiben von A. Meyer an die Pilatus Flugzeugwerke AG vom 29. Dezember 1964, Doss. wie Anm. 1.

11. Schreiben von A. Meyer an P. Micheli vom 6. März 1965, Doss. wie Anm. 1.

12. Schreiben von F. Bieri an P. Micheli vom 15. Dezember 1964, Doss. wie Anm. 1.

13. Doss. wie Anm. 1.

14. Doss. wie Anm. 1.

15. Doss. wie Anm. 1.

16. Vgl. die Notiz von R. Probst an F. T. Wahlen vom 21. Dezember 1964, dodos.ch/31325.

17. Vgl. Anm. 10.

erteilen, damit in Zukunft Bewilligungen für die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Ländern, für die ein Embargo besteht, von der KTA nicht mehr ohne Konsultierung des EPD verlängert werden¹⁸.

18. *Handschriftliche Marginalie von R. Probst: vu.*

61

dodis.ch/31449

Notiz des Chefs der Sektion Ost des Politischen Departements, A. Janner¹

TEILNAHME DER KOMMUNISTISCHEN BOTSCHAFTER AN DER JUBILÄUMSFEIER DER PdA

[Bern,] 22. Dezember 1964

Auf Grund der im «Vorwärts» und auch in bürgerlichen Zeitungen erschienenen Meldung² über die Anwesenheit der Botschafter Loschtschakow, Dumitrescu, Lukanow, Gyemant und Soucek an der Jubiläumsveranstaltung der PdA in Genf am 5. Dezember wurden der Sowjetbotschafter³ vom Departementschef⁴, der bulgarische Botschafter⁵ vom Generalsekretär⁶ und die Botschafter Rumäniens⁷, Ungarns⁸ und der Tschechoslowakei⁹ vom Unterzeichneten darauf aufmerksam gemacht, dass der Bundesrat die Teilnahme von Missionschefs an schweizerischen Parteiveranstaltungen als inopportun betrachtet¹⁰. Dies gelte generell, wobei allerdings bei der PdA hinzukomme, dass ihre Politik den Sturz der schweizerischen demokratischen Institutionen zum Ziele habe. Die betroffenen Botschafter versuchten ihre Teilnahme zu

1. *Notiz*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 75 (A.42.11). *Kopie an A. Amstein und die schweizerischen Botschaften in Moskau, Sofia, Budapest, Bukarest, Prag und Warschau.*

2. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*

3. *A. I. Loschtschakow. Im April besuchte bereits eine hochrangige Delegation der KPdSU unter A. N. Schelepin die PdA in der Schweiz. Vgl. dazu Dok. 27, dodis.ch/31014, Anm. 14.*

4. *F. T. Wahlen.*

5. *K. Lukanow. Zu den Beziehungen mit Bulgarien vgl. die Notiz von L. Roches vom 25. Februar 1965, dodis.ch/31827; den Bericht von R. Schwertfeger vom 6. August 1965, dodis.ch/31829 und das BR-Prot. Nr. 269 vom 8. Februar 1966, dodis.ch/31828.*

6. *P. Micheli.*

7. *V. Dumitrescu.*

8. *A. Gyémánt.*

9. *R. Souček.*

10. *Die Angelegenheit wurde auch im Bundesrat besprochen, vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 89. Sitzung vom 14. Dezember 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 7: Der Vorsteher des EPD ist zum Schlusse gekommen, dass er den teilnehmenden Botschaftern das Erstaunen über ihr Verhalten zum Ausdruck bringen müsse. Der Rat teilt diese Auffassung. Man könnte sich nicht vorstellen, wie diese Staaten reagieren würden, wenn ein schweizerischer Missionschef an der Feier einer oppositionellen Gruppe eines kommunistischen Landes teilnehmen würde.*

bagatellisieren (der sowjetische erklärte, er habe auch am eidgenössischen Trachtenfest teilgenommen!), nahmen aber schliesslich unseren «Verweis» gebührend zur Kenntnis. Interessant ist, dass der polnische Botschafter¹¹, obwohl im Amt, sich durch seinen ersten Mitarbeiter¹² vertreten liess.

P. S. Die Unterredungen¹³ fanden statt:
mit Dumitrescu am 14. Dezember,
mit Loschtschakow und Gyemant am 15. Dezember,
mit Soucek am 18. Dezember und
mit Lukanow am 21. Dezember

11. J. Koszutski.

12. M. Hellman.

13. Zu den Unterredungen mit V. Dumitrescu und A. I. Loschtschakow vgl. die Notiz von A. Janer vom 15. Dezember 1964, dodis.ch/31548 und die Notiz von F. T. Wahlen vom 15. Dezember 1964, E 2804(-) 1971/2 Bd. 40 (051).

62

dodis.ch/31530

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen¹

Bern, 5. Januar 1965

Beim beiliegenden Antrag² geht es um die Finanzierung der Konsolidierung zwischen dem provisorischen Inkrafttreten des Abkommens und der Genehmigung des Kredites von 16 Mio. Fr. durch die Räte (wohl Juni 65)³. Der Bundesrat beschloss im Juli⁴, die ERG-Rückstellungen dafür zu verwenden, soweit die zu konsolidierenden Schulden unter ERG⁵ standen, aus der Überlegung, dass

1. Notiz: E 2001(E) 1978/84 Bd. 552 (C.41.125.0). Verfasst und unterzeichnet von H. Hess, visiert von P. Micheli.

2. Antrag des Volkswirtschaftsdepartements im BR-Prot. Nr. 1257 vom 16. Juli 1965, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 699.2.

3. Bundesbeschluss vom 17. Juni 1965, vgl. AS, 1965, S. 717 f.

4. Vgl. das BR-Prot. Nr. 1345 vom 17. Juli 1964, dodis.ch/31532, bes. S. 6.

5. Zur Exportrisikogarantie vgl. DDS, Bd. 13, Dok. 38; DDS, Bd. 15, Dok. 106 und Dok. 194; DDS, Bd. 20, Dok. 12, dodis.ch/11134 und Dok. 104, dodis.ch/11140; DDS, Bd. 21, Dok. 36, dodis.ch/15547; Dok. 49, dodis.ch/15580 und Dok. 75, dodis.ch/14426; DDS, Bd. 22, Dok. 10, dodis.ch/30683. Für eine Erklärung der Exportrisikogarantie vgl. das Schreiben von H. Hofer an G. Gilg vom 4. Juni 1964, dodis.ch/31912. Zur Exportrisikogarantie in Indien vgl. Dok. 79, dodis.ch/30926; zu Malaysia und Thailand vgl. Dok. 183, dodis.ch/31339; für Brasilien vgl. die beiden Schreiben von A. Dominicé an E. Stopper vom 2. Juli 1964, dodis.ch/31534 und vom 22. Juli 1965, dodis.ch/31485; für die Dominikanische Republik vgl. die Notiz von H. Hofer an P. R. Jolles vom 17. Juni 1964, dodis.ch/31911. Vgl. auch die Notiz von E. Stopper für die Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 7. August 1965, dodis.ch/32035; die Notiz von E. Stopper an H. Schaffner vom 20. Oktober 1965, dodis.ch/31800; die Notiz von R. Probst

die ERG ohnehin hätte einspringen müssen, wenn die internationale Konsolidierungsaktion nicht Brasilien⁶ vor dem Bankrott gerettet hätte⁷.

Die ERG-Rückstellungen sind nun aber reserviert für gesetzliche Verpflichtungen der ERG⁸; deshalb soll nun der Prämienfonds die Vorfinanzierung ganz übernehmen.

Der Prämienfonds wurde vor allem zur Zeit des gebundenen Zahlungsverkehrs von den Exporteuren geäufnet, um Importe zu ermöglichen und damit Zahlungsmittel zur Bezahlung der Exporte zu schaffen⁹. Der Saldo gehört nach Auffassung von Vorort und Handelsabteilung mit stillschweigender Zustimmung der Finanzverwaltung der Exportindustrie in globo und soll im Allgemeininteresse verwendet werden. Die Finanzverwaltung verwaltet den Fonds in diesem Sinne.

Um nicht den Appetit des Parlaments auf diesen Fonds zu wecken, wurde seine Existenz bisher vertraulich behandelt. Vielleicht werden nun die Parlamentarier nach den Erfahrungen mit dem Italienabkommen¹⁰ neugierig, mit welchen Mitteln eine Konsolidierung vorfinanziert werden kann, bevor das Parlament Abkommen und Kredit genehmigt hat. Herr Bundesrat Schaffner wird dann m. E. überzeugend darlegen können, dass der Fiskus keinen Anspruch auf den Prämienfonds hat¹¹. Doch wird man in Zukunft über seine Verwendung nicht mehr so frei entscheiden können wie bisher.

vom 16. November 1965, dodis.ch/31799 und das Protokoll der Sitzung der Kommission für Aussenwirtschaft des Nationalrats vom 17.–18. November 1965, dodis.ch/32032.

6. Vgl. dazu den Bundesbeschluss betreffend eine Finanzhilfe an Brasilien vom 29. April 1965, BBl, 1961, I, S. 999. Vgl. auch die Stellungnahme von F. T. Wahlen im BR-Verhandlungsprot. der 25. Sitzung vom 26. März 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 2, S. 8: Die Gefährdung schweizerischer Unternehmungen, die durch Nationalisierung bedroht seien, sei akut geworden.

7. Zur internationalen Konsolidierungsaktion für Brasilien vgl. das Protokoll von A. Fankhauser vom 30. Mai 1964, dodis.ch/31535; das Aide-Mémoire aus den Kreisen der schweizerischen Privatwirtschaft an die brasilianische Regierung vom 4. Juni 1964, dodis.ch/31533; die Notiz von B. Torrione an P. Micheli vom 19. Juni 1964, dodis.ch/31531; das Protokoll der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 26. Juni 1964, dodis.ch/32022 sowie das Schreiben von A. Dominicé an E. Stopper vom 17. Dezember 1964, dodis.ch/31536. Vgl. ferner die Notiz von P. R. Jolles vom 26. Februar 1965, dodis.ch/31542.

8. Zur Frage der Exportrisiko-Versicherung für Brasilien vgl. die beiden Schreiben von A. Dominicé an E. Stopper vom 2. Juli 1964, dodis.ch/31534 und vom 22. Juli 1965, dodis.ch/31485.

9. Vgl. dazu das Protokoll der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats vom 26. Mai 1965, dodis.ch/31566, S. 4.

10. Zum Abkommen mit Italien vgl. Dok. 48, dodis.ch/30799, Anm. 2. Vgl. auch Dok. 37, dodis.ch/30798; Dok. 53, dodis.ch/30796 und Dok. 54, dodis.ch/30797.

11. Das Konsolidierungsabkommen wurde am 8. Juni 1965 im Nationalrat beraten. In seinem Votum erwähnte aber H. Schaffner den Prämienfonds nicht, vgl. E 1301(-) 1960/51 Bd. 470, S. 48–49. Vgl. dazu auch die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines Bundesbeschlusses betreffend den Abschluss von Schulden-Konsolidierungsabkommen (vom 20. September 1965) vom 30. September 1965, BBl, 1965, II, S. 1201–1204.

dodis.ch/31092

*Notiz des Vorstehers des Politischen Departements, F. T. Wahlen¹*NOTIZ ÜBER DIE BESPRECHUNGEN MIT HERRN AUSSENMINISTER KREISKY
VOM 3. UND 4. JANUAR 1965 IN LECH, VORARLBERG

Streng vertraulich

Bern, 6. Januar 1965

Nachdem sich Aussenminister Kreisky wiederholt in die Schweiz begeben hatte², um mit mir Fragen gemeinsamen Interesses zu besprechen, war es für mich naheliegend, seine Einladung anzunehmen, nach Lech zu kommen, wo er sich ferienhalber aufhält. Auch Herr Bundeskanzler Klaus ist gegenwärtig in Lech. Auf seine Einladung nahmen wir das Nachessen vom 3. Januar gemeinsam in seinem Hotel ein. Die Gesellschaft war aber zu gross, um bei diesem Anlass auch mit Herrn Klaus in politische Gespräche zu kommen. Mit Herrn Kreisky dagegen hatte ich am Nachmittag des 3. Januar und am Vormittag des 4. Januar Gespräche von je etwa zweistündiger Dauer³. Im folgenden sei das Wesentliche daraus festgehalten:

Das ganze Gespräch schien mir von seiten von Herrn Kreisky (K.) unter einem gewissen Unbehagen darüber zu stehen, dass sich durch die neueste Entwicklung auf dem Gebiete der europäischen Integration⁴ das Verhältnis zwischen Österreich und der Schweiz lockern werde und dass sich dadurch auch das im Staatsvertrag angedeutete Parallel-Verhältnis der österreichischen mit der schweizerischen Neutralität⁵ nicht aufrechterhalten lasse. K/[reisky] sagte wiederholt, es hätte schon in einem früheren Zeitpunkt der Integration ein engeres Einvernehmen zwischen den beiden Ländern, zum Teil unter Einbezug Schwedens, angestrebt werden sollen. Jetzt sei es dazu zu spät, aber es sollte alles versucht werden, um auf möglichst vielen Gebieten enge Kontakte und eine gewisse Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten. Ich machte darauf aufmerksam, dass vor den Assoziationsgesuchen in gemeinsamer gründlicher Arbeit versucht wurde, ein für die drei Staaten gültiges Neutralitätskonzept auszuarbeiten, dass aber dann schon in der Formulierung der Gesuche Unterschiede zutage traten. Nun hätten wir einfach zur Kenntnis zu nehmen, dass Österreich zu einem Alleingang antrete.

Sehr deutlich ergab sich aus dem Gespräch die unterschiedliche Haltung der SPÖ und der ÖVP, am schärfsten wahrscheinlich ausgedrückt durch die

1. *Notiz*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 531 (B.15.21).

2. *Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 46, dodis.ch/30181.*

3. *Zu den Gesprächen in Lech vgl. ferner das Schreiben von F. T. Wahlen an B. Kreisky vom 6. März 1965, dodis.ch/31095; das Schreiben von B. Kreisky an F. T. Wahlen vom 21. August 1965, dodis.ch/31097 und das BR-Verhandlungsprot. der 1. Sitzung vom 5. Januar 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 5.*

4. *Zur österreichischen EWG-Assoziation vgl. Dok. 148, dodis.ch/31105, Anm. 13.*

5. *Zum österreichischen Staatsvertrag vgl. DDS, Bd. 20, Dok. 7, dodis.ch/10072 und Dok. 10, dodis.ch/10061. Vgl. ferner zu den Moskauer Gesprächen das österreichische Protokoll vom 12. April 1955, dodis.ch/31088.*

beiden Persönlichkeiten K[reisky] und Bundesminister Bock. K[reisky] möchte in den Verhandlungen in der EWG, die wahrscheinlich im Januar oder Februar beginnen werden, eine Lösung anstreben, die das Verbleiben seines Landes in der EFTA ermöglicht, während die ÖVP bereit ist, den Austritt zu riskieren, falls sich sonst kein befriedigendes Arrangement finden lässt. K[reisky] sagte, dass die Gespräche des Bundeskanzlers in der Schweiz vom vergangenen Jahr⁶ für seine These ausserordentlich günstig gewesen seien. Nach ungefähr zwei Monaten hätte sich aber der Eindruck verflüchtigt und heute stehe der Kanzler eher auf der Seite Bocks.

Interessant war Kreiskys Bericht über seine Unterredung mit Couve de Murville während der Sitzung des Ministerkomitees des Europarates. Couve de Murville hätte für die österreichischen Bedürfnisse sehr grosses Verständnis gezeigt. Ich hatte das bestimmte Gefühl, dass Frankreich bei den kommenden Verhandlungen alles tun wird, um Österreich entgegenzukommen, aber nur um den Preis eines Austrittes aus der EFTA. Es ist klar, dass sich der bedauerliche britische Seitensprung⁷ in dieser Beziehung sehr ungünstig auswirkt. Auf jeden Fall hat er in Österreich die Bedenken gegenüber einem Verlassen der EFTA sehr stark abgeschwächt.

Auf meine Frage hinsichtlich der Haltung der Sowjets im Falle einer weitgehenden Verständigung Österreichs mit der EWG, gab K[reisky] seine grossen Bedenken zu. Diese werden aber von der ÖVP nicht ernst genug genommen. Man glaubt offenbar, in einem echt österreichischen Optimismus, die Russen würden bereit sein, ein «fait accompli» hinzunehmen. K[reisky] war nicht bereit, auf Einzelheiten der österreichischen Verhandlungskonzeption einzutreten (s. Notiz des Integrationsbüros vom 23. Dezember 1964⁸: Sondierungsgespräche zwischen Österreich und der EWG). Er betonte aber, dass das Aussenministerium trotz der federführenden Rolle des Ministeriums Bock einen starken Einfluss behalte, da alle Kontakte über das erstgenannte geleitet werden müssten.

Was nun die angestrebte engere Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Österreich betrifft, so kam K[reisky] auf folgende Punkte zu sprechen:

1. Parlamentarier-Kontakte

Es würde österreichischerseits sehr begrüsst, wenn unter den Parlamentariern, vor allem im Rahmen des Europarates, engere Kontakte hergestellt würden. Dabei denkt K[reisky] nicht nur an solche zwischen schweizerischen und österreichischen, sondern auch an solche mit schwedischen Parlamentariern. Ich werde diesen Wunsch, dem unsererseits nichts entgegensteht, der Strassburger-Delegation⁹ bei Gelegenheit vortragen. Leider sind die in Strassburg führenden österreichischen Parlamentarier Tončić und Czernetz

6. Vgl. dazu die Notiz von J. Iselin vom 3. Juli 1964, dodis.ch/31119 und das Protokoll von R. Pestalozzi vom 7. Juli 1964, dodis.ch/31124.

7. Zur britischen Zollerhöhung vgl. Dok. 65, dodis.ch/31417 und Dok. 99, dodis.ch/31418.

8. Notiz von P. R. Jolles an F. T. Wahlen und H. Schaffner vom 23. September 1964, E 2001(E) 1978/84 Bd. 289 (C.41.770).

9. Vgl. die Notiz von A. Janner an F. T. Wahlen vom 14. Januar 1965, Doss. wie Anm. 1.

mit ihrer oft etwas unrealistischen Haltung nicht gerade dazu angetan, unsere Parlamentarier für nähere Kontakte zu begeistern.

2. Intensivierung der kulturellen Kontakte

K[reisky] hat das Gefühl, dass auf diesem Gebiet wesentlich mehr geschehen könnte. Ich machte darauf aufmerksam, dass auf den verschiedensten Gebieten mehr private Kontakte recht intensiver Art bestehen, und dass unter unserer Verfassung die kulturellen Belange in erster Linie den Kantonen reserviert bleiben. Immerhin sollte es möglich sein, durch die Pro Helvetia und durch unsere Botschaft die bestehenden Kontakte zu pflegen und noch weiter auszubauen. Ich werde bei erster Gelegenheit mit Herrn Dr. Michael Stettler¹⁰ dieses Anliegen besprechen.

3. Industrielle Zusammenarbeit

K[reisky] machte darauf aufmerksam, dass Österreich schon jetzt durch eine regelrechte wirtschaftliche Invasion der Bundesrepublik bedroht sei, eine Gefahr, die sich selbstverständlich bei einem Arrangement mit der EWG noch sehr stark intensivieren müsse. Unter Hinweis auf bereits bestehende Niederlassungen schweizerischer Firmen, betonte er die Wünschbarkeit einer stärkeren Beteiligung der Schweizer Industrie am Aufbau des Wirtschaftspotentials seines Landes. Er machte darauf aufmerksam, dass in gewissen Bundesländern noch Reserven an tüchtigen und zuverlässigen Arbeitskräften vorhanden seien, die ausgenützt werden könnten, und die es gleichzeitig der Schweiz ermöglichen würden, von fremden Arbeitskräften¹¹ unabhängiger zu werden.

4. Entwicklungshilfe

K[reisky] betonte, dass die schweizerische Entwicklungshilfe¹² in Österreich über grosses Ansehen verfüge. Er würde deshalb eine gewisse Zusammenarbeit begrüssen. Ich stellte in Aussicht, dass Herr Dr. Lindt zu gegebener Zeit bereit sein wird, mit seinen österreichischen Kollegen Ideen und Erfahrungen auszutauschen¹³. Inwieweit eine direkte Zusammenarbeit (gemeinsame Projekte) in Frage komme, müsste von Fall zu Fall geprüft werden.

5. Gemeinsame diplomatische Vertretungen

K[reisky] sagte, dass Österreich nicht in der Lage sei, in der Dritten Welt, namentlich in Afrika, ein dichtes Netz von diplomatischen Vertretungen auszubauen. Er stellte die Frage, ob es der Schweiz nicht möglich wäre, in gewissen Fällen die Vertretung österreichischer Interessen zu überneh-

10. Schreiben von A. Janner an M. Stettler vom 25. Juli 1966, Doss. wie Anm. 1.

11. Vgl. zu Italien Dok. 37, dodis.ch/30798; Dok. 48, dodis.ch/30799; Dok. 53, dodis.ch/30796 und Dok. 54, dodis.ch/30797; zu Spanien Dok. 148, dodis.ch/31007; zu Jugoslawien Dok. 59, dodis.ch/31140 und zu Algerien Dok. 22, dodis.ch/31346.

12. Für eine Übersicht über die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit vgl. Dok. 100, dodis.ch/31763.

13. Vgl. dazu Doss. E 2005(A) 1978/84 Bd. 43 (t.261). Vgl. ferner das BR-Prot. Nr. 2128 vom 5. Dezember 1966, dodis.ch/31127.

men¹⁴. Dies würde sich nur auf die diplomatischen, nicht aber auf die konsularischen Interessen erstrecken, da er mit Honorarkonsulaten sehr gute Erfahrungen mache. Österreich wäre bereit, an schweizerische Botschaften, die die Vertretung österreichischer Interessen übernähmen, einen Attaché zu akkreditieren und selbstverständlich auch die sich ergebenden Kosten zu übernehmen.

Dieser Gedanke scheint mir interessant. Ich stellte K[reisky] in Aussicht, dass wir dieses Anliegen grundsätzlich prüfen wollten. Erst in einer zweiten Phase wäre dann darüber zu diskutieren, welche unserer Aussenposten für eine derartige Dienstleistung in Frage kämen.

6. Waffenplätze

Endlich kam K[reisky] noch auf die Benützung österreichischer Waffenplätze¹⁵ durch die Schweizerarmee zu sprechen. Er hatte mir bereits in Paris mitgeteilt, dass er in Fortsetzung von gewissen Gesprächen, die Verteidigungsminister Prader anlässlich seines Berner Besuches¹⁶ führte, auf diese Angelegenheit zurückkommen werde. Ich hatte sie in der Zwischenzeit mit Herrn Bundesrat Chaudet besprochen¹⁷. Die Schlussfolgerung bestand darin, dass für den Moment die Frage nicht aufgeworfen werden könne. Das Militärdepartement hat bekanntlich allergrösste Mühe, im Inland bestehende Waffenplätze zu vergrössern oder sich neues Gelände für sich aufdrängende neue Bedürfnisse zu sichern. Sollte es bekannt werden, dass eine Möglichkeit der Benützung österreichischer Waffenplätze besteht, so würden sich – nach den Befürchtungen des Militärdepartementes – die Widerstände im Inland noch verstärken. K[reisky] zeigte volles Verständnis für diese Schwierigkeiten.

[...] ¹⁸

Endlich kam K[reisky] noch auf den Gedanken Krag zu sprechen, die Kleinstaaten Europas (Skandinavische Gruppe, Benelux-Länder, Österreich und die Schweiz) sollten engere Kontakte pflegen, um möglicherweise gemein-

14. Vgl. dazu die Notiz von M. Grässli vom 14. Januar 1966, dodis.ch/31100 und die Notiz von R. Bindschedler an M. Grässli vom 18. Januar 1966, dodis.ch/31103. Zu den schweizerischen Vertretungen in afrikanischen Staaten vgl. die Notiz von R. Pestalozzi vom 17. Juni 1966, dodis.ch/31349 und der Bericht des politischen Departements an die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats vom 1. April 1964, dodis.ch/31497.

15. Vgl. dazu das Schreiben von F. T. Wahlen an A. Escher vom 19. Februar 1965, E 2200.53(-) 1977/144 Bd. 5 (III.F.21) und das BR-Verhandlungsprot. der 23. Sitzung vom 5. April 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 3.

16. Vgl. dazu das Programm des Besuchs vom 11.–19. November 1964, E 2001(E) 1978/84 Bd. 147 (B.51.13).

17. Vgl. dazu das BR-Verhandlungsprot. der 13. Sitzung vom 19. Februar 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 4: Im Hinblick auf eine Publikation in der österreichischen Presse bemerkt Herr Chaudet, dass der österreichische Verteidigungsminister den Wunsch geäussert habe, in Militärfragen möglichst enge Kontakte mit uns zu haben. In diesem Zusammenhang habe Herr Chaudet von den Schwierigkeiten gesprochen, die wir in der Schweiz hätten, Waffenplätze zu finden. Es sehe nun ganz so aus, wie wenn diese Bemerkung von den Österreichern missverstanden worden sei.

18. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31092.

same Initiativen im Interesse der Friedenserhaltung und zur Überbrückung von Differenzen zu ergreifen. Ich erwiderte, dass mir eine solche Initiative von der Schweiz aus gesehen eher weltfremd scheinen würde. Unsere Nichtmitgliedschaft in der UNO¹⁹ würde es uns beispielsweise verunmöglichen, in diesem Forum gemeinsame Initiativen zu ergreifen. Überdies schiene es mir fraglich, ob die Benelux-Länder über genügend Spielraum verfügten, um ausserhalb des EWG-Raumes konstruktiv in einer solchen Interessengemeinschaft mitzuwirken.

19. Zur Frage der Nichtmitgliedschaft der Schweiz bei der UNO vgl. Dok. 40, dodis.ch/31553.

64

dodis.ch/31048

*Der Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen,
an den Ständerat K. Obrecht¹*

Bern, 15. Januar 1965

Mit Ihrem Schreiben vom 6. Januar² haben Sie angeregt, vor der Genehmigung des Einwanderungsabkommens mit Italien³ der italienischen Regierung zu bedeuten, es könne mit einer Ratifikation des Abkommens eher gerechnet werden, wenn unsere Begehren um Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens und eine befriedigende Berücksichtigung der schweizerischen, von der Verstaatlichung der italienischen Elektrizitätswirtschaft betroffenen Interessen⁴ mit grösserem Wohlwollen behandelt würden.

Die beiden Probleme, die Sie erwähnten, beschäftigen uns in der Tat seit Jahren und waren Gegenstand zahlreicher Verhandlungen und Demarchen. Ihre Idee, ein Junktim zwischen unseren Desiderata und dem Einwanderungsabkommen herzustellen und dadurch unsere Bemühungen zu unterstützen, ist an sich interessant. Wir glauben indessen, dass uns dies bei der heutigen Konstellation keinen Vorteil bringen könnte. Das Abkommen ist mit seinen Leistungen und Gegenleistungen als ausgewogenes Ganzes zu betrachten, das dem Bundesrat kaum die Möglichkeit lässt, für die Genehmigung des Abkommens auf anderen Sektoren Gegenleistungen zu verlangen.

1. Schreiben (Kopie): E 2001(E) 1978/84 Bd. 812 (B.15.50.4). Kopien an H. Schaffner und R. Bonvin.

2. Vgl. das Schreiben von K. Obrecht an F. T. Wahlen vom 6. Januar 1965, Doss. wie Anm. 1.

3. Vgl. Dok. 37, dodis.ch/30798, Anm. 2. Dazu siehe auch Dok. 48, dodis.ch/30799; Dok. 53, dodis.ch/30796 und Dok. 54, dodis.ch/30797.

4. Zur dieser Angelegenheit vgl. die Notiz Nationalisierung der italienischen Elektrizitätsgesellschaften vom 3. Dezember 1964, dodis.ch/31260 und die Notiz Verstaatlichung der italienischen Elektrizitätsgesellschaften vom 11. Januar 1965, dodis.ch/31261.

Wir können Sie im Übrigen aber versichern, dass wir bei jeder Gelegenheit, die uns günstig scheint, auf die Wünschbarkeit befriedigender Lösungen auf dem Gebiet der Doppelbesteuerung und der Verstaatlichung hinweisen⁵. So benützten wir beispielsweise die Gewährung eines Notenbankkredites im Juni v. J., um der Leitung der Banca d'Italia und der italienischen Regierung unsere Begehren auf den beiden Sachgebieten in Erinnerung zu rufen⁶. Eine neue Gelegenheit, diese Pendenzen mit einem massgebenden Vertreter der italienischen Regierung zu diskutieren, bietet der Besuch von Finanzminister Colombo in der Schweiz von Anfang nächster Woche⁷. Dabei sollen dem Finanzminister in Ergänzung zur mündlichen Erörterung der hängigen Probleme zwei Aide-Mémoires⁸ überreicht werden, um eine Weiterverfolgung der Intervention auch auf diplomatischem Wege zu erleichtern.

5. Zur Verbindung zwischen Doppelbesteuerung und Verstaatlichung der italienischen Elektrizitätsgesellschaften vgl. Dok. 44, dodis.ch/31063 sowie das Protokoll der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 7. Oktober 1964, dodis.ch/31279 und das Schreiben von K. Locher an E. Moser vom 7. April 1966, dodis.ch/31280.

6. Vgl. das BR-Prot. Nr. 964 vom 19. Mai 1964, dodis.ch/31281.

7. Zu diesem Besuch vgl. das Schreiben von P. Micheli an Ph. Zutter vom 19. Januar 1965, dodis.ch/31288.

8. Vgl. das Aide-Mémoire betr. Doppelbesteuerungsabkommen vom 15. Januar 1965, dodis.ch/31253 und das Aide-Mémoire betr. Verstaatlichung der Elektrizitätsgesellschaften vom 15. Januar 1965, dodis.ch/31252.

*Interne Notiz der schweizerischen Botschaft in London*¹

NOTIZ ÜBER DIE BESPRECHUNG VON HERRN BUNDESRAT WAHLEN
MIT DEM FIRST SECRETARY OF STATE AND MINISTER OF ECONOMIC AFFAIRS,
GEORGE BROWN, IM DEPARTMENT OF ECONOMIC AFFAIRS IN LONDON²

London, 29. Januar 1965

Herr Bundesrat Wahlen war vom First Secretary of State and Minister of Economic Affairs³, dem Stellvertreter von Premierminister Wilson, eingeladen worden⁴, seine Teilnahme am Staatsbegräbnis für Sir Winston Churchill⁵ dazu zu benützen, um mit ihm zusammenzukommen. Die so zustandegekommene Unterredung nahm folgenden Verlauf.

First Secretary Brown: Ich war kürzlich in Österreich und Schweden⁶ und gewann dabei den Eindruck, dass die Schweiz am wenigsten zu verstehen scheint⁷, was wir zu tun versuchen. Sie glauben offensichtlich, wir wollten uns hinter einer Schutzmauer verstecken. Wir versuchen aber nur, Zeit zu gewinnen, um eine Reihe von Problemen zu lösen, wozu wir Eurer Hilfe bedürfen. Wir importieren zu viel und exportieren zu wenig.

Man sagte mir, die Haltung der EFTA-Partner⁸ hänge weitgehend von den Schweizern ab. Was sollen wir jedoch tun, wenn sie ein ungünstiges Klima

1. Notiz: E 2001(E) 1978/84 Bd. 728 (B.15.50). Verfasst von M. Feller. Original ging an F. T. Wahlen. An der Besprechung anwesend waren F. T. Wahlen, B. von Fischer, M. Feller, G. Brown, E. Roll, A. Albu und Mr. Clark.

2. Für die Einschätzung des Gesprächs von B. von Fischer vgl. sein Schreiben an F. T. Wahlen vom 1. Februar 1965, Doss. wie Anm. 1: Ich nehme an, dass Herr Brown schon vor uns mehrere Besprechungen geführt hatte, an denen Whisky serviert wurde, was seine etwas ungehemmte Haltung erklären würde und sein Schreiben an F. T. Wahlen vom 5. Februar 1965, E 2001(E) 1978/84 Bd. 325 (C.41.775.3): Es sieht ganz so aus, als ob Ihr Gespräch mit Herrn Brown zu einem «break-through» in der erstarrten EFTA-Front geführt hat. Für die Berichterstattung im Bundesrat von F. T. Wahlen vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 8. Sitzung vom 2. Februar 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 5 f.

3. G. Brown. Zu einem weiteren Treffen zwischen G. Brown und F. T. Wahlen vgl. Dok. 99, dodis.ch/31418.

4. Vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 7. Sitzung vom 29. Januar 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3.

5. Vgl. das BR-Prot. Nr. 186 vom 29. Januar 1965, dodis.ch/31437 und das BR-Verhandlungsprot. der 56. Sitzung vom 13. August 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3. Zum Churchill Monument in der Schweiz vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 6. Sitzung vom 26. Januar 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3.

6. Vgl. den Politischen Bericht Nr. 1 von E. von Graffenried an F. T. Wahlen vom 23. Januar 1965, E 2300(-) 1000/716 Bd. 447 (166). Zur schwedischen Haltung vgl. die Notiz von P. Micheli vom 17. November 1964, dodis.ch/31633 und das Schreiben von P. Languetin an E. von Graffenried vom 22. März 1965, dodis.ch/31220.

7. Vgl. dazu Dok. 56, dodis.ch/31416.

8. Dänemark, Norwegen, Österreich, Portugal und Schweden.

schaffen. Die Folge davon war ein «run» auf das Pfund, was uns in die Deflation führte und eine allgemeine Entmutigung auslöste. In einer solchen Atmosphäre des Zweifels können wir nicht vorwärts kommen.

Bundesrat Wahlen: Die EFTA-Freunde scheinen uns den schwarzen Peter zuzuspielen. Sehen Sie sich aber unsere Presse an. Wir griffen Euch öffentlich nicht an. Unter uns sprachen wir allerdings sehr offen. Wir empfanden Ihr Vorgehen als einen schweren Schlag für die EFTA⁹: vor allem war es «unfair», uns nicht vorher zu konsultieren und rechtzeitig zu verständigen. Das Problem eines Handelsdefizites ist uns übrigens wohlbekannt.

First Secretary Brown: Mit dem Pfund als Reservewährung tragen wir die Bürde anderer. Wir sind somit in einer speziellen Situation.

Bundesrat Wahlen: Darüber geben wir uns voll Rechenschaft. Wir haben uns denn auch mit dem Schweizerfranken an der internationalen Hilfsaktion zur Stützung des Pfund-Sterlings¹⁰ beteiligt.

First Secretary Brown: Ich frage Sie, wie würden Sie fühlen, wenn man, wie Ihr, privat das eine sagt und dann öffentlich was anderes tut. Wenn das Pfund als Reservewährung nicht zerstört werden soll, dürft Ihr uns nicht angreifen. Wenn Ihr wollt, dass es diese Funktion behält, müsst Ihr uns helfen.

Bundesrat Wahlen: Proportional haben wir mehr geholfen als jedes andere Land.

First Secretary Brown: In Genf¹¹ wart Ihr jedoch sehr «rough» mit uns. Wir wollten das Pfund als Reservewährung nicht gefährden. Sir Roll und ich bestanden auf der Importabgabe¹². Andere Minister befürworteten quantitative Restriktionen. Wir zwei wollten die «surcharge», um die freie Konkurrenz zu erhalten und waren bereit, dafür Vorwürfe in Kauf zu nehmen. Wir wollten dem Konsumenten nicht vorschreiben, was er kaufen soll. Ich bin daher über die Reaktion der EFTA-Partner sehr enttäuscht. Das Finanzministerium und das «Board of Trade» waren gegen die Importabgabe. Warum unterstützen Sie uns nicht?

Bundesrat Wahlen: Wir haben EFTA-Partner, die schwächer sind als England. Wenn England die Konventionen verletzt, wie könnt Ihr erwarten, dass andere sich daran halten. Sie haben einen Präzedenzfall geschaffen.

Sir Eric: Die Möglichkeit der Einführung quantitativer Restriktionen besteht nach wie vor.

Bundesrat Wahlen bringt das Gespräch auf die 7% Bankrate, wird aber von Mr. Brown unterbrochen.

First Secretary Brown: Sie antworten nicht auf meine Frage.

Bundesrat Wahlen: Sie hätten die Erhöhung der Bankrate früher vornehmen sollen.

9. Zur EFTA vgl. Dok. 172, dodis.ch/31640, bes. Anm. 10.

10. Vgl. dazu Dok. 128, dodis.ch/31415.

11. Zur EFTA-Ministerkonferenz in Genf vom 19.–20. November 1964 vgl. das BR-Prot. Nr. 1995 vom 13. November 1965, E 1004.1 1000/9 Bd. 703.1 und Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 324 (C.41.775).

12. Vgl. dazu die Notiz von P. Languetin an E. Stopper vom 9. November 1964, dodis.ch/31442.

First Secretary Brown: Ich gebe zu, einen Fehler gemacht zu haben. In einer Atmosphäre der Deflation kann man jedoch keine Einkommenspolitik verkaufen, noch die Industrie modernisieren oder eine Expansion erwarten. Ich wollte aus diesem Grunde die Bankrate nicht anheben. Dies war falsch. Hätten wir den Diskontsatz sofort erhöht, dann wären wir mit 1% ausgekommen. Sie müssen uns nun Zeit geben. 6 Monate reichen kaum. Wir sind Sünder; wir wollen es aber nicht weiter sein. Helft uns daher, davon wegzukommen.

Bundesrat Wahlen: Beide Möglichkeiten, Verschiebung der EFTA-Ministersitzung oder Abhaltung ohne Resultat wären schlecht. Es müsste der Eindruck entstehen, dass die EFTA in einer Sackgasse ist. Sie müsste darunter leiden.

First Secretary Brown: Während meiner Reise nach Österreich und Skandinavien wurde mir gesagt, Bundesrat Wahlen sei der Mann in der Gemeinschaft, der die harte Linie verfolge. Er wolle die EFTA nicht mehr.

Bundesrat Wahlen: Sie können denen, die das gesagt haben, erklären, dies sei eine Lüge.

First Secretary Brown: Mitte Februar verfügen wir noch nicht über ausreichende statistische Unterlagen, um beurteilen zu können, inwieweit sich die Zahlungsbilanzsituation gebessert hat. Im März oder April wäre dies dagegen der Fall. Wenn Sie auf die Tagung im Februar mit dem Abbau der Importabgabe¹³ beginnen zu können! Die Lage ist aber noch nicht klar. Warum wollen Sie uns nicht Zeit lassen und uns zu etwas anderem drängen? Alles hängt von Ihnen ab. Sie sind der entscheidende Mann, wie man mir immer wieder versicherte.

Bundesrat Wahlen: Ich glaube, wir sollten an der Ministertagung am 22./23. Februar festhalten, und sie sollten mit dem Abbau der 15% Importabgabe beginnen.

First Secretary Brown: Wie wäre es, wenn wir eine «token reduction» vornehmen? Welcher Satz wäre für Sie akzeptabel und würde dies die Spannung lösen?

Bundesrat Wahlen: 5% schiene mir angebracht. Dies würde zweifellos helfen, die Situation zu klären, und Sie erwiesen damit der EFTA einen grossen Dienst.

First Secretary Brown: Lassen wir den Prozentsatz offen. 2½% scheint mir möglich. Wenn wir eine Reduktion vornehmen würde sich dann das Klima bessern?

Bundesrat Wahlen: Jede «token reduction» würde als Absichtserklärung gewertet.

13. Vgl. dazu den Bericht des Integrationsbüros und des Politischen Departements von Mitte Februar 1965, dodis.ch/31654, S. 11: Die EFTA hat zur Zufriedenheit der Partner funktioniert, bis die britischen Zollzuschläge eingeführt wurden. In der durch diese Vertragsverletzung geschaffenen Lage ist die einhellige Reaktion aller übrigen EFTA-Mitglieder als ein positives Element für die Freihandelszone zu werten. Unter dem konstruktiven Druck dieser Reaktion und dank der kürzlich eingetretenen Besserung der englischen Wirtschaftslage ist auf eine baldige Aufhebung der Zollzuschläge zu hoffen.

First Secretary Brown: Quantitative Restriktionen hätten unseren EFTA-Partnern viel mehr gekostet und uns einen Haufen administrativer Schwierigkeiten bereitet und der ganzen Aktion den temporären Charakter genommen. Mit der 15%igen Einfuhrabgabe entschieden wir uns für die Aufrechterhaltung des freien Handels.

Bundesrat Wahlen: Im internationalen Leben gibt es gewisse Prinzipien. Wir hatten hinsichtlich deren Beachtung eine grosse Meinung von England. Sie haben nun aber einen Präzedenzfall geschaffen. In Genf hielt ich keineswegs um 03.15, wie Sie sagen, eine brutale Rede¹⁴, sondern äusserte mich erst später zum völkerrechtlichen Aspekt, und als Aussenminister kann ich keinen andern Standpunkt, als den vertretenen, einnehmen.

First Secretary Brown: Zur Lösung des britischen Zahlungsproblems ist der von uns eingeschlagene Weg der beste; er drängte sich vor allem im Interesse des europäischen Handels auf. Ich darf sagen, der Führer der europäischen Fraktion in der Regierung zu sein.

Bundesrat Wahlen: Die Kreise in Österreich, welche gegen die EFTA sind, haben durch das britische Vorgehen grossen Auftrieb bekommen.

First Secretary Brown: Die Österreicher sagen, Bundesrat Wahlen sei der harte Mann und sie, wie die Schweden, erklärten mir, ich müsste die Frage mit ihm klären. Ich schlage Ihnen daher einen Handel vor, dem meine Regierungskollegen noch zustimmen müssen: Wir machen einen «token move», wenn Sie sagen: «Wir anerkennen, dass Grossbritannien handeln musste, dass quantitative Restriktionen schädlicher gewesen wären und dass die 15% Importabgabe nur temporären Charakter hat».

Bundesrat Wahlen: Die britische Regierung brächte mit einer solchen Reduktion zum Ausdruck, dass die Importabgabe wirklich nur temporär sein soll, was zweifellos das bessere Vorgehen wäre.

First Secretary Brown: Eine sozialistische Regierung hat keine Zukunft in diesem Land, wenn es ihr nicht gelingt, den Handel auszuweiten. Jede Behinderung stellt daher ein Hindernis dar, das so rasch wie möglich beseitigt werden muss. Wir kamen an die Macht, nachdem die vorangehende Regierung¹⁵ während 9 Monaten keine Entscheidungen mehr getroffen hatte. Wir mussten sofort die Importe abbremsen und/oder die Exporte fördern. Sollte dies kurzfristig geschehen, so mussten wir Massnahmen ergreifen, die zum Teil gegen «the rules» verstossen. Wir glaubten, rasche Behebung sei in aller Interesse und hätten daher von Euch unterstützt werden sollen.

Bundesrat Wahlen: Warum haben Sie uns nicht konsultiert, wie es die EFTA-Konvention¹⁶ vorsieht?

First Secretary Brown: Heute vor die gleiche Situation gestellt, würden wir es tun, unsere Argumente unterbreiten und Ihnen Zeit geben, die Sache kurz zu überlegen.

14. Für den Text der Rede Effects of the charge of 15% on Swiss exports vgl. E 2001(E) 1978/84 Bd. 324 (C.41.775.3).

15. Tory-Regierung von A. Douglas-Home.

16. Übereinkommen vom 4. Januar 1960 zur Errichtung der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA) vom 4. Januar 1960, AS, 1960, S. 590–792.

Bundesrat Wahlen: Ihr Botschafter¹⁷ kam erst am Sonntagmorgen zu mir¹⁸, um mich über ihre Absichten, die am nächsten Tag bekanntgegeben wurden, in Kenntnis zu setzen.

First Secretary Brown: Werden Sie uns helfen, wenn wir den Abbau der 15% Importabgabe mit einer «token reduction» beginnen?

Bundesrat Wahlen: Mit einer vernünftigen Reduktion – ich würde 5% als vernünftig betrachten – haben Sie mein volle Unterstützung.

First Secretary Brown: Das ist fein. Wenn Sie zustimmen, dann machen auch die anderen EFTA-Partner mit. Gunnar Lange sagte mir, wenn Sie sich mit Wahlen einigen können, dann bringen wir es durch.

Sir Eric: Wir haben noch mit keinem EFTA-Partner über eine «token reduction» gesprochen.

First Secretary Brown: Ich werde selber nach Genf kommen.

Bundesrat Wahlen: Können wir uns auf folgende Formel einigen: «Sie sagten, 2½% scheine Ihnen das Erreichbare, sie versuchten aber Ihre Regierungskollegen für 5% zu gewinnen. Alles zwischen 2½ und 5% würde mich zufrieden stellen.»

First Secretary Brown: Einverstanden.

Sir Eric: Wir betrachten nach wie vor die 15% Importabgabe als das für unsere Partner kleinere Übel. Wenn sie uns aber zwingen, müssen wir zu quantitativen Restriktionen übergehen. Eine Reihe von Regierungsmitgliedern sind übrigens dafür.

17. R. S. Isaacson.

18. Schreiben von R. S. Isaacson an F. T. Wahlen vom 25. Oktober 1964, E 2001(E) 1978/84 Bd. 741 (C.41.117). Vgl. ferner das BR-Verhandlungsprot. der 74. Sitzung vom 27. Oktober 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3.

66

dodis.ch/31196

Der schweizerische Botschafter in Stockholm, E. von Graffenried, an den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen¹

Vertraulich

[Stockholm,] 30. Januar 1965

Erlauben Sie mir, zum hiesigen Posten noch einige persönliche Gedanken darzulegen²:

1. *Generell* haben sich die Beziehungen und Kontakte stark entwickelt. Neben Handel und Verkehr ergibt sich dies, effektiv und stimmungsmässig, u. a. aus EFTA, vermehrten Investitionen und Beteiligungen in beiden Richtungen, wie auch aus der Entwicklung Stockholms zur Kongress-, Reise- und Kultur-

1. Schreiben: E 2001(E) 1978/84 Bd. 979 (B.15.50).

2. *Handschriftliche Marginalie:* M. Janner. M. de G[raffenried] sera à Berne les 9 et 10 février.

stadt. Mit dem Schwinden der Distanzen, gilt dies auf allen Gebieten, und für immer breitere Kreise; gegenüber früher oft aber auch in etwas kritischerem Sinne, und mit neuen Erwartungen.

Aus der Schweiz ist ebenfalls vermehrtes Interesse unverkennbar; bei allen Nuancen in der Beurteilung sozialstaatlicher Fragen. Wobei sich allerdings aus den Unterschieden in Struktur und Orientierung gelegentlich Probleme ergeben: z. B. indem private und technische Initiativen/Studienreisen hier zwangsläufig einer mehr offiziellen Einstellung begegnen, bzw. letztlich von der Mitwirkung staatlicher Stellen abhängig sind. (So wird die Botschaft denn auch häufig von schwedischer Seite aus eingeschaltet; auch mit der Erwartung auf entsprechende «Mitwirkung»).

2. *Auf offizieller Ebene* besteht hier nicht nur weitgehende Bereitschaft, sondern in meiner Überzeugung auch ein Bedürfnis nach Vertiefung. Gerade bei unseren laufenden Anliegen zeigt sich, im Aussenministerium und den Handelsdiensten/Integration etc., Interesse an Kontakten mit formlosem Informations- und Gedankenaustausch; und zwar in mehr kontinuierlicher Weise, und über konkrete Tagesfragen hinaus. Immer wieder hört man, dass trotz allen Unterschieden gerade Schweden und die Schweiz, politisch unbelastet, sich Vieles zu bieten haben.

3. *Der Berner-Besuch des schwedischen Aussenministers*³ wird hier als «Sonderfall» betrachtet, d. h. weit über die schwedische «Besuchs-Diplomatie»⁴ hinaus. Dies gilt sowohl für den allgemeinpolitischen Gedankenaustausch, zu allfälligen konkreten Punkten von aktueller Bedeutung, wie besonders für die weitere Atmosphäre; neben der Gelegenheit zu einem Vortrag über schwedische Aussenpolitik.

So dürfte, besonders seitens der Begleiter, eine «allgemeine Bereitschaft» zum Ausdruck kommen: So erfreut man schwedischerseits über Anliegen und Informations-Initiativen von unserer Seite ist, – sei es nun über konkrete Fragen oder durch Interesse an vermehrter laufender Konsultation und engerer Zusammenarbeit⁵ (OI, Wissenschaft und Forschung, etc.) – so ist dabei der schwedischen «Zurückhaltung», und gerade uns gegenüber einer gewissen Scheu bzw. Respekt vor unseren eigenen Verhältnissen, Rechnung zu tragen. In diesem Sinne, stellen denn auch meine kürzlichen Anregungen⁶ (u. a. Notiz von Herrn Botschafter Micheli vom 12. Januar 1965⁷) primär meine eigenen Gedanken und Eindrücke dar. Und dies primär als Versuch zur Konkretisierung; aber in der Meinung, dass man schwedischerseits gerne auf alle denkbaren Anliegen eintreten wird, soweit unsererseits Interesse besteht. (Neben dem Besuch von Herrn Bundesrat Petitpierre, April 1956⁸

3. T. Nilsson. *Zu dessen Besuch vom Mai 1965* vgl. Dok. 73, dodis.ch/31207, bes. Anm. 3.

4. *Zur Frage Brauchen wir eine Besuchdiplomatie* vgl. Dok. 164, dodis.ch/31628.

5. *Zur Zusammenarbeit in Militärfragen und im Bereich des Zivilschutzes mit Schweden* vgl. Dok. 73, dodis.ch/31207, bes. Anm. 5, und Dok. 160, dodis.ch/31211.

6. Vgl. z. B. die Schreiben von E. von Graffenried an F. T. Wahlen vom 26. Oktober 1964 und vom 5. Dezember 1964, Doss. wie Anm. 1.

7. Notiz von P. Micheli vom 12. Januar 1965, Doss. wie Anm. 1.

8. Vgl. zum Treffen von M. Petitpierre mit O. Undén, DDS, Bd. 20, Nr. 66, dodis.ch/10187.

und Februar 1957, erfolgte meines Wissens auch ein «Kontakt-Besuch» seitens von Herrn Botschafter Zehnder als Generalsekretär).

Der Aussenminister-Besuch wird auch in der *weiteren Öffentlichkeit* sicherlich stark vermerkt werden. Gerade da wo man unsere Verhältnisse näher kennt, könnte dies sehr wohl einem «latenten» Bedürfnis (meine Theorie der «geographischen Abseits-Stellung») Auftrieb geben. Was sich in der Folge auch indirekt, und bei entsprechender Auswertung, auswirken sollte.

4. Über einzelne *EMD-Belange* habe ich wiederholt näher berichtet⁹. Gerade hier ging es mir, und teilweise auch meinen Mitarbeitern, um Anliegen besonderer Art.

5. Wohl fordert der hiesige Boden, in verschiedener Hinsicht, etwelche Anstrengungen. Das Stimmungs-Klima, und vielleicht die Interessen-Lage gerade heute, erscheinen mir jedoch für weitere Initiativen günstig; so auch im Bezug auf Kultur, Universitäten und in der Provinz; auch im Sinne der «*Präsenz-Postulate*»¹⁰. Manches mag hier «nuanciert» und oft auch «alte Schule» erscheinen, doch zeigen meines Erachtens einzelne Realisationen doch eine erfreuliche Aufnahme-Bereitschaft.

6. Wohl einzigartig ist die *Kolonie-Entwicklung*: von bloss 200 Landsleuten 1939 und 1945, auf heute etwa 2500: teilweise temporär zur Ausbildung, oft aber auch mit bleibender Niederlassung; der Kanzlei-Umsatz hat dadurch stark zugenommen, oft auch mit delikaten Rechtsfragen. Die Vereine/NHG, wie die Kulturelle Vereinigung «Schweden-Schweiz» entfalten eine lebhaftige Tätigkeit.

9. Vgl. *Doss*. E 2001(E) 1979/28 Bd. 12.

10. Zur *Präsenz der Schweiz in Skandinavien* vgl. den Bericht von C. Doka vom 18. November 1964, dodis.ch/31225.

67

dodis.ch/30943

*Das Direktorium der schweizerischen Nationalbank
an die Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Politischen Departements¹*

BETRIFFT: BANK OF AMERICA²

Zürich, 2. Februar 1965

Wir bestätigen den Empfang Ihrer Schreiben vom 13.³ und 27. v. M.⁴ und danken Ihnen verbindlich für Ihre Mitteilungen wie auch für die Zustellung einer Kopie der Notiz⁵ des schweizerischen Generalkonsuls in San Francisco⁶ über den vermutlichen Zweck der Schweizerreise des früheren amerikanischen Schatzsekretärs, Herrn Robert B. Anderson.

Wie aus den vorliegenden Informationen hervorgeht, besteht Grund zur Annahme, dass die Bank of America beabsichtigt, in der Schweiz eine Bank zu gründen oder aufzukaufen, deren Kapital aus Mitteln finanziert werden soll, welche die Bank of America in unser Land beschaffen will. Die aktive Rolle, die dabei von Herrn Anderson gespielt wird, lässt vermuten, dass das Tochterinstitut der Bank of America in der Schweiz u. a. auch damit betraut werden soll, Gelder von Geschäftsfreunden des Herrn Anderson entgegenzunehmen. Nach dem Bericht des schweizerischen Generalkonsuls in San Francisco zählen zu diesen Geschäftsfreunden auch verschiedene «not-so-respected businessmen, big-time gamblers and big-name gangsters».

Die Realisierung dieser Pläne müsste schweizerischerseits als höchst unerwünscht betrachtet werden. Sie würde einen neuen Kanal öffnen, durch den ausländische Gelder in voraussichtlich erheblichem Umfange in unser Land einströmen würden. Muss dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen schon an sich als unwillkommen bezeichnet werden, so kommt im vorliegenden Falle noch erschwerend hinzu, dass es sich zum Teil offenbar um Gelder recht zweifelhaften Ursprungs handeln dürfte. Damit erhielten die gerade von amerikanischer Seite immer wieder erhobenen Verdächtigungen, die schweizerischen Banken seien ein Zufluchtsort für Vermögen von Schiebern und Steuerhinterziehern, neue Nahrung. Es scheint uns keineswegs ausgeschlossen, dass sich hieraus früher oder später einmal ernstliche

1. *Schreiben*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 439 (B.41.31.21.3.0). *Unterzeichnet von W. Schwegler und H. Huber.*

2. *Vgl. auch das Schreiben von A. Geiser an das schweizerische Generalkonsulat in San Francisco vom 9. Februar 1965*, dodis.ch/31239.

3. *Schreiben von H. Hess an die Schweizerische Nationalbank vom 13. Januar 1965*, E 2001(E) 1978/84 Bd. 252 (C.41.731).

4. *Schreiben von H. Hess an die Schweizerische Nationalbank vom 27. Januar 1965*, *Doss. wie Anm. 1.*

5. *Notiz* World Banking Corporation, Nassau, Îles Bahamas, Cosmos Bank, Zurich vom 22. Dezember 1964, dodis.ch/31209.

6. *W. Sauser.*

Schwierigkeiten für die Wahrung legitimer schweizerischer Interessen im Ausland ergeben könnten.

Aus den dargelegten Gründen erachten wir es als geboten, an die Leitung der Bank of America zu gelangen, um ihr einen Verzicht auf die Verwirklichung ihres Vorhabens nahezulegen. Nachdem Sie uns jedoch um vertrauliche Behandlung Ihrer Informationen ersucht haben, möchten wir einen solchen Schritt nicht ohne Ihr Einverständnis unternehmen. Wir bitte Sie uns mitzuteilen, inwieweit wir anlässlich der beabsichtigten Intervention bei der Bank of America von den Mitteilungen Ihrer Schreiben vom 13. und 27. Januar d. J. und vom Inhalt der Notiz des schweizerischen Generalkonsuls in San Francisco Gebrauch machen dürfen, wobei wir selbstverständlich die Quelle dieser Informationen nicht nennen würden. Für Ihre Antwort⁷, der wir mit Interesse entgegensehen, danken wir Ihnen zum voraus bestens.

7. Vgl. das Schreiben von A. Geiser an die Schweizerische Nationalbank vom 9. Februar 1965, Doss. wie Anm. 1.

68

dodis.ch/30944

Protokoll der konferenziellen Besprechung betreffend Überwachung amerikanischer Banken in der Schweiz¹

Bern, 5. Februar 1965²

Der Vorsitzende heisst die Anwesenden willkommen und schlägt folgende Agenda als Diskussionsbasis vor:

1) Bedeutung der neuen amerikanischen Vorschriften

- a) die physische Kontrolle durch Inspektionen;
- b) die Kontrolle durch Einholung von Auskünften und Unterlagen.

2) Rechtsfragen

- a) zu Artikel 271 StGB: Extraterritoriale Auswirkung der amerikanischen Gesetzgebung in Form von Inspektionen;
- b) zu Art. 273 StGB: Inwieweit sind amerikanische Auskunftsbegehren legitim, inwieweit sind sie als wirtschaftlicher Nachrichtendienst zu betrachten?
- c) zu Art. 47 BG: In welcher Form wird das Bankengeheimnis durch die neuen Vorschriften berührt?

1. Protokoll: E 2001(E) 1978/84 Bd. 507 (C.41.731.0.1). Verfasst und unterzeichnet von R. Beaujon.

2. Die Besprechung fand am 4. Februar 1965, 10.15–12.15 Uhr statt. Teilnehmer: E. Diez (Vorsitz), E. Brunner, R. Bär, R. Beaujon, C. A. Markees, U. Vogel, B. Müller, M. B. Ludwig, R. Bosshard, M. Krell, H. Huber, H. Manz, M. Oetterli und M. Lusser.

3) *Praktische Fragen*

- a) Tätigkeit amerikanischer Banken in der Schweiz;
- b) mögliche Rückwirkungen unserer ablehnenden Haltung bezüglich der neuen Vorschriften auf die Tätigkeit schweizerischer Banken in den USA;
- c) Verhalten der schweizerischen Behörden dem amerikanischen Begehren gegenüber:
 - i) im Falle von Inspektionen und von Auskunftsbegehren;
 - ii) Form unserer Demarchen bei den amerikanischen Behörden.

Als Ergebnis der eingehenden und auf die Stellungnahme der interessierten Stellen gestützten Diskussion ist folgendes festzuhalten:

1. Bedeutung der neuen amerikanischen Vorschriften

Wir sind dem Begehren um Inspektionen auf unserem Territorium schon mehrmals begegnet (Interhandel³, Exportkontrolle strategischer Güter⁴, Heilmittelkontrolle⁵ etc.) und kennen die amerikanische Tendenz, der einheimischen Gesetzgebung extraterritoriale Wirkung zu verleihen.

Dass die USA ein legitimes Interesse haben, die Bonität der Zweigniederlassung einer amerikanischen Bank im Ausland zu prüfen, ist unbestritten, liegt doch dies letzten Endes auch im Interesse geordneter Währungsverhältnisse schlechthin. Auch das schweizerische Bankengesetz nimmt das Recht in Anspruch, bei einer Kontrolle einer fremden Zweigniederlassung in der Schweiz gewisse Angaben über die Finanzlage des Gesamtunternehmens zu erhalten. Dagegen entsenden wir keine Inspektoren ins Ausland, noch versuchen wir je, Detailangaben über die fremde Geschäftsführung zu erhalten.

2. Rechtsfragen

Eindeutig ist, dass die Niederlassung einer ausländischen Bank in der Schweiz in vollem Umfange der schweizerischen Gesetzgebung untersteht.

a) *Art. 271 StGB* schliesst nicht bewilligte fremde Inspektionen vom schweizerischen Territorium aus. Eine Bewilligung käme in dem uns interessierenden Fall aus Präjudizgründen nicht in Frage. Amerikanische Begehren dieser Art müssen daher im Interesse der Wahrung unserer Souveränität eindeutig zurückgewiesen werden.

b) Die Übermittlung von Auskünften über Einzeltransaktionen oder in Form von Detailangaben und Kundenverzeichnissen würde einen Verstoss gegen *Art. 47 BG*, eventuell gegen *Art. 273 StGB*, bedeuten. Artikel 273 StGB kennt keine Einschränkungen in der Form von Bewilligungen.

3. Zu dieser Affäre vgl. *DDS, Bd. 16, Dok. 65*, dodis.ch/66; *Dok. 67*, dodis.ch/68; *DDS, Bd. 17, Dok. 76*, dodis.ch/5640; *DDS, Bd. 18, Dok. 2*, dodis.ch/4680; *Dok. 6*, dodis.ch/4722; *DDS, Bd. 19, Dok. 82*, dodis.ch/9209; *Dok. 149*, dodis.ch/9200, *Anm. 5*; *DDS, Bd. 20, Dok. 65*, dodis.ch/11115; *Dok. 102*, dodis.ch/12080; *Dok. 112*, dodis.ch/11334; *Dok. 140*, dodis.ch/12178; *DDS, Bd. 21, Dok. 33*, dodis.ch/14964; *Dok. 120*, dodis.ch/14969; *Dok. 155*, dodis.ch/14936; *DDS, Bd. 22, Dok. 16*, dodis.ch/18887; *Dok. 121*, dodis.ch/30391; *Dok. 126*, dodis.ch/18942 und *Dok. 138*, dodis.ch/18891.

4. Vgl. *DDS, Bd. 21, Dok. 147*, dodis.ch/15506; *DDS, Bd. 22, Dok. 19*, dodis.ch/30680.

5. Vgl. *DDS, Bd. 22, Dok. 172*, dodis.ch/18878. Vgl. dazu ferner *Dok. 87*, dodis.ch/31434 und *Dok. 113*, dodis.ch/31433.

Durch *Artikel 47 BG* sind die Interessen der Bankkunden geschützt. Eine Weitergabe könnte nur mit Zustimmung des Geheimnisherrn (Kunde) erfolgen. Ein Kunde einer amerikanischen Bankniederlassung in der Schweiz darf von der Annahme ausgehen, dass die fremde Bank der schweizerischen Gesetzgebung untersteht und dass die Geheimhaltungspflicht beobachtet wird. Sollten aber die Buchhaltungen der Niederlassungen zentral beim Mutterhaus geführt werden, würde die Wahrung des Bankgeheimnisses in diesen Fällen problematisch.

Andererseits kann gegen die Bekanntgabe von Positionsmeldungen an das Mutterhaus, sofern sich diese auf Globalangaben beschränken und wie sie auch in den Bilanzen publiziert werden, nichts eingewendet werden. Eine weitere Möglichkeit, der amerikanischen Kontrolle zu genügen, wäre die Revision durch eine dem amerikanischen Mutterhaus genehme in der Schweiz zugelassene Revisionsgesellschaft. Handelt aber die Revisionsgesellschaft im Auftrage des fremden Staates, sei es direkt oder indirekt, so ist anzunehmen, dass der Mandatar als verlängerter Arm der amerikanischen Behörden zu betrachten ist; ein solches Vorgehen verstiesse gegen Art. 271 StGB.

Der Kern des Problems liegt nicht in den Inspektionen, deren Ablehnung ausser Zweifel steht, sondern im amerikanischen Anspruch auf umfassende Auskünfte über alle Aspekte der Zweigniederlassung.

3. *Praktische Fragen*

a) Die Teilnehmer kommen überein, dass die neuen amerikanischen Vorschriften Anlass bieten, um die in der Schweiz tätigen Niederlassungen ausländischer Banken und die fremdbeherrschten Banken erneut auf die schweizerische Bankengesetzgebung aufmerksam zu machen. Die Finanzverwaltung und die Bankenkommmission nehmen diese Anregung zur Prüfung entgegen.

b) Auf eventuelle Rückwirkungen auf die Tätigkeit schweizerischer Banken in den USA, die sich aus unserer ablehnenden Haltung ergeben könnten, braucht keine Rücksicht genommen zu werden. Es steht hier ein übergeordnetes gesamtschweizerisches Interesse im Vordergrund, das nicht durch amerikanische Übergriffe auf unsere Souveränität in Frage gestellt werden darf. Die Bankiervereinigung und die beiden schweizerischen Banken⁶, die in den USA Agenturen unterhalten, sind mit dieser Auffassung ausdrücklich einverstanden.

c) Schritte der schweizerischen Behörden

i) Den amerikanischen Behörden ist durch das EPD via unsere Botschaft in Washington bekanntzugeben⁷, dass

- die Vornahme von Inspektionen als Verstoß gegen Art. 271 StGB betrachtet und nicht geduldet wird;
- die Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften amerikanischer Banken dem schweizerischen Recht unterstehen, und dass diese sich bei

6. Die Schweizerische Kreditanstalt und der Schweizerische Bankverein unterhielten beide eine Agentur in New York.

7. Vgl. das Schreiben vom A. Zehnder an P. Micheli vom 31. März 1965, dodis.ch/31932.

- Verstössen in Form von unerlaubter Weitergabe von Detailauskünften den Strafbestimmungen der Artikel 273 StGB und Art. 47 BG aussetzen;
- vor einer Demarche bei den amerikanischen Behörden unsere Botschaft in Washington zu beauftragen ist, Erkundigungen über die Haltung anderer Staaten einzuziehen;
 - ii) das EPD der Finanzverwaltung und der Bankenkommission die Anregung der Teilnehmer, die fremden Niederlassungen und fremdbeherrschten Banken seien erneut ausdrücklich auf die schweizerische Gesetzgebung hinzuweisen, schriftlich darlegen wird;
 - iii) das EPD die interessierten Stellen über die weitere Entwicklung seiner Bemühungen orientieren wird.

69

dodis.ch/31526

*Der Direktor des Bundesamt für Sozialversicherung, C. Motta,
an den Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Politischen Departements, P. Micheli¹*

TÜRKEI: VERHANDLUNGEN ÜBER EIN SOZIALVERSICHERUNGSABKOMMEN²

Bern, [27. Februar 1965]

Mit Ihrem obenerwähnten Schreiben³ haben Sie uns mitgeteilt, dass Herr Ilkan, Botschaftsrat der türkischen Botschaft in Bern, kürzlich bei Ihnen vorgesprochen, sich auf die Unterredungen zwischen Herrn Bundesrat Schaffner und dem türkischen Arbeitsminister Bülent Ecevit bei dessen Besuch in der Schweiz bezogen und unter Überreichung eines Aide-mémoire⁴ und eines Exemplars des deutsch-türkischen Sozialversicherungsabkommens vom 30. April 1964⁵ die Frage aufgeworfen hat, ob die Schweiz bereit sei, mit seinem Land einen analogen Vertrag abzuschliessen. Sie unterbreiten uns diese Dokumente und ersuchen uns um Prüfung der Angelegenheit. Wir beehren uns, hiezu folgendes auszuführen.

Die Frage des Abschlusses einer Sozialversicherungsvereinbarung mit der Türkei ist in den vergangenen Jahren schon verschiedentlich berührt worden.

1. *Schreiben*: E 2001(E)1980/83 Bd. 616 (B.31.31.01).

2. *Beigelegte Notiz von R. Probst an M. Jaccard vom 1. März 1965, Doss. wie Anm. 1*: Ich bedauere, dass versehentlich unterlassen wurde, Sie orientiert zu halten. Hier das ganze Aktenbündel betr. event. *Sozial*versicherungsverhandlungen mit der Türkei. Was meinen Sie dazu in materieller Hinsicht? Formell: wollen Sie die Sache behandeln (wogegen ich gar nichts hätte, im Gegenteil, falls wir nur orientiert gehalten würden!), oder sollen wir es tun? Merci.

3. *Vgl. das Schreiben von R. Probst an C. Motta vom 13. Januar 1965, dodis.ch/31855.*

4. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*

5. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*

Bereits 1952⁶ und 1954⁷ wurde aus Kreisen unserer Landsleute in der Türkei der dortigen Schweizerischen Botschaft nahegelegt, die Möglichkeit einer Vereinbarung zu prüfen; im Vordergrund stand damals der Wunsch unserer Mitbürger, bei Zugehörigkeit zur freiwilligen AHV von der türkischen Sozialversicherung befreit zu werden. Im November 1962⁸ liess uns die Schweizerische Botschaft in Ankara wissen, dass ein Vertreter des türkischen Aussenministeriums mündlich die Möglichkeit der Aufnahme von Verhandlungen sondiert und bei dieser Gelegenheit auf das britisch-türkische Abkommen von 1959 hingewiesen habe. Zu Beginn des Jahres 1963⁹ hat die diplomatische Vertretung unseres Landes in der Türkei, im Anschluss an eine ungenaue Äusserung von Aussenminister Erkin vor dem dortigen Parlament über türkisch-schweizerische Besprechungen, die Erklärung abgegeben, dass in der Frage eines schweizerisch-türkischen Sozialversicherungsabkommens bislang jedenfalls keine negative Entscheidung der Schweiz vorliege. Gleichzeitig teilte unser Amt der genannten Botschaft mit, dass die Angelegenheit weiter geprüft werde, indessen selbst im Falle schweizerischer Zustimmung zu Verhandlungen, an solche in einem nahen Zeitpunkt nicht gedacht werden könne.

Die zuletzt erwähnte Stellungnahme unseres Amtes behält unverändert ihre Gültigkeit: eine Aufnahme von Verhandlungen über ein Sozialversicherungsabkommen kann in nächster Zeit – auch aus den in Ihrem Schreiben zutreffend angeführten psychologischen Gründen – nicht in Betracht gezogen werden. Auf die Dauer kann aber der Abschluss einer Vereinbarung andererseits nicht wohl verweigert werden. Die Türkei ist Mitglied des Europarates; nachdem die Schweiz dieser Organisation ebenfalls beigetreten ist (die sich u. a. auch mit der Ausarbeitung multilateraler Regelungen auf dem Gebiete der Sozialen Sicherheit befasst), liesse sich eine Weigerung der Schweiz, mit einem Mitgliedstaat bilaterale Abreden zu treffen, kaum begründen. Auch schweizerischerseits bestehen übrigens gewisse Interessen an einer Vereinbarung, wie die erwähnten Vorstellungen unserer in der Türkei lebenden Landsleute zeigen. Es sei beigefügt, dass die Türkei eines der wenigen Länder ist, die den Transfer der Beiträge an die freiwillige AHV der Auslandsschweizer und der Beiträge unserer Mitbürger an den Solidaritätsfonds (vgl. hiezu Ihr Schreiben vom 4. Dezember 1962¹⁰) bisher nicht gestattet haben. Durch ein Sozialabkommen wäre wahrscheinlich eine Änderung dieser Haltung zu erreichen.

Dies vorausgeschickt, möchten wir Ihnen vorschlagen, der türkischen Botschaft in Beantwortung ihres Aide-mémoire mitzuteilen, dass die Schweiz grundsätzlich bereit ist, den Abschluss eines Sozialversicherungsabkommens, dessen Inhalt in einlässlichen Verhandlungen festzulegen wäre, in Erwägung zu ziehen. Im Hinblick auf den ausserordentlich befrachteten Terminkalender

6. Vgl. das Schreiben von A. Saxer an die schweizerische Gesandtschaft in Ankara vom 10. Juli 1952, Doss. wie Anm. 1.

7. Vgl. das Schreiben von J. Rossat an A. Saxer vom 12. Juli 1954, Doss. wie Anm. 1.

8. Vgl. das Schreiben von R. Keller an P. Micheli vom 20. November 1962, Doss. wie Anm. 1.

9. Vgl. das Schreiben von F. Pictet an A. Saxer vom 19. Januar 1963, Doss. wie Anm. 1.

10. Vgl. das Schreiben von M. J. Leippert an A. Saxer vom 4. Dezember 1962, Doss. wie Anm. 1.

des für die Besprechungen sachlich zuständigen Bundesamtes für Sozialversicherung – das im laufenden sowie im kommenden Jahre innerstaatlich die Einführung einer Gesetzgebung über Ergänzungsleistungen zu den Renten der AHV sowie eine Revision der Invalidenversicherung zu bewältigen und gleichzeitig Verhandlungen mit drei Nachbarstaaten¹¹ über die Revision der geltenden, durch die Entwicklungen in den vergangenen zehn Jahren überholten Sozialversicherungsvereinbarungen zu führen hat – sehen sich die schweizerischen Stellen beim besten Willen ausserstande, gegenwärtig einen bestimmten Zeitpunkt für die Eröffnung von Verhandlungen mit der Türkei zu nennen. Bei dieser Sachlage nehmen die schweizerischen Behörden Vormerk vom Wunsch der türkischen Botschaft; sie werden mit einem Terminvorschlag an die Botschaft gelangen, sobald das Tätigkeitsprogramm des Bundesamtes für Sozialversicherung dies gestattet. In der Zwischenzeit könnte vorgesehen werden, dass die zuständigen Sozialversicherungsbehörden beider Länder sich durch Zustellung der einschlägigen Gesetze und allfälliger Novellen sowie erläuternder Publikationen gegenseitig über die Entwicklungen des innerstaatlichen Rechts auf dem Laufenden halten.

Wir nehmen gerne an, Sie könnten der dargelegten Betrachtungsweise und der vorgeschlagenen Erledigung des Geschäfts beipflichten. Der Generalsekretär des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements¹² sowie der Zentralverband der Schweizerischen Arbeitgeber-Organisationen haben uns gebeten¹³, sie über unsere Auffassung zu unterrichten. Wir orientieren sie, wie auch das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, die Eidgenössische Fremdenpolizei und die Schweizerische Botschaft in Ankara, durch Doppel dieses Schreibens.

11. Vgl. dazu Dok. 171, dodis.ch/31661.

12. K. Huber.

13. Vgl. dazu das Schreiben von M. Frauenfelder an R. Keller vom 9. Februar 1963, Doss. wie Anm. 1.

70

dodis.ch/31272

Der schweizerische Konsul in Singapur, H. Suter, an den Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli¹

Vertraulich

Singapur, 8. März 1965

Im Bestreben, die nicht sehr engen Beziehungen zwischen der hiesigen Regierung und dem Konsularkorps – das Vereinigte Königreich, die USA und vielleicht Deutschland machen eine Ausnahmen – etwas zu beleben, hat sich

1. Schreiben: E 2001(E) 1978/84 Bd. 861 (B.22.71).

der Dekan, der deutsche Generalkonsul², seit einigen Monaten bemüht beide Seiten zusammen zu bringen.

In der Folge lud vor ein paar Wochen der Ministerpräsident (PM), Lee Kuan Yew, die Berufspostenchefs, Portugal ausgenommen, zu einem chinesischen Nachtessen, ohne Damen, ein. Die Atmosphäre war ungezwungen und die Unterhaltung, sobald der fähige, hochintelligente, absolut integre, aber manchmal auch arrogante Lee Kuan Yew, oder der Finanzminister, Goh Keng Swee, eingriff, sehr offen und nie langweilig.

Lee Kuan Yew wechselte im Laufe des Abends auch an den Tisch, wo ich Platz genommen hatte. Kaum war die Diskussion im Gang, als mein japanischer Kollege³ – um einen geläufigen Ausdruck zu benützen –, der etwas «Öl am Hut hatte», dem Ministerpräsidenten seine Überraschung kund hat, dass er noch keine Antwort auf seine Anfrage erhalten habe, wann er ihm (Lee Kuan Yew) einen Antrittsbesuch machen könne. Es seien jetzt 10 Monate her, seitdem er diesbezüglich geschrieben habe. Das Gleiche geschah mit fast allen konsularischen Vertretern.

Der PM antwortete, dass er für solche Höflichkeitsbesuche einfach keine Zeit habe. Sein Vize-Ministerpräsident, Dr. Toh Chin Chye (auch anwesend), sei mit den Protokollfragen beauftragt. Er habe die ganze Angelegenheit bereits mit dem Dekan besprochen und leider könne er nichts ändern. Ich schlug darauf als Kompromiss die Lösung vor, dass er wenigstens die in Malaysia akkreditierten diplomatischen Postenchefs anlässlich ihrer offiziellen Besuche in Singapur empfangen. (Er empfing Botschafter Aman⁴ nicht, machte aber für den Deutschen⁵ einige Monate vorher eine Ausnahme.) Er lehnte auch dies ab, mit der gutgelaunten Bemerkung, dass er mit der Zentralregierung sowieso schon zuviel Kompromisse schliessen müsse. Im gleichen Atemzug und indem er sich an mich wandte, fügte er mit erhobenem Finger wörtlich, recht aggressiv, hinzu: «Übrigens hätten der Schweizerische Botschafter und er sich wenig zu sagen. Die Zahlungsbilanz mit der Schweiz ist immer stark zu euren Gunsten und eure Einkäufe in Malaysia sind nicht besonders gross⁶. Diese Einseitigkeit könnte vielleicht damit behoben werden, dass ich ein japanisches Unternehmen mit der Errichtung einer Wecker- und Uhrenfabrik in Singapur beauftrage.» Ich gab zur Antwort, dass die rund 200 Uhrenläden in Singapur von einer in der Folge möglichen Kontingentierung oder sogar Festsetzung von Schutzzöllen für Schweizeruhren schwer betroffen würden. Auch wäre eine solche Entwicklung kaum im Geiste der von Singapur verfolgten liberalen Handelspolitik. Übrigens sei dies auf lange Sicht für Singapur kaum empfehlenswert. Mit der Errichtung vieler neuer Fabriken seien die hiesigen Betriebe auf ausländische Märkte angewiesen (siehe Textilquotenkrieg mit Grossbritannien). Man hätte deshalb doch alles Interesse, dass Singapurs Ruf

2. D. Scheel.

3. T. Ueda.

4. R. Aman.

5. H. Böhling.

6. Zur wirtschaftlichen Lage Singapurs und zum Handel mit der Schweiz vgl. den Bericht von H. Suter vom 4. Oktober 1965, dodis.ch/31271.

als offene Handelsstadt, die immer bereit ist, den gegenseitigen Warenaustausch zu fördern, erhalten bleibt.

Es ist allgemein bekannt, dass jede finanzielle und technische Hilfe, sofern sie dazu dient Industrien hierher zu bringen, willkommen ist. Die Japaner, die hier verständlicherweise am industriellen Aufbau am meisten beteiligt sind, erfreuen sich einer gewissen Vorzugsstellung. Es würde mich nicht überraschen, wenn sie schon eine Offerte für die Errichtung einer Wecker- und Uhren-Montagefabrik gemacht hätten. Jedenfalls werden die schweizerischen Uhrenhersteller gut tun, wenn sie diese Möglichkeit im Auge behalten. Malaysia, mit Singapur im Vordergrund, übernehmen 2,7% unserer gesamten Uhrenaufuhr. Dass viele Uhren nicht für den hiesigen Markt bestimmt sind, tut wenig zu Sache, denn diese für unser Land wichtigen Uhrengeschäfte werden mit einer starken Währung prompt bezahlt⁷.

Ich berichte Ihnen erst heute über die Begebenheit, weil ich anfangs März den Besuch vom Vize-Direktor der F. H., Herrn J. Hegetschweiler, in Singapur erwartete⁸. Ich wollte ihn mündlich über das Vorgefallene informieren. Da der Besuch nicht stattfand, möchte ich es Ihnen überlassen zu entscheiden, ob die interessierten Stellen in geeigneter Weise unterrichtet werden sollten oder nicht.

Es ist indessen klar, dass man hier keine Rücksicht aus sentimentalén Überlegungen auf ein Land mit einer traditionellen Präzisionsindustrie walten lassen wird, wenn es wegen der Arbeitsbeschaffung darum geht, neue Industrien auf die Insel zu bringen. Obschon dies in den nächsten 2–3 Jahren kaum der Fall sein dürfte, muss vorgemerkt werden, dass der hiesigen Regierung scheinbar eine solche Möglichkeit vorschwebt.

Vielleicht wird in nicht allzu ferner Zukunft die Einsicht auch bei weitblickenden Schweizer Uhrenfabrikanten reif werden, dass es vorteilhaft wäre, wenn sie sich zusammen schliessen würden, um zur Verteidigung ihrer Interessen auf lange Sicht einen Gemeinschaftsbetrieb im Ausland aufzustellen. Dies ist keine neue Idee, aber eine solche Lösung sollte schon mangels genügender Arbeitskräfte in der Schweiz, wieder einmal ernstlich in Erwägung gezogen werden.

7. Zur japanische Konkurrenz im Uhrenexport in den südostasiatischen Raum vgl. für die Situation in Südkorea Dok. 124, dodis.ch/31373.

8. Das einschlägige Dossier des schweizerischen Konsulats in Singapur E 2200.149(-) 1978/110 (o.41) wurde kassiert.

dodis.ch/31193

*Der schweizerische Botschafter in Peking, H. Keller, an die Abteilung
für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements¹*

DIE SCHWEIZ UND SCHWEDEN IM URTEIL DES STAATSCHEFS VON KAMBODSCHA;
GESPRÄCH MIT DEM SCHWEDISCHEN BOTSCHAFTER²

Vertraulich

16. März 1965

Mein schwedischer Kollege ist soeben von einer mehrwöchigen Reise nach Kambodscha zurückgekehrt, wo er sein Beglaubigungsschreiben überreicht und mit dem Prinzen Norodom Sihanuk ein mehrstündiges Gespräch geführt hat. [*Petri*] meint, das Regime von Pnom-Penh sei sich der ihm von den chinesischen Kommunisten drohenden Gefahren im Grunde genommen besser bewusst, als dies im Ausland und insbesondere im Westen allgemein angenommen werde. Solange Prinz Sihanuk am Ruder bleibe, sei indessen ein Abgleiten seines Landes in den kommunistischen Abgrund unwahrscheinlich. Der lebensfrohe, ehrgeizige und von seinem Volk überall verehrte Staatslenker soll [*Petri*] anhand zahlreicher konkreter Fälle dargelegt haben, wie vorsichtig Peking, im Gegensatz zu den Amerikanern, operiere, und wie ungeschickt die «amerikanischen Elefanten im Porzellanladen Kambodscha» operieren sollen.

Mit der Neutralitätspolitik treibe Prinz Sihanuk einen eigentlichen Kult; von ihr allein erwarte er auch in Zukunft alles Heil nicht nur für Kambodscha, sondern auch für alle andern kleineren und mittleren Staaten in Ost- und Südostasien. Sich diesem Trend entgegenzusetzen, heisse, die Augen vor dem einzig möglichen Ausweg aus der gegenwärtigen gefährlichen Lage verschliessen.

Sihanuk soll lebhaftes Interesse für die Neutralität der Schweiz und Schwedens³ an den Tag gelegt, seine unbegrenzte Bewunderung für deren Neutralitätspolitik ausgedrückt und versichert haben, Kambodscha nehme sich die beiden neutralen Staaten Europas immer mehr zum Vorbild für seine eigene Haltung. Kambodscha träume davon, die «Suisse de l'Extrême Orient» zu werden, sei sich jedoch bewusst, wie weit man von diesem Ziel noch entfernt sei⁴. Allerdings, so fügte mein Gewährsmann hinzu, scheine sich das Interesse Sihanuks neuerdings weniger für die Schweiz und mehr für Schweden zu manifestieren, weil die Schweiz⁵ sich in internationalen Dingen allzu reserviert verhalte und keinerlei Initiative entwickle, obwohl sie hiezu bessere Voraussetzungen be-

1. Notiz (*Kopie*): E 2001(E) 1979/28 Bd. 12 (B.51.10.1).

2. L. *Petri*.

3. Vgl. dazu die Notiz von A. Janner an F. T. Wahlen vom 11. September 1965, dodis.ch/31099.

4. Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 5 von J.-F. Revilliod an W. Spühler vom 31. März 1966, dodis.ch/31197; das BR.-Verhandlungsprot. der 51. Sitzung vom 30. August 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4 und das Telegramm Nr. 93 von P. Rüegger an W. Spühler vom 26. September 1966, dodis.ch/31200.

5. Fussnote im Originaltext: nach Auffassung des Prinzen.

sässe als irgend ein anderes Land in der Welt. Im Vergleich hiezu sei die aktive Teilnahme Schwedens am internationalen Leben, z. B. seine Mitwirkung an der Arbeit der UNO bemerkenswert. Schweden zögere nicht, auch mit Truppen, Sanitätspersonal und auf andere Weise überall dort mitzuarbeiten, wo dies im Interesse der Beilegung internationaler Konflikte liege. [Petri] meint, Sihanuks Urteil über Schweden sei wahrscheinlich durch die Tätigkeit eines Schweden günstig beeinflusst worden, der im Auftrag der UNO bei der Schlichtung von Grenzkonflikten zwischen Kambodscha und Südvietnam mitwirke und dessen Haltung Sihanuk sehr zu schätzen wisse.

72

dodis.ch/31722

Notiz des Vorstehers des Politischen Departements, F. T. Wahlen¹

Vertraulich

Bern, 16. März 1965

Ich empfang am 12. März Herrn Dr. Georg Brunschvig, den Präsidenten des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, um ihn über gewisse Befürchtungen zu orientieren, die Herr Botschafter Keel in Verbindung mit der Stellungnahme zum Boykott gegen Israel² in seinem Schreiben vom 5. März³ geäußert hatte.

Herr Dr. Brunschvig war erstaunt, dass die jüdische Gemeinschaft im Libanon noch so zahlreich und so einflussreich ist. Er wird sich im Anschluss an das Gespräch näher über die Stellung der verbliebenen jüdischen Kolonien in den arabischen Ländern orientieren⁴, um sie nicht in Schwierigkeiten zu bringen. Er sagte, dass die jüdische Gemeinschaft in der Schweiz im Hinblick auf die Lage der Juden in der Sowjetunion⁵ die grösste Zurückhaltung ausübe, da jede Stellungnahme nur zur Verschlechterung ihrer ohnehin sehr prekären Lage führen müsste. Ich zweifle nicht daran, dass aus der gleichen Überlegung heraus auch die von Herrn Botschafter Keel ausgesprochene Warnung ihren Zweck nicht verfehlen wird.

Im Anschluss an dieses Gespräch kam Herr Dr. Brunschvig erneut auf die Affäre Kamil⁶ zu sprechen. Offenbar ist die jüdische Gemeinschaft von der

1. Notiz: E 2804(-) 1971/2 Bd. 75 (170.91). Kopie an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements.

2. Vgl. dazu Dok. 57, dodis.ch/31704, bes. Anm. 7.

3. Vgl. den Auszug aus dem Bericht der schweizerischen Botschaft in Beirut vom 5. März 1965, dodis.ch/31726.

4. Vgl. das Schreiben von G. Brunschvig an F. T. Wahlen vom 16. März 1965, dodis.ch/731724. Vgl. ferner das Schreiben von G. Keel an F. T. Wahlen vom 19. März 1965, dodis.ch/31725.

5. Vgl. dazu das Schreiben von A. R. Ganz an das Politische Departement vom 23. August 1966, E 2300-01(-) 1973/156 Bd. 6 (A.21.31).

6. Zur Affäre Kamil vgl. Dok. 28, dodis.ch/31386, Anm. 19 und 20.

Antwort von Herrn Bundesrat von Moos auf die Interpellation Schmid⁷ nicht befriedigt. Man wird mit weiteren Interventionen rechnen müssen.

Endlich sagte mir Herr Dr. Brunschvig, er hätte auf die Neuigkeit hin, dass Herr Serra zum Geschäftsträger in New Delhi ernannt worden sei⁸, zahlreiche Protestschreiben erhalten, die darin gipfelten, er möchte bei mir vorstellig werden. Er habe das abgelehnt im Hinblick auf meine Gespräche mit ihm, die ihm gezeigt hätten, dass das Departement die Vorfälle mit Herrn Serra⁹ aufrichtig bedaure. Ich möchte aber diese Aussagen doch festhalten, um daran zu erinnern, dass wir reichlich Gras über die unglückliche Affäre wachsen lassen müssen, bevor Herr Serra ein Botschafterposten¹⁰ anvertraut werden kann. Es ist ihm auch bei erster sich bietender Gelegenheit in Erinnerung zu rufen, wie ausserordentlich vorsichtig er sich verhalten muss, um nicht neues Öl ins immer noch mottende Feuer zu giessen.

7. Vgl. hierzu die Antwort des Bundesrats vom 8. Oktober 1964 auf die Interpellation von W. Schmid vom 9. Juni 1964, dodis.ch/31292.

8. Vgl. dazu das BR-Verhandlungsprot. der 74. Sitzung vom 27. Oktober 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 1: Verwendung des zurückgetretenen Protokollchefs. Herr Wahlen teilt dem Rate seine Absichten mit. Der Rat hat keine Einwendungen zu machen.

9. Vgl. dazu die Notiz von P. Micheli vom 10. September 1964, dodis.ch/31716 und das Verhandlungsprot-BR der 55. Sitzung vom 14. August 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 2 f.: M. Wahlen donne des informations sur cette affaire et sur les faits qui sont à son origine. [...] Je lui ai donné une «strenge Belehrung» et j'ai bloqué sa promotion pour six mois. [...] Il est désagréable de se laisser mettre sous pression, mais je ne vois pas comment maintenir Serra à son poste, ni comment le nommer chef de poste à l'étranger. [Suit] un échange de vues sur la nécessité de ne pas céder aux pressions, sur la gravité des fautes du chef du protocole, sur l'attitude peu reluisante d'une certaine presse, sur l'idée de réunir les représentants des milieux juifs sérieux pour les rassurer sur l'état d'esprit qui règne au palais fédéral (pas d'antisémitisme) et leur dire que le département politique envisage le déplacement de Serra pour le fin de l'année. Vgl. ferner das BR-Verhandlungsprot. der 56. Sitzung vom 21. August 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3 und Doss. E 2024-02(A) 1999/137 Bd. 374 (a.215 P).

10. Für die Ernennung von E. Serra zum schweizerischen Botschafter in Kolumbien und Ecuador vgl. das BR-Prot. Nr. 1884 vom 27. November 1968, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 739.2. Der grundsätzliche Entscheid dazu wurde von W. Spühler am 7. November 1968 getroffen. Vgl. die Notiz von F. Bieri vom 7. November 1968, Doss. wie Anm. 8. Zur Person vgl. dodis.ch/P2683.

73

dodis.ch/31207

*Der Direktor der Militärverwaltung des Militärdepartements, A. Kaech,
an den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen¹*

ARBEITSTAGUNG MIT DEM SCHWEDISCHEN AUSSENMINISTER² AM 30. MÄRZ 1965³;
MILITÄRFRAGEN

Vertraulich

Bern, 22. März 1965

Vorbemerkung

Die Verstärkung unserer militärischen Zusammenarbeit mit Schweden bildet Gegenstand eines Beschlusses des Bundesrates vom 29. November 1963⁴, dessen Ziffer 2 lautet:

«Das Militärdepartement, das Volkswirtschaftsdepartement und das Justiz- und Polizeidepartement werden ermächtigt, im Hinblick auf eine Verstärkung der Zusammenarbeit mit Schweden auf dem Gebiete der totalen Landesverteidigung mit den zuständigen schwedischen Stellen die erforderlichen Kontakte zu pflegen. Diese Ermächtigung bezieht sich auch auf die Atomwaffenfrage.»

Der Besuch des schwedischen Aussenministers bietet Gelegenheit, unseren Wunsch nach einer Verstärkung der Zusammenarbeit⁵ zum Ausdruck zu bringen sowie festzustellen, ob er von schwedischer Seite geteilt wird und ob die schwedische Regierung bereit ist, ihren in Frage kommenden Dienststellen ebenfalls eine entsprechende «Ermächtigung» zu erteilen. Über die Erörterung dieser Grundsatzfrage dürften die Gespräche anlässlich der Arbeitssitzung schon deshalb nicht hinausgehen können, weil Herr Torsten Nilsson nicht von Verteidigungssachverständigen begleitet ist. Immerhin scheint ein kurzer Hinweis auf die Sachgebiete, bezüglich derer eine Verstärkung der Zusammenarbeit besonders nützlich erscheinen würde, angebracht.

1. *Notiz*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 324 (C.41.775). *Kopie an P. Chaudet*.

2. *T. Nilsson*.

3. *Vgl dazu die Notiz von P. R. Jolles vom 25. März 1965, dodis.ch/31222; das Protokoll der Arbeitssitzung vom April 1965, dodis.ch/31273; die Notiz von P. Micheli an F. T. Wahlen vom 21. April 1965, dodis.ch/31529; die Notiz von A. Janner an F. T. Wahlen vom 11. September 1965, dodis.ch/31099 und das Exposé von W. Spühler vom 23. Juli 1966, dodis.ch/31844, S. 38.*

4. *BR-Prot. Nr. 2227 vom 29. November 1963, dodis.ch/30312.*

5. *Zur militärischen Zusammenarbeit mit Schweden vgl. Dok. 160, dodis.ch/31211; das Schreiben von E. von Graffenried an P. Micheli vom 18. Februar 1964, dodis.ch/31214; die Notiz von P. Micheli vom 21. April 1965, dodis.ch/31529; das Schreiben von R. Bindschedler an F. Gyax vom 25. Oktober 1965, dodis.ch/31203; das BR-Verhandlungsprot. der 30. Sitzung vom 10. Mai 1966, dodis.ch/32028, S. 1 f. und das BR-Prot Nr. 1134 vom 13. Juni 1966, dodis.ch/31208 und das BR-Prot Nr. 933 vom 10. Mai 1966, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 709.1. Zum Meinungs austausch des Bundesrats dazu vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 24. Sitzung vom 30. März 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 5 f.*

1. Atombewaffnung⁶

Stand dieser Frage, soweit Kontakte mit dem Ausland zur Diskussion stehen:

- Am 11. Juli 1958⁷ hat der Bundesrat seine bekannte Erklärung veröffentlicht, deren (in diesem Zusammenhang) wichtigster Passus lautet:
«Der Bundesrat hat infolgedessen das EMD beauftragt, die mit der Einführung von Atomwaffen in unserer Armee zusammenhängenden Fragen weiter zu verfolgen und ihm zu gegebener Zeit Bericht und Antrag zuhänden der eidgenössischen Räte zu unterbreiten.»
- Mit Beschluss vom 23. Dezember 1958⁸ beauftragte der Bundesrat das EMD formell mit der Abklärung der Möglichkeiten zur Beschaffung von Atomwaffen. Ziffer 3 des Beschlusses lautet:
«Abklärungen, die bei ausländischen Stellen durchgeführt werden müssen, haben unter Wahrung der Neutralitätspolitischen Gesichtspunkte und in enger Zusammenarbeit mit dem Eidg. Politischen Departement zu erfolgen.»
- Am 5. April 1960⁹ präzisierte der Bundesrat, dass die Abklärungen bei ausländischen Stellen gemäss obenstehender Ziffer 3 erst auf Grund eines späteren Bundesratsbeschlusses vorgenommen werden dürfen.
- Der Bundesrat bestätigte diese Weisung mit Beschluss vom 5. Juni 1964¹⁰, dessen Ziffer 2 wie folgt lautet:
«Das Militärdepartement wird ermächtigt, die im Zusammenhang mit der Frage der Beschaffung von Atomwaffen notwendigen Abklärungen bei ausländischen Stellen im Rahmen des Bundesratsbeschlusses vom 23. Dezember 1958 vorzunehmen. Vor Einleitung der hierfür erforderlichen Schritte hat es jedoch die Zustimmung des Bundesrates einzuholen.»
- Die Ermächtigung zur Zusammenarbeit mit Schweden – auch in Bezug auf die Atomwaffenfrage – (siehe «Vorbemerkung») wurde nicht aufgehoben.

Von Seiten des Militärdepartements besteht ein eminentes Interesse daran, mit Schweden auf diesem Gebiet ins Gespräch zu kommen.

Da die Haltung des Bundesrates nicht ganz eindeutig ist (am 29. November 1963¹¹ ermächtigte er das EMD ausdrücklich zur Zusammenarbeit mit *Schweden* auf dem Gebiete der Atomwaffen, am 5. Juni 1964 verlangt er vor Einleitung von Schritten zur Abklärung der Beschaffung von Atomwaffen bei *ausländischen* Stellen das Einholen seiner Zustimmung), dürfte es angezeigt sein, ihn über das beabsichtigte Gespräch zu orien-

6. Zur Frage der Atombewaffnung der Schweizer Armee vgl. Dok. 15, dodis.ch/31971, bes. Anm. 3.

7. Mitteilung des Bundesrats Erklärung zur Frage der Beschaffung von Atomwaffen für unsere Armee vom 11. Juli 1958, dodis.ch/16065.

8. BR-Prot. Nr. 2252 vom 23. Dezember 1958, dodis.ch/31898.

9. BR-Prot. Nr. 585 vom 5. April 1960, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 636.1. Vgl. ferner das BR-Verhandlungsprot. vom 5. April 1960, dodis.ch/16077.

10. Geheimes BR-Prot. vom 5. Juni 1964, E 1005(-) 1976/205 Bd. 2.

11. Vgl. Anm. 4.

tieren¹². Das Militärdepartement kann wohl davon ausgehen, dass die Tagesordnung der Arbeitssitzung ohnehin dem Bundesrat zur Kenntnis gebracht wird, sodass von einem besonderen Antrag abgesehen werden kann.

2. Materielle Rüstung

Es bestehen eine Anzahl gleicher oder ähnlicher Probleme in den beiden Ländern; z. B. Modernisierung der Artillerie, Boden-Boden- und Boden-Luft-Lenk Waffen, Fliegerabwehr, um nur wenige zu nennen. Nahziel ist ein Erfahrungsaustausch; Fernziel sind allenfalls gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsarbeiten.

3. Bauten und Befestigungen

Die Schaffung eines Forschungsinstitutes für militärische Bautechnik (7. März 1964) bei der Abteilung für Genie und Festungswesen hat die Wünschbarkeit eines Erfahrungsaustausches besonders deutlich werden lassen. Die Tätigkeit dieses Institutes kommt nicht nur der Armee, sondern auch dem Schutz der Zivilbevölkerung zugute. Es besteht die Ansicht, dass die Schweiz und Schweden aus einer Koordination ihrer Anstrengungen Nutzen ziehen könnten.

4. Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Erprobung neuen Kriegsmaterials und neuer Waffensysteme sowie deren Kontrolle.

Unsere geographischen Verhältnisse setzen der Erprobung und Kontrolle gewisser Waffen (z. B. Raketen) enge Grenzen. Schweden ist in dieser Beziehung in einer wesentlich besseren Lage. Sofern Waffen und Geräte nicht im eigenen Lande ausprobiert werden können, bietet die Zusammenarbeit mit einem neutralen Staat offenkundige Vorteile.

Dessen Interesse könnte in einer Zugänglichmachung der Erprobungsergebnisse, allenfalls in Beiträgen für die Benützung des Versuchsgeländes und dessen Einrichtungen liegen.

5. Totale Landesverteidigung¹³

Schweden hat – begünstigt durch den zentralistischen Staatsaufbau – die Organisation der Totalen Landesverteidigung folgerichtiger und straffer durchgeführt als wir. Ein Erfahrungsaustausch ist im Gang. Informationsmissionen EMD, EVD, JPD wurden 1963 durchgeführt und sind für 1965¹⁴ geplant.

Nachdem der Bundesrat Studienaufträge in Bezug auf die Totale Landesverteidigung erteilt hat, ist der Fortgang der diesbezüglichen Kontakte von besonderem Nutzen.

12. Vgl. den gemeinsamen Antrag des Politischen Departements und des Militärdepartements an den Bundesrat vom 20. April 1966, E 2807(-) 1974/12 Bd. 23 (043.2-02).

13. Vgl. die Studie von Ch. Folletête vom Mai 1964, dodis.ch/32055.

14. Vgl. z. B. den Bericht über die Mission in Schweden vom 13. bis 16. Juni 1965 der Abteilung für Territorialdienst und Luftschutztruppen des Militärdepartements, E 5560(D) 1996/188 Bd. 143 (241.3.31).

Nota bene: Die vorstehende Aufzählung ist eher ein Katalog schweizerischer Wünsche als eine Nennung von Gebieten, auf denen ein einigermaßen fairer Beitrag von beiden Seiten möglich wäre.

Es hat sich bis jetzt gezeigt, dass es äusserst schwer hält, auf dem Gebiete der Forschung und materiellen Entwicklung den Schweden konkrete Vorschläge für einen schweizerischen Beitrag zu machen.

Schweden setzt wesentlich höhere Mittel für die Planung und die Forschung zugunsten der Landesverteidigung ein als wir. Allein das «Institut für Wehrforschung» beschäftigt über 1200 Personen, davon gegen $\frac{1}{4}$ Akademiker. Die schwedischen Stäbe sowohl für Verwaltung wie für Truppenführung sind wesentlich umfangreicher als die unsern, die Möglichkeiten zur Erprobung neuen Kriegsmaterials und neuer Waffensysteme – u. a. des stehenden Heeres wegen – besser.

Diese Verhältnisse, welche ja den Schweden weitgehend bekannt sein müssen, sollten von Anfang an in aller Offenheit dargelegt werden.

Die Schweden wären aufzufordern, ihrerseits Wünsche auf positive schweizerische Beiträge bekanntzugeben. Das dürfte auch der Auffassung unseres Botschafters in Stockholm entsprechen, der am 24. November 1964¹⁵ in einem Brief an den Generalsekretär des Politischen Departements u. a. schrieb: ... «Vielleicht wäre jedoch bei Gelegenheit doch wieder eine besondere Geste, im Sinne einer Erkundigung an *hoher* Stelle nach allfälligen schwedischen Wünschen angebracht?»

Der Besuch von Herrn Torsten Nilsson wäre eine gute Gelegenheit hierfür.

15. Schreiben von E. von Graffenried an P. Micheli vom 24. November 1964, E 2001(E) 1979/28 Bd. 12 (B.51.13.09)

dodis.ch/30929

*Notice pour le Délégué à la coopération technique, A. R. Lindt¹*COORDINATION DE L'EFFORT SUISSE DANS LES PAYS «SCHWERPUNKT»
DANS DES DOMAINES PARTICULIERS D'INTERVENTION: CAS DE L'INDE²

Berne, 26 mars 1965

Lors d'une dernière réunion³ du «Staff» du Service de la coopération technique, la nécessité d'organiser une certaine coordination⁴ de l'effort suisse, public et privé⁵, dans les pays «Schwerpunkt»⁶ a été mise en évidence. Il a été décidé d'entreprendre un essai dans le cas de l'Inde. Comme je vous l'ai fait savoir au retour de mon voyage en Inde effectué à fin 1964⁷, j'avais pu constater l'urgence de mettre sur pied en particulier une coordination dans le domaine de la mécanique de précision et j'avais pris l'avis de MM. Claus (directeur du centre de Chandigarh⁸) et Frischknecht (directeur du centre de Nettur⁹) qui avaient été d'accord avec cette idée.

Je vous propose donc que l'organisation suivante soit mise sur pied et qu'une correspondance soit engagée dans ce but avec notre Ambassade à New Delhi¹⁰, puis avec les institutions suisses intéressées.

Cinq comités de coordination seraient constitués auprès de notre Ambassade à New Dehli, formés chacun par un membre de l'Ambassade, le directeur suisse ou le technicien suisse de niveau le plus élevé de chaque centre créé en totalité ou en partie par des investissements publics ou privés suisses dans les domaines suivants:

1. mécanique de précision
2. enseignement agricole
3. développement agricole et élevage

1. *Notice*: E 2005(A) 1978/137 vol. 85 (t.311). Rédigée et signée par L. de Battista.

2. *Pour une vue d'ensemble des projets suisses en Inde*, cf. le rapport de Th. von Fellenberg en automne 1966, E 2005(A) 1978/137 vol. 98 (t.311.35). Cf. aussi DDS, vol. 22, doc. 61, dodis.ch/18957 et doc. 78, dodis.ch/1893.

3. Cf. doss. comme note 1.

4. *Sur la coordination réalisée en Inde*, cf. doss. E 2005(A) 1978/137 vol. 97 (t.311.29).

5. *Sur les institutions privées*, cf. la lettre de A. R. Lindt à R. Fässler du 13 octobre 1966, dodis.ch/30930. *Sur les œuvres charitables suisses en Inde*, cf. le PVCF N° 471 du 7 mars 1966, E 1004.1(-) 1000/9 vol. 707.1.

6. *Pour une vue d'ensemble de la coopération au développement suisse*, cf. doc. 100, dodis.ch/31763.

7. Cf. le rapport de L. de Battista sur sa mission d'étude du 15 novembre au 23 décembre 1964, doss. comme note 1.

8. *Sur le Indo-Swiss Training Centre à Chandigarh*, cf. doss. E 2005(A) 1978/137 vol. 472 (t.751-002).

9. *Sur le centre de formation professionnelle à Nettur*, cf. doss. E 2005(A) 1978/137 vol. 96 (t.311.12) et E 2005(A) 1978/137 vol 477 (t.751-008).

10. Cf. p. e. la lettre de R. Fässler à A. R. Lindt du 20 juillet 1965, doss. comme note 1.

4. écoles d'infirmières et hôpitaux
5. enseignement secondaire et supérieur en général

Chacun de ces comités se réunirait ordinairement une fois par an à New Delhi (ou ailleurs en Inde dans un lieu concentrique) sur convocation de l'Ambassade pour la discussion, l'étude et la décision de thèmes concrets fixés dans l'ordre du jour respectif. La préparation de chaque réunion serait faite d'accord avec le Service de la coopération technique, et copies de tous les documents, procès-verbaux et décisions lui seraient remises.

Le financement des voyages serait assuré par les institutions intéressées alors que l'indemnité de séjour durant les 2 ou 3 jours de réunion serait à la charge du Service de la coopération technique.

Un *comité général de coordination inter-domaines* serait constitué sous la direction directe de notre Ambassadeur ou de son représentant et formé de six membres désignés par l'Ambassadeur parmi les membres les plus compétents des cinq comités ci-dessus. Ce comité se préoccuperait plus particulièrement des questions administratives et générales, par exemple des propositions concrètes concernant le projet d'accord indo-suisse¹¹ en matière de coopération technique ou son ajustement ultérieur.

En une première analyse, les personnes ou institutions suivantes constitueront les divers comités:

1. Comité de mécanique de précision:

M. Claus de l'Indoswisstraining center de Chandigarh,
M. Frischknecht de la «Nettur training center foundation»,

Le technicien suisse¹² instructeur de dernière année du centre St-Joseph de Poona¹³ (le directeur étant indien).

2. Comité d'enseignement agricole:

M. Opliger de l'ASE établi en Inde et responsable du projet de Lokniketan¹⁴,
R. P. Huber de l'école de Sangammer¹⁵,
R. P. Gressot ou Rey de l'école de Kalimpong¹⁶,
M. Künzi de la station d'essais agricoles de Madupatty¹⁷.

11. Cf. l'Accord de coopération technique et scientifique entre le Gouvernement de l'Inde et la Confédération suisse du 27 septembre 1966, RO, 1966, pp. 1567-1571 et le PVCF N° 575 du 21 mars 1966, dodis.ch/30933.

12. A. Herbert.

13. Cf. doss. E 2005(A) 1978/137 vol. 92 (t.311.05).

14. Sur l'école à Loka Niketan, cf. doss. E 2005(A) 1978/137 vol. 95 (t.311.10). Sur l'ASE, cf. le PVCF N° 681 du 5 avril 1966, dodis.ch/31757.

15. Sur le centre de formation agricole à Sangammer, cf. le PVCF N° 444 du 28 février 1964, E 1004.1(-) 1000/9 vol. 682.2 et doss. E 2005(A) 1978/137 vol. 92 (t.311.05).

16. Sur l'école agricole à Kalimpong, cf. le PVCF N° 658 du 1^{er} avril 1966, E 1004.1(-) 1000/9 vol. 708.1 et doss. E 2005(A) 1978/137 vol. 89-90 (t.311.02(2)).

17. Sur le projet agricole au Kerala, cf. le PVCF N° 1191 du 9 juillet 1965, dodis.ch/30932; le PVCF N° 1504 du 25 août 1964, E 1004.1(-) 1000/9 vol. 688.2; le PVCF N° 5547 du 18 décembre 1964, E 1004.1(-) 1000/9 vol. 692.1 et le PVCF N° 1084 du 21 juin 1965, E 1004.1(-) 1000/9 vol. 698.2.

3. *Comité de développement agricole et élevage:*

R. P. Butty pour la centrale laitière de Kalimpong¹⁸,
 R. P. Brahier pour la Samthar Multipurpose cooperative de Kalimpong¹⁹,
 M. Künzi de la station d'essais agricoles de Madupatty,
 M. Lüthy chargé du projet agricole pour les réfugiés tibétains²⁰,
 R. P. Zemp (ou R. P. Bacher) pour le projet de Kendal²¹,
 M. Opliger de l'ASE.

4. *Comité d'école d'infirmières et hôpitaux:*

R. M. Elisabeth, Provinciale de la mission des Sœurs de Ste-Anne à Vijayavada,
 R. M. Supérieure²² de la mission des Sœurs de Menzingen à Kotiyam²³,
 R. M. Angelica Wildhaber, Supérieure de la mission des sœurs d'Ingenbohl à Hararibagh²⁴.

5. *Comité pour l'enseignement secondaire et supérieur en général:*

R. P. Schoch de la mission de Poona²⁵,
 R. P. Supérieur²⁶ de la mission de Kalimpong,
 R. S. Birchler des Sœurs d'Ingenbohl à Gholeng²⁷,
 R. S. Nicholas de Ste-Ursula à Chinchvad²⁸,
 Assistant technique suisse²⁹ de la Basler Mission High School à Dharwar³⁰
 que la mission de Bâle pourrait envoyer dans le cadre du nouveau projet³¹ que
 cette institution pense nous envoyer encore en 1965.

18. *Sur la centrale laitière de Kalimpong, cf. le PVCF N° 1890 du 28 octobre 1964*, E 1004.1(-) 1000/9 vol. 690.2 et doss. E 2005(A) 1978/137 vol. 91 (t.311.02(3)).

19. *Sur le projet de l'abbaye de Saint-Maurice à Kalimpong, cf. le PVCF N° 1890 du 28 octobre 1964*, E 1004.1(-) 1000/9 vol. 690.2 et doss. E 2005(A) 1978/137 vol. 89 (t.311.02).

20. *Sur les projets pour les réfugiés tibétains en Inde, cf. la notice de J.-P. Grenier du 15 avril 1966*, dodis.ch/31044. *Cf. aussi le PVCF N° 57 du 17 mars 1964*, E 1004.1(-) 1000/9 vol. 683.2; *le PVCF N° 1335 du 15 juillet 1966*, E 1004.1(-) 1000/9 vol. 711.2 et *le PVCF N° 1456 du 12 août 1966*, E 1004.1(-) 1000/9 vol. 712.1.

21. *Sur le projet de Kendal, cf. le PVCF N° 340 du 3 février 1965*, E 1004.1(-) 1000/9 vol. 694.1 et doss. E 2005(A) 1978/137 vol. 91 (t.311.02(3)).

22. *F. M. Adam.*

23. *Sur le Holy Cross Hospital à Kotiyam, cf. doss.* E 2005(A) 1978/137 vol. 97 (t.311.15).

24. *Sur le Holy Cross Institute à Hazaribagh, cf. doss.* E 2005(A) 1980/82 vol. 143 (t.311.050-2).

25. *Sur la Loyola High School à Poona, cf. doss.* E 2005(A) 1980/82 vol. 141 (t.311.034).

26. *E. Guex-Collet.*

27. *Sur l'école ménagère à Gholeng, cf. doss.* E 2005(A) 1978/137 vol. 97 (t.311.23).

28. *Cf. le rapport de H. Conzett Bericht über die Besichtigung von bilateralen Hilfswerken der Schweiz in Indien und Nepal du 30 juin 1964*, E 2804(-) 1971/2 vol. 38 (044) et doss. E 2005(A) 1978/137 vol. 95 (t.311.08).

29. *A. Scheuermeier.*

30. *Sur l'école à Dharwar, cf. le PVCF N° 1397 du 20 août 1965*, E 1004.1(-) 1000/9 vol. 700.2 et dossier 2005(A) 1978/137 vol. 97 (t.311.19).

31. *Sur le nouveau centre de formation professionnelle à Dharwar, cf. doss.* E 2005(A) 1978/137 vol. 96 (t.311.12).

Le Comité général pourrait être constitué par MM. Claus, Frischknecht et Opliger, les R. P. Brahier et Schoch et Mère Elisabeth des Sœurs de Ste-Anne.

Lors de réunions, des techniciens d'autre nationalité, en particulier des Indiens, pourraient assister les membres suisses des Comités dans les questions d'ordre technique.

75

dodis.ch/31240

*Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat¹*EVENTUELLE ÜBERNAHME DER INTERESSENVERTRETUNG IRAKS
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Vertraulich und Dringend

Bern, 7. April 1965

Am 23. März² hatte der Bundesrat das Politische Departement ermächtigt, die Interessenwahrung der Bundesrepublik Deutschland in Algerien³, Tunesien⁴ und Marokko⁵ zu übernehmen, sofern es zu einem Abbruch der Beziehungen zwischen diesen Ländern und der BRD kommen sollte. Die gegenwärtige Spannung zwischen Bonn und den arabischen Staaten⁶ zieht nun in bezug auf die eventuelle Interessenvertretung durch die Schweiz weitere Kreise. Bereits am 15. März⁷ hatte das irakische Aussenministerium unsere Botschaft in Bagdad informationshalber wissen lassen, die Regierung der Republik Irak ziehe die Übergabe der Interessenvertretung in der Bundesrepublik an die Schweiz für den Fall in Betracht, dass die Beziehungen zu Bonn abgebrochen würden. Gemäss telegraphischer Mitteilung unseres Geschäftsträgers vom

1. *Antrag*: E 1001(-) 1970/24 Bd. 12. Verfasst von E. Brügger und R. Probst, unterzeichnet von F. T. Wahlen.

2. *BR-Prot. Nr. 531 vom 23. März 1965*, dodis.ch/31289.

3. *Zur Vertretung der deutschen Interessen in Algerien vgl. die Notiz von R.-E. Campiche an J. Burckhardt vom 20. Mai 1965*, dodis.ch/31213 und *Doss. E 2003-01(A) 1978/47 Bd. 1 (0.817.10)*.

4. *Die Interessenvertretung kam nicht zustande, da die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Tunesien nicht abgebrochen wurden. Vgl. dazu Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 389 (B.24.2)*.

5. *Die Interessenvertretung kam nicht zustande, da die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Marokko nicht abgebrochen wurden. Vgl. dazu Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 389 (B.24.2)*.

6. *Vgl. dazu Dok. 101*, dodis.ch/31456; *die Notiz von R. Probst an F. Bieri und M. Grässli vom 2. April 1965*, dodis.ch/31776; *die Notiz von R. Probst an F. T. Wahlen vom 18. Mai 1965*, dodis.ch/31210 und *das Schreiben von P. Micheli an L. Mossaz vom 26. Juli 1965*, dodis.ch/31286.

7. *Vgl. das Schreiben von L. Mossaz an J. Burckhardt vom 16. März 1965*, E 2001(E) 1980/83 Bd. 488 (B.24.2).

5. April⁸ liegt nun das offizielle Gesuch der irakischen Regierung an den Bundesrat vor.

Die allfällige Übernahme der irakischen Interessen in der BRD⁹ läge, wie wir dies schon hinsichtlich der Maghreb-Länder betonten, im Sinne der schweizerischen Tradition, unsere guten Dienste¹⁰ den Staaten, deren gegenseitige Beziehungen unterbrochen sind, zur Aufrechterhaltung des notwendigen Kontaktes zur Verfügung zu stellen. Die Tatsache, dass uns diesmal ein arabischer Staat um Wahrung seiner Interessen in der BRD ersucht, ist insofern zu begrüßen, als sie uns Gelegenheit böte, nicht einseitig nur als Mandatar westlicher Staaten in Erscheinung zu treten. Wir sehen im übrigen keine ernsthaften politischen Gründe, die der Übernahme des Mandates entgegenstehen würden.

Auch in materieller Hinsicht könnte die Aufgabe bewältigt werden. Die Zahl der Iraker in der Bundesrepublik, die zurzeit von der irakischen Botschaft in Bonn betreut werden, beläuft sich auf gegen 1000 Personen, zumeist Studenten und Praktikanten. Die irakischen Exporte nach der BRD (fast ausschliesslich Erdöl) erreichten 1964 rund 377 Mio. DM, jene der BRD nach dem Irak rund 121 Mio. DM; das deutsche Interesse an Irak scheint in den letzten Jahren auch sonst recht rege gewesen zu sein.

Gestützt auf die obigen Ausführungen beehren wir uns zu
beantragen:

1. Das Politische Departement wird ermächtigt, die Interessenwahrung der Republik Irak in der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen, falls es zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten kommen sollte.

2. Bevor das Mandat endgültig übernommen und ausgeübt werden könnte, wäre die Zustimmung der Bonner Regierung einzuholen¹¹.

8. *Telegramm Nr. 5 der schweizerischen Botschaft in Bagdad an das Politische Departement, Doss. wie Anm. 7. Vgl. ferner das Schreiben von L. Mossaz an P. Micheli vom 5. April 1965, dodis.ch/31285.*

9. *Zur Vertretung der irakischen Interessen in der Bundesrepublik Deutschland vgl. das Telegramm Nr. 68 von M. Troendle an das Politische Departement vom 25. Mail 1965, dodis.ch/31287.*

10. *Zur Vertretung fremder Interessen vgl. Dok. 101, dodis.ch/31456, bes. Anm. 2, 6 und 10.*

11. *Der Antrag wurde vom Bundesrat ohne Änderungen angenommen, vgl. das BR-Prot. Nr. 631 vom 9. April 1965, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 696.1.*

dodis.ch/30950

*Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen¹*UHRENPROBLEME USA²
(FÜR BESPRECHUNG MIT STAATSSSEKRETÄR DEAN RUSK³)

Bern, 8. April 1965

I. Vorgeschichte

Am 19. November 1963 hatte Ihnen der Unterzeichnete die beiliegende Notiz⁴ über die Vorgeschichte des Uhrenzoll-Problems USA vorgelegt. Es ging damals um die Frage, ob Präsident Kennedy die U. S. Tariff Commission beauftragen würde, die amerikanischen Uhrenzölle zu überprüfen. Diese waren bekanntlich⁵ 1954 durch Entscheid des republikanischen Präsidenten Eisenhower in Anwendung der *escape clause*⁶ um 50% über den Stand der uns im Handelsabkommen von 1936 seitens der USA vertraglich zugestandenen Ansätze erhöht worden. (1952 hatte der Demokrat Truman bekanntlich eine solche Erhöhung abgelehnt⁷.) Wir glaubten zu wissen, dass Präsident Kennedy im November 1963 bereit war, eine Neuuntersuchung anzuordnen; die Weisung an die Tariff Commission lag praktisch damals schon zur Unterschrift auf seinem Schreibtisch, als er ermordet wurde. Um eine weitere Verzögerung zu verhindern, den neuen Präsidenten⁸ aber nicht schon in seinen ersten Amtswochen innenpolitisch zu belasten (protektionistische Opposition), zog man es in der Folge vor, die Untersuchung anfangs Dezember 1963 von der Tariff Commission «on its own motion» beschliessen zu lassen.

II. Bedeutung der Uhrenzollfrage für die Schweiz

Die Bedeutung der Uhrenzollfrage ist nicht nur im Hinblick auf unser bilaterales Verhältnis zu den USA, sondern auch im Lichte der weltweiten Kennedy-Runde⁹ innerhalb des GATT zu betrachten.

Die Schweiz ist gewillt, die Initiative des verstorbenen amerikanischen Präsidenten vollumfänglich und vorbehaltlos zu unterstützen; sie hat als erster Staat beschlossen, die maximale 50-prozentige Reduktion ihrer Industriezölle

1. Notiz: E 2001(E) 1978/84 Bd. 503 (C.41.126). Verfasst und unterzeichnet von R. Probst.

2. Vgl. dazu Dok. 11, dodis.ch/30947; Dok. 33, dodis.ch/30948 und Dok. 110, dodis.ch/30954.

3. Zu dieser Besprechung vgl. Dok. 77, dodis.ch/30957.

4. Vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 178, dodis.ch/18884.

5. Handschriftlich gestrichen.

6. Zur «escape-clause» vgl. Dok. 11, dodis.ch/30947, Anm. 4.

7. Vgl. DDS, Bd. 19, Dok. 18, dodis.ch/9206.

8. L. B. Johnson.

9. Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 1, dodis.ch/30938, Anm. 8.

ohne eine einzige Ausnahme zu offerieren¹⁰. Die Kennedy-Runde ist für beide Länder umso bedeutsamer, als es u. a. auch darum geht, die Zollmauer der EWG substanziell zu senken. Die kleine Schweiz ist dabei ein nicht zu vernachlässigender Partner, steht sie doch als Kunde der EWG hinter den USA (2,4 Milliarden Dollar) und vor Grossbritannien (1,8 Milliarden Dollar) mit Einfuhren von rund 2 Milliarden Dollar aus den Ländern des Gemeinsamen Marktes an zweiter Stelle. Mit ihrem gewaltigen Einfuhr-Überschuss aus¹¹ der EWG finanziert die Schweiz überdies mehr als die Hälfte des Handelsbilanzpassivums der EWG gegenüber den USA. Damit die Schweiz ihre «bargaining power» voll in die Waagschale werfen kann, ist es aber erforderlich, dass die USA ihrerseits die schweizerischen Exportinteressen in der Kennedy-Runde voll berücksichtigen. Würden amerikanischerseits Uhren auf der «exception list» verbleiben, was gemäss Trade Expansion Act solange der Fall ist, als die Uhrenzölle nicht vollumfänglich von der *escape clause*-Erhöhung befreit werden, so hätte dies schwerwiegende Folgen. Uhren machen in der Tat rund ein Drittel unserer Exporte nach den USA aus. Wir wären folglich genötigt, im Umfang des Wertes unserer Uhrenaufuhren nach Amerika (ca. 65 Mio. Dollar) eigene Zollkonzessionen auf amerikanischen Exportwaren von unserer Offerte zurückzuziehen, um die Reziprozität zu wahren. Da derartige Rückzüge nicht ausschliesslich amerikanische Interessen treffen würden, wären «chain reactions» seitens der durch solche Rückzüge geschädigten Drittstaaten unausbleiblich. Der Erfolg der Kennedy-Runde würde dadurch als Ganzes stark beeinträchtigt.

III. Heutige Situation

1. Tariff Commission Report

Mit der endgültigen Liquidierung des Uhren-Antitrustprozesses durch das «Modified Final Judgment» vom 3. Februar 1965¹² war ein wesentliches juristisches und psychologisches Hindernis zur Regelung der Zollfrage dahingefallen. Am 5. März 1965 erstattete die Tariff Commission dem Präsidenten ihren Bericht, worin sie sich darauf beschränkte, die wirtschaftlichen Folgen eines allfälligen vollen roll-back der Uhrenzölle¹³ und damit die Wiederherstellung der Zollsätze des Abkommens von 1936 darzulegen.

Die Schlussfolgerungen der Kommission sind zwar nüanciert, aber für unsere Sache eher günstig; doch hat sie davon abgesehen, eigentliche Empfehlungen zuhanden des Präsidenten zu formulieren. Dieser hat vielmehr das Büro Herter (Governor Herter ist der Sonderbevollmächtigte des Präsidenten für die Führung der Kennedy-Runde) beauftragt, solche Empfehlungen auszuarbeiten.

10. Vgl. dazu Dok. 12, dodis.ch/31817.

11. Handschriftliche Korrektur aus: gegenüber.

12. Vgl. Doss. wie Anm. 1.

13. Zur ganzen «roll-back»-Problematik und zu ihrer Auswirkungen auf die Kennedy-Runde vgl. Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 492–493 (C.41.111). Vgl. auch das Telegramm Nr. 96 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Washington vom 21. Dezember 1966, dodis.ch/30960 und DDS, Bd. 22, Dok. 181, dodis.ch/18903.

2. *Defense essentiality*

Die amerikanischen Uhrenhersteller haben seit jeher zur Durchsetzung von Schutzzöllen mit dem Argument gefochten, ihre Industrie sei «essential for national defense». Der Entscheid Eisenhowers von 1954 basierte weitgehend auf dieser – namentlich auch von seinem Freund General Bradley (Verwaltungsratspräsident von Bulova) hochgespielten – These. In einem Entscheid von 1958 hat allerdings das «Office of Defense Mobilization» (ODM) diese These als unzutreffend abgewiesen und die Verteidigungswichtigkeit der Uhrenindustrie eindeutig verneint¹⁴. Da aber die amerikanischen Manufakturen das Argument unter Hinweis auf die seitherige Entwicklung von Raketentechnik und Raumforschung wieder hervorholten und da zudem der «Tariff Commission Report» nur den wirtschaftlichen, nicht auch den militärischen Aspekt behandelte, hat das Weisse Haus soeben die Nachfolgeorganisation des ODM, das «Office of Emergency Planning» (OEP) mit einer Neuuntersuchung der «defense essentiality» betraut. Dieser Entschluss ist nicht nur negativ zu bewerten (vgl. beiliegende, Ihnen bekannte Kommentare Werner Imhoofs¹⁵); unter Umständen ist es vielleicht besser, die wohl unvermeidliche neue Diskussion über die «defense essentiality» jetzt durchzukämpfen, als später damit überrascht zu werden. Die neue Untersuchung durch eine neutrale Instanz wirkt sich aber zeitlich ungünstig aus.

3. *Weiteres Vorgehen*

Es sind zwei Phasen zu unterscheiden.

Die *erste Phase* besteht darin, dass der Präsident die *escape clause-Zölle* voll «zurückrollt». Die Zölle würden dadurch vom heutigen Stand von 65% ad valorem um rund ein Drittel reduziert. Den hierfür benötigten wirtschaftlichen Bericht der Tariff Commission besitzt der Präsident bereits. Jener des OEP, der soeben angefordert wurde, wird dagegen einige Zeit beanspruchen und öffentliche Hearings erfordern. Wir werden, zusammen mit Anwalt Fortas, alles daran setzen, dass auch die militärische Untersuchung für uns günstig verläuft. Sie sollte indessen, nachdem der Präsident eine «deadline» von 6 Monaten angesetzt hat, möglichst beschleunigt werden.

Eine solche Beschleunigung ist insbesondere im Hinblick auf die *zweite Phase*, nämlich den *Einschluss der Uhrenzölle in die Kennedy-Runde* wichtig. Dieser Einschluss wird gesetzlich erst möglich, wenn das «roll-back» vollumfänglich durchgeführt ist. Die Vollmachten des Präsidenten für die Kennedy-Runde laufen am 1. Juli 1967 ab. Vor diesem Zeitpunkt sollte nicht nur das «roll-back» vollzogen sein, sondern noch genügend Zeit übrig bleiben, um neue Hearings, die dem formellen Einschluss der Uhren in die Kennedy-Runde vorangehen müssen, durchzuführen und namentlich die Zollverhandlungen in Genf selbst abzuschliessen. Es sind dies alles langwierige Operationen, die nochmals viele Monate beanspruchen werden.

14. Vgl. das Telegramm Nr. 10 von H. de Torrenté an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 28. Februar 1958, dodis.ch/11338.

15. Vgl. den Artikel Vor der Entscheidung über die amerikanischen Uhrenzölle vom 5. März 1965 (NZZ vom 6. März), E 2001(E) 1978/84 Bd. 498 (C.41.111).

Das volle «roll-back» (erste Phase) bildet die unabdingbare Voraussetzung, damit das Reziprozitätsproblem in der Kennedy-Runde (zweite Phase) überhaupt gelöst werden kann. Ein partieller «roll-back» würde nach amerikanischem Gesetz nicht genügen. Ist das «roll-back» erst einmal vollzogen, so wird das Ausmass der weiteren Zollreduktion im Rahmen der GATT-Verhandlungen (theoretisch bis zu 50% der «zurückgerollten» Zölle) zum Gegenstand unserer Gespräche mit den USA gemacht werden können.

Nicht nur für die Schweiz, sondern auch für die anderen Länder (EWG, insbesondere Frankreich) ist der Uhrenfall schon seit Jahren zu einem «test case» für die Aufrichtigkeit der neuen liberalen amerikanischen Aussenhandelspolitik geworden. Man ist sich dessen in Washington vielleicht nicht immer voll bewusst. Die Aufrechterhaltung einer Zollmauer von 65% auf einem gewöhnlichen Konsumgut würde jedenfalls in eklatantem Widerspruch zur bewunderungswürdigen Initiative stehen, die die Amerikaner mit der Kennedy-Runde ergriffen haben. Sie würde auch den wohlverstandenen Interessen der USA selbst zuwiderlaufen.

Die vorliegende Notiz ist gemeinsam mit Herrn Dr. Jacobi, dem ersten Mitarbeiter von Minister Weitnauer in den GATT-Verhandlungen, verfasst.

77

dodis.ch/30957

Notiz des Vorstehers des Politischen Departements, F. T. Wahlen¹

BESPRECHUNG MIT AUSSENMINISTER DEAN RUSK VOM 9. APRIL 1965 IN GENÈ²

Streng vertraulich³

Bern, 12. April 1965

Nachdem bekannt wurde, dass Dean Rusk sich kurz zu einem Treffen mit den nächstlichen USA-Botschaftern in Genf einfinden werde, liess ich über die amerikanische Botschaft sondieren, ob eine kurze Begegnung möglich wäre. Die Antwort lautete durchaus positiv, so dass ich den Aussenminister am 9. April um 15 Uhr in Genf sprechen konnte. In Rücksicht auf seinen kurzen Aufenthalt und seine starke Beanspruchung versuchte ich, die Unterredung so kurz wie möglich zu halten. Sie dauerte immerhin 45 Minuten und Dean Rusk sagte mir beim Abschied, er hätte die Unterredung gerne noch verlängert, verstehe jedoch meine Rücksichtnahme auf seine Verpflichtungen.

1. Notiz: E 2804(E) 1971/2 Bd. 8 (14.4).

2. Zu dieser Besprechung vgl. auch das BR-Verhandlungsprot. der 28. Sitzung vom 13. April 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 4-5.

3. Eine kürzere Fassung des Dokuments ging an R. Probst, vgl. E 2001(E) 1978/84 Bd. 491 (C.41.111).

Ich erklärte meinem Gesprächspartner einleitend, dass das mich unmittelbar interessierende Problem die *Uhrensituation*⁴ betreffe. Ich sei mir bewusst, dass die Behandlung des Geschäftes Herrn Herter obliege, lege aber doch Wert darauf, ihn über einige Aspekte zu orientieren, die nach meiner Ansicht weit über die bilateralen Interessen hinausgingen und die den Erfolg der Kennedy-Runde⁵ und damit auch gewisse Rückwirkungen auf die europäische Integration⁶ betreffen. Dean Rusk sagte, dass er nicht in der Lage gewesen sei, dieses Geschäft irgendwie im Detail zu verfolgen. Er hatte offenbar auch eine Notiz nicht lesen können, die ihm die amerikanische Botschaft in Bern vorbereitet hatte. Ich schloss dies aus der Beantwortung Rusks einer Frage des anwesenden Botschaftsrates Kellermann. Aus diesem Grunde ging ich in meinen Ausführungen einigermaßen ins Detail. Sie seien stichwortartig wie folgt zusammengefasst:

1954⁷: Anwendung der «escape-clause»⁸ durch die Administration Eisenhower, damit eine Erhöhung der Uhrenzölle um 50%, so dass sie wenigstens 50%, in einigen wichtigen Kategorien, 65% ad valorem betragen. – Hinweis auf die vielen Vorstellungen unsererseits von diesem Zeitpunkt an. – Der neue Aspekt der Frage, der durch den «Trade Expansion Act» eingeführt wurde. – Unsere Verhandlungen für einen «roll-back» im Jahr 1963⁹. – Den Hinweis darauf, dass die Kennedy-Runde der ganzen Frage einen ausgesprochen multilateralen Aspekt verleiht. Nachdem wir als erstes Land die amerikanische Offerte auf der ganzen Linie und ohne jede Ausnahme honorierten, sei uns nun daran gelegen, dass wir nicht den Vereinigten Staaten gegenüber den Gegenwert der rund 65-Mio.-Dollar-Uhrenexporte aus Reziprozitätsgründen von unserer Offerte zurückziehen müssten. Dies hätte notwendigerweise Reperkussionen auf andere Länder und würde den Erfolg der Kennedy-Runde schwer beeinträchtigen.

Obschon die Schweiz ein sehr kleines Land sei, habe sie doch in dieser Angelegenheit ein unproportional hohes Gewicht. Ich wies darauf hin, dass sie in bezug auf die Importe aus den EWG-Ländern mit den 2 Mia. \$ an zweiter Stelle stehe (USA 2,4 Mia. \$, U. K. 1,8 Mia. \$). Wir hätten also ein gewisses «bargaining power», und da wir bereit seien, es im Sinne der Absichten der USA einzusetzen, hätten auch die USA ein Interesse, uns nicht daran zu hindern.

In diese Situation hinein sei nun der Auftrag Präsident Johnsons erfolgt, die «defense essentiality» der amerikanischen Uhrenindustrie erneut zu prüfen. Wir legten uns Rechenschaft darüber ab, dass diese Verfügung positive Seiten aufweise, insofern als der Zeitpunkt der Untersuchung und ihre Dauer nun vom Willen des Präsidenten abhängen und nicht in das Ermessen der Protektionisten gestellt sei. Trotzdem bereite uns die Verzögerung Sorgen. 1967 werde die

4. Vgl. Dok. 11, dodis.ch/30947; Dok. 33, dodis.ch/30948; Dok. 76, dodis.ch/30950 und Dok. 110, dodis.ch/30954.

5. Vgl. dazu Dok. 1, dodis.ch/30938, Anm. 8.

6. Vgl. dazu Dok. 136, dodis.ch/31944; Dok. 140, dodis.ch/31618 und Dok. 172, dodis.ch/31640.

7. Vgl. DDS, Bd. 19, thematisches Verzeichnis: II.35.3. USA–Wirtschaftsbeziehungen.

8. Zur «escape-clause» vgl. Dok. 11, dodis.ch/30947, Anm. 4.

9. Vgl. Dok. 76, dodis.ch/30950, Anm. 13.

Vollmacht des Präsidenten unter dem «Trade Expansion Act» dahinfallen. Zu den sechs Monaten, die für die Prüfung der «defense essentiality» eingeräumt seien, kommen dann noch die «hearings» über den «roll-back». Das sei der Grund, warum ich meinen Gesprächspartner dringend bitte, dafür zu sorgen, dass keine weiteren Verzögerungen eintreten, da im andern Falle die oben dargelegte Gefährdung der Kennedy-Runde unvermeidlich sei.

Dean Rusk hörte aufmerksam zu und unterbrach mich wiederholt mit Fragen. Er bat Herrn Kellermann, ihm meine Darlegungen möglichst ausführlich zu unterbreiten. Er werde nicht verfehlen, sie mit den zuständigen Stellen, namentlich Herrn Herter, zu besprechen.

Im Anschluss daran entwickelte sich ein Gespräch über die *europäische Integration*¹⁰. Mit den allgemein bekannten Argumenten machte ich den Staatssekretär mit unseren Sorgen über die Folgen einer dauernden wirtschaftlichen Zwei-Teilung Europas bekannt und unterstrich unsere Enttäuschung darüber, dass trotz immer wiederholter Zusicherung über die liberale Haltung der EWG gegen aussen ein deutliches Zunehmen der protektionistischen Tendenzen zu konstatieren sei. Dean Rusk fügte bei, dass er diese Entwicklung aus den Schwierigkeiten der amerikanischen Agrarexporte nur zu gut kenne.

Als dritter Gesprächspunkt kam ich auf die behauptete *Xenophobie der Schweiz* zu sprechen, von der er sicher auch gehört habe. Dean Rusk sagte lachend, dass er tatsächlich nicht sicher gewesen sei, ob man ihm die Landung im Genfer Flughafen erlauben werde.

Durch gewisse Grössenvergleiche (Zahl der Fremdarbeiter in den Vereinigten Staaten, falls sie das gleiche Verhältnis zur Bevölkerung erreichen sollte wie in der Schweiz) etc., durch den Hinweis darauf, dass die wirkliche Xenophobie nur in ganz beschränkten Bevölkerungskreisen auftrete, vergleichbar etwa mit dem «Ku-Klux-Klan» in den Vereinigten Staaten, mit einer Schilderung der Verhältnisse in Genf, unter Hinweis auf das Referendum vom 4. April¹¹ suchte ich die offenbar irrigen Vorstellungen des Staatssekretärs auf die richtigen Proportionen zurückzuführen, was offensichtlich gelungen ist.

Aus dem gleichen Zusammenhang hinaus, kam ich dann auf den Sitz der UNCTAD¹² zu sprechen und erklärte, dass wir an sich keineswegs an diesem Zuwachs interessiert seien, aber unter dem Sitz-Abkommen nicht in der Lage wären, eine ablehnende Haltung einzunehmen. Ich informierte ihn auch über die Pläne, wenn möglich den Sitzbereich internationaler Organisationen über die Grenzen Genfs hinaus auszudehnen.

Dean Rusk erkundigte sich dann nach der Ansicht der Schweizerregierung zum Problem *Vietnam*¹³, nachdem er vorher Herrn Kellermann gebeten hatte,

10. Vgl. Anm. 6.

11. Vgl. dazu Dok. 50, dodis.ch/31620.

12. Zur Sitzfrage der UNCTAD vgl. Dok. 111, dodis.ch/31695.

13. Zu den diplomatischen Beziehungen der Schweiz mit Süd- und Nordvietnam vgl. Dok. 43, dodis.ch/31039 und Dok. 116, dodis.ch/31154. Zu den Reaktionen der Schweiz auf den Vietnamkonflikt vgl. die Notiz vom 23. Juni 1964, dodis.ch/18901; den Bericht von A.-L. Natural vom 25. Januar 1966 Plaidoyer pour une prise de position, dodis.ch/31179; das Telegramm Nr. 10 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Rom vom 2. Februar 1966, dodis.ch/31192; die Notiz von P. Micheli an W. Spühler vom 6. Juni 1966, dodis.ch/31609;

diese und die nächste Frage nicht in seinen Notizen zu wiederholen. Ich sagte ihm, dass ich ihm unter diesen Verhältnissen gerne meine persönliche Auffassung zur Kenntnis gebe. Wiewohl die Geschichte nicht in jeder Beziehung eine Lehrmeisterin sein könne, bestünden für mich gewisse Parallelen zwischen der heutigen Situation in Südostasien und der Situation in Europa in den dreissiger Jahren, als die Nationalsozialisten ins Rheinland¹⁴ einmarschierten und später das Protektorat über die Tschechoslowakei¹⁵ errichteten. Wäre damals Frankreich und England eingeschritten, wie es eigentlich ihre Pflicht gewesen wäre, so wäre es möglicherweise nicht zur Katastrophe von 1939 gekommen. Würden die Vereinigten Staaten Südvietnam fallen lassen, so könnte sich in Südostasien eine ähnliche Kettenreaktion abspielen, die dann – um die geschichtliche Parallele zu wahren – zu einem neuen Krieg führen könnte, im Moment, da ein in einem völlig kommunistisch gewordenen Südostasien isoliertes Japan schutzbedürftig würde, wie 1939 Polen es wurde.

Dean Rusk kam dann auf *de Gaulle* zu sprechen und wiederholte seine Weisung an Herrn Kellermann, dass von diesem Gespräch nichts festzuhalten sei. Er äusserte sich in bitterster Form über die de Gaulle'sche Politik und sagte abschliessend, der General gebe sich einer groben Täuschung hin, wenn er sich vorstelle, die Vereinigten Staaten würden sich je zum Satelliten Europas degradieren lassen.

Ausgehend von den Differenzen in der westlichen Politik, unterhielten wir uns noch kurz über die Aussichten der UNCTAD¹⁶ und die Wünschbarkeit des Findens einer einheitlichen Linie unter den westlichen Industriestaaten.

Abschliessend dankte ich dem Staatssekretär für die Unterredung. Er gab seinerseits der Hoffnung Ausdruck, dass sie in möglichst kurzer Frist eine Fortsetzung finden möchte. Ich hatte einleitend gesagt, meine einzige Entschuldigung für die Störung trotz seines äusserst stark belasteten Zeitplanes sei die, dass ich ihn nicht wie andere Aussenminister mit häufigen Besuchen in Washington beschwere. Er kam auf diese Bemerkung zurück, mit der Einladung, ich möchte mich doch bei Gelegenheit in Washington zeigen¹⁷.

die Notiz von H. Kaufmann vom 20. Juni 1966, dodis.ch/31172; das BR-Prot. Nr. 1347 vom 15. Juli 1966, dodis.ch/31178 und das Schreiben von H. Zimmermann an F. Schnyder vom 28. November 1966, dodis.ch/31167.

14. Vgl. DDS, Bd. 11, Dok. 339.

15. Vgl. DDS, Bd. 13, *thematisches Verzeichnis*: 16. Tchécoslovaquie, Etat slovaque, Protectorat de Bohême et Moravie.

16. Vgl. das BR.-Verhandlungsprot. der 45. Sitzung vom 15. Juni 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 4-5: H. Schaffner ist überzeugt, dass die Welthandelskonferenz doch noch zu einem Ergebnis kommen werde, wobei F. T. Wahlen bemerkt, dass diese Konferenz einmal mehr unser Verhältnis zur UNO in Frage stelle. F. T. Wahlen befürchtet zudem, dass man immer mehr in eine Sonderstellung gerate, die uns einmal zwingen werde, unsere Einstellung zu wechseln. Das sollten wir noch aus freiem Willen tun und nicht unter dem Zwang der Verhältnisse.

17. Allgemein zu Staatsbesuchen und Arbeitstreffen vgl. Dok. 108, dodis.ch/31397, Anm. 6.

dodis.ch/31701

*Der Delegierte für Fragen der Atomenergie, U. Hochstrasser,
an den Vorort des schweizerischen Handels- und Industrievereins¹*

ZUR ZUKUNFT DER SCHWEIZERISCHEN REAKTORENTWICKLUNG²

[Bern,] 14. April 1965

[...] ³

IV. Schlussbetrachtungen

Angesichts der grundsätzlichen Tragweite der Wahl zwischen der privatwirtschaftlichen Mitfinanzierung in Verbindung mit privatwirtschaftlicher Organisation der Reaktorentwicklung oder der wesentlich staatlichen Finanzierung verbunden mit einer verantwortlichen staatlichen Organisation dieses Gebietes und in Anbetracht der heutigen Krisensituation in der schweizerischen Reaktortechnik wird es wichtig sein, dass die Wirtschaft möglichst bald und eindeutig Stellung bezieht. Die Erfahrungen mit der Eurochemic AG⁴, dem Dragon- und Halden-Unternehmen, sowie mit der NGA, die immer wieder gezeigt haben, dass die tatsächlichen Spenden der Industrie enttäuschend unter den in Aussicht gestellten freiwilligen Beiträgen blieben, erfordern an der Schwelle von neuen Aufwendungen, die in die Hunderte von Millionen Franken gehen, langfristig bindende Zusicherungen der beteiligten Kreise. Misslingt es hier, unseren Verhältnissen angepasste Lösungen zu finden, so wird der schweizerischen Wirtschaft nicht nur der ihrem Potential und ihren Interessen entsprechende Zugang zur Reaktortechnik verschlossen bleiben, sondern es wird ihr auch in Zukunft eine zunehmende Zahl von Gebieten der modernen Technik versperrt werden. Der heutige enorme wissenschaftliche und technische Fortschritt vergrössert immer mehr die Belastung durch eine angemessene Entwicklungsanstrengung, welche für die Aufrechterhaltung eines modernen, konkurrenzfähigen Angebotes von Erzeugnissen notwendig ist. Die Zahl der Entwicklungen, welche nicht mehr im Rahmen der heutigen Struktur der schweizerischen Wirtschaft in Angriff genommen werden können, wird aller Voraussicht

1. Bericht: E 2807(-) 1974/12 Bd. 73 (16-03).

2. Vgl. dazu auch das BR-Prot. Nr. 743 vom 14. April 1964, dodis.ch/31595; die Notiz Die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern auf dem Gebiete der Reaktorentwicklung von U. Hochstrasser vom 8. Juli 1965, dodis.ch/31962; die Notiz von U. Hochstrasser an W. Spühler vom 17. Dezember 1965, dodis.ch/31966; das Protokoll von U. Hochstrasser vom 27. Dezember 1965, dodis.ch/31961; das BR-Prot. Nr. 40 vom 4. Januar 1966, dodis.ch/31965 und das Schreiben von W. Spühler an R. Gnägi vom 19. Dezember 1966, dodis.ch/31963.

3. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31701.

4. Vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 94, dodis.ch/16053; DDS, Bd. 22, Dok. 128, dodis.ch/30474 und die Notiz La collaboration scientifique sur le plan intergouvernemental von S. F. Campiche vom 31. März 1964, dodis.ch/30236.

nach in Zukunft noch wesentlich ansteigen. Wenn für solche Fälle keine schweizerische Lösung besteht, bleibt nur der Anschluss an meistens viel grössere ausländische Unternehmungen, hinter denen zudem eine oft sehr starke staatliche Unterstützung und Lenkung stehen. Die so herbeigeführte individuelle Integration mit andern Wirtschaftsräumen, bevor ein vernünftiger Zusammenschluss im schweizerischen Rahmen erreicht ist, kann für unsere Wirtschaft bedenkliche Folgen zeitigen. Auch aus diesen Überlegungen heraus sollte im Falle der Reaktorentwicklung ein zeitgemässer, unseren Verhältnissen angepasster solidarischer Zusammenschluss aller Kreise durchgeführt werden. Wenn dies ohne eine überwiegende Mithilfe des Staates nicht realisiert werden kann, so müssen auch bei uns neue, den veränderten Gegebenheiten angepasste Formen der Partnerschaft zwischen Staat und Industrie entwickelt werden.

79

dodis.ch/30926

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen¹

KREDIT AN INDIEN²

Bern, 21. April 1965

Mit beiliegendem Mitbericht³ erklären wir uns mit den Anträgen des EVD⁴ einverstanden. An den Vorarbeiten für die Botschaft haben wir wie üblich mitgewirkt.

Die bisherigen Indienkredite⁵ basierten allein auf der ERG⁶. Gedeckt durch diese Bundesgarantie haben die Banken die nötigen Gelder geliehen. Die Bedingungen 6¼% auf 10 Jahre sind aber heute nicht mehr haltbar⁷. Sie sollen nun modernisiert werden, indem man Privat- und Bundeskredit mischt. Nur durch Beimischung von Bundesgeldern kann der Zins verbilligt und die

1. *Notiz*: E 2804(-) 1971/2 Bd. 37 (043.5). Verfasst und unterzeichnet von H. Hess. Kopie an A. R. Lindt.

2. *Handschriftliche Marginalie* von P. Micheli: M. le Chef du Département d'entente avec M. Lindt. Zum Transferkredit an Indien vgl. *Dok. 100*, dodis.ch/31763; die *Notiz* von H. Hess vom 14. Januar 1964, dodis.ch/30927; das Schreiben von E. Stopper an R. Fässler vom 22. Januar 1966, dodis.ch/30928 und das BR-Prot. Nr. 1817 vom 26.10.1965, dodis.ch/31740. Vgl. ferner das BR-Prot. Nr. 804 vom 4. Mai 1965, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 697.1; das Protokoll der Aussepolitischen Kommission des Ständerats vom 16. September 1965, E 2004(B) 1972/120 Bd. 1 (a.123.3(2)), S. 2–8 und das BR-Prot. Nr. 479 vom 7. März 1966, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 707.1.

3. *Mitbericht des Politischen Departements* vom 21. April 1965, E 1001(-) 1970/24 Bd. 61.

4. *Antrag des Volkswirtschaftsdepartements an den Bundesrat* vom 12. April 1965, *Doss. wie Anm. 3*.

5. Zum ersten Indienkredit vgl. *DDS, Bd. 21, Nr. 91*, dodis.ch/14497 und die *Notiz* vom 14. Januar 1964, dodis.ch/30927.

6. Zur *Handhabung der Exportrisikogarantie* vgl. *Dok. 62*, dodis.ch/31530, *Anm. 5*.

7. Zur *Diskussion über die Bedingungen* vgl. das *BR-Verhandlungsprot. der 30. Sitzung* vom 27. April 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 2.

Kreditdauer verlängert, und damit der Tendenz, soft loans zu gewähren, Rechnung getragen werden. Die Vorlage bringt somit etwas grundsätzlich Neues, das vielleicht auch Vorbild für andere Kredite⁸ werden kann.

Man muss sich fragen, ob diese neue Formel für einen Finanzkredit an ein Entwicklungsland nicht Anlass sein sollte, um eine gewisse Konzeption auszuarbeiten. Die Botschaft spricht nicht davon, sondern präsentiert die Vorlage als Einzelfall. Eine Aussprache zwischen den Herren Botschafter Lindt und Stopper über diesen Punkt ergab, dass auch Herr Stopper überzeugt ist, der Bund müsse auch auf diesem Gebiet der Entwicklungshilfe⁹ mehr tun, und dass er daran ist zu überlegen, was für Lösungen für uns in Frage kommen und wie man sie durchführen könnte, d. h. wie eine Konzeption aussehen müsste. Er ist jedoch der Meinung, dass er seine Ideen zuerst mit Herrn Bundesrat Schaffner¹⁰ besprechen und ihn davon überzeugen sollte, dass es notwendig sei, das Problem zu überdenken. Es wäre dagegen seiner Meinung nach der Sache im heutigen Moment nicht dienlich, wenn im Bundesrat schon heute formell vorgeschlagen würde, das EVD mit der Ausarbeitung einer Konzeption zu beauftragen. Im Vertrauen auf diese Stellungnahme von Herrn Stopper und im Hinblick auf die im allgemeinen vorzügliche Zusammenarbeit mit der Handelsabteilung möchten wir darauf verzichten, im Mitbericht einen solchen Antrag zu stellen.

Dagegen schlagen wir vor, dass Sie bei der Beratung der Indien-Vorlage spontan mündlich die Bemerkung anbringen, man müsse sich fragen, ob diese grundsätzlich neuartige Kreditform nicht Anlass geben sollte, um die Politik, die der Bundesrat auf dem Gebiet der Finanzhilfe an die Entwicklungsländer¹¹ zu verfolgen gedenkt, allgemein zu überdenken. Eine solche Bemerkung könnte die Bemühungen von Herrn Stopper unterstützen und Herrn Schaffner zeigen, dass das Problem angepackt werden sollte.

8. Zu den Transferkrediten für Pakistan vgl. das Schreiben von H. Bühler an R. Stoudmann vom 2. Dezember 1965, dodis.ch/30893, das BR-Prot. Nr. 1310 vom 14. Juli 1964, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 687.2; das BR-Prot. Nr. 1279 vom 8. Juli 1966, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 711.1 und das BR-Prot. Nr. 1645 vom 9. September 1966, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 713.1.

9. Für eine Übersicht über die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit vgl. Dok. 100, dodis.ch/31763.

10. H. Schaffner.

11. Vgl. dazu Anm. 9.

dodis.ch/30915

*Der Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Politischen Departements, A. Janner, an die diplomatischen und
konsularischen Vertretungen¹*

VERKEHR MIT VERTRETERN VON DER SCHWEIZ NICHT ANERKANNTER STAATEN
BZW. REGIERUNGEN

Vertraulich

Bern, 6. Mai 1965

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass bei unseren Missionen und Posten bezüglich der gegenüber den Vertretern von der Schweiz nicht anerkannter Staaten bzw. Regierungen einzunehmenden Haltung eine gewisse Unsicherheit herrscht². Wir gestatten uns daher, die Problematik im folgenden zusammenzufassen, und bitten Sie zum vorneherein um Verständnis für das Anliegen der Zentrale.

In der Tat handelt es sich heute einerseits um solche Gebiete, die Bestandteile auf Grund internationaler Abmachungen zweigeteilter Staaten sind [Deutsche Demokratische Republik (DDR), Nordvietnam, Nordkorea] und andererseits um Formosa, das sich dem Herrschaftsanspruch der Volksrepublik China nicht unterworfen hat. Alle vier Fälle liegen in besonderem Masse im Brennpunkt der west-östlichen Auseinandersetzung. Die ultimative Haltung der rivalisierenden Regierungen hat uns vor die Wahl gestellt, entweder keine der beiden oder nur die eine Regierung anzuerkennen. Die Neutralitätspolitik verlangt von unserem Lande weder Abstinenz noch Gleichschaltung, und so haben wir die den gegenwärtigen schweizerischen Interessen entsprechende Lösung getroffen, indem wir für Bonn³, Saigon⁴, Seoul⁵ und Peking⁶ optierten. Normale Beziehungen mit diesen Regierungen setzen aber voraus, dass wir alles vermeiden, was auch nur als de facto-Anerkennung der Regierungen von Pankow, Hanoi, Pyongyang und Taipeh aussehen oder gewertet werden könnte. Wir möchten Ihnen daher für den Verkehr mit den Vertretern der letztgenannten vier Regierungen folgende Empfehlungen geben, wobei wir uns bewusst sind, dass deren Befolgung für Sie – besonders im kommunistischen Machtbereich – mit gewissen Unannehmlichkeiten verbunden sein kann:

1. Mitteilung: E 2001(E) 1978/84 Bd. 102 (B.22.71). Verfasst zusammen mit A. Glesti.

2. Zur Problematik der Anerkennung von geteilten Staaten vgl. Dok. 43, dodis.ch/31039, bes. Anm. 2.

3. Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland vgl. Dok. 43, dodis.ch/31039, Anm. 16.

4. Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Südvietsnam vgl. Dok. 43, dodis.ch/31039, Anm. 9 und Dok. 116, dodis.ch/31154.

5. Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Südkorea vgl. Dok. 43, dodis.ch/31039, bes. Anm. 10.

6. Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Volksrepublik China vgl. Dok. 43, dodis.ch/31039, Anm. 17.

a) Ganz allgemein sollen Sie gegenüber den Vertretern nicht anerkannter Regierungen alles vermeiden, was in Richtung einer Anerkennung ausgelegt werden könnte. Es bleibt zum grossen Teil Ihrem Fingerspitzengefühl überlassen, den lokalen Usanzen innerhalb des diplomatischen Korps am besten angepassten Weg zu finden. Im Zweifelsfall wären wir für Ihre Rückfrage dankbar.

b) Keinesfalls dürfen Sie sich von den Vertretern nicht anerkannter Regierungen das Gesetz des Handelns vorschreiben lassen. Der Antritts- oder Abschiedsbesuch z. B. des Botschafters der DDR hat nichts mit Courtoisie zu tun, sondern ist eine gezielte politische Handlung und verpflichtet Sie damit zu nichts. Antrittsbesuche – sofern sie sich nicht überhaupt vermeiden lassen – sind selbstverständlich nicht zu erwidern, und noch weniger werden Sie Ihrerseits die Initiative zu offiziellen oder auch nur privaten Visiten ergreifen.

c) An Nationalfeiertags- und anderen offiziellen Empfängen der fraglichen Vertreter, aber auch an deren Begrüssung und Verabschiedung durch das diplomatische Korps auf Flugplätzen usw. sollten Sie nicht teilnehmen und Ihrerseits diese Diplomaten natürlich noch weniger zur Bundesfeier und anderen schweizerischen Empfängen einladen.

Falls die Regierung Ihres Residenzlandes Sie zu Veranstaltungen anbietet, die sie zu Ehren von Vertretern der von der Schweiz nicht anerkannten Regierungen (z. B. bei Staatsvisiten) organisiert, lehnen Sie unter irgendeinem Vorwand ab.

d) Wenn Ihnen Vertreter nicht anerkannter Regierungen ihre Ankunft oder Abreise schriftlich anzeigen, ihre Visitenkarten abgeben lassen usw., steht es Ihnen frei, in Ihrem eigenen Namen zu antworten. Wichtig ist, dass Ihre schriftlichen Äusserungen keinen offiziellen Charakter haben, und natürlich werden Sie es unterlassen, Ihrerseits den fraglichen Vertretungen Ihre Ankunft oder Abreise zu melden oder sonstwie die Initiative zu einem Briefwechsel zu ergreifen.

e) Gegen Kontakte auf rein persönlicher Basis, die sich an gesellschaftlichen Anlässen bei Dritten ergeben können, haben wir nichts einzuwenden; sie sollen aber nicht zu gegenseitigen Besuchen in den eigenen Vertretungen führen (vgl. im übrigen lit. a).

f) Besondere Zurückhaltung empfehlen wir Ihnen gegenüber den Vertretern der DDR⁷. Bei den Nordkoreanern ist die Tatsache, dass wir in der Neutralen Überwachungskommission in Panmunjom⁸ vertreten sind, angemessen zu berücksichtigen.

7. Vgl. dazu Dok. 82, dodis.ch/31183.

8. Zur schweizerischen Mission bei der neutralen Überwachungskommission vgl. Dok. 91, dodis.ch/31372; Dok. 135, dodis.ch/31366 und Dok. 184, dodis.ch/31369.

*Notice interne du Département politique*¹BANQUE STURZENEGGER²

Confidentielle

[Berne,] 6 mai 1965

Me fondant sur la lettre du 30 avril 1965 de notre Ambassade à Ottawa³, j'ai téléphoné mardi matin à M. Sturzenegger à Bâle et mercredi matin à Me Ott pour leur dire que le Département politique avait été informé de l'offre qui avait été conjointement faite à la Banque Sturzenegger par l'OAP à Washington et le Séquestre canadien. J'ai ajouté que selon des informations obtenues des Etats-Unis, nous avons reçu confirmation de cette offre. MM. Sturzenegger et Ott étaient, m'ont-ils dit, sur le point de nous téléphoner pour s'entretenir avec nous de cette question.

La proposition américano-canadienne d'offrir un million de dollars se décomposant en 500'000 dollars américains et 500'000 dollars canadiens revient à offrir au cours actuel de ces derniers 961'000 US \$. Cela représente d'après Me Ott 49% des avoirs de la Banque Sturzenegger, et de Sturzenegger – Grutchemie, actuellement séquestrés aux Etats-Unis et au Canada. Encore une précision: les avoirs totaux séquestrés au Canada et aux Etats-Unis se montent à US \$ 1'926'000 dont 774'000 appartenant à Interhandel⁴ (presque entièrement par le truchement de Grutchemie).

Aussi bien à M. Sturzenegger qu'à Me Ott, j'ai transmis l'avis de M. Probst⁵ qui consiste à leur conseiller vivement d'accepter cette offre. Mes deux interlocuteurs m'ont assuré qu'ils partageaient entièrement cette façon de voir mais qu'ils devaient également consulter Interhandel. M. Sturzenegger s'entretiendra ces prochains jours avec MM. Wettstein et Wehrli à ce sujet. M. Sturzenegger m'ayant demandé s'il pouvait auprès de ses interlocuteurs faire état du conseil de M. Probst, j'ai informé à titre confidentiel que si Interhandel devait faire des difficultés pour accepter l'offre en question, M. Sturzenegger est décidé à passer outre et à l'accepter pour la part qui lui revient.

J'ai mis Me Ott au courant, sans le nommer, d'un cas qui nous occupe aux Etats-Unis (Fondation Schindler⁶) et à propos duquel une offre de partage 50/50 a été également faite. L'OAP sera dissout dans le courant de l'année et les dossiers encore en suspens à cette date seront transférés à une autre administration. (Ce qui ne sera guère de nature à faciliter une solution des affaires

1. *Notice*: E 2001(E) 1978/84 vol. 568 (B.52.31). Rédigée et signée par E. Brunner. Visée par R. Probst.

2. *Sur cette affaire de séquestre liée au consortium Grutchemie*, cf. DDS, vol. 20, doc. 112, dodis.ch/11334; DDS, vol. 22, doc. 16, dodis.ch/18887 et doc. 98, dodis.ch/18990 et la lettre de M. Ott à R. Probst du 13 mai 1965, dodis.ch/31928.

3. Cf. la lettre de H. W. Gasser à P. Micheli du 30 avril 1965, doss. comme note 1.

4. Cf. doc. 68, dodis.ch/30944, note 3.

5. Cf. la lettre de R. Probst à A. Zehnder du 21 avril 1965, doss. comme note 1.

6. Cf. doss. E 2200.36(-) 1976/154 vol. 27 (H.34.11).

à partir de ce moment). A côté d'autres arguments (coût de la procédure, etc.), Me Ott emploiera également ces derniers si cela devait s'avérer nécessaire avec les représentants d'Interhandel.

Pour terminer, MM. Sturzenegger et Ott remercient encore une fois le Département politique des efforts qu'il a déployés aussi bien aux Etats-Unis qu'au Canada pour trouver une solution satisfaisante à l'affaire. Au moment où ces efforts sont sur le point de porter leurs fruits, mes interlocuteurs n'ont pas voulu laisser passer l'occasion pour nous exprimer oralement leur reconnaissance. Elle s'étend naturellement aussi à nos représentations diplomatiques à Washington et Ottawa. Me Ott croit savoir que l'intervention de M. McNaughton, auprès des Autorités canadiennes, a été particulièrement utile; il est très reconnaissant à l'Ambassadeur Gasser de lui avoir recommandé cette personnalité pour s'occuper de l'affaire Sturzenegger au Canada.

82

dodis.ch/31183

Der Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, A. Janner, an den Direktor der schweizerischen Zentrale für Handelsförderung in Zürich, A. J. Staehelin¹

Bern, 7. Mai 1965

Einem Schreiben der Schweizerischen Gesellschaft für Chemische Industrie in Zürich vom 4. April d. J.² an unsere Delegation in Berlin ist zu entnehmen, dass Herr Willi Längert, der sich als Handelsbevollmächtigter für die Schweiz im Ministerium für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel ausgibt, beabsichtigte, Sie anlässlich der Schweizerischen Mustermesse zu besuchen.

Im Zuge der verschärften Visapaxis gegenüber Angehörigen der DDR wegen den in Ostberlin inhaftierten Schweizer Studenten Cloetta und Baumgartner³ wurde indessen dem Genannten die Einreiseerlaubnis nicht erteilt. Er konnte somit die Schweizerische Mustermesse nicht besuchen.

Zum Problem der Besuchsreise des Herrn Längert gestatten wir uns, folgendes mitzuteilen:

Die ostdeutschen Behörden versuchen immer wieder mit allen Mitteln, einer de facto Anerkennung ihres Staates durch die Schweiz näher zu kommen⁴. Das

1. *Schreiben (Kopie)*: E 7110(-) 1976/21 Bd. 103 (870). Verfasst von H. Zimmermann. Diese Kopie ging an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements. Weitere Kopie an die schweizerische Delegation in Berlin.

2. Vgl. das Schreiben von J. Egli an M. Corti vom 7. April 1965, Doss. wie Anm. 1.

3. Vgl. dazu Dok. 83, dodis.ch/31170.

4. *Zur Frage der Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik durch die Schweiz* vgl. DDS, Bd. 19, Dok. 96, dodis.ch/9041 und Dok. 102, dodis.ch/9043; DDS, Bd. 21, Dok. 38, dodis.ch/15230 und Dok. 57, dodis.ch/15291; das Schreiben von M. Corti an P. Micheli vom 28. Februar 1966, dodis.ch/31191 sowie den Bericht von B. von Tschärner vom 9. Juli 1964, dodis.ch/31189. Vgl. auch Dok. 43, dodis.ch/31039, bes. Anm. 11.

Ministerium für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel versucht dieses Ziel dadurch zu erreichen, dass es zunächst informelle Gespräche mit schweizerischen Stellen führt, denen dann später offizielle Kontakte folgen sollten. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die Vorsprachen des Herrn Längert zu beurteilen. Zur Illustration des geschilderten Vorgehens möchten wir darauf hinweisen, dass der Genannte sich nach dem Besuche der letztjährigen Mustermesse am 1. Mai 1964 in privater Eigenschaft an Ihre Zentrale in Lausanne wandte. Es sind ihm als Privatmann auch die gewünschten üblichen Auskünfte erteilt worden⁵. Nachdem einmal dieser erste Kontakt hergestellt war, ist bereits Mitte Mai 1964 versucht worden, weitere Besuche zu vereinbaren⁶. Für diese Korrespondenz wurde schon Papier mit dem Briefkopf «Regierung der DDR – Ministerium für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel» benützt⁷. Zweifellos wünschte Herr Längert in offizieller Eigenschaft in die Schweiz zu kommen, um hier gewisse Amtshandlungen vorzunehmen. Richtigerweise hat sich Ihr Sitz in Lausanne unter diesen Umständen vom Genannten distanziert und auf das Schreiben nicht reagiert⁸.

Nach unserem Dafürhalten sollte, sobald sich solche Personen auf eine amtliche Eigenschaft berufen, ein Gespräch unter ausdrücklichem Hinweis auf die fehlende Anerkennung der DDR abgelehnt werden⁹. Die Handelsabteilung ist mit uns der Auffassung, dass heute kein schweizerisches Interesse an einer offiziellen Kontaktnahme mit Herrn Längert oder andern Vertretern der DDR besteht¹⁰. Wir möchten deshalb auch Ihnen empfehlen, falls sich Vertreter der DDR bei Ihnen melden sollten, diese nicht oder allenfalls erst nach vorgängiger Fühlungnahme mit uns zu empfangen.

5. Vgl. das Schreiben von A. Masnata an E. Stopper vom 5. Mai 1964, Doss. wie Anm. 1.

6. Vgl. das Schreiben von A. Masnata an das Politische Departement vom 3. Juni 1964, Doss. wie Anm. 1.

7. Ibid. Vgl. ferner das Schreiben von M. Corti an P. Micheli vom 13. April 1965, dodis.ch/31185.

8. Vgl. Anm. 6.

9. Zur nochmaligen Kontaktnahme mit der Zentrale für Handelsförderung in Zürich vgl. das Schreiben von A. J. Staehelin an P. Micheli vom 9. Mai 1966, dodis.ch/31186.

10. Vgl. dazu das Schreiben von H. Marti an M. Corti vom 7. Oktober 1966, dodis.ch/31188.

dodis.ch/31170

*Notiz des Chefs der Sektion Ost des Politischen Departements, A. Janner*¹VERHAFTUNG DER SCHWEIZERSTUDENTEN ALEX BAUMGARTNER GEBOREN 1938
UND BERNHARD CLOETTA GEBOREN 1940²

[Bern,] 19. Mai 1965

[...]³*II. Die verschärfte Visapraxis*

Seit Mitte März hat die Eidgenössische Fremdenpolizei im Benehmen mit uns den grössten Teil der ostdeutschen Einreisegesuche abgewiesen mit der Begründung, die DDR-Behörden hielten Schweizerbürger zurück⁴. Die Restriktionen betreffen sowohl den wirtschaftlichen Sektor, wo die betroffenen Schweizerfirmen meistens Verständnis zeigten (Ausnahmen wurden gestattet z. B. für dringende Reparaturen an früher gelieferten Maschinen) als auch internationale Konferenzen und Veranstaltungen. In diesen Fällen zeigten die Organisatoren kein oder wenig Verständnis⁵. (Ausnahmen haben wir gemacht für die unter I erwähnte «ECE-Delegation»⁶ sowie für die ostdeutschen Teilnehmer⁷ an der «Goldenen Rose von Montreux»⁸. Hierbei waren wir der Meinung, dass die Drohung der kommunistischen Länder, das Festival zu sprengen, ernst zu nehmen sei und dadurch dem schweizerischen Fernsehen ein erheblicher Schaden zugefügt würde, der bedeutender sei als unser Interesse an den Häftlingen.) Bei der verschärften Visapraxis handelt es sich um eine Art escalation, die entsprechend durchgestanden werden muss, die aber nicht dazu führen darf, unadäquate Massnahmen zu treffen und andere legitime schwei-

1. *Notiz*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 406 (B.51.33.21.11).

2. *A. Baumgartner und B. Cloetta wurde Passfälschung als Vorbereitung zur Beihilfe zur Republikflucht vorgeworfen. Zu früheren Fällen, in denen Schweizerinnen und Schweizer Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik Fluchthilfe leisteten*, vgl. z. B. die *Notiz* von B. Dumont vom 23. August 1962, dodis.ch/30500.

3. *Chronologie der Ereignisse. Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/31170.

4. *Vgl. dazu die Notiz* von A. Janner vom 20. April 1964, dodis.ch/31175. *Vgl. ferner das Schreiben* von A. Janner an M. Corti vom 25. August 1965 mit beigelegtem Merkblatt betreffend «Fluchthilfe», dodis.ch/31177.

5. *Vgl. Doss.* E 2001(E) 1978/84 Bd. 400 (B.44.32).

6. *Vgl. die Notiz* von A. Janner vom 15. Juni 1965, dodis.ch/31173. *Die inoffizielle ECE-Delegation bestand aus J. Zenker, W. Spröte und O. Kasper. Zur Zulassungspraxis für DDR-Beobachter und -Delegierte zu internationalen Konferenzen in Genf vgl. die Notiz* von H. Zimmermann vom 25. Oktober 1965, dodis.ch/31696 *und die Notiz* von P. R. Jolles vom 12. August 1966, dodis.ch/31698.

7. S. Silbermann, K. Ellrodt, G. Flaschka-Leopold, P. Schön und K. Stern.

8. *Dies geschah auch im Vorjahr im Zusammenhang mit der Inhaftierung von R. Sonderegger, R. Bachmann, I. Schmidt und S. Rochat. Vgl. die Notiz* von A. Janner vom 20. April 1964, dodis.ch/31175 *und Doss.* E 2001(E) 1978/84 Bd. 406 (B.51.33.20), E 2001(E) 1978/84 Bd. 406 (B.51.33.21.11) *und E 2001(E) 1978/84 Bd. 407 (B.51.33.21.11).*

zerische Interessen zu schädigen. Wir glauben sagen zu dürfen, dass wir im Interesse von B[aumgartner] + C[loetta] eher zu viel als zu wenig unternommen haben, auch wenn die Eltern⁹ (begrifflicherweise) und einige Parlamentarier¹⁰ und Presseleute¹¹ (erstaunlicherweise) anderer Meinung sind.
[...]¹²

9. E. und A. Baumgartner; J. und H. Cloetta.

10. Vgl. das Schreiben von P. Eisenring an F. T. Wahlen vom 4. Mai 1965, Doss. wie Anm. 5 und die Beantwortung der Kleinen Anfrage von J. Binder, BR-Prot. Nr. 1531 vom 10. September 1965, dodis.ch/31174.

11. Für die Presseberichte vgl. Doss. wie Anm. 1.

12. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31170. Vgl. auch die Notiz von A. Janner vom 11. August 1965, dodis.ch/31176. A. Baumgartner und B. Cloetta wurden am 2. August 1965 freigelassen. Vgl. das BR-Prot. Nr. 1531 vom 10. September 1965, dodis.ch/31174.

84

dodis.ch/31040

Notiz des Stellvertreters des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, R. Probst¹

BÜHRLE – SÜDAFRIKA

Bern, 21. Mai 1965

Der südafrikanische Botschafter Woodward ruft mich am 19. Mai an. Der «civil head of the defense Department»² gedenke, sich demnächst einen Tag lang in Oerlikon aufzuhalten, um «in connection with manufacture of gunnery equipment» mit Bührle Besprechungen zu führen. Ob wir etwas dagegen hätten?

Ich antworte, dass es der Firma Bührle als einer Privatfirma freistehe, zu reden mit wem sie wolle, und dass wir uns deshalb zum hier vorgesehenen Kontakt nicht zu äussern hätten. Dagegen wisse der Botschafter, dass durch Beschluss des Bundesrates von Ende 1963³ gegenüber Südafrika ein Verbot des Exportes von Kriegsmaterial⁴ bestehe, an dessen Aufhebung bis auf weiteres nicht zu denken sei⁵. Sollten aus den Besprechungen Kriegsmaterialbestellungen hervorgehen, so könnte deren Export dementsprechend von den Bundesbehörden nicht bewilligt werden.

1. Notiz: E 2001(E) 1978/84 Bd. 357 (B.51.14.21.2).

2. J. P. de Villiers.

3. Vgl. Dok. 7, dodis.ch/31045, Anm. 8.

4. Für eine Übersicht über die Problematik des Kriegsmaterialexports vgl. Dok. 176, dodis.ch/31195.

5. Vgl. dazu das Schreiben von R. Probst und C. Jagmetti an R. Bühler vom 27. Juli 1964, dodis.ch/31388 sowie das Protokoll von P. Stauffer vom 18. September 1964, dodis.ch/31050.

Herr Woodward ist sich dessen bewusst und nimmt meine Erklärung zur Kenntnis. Er habe selber keine näheren Präzisionen, was in Oerlikon besprochen werden soll.

Hiezu noch folgende interne Bemerkung, die ich dem Botschafter gegenüber nicht äusserte. Wir wissen, dass *seit einiger Zeit Kontakte zwischen der südafrikanischen Regierung und Bührle im Gange sind, um gewisse Bührle-Produkte in Lizenz⁶ in Südafrika herzustellen*. Politisch kommen uns solche Bemühungen natürlich nicht sehr gelegen, da sie praktisch einer Umgehung des Kriegsmaterialembargos gleichkommen. *Doch haben wir keine gesetzliche Handhabe, um dagegen etwas zu unternehmen.*

Herr Generalsekretär Micheli, den ich über das Gespräch orientierte, teilt meine Auffassung.

6. Zur Problematik der Lizenzvergabe und zur Diskussion um die Ausweitung des Kriegsmaterialbegriffes im Allgemeinen vgl. die persönliche Initiative W. Schmid vom 14. Dezember 1964, in der er anregte, Artikel 41 der Bundesverfassung so zu ergänzen, dass der Kriegsmaterialbegriff auf Leistungen jeder Art zum Aufbau kriegsindustrieller Anlagen ausgeweitet würde. Vgl. dazu die Notiz von R. Probst an W. Spühler vom 21. April 1966, dodis.ch/31395 sowie das BR-Verhandlungsprot. der 25. Sitzung vom 19. April 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 2. Der Nationalrat lehnte dies jedoch 1967 mit 99 zu 25 Stimmen ab, vgl. Sten. Bull. NR, 1967, S. 166–178. Zu dieser Thematik vgl. auch die Affäre Kamil, Dok. 28, dodis.ch/31386, Anm. 19 und 20.

85

dodis.ch/31819

*L'Ambassadeur de Suisse à Paris, A. Soldati,
au Chef du Département politique, F. T. Wahlen¹*

VISITE DU PRINCE DE LIECHTENSTEIN²

Confidentielle

Paris, 26 mai 1965

Comme je le disais dans ma lettre du 20 mai 1965³, adressée à la Division des Affaires politiques, le Prince de Liechtenstein ayant fait exprimer au mois de mars dernier par des voies privées⁴ à l'Elysée son désir, à l'occasion d'un passage à Paris, de faire au Président de la République une visite de courtoisie, le Général de Gaulle, par notre entremise, a fait répondre qu'il aurait été heureux de recevoir le Prince et la Princesse⁵ dans le cadre de la visite non officielle qu'ils avaient projetée. Par la suite, l'Elysée a fixé le déjeuner du 26 mai.

1. Rapport: E 2001(E) 1978/36 vol. 4 (B.24). Rédigé et signé par A. Soldati, visé par F. T. Wahlen et P. Micheli.

2. Franz Josef II.

3. Lettre de A. Soldati à P. Micheli du 20 mai 1965, cf. doss. comme note 1.

4. Le souhait du Prince a été communiqué à l'Elysée par George Révay, ressortissant hongrois, qui a épousé une demoiselle Givaudan de Genève. Cf. note 3.

5. G. von Liechtenstein.

Arrivés à Paris le 22 mai, descendus à l'Hôtel Meurice, le Prince et la Princesse ont dîné à l'Ambassade [*de Suisse*] le 25 mai. Ils y ont rencontré le Ministre de l'Information, M. Alain Peyrefitte, le Président du Conseil Constitutionnel, M. Palewski, les Ambassadeurs d'Autriche⁶ et des Pays-Bas⁷ et quelques personnalités du monde des arts, en raison de l'intérêt que le Prince porta à sa collection de peinture ancienne.

Très soucieux de l'étiquette, le Prince avait estimé devoir faire une visite de courtoisie au Général, qu'il ne connaissait pas, avant de se rendre au déjeuner. Le Général a accédé à cette demande et a reçu le Prince en audience personnelle vingt minutes avant de déjeuner.

M. Hilbe, Conseiller de la Légation de Liechtenstein à Berne, a donc accompagné le Prince à l'Élysée, où, d'après les formes les plus strictes du protocole, il a pénétré par la «grille du coq» (côté Champs-Élysées) qui s'ouvre seulement sur les Chefs d'Etat.

Vingt minutes plus tard, ma femme⁸, Mme Hilbe et moi-même⁹ avons accompagné la Princesse au déjeuner. Assistaient au déjeuner, à part le Président de la République et Mme de Gaulle, le Ministre des Affaires étrangères¹⁰ et Mme Couve de Murville, le Secrétaire général de l'Élysée et Ambassadeur Burin des Rozières et son épouse¹¹, M. Palewski, le Conservateur en chef des Monuments de France et Mme Jacques Dupont, l'Ambassadeur de France au Japon¹² et Mme Missoffe, le Directeur d'Europe au Quai d'Orsay¹³ et Mme Puaux.

L'accueil du Général était à la fois grandiose et débonnaire, Mme de Gaulle était comme toujours d'une touchante simplicité.

Au cours du déjeuner, l'Ambassadeur de France au Japon a dit à ma femme qu'elle lui rendrait service si elle demandait au Général, comme si la question venait d'elle, s'il ne se rendrait pas une fois en visite officielle au Japon. M. Missoffe tenait à connaître l'opinion du Général sur ce point. Ma femme posa la question en passant. Le Président répondit, avec sa manière à mi-chemin entre les vérités frappantes et la boutade: «oh mais non, ils sont trop américanisés! C'est d'ailleurs le conseil que me donne mon Ambassadeur.»

A la fin du repas, le Président, avec une de ses improvisations apparentes, qu'il a en vérité mûrement réfléchi d'avance par un texte qu'il apprend par cœur, a souhaité la bienvenue avec infiniment de bienveillance au Prince et à la Princesse, avec des éloges très poussés sur la famille Liechtenstein, le sage petit pays heureux et son sage Gouvernement. Il dit, en passant, qu'au bonheur de ce pays contribuèrent ses arrangements avec la Suisse qui, a-t-il dit, «est votre bonne voisine et aussi la nôtre».

Le Prince a prononcé alors la petite allocution ci-jointe en annexe¹⁴.

6. *M. Fuchs.*

7. *Le baron A. Bentink van Schoonheten.*

8. *M. Soldati.*

9. *A. Soldati.*

10. *M. Couve de Murville.*

11. *J. Burin des Rozières.*

12. *F. Missoffe.*

13. *F. Puaux.*

14. *Discours de Franz Josef II du 26 mai 1965, cf. Doss. comme note 1.*

A l'heure du café, un petit cercle s'est formé. Comme d'habitude, les hauts dignitaires français présents ne prononçaient pas un mot et se bornaient à écouter respectueusement, en silence. La conversation s'est ainsi limitée aux étrangers et elle a porté sur l'Allemagne. Le Président, toujours sur un ton très courtois, engageant, mais avec un humour caché, a parlé sans enthousiasme du Chancelier Adenauer, qui avait essayé de faire oublier l'Allemagne de l'Est à ses compatriotes en les intéressant à l'Europe des Six. Il s'était toujours bien gardé de mentionner la réunification. Ses successeurs ont préféré mettre en avant le problème de la réunification. Le Prince a demandé alors au Président s'il pensait que la réunification pourrait donner lieu à une guerre. Avec un sourire sardonique, le Président a ajouté: «Certainement à au moins une guerre et au moins une avec la Russie!»

«A la longue la République fédérale et sa capitale actuelle semblent ne pas suffire et ne pas donner satisfaction aux Allemands. Le monde est rempli des tâches importantes à accomplir. Mais c'est justement quand il y a un grand nombre de tâches urgentes à mener à bien que tout paraît paralysé.»

Il s'est alors adressé vers moi et a dit avec bonhomie: «Quand on lit la presse suisse, on a l'impression que le monde est plein de menaces et de dangers imminents et qu'il y a mille motifs d'inquiétudes. En réalité, il n'y a pas autant de dangers de menaces et d'instabilité que ne le dit la presse suisse. Cela tient au caractère bourgeois du peuple suisse.» J'ai répondu que le peuple suisse a un penchant pour la stabilité. Il a repris et a dit «non non, il est bourgeois.» Cela était dit comme une constatation sociologique, d'un ton amical.

«Beaucoup de difficultés en Europe sont venues du fait que le peuple allemand n'a jamais trouvé un cadre étatique définitif, de manière à s'attacher à une patrie permanente. Ni le Saint-Empire, ni la Prusse, ni le Reich bismarckien, ni la République de Weimar n'ont su durer.»

Il a posé ensuite des questions sur les motifs qui ont pu amener Hitler à ne pas envahir la Suisse pendant la guerre. Il a écouté l'explication qu'a donné là-dessus le Prince de Liechtenstein et, après, votre serviteur.

Au cours de la courte conversation que j'ai eue avec le Ministre des Affaires étrangères en marge du déjeuner, celui-ci a dit qu'il serait heureux de faire, à l'occasion d'un passage en Suisse, une visite non officielle à Berne. Il n'avait pas l'air pressé et a ajouté: «Nous aurons le temps d'en reparler».

M. Couve de Murville m'a dit spontanément ensuite: «Je vais être obligé de remplacer M. de Charbonnière¹⁵. Il a eu un infarctus il y a trois ans et sa santé ne semble pas être bonne. Il est vrai qu'il avait beaucoup tenu après le poste d'Athènes à obtenir, je ne sais pas pourquoi, le poste de Madrid, alors que le poste de Berne présente tellement d'avantages pour un Ambassadeur de France, étant donné les excellents rapports que nous entretenons avec votre pays. A l'heure actuelle, il est désespéré à la perspective de devoir quitter Berne. Je suis très gêné et ne sait encore absolument pas qui je pourrais nommer à ce poste.»

15. G. de Girard de Charbonnière, Ambassadeur de France à Berne, du 9 mars 1964 au 16 septembre 1965.

J'ai demandé ensuite au Ministre s'il ne lui paraissait pas que la Suisse avait adopté à la Conférence des Sept, à Vienne, une position très réfléchie, très réaliste, face à la proposition britannique¹⁶. Il a répondu à ça: «Mais vous êtes, vous Suisses, des gens de bon sens. D'ailleurs les Anglais n'étaient mus que par des considérations de politique intérieure.»

J'ajoute que le Président, qui rentrait de son voyage de trois jours dans trois départements de l'ouest, et qui avait présidé le même matin le Conseil des Ministres, paraissait dans une excellente forme physique. Il paraissait dominer souverainement les problèmes, la conversation et l'accueil de ses invités. Il ne donnait pas la moindre impression de fatigue ou de lassitude.

16. *Sur la réunion ministérielle du Conseil de l'AELE à Vienne les 24 et 25 mai 1965, cf. le PVCF N° 876 du 18 mai 1965, dodis.ch/31627 et la circulaire de la Division du commerce du Département de l'Economie publique à toutes les missions diplomatiques suisses du 10 juin 1965, dodis.ch/31936. On peut notamment y lire: Touchant l'intégration européenne, les déclarations faites par les représentants des sept gouvernements ont reflété deux tendances principales: pour des raisons qui sont en grande partie de politique interne, le Premier Ministre du Royaume-Uni [H. Wilson], suivi par ses collègues scandinaves, estimait nécessaire de prendre une initiative pour tenter un rapprochement entre l'AELE et la CEE. La Suisse en revanche – tout en marquant son accord sur la nécessité d'un tel rapprochement – s'est opposée à une initiative précipitée; se rappelant l'échec des négociations de 1958 et le veto du Général de Gaulle de 1963, consciente – sur la base d'une analyse réaliste de la situation actuelle – que les conditions générales pour un arrangement avec la CEE ne sont pas réunies, elle a mis en garde ses partenaires contre une démarche insuffisamment préparée, en faisant notamment valoir qu'un nouvel échec ne ferait que reculer les possibilités d'apporter une solution d'ensemble au problème de l'intégration européenne.*

86

dodis.ch/31041

Interne Notiz des Politischen Departements¹

DOPPELBESTEUERUNGSABKOMMEN MIT SPANIEN

[Bern,] 28. Mai 1965

Mit Notiz vom 18. Mai 1965² unterbreiteten Sie uns den Wunsch der spanischen Delegation, im Rahmen der Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Spanien einen Notenwechsel vorzunehmen, wonach für die Besteuerung der spanischen Arbeitskräfte in der Schweiz materiell eine gleiche Regelung vereinbart werden sollte, wie sie in den «Gemeinsamen Erklärungen» (Ziff. IV) zum schweizerisch-italienischen Einwanderungs-

1. Notiz: E 2001(E) 1978/84 Bd. 676 (B.34.12). Verfasst von C. Jagmetti und R. Probst, unterzeichnet von R. Probst und gerichtet an den Rechtsdienst.

2. Notiz Doppelbesteuerungsabkommen mit Spanien von E. Diez vom 18. Mai 1965, Doss. wie Anm. 1.

abkommen vom 10. August 1964³ getroffen wurde. Wir möchten dazu wie folgt Stellung nehmen:

1. Der Vorstoss der spanischen Delegation gehört zweifelsohne in den Rahmen einer breiteren Offensive für die spanischen Arbeitskräfte in der Schweiz, um auf allen Gebieten eine Regelung zu erwirken, wie sie im Emigrationsabkommen mit Italien den italienischen Arbeitern eingeräumt worden ist⁴. Sie erhalten zur näheren Orientierung hierüber eine Notiz unseres Generalsekretärs an die Bundesräte Wahlen, von Moos und Schaffner betreffend eine Vorsprache des spanischen Botschafters⁵ vom 13. Mai⁶ sowie ein Schreiben von Dir. Holzer an Botschafter Micheli vom 30. April⁷ samt dazugehöriger Notiz. In die gleiche Richtung deutet auch der uns von Ihnen vorgelegte Brief der Eidgenössischen Steuerverwaltung vom 13. Mai an die Direktoren Holzer und Mäder⁸, worin ebenfalls erwähnt wird, dass Minister de Santa Cruz im Bestehen eines besonderen schweizerisch-italienischen Einwanderungsabkommens eine Diskriminierung⁹ der spanischen Arbeiter erblickt, die beseitigt werden muss, wobei wenigstens die ungleiche Behandlung hinsichtlich der Steuern aus der Welt zu schaffen sei.

2. Mit der Stellungnahme der Steuerverwaltung gehen auch wir einig. Beruhigend ist vor allem deren Feststellung gegenüber den spanischen Gesprächspartnern, dass auch ohne eine besondere Regelung die spanischen Arbeiter in der Schweiz nicht anders besteuert würden als andere ausländische Arbeiter, und dass sie automatisch auch in den Genuss der Erleichterungen gelangen würden, die den italienischen Arbeitern zugestanden werden.

3. Wenn sich die Steuerverwaltung – obgleich mit einigem Widerstreben – bereit erklärt hat, den spanischen Vorschlag für den erwähnten Briefwechsel im Anhang zum Entwurf eines Doppelbesteuerungsabkommens dennoch aufzunehmen, so ist dies also offenbar vor allem aus psychologischen Erwägungen, zur Beruhigung ihrer spanischen Partner, geschehen. Wir begrünnen diese Geste von uns aus gesehen sehr. Zur Zeit befinden sich bekanntlich ca. 65'000 spanische Arbeitnehmer in unserem Lande¹⁰. Das spanische Begehren nach allgemeiner Gleichstellung mit den Italienern ist also an sich durchaus verständlich. Da wir ihm aber formell aus naheliegenden innenpolitischen Gründen heute keine Rechnung tragen können, hat es doch einen gewissen Wert und wird, so hoffen wir, auf die spanischen Behörden beruhigend wirken, wenn ihnen unser guter Wille zumindest im Steuersektor bekundet werden kann. Wenn dies im Rahmen eines Doppelbesteuerungsabkommens möglich ist, statt in einem zur Zeit unerwünschten besonderen Abkommen über spa-

3. Vgl. *Dok. 37*, dodis.ch/30798, *Anm. 2*.

4. Vgl. *dazu Dok. 48*, dodis.ch/30799; *Dok. 53*, dodis.ch/30796 und *Dok. 54*, dodis.ch/30797.

5. *J. P. Lojendio Irupe*.

6. Vgl. *die Notiz von P. Micheli an F. T. Wahlen, L. von Moos und H. Schaffner vom 13. Mai 1965*, dodis.ch/31087.

7. *Doss. wie Anm. 1*.

8. *Doss. wie Anm. 1*.

9. Vgl. *dazu die Notiz von M. Holzer an H. Schaffner vom 30. April 1965*, dodis.ch/31074 und *das Schreiben von E. Mäder an L. von Moos vom 17. Mai 1965*, dodis.ch/31075.

10. Vgl. *dazu den Bericht von G. Pedotti vom 3. Februar 1964*, dodis.ch/31065.

nische Arbeiter eingeschlossen zu werden, so ist dies vom taktischen Standpunkt aus – auch wenn wir die technischen Bedenken der Steuerverwaltung verstehen – unter den heutigen Voraussetzungen ein Vorteil. Der Umstand, dass wohl ohnehin in nächster Zeit¹¹ nicht mit dem Abschluss des Doppelbesteuerungsabkommens zu rechnen ist, sollte uns die Geste des guten Willens, die auf dem Steuersektor vorgesehen wurde, erleichtern.

11. Das Doppelbesteuerungsabkommen mit Spanien wurde im April 1966 unterzeichnet. Vgl. das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Spanien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 26. April 1966, *BBl*, 1966, I, S. 815–832. Vgl. ferner *Dok. 177*, dodis.ch/31445; das *BR-Prot. Nr. 1634* vom 24. September 1965, dodis.ch/31042 sowie das *BR-Prot. Nr. 254* vom 4. Februar 1966, dodis.ch/31043.

87

dodis.ch/31434

*Der Delegierte für Handelsverträge, A. Weitnauer,
an den schweizerischen Botschafter in London, B. von Fischer¹*

HEILMITTELKONTROLLE

[Bern,] 4. Juni 1965

Die Firma CIBA AG in Basel sucht eine britische Import-Lizenz für ihr Heilmittel Viomycin zu erhalten². Nach dem Therapeutic Substances Act von 1956 und den dazu gehörenden Ausführungsbestimmungen, namentlich Regulation Nr. 1450 von 1963, wird die Import-Lizenz u. a. unter der Bedingung erteilt, dass der Hersteller sich bereit erklärt, seine Fabrikationsstätte durch britische Beamte inspizieren zu lassen. Die entsprechende Formel lautet:

“(The manufacturer) shall allow an inspector authorized by the licensing authorities in that behalf to enter, with or without prior notice, any premises where the manufacture is carried on and to inspect the premises and plan the process of manufacture and the means employed for standardising and testing the substance and to take samples thereof.”

(Section 11, lit. b in Verbindung mit Section 4 lit. e)

Eine Inspektion in der Schweiz gelegener Betriebsstätten stellt indessen einen Akt einer fremden Regierung auf schweizerischem Territorium und damit eine Verletzung der schweizerischen Gebietshoheit dar³. Aus Gründen der Souveränität und Unabhängigkeit unseres Staates ist die strikte Wahrung

1. Schreiben (Kopie): E 2001(E) 1978/84 Bd. 727 (B.11.42). Diese Kopie ging an E. Diez. Weitere Kopien an H. Bühler und Th. Brändle.

2. Vgl. das Schreiben von der CIBA an A. Weitnauer vom 6. Juli 1965, E 7110(-) 1976/21 Bd. 11 (255.4).

3. Vgl. dazu auch *Dok. 68*, dodis.ch/30944 und *Dok. 113*, dodis.ch/31433.

der Gebietshoheit notwendig. Die Durchsetzung dieser Politik, welche auf allgemein anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen beruht, ermöglicht uns Art. 271 des schweizerischen Strafgesetzbuchs, welcher denjenigen mit Strafe bedroht, der «auf schweizerischem Gebiet ohne Bewilligung für einen fremden Staat Handlungen vornimmt, die einer Behörde oder einem Beamten zukommen» (Ziff. 1 Abs. 1) oder «wer solchen Handlungen Vorschub leistet» (Ziff. 1 Abs. 3).

Zwar spricht Art. 271 StGB⁴ von der Möglichkeit, Bewilligungen zu solchen Handlungen zu erteilen. Die Zuständigkeit für die Erteilung der Bewilligungen liegt zweifellos bei den Bundesbehörden, da der Bundesrat für die Wahrung der Interessen der Beziehungen des Landes nach aussen verantwortlich ist. In der Tat sind – allerdings auf anderen Gebieten – auch schon Bewilligungen gegeben worden. Dies geschah indessen in sehr eng umschriebenen Sonderfällen und allein auf dem Wege zwischenstaatlicher Vereinbarungen. Die Gewährung einzelner Bewilligungen für Fabrikinspektionen durch ausländische Beamte kommt hingegen einerseits aus den oben dargelegten Gründen, andererseits auch deshalb nicht in Frage, weil wir damit Präzedenzfälle schaffen würden, welche mehr oder weniger häufig von jedem beliebigen Staat angerufen werden könnten. Wir sind uns indessen bewusst, dass wir den weitgehenden Warenaustauschbedürfnissen zwischen der Schweiz und andern Staaten – und erst recht den EFTA-Staaten⁵ – Rechnung zu tragen haben. Es soll vermieden werden, dass Gesetzeskonflikte diesen Warenaustausch hindern, der im übrigen, namentlich was die Zölle betrifft, in ständiger Liberalisierung begriffen ist.

Aus diesem Grunde sind wir bereit, die von der britischen Administration gewünschten Inspektionen auf schweizerischem Territorium durch schweizerische Experten durchzuführen. Hiefür kämen in erster Linie Professoren und Kantonschemiker, in gewissen Fällen auch die Interkantonale Kontrollstelle für Heilmittel (IKS) oder Beamte des Eidg. Gesundheitsamtes (für Impfstoffe) in Betracht. Was bei diesen Inspektionen zu prüfen ist, könnten die britischen Behörden in jedem einzelnen Falle bestimmen. Es würde sich somit um eine Art Rechtshilfe für das Gebiet der Heilmittelkontrolle handeln.

Wir bitten Sie, den zuständigen britischen Behörden den schweizerischen Standpunkt wie auch unsere Bereitschaft zur Durchführung der Inspektionen mit schweizerischen Fachleuten vorzutragen. Sollten Sie wünschen, gleichzeitig ein Aide Mémoire⁶ zu überreichen, so haben wir Ihnen hiezu den beiliegenden Text⁷ entworfen.

Dabei wären zwei Ziele zu verfolgen. Einerseits geht es darum, im konkreten Fall, der sich die Firma CIBA im Zusammenhang mit dem Export von Viomycin nach Grossbritannien stellt, eine Lösung zu finden. Diese könnte

4. Zum Art. 271 StGB vgl. die Notiz von F. T. Wahlen an E. Diez vom 26. August 1966, E 2001(E) 1978/84 Bd. 80 (B.11.42).

5. Dänemark, Grossbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden.

6. Das Aide-Mémoire wurde vermutlich nicht überreicht, allerdings fand ein Gespräch mit dem britischen Gesundheitsministerium statt. Vgl. dazu das Schreiben von B. von Fischer an E. Stopper vom 22. Juni 1965, Doss. wie Anm. 1.

7. Doss. wie Anm. 1.

darin bestehen, dass der Erklärung, welche die CIBA wie eingangs erwähnt in ihrem Zulassungsgesuch abzugeben hat, im Einverständnis mit dem britischen Gesundheitsamt eine Klausel beigefügt wird, wonach Inspektionen auf schweizerischem Territorium durch schweizerische Experten durchgeführt würden.

Andererseits steht eine Revision des britischen Gesundheitsgesetzes bevor. Anlässlich dieser Revision soll eine Bestimmung eingeführt werden, nach welcher für alle importierten Arzneimittel Besichtigungen der Fabrikationsstätten verlangt sind (vgl. den in Photokopie beiliegenden Brief der Gesellschaft für chemische Industrie an den Unterzeichneten vom 25. Mai 1965⁸). Es ist uns deshalb daran gelegen, mit den britischen Behörden eine generelle Vereinbarung zu treffen, wonach Grossbritannien wie die Schweiz im Zusammenhang mit der Heilmittelkontrolle auf die Durchführung von Inspektionen durch eigene Beamte auf dem Hoheitsgebiet des Vertragspartners verzichten. Inspektionsbegehren würden auf diplomatischem Wege der Regierung des Vertragspartners zugeleitet, welche die Besichtigungen und Untersuchungen in der vom Partner gewünschten Weise durch eigene Experten durchführen lässt. Wir sind gerne bereit, die zuständigen britischen Beamten zu gegebener Zeit in Bern zu einem detaillierten Gespräch über die Möglichkeiten einer solchen Vereinbarung zu empfangen.

Eine derartige Vereinbarung wäre uns auch aus dem folgenden Grund willkommen. Seit zwei Jahren führt die amerikanische Verwaltung (Food and Drug Administration, FDA) auf Grund einer als Folge der Thalidomid-Fälle⁹ eingeführten Gesetzgebung Inspektionen der im In- und Ausland gelegenen Betriebe durch, welche die auf den amerikanischen Markt gelangenden Heilmittel herstellen. Wir haben den amerikanischen Behörden klar gemacht¹⁰, dass wir keine Inspektionen durch ihre Beamten in unserem Lande dulden. Wir suchten mit ihnen zu einer Vereinbarung zu gelangen, die derjenigen entspricht, die wir nunmehr der britischen Regierung vorschlagen möchten. Was wir dabei erreichten, war ein Gentlemen's agreement¹¹, wonach die FDA stillschweigend auf Inspektionen auf Schweizer Boden verzichtet. Zu einer vertraglichen Regelung kam es deshalb nicht, weil die Vereinigten Staaten keinen Präzedenzfall schaffen möchten, auf welchen sich Drittländer ihnen gegenüber berufen könnten, um für sich eine gleiche Regelung zu verlangen¹². Aus der angestrebten Vereinbarung mit Grossbritannien würde sich andererseits ein für uns günstiger Präzedenzfall ergeben, den wir wenn nötig Drittländern gegenüber geltend machen könnten. Gerade hieran sollte – so glauben wir – auch den britischen Behörden gelegen sein.

8. Schreiben der schweizerischen Gesellschaft für chemische Industrie an A. Weitnauer vom 25. Mai 1965, Doss. wie Anm. 1.

9. Vgl. dazu die Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 6. Mai 1963, E 2001(E) 1976/17 Bd. 298 (B.11.42.0).

10. Vgl. Anm. 13.

11. Vgl. dazu die Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 23. Oktober 1964, dodis.ch/32039.

12. Vgl. das Telegramm Nr. 184 der schweizerischen Botschaft in Washington an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 6. Mai 1964, E 2001(E) 1978/84 Bd. 425 (B.11.42).

Zu Ihrer Information legen wir ein Memorandum bei, das den schweizerischen Standpunkt enthält und am 27. November 1964¹³ dem amerikanischen Staatsdepartment übergeben worden ist.

Wir möchten nicht verfehlen, Ihnen bereits heute für alle Ihre Bemühungen unseren besten Dank auszusprechen. Dem Bericht über Ihre Kontakte mit Ihren britischen Gesprächspartnern sehen wir mit Interesse entgegen.

13. *Memorandum der schweizerischen Botschaft in Washington an das Department of State vom 27. November 1964*, dodis.ch/32038.

88

dodis.ch/31322

Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat¹

ENTSENDUNG EINER WISSENSCHAFTLICHEN DELEGATION NACH JAPAN ZUM STUDIUM VON FRAGEN DER ELEKTRONIK

Bern, 8. Juni 1965

1. Die neueste Entwicklung zeigt immer deutlicher, in welchem starkem Masse wir bei der Förderung von Wissenschaft und Forschung auf die Zusammenarbeit mit dem Ausland angewiesen sind. Einerseits versuchen wir, unsere wissenschaftliche Tätigkeit durch Beteiligung an internationalen Organisationen – wie zum Beispiel CERN² und ESRO³ – zu befruchten. Andererseits müssen wir, wo die multilaterale Chance nicht geboten wird, unser Wissen auf bilaterale Wege zu erweitern trachten. Hier steht uns in gewissem Rahmen der diplomatische Dienst zur Verfügung. Seine Möglichkeiten sind jedoch beschränkt, da unser reguläres Personal fachlich auf solche Spezialaufgaben nicht vorbereitet ist. Der Gedanke eines Ausbaus der «Wissenschaftsdiplomatie» hat indessen das Departement in den letzten Jahren vermehrt beschäftigt⁴.

Was zunächst die Beziehungen zu den Nachbarländern anbelangt, bestehen nebst der leicht zugänglichen Literatur zahllose direkte Kontakte zwischen

1. *Antrag*: E 1001(-) 1970/24 Bd. 13. *Verfasst von J. Burckhardt und R. Hartmann, unterzeichnet von F. T. Wahlen.*

2. *Vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 94*, dodis.ch/16053; *DDS, Bd. 22, Dok. 69*, dodis.ch/30410 *und die Notiz* La collaboration scientifique sur le plan intergouvernemental *von S. F. Campiche vom 31. März 1964*, dodis.ch/30236.

3. *Vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 151*, dodis.ch/30343; *Dok. 154*, dodis.ch/30423 *und die Rede* Raumforschungsfragen *von J. Burckhardt vom 4. September 1964*, dodis.ch/30821.

4. *Vgl. DDS, Bd. 20, Dok. 33*, dodis.ch/11215; *DDS, Bd. 21, Dok. 26*, dodis.ch/14482; *die Notiz* Statut des attachés ou conseillers scientifiques *von P. Frochoux vom 9. Januar 1964*, dodis.ch/30424 *und das Exposé* Die Behandlung wissenschaftlich-technischer Aufgaben auf Aussenposten *von R. O. Steiner vom 24. April 1964*, dodis.ch/30428.

Forschern. In USA wurde unserer Botschaft mit Rücksicht auf den Abschluss eines Abkommens über die friedliche Verwendung der Atomenergie⁵ und die Anwesenheit einer grossen Zahl von schweizerischen Forschern ein Wissenschaftsattaché⁶ zugeteilt. Seine Tätigkeit hat sich bis anhin als sehr nützlich erwiesen.

Unser wissenschaftspolitisches Interesse muss aber auch der UdSSR und Japan gelten, wo staatliche Impulse zu Spitzenleistungen geführt haben, wo aber die Literatur weniger zugänglich ist und die direkten Kontakte schwieriger herzustellen sind. Mit Zustimmung der Atom-Delegation des Bundesrates bereiste im Jahre 1959 eine offizielle Studiengruppe unter Führung von Professor Paul Scherrer, Eidgenössische Technische Hochschule, die UdSSR, um sich dort über die Hochenergie-Forschung zu orientieren⁷. Gemäss ihrem Bericht vom 22. Dezember 1959 war der Besuch «gelungen und fruchtbar»⁸.

In neuester Zeit wurde der Gedanke erwogen, auch unseren Botschaften in Moskau und Tokio Wissenschaftsattachés zuzuteilen⁹. Aufgrund der eingezogenen Erkundigungen und mit Rücksicht auf budgetäre Überlegungen sind wir jedoch zum Schluss gekommen, dass dies vorderhand nicht zweckmässig wäre. Es wäre überdies kaum möglich, den «Allround-Wissenschaftler» mit den unerlässlichen Sprachkenntnissen zu finden, der Gewähr böte, sich als Botschaftsbeamter Zugang zu den interessanten Informationen zu verschaffen. Wir sind deshalb zur Auffassung gelangt, dass das im Falle der Delegation Professor Scherrer gewählte Verfahren, d. h. die gelegentliche Entsendung von wissenschaftlichen Abordnungen zum Studium besonders ausgewählter Gebiete der Wissenschaft, vorzuziehen ist. Die Delegation solcher Experten ist auch deshalb sinnvoller, weil sie mit ihrem Spezialwissen eher einen Austausch herbeiführen können, also ein Geben und Nehmen möglich ist.

2. Zu den Spitzengebieten der Forschung, die auch für unser Land immer mehr an Bedeutung gewinnen, gehören vor allem die Hochenergieforschung, die Weltraumforschung, gewisse Zweige der Biologie und die Elektronik. Im Forschungsgebiet der Elektronik befindet sich die Schweiz in einem bedauerlichen Rückstand, obwohl es gerade hier gelten würde, die wissenschaftliche Basis für Entwicklungen zu finden, die auch unsere Industrie befruchten könnten.

5. Vgl. das Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf dem Gebiete der friedlichen Verwendung der Atomenergie vom 30. Dezember 1965, AS, 1966, S. 1267–1280. Vgl. dazu auch das BR-Prot. Nr. 1923 vom 5. November 1965, dodis.ch/31235. Zur Frage der Atomenergie im Allgemeinen vgl. Dok. 78, dodis.ch/31701.

6. Von 1958 bis 1961 war U. Hochstrasser Wissenschaftsattaché in Washington und von 1961 bis 1965 R. O. Steiner.

7. Vgl. das Schreiben von M. Petitpierre an Th. Holenstein vom 13. Januar 1959, dodis.ch/16055.

8. Vgl. den Bericht über die Studienreise der Professoren Scherrer (ETH), Rossel (Universität Neuchâtel) und Dr. Fritzsche (Reaktor AG, Würenlingen) nach Moskau und Leningrad (22. 9.–3. 10. 1959) von P. Scherrer vom 22. Dezember 1959, E 2003(A) 1978/29 Bd. 216 (o.301).

9. Für beide Fälle vgl. Doss. E 2004(B) 1978/136 Bd. 50 (a.211.15).

3. Aus dieser Erkenntnis heraus ist der Plan gereift, eine Forschergruppe mit dem Studium dieser Fragen in Japan zu beauftragen. Die auf dem Gebiet der Elektronik spezialisierten Professoren Baldinger (Universität Basel), Baumann (ETH), Dessoulavy (EPUL, Lausanne) und Epprecht (ETH) haben, im Bewusstsein der Bedeutung des Problems für unser Land, ihre Bereitschaft zur Durchführung einer solchen Mission bekundet¹⁰. In verschiedenen Besprechungen wurde unter der Leitung unseres Departements das Mandat der Delegation wie folgt entworfen:

- a) Anknüpfung und Ausbau wissenschaftlicher Kontakte auf dem Gebiet der Elektronik mit Universitäten und unabhängigen Forschungsstellen.
- b) Studium japanischer Forschungsrichtungen, -projekte und -methoden.
- c) Orientierung der interessierten schweizerischen Forschungsmilieus und Industriekreise.

Japan nimmt in der Elektronik anerkanntermassen nach den USA die zweite Stelle ein. Das Eigenartige an der japanischen Leistung liegt darin, dass das Land mit der ihm eigenen Erfassungsgabe die neuesten Erkenntnisse der USA rezipieren konnte, ohne die ganze Entwicklungsgeschichte in allen Phasen durchmachen zu müssen. Will die Schweiz das Versäumte nachholen, so muss sie ebenfalls den Sprung über die verschiedenen Forschungsetappen hinweg zu den neuesten Ergebnissen unternehmen. Aus diesem Grunde bietet Japan – wie die Experten betonen – für uns das geeignete Studienrevier.

4. Die Durchführung dieses Planes sollte nicht aufgeschoben werden. Das Tempo der Entwicklung in anderen Ländern, unser Rückstand, die für das Studium und die Realisierung der Studienergebnisse erforderliche Zeit lassen keinen Aufschub zu. Die vier Experten haben sich bereit erklärt, trotz starker Beanspruchung durch ihre Hochschulaufgaben schon im September/Oktober 1965 für fünf Wochen nach Japan zu reisen¹¹. Falls dieser Termin nicht eingehalten werden kann, käme voraussichtlich erst der Herbst 1966 wieder in Betracht.

Das sorgfältig auszuarbeitende Programm wird in der Hauptsache von den Experten selbst vorbereitet. Ein erster direkter Kontakt zwischen einigen der genannten schweizerischen Professoren und einem japanischen Wissenschaftler dieser Sparte hat anlässlich dessen Besuches in der Schweiz bereits stattgefunden. Das Politische Departement wird es seinerseits übernehmen, die weiteren erforderlichen Vorbereitungen durch unsere Botschaft in Japan zu treffen, sobald der Bundesrat über die Finanzierung entschieden haben wird.

5. Die provisorische Kostenberechnung ergibt bei Entschädigungsansätzen nach den Richtlinien des eidgenössischen Personalamtes einen Gesamtbetrag von ca. 48'000 Franken. Angesichts der auf dem Spiele stehenden Interessen kann jedoch das Vorhaben nicht ausschliesslich nach der Höhe der Ausgaben beurteilt werden. Vielmehr dürften folgende Überlegungen entscheidend ins Gewicht fallen:

10. Vgl. die Notiz Reise einer schweizerischen wissenschaftlichen Delegation nach Japan von G. Poretti vom 22. April 1965, E 2003(A) 1978/29 Bd. 216 (o.301).

11. Vgl. Doss. wie Anm. 9.

Wissenschaftspolitische Initiativen dieser Art in Beziehungen zu einem bestimmten Land gehören unseres Erachtens in die Kompetenz des Bundesrates. Sie fallen nicht in den Aufgabenbereich des Nationalfonds¹². Die Delegation wird dazu berufen sein, gewissermassen einen Wissenschaftsattaché zu ersetzen, d. h. Verwaltungsaufgaben zu erfüllen. Sie soll offiziell in Japan eingeführt werden. (Im übrigen würde uns die Einsetzung von weiteren Wissenschaftsattachés weit mehr kosten als die Entsendung gelegentlicher Delegationen. Ein Beamter in der entsprechenden Gehaltsklasse in Tokio kostet inklusive Versetzung pro Jahr über 100'000 Franken.) Bei diesem neuerlichen Entschluss kann es indessen nicht die Meinung haben, dass vom Bund nunmehr auf den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft und Technik, wo andere Staaten im Vorsprung sind, Delegationen zur Kontaktnahme mit ausländischen Institutionen zu bestellen seien. Hiezu wird nur hand zu bieten sein, wenn namhafte nationale Interessen dies gebieten. Die Delegation hat somit eine Aufgabe an Stelle eines permanenten Dienstes der Verwaltung zu erfüllen. [...] ¹³

12. Vgl. dazu das BR-Verhandlungsprot. der 48. Sitzung vom 26. Juni 1964, dodis.ch/31985.

13. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31322. Der Antrag wurde vom Bundesrat ohne Änderungen angenommen. Vgl. das BR-Prot. Nr. 1067 vom 18. Juni 1965, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 698.2.

89

dodis.ch/31353

*Der Delegierte für technische Zusammenarbeit, A. R. Lindt,
an den schweizerischen Berater des ruandischen Präsidenten, H. K. Frey¹*

[Bern,] 10. Juni 1965

Mein Lieber,

Vielen Dank für Deine Briefe. Ich freue mich sehr, dass der Präsident² sich so anerkennend über Deine Tätigkeit³ geäußert hat. Auch ist es ermutigend, dass die Zusammenarbeit mit ihm wieder enger geworden ist.

1. Deine Nachfolge: Gelzer ist noch nicht abkömmlich, da er während des Botschafterwechsels in Washington die Kontinuität zu wahren hat. Ich habe nun den Posten Grandjean angeboten, der sich indessen Bedenkzeit bis zum 19. Juni ausbedungen hat. Long wäre bereit, ihn ziehen zu lassen.

1. Schreiben (Kopie): E 2005(A) 1978/137 Bd. 298 (t.441.1).

2. G. Kayibanda.

3. Zur Frage der Doppelrolle von H. K. Frey, der schweizerische und ruandische Interessen gleichzeitig vertrat, vgl. die Notiz von R. Pestalozzi an die Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten vom 17. Juni 1966, dodis.ch/31349.

2. In Deinem Brief vom 5. Mai⁴ teilst Du mir mit, dass der Präsident gewisse Pläne betreffs des Ausbaus von TRAFIPRO⁵ geäußert hat. Er versprach Dir, diese Gedanken schriftlich zu präzisieren. Ich wäre dankbar, wenn diese Notiz bei uns anlässlich der Besprechung mit Rebord⁶ vorliegen könnte.

3. Ich hielte es doch besser, dem Präsidenten betreffs der Behandlung der Vorgänge vom Dezember 1962⁷ zu schreiben. Die Sache nur mündlich anlässlich meines bis jetzt noch nicht feststehenden Besuches⁸ aufzuwerfen, scheint mir ungenügend. Selbstverständlich wäre es am besten, wenn der Präsident mir mitteilen könnte, dass das Gerichtsverfahren gegen die Verantwortlichen nach den Wahlen beschlossen sei. Dies würde auch die Frage seines Besuches in der Schweiz lösen. Die Idee einer allgemeinen Amnestie ohne Gerichtsverhandlungen gegen die Verantwortlichen der Massaker scheint mir ungenügend. Auch rechtlich wäre dies schwer zu begründen, da die Massaker-Verantwortlichen ja noch gar nicht juristisch angeschuldigt sind. Immerhin bin ich mit Dir damit einverstanden, dass eine solche Amnestie besser wäre als nichts. Aber Du solltest trotzdem den Versuch unternehmen, auf die erste Lösung «Gerichtsverfahren und nachherige allgemeine Amnestie» nach Möglichkeit hinzuarbeiten.

4. Unter dem Vorbehalt, dass Du mir einschlägige Gegenargumente unterbreitest, halte ich dafür, dass Gawronskis⁹ Mission, nachdem dieser seine Studie über die Auswirkungen der Währungsreform in Burundi abgeschlossen hat, nicht verlängert werden sollte. Es ist mir immer etwas ungemütlich zu Mute, wenn Expertenmissionen nicht in einem direkten Zusammenhang mit einer konkreten Aktion stehen. Bis jetzt haben wir Gawronskis preisvergleichende Studien nicht erhalten. Sie waren zwar als Beilage vermerkt, befanden sich jedoch nicht im betreffenden Umschlag. Gewisse Ausführungen Gawronskis über die Währungsreform scheinen mir etwas gewagt. Den Erfolg der Währungsreform in Deutschland¹⁰ auf ein Entwicklungsland wie Rwanda anwenden zu wollen, ist doch wohl eher oberflächlich. Auch habe ich meine Zweifel, ob ein vollblütiger Liberalismus für ein Entwicklungsland wirklich anwendbar ist. Auf alle Fälle hat bis jetzt keiner der Staaten dieser Kategorie ein solches Abenteuer gewagt.

4. Nicht ermittelt.

5. Zum Genossenschaftsprojekt TRAFIPRO vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 153, dodis.ch/30258; das Protokoll von O. Hafner vom 10. Februar 1964, dodis.ch/31356; das BR.-Prot. Nr. 8 vom 4. Januar 1966, dodis.ch/31362; das BR.-Prot. Nr. 1322 vom 15. Juli 1966, dodis.ch/31363; die Notiz von R. Ulrich vom 19. Oktober 1966, dodis.ch/31365 sowie das BR.-Prot. Nr. 1835 vom 21. Oktober 1966; dodis.ch/31364.

6. Vgl. dazu die Notiz von O. Hafner vom 21. Juli 1965, E 2005(A) 1978/137 Bd. 144 (t.311).

7. Dabei geht es offensichtlich um die Vorgänge vom Dezember 1963 und Januar 1964. Vgl. dazu die Notiz für F. T. Wahlen von 1964, dodis.ch/31357 und den Bericht von H. K. Frey vom Juni 1964, dodis.ch/31361.

8. Zum Besuch von A. R. Lindt in Ruanda, bes. zum Treffen mit G. Kayibanda, vgl. Dok.162, dodis.ch/31360 sowie Doss. E 2005 (A) 1978/137 Bd. 149 (t.311.023).

9. Zur Expertentätigkeit von V. Gawronski im Dienste der ruandischen Regierung vgl. Doss. E 2005(A) 1978/137 Bd. 299 (t.441.1).

10. Zur Währungsreform in der Bundesrepublik Deutschland vgl. DDS, Bd. 17, Dok. 88; dodis.ch/4362.

5. Ich habe Dir heute telegraphieren lassen, dass ich Deine Anwesenheit anlässlich der Besprechungen mit Rebord nicht für notwendig halte. Bevor wichtige Entscheide gefällt werden, würde ich selbstverständlich Deine Ansicht einholen. Das wichtigste Problem Rwandas besteht wohl darin, das Land aus seiner Stagnation zu befreien. Das beste Mittel dazu scheint mir die Gründung einer Kleinindustrie durch TRAFIPRO¹¹. Bei seiner starken Bevölkerungszunahme und bei seiner schon heute bestehenden Überbevölkerung muss Rwanda möglichst rasch zur Industrialisierung schreiten. Das Deprimierende an der Situation ist bis jetzt, dass eigentlich überhaupt keine wesentlichen Fortschritte auf irgendeinem Gebiet gemacht worden sind. Die Stagnation bedeutet aber nicht ein Beharren auf dem gegenwärtigen tiefen Stand, sondern eine ständige langsame Verschlechterung der Lage. Ich frage mich hie und da, ob die Regierung dies einsieht. Ein gewisser Lichtblick liegt darin, dass Du nun, wenn auch inoffiziell, mit den Verhandlungen mit den Nachbarstaaten beauftragt worden bist. Sollten sich in der Durchführung dieser Missionen finanzielle Schwierigkeiten ergeben, können wir sie lösen.

11. Vgl. *Anm. 7*.

90

dodis.ch/31743

Notiz des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, P. R. Jolles¹

BESPRECHUNGEN² MIT HERRN WILSON, VIZEPRÄSIDENT DER WELTBANK,
UND HERRN MILLER, DIREKTOR DES EUROPÄISCHEN BUREAUS

[Bern,] 11. Juni 1965

Die Vertreter der Weltbank³ haben folgende Fragen aufgeworfen:

1. Zugang zum schweizerischen Kapitalmarkt

Die Weltbank⁴ ist verstimmt über die Schwierigkeiten, auf die sie bei den Schweizerbanken mit Bezug auf die Auflage eines neuen Anleihens gestossen ist. Die Verhandlungen hätten sich über 2½ Jahre hinausgezogen. Dies stehe

1. *Notiz*: E 7110(-) 1976/21 Bd. 40 (712). *Kopien an F. T. Wahlen, R. Bonvin, E. Stopper, P. Micheli, A. R. Lindt, H. Bühler, J.-D. Vermeil, H. Hofer, H.-U. Greiner sowie an die schweizerischen Botschaften in Washington und Buenos Aires.*

2. *Zur Vorbereitung der Besprechung vom 11. Juni 1965 vgl. das Schreiben von B. Müller an R. Bonvin vom 10. Juni 1965, E 6100(B)-02 1986/168 Bd. 167 (972.34).*

3. *Vgl. das Schreiben von E. Stopper an J. D. Miller vom 2. Juni 1964, Doss. wie Anm. 1: Generally we would like to discuss the relations of Switzerland with the Bank and I. D. A. That means, of course, chiefly our financial relations. Until 1962 the Bank was able to have regular issues on the Swiss market and then we had to wait three very frustrative years. I well understand the reason in terms of the market but we wonder whether it would not be possible for us to be taken out of the herd of "foreign borrowers" so that we do not have to take our place at the back of a long line of commercial borrowers each time.*

4. *Zu den Beziehungen der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank vgl. Dok. 58, dodis.ch/31749, Anm. 2.*

im Widerspruch zu den Erklärungen, die der Bundesrat in den verschiedenen Botschaften⁵ abgegeben habe, wonach die Schweiz ein Interesse besitze, die Anleihenstätigkeit der Weltbank als eine Form der Entwicklungshilfe aktiv zu unterstützen. Die Herren wollten daher wissen:

a) ob die schweizerische Regierung ihre Politik geändert habe;

b) wenn nicht, wie diese Politik zum Ausdruck gebracht werden könne, insbesondere ob es möglich sei, der Weltbank als allgemeine Regel jährlich die Aufnahme eines Anleihe auf dem schweizerischen Kapitalmarkt zuzusagen, dessen Höhe sich nach den jeweils bei uns herrschenden Verhältnissen richten würde, wobei im Falle besonderer Schwierigkeiten gelegentlich auch ein Jahr übersprungen werden könnte.

Die Herren Bundesrat Wahlen und Bundesrat Bonvin versicherten beide, dass in der schweizerischen Politik keine Änderung eingetreten sei, wohl aber in den Verhältnissen auf dem schweizerischen Kapitalmarkt. Unter Hinweis darauf, dass der Bund keine Möglichkeit besitzt, eine Prioritätsordnung für die Auslandsanleihen festzulegen, wurden die Vertreter der Weltbank angewiesen, sich mit Bezug auf ein neues Anleihen im Jahre 1966 vorerst wiederum an die Banken zu wenden. Wir liessen durchblicken, dass wir im Falle besonderer Schwierigkeiten bereit wären, den Banken gegenüber erneut auf die Wünschbarkeit der Berücksichtigung der Weltbank hinzuweisen. Die Schweiz als traditioneller internationaler Kapitalmarkt dürfe jedoch auch die übrigen Kunden nicht vernachlässigen. Herr Bundesrat Wahlen unterstrich in diesem Zusammenhang den Unterschied gegenüber Kanada, das einen höheren prozentualen Anteil der Auslandsanleihen der Weltbank zukommen lässt.

Die Herren der Weltbank schienen für diesen Aspekt wenig Verständnis aufzubringen. Sie betonten, dass die Weltbank auch als Kunde der schweizerischen Wirtschaft eine Vorzugsbehandlung verdiene, indem bereits 550 Millionen Franken für Bezüge schweizerischer Investitionsgüter und Dienstleistungen und 270 Millionen Franken für Zinsen ausgegeben worden seien.

In einem weiteren Gespräch mit Herrn Vizedirektor Müller und dem Unterzeichneten warf Herr Wilson erneut die Frage auf, ob die Ablehnung des früheren Gesuches⁶, Weltbankobligationen als gesetzliche Reserven für die Versicherungsgesellschaften zu anerkennen, in Wiedererwägung gezogen werden könnte. Herr Müller liess diesbezüglich wenig Hoffnung.

5. Vgl. die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Genehmigung des zwischen der Schweiz und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Förderung der Wirtschaft abgeschlossenen Abkommen über die Gewährung eines Darlehens vom 12. Oktober 1956, *BBl*, 1956, II, S. 446–459; den Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Verlängerung des von der Schweizerischen Eidgenossenschaft der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Förderung der Wirtschaft im Jahre 1956 gewährten Darlehens vom 8. Juni 1960, *BBl*, 1960, II, S. 270–281 sowie die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Gewährung eines Darlehens der Schweizerischen Eidgenossenschaft an die Internationale Bank für Wiederaufbau und Förderung der Wirtschaft vom 27. Juni 1961, *BBl*, 1961, II, S. 1–7.

6. Nicht identifiziert. Vgl. dazu aber Dossier E 6100(B)-02 1986/168 Bd. 167 (972.32).

2. Direkte Bundesdarlehen

Die Weltbank ist enttäuscht darüber, dass die beiden Bundesdarlehen nicht verlängert worden sind, sodass heute nur noch 133 Millionen Franken ausstehend sind gegenüber 233 Millionen Franken im Jahre 1962⁷. Die Schweiz möchte die Gewährung eines neuen Darlehens in Erwägung ziehen.

Herr Bundesrat Bonvin wies darauf hin, dass diese Darlehen zu einer Zeit hoher Budgetüberschüsse gewährt wurden, während sich in Zukunft bei der Staatsrechnung eher Defizite ergeben werden. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die für Hochschulen, Forschung, Gewässerschutz etc. erforderlichen neuen Aufwendungen.

Herr Bundesrat Wahlen bemerkte seinerseits, dass der Bund in letzter Zeit bedeutende zinsfreie Darlehen internationalen Organisationen für den Bau neuer Verwaltungsgebäude in Genf gewährt habe⁸, sodass das Parlament wenig geneigt wäre, zusätzliche Mittel für die Weltbank zur Verfügung zu stellen.

3. Schweizerische Beitragsleistung an die IDA

Die Vertreter der Weltbank haben diesen dritten Punkt mit schwächerer Insistenz als die beiden ersten vorgetragen, indem es sich hier nicht um die Weiterverfolgung einer bereits beschlossenen Politik, sondern um ein für die Schweiz neues Gebiet handle⁹. Der Zeitpunkt für einen schweizerischen Beitrag wäre jedoch jetzt besonders günstig, da in den nächsten Monaten ein neues Dreijahresbudget aufgestellt werden müsse. Die Varianten seien die gleichen, wie in den früheren Memoranden¹⁰ dargelegt, nämlich:

- a) Beitritt der Schweiz zur IDA;
- b) Beitrag in Form einer «supplementary contribution»;
- c) Bundesdarlehen zu identischen Bedingungen, wie sie von der IDA den Entwicklungsländern gewährt werden, d. h. Laufzeit von 50 Jahren mit 10 Jahren Karenz, Amortisation von 1% während 10 Jahren, Amortisation von 3% während 30 Jahren, zinsfrei mit maximal ¾% «handling charge».

Herr Wilson wies auf die zunehmenden Bedürfnisse der Entwicklungsländer hin, die sich aus der übermässigen kurz- und mittelfristigen Verschuldung ergeben. Diese sei in der 5-Jahresperiode 1959–1964 von 11 Milliarden auf 21 Milliarden Dollar und der Schuldendienst von 1,3 Milliarden auf 2,8 Milliarden angestiegen.

Ich antwortete wie folgt:

Wir sind im Begriffe, die schweizerische Konzeption der Entwicklungshilfe einer neuen Überprüfung zu unterziehen¹¹. Ein erster Anstoss dazu sind die

7. Vgl. dazu das Schreiben von J. Bourgknecht an E. Black vom 9. Februar 1962, dodis.ch/30180.

8. Zur Immobilienstiftung für internationale Organisationen in Genf vgl. Dok. 50, dodis.ch/31620.

9. Zur erstmaligen Unterstützung der International Development Association durch die Schweiz vgl. BR-Prot. Nr. 1357 vom 5. Juli 1966, dodis.ch/31754 und Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 207 (C.41.103).

10. Nicht ermittelt.

11. Für eine Übersicht über die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit vgl. Dok. 100, dodis.ch/31763.

zunehmenden Konsolidierungsbegehren¹². Neben diesen rasch ansteigenden bilateralen Leistungen werden wir jedoch auch multilaterale Formen der Finanzhilfe prüfen und neben der IDA auch die Frage einer allfälligen schweizerischen Beteiligung an den neuen von der UNCTAD vorgeschlagenen Fonds abklären müssen.

Herr Wilson erklärte dazu, dass das Bestreben der Weltbank dahingehe, die Einheit der Beitragsleistungen an die IDA zu wahren und diese neuen Fonds, falls sie beschlossen werden, aus den Mitteln der IDA zu finanzieren. Dies gelte insbesondere für den Ausgleichsfonds für Rohstoffpreise (englisch/schwedischer Vorschlag). Die Weltbank werde ihre Studie dieses Vorschlages in den nächsten Monaten abschliessen und ihre diesbezüglichen Empfehlungen publizieren. Die Frage von Herrn Bundesrat Wahlen, ob ein schweizerischer Beitrag an die IDA für ein bestimmtes Projekt ausgeschieden und identifiziert werden könnte, wurde kategorisch verneint.

Im übrigen erklärten sich die Herren von unseren allgemeinen Erklärungen befriedigt.

Abschliessend überreichte uns Herr Wilson das beiliegende Memorandum¹³ mit der Bitte, ihm allfällige Bemerkungen und eine über die mündliche Aussprache hinausgehende Stellungnahme zukommen zu lassen.

Herr Bundesrat Wahlen benützte die Gelegenheit, auf die Wünschbarkeit einer engen Zusammenarbeit mit der Weltbank im Falle Italo-Argentina¹⁴ hinzuweisen. Herr Wilson erklärte, dass Präsident Woods sowie die für Lateinamerika zuständigen Direktoren diesen Fall genau kennen. Er werde jedoch das schweizerische Interesse nochmals Washington melden. Die Angelegenheit soll von unserer Botschaft in Washington mit der Weltbank weiterverfolgt werden¹⁵.

12. Zur Frage von Konsolidierungsabkommen vgl. Dok. 62, dodis.ch/31530.

13. Nicht ermittelt.

14. Zum Fall der *Compañia Italo-Argentina de Electricidad* vgl. Dok. 114, dodis.ch/31450.

15. Zum weiteren Verlauf der Angelegenheit vgl. das Schreiben der schweizerischen Nationalbank an R. Bonvin vom 25. Oktober 1965, dodis.ch/31946; das Schreiben von G. Woods an F. T. Wahlen vom 12. November 1965 und das Antwortschreiben von F. T. Wahlen an G. Woods vom 13. Dezember 1965, Doss. E 2200.36(-) 1976/154 Bd. 122 (N.50.2.). Vgl. auch Dok. 150, dodis.ch/30945.

*Der schweizerische Botschafter in Havanna, E. Stadelhofer,
an den Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Politischen Departements, P. Micheli¹*

Vertraulich

Havanna, 14. Juni 1965²

Ich danke Ihnen bestens für die in Ihrem Schreiben vom 26. Mai³ enthaltenen Auskünfte.

Am 28. Mai konnte ich es nicht vermeiden, mich kurz mit dem nordkoreanischen Botschafter⁴ in seiner Eigenschaft als Dekan des hiesigen diplomatischen Korps zu unterhalten. Es war die Verabschiedung des israelischen Gesandten⁵ zu regeln, und ich bin gegenwärtig der dienstälteste Postenchef aller in Kuba vertretenen Länder (der ungarische Botschafter⁶ ist auf Heimaturlaub, und Albanien, dessen Postenchef⁷ am gleichen Tag wie der Unterzeichnete das Beglaubigungsschreiben überreichte, unterhält mit Israel keine Beziehungen). Trotz meiner Insistenz, dass ich von meinen vorgesetzten Behörden noch keinerlei Bescheid erhalten hätte⁸, beharrte Botschafter Chel darauf, mir noch folgende zusätzliche Auskünfte zu erteilen:

- Nordkorea unterhalte in Finnland, Österreich und Holland kleine ständige Handelsmissionen, die indes nicht amtlichen Charakter hätten, sondern als Vertreter der interessierten staatlichen Unternehmen zu betrachten seien. Es werde versucht, der Handelsmission in Finnland demnächst amtlichen Charakter zu verleihen.
- In Montevideo bestehe bereits eine Handelsmission mit amtlichem Charakter. Für Mexiko seien Unterhandlungen im Gange, eine Vertretung der interessierten Unternehmen zu etablieren.
- Es sei zu erwarten, dass demnächst eine private französische Handelsmission einen Gegenbesuch in Nordkorea ausführen werde.
- Sein Land Nordkorea⁹ würde gerne Vertreter der verstaatlichten Unternehmen für einen kurzen Besuch nach der Schweiz und Schweden entsenden, um mit den interessierten Handels- und Fabrikationsunternehmen dieser

1. *Schreiben*: E 2001(E) 1980/83 Bd. 400 (B.15.11.1). *Visiert von A. Janner und F. T. Wahlen.*

2. *Handschriftliche Marginalie von A. Glesti*: Fotokopie ging z. K. an Handelsabteilung EVD, 16. 7. 65.

3. *Schreiben von A. Janner an E. Stadelhofer vom 26. Mai 1965*, dodis.ch/31371.

4. *J. D. Chel.*

5. *H. Yaari.*

6. *J. Beck.*

7. *J. Pogaçe.*

8. *J. D. Chel hatte bereits anlässlich eines Empfangs am 8. Mai den Wunsch Nordkoreas nach kulturellen und Handelsbeziehungen mit der Schweiz geäußert. E. Stadelhofer forderte darauf hin Instruktionen aus Bern. Vgl. das Schreiben von E. Stadelhofer an P. Micheli und E. Stopper vom 12. Mai 1965*, dodis.ch/31370.

9. *Handschriftlich eingefügt.*

Länder die Möglichkeit des kommerziellen Güterausstauschs abzuklären. Es sei überdies bereit, mit allen Staaten, ausser den USA, amtliche und sogar diplomatische Beziehungen aufzunehmen, selbst wenn sie bereits solche zur südkoreanischen Regierung unterhalten würden¹⁰.

Die Erwähnung der USA durch meinen Gesprächspartner benützend, erwiderte ich, ob es nicht angezeigt wäre, diese Art von Anfragen in einer anderen Hauptstadt vorzunehmen, wo sich zugleich eine diplomatische Mission seines und meines Landes befinde. Es müsse ihm doch bewusst sein, dass die Schweiz in Kuba die USA vertrete, welches Mandat auch für mich ziemlich viel Arbeit mit sich bringe¹¹. Botschafter Chel entgegnete – was etwas erstaunlich ist –, dass von allen in Frage kommenden Hauptstädten Havanna wegen der von uns hier vertretenen fremden Interessen diejenige sei, in welcher die schweizerische Neutralität am stärksten hervortrete. Als er anschliessend erneut auf die schweizerische Mitgliedschaft in der Kommission zur Überwachung des Waffenstillstands¹² und die für die Mitarbeit neutraler Staaten in derselben sich ergebenden Verpflichtungen mit Bezug auf das Verhalten gegenüber beiden Hauptstädten des geteilten Koreas zu sprechen kommen wollte, brach ich, wie bereits das letzte Mal, ohne indes verletzend zu wirken, die weitere Unterhaltung ab.

Diese neuen Annäherungsbestrebungen und besonders die dafür wenigstens andeutungsweise gegebene Begründung legen die Frage nahe, ob es sich nicht um ein von Pyongyang wohlüberlegtes Vorgehen handelt. Der Hinweis, Havanna sei als der geeignetste Ort betrachtet worden, obschon er von der Schweiz aus gesehen alles andere als stichhaltig sein dürfte, entbehrt nicht eines gewissen Interesses. Für mich wäre es am angenehmsten, dem nordkoreanischen Botschafter mitteilen zu können, zweckmässigkeitshalber sollten die in Frage stehenden Erkundigungen über andere in Frage kommende schweizerische Botschaften, z. B. Moskau, Peking, Warschau oder Prag erfolgen, wo auch bessere Voraussetzungen für die Beurteilung des Osthandels beständen als in Havanna¹³.

10. *Handschriftliche Marginalie*: Weil dann Südkorea brechen würde.

11. *Zur amerikanischen Interessenvertretung in Kuba vgl. Dok. 101, dodis.ch/31456, Anm. 10.*

12. *Vgl. Dok. 135, dodis.ch/31366.*

13. *Handschriftliche Marginalie von A. Janner*: Wir wollen Sie auch anderswo nicht! *Zur Problematik der Anerkennung von geteilten Staaten vgl. Dok. 43, dodis.ch/31039.*

Bericht der Steuerverwaltung des Finanz- und Zolldepartements¹

STAND DER DOPPELBESTEUERUNGSVERHANDLUNGEN

Vertraulich

Bern, 21. Juni 1965

Vorbemerkungen

Von 1931 bis 1959 hat die Schweiz mit 12 Ländern² umfassende Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen. Seither sind weitere Verhandlungen geführt worden, über die die Eidg. Steuerverwaltung (EStV) jeweils berichtet hat, ohne dass es gelungen wäre, das Abkommensnetz zu erweitern (s. beiliegende Liste³). Die Arbeiten des Fiskalkomitees der OECD haben den Verhandlungen zwar neuen Auftrieb gegeben. Andererseits sind auch neue Probleme und Schwierigkeiten aufgetaucht, die im Verhältnis zu verschiedenen Ländern Revisionsverhandlungen nötig machten.

1. Deutschland

Die von deutscher Seite angebehrten Verhandlungen über die Revision des Abkommens vom 15. Juli 1931⁴/20. März 1959⁵ (vgl. Berichte der EStV vom 25. 11. 1963⁶ und 2. 7. 1964⁷) werden Ende Juni 1965 in Bern aufgenommen⁸. Die EStV wird hierüber einen besonderen Bericht⁹ erstatten.

2. Griechenland

Die technischen Vorbesprechungen vom Oktober 1963 über den Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens, über die die EStV am 4. November

1. *Bericht*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 732 (B.34.12). *Verfasst von der Abteilung für internationales Steuerrecht und Doppelbesteuerung*.

2. *Dänemark, Deutschland (Deutsches Reich und Bundesrepublik Deutschland), Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Schweden, Ungarn, Vereinigte Staaten von Amerika*.

3. *Notiz der Steuerverwaltung vom 15. Juni 1965*, E 2001(E) 1978/84 Bd. 124 (B.34.12).

4. *Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Deutschen Reich zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der direkten Steuern und der Erbschaftssteuern vom 15. Juli 1931, BS, 12, S. 601–628*.

5. *Zusatzprotokoll zum Abkommen vom 15. Juli 1931 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Deutschen Reiche zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern und der Erbschaftssteuern vom 20. März 1959, AS, 1959, S. 797 f.*

6. *Bericht über das deutsche Begehren um Revision des schweizerisch-deutschen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern und der Erbschaftssteuern der Steuerverwaltung vom 25. November 1963*, E 2001(E) 1976/17 Bd. 79 (B.34.12.0).

7. *Nicht ermittelt. Im Schweizerischen Bundesarchiv befinden sich zz. keine Akten in der Steuerverwaltung des Finanz- und Zolldepartements (E 6306)*.

8. *Vgl. dazu Dok. 177*, dodis.ch/31445.

9. *Vgl. Anm. 7*.

1963¹⁰ berichtet hat, sind noch nicht weitergeführt worden, weil schweizerischerseits vorerst das Ergebnis der Arbeiten über die Ersatzlösung für die Steueranrechnung abgewartet werden will (s. Ziff. 9 hienach).

3. Grossbritannien

Im April 1965 hat die neue britische Regierung dem Parlament tiefgreifende Änderungen des britischen Steuersystems beantragt. So sollen Gesellschaften nicht mehr der Einkommenssteuer (income tax), sondern einer besonderen Körperschaftssteuer (corporation tax) unterworfen werden. Gleichzeitig soll die Einkommenssteuer auf Dividenden zu einer Quellensteuer (zur «standard rate» von derzeit 41,25%) werden. Das schweizerisch-britische Einkommenssteuerabkommen vom 30. September 1954¹¹ sieht keine Entlastung von einer britischen Quellensteuer von Dividenden vor. Hinzu kommt, dass verschiedene Vorschriften der Gesetzesvorlage die im Abkommen vorgesehenen Steuerbefreiungen gefährden müssten.

Die EStV hat bei den britischen Behörden den Wunsch auf Revision des Abkommens angemeldet und dabei besonders betont, dass die Schweiz im Jahre 1959 auf die Änderung des Artikels VI verzichtet hat, weshalb nun schweizerischerseits seit Jahren eine Entlastung gewährt wird, der seit der Änderung der profits tax keine britische Steuerentlastung mehr gegenüber steht (vgl. Bericht der EStV vom 25. 3. 1960¹²). Die britischen Behörden haben indessen erklärt, sie könnten die durch die Gesetzesänderung notwendig werdenden Revisionsverhandlungen¹³ erst aufnehmen, wenn die Vorlage endgültig verabschiedet worden ist.

Bei dieser Gelegenheit ist darauf hinzuweisen, dass das Einkommenssteuerabkommen vom 30. September 1954 durch Notenwechsel vom 30. Mai 1961¹⁴ und 20./26. August 1963¹⁵ auf mehrere Gebiete ausgedehnt worden ist (s. beiliegende Liste¹⁶).

10. Bericht über technische Vorbesprechungen zum Abschluss eines schweizerisch-griechischen Doppelbesteuerungsabkommens *der Steuerverwaltung vom 4. November 1963, Doss. wie Anm. 6.*

11. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen vom 30. September 1954, AS, 1955, S. 319–342.

12. Vgl. Anm. 7.

13. Zu den Verhandlungen mit Grossbritannien vgl. Doss. wie Anm. 1. Zur Unterzeichnung des neuen Abkommens vgl. das BR-Prot. 1102 vom 6. Juni 1966, dodis.ch/31444.

14. Notenwechsel zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland betreffend das Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen: Anwendung auf die Föderation von Rhodesien und Nyassaland vom 30. Mai 1961, AS, 1961, S. 1035–1038.

15. Notenwechsel betreffend die Ausdehnung auf überseeische britische Gebiete des schweizerisch-britischen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen: Ausdehnung des Doppelbesteuerungsabkommens auf überseeische britische Gebiete: Ausdehnung auf die Seychellen vom 26. August 1963, AS, 1964, S. 698 f.

16. Vgl. Anm. 3.

4. Irland¹⁷

Über die Ergebnisse der technischen Vorbesprechungen vom März 1965 orientiert der besondere Bericht der EStV¹⁸.

5. Italien¹⁹

Seit den ergebnislos verlaufenen Besprechungen vom Februar/März 1962²⁰ sind zwar verschiedene offizielle und private Vorstösse unternommen worden, die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Offensichtlich besteht jedoch auf Seiten der italienischen Regierung noch keine Bereitschaft zum Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens mit der Schweiz.

6. Japan

Seit den Verhandlungen vom Mai/Juni 1961 (vgl. Bericht der EStV vom 16. 10. 1961²¹) haben mehrmals Besprechungen mit Vertretern der japanischen Steuerbehörden über die Weiterführung der Verhandlungen stattgefunden. Die Schweiz hat jedoch bisher dem japanischen Vorschlag, für Lizenzgebühren eine Quellenbesteuerung von 10% vorzusehen, nicht zustimmen können. Neben den USA haben in letzter Zeit indessen mehrere europäische Staaten den japanischen Steueranspruch anerkannt. Eine Ausnahmeregelung für die Schweiz ist kaum mehr zu erwarten.

Es ist vorgesehen, die Versuche, zu einer Lösung zu kommen, im Jahre 1966 weiterzuführen.

7. Niederlande

Die im Oktober 1962 auf niederländisches Begehren aufgenommenen Verhandlungen²² über die Revision des Doppelbesteuerungsabkommens vom 12. November 1951²³, über die die EStV am 5. November 1962²⁴ berichtet hatte, hätten zunächst im Juli 1963, dann im April 1965²⁵ weitergeführt werden sollen. Beide Male mussten aber die Gespräche auf später verschoben werden. Da die ursprüngliche niederländische Gesetzesvorlage über die Einführung des

17. Vgl. dazu das Schreiben von J. Rossat an E. Diez vom 8. Oktober 1964, dodis.ch/31594; das BR-Prot. Nr. 1674 vom 1. Oktober 1965, dodis.ch/31597 und das BR-Prot. Nr. 812 vom 22. April 1966, dodis.ch/31600.

18. Bericht der Steuerverwaltung vom 21. Juni 1965, E 2001(E) 1978/84 Bd. 796 (B.31.12).

19. Vgl. dazu Dok. 44, dodis.ch/31063.

20. Vgl. das Schreiben von E. Diez an Ph. Zutter vom 16. März 1962, dodis.ch/18782.

21. Doss. E 2001(E) 1976/17 Bd. 516 (B.34.12).

22. Vgl. dazu Doss. E 2001(E) 1976/16 Bd. 550 (B.34.12).

23. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 12. November 1951, AS, 1952, S. 179–199.

24. 2. Bericht über das niederländische Begehren um Revision des schweizerisch-niederländischen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Einkommens- und Vermögenssteuern der Abteilung für internationales Steuerrecht und Doppelbesteuerung des Steuerverwaltung, Doss. wie Anm. 22.

25. Vgl. die Notiz der Steuerverwaltung des Finanz- und Zolldepartements vom 7. Dezember 1965, dodis.ch/31671 und das BR-Prot. Nr. 1124 vom 10. Juni 1966, dodis.ch/31670.

gespaltenen Satzes der Körperschaftssteuer von der neuen niederländischen Regierung zurückgezogen worden ist, dürfte vorläufig nicht mit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen zu rechnen sein.

8. Portugal

Im Mai 1964²⁶ fand anlässlich der ersten Sitzung der EFTA-Arbeitsgruppe für Doppelbesteuerungsfragen (s. Ziff. 14 hienach) ein Meinungs austausch mit Vertretern des portugiesischen Finanzministeriums über die Möglichkeit des Abschlusses eines Doppelbesteuerungsabkommens statt. Portugal wünschte indessen, die Besteuerung im Belegenheits- bzw. Quellenstaat möglichst weitgehend beizubehalten. Die schweizerische Delegation hat hierauf schriftliche Vorschläge unterbreitet, zu denen die portugiesische Delegation noch nicht Stellung genommen hat. Es ist vorgesehen, die Ergebnisse der Diskussion in der erwähnten EFTA-Arbeitsgruppe abzuwarten, bevor die bilateralen Besprechungen mit Portugal fortgeführt werden.

9. Schweden

Das neue Einkommens- und Vermögensteuerabkommen mit Schweden ist am 7. Mai 1965²⁷ in Stockholm unterzeichnet worden. Es wird mit einer Botschaft des Bundesrats²⁸ den Eidgenössischen Räten zur Genehmigung unterbreitet werden.

Eine schweizerisch-schwedische Vereinbarung über das Verfahren zur Entlastung von den Quellensteuern auf Dividenden und Zinsen²⁹ sowie ein Bundesratsbeschluss³⁰ über die Durchführung der im Abkommen (Art. 25, Abs. 7) vorgesehenen Entlastung der schwedischen Dividenden und Zinsen von den schweizerischen Steuern sind in Vorbereitung. Den Vorarbeiten für den Bundesratsbeschluss liegen Vorschläge der Arbeitsgruppe über die Ersatzlösung für die Steueranrechnung (Bericht vom 15. Oktober 1964³¹), die von der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren gebilligt worden sind, zu Grunde. Die EStV hofft, im Herbst 1965 Entwürfe vorlegen zu können.

26. Vgl. das Schreiben von V. Faveiro an K. Locher vom 23. April 1964, E 2001(E) 1978/84 Bd. 926 (B.34.12).

27. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 7. Mai 1965, AS, 1967, S. 90–114.

28. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Genehmigung des zwischen der Schweiz und Schweden abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 13. Juli 1965, BBl, 1965, II, S. 701–736. Vgl. ferner das Protokoll der Kommission des Nationalrats für ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Schweden vom 24. Januar 1966, dodis.ch/31228.

29. Vgl. das BR-Prot. Nr. 59 vom 8. Januar 1965, dodis.ch/31227.

30. BR-Prot. Nr. 846 vom 27. April 1966, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 708.2.

31. Bericht Besondere staatsvertragliche Massnahmen der Schweiz zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (Steueranrechnung) der Steuerverwaltung vom 15. Oktober 1964, Doss. wie Anm. 3. Vgl. ferner das BR-Prot. Nr. 1831 vom 20. Oktober 1964, dodis.ch/31218.

32. Vgl. dazu Dok. 86, dodis.ch/31041.

10. Spanien

Über die technischen Vorbesprechungen vom Mai 1965³² unterrichtet der besondere Bericht der EStV³³.

11. Südafrika

Im Korrespondenzwege konnte der Entwurf, der aus den Verhandlungen in Bern vom August 1959³⁴ hervorgegangen war, verbessert werden. Zur redaktionellen Überarbeitung wird eine südafrikanische Delegation Ende Juli 1965 in Bern eintreffen.

12. Verschiedene Länder

Die z. T. vor einigen Jahren begonnenen Doppelbesteuerungsbesprechungen mit Belgien, Ceylon, Indien³⁵, Israel, Kanada wurden nicht weitergeführt.

Die EStV ist ferner verschiedentlich ersucht worden, mit weiteren Staaten Verhandlungen einzuleiten. Die Untersuchungen haben in den meisten Fällen ergeben, dass entweder kein ausreichendes Interesse oder dann wegen der Schuldnerposition und der besonderen Ausgestaltung des Steuerrechts der in Betracht fallenden Staaten wenig Aussicht besteht, Verhandlungen aufnehmen oder gar ein Abkommen abschliessen zu können.

Mit einer Reihe von Staaten konnten Vereinbarungen über die Besteuerung der Schiff- und Luftfahrtunternehmen abgeschlossen werden (s. die beiliegende Liste).

13. Arbeiten der OECD

Über die Tätigkeit des Fiskalkomitees der OECD unterrichtet ein besonderer Bericht der EStV vom 10. Juni 1965³⁶.

14. Multilaterales EFTA-Abkommen

Die Empfehlung des Rats der OECD vom 30. Juli 1963³⁷ über die Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Einkommens- und Vermögenssteuern hat den Ministerrat der Freihandelsassoziation (EFTA) veranlasst, am 3. März 1964 eine besondere Arbeitsgruppe zu beauftragen, die Möglichkeit eines multilateralen Doppelbesteuerungsabkommens zwischen den EFTA-Staaten zu prüfen. Diese Arbeitsgruppe trat im Mai 1964 erstmals zusammen und kam zum Schluss, dass ein solches Abkommen technisch grundsätzlich möglich erscheine, dass aber endgültig erst Stellung genommen werden könne, wenn alle Einzelheiten einer multilateralen Lösung geprüft worden seien. Der EFTA-Rat beauftragte hierauf die Ar-

33. Bericht vom 21. Juni 1965, E 2001(E) 1978/84 Bd. 676 (B.34.12).

34. Vgl. dazu das Schreiben von K. Locher an H.-C. Cramer vom 19. November 1964, dodis.ch/32063.

35. Vgl. das Schreiben von K. Locher an die Vereinigung Schweizerischer Industrie-Holdinggesellschaften vom 6. März 1964, dodis.ch/30906.

36. Sechster Bericht über die Tätigkeit des Fiskalkomitees der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) der Steuerverwaltung vom 10. Juni 1965, Doss. wie Anm. 3.

37. Vgl. die Notiz der OECD vom 19. November 1963, Doss. wie Anm. 6.

beitsgruppe, diese Untersuchungen anzustellen und erstmals auf Ende 1965 darüber zu berichten.

Die Arbeitsgruppe, die unter Leitung des Vizedirektors der EStV, Dr. K. Locher, steht, hat diese Untersuchungen auf der Basis des Musterabkommens der OECD an die Hand genommen. Sobald die Ergebnisse vorliegen, wird die EStV darüber berichten³⁸.

In diesem Zusammenhang darf bemerkt werden, dass innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) analoge Arbeiten durchgeführt werden. Über die Ergebnisse einer ersten Lesung bestehen nur unvollständige Mitteilungen.

38. Vgl. die Notiz von Th. Fleiner an M. B. Ludwig vom 19. März 1965, Doss. wie Anm. 3.

93

dodis.ch/31022

Der Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, R. Probst, an den schweizerischen Botschafter in New Delhi, R. Fässler¹

NEPAL: ANFRAGE DES AUSSENMINISTERIUMS BETR. TECHNISCHE HILFE FÜR DEN CHIFFRIERDIENST

Bern, 24. Juni 1965

Wir beehren uns, den Empfang Ihres Schreibens vom 25. Mai 1965² zu bestätigen, mit dem Sie uns die Anregung unterbreiten, dem nepalesischen Aussenministerium unter dem Titel «technische Hilfe»³ für einige Monate einen Chiffrierspezialisten zur Verfügung zu stellen. Wir haben vom Anliegen der nepalesischen Behörde Kenntnis genommen und die Angelegenheit mit dem Dienst für technische Zusammenarbeit geprüft. Leider lassen es die Dispositionen dieses Dienstes im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu, dem Wunsche Nepals zu entsprechen.

Da wir andererseits mit der Firma Crypto AG, Apparate und Instrumente, Weinbergstr. 10/12, Zug, wegen der Ausfuhr von Chiffriergeräten⁴ nach den verschiedensten Ländern in Kontakt stehen, und da diese Firma bereit gewesen wäre, in einem Parallellfall einen Experten nach dem Congo (Léopoldville)⁵

1. Schreiben: E 2200.64(-) 1983/69 Bd. 3 (A.66.8). Verfasst von C. Jagmetti.

2. Schreiben von R. Fässler an P. Micheli vom 25. Mai 1965, dodis.ch/31082.

3. Zur technischen Hilfe der Schweiz an Nepal vgl. das Schreiben von J.-A. Cattat an F.T. Wahlen vom 16. Februar 1964, dodis.ch/31073; das BR-Prot. Nr. 1430 vom 24. August 1965, dodis.ch/31046 und das BR-Prot. Nr. 1337 vom 15. Juli 1966, dodis.ch/31052. Zur Zusammenarbeit mit Neuseeland in Nepal vgl. das Schreiben W. Erismann an A. R. Lindt vom 16. September 1964, dodis.ch/31049.

4. Zur Ausfuhr von Chiffriergeräten vgl. Dok. 42, dodis.ch/31525, Anm. 3.

5. Vgl. Dok. 42 dodis.ch/31525, bes. Anm. 2.

zu entsenden (wegen der unsicheren Lage im Congo wurde das Projekt dann allerdings seitens der Crypto fallen gelassen), haben wir der genannten Firma für alle Fälle von der vorliegenden Angelegenheit Kenntnis gegeben. Sie beabsichtigt nun, ihre «Fühler» eventuell auch nach Nepal «auszustrecken», und es ist somit nicht ausgeschlossen, dass auf privater Basis, selbstverständlich im Hinblick auf künftige Geschäftsmöglichkeiten, ein Chiffrierexperte aus der Schweiz nach Nepal reisen könnte.

Sollte die Crypto AG. nach Prüfung dieser Sache wieder an uns gelangen, so werden wir selbstverständlich nicht verfehlen, Sie über deren Projekte auf dem Laufenden zu halten.

P. S.:

Falls Sie glauben, gelegentlich dem Generalsekretär des nepalesischen Aussenministeriums⁶ eine Antwort geben zu sollen, könnten Sie ihm vielleicht bekannt geben, dass die Spezialfirma in der Schweiz für die Herstellung von Chiffriergeräten die schon vorher erwähnte Crypto AG ist, die zum Beispiel auch andere Länder wie Indonesien⁷, Malaysia⁸, VAR⁹, u. a. m. beliefert. Sie könnten allenfalls beifügen, dass, wenn bei dieser Firma Bestellungen plaziert würden, sie möglicherweise bereit wäre, Instruktionspersonal zur Verfügung zu stellen. Es steht den nepalesischen Behörden frei, wenn sie es wünschen, ihrerseits direkt an die Crypto AG, die über die Sache schon orientiert ist, zu gelangen.

6. *P. B. Khatri.*

7. *Zur Ausfuhr von Chiffriergeräten nach Indonesien vgl. Anm. 4.*

8. *Zur Ausfuhr von Chiffriergeräten nach Malaysia vgl. das Schreiben von R. Probst an A. Kaech vom 31. März 1965, dodis.ch/31816.*

9. *Zur Ausfuhr nach Chiffriergeräten nach Ägypten vgl. Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 655 (B.51.14.21.2).*

dodis.ch/31502

*Le Chargé d'Affaires de Suisse a. i. à Léopoldville, A. Tripet,
à la Division des organisations internationales du Département politique¹*

ACCORD AÉRIEN R. D. C.² / SUISSE

Confidentielle

[Léopoldville,] 2 juillet 1965

Par un fonctionnaire de l'Ambassade d'Allemagne³ qui sympathise beaucoup avec notre pays et prend régulièrement part aux activités de notre colonie, je viens d'apprendre que le texte de notre note du 3 juin 1965⁴ au Ministère des Affaires Etrangères à Léopoldville concernant les projets de vol Swissair à destination de la République Démocratique du Congo était, le lendemain même de sa distribution par la poste, en main de l'Ambassade de Belgique. De son côté, l'Ambassade d'Allemagne est aussi entrée en possession d'une copie de notre note par un canal que mon informateur n'a pas voulu me dévoiler. Cette confiance m'a été faite alors que ce dernier était quelque peu sous l'influence de l'alcool.

Cette révélation illustre à quel point les grands intérêts belges cherchent à maintenir leur chasse gardée au Congo. A vrai dire, j'avais quelque peu songé à vous faire part de mon hésitation première à porter à la connaissance des Congolais le dernier paragraphe du projet de note de l'Office fédéral de l'air: «La Compagnie belge SABENA exploite actuellement un service Bruxelles–Genève–Kano–Léopoldville, v. v. Ce service n'est pas couvert par l'Accord aéronautique passé entre la Suisse et la Belgique. Les droits de trafic exploités par SABENA à Genève sur cette route ont été accordés seulement à bien plaisir et le Gouvernement suisse est libre de les retirer à n'importe quel moment.⁵»

1. *Lettre*: E 2003(A) 1978/29 vol. 306 (o.651.21). *Annotation manuscrite dans la marge de R. Probst*: Herr Dr. Gut, I. O. [*Division des organisations internationales du Département politique*], vgl. S. 2, oben. Ich würde vorderhand damit abwarten, Tschombé «die Augen zu öffnen». Es würde dabei für uns vorderhand nichts heraus schauen. Handelsabt[eilung] hat übrigens dieser Tage im Einvernehmen mit uns via Tripet den Kongoleesen Entwürfe für Handels-Investitionsschutz- und T. Z.-Abkommen überreichen lassen; m. E. zuerst diese Texte wirken lassen, bevor wir später, wenn damit etwas zu holen wäre, Tschombé über die Durchlässigkeit seiner Dienststellen orientieren. Beitrag. Kop. bitte nachher an GE [A. Geiser] u. DZ [E. Diez], 14/7. Probst.

2. *Non seulement l'accord aérien mais aussi trois autres accords sont alors négociés, concernant respectivement le commerce, la protection des investissements et l'aide technique. Cf. le procès-verbal Abkommen Kongo Léop. du 14 avril 1965, dodis.ch/31514, le PVCF N° 1916 du 5 novembre 1965, dodis.ch/31513 et le télégramme N° 33 de l'Ambassade de Suisse à Léopoldville au Département politique du 5 mai 1966, dodis.ch/31515. L'accord aérien est signé le 21 janvier 1970, celui concernant le commerce et la protection des investissements le 10 mars 1972.*

3. *Non identifié.*

4. *Note de A. Tripet au Ministère des Affaires étrangères de la République Démocratique du Congo du 3 juin 1965, E 2003(A) 1978/29 vol. 306 (o.651.21).*

5. *Ibid.*

A la seconde réflexion, j'avais pensé qu'il pourrait être utile de montrer cette carte en manière d'avertissement à nos amis de la SABENA.

Comme vous le savez, le Premier Ministre Tshombé⁶, par l'intermédiaire de son collaborateur officieux Spandre⁷, avait manifesté ouvertement son intérêt à l'ouverture d'une ligne aérienne Congo–Suisse⁸. Comme M. Tshombé remplit également les fonctions de Ministre des Affaires Etrangères, peut-être ne serait-il pas inopportun de lui ouvrir les yeux sur la façon de travailler de ses propres services. Bien entendu je me garderai d'entreprendre quoi que ce soit sans directives de votre part. [...]⁹

6. *En tant que leader du mouvement sécessionniste du Katanga, M. Tshombé a été étroitement lié au conflit congolais au début des années 1960. Cf. DDS, vol. 21, table méthodique: II.11. Congo – relations politiques et III.2 La Suisse et l'ONU; DDS, vol. 22, doc. 70, dodis.ch/30218 et doc. 89, dodis.ch/30220.*

7. *Cf. la notice de R. Probst du 23 décembre 1964, dodis.ch/31512: Es handle sich um einen Norditaliener namens Mario Spandre, der einerseits als persönlicher Advokat des Präsidenten und andererseits auch als dessen offiziöser Unterhändler tätig sein soll und jedenfalls zur nächsten Umgebung Tschombés gehöre.*

8. *Sur la visite de M. Spandre chez le secrétaire général de Swissair, cf. la notice de R. Probst du 23 décembre 1964, dodis.ch/31512.*

9. *Pour la version complète du document, cf. dodis.ch/31502.*

95

dodis.ch/31334

*Der Generalsekretär des Politischen Departements, P. Micheli,
an den Delegierten für technische Zusammenarbeit, A. R. Lindt¹*

BUNDESBEITRAG VON FR. 583'000 AN DIE ERRICHTUNG
EINES TECHNISCHEN AUSBILDUNGSZENTRUMS IN SOLO, JAVA/INDONESIEN²

Bern, 22. Juli 1965

Wir danken Ihnen bestens für Ihre Notiz vom 5. Juli³, mit welcher Sie uns den Entwurf zu einem Antrag an den Bundesrat⁴ in obiger Angelegenheit zur Stellungnahme unterbreitet haben.

Zur technischen Seite des Projektes⁵ können wir uns nicht äussern, doch zweifeln wir nicht daran, dass dieses einen sehr nützlichen Beitrag zur Behebung

1. *Notiz: E 2005(A) 1978/137 Bd. 98 (t.311.1). Verfasst von A. Glesti. Kopien an die Finanzverwaltung des Finanz- und Zolldepartements, die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements und J.-F. Revilliod.*

2. *Handschriftliche Marginalie: Bespr. diese Woche mit polit. Abtlg. Handschriftliche Marginalie von A. R. Lindt für R. Wilhelm: WM bitte Kopie der Anträge. Ich werde Sache aufnehmen.*

3. *Notiz von A. R. Lindt vom 5. Juli 1965, Doss. wie Anm. 1.*

4. *Entwurf eines Antrags an den Bundesrat von A. R. Lindt vom 2. Juli 1965, Doss. wie Anm. 1.*

5. *Vgl. dazu Doss. wie Anm. 1.*

des in Indonesien herrschenden Mangels an gut ausgebildeten Berufsleuten zu leisten vermöchte. Wenn wir uns hier trotzdem *gegen* die beantragte Gewährung eines Bundesbeitrages aussprechen, tun wir es aus folgenden Gründen:

1. Durch Nationalisierungen und eigentumsbeschränkende Massnahmen der indonesischen Regierung sind seit 1949 schweizerische Interessen von etwelcher Bedeutung betroffen worden. Im Gegensatz zu andern Regierungen, die schweizerisches Eigentum in ähnlicher Weise verletztten, lehnte es Djakarta trotz zahlreicher Demarchen unserer Botschaft bisher ab, die schweizerischen Begehren auch nur zu diskutieren, geschweige denn vernünftige Vorschläge zu einer billigen Entschädigung der betroffenen Landsleute zu machen⁶. Letztere würden verständlicherweise bitter reagieren, wenn sie nun von einer Bundeshilfe an Sukarno hören müssten.

2. Die Mittel, die der Eidgenossenschaft für die Hilfe an unterentwickelte Länder⁷ zur Verfügung stehen, sind beschränkt. Uns scheint, wir sollten daher im Rahmen unserer Programme in erster Linie Staaten berücksichtigen, die unserer Hilfe würdig sind, d. h. Staaten, die im Gegensatz zu Indonesien mehr oder weniger unverschuldet wirtschaftlich zurückblieben, und deren Regierungen – ebenfalls im Gegensatz zu jener Indonesiens – durch eine vernünftige Politik versuchen, der Lage Herr zu werden. Indonesien kommt unseres Erachtens heute für keine Form schweizerischer technischer Hilfe in Frage⁸.

Wir bedauern, Ihnen aufgrund obiger Überlegungen empfehlen zu müssen, von einer Unterstützung des Projektes der Stiftung François Xavier in Indonesien abzusehen.

6. Zu den Nationalisierungen in Indonesien vgl. DDS, Bd. 20, Dok. 11, dodis.ch/10233 und Dok. 73, dodis.ch/10174; das Schreiben von P. R. Jolles an J. de Rham vom 22. Oktober 1966, dodis.ch/31335 und Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 781 (B.34.66).

7. Vgl. dazu das BR-Prot Nr. 1817 vom 26. Oktober 1965, dodis.ch/31740. Für eine Übersicht über die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit vgl. Dok. 100, dodis.ch/31763.

8. Der Antrag wurde von F. T. Wahlen nicht unterschrieben. Vgl. dazu die Notiz von A. R. Lindt an W. Spühler vom 4. Juli 1966, dodis.ch/31411. Vgl. ferner das BR-Prot. vom 26. August 1966, dodis.ch/31412.

dodis.ch/30941

Notice du Secrétaire général du Département politique, P. Micheli, au Président de la Confédération, H.-P. Tschudi, au Chef du Département politique, F. T. Wahlen, et au Chef du Département des Transports et de l'Energie, W. Spühler¹

Berne, 27 juillet 1965

En l'absence du Président de la Confédération, M. True Davis a remis à Monsieur le Conseiller fédéral Spühler le 26 juillet, à 17 h 00, le message ci-joint² du Président des Etats-Unis d'Amérique. Dans celui-ci le Président Johnson constate, d'une part, que l'agression contre le Vietnam a augmenté au cours de ces derniers mois et, d'autre part, que les efforts déployés par plusieurs gouvernements pour que le problème soit traité à une table de conférence se sont heurtés à l'opposition de Hanoï et de Pékin. Cette situation oblige les Etats-Unis à accroître leurs forces armées au Vietnam d'un nombre équivalent ou supérieur aux 80 000 hommes déjà sur place. Parallèlement, le gouvernement des Etats-Unis cherchera par tous les moyens à régler pacifiquement le conflit. Il prendra, en outre, les précautions nécessaires pour que la guerre ne se propage pas en Asie. L'objectif final des Etats-Unis demeure le suivant: mettre fin à ces interférences étrangères au Vietnam Sud de façon à ce que la population de ce pays puisse déterminer librement de son sort. Dans ces circonstances, le Président Johnson considère que la perspective d'une paix au Vietnam serait meilleure si les efforts des Etats-Unis étaient appuyés par d'autres nations partageant leurs intentions et leur préoccupation. Il demande à la Suisse d'augmenter l'assistance qu'elle a déjà octroyée au Vietnam.

M. le Conseiller fédéral Spühler ayant demandé à M. True Davis de préciser la signification du dernier alinéa de la lettre du Président Johnson dans lequel l'aide de la Suisse est requise, M. True Davis a remis un catalogue (ci-joint³) des prestations faites jusqu'à ce jour par différents pays et à déclarer [*sic*] que l'aide attendue de la Suisse était surtout d'ordre humanitaire.

Apparemment, une lettre analogue a été adressée à tous les pays du «monde libre». Nous constatons une fois de plus que les Etats-Unis, en s'adressant à nous à peu près dans les mêmes termes qu'à leurs alliés, méconnaissent notre position d'Etat neutre. La façon dont ils nous ont demandé par ailleurs, d'assurer conjointement ou en substitution de la Grande-Bretagne et des Pays-Bas la transmission des communications qu'ils auraient éventuellement à faire à Pékin est également significative. J'en ai fait l'observation à M. Kellermann qui est venu me remettre une copie du message du Président Johnson. Je lui ai expliqué que si la Suisse faisait quelque chose au Vietnam cela ne pourrait être que de son propre chef, pour des motifs qui lui seraient propres, mais

1. *Notice (copie)*: E 2001(E) 1978/84 vol. 1039 (B.73.0). Copies à J. Burckhardt, à A. R. Lindt, à la Section Ouest et à la Section Est du Département politique.

2. Cf. doss. comme note 1.

3. Cf. doss. comme note 1.

non pas afin de répondre à un appel des Etats-Unis et d'appuyer la politique de ceux-ci. Ce point devrait, me semble-t-il, être relevé dans la réponse du Conseil fédéral.

Une action humanitaire de la Suisse au Vietnam pour chercher à soulager les souffrances de la population civile de ce pays serait certainement justifiée. Il n'est guère envisageable, toutefois, de le faire en relation avec l'accroissement de l'effort militaire américain. MM. Lindt et Burckhardt que j'ai consultés pensent avec moi qu'une réponse négative devrait être donnée au Président Johnson. On pourrait ajouter que le Conseil fédéral se réserve de décider lui-même en toute indépendance quand et comment il entend apporter une aide de la Suisse à la population vietnamienne⁴.

4. Pour la décision du Conseil fédéral, cf. le PVCF N° 1328 du 10 août 1965, dodis.ch/31934.

97

dodis.ch/31079

Notice interne du Département politique¹

VISITE DE M. ABDUL, SECRÉTAIRE DE L'«ANTI APARTHEID MOVEMENT»²

Berne, 20 août 1965

M. Exchaquet et le soussigné³ ont reçu à sa demande, le mercredi 18 août à 11 heures, M. Abdul, Secrétaire de l'«Anti Apartheid Movement» dont le siège est à Londres.

M. Abdul est un Sud-Africain, d'origine indienne, qui a acquis depuis quelques jours la nationalité anglaise. Il parcourt actuellement l'Europe afin d'essayer d'entrer en contact avec le plus grand nombre de gouvernements possible afin de leur faire connaître les vues de son Mouvement en ce qui concerne la situation en Afrique du Sud⁴.

Ce Mouvement, selon ce qu'il nous dit, jouit de l'appui d'un assez grand nombre de parlementaires travaillistes et libéraux en Grande-Bretagne et pouvait compter sur celui, jusqu'à leur entrée dans le Gouvernement, de Ministres du cabinet britannique, entre autres de Mrs. Barbara Castle qui en était la Présidente d'honneur. Les activités du Mouvement sont diverses. Il avait par exemple adressé des lettres aux pays exportateurs de matériel de guerre en Afrique du Sud pour leur demander de cesser de le faire. Le Conseil fédéral avait également reçu dans ce contexte une de ces communications (13 novembre

1. Notice (copie): E 2001(E) 1978/84 vol. 359 (B.73.0). Rédigée et signée par E. Brunner. Visée par P. Micheli.

2. Annotation manuscrite dans la marge de R. Probst: Monsieur l'Ambassadeur Micheli. à son retour.

3. Cf. note 1.

4. Sur la question du niveau de vie de la population noire en Afrique du Sud, cf. la lettre de H. C. Cramer à A. R. Lindt du 17 septembre 1964, dodis.ch/31070.

1963⁵). Le Mouvement essaie maintenant d'étendre son activité dans le domaine culturel et scientifique afin d'empêcher les artistes, hommes de sciences, acteurs etc. de se produire en Afrique du Sud devant des audiences ségréguées. Dans cette perspective, le Mouvement avait écrit à Pro Helvetia le 9 mars 1964 pour se plaindre de l'appui que cette organisation avait donné au récent voyage de M. Sutermeister en Afrique du Sud (ceci parce que M. Sutermeister ne s'était produit que devant des audiences blanches).

M. Abdul se déclare très satisfait de la façon dont nous avons réglé le problème de nos exportations de matériel de guerre en Afrique du Sud. Il connaît à ce propos la déclaration du Conseiller fédéral Wahlen, faite au Conseil national le 6 décembre 1963⁶. Le but de sa visite est plutôt d'attirer notre attention sur les contacts culturels et scientifiques qu'il aimerait que la Suisse restreigne avec l'Afrique du Sud tant que ce dernier pays ne permet pas à tous les secteurs de sa population de pouvoir en bénéficier. M. Exchaquet et le soussigné prennent note des propos de M. Abdul sans entrer en matière.

M. Abdul soulève également deux autres aspects du problème sud-africain. Le premier a trait aux réceptions officielles pour les fêtes nationales qu'organisent les missions diplomatiques en Afrique du Sud. Il exprime le désir de voir la Suisse suivre l'exemple des Etats-Unis et de la Grande-Bretagne et organiser à ces occasions des réceptions où se mêleraient invités noirs et blancs. Nous lui répondons qu'il est assez présomptueux de sa part que de croire que nous discuterons de ce problème quant au fond avec lui. Nous lui rappelons qu'un État souverain n'a pas à recevoir de conseil dans ce domaine provenant d'organisations politiques étrangères. Nous replaçons l'entretien dans ses justes perspectives qui sont celles de prendre connaissance de ses vues. Pour son information, nous lui disons toutefois que d'une façon générale nos Ambassades à l'étranger organisent à l'occasion du 1^{er} Août des réceptions uniquement pour les colonies suisses. Cette réponse évite ainsi de donner connaissance à M. Abdul de la pratique réelle de notre Ambassade en Afrique du Sud à ce sujet qui consiste à ne pas organiser de réceptions officielles le 1^{er} Août⁷.

Un autre point que M. Abdul soulève est celui de l'aide financière qu'il voudrait voir la Suisse apporter au Fonds d'aide à l'Afrique du Sud patronné par le Chanoine Collins⁸ et qui a pour but de venir en aide aux émigrés Sud-Africains ainsi qu'aux détenus en Afrique du Sud⁹ pour leur permettre de payer leurs frais d'avocat. M. Abdul a cité le cas de la Hollande qui a décidé de contribuer à ce fonds. Nous répondons à M. Abdul que nous avons connaissance de l'existence de l'organisation du Chanoine Collins. Nous prenons note que l'«anti apartheid movement» est très proche du groupement patronné par le Chanoine.

5. *Annotation dans le texte original*: il avait préalablement reçu un télégramme le 11 novembre 1963.

6. Cf. doc. 7, dodis.ch/31045, note 8.

7. Cf. la lettre de R. Probst à P. F. Brügger du 14 mai 1965, dodis.ch/31076.

8. J. Collins.

9. Sur le procès de Rivonia, qui aboutit à la condamnation à la prison à vie de N. Mandela et d'autres militants, cf. le rapport politique N° 24 de P. F. Brügger du 13 juin 1964, dodis.ch/31072.

L'«anti apartheid movement» publie un hebdomadaire. Il le fera tenir au Département politique régulièrement. Nous pensons qu'à titre informatif, il serait intéressant qu'il puisse être lu au Service politique Ouest.

D'une façon générale, M. Abdul a présenté son cas avec beaucoup de modération. Son argument principal étant qu'une action des pays européens en faveur des gens de couleur en Afrique du Sud était dans le meilleur intérêt de ces pays. D'une part parce qu'une telle action ne pourrait que contribuer à l'amélioration des relations du pays en question (La Suisse) avec l'Afrique noire¹⁰ et d'autre part parce qu'elle aurait l'avantage de convaincre les Noirs Sud-Africains que tous les hommes blancs ne ressemblent pas à ceux qu'ils connaissent en Afrique du Sud. M. Abdul déclare en outre que lui et sa famille ont été extrêmement bien accueillis en Suisse où se pratique, dit-il en passant, une espèce de ségrégation à rebours, les gens étant particulièrement gentils et aimables avec les personnes de couleur comme lui. Il n'a pas trouvé la même attitude dans d'autres pays européens.

Il est intéressant de noter que M. Abdul n'a pas parlé des relations économiques entre la Suisse et l'Afrique du Sud, ni des relations diplomatiques. Il a simplement dit en passant qu'il comprenait fort bien le principe auquel certains pays tiennent de l'universalité de leurs relations diplomatiques et économiques. Il serait intéressant de connaître l'opinion de l'Ambassade de Suisse à Londres sur l'«anti apartheid movement» ainsi que sur son influence actuelle.

10. *Sur la question des répercussions de la politique suisse envers l'Afrique du Sud et la Rhodésie sur les relations avec des Etats africains, cf. doc. 120, dodis.ch/31085, en particulier note 10.*

98

dodis.ch/31268

*Der schweizerische Botschafter in Bangkok, R. Aman,
an den Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Politischen Departements, P. Micheli¹*

Bangkok, 4. September 1965

Mit Genugtuung hatte ich Ihrer Mitteilung auf raschem Weg² entnommen, dass der Bundesrat Singapore am 20. August³ anerkannt⁴ hat. Mit Interesse habe ich ferner von Ihrem diesen Schritt empfehlenden Antrag vom 13. Au-

1. *Schreiben*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 972 (B.15.11). *Kopien an die Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten des Politischen Departements und die schweizerische Botschaft in Kuala Lumpur.*

2. *Telegramm Nr. 29 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Bangkok vom 21. August 1965, Doss. wie Anm. 1.*

3. *BR-Prot. Nr. 1392 vom 20. August 1965, dodis.ch/31269.*

4. *Zur Anerkennung neuer Staaten vgl. für die Malediven Dok. 139, dodis.ch/31274, bes. Anm. 3; für die Mongolei vgl. das BR-Prot. Nr. 935 vom 15. Mai 1964, dodis.ch/31469; das Schreiben*

gust⁵ an den Bundesrat Kenntnis genommen. Im letzten Absatz des Antrages erwähnen Sie, dass die Frage der künftigen konsularischen oder diplomatischen Vertretung der Schweiz in Singapore geprüft werde⁶.

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass ich anlässlich meines kurzen Aufenthaltes in Kuala Lumpur im Zusammenhang mit dem malaysischen Nationalfeiertag dieses Problem mit unserem dortigen Geschäftsführer, Herrn Martin⁷, besprach. Zufälligerweise hatte ich auch Gelegenheit, unseren Konsul in Singapore, Herrn Suter⁸, noch einen Moment zu sehen.

Die erste Massnahme, die zu ergreifen sein wird, ist die Übertragung der konsularischen Zuständigkeit in Sabah und Sarawak vom Konsulat in Singapore an die Botschaft in Kuala Lumpur. Der Konsularbezirk von Herrn Suter wird sich in Zukunft auf Singapore beschränken müssen. Es dürfte vorderhand genügen, wenn Singapore die sicher nicht zahlreichen Konsulardossiers der in den beiden fraglichen Ländern niedergelassenen Schweizer der Botschaft in Kuala Lumpur übergibt. Zuschriften von Landsleuten an das Konsulat in Singapore würden von ihm nach Kuala Lumpur weitergeleitet und von der Botschaft mit dem Hinweis auf die neue Situation jeweils beantwortet. Allenfalls könnte sie an die dortigen Schweizer eine entsprechende Mitteilung richten. Wie weit dadurch die zusätzliche Beanspruchung der Botschaft gehen wird, kann ich nicht beurteilen, doch dürfte sie nicht beträchtlich sein. Was die formelle Bereinigung der neuen Situation betrifft, so wird es meines Erachtens, zum mindesten vom Gesichtspunkt Singapores und Kuala Lumpurs aus betrachtet, vorderhand sicher genügen, wenn unser Konsulat dem Aussenministerium die Abtrennung der Konsularbezirke Sabah und Sarawak notifiziert und die Botschaft dem Aussenministerium in Kuala Lumpur eine entsprechende Mitteilung macht.

Der Entscheid der Frage, ob und allenfalls in welcher Form wir diplomatische Beziehungen mit Singapore aufnehmen sollen, drängt nicht. Ich glaube, dass wir ohne irgendwelche Nachteile für uns vorerst einmal etwas abwarten und zusehen können, wie sich die neue Lage Singapores in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht entwickelt. Der Schutz unserer Landsleute und die

von H. Keller an P. Micheli vom 19. Mai 1964, dodis.ch/31468; das Schreiben von A. R. Ganz an P. Micheli, vom 7. Januar 1965, dodis.ch/31465 und den Bericht von A. R. Ganz vom 3. August 1965, dodis.ch/31466; zur Frage der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Libyen vgl. die Notiz von R. Probst an P. Micheli vom 14. Januar 1964, dodis.ch/31773; die Notiz von R. Probst an P. Micheli und M. Grässli vom 1. September 1964, dodis.ch/31774; die Notiz des Politischen Departements vom 22. September 1964, dodis.ch/31775; das Schreiben von F. T. Wahlen an B. Galli vom 22. Dezember 1964, dodis.ch/31772 sowie das Schreiben von R. Stoudmann an P. Micheli vom 30. Dezember 1966, dodis.ch/31778. Zur Anerkennung und Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit afrikanischen Staaten vgl. Dok. 104, dodis.ch/31614, bes. Anm. 9.

5. Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat vom 13. August 1965, E 1001(-) 1970/24 Bd. 13.

6. Zur Frage der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Singapur vgl. die Botschaft des Bundesrats an die Bundesversammlung über die Errichtung neuer diplomatischer Vertretungen vom 19. September 1966, BBl, 1966, II, S. 517–522.

7. J. Martin.

8. H. Suter.

Wahrung der schweizerischen Wirtschaftsinteressen⁹ liegen in den erfahrenen Händen unseres Konsuls¹⁰. Singapores Aussenministerium, neben dem Minister¹¹ eine Handvoll Beamte, hat auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen wenig Erfahrung und sieht sich nun vor eine grosse Anzahl anderer wichtiger Probleme gestellt, die es zu regeln gilt. Es wird, wenn Singapore Mitglied des Commonwealth ist, zuerst wohl seine diplomatischen Beziehungen mit dessen Mitgliedstaaten regeln wollen. Gemäss den bisher vorliegenden Berichten soll die Regierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit nur den wichtigsten Commonwealth-Ländern und einigen wenigen ausgesuchten anderen Staaten ins Auge fassen. Es ist zum mindesten für die nächste Zukunft nicht wahrscheinlich, dass sich Singapore in der Schweiz diplomatisch vertreten lässt, so dass es sich um einen einseitigen Akt unsererseits handeln würde.

Abgesehen von den allfälligen Wünschen Singapores scheint es mir grundsätzlich jedoch als angezeigt, dass die Schweiz diplomatische Beziehungen mit dem neuen Staat aufnimmt. Die ansehnliche Schweizerkolonie, unsere grossen Wirtschaftsinteressen und die politische Bedeutung, die Singapore allein schon aufgrund seiner geographischen Lage, der dortigen britischen Militärbasis und seines Wirtschaftspotentials als führender asiatischer Umschlagshafen in der Auseinandersetzung der Freien Welt mit dem Kommunismus in dieser Region zukommt, sprechen dafür. Ob, wie es mich dünkt, die Akkreditierung eines im Ausland residierenden Botschafters (aus politischen und geographischen Gründen kämen nur Bangkok und Manila in Frage) unter Beibehaltung des gegenwärtigen Status unserer konsularischen Vertretung die zweckmässigste Form der schweizerischen diplomatischen Präsenz wäre, wird in Abwägung der verschiedenen in Betracht fallenden Faktoren noch genauer zu prüfen sein.

Unser Konsul in Singapore und in dem Ausmasse, in dem dieses Problem Kuala Lumpur und die dort etablierten diplomatischen Missionen berührt, auch Herr Martin, werden Sie über die einsetzende Entwicklung, die Haltung der zuständigen Behörden und die Massnahmen der in den beiden Metropolen konsularisch und diplomatisch vertretenen Länder orientieren können.

9. *Zum Handel Singapurs mit der Schweiz vgl. den Bericht vom November 1965, dodis.ch/31271. Zu den Interessen der schweizerischen Uhrenindustrie vgl. Dok. 70, dodis.ch/31272.*

10. *H. Suter.*

11. *S. Rajaratnam.*

dodis.ch/31418

*Notiz des Vorstehers des Politischen Departements, F. T. Wahlen*¹

BESUCH VON WIRTSCHAFTSMINISTER GEORGE BROWN IN DER SCHWEIZ

Geheim²

Bern, 4. September 1965

Am 25. August erhielt ich von George Brown folgendes Telephon:

Er sagte mir, er hätte sehr grosse Sorgen und wünsche, mir eine Reihe von Fragen zu unterbreiten, deren Beantwortung für ihn und Premierminister Wilson sehr wichtig sei. Er fragte, ob es mir nicht möglich wäre, auf einen kurzen Besuch nach England zu kommen. Ich musste ihm sagen, dass das aus Zeit- und andern Gründen leider unmöglich sei und fragte ihn nach dem Gesprächsstoff. Er sagte, er könne ihn mir nicht gut am Telephon darlegen und bat mich, wenigstens halbwegs an einen Treffpunkt in Belgien oder Frankreich zu kommen. Auch das musste ich abschlagen, worauf er sagte, in diesem Falle komme er in die Schweiz, unter der Voraussetzung, dass das Treffen strikte geheim gehalten werden könne. Ich schlug ihm das Bad Schauenburg vor. Er nahm sofort an und proponierte Samstag und Sonntag, den 28. und 29. August. Ich entgegnete, dass es im Interesse der Diskretion liege, wenn wir uns nicht an einem Wochenende treffen würden, weil viele Stadtbasler Samstag oder Sonntag im Bad Schauenburg verbrächten. Er hielt am Samstag für Reisetag fest, aber wir vereinbarten für unsere Unterredung Montag, den 30. August.

Das Begehren Browns setzte mich in eine gewisse Schwierigkeit, weil er aus rein persönlichen Gründen mit mir und nicht mit seinem Ressortkollegen Bundesrat Schaffner sprechen wollte. Er wiederholte mir, dass das rauhe Gespräch³, das wir bei Anlass des Churchill Begräbnisses⁴ führten, für ihn äusserst nützlich gewesen sei. Er sei mir dankbar für meine Härte in der Frage des Abbaues der Zollzuschläge⁵ und stehe mit mir in einem persönlichen Vertrauensverhältnis. Auf Grund dieser Aussagen informierte ich lediglich Herrn Bundespräsident Tschudi, der mit mir fand, dass es falsch gewesen wäre, das Begehren des Herrn Brown abzuschlagen.

Anlässlich des Gesprächs präsentierte er mir, wie das schon bei früherer Gelegenheit der Fall gewesen war, auch Fragen der englischen Innenpolitik. Er war offensichtlich sehr besorgt um die politische Entwicklung, da die Labour-Partei, trotz einer auf drei M. P. zusammengeschrumpften Mehrheit, zur Zeit eine sehr unpopuläre Deflationspolitik führen müsse. Dies hätte bereits zu einer gewissen Arbeitslosigkeit geführt. Damit im Zusammenhang stünde auch die Stellungnahme der Regierung gegenüber den farbigen Arbeitern aus dem

1. *Notiz*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 728 (B.15.50). *Handschriftliche Marginalie*: Kopien vernichtet.

2. *Beigelegte handschriftliche Notiz von F. T. Wahlen*: Auf die Notiz noch schreiben *geheim* und Datum einfügen.

3. *Dok. 65*, dodis.ch/31417.

4. *Vgl. das BR-Prot. Nr. 186 vom 29. Januar 1965*, dodis.ch/31437.

5. *Vgl. dazu Dok. 56*, dodis.ch/31416.

Commonwealth. Die Emotionen auf diesem Gebiet wurden durch die zwei Niederlagen von Gordon-Walker illustriert. Aber die Regierung kann schon in Rücksicht auf die grosse Mehrheit der farbigen Länder im Commonwealth, dann aber auch wegen des Umstandes, dass die Commonwealth-Immigranten Arbeiten verrichten, die von den Engländern nicht mehr verrichtet werden wollen, keine Politik der geschlossenen Tür verfolgen. Im Gegenteil werde es nötig werden, aus menschlichen Gründen im Nachzug der Familien liberaler zu sein. Das bedeute in absehbarer Zukunft den potenziellen Nachzug von 500'000 farbigen Familien aus dem Commonwealth.

Als unmittelbar in Aussicht genommene Massnahmen, zu denen er meine Stellungnahme erwartete, nannte er die Legalisierung des Gentlemen's Agreement zwischen den Gewerkschaften und der Industrie betreffend Lohnforderungen und Preiserhöhungen. Dieses Gentlemen's Agreement, das er mit grosser Mühe zustande gebracht hatte, funktioniere nicht befriedigend, so dass sich die Regierung eine direkte Interventionsmöglichkeit schaffen müsse. Zu diesem Zweck sei beabsichtigt, dass alle Lohnforderungen und -absichten für Preiserhöhungen der Regierung obligatorisch gemeldet werden müssten.

Ich machte Herrn Brown darauf aufmerksam, dass eine solche Lösung der Regierung eine schwere, kaum zu bewältigende Aufgabe aufbürde. Ich machte ihn mit unserem auf dem Friedensabkommen von 1937 basierenden System bekannt, das die Verantwortung den Sozialpartnern überlasse. Wo der Bundesrat in diesen Fragen direkt zu entscheiden habe, so in der Festsetzung des Milchpreises, erwüchsen ihm aus dieser unerwünschten Befugnis die allergrössten Schwierigkeiten, und ich befürchte, dass solche auf Grund der geplanten Lösung für die britische Regierung in noch viel höherem Masse auftreten würden.

Eine weitere Frage betreffe die Absicht eines 5-Jahres-Planes. Dieser sollte einen mittleren Zuwachs des Bruttosozialproduktes um jährlich 3,8% vorsehen. Im Laufe der Darlegungen Browns wurde mir die dahinter steckende politische Absicht klar. Er sagte nämlich, dass für die beiden ersten Jahre ein Zuwachs von höchstens 2,5–2,8% vorausgesagt werden könne, so dass die drei späteren Jahre wesentlich über dem Durchschnitt von 3,8% liegen müssten. Ich stellte hier lediglich die Frage, ob der Plan auf der Annahme basiere, dass in der allgemeinen Weltkonjunktur keine Änderungen eintreten oder ob auch mögliche Rückschläge berücksichtigt seien. Herr Brown gab zu, dass in dieser Hinsicht die optimistischsten Erwartungen zugrunde gelegt worden seien.

Die weiteren Erörterungen galten der Stellungnahme der britischen Regierung in der europäischen Integration und insbesondere ihrer Absichten für die auf Ende Oktober festgelegte EFTA-Konferenz in Kopenhagen⁶. Ich brauche hier unsere Gespräche über die Ursachen und den möglichen Ausgang der EWG-Krise⁷, die Haltung de Gaulles und die Zukunft der EWG-Kommission

6. Vgl. dazu *Doss. E 2004(-) 1971/2 Bd. 42 (065.3)*.

7. Vgl. dazu die *Notiz von J. Iselin vom 11. September 1965*, dodis.ch/31645; das *Telegramm Nr. 22 von M. Troendle an das Politische Departement vom 11. Februar 1966*, dodis.ch/31574; die *Notiz des Integrationsbüros Die EWG-Krise vom Juni 1965 vom 23. August 1965*, E 2001(E)

nicht festzuhalten, da man ohnehin auf allen diesen Gebieten auf Mutmassungen angewiesen ist. Dagegen sollen die Gespräche über die Zukunft der EFTA⁸ und die anlässlich der bevorstehenden Konferenz noch festzulegende britische Stellung festgehalten werden.

Herr Brown sagte mir, die britische Regierung beabsichtige, in Weiterverfolgung ihrer Wiener Initiative⁹ vom vergangenen Frühjahr, wiederum einen Vorstoss in der Richtung einer Verständigung mit der EWG vorzunehmen. Meine Stellungnahme zu dieser Absicht war völlig negativ¹⁰. Ich machte Herrn Brown darauf aufmerksam, dass die EWG in einer so tiefen Krise stecke, dass weder von seiten der Kommission noch von der des Ministerkomitees irgendwelche Reaktionen erwartet werden können. Unter diesen Umständen sei es unwürdig für die EFTA und es würde ihrem Ansehen in der Welt schaden, wenn erneut ein Vorstoss gemacht würde, der sicher resultatlos bliebe. Viel wichtiger schiene mir das Gespräch über die innere Stärkung der EFTA, und da müsste sich die britische Regierung darauf gefasst machen, dass von allen Partnerländern¹¹ die Frage des Zollzuschlages wieder aufgegriffen würde. Bevor dieser Punkt erledigt sei, blieben nach meiner Auffassung alle Anstrengungen zur innern Stärkung der EFTA illusorisch.

Unter Bezugnahme auf die mir vorgängig geschilderten wirtschaftlichen und währungspolitischen Schwierigkeiten Englands, sagte mir Herr Brown, dass die Ankündigung einer Aufhebung des Zollzuschlages, auch nur teilweise, kaum in Betracht kommen könne. Dagegen beschäftige sich die englische Regierung mit dem Gedanken, für gewisse Zollpositionen Kontingente einzuführen. Er bezog sich dabei auf den Umstand, dass man seinerzeit an der Konferenz in Genf¹² bei der Kritik der Zollzuschläge gesagt hätte, solche Kontingentierungen wären vorzuziehen gewesen.

Ich antwortete, dass dies in dieser absoluten Form nicht zutreffe. Die EFTA-Partner hätten in Genf geltend gemacht, dass im äussersten Notfall eine Kontingentierung wenigstens konform der EFTA-Konvention¹³ gewesen wäre, während die Zollzuschläge einen Bruch bedeuteten. Ich befürchte sehr, dass eine solche Absicht der britischen Regierung in diesem Zeitpunkt auf grosse Widerstände stossen würde und dass überdies gemäss der Konvention

1978/84 Bd. 324 (C.41.775) und die Notiz von P.-H. Würth vom 28. September 1965, J 1.223 1000/1318(-) Bd. 28 (3.06.2).

8. Zur EFTA vgl. Dok. 172, dodis.ch/31640, bes. Anm. 10.

9. Zur britischen Initiative für die Bildung eines EFTA-EWG-Rats vgl. das Telegramm Nr. 78 der schweizerischen Botschaft in London an das Integrationsbüro vom 20. Mai 1965, E 2001(E) 1978/84 Bd. 325 (C.41.775.3). Allgemein zur EFTA-Konferenz in Wien vom 24. und 25. Mai 1965 vgl. das BR-Prot. vom 18. Mai 1965, dodis.ch/31627; das Rundschreiben der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an alle diplomatischen Vertretungen vom 10. Juni 1965, dodis.ch/31936 und das BR-Verhandlungsprot. der 36. Sitzung vom 18. Mai 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 2.

10. Zur schweizerischen Haltung vgl. Dok. 140, dodis.ch/31618.

11. Dänemark, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden.

12. Für die Konferenz in Genf vom 19.–20. November 1964 vgl. Dok. 65, dodis.ch/31417, Anm. 11.

13. Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA) vom 4. Januar 1960, AS, 1960, S. 590–792.

Verhandlungen mit den EFTA-Partnern über jede einzelne Zollposition nötig würden. Brown nahm diese Erklärungen zur Kenntnis, ohne sich näher über die endgültigen Absichten zu äussern.

Ich machte ihn dann darauf aufmerksam, dass trotz der mannigfachen Schwierigkeiten, die sich in den letzten Monaten aufgehäuft haben, die Behandlung der Kennedy-Runde¹⁴ in Kopenhagen einen breiten Raum einnehmen sollte. Gerade weil durch die EWG-Krise eine direkte Verständigung wiederum weiter in die Ferne gerückt sei, müsse diese Möglichkeit, den Graben zwischen EFTA und EWG wenigstens teilweise auszufüllen, im vollen Umfange benutzt werden.

In diesem Zusammenhang erkundigte ich mich auch über die Absichten Englands hinsichtlich der Notifizierung der Absichten auf dem Agrarsektor¹⁵, die am 16. September nächsthin stattfinden sollte. Über diesen Punkt war Herr Brown nicht orientiert.

Abschliessend bat er mich, ihm in einem Memorandum die schweizerischen Wünsche für die Haltung Englands in Kopenhagen bekanntzugeben. Ich versprach ihm, das versuchen zu wollen, obschon es sich um ein ungewöhnliches Vorgehen handelt. In einer Unterredung mit Herrn Bundesrat Schaffner von Donnerstag, den 2. September, wurde dann vereinbart, dass ich diese Auskünfte Herrn Brown im rein persönlichen Namen gebe¹⁶, um für den Bundesrat keine Verpflichtungen zu schaffen. Dementsprechend war es notwendig, die Herren Minister Stopper, Long und Jolles zu orientieren¹⁷, damit sie mir die nötigen Unterlagen beschaffen können.

Des Interesses halber sei noch erwähnt, dass Herr Brown einen ähnlichen Kontakt mit Minister Gunnar Lange herstellen wollte, währenddem er Hemmungen zu haben schien, sich auch mit Minister Haekkerup, dem derzeitigen Präsidenten der EFTA-Ministerkonferenz, in Verbindung zu setzen. Offenbar bestehen wesentliche Unterschiede im Vertrauensverhältnis zwischen den sozialistischen Ministern verschiedener Länder.

Endlich sei erwähnt, dass ich Herrn Brown über die Reaktion der Labour-Partei zur Bestimmung von Edward Heath als Leader der Opposition fragte. Zu meinem Erstaunen sagte er, dass man mit Heath zufrieden sei. Der meistgefürchtete Kandidat vom «Labour Standpoint» sei MacLeod gewesen, gefolgt von Maudling, während man Heath am wenigsten fürchtete.

14. Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 1, dodis.ch/30938, Anm. 8.

15. Vgl. Doss. wie Anm. 6.

16. Schreiben von F. T. Wahlen an G. Brown vom 21. September 1965, dodis.ch/31426.

17. Vgl. das Schreiben von H. Bühler an F. T. Wahlen vom 13. September 1965, Doss. wie Anm. 1.

dodis.ch/31763

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen¹

BEITRAG ZUR BEANTWORTUNG DER INTERPELLATION² DER NATIONALRÄTLICHEN KOMMISSION FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN IN DER SEPTEMBER-SESSION 1965 (SIEHE NOTIZ VON HERRN BOTSCHAFTER MICHELI VOM 7. SEPTEMBER AN HERRN DR. LINDT³)

Bern, 13. September 1965

Entwicklungshilfe

1. Allgemeine Erwägungen

Ein besserer Ausgleich zwischen armen und reichen Nationen, mit andern Worten die Hebung des Standards der Entwicklungsländer, ist aus politischen, wirtschaftlichen und moralischen Gründen eines der obersten Anliegen der Menschheit. An ihm sind Entwicklungsländer und entwickelte Länder gleichermaßen interessiert. Aus politischen Gründen, weil er die politischen Spannungen reduziert, aus wirtschaftlichen Gründen, weil dadurch der Handel (die internationale Arbeitsteilung) gefördert wird, aus moralischen Gründen, weil allzu grosse soziale Unterschiede den Kontakt zwischen den Menschen vergiften und verfälschen.

Dass die Schweiz ihren angemessenen Teil an der Entwicklung der unterentwickelten Länder leistet, ist selbstverständlich. Würden wir nicht das in unseren Kräften liegende tun, so könnten wir nicht vor uns selbst bestehen, wir würden aber auch den Ruf der Schweiz im Ausland beeinträchtigen, und zwar sowohl in den Entwicklungsländern wie in den entwickelten Ländern.

Die Entwicklungshilfe ist ein wesentlicher wenn nicht der wichtigste Bestandteil unserer Politik gegenüber den Entwicklungsländern⁴. Als Land,

1. Notiz: E 2804(-) 1971/2 Bd. 104 (041.6). Verfasst von R. Pestalozzi.

2. Zur Interpellation von K. Furgler und H. Hubacher vgl. *Sten. Bull. NR, 1965, S. 550–579.*

3. Doss. E 2005(A) 1978/137 Bd. 1 (t.011).

4. Zu den Grundsätzen der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit vgl. *das Protokoll der Kommission für technische Zusammenarbeit vom 16. November 1965, dodis.ch/31903; die Zusammenfassung des Programms der Entwicklungszusammenarbeit 1965–1967 von A. R. Lindt vom 30. April 1966, dodis.ch/31756; die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit der Schweiz mit Entwicklungsländern vom 27. Dezember 1966, BBl, 1967, I, S. 13–55 sowie Doss. E 2005(A) 1978/137 Bd. 1 (t.001 und t.002). Allgemein zu Afrika vgl. den Bericht von H. Rentsch vom März 1964, dodis.ch/32004 sowie das Protokoll der Botschafterkonferenz 1966 vom 4. Oktober 1966, dodis.ch/30805, S. 54–58. Zu Tunesien vgl. die Notiz von W. Spühler vom 8. Januar 1966, dodis.ch/31789. Allgemein zu Asien vgl. das Protokoll der Botschafterkonferenz 1966 vom 4. Oktober 1966, dodis.ch/30805, S. 31–35. Zu Indonesien vgl. Dok. 95, dodis.ch/31334. Zu Tibet vgl. Dok. 112, dodis.ch/30931. Zu Vietnam vgl. die Schreiben von C. Masset an P. Micheli vom 9. September 1964, dodis.ch/31144; vom 29. Oktober 1964, dodis.ch/31158 und vom 4. November 1964, dodis.ch/31146 sowie die Fotos vom 23. Oktober 1964, dodis.ch/31843. Allgemein zu Südamerika vgl. das Protokoll der Botschafterkonferenz 1966 vom 4. Oktober 1966, dodis.ch/30805, S. 68–73.*

das keinem Block verschrieben ist, als Binnenland ohne viel Rohstoffe, das trotzdem einen hohen Lebensstandard erreicht hat, als Land, das trotz seiner Vielfalt den Sprachenfrieden, den Religionsfrieden und den sozialen Frieden aufrecht zu erhalten wusste, als Land, das es verstand, sich aus kriegerischen Verwicklungen herauszuhalten, geniessen wir in den meisten Entwicklungsländern ein Ansehen, das eine gute Grundlage für freundschaftliche Beziehungen bildet. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass dieses Ansehen nicht ein für alle Mal gegeben ist, sondern dass dauernde Anstrengungen notwendig sind, um es zu erhalten. Die Erwartungen, welche die Entwicklungsländer in die Schweiz setzen, sind gross. Auch wenn wir sie nicht alle erfüllen können, müssen wir doch zeigen, dass wir mehr als nur theoretisches Verständnis für ihre Probleme haben.

Noch unter einem andern Gesichtspunkt ist die Entwicklungshilfe für uns wertvoll. Sie öffnet uns Tore in eine andere Welt, sodass wir unsere eigenen Mühen und Sorgen mit andern Augen sehen lernen. Als weltauftgeschlossenes Volk wissen wir, dass der Kontakt mit der sogenannten Dritten Welt geistige Bereicherung und Stimulierung bedeutet. Insofern ist Hilfe an Entwicklungsländer auch Hilfe an unsere eigene Entwicklung.

Es ist in internationalen Kreisen das Postulat aufgestellt worden, dass hoch entwickelte Länder 1% des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe aufbringen sollten. Ob wir dieses Ziel heute erreichen, hängt davon ab, was für Leistungen man als Entwicklungshilfe auffasst⁵. Die Leistungen der Schweiz zugunsten der Entwicklungsländer beruhen zum grösseren Teil auf den Beziehungen der schweizerischen Wirtschaft mit den Entwicklungsländern. Die Leistungen der Privatwirtschaft erfolgen aber fast immer zu kommerziellen Bedingungen und viele Entwicklungsländer sind nicht in der Lage, solche Bedingungen einzugehen. Die Leistungen der Privatwirtschaft müssen deshalb durch solche gemeinnütziger Organisationen und durch solche des Staates ergänzt werden.

Angesichts der Bedeutung der Entwicklungshilfe für die Zukunft der Welt verwundert es nicht, dass die internationalen Organisationen, vorab die UNO und ihre Spezialorganisationen, sich dieser Aufgabe intensiv annehmen. Die Schweiz unterstützt die meisten ihrer Programme durch Beiträge⁶. Sie zeigt damit, dass ihre Neutralität und die Nichtmitgliedschaft bei der UNO sie nicht hindern, an internationalen Solidaritätsbestrebungen das ihre beizutragen⁷. Mit ihren Beiträgen an multilaterale Programme fördert die Schweiz nicht nur die Entwicklung in den emporstrebenden ärmern Ländern, sie fördert auch die internationalen Organisationen an sich, indem sie ihre Wirkungsmöglichkeiten erhöht. Als Ausdruck des Willens zur Lösung gemeinsamer Probleme der Völker im Geiste der Zusammenarbeit sind die internationalen Organisationen

5. *Selbst unter Berücksichtigung der privaten Entwicklungshilfe machte die gesamte Entwicklungshilfe der Schweiz 1966 nur 0.45% des schweizerischen Bruttosozialprodukts aus. Vgl. das Exposé von R. Pestalozzi vom 28. Juni 1966, dodis.ch/31737.*

6. *Vgl. das BR-Prot. Nr. 124 vom 17. Januar 1964, dodis.ch/31560; das BR-Prot. Nr. 1297 vom 12. Juli 1966, dodis.ch/31758 sowie die Rede von W. Spühler vor dem Nationalrat vom 5. Oktober 1966, dodis.ch/31733.*

7. *Zu den Beziehungen der Schweiz zu der UNO vgl. Dok. 40, dodis.ch/31553.*

heute ein unentbehrliches Instrument, an dessen Wirksamkeit die Schweiz nicht weniger als andere Nationen interessiert ist.

Neben der multilateralen Entwicklungshilfe steht sodann die bilaterale Hilfe, die Hilfe von Land zu Land. Sie erlaubt einen persönlichen, den Möglichkeiten unseres Landes angepassten Einsatz der für die Entwicklungshilfe zur Verfügung stehenden Mittel und hilft mit zur Schaffung einer Atmosphäre zwischen den betreffenden Ländern und uns, die geeignet ist, die bestehenden bilateralen Probleme im Geiste der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses zu lösen. Wir schliessen deshalb kein Land, mit dem wir normale Beziehungen unterhalten, grundsätzlich von unserer Hilfe aus, wobei wir freilich nicht überall helfen können, oder jedenfalls nicht überall im gleichen Masse, da dies auf eine Verzettlung unserer Mittel hinauslaufen würde, die der Hilfe ihre Wirksamkeit nähme⁸.

2. Die drei Arten der Entwicklungshilfe

Die Entwicklungshilfe hat vor allem drei Gebiete zum Gegenstand, die sich allerdings bis zu einem gewissen Grade gegenseitig durchdringen: die technische Hilfe, die Finanzhilfe und die handelspolitischen Massnahmen.

a. Die technische Hilfe

Die technische Hilfe des Bundes hat 1961 mit der Schaffung eines besonderen Zweiges der Bundesverwaltung und der Bereitstellung grösserer Mittel den entscheidenden Impuls erhalten⁹. Der gegenwärtige Rahmenkredit¹⁰ wird bis Mitte 1967 reichen und erlaubt jährliche Verpflichtungen von 36 Millionen Franken. Für Studierende aus Entwicklungsländern in der Schweiz werden ausserdem jährlich etwa 2 Mio. ausgegeben.

Ich möchte aber hervorheben, dass die Vermittlung von Wissen und Erfahrungen an die Entwicklungsländer sich keineswegs auf das beschränkt, was der Bund unternimmt. Gemeinnützige schweizerische Organisationen, worunter an vorderer Stelle die christlichen Missionen, entwickeln auf dem Gebiete der technischen Hilfe schon lange eine äusserst fruchtbare Tätigkeit. Der Bund arbeitet eng mit ihnen zusammen und ermöglicht ihnen durch Beiträge an auserwählte Projekte, ihre Arbeit nicht unbedeutend auszudehnen¹¹.

8. Zu den sog. «Schwerpunktländern» der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit vgl. den Bericht des Politischen Departements und des Volkswirtschaftsdepartements vom Januar 1964, dodis.ch/31917, S. 42–44; die Notiz von O. Hafner vom 13. Juli 1964, dodis.ch/31916 sowie die Notiz von R. Pestalozzi vom 17. Mai 1966, S. 26–27, dodis.ch/31739.

9. Vgl. DDS, Bd. 21, thematisches Verzeichnis: VI.3. Entwicklungshilfe.

10. Vgl. dazu die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit der Schweiz mit den Entwicklungsländern vom 29. Mai 1964, BBl, 1964, I, S. 1069–1094. Zum nachfolgenden Rahmenkredit vgl. Dok. 173, dodis.ch/31734.

11. Zu den christlichen Missionen in Indien vgl. das BR-Prot. Nr. 471 vom 7. März 1966, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 707.1. Zu den Aktivitäten der Basler Mission in Ghana vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 79, dodis.ch/30353. Zu der Mission «Pères blancs» in Ruanda vgl. den Bericht von H. K. Frey vom Juni 1964, dodis.ch/31361.

Erwähnt werden muss aber auch die technische Hilfe schweizerischer Firmen, etwa im Zusammenhang mit der Anlernung im Gebrauch und Unterhalt schweizerischer Exportgüter, oder in Form der Verleihung schweizerischer Lizenzen, oder in der Tätigkeit schweizerischer Beraterfirmen, oder durch Anlernung von einheimischem Personal in schweizerischen Niederlassungen und Tochtergesellschaften in Entwicklungsländern¹². Obwohl es sich dabei in der Regel um Leistungen gegen ein nach kommerziellen Gesichtspunkten berechnetes Entgelt handelt, liegt darin eine wertvolle Hilfe zur Entwicklung der betreffenden Länder.

Von den Mitteln, die der Bund für technische Hilfe einsetzt, werden etwa $\frac{1}{3}$ für die multilaterale Hilfe verwendet. Es handelt sich zur Hauptsache um Beiträge an das Erweiterte Programm der technischen Hilfe der UNO und den Spezialfonds der UNO¹³. Die Schweiz hat zurzeit einen Sitz im Komitee für technische Hilfe der UNO und damit Gelegenheit, die Gestaltung der technischen Hilfe der UNO mitzubestimmen.

Die bilaterale technische Hilfe des Bundes geht an etwa 75 verschiedene Länder, davon aber 70% an nur 10 Länder, was zeigt, dass wir eine gewisse Konzentration anstreben, und zwar auf Länder, die der Hilfe besonders dringend bedürfen oder wo die Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Hilfe besonders günstig liegen¹⁴.

Die Hilfe besteht in Ausbildung, Beratung oder in der Durchführung von Entwicklungsarbeiten. Bei den Projekten privater Organisationen, die der Bund unterstützt¹⁵, handelt es sich meist um Schulungsprojekte. Unter den Bundesprojekten befinden sich verschiedene Projekte für die berufliche Schulung¹⁶. Wir legen das Gewicht immer mehr auf die Schulung im Entwicklungsland selber, was aber nicht ausschliesst, dass wir fortfahren, in besonderen Fällen Stipendien für eine Ausbildung in der Schweiz zu erteilen. Dieses Jahr werden 540 Angehörige aus Entwicklungsländern mit Bundesmitteln eine Ausbildung in der Schweiz genossen haben, davon 300 Hochschulstudenten und 150 in eigens für sie organisierten Kursen, die übrigen in einzelnen Schulen und bei verschiedenen Lehrmeistern¹⁷. Dazu kommen 230 Stipendiaten, die von

12. Zu den Plänen des Verbands der schweizerischen Uhrenindustrie, in Indien Uhren herzustellen, vgl. das Schreiben von E. Serra an E. Stoppper vom 20. Januar 1965, dodis.ch/30925. Zur Frage der Ausbildung von kongolesischen Spezialisten für schweizerische Chiffriergeräte vgl. Dok. 42, dodis.ch/31525.

13. Vgl. dazu den Bericht des Politischen Departements und des Volkswirtschaftsdepartements vom Januar 1964, dodis.ch/31917, S. 40–41; das BR-Prot. Nr. 458 vom 28. Februar 1964, dodis.ch/31666; das Exposé von R. Pestalozzi vom 28. Juni 1966, dodis.ch/31737 sowie das BR-Verhandlungsprot. der 79. Sitzung vom 13. November 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 1 f.

14. Zu den sog. «Schwerpunktländern» vgl. Anm. 8.

15. Zum Abkommen mit Indien über die privaten Hilfswerke vgl. das Schreiben von A. R. Lindt an R. Fässler vom 13. Oktober 1966, dodis.ch/30930.

16. Zu Indien vgl. Dok. 74, dodis.ch/30929. Zu Peru vgl. z. B. das Schreiben von H. Hess an A. R. Lindt vom 19. November 1965, dodis.ch/31408. Für eine Übersicht über Projekte in Ruanda vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 153, dodis.ch/30258 sowie das BR-Prot. Nr. 8 vom 4. Januar 1966, dodis.ch/31362. Zu Jordanien vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 23. Sitzung vom 26. März 1965, dodis.ch/32010, S. 1.

17. Vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 96, dodis.ch/30149.

internationalen Organisationen in der Schweiz plaziert werden¹⁸. Ich möchte hier allen jenen danken, die sich der Ausbildung dieser Leute annehmen, aber auch jenen, die für ihr sonstiges Wohl besorgt sind; es ist gewiss nicht immer eine leichte Aufgabe.

Zurzeit befinden sich ca. 60 Schweizer im Auftrag des Bundes in Entwicklungsländern, wovon etwa die Hälfte Einzelexperten, während die übrigen in kombinierten Projekten eingesetzt sind¹⁹. Über 100 weitere schweizerische Experten stehen im Dienste internationaler Organisationen²⁰. Unsere Landsleute leisten ihre Arbeit teilweise unter schwierigen Lebensbedingungen. Nicht wenige verdanken das Vertrauen, das ihnen entgegengebracht wird, dem Umstand, dass sie aus einem neutralen Land kommen. Erwähnen möchte ich hier auch jene Arbeitgeber, die, unter bisweilen erheblichen Opfern, diesen Experten einen Urlaub erteilt haben. Ausser den Experten hat der Bund sodann eine Gruppe von 20 Freiwilligen in verschiedenen Entwicklungsländern²¹. Hier öffnen sich unserer Jugend neue Tore; ihr Einsatz verdient unsere Bewunderung.

Der Bund hat auch einige grössere Projekte in Angriff genommen, um eine Wirkung zu erzielen, die mehr in die Tiefe und Breite geht, als das in der Regel bei der Entsendung von einzelnen Experten und der Ausbildung einzelner Angehöriger von Entwicklungsländern der Fall ist. So etwa die Ansiedlung von tibetischen Flüchtlingen in Nepal²², die Ermöglichung einer Milchwirtschaft in den Bergen Südindiens durch entsprechenden Pflanzenbau und Viehzucht²³, die Erstellung einer Milchpulverfabrik in der Türkei²⁴, die Förderung des

18. Für eine Übersicht dazu vgl. *Doss. E 2005(A) 1978/137 Bd. 346* (t.500.0; t.500.10; t.500.50 und t.500.510).

19. Für eine Übersicht über die Thematik der Experten vgl. *Doss. E 2005(A) 1978/137 Bd. 197* (t.400). Zur Frage der Entsendung von Experten nach Kuba vgl. die *Notiz des Politischen Departements vom 31. März 1964*, dodis.ch/30971. Zu Ruanda und zum Projekt TRAFIPRO vgl. das *Protokoll vom 10. Februar 1964*, dodis.ch/31356; der *Bericht von H. K. Frey vom Juni 1964*, dodis.ch/31361; das *BR-Prot. Nr. 8 vom 4. Januar 1966*, dodis.ch/31362; das *BR-Prot. Nr. 1322 vom 15. Juli 1966*, dodis.ch/31363; das *BR-Prot. Nr. 1835 vom 21. Oktober 1966*, dodis.ch/31364 sowie das *BR-Verhandlungsprot. der 8. Sitzung vom 2. Februar 1965*, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 1. Zur Funktion des schweizerischen Beraters des ruandischen Präsidenten, H. K. Frey vgl. *Dok. 89*, dodis.ch/31353.

20. Zur Frage der schweizerischen Experten in internationalen Organisationen vgl. für den Kongo *Dok. 103* dodis.ch/31503.

21. Zum Einsatz von Freiwilligen in Dahomey, Kamerun und Tunesien vgl. das *BR-Prot. Nr. 64 vom 10. Januar 1964*, dodis.ch/30259; die *Notiz des Politischen Departements vom 12. April 1965*, dodis.ch/31741 sowie das *BR-Prot. Nr. 398 vom 21. Februar 1964*, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 682.2.

22. Vgl. dazu *DDS, Bd. 22, Dok. 158*, dodis.ch/18988. Vgl. ferner das Schreiben von J.-A. Cuttat an F. T. Wahlen vom 16. Februar 1964, dodis.ch/31073; das *BR-Prot. Nr. 1210 vom 3. Juli 1964*, dodis.ch/31061; das Schreiben von A. R. Lindt an P. Micheli vom 9. Oktober 1964, dodis.ch/31064; das *BR-Prot. Nr. 444 vom 8. März 1965*, dodis.ch/31067; das Schreiben von R. Wilhelm an A. R. Lindt vom 18. April 1965, dodis.ch/31069; das *BR-Prot. Nr. 7 vom 4. Januar 1966*, dodis.ch/31071 und das *Protokoll vom 26 Mai 1966*, dodis.ch/31755, S. 11.

23. Zu den Projekten in Kerala vgl. *Dok. 74*, dodis.ch/30929, Anm. 17.

24. Vgl. die *Notiz des Politischen Departements vom 20. Oktober 1962*, dodis.ch/19046 sowie das *Accord entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République de Turquie*

Genossenschaftswesens in Rwanda²⁵, die Förderung der Viehwirtschaft in Peru²⁶. Diese und andere vielversprechende Projekte weisen auf immer neue Möglichkeiten der technischen Hilfe, die wir mit Umsicht wahrzunehmen trachten.

*b. Die Finanzhilfe*²⁷

Dass technische Hilfe für die Entwicklung allein nicht genügt, zeigt sich immer dann, wenn aus Ratschlägen, Projekten und Plänen Wirklichkeit werden soll. In vielen Fällen ist dies nur möglich, wenn das nötige Kapital, teilweise wenigstens, vom Ausland bereitgestellt wird.

Durch die Gewährung von Exportkrediten leisten Industrie und Banken²⁸ wertvolle Hilfe. Durch die Garantierung des damit eingegangenen Risikos unterstützt der Bund seit langem die Gewährung solcher Kredite. Zurzeit sind Kredite von ca. 950 Mio. für Lieferungen in Entwicklungsländer durch den Bund gedeckt. Die Lauffristen dieser Kredite sind in den letzten Jahren für die Entwicklungsländer immer länger geworden. Dementsprechend hat sich auch das Risiko erhöht.

Absolut, aber noch mehr im Vergleich zu andern Ländern, investiert die schweizerische Wirtschaft sodann recht bedeutende Summen in Entwicklungsländern in Form von Beteiligungen. Man schätzt sie auf gegen 200 Mio. jährlich. Durch Abkommen mit Entwicklungsländern über den Schutz von Investitionen²⁹ versucht der Bund, diesen Investitionen gewisse Sicherheiten zu geben. Ausserdem wird die Gewährung von Investitionsrisikogarantien durch den Bund erwogen. Die Vorarbeiten für ein entsprechendes Bundesgesetz nähern sich dem Abschluss³⁰.

Die Finanzhilfe der Schweiz beruht vor allem auf privaten Leistungen verbunden mit Bundesgarantien. Leider hat nun aber das Eingehen von Schulden durch die Entwicklungsländer zu einem Schuldenberg geführt, der in manchen Fällen kaum mehr tragbar ist und vielerorts bereits an die Grenze der Zahlungsfähigkeit geführt hat. Das brachte die Schweiz, im Verband mit anderen Gläubigerländern, dazu, Konsolidierungskredite zu gewähren³¹. Eine Vorlage, den Bundesrat zur Gewährung solcher Kon-

concernant la coopération technique pour le développement de l'industrie laitière turque dans les régions de Kars et d'Istanbul vom 22. Juni 1964, dodis.ch/18412.

25. Vgl. Anm. 19 sowie die Notiz von R. Ulrich vom 19. Oktober 1966, dodis.ch/31365.

26. Zur technischen Hilfe in Peru vgl. Dok. 158, dodis.ch/31347.

27. Zur erstmaligen Unterstützung der International Development Association durch die Schweiz vgl. das BR-Prot. Nr. 1357, dodis.ch/31754 sowie das BR- Verhandlungsprot. der 45. Sitzung vom 15. Juli 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 10.

28. Handschriftlich korrigiert aus unsere Industrie bzw. unsere Banken hier.

29. Zum Investitionsschutzabkommen mit dem Kongo vgl. Dok. 94, dodis.ch/31502, Anm. 2. Zum Investitionsschutzabkommen mit Tansania vgl. das BR-Prot. Nr. 715 vom 23. April 1965, dodis.ch/32076. Zum Abkommen mit Dahomey zu Investitionsschutz, Handel und technischer Zusammenarbeit vgl. das BR-Prot. Nr. 1780a, dodis.ch/32071. Zum Investitionsschutz in Lateinamerika vgl. Dok. 130, dodis.ch/31582. Für eine Übersicht über die verschiedenen Investitionsschutzabkommen vgl. die Notiz vom 8. Januar 1968, dodis.ch/32000.

30. Vgl. das BR-Prot. Nr. 2292 vom 28. Dezember 1965, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 704.2.

31. Zur Frage der Konsolidierungsabkommen vgl. Dok. 62, dodis.ch/31530.

solidierungskredite zu ermächtigen, ist vor kurzem an die Räte gerichtet worden³².

Sodann erweist es sich als notwendig, einigen Ländern, um deren Überschuldung zu vermeiden, Kredite zu Vorzugsbedingungen – lange Rückzahlungsfristen, geringe Zinssätze, usw. – zu gewähren, die man als weiche Darlehen zu bezeichnen pflegt. Hierfür kommt als Kreditgeber wohl nur der Staat in Frage. Für einen solchen Kredit, Indien betreffend³³, liegt eine Vorlage zurzeit vor den Eidg. Räten³⁴. Es ist nicht ausgeschlossen, dass wir weitere solche Vorlagen unterbreiten werden. Andere entwickelte Staaten³⁵ sind uns mit dieser Form der Entwicklungshilfe weit voraus³⁶.

c. Handelspolitische Massnahmen

Alle Entwicklungshilfe ist Hilfe zur Selbsthilfe. Auf die Dauer wird sich ein Entwicklungsland nur dann selbst helfen können, wenn es ihm gelingt, ein gewisses Exportvolumen zu lohnenden Preisen aufzubringen, um so die notwendigen Importe tätigen zu können. Die entwickelten Länder können hier dadurch helfen, dass sie die Einfuhrbeschränkungen für Produkte aus Entwicklungsländern abbauen. Ferner wird angestrebt, durch den Abschluss von internationalen Rohstoffabkommen übermässigen Preisfluktuationen entgegenzuwirken und den Entwicklungsländern einen angemessenen Preis zu sichern. Auch andere Massnahmen, wie Erweiterung der regionalen Märkte, Anpassung der Produktion an die Exportmöglichkeiten, dienen der Exportförderung und können von den entwickelten Ländern gefördert werden.

Unter den internationalen Organisationen, welche sich dieser Probleme speziell annehmen, sind vor allem das GATT³⁷ und die UNCTAD³⁸ zu nennen. Durch die Anfügung eines IV. Teils an die Statuten des GATT ist der Rahmen gesteckt worden, innerhalb dessen den Entwicklungsländern auf handelspolitischem Gebiet geholfen werden soll. Eine Vorlage betreffend Genehmigung dieser Ergänzung des GATT-Abkommens liegt vor den Eidg. Räten³⁹.

Während das GATT unter Zugrundelegung der bewährten Formen der internationalen Zusammenarbeit den Problemen der Förderung des Handels der Entwicklungsländer auf den Leib rückt, holt die Konferenz für Handel und Entwicklung, die vergangenes Jahr ins Leben gerufen worden ist, weiter aus. In Erkenntnis der Bedeutung, welche den Auseinandersetzungen in diesem neuen Gremium der Vereinten Nationen zukommt, hat die Schweiz von

32. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines Bundesbeschlusses betreffend den Abschluss von Schulden-Konsolidierungsabkommen vom 20. September 1965, *BBl*, 1965, II, S. 1201–1204.

33. *handschriftlich gestrichen*.

34. *Zur Frage der Transferkredite vgl. Dok. 62, dodis.ch/30926, Anm. 2.*

35. *Zum Vergleich mit anderen Ländern vgl. die Notiz von R. Pestalozzi vom 23. Mai 1966, dodis.ch/31738 sowie das Exposé von R. Pestalozzi vom 28. Juni 1966, dodis.ch/31737.*

36. *Handschriftliche Anmerkung: Weiche Darlehen – Beteiligung IDA u. s. w.*

37. *Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 1, dodis.ch/30938, Anm. 8.*

38. *Zur UNCTAD vgl. Dok. 11, dodis.ch/31695.*

39. *Vgl. BR-Prot. Nr. 1596 vom 20. September 1965, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 701.2 und BBl, 1965, II, S. 1206–1234.*

Anfang an aktiv an den Arbeiten der UNCTAD teilgenommen. Wir hoffen, dass diese zu praktischen Lösungen führen werden, denen alle Beteiligten zustimmen können.

101

dodis.ch/31456

*Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen*¹

NOTIZ BETREFFEND DIE WAHRUNG FREMDER INTERESSEN²

[Bern,] 14. September 1965

In den letzten Monaten ist der Tätigkeitsbereich auf dem Gebiet der Wahrung fremder Interessen erweitert worden.

Die im Frühjahr bekundete Absicht Deutschlands, diplomatische Beziehungen mit Israel anzuknüpfen³, hat die bekannten Reaktionen in der arabischen Welt hervorgerufen⁴. Anlässlich der Zusammenkunft der arabischen Aussenminister am 14. und 15. März 1965 in Kairo wurde empfohlen, dass die diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik abgebrochen werden sollen⁵. Der Beschluss wurde während den anschliessenden Wochen von einigen arabischen Ländern in die Tat umgesetzt.

Unser Land wurde alsdann von der *Bundesrepublik Deutschland* ausersuchen, ihre Interessen in *Algerien*⁶ wahrzunehmen. Fast gleichzeitig ersuchte

1. *Notiz*: E 2804(-) 1971/2 Bd. 104 (041.6). Verfasst von R.-E. Campiche und R. Hartmann, unterzeichnet von R. Hartmann.

2. Für eine Übersicht über die Vertretung fremder Interessen durch die Schweiz vgl. *Dok. 107*, dodis.ch/30981 und das Schreiben von H. Keller an P. Micheli vom 1. April 1965, dodis.ch/31492. Zum Ende der Vertretung belgischer Interessen in Ägypten vgl. die Notiz von J. Burckhardt vom 6. April 1964, dodis.ch/31721. Zur Frage der Vertretung portugiesischer Interessen in Kenia vgl. *Dok. 4*, dodis.ch/30900 sowie das BR-Prot. Nr. 314 vom 11. Februar 1964, dodis.ch/30901. Zur Frage von gemeinsamen diplomatischen Vertretungen mit Österreich vgl. *Dok. 63*, dodis.ch/31092, bes. *Anm. 14* sowie *Dok. 148*, dodis.ch/31105. Zur Frage der Vertretung fremder Interessen in Rhodesien vgl. *Dok. 130*, dodis.ch/31089. Zur eventuellen Übernahme britischer Interessen in verschiedenen afrikanischen Staaten aufgrund des Rhodesienkonflikts vgl. das BR-Prot. Nr. 2159 vom 13. Dezember 1965, dodis.ch/31125. Zu den guten Diensten der Schweiz für die UNO-Untersuchungskommission in Südvietnam vgl. den Bericht vom 23. Juni 1964, dodis.ch/18901.

3. Vgl. dazu das Schreiben von F. T. Wahlen an P. Chaudet vom 1. Juni 1965, dodis.ch/32017.

4. Zu den Spannungen zwischen Israel und den arabischen Staaten vgl. *DDS, Bd. 17, Dok. 127*, dodis.ch/3920; *DDS, Bd. 18, Dok. 37*, dodis.ch/8683; *DDS, Bd. 20, Dok. 125*, dodis.ch/12835 und *DDS, Bd. 21, Dok. 12*, dodis.ch/15544.

5. Vgl. dazu die Notiz von R. Probst an F. T. Wahlen vom 18. Mai 1965, dodis.ch/31210. Zum Israelboykott vgl. ferner *Dok. 57*, dodis.ch/31704, bes. *Anm. 7*.

6. Zur Vertretung der deutschen Interessen in Algerien vgl. *Dok. 75*, dodis.ch/31240, bes. *Anm. 3*.

uns Irak um Übernahme der Vertretung seiner Interessen *in Bonn*⁷. Durch die beidseitige Zustimmung des Bundesrates bot sich wiederum eine willkommene Gelegenheit, den Wert der schweizerischen Neutralität auf weltweiter Ebene zur Wirkung zu bringen. Die Tatsache, dass uns diesmal ein *arabischer* Staat um die Wahrung seiner Interessen in Deutschland ersuchte, stellt insofern ein *neues positives Element* dar, als wir damit ein *wichtiges mittelöstliches Land* in einem *wichtigen westlichen Land* vertreten, also nicht mehr so einseitig als Schutzmacht des Westens dastehen⁸.

Mit der Übernahme dieser zwei Mandate ist die Zahl der Länder, deren Interessen wir wahren, auf *siebzehn* angewachsen. (Vgl. beiliegende Liste⁹.)

Unsere guten Dienste werden *in Kuba*¹⁰ aktiv fortgesetzt, wo die Wahrung der Interessen der USA und von *neun südamerikanischen Staaten*¹¹ unserem Lande ein wichtiges diplomatisches Tätigkeitsfeld in einem Teil der Welt eröffnet, auf den sich zufolge der Ereignisse in der *dominikanischen Republik*¹² die Aufmerksamkeit *erneut konzentriert hat*.

Als illustratives Beispiel sei erwähnt, dass sich unsere Botschaft in Kuba mit den Fällen von verhafteten amerikanischen Staatsangehörigen, so von zwei Vertretern der Mission der Baptistenkirche, zu befassen hat¹³.

P. S.

Es erhebt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob unsere Tätigkeit auf diesem Gebiet – ein wichtiges Element unserer *aktiven Neutralitätspolitik* – im In- und Ausland genügend *publik* gemacht wird¹⁴. *Gerade im Ausland* könnte angesichts der z. T. unberechtigten Kritiken an unserer neutralen Haltung, die oft als «Drückebergerei»¹⁵ hingestellt wird, durch unsere Vertretungen vermehrt auf diese Dienste hingewiesen werden, beispielsweise auch durch Orientierung von Journalisten der betreffenden Länder. Auch im *Inland* könnte eventuell

7. Zur Vertretung der irakischen Interessen in der Bundesrepublik Deutschland vgl. Dok. 75, dodis.ch/31240.

8. Vgl. dazu das Telegramm Nr. 68 von M. Troendle an das Politische Departement vom 25. Mai 1965, dodis.ch/31287.

9. Für die Beilage vgl. dodis.ch/31456.

10. Zur amerikanischen Interessenvertretung in Kuba vgl. Dok. 2, dodis.ch/30978; Dok. 145, dodis.ch/30968; Dok. 146, dodis.ch/30985; den Politischen Bericht Nr. 2 von E. Stadelhofer an F. T. Wahlen vom 14. Februar 1964, dodis.ch/30991; den Politischen Bericht Nr. 6 von E. Stadelhofer an F. T. Wahlen vom 4. Mai 1964, dodis.ch/30888; die Rede von V. Martin vom 6. Mai 1964, dodis.ch/30980; die Notiz von P. Micheli vom 22. Oktober 1965, dodis.ch/30982; die Notiz von A. Maillard an F. Schnyder vom 11. Mai 1966, dodis.ch/30984; das Telegramm Nr. 45 von R. Probst an E. Stadelhofer vom 24. Mai 1966, dodis.ch/30977; den Bericht von R.-E. Campiche vom 7. Juni 1966, dodis.ch/30987; den Bericht von R. Probst vom 14. Juni 1966, dodis.ch/30986; die Notiz von R.-E. Campiche vom 2. September 1966, dodis.ch/30988.

11. Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Ecuador, Guatemala, Haiti, Honduras und Venezuela.

12. Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 2 von F. Bernoulli an W. Spühler vom 1. April 1966, E 2300-01 1973/156 Bd. 6 (A.21.31).

13. Zu den amerikanischen Gefangenen auf Kuba vgl. z. B. Doss. E 2003-01(A) 1978/47 Bd. 50 (o.841.521).

14. Vgl. dazu Dok. 169, dodis.ch/31454.

15. Vgl. dazu Dok. 104, dodis.ch/31614.

die Presse eingehender auf diese Aktivität aufmerksam gemacht werden¹⁶. Zweifellos wäre z. B. die «Neue Zürcher Zeitung» bereit, sich diesem Problem einmal speziell zu widmen. Die parlamentarische Diskussion könnte hiezu Gelegenheit bieten.

16. Auch P. Chaudet war der Ansicht, dass man etwas mehr über unsere guten Dienste berichten sollte, da man immer nur von unserer passiven Neutralität spreche, vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 42. Sitzung vom 1. Juli 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 4.

102

dodis.ch/31398

Der schweizerische Schriftstellerverein an den Chef des Protokolls des Politischen Departements, Ch.-A. Wetterwald¹

Zürich, 23. September 1965

Mit Interesse und lebhafter Zustimmung haben wir von der Rede² Kenntnis genommen, in der Herr Bundespräsident Tschudi zur Eröffnung des dänischen Königsbesuchs³ auf die besondere Bedeutung der *kulturellen* Beziehungen hinwies und aus dem Besuch eine Förderung auch dieser Fühlungnahme erhoffen liess.

Es wäre uns nun wertvoll zu erfahren, in welcher Weise dieser Absicht Rechnung getragen wurde. Wir lasen, dass bei drei oder vier Anlässen dem königlichen Paar⁴ die obligaten Jodler, Fahnenchwinger, Alphornbläser und Hirtenchöre ihre Künste vorzuführen die Ehre hatten⁵, was die Majestäten zweifellos sehr ergötzt haben wird. Auch las man von Kontakten mit musealem Kulturgut⁶. Dagegen haben wir nichts davon vernommen, ob bei einem der offiziellen Anlässe oder einer sonstigen Begegnung die Gelegenheit wahrgenommen wurde, die hohen Besucher und ihre kulturell interessierten Begleiter mit Persönlichkeiten des künstlerischen, literarischen, musikalischen und wissenschaftlichen Lebens bekannt zu machen. Wir denken dabei nicht so sehr an die offiziellen amtlichen Exponenten, sondern an einige hervorragende

1. Schreiben: E 2001(E) 1978/84 Bd. 620 (B.15.51). Unterzeichnet von H. Zbinden und F. W. Beidler.

2. Zur Rede von H.-P. Tschudi vom 13. September 1965 vgl. Doss. wie Anm. 1.

3. Zum dänischen Staatsbesuch vgl. auch Dok. 108, dodis.ch/31397. Vgl. ferner Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 93 (B.15.50) und Doss. wie Anm. 1.

4. König Friedrich IX. von Dänemark und seine Gemahlin Königin Ingrid.

5. Vgl. dazu auch das BR-Verhandlungsprot. der 36. Sitzung vom 15. Mai 1964, dodis.ch/31967, S. 11: Der Herr Bundespräsident hat aus einem Zeitungsartikel und auch von privater Seite vernommen, dass die Schweiz an der [Weltausstellung in New York] als Land der Schokolade, des Käses, der Uhren und Jodler figuriere, dass aber jeder Hinweis auf das Kulturland Schweiz fehle.

6. Zum Programm des Staatsbesuchs vgl. das BR-Prot. Nr. 1104 vom 25. Juni 1965, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 698.2.

Persönlichkeiten der Kunst und Wissenschaft. Nachdem wir oft genug zu hören bekommen und zur Genüge auf Auslandsreisen feststellen können, wie wenig die kulturelle Schweiz im Ausland bekannt ist (solche bedauernde Stimmen sind uns in letzter Zeit auch aus Skandinavien⁷ zugekommen), läge es zweifellos im Interesse unseres Landes und seiner Geltung im Ausland, wenn jede Gelegenheit benützt würde, um bedeutenden Besuchern und Gästen ausser der schweizerischen Folklore, der Schweizer Wirtschaft und Industrie, dem Schweizer Tourismus und dessen Bedeutung auch dem *kulturellen Profil* der Schweiz eine angemessene Beachtung zugewendet würde.

Wir sind überzeugt, dass Sie und Ihr Departement mit dieser Auffassung völlig einig gehen, und sehen daher mit umso grösserem Interesse Ihren Mitteilungen⁸ entgegen.

7. Zur Präsenz der Schweiz in Skandinavien vgl. den Bericht von C. Doka vom 18. November 1964, dodis.ch/31225 und bes. zu Finnland, das Schreiben von R. Hunziker an Pro Helvetia vom 15. Januar 1966, dodis.ch/31803.

8. Schreiben von Ch.-A. Wetterwald an den schweizerischen Schriftstellerverein vom 4. Oktober 1965, Doss. wie Anm. 1.

103

dodis.ch/31503

Interne Notiz des Politischen Departements¹

FORTFÜHRUNG DER AKTION DER UIT- UND PTT-EXPERTEN IM KONGO²

Bern, 30. September 1965

Am 28. September 1965 fand unter dem Vorsitz von Generaldirektor Ducommun eine Besprechung statt, in der unter anderem folgende Beschlüsse betreffend die am Rande erwähnten Aktionen gefasst wurden:

1. *UIT-Experten*: 1966 sollen nur noch 2 schweizerische Experten für die Dauer eines Jahres nach dem Kongo geschickt werden.

2. *PTT-Experten*: Die Aufenthaltsdauer des einzigen jetzt noch im Kongo weilenden schweizerischen PTT-Experten³ soll bis höchstens Ende Juni 1966 verlängert werden.

Die schweizerischen Experten werden Ihre Tätigkeit weiterhin im Rahmen des Kongo-Programmes der UIT und UPU ausüben (aber nicht mehr im Rahmen der ONUC⁴, die am 1. 1. 1966 aufgelöst wird).

1. Notiz: E 2005(A) 1978/137 Bd. 110 (t.311.02). Verfasst und unterzeichnet von O. Hafner.

2. Zur Frage der Weiterführung der Teilnahme an der UNO-Operation im Kongo im Bereich des Post- und Fernmeldewesens vgl. das BR-Prot. Nr. 359 vom 17. Februar 1964, dodis.ch/31508; die Notiz von P. Cuénoud an R. Pestalozzi vom 30. Dezember 1964, dodis.ch/31507 sowie das BR-Prot. Nr. 1190 vom 9. Juli 1965, dodis.ch/31506. Zur Frage der Weiterführung des Kintambo-Spitals vgl. die Notiz von R. Bühler an E. Thalmann vom 17. Juni 1966, dodis.ch/31504.

3. G. Gnaegi

4. Zur Frage der UNO-Aktion im Kongo vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 85, dodis.ch/15248; Dok. 86,

Der Hauptgrund für diesen weiteren Abbau unserer Leistungen liegt darin, dass Länder wie Deutschland, Frankreich und Belgien im Hinblick auf die Förderung ihrer kommerziellen Interessen dem Kongo gegenwärtig eine ziemlich grosszügige bilaterale technische Hilfe offerieren und jedenfalls alle wichtigen Positionen im PTT- und UIT-Sektor mit ihren Experten besetzen werden. Für die schweizerischen Experten kommen somit nur Posten von untergeordneter Bedeutung und rein ausführenden Charakters in Frage, die mit technischer Zusammenarbeit⁵ nicht mehr viel zu tun haben und denen schliesslich nur noch eine Art Handlangerfunktion im Dienst der Interessen Deutschlands, Frankreichs und Belgiens zukommen würde.

dodis.ch/15335; *Dok. 95*, dodis.ch/15341; *Dok. 122*, dodis.ch/15397 und *Dok. 128*, dodis.ch/15378 sowie *DDS, Bd. 22, Dok. 70*, dodis.ch/30218 und *Dok. 89*, dodis.ch/30220.

5. Für eine Übersicht über die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit vgl. *Dok. 100*, dodis.ch/31763.

104

dodis.ch/31614

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen¹

Vertraulich

Bern, 30. September 1965

Im Rahmen des von der UNO gemeinsam mit dem Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales in Genf durchgeführten Ausbildungsprogramms für Diplomaten aus den Entwicklungsländern, vor allem aus dem schwarzen Afrika, hatte ich, wie schon in den früheren Jahren, ein Exposé über die schweizerische Neutralität² zu halten. Meinem etwa einstündigen Vortrag schloss sich auch dieses Jahr wieder eine Diskussion in der Form an, dass ich die von den Kursteilnehmern gestellten Fragen beantwortete.

Es war für mich interessant festzustellen, dass die in früheren Jahren nur andeutungsweise zu Tage getretene Tendenz einer Kritik der schweizerischen Neutralität sich immer mehr verschärft³. Hatten noch in den Vorjahren die meisten Kursteilnehmer objektive Fragen über besondere Aspekte der schweizerischen Neutralitätspolitik (Nichtmitgliedschaft bei der UNO⁴, Neutralität im Zeitalter der Atomwaffen⁵ etc.) gestellt, so waren die Fragen in diesem Jahr fast ausnahmslos polemischer Natur. Die Bemerkungen der Kursteilnehmer

1. *Notiz*: E 2001(E) 1979/28 Bd. 12 (B.51.10). Verfasst und unterzeichnet von E. Diez. Kopien an R. Bindschedler, J. Burckhardt und A. R. Lindt.

2. *Zur Frage der Neutralität* vgl. auch das *BR-Prot. Nr. 1233 vom 7. Juli 1964*, dodis.ch/31616 und die *Notiz des Politischen Departements vom 7. Oktober 1965*, dodis.ch/31619.

3. *Zu einem anderen Schluss kam H. Langenbacher in seinem Referat für Heer und Haus*, vgl. *Dok. 169*, dodis.ch/31454.

4. *Vgl. dazu Dok. 40*, dodis.ch/31553.

5. *Zur Frage der Neutralität und Atomwaffen* vgl. *DDS, Bd. 22, Dok. 167*, dodis.ch/30595. *Zur Frage der Atombewaffnung der Schweizer Armee* vgl. auch *Dok. 15*, dodis.ch/31971, *bes. Anm. 3*.

waren, kurz zusammengefasst, ein Sammelsurium einer hämischen Kritik an der heuchlerischen Haltung der Schweiz zu den aussenpolitischen Problemen unserer Zeit. Neben dem Waffenexport⁶ wurde vor allem unsere viel zu positive Haltung Südafrika⁷ gegenüber wiederholt scharf angegriffen. Von einer Seite wurde uns sogar vorgeworfen, die junge Generation lasse sich im Kongo gegen die Freiheitsbewegung anwerben. Diese als allgemeine Tendenz der jungen Generation dargestellte Haltung stehe in einem eklatanten Widerspruch zu den Beteuerungen der schweizerischen Regierung. Andererseits wurde uns auch die Anerkennung von Rotchina⁸ angekreidet. Ein Teilnehmer wies darauf hin, dass sich die Schweiz eben nicht dadurch um ihre aussenpolitische Verantwortung drücken könne, dass sie sämtliche Staaten und Staatengruppen, einschliesslich der UDSSR, Rotchina und der afrikanischen Staaten⁹, anerkenne, so einfach gehe das heute nicht mehr. Schliesslich erklärte ein Teilnehmer ganz offen, er betrachte die schweizerische Neutralitätspolitik als etwas ausgesprochen Unmoralisches, indem er die schweizerische Regierung durchaus für fähig halte, mit verschränkten Armen zuzusehen, wie die schwarze Bevölkerung in Südafrika niedergemetzelt werde.

Selbstverständlich habe ich versucht, auf diese Fragen möglichst objektiv und leidenschaftslos, aber trotzdem deutlich zu antworten. Ob mir dies in der kurzen Zeit gelungen ist, bleibe dahingestellt. Auf alle Fälle hinterliess diese «Diskussion» einen eher peinlichen Eindruck und zeigte einmal mehr, dass unser Prestige im schwarzen Afrika alles andere als unbestritten ist. Neu für mich waren lediglich der Umfang und die Stärke der Kritik.

6. Für eine Übersicht über die Problematik des Kriegsmaterialexports vgl. *Dok. 176*, dodis.ch/31195.

7. Vgl. dazu *Dok. 97*, dodis.ch/31079 und *Dok. 105*, dodis.ch/31060.

8. Vgl. dazu das Telegramm von M. Petitpierre an Mao Zedong vom 17. Januar 1950, dodis.ch/8017. Vgl. ferner *Dok. 43*, dodis.ch/31039, *Anm. 17* und *Dok. 175*, dodis.ch/30922.

9. Zur Anerkennung von und Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit afrikanischen Staaten vgl. zum Sudan, *DDS, Bd. 20, Dok. 48*, dodis.ch/12040; zu Tunesien und Marokko, *DDS, Bd. 21, Dok. 68*, dodis.ch/11024; zu Guinea, *DDS, Bd. 21, Dok. 27*, dodis.ch/15647; zu Kamerun, *DDS, Bd. 21, Dok. 59*, dodis.ch/15565; zu verschiedenen westafrikanischen Ländern, *DDS, Bd. 21, Dok. 108*, dodis.ch/15517; zu Botswana und Lesotho das *BR-Prot. Nr. 1633* vom 9. September 1966, dodis.ch/32067; zur Unabhängigkeit von Botswana, den *Politischen Bericht Nr. 6* von R. Hunziker an W. Spühler vom 14. Oktober 1966, dodis.ch/32057; zu Gambia, das *BR-Prot. Nr. 255* vom 9. Februar 1965, dodis.ch/32068; zu Malawi und Zambia, das *BR-Prot. Nr. 1099* vom 12. Juni 1964, dodis.ch/32069 und der Bericht von R. Probst über seine Ostafrikareise vom 29. Juli 1964, dodis.ch/31498 sowie zur Unabhängigkeit von Zambia, den *Politischen Bericht Nr. 3* von A. Marcionelli an F. T. Wahlen vom 5. November 1964, dodis.ch/32070. Zu den schweizerischen Vertretungen in afrikanischen Staaten vgl. die Notiz von R. Pestalozzi vom 17. Juni 1966, dodis.ch/31349 und den Bericht des politischen Departements an die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats vom 1. April 1964, dodis.ch/31497.

105

dodis.ch/31060

Notice pour le Chef du Département politique, F. T. Wahlen¹

RELATIONS ENTRE LA SUISSE ET LA RÉPUBLIQUE D'AFRIQUE DU SUD

[Bern,] 12 octobre 1965

En vue de votre prochaine rencontre avec le Ministre des affaires étrangères d'Afrique du Sud², vous voudrez bien trouver ci-après quelques faits saillants concernant nos relations avec l'Afrique du Sud, ainsi que quelques notes sur la carrière et la personnalité de M. Muller.

1. Relations politiques

Nos relations avec la République d'Afrique du Sud sont bonnes et nous n'avons sur le plan bilatéral aucun problème majeur en suspens. Notre décision, prise à la fin 1963 d'arrêter l'exportation d'armes et de matériel de guerre vers ce pays³, a valu à notre Ambassadeur à Prétoria⁴ quelques remarques provenant surtout de milieux militaires⁵. Toutefois, nous ne pouvons pas dire que cette décision ait véritablement jeté une ombre dans nos relations avec l'Afrique du Sud⁶. D'autre part, il semble, d'après nos informations confirmées par les rapports d'une Commission spéciale des Nations Unies, que l'Afrique du Sud ne rencontre aucune difficulté à se procurer le matériel de guerre dont elle a besoin. Ne tenant d'aucune manière compte des résolutions du Conseil de sécurité dans ce domaine, la France a augmenté d'une façon considérable ces derniers mois ses exportations d'armes et de matériel de guerre vers l'Afrique du Sud; elle a pris la place dans ce secteur des Etats-Unis et dans une large mesure de la Grande-Bretagne. En outre, la Tchécoslovaquie, malgré le fait qu'elle fut une des premières à s'associer aux condamnations prononcées contre l'Afrique du Sud, continue à exporter par des voies détournées des armes vers ce pays.

Les Suisses en Afrique du Sud sont bien accueillis et la colonie suisse, qui est importante, y est très bien considérée. A la fin 1964, on comptait en Afrique du Sud et dans le territoire du Sud-Ouest Africain⁷ 4100 Suisses, dont la moitié à peu près avait également la nationalité sud-africaine. D'ailleurs, le mouvement

1. *Notice (copie)*: E 2806(-) 1971/57 vol. 10 (17-98). Rédigée par E. Brunner, signée et visée par R. Probst. Cette copie est adressée à P. Micheli.

2. H. Muller.

3. Cf. doc. 7, dodis.ch/31045, note 8.

4. F. Kappeler; à partir du 20 décembre 1963, P.-F. Brügger.

5. Sur la proposition de B. Schoeman d'accorder des facilités à Swissair à condition que la décision d'arrêter les exportations de matériel de guerre soit annulée, cf. la lettre de P. Micheli à P.-F. Brügger du 17 juillet 1964, dodis.ch/31051.

6. Pour un aperçu de la problématique des exportations de matériel de guerre, cf. doc. 176, dodis.ch/31195.

7. Sur la question du Sud-Ouest Africain, cf. doc. 181, dodis.ch/31380.

migratoire de la Suisse vers l'Afrique du Sud est actuellement dans une courbe ascendante. Voici les chiffres de ces dernières années:

1960	189
1961	126
1962	258
1963	353
1964	681
estimation pour 1965	1000

Selon nos informations, le 60% des personnes émigrant de Suisse vers l'Afrique du Sud sont de nationalité suisse⁸.

De nombreuses missions protestantes et catholiques sont actives auprès des populations de couleur en Afrique du Sud et ne rencontrent aucune difficulté dans leur travail missionnaire. Nous n'avons eu que dernièrement le cas d'un missionnaire catholique à qui les autorités sud-africaines voulaient refuser la permission de revenir en Afrique du Sud pour des raisons futiles; cette affaire a été réglée à la suite d'une intervention de notre part⁹.

2. Relations économiques

a) *Les investissements suisses*¹⁰ en Afrique du Sud s'élèvent à quelque 800 millions de francs. La Suisse est, après la Grande-Bretagne, les Etats-Unis et la France, le pays qui a les plus importants investissements en Afrique du Sud.

b) *La balance commerciale* avec l'Afrique du Sud nous est très favorable¹¹. Nous avons exporté vers ce pays en:

1963	pour 136 millions de francs
1964	pour 166 millions de francs
1965	les exportations tendent vers 200 millions,

alors que nous n'avons importé d'Afrique du Sud en:

1963	que pour 37 millions
1964	que pour 42 millions

c) Toutes les maisons suisses importantes ont des représentants en Afrique du Sud qui constitue un marché intéressant et dynamique. Les principales maisons dans le domaine de l'industrie chimique, pharmaceutique, et des machines, ont maintenant également des succursales en Afrique du Sud. Quatre entreprises suisses participent aux soumissions ouvertes par le Gouvernement de la République en ce qui concerne la construction du barrage sur le fleuve Orange qui est un des plus grands projets dans ce domaine.

[...] ¹²

8. Sur la question de l'enrôlement de main-d'oeuvre suisse par l'Afrique du Sud, cf. la lettre de R. Probst à E. Thalman du 2 avril 1965, dodis.ch/31059.

9. Sur les problèmes des missionnaires suisses en Afrique du Sud, cf. doss. E 2001(E) 1980/83 vol. 354 (A.15.32) et E 2001(E) 1980/83 vol. 16 (A.15.32).

10. Sur les investissements suisses en Afrique du Sud, cf. doc. 156, dodis.ch/31047.

11. Sur des négociations du GATT entre la Suisse et l'Afrique du Sud, cf. la notice de A. Schnebli à A. Weitnauer et H. Bühler du 20 décembre 1966, dodis.ch/32089.

12. Pour la version complète du document, cf. dodis.ch/31060.

106

dodis.ch/31336

*Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen*¹

PRÄSENZ DER SCHWEIZ; VERFASSUNGSARTIKEL ÜBER AUSLANDSCHWEIZER

Bern, 13. Oktober 1965

1. Am 11. Oktober 1965² fand, wie vorgesehen, unter dem Vorsitz von Herrn Alt-Bundesrat Petitpierre³ eine Sitzung statt, zu der das Auslandschweizersekretariat der NHG eingeladen hatte. Anwesend waren u. a. die Herren Chopard, Zentralpräsident der NHG, Dr. Gerhard Schürch, Präsident der Auslandschweizerkommission der NHG, Minister Gérard Bauer, Ambord (Swissair), Kämpfen (Verkehrszentrale), von Känel (Schweizerwoche), Curchod (Kurzwellensender), Boissonas (Pro Helvetia) und der Unterzeichnete als Beobachter.

2. Die Ergebnisse der zweistündigen Aussprache, soweit sie sich konkretisieren und fixieren lassen, scheinen die folgenden zu sein:

a) Die «Präsenz der Schweiz» im Ausland muss verstärkt werden⁴. Unser Ansehen hat gelitten. Erwünscht ist eine Verbesserung der Koordination; ferner ein zielbewussterer Einsatz der vorhandenen Mittel.

b) Die Beziehungen zu den Auslandschweizern⁵ müssen gestärkt werden. Der Dialog zwischen unseren Landsleuten und den Schweizern im Inland muss weitergehen. Diesem Zwecke sollte der Auslandschweizertag 1966⁶ dienen. Die Tagung sollte einen besonders feierlichen, nachdrücklichen, qualitativ hochstehenden Charakter bekommen.

c) Mit diesem Vorgehen soll auch die Volksabstimmung über den Verfassungsartikel⁷ günstig beeinflusst werden. Es wird gehofft, dass die Abstimmung erst nach dem Auslandschweizertag 1966 stattfindet⁸. Die Vorlage wird nicht

1. *Notiz (Kopie)*: E 2004(B) 1982/69 Bd. 343 (a.814). *Unterzeichnet und verfasst von M. Jaccard*.

2. *Vgl. dazu das Protokoll* *Compte-rendu de la réunion qui eut lieu lundi 11 octobre 1965, à 16 heures à l'Hôtel Schweizerhof à Berne, sous la présidence de M. Max Petitpierre, ancien Conseiller fédéral, en vue de l'étude préliminaire et de la discussion du projet «Année de la Cinquième Suisse», Doss. wie Anm. 1.*

3. *Zum Einsatz von alt Bundesräten für aussenpolitische Missionen vgl. Dok. 167, dodis.ch/30917, Anm. 4.*

4. *Vgl. dazu Dok. 117, dodis.ch/31341 sowie die Zusammenfassung der Aussprache zum Thema Präsenz der Schweiz vom 9. Dezember 1965, dodis.ch/31891 und die Zusammenfassung der Aussprache zum Thema Präsenz der Schweiz vom 2. Dezember 1966, dodis.ch/31892.*

5. *Vgl. dazu den Bericht von C. Doka vom 18. November 1964, dodis.ch/31225 und die Notiz* *Parlamentarische Vorstösse zugunsten der Auslandschweizer vom 17. Februar 1965, dodis.ch/31894.*

6. *Vgl. Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 7 (A.14.34).*

7. *Vgl. die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 45bis betreffend die Schweizer im Ausland vom 2. Juli 1965, BBl, II, S. 385–450. Vgl. auch Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 26 (A.15.06.5).*

8. *Der Auslandschweizertag fand vom 30. August bis 4. September in Bern statt, die Volks-*

als gefährdet angesehen, doch ist mit einer Interesselosigkeit in weiten Kreisen der Bevölkerung zu rechnen.

d) Das Auslandschweizersekretariat wird beauftragt, ein Programm für den Auslandschweizertag auszuarbeiten, wobei alle an der Sitzung vertretenen Kreise dem Sekretariat Anregungen noch unterbreiten sollen. Erwünscht ist zudem die Einsetzung eines kleineren Komitees, dessen Aufgaben zeitlich und sachlich beschränkt wären. Die Sitzungsteilnehmer nehmen in Aussicht, gegen Ende des Jahres wieder zusammenzukommen. Herr Alt-Bundesrat Petitpierre wird aber mit Ihnen in naher Zukunft noch Fühlung aufnehmen⁹.

3. Dieses Ergebnis (eine Garantie für eine hundertprozentig richtige Wiedergabe kann ich leider nicht übernehmen) darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die ganze Diskussion – wenn sie auch viele anregende Einzelheiten bot – ziemlich verworren war. Schuld daran ist die völlig ungenügende und amateurhafte Vorbereitung der Sitzung durch das Auslandschweizersekretariat. Einmal mehr bestätigte sich die alte Erfahrung, dass eine Sitzung, zu der massgebende Persönlichkeiten eingeladen werden, genau vorbereitet werden muss, wobei die Teilnehmer sich darüber im klaren sein sollten, über welche Fragen überhaupt gesprochen wird. Das Thema «Präsenz der Schweiz» und die Frage des Verfassungsartikels wurden fortwährend vermengt. Es sei nicht bestritten, dass zwischen diesen beiden Problemen Berührungspunkte bestehen, doch gilt es, wenn man zu klaren Schlüssen gelangen will, die Dinge auseinander zu halten. Die Sitzungsteilnehmer interessierten sich vor allem für die «Präsenz der Schweiz» und die in diesem Zusammenhang den Auslandschweizern zukommende Bedeutung (auch im Sinne Ihrer Ausführungen¹⁰ im Nationalrat zu den Interpellationen Furgler und Hubacher¹¹), währenddem das Auslandschweizersekretariat, bewusst oder unbewusst, den Verfassungsartikel im Auge hat. Wie sich übrigens aus einem Votum von Dr. Schürch ergibt, sucht das Auslandschweizersekretariat, was durchaus begreiflich ist, Hilfe im Hinblick auf die Volksabstimmung; so möchte es sich von einem fähigen public relation man beraten lassen, vermehrte Geldmittel bekommen, ein Patronatskomitee mit einem namhaften Präsidenten aufstellen können usw. Auf diese konkreten Fragen sind die Vertreter der Privatwirtschaft so gut wie nicht eingegangen. Wie das Auslandschweizersekretariat den Ihnen bekannten Plan¹², den Herr Edmond Müller ausgearbeitet hat, auch nur zum Teil durchführen will, ist unerfindlich. Herr Müller gibt aber seinen Optimismus nicht auf. Er glaubt, dass die Sitzung vom 11. Oktober lediglich ein Anfang gewesen sei; die konkreten

abstimmung am 16. Oktober 1966. Dem neuen Verfassungsartikel wurde zugestimmt. Vgl. dazu Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 27 (A.15.06.5).

9. *Ein Telefongespräch zwischen M. Petitpierre und F. T. Wahlen fand nach der Redaktion dieser Notiz statt, vgl. das Schreiben von F. T. Wahlen an M. Petitpierre vom 5. November 1965, E 2804(-) 1971/2 Bd. 76 (170.10).*

10. *Vgl. Sten. Bull. NR, 1965, S. 553–560.*

11. *Vgl. Sten. Bull. NR, 1965, S. 550.*

12. *Für die verschiedenen Veranstaltungen zum 50. Jubiläum der Neuen Helvetischen Gesellschaft 1966, vgl. Doss. E 2804(-) 1971/2 Bd. 77 (170.10).*

Ergebnisse würden bald folgen, und zwar gewissermassen automatisch. Er rechnet mit Zuwendungen von Nestlé, der Swissair, der Uhrenindustrie, der Verkehrszentrale usw.

M. E. wäre es angezeigt, Herrn Petitpierre auf die wahre Situation aufmerksam zu machen, soweit dies noch nötig ist. Ein konkreter, wirklichkeitsnaher Arbeitsplan wäre sehr erwünscht.

107

dodis.ch/30981

Notice pour le Chef de la Division des organisations internationales du Département politique, J. Burckhardt¹

Berne, 15 octobre 1965

1. La Représentation des intérêts étrangers constitue un élément important de notre politique de neutralité active. Cette activité se distingue très nettement de la période 39–45. En effet, ces dernières années, les ruptures qui ont entraîné le choix de la Suisse comme puissance protectrice n'ont pas été la conséquence de conflits armés. Elles ont eu principalement le caractère d'un acte de mauvaise humeur destiné avant tout à des buts de propagande. En conséquence, de nombreux liens subsistent entre les deux Etats (consulaires et souvent même économiques ou culturels), c'est particulièrement le cas du mandat récent² que nous a confié la RFA en Algérie.

Ce caractère nouveau de la Représentation des intérêts étrangers implique de nombreuses nuances dans les différents mandats qui nous sont confiés³. Elle entraîne en outre beaucoup plus que par le passé l'adoption de nouvelles mesures et de solutions originales, de même que des démarches de nature politique ou économique.

2. Actuellement, nous représentons 17 Etats⁴, ce qui est le maximum atteint depuis la fin de la guerre mondiale. On pourrait donc en déduire que la Suisse a conservé le monopole de la Représentation des intérêts étrangers et que son crédit en cette matière n'a pas souffert, bien au contraire, depuis 1945.

1. *Notice (copie)*: E 2003-01(A) 1978/47 vol. 1 (o.800).

2. *Pour la représentation des intérêts allemands en Algérie, cf. doc. 75. dodis.ch/31240, en particulier note 3.*

3. *Sur la représentation des intérêts étrangers, cf. doc. 101, dodis.ch/31456, en particulier notes 2, 6, 7 et 10.*

4. *Argentine, Brésil, Chili, Colombie, Equateur, Etats-Unis, Grande-Bretagne, Guatemala, Haïti, Honduras, Iran, Irak, Philippines, Portugal, République Fédérale d'Allemagne, Roumanie et Venezuela. Cf. la notice Intérêts étrangers assumés par la Confédération du 23 juin 1965, dodis.ch/31456, p. 3.*

3. Néanmoins, il paraît opportun de se pencher sur certains aspects de cette question car ceux-ci donnent à penser que l'avenir, si nous n'y prenons pas garde, pourrait nous réserver des surprises.

La première constatation à faire dans l'exercice des mandats actuels, consiste dans le fait que, pour prendre l'exemple de Cuba, nous y représentons 10 pays⁵, dont les Etats-Unis, mais d'une façon absolument unilatérale. En effet, Cuba a chargé la Tchécoslovaquie de le représenter à Washington et l'URSS à Buenos-Aires. Dans le cas du Portugal au Sénégal, ce dernier pays n'a pas jugé opportun de se faire représenter à Lisbonne. Enfin, nous avons vu que, non seulement l'Algérie a choisi l'Indonésie comme puissance protectrice, mais que la République Fédérale Allemande a fait appel, d'une part à l'Italie et d'autre part à la France, pour se faire représenter dans certains pays arabes. En conclusion:

a) La Représentation réciproque caractéristique du temps de guerre a disparu.

b) Nous ne représentons pratiquement que des pays appartenant au bloc occidental (seules exceptions: l'Irak⁶ en RFA et la Roumanie en Espagne⁷, mais ce dernier mandat est pratiquement fantomatique puisqu'il ne s'agit que de la garde des archives roumaines à Madrid⁸).

c) Le fait pour la Suisse d'être neutre, ne constitue plus une condition sine qua non pour être choisie comme puissance protectrice. Des pays tels que l'Italie ou la France, qui n'ont aucune expérience en la matière, peuvent nous être préférés.

En résumé, et même si grâce aux expériences acquises et à un travail parfait, nous pouvons donner entièrement satisfaction à nos mandants, nous risquons de perdre le bénéfice d'une activité traditionnelle de notre politique extérieure.

4. Pour remédier à cette évolution qui semble se dessiner, on pourrait envisager des mesures dans le domaine de l'information d'une part et dans celui des moyens mis à notre disposition pour la sauvegarde des intérêts étrangers d'autre part.

A. Information

a) Dans la documentation destinée à nos postes à l'étranger, on devrait inclure un exposé succinct, mais aussi complet que possible, qui permettrait à nos Représentations d'informer les milieux compétents de leur pays de résidence, de même qu'atteindre les universitaires qui se préparent à la carrière diplomatique et cela surtout dans les pays ayant récemment acquis leur indépendance.

5. Ces dix pays sont: Argentine, Brésil, Chili, Colombie, Etats-Unis, Equateur, Guatemala, Haïti, Honduras et Venezuela. A noter que la Suisse représente aussi l'Uruguay, cf. la circulaire de A. Zehnder du 7 janvier 1965, dodis.ch/31491.

6. Depuis le 3 juin 1965, cf. doc. 101, dodis.ch/31456.

7. Sur l'échange des archives roumaines et espagnoles en 1965, cf. doss. E 2003-01(A) 1978/47 vol. 1 (0.817.13).

8. Annotation dans le texte original: De plus, dernièrement, les Roumains nous ont demandé de proposer aux Espagnols un échange des archives. Si celui-ci a lieu, notre seul mandat d'un pays de l'Est prendra fin.

b) Des conférences devraient être données chaque fois que l'occasion s'en présente. Exemple: information des boursiers diplomatiques de la Fondation Carnegie à Genève⁹, etc.

c) Un effort devrait être fait pour intéresser la presse à l'étranger sur les avantages que présente pour la Représentation des intérêts étrangers un petit pays neutre aux institutions stables telle que la Suisse. Un texte relevant tous les arguments en cette matière devrait être rédigé.

B. Moyens mis à disposition

Mais cette politique d'information doit être complétée en donnant aussi bien au service qui s'occupe à Berne des intérêts étrangers qu'à nos missions diplomatiques, des moyens adéquats d'exécuter leurs tâches.

Le nombre des fonctionnaires présentement affectés aux intérêts étrangers est au total de 20, dont 8 à Berne, ce qui représente un minimum¹⁰. Par ailleurs, la structure du SIE à Berne, ne répond pas aux nécessités du Service. Il y a deux ans, le Chef de section¹¹ disposait comme collaborateurs de deux agents diplomatiques. Actuellement, il¹² ne peut compter que sur deux fonctionnaires de chancellerie, rangés en *neuvième* classe de traitement. Même si ceux-ci sont promus, comme ils le devraient, en fin d'année, le Chef de section n'a pas de premier collaborateur de rang diplomatique qui puisse le remplacer en son absence. Cette pénurie de personnel crée le danger que la qualité du travail s'en ressente et que des retards dans l'exécution de tâches urgentes affectent la bonne marche du Service.

Il convient de relever encore ici que le plafonnement des effectifs découlant de la politique d'économie de la Confédération ne devrait pas jouer de rôle en ce qui concerne les intérêts étrangers, puisque les dépenses de salaires n'affectent pas le budget fédéral.

9. Pour le programme de formation de la Fondation Carnegie d'octobre 1964, cf. doss. comme note 1.

10. Cf. aussi la notice Personalverstärkung für den Dienst für fremde Interessen de P. Thévenaz à J. Burckhardt du 23 janvier 1965, E 2003-01(A) 1978/47 vol. 1 (o.811).

11. J. Richard.

12. R.-E. Campiche.

dodis.ch/31397

*Der Chef des Protokolls des Politischen Departements, Ch.-A. Wetterwald,
an den Briefkasten-Onkel des Radio Studio Basels, H. Forster¹*

Bern, 15. Oktober 1965

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 5. Oktober², worin Sie uns zwei Hörerfragen im Zusammenhang mit dem Besuch des dänischen Königspaares³ stellen, teilen wir Ihnen mit, dass der schweizerische Bundespräsident gemäss einer eingewurzelten Tradition keine Staatsbesuche abstattet⁴. Es handelt sich dabei nicht um ein geschriebenes Gesetz, sondern vielmehr um einen Brauch, der auf die besondere Struktur unseres Regierungskollegiums zurückzuführen ist. Bis heute ist dieser Gewohnheit nachgelebt worden, die erfahrungsgemäss auch im Hinblick auf unsere Neutralitätspolitik gerechtfertigt scheint. So hat sie sich beispielsweise gerade während der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, wo häufig Staatschefs von Nachbarländern nach Berlin und Rom eingeladen wurden, besonders bewährt⁵. Nachdem ferner Staatsbesuche⁶ nur von Staatsoberhäuptern gemacht werden, sind wir auch in dieser Hinsicht in einer beson-

1. *Schreiben (Kopie):* E 2001(E) 1978/84 Bd. 93 (B.15.50). Verfasst von R. Dumoulin und Ch.-A. Wetterwald.

2. *Schreiben von H. Forster an das Protokoll des Politischen Departements vom 5. Oktober 1965, Doss. wie Anm. 1.*

3. *König Friedrich IX. von Dänemark und seine Gemahlin Königin Ingrid. Zu ihrem Staatsbesuch vgl. auch Dok. 102, dodis.ch/31398. Für das Programm vgl. das BR-Prot. Nr. 1104 vom 25. Juni 1965, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 698.2. Vgl. ferner das BR-Verhandlungsprot. der 61. Sitzung vom 7. September 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 8; Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 620 (B.15.51) und Doss. wie Anm. 1.*

4. *Vgl. dazu das BR-Verhandlungsprot. der 74. Sitzung vom 26. Oktober 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 6: M. Wahlen constate que la règle «le président ne sort pas du pays» a été assouplie et n'est plus un obstacle absolu.*

5. *Vgl. dazu den Ausspruch von Bundesrat H. Obrecht anlässlich eines Referates in Basel am 16. März 1939, dodis.ch/31702: Das Ausland muss es wissen: Wer uns ehrt und in Ruhe lässt, ist unser Freund. Wer dagegen unsere Unabhängigkeit und unsere politische Unversehrtheit angreifen sollte, dem wartet der Krieg! Wir Schweizer werden nicht zuerst ins Ausland wallfahrten gehn.*

6. *Zur Frage Brauchen wir eine Besuchdiplomatie vgl. Dok. 164, dodis.ch/31628. Neben dem Staatsbesuch des dänischen Königspaares fanden diverse Arbeitsbesuche und -treffen statt. A) Offizielle Arbeitsbesuche ausländischer Minister in der Schweiz: Zum Besuch des schwedischen Aussenministers, T. Nilsson, 1965 vgl. Dok. 73, dodis.ch/31207. Zum Besuch des argentinischen Wirtschaftsministers, J. C. Pugliese, 1965 vgl. Dok. 114, dodis.ch/31450. Zum Besuch des österreichischen Aussenministers, L. Tončić-Sorinj, 1966 vgl. Dok. 148, dodis.ch/31105. Zum Besuch des österreichischen Aussenministers, B. Kreisky, 1964 vgl. den politischen Bericht Nr. 1 von B. von Fischer an F. T. Wahlen vom 5. Februar 1964, dodis.ch/31086. Zum Besuch des österreichischen Bundeskanzlers, J. Klaus, 1964 vgl. die Notiz von J. Iselin vom 3. Juli 1964, dodis.ch/31119 und das Protokoll vom 7. Juli 1964, dodis.ch/31124. Zum Besuch des kubanischen Agrarministers, E. Guevara, 1964 vgl. das Schreiben von E. Stadelhofer an P. Micheli vom 20. März 1964, dodis.ch/30973. B) Offizielle Arbeitsbesuche von Bundesräten*

deren Lage, da die Schweiz bekanntlich im Gegensatz zu andern Demokratien einen Staatspräsidenten im eigentlichen Sinne des Wortes nicht kennt.

Etwas anders verhält es sich für die übrigen Mitglieder des Bundesrates, die als Vorsteher eines Departementes an Kontakten mit ihren entsprechenden ausländischen Regierungskollegen interessiert sein können. Hier wäre es durchaus denkbar, dass ein in der Schweiz abgestatteter Besuch auf Wunsch erwidert wird, wobei bei solchen Gegenbesuchen schon im Hinblick auf die grosse zeitliche Belastung unserer Bundesräte Zurückhaltung geübt wird. Schliesslich kommt es in letzter Zeit immer häufiger vor, dass sich die Vorsteher der sachlich interessierten Departemente persönlich zur Teilnahme an internationalen Konferenzen ins Ausland begeben, wie dies beispielsweise im Rahmen der EFTA, der OECD, des Europarates oder anderer internationaler Zusammenkünfte von Regierungsvertretern geschieht.

Zur zweiten Frage Ihres Hörers ist hervorzuheben, dass ein Staatsbesuch sehr oft als ein besonderer Beweis für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den zwei Ländern gilt. Eine solche Visite wird im allgemeinen anlässlich einer sich ergebenden günstigen Gelegenheit festgelegt, wie dies zum Beispiel beim Besuch des dänischen Königspaares der Fall war, der vor über einem Jahr über die diplomatischen Kanäle in die Wege geleitet worden war.⁷

*im Ausland: Zum Treffen von F. T. Wahlen mit G. Brown anlässlich des Staatsbegräbnis für Winston Churchill vgl. Dok. 65, dodis.ch/31417. Zum Besuch von P. Chaudet in Schweden 1966 vgl. Dok. 160, dodis.ch/31211, Anm. 22. Zum Besuch von P. Chaudet in Österreich 1965 vgl. den Bericht Besuch von Herrn Chaudet in Wien vom 5. November 1965, dodis.ch/31110. C) Private Treffen: Zum Treffen von F. T. Wahlen mit B. Kreisky in Lech 1965 vgl. Dok. 63, dodis.ch/31092. Zum privaten Besuch von G. Brown in der Schweiz vgl. Dok. 99, dodis.ch/31418. Zum Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten, I. G. Maurer, 1966 vgl. die Notiz von A. Janner von ca. Mai 1966, dodis.ch/31546.
7. Vgl. Anm. 3.*

*Interne Notiz des Politischen Departements¹*INDISCH-PAKISTANISCHER KONFLIKT:
BESCHLAGNAHME SCHWEIZERISCHE LIEFERUNGEN

Bern, 26. Oktober 1965

Am 26. Oktober 1965 um 09.00 Uhr treffen sich die Herren Vizedirektor H. Bühler, O. Morand, H. Zoelly, H. Zimmermann, A. Geiser und R. Beaujon zu einer Besprechung über die im Rande erwähnte Angelegenheit². Hier die aus diesem Gedankenaustausch zu ziehenden Schlüsse:

1. Prisengerichte

Eine Demarche, die zum Zwecke hätte, die Legitimität des Prisengerichtes in Frage zu stellen, kann unternommen werden, insofern eine Beurteilung der Lage in Karachi durch Herrn Botschafter Stoudmann dies nicht als inopportun erscheinen lässt. Die Demarche sollte mit dem Vorgehen anderer Staaten *abgestimmt* werden, jedoch soll es sich unter keinen Umständen um eine *gemeinsame* Aktion handeln; vor allem sollte die Demarche unterbleiben, falls Grossbritannien als einziger Staat gegen die Existenz des Prisengerichtes opponiert³.

2. Einlagerung beschlagnahmter Waren

Das Aussenministerium Pakistans wäre durch unsere Botschaft auf die Notwendigkeit einer sachgemässen Lagerung der beschlagnahmten Güter⁴ bis zu ihrer Freilassung aufmerksam zu machen⁵. Über die Einzelheiten (so z. B. in bezug auf delikate Waren, die im Freien lagern) soll sich der Anwalt mit den Lieferanten direkt verständigen.

3. Legalisierungen

Wir telegraphieren nach Karachi⁶, dass wir mit Erstaunen vernehmen, die pakistanische Botschaft in Bern sei in den Beschlagnahmefällen nicht in der Lage, Unterschriften auf schweizerischen Dokumenten und Erklärungen der

1. *Notiz*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 896 (B.51.31). *Verfasst und unterzeichnet von R. Beaujon. Kopien an H. Zoelly, H. Zimmermann, H. Bühler und an die schweizerischen Botschaften in New Delhi und Karachi.*

2. *Zu den von Indien und Pakistan beschlagnahmten Schiffen während des Kaschmir-Konfliktes und für die Interessen der Schweizerischen Rückversicherungsgesellschaft vgl. die Notiz von R. Fässler vom 3. November 1965, dodis.ch/30897.*

3. *Zur Problematik der Demarchen vgl. Doss. wie Anm. 1.*

4. *Vgl. dazu Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 896 (B.21.31).*

5. *Vgl. die Note der schweizerischen Botschaft an das pakistanische Aussenministerium vom 2. November 1965, Doss. wie Anm. 1.*

6. *Telegramm Nr. 94 vom Politischen Departement an die schweizerische Botschaft in Karachi vom 28. Oktober 1965, Doss. wie Anm. 1.*

Lieferanten ohne Rückfrage in Karachi zu beglaubigen (!). Unsere Botschaft in Karachi wird ersucht, beim Aussenministerium zu intervenieren, damit die pakistanische Botschaft in Bern die von schweizerischen Lieferanten vorgelegten Dokumente in eigener Kompetenz bei Sicht beglaubigen kann.

4. ERG⁷

Wir werden bei schweizerischen Lieferanten nachfragen, ob die in Indien und Pakistan beschlagnahmten Güter ERG-versichert seien.

5. Eigentumsverhältnisse

Dies ist ein sehr komplexes Problem, über das man sich im Moment nicht schlüssig werden kann. (Es wird weiterhin mit dem Rechtsdienst verfolgt). Immerhin kann folgendes festgehalten werden:

Wenn feststeht, dass eine exportierte Ware im Moment der Konfiskation *nicht* bezahlt oder eine exportierte Ware bereits vom schweizerischen Empfänger bezahlt war, kann der Lieferant⁸ wohl ohne weiteres eine Eigentumserklärung abgeben. Wenn die Ware durch den *indischen Abnehmer* bereits bezahlt ist, wäre eine flexiblere Formel denkbar (z. B.: Es handelt sich um Schweizer Ware, die sich noch nicht in den Händen des Abnehmers befindet; die Sendung wird nicht, wie ursprünglich vorgesehen, nach Indien gesandt, sondern repatriiert).

In erster Linie wird es Sache der Lieferanten sein, die Eigentumsverhältnisse laut Vertrag und weiteren Unterlagen abzuklären.

6. Transferkredit⁹

Unser Departement wird zwei rechtliche Fragen abklären:

6.1) Können wir für eine durch Indien vorläufig bezahlte Ware nach erfolgter Konfiskation die Inanspruchnahme des Transferkredites Indien verweigern?

6.2) Kann Indien für eine bezahlte und dem Transferkredit belastete Ware, die wegen Beschlagnahme ihren Empfänger nie erreichte, später die Rückzahlung des Kreditbetrages verweigern?

7. Zur Handhabung der Exportrisikogarantie vgl. Dok. 62, dodis.ch/31530, Anm. 5.

8. Zusatz in Marginalien: bzw. Empfänger.

9. Zur Frage der Transferkredite für Indien und Pakistan vgl. Dok. 79, dodis.ch/30926 und bes. Anm. 2 und 7; die Notiz von H. Hess vom 14. Januar 1964, dodis.ch/30927; das Schreiben von E. Stopper an R. Fässler vom 22. Januar 1966, dodis.ch/30928 und das Schreiben von H. Bühler an R. Stoudmann vom 2. Dezember 1965, dodis.ch/30893.

110

dodis.ch/30954

*Der schweizerische Botschafter in Washington, A. Zehnder,
an den Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen,
und an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, H. Schaffner*¹

BETR. KONSULTATIONSREISE WEITNAUERS NACH WASHINGTON
VOM 18.–21. OKTOBER 1965 BETREFFEND DAS UHREN-PROBLEM²

Washington, 26. Oktober 1965

Herr Minister Weitnauer wird selber seinen detaillierten Bericht³ über die Besprechungen in Washington erstatten. Mein Bericht kann deshalb nur ein Versuch sein, einen Gesamtüberblick und eine Würdigung der Besprechungen zu geben.

Der Auftrag an mich lautete, zu versuchen, das Uhren-Problem auf ein höheres Niveau in den Vereinigten Staaten zu bringen, und zwar in doppelter Hinsicht: administrativ, d. h. höhere Beamte zu erreichen als Assistant Secretaries und ihre Arbeitsgruppen, und materiell, d. h. das Uhren-Problem in einen welthandelspolitischen Zusammenhang zu stellen, um es aus den Fesseln der amerikanischen Innenimplikationen zu lösen, in welche die amerikanische Uhrenindustrie uns durch ihre zahlreichen Initiativen geschlagen hatte.

Als ich die ersten Sondierungen⁴ bei Ambassador Roth (Büro Herter) über eine allfällige Reise Minister Weitnauers für Konsultationen mit der amerikanischen Verwaltung auf höherer Stufe vornahm, glaubte er, ein solches Unterfangen wäre angenehm und nützlich. Die unmittelbare Aufgabe der Botschaft war es, allein oder gemeinsam mit dem Büro Herter die gewünschten Kontakte auf höherer Ebene herbeizuführen, und zwar so, dass das Büro Herter in keinem Augenblick das Gefühl haben könnte, wir trachteten darnach, es zu umgehen oder ihm von anderer Seite Weisungen zu erteilen. Dank dem grossen Verständnis von Ambassador Roth gelang es, diese Aufgabe in relativ kurzer Zeit zu lösen.

Was das administrativ höhere Niveau anbetrifft, so seien hier die Audienzen bei George Ball, beim Secretary of Commerce John Connor und beim wirtschaftlichen Berater des Präsidenten⁵ Lee White, welcher den Endbericht an den Präsidenten zu redigieren haben wird, besonders hervorgehoben.

Was die Hebung des Diskussionsniveaus anbetrifft, so stelle ich mit grosser Befriedigung den Unterschied in den Fragen fest, die bei der ersten, von

1. Schreiben: E 2001(E) 1978/84 Bd. 492 (C.41.111).

2. Vgl. dazu auch Dok. 11, dodis.ch/30947; Dok. 33, dodis.ch/30948; Dok. 76, dodis.ch/30950 und Dok. 77, dodis.ch/30957.

3. Bericht Schweizerisch-amerikanische Konsultationen über den Stand des Uhrenproblems, vom 18.–22. Oktober 1965, in Washington vom 8. November 1965, Doss. wie Anm. 1.

4. Vgl. das Telegramm Nr. 344 von A. Zehnder an das Politische Departement vom 7. September 1965, Doss. wie Anm. 1.

5. L. B. Johnson.

Ambassador Roth präsidierten Sitzung, an welcher Beamte der Arbeitsgruppe teilnahmen, an uns gerichtet wurden, und jenen, die wir später zu beantworten hatten. Wenn an der ersten Sitzung alte, verstaubte, aus der Mottenkiste stammende Fragen aus dem Arsenal der Kampfaffen der amerikanischen Uhrenindustrie vorherrschend waren, so hielten sich unsere Gesprächspartner auf dem administrativ höheren Niveau an die von Herrn Weitnauer mit grosser Überzeugungskraft vertretene Auffassung, dass das Uhren-Problem einen Teilausschnitt im Rahmen der durch den Trade Expansion Act von Kennedy verfolgten Liberalisierung der amerikanischen Handelspolitik bilde. Die gestellten Fragen waren vernünftig und zeugten von der Bereitschaft, dem schweizerischen Konzept zu folgen.

Zur zeitlichen Staffelung der allfälligen Erfüllung der schweizerischen Begehren konnte eine eindeutige Zusage nicht erhältlich gemacht werden. Dies ist begreiflich. Ein eindeutiger Fortschritt kann erst erzielt werden, wenn das Office of Emergency Planning gestützt auf die Stellungnahme des Defense Departments seinen Bericht redigiert und die übrigen interessierten Stellen durch Übersendung von Durchschlägen aufgeklärt haben wird. Auch wenn das Argument der Wichtigkeit für die Landesverteidigung⁶ an Zugkraft wesentlich verliert vom Augenblick an, wo die amerikanischen Gesprächspartner davon überzeugt werden konnten, dass die schweizerische Uhrenindustrie weder beabsichtigt, noch in der Lage ist, die zur Zeit blühende amerikanische Uhrenindustrie zu töten oder zu schwächen, so bleiben doch einige Nebenfragen von Bedeutung offen, wie z. B. das Schicksal einiger finanziell weniger gut fundierter amerikanischer Firmen oder die Wahrscheinlichkeit der Umstellung der grösseren Firmen auf Assemblage. Ferner ist es unbekannt, ob das Office of Emergency Planning in seinem Bericht auch eine politische oder handelspolitische Würdigung vornehmen werde, wie es dies auch schon in anderen Fällen gemacht hatte. Immerhin erwartet man den Abschluss des Berichtes des O. E. P. vor Jahresende, so dass der Entscheid des Präsidenten, gestützt auf diesen Bericht, den Bericht des Herter-Büros und der dreiseitigen entscheidenden Zusammenfassung von Lee White, zu Beginn des nächsten Jahres als wahrscheinlich angenommen wird.

Den Nebenfronten, wie etwa das 337er-Verfahren der Tarifkommission oder der Vorstoss von Leuten aus Kongress und Senat, schienen unsere Gesprächspartner auf höherer Ebene keine relevante Bedeutung beizumessen. Einmal wurde erwähnt, dass das Verhältnis zwischen den Schlussfolgerungen des Berichtes Lee White und den Nebenfronten 10 zu 1 sei!

Alle Besprechungen verliefen in einer angenehmen, sachlichen Atmosphäre.

Ich möchte meinen Bericht mit der Feststellung schliessen, dass die Besprechungen mit Herrn Minister Weitnauer in doppelter Hinsicht nützlich waren: sie stellten das Uhren-Problem in den einzig richtigen und vertretbaren internationalen Rahmen der amerikanischen Handelspolitik im allgemeinen und unterstrichen die Bedeutung des Zeitfaktors. Damit dürfte auch eine Beschleunigung in der Zeittafel in USA erreicht worden sein.

6. Vgl. *DDS, Bd. 19, Dok. 18*, dodis.ch/9206.

Zum Schluss möchte ich Ihnen danken für die Ermächtigung zur Reise Herrn Minister Weitnauers nach Washington. Mit seiner ruhigen, sachlichen, überlegten Art der Darstellung der Zusammenhänge hat er Wesentliches zum Verständnis unseres Standpunktes beigetragen. Und dies ist im Augenblick das Entscheidende.

111

dodis.ch/31695

Le Chef du Département politique, F. T. Wahlen, à l'Observateur permanent de la Suisse auprès des Nations Unies, B. Turrettini¹

Vertraulich

Berne, 27 octobre 1965, 15 h 45

Par lettre du 14 octobre² le professeur Amintore Fanfani, Ministre des Affaires étrangères, réitère³ les sentiments d'amitié profonde et sincère entre nos deux pays et exprime entre autres ce qui suit:

«Desidero confermarle che non è mai stata intenzione del Governo italiano di porre la questione della sede UNCTAD⁴ in termini antagonistici verso

1. *Télégramme N° 211 (copie de réception):* E 2210.5(-) 1976/193 vol. 29 (C.a.11.(7.9)). *Copies à P. Micheli et à la Division du commerce du Département fédéral de l'Economie publique.*

2. *Pas retrouvée.*

3. *Sur l'attitude du gouvernement italien, cf. le PVCF délibératif de la 52^{ème} séance du 9 juillet 1965, dodis.ch/32009, pp. 6-8 et le PVCF délibératif de la 67^{ème} séance du 1^{er} octobre 1965, dodis.ch/32008, p. 1:* Herr Wahlen hat den Eindruck, dass Herr Fanfani beginne, ein schlechtes Gewissen zu haben. Er habe nämlich jetzt auf einmal erklärt, dass die italienische Anmeldung nur gelte, wenn die Schweiz ihre Kandidatur nicht aufrechterhalte. Herr Wahlen habe ihn auf den Widerspruch zur Tatsache hingewiesen, dass die Schweiz ihre Kandidatur ja gar nicht selber aufgestellt habe, sondern dass die Sitznahme in der Schweiz auf einem Versammlungsbeschluss beruhe, der ohne unser Zutun gefasst worden sei. Nach einer Besprechung mit Dr. Thalmann werde Italien jetzt seine Kandidatur zurückziehen. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Die Administration überspielt Fanfani. Es sei aber kaum denkbar, dass die Sitzfrage jetzt erledigt werden könne angesichts der übrigen Kandidaturen (total 8).

4. *Sur la question du siège de la CNUCED, cf. la notice de A. Nicollier à F. T. Wahlen du 10 septembre 1965, dodis.ch/31714; l'exposé de F. T. Wahlen du 16 septembre 1965, dodis.ch/31679; le rapport de P. R. Jolles du 17 septembre 1965, dodis.ch/31687; la notice de P. R. Jolles du 27 septembre 1965, dodis.ch/31677; le PVCF N° 1665 du 1^{er} octobre 1965, dodis.ch/31684; le rapport de P. R. Jolles du 4 novembre 1965, dodis.ch/31691 et le Bull. Stén. CN, 1965, pp. 557 et 559. Sur la discussion au sein du Conseil fédéral à ce sujet, cf. le PVCF délibératif de la 44^{ème} séance du 12 juin 1964, E 1003(-) 1994/26 vol. 3, p. 2, notamment la position de F. T. Wahlen:* Er habe sich gefragt, ob man nicht, weil Genf mit internationalen Organisationen übersättigt sei, von vornherein gegen Genf als Sitz des Sekretariates dieser Organisation Stellung nehmen sollte. Wegen den Rückwirkungen, die sich aus einer solchen Stellungnahme bei den Entwicklungsländern ergeben würde, sei Herr Wahlen der Meinung, und der Genfer Staatsrat stimme hier zu, dass man die Frage vorläufig offen lassen sollte; *le PVCF délibératif de la 29^{ème} séance du 23 avril 1965, E 1003(-) 1994/26 vol. 3, p. 7; le PVCF*

la Svizzera. Noi abbiamo solo ritenuto di poter offrire un nostro concreto contributo⁵ alla soluzione del problema della sede UNCTAD, se e in quanto fossero state riscontrate condizioni logistiche non pienamente accettabili presso la sede europea delle Nazioni Unite da parte dell'organo deliberante dell'UNCTAD.»

Vu cette déclaration et celle faite par le sénateur Bosco le 27 septembre à l'Assemblée générale de l'ONU⁶, je suis péniblement surpris d'apprendre que la délégation italienne continue à propager le choix du siège de Rome en utilisant des arguments diffamatoires à l'égard de Genève⁷.

délibératif de la 33^{ème} séance du 7 mai 1965, E 1003(-) 1994/26 vol. 3, p. 4; *le PVCF délibératif de la 63^{ème} séance du 17 septembre 1965*, E 1003(-) 1994/26 vol. 3, p. 5: M. Schaffner constate que l'UNCTAD est déjà dévalorisée. Il ne faudrait pas verser de larmes si son siège nous échappe. L'Italie s'est comportée indignement en l'occurrence.

5. *Sur la candidature italienne, cf. aussi la notice de F. T. Wahlen du 27 septembre 1965*, dodis.ch/31263, p. 3.

6. *Cf. le télégramme N° 166 de E. Thalmann à la Division des organisations internationales du Département politique du 28 septembre 1966*, dodis.ch/31693.

7. *Cf. doss. E 2804(-) 1971/2 vol. 48 (08.10).*

112

dodis.ch/30931

*Der schweizerische Botschafter in New Delhi, R. Fässler,
an den Delegierten für technische Zusammenarbeit, A. R. Lindt¹*

ERÖFFNUNG TIBETER HAUS, UNTERREDUNG MIT DALAI LAMA²

New Delhi, 29. Oktober 1965

Unter Bezugnahme auf die mit Ihnen in der Angelegenheit der Eröffnung des Tibeter Hauses in Delhi gewechselte Korrespondenz³ teile ich Ihnen mit, dass dieses am 26. d. M. vom Erziehungsminister Chagla offiziell mit einer kleinen Zeremonie eröffnet wurde. Ausser dem Dalai Lama⁴, seinem Bruder Thandup und anderen tibetischen Würdenträgern waren Mrs. Indira Gandhi, Mrs. Pandit⁵ sowie höhere Beamte verschiedener indischer Ministerien anwesend. Unter Befolgung der meinem Vorgänger⁶ erteilten Weisungen⁷

1. *Schreiben*: E 2005(A) 1978/137 Bd. 92 (t.311.06(1)).

2. *Handschriftliche Marginalie*: Botschaft zu informieren über neuere Konzeption Halbmechanisierung. *Handschriftliche Marginalie von Th. von Fellenberg*: erledigt FJ.

3. *Vgl. z. B. das Schreiben von R. Wilhelm an R. Fässler vom 5. Oktober 1965 und das Schreiben von R. Fässler an A. R. Lindt vom 13. Oktober 1965, Doss. wie Anm. 1.*

4. *T. Gyatso. Zum Dalai-Lama vgl. Dok. 5*, dodis.ch/30916.

5. *K. Nehru*.

6. *J.-A. Cuttat*.

7. *Schreiben von R. Kohli an J.-A. Cuttat vom 16. November 1960*, E 2003(A) 1974/52 Bd. 157 (o.211.1).

betreffend den Verkehr mit dem Dalai Lama und dem Tibeterbureau sah ich davon ab, der Einweihung beizuwohnen und entsandte nur meinen jüngsten Mitarbeiter⁸. Praktisch alle nichtkommunistischen Botschaften hatten rangältere Beamte delegiert. So bemerkte mein Mitarbeiter z. B. den stellvertretenden britischen Highcommissioner⁹. Die UNO war durch ihren Resident Representative¹⁰ vertreten.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch bemerken, dass ich mehrmals Gelegenheit hatte, den chinesischen Chargé d'Affaires zu treffen, und dass dieser bei keiner Gelegenheit auf die Tibeter und die ihnen von uns geleistete Hilfe¹¹ zu sprechen kam.

In der Anlage übermittle ich Ihnen zu Ihrer Orientierung vier Zeitungsausschnitte¹² mit Berichten über die Eröffnung des Tibeter Hauses.

Da zur Zeit einige wichtige Probleme betreffend unsere Tibeter Projekte in Indien¹³ und Nepal¹⁴ zur Sprache stehen, benützte ich die Gelegenheit der Anwesenheit des Dalai Lama in Delhi, um einmal mit ihm und nicht nur mit hoffnungslos unkompetenten Tibetern darüber zu reden.

Trotz dem Wunsche des Dalai Lama mich zu treffen, delegierte ich meine beiden Mitarbeiter¹⁵ zu einer längeren Aussprache.

Das Oberhaupt der Tibeter war über unsere Hilfeleistungen sehr gut orientiert und sprach seinen Dank dafür aus.

In Bezug auf Bylakuppe¹⁶, das er kürzlich besucht hatte, befürwortete er eine möglichst weitgehende Mechanisation, ähnlich wie sie von Herrn Lüthi vorgeschlagen¹⁷ wurde. Von Herrn Lüthi und seiner Arbeit war er sehr beeindruckt. Das Vorhandensein von Eifersucht bei der umliegenden indischen Bevölkerung gegenüber den bevorzugten Tibetern verneinte er und sah auch keine Gefahr für die Zukunft. Zu dieser Auffassung war er auf Grund seiner Beobachtungen und von Gesprächen mit indischen Lokalbeamten und Dorfältesten gekommen. Die Teppichproduktion wünscht er zu fördern, sieht sie aber nicht als Haupterwerbsquelle zahlreicher Familien.

8. O. Uhl.

9. D. A. Scott.

10. J. McDiarmid.

11. *Zur Hilfe an die Tibeter in der Schweiz* vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 129, dodis.ch/18991 und Dok. 30, dodis.ch/30912.

12. *Doss. wie Anm. 1.*

13. *Zu den Tibeterprojekten in Indien* vgl. Dok. 74, dodis.ch/30929, Anm. 20.

14. *Zu den Tibeterprojekten in Nepal* vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 158, dodis.ch/18988; *das Schreiben von J.-A. Cattat an F. T. Wahlen vom 16. Februar 1964*, dodis.ch/31073; *das BR-Verhandlungsprot. vom 21. Februar 1964*, dodis.ch/31970; *das BR-Prot. Nr. 1210 vom 3. Juli 1964*, dodis.ch/31061; *das Schreiben von A. R. Lindt an P. Micheli vom 9. Oktober 1964*, dodis.ch/31064; *das BR-Prot. Nr. 444 vom 8. März 1965*, dodis.ch/31067; *das Schreiben von R. Wilhelm an A. R. Lindt vom 18. April 1965*, dodis.ch/31069; *das BR-Prot. Nr. 7 vom 4. Januar 1966*, dodis.ch/31071 und *das Protokoll vom 26. Mai 1966*, S. 11, dodis.ch/31755.

15. O. Uhl und E. Serra.

16. *Zum schweizerischen Tibeterprojekt in Bylakuppe* vgl. *Doss. wie Anm. 1 und Doss. E 2005(A) 1978/137 Bd. 93 (t.311.06(2)) und E 2200.64(-) 1983/69 (D.10.5).*

17. *Handschriftliche Marginalie*: Halb-Mechanisierung. Primäre Bodenbearbeitung.

Infolge Zeitknappheit konnten die in Nepal hängigen Probleme nur gestreift werden. Der Dalai Lama betonte seinen Willen zur Zusammenarbeit mit unserem Team in Nepal und besonders auf dem Gebiet der Kooperativen (finanzieller Beitrag, Manager¹⁸).

18. Zum tibetischen Kader vgl. das Schreiben von R. Wilhelm an A. R. Lindt vom 18. April 1965, dodis.ch/31069 und das BR-Prot. Nr. 7 vom 4. Januar 1966, dodis.ch/31071, S. 4.

113

dodis.ch/31433

Rundschreiben des Politischen Departements an 35 Ämter¹

AUSLÄNDISCHE AMTSHANDLUNGEN IN DER SCHWEIZ

Bern, 1. November 1965

Wir hatten uns in der vergangenen Zeit in vermehrtem Masse mit dem Problem der ausländischen Amtshandlungen in der Schweiz zu befassen. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Kontrollen ausländischer Amtsstellen bei Gesellschaften in der Schweiz². Bekanntlich stellt Art. 271 Strafgesetzbuch die Vornahme von verbotenen Handlungen für einen fremden Staat unter Strafe. Strafbar ist dabei nicht nur die Person, die solche Handlungen ohne Bewilligung vornimmt, sondern auch diejenige, die ihr Vorschub leistet, d. h. also auch die verantwortlichen Personen einer Unternehmung, die eine solche Inspektion zulassen. Auch ermittlungähnliche Tatbestände fallen unter die genannte Strafbestimmung.

In den letzten Jahren haben sich die Bestrebungen fremder Staaten, durch ihre Beamten Amtshandlungen auch auf schweizerischem Gebiet vorzunehmen, verstärkt. Dazu hat vor allem die wachsende Interdependenz und die damit verbundene Verflechtung der Volkswirtschaften beigetragen. Zusammen mit der Bundesanwaltschaft und den jeweils in Frage kommenden Fachinstanzen hat das Politische Departement solche ausländische Amtshandlungen immer abgelehnt. Art. 271 StGB bildet dazu die rechtliche Handhabe.

Es entspricht konstanter schweizerischer Praxis, Amtshandlungen ausländischer Beamter auf Schweizergebiet nicht zuzulassen. Zur Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz gehört der Schutz der Gebietshoheit, welche durch das Tätigwerden ausländischer Beamter verletzt würde. Unerlässlich ist, dass die schweizerische Haltung gegenüber allen Staaten grundsätzlich dieselbe ist und nicht etwa im Verhältnis zu einem Staat ein Präjudiz geschaffen wird, auf das sich andere berufen können.

1. Schreiben: E 2001(E) 1978/84 Bd. 80 (B.11.42). Verfasst von R. Bär und unterzeichnet von E. Diez. Für die Auflistung der 35 Adressaten vgl. Beilage 1, dodis.ch/31433.

2. Vgl. z. B. zu Rhodesien das Schreiben von H. Bühler an J. Knüsi vom 1. Oktober 1964, dodis.ch/31136.

Eine ausländische Kontrolle in der Schweiz ist ausnahmsweise zulässig, wenn sie staatsvertraglich vereinbart worden ist. Genannt seien vor allem die im Rahmen der Kooperationsabkommen auf dem Gebiet der Atomenergie³ (USA⁴, Grossbritannien⁵, Kanada⁶) getroffenen Regelungen sowie die Abkommen über gegenüberliegende Grenzabfertigungsstellen⁷.

Ausserhalb eigentlicher Staatsverträge sind auch besondere Abmachungen mit fremden Staaten getroffen worden. Wir erinnern an die für die schweizerische Exportindustrie anstelle beabsichtigter ausländischer Kontrollen vorgesehene Einschaltung schweizerischer Instanzen (kantonale Handelskammern), die zu Handen ausländischer Zollbehörden, z. B. in bezug auf den sogenannten Wertzoll, die erforderlichen Abklärungen vornehmen. Unsere Bemühungen gehen dahin, solche Ersatzlösungen, die die schweizerische Gebietshoheit nicht verletzen, auch auf anderen Sachgebieten vorzusehen.

Wir beschäftigen uns in diesem Zusammenhang vor allem mit der Heilmittelgesetzgebung einzelner Staaten (z. B. USA⁸, Grossbritannien⁹), in denen der Import gewisser Heilmittel davon abhängig gemacht wird, dass Beamte des betreffenden Staates die Fabrikationsbetriebe des exportierenden Unternehmens in der Schweiz inspizieren können. Im Verhältnis zu Grossbritannien gilt unsere Aufmerksamkeit ferner der britischerseits verlangten Kontrolle schweizerischer Schlachthöfe¹⁰ im Zusammenhang mit der Ausfuhr von Fleischwaren nach diesem Land. Ein ähnliches Problem stellt der Wunsch gewisser internationaler Organisationen¹¹ (z. B. ESRO¹², Europäische Organisation für Raumforschung) dar, die im Zusammenhang mit Submissionen schweizerischer Unternehmen deren Angebote an Ort und Stelle zu überprüfen wünschen.

Im Einvernehmen mit den interessierten Wirtschaftskreisen lehnen wir grundsätzlich ausländische Kontrollen ab; stattdessen soll geprüft werden, ob eine Ersatzlösung getroffen werden kann, die sowohl den Bedürfnissen der Schweiz wie denjenigen der interessierten ausländischen Stellen entspricht. In diesem Sinn sind Bestrebungen im Gange, die bereits zu verschiedenen Kontaktnahmen auf zwischenstaatlicher Ebene geführt haben. Dabei hat sich ergeben, dass offenbar ohne Wissen der zuständigen schweizerischen Behörden

3. Vgl. Dok. 78, dodis.ch/31701.

4. Vgl. das BR-Prot. Nr. 40 vom 4. Januar 1966, dodis.ch/31965.

5. Zur Kooperation mit Grossbritannien vgl. das BR-Prot. Nr. 1435 vom 11. August 1964, dodis.ch/31430.

6. Vgl. das BR-Prot. Nr. 1721 vom 28. September 1964, dodis.ch/32018.

7. Zu den Grenzabfertigungsstellen mit der Bundesrepublik Deutschland vgl. Doss. E 2001(E) 1978/84412 (C.11.20).

8. Vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 172, dodis.ch/18878 und Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 425 (B.11.42).

9. Vgl. dazu Dok. 87, dodis.ch/31434.

10. Vgl. dazu das Schreiben von E. Fritschi an das Politische Departement vom 18. September 1964, dodis.ch/31435.

11. Vgl. dazu die Notiz von M. Krafft vom 11. Juli 1966, Doss. wie Anm. 1.

12. Vgl. Dok. 88, dodis.ch/31322, Anm. 3.

in vereinzelt Fällen bereits ausländische Kontrollen in der Schweiz erfolgt sind¹³. Bekannt sind uns je ein Fall eines Unternehmens der pharmazeutischen und eines der Flugzeugindustrie. Während im zweitgenannten Fall eine Kontrolle mit Wissen der zur Erteilung einer Bewilligung allerdings nicht zuständigen Fachbehörden erfolgte, ist gegen die Firma der Heilmittelbranche ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

Die vorliegende Umfrage bezweckt, von den in Betracht fallenden Bundesstellen zu erfahren, ob ihnen Fälle bekannt sind, bei welchen eine Kontrolle in der Schweiz vom Ausland aus – und zwar auch seitens internationaler Organisationen – vorgenommen wurde, oder ob solche allfälligen Anfragen von ihnen abgelehnt wurden. Aus diesem Grund richteten wir diese Umfrage an die in Beilage 1¹⁴ genannten Amtsstellen und ersuchen Sie, uns Ihre etwaigen Erfahrungen im Zusammenhang mit beabsichtigten ausländischen Kontrollen bekannt zu geben. Ihre Antwort sollte auch allfällige Ihnen aus Ihrem Arbeitsgebiet bekannte Erfahrungen aus dem kantonalen Bereich beziehen. Von erheblichem Interesse wäre auch in Erfahrung zu bringen, ob im umgekehrten Fall bereits schweizerischerseits Gesuche ans Ausland um Vornahme von schweizerischen Kontrollen gestellt oder erwogen worden sind. Zu diesem Zweck haben wir einen Fragebogen ausgearbeitet (Beilage 2¹⁵) und bitten Sie, uns auf Grund dieses Frageschemas Ihre Antwort bis *Ende November* dieses Jahres zukommen zu lassen. Wir haben darin das Wort «Kontrolle» verwendet, verstehen darunter aber im weiten Sinn alle Amtshandlungen von Behörden.

Damit Sie sich ein Bild über die in Frage kommenden Tatbestände machen können, legen wir eine Liste der uns bekannten Fälle ausländischer Kontrollen in der Schweiz bei (Beilage 3¹⁶).

Wir sehen Ihren möglichst umfassenden Mitteilungen¹⁷ mit besonderem Interesse entgegen und danken Ihnen für Ihre wertvolle Mitarbeit im voraus bestens.

13. Vgl. *Beilage 3*, dodis.ch/31433 und das Schreiben von A. Weitnauer an P. Micheli vom 6. Januar 1966, Doss. wie Anm. 1.

14. Für die *Beilage* vgl. dodis.ch/31433.

15. Für die *Beilage* vgl. dodis.ch/31433.

16. Für die *Beilage* vgl. dodis.ch/31433.

17. Vgl. z. B. das Schreiben von E. Fritschi an den Rechtsdienst des Politischen Departements vom 1. November 1965, dodis.ch/32041. Vgl. ferner Doss. wie Anm. 1.

Notiz des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, P. R. Jolles¹

ERGEBNIS DER BESPRECHUNGEN
 MIT DEM ARGENTINISCHEN WIRTSCHAFTSMINISTER, JUAN CARLOS PUGLIESE,
 IN BERN, VOM 1./2. NOVEMBER 1965²

Vertraulich

[Bern,] 3. November 1965

1. Minister Pugliese erläuterte die *Wirtschaftspolitik Argentiniens* und die Zielsetzung des 5-Jahresplanes. Er betonte besonders, dass sich die Lage der Staatsfinanzen verbessert habe und das Budgetdefizit für das Jahr 1966 um 30% habe herabgesetzt werden können. Es betrage noch 89 Milliarden Pesos, was der Höhe des Defizits der Staatsbahnen entspreche. Die Kontrolle der defizitären Staatsbetriebe sei verschärft worden. Diese beginnende Sanierung des Staatshaushaltes ermögliche es der Regierung, von weiteren Notenemissionen abzusehen. Die entsprechende Ermächtigung des Parlaments werde nicht benützt werden. Die Regierung habe das Steuersystem verbessert und versuche, die Industrialisierung durch gezielte Steuererleichterungen auf Prioritätssektoren zu stimulieren. Die Produktionskapazität sei jedoch auch heute noch um ca. 20% unausgeschöpft. Der Entwicklungsplan trachte danach, eine jährliche Produktionssteigerung von 5–6% zu erzielen. Im Vordergrund stehe eine massive Erhöhung der Stahlerzeugung und der Elektrizitätsversorgung. In diesem Zusammenhang komme dem Chocon-Projekt³ besondere Bedeutung zu.

2. Minister Pugliese hat die *Konsolidierungsaktion*⁴ nur indirekt erwähnt, indem er auf die Schwierigkeiten, die sich aus der ungünstigen Struktur der Aussenverschuldung ergäben, hinwies. Er erwähnte das Konsolidierungsbegehren für 1966 mit keinem Wort. Auch sah er realistischerweise davon ab, neue Kreditbegehren zu stellen.

1. *Notiz*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 519 (C.41.152). *Kopien an H. Schaffner, E. Stopper, P. Micheli, H. Homberger, M. Redli, B. Müller, O. Morand, A. Geiser, F. Rothenbühler, an die schweizerischen Botschaften in Buenos Aires, Washington und in Paris sowie an H. Hofer, H. U. Greiner, E. H. Léchet und H. Aebli.*

2. *Für den weiteren Verlauf der Diskussionen bilateraler Angelegenheiten, bes. zu E. Stoppers Argentinienbesuch vom 5.–12. August 1966 vgl. das Schreiben von O. Seifert an P. Micheli vom 19. August 1966, dodis.ch/31488 und die Berichte von E. Stopper vom 25. August 1966, dodis.ch/31493 und vom 25. August 1966, dodis.ch/31490.*

3. *Das Chocon Projekt ist ein Projekt der Weltbank.*

4. *Zum Konsolidierungsabkommen zwischen der Schweiz und Argentinien vgl. das Schreiben von O. Seifert an E. Stopper vom 19. Februar 1965, dodis.ch/31479; die Notizen von H. Hofer vom 11. Mai 1965, dodis.ch/31480 und vom 21. Mai 1965, dodis.ch/31481; das BR-Prot. Nr. 1054 vom 14. Juni 1965, dodis.ch/31483; das Schreiben von J. Ruedi an E. Stopper vom 30. Juni 1965, dodis.ch/31484 sowie das BR-Prot. Nr. 1358 vom 15. Juli 1966, dodis.ch/31487.*

3. *Fall Italo-Argentina*⁵. Pugliese unterstrich, dass ihm an einer endgültigen und befriedigenden Regelung dieses Falles sehr gelegen sei. Er gab zu, dass die Äusserungen des Energiesekretariats den Kredit der Italo in ungerechtfertigter Weise geschädigt hätten⁶ und der durch das Verschulden von Funktionären der Regierung entstandene Eindruck korrigiert werden müsse. Aus diesem Grund sei die Regierung bereit, die Staatsgarantie zu gewähren, obschon die rechtliche Verpflichtung, die sich aus dem Konzessionsvertrag ergebe, umstritten sei. Er bemühte sich, den Eindruck einer Zurücksetzung der CIAE gegenüber der SEGBA, der sich aus seinem Schreiben vom 15. Oktober⁷ ergibt, mit folgender Erklärung zu zerstreuen:

Der SEGBA werde lediglich die Priorität für das vor dem Abschluss stehende Darlehen der Weltbank eingeräumt. Sobald jedoch die Verhandlungen zwischen CIAE und SEGBA zu einem koordinierten Erweiterungsprogramm geführt hätten, würde für dieses Ausbauprogramm in seiner Gesamtheit die Staatsgarantie gewährt, gleichgültig welche Gesellschaft die einzelnen Etappen durchführe.

Pugliese erklärte, dass die Verhandlungen zwischen SEGBA und CIAE nach rein technischen Gesichtspunkten geführt würden. Das Ergebnis könne entweder in der Empfehlung bestehen, dass die SEGBA die CIAE kaufe oder dass die Netze der beiden Gesellschaften unter Wahrung der Unabhängigkeit der CIAE zusammengelegt würden. Er selber gebe dieser zweiten Lösung den Vorzug, da es wirtschaftlich wenig sinnvoll sei, dass der devisenarme argentinische Staat ein gut funktionierendes Unternehmen aufkaufe.

Im übrigen betonte er nochmals, dass CIAE und SEGBA gleich behandelt würden; wenn sich mit Bezug auf die Tarifierhöhungen bei der Formulierung der Genehmigungsdekrete Unterschiede ergeben hätten, so beruhten diese Unterschiede auf der Verschiedenartigkeit der entsprechenden Klauseln in den beiden Konzessionsverträgen.

Wir haben von den Erklärungen Puglieses mit Befriedigung Kenntnis genommen und darauf hingewiesen, dass die Suspendierung der Ausbaurbeiten der CIAE bereits in seinem Brief vom 15. Juni⁸ zugesagt worden und somit nicht nur auf die Dauer der Verhandlungen zwischen CIAE und SEGBA beschränkt sei. Pugliese bestätigte im übrigen erneut, dass die Rechtsgültigkeit des Konzessionsvertrages der CIAE von der Regierung in keiner Weise bestritten werde. Er habe zur Sicherheit seinen Brief an die Italo vom 15. Oktober vorgängig vom Energiesekretariat visieren lassen, sodass dieses durch dessen Inhalt ebenfalls als gebunden betrachtet werden könne.

5. Zur *Compañía Italo-Argentina de Electricidad* vgl. DDS, Bd. 15, Dok. 16; DDS, Bd. 16, Dok. 108, dodis.ch/1703; DDS, Bd. 19, Dok. 76, dodis.ch/9066 und Dok. 105, dodis.ch/9070; DDS, Bd. 20, Dok. 12, dodis.ch/11134, Anm. 5 sowie DDS, Bd. 21, Dok. 1, dodis.ch/14947; Dok. 80, dodis.ch/14897; Dok. 145, dodis.ch/14893 sowie das Schreiben von E. Stopper an C. García Tudero vom 4. Juni 1965, dodis.ch/31482.

6. Vgl. dazu z. B. das Schreiben von O. Seifert an E. Stopper vom 27. November 1964, dodis.ch/31473.

7. Schreiben von J. C. Pugliese an A. Zamboni vom 15. Oktober 1965, E 2001(E) 1978/84 Bd. 520 (C.41.157).

8. Schreiben von C. García Tudero an P. R. Jolles vom 15. Juni 1965, Doss. wie Anm. 7.

4. *Fall Suizarge*⁹. Minister Pugliese betonte, dass der argentinischen Regierung an einer raschen Liquidation dieses Falles ebenfalls sehr gelegen sei. Die bei der Bezeichnung des dritten Schiedsrichters eingetretenen Verzögerungen könnten nicht einzig der Regierung zur Last gelegt werden; die Aktionäre hätten ihrerseits verlangt, dass eine Liste von 10 Kandidaten aufgestellt werde. Aus dieser Liste sei nun der Präsident der Börse¹⁰ im gegenseitigen Einvernehmen ausgewählt worden, dessen Zustimmung zur Übernahme des Mandates bereits vorliege. Der Anwalt des Schatzamtes habe das Ernennungsverfahren ebenfalls gutgeheissen, sodass lediglich noch das Ernennungsdekret vom Präsidenten¹¹ unterzeichnet werden müsse, eine Formalität, die höchstens 10 bis 14 Tage erfordern werde.

Schweizerischerseits wurde betont, dass nach Einsetzung des Schiedsgerichts jede weitere Verzögerung bei der Bestimmung des Entschädigungsbetrages und der Überweisung vermieden werden müsse¹².

5. *Pharmasektor*¹³. Minister Pugliese wies darauf hin, dass ein Frontalangriff gegen das umstrittene Dekret 3042 nicht zum Erfolg führen werde, weil die Regierung nicht gewillt sei, unter Druck der Privatwirtschaft¹⁴ dieses Dekret zu widerrufen. Publizistische Angriffe gegen die Politik der Regierung würden nur zu einer Verhärtung der Haltung des Gesundheitsministers¹⁵ führen. Es sei jedoch durchaus möglich, im Rahmen des Dekretes durch entsprechende Interpretationen eine Lösung zu finden, die den legitimen ausländischen Interessen Rechnung tragen werde. Als legitime Ansprüche anerkannte Pugliese das Begehren auf volle Berücksichtigung der Lizenzzahlungen und der Verzinsung der den Tochtergesellschaften von ihren Mutterhäusern gewährten Kredite. Pugliese anerkennend seine guten Dienste, um die Vertreter der ausländischen und der inländischen Industrie zu einer Aussprache mit dem Gesundheitsminister zusammenzuführen. Herr Junod werde Ende November nach Buenos Aires reisen, und er werde ihm dann bei seiner Unterredung mit Onativia behilflich sein.

Wir versuchten, von Minister Pugliese die Zusicherung zu erhalten, dass in der Zwischenzeit die umstrittenen Formulare nicht eingereicht zu werden brauchen. Pugliese erklärte sich ausserstande, eine derartige Zusicherung abzugeben, weil er nicht zugunsten einer ausländischen Gruppe eine Ausnahme von einer gesetzlichen Verpflichtung, die auch die nationale Industrie betreffe, zugestehen könne. Er erwähnte jedoch, dass die Fristen für die Einreichung der Formulare

9. Vgl. dazu *Doss. wie Anm. 7*.

10. *L. Baudizzone*.

11. *A. U. Illia*.

12. *Zum weiteren Verlauf der Ernennung des dritten Schiedsrichters im Fall Suizarge vgl. das Schreiben von E. Stopper an O. Seifert vom 16. Dezember 1965, E 2001(E) 1978/84 Bd. 519 (C.41.152).*

13. *Zu den staatlich beschlossenen Preisreduktionen und Lohnerhöhungen in der Pharmaindustrie vgl. z. B. Doss. E 7110(-) 1976/21 Bd. 150 (867.3).*

14. *Für eine Zusammenstellung der Demarchen der Association des fabricants suisses de produits chimiques pharmaceutiques vgl. den Bericht von E. Junod an P. R. Jolles vom 6. Dezember 1965, Doss. wie Anm. 13.*

15. *A. Onativia*.

mehrmals erstreckt worden seien, dass sich die schweizerische Industrie im Verzug befinde, dass die Regierung jedoch keinerlei Sanktionen ergriffen hätte und man es somit bei diesem Status quo bewenden lassen könne.

Wichtig war ferner sein Hinweis, dass die Preise nicht durch Regierungsdekret herabgesetzt würden. Eine Anpassung an die wirtschaftlichen Begebenheiten durch *Preiserhöhungen* könne jedoch erst dann stattfinden, wenn die interessierten Kreise die nötigen Unterlagen eingereicht hätten. Dies könne sofort geschehen, indem die Formulare mit den von den Firmen als nötig erachteten zusätzlichen Angaben eingereicht würden. Die Weigerung der Gesellschaften, die Formulare einzureichen, schädige diese selbst, weil dadurch die Preiserhöhungen hinausgeschoben würden.

Im übrigen erklärte er, dass die zulässige Gewinnmarge nicht für ein einzelnes Produkt, sondern für das gesamte Assortiment eines einzelnen Laboratoriums festgesetzt werden soll. Die Fixierung eines Höchstpreises sei vor allem auch deshalb erforderlich, um einheitliche Preise für ganz Argentinien zu erhalten. Durch die von den Apotheken in Buenos Aires gewährten Rabatte sei eine eigentliche Preisanarchie entstanden. Im übrigen habe die Regierung den Pharma-Unternehmungen abgeraten, die von den Gewerkschaften geforderte 35%ige Lohnerhöhung zuzugestehen; nach Auffassung der Regierung hätte eine Lohnanpassung von 25% genügt. Das zusätzliche Entgegenkommen der Industrie zeige, dass die Gewinnmarge gross genug sei, um derartig massive Erhöhungen absorbieren zu können.

Wir wiesen unsererseits auf die Notwendigkeit einer raschen Regelung dieses Problems im Interesse der Verbesserung des Investitionsklimas hin und legten anhand der uns von der SGCI zur Verfügung gestellten Zahlen dar, dass im laufenden Jahr die schweizerischen Tochtergesellschaften einen Verlust von 8% erleiden.

Minister Pugliese erklärte, auch mit der amerikanischen und der deutschen Industrie (Bayer) in Verbindung zu stehen und deren Vertreter ebenfalls zu Besprechungen nach Buenos Aires eingeladen zu haben.

6. *Versicherungen*¹⁶. Schweizerischerseits wurde einmal mehr die Diskriminierung der ausländischen Versicherungsgesellschaften beanstandet und eine Regelung im Interesse einer konstruktiven Zusammenarbeit der Versicherungsgesellschaften der Industriestaaten mit denjenigen der Entwicklungsländer bei der Durchführung der UNCTAD-Programme hingewiesen. Minister Pugliese erwiderte, dass das argentinische Gesetz der Regierung keine Möglichkeit zu einer Abänderung der gegenwärtigen Praxis einräume. Die der amerikanischen Transportversicherung gewährte Ausnahmebehandlung beruhe auf einer Abmachung im Rahmen der Allianz für den Fortschritt¹⁷.

16. Zu einer weiteren Erörterung der Frage der Diskriminierungen der Versicherungsgesellschaften mit der argentinischen Wirtschaftsmission vgl. die Notiz von M. Grossmann an das Politische Departement vom 3. November 1966, dodis.ch/31475 sowie Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 521 (C.41.237) und E 7110(-) 1976/21 Bd. 150 (869.1).

17. *Handschriftliche Marginalie von A. Geiser*: M. Schürpf Ass. cie. concess. informé en conséquence. tél. 4. 11. / GE.

7. *Investitionsgesuch der Firma Suchard*¹⁸. Dieses Problem wurde Herrn Minister Tettamanti kurz in Erinnerung gerufen, der versprach, den Fall nach seiner Rückkehr nach Argentinien abzuklären.

8. In einer allgemeinen Aussprache über *Welthandelsprobleme* bestätigte die argentinische Delegation¹⁹ ihre Opposition gegen jede Form von reziproken regionalen Nord/Süd-Präferenzen. An der argentinischen Haltung, gemäss welcher vor Jahrzehnten der amerikanische Vorschlag einer Zollunion abgelehnt worden sei, habe sich nichts geändert. Die argentinische Ausfuhr sei zwar bisher durch das Einfuhrregime der EWG nicht behindert worden; langfristig hegten die Argentinier jedoch grösste Bedenken.

Schweizerischerseits stellte man eine völlige Übereinstimmung der Auffassungen mit Bezug auf die Wünschbarkeit der Vermeidung einer weiteren Aufspaltung des Welthandels fest und legte dar, weshalb Argentinien als fortgeschrittenes Entwicklungsland ein grösseres Interesse an einem allgemeinen Zollabbau auf Meistbegünstigungsbasis als an zeitlich befristeten Präferenzen haben sollte²⁰.

18. Vgl. dazu die Notiz von H. Hofer vom 11. Mai 1965, dodis.ch/31480, S. 4.

19. Die argentinische Delegation setzte sich zusammen aus: J. C. Pugliese, A. Illia, L. H. Tettamanti, G. Martinez, F. Lerena, Z. Ceballos, H. Urtubey und E. Carrier.

20. Handschriftliche Marginalie von A. Geiser im Verteiler zu O. Morand und A. Geiser: avons participé à la réunion de «Travail» du 2. 11. 65. M. Morand a pris part en outre au lunch officiel.

115

dodis.ch/31646

*Der Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen, an den Vorsteher des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement, W. Spühler*¹

Bern, 4. November 1965

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 25. Oktober 1965² betreffend die Abstimmung an der UIT-Konferenz³ über die Tadelsresolution⁴ gegen Portugal⁵ kann ich Ihnen folgendes mitteilen:

1. Schreiben (Kopie): E 2804(-) 1971/2 Bd. 48 (08.08). Verfasst von J. Burckhardt.

2. Schreiben von W. Spühler an F. T. Wahlen vom 25. Oktober 1965, E 2003(A) 1978/29 Bd. 267 (o.411.23).

3. Zur UIT-Konferenz vgl. die Notiz von J. Burckhardt vom 29. September 1965, dodis.ch/31649.

4. Zur schweizerischen Haltung bezüglich der Tadelsresolution gegen Portugal an der UIT-Konferenz vgl. die Notiz von H. Langenbacher an F. T. Wahlen vom 1. April 1965, dodis.ch/31650 sowie den Bericht des Politischen Departements vom 29. Oktober 1965, Doss. wie Anm. 2.

5. Zu den Beziehungen der Schweiz zu Portugal vgl. Dok. 4, dodis.ch/30900. Zur Frage der Kriegsmateriallieferung nach Portugal vgl. Dok. 10, dodis.ch/31455.

Nach den politischen Zwischenfällen an der Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation im Herbst 1963⁶ erliess das Politische Departement im Januar 1964 generelle Richtlinien für das Verhalten der schweizerischen Delegationen bei politischen Debatten und Abstimmungen an internationalen Konferenzen, von denen ich Ihnen zu Ihrer Orientierung ein Exemplar⁷ beilege. Sie werden ihnen entnehmen, dass der im vorliegenden Fall einschlägige Passus lautet:

«Si certaines délégations se bornent à essayer de faire voter *une résolution portant condamnation de la politique coloniale du Portugal*, le débat est alors transporté sur un plan purement politique où *l'attitude de la Suisse doit être l'abstention.*»

Herr Dr. Hartmann hat sich bei der Beratung der schweizerischen Delegation an diese Richtlinie gehalten. Sie war übrigens dem Chef⁸ und den Mitgliedern⁹ der Delegation vor Beginn der Konferenz zugestellt worden.

Die Enthaltung unserer Delegationen in Fällen dieser Art scheint mir nach wie vor richtig zu sein. Sie lässt sich mit dem Willen der Nichteinmischung in politischen, artfremden Auseinandersetzungen der Organisationen begründen¹⁰. Die Ablehnung würde von der Grosszahl der Länder als Billigung der «getadelten» Zuständen aufgefasst und uns, selbst im Falle besonderer Erläuterung unserer Stimmabgabe, unnötig Animositäten eintragen. Schweden¹¹ nahm in Montreux dieselbe Haltung ein wie wir.

Eine unterschiedliche Stimmabgabe im Falle offener bzw. geheimer Abstimmung halte ich nicht für angebracht.

6. Zur Haltung der schweizerischen Delegation bei der Internationalen Arbeitsorganisation in Bezug auf Südafrika vgl. die Notiz von G. Bonnart vom 20. Juni 1963, mit Entwurf für die Erklärung der schweizerischen Stimmabgabe, E 2003(A) 1974/52 Bd. 413 (o.722.21).

7. Notiz Instructions aux délégations suisses dans les conférences internationales au sujet de l'admission et de l'exclusion de certains pays von G. Bonnart vom 20. Januar 1964, E 2003(A) 1978/29 Bd. 11 (o.104.2).

8. G. A. Wettstein. Zur Funktion von G. A. Wettstein als Präsident der Konferenz vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 52. Sitzung vom 9. Juli 1965, dodis.ch/32009, S. 9–10: F. T. Wahlen fragte sich aber, ob Herr Wettstein den zu erwartenden Intrigen wegen Portugal und Südafrika gewachsen sein werde. Man müsste ihm dafür einen Diplomaten als Berater zur Verfügung stellen.

9. A. Langenberger, F. Locher, R. Rutschi, G. Buttex, W. Klein, H. Langenbacher, Ch. Lancoud, B. Delaloye, Th. Moeckli, R. Bühler, Ch. Pochon, R. Monnat, A. Tritten.

10. Vgl. dazu die Notiz Politisation des organisations internationales spécialisées von H. Langenbacher vom 25. Februar 1965, Doss. wie Anm. 7.

11. Zu den Beziehungen zwischen Schweden und der UNO vgl. das Protokoll A. Glesti vom April 1965, dodis.ch/31273, S. 12–13.

*Das Politische Departement an das schweizerische Konsulat in Saigon*¹

[Bern,] 29. November 1965, 18.00 Uhr

Werdet begreifen, dass uns überraschende Anfrage Aussenministeriums² nach dreijährigem Schweigen in Anbetracht heutiger politisch-militärischer Lage in Vietnam ungelegen. Gaben 1961/62 nur mit erheblichen Bedenken grünes Licht für Eröffnung Botschaft Bern³, wobei wir unserem Entscheid damalige Lage zugrunde legten. In Anbetracht heutigen USA-Engagements⁴ zögern wir, Scheck einzulösen, insbesondere solange nicht wissen, warum es Saigon plötzlich so eilig hat. Wenn wir wüssten, ob vietnamesischer Botschafter in Bern residieren würde (wo er sich unter Umständen viel unangenehmer bemerkbar machen könnte) oder in Drittland, würde unsere Antwort erleichtert. Auf alle Fälle müssten uns gründliche Prüfung Agrémentgesuches vorbehalten, mit andern Worten, Person Botschafters⁵ müsste einigermassen dafür Gewähr bieten, dass er sich nur um vietnamesische Interessen in der Schweiz kümmert und nicht unser Land als Propaganda-Plattform benützt oder gar missbraucht. Oder soll etwa unbequem gewordener Politiker abgeschoben werden?

Würden es sehr schätzen, wenn es Ihnen gelänge, Angelegenheit vorsichtig aufzuklären, insbesondere würde uns interessieren, wie Aussenministerium auf Ihre Rückfrage reagiert. Führt Unterhaltung auf Zeitgewinn und so, dass unsere Entscheidungsfreiheit gewahrt, aber wenn möglich, ohne dass sich Saigon sofort beleidigt fühlt⁶.

1. *Telegramm Nr. 62 (Versandkopie)*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 1033 (B.22.20.3). *Gerichtet an M. Luy in Antwort auf das Telegramm Nr. 38 des schweizerischen Konsulats in Saigon an das Politische Departement vom 23. November 1965, ibid.*

2. *Vgl. das Aide-mémoire des südvietnamesischen Aussenministeriums vom 23. November 1965, dodis.ch/31152.*

3. *Zur Problematik der Anerkennung von geteilten Staaten vgl. Dok. 43, dodis.ch/31039, Anm. 2 sowie Anm. 18 für die Eröffnung einer südvietnamesischen Botschaft in Bern.*

4. *Vgl. Dok. 144, dodis.ch/31184.*

5. *Zum neuen südvietnamesischen Botschafter in Bern, Phan Van Thinh, vgl. Doss. wie Anm. 1.*

6. *Zur Antwort auf dieses Schreiben, demgemäss das vietnamesische Aussenministerium einen Botschafter mit Erfahrung und Kenntnissen der Schweiz schicken möchte, vgl. das Telegramm Nr. 39 des schweizerischen Konsulats in Saigon an das Politische Departement vom 6. Dezember 1965, Doss. wie Anm. 1. Zur Eröffnung einer Botschaft in Bern vgl. die Notiz von A. Janner an F. T. Wahlen vom 13. Dezember 1965, dodis.ch/31156 und das BR-Prot. Nr. 59 vom 11. Januar 1966, dodis.ch/31842.*

117

dodis.ch/31341

*Rapport du Département politique¹*CONSIDÉRATIONS SUR LE PROBLÈME DE LA «PRÉSENCE DE LA SUISSE»
DANS LE MONDE²

Confidentiel

Berne, 2 décembre 1965

[...]³*II. Coordination de la diffusion et de la propagande*

La diversité des organismes chargés du rayonnement de la Suisse à l'étranger pose le problème de leur coordination à un niveau élevé. Cette question qui est fréquemment évoquée par la presse de notre pays nécessite, si l'on veut aboutir à une solution efficace, des études élaborées sur des données exemptes de toute idée préconçue.

Le problème de la coordination des organismes chargés du rayonnement de la Suisse à l'étranger avait déjà été abordé en 1946 sur le plan de l'information⁴. Reconnaisant que notre publicité était assurée à l'étranger du point de vue économique, touristique et culturel et afin de parer à l'absence inévitable de ministère de l'information, on avait alors établi le projet d'un Office suisse de l'information qui visait à informer l'opinion publique étrangère et à répondre aux campagnes de presse dont nous étions l'objet.

Cet Office suisse d'information, qui aurait dû être une centrale de coordination, aurait été chargé des tâches suivantes:

- faciliter les relations avec la presse étrangère établie en Suisse;
- maintenir une étroite liaison entre la presse suisse, l'ONST et le DPF;
- réunir les organisations intéressées à notre publicité à l'étranger pour étudier la réalisation de projets communs;
- étudier la situation particulière de chaque pays et adapter nos moyens d'information en conséquence;
- créer dans la presse mondiale des points d'appui en renforçant et en complétant ceux qui existent déjà;
- procéder pour chaque pays à une enquête, en collaboration avec le DPF, afin de déterminer les possibilités offertes et constituer, à l'intention de la presse suisse, une documentation sur la presse étrangère;
- réunir tous les articles parus à l'étranger sur la Suisse.

1. *Rapport*: E 2806(-) 1971/57 vol. 5 (13).

2. *Cf. aussi doc. 106*, dodis.ch/31336.

3. *Table des matières*: chapitre I: institutions chargées du rayonnement de la Suisse à l'étranger; chapitre II: inventaire des critiques adressées à la Suisse par l'étranger; chapitre III: comment apprécier les critiques; chapitre IV: conclusions et suggestions. *Pour la version complète du document*, cf. dodis.ch/31341.

4. *Cf. le rapport* Vorschläge zur Lösung der Auslandschweizerfragen de E. Scheim du 15 décembre 1945, dodis.ch/5480. *Cf. aussi doss.* E 2001(E) 1968/82 vol. 76 (B.21.510.1).

La création d'un Comité de patronage avait été envisagée. Etant donné l'importance de ce Comité, un Bureau restreint, composé de cinq personnes (les représentants de la presse suisse – des milieux patronaux et syndicaux – des CFF, de l'OSEC et de l'ONST) était prévu. Un administrateur délégué, journaliste professionnel, aurait été chargé d'établir la liaison entre la presse suisse et l'organisme prévu.

Si ce projet n'a pas été réalisé tel qu'on le prévoyait en 1946, un certain nombre de ses suggestions ont été prises en considération. C'est ainsi que le Foyer de la Presse étrangère a été créé à Berne et que l'élément de coordination a été réalisé dans une certaine mesure, tout au moins, par les différentes organisations intéressées. Il n'en reste pas moins que si, en 20 ans, d'importants progrès ont été réalisés, les idées évoquées en 1946, de même que celles qui furent discutées par la suite, mériteraient un nouvel examen. La Suisse doit faire face, en effet, à une concurrence accrue de la part de ses concurrents industriels d'une part, et à une très forte augmentation des frais de publicité, d'autre part. Sans vouloir suggérer un projet définitif et concret, on pourrait néanmoins envisager la création d'un Conseil de l'information (ce nom est purement indicatif) qui travaillerait en étroite collaboration avec les organisations existantes, dont le travail accompli jusqu'à ce jour est fort appréciable.

Afin de pouvoir fournir un travail efficace, ce conseil devrait pouvoir se réunir fréquemment et travailler selon des méthodes adéquates. C'est ainsi que des groupes de travail pourraient être constitués et que l'on pourrait charger les institutions participant aux travaux de ce conseil d'études spécialisées et de recherches déterminées. On pourrait ainsi mettre un accent particulier sur la continuité du travail, travail qu'il serait nécessaire de prévoir non seulement à long terme, mais également à moyen et à court terme, selon des plans préalablement établis.

Les méthodes de ce conseil devraient être empruntées à celles des études de marché et des relations publiques utilisées par l'industrie privée. C'est ainsi que les programmes de travail devraient être établis en toute connaissance de cause, selon une analyse scientifique du problème en question. Il convient, en effet, de savoir ce qui peut éveiller le plus d'intérêt dans tel ou tel pays et de baser notre propagande, non sur ce qui nous intéresse, mais sur ce qu'attendent les autres de nous. On ne peut, de plus, présenter à tout le monde tous les problèmes de la même façon. C'est ainsi qu'en ce qui concerne l'explication de certains principes de notre politique étrangère, neutralité, non-adhésion à l'ONU⁵, des plans d'information doivent être envisagés selon les pays auxquels ils s'adressent.

Le travail de ce conseil devrait s'effectuer en étroite collaboration avec certains services du DPF auquel il appartient de procéder à une politique d'information plus active. C'est ainsi qu'afin de faciliter le travail du conseil de l'information, le Service d'information et presse du DPF devrait pouvoir

5. Cf. *DDS*, vol. 16–21, *table méthodique*: III.3. La Suisse et l'ONU; *DDS*, vol. 22, *doc. 11*, dodis.ch/30597; *doc. 36*, dodis.ch/30162; *doc. 51*, dodis.ch/30184; *doc. 70*, dodis.ch/30218; *doc. 89*, dodis.ch/30220 et *doc. 149*, dodis.ch/30242. Cf. aussi *doc. 140*, dodis.ch/31553.

être à même de remplir certaines tâches et bénéficier d'un personnel plus nombreux.

Nos missions diplomatiques pourraient être chargées d'étudier et d'analyser le «marché de l'information» et de suggérer à la Centrale les mesures adéquates. Les procédés auxquels il serait nécessaire d'avoir recours pour réaliser ces analyses devraient, cela est évident, tenir compte du droit international.

On pourrait, d'autre part, envisager de donner, dans certaines de nos ambassades importantes, plus de poids aux relations avec la presse. Un diplomate pourrait être chargé de cette tâche.

La constitution d'un conseil de l'information tel que nous l'avons décrit nécessite une augmentation du budget et du personnel. C'est un inconvénient, mais, et l'alternative est impitoyable, ou l'on arrive, après examen du problème, à la conclusion que la publicité et l'information politique jouent un rôle décisif et l'on s'efforce d'adopter des méthodes modernes et efficaces; ou l'on se contente du système actuel, jugeant que les désagréments qu'il comprend sont supportables.

Cependant, à l'heure actuelle, répétons qu'une analyse scientifique des problèmes et de la façon de les absorber est indispensable.

B. Questions concrètes

I. Politique de solidarité internationale

Ainsi que nous l'avons vu, notre neutralité et notre non-appartenance à l'ONU ne peuvent se justifier aux yeux de l'étranger que par les efforts de collaboration et de solidarité que nous accomplissons. Jusqu'à maintenant, la Suisse a surtout considéré sa responsabilité internationale sur le plan humanitaire et s'est efforcée de compenser sa neutralité sous forme d'actions d'entraide⁶. Il serait souhaitable d'examiner s'il ne conviendrait pas de dépasser ces limites et de mieux affirmer notre volonté de participer à la vie internationale en collaborant plus étroitement aux travaux des organisations internationales. Mais ces efforts accrus devraient être accompagnés d'une information scientifiquement utilisée pour renseigner l'opinion étrangère sur notre attitude. Et les moyens que nous choisirions pour intensifier notre collaboration internationale devraient, à leur tour, faire l'objet d'une analyse du «marché». Le résultat de cette analyse ne serait pas le seul critère nous permettant de faire le choix; mais il ne saurait être négligé.

II. Les Suisses à l'étranger

a) Les relations entre nos compatriotes résidants à l'étranger et le pays doivent être intensifiées. D'une manière générale, on peut dire que tout ce qui rend, sans nécessité absolue, ces relations plus difficiles et plus compliquées doit être supprimé sans retard. Dans cet ordre d'idées, certaines questions à caractère administratif (règlement consulaire, immatriculation, taxe et contrôles

6. Cf. *doc. 19*, dodis.ch/31784; *doc. 74*, dodis.ch/30929; *doc. 95*, dodis.ch/31334; *doc. 112*, dodis.ch/30931; *doc. 140*; dodis.ch/31347.

militaires, etc.) mériteraient d'être revues dans un esprit de large compréhension et en dehors de toute réglementation bureaucratique.

b) Nos compatriotes doivent être tenus au courant des problèmes du pays et renseignés régulièrement sur l'attitude de nos autorités. Nous disposons, chez les Suisses à l'étranger, d'un instrument peu onéreux qui permet de faire connaître notre politique dans les milieux les plus divers. Ici, cependant, se pose également une question d'analyse. Il faut procéder avec beaucoup de doigté et savoir choisir les moyens les plus efficaces. Les Suisses à l'étranger sont composés d'éléments trop hétéroclites pour qu'il soit recommandable d'adopter, en l'occurrence, des procédés valables pour tous.

III. Les «maisons suisses»

Dans plusieurs villes existent déjà des centres suisses⁷. Ils ont donné des résultats tangibles et appréciables. Il conviendrait d'établir un plan (qui s'inscrirait dans le programme à établir par le conseil de l'information) en vue de la création de centres suisses dans d'autres villes. Le choix de celles-ci devrait être le résultat d'une analyse soigneusement préparée. D'une façon générale, il convient de créer des centres suisses qui poursuivent à la fois un but politique, culturel, économique et social. En principe, aucun de ces éléments ne doit avoir la priorité.

IV. Visites officielles⁸

De nombreux Etats, particulièrement les pays en voie de développement, sont très sensibles à l'attention que les gouvernements étrangers leur portent. Un pays comme le Japon, par exemple, attache beaucoup de prix à la visite d'hommes d'Etat. Le Danemark et la Hollande l'ont compris et y ont déjà organisé des visites de ce genre. Notre organisation gouvernementale rend difficile l'exécution d'un tel programme. Avant de chercher des moyens qui correspondent à nos possibilités, il faudrait procéder, ici également, à des analyses en vue d'établir dans quelle mesure ces visites officielles peuvent être rentables.

V. Elargissement des moyens dont disposent les organismes chargés du rayonnement de la Suisse à l'étranger

a) Ambassades et consulats

Il ne suffit pas d'exiger plus de personnel ou plus d'argent pour nos représentations officielles à l'étranger. Il faut d'abord analyser méthodiquement et avec une vue d'ensemble le fonctionnement de ces postes et examiner si la répartition des tâches qu'on leur impose se justifie. Cet examen est en cours.

7. *Sur la Maison suisse à Casablanca, cf. DDS, vol. 19, doc. 100, dodis.ch/9401. Sur la Maison suisse à Milan, cf. DDS, vol. 18, doc. 70, dodis.ch/4260 et doc. 123, dodis.ch/8821 et DDS, vol. 19, doc. 52, dodis.ch/8940. Sur la Maison suisse à Paris, cf. DDS, vol. 19, doc. 125, dodis.ch/10161.*

8. *Pour plus d'informations, cf. doc. 108, dodis.ch/31397, en particulier note 6.*

b) ONST, OSEC, Pro Helvetia

En vertu des nouvelles mesures prises par la Confédération, des moyens dépassant de beaucoup ceux dont ces organismes disposaient auparavant leur ont été accordés. Aussi la critique selon laquelle ils disposent de moyens insuffisants est-elle dépassée. En ce qui concerne l'ONST, en effet, un crédit de 9,1 millions lui a été accordé pour la construction et la rénovation des centres suisses de Londres⁹ et de New York¹⁰. Pour les autres agences suisses à l'étranger, le message du Conseil fédéral¹¹ a prévu une solution dans le cadre du budget annuel que le Parlement sera amené à débattre. Il est, en effet, indispensable de doter l'ONST de moyens suffisants, car la Suisse est obligée de faire face à une concurrence accrue de la part des pays hautement industrialisés qui soutiennent leur tourisme par l'octroi d'importants crédits. En France, en Belgique, en Italie et en Espagne, par exemple, l'Etat prend à sa charge la totalité des frais de propagande touristique, alors qu'en Autriche et en Allemagne, la participation de l'Etat s'élève à 95% et en Angleterre à 85%. L'ONST doit donc posséder les moyens de lutter contre cette concurrence étrangère si le tourisme suisse veut pouvoir continuer à jour son rôle dans notre vie économique.

En ce qui concerne Pro Helvetia, un plan de quatre ans a été élaboré au terme duquel cette fondation disposera de 2,7 millions pour l'entretien de ses rapports culturels avec l'étranger¹² en 1969. Ici, à nouveau, il convient de prendre en considération ce qui se fait à l'étranger. (La Province canadienne du Québec, par exemple, consacre 7 millions de dollars par année à sa propagande culturelle). Aussi faut-il, si l'on veut faire admettre par l'étranger une autre image du peuple suisse que celle que nous pouvons constater actuellement dans le domaine culturel, permettre à Pro Helvetia de faire face à la concurrence étrangère et accepter de poursuivre, à cet effet, l'action entreprise en faveur de cette institution.

Selon le plan financier de 10 ans de la Confédération, une augmentation des subventions accordées à ces institutions est envisagée. Mais sera-t-elle suffisante face aux exigences de 1975? Une planification à long terme devrait, avant tout, établir une répartition des crédits envisagés entre la propagande politique, culturelle et économique.

VI. Questions diverses

Les questions «suffrage féminin¹³», «articles confessionnels¹⁴», «secret bancaire¹⁵», etc. devraient faire l'objet d'une analyse scientifique afin de déterminer

9. Cf. dossier E 2001(E) 1976/17 vol. 459 (C.41.149.1).

10. Sur l'ouverture du Swiss Center à New York, cf. doc. 157, dodis.ch/30940.

11. Cf. le Message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant l'allocation d'une contribution fédérale extraordinaire à l'Office national suisse du tourisme pour la modernisation d'agences à l'étranger du 15 juin 1964, FF, 1964, II, pp. 78-95.

12. Sur le rôle de Pro Helvetia, cf. doc. 63, dodis.ch/31092 et doc. 97, dodis.ch/31079. Cf. aussi la lettre de M. Stettler à F. T. Wahlen du 27 octobre 1965, dodis.ch/31236.

13. Cf. doc. 118, dodis.ch/31459.

14. Cf. doc. 141, dodis.ch/31820.

15. Sur le secret bancaire et les relations avec les Etats-Unis, cf. doc. 1, dodis.ch/30938, note 10. De même sur les relations avec la France, cf. DDS, vol. 22, doc. 83, dodis.ch/30715 et doc. 91, dodis.ch/30740.

leur importance effective dans nos relations avec l'étranger. Des résultats de cette analyse dépendraient, en partie, les mesures à prendre sur le plan intérieur. A l'heure actuelle, nous ignorons la portée effective des discussions qui se déroulent à l'étranger sur les problèmes précités. Aucune enquête réalisée avec des moyens modernes n'a véritablement été entreprise jusqu'ici.

118

dodis.ch/31459

Der Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen, an H. Meier¹

Bern, 4. Dezember 1965

Sehr geehrte, liebe Frau Meier²,

Es tut mir wirklich leid, dass ich Sie auf einem Gebiete, das Ihnen so sehr am Herzen liegt, derart enttäusche, wie das in Ihrem Brief vom 3. XI.³ zum Ausdruck kommt. Sie müssen allerdings falsch informiert worden sein. Während der September-Session sagte ich in einem Fernseh-Interview mit 3 Nationalräten ganze 3 Sätze zu Gunsten des Frauenstimmrechtes⁴, – in einer Sendung, die fast eine halbe Stunde dauerte. Da kann man kaum von einer Propagandarede sprechen, und noch weniger davon, ich hätte etwas aus dem Zusammenhang gerissen und aufgebauscht, denn ich beantwortete nur eine Frage.

Nun bin ich allerdings ein Anhänger des Frauenstimmrechtes. Sie fragen warum? Nun, ganz einfach weil ich es nicht als recht empfinde, dass die Frauen vom Tragen der Mitverantwortung ausgeschlossen sein sollen, währenddem jeder männliche Bürger, auch wenn er nur ein Dubel ist, mit der Stimm- und Wahlkarte mitreden kann. In den letzten Jahren, d. h. besonders seitdem ich das Politische Departement leite, kommt dazu noch ein besonderer Grund. Durch die Berichte meiner Botschaften⁵, durch das Lesen der ausländischen Presse, durch Gespräche mit wichtigen Besuchern weiss ich, in welchem Masse das Fehlen des Frauenstimmrechtes und die Ausnahme-Artikel dem Ansehen unseres Landes abträglich sind⁶. Da nützt alles Erklären unserer besonderen

1. Schreiben (Abschrift des handschriftlichen Originals): E 2804(-) 1971/2 Bd. 74 (170.6).

2. Handschriftliche Ergänzung: Reg. Rat R. Meier.

3. Schreiben von H. Meier an F. T. Wahlen vom 3. November 1965, dodis.ch/31467.

4. Fernsehinterview vom 10. Oktober 1965, vgl. dazu Doss. wie Anm. 1.

5. Vgl. dazu z. B. das Schreiben von P. Dupont an W. Jaeggi vom 1. Dezember 1966, dodis.ch/31464.

6. Zur Problematik des fehlenden Frauenstimmrechtes im Zusammenhang mit der europäischen Menschenrechtskonvention und dem Ansehen der Schweiz im Ausland vgl. Dok. 141, dodis.ch/31820; die Notiz von E. Mottier an L. von Moos vom 29. November 1962, dodis.ch/31471; die Notiz von B. Dumont vom 4. November 1964, dodis.ch/31470; die Rede von F. T. Wahlen an der Botschafterkonferenz vom 15. September 1965, dodis.ch/30811; die Notiz von F. T. Wahlen vom 15. Dezember 1965, dodis.ch/31472 sowie die Notiz von F. H. Andres an F. T. Wahlen vom 28. Juli 1965, dodis.ch/31572.

Verhältnisse nichts. Nachdem ich 17 Jahre im Ausland verbrachte⁷, und immer und immer wieder auf diesen Punkt angesprochen wurde, und nachdem ich nun als «Aussenminister» diese Erfahrungen in hohem Masse bestätigt finde, darf ich mir wohl ohne Anmassung ein Urteil zumuten.

Nun hoffe ich allerdings sehr, diese rein sachliche Differenz werde unserer Freundschaft nicht abträglich sein. Man darf doch in guten Treuen verschiedene Standpunkte vertreten, und ich gebe ohne weiteres zu, dass auch die Gegner des Frauenstimmrechts gute Gründe namhaft machen können. Das gilt namentlich für die verheirateten Frauen. Viel schwerer ist es, einzusehen, warum berufstätige, ledige Frauen, die ihre Steuern bezahlen wie die Männer, nicht auch etwas über die Verwendung der öffentlichen Mittel sollten mitreden können.

Nun, wir werden wohl beide auf unserem Standpunkt bleiben, und das schadet auch nichts. Ein alter französischer Spruch sagt: «La démocratie, c'est la discussion», und ein weiterer: «de la discussion jaillit la vérité». Setzen wir also das Gespräch fort, aber bleiben wir Freunde!

Mit herzlichen Grüssen, Ihr F. T. Wahlen

7. F. T. Wahlen war in den 1920er Jahren in Deutschland, Grossbritannien, den Niederlanden und Kanada beruflich tätig, von 1949 bis 1959 war er Direktor der Abteilung für Landwirtschaft der FAO in Washington und Rom.

119

dodis.ch/31851

Der Vorsteher des Politischen Departements, F. T. Wahlen, an den Präsidenten der Generaldirektion der schweizerischen Kreditanstalt, E. Reinhardt¹

Persönlich

Bern, 7. Dezember 1965

Mein Lieber,

Ich danke Dir für die sehr interessante Orientierung² über die beabsichtigte Zusammenarbeit führender amerikanischer und europäischer Banken zum Studium und zur Förderung des West-Osthandels. Wesentlich an diesem Projekt scheint mir, dass sich dafür höchst seriöse und kapitalkräftige Institute, worunter wohl erstmals in diesem Ausmass amerikanische³ interessieren. Es ist klar, dass neben der bankmässigen Seite sich auch diejenige der politischen Wünschbarkeit der Ausdehnung des Osthandels stellt. Zweifellos haben in den letzten Jahren Standorte und Meinungen gewechselt⁴. Einerseits haben sich im

1. *Schreiben (Kopie)*: E 2804(-) 1971/2 Bd. 72 (170.4).

2. *Vgl. das Schreiben von E. Reinhardt an F. T. Wahlen vom 25. November 1965*, E 2001(E) 1978/84 Bd. 12 (A.14.62).

3. *Die Chase Manhattan Bank und die First National Bank of Boston*.

4. *Zu den Entwicklungen des Ost-West-Handels vgl. DDS, Bd. 17, Dok. 109, dodis.ch/3981; DDS, Bd. 18, thematisches Verzeichnis: VI.1.1. Ost-West-Handel; DDS, Bd. 19, thematisches*

Ostblock (wenn man ihn noch so bezeichnen will) Entwicklungen angebahnt, die wir zwar kritisch betrachten sollen, aber einfach auch nicht ignorieren können, und andererseits hat sich auch die Haltung des Westens gelockert (ob immer zu Recht und im richtigen Massstab, bleibe dahingestellt).

Auf Deine Frage, inwieweit ich Dich zur Weiterverfolgung der die Kreditanstalt interessierende Angelegenheit ermuntern könnte, scheint sich mir auf Grund der gegenwärtigen weltpolitischen Situation und nachdem es vorläufig nur darum geht, das Projekt a priori abzulehnen oder es zu vertiefen, die Alternative der näheren Prüfung anzubieten. Dies ist auch die Auffassung meiner engsten Mitarbeiter. Für das Departement kann ich mich, wie Du wohl verstehen wirst, nur bis zum 31. Dezember 1965⁵ verbürgen. Immerhin glaube ich nicht, dass meine Kollegen im Bundesrat, ohne für sie sprechen zu wollen, eine wesentlich andere Auffassung hätten.

Verzeichnis: VI.1. Ost-West-Handel; *DDS, Bd. 20, thematisches Verzeichnis:* VI.2. Ost-West-Handel; *DDS, Bd. 21, thematisches Verzeichnis:* VI.1. Ost-West-Handel; *DDS, Bd. 22, Dok. 88, dodis.ch/30156, Anm. 2. Vgl. ferner Dok. 55, dodis.ch/31564, bes. Anm. 7; das Schreiben von H. Schaffner an F. T. Wahlen und H.-P. Tschudi vom 27. Februar 1962, dodis.ch/30301; das Protokoll der Arbeitsgruppe «Historische Standortbestimmung» vom 16. März 1964, dodis.ch/31852; das Schreiben von R. Bindschedler an F. T. Wahlen vom 17. März 1964, dodis.ch/31617; das Protokoll der Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 7. April 1965, dodis.ch/31387 und das Schreiben von E. Stopper an M. Troendle vom 22. März 1965, dodis.ch/31036. 5. F. T. Wahlen verlässt auf diesen Zeitpunkt hin den Bundesrat. Sein Nachfolger als Vorsteher des politischen Departements wird W. Spühler. Zu den Beziehungen mit den Oststaaten vgl. die Rede von W. Spühler vom 16. Dezember 1966 vor dem Ministerkomitee des Europarats, dodis.ch/31856.*

120

dodis.ch/31085

Der schweizerische Beobachter bei den Vereinten Nationen, E. Thalmann, an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements¹

WIRTSCHAFTSMASSNAHMEN GEGEN RHODESIEN²

Vertraulich

New York, 13. Dezember 1965

Ich bin Ihnen für die Überlassung einer Kopie³ der aufschlussreichen Notiz⁴ von Herrn Probst vom 2. d. Mts. zu Dank verpflichtet.

1. *Schreiben:* E 2001(E)1978/84 Bd. 934 (B.15.11). *Visiert von R. Probst und P. Micheli. Kopie an die Abteilung für Internationale Organisationen des Politischen Departements und an R. Bindschedler.*

2. *Handschriftliche Marginalie von P. Micheli: Urgent und M. Probst sowie handschriftliche Marginalie von R. Probst: Durch Telegramm beantwortet.*

3. *Notiz von R. Probst an F. T. Wahlen vom 2. Dezember 1965, E 2210.5(-) 1976/193 Bd. 15 (7-i).*

4. *Vgl. Doss. E 2804(-) 1971/2 Bd. 55 (11).*

Ich stelle fest, dass darin die Resolution⁵ des Sicherheitsrates vom 19. November überhaupt nicht erwähnt wird und schliesse daraus, dass allfällige schweizerische Massnahmen⁶ *autonomen* Charakter tragen und nicht in Ausführung des genannten Sicherheitsratsbeschlusses oder auch nur in Anlehnung an diesen getroffen würden.

Dies mag selbstverständlich erscheinen. Wir sind ja gerade deswegen nicht Mitglied der UN, weil wir Sanktionen mit unserer Neutralität als nicht vereinbar erachten⁷. Wir müssen uns indessen bewusst sein, dass es sich seit dem Bestehen der Organisation um den ersten Fall handelt, in welchem das Motiv für unsere Nichtmitgliedschaft konkret, praktisch in Erscheinung treten könnte.

Wie ich in meiner laufenden Berichterstattung schon oft unterstrichen habe, wird unser Abseitsstehen von der UN von den Mitgliedern im allgemeinen als eine bestehende Tatsache hingenommen, ohne dass man sich viel den Kopf darüber zerbricht, was eigentlich dahinter steckt. Während die Staaten, die seinerzeit dem Völkerbund angehörten und mit unserer traditionellen Politik vertraut sind, die Zusammenhänge zu erfassen vermögen, ist dies von den jungen Staaten⁸ nur in sehr beschränktem Masse zu erwarten. Letztere sehen in unserer Nichtmitgliedschaft eher eine gewisse Eigenbrödelei, die sie nur sehr verschwommen mit unserer («überspitzten») Neutralität in Verbindung setzen, wobei sie mehr an unsern Wunsch denken, in politischen Fragen nicht Stellung zu nehmen (nicht an Abstimmungen teilzunehmen), was, wie mir einzelne ihrer Vertreter immer wieder sagten, besonders im Hinblick auf Genf auch ganz in Ordnung sei. Meinen Aufklärungsversuchen war wegen ihres «theoretischen» Charakters in diesen Kreisen wenig Erfolg beschieden.

Nun haben wir es aber gerade im Falle Rhodesiens in erster Linie mit diesen jungen Staaten zu tun, deren Erregung über das Regime Ian Smith alle Überlegungen der Vernunft und des Rechts in den Schatten stellt. Für sie wird es wie ein Schock wirken, wenn sie realisieren, dass unsere Nichtmitgliedschaft nicht nur eine originelle und im Grunde genommen harmlose Erscheinung ist, sondern praktische Folgen haben kann, die ihren «heiligen» Interessen zuwiderlaufen. Wir sind von einem Afrika-Kenner wie Simon Malley («Jeune Afrique») bereits freundschaftlich darauf aufmerksam gemacht worden, dass man uns sehr genau «auf die Finger sehen» und verfolgen werde, wie wir uns verhalten. (Diese «Warnung» erfolgte nicht etwa unter Bezugnahme auf unser

5. Zu einer ersten Einschätzung von F. T. Wahlen zu den UNO-Sanktionen betreffend Rhodesien vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 83. Sitzung vom 26. November 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 3.

6. Zur Einführung der Bewilligungspflicht und des «courant normal» für Importe aus Rhodesien vgl. das BR-Prot. Nr. 2189 vom 17. Dezember 1965, dodis.ch/31953.

7. Zur Frage der Neutralität und inwiefern vom UNO-Sicherheitsrats beschlossene Sanktionen auch für Nicht-UNO-Mitgliedstaaten gelten, vgl. das Schreiben von E. Thalmann an B. Turrettini vom 21. September 1966, Anhang 2, dodis.ch/31066; das Schreiben von H. K. Frey an W. Spühler vom 22. Dezember 1966, dodis.ch/31113 sowie die Notiz des Politischen Departements vom 27. Dezember 1966, dodis.ch/31111. Zu den UNO-Sanktionen betreffend Südafrika vgl. Dok. 7, dodis.ch/31045 sowie Dok. 156, dodis.ch/31047.

8. Zur Frage der Einheit Afrikas innerhalb der UNO vgl. den Politischen Bericht Nr. 32 von B. Turrettini vom 10. Mai 1966, dodis.ch/31563.

Verhältnis zur UN, sondern in Verbindung mit Andeutungen über die schweizerische «Geschäftstüchtigkeit» und die Praxis unserer Banken.)

Ich erwähne dies natürlich nicht, um irgendwelchen Konzessionen grundsätzlicher Art das Wort zu reden. Wir müssen uns jedoch bewusst sein, dass die Reaktion auf unsere Nichtteilnahme am Embargo – das gleiche würde im Übrigen auch für eine sprunghafte Entwicklung unseres Handels mit Südafrika gelten – bei einzelnen afrikanischen Staaten sehr heftig sein dürfte und u. U. zum Abbruch diplomatischer Beziehungen führen könnte. Leider muss auch bezweifelt werden, dass eine Beschränkung auf den «Courant normal»⁹, so bescheiden dieser auch sein mag, zur Beruhigung der Gemüter ausreicht. (Der Begriff dürfte den meisten nicht einmal bekannt sein¹⁰.)

Es kommt daher jedenfalls sehr darauf an, *wie* wir unsere Haltung begründen, sofern wir dazu durch die Verhältnisse gezwungen würden. Ich glaube nicht, dass wir selbst die Initiative dazu ergreifen sollten, z. B. durch Beantwortung der Note des Generalsekretärs¹¹. Ein Hinweis auf die Vertretung britischer und amerikanischer Konsularinteressen¹² böte andererseits kaum eine tragfähige Grundlage.

Sofern das Regime Ian Smith nicht sehr bald zu Fall gebracht wird, könnte somit der Preis, den wir für unsere Nichtteilnahme an den Sanktionen zu bezahlen haben, sehr hoch sein. Aus dieser Besorgnis heraus möchte ich Ihnen nachstehende Gedankengänge unterbreiten, die mir einer näheren Prüfung wert scheinen, wiewohl ich mir gleichzeitig der mannigfachen Schwierigkeiten bewusst bin, die ihrer praktischen Verwirklichung entgegenstehen.

Abgesehen davon, dass das Bestehen eines Kriegszustandes – heute wenigstens noch – zum mindesten höchst fraglich erscheint, bildet Rhodesien insofern einen Fall *sui generis*, als Rhodesien die Rechte eines selbstständigen Staatswesens nicht nur von der quasi Totalität der übrigen Staaten (die Schweiz unbegriffen), sondern vom «Mutterlande» selbst abgesprochen werden. Rhodesien ist daher als *britisches* Territorium zu betrachten, und Sanktionen gegen Rhodesien wären somit, theoretisch wenigstens, Sanktionen gegen Grossbritannien. Darin liegt natürlich ein offenkundiger Widersinn. Es ist ja nicht denkbar, dass ein Staat Sanktionen gegen sich selbst verlangt, ganz abgesehen davon, dass Rhodesien historisch gesehen eigentlich nie ganz «britisch»

9. Zur Definition des «courant normal» vgl. Dok. 154, dodis.ch/31951.

10. Zur Frage der Auswirkungen der schweizerischen Südafrika- und Rhodesienpolitik auf die Beziehungen zu den afrikanischen Staaten vgl. Dok. 104, dodis.ch/31614; Dok. 130, dodis.ch/31089; das Protokoll von P. Stauffer vom 18. September 1964, dodis.ch/31050; das Schreiben von E. Thalmann an B. Turrettini vom 21. September 1966, Anhang 3, dodis.ch/31066 sowie das BR-Verhandlungsprot. der 85. Sitzung vom 3. Dezember 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 8: Wie aus der Note hervorgeht hätten wir, wenn wir keine Massnahme treffen, die afrikanische Welt und die UNO gegen uns. Wir müssen schauen, dass wir dort nicht in ein schlechtes Licht kommen. Der Eindruck, der unser Verhalten in Afrika machen könnte, muss sorgfältig bedacht werden. Das habe man immer übersetzt in eine «courant normal». Mit anderen Worten, wir werden nicht Ersatzlieferanten der anderen werden.

11. S. U Thant.

12. Zur Frage der Interessenvertretung im Zusammenhang mit dem Rhodesienkonflikt vgl. Dok. 130, dodis.ch/31089, Anm. 14.

war. Ich frage mich jedoch, ob nicht gerade dieser merkwürdige Sachverhalt uns erlauben würde, allfällige schweizerische Massnahmen ihres politischen Charakters zu entkleiden und in den Rahmen der *bilateralen* britisch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen zu stellen. Wir würden einerseits gewisse *britische* Lieferungen (nämlich jene aus Rhodesien) nicht mehr abnehmen und andererseits gewisse Lieferungen an *Grossbritannien* (jene, die für Rhodesien bestimmt wären) einstellen. Ob bei dieser Betrachtungsweise die notwendige rechtliche Grundlage im Bundesbeschluss betreffend wirtschaftliche Massnahmen gegenüber dem Auslande vom 28. September 1956¹³ nicht doch gefunden werden könnte?

Wenn nicht, schiene mir vielleicht die Anrufung von Artikel 102, Ziff. 8 der Bundesverfassung dadurch erleichtert zu werden, dass wir die britische These akzeptieren, wonach es sich um eine *Rebellion* handelt, einen bürgerkriegsähnlichen Zustand, in welchem sich die Schweiz jeder Unterstützung der Aufständischen gegen die von uns anerkannte Regierung zu enthalten hat.

Nachdem es im vorliegenden Falle zweifellos nicht um eine Frage des Neutralitätsrechtes, sondern der Neutralitätspolitik geht, steht uns ein weiter Spielraum «d'appréciation politique» im Sinne von Max Huber offen, der uns erlauben sollte, den britischen Begehren in unserem eigenen Interesse Rechnung zu tragen und zwar *bevor* wir mit Bezug auf unsere Haltung zu den Sanktionsbeschlüssen des Sicherheitsrates interpelliert werden, womit wir Gefahr laufen würden, den ganzen goodwill, den wir uns im schwarzen Erdteil aufgebaut haben, zu verscherzen. Die Möglichkeit, dass uns deswegen das britische Mandat zur Wahrung seiner konsularischen Interessen entgegen könnte, scheint mir dem gegenüber von untergeordneter Bedeutung zu sein.

Die vorstehenden Überlegungen drängen sich m. E. auch deshalb auf, weil sich der Fall Rhodesien wegen seiner besondern Natur denkbar schlecht dazu eignet, einen Testfall mit Bezug auf unsere Einstellung zu Sanktionsbeschlüssen des Sicherheitsrates zu schaffen.

Nicht zuletzt scheint es mir wünschenswert zu sein, diesen Spezialfall nicht zum Gradmesser unserer öffentlichen Meinung mit Bezug auf unser Verhältnis der UN gegenüber werden zu lassen. Der Artikel, den von Hofmannsthal in der Schweizerischen Handelszeitung publiziert hat («Die hysterische UN», Ausgabe vom 2. Dezember 1965) enthält trotz der einseitigen, ultrakonservativen Einstellung des mir wohlbekannten Autors viel Wahres, und eine natürliche Sympathie mit den seit 75 Jahren praktisch unabhängigen rhodesischen «Settlers» könnte in unserer öffentlichen Meinung leicht eine Bewegung auslösen, die nur Verwirrung stiften würde.

Ich zweifle nicht daran, dass Sie sich all dieser Faktoren wohl bewusst sind. Es scheint mir, dass in dieser Frage praktische Lösungen gefunden werden sollten, die uns eine dogmatische Stellungnahme ersparen und uns nicht in unnötiger Weise exponieren.

13. *BBl*, 1956, II, S. 267–272.

dodis.ch/31703

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements,
E. Stopper, an diverse schweizerische Vertretungen¹*

ASIATISCHE ENTWICKLUNGSBANK

Bern, 21. Dezember 1965

Die Weltpresse hat im Laufe dieses Jahres ausführlich über das Projekt der Gründung einer Asiatischen Entwicklungsbank berichtet. An der Bank sollen sich im Gegensatz zu der Afrikanischen Entwicklungsbank² nicht nur die Länder der Regionen, sondern auch die Industrie-Länder Nordamerikas und Europas (inkl. Russland) beteiligen können, um auf diese Weise das Standing des Institutes zu heben. Wir wurden von mehreren diplomatischen Vertretungen über die schweizerische Haltung befragt³.

Ein Ausschuss⁴, der den Statutenentwurf⁵ vorbereitet hatte, besuchte im Verlaufe dieses Sommers verschiedene Hauptstädte Westeuropas, darunter auch Bern⁶. Mit Bundesratsmitgliedern kam die Delegation⁷ dabei nicht in Kontakt. Von schweizerischer Seite wurde ihr dargelegt, dass die Schweiz dem Projekt nicht negativ gegenübersteht und die Angelegenheit prüfen werde.

Das damals der Delegation gezeigte Interesse hängt mit folgendem Sachverhalt zusammen: Im internationalen Vergleich über die geleistete Entwicklungshilfe steht die Schweiz nicht schlecht da, wenn alle Exportrisikogarantieleistungen einbezogen werden. Da nun je länger je mehr nur noch die längerfristigen Exportrisikogeschäfte für die Berechnung der Leistungsnorm von 1% des Bruttosozialproduktes berücksichtigt werden können, würde die Schweiz beträchtlich unter dieser Norm bleiben, so dass die Frage unvermeidlich

1. Rundschreiben: E 7110(-) 1976/21 Bd. 91 (799.3.0.1). Gerichtet an in die schweizerischen Vertretungen in Nordamerika, Europa und Asien, das Büro des schweizerischen Beobachters bei der UNO, die schweizerische Delegation bei der OECD, das schweizerische Generalkonsulat in Hong Kong, das schweizerische Generalkonsulat in Singapur. Kopien an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, an P. R. Jolles, A. Weitnauer, H. Marti, H. Bühler und E. Moser.

2. Zur Afrikanischen Entwicklungsbank vgl. das Rundschreiben von H. Bühler an diverse schweizerischen Vertretungen vom 2. Dezember 1964, dodis.ch/31736 sowie die Notiz von H. Bühler vom 15. November 1965, dodis.ch/31735.

3. Vgl. z. B. die Anfragen der Botschaften in Australien und Japan: Schreiben von H. Béglé an P. Micheli vom 26. November 1965 und Schreiben von J. de Rham an P. Micheli vom 7. Dezember 1965, Doss. wie Anm. 1.

4. Consultative Committee der UNO Wirtschaftskommission für Asien und den fernen Osten.

5. Vgl. das Draft agreement establishing the Asian Development Bank vom 31. August 1965, Doss. wie Anm. 1.

6. Zum Besuch des Ausschusses für die Gründung der asiatischen Entwicklungsbank in Bern vom 2. August 1965 vgl. das Schreiben von H. Bühler an A. Soldati vom 10. August 1965, Doss. wie Anm. 1.

7. Die Delegation des ECAFE für die Schweiz setzte sich zusammen aus: C. Balmaceda, N. C. Hach, A. I. Qureshi, M. Agah, R. Krishnamurti, A. Maglaque.

wird, in welcher Weise die staatliche Entwicklungshilfe zu erhöhen sei⁸. Neben einer Investitionsrisikogarantie⁹ zur Förderung der privaten Investitionen und Darlehen zu weichen Bedingungen würde auch die Kapitalbeteiligung an einer Entwicklungsbank¹⁰ eine langfristige Mittelhingabe an Entwicklungsländer zur Folge haben.

Bei Fragen von Gesprächspartnern über die schweizerische Haltung wäre ihnen daher darzulegen, dass die Frage eines schweizerischen Beitritts weiter geprüft werde. Im derzeitigen Moment können wir uns weder nach der einen noch der andern Seite irgendwie festlegen. Ein Entscheid ist auch nicht in naher Zukunft zu erwarten.

Die Delegation nannte uns gegenüber damals einen Beitrag der Schweiz von 7 Mio. \$, wobei man natürlich auch einen höheren Betrag annehmen würde. Wir selbst würden indessen 5 Mio. \$ als ausreichend betrachten¹¹.

8. *Zum Rahmenkredit der technischen Zusammenarbeit* vgl. Dok. 173, dodis.ch/31734.

9. *Zur Asiatischen Entwicklungsbank und der Investitionsrisikogarantie* vgl. die Notiz von A. Fankhauser an P. R. Jolles vom 26. November 1966, E 7110(-) 1976/21 Bd. 94 (799.3.0.1). *Zu den Investitionsschutzabkommen mit Lateinamerika* vgl. Dok. 8, dodis.ch/31413 sowie Dok. 163, dodis.ch/31582.

10. *Für die Beteiligung der Schweiz an einer anderen Entwicklungsbank* vgl. Dok. 150, dodis.ch/30945.

11. *Zur Frage der Beteiligung der Schweiz am Kapital der Asiatischen Entwicklungsbank* vgl. das BR-Prot. Nr. 480 vom 7. März 1966, dodis.ch/31355 sowie die Notiz von H. Bühler an Ch. Oser vom 28. November 1966, dodis.ch/31711.

122

dodis.ch/31216

Interne Notiz des Politischen Departements¹

EINTRAGUNG DER DEUTSCHEN BOTSCHAFT IM GRUNDBUCH

Bern, 22. Dezember 1965

I. Im Mai dieses Jahres² hat uns das Grundbuchamt Bern davon Kenntnis gegeben, dass ihm von der deutschen Botschaft die Frage vorgelegt worden sei, ob die von ihr benützten Grundstücke, die im Grundbuch als Eigentum des «Deutschen Reiches» eingetragen sind, nunmehr auf den Namen der «Bundesrepublik Deutschland» umgeschrieben werden könnten. Das Grundbuchamt bat das Politische Departement um Stellungnahme.

Dem Grundbuchamt wurde empfohlen³, die deutsche Botschaft an uns zu verweisen und sie wissen zu lassen, dass es die Frage der Übertragung des

1. Notiz: E 2001(E) 1978/84 Bd. 386 (B.22.10). *Verfasst und unterzeichnet von R. Bär.*

2. *Schreiben des Grundbuchamts Bern an das Politische Departement vom 7. Mai 1965, Doss. wie Anm. 1.*

3. *Schreiben von H. Zimmermann an das Grundbuchamt Bern vom 10. Juni 1965, Doss. wie Anm. 1.*

Grundbesitzes erst prüfen könne, wenn ihm ein entsprechender Notenwechsel zwischen dem Politischen Departement und der deutschen Botschaft vorgelegt werde.

In der Folge ist Herr Dr. Hoffmann von der deutschen Botschaft an mich gelangt⁴. Sein Anliegen ging dahin, in informeller Weise zu erfahren, welcher der Standpunkt unseres Departements zu einer deutschen Anfrage in dieser Sache sein würde. Sofern man nämlich dem deutschen Gesuch einen ablehnenden Bescheid geben würde, möchte man deutscherseits auf die vorgeschlagene offizielle Anhängigmachung des deutschen Begehrens überhaupt verzichten.

II. Um die grundsätzliche Seite des deutschen Anliegens zu überprüfen, haben wir am 26. August 1965⁵ das Eidgenössische Grundbuchamt gebeten abzuklären, ob in einem früheren Zeitpunkt ähnliche Begehren hinsichtlich der von den deutschen Konsulaten in der Schweiz verwendeten Grundstücke, soweit sie in deutschem Eigentum stehen, gestellt wurden und welche Folge gegebenenfalls einem solchen Gesuch geleistet worden ist. Aus den teilweise von den kant. Grundbuchämtern⁶ sowie am 15. September vom Eidg. Grundbuchamt⁷ eingegangenen Antworten ergab sich, dass, mit Ausnahme der Stadt Basel, keine derartige Umschreibung erfolgt ist. Was Basel betrifft, so hat sich das dortige Grundbuchamt für die Eintragung des vom Generalkonsulat benützten Grundstücks auf den Namen der «BRD» auf ein Schreiben der Abteilung für Politische Angelegenheiten vom 23. August 1961⁸ gestützt. Dieses Schreiben bezieht sich indessen auf eine Grundpfandverschreibung und steht im Zusammenhang mit der auf Grund des BRB vom 24. Februar 1953⁹ erfolgten Übertragung der beschlagnahmten deutschen Vermögenswerte. Es ging hier also nicht direkt um die Frage der Namensänderungen «Deutsches Reich» in «BRD», so dass dieses Schreiben des Politischen Departements eigentlich keine Handhabe für das städtische Grundbuchamt zur Namensänderung bilden konnte. Dies umso weniger als ja die Bundesrepublik die Auslandsschulden des Deutschen Reiches übernommen hat¹⁰.

Hinsichtlich der im Brief des Eidg. Grundbuchamtes vom 15. September 1965 erwähnten Eintragung deutscher Eisenbahnstrecken auf Basler Gebiet auf «Bundesrepublik Deutschlands Bundeseisenbahnvermögen» (gestützt auf eine Ermächtigung des Eidg. Post- und Eisenbahndepartements) ist zu bemerken, dass es hier, obwohl diese Umschreibung grundsätzlich zu bedauern ist, doch eigentlich mehr um eine Anpassung einer «Firmenbezeichnung» geht.

4. Vgl. die Notiz von R. Bär an E. Diez und A. Janner vom 27. August 1965 und die Notiz von R. Bär vom 5. Januar 196[6], Doss. wie Anm. 1.

5. Schreiben von E. Diez an das Eidgenössische Grundbuchamt vom 26. August 1965, Doss. wie Anm. 1.

6. Schreiben des Grundbuchamts Genf an E. Diez vom 7. September 1965, Doss. wie Anm. 1.

7. Schreiben von G. Eggen an E. Diez vom 15. September 1965, Doss. wie Anm. 1.

8. Schreiben von A. Janner an das Grundbuchamt Bern vom 23. August 1961, Doss. wie Anm. 1.

9. BR-Prot. Nr. 314 vom 24. Februar 1953, dodis.ch/9087.

10. Zum Londoner Schuldenabkommen vgl. DDS, Bd. 18, Dok. 132, dodis.ch/8086; Dok. 137, dodis.ch/7200; Dok. 143, dodis.ch/8021 und DDS, Bd. 19, Dok. 28, dodis.ch/10297.

Die Umfrage hat somit ergeben, dass mit Ausnahme von Basel alle zu den deutschen diplomatischen und konsularischen Vertretungen gehörenden Liegenschaften auf den Namen «Deutsches Reich» eingetragen geblieben sind.

III. Was die materielle Beurteilung der Frage anbelangt, so ist davon auszugehen, dass die Bundesrepublik von der Schweiz nicht als Gesamtnachfolger des Deutschen Reiches anerkannt wird. Für die Schweiz wurde durch die Anerkennung der Bundesrepublik die seit dem BRB vom 8. Mai 1945¹¹ vertretene Auffassung, wonach Deutschland als einheitlicher Staat nicht untergegangen ist, nicht berührt. Im Beschluss des Bundesrates vom 16. März 1951¹² betreffend die diplomatischen Beziehungen¹³ wurde deshalb ausdrücklich festgehalten, dass es

«nicht um die Anerkennung eines neuen Staates geht, sondern um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der westdeutschen Regierung, als eine der zwei Regierungen, die auf dem Gebiet des ehemaligen Reiches die tatsächliche Gewalt ausüben, wird die vom Bundesrat in seinem Beschluss vom 8. Mai 1945 vertretene Auffassung vom Fortbestand Deutschlands als einheitlichen Staat nicht berührt.»

So haben dann auch theoretisch die mit dem Deutschen Reich abgeschlossenen Staatsverträge Geltung für das gesamte deutsche Gebiet vom 31. Dezember 1937 (statt vieler VE/B/ 27 Nr. 2).

Bekanntlich wird deshalb das von der Bundesrepublik in Anspruch genommene Alleinvertretungsrecht für Gesamtdeutschland von den Bundesbehörden abgelehnt¹⁴. Dieser Standpunkt wurde zuletzt mit aller Deutlichkeit in den hängigen Verhandlungen im Hinblick auf den Abschluss eines Abkommens über den Schutz von Herkunftsangaben¹⁵ vertreten.

IV. Der Wunsch Deutschlands um Eintragung der von der Botschaft benützten Liegenschaften auf den Namen der «Bundesrepublik Deutschland» sollte deshalb abgelehnt werden. Damit in der Führung des Grundbuches ein einheitlicher Standpunkt vertreten wird, sollte das Eidg. Grundbuchamt angewiesen werden, die kant. Grundbuchämter entsprechend zu instruieren¹⁶.

11. BR-Prot. Nr. 1019 vom 8. Mai 1945 über die Nichtmehranerkennung einer offiziellen deutschen Reichsregierung, DDS, Bd. 15, Dok. 441, dodis.ch/32060.

12. BR-Prot. Nr. 566 vom 16. März 1951, dodis.ch/8077.

13. Zur Problematik der Anerkennung von geteilten Staaten vgl. Dok. 43, dodis.ch/31039, Anm. 2 und Anm. 16.

14. Vgl. dazu DDS, Bd. 17, Dok. 89, dodis.ch/4420; DDS, Bd. 18, Dok. 49, dodis.ch/8095 und Dok. 138, dodis.ch/7700 und DDS, Bd. 19, Dok. 3, dodis.ch/9646. Vgl. ferner zur Problematik der Berlin-Klausel das Telegramm Nr. 18 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Köln, dodis.ch/31305.

15. Vgl. dazu die Notiz von R. Bär an E. Diez und A. Janner, dodis.ch/31301 und das BR-Prot. Nr. 2331 vom 29. Dezember 1964, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 692.2.

16. Handschriftliche Marginalie von H. Zoelly: Einverstanden.

*Notiz für den Chef der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements,
E. Stopper¹*

REVISION DES INDISCHEN PATENTGESETZES

[Bern,] 7. Januar 1966

In Indien ist dem Parlament die Vorlage zu einem neuen Patentgesetz zugeleitet worden, das in verschiedener Hinsicht einen wesentlichen Abbau des Patentschutzes zur Folge hätte.

Die Schweiz und andere westeuropäische Staaten (Grossbritannien, Deutschland) haben bekanntlich bereits im Vorbereitungsstadium bei den Verwaltungsstellen interveniert². Auf Grund seiner Gespräche mit hohen Ministerialbeamten und den deutschen und englischen Botschaften empfahl Herr Botschafter Fässler³ wiederholt⁴, sich nicht noch mit einer Regierungsdemarche in die Parlamentsdebatten einzuschalten wegen der emotionell geladenen Atmosphäre. Unter Berufung auf diese Gespräche wies er auf den Umstand hin, die Anwendung des Gesetzes sei nicht dasselbe wie die offizielle Politik.

Die Ausnahmebestimmungen sind sehr weitgehend. Sollten wir uns deshalb zu einer Intervention entschliessen, so sollte sie m. E. auf alle Fälle nicht nur in einem «no, no» bestehen, wie dies leider in der bisherigen Stellungnahme der Chemie⁵ zum Ausdruck kommt. Ohne konstruktive Gegenvorschläge werden wir die Situation nicht verbessern, ob die Demarchen nun von Regierungsseite oder von der Industrie ausgehen.

In der beiliegenden Übersicht⁶ wurden einige provisorische Überlegungen zum Problembereich angestellt.

Auf den 14. Januar hat das federführende Eidgenössische Politische Departement eine grosse Konferenz⁷ einberufen (Vorort, VSM, Interpharma, Uhrenkammer, Amt für geistiges Eigentum etc.). Im Hinblick darauf würden Herrn Bühler und ich eine Stellungnahme Ihrerseits begrüessen⁸. Gegenüber Botschafter Lall wird wohl auch auf die ernststen Besorgnisse hinzuweisen sein⁹, die uns die neue Patentvorlage bereitet.

1. *Notiz*: E 7110(-) 1977/9 Bd. 185 (865.5). Verfasst und unterzeichnet von A. Fankhauser.

2. *Vgl. das Schreiben von P. Micheli an J.-A. Cuttat vom 10. Januar 1964*, E 2001(E) 1978/84 Bd. 774 (B.34.814).

3. *Handschriftliche Korrektur von A. Fankhauser*: bis jetzt.

4. *Vgl. z. B. die Schreiben von R. Fässler an P. Micheli vom 23. April und vom 13. August 1965*, Doss. wie Anm. 2 und das Telegramm Nr. 2 von R. Fässler an das Politische Departement vom

3. Januar 1966, E 2001(E) 1978/84 Bd. 775 (B.34.814).

5. *Zu den Stellungnahmen der chemischen Industrie vgl. Doss. E 2001(E) 1978/84 Bde. 774 f.* (B.34.814).

6. *Notiz von A. Fankhauser vom 7. Januar 1966*, dodis.ch/30924.

7. *Vgl. das Protokoll der Sitzung vom 14. Januar 1966 von J.-P. Zehnder*, Doss. wie Anm. 4.

8. *Handschriftliche Antwort von E. Stopper*: Ich habe nichts gegen eine «realistische» Beeinflussung der Diskussion einzuwenden. Wir sollten dies aber mit angemessener Zurückhaltung

tun, denn es scheint recht viel – auch in bezug auf die präjudizielle Wirkung – auf dem Spiel zu stehen. *Die Notiz wurde auf der Schreibmaschine mit dem Zusatz transkribiert: Revision des indischen Patentgesetzes. Kommentar von Herrn Direktor Stopper zur Notiz vom 7. Januar 1966.*

9. Vgl. *das Schreiben von E. Stopper an R. Fässler vom 22. Januar 1966*, dodis.ch/30928.

124

dodis.ch/31373

Der schweizerische Botschafter in Tokio, J. de Rham, an den Chef der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, E. Stopper¹

Tokio, 12. Januar 1966²

In Ergänzung zu meinem Bericht vom 15. Dezember 1965³ betreffend *schweizerische Uhrenausfuhren nach Süd-Korea* stelle ich Ihnen in der Beilage ein Exemplar des Berichtes⁴ zu, den Herr Bisang auf Grund einer im Dezember ausgeführten Reise dorthin verfasst hat. Ich kann mich den Schlussfolgerungen dieses Berichtes voll und ganz anschliessen. Die gegenwärtige Situation lässt sich in der Tat wie folgt charakterisieren.

Süd-Korea ist nach wie vor ein im Aufbau begriffenes, devisenarmes Agrarland. An den generellen Voraussetzungen für den Handelsverkehr mit diesem Land, wie sie bereits in früheren Berichten⁵ ausführlich geschildert wurden, hat sich daher nichts geändert. Neu ist die Tatsache des inzwischen in Kraft getretenen Normalisierungsvertrages mit Japan⁶, der den Japanern die Türen für eine wirtschaftliche Infiltration und für eine starke Beeinflussung des Handels mit Süd-Korea öffnet. Diese Perspektive verursacht den Koreanern einiges Kopfzerbrechen. In diesem Lichte sind die Liberalisierungsmassnahmen des letzten Jahres auf dem Uhrensektor (Uhrwerke und Fertighuhren) als ein letzter Versuch zu verstehen, nach Möglichkeit auf diesem Gebiet andere ausländische Interessenten zu engagieren, um ein gewisses Gegengewicht gegen den nun, nach Abschluss des Normalisierungsvertrages, einsetzenden japanischen Druck zu schaffen. Wird von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch

1. *Schreiben*: E 7110(-) 1977/9 Bd. 188 (842.8). Verfasst von H. Miesch.

2. *Marginalie von J.-E. Töndury*: pas enc[ore] de rép[onse] conc[ernant] 1) comp[ensation] globale ou privée, 2) export[at]ions] indir[ectes] de cotonnades. Zum vorgeschlagenen Kompensationsgeschäft vgl. *das Schreiben von J. de Rham an E. Stopper vom 15. Dezember 1965*, dodis.ch/31375.

3. Vgl. *Anm. 2*.

4. *Bericht von A. Bisang vom 29. Dezember 1965*, dodis.ch/31374.

5. Vgl. hierzu z. B. *den Bericht von H. Miesch vom 2. Juni 1964*, E 2001(E)-01 1982/58 Bd. 327 (B.15.11) und *den Politischen Bericht Nr. 3 von J. de Rham an F. T. Wahlen vom 9. Februar 1965*, dodis.ch/31378.

6. Zum *japanisch-koreanischen Normalisierungsvertrag* vgl. *den Politischen Bericht Nr. 10 von H. Miesch an F. T. Wahlen vom 9. Juli 1965*, E 2300(-) 1000/716 Bd. 468 (175). Vgl. auch *Dok. 133*, dodis.ch/31376.

gemacht, so wird wohl der koreanische Uhrenmarkt endgültig von den Japanern in Beschlag genommen werden⁷.

Nachdem süd-koreanischerseits die Grundlage für die Einfuhr von Uhrwerken und Fertiguhren geschaffen wurde, kann eigentlich von schweizerischer offizieller Seite gar nicht mehr viel getan werden. Es ist an der schweizerischen Uhrenindustrie, nun eine Entscheidung zu treffen und eine Initiative zu ergreifen, wobei die Möglichkeiten im Bericht von Herrn Bisang dargestellt sind⁸.

Meines Erachtens sollte vor allem versucht werden, die dargebotene Hand zu ergreifen und bezüglich der Fertiguhren ein, wenn auch beschränktes, Kompensationsgeschäft zustande zu bringen, um einmal festzustellen, ob es den Koreanern überhaupt ernst ist. Die Erörterung einzelner Fragen, wie sie sich aus der Diskriminierung von sogenannten Luxusuhren, aus dem Kompensationsprinzip, insbesondere aus dem vorgeschlagenen Kompensationsverhältnis sowie aus den alten Aufträgen ergeben, sollte auf später verschoben werden. Wichtig ist jetzt, dass der Uhrenexport nach Süd-Korea überhaupt wieder in Gang kommt. Auch von der gebotenen Möglichkeit des Exportes von Uhrwerken sollte unverzüglich Gebrauch gemacht werden, eventuell zunächst ebenfalls auf beschränkter Basis. Auch dies im Gedanken, dass die Dinge jetzt unbedingt in Fluss gebracht werden müssen, bevor es endgültig zu spät ist. Wenn die Lieferung von Uhrwerken von einem eventuell limitierten aber konkreten Vorschlag betreffend technische Unterstützung begleitet werden könnte, wäre dies wohl der ganzen Angelegenheit in besonderer Weise förderlich.

Ohne Zweifel muss aber rasch gehandelt werden, da die Japaner in allen Sparten ihre Pläne bezüglich der wirtschaftlichen Ausnützung der Lage wie sie sich aus dem Normalisierungsvertrag ergibt, seit langem sorgfältig vorbereitet haben.

P.S.: Soeben hat mit Herr Bisang das in Kopie beiliegende Schreiben des Präsidenten der Korea Watch Association⁹ vom 27. Dezember 1965¹⁰ zur Kenntnis gebracht, wobei insbesondere die Punkte 1 bis 3 für uns von Interesse sind.

7. Zur japanischen Konkurrenz im Uhrenexport im südostasiatischen Raum vgl. auch die Situation in Malaysia und Singapur, Dok. 70, dodis.ch/31272.

8. Vgl. dazu das Protokoll von R. Gaulaz vom 27. Dezember 1965, dodis.ch/31379.

9. B. H. Kim.

10. Vgl. das Schreiben von B. H. Kim an A. Bisang vom 27. Dezember 1965, Doss. wie Anm. 1.

125

dodis.ch/31831

*L'Ambassadeur de Suisse à Paris, A. Soldati, au Vice-Directeur
de l'Administration fédérale des contributions, K. Locher¹*

Paris, 20 janvier 1966

Poniatowski, ancien directeur du cabinet de Giscard d'Estaing, a donné hier à Caillat, au cours d'une conversation de caractère privé, les indications suivantes sur la révision de la convention franco-suisse en matière de double-imposition²:

D'après Lebœuf, la convention n'est plus applicable parce qu'elle coûte trop cher à la France: 22 millions de francs en 1958 et 55 millions en 1964. Poniatowski admet que ces chiffres sont dérisoires surtout si on les compare au déficit de notre balance commerciale avec la France et même à celui de la balance des paiements³. D'après lui, la «perte» de 55 millions n'est pas la raison qui pousse la France à négocier. Le gouvernement français se préoccupe en réalité de connaître l'origine des investissements que des sociétés suisses font en France. Nous ne voulons pas, dit Poniatowski, que des sociétés américaines puissent acquérir des participations dans des sociétés françaises sans que nous le sachions, en passant par l'intermédiaire de sociétés suisses. Nous ne sommes pas opposés, en principe, aux investissements étrangers, mais nous voulons savoir d'où ils viennent. Cela est particulièrement important au moment où le gouvernement français favorise des regroupements et des fusions de sociétés. A la faveur de ces transformations, certains groupes étrangers pourraient acquérir des participations qui auraient un effet paralysant sur le développement de l'industrie française. Ce n'est pas aux privés que nous en voulons, dit encore Poniatowski, mais aux sociétés. Les fraudes fiscales que commettent les ressortissants français sont pour nous une préoccupation secondaire. Si des ressortissants français réinvestissent leur argent en France par l'intermédiaire de sociétés suisses, cela ne nous gêne pas beaucoup. L'important est que les capitaux français reviennent en France⁴.

1. *Télégramme N° 27 (copie de réception)*: E 2001(E) 1978/84 vol. 700 (B.34.12). *Reçu*: 21 janvier 8 h 40. *Copie à E. Diez. Annotation manuscrite dans la marge de E. Diez*: am 21. 1. 66 Dr. Locher gegeben.

2. *Convention entre la Confédération suisse et la République française en vue d'éviter les doubles impositions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune du 31 décembre 1953, RO, 1955, pp. 115-144.*

3. *Pour une analyse statistique des relations économiques franco-suisse, cf. le rapport du Conseil d'administration pour 1965 de la Chambre de commerce suisse en France du 7 juin 1966*, E 2001(E) 1978/84 vol. 717 (C.41.111).

4. *Sur l'évasion fiscale vers la Suisse, cf. le rapport de J. Rüedi à P. Micheli du 13 octobre 1966*, E 2001(E) 1978/84 vol. 719 (C.41.123). *Sur les mesures gouvernementales au sujet des investissements étrangers en France, cf. le rapport de J. Rüedi à E. Stopper du 12 mai 1966*, E 2001(E) 1978/84 vol. 720 (C.41.157).

Poniatowski sait que Lebœuf a soulevé à Berne, en octobre 1965⁵, toute une série de questions, dont l'échange de renseignements prévu par la convention, qui, d'après la France, n'aurait pas fonctionné. Tout cela, d'après Poniatowski, n'est que le contentieux qui fait normalement partie d'une négociation. Le problème central, le seul important d'après lui, consiste à identifier les investissements étrangers en France, de manière à les empêcher si cela s'avère nécessaire.

Il semble, d'après cette conversation, que pour sauver notre accord⁶ il faudrait étudier un système permettant de donner à la France des précisions et des garanties sur l'origine des fonds que des sociétés suisses investissent en France⁷.

5. *Sur les négociations des 26 et 27 octobre 1965, cf. la lettre de E. Diez à A. Soldati du 28 octobre 1965 et procès-verbal de G. Muller du 30 octobre 1965, doss. comme note 1.*

6. *Sur les négociations avec la France, cf. doc. 177, dodis.ch/31445; le PVCF N° 349 du 18 février 1966, dodis.ch/31821; le PVCF N° 910 du 6 mai 1966, dodis.ch/31992 et le PVCF N° 1170 du 17 juin 1966, dodis.ch/31991.*

7. *Sur ce problème, cf. la notice de K. Locher à E. Diez du 26 janvier 1966, doss. comme note 1: Die Angaben über die Gespräche mit Poniatowski sind ausserordentlich aufschlussreich und interessant. Sie bestätigen und präzisieren unsere eigenen Erfahrungen aus den Verhandlungen. Allerdings ist die Kenntnis der Herkunft des Kapitals äusserst schwierig festzustellen, weshalb ja Frankreich in den Verhandlungen ganz einfach den Ausschluss aller schweizerischen Gesellschaft von den Vorteilen des Abkommens verlangt hat, d. h. ohne Rücksicht darauf, ob es sich um schweizerisch-beherrschte Gesellschaften oder um ausländische Basisgesellschaften handelt.*

126

dodis.ch/31034

Antrag des Justiz- und Polizeidepartements an den Bundesrat¹

BERICHT ZUR FRAGE DER GRÜNDUNG EINER SOWJETBANK

Bern, 26. Januar 1966

I.

1. Mit Note vom 3. September 1965² teilte die sowjetrussische Botschaft in Bern dem Eidg. Politischen Departement mit, dass beabsichtigt sei, gemäss schweizerischem Recht in Zürich eine Bank als selbständige AG zu gründen.

Durch Überweisung einer Kopie des Antwortschreibens der Eidg. Fremdenpolizei an die Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD vom 24. September 1965³ und eine Mitteilung der Bundesanwaltschaft vom 1. Ok-

1. *Antrag: E 1001(-) 1970/24 Bd. 35 (1.4). Unterzeichnet von L. von Moos.*

2. *Note der Botschaft der Sowjetunion an das Politische Departement vom 3. September 1965, E 2001(E) 1978/84 Bd. 253 (C.41.731).*

3. *Vgl. das Schreiben von E. Mäder an P. Micheli vom 24. September 1964, ibid.*

tober 1965⁴ erhielt das Justiz- und Polizeidepartement Kenntnis von dieser Angelegenheit. Mit Schreiben vom 29. Oktober 1965 an das EPD⁵ regte das Departement, unter Hinweis auf die den Interessen des Staatsschutzes abträglichen Aspekte, eine Gesamtprüfung des sowjetrussischen Projektes an.

2. Am 5. Januar 1966 fand eine konferenzielle Besprechung der Angelegenheit zwischen Vertretern des EPD, EFZD und EJPD statt⁶. Die Diskussion ergab als Schlussfolgerung, die Gesichtspunkte des EJPD seien in der Form eines Berichtes dem Bundesrat zu unterbreiten.

II.

Vom Standpunkt des EJPD aus ergeben sich gegen die beabsichtigte Gründung einer Sowjetbank folgende schwerwiegende, vor allem fremdenpolizeiliche und staatspolitische Bedenken:

A. Allgemeines

1. Einer Argumentation, die sich auf Gründungen ähnlicher westlicher Institutionen bezieht, kann nur bedingt gefolgt werden, da – abgesehen davon, dass schweizerischerseits weder ein Bedürfnis noch der Wunsch besteht, in der Sowjetunion eine Bank zu gründen – in bezug auf die Möglichkeit der Reziprozität auch auf diesem Gebiet bei den kommunistischen Oststaaten die Voraussetzungen nicht gegeben sind und auch nicht geschaffen werden.

2. Von nicht geringer Bedeutung ist der innenpolitische Aspekt. Die Neuzulassung einer sowjetischen Bank würde wohl heute von einem Grossteil der Schweizerbevölkerung nicht verstanden und abgelehnt.

3. Angesichts der notwendigen Dämpfungsmassnahmen erscheint es nicht angezeigt, den Osthandel zu erleichtern und zu einer Intensivierung behördenlicherseits beizutragen.

B. Fremdenpolizeiliche Bedenken

1. Es erscheint als wenig sinnvoll, drastische Beschränkungsmassnahmen in der Zulassung ausländischer Arbeitskräfte durchzusetzen und auf der anderen Seite ohne zwingenden Grund oder ohne dass sehr gewichtige wirtschaftliche Interessen namhaft gemacht werden können, eine Neugründung zu ermöglichen.

2. Angesichts der heutigen Überfremdungssituation⁷ ist die eidgenössische Fremdenpolizei gezwungen, bei der Neuzulassung von Ausländern ganz allgemein äusserste Zurückhaltung zu üben. Ein positiver Entscheid kann im Einzelfalle nur in Erwägung gezogen werden, wenn gegenüber dem allgemeinen Ablehnungsgrund der Überfremdung gewichtige und bedeutende positive Mo-

4. Vgl. das Schreiben von H. Fürst an L. von Moos vom 1. Oktober 1965, E 4320(C) 1995/301 Bd. 278 ((1153:0)954/198).

5. Vgl. das Schreiben von L. von Moos an F. T. Wahlen vom 29. Oktober 1965, Doss. wie Anm. 2.

6. Vgl. die Notiz von R. Beaujon vom 7. Januar 1966, *ibid.*

7. Vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 82. Sitzung vom 24. November 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 6 f.

mente geltend gemacht werden können, die überwiegen. Dass solche positive Elemente im Zusammenhang mit der Gründung der Sowjetbank in Zürich vorliegen, ist bis heute von keiner Seite nachgewiesen worden.

3. Auch vom Standpunkt der Rechtsgleichheit aus gesehen wäre es nicht vertretbar, für die schweizerische Wirtschaft wie auch die ausländisch beherrschten Firmen mit Sitz in der Schweiz Abbaumassnahmen zu dekretieren und gleichzeitig der sowjetischen Neugründung ausländische Arbeitskräfte zuzugestehen.

4. Fremdenpolizeilich und arbeitsmarktlich drängt sich somit die Ablehnung des sowjetischen Gesuches auf vor allem auch mit Rücksicht auf die Anwendung des Bundesratsbeschlusses vom 26. Februar 1965⁸ über die Begrenzung und Herabsetzung des Bestandes an ausländischen Arbeitskräften. Die Zulassung der Sowjetbank hätte ein Gesuch um Zuerkennung sowohl eines bestimmten Gesamtpersonalbestandes wie auch eines gewissen Ausländerbestandes zur Folge. Eine solche Zuerkennung wäre nur auf Grund einer entsprechenden Ausnahmegewilligung des BIGA möglich. Die Voraussetzungen für die Erteilung der notwendigen Ausnahmegewilligung scheinen uns nach dem heutigen Wortlaut von Art. 6 des BRB vom 26. Februar 1965⁹ wie auch des in Aussicht genommenen Revisionstextes¹⁰ nicht erfüllt.

In diesem Zusammenhang weisen wir noch darauf hin, dass die Plafo-nierungsvorschriften auch gegenüber anderen Gesuchstellern ausländischer Nationalität, die eine Sitzverlegung in die Schweiz beabsichtigen, konsequent angewandt werden.

C. Staatsschutz-Bedenken

Vor allem vom Standpunkt des Staatsschutzes aus muss das Projekt der Gründung einer von Sowjetrussland und mithin von der sowjetischen kommunistischen Partei beherrschten Bank in der Schweiz abgelehnt werden:

1. Mit der Bankgründung hätten die sowjetrussischen Kommunisten einen weiteren Stützpunkt in unserem Land – neben der Botschaft in Bern, neben der UNO-Delegation in Genf und neben den zwei ständigen Pressevertretern in Genf – um ihre subversive Tätigkeit in der Schweiz und im Westen auszubauen. Dabei stehen folgende Aktionen im Vordergrund:

a) Bezahlung von Agenten:

Die Schweiz wird seit mehreren Jahren für die Finanzierung des sowjetischen Nachrichtendienstes im Westen missbraucht. Beste Voraussetzungen dafür bilden die harte Währung, die Devisenfreiheit, die Konvertierbarkeit in alle Währungen, das schweizerische Bankgeheimnis und die touristischen Möglichkeiten.

8. Vgl. den Bundesratsbeschluss über die Begrenzung und Herabsetzung des Bestandes an ausländischen Arbeitskräften, AS, 1965, S. 119–126. Zu diesem Bundesratsbeschluss vgl. auch das BR-Verhandlungsprot. der 15. Sitzung vom 26. Februar 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 1–2.

9. Bei ausgesprochenen Notständen und zur Aufrechterhaltung der wissenschaftlichen Forschung können ausnahmsweise Bewilligungen zur Erhöhung des Ausländerbestandes erteilt werden, vgl. AS, 1965, S. 121.

10. Vgl. Doss. E 2807(-) 1974/12 Bd. 92 (17-01).

Alle diese Vorzüge bilden günstige Voraussetzungen für die Finanzierung der sog. illegalen Residenten, d. h. östlicher Ausländer, die Angehörige eines sowjetischen Nachrichtendienstes sind, im Westen aber mit gefälschten westlichen Ausweispapieren als westliche Staatsangehörige leben und ein Nachrichtennetz betreuen. Sie beteiligen sich zur Tarnung an irgendwelchen Handels- oder Produktionsbetrieben. Die Gelder zu solchen Beteiligungen und die Mittel zum Lebensunterhalt beziehen sie aus Bankkonten, welche sie bei einem kürzeren oder längeren Aufenthalt in der Schweiz als westlicher Tourist, Student usw. bei irgendeiner Bank eröffnet haben. Um die Sache zu tarnen, werden diese Konten von den Sowjetrussen über verschiedene Bank- oder Postcheckeinzahlungen, teilweise über Strohmänner unter Missbrauch gutklingender industrieller Namen, gespiesen. Vom Konto aus gelangen die Gelder, teilweise auf Umwegen, die eine Nachforschung erschweren sollen, zum Wohnort des Residenten, wo sie wegen ihrer Herkunft aus der Schweiz kein Aufsehen erregen.

Solche Fälle sind nicht vereinzelt, weshalb die Bundesanwaltschaft – wie auch die westlichen Nachrichtendienste – überzeugt ist, dass sowjetische Agenten sowohl in Europa wie auch in den USA und im Orient zu einem grossen Teil über die Schweiz finanziert werden. Die Errichtung einer sowjetischen Bank würde diese illegale Finanzierung ausserordentlich erleichtern.

b) Es besteht auch der dringliche Verdacht, dass durch diese Sowjetbank Mittel für propagandistische Ziele und für die finanzielle Unterstützung der kommunistischen Parteien des Westens bereitgestellt würden.

2. Von Seiten der Staatsschutzorgane bestünden keine oder nur sehr spärliche Kontrollmöglichkeiten. Die Sowjetrussen könnten einerseits alle Vorteile des anonymen Bankverkehrs sowie des schweizerischen Bankgeheimnisses für sich beanspruchen und andererseits ungestraft laufend das Bankgeheimnis verletzen, da man die Bankorgane nicht daran hindern könnte, alle ihre Wahrnehmungen «pflichtgemäss» den zuständigen sowjetrussischen Stellen zu melden.

3. Mit allem Nachdruck muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Bundesanwaltschaft weder Personal noch Mittel besässe, um auch diesen neuen beabsichtigten Stützpunkt des internationalen Kommunismus in der Schweiz wirkungsvoll zu überwachen.

Es gilt hier den Anfängen zu wehren und zu verhindern, dass eine Situation entsteht wie bei der Vertretung Rotchinas¹¹. Wäre deren Überdimensionierung rechtzeitig und mit Erfolg verhindert worden, hätten die Staatsschutzorgane heute nicht derart Mühe, deren unerlaubte Tätigkeit zu erfassen¹². Wenn sich die Sowjetbank einmal in der Schweiz etabliert hat, wird es in einem späteren Zeitpunkt auch bei schlechtesten Erfahrungen kaum mehr möglich sein, etwas gegen sie zu unternehmen.

11. Zum hohen Personalbestand der chinesischen Botschaft in Bern vgl. das Schreiben von P. Micheli an A. Zehnder vom 27. November 1964, dodis.ch/30961.

12. Zur Aufklärung einer Spionageaffäre unter Beteiligung von diplomatischem Personal der chinesischen Botschaft durch die Bundespolizei vgl. die Notiz von A. Janner vom 21. März 1966, dodis.ch/30959.

4. Schliesslich besteht die Gefahr, dass durch die Gründung einer Sowjetbank in der Schweiz mit der Zeit eine Zentralisation aller ähnlichen Bestrebungen der Oststaaten in die Wege geleitet wird. Die Schweiz böte hierzu ausgerechnet in einem Zeitpunkt Hand, wo sich in einzelnen Satellitenstaaten, wenigstens auf dem wirtschaftlichen Sektor, mit einem gewissen Erfolg Emanzipationsbestrebungen bemerkbar machen.

Aus den dargelegten Gründen sollte die Niederlassung einer Sowjetbank in Zürich verhindert werden. Hiezu scheint rechtlich keine Möglichkeit zu bestehen. An und für sich würde sich in Anbetracht des Gefährdungsmomentes eine auf Grund von Art. 102, Ziff. 10 BV getroffene Massnahmen rechtfertigen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt kann indessen aus aussenpolitischen Überlegungen ein solches Vorgehen nicht in Frage kommen. Zum mindesten müssen gegenüber den Bankgründern fremdenpolizeiliche Gesichtspunkte angeführt und Gesuche um Arbeitsbewilligungen an Ausländer strikte abgelehnt werden. Wenn dann auch mit schweizerischen Stroh Männern gearbeitet wird, können sich diese doch weniger einem allfälligen gesetzlichen Zugreifen entziehen, womit eventuell etwas mehr Gewähr geboten ist.

Aus diesem Grund stellen wir den Antrag, der Bundesrat möge beschliessen:

Vom Bericht des Justiz- und Polizeidepartements vom 26. Januar 1966 wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen¹³.

13. Der Bundesrat hat am 11. März 1966 vom Bericht Kenntnis genommen. Das Politische Departement wurde in Zustimmung zu seinem Mütterbericht, vgl. dodis.ch/31035, ermächtigt, der Sowjetbotschaft in Bern auf ihre Note vom 3. September 1965 gemäss vorgelegtem Entwurf zu antworten. Vgl. BR-Prot. Nr. 513 vom 11. März 1966, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 707.1. Für die Debatte im Bundesrat vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 14. Sitzung vom 1. März 1966, dodis.ch/32029, S. 1–5.

127

dodis.ch/31332

La Division du commerce du Département de l'Economie publique à la Délégation suisse près l'Organisation de coopération et de développement économique¹

[Berne,] 26 janvier 1966

Confrontation portant sur les relations commerciales et économiques entre le Japon et les autres pays membres. Nous vous transmettons ci-après les informations relatives aux relations commerciales et économiques entre la Suisse et le Japon qui nous ont été communiquées par les services «Japon» et «GATT» de la Division du commerce.

1. Télégramme N° 7 (copie d'expédition): E 2001(E) 1978/84 vol. 840 (C.41.111.0.). Signé par P. Languetin. Reçu: 27 janvier, 17 h 05.

1. Le Japon est notre premier partenaire commercial en Asie; parmi nos partenaires d'outre-mer il vient en deuxième position après les Etats-Unis. La Suisse figure au troisième rang des partenaires commerciaux européens du Japon après la République Fédérale d'Allemagne et la Grande-Bretagne.

2. Les relations commerciales entre la Suisse et le Japon sont régies par:

- un traité d'établissement et du commerce du 21 juin 1911² prévoyant le traitement mutuel de la nation la plus favorisée et la liberté du commerce;
- un accord relatif aux services aériens du 24 mai 1956³ garantissant en plus de l'établissement et de l'exploitation de lignes aériennes le traitement de la nation la plus favorisée en ce qui concerne notamment les droits de douane;
- les obligations et engagements assumés par les deux pays au titre de leur appartenance aux mêmes organisations internationales (GATT, OCDE).

3. En 1958, la Suisse mena des négociations tarifaires avec plusieurs pays en vue de son adhésion au GATT⁴. Celles engagées avec le Japon ne purent toutefois pas être menées à bien dans les délais parce que les deux délégations ne parvinrent pas à s'entendre sur le problème des textiles, peut-être plus important à l'époque qu'aujourd'hui⁵. Il fut alors convenu non sans peine qu'entre les deux pays des relations aux termes du GATT ne débuteraient qu'une fois ce problème résolu. Par l'arrêté du Conseil fédéral n° 3 relatif aux importations du 16 octobre 1959⁶, un certain nombre de produits textiles furent soumis à un régime de surveillance des prix. Par la suite, il fut convenu avec le Japon que la procédure de «certification des prix», prévue à l'article 3 de cet arrêté, ne serait pas appliquée aux produits japonais en contrepartie de quoi le Japon s'engageait à faire en sorte que les dispositions suisses concernant les prix des produits en question soient respectées⁷. Etant donné cette entente qui ne fut cependant l'objet d'aucun document écrit, la Suisse donna son accord à ce que le Japon signe la déclaration relative à l'accession provisoire de la Suisse au GATT; à cette occasion, les délégués du Japon promirent de ne pas soulever au GATT la question de la surveillance des prix exercée par la Suisse. Il est vrai que, par l'arrêté n° 5 du DFEP du 24 mai 1961⁸, les textiles en question d'origine japonaise furent quand même soumis à la procédure de certification, prévue à l'article 3 de l'arrêté du Conseil fédéral du 16 octobre 1959. Le Conseil fédéral se voyait en effet contraint de prendre cette mesure, les autorités japonaises ayant refusé de conclure un arrangement sur le commerce des textiles et s'étant montrées incapables d'exercer un contrôle suffisant sur leurs exportateurs.

2. Cf. *FF, 1911, III, pp. 1218–1230.*

3. Cf. *RO, 1957, pp. 439–447.*

4. Cf. *DDS, vol. 20, doc. 78, dodis.ch/13240.*

5. *Sur les problèmes liés au textile, cf. la notice Einfuhr von Textilien aus Ostasien de M. Gelzer du 11 juillet 1959, dodis.ch/15011 et le PVCF N° 1797 du 16 octobre 1959, dodis.ch/15024.*

6. Cf. l'Arrêté fédéral N° 3 sur les importations de marchandises du 16 octobre 1959, *RO, 1959, pp. 958–960.*

7. *Sur ces négociations, cf. dossier E 2001(E) 1972/33 vol. C215 (C.41.111.0).*

8. Cf. l'Ordonnance N° 5 du Département fédéral de l'Economie publique sur les importations de marchandises du 24 mai 1961, *RO, 1961, pp. 417 s.*

De plus, par suite d'un arrêté du Tribunal fédéral du 2 décembre 1960⁹ il était devenu indispensable de créer une base juridique à la surveillance exercée dans la pratique sur les prix des textiles japonais.

Le système en vigueur, destiné à prévenir toute désorganisation intempestive du marché suisse, permet de refuser le permis d'importation, lorsque l'écart entre le prix de la marchandise en cause et celui du produit suisse correspondant dépasse une certaine marge de tolérance (10% pour le coton, 12% pour la laine et 20% pour les articles manufacturés, aux termes de l'ordonnance n° 5 du DFEP sur les importations du 24 mai 1961). Ce système ne concerne d'ailleurs que les tissus de coton et de laine, les articles de bonneterie et les vêtements de confection et sous-vêtements d'origine japonaise, énumérés dans l'ACF n° 3 sur les importations du 16 octobre 1959. Mais il ne s'agit donc pas d'une restriction quantitative qui serait en contradiction avec les principes du GATT.

En fait, les exportateurs se sont facilement conformés aux exigences de notre réglementation et les cas de refus de permis sont rares (15 en tout en 1964, soit environ 284'000 francs sur un total de 26,5 mio). Notre système est aussi plus libéral que les mesures prévues dans l'accord à long terme concernant le commerce international des textiles de coton et dans les accords bilatéraux entre le Japon, d'une part, et les pays comme les Etats-Unis, le Canada, la République Fédérale d'Allemagne, d'autre part, qui prévoient tous une limitation quantitative des exportations japonaises en textiles et parfois aussi dans d'autres produits (porcelaine, céramique, briquets, machines à coudre, jouets, etc.). La Belgique a du reste récemment copié notre système.

Il conviendrait absolument d'éviter de soulever cette question à l'OCDE. Au cas d'ailleurs improbable où la délégation japonaise y ferait allusion, il faudrait la persuader en coulisses qu'il n'est pas dans son intérêt d'engager une discussion officielle à ce propos. Dans ce cas, nous devrions en effet répondre que nous avons été contraints à prendre les mesures en cause par les pratiques de certains exportateurs, et que le système suisse n'a pas empêché une augmentation constante des exportations de textiles japonais vers notre pays. Au cas où la «certification des prix» serait attaquée, nous pourrions nous voir obligés de prendre des mesures sous le titre de l'Art. XIX¹⁰ qui pourraient avoir des conséquences plus graves pour les livraisons japonaises que le système actuel. Enfin, il conviendrait alors de souligner que, de son côté, le Japon maintient les restrictions aux importations, incompatibles avec les règles du GATT.

4. La politique commerciale du Japon est moins libérale que la nôtre. Il subsiste des restrictions quantitatives (liste négative de 161 positions, dont 47 industriels, du 1^{er} octobre 1965). Ainsi, l'importation de chocolat ne peut se faire que dans les limites d'un contingent global annuel, jugé insuffisant par les intéressés. La Suisse n'étant pas principal fournisseur de chocolat au Japon, nos interventions diplomatiques n'ont pas pu avoir l'effet désiré. D'autre part,

9. Cf. le jugement N° 45 du 2 décembre 1960 (*Bosshard & Co. contre le Département fédéral de l'Economie publique*), ATF, 86, I, pp. 312-320.

10. Cf. l'Accord général sur les Tarifs douaniers et le Commerce (conclu à Genève le 30 octobre 1947), RO, 1959, II, pp. 1844-1846. L'article XIX porte sur les Mesures d'urgence concernant l'importation de produits particuliers.

pour de nombreuses marchandises une licence d'importation n'est pas accordée sans un dépôt préalable. Ce dépôt, remboursé après dédouanement de la marchandise, n'en constitue pas moins un frein certain aux importations.

En ce qui concerne l'horlogerie, les montres sont libéralisées depuis 1962 et ne figurent pas dans la liste des exceptions que le Japon entend soustraire aux réductions tarifaires qui pourront êtres négociées au Kennedy-Round¹¹. Toutefois, nos milieux horlogers se plaignent de certaines mesures:

- d'une commodity tax de 10 et de 40%. Cette taxe est également prélevée sur les produits nationaux, mais le montant ad valorem étant le même pour les produits étrangers que pour les produits nationaux, le produit étranger, taxé sur sa valeur dédouanée, se trouve grevé davantage;
- d'une specific tax frappant par exemple les montres bon marché est, semble-t-il, destinée à protéger la production nationale; selon les informations reçues, cette taxe serait toutefois abolie le 31 mars 1966;
- des droits de douane de 30 et 40% ad valorem;
- d'un dépôt préalable de 5%.

Ces mesures renchérissant les produits étrangers sur le marché japonais sont complétées par des obstacles mis à l'importation des montres-bracelets en or, des collections de montres, etc. Enfin, nos horlogers s'en prennent à une certaine politique de double prix que les Japonais pratiquent sur les marchés tiers ainsi qu'à leur tendance à copier des modèles et marques suisses.

Tous les points qui précèdent font l'objet de démarches en cours ou imminentes à Tokyo¹².

11. *Sur le Kennedy-Round, cf. doc. I, dodis.ch/30938, note 8.*

12. *Cf. doss. E 7110(-) 1977/9 vol. 183 (841.0 et 842.0).*

128

dodis.ch/31415

Antrag des Finanz- und Zolldepartements an den Bundesrat¹

WÄHRUNGSHILFE AN GROSSBRITANNIEN

Bern, 8. Februar 1966

1. Gestützt auf den Bundesbeschluss vom 4. Oktober 1963² über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen³ wurde die Schweizerische Nationalbank vom Bundesrat am 26. November 1964⁴ er-

1. *Antrag: E 1001(-) 1970/24 Bd. 52. Unterzeichnet von R. Bonvin.*

2. *Bundesbeschluss über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen vom 4. Oktober 1963, BBl, 1963, II, S. 809 f. Vgl. ferner das BR-Prot. Nr. 909 vom 8. Mai 1964, dodis.ch/31948.*

3. *Vgl. dazu das BR-Verhandlungsprot. der 76. Sitzung vom 2. November 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 4 f. Zur Währungshilfe an Italien vgl. das BR-Prot. Nr. 944 vom 21. Mai 1965, dodis.ch/31438 und Doss. E 6100(C) 1998/106 Bd. 197 (980.2).*

4. *BR-Prot. Nr. 2076 vom 26. November 1964, dodis.ch/31425; das BR-Verhandlungsprot. der*

mächtigt, an einer multilateralen Stützungsaktion zugunsten des Pfundsterlings⁵ im Ausmasse von 690 Millionen Franken (160 Mio. \$) während einer Dauer von höchstens 5 Jahren teilzunehmen. Der Nationalbank wurde dabei eine Rücknahmegarantie des Bundes gegeben. Diese gewährte hierauf der Bank of England zwei Swap-Kredite im Gesamtbetrage von 518 Millionen Franken (120 Mio. \$), die in der Folge konsolidiert wurden.

2. Nachdem im Sommer 1965 das Pfundsterling erneut unter Druck geraten war, beteiligte sich die Nationalbank im Herbst 1965 an einer weiteren internationalen Hilfsaktion mit einem Stand-by-Kredit von 215 Millionen Franken (50 Mio. \$), der indessen nicht beansprucht wurde und nun am 15. März dieses Jahres ausläuft. Der Bundesrat stimmte mit Beschluss vom 10. September 1965⁶ auch dieser Operation zu.

3. Es wird befürchtet, dass nach dem Dahinfallen dieser jüngsten Notenbankhilfe das Pfundsterling erneut unter Druck geraten könnte, zumal diese Währung infolge der beträchtlichen Hypothek in Form von Sterling-Balances (Guthaben der Sterling- und Nichtsterling-Länder in Grossbritannien) besonders krisenanfällig ist. Ende September 1965 betragen die Sterling-Balances 3 Milliarden Pfund. Auf die Sterling-Länder entfielen dabei 2,5 Milliarden und auf die Nichtsterling-Länder 0,5 Milliarden Pfund. Demgegenüber belaufen sich die Währungsreserven der Bank of England auf rund 1 Milliarde Pfund.

Anlässlich der BIZ-Tagung der Notenbank-Leiter von Mitte Januar 1966⁷ bestand weitgehend Übereinstimmung, dass das englische Pfund wegen der genannten Sterling-Balances verwundbarer ist als jede andere Währung. Man kam zum Schluss, dass die Aktion vom vergangenen September durch eine neue Bereitschaftshilfe abgelöst werden sollte, um eine neue Vertrauenskrise zu vermeiden. Die Höhe wird auf rund 1 Milliarde Dollar veranschlagt, entsprechend den potentiellen Abzugsmöglichkeiten im Zusammenhang mit den erwähnten Sterling-Balances. Es ist provisorisch vorgesehen, dass von diesem Betrag 700 Mio. \$ von den westeuropäischen Ländern einschliesslich BIZ und 300 Mio. \$ von den USA aufzubringen sind. *Praktisch würde es sich um eine Verlängerung der im letzten Herbst gewährten Unterstützung, aber in etwas anderer Form, handeln. Die Mitwirkung der Schweizerischen Nationalbank bliebe voraussichtlich im bisherigen Rahmen von 215 Millionen Franken (50 Mio. \$).*

83., dringenden Sitzung vom 26. November 1964, dodis.ch/31975 und das BR-Verhandlungsprot. der 35. Sitzung vom 14. Mai 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 6.

5. Zur Währungshilfe der Schweiz an Grossbritannien vgl. die Notiz von H. Hess vom 28. Oktober 1964, dodis.ch/31441; das BR-Prot. Nr. 2076 vom 26. November 1964, dodis.ch/31425; den Bericht der schweizerischen Nationalbank vom 11. Dezember 1964, dodis.ch/32036; das BR-Prot. Nr. 944 vom 21. Mai 1965, dodis.ch/31438; die Notiz von M. Redli an R. Bonvin vom 2. September 1965, dodis.ch/31447 und das BR-Prot. Nr. 1125 vom 10. Juni 1966, dodis.ch/31439.

6. Vgl. das BR-Prot. Nr. 1544a vom 10. September 1965, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 701.1; das BR-Verhandlungsprot. der 60. Sitzung vom 3. September 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 10 und das BR-Verhandlungsprot. der 62. Sitzung vom 10. September 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 6 f.

7. Vgl. das Schreiben des Direktoriums der schweizerischen Nationalbank an R. Bonvin vom 28. Januar 1966, E 6100(C) 1998/106 Bd. 197 (890.3).

Die Hilfe wäre gedacht in Form von Dreimonatsvorschüssen, die für 2 mal 3 weitere Monate verlängert werden könnte; sie würde jedenfalls eine Dauer von maximal 12 Monaten kaum überschreiten. Diese Kredithilfe könnte die Form entweder von Swap-Operationen mit der Bank of England haben, oder durch Einlagen der mitwirkenden Notenbanken bei der BIZ erfolgen, sei es in nationaler oder fremder Währung (\$). In letzterem Fall würde die BIZ als Agent der Hilfsaktion funktionieren. Die Hilfe hätte dann wirksam zu werden, wenn Sterling-Balances aus den oben aufgeführten Gründen abgebaut würden.

Der Nationalbank wäre gestützt auf den Bundesbeschluss vom 4. Oktober 1963 wie üblich eine Rücknahmegarantie des Bundes zu gewähren.

4. Die vorgesehene Hilfe hätte somit wiederum Stand-by-Charakter, denn möglicherweise wird bereits schon die Tatsache der Kreditzusage genügen, um das Pfund über Wasser zu halten, indem die Spekulation entmutigt würde. Trifft dies zu, so würde der Kredit – wie letztes Mal – nicht in Anspruch genommen werden müssen. Für den Fall aber, dass es doch zu einer Beanspruchung kommen sollte, erörterten die Notenbank-Leiter bereits die Frage einer späteren Konsolidierung⁸. Diese könnte wohl zum grössten Teil vom Internationalen Währungsfonds und teilweise auch vom Europäischen Währungsfonds vorgenommen werden. Als Mitglied dieses letzteren Fonds würde auch die Schweiz in eine solche Konsolidierung einbezogen. Unsere Beteiligung am Fonds beträgt 3,5% bzw. rund 92 Millionen Franken (21 Mio. \$), wovon 11,5 Millionen Franken (2,7 Mio. \$) bereits früher einbezahlt wurden. Je nach dem Ausmass einer allfälligen Mitwirkung des Europäischen Währungsfonds müsste der Bund weitere Einzahlungen vornehmen, höchstens aber 80,5 Millionen Franken (18,3 Mio. \$). Das Problem der Konsolidierung bedarf noch besonderer Abklärung.

5. Wir sind mit der Nationalbank der Auffassung⁹, dass unser Land einer erneuten internationalen Kreditaktion zugunsten des Pfundes nicht fernbleiben kann. Wie bei den früheren Aktionen hat weiterhin die Überlegung den Vorrang, dass eine Beteiligung unseres Landes an der Stützung dieser wichtigen Schlüsselwährung im Interesse der Erhaltung eines stabilen westlichen Währungssystems liegt und damit auch in unserem eigenen Interesse als angezeigt erscheint. Überdies ist zu beachten, dass Grossbritannien Mitglied der EFTA¹⁰ ist. Schliesslich ist hervorzuheben, dass es sich – wie bereits erwähnt – nicht um ein neues zusätzliches Engagement handelt, sondern um die Prolongation der im September 1965 eingegangenen Verpflichtung, wenn auch in anderer Form.

Grossbritannien wird im Zusammenhang mit der vorgesehenen Währungshilfe erneut an die Wünschbarkeit einer baldigen Abschaffung der verbleibenden 10%igen Importabgabe¹¹ erinnert werden müssen. Eine Verwirklichung dieses Postulates wird unter den gegebenen Verhältnissen indessen noch nicht

8. Vgl. *das Schreiben des Direktoriums der schweizerischen Nationalbank an das Finanz- und Zolldepartement vom 20. Mai 1966, Doss. wie Anm. 7.*

9. Vgl. *Anm. 7.*

10. *Zur EFTA vgl. Dok. 172, dodis.ch/31640, bes. Anm. 10.*

11. *Zur britischen Importabgabe vgl. Dok. 65, dodis.ch/31417 und Dok. 99, dodis.ch/31418.*

möglich sein; demgemäss kann es nicht darum gehen, die völlige Aufhebung der Importabgabe zu einer Bedingung für die Gewährung weiterer Hilfen zu machen. Eine solche Haltung wäre schweizerischerseits schon deshalb kaum zu vertreten, weil unsere Exporte nach Grossbritannien ungeachtet der erwähnten Abgabe im vergangenen Jahr um 15% angestiegen sind.

Dagegen wird von der britischen Regierung verlangt werden müssen, weitere Massnahmen zur Wiederherstellung des innern und äussern Gleichgewichtes der Wirtschaft zu treffen.

Die Notenbank-Leiter werden ihre Beratungen anlässlich der nächsten BIZ-Sitzung Mitte Februar fortsetzen. Um sich daran aktiv zu beteiligen, bedarf die Nationalbank eines grundsätzlichen Entscheides des Bundesrates, ob schweizerischerseits an der geplanten Aktion mitgewirkt werden kann.

6. Auf Grund der vorstehenden Ausführungen und gestützt auf den Bundesbeschluss vom 4. Oktober 1963 über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen beehren wir uns, Ihnen im Einvernehmen mit dem Volkswirtschaftsdepartement zu

beantragen:

a) Die Schweizerische Nationalbank wird ermächtigt, sich an einer neuen internationalen Hilfsaktion zugunsten des Pfundsterlings mit einem Stand-by-Kredit in der Höhe von 215 Millionen Franken (50 Mio. \$) und einer Laufzeit von maximal 12 Monaten zu beteiligen;

b) der Nationalbank wird hiefür eine Rücknahmegarantie im Sinne des Bundesratsbeschlusses vom 1. März 1963 gewährt, wonach sich der Bund verpflichtet, den genannten Betrag auf Ersuchen der Nationalbank gegen Abtretung der ihr zustehenden Gegenleistungen zurückzuerstatten;

c) das Finanz- und Zolldepartement wird beauftragt, sich mit der Nationalbank über die Frage einer Garantiekommission zu verständigen;

d) die Nationalbank wird beauftragt, eine allfällige Operation dem Internationalen Währungsfonds zu notifizieren¹².

12. Der Antrag wurde vom Bundesrat ohne Änderungen angenommen. Vgl. das BR-Prot. Nr. 306 vom 11. Februar 1966, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 706.1. Vgl. ferner das BR-Verhandlungsprot. der 7. Sitzung vom 1. Februar 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 2.

129

dodis.ch/31815

*Bericht der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements
für die Ständige Wirtschaftsdelegation¹*

DEFINITIVER BEITRITT DER SCHWEIZ ZUM GATT

[Bern,] 11. Februar 1966

Die Schweiz ist seit mehr als sieben Jahren provisorisches Mitglied des GATT, und zwar auf Grund einer Deklaration vom 22. November 1958². Was sie bisher von einer definitiven Mitgliedschaft ferngehalten hat, ist die Tatsache, dass sie sich die Durchführung ihrer landwirtschaftlichen Schutzgesetzgebung, verkörpert im Landwirtschaftsgesetz³, im Getreide-⁴ und Alkoholgesetz⁵, hat vorbehalten müssen, einer Gesetzgebung, die mit Artikel XI des GATT-Statuts (Verbot mengenmässiger Einfuhrbeschränkungen) nicht vereinbar ist. Insbesondere die grossen Agrarexportstaaten der gemässigten Zone – USA, Kanada, Australien, Neuseeland, die Niederlande, um die wichtigsten zu nennen – hätten bei einer Abstimmung über den schweizerischen Vollbeitritt gegen uns gestimmt. Für die Schweiz aber erschien es aus allgemein-politischen Erwägungen nicht angezeigt, es unter solchen Umständen auf eine Abstimmung überhaupt ankommen zu lassen.

Die Schweiz steht mit dem System ihres landwirtschaftlichen Einfuhrschutzes allerdings keineswegs allein⁶. Viele andere Länder in einer vergleichbaren Lage (d. h. Industriestaaten der westlichen Welt) handhaben eine gleichartige Ordnung, deren praktische Wirkung in der Regel viel weiter geht als die der schweizerischen Gesetzgebung. Seit drei Jahren ist die Schweiz der erste Agrarimporteur der Welt pro Kopf der Bevölkerung; sie hat Grossbritannien auf die zweite Stelle verwiesen. Im Unterschied zur Schweiz aber haben alle diese Länder dem Artikel XI des GATT ihre Reverenz dadurch abgestattet, dass sie seine Gültigkeit formell anerkennen und als Endziel ihrer Politik die schliessliche Beseitigung aller landwirtschaftlichen Einfuhrbeschränkungen proklamieren. Die Schweiz konnte und kann eine solche Erklärung, die mit den vom Schweizervolk angenommenen drei Gesetzen in eklatantem

1. *Notiz*: E 7111(C) 1976/4 Bd. 1 (1.EE.1.03).

2. Deklaration über den provisorischen Beitritt der Schweizerischen Eidgenossenschaft zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) vom 22. November 1958, AS, 1959, S. 1741–1744. Vgl. ferner das BR-Prot. Nr. 2074 vom 3. Dezember 1956, dodis.ch/11275 und das BR-Prot. Nr. 107 vom 16. Januar 1962, dodis.ch/30449.

3. Vgl. *Dok. 17*, dodis.ch/31396, *Anm. 5*.

4. Bundesgesetz über die Getreideversorgung des Landes vom 7. Juli 1932, BS 9, S. 439–478 und Bundesgesetz betreffend die Änderung des Bundesgesetzes über die Getreideversorgung des Landes vom 17. Dezember 1952, AS, 1953, S. 389–400.

5. Bundesgesetz über die Revision des Bundesgesetzes über die gebrannten Wasser (Alkoholgesetz) vom 25. Oktober 1949, BBl 1949, II, S. 722–729.

6. Vgl. dazu *Dok. 17*, dodis.ch/31817 und die *Notiz* Négotiation Kennedy, Elargissement du Marché Commun vom 23. März 1966, dodis.ch/31651.

Widerspruch stehen würde, nicht abgeben. Den Vertragsparteien des GATT aber schien bis vor kurzem, offenbar zur Vermeidung eines Präzedenzfalles, die Proklamation wichtiger als die Wirklichkeit in Gestalt der tatsächlichen Einfuhrleistung, und unserm Lande blieb der Weg zur Vollmitgliedschaft im GATT – mit der hauptsächlichlichen Konsequenz, dass das Stimmrecht uns nicht zusteht – verschlossen.

Eine Änderung dieser Situation hat sich seit dem Beginn der Kennedy-Runde angebahnt. Die Kennedy-Runde⁷ hat bekanntlich nicht nur zum Ziel, den industriellen Zollschatz drastisch zu reduzieren (die Arbeitshypothese ist eine Herabsetzung der industriellen Zolltarife um 50%); sie will auch den Welthandel mit Agrarprodukten neu regeln, mit dem Ziel, den *Zugang zu den Märkten* zu sichern und auszubauen. Mit dieser Zielsetzung ist das stillschweigende Eingeständnis verbunden, dass Ergebnisse, die Aussicht haben, von beiden Seiten, insbesondere auch den Agrarexportländern, als befriedigend betrachtet zu werden, nicht mehr von einer blossen Wiederholung des Lippenbekenntnisses zu Artikel XI des GATT-Statuts erwartet werden können.

Dieser Erkenntnis entsprechend ist die Grundregel für die Agrarverhandlung in der Kennedy-Runde, beschlossen von der GATT-Ministertagung am 21. Mai 1963⁸, gehalten. Sie lautet wörtlich wie folgt: «*Etant donné l'importance de l'agriculture dans le commerce mondial, les négociations commerciales devront créer des conditions acceptables d'accès aux marchés mondiaux pour les produits agricoles*». Dementsprechend erging an die Verhandlungspartner der Auftrag zur gemeinsamen Ausarbeitung der «*Règles qui gouverneront, et méthodes qui régiront, la création de conditions acceptables d'accès aux marchés mondiaux pour les produits agricoles à l'effet de promouvoir un développement et une expansion significatifs du commerce mondial de ces produits*».

Die Schweiz hat, wie alle andern Teilnehmer an der Kennedy-Runde, dieser Resolution⁹ ebenfalls zugestimmt. Unsere Erwartung war und ist, dass das Resultat der Kennedy-Runde auf dem Gebiete der Landwirtschaft der schweizerischen These Recht geben wird, die wir dem GATT gegenüber von Anfang an verfochten haben, nämlich, dass ausschlaggebend für die Bewertung des Beitrags eines Landes an die Ziele des GATT auf dem Gebiete der Landwirtschaft nicht das Bekenntnis zu abstrakten und unrealistischen Grundsätzen sein sollte, sondern vielmehr die effektive Leistung. Unsere Hoffnung ist m. a. W., dass die «Regeln und Methoden», die gemäss dem Beschluss der GATT-Minister vom 21. Mai 1963¹⁰ sich aus der Kennedy-Verhandlung ergeben werden, so gestaltet sind, dass sie sowohl von der Schweiz wie von ihren Partnern angenommen werden können. Damit wäre das Problem der schweizerischen Vollmitgliedschaft im GATT automatisch gelöst.

7. Zur Kennedy-Runde vgl. *Dok. 1*, dodis.ch/30938, Anm. 8.

8. Vgl. dazu *Doss. E 2001(E) 1976/17 Bd. 139 (C.41.103.3.02)*.

9. *Resolution Dispositions à prendre en vue d'abaisser ou de supprimer les droits de douane et les autres obstacles aux échanges; questions connexes et mesures concernant l'accès aux marchés pour les produits agricoles et les autres produits primaires vom 22. Mai 1966, Doss. wie Anm. 8*

10. Vgl. das Schreiben von A. Weitnauer an die Mitglieder der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 30. Mai 1963, *Doss. wie Anm. 8*.

Die Kennedy-Runde sollte, da die massgebliche amerikanische Gesetzgebung am 30. Juni 1967 ausläuft, bis zu diesem Zeitpunkt beendet sein. Gerade im Bereich der Landwirtschaft sind die Fortschritte bisher gering gewesen; es erscheint als mehr denn zweifelhaft, ob es gelingen wird, die Landwirtschaftsverhandlungen fristgerecht zu positiven Ergebnissen zu führen. Damit wäre die Herstellung der Vollmitgliedschaft unseres Landes im GATT neuerdings ad Kalendas graecas vertagt. Die Aussichten, dass, wenn die an sich unvermeidlichen Gespräche über eine Neuordnung des Welt Handels mit Agrarprodukten wieder aufgenommen werden, die Zielsetzung so realistisch sein würde wie in der Kennedy-Runde – «Zugang zum Markt» als Hauptkriterium – müssen als sehr unbestimmt bezeichnet werden.

Unter diesen Umständen erschien es als angezeigt, *sofort* einen neuen Versuch einzuleiten, der Schweiz die definitive Mitgliedschaft im GATT zu verschaffen. Zu diesem Schluss sind unabhängig voneinander sowohl der Generaldirektor des GATT, der uns sehr wohlgesinnte Herr Wyndham White, wie auch wir selbst gelangt. Der hier beiliegende Entwurf¹¹ zu einem Beschluss der GATT-Vertragsparteien samt Beitrittsprotokoll ist dazu bestimmt, uns den Weg zu unserm Ziel zu ebnen. Die Konstellation erscheint der Erreichung dieses Ziels zurzeit als günstig.

Die weitem Erwägungen, die uns nahelegen, die gebotene Gelegenheit zu ergreifen, sind im einzelnen die folgenden:

1. Die beiliegenden Texte sind darauf angelegt, die Schweiz zum Vollmitglied des GATT zu machen *so, wie sie ist*. Dies bedeutet vor allem und in erster Linie, dass die Vorbehalte der Schweiz mit Bezug auf ihre landwirtschaftliche Schutzgesetzgebung ohne jede Beschränkung in das Beitrittsprotokoll übernommen werden. Auch die «*Remarque générale*» in der schweizerischen Konzessionsliste von 1958¹² bleibt unverändert. Keinem Lande ist bisher ein so ausdrücklicher und vorbehaltloser Dispens für seinen Agrareinfuhrschutz gewährt worden. Darüber hinaus wird ein Beschluss der GATT-Vertragsparteien dieses Inhalts einer internationalen Anerkennung der schweizerischen Landwirtschaftsgesetzgebung gleichkommen.

2. Es ist sehr wünschenswert, dass die Schweiz in der Landwirtschaftsverhandlung der Kennedy-Runde mit der Autorität der Vollmitgliedschaft auftreten kann, da es ja um die Ausarbeitung neuer Regeln und Methoden für den Weltagrarhandel geht. Die schweizerischen Gesichtspunkte sollten in diesem Zusammenhang voll berücksichtigt werden können. Aber auch ausserhalb der Kennedy-Runde werden im GATT, vor allem auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe¹³, immer wieder Massnahmen beraten, welche die Agrareinfuhr betreffen (z. B. die Behandlung tropischer Produkte). Dass die Schweiz an Abstimmungen über solche Gegenstände teilnehmen kann, ist keineswegs unwesentlich.

11. Projet. Décision relative à l'accèsion de la Suisse à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce vom 10. Februar 1966, Doss. wie Ann. 1.

12. Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen. Warenliste der Schweizerischen Eidgenossenschaft, A5, 1959, S. 1820–1890. Für die «*remarque générale*» vgl. S. 1890.

13. Für eine Übersicht über die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit vgl. Dok. 100, dodis.ch/31763.

3. Der übrige Inhalt des Beschlussesentwurfs und des Entwurfs zu einem Beitrittsprotokoll ist für uns unbedenklich. Es handelt sich grösstenteils um technisch-juristische Bestimmungen, die mit dem Übergang von der provisorischen zur definitiven Mitgliedschaft zusammenhängen. Hervorgehoben zu werden verdient einzig der Passus auf Seite 1 unten/Seite 2 oben des Protokoll-Entwurfes («*Prenant acte de ce que la Suisse est disposée ...*»), der von der Situation handelt, die nach einem Misserfolg der Kennedy-Runde auf dem Gebiete der Landwirtschaft bestehen würde. Für diesen Fall erklärt sich die Schweiz bereit, gemeinsam mit den Vertragsparteien des GATT zu verifizieren, dass trotz des Bestehens der schweizerischen Vorbehalte hinsichtlich der Agrareinfuhr unser Land «annehmbare Bedingungen des Zugangs zu ihrem Markt für Agrarprodukte» bietet. (Der Text in Anführungszeichen ist wörtlich aus der Resolution der Minister vom Mai 1963¹⁴ übernommen). Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass diese Überprüfung positiv verlaufen wird, und zwar aus folgenden Gründen:

a) Aus der Statistik¹⁵ ergibt sich eindeutig, dass die Schweiz zur Spitzengruppe derjenigen Länder gehört, die jahraus jahrein, beträchtliche Agrareinfuhren aufweisen. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Tendenz in so bedeutenden und traditionellen Zuschussgebieten wie einzelnen Mitgliedstaaten der EWG (vor allem Deutschland) als Folge der gemeinsamen Agrarpolitik der Gemeinschaft durch eine zunehmende Erschwerung des Marktzugangs für die Produkte der Agrarexportländer gekennzeichnet ist.

b) Die Agrarexportstaaten werden sich hüten, im Falle eines Fehlschlages der Kennedy-Runde von der Schweiz allein zusätzliche Konzessionen zu verlangen. Solche Zugeständnisse würden in erster Linie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zugute kommen; alle Drittstaaten aber haben ein eindeutiges Interesse daran, dass ihre Verhandlungskraft gegenüber der EWG und ihrer gemeinsamen Agrarpolitik nur in einer Verhandlung eingesetzt wird, in der man, unter dem Titel der Reziprozität, von der EWG gleichwertige Gegenleistungen verlangen kann.

c) Die Schweiz wird die Gespräche mit den Vertragsparteien unter dem erwähnten «*Prenant acte*»-Passus ihrerseits als wohletabliertes Vollmitglied des GATT führen. Sie wird aus Überzeugung und mit überzeugenden Argumenten darauf hinweisen können, dass der Zugang zum schweizerischen Markt für Agrarprodukte, verglichen insbesondere mit dem, was andere leisten, nach wie vor durchaus «annehmbar» ist. Bei dieser Feststellung werden sich die GATT-Vertragsparteien zu beruhigen haben.

Aus allen diesen Überlegungen sind wir der Auffassung, dass, wie mit Herrn Generaldirektor Wyndham White vereinbart, das Thema des schweizerischen Vollbeitritts zum GATT auf die Traktandenliste der GATT-Jahrestagung von Ende März/Anfang April¹⁶ dieses Jahres gesetzt werden sollte. Umfassende diplomatische Vorbereitungen, deren sich vornehmlich das GATT-Sekretariat

14. Vgl. Anm. 8.

15. Vgl. dazu die Antwort von H. Schaffner auf die Interpellation von E. Duft vom 29. Juni 1966, dodis.ch/31613.

16. Vgl. das BR-Prot. Nr. 672 vom 1. April 1966, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 708.1.

annimmt, sind im Gange, um der Schweiz wenn immer möglich eine einstimmige Aufnahme¹⁷ ins GATT zu sichern¹⁸.

17. Vgl. dazu Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 211 (C.41.103).

18. Vgl. dazu das Protokoll über den Beitritt der Schweiz zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen vom 1. April 1966, AS, 1966, S. 964–971. Das Protokoll trat am 1. August 1966 in Kraft. Vgl. ferner das BR-Prot. Nr. 938 vom 10. Mai 1966, dodis.ch/32079 und die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über den Beitritt der Schweiz zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) vom 10. Mai 1966, BBl, 1966, I, S. 713–729.

130

dodis.ch/31089

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler¹

KOMMISSIONEN FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN: RHODESIEN

Bern, 18. Februar 1966

Herr Andres hat Ihnen, in Ergänzung seines Textes² über aktuelle Probleme der internationalen Politik, eine besondere Notiz meinerseits über die letzten Entwicklungen des Rhodesienproblems aus der schweizerischen Perspektive in Aussicht gestellt. Ich möchte in diesem Zusammenhang vier Punkte berühren.

1. Die schweizerische Haltung.

Sie ist in den Erklärungen erläutert, die Herr Bundesrat Wahlen der Presse am 17. Dez. 1965, gemäss angeheftetem Text (Beilage 1)³ gegeben hat. Diese Haltung hat seither keine Änderung erfahren. Einer gewissen Kritik, die sich bei uns einigenorts geltend machte⁴, wobei man unsere Massnahmen teils als «neutralitätswidrig» empfand, konnte durch entsprechende Aufklärung weitgehend begegnet werden. Ähnliches gilt für die Rhodesienschweizer⁵, die

1. Notiz: E 2807(-) 1974/12 Bd. 51 (09). Verfasst und unterzeichnet von R. Probst. Visiert von P. Micheli.

2. E 2807(-) 1974/12 Bd. 20 (042.3-01).

3. Vgl. das Schreiben von E. Thalmann an B. Turrettini vom 21. September 1966, Anhang 2, dodis.ch/31066.

4. Zur Kritik der aussenpolitischen Kommissionen des National- und Ständerats vgl. das Protokoll der gemeinsamen Sitzung vom 8. Dezember 1965, dodis.ch/31098. Vgl. auch das BR-Verhandlungsprot. der 88. Sitzung vom 13. Dezember 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3: Herr Wahlen teilt mit, dass er die aussenpolitische Kommissionen orientiert habe. Die Reaktion habe ihn überrascht. Es bestand sehr wenig Bereitschaft, überhaupt etwas zu tun. Das Gefühl habe vorgeherrscht, dass das zu weit gehe, und dass man uns in eine Solidaritätsaktion der UNO eingliedern wolle. Er habe dann aufgeklärt, dass es sich um eine Selbsthilfeaktion handle.

5. Zur Reaktion der Schweizer Kolonie in Rhodesien auf den Entscheid des Bundesrats, die Einfuhr von Waren aus Rhodesien zu beschränken, vgl. das Schreiben von J. Knüsi an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements vom 18. März 1966, dodis.ch/31116.

(wie seinerzeit die Algerienschweizer⁶) Tendenz haben, sich mit der ansässigen europäischen Bevölkerung zu identifizieren. Unsere Aufklärungsbemühungen wurden allerdings diskret betrieben. Denn das Aufflammen einer Pressediskussion über Sinn oder Wirksamkeit unserer Massnahmen gegenüber Rhodesien wäre geeignet, die Aufmerksamkeit der «schwarzafrikanischen» Staaten zu wecken und von ihrer Seite, was bisher vermieden werden konnte, entgegengesetzte Schwierigkeiten zu provozieren⁷. Es ist in der Tat zu befürchten, dass sich der bis anhin ausgebliebene Erfolg der allgemeinen Sanktionen in der Suche nach Sündenböcken Luft machen könnte. Wir hätten keinerlei Interesse, uns, zusammen mit Südafrika und Portugal, in diese höchst undankbare, unserem Ruf und unseren Interessen abträgliche Rolle hineinmanövrieren zu lassen.

2. *Das britische Drängen.*

Über die sich steigernden britischen Begehren nach umfassenderen schweizerischen Massnahmen – man wünscht von uns, über die Beschränkung auf den «courant normal»⁸ hinaus, eigentliche Sanktionen – habe ich Sie verschiedentlich orientiert. Die beiliegende Notiz vom 4. Februar (Beilage 2)⁹, die Sie am 8. Februar dem Bundesrat zur Kenntnis brachten, fasst diese Schritte des britischen Botschafters¹⁰ und unsere Reaktion, die prinzipiell ablehnend war, zusammen.

3. *Sanktionenkomitee der Commonwealth-Staaten.*

An der Commonwealth-Konferenz in Lagos über die Rhodesienfrage von anfangs Januar war u. a. beschlossen worden, ein Komitee zu bilden, dem über Umfang und Wirkung der Sanktionen von der britischen Regierung Bericht erstattet werden sollte. Wie erinnerlich, hatte der britische Botschafter auf Weisung Londons die Existenz dieses Komitees Mitte Januar¹¹ zum Anlass genommen, darauf hinzuweisen, dass die schweizerische Haltung bei den «black African States», sobald sie darüber orientiert würden, einen ungünstigen Eindruck hinterlassen müsste. Wir hatten damals diesen Druckversuch entschieden zurückgewiesen. Unsere Haltung scheint in London verstanden worden zu sein. Wie aus einer dieser Tage erfolgten Mitteilung der britischen Botschaft hervorgeht, kommt die Einstellung der Schweiz im Entwurf des Berichtes an das Sanktionenkomitee jetzt in einer Weise zum Ausdruck, die uns, so hoffen wir, keinen nennenswerten Schaden mehr zufügen sollte. Für Näheres vgl. die beigelegte Notiz vom 16. Februar (Beilage 3)¹².

6. Vgl. den Bericht von H. Voirier vom 29. Mai 1961, E 2001(E) 1976/17 Bd. 262 (B.73.0) sowie das Referat von M. Petitpierre vor der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats am 15. Mai 1961 und vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats am 24. Mai 1961, E 2800 1990/106 Bd. 2 (113.2).

7. Vgl. dazu Dok. 120, dodis.ch/31085.

8. Zur Frage des «courant normal» vgl. Dok. 154, dodis.ch/31951.

9. Vgl. die Notiz von R. Probst an P. Micheli vom 4. Februar 1966, dodis.ch/31096.

10. R. S. Isaacson.

11. Vgl. dazu die Notiz von R. Probst an P. Micheli vom 20. Januar 1966, E 2001(E) 1978/84 Bd. 936 (C.23.2).

12. Vgl. Doss. wie Anm. 1.

4. Übernahme von Interessenvertretungen im Zusammenhang mit dem Rhodesienkonflikt.

Herr Bundesrat Wahlen hatte die Kommissionen für Auswärtiges an den Sitzungen von Ende November 1965 streng vertraulich über die Anfragen der Regierungen in London und Washington orientiert¹³, die wissen wollten, ob sich die Schweiz bereit finden könnte, nötigenfalls die britischen und die amerikanischen Interessen auf konsularischer Ebene in Rhodesien zu übernehmen. Vom Bundesrat war diesem Wunsch unter gewissen Bedingungen beigepflichtet worden (Beilagen 4a und 4b)¹⁴. Sollten sich Kommissionsmitglieder heute danach erkundigen, so kann geantwortet werden, dass es seither um diese Angelegenheit still geblieben ist. Die Konsularabteilung der britischen Hochkommission, ebenso das amerikanische Generalkonsulat (lediglich der Postenchef wurde abberufen) sind weiterhin in Salisbury tätig.

Dagegen hat die Schweiz Ende Dezember 1965, im Gefolge des durch die Rhodesienfrage bedingten Abbruchs der diplomatischen Beziehungen Algiers mit London, die Interessenvertretung für Grossbritannien in Algerien übernommen¹⁵. (In den anderen afrikanischen Staaten, die ihre Beziehungen zu Grossbritannien abbrechen, beanspruchte London die Dienste seiner «historischen» Commonwealth-Partner Kanada und Australien.)

Ausserdem hat die Schweiz, nach Schliessung der auch mit konsularischen Aufgaben betraut gewesenen kanadischen Handelsmission in Salisbury, Ende Januar die «liaison» zwischen den kanadischen Staatsangehörigen in Südrhodesien und der kanadischen Botschaft in Südafrika übernommen. Sofern hierüber nähere Einzelheiten benötigt werden, sind sie im beiliegenden Bericht an den Bundesrat vom 5. Februar enthalten (Beilage 5)¹⁶

13. Die Ausführungen von F. T. Wahlen wurden nicht protokolliert. Vgl. dazu das Protokoll der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats, Sitzung vom 22./23. November 1965, E 2004(B)1972/120/ Bd. 1 (a.123.2.(2)), S. 7–9; Herr Wahlen möchte sich zum Problem Rhodesien äussern, wobei der zweite Teil seiner Ausführungen als streng vertraulich zu betrachten ist. Er soll auch nicht ins Protokoll aufgenommen werden. Vgl. ferner das BR-Verhandlungsprot. der 81. Sitzung vom 19. November 1965, dodis.ch/32005.

14. BR-Prot. Nr. 1969 vom 16. November 1965, dodis.ch/31118 sowie BR-Prot. Nr. 1970 vom 16. November 1965, dodis.ch/31122. Vgl. dazu auch das BR-Verhandlungsprot. der 80. Sitzung vom 16. November 1965, dodis.ch/32006 sowie das Telegramm Nr. 497 von A. Zehnder an P. Micheli vom 18. November 1965, dodis.ch/31128.

15. Zur eventuellen Übernahme britischer Interessen in verschiedenen afrikanischen Staaten aufgrund des Rhodesienkonflikts vgl. das BR-Prot. Nr. 2159 vom 13. Dezember 1965, dodis.ch/31125.

16. BR-Prot. Nr. 327 vom 18. Februar 1966, dodis.ch/31123.

dodis.ch/31306

*Der Chef der Sektion Ost des Politischen Departements, A. Janner,
an den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler¹*

Bern, 21. Februar 1966

Mittwoch, den 2. März, abends, veranstaltet der polnische Botschafter² im Hotel Schweizerhof ein Konzert unter Mitwirkung des Warschauer Quintetts.

Anlässlich eines Klavierrezitals vor einigen Monaten lud Herr Kropczynski auch die Herren Bundesräte ein. Wenn ich mich recht erinnere, nahmen auch Sie und Ihre Frau Gemahlin³ sowie Herr und Frau⁴ Bundesrat Schaffner und Frau⁵ Bundesrat Tschudi an dem Konzert teil. Seither hat sich das Klima in Polen geändert. (Kirchenkampf⁶, antisemitische Massnahmen⁷). Vor allem aber verweigern die polnischen Behörden seit einigen Monaten Herrn Professor Constantin Regamey, Professor für slawische Sprachen, bekannter Komponist und Präsident des Schweizerischen Tonkünstler-Verbandes, ein Einreisevisum und weigern sich, die Gründe anzugeben bzw. lassen durchblicken, dass er sich gegen den polnischen Staat vergangen habe (!), was Herr Regamey glaubwürdig bestreitet⁸. Wahrscheinlicher liegt der Grund darin, dass er zu viele und gute Beziehungen zur polnischen Musikwelt hat.

Unter diesen Umständen schiene es mir richtig, dass kein Bundesrat an dem Konzert teilnimmt, da sonst auch unsere Bemühungen zu Gunsten von Professor Regamey, die im Zusammenhang der schweizerisch-polnischen Kulturbeziehungen zu betrachten sind, nicht mehr glaubwürdig wären. Vielleicht könnten Sie die Angelegenheit bei der nächsten Bundesratsitzung⁹ zur Sprache bringen.

1. *Notiz*: E 2001(E) 1980/83 Bd. 560 (B.35.51.1). *Visiert von P. Micheli und W. Spühler*.

2. *T. Kropczynski*.

3. *A. P. Spühler*.

4. *R. Schaffner*.

5. *I. Tschudi*.

6. *Zum Konflikt zwischen Regime und Kirche in Polen vgl. den Politischen Bericht Nr. 1 von G. Keel an das Politische Departement vom 2. Februar 1966, dodis.ch/31307*.

7. *Vgl. dazu das Schreiben von P. Dupont an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 22. Dezember 1964, dodis.ch/31309, in dem die antisemitische Einstellung bekannter Persönlichkeiten («Partisanen») in Schlüsselpositionen der polnischen Politik geschildert werden*.

8. *Zum Fall von C. Regamey vgl. das Schreiben von G. Keel an P. Micheli vom 22. Februar 1966, dodis.ch/31308*.

9. *Beigelegte Notiz*: Bundesrat und Frau Spühler lassen sich heute entschuldigen. *Die Angelegenheit wurde auch im Bundesrat besprochen, vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 12. Sitzung vom 22. Februar 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 5*: M. Spühler signale que l'ambassade de Pologne a envoyé des invitations, mais qu'il serait indiqué de ne pas y donner suite, en raison du refus d'entrée dont le musicien suisse Constantin Regamey vient d'être l'objet de la part des autorités polonaises. *Der Boykott wurde fortgesetzt, bis die Affäre Ende Mai beigelegt wurde. Vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 34. Sitzung vom 31. Mai 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 3*: M. Spühler communique que le gouvernement polonais a levé l'embargo pour le musicien Regamey, de sorte que le boycottage des invitations de l'ambassade est aussi levé.

132

dodis.ch/30939

*Der schweizerische Botschafter in Washington, F. Schnyder,
an den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler¹*

Washington, 3. März 1966

Wie gemeldet², empfing mich Staatssekretär Rusk gestern, am ersten Tag nach meinem Eintreffen in Washington, zu meiner Antrittsvisite. Im Lauf unserer kurzen aber betont freundlichen Unterhaltung berührte er zwei wichtige Fragen und äusserte sich dabei in einer Weise, die Sie vielleicht interessieren wird:

Nach einem Hinweis auf meine Tätigkeit im Schosse der UN stellte er mir inoffiziell – nur gesprächsweise, wie er sagte – die Frage, ob es der Schweiz konstitutionell möglich wäre, der Weltorganisation beizutreten³. Ich bemerkte dazu, dass es sich für die Schweiz, die seinerzeit dem Völkerbund⁴ angehört habe, nicht so sehr um eine Grundsatz- als vielmehr um eine Frage der praktischen Realitäten handle, die übrigens gerade jetzt in der schweizerischen Öffentlichkeit mit einigem erneutem Interesse diskutiert worden sei. Bisher habe in der Schweiz die Auffassung vorgeherrscht, dass unter den gegebenen tatsächlichen Verhältnissen die formelle Nicht-Mitgliedschaft (die keineswegs etwa ein Desinteressement bedeute) sich sowohl vom Gesichtspunkt der Wahrung der Interessen des Landes selbst als auch im Hinblick auf die Leistung «guter Dienste» aufdränge, wie sie z. B. seinerzeit im Fall des Konflikts zwischen Frankreich und dem um seine Unabhängigkeit kämpfenden Algerien⁵ möglich waren. Oder nun, wie Rusk einwarf, im Falle Kuba⁶.

Eine weitere Bemerkung des Staatssekretärs gab mir Gelegenheit, das intensive schweizerische Interesse an der Kennedy-Runde⁷ zu betonen. Rusk, der sich dieser Tatsache durchaus bewusst war, äusserte mit tiefem Ernst die Hoffnung, dass die europäischen Staaten, in der Auseinandersetzung um eigene Gegensätze befangen, nicht diese historisch einmalige Gelegenheit zu einer Liberalisierung des Welthandels verpassen möchten. Es sei höchst bemerkenswert, dass es Kennedy gelungen sei, die fragliche Gesetzgebung, die wichtigste seit Jahrzehnten, im Kongress durchzubringen. Umso mehr wäre es zu bedauern, wenn die in dieser Gesetzgebung vorgesehenen Liberalisierungsmöglichkeiten nicht rechtzeitig realisiert werden könnten. Niemand

1. *Politischer Bericht Nr. 13*: E 2300-01(-) 1973/156 Bd. 10 (A.21.31).

2. *Telegramm Nr. 134 von F. Schnyder an das Politische Departement vom 2. März 1966*, E 2500(-) 1990/76 Bd. 199 (a.211).

3. *Zu den Beziehungen der Schweiz zur UNO vgl. Dok. 40*, dodis.ch/31553.

4. *Zum Beitritt zum Völkerbund vgl. DDS, Bd. 7-I, thematisches Verzeichnis*: II. La Suisse et la Société des Nations; *DDS, Bd. 7-II, thematisches Verzeichnis*: I. La Suisse et la Société des Nations.

5. *Vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 35*, dodis.ch/15145; *Dok. 39*, dodis.ch/15165; *Dok. 81*, dodis.ch/15162; *Dok. 140*, dodis.ch/15150; *Dok. 142*, dodis.ch/15159.

6. *Vgl. Dok. 107*, dodis.ch/30981; *Dok. 145*, dodis.ch/30968; *Dok. 152*, dodis.ch/30895.

7. *Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 1*, dodis.ch/30938, *Anm. 8*.

könne voraussagen, ob im Kongress, wenn die nun gebotene Gelegenheit nicht innerhalb der gesetzten Frist ausgenützt würde, nicht wieder protektionistische Tendenzen die Oberhand gewinnen würden.

133

dodis.ch/31376

*Der schweizerische Botschafter in Tokio, J. de Rham,
an den Delegierten für technische Zusammenarbeit, A. R. Lindt¹*

KONSULTATIVGRUPPE DER WELTBANK² FÜR SÜD-KOREA

Tokio, 14. März 1966

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 5. März³ betreffend die Frage der Beteiligung der Schweiz an der Konsultativgruppe für Süd-Korea teile ich Ihnen folgendes mit.

Süd-Korea ist ein im Aufbau begriffenes, devisenarmes Agrarland mit einer Bevölkerung von rund 25 Mio., währenddem in Nord-Korea mit nur 15 Mio. Menschen schon immer die industriellen Einrichtungen des Landes gewesen waren. Durch die Trennung wurde daher der Süden vom Entwicklungsstandpunkt aus gesehen, eindeutig benachteiligt. Eine Diskriminierung vom Standpunkt der technischen Zusammenarbeit⁴ aus gesehen, kann daher ohne weiteres sachlich gerechtfertigt werden. Aber auch in formeller Hinsicht sind wir meines Erachtens gedeckt, nachdem mit der diplomatischen Anerkennung des Süddeils⁵ gewissermassen die «Urdiskriminierung» begangen wurde. Es ist nun ausserdem klar, dass Süd-Korea dringend der Hilfe aus dem Westen bedarf, und dass es seinen Warenverkehr angesichts der herrschenden Devisenknappheit nur mit jenen Ländern entwickeln kann, die bereit sind, ihm finanziell irgendwie beizustehen. Die Handelsabteilung ist über nähere Einzelheiten bestens unterrichtet.

Dass in Süd-Korea die Vereinigten Staaten in der Entwicklungshilfe führend sind, kann heute nicht mehr so eindeutig gesagt werden, nachdem inzwischen der Japan-ROK-Vertrag⁶ die Türen für gewaltige japanische Investitionen

1. *Schreiben*: E 2005(A) 1978/137 Bd. 546 (t.816-12(1)). Verfasst von H. Miesch. Kopie an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements.

2. *Zu den Beziehungen der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank* vgl. Dok. 58, dodis.ch/31749, Anm. 2.

3. *Vgl. das Schreiben von R. Pestalozzi an E. Stopper vom 5. März 1966*, E 7110(-) 1977/9 Bd. 188 (861.5).

4. *Für eine Übersicht über die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit* vgl. Dok. 100, dodis.ch/31763.

5. *Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Südkorea* vgl. die *Notiz von A. Glesti vom 5. März 1965*, dodis.ch/31860. *Zur Problematik der Anerkennung von geteilten Staaten* vgl. Dok. 43, dodis.ch/31039, Anm. 2.

6. *Zum Normalisierungsvertrag zwischen Japan und Südkorea* vgl. den *Politischen Bericht*

geöffnet hat, und ausserdem auch europäische Staaten, insbesondere Westdeutschland sich am Schicksal Süd-Koreas sehr interessieren.

Ich glaube auch nicht, dass es richtig ist zu sagen, die Hilfe eines kleinen Landes wie der Schweiz komme kaum zur Geltung, wenn daneben die Vereinigten Staaten oder andere Grossmächte das Entwicklungsfeld beherrschten. Dem kann zunächst entgegen gehalten werden, dass gerade in Süd-Korea bis vor kurzem die amerikanische Entwicklungshilfe ein totaler Versager war und enorme Gelder in unrentable Unternehmen verlockt wurden. Was die nun im Kommen begriffenen Japaner anbetrifft, so besteht gegen diese in Korea ein historisch begründetes Misstrauen und ausserdem bewegt sich die japanische Hilfe weitgehend auf rein kommerziellem Boden. Unter diesen Umständen muss man sagen, dass mit einem guten Entwicklungsprojekt die Schweiz sich viel Goodwill schaffen und ihre Leistungen neben denjenigen anderer Länder durchaus sehen lassen könnte. Auf dem Gebiete der süd-koreanischen Land- und Forstwirtschaft z. B. stellen sich gewaltige Probleme. Wenn wir in dieser Richtung etwas Grundlegendes tun könnten, dann würde dies in Süd-Korea zweifellos auf guten Boden fallen. Fahren wir hingegen mit gelegentlichen kleineren Aktionen der technischen Zusammenarbeit fort, dann laufen wir allerdings Gefahr, dass, auch wenn es noch so gut gemeint wäre, der Erfolg an einem kleinen Orte sein wird.

So sollte meines Erachtens die Schweiz jedenfalls nicht aus den von Ihnen angegebenen Gründen⁷ der Konsultativgruppe der Weltbank für Süd-Korea nicht beitreten. Vielleicht bestehen aber noch andere Motive, die sich meiner Kenntnis entziehen. Ich hoffe jedenfalls sehr, dass es der schweizerischen Entwicklungshilfe möglich sein wird, ihre Einstellung gegenüber Süd-Korea zu ändern und sich dessen Problemen in positiverem Sinne anzunehmen⁸.

Nr. 10 von H. Miesch an F. T. Wahlen vom 9. Juli 1965, E 2300(-) 1000/716 Bd. 468 (175). Vgl. ferner Dok. 124, dodis.ch/31373.

7. Überlegungen zur Teilnahme als Beobachter an den Konsultativgruppen der Weltbank für Malaysia und Thailand. Vgl. dazu Dok. 183, dodis.ch/31339 und die Notiz von R. Pestalozzi an A. Fankhauser vom 14. Januar 1966, Doss. wie Anm. 3.

8. Vgl. dazu das Schreiben von J. de Rham an P. R. Jolles vom 29. November 1966, dodis.ch/31377 und Doss. wie Anm. 1.

dodis.ch/31350

*Mitbericht des Volkswirtschaftsdepartements zum Antrag
des Politischen Departements an den Bundesrat vom 3. März 1966¹*

COOPÉRATION TECHNIQUE AVEC LE PÉROU:
CONTRIBUTION FÉDÉRALE DE FR. 750'000.— À L'ASSOCIATION SUISSE D'ENTRAIDE
AU PÉROU POUR UN CENTRE DE DÉVELOPPEMENT AGRICOLE ET ARTISANAL

Bern, 18. März 1966

I.

Wir erlauben uns zuerst zwei grundsätzliche Bemerkungen:

1. Es ist angezeigt, dass die Schweiz in Peru ihre Anstrengungen auf dem Gebiete der technischen Zusammenarbeit verstärkt. Die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen sind dafür in Peru verhältnismässig günstig. Bisher wurden in Peru klar umschriebene Projekte, deren Anfang und Ende überblickbar sind, unterstützt². Grundsätzlich sind solch kleinen, gut vorbereiteten, Projekten den Vorzug zu geben, gegenüber dem vorliegenden, langfristigen Projekt, dessen Ende praktisch nicht absehbar ist. Die lange Dauer von ungefähr 10 Jahren des Projektes «Centre de développement agricole et artisanal»³ im Gebiet von Ayaviri, Departement Puno, Peru, gibt uns zu ernststen Bedenken Anlass. Erfahrungsgemäss brauchen solche Projekte in lateinamerikanischen Staaten bedeutend mehr Zeit als jeweils bei der Projektierung angenommen wird.

2. Es dürfte zweckmässig sein, dieses Projekt einer erneuten Überprüfung zu unterziehen. Dabei sollte versucht werden, unsere Verpflichtungen vorerst nur auf die erste Phase zu beschränken. Für die weiteren beiden Phasen sollte sich der Bund erst verpflichten, wenn festgestellt werden kann, dass die erste Phase sich befriedigend entwickelt. Nur so kann einer unberechtigten Begehrlichkeit der peruanischen Vertragspartner gewehrt und unsere unabhängige Stellung gewahrt werden.

II.

Ein guter Kenner des peruanischen-bolivianischen Altiplanos (P. Hohl, Abteilung für Landwirtschaft) äusserte folgende Bedenken zum gegenwärtigen Projekt.

3. Die natürlichen Verhältnisse im Gebiet von Ayaviri, Departement Puno, sind ausserordentlich hart. Nur eine extensive Landwirtschaft ist in diesen windgepeitschten Höhenlagen möglich. Durch das Verbrennen des Mistes der Haustiere wird der Boden je länger je nährstoffärmer. Eine ausgedehnte Aufforstung scheiterte bis heute an der Kurzsichtigkeit der

1. *Mitbericht*: E 1001(-) 1970/24 Bd. 16 (1.2). *Unterzeichnet von H. Schaffner*.

2. *Zur Entwicklungszusammenarbeit mit Peru* vgl. *Dok. 158*, dodis.ch/31347 und das *BR-Prot.* vom 23. April 1965, dodis.ch/31348.

3. *Vgl. den Bericht von O. Rouillet vom August 1965*, dodis.ch/31556.

indianischen Bevölkerung und an der Energielosigkeit der kirchlichen und staatlichen Behörden⁴.

Es muss in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen werden, dass das sogenannte Andenprojekt des Internationalen Arbeitsamtes, das bereits seit mehr als 1½ Jahrzehnten läuft, praktisch noch keine befriedigende Resultate ergab.

4. Die gleichzeitige Entwicklung eines landwirtschaftlichen und gewerblichen Entwicklungszentrums⁵ stellt sowohl an die Leitung, wie auch insbesondere an die Indianer, zu hohe körperliche und geistige Anforderungen. In Zwei-Jahreskursen können keine jungen Bauern im Departement Puno zu beruflich tüchtigen Männern herangebildet werden. Das Gleiche gilt, trotz ihrer natürlichen Begabung, für die handwerkliche Ausbildung dieser Leute.

5. Die Organisation des Verkaufs der landwirtschaftlichen und gewerblichen Erzeugnisse kann in viel einfacherer Form vorgenommen werden. Auch hier muss man sich an die tatsächlichen Verhältnisse anpassen.

6. Der Posten «Valeur locative de la propriété pour 10 ans que le Gouvernement péruvien devra probablement payer au propriétaire» scheint, ohne nähere Erklärung, weit übersetzt zu sein. Auch die Kosten für die Gebäude und das tote Mobiliar sind hoch. Da genügend Arbeitskräfte vorhanden sind, sollten nicht zu teure Traktoren und Maschinen angeschafft werden. Auch das Betriebskapital scheint reichlich hoch veranschlagt zu sein.

7. Auf dem Altiplano stossen zwei Welten zusammen. Der technische Fortschritt führt zu einer Entwurzelung der Indios. Bis heute gibt es keine Annäherung zwischen der indianischen und der importierten spanischen Kolonialkultur. Vier Jahrhunderte spanische Kultur sind an den Incas beinahe spurlos vorbeigezogen. Diese Tatsache muss beim vorliegenden Projekt beachtet werden⁶.

4. *Zu den Problemen der Zusammenarbeit mit den peruanischen Behörden und Regierung vgl. das Schreiben von H. Hess an A. R. Lindt vom 28. Oktober 1966, dodis.ch/31407.*

5. *Zum Entwicklungszentrum vgl. doss. E 2005(A) 1978/137 Bd. 140 (t.311.04).*

6. *Zu diesem Mitbericht äusserte sich das Politische Departement in der Vernehmlassung vom 13. April 1966, das Volkswirtschaftsdepartement stimmte in seiner Stellungnahme vom 4. Mai 1966 dem Antrag unter dem Vorbehalt zu, dass unseren Bedenken im Mitbericht vom 18. März 1966 bei der praktischen Durchführung der ersten Phase Rechnung getragen wird. Der Antrag wurde vom Bundesrat ohne Änderungen angenommen. Vgl. das BR-Prot. Nr. 928 vom 10. Mai 1966, E 1004(-) 1000/9 Bd. 709.1 sowie das BR-Verhandlungsprot. der 30. Sitzung vom 10. Mai 1966, dodis.ch/32028: R. Bonvin bemerkt im Zusammenhang mit den Feststellungen im Mitbericht des EVD, dass es sich bei den in Frage stehenden Indios um Leute handelt, die bereits beruflich etwas vorgeschult sind und denen man Vertrauen entgegenbringen kann. Zur Koordination zwischen dem Politischen Departement und dem Volkswirtschaftsdepartement auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe vgl. die Notiz des Politischen Departements vom 6. Oktober 1966, Doss. wie Anm. 5.*

135

dodis.ch/31366

*Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler¹*BESTAND DER SCHWEIZERISCHEN DELEGATION
IN DER NEUTRALEN ÜBERWACHUNGSKOMMISSION IN PANMUNJOM (KOREA)²Bern, 24. März 1966³

Während die Schweizerische Delegation ursprünglich (1953) fast 100 Mann umfasste, ist sie im Laufe der Jahre infolge der zunehmenden Einschränkungen der Kontrollfunktionen der Kommission auf den Stand von 9 Mitgliedern gesunken. Seit 1959 besteht die Schweizerische Delegation unverändert aus:

- 1 Delegationschef (Diplomat mit Offiziersrang)
 - 1 Delegationschef-Stellvertreter (Stabsoffizier)
 - 1 Sekretär (Jurist, Offizier)
 - 1 Quartiermeister (Offizier)
 - 1 Verbindungs-, Material- und Transport-Unteroffizier
 - 1 Kanzlei-Unteroffizier
 - 2 Funker (einer davon Büro-Ordonnanz)
 - 1 Küchenchef
-
- 9 Mann total
-

In verschiedenen Tätigkeitsberichten der Chefs der Schweizerdelegation ist auf die Möglichkeit einer weiteren Herabsetzung des Bestandes hingewiesen worden⁴. Einen konkreten Vorschlag unterbreitete alsdann Herr Botschaftsrat Luy, der vom 30. Dezember 1964 bis 13. August 1965 bereits zum zweiten Mal der Delegation vorstand und somit einen guten Überblick über die Arbeit unserer Delegation hatte. Er legte in seinem Bericht⁵ dar, dass nicht alle Delegationsmitglieder in Panmunjom ein voll ausgelastetes Arbeitsprogramm hätten und Einsparungen erzielt werden könnten. Herr Luy gelangte zur Auffassung, dass ohne nachteilige Folgen der Posten des «Alternate»⁶ vakant

1. *Notiz*: E 2001(E)-01 1988/16 Bd. 696 (B.73.0.3). Verfasst von H. Zimmerman und unterzeichnet von A. Janner. Kopie an M. Marguth. Visiert von P. Micheli.

2. *Zur schweizerischen Delegation bei der neutralen Überwachungskommission in Korea* vgl. DDS, Bd. 18, Dok. 127, dodis.ch/7580 und Dok. 145, dodis.ch/7623; DDS, Bd. 19, Dok. 29, dodis.ch/8872; Dok. 63, dodis.ch/9605; Dok. 69, dodis.ch/9557; Dok. 107, dodis.ch/9675; Dok. 110, dodis.ch/8175; Dok. 128, dodis.ch/9337; Dok. 129, dodis.ch/9603 und Dok. 131 dodis.ch/9339; DDS, Bd. 20, Dok. 2, dodis.ch/11339; Dok. 25, dodis.ch/10995; Dok. 52, dodis.ch/12155; Dok. 66, dodis.ch/10187 und Dok. 125, dodis.ch/12835; DDS, Bd. 21, Dok. 52, dodis.ch/15057 und Dok. 148, dodis.ch/15235 sowie DDS, Bd. 22, Dok. 7, dodis.ch/30637 und Dok. 13, dodis.ch/18909. Vgl. zudem Dok. 91, dodis.ch/31372 und Dok. 184, dodis.ch/31369.

3. *Handschriftlicher Vermerk*: Urgent.

4. *Vgl. Doss. E 5301-03(-) 1981/11 Bd. 3 (851.B.04).*

5. *Vgl. das Schreiben von M. Luy an P. Micheli vom 11. August 1965, Doss. wie Anm. 1.*

6. *Handschriftliche Korrektur aus*: Stellvertreter.

gelassen werden könne, indem der Delegationschef jederzeit die Möglichkeit habe, sich durch den Sekretär in den Kommissionssitzungen vertreten zu lassen. Sodann sei auch eine Fusion des Quartiermeisteramtes mit demjenigen des Verbindungs-, Transport- und Materialoffiziers möglich.

Herr Bundesrat Wahlen war mit diesem Vorschlag grundsätzlich einverstanden und ersuchte uns, diese Einsparungsmöglichkeit sofort wahrzunehmen und mit den zuständigen Stellen des Eidgenössischen Militärdepartements die interne Reorganisation zu veranlassen⁷. Mitte September 1965 haben wir den neuen Chef der Schweizerdelegation, Herrn Botschaftsrat L. Musy, entsprechend orientiert⁸. Gleichzeitig erteilte auch der Chef des Personellen der Armee⁹ die nötigen Instruktionen¹⁰, damit die ins Auge gefassten Massnahmen ab März 1966 wirksam werden. Zur Frage der Reorganisation äusserte sich der Delegationschef am 30. September 1965¹¹ wie folgt:

«J'ai définitivement acquis la conviction que la mesure envisagée se justifie et qu'elle n'entraînera aucun inconvénient en ce qui concerne l'accomplissement de notre tâche au sein de la NNSC. Les fonctions de l'«Alternate» en tant que commandant militaire n'avaient, pratiquement, plus aucune raison d'être après la réduction massive de la délégation qui a fait suite à la suppression des équipes d'inspection. Quant à la représentation du chef de la délégation aux séances de la NNSC, elle pourra fort bien être assurée, comme vous le relevez justement, par le secrétaire. Il était donc souhaitable que l'on corrige une situation cristallisée, en quelque sorte, par l'habitude mais qui ne correspondait plus aux nécessités.»

Damit glaubten wir, dass sich die geplante Herabsetzung des Bestandes reibungslos durchführen lasse. Anfangs dieses Jahres haben wir von unseren Botschaften in Tokio¹² und Stockholm¹³ erfahren, dass die Abschaffung des «Alternate» der schwedischen Delegation in der Überwachungskommission nicht ins Konzept passt. Hier ist beizufügen, dass die schwedische Delegation aus Berufsmilitär besteht und die Offiziere in Panmunjom öfters einen höheren Rang als in der Heimat bekleiden. So ist beispielsweise der schwedische «Alternate» ein hoher Offizier¹⁴, der auf schweizerischer Seite bei Besprechungen und Begegnungen einen standesgemässen Partner, d. h. höheren Offizier erwartet¹⁵. Dieses Standesbewusstsein war wohl der Anlass, dass die schwedische Regierung von ihrem Vertreter¹⁶ in Panmunjom ersucht wurde, bei uns

7. Vgl. das Schreiben von A. Janner an M. Marguth vom 24. August 1965, Doss. wie Anm. 1.

8. Vgl. das Schreiben von A. Janner an L. Musy vom 15. September 1965, Doss. wie Anm. 1.

9. J. Schindler.

10. Vgl. das Schreiben von M. Marguth an L. Musy vom 20. September 1965, E 5301-03(-) 1981/11 Bd. 5 (851.B.07).

11. Vgl. das Schreiben von L. Musy an P. Micheli vom 30. September 1965, Doss. wie Anm. 1.

12. Vgl. das Schreiben von J. de Rham an P. Micheli vom 7. Januar 1966, Doss. wie Anm. 1.

13. Vgl. das Schreiben von F. Gyax an P. Micheli vom 17. Januar 1966, Doss. wie Anm. 1.

14. B. Kamph bekleidete den Rang eines Obersten.

15. Der Sekretär der schweizerischen Delegation, G. Fumasoli, bekleidete den Rang eines Oberleutnants.

16. C. Bennedich.

wegen der Abschaffung des «Alternate» vorstellig zu werden. Sie hat indessen diesem Ersuchen nicht entsprochen, sondern unserer Botschaft lediglich informationshalber davon Kenntnis gegeben¹⁷. Zuvor haben wir mit Rücksicht auf die enge Zusammenarbeit und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der schweizerischen und der schwedischen Delegation höflichkeitshalber die hiesige schwedische Botschaft zuhänden ihrer Regierung über die geplante Bestandesreduktion unterrichtet¹⁸.

Nun erhalten wir ein Telegramm¹⁹ von unserer Delegation, worin wir vom neuen Chef der Delegation (seit Mitte März), Herrn Van Muyden, ersucht werden, die Frage der Abschaffung des «Alternate» zu überprüfen. Es wird u. a. erwähnt, unsere Massnahme habe beim US-Oberkommando²⁰ und bei den US-Vertretern in der Waffenstillstandskommission²¹ zu ernststen Bedenken Anlass gegeben. Man sei dort der Ansicht, dass der Abbau des «Alternate» nur im Einvernehmen mit den andern Mitgliedern der Überwachungskommission hätte vorgenommen werden sollen. Der Entschluss der Schweiz könne zu einem Prestigeverlust der Überwachungskommission führen oder für andere Delegationen als Vorwand für weiteren Abbau dienen.

Die angeführten Argumente scheinen uns nicht sehr überzeugend, so dass wir telegraphisch noch verschiedene Präzisierungen verlangt haben²². Sollte unser Vorhaben, den Posten des «Alternate» aufzuheben, die gute Zusammenarbeit in der Kommission tatsächlich beeinträchtigen und ihrem Ansehen abträglich sein, so müssten wir möglicherweise unsere Haltung ändern.

Damit wir diese Frage gründlich prüfen und mit dem demnächst zurückkehrenden vorherigen Chef der Delegation Herrn L. Musy, besprechen können, würden wir vorsehen, den bisherigen Alternate, Herrn Major Zbinden, der am 1. April abreisen sollte, auf Zusehen hin auf seinem Posten zu belassen²³.

Wir bitten Sie, uns mitzuteilen, ob Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind²⁴.

17. Vgl. Anm. 12.

18. Vgl. die Notiz von H. Zimmermann vom 20. Januar 1966, Doss. wie Anm. 1.

19. Vgl. das Telegramm Nr. 477 von C. van Muyden an das Politische Departement vom 16. März 1966, dodis.ch/31367.

20. D. E. Beach.

21. H. J. Sands.

22. Vgl. das Telegramm Nr. 807 des Politischen Departements an die schweizerische Delegation in Panmunjom vom 22. März 1966, Doss. wie Anm. 1.

23. Vgl. auch das Telegramm Nr. 482 von C. van Muyden an das Politische Departement vom 27. Juni 1966, dodis.ch/31368.

24. Handschriftlicher Vermerk von W. Spühler: Einverstanden. Bis Ende Mai 25. 3. 66.

136

dodis.ch/31944

Notice pour le Chef du Département politique, W. Spühler¹

ELARGISSEMENT DU MARCHÉ COMMUN

Berne, 28 mars 1966

Dans sa séance du 22 mars 1966², la Délégation économique permanente a examiné les perspectives d'un élargissement de la Communauté économique européenne. On parle de nouveau d'une entrée éventuelle du Royaume-Uni dans le Marché commun³. Des négociations à ce sujet reprendront probablement tôt ou tard. Il ne semble pas que cela pourra se faire prochainement. Il y aurait lieu cependant de procéder à un nouvel examen de notre propre position⁴ puisque nos données de base en 1961⁵, lorsque nous avons demandé l'association, ne sont plus exactement les mêmes. (La conception de la supranationalité a perdu de sa force; la constitution d'une union politique est devenue problématique, etc.) Il conviendrait en particulier d'établir si, dans le cas d'un élargissement de la communauté, une adhésion avec réserve (bedingte Mitgliedschaft) ne serait pas préférable à l'association pour éviter la satellisation.

1. *Notice*: E 2807(-) 1974/12 vol. 29 (060-11). Rédigée et signée par P. Micheli. Copies à R. Bindschedler et au Service financier du Département politique.

2. Cf. la notice de P. R. Jolles à E. Stopper du 2 avril 1966, dodis.ch/31653. Cf. aussi doc. 140, dodis.ch/31618 et le procès-verbal de la Délégation économique permanente du 16 mars 1966, E 7111(C) 1976/4 vol. 106 (3.A.EE.200.01).

3. Sur la première demande d'association de la Grande-Bretagne, cf. DDS, vol. 21, doc. 141, dodis.ch/15430 et DDS, vol. 22, doc. 27, dodis.ch/30128. Sur la deuxième demande, cf. la lettre du Bureau de l'Intégration aux diverses représentations suisses du 5 décembre 1966, E 2001(E) 1978/84 Bd. 300 (C.41.770). Sur la position française par rapport à l'adhésion de la Grande-Bretagne, cf. la notice Négociation Kennedy, Elargissement du Marché Commun du 23 mars 1966, dodis.ch/31651.

4. Sur le nouvel examen de la position suisse, cf. le PVCF délibératif du 16 février 1965, dodis.ch/32012, pp. 6-8; le rapport du Bureau de l'Intégration et du Département politique du février 1965, dodis.ch/31654, pp. 11-23; le PVCF délibératif du 12 mars 1965, dodis.ch/32011, pp. 3-7; le protocole du groupe de travail «Implications historiques» du 15 mars 1965, dodis.ch/31615; la notice du Département politique Erweiterung der EWG du 31 mars 1966, dodis.ch/31643; la notice de P. R. Jolles à E. Stopper du 2 avril 1966, dodis.ch/31653; la réponse de H. Schaffner à l'interpellation de E. Duft du 29 juin 1966, dodis.ch/31613; la lettre de P. R. Jolles à F. Gyax et P.-H. Würth du 21 septembre 1966, dodis.ch/31955; la notice de J. Iselin du 11 octobre 1966, dodis.ch/31223 et la notice de J. Iselin Fragen im Zusammenhang mit einer allfälligen Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zur EWG durch einen bilateralen Handelsvertrag du 6 décembre 1966, dodis.ch/31638. Cf. aussi la réponse de F. T. Wahlen à l'interpellation de K. Furgler et H. Hubacher du 7 octobre 1965, Bull. stén. CN, 1965, pp. 557 s.

5. Cf. DDS, vol. 22, doc. 3, dodis.ch/30118; doc. 4, dodis.ch/30120; doc. 6, dodis.ch/30122; doc. 17, dodis.ch/30126; doc. 30, dodis.ch/30140; doc. 32, dodis.ch/730142 et doc. 34, dodis.ch/30143.

La Délégation économique permanente est arrivée à la conclusion que le groupe de travail de M. Bindschedler⁶ devrait entreprendre une étude⁷ du problème, si possible avant la prochaine réunion des ministres de l'AELE à Bergen⁸.

Le groupe de travail de M. Bindschedler a été également chargé de préparer un document pour M. Max Petitpierre⁹ en vue des prochaines discussions au sein du Comité Uri¹⁰. M. Petitpierre, avec lequel j'ai pris contact, va partir pour le Sénégal et sera de retour vers la mi-avril. Je lui propose de nous réunir alors, lui-même, M. Bindschedler et moi, pour discuter ce que pourrait contenir ledit document.

6. *Il s'agit du groupe de travail «Neutralitätspolitik, neutralitätsrechtliche, staatspolitische und institutionelle Fragen».*

7. *Rapport de R. Bindschedler et J. Iselin Neuüberprüfung der Voraussetzungen für eine Regelung des Verhältnisses der Schweiz zu den Europäischen Gemeinschaften du 20 juin 1966, dodis.ch/31949.*

8. *Sur la réunion à Bergen, cf. le PVCF N° 1078 du 3 juin 1966, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 710.1 et doss. E 2001(E) 1978/84 vol. 325–326 (C.41.775) et E 7111(C) 1976/4 vol. 148 (3.G.EE.221.02). Sur l'AELE en général, cf. doc. 172, dodis.ch/31640, en particulier note 10.*

9. *Cf. la notice du 9 mars 1966, doss. comme note 1.*

10. *Sur le Comité Uri, cf. la notice de A. Soldati au Département politique du 26 juillet 1962, dodis.ch/30275.*

137

dodis.ch/31326

Die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements an den schweizerischen Botschafter in Tokio, J. de Rahm¹

BESUCH VON MITGLIEDERN DER JAPANISCHEN KOMEITO-PARTEI IN DER SCHWEIZ

Bern, 30. März 1966

Für Ihren ausführlichen Bericht vom 18. d. M.² danken wir Ihnen bestens. In Bezug auf den letzten Abschnitt³ Ihres Briefes teilen wir Ihnen mit, dass es ab und zu vorkommt – insbesondere bei Besuchern vom afrikanischen

1. *Schreiben:* E 2001(E) 1978/84 Bd. 836 (B.25.31). *Unterzeichnet von H. Zimmermann.*

2. *Vgl. das Schreiben von J. de Rahm an P. Micheli vom 18. März 1966, dodis.ch/31920.*

3. *Vgl. Anm. 2:* Nachdem nicht anzunehmen ist, dass die japanische Botschaft Herrn Kuroyanagi sehr stark behilflich sein wird, ist mit der Möglichkeit zu rechnen, dass er auf die Sache zurückkommt. Für diesen Fall wäre es mir nützlich, von Ihnen vorsorglich über die Praxis der Bundesbehörden in solchen Fällen unterrichtet zu werden, wofür ich Ihnen zum voraus bestens danke. Ich kann mir vorstellen, dass allenfalls die Ermöglichung eines informatorischen Gespräches mit einem Parlamentarier tragbar und vielleicht auch für die schweizerische Seite ganz interessant wäre. Nachdem sich Herr Kuroyanagi ganz besonders für Verteidigungsfragen interessiert, käme allenfalls auch ein Besuch beim Pressedienst

Kontinent –, dass auch Parlamentarier der Opposition von höheren Beamten empfangen werden. Besprechungen mit den höchsten Landesbehörden sind indessen aus grundsätzlichen Erwägungen ausschliesslich von den hiesigen, für den Besucher zuständigen diplomatischen Vertretungen in die Wege zu leiten.

Im vorliegenden Fall wäre Herr Dr. H. Kurz, Pressechef des EMD, bereit, Herrn Kuroyanagi zu empfangen, falls er unser Land besuchen sollte.

des Eidgenössischen Militärdepartements in Frage. Man wird sich ja nicht ganz ablehnend verhalten können, da man damit rechnen muss, dass in der Zukunft die Komeito-Partei an Bedeutung gewinnen wird.

138

dodis.ch/31090

Die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements an den schweizerischen Botschafter in London, B. von Fischer¹

Urgent

Bern, 1. April 1966, 14.30 Uhr

Vertraulich für Botschafter²

1. Britische Druckversuche mit dem Ziel, Schweiz zu verschärften wirtschaftlichen Massnahmen gegen Rhodesien zu veranlassen, beginnen beunruhigende Formen anzunehmen. Vom Bundesrat aus eigenem Antrieb eingenommene Haltung schien zwar anfänglicher Erwartung einermassen zu entsprechen, dass wir vermeiden würden, zu europäischer Drehscheibe des von UNO-Sanktionen behinderten rhodesischen Handels zu werden. Diesem Zwecke diente vor allem Bundesratsbeschluss 17. Dezember 1965³, der Einfuhr rhodesischer Waren der Bewilligungspflicht unterstellte und das Volumen des zulässigen Importes auf *courant normal*⁴ beschränkte. Über Motivierung dieses Beschlusses sowie über weitere schweizerische Massnahmen (Nichtanerkennung⁵ der rhodesischen Unabhängigkeit und folglich auch des Regimes Smith durch Bundesrat, Kriegsmaterialembargo sowie Blockierung der Guthaben der Rhodesia Reserve Bank seitens schweizerischer Nationalbank⁶) wurden Sie insbesondere durch Übersendung des

1. *Telegramm Nr. 77 (Empfangskopie)*: E 2200.40(-) 1986/25 Bd. 28 (370.1). *Erhalten*: 1. April 1966, 15.40 Uhr. *Verfasst von R. Probst. Kopien an W. Spühler, E. Stopper, H. Bühler, O. Long, E. Diez, O. Morand, O. Exchaquet, P. Dietschi und C. Jagmetti.*

2. *Handschriftliche Anmerkung*: Vgl. Notiz von Dr. Probst an Bundesrat Spühler.

3. *BR-Prot. Nr. 2189 vom 17. Dezember 1965*, dodis.ch/31953.

4. *Zur Definition des «courant normal» vgl. Dok. 154*, dodis.ch/31951.

5. *Zur Frage der Anerkennung Rhodesiens vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 79. Sitzung vom 12. November 1965*, E 1002(-) 1994/26 Bd. 3, S. 1 f.

6. *Vgl. dazu die Notiz von R. Probst vom 7. Dezember 1965*, dodis.ch/31102. *Zum ablehnenden Entscheid der Nationalbank, Rhodesien den Schweizerfranken als Reserve- bzw. Handels-*

grundlegenden gemeinsamen Antrags von EPD und EVD an Bundesrat vom 13. Dezember 1965⁷ sowie durch Rundschreiben vom 17. Dezember⁸, dem die Erläuterungen⁹ Bundesrat Wahlers an die Presse beilagen, einlässlich dokumentiert.

2. Mit andauernder Zuspitzung des Rhodesienproblems angesichts wachsender Unzufriedenheit namentlich seitens farbiger Commonwealth-Staaten, die London zu sukzessiver Steigerung eigener wirtschaftlicher Massnahmen gegen Rhodesien veranlasste, haben sich indessen britische Forderungen, dass auch Schweiz auf diesem Wege fortschreite, in Bern vervielfacht. Am 18. Januar forderte britischer Botschafter¹⁰ über *courant normal* hinausgehende zusätzliche Beschränkung unserer Importe aus Rhodesien¹¹. Am 24. Januar notifiziert er uns legalen Bann auf Chrom-, Tabak- und Asbestgeschäften¹². Am 27. Januar unterbreitet sein Handelsrat¹³ britische Restriktionswünsche hinsichtlich Versicherungsgeschäfts¹⁴. Am 1. Februar verlangt Isaacson im Auftrage Londons komplettes Handelsembargo gegenüber Rhodesien mit Hauptakzent auf Tabak¹⁵. Am 14.¹⁶ und 18.¹⁷ März meldet uns britischer Handelsrat die Namen schweizerischer Firmen, die sich nach britischen Informationen angeblich an den geheimen Tabakauktionen in Salisbury zu beteiligen gedenken und erinnert daran, dass die britische Regierung rhodesische Tabakexporte als illegal erklärt hat. Am 28. März überbringt uns Botschaftsrat Purves eine neue Warnung, aus der u. a. hervorgeht, dass britischerseits an eine Art schwarzer Liste von Firmen, die sich mit rhodesischem Tabak eindecken, gedacht wird¹⁸. Kopien unserer einlässlichen Notizen über jede einzelne dieser Unterredungen befinden sich in Besitz Eurer Botschaft¹⁹.

3. Haben auf alle diese Demarchen konsequent geantwortet, dass Schweiz jene Massnahmen, die Ihr in Bezug auf Handel mit Rhodesien in gegebener

währung zur Verfügung zu stellen, vgl. das Schreiben von W. Schwegler und M. Iklé an P. Micheli vom 16. November 1965, dodis.ch/31132 sowie das Antwortschreiben von P. Micheli vom 25. November 1965, dodis.ch/31104.

7. Vgl. Anm. 3.

8. Schreiben von R. Probst an die schweizerischen Botschaften und an das Büro des schweizerischen Beobachters bei der UNO vom 17. Dezember 1965, Doss. wie Anm. 1.

9. Vgl. das Schreiben von E. Thalmann an B. Turrettini vom 21. September 1966, Anhang 2, dodis.ch/31066.

10. R. S. Isaacson.

11. Vgl. dazu die Notiz von R. Probst an P. Micheli vom 20. Januar 1966, E 2001(E) 1978/84 Bd. 936 (C.23.2).

12. Vgl. das Aide Memoire von R. S. Isaacson an R. Probst vom 24. Januar 1966, Doss. wie Anm. 1.

13. H. B. C. Keeble.

14. Vgl. die Notiz von E. Brunner vom 31. Januar 1966, Doss. wie Anm. 11.

15. Vgl. dazu die Notiz von R. Probst an P. Micheli vom 2. Februar 1966 sowie das Aide-Mémoire der britischen Botschaft vom 31. Januar 1966, *ibid.*

16. Vgl. dazu die Notiz von P. Dietschi an R. Probst vom 14. März 1966, *ibid.*

17. Vgl. die Notiz von O. Exchaquet vom 18. März 1966, *ibid.*

18. Vgl. die Notiz von O. Exchaquet vom 28. März 1966, *ibid.*

19. Vgl. Doss. E 2200.40 1986/25 Bd. 28 (370.1).

Lage angemessen erschienen, am 17. Dezember autonom beschlossen hat²⁰. Sind weder gewillt noch in der Lage, ein mehreres zu tun. Haben auch durchblicken lassen, dass schweizerische Öffentlichkeit auf Druck von aussen stets sehr negativ zu reagieren pflegt. Im Sinne Geste guten Willens habe aber Bundespräsident²¹ in Eigenschaft als Chef EVD mit Nationalrat Glasson als Präsident der Association suisse des fabricants de cigarett, der übrigen von uns auch seither über britische Massnahmen in Tabaksektor orientiert gehalten wurde, informatorisch Fühlung genommen. Ebenso sei Hauptinteressent für rhodesischen Asbest benachrichtigt worden. Vgl. hiezu unsere Notiz 4. Februar²² sowie auch Schreiben Probst an Glasson 28. März²³.

4. Wie Ihr unserer, Euch mit heutigem Kurier zukommenden, gestrigen Notiz²⁴ an Departementschef²⁵ entnehmen konntet, hat Situation inzwischen infolge wachsender britischer Ungeduld weitere Zuspitzung erfahren, die bedrohliche Formen anzunehmen scheint und auch für Botschafter Isaacson, dem anscheinend schwächliche Vertretung britischer Rhodesienpolitik in Bern vorgeworfen wird, unangenehme Auswirkungen zeitigen könnte (letzteres vertraulich). Departementschef hält deshalb Moment für gekommen, dass schweizerischer Standpunkt jetzt auch in London durch Sie persönlich *mit Nachdruck* vorgetragen wird. Bitten Euch diese Demarche «im Auftrag schweizerischer Regierung²⁶» möglichst bald auf Ebene Under Secretary Foreign Office zu unternehmen. Wollet dabei zwar alles Verständnis für britische Zwangslage an den Tag legen, der auch Bundesrat, soweit ihm dies tunlich schien, Rechnung getragen hat. Doch seien Massnahmen der Schweiz, die sich in ihrer speziellen Lage volle Entscheidungsfreiheit wahren müsse, in autonomer Weise nach eigenem Ermessen erfolgt. Wenn wir dabei teils weniger weit zu gehen scheinen als andere Staaten, so wisse man andererseits, dass unsere Massnahmen, was keineswegs überall der Fall sei, peinlich genau angewandt würden. Im Übrigen liege Schlüssel zu Erfolg wirtschaftlicher Sanktionen gegen Rhodesien gewiss nicht bei relativ sehr geringem Umfang schweizerischer Rhodesienimporte (vgl. Prozentzahlen in unserer gestrigen Notiz²⁷), sondern vornehmlich in Haltung der Nachbarstaaten Rhodesiens. Wir müssten deshalb dringend bitten, dass man sich mit unserer durchaus loyalen Haltung abfinde und von weiteren Versuchen

20. Vgl. Anm. 3.

21. H. Schaffner.

22. Notiz von R. Probst an P. Micheli vom 4. Februar 1966, dodis.ch/31096.

23. Vgl. das Schreiben von R. Probst an P. Glasson vom 28. März 1966, Doss. wie Anm. 11.

24. Notiz von R. Probst an W. Spühler vom 31. März 1966, dodis.ch/31093.

25. W. Spühler.

26. Gleichen Tags informierte W. Spühler den Bundesrat über die britischen Druckversuche. Vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 22. Sitzung vom 1. April 1966, E 1003(-) 1994/25 Bd. 4, S. 7: Rhodesien; Verhalten gegenüber dem englischen Druck: Der britische Botschafter muss auf Weisung seiner Regierung immer wieder in dieser Sache vorsprechen. Er hat grosses Verständnis für unseren Standpunkt. Um ihn etwas zu entlasten, soll unser Botschafter in London einmal in Aktion treten und bemerken, dass der britische Botschafter nachgerade etwas aufsässig werde. Damit leiste man diesem und auch uns den besten Dienst.

27. Vgl. Anm. 24.

absehe, uns via britische Botschaft Bern dauernd unter unangebrachtem Druck zu halten²⁸. Wollet Euch im Übrigen für zusätzliche Argumentation namentlich an Presseerklärungen Bundesrates Wahlen²⁹ sowie auch an unsere Notizen 4. Februar³⁰ und 31. März³¹ halten.

Erbitten Bericht³² über Verlauf Eurer Unterredung.

28. Weitere Interventionen der britischen Regierungen erfolgten trotzdem, vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 30. Sitzung vom 10. Mai 1966, dodis.ch/32028 sowie das BR-Verhandlungsprot. der 58. Sitzung vom 23. September 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 8.

29. Vgl. das Schreiben von E. Thalman an B. Turrettini vom 21. September 1966, Anhang 2, dodis.ch/31066.

30. Vgl. Anm. 22

31. Vgl. Anm. 24.

32. Für den Text der schweizerischen Note vgl. das Schreiben von B. von Fischer an P. Micheli vom 14. April 1966, Doss. wie Anm. 11. Zum Verlauf der Unterredung vgl. das Telegramm Nr. 66 von B. von Fischer an R. Probst vom 13. April 1966, *ibid.*

139

dodis.ch/31274

*Le Chargé d'affaires de Suisse a. i. à Colombo, Th. Curchod,
au Délégué à la Coopération technique, A. R. Lindt¹*

Colombo, 4 avril 1966

M. Abdul Sattar, Ambassadeur des Maldives à Colombo, m'a rendu visite hier matin pour me demander si la Suisse serait en mesure d'aider son Gouvernement à créer un centre de tourisme² dans son pays. Il s'agit là d'un objectif sur lequel compte le Sultanat pour améliorer les ressources locales et faciliter l'entrée de devises étrangères.

Comme vous le savez, les Maldives sont devenues indépendantes le 26 juillet 1965³ à la suite du traité signé avec la Grande-Bretagne, laquelle maintient ses droits sur la base de Gan située au sud de l'archipel composé d'environ deux mille îles, îlots et atolls. Le gros handicap des Maldives a été jusqu'à maintenant l'absence de moyens de communication réguliers avec Ceylan et seul un petit caboteur relie les deux pays. Bientôt cependant, une piste d'atterrissage sera inaugurée à Hululle, île toute proche de Malé, la capitale. Le terrain serait capable de recevoir des avions de capacité moyenne, genre DC-3, et Air Ceylon

1. Lettre: E 2005(A) 1978/137 vol. 116 (t.311). Copies à la Division du commerce du Département de l'Economie publique et à l'Ambassade de Suisse à New Delhi.

2. Sur la demande de Ceylan concernant la promotion du tourisme, cf. DDS, vol. 22, doc. 175, dodis.ch/18941.

3. Sur la reconnaissance des Maldives, cf. le PVCF N° 1993 du 19 novembre 1965, dodis.ch/31275. Sur la reconnaissance de nouveaux Etats, cf. doc. 98, dodis.ch/31268, note 4. Sur la question de l'établissement des relations diplomatiques entre la Suisse et les Maldives, cf. FF, 1966, II, pp. 517-522.

se propose d'inaugurer un service pour autant que le nombre des passagers soit suffisant.

Les Maldives sont fort peu connues et rares sont les étrangers, à l'exception des Britanniques, qui y ont séjourné. Dans tous les cas aucune installation touristique n'y existe et tout serait à créer. C'est un travail de pionnier qu'il s'agirait donc d'entreprendre. De son côté, l'archipel dispose de quelques atouts: mer limpide aux innombrables poissons multicolores, nombreuses plages et, enfin, solitude complète. De telles conditions pourraient, cas échéant, retenir l'attention des organisations de voyages, à la recherche de terrains vierges.

La requête de l'Ambassadeur des Maldives m'a été présentée dans un sens général et de manière interrogative. Il me plairait dès lors de savoir dans quelle mesure vous pourriez l'examiner, à la lumière de l'expérience acquise dans le domaine touristique. Je vous remercie de votre réponse⁴.

4. Cf. la lettre de R. Pestalozzi à Th. Curchod du 29 avril 1966, dodis.ch/31527.

140

dodis.ch/31618

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements,
E. Stopper, an den Rechtsberater des Politischen Departements,
R. Bindschedler¹*

Vertraulich

Bern, 4. April 1966²

In unserer Aussprache vom 22. März³ sind wir zum Schluss gelangt, dass angesichts der seit 1961 eingetretenen Entwicklungen eine Neuüberprüfung⁴ der Voraussetzungen für eine Regelung des Verhältnisses der Schweiz zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nützlich wäre. Dabei wäre zu berücksichtigen, dass gegenüber dem Zeitpunkt, in dem die Schweiz ihr Assoziationsgesuch gestellt hatte⁵, heute die Arbeitsmethoden der EWG besser beurteilt werden können und auf Grund der Österreich-Verhandlungen⁶ und der bisherigen Anwendung der Assoziationsabkommen mit Drittstaaten eine Reihe zusätzlicher Erfahrungen vorliegen. Vor allem aber hat sich die Haltung der Regierungen der EWG-Staaten mit Bezug auf die ursprüngliche politische

1. *Schreiben*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 324 (C.41.775). Kopien an E. Stopper, P. Micheli, H. Aebi, O. Long, A. Weitnauer, P. R. Jolles, P.-H. Würth, A. Wacker, die schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften, E. Diez, P. Languetin, J. Iselin, M. Jaeger. *Handschriftliche Marginalie von P. Micheli*: Monsieur le Chef du Département pour son information. *Visiert von W. Spühler*.

2. *Handschriftliche Marginalie*: Das Exposé (Antwort) von Min. Bindschedler ist streng vertraulich & befindet sich bei ihm.

3. *Vgl dazu Dok. 136*, dodis.ch/31944, *bes. Anm. 2*.

4. *Vgl dazu Dok. 136*, dodis.ch/31944, *Anm. 4*.

5. *Vgl dazu Dok. 136*, dodis.ch/31944, *Anm. 5*.

6. *Zur österreichischen EWG-Assoziation vgl. Dok. 148*, dodis.ch/31105, *Anm. 13*.

Zielsetzung und die Ausgestaltung der Supranationalität zum Teil grundlegend geändert, obschon formell die Bestimmungen des Römer Vertrags⁷ aufrecht erhalten bleiben. Wenn somit einerseits gewisse Auflockerungen in der Anwendung der Integrationsmethoden unverkennbar sind, besteht andererseits eine stärkere Tendenz, auch rein wirtschaftliche Entscheidungen von politischen Erwägungen abhängig zu machen, was insbesondere bei der Aushandlung der – als Folge der letzten EWG-Krise⁸ wahrscheinlich zunehmenden – «package deals» der Fall sein wird. Damit könnte sich die ohnehin bestehende Gefahr einer Hegemonie der Grossmächte erhöhen.

Da noch keineswegs beurteilt werden kann, ob die politische Krise der EWG überwunden ist, und die weitere Entwicklung von ausserhalb der derzeitigen wirtschaftlichen Integration liegenden Faktoren abhängen wird, erscheint es ausgeschlossen, eine bestimmte Arbeitshypothese für das weitere Vorgehen der Schweiz aufzustellen. Aus unserem Meinungs austausch hat sich jedoch einhellig die Schlussfolgerung ergeben, dass unsere Untersuchungen nicht mehr auf die Assoziation als einzig mögliche Form einer Teilnahme der Schweiz an der EWG beschränkt, sondern auch andere Methoden, wie z. B. ein Beitritt mit entsprechenden Vorbehalten, überdacht werden sollten⁹.

Ich bitte daher die von Ihnen geleitete Arbeitsgruppe «Neutralitätspolitik, neutralitätsrechtliche, staatspolitische und institutionelle Fragen», im Lichte der seit Erstattung Ihres letzten Berichtes eingetretenen Entwicklungen und gesammelten Erfahrungen folgende Studien auszuführen:

1. Welches sind die spezifischen neutralitäts- und staatspolitischen Risiken, gegen die sich die Schweiz im Falle einer institutionellen Regelung mit der EWG abschirmen müsste (z. B. Schutz gegen Einbezug in politische Hegemonialbestrebungen der Grossmächte, gegen politische Einflüsse auf die wirtschaftliche Beschlussfassung und weiterhin Distanzierung von allfälligen späteren politischen Verschmelzungsprozessen)?

2. Welches Ausmass der Bewegungsfreiheit muss sich ein Land wie die Schweiz vorbehalten, um ihre Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, die Glaubwürdigkeit ihrer Neutralitätspolitik und die Funktionsfähigkeit ihrer besonderen staatspolitischen Institutionen zu wahren?

3. Die sich aus 1. und 2. ergebenden Vorbehalte müssen bei einer institutionellen Regelung des Verhältnisses der Schweiz zur EWG gebührend berücksichtigt werden. Diese Berücksichtigung darf jedoch nicht dazu führen, dass das schweizerische Mitspracherecht bei der wirtschaftspolitischen Beschlussfassung in einer Weise eingeschränkt wird, dass sich eine Satellisierung ergeben könnte. Welche institutionelle Methode würde die beste Gewähr für den Ausschluss solcher Gefahren bieten?

4. Der Bericht Ihrer Arbeitsgruppe vom 25. Januar 1962¹⁰ hat die im Falle einer Assoziation zu wahrenen Erfordernisse im einzelnen dargelegt. Zur

7. Vgl. dazu DDS, Bd. 20, Dok. 61, dodis.ch/13224; Dok. 116, dodis.ch/13223 und Dok. 135, dodis.ch/13222

8. Zur Krise der EWG vgl. Dok. 99, dodis.ch/31418, Anm. 7.

9. Vgl. dazu Dok. 136, dodis.ch/31944, Anm. 4.

10. Bericht der Arbeitsgruppe zur Abklärung der neutralitätsrechtlichen, neutralitätspoli-

Vervollständigung der neuen Untersuchungen wäre es daher nützlich, wenn diese Erfordernisse im Lichte der seitherigen Erfahrungen ebenfalls neu überprüft würden¹¹.

In der personellen Zusammensetzung Ihrer Arbeitsgruppe würden folgende Änderungen eintreten: Die Herren Dr. Walthard und Fürsprech Eckenstein scheiden aus. Anstelle des letzteren würde Herr Dr. Iselin vom Integrationsbureau das Sekretariat übernehmen. Je nach Bedarf können ferner Herr Botschaftsrat Wacker von unserer Mission in Brüssel sowie Herr Dr. Fleiner vom Rechtsdienst des EPD beigezogen werden. Ferner bitte ich Sie, den übrigen Herren, die an der Sitzung vom 22. März teilgenommen haben, d. h. Herrn Botschafter Micheli, Herrn Dr. Aebi, Herrn Minister Jolles, Herrn Languetin und Herrn Jaeger, jeweils ebenfalls Einladungen zu Ihren Sitzungen sowie das entsprechende Dokumentationsmaterial zugehen zu lassen und mich selbst über den Fortschritt Ihrer Arbeiten regelmässig, erstmals im Hinblick auf die EFTA-Ministertagung in Bergen¹², orientiert zu halten.

tischen und institutionellen Fragen einer Verbindung mit der EWG von R. Bindschedler vom 25. Januar 1962, J 1.223 1000/1318 Bd. 57 (4.01.2.3).

11. Bericht Neuüberprüfung der Voraussetzungen für eine Regelung des Verhältnisses der Schweiz zu den Europäischen Gemeinschaften von R. Bindschedler und J. Iselin vom 20 Juni 1966, dodis.ch/31949.

12. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1078 vom 3. Juni 1966, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 710.1 und Doss. E 2001(E) 1978/84 vol. 325–326 (C.41.775) und E 7111(C) 1976/4 vol. 148 (3.G.EE.221.02).

141

dodis.ch/31820

Protokoll der Chefbeamtenbesprechung des Politischen Departements vom 19. April 1966¹

Vertraulich

[Bern,] 26. April 1966

[...]²

1. Menschenrechtskonvention

Der Departementschef³ hat von der Abteilung für Internationale Organisation eine Dokumentation erhalten, deren Kernstück die Abhandlung von Herrn Minister Bindschedler vom 7. Januar 1961⁴ bildet, die, wie er orientiert

1. Protokoll: E 2807(-) 1974/12 Bd. 9 (023.1-05). Verfasst von B. Dumont und gerichtet an die Teilnehmer F. Bieri, R. Bindschedler, E. Diez, M. Grässli, R. Hartmann, A. Janner (abwesend), A. R. Lindt, P. Micheli, R. Pestalozzi, R. Probst, W. Spühler und E. Thalman.

2. Liste der Traktanden: 1) Menschenrechtskonvention, 2) Botschafterkonferenz (Thema), 3) Beförderung Missionsschefs II zu Missionsschefs I. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31820.

3. W. Spühler.

4. Schreiben von R. Bindschedler Die Schweiz und die europäische Konvention zum Schutze

wurde, auch heute noch volle Gültigkeit hat. Als neues Element ist inzwischen unsere Mitgliedschaft beim Europarat⁵ dazugekommen, womit ein wesentlicher psychologischer Hinderungsgrund für einen Beitritt zur Menschenrechtskonvention dahingefallen ist. Wenn es zutrifft, dass alle andern Mitgliedstaaten den Beitritt der Schweiz zu dieser Konvention begrüßen, sollten wir in dieser Richtung gehen⁶. Dabei werden wir vor allem danach trachten müssen, intern kein Risiko auf uns zu nehmen, und unsere Vorbereitungen sollen besonders auf diesen Punkt ausgerichtet werden. Der Departementschef beabsichtigt, zunächst mit Parlamentariern und vor allem mit den Kommissionen für Auswärtiges der beiden Räte diesbezüglich Fühlung zu nehmen. Die für uns bestehenden rechtlichen Schwierigkeiten sind bekannt. Zum Fehlen des Frauenstimm- und Wahlrechtes⁷ kann allerdings auf die in einzelnen Kantonen zu verzeichnenden Fortschritte verwiesen werden. Schwieriger verhält es sich mit den konfessionellen Ausnahmeregelungen, für die eine Lösung noch in weiter Ferne liegt⁸. Die Lage hat sich auf diesem Gebiet heute aus verschiedenen Gründen eher etwas verschlechtert; zunächst wird das kantonale Vernehmlassungsverfahren, gestützt auf den Bericht Kägi⁹, eingeleitet und durchgeführt werden müssen. Herr Spühler ist der Auffassung, dass wir einen Weg zum Beitritt suchen müssen – unter Konsultierung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes – und ersucht die Anwesenden, sich zu dieser von ihm vertretenen Tendenz zu äussern.

Herr Bindschedler sieht keine besonderen Gründe gegen einen Beitritt, aber auch keine dafür; persönlich ist er eher negativ. In Europa ist eine solche Konvention unnötig und überflüssig und bedeutet nur einen weitgehenden Leerlauf. Für die Schweiz ergäbe sich eine nicht unbeachtliche Neuerung im Falle der Annahme des individuellen Beschwerderechtes, das einem Schweizerbürger ermöglichen würde, sich über das Vorgehen schweizerischer Behörden vor einer internationalen Instanz zu beschweren. Auch auf dem Gebiete des Strafrechts müsste mit dem Weiterzug einer Reihe von Strafprozessen gerechnet werden. Besondere Beachtung verdient aber vor allem die Entwicklung der

der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. Januar 1961, E 2003(A) 1978/29 Bd. 50 (o.121.314.11).

5. Vgl. *DDS, Bd. 22, Dok. 120*, dodis.ch/30487 sowie das Abkommen Procès-verbal de dépôt, de la part de la Confédération suisse, de l'instrument d'adhésion au Statut du Conseil de l'Europe vom 6. Mai 1963, K I(-) 2415. Vgl. auch die Notiz Conseil de l'Europe vom Februar 1965, dodis.ch/32085.

6. Vgl. dazu die Rede von W. Spühler vom 16. Dezember 1966 vor dem Ministerkomitee des Europarats, dodis.ch/31856.

7. Zum Frauenstimmrecht in der Schweiz vgl. *Dok. 141*, dodis.ch/31459.

8. Zur Vereinbarkeit des fehlenden Frauenstimmrechts und der Ausnahmeregelung in der Bundesverfassung mit der Mitgliedschaft im Europarat vgl. das Protokoll des Nationalrats vom 15. November 1962, dodis.ch/30453 und das Protokoll zum Interview Europatag im Fernsehen vom 5. Mai 1966, dodis.ch/31607.

9. F. T. Wahlen betraute 1959 Prof. W. Kägi mit der Ausarbeitung der Botschaft, vgl. die Eröffnungsansprache von F. T. Wahlen anlässlich der Botschafterkonferenz 1964 vom 3. September 1964, dodis.ch/30806, S. 3. Zum Zwischenstand des Berichtes von W. Kägi vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 81. Sitzung vom 19. November 1965, dodis.ch/32005, S. 3 f. Zum Gutachten von W. Kägi über das Problem der Revision des Klosterartikels und des Jesuiten-

Jura-Frage¹⁰. Es ist zu befürchten, dass sich Frankreich in Strassburg in dieses Problem einmischen wird, sofern dort eine Individualbeschwerde von Seiten der Separatisten anhängig gemacht würde. Diese Möglichkeit spricht gegen unseren Beitritt. Heute könnte ein solcher nur unter Abgabe von Vorbehalten hinsichtlich der erwähnten Besonderheiten des schweizerischen Rechts erfolgen. Herr Bindschedler empfiehlt Zuwarten bis diese Schwierigkeiten behoben sind, um dann den Beitritt vorbehaltlos vornehmen zu können.

Herr Spühler erkundigt sich, weshalb Frankreich der Konvention nicht beigetreten ist.

Herr Bindschedler: Der ursprüngliche Grund für das Fernbleiben Frankreichs lag im Algerienkrieg¹¹. Heute ist diese Haltung weitgehend auf die nationalistische Politik de Gaulles zurückzuführen.

Herr Spühler: In der kommenden Session werden wir uns zu der Motion Eggenberger¹² äussern müssen. Der Departementschef ist gewillt, sie eventuell unter Umwandlung in ein Postulat – womit der Vorteil verbunden wäre, dass sich nicht auch noch der Ständerat damit befassen muss – entgegenzunehmen. In unserer darauffolgenden Berichterstattung¹³ soll eine positive Tendenz zum Ausdruck gebracht werden.

Herr Diez teilt grundsätzlich die von Herrn Bindschedler vertretene Auffassung. Aus persönlichen Kontakten in Strassburg, insbesondere mit Herrn Modinos¹⁴, geht hervor, dass dort ein Beitritt der Schweiz gewünscht und die Parallelität mit Frankreich als peinlich empfunden wird. Es geht dabei weniger um rechtliche, als um psychologische Aspekte¹⁵. Wir könnten mit dem grossen

artikels vgl. Doss. E 4110(B) 1990/72 Bd. 12 (G.018) und den Bericht Verfassungspolitische Folgerungen: Die Neuordnung anstelle der bisherigen Art. 51 und 52 BV von W. Kägi vom 25. Januar 1965, E 4110(B) 1990/72 Bd. 13 (G.018).

10. *Vgl. das BR-Verhandlungsprot. vom 17. März 1964, dodis.ch/31968, S. 5–9; das BR-Verhandlungsprot. vom 1. September 1964, dodis.ch/31981, S. 1–3; die Eröffnungsansprache von F. T. Wahlen vom 3. September 1964, dodis.ch/30806, S. 6–10; das Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe «Historische Standortbestimmung» zur Jura-Frage vom 20. November 1965, E 2806(-) 1971/57 Bd. 3 (09).*

11. *Zum Abschluss der französisch-algerischen Verhandlungen vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 55, dodis.ch/10391.*

12. *Zur Motion von M. Eggenberger vom 14. Dezember 1965 vgl. das Schreiben von Ch. Oser an H.-P. Tschudi vom 14. Dezember 1965, Doss. wie Anm. 4.*

13. *Zur Antwort von W. Spühler auf die Motion von M. Eggenberger vom 22. Juni 1966 vgl. Sten. Bull. NR, 1966, S. 406–410. Vgl. dazu auch den Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, BBl, 1968, II, S. 1057–1180.*

14. *Vgl. dazu die Notiz betreffend den allfälligen Beitritt der Schweiz zur Menschenrechtskonvention – Besprechung vom 7. Juli 1964 in Strassburg mit Herrn Modinos, Stellvertretender Generalsekretär des Europarates, von E. Diez an P. Micheli vom 15. Juli 1964, Doss. wie Anm. 4.*

15. *Vgl. dazu die Notiz von R. Bär an E. Diez vom 29. Oktober 1965, Doss. wie Anm. 4: Mir scheint, dass obwohl politisch das Beiseitestehen der Schweiz wohl immer auf weniger Verständnis stossen wird – und die bisherigen schweizerischen Gründe für den Nichtbeitritt nicht sehr überzeugend sind – man immerhin [...] zu bedenken hat, dass der Beitritt angesichts der bisherigen Erfahrungen mit der Konvention in der Schweiz [...] zu bedeutenden Änderungen Anlass geben könnte.*

Verständnis des Europarates für unsere Vorbehalte rechnen. Herr Bundesrat Wahlen liess sich in seiner Haltung zu dieser Frage von der Überlegung leiten, dass es falsch wäre, den Anschein zu erwecken, als wollten die Bundesbehörden auf dem Umweg über den Beitritt zur Menschenrechtskonvention den schweizerischen Stimmbürger in Bezug auf Frauenstimmrecht und Ausnahmeartikel beeinflussen.

Herr Thalmann ist mit dieser Frage weniger vertraut, möchte aber noch ein neues Element in die Diskussion bringen. Die 20. Generalversammlung der UNO hat beschlossen, im Jahre 1968 eine internationale Konferenz über Menschenrechte durchzuführen. Obschon darüber noch nicht völlige Klarheit besteht, ist anzunehmen, dass auch die Schweiz zur Teilnahme eingeladen wird. Es wäre somit wünschenswert, dass wir bis zu diesem Zeitpunkt zu einer Regelung kommen, ansonsten wir riskieren, im Rahmen der erwähnten Veranstaltung Angriffen ausgesetzt zu werden.

Herr Spühler macht darauf aufmerksam, dass die Abschaffung der Ausnahmeartikel Zeit braucht und auf jeden Fall bis 1968 nicht zu erwarten ist.

Herr Probst: Der Jura-Angelegenheit ist ganz besondere Beachtung zu schenken. Dieser Teilaspekt der Frage unseres Beitritts muss gründlich geprüft und auch in den vorgesehenen internen Sondierungen berücksichtigt werden. Die diesbezügliche Haltung Frankreichs bezeichnet Herr Probst als neutral.

Herr Diez: Angesichts der Menschenrechtserklärung der UNO spielt auch die Stellung der Schweiz zu den Vereinten Nationen in diesem Rahmen eine Rolle¹⁶ und muss in unsere Überlegungen miteinbezogen werden. Es wäre dabei zu erwägen, ob nicht zunächst der Beitritt zu der relativ harmlosen europäischen Menschenrechtskonvention erfolgen sollte¹⁷.

Herr Micheli: Alles hängt von innenpolitischen Überlegungen ab. Bis dahin war es unsere Tendenz abzuwarten. Wir können aber schwerlich auf die Dauer in dieser Position verharren. Hinsichtlich der Jura-Frage ist Herr Micheli überzeugt, dass Leute wie Béguelin und Schaffter die Angelegenheit in Strassburg vorbringen würden. Das wird aber vermutlich auch noch in zwei oder drei Jahren der Fall sein. Dem gegenüber darf angenommen werden, dass sich Frankreich offiziell niemals einmischen und sich davor hüten wird, die Separatisten offen zu unterstützen. Unsere innenpolitischen Sondierungen hätten sich auf zwei Punkte zu konzentrieren: Auf die Frage, ob ein Beitritt mit Vorbehalt von der schweizerischen Öffentlichkeit als ein von aussen kommender Druck zur Bereinigung unserer Rechtsordnung empfunden würde, sowie auf die Jura-Angelegenheit.

Herr Hartmann: Die massgebenden Persönlichkeiten in Strassburg wünschen natürlich unseren Beitritt, aber wir finden bei ihnen auch Verständnis für die Gründe unserer bisherigen Zurückhaltung. Es stellt sich die Frage, ob im Falle eines Beitritts unter Vorbehalten die bestehenden Hindernisse nicht besondere Beachtung erhielten und öffentlich zu unseren Ungunsten ausgeschlachtet werden können. Unter diesem Gesichtspunkt würde es sich

16. Zu den Beziehungen der Schweiz zur UNO vgl. Dok. 40, dodis.ch/31553.

17. Zum Verhältnis der UNO zum Europarat vgl. die Notiz von R. Bindschedler an W. Spühler vom 6. Dezember 1966, dodis.ch/31611.

vielleicht empfehlen, im Interesse unseres Prestiges zunächst die Ausmerzung der bekannten Schönheitsfehler vorzunehmen und mit einem Beitritt bis dahin zuzuwarten.

Herr Spühler hat volles Verständnis für die geäußerten Bedenken. Wir müssen aber davon ausgehen, dass die Situation in vier bis fünf Jahren nicht wesentlich anders sein wird als heute, abgesehen vom Klima in einzelnen Fragen (Jura und Frauenstimmrechte in weitem Kantonen). Wir sind deshalb jetzt schon durchaus in der Lage, endgültig zu urteilen, und wir müssen die Berichterstattung in Angriff nehmen. Der Departementschef wird die Motion in der nächsten Session positiv beantworten¹⁸ in dem Sinne, dass ein Beitritt ins Auge gefasst wird, sobald es die äussern Umstände erlauben.

[...] ¹⁹

18. Vgl. *Anm. 13*.

19. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31820.

142

dodis.ch/31859

Antrag des Militärdepartements an den Bundesrat¹

WEISUNGEN FÜR DIE OPERATIVE FÜHRUNG

Geheim/Nr. 06

Bern, 4. Mai 1966

Mit Datum vom 15. April 1966 hat das Militärdepartement dem Bundesrat den Entwurf² zu einem Bericht an die Bundesversammlung über die Konzeption der militärischen Landesverteidigung³ zur Genehmigung unterbreitet, mit dessen Erstattung der Bundesrat im Jahre 1964 auf Grund der Motion Bringolf-SH⁴ beauftragt worden war. Gleichzeitig reichte das Militärdepartement die

1. *Antrag (Kopie)*: E 2807(-) 1974/12 Bd. 42 (08-0). *Unterzeichnet von P. Chaudet. Diese Kopie ging an W. Spühler. Das Original fehlt in den Beständen E 1001(-) 1970/24 Bd. 42 und E 1005(-) 2007/94 Bd. 1.*

2. *Antrag des Militärdepartements an den Bundesrat vom 15. April 1966*, E 1001(-) 1970/24 Bd. 42. *Dem Antrag wurde mit dem BR-Prot. Nr. 1100 vom 6. Juni 1966*, dodis.ch/31862, stattgegeben.

3. *Vgl. den Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der militärischen Landesverteidigung vom 6. Juni 1966*, *BBl*, 1966, I, S. 853–877. *Zu den Debatten im Bundesrat über die Konzeption der Landesverteidigung vgl. auch das BR-Verhandlungsprot. der ausserordentlichen Sitzung vom 26. Oktober 1965*, dodis.ch/32007. *Vgl. ferner die Stellungnahme des Vereins zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaft vom September 1966*, dodis.ch/31861.

4. 8995. Motion Bringolf-Schaffhausen: Überprüfung der Gesamtkonzeption der Landesverteidigung. *Sten. Bull. NR*, 1964, S. 258: La demande de crédit pour l'acquisition de 100 avions du type Mirage IIIS et les motifs à l'appui par le Conseil fédéral pose le problème d'une révision de notre conception de l'aviation, de la défense contre avions et du rapport

inzwischen auf Veranlassung des Bundesrates endgültig bereinigten Textteile zu einem weiteren dem Bundesrat bereits ca. vor einem Jahr übermittelten Dokument⁵ zur Genehmigung ein, welches ursprünglich als Grundlage zum Bericht auf die Motion Bringolf-SH gedacht war.

Im Nachgang zu diesen beiden Dokumenten beehrt sich das Militärdepartement nunmehr dem Bundesrat auch ein drittes Dokument, nämlich den Entwurf zu einer neuen *geheimen* Führungsvorschrift unter dem Titel «Weisungen für die Operative Führung»⁶, zur Genehmigung vorzulegen. Auch für diese Führungsvorschrift war das erwähnte vor ca. einem Jahr eingereichte Dokument als Grundlage gedacht. Alle drei Werke sind heute inhaltlich aufeinander abgestimmt und haben die einhellige Billigung der Landesverteidigungskommission gefunden. Die Vorgeschichte ist im vorhergehenden Antrag des Militärdepartements vom 15. April 1966⁷ dargestellt und es wird der Einfachheit halber auf diese Ausführungen verwiesen.

Die Weisungen für die Operative Führung regeln, wie schon ihr Name andeutet, die Führungstätigkeit der höchsten militärischen Kommandostufen (Armee Kommando inkl. Flugwaffe und Armeefliegerabwehr und Armeekorps sowie – unter gewissen Voraussetzungen – auch der Divisionen). Die Probleme der taktischen Führung (von der Division an abwärts) werden in einem besonderen Reglement ihre Darstellung finden. Dieses Reglement⁸ – unter dem Titel «Truppenführung» – befindet sich in Vorbereitung. Seine Genehmigung fällt in die Zuständigkeit des Militärdepartements.

Gestützt auf diese Erwägungen beehrt sich das Militärdepartement zu beantragen:

Der vorgelegte Entwurf zu einer geheimen Vorschrift «Weisungen für die Operative Führung» wird genehmigt⁹.

supportable entre l'arme aérienne (aviation et DCA) et les autres armes, ainsi que celui de notre préparation militaire. Le Conseil fédéral est par conséquent invité à soumettre à un nouvel examen, la conception générale de la défense nationale en prenant en considération les effets qu'a eus jusqu'à présent la réforme de l'armée et le rapport entre cette réforme et la défense de l'espace aérien. Un rapport devra être adressé ensuite à l'Assemblée fédérale. Vgl. auch das Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe «Historische Standortbestimmung» vom 21. November 1964, dodis.ch/31623.

5. Vgl. den Antrag des Militärdepartements an den Bundesrat vom 11. Mai 1965, dodis.ch/31895.

6. Bericht des Militärdepartements vom April 1966, dodis.ch/31858.

7. Vgl. Anm. 2.

8. Truppenführung (TF 69) vom Militärdepartement, Bern, 1969.

9. Der Antrag wurde vom Bundesrat unter Berücksichtigung der im Mitbericht des Politischen Departements vom 11. Juli 1966 vorgeschlagenen Änderungen angenommen. Vgl. das BR-Prot. Nr. 1350 vom 15. Juli 1966, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 711.2.

143

dodis.ch/31543

*Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler*¹DERZEITIGER STAND DER BEZIEHUNGEN MIT RUMÄNIEN²Dringend!³

Bern, 9. Mai 1966

a. Politisch

Generell betrachtet bestehen heute keine nennenswerten Probleme in unseren Beziehungen mit Rumänien. Bis Oktober des letzten Jahres ergaben sich immer wieder Schwierigkeiten wegen der Ausreise von schweizerisch-rumänischen Doppelbürgern aus Rumänien⁴. Wir gelangten jedoch in der Folge weitgehend ans Ziel, und zwar hauptsächlich deshalb, weil wir den Rumänen drohten, wir würden in einer öffentlichen Erklärung auf die unbefriedigende Situation hinweisen⁵. Zurzeit kann die *Lage als normal* bezeichnet werden. Der einzige Fall, der allenfalls vorgebracht werden könnte, betrifft Annemarie Seidel, die einen rumänischen Architekten⁶ zu heiraten wünscht (vergl. separate Notiz⁷ über diesen Fall).

Nationalisierungsabkommen

Dieses Abkommen datiert vom 3. August 1951⁸. Die rumänische Regierung verpflichtete sich zur Zahlung einer Globalentschädigung von 42,5 Mio. Franken. Nachdem sie ihre Verpflichtungen restlos erfüllt hat und die Auszahlung an die Entschädigungsempfänger beendet worden sind, unterbreitete die Kommission für Nationalisierungsentschädigungen am 8. Februar 1966 dem Bundesrat ihre Schlussabrechnung⁹.

In den vergangenen Jahren haben Beamte der rumänischen Botschaft wiederholt *verbotenen Nachrichtendienst* betrieben¹⁰. Ende Dezember 1964

1. *Notiz*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 943 (B.15.50). *Verfasst von H. Zimmermann und unterzeichnet von P. Micheli. Visiert von W. Spühler.*

2. *Handschriftliche Marginalie*: Maurer. *Diese Notiz wurde anlässlich des Besuchs von I. G. Maurer am 10. Mai 1966 in Bern verfasst. Vgl. dazu die Notiz von A. Janner vom Mai 1966, dodis.ch/31546.*

3. *Handschriftlich angemerkt.*

4. *Vgl. dazu Dok. 21, dodis.ch/31540 sowie das Schreiben von P. Duttler an P. Micheli vom 27. Oktober 1965, E 2001(E) 1980/83 Bd. 575 (B.35.51.20).*

5. *Vgl. dazu Doss. E 2001(E) 1976/17 Bd. 572 (B.35.51.20) und E 2001(E) 1980/83 Bd. 575 (B.35.51.20). Vgl. auch die Notiz von A. Janner vom 10. April 1964, E 2001(E) 1978/84 Bd. 945 (B.35.51).*

6. *D. Badulescu.*

7. *Vgl. die Notiz von A. Janner, undatiert, E 2001(E) 1978/84 Bd. 945 (B.44.32). Zum Verbleib der originalen Notiz vermerkte A. Janner: Remis au Président Maurer le 10 mai 66 par le Chef du DPF. Frl Seidel am 13. 5. 66 informiert.*

8. *Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Rumänischen Volksrepublik betreffend die Entschädigung der schweizerischen Interessen in der Rumänischen Volksrepublik vom 3. August 1951, AS, 1951, S. 829–838.*

9. *Vgl. das BR-Prot. Nr. 270 vom 8. Februar 1966, dodis.ch/31547.*

10. *Zu den verschiedenen nachrichtendienstlichen Affären vgl. DDS, Bd. 17, Dok. 38, dodis.ch/*

mussten letztmals drei Sekretäre, nämlich Hidos, Zoltan und Dorin¹¹, aus der Schweiz ausgewiesen werden. Rumänische Retorsionsmassnahmen sind indessen nicht ergriffen worden.

Politische Berichterstattung

Beiliegend Photokopien von 3 vom 4. 8. 1965¹², 5.2.¹³ und 30. 4. 1966¹⁴ datierten Berichten unserer Botschaft in Bukarest¹⁵.

b. *Wirtschaftlich*

In der Beilage finden Sie ein von der Handelsabteilung erstelltes Resumé unserer Wirtschaftsbeziehungen zu Rumänien¹⁶.

1724 und Dok. 97, dodis.ch/5400; DDS, Bd. 18, Dok. 7, dodis.ch/7240 und Dok. 21, dodis.ch/7239; DDS, Bd. 19, Dok. 146, dodis.ch/9545; die Notiz von A. Janner vom 9. November 1962, dodis.ch/30519; die Notiz von A. Janner vom 12. November 1962, dodis.ch/30520 und die Notiz von F. T. Wahlen vom 4. März 1963, dodis.ch/30521.

11. Gemeint ist N. Dobrin. Vgl. dazu die Notiz von A. Janner vom 14. Dezember 1964, dodis.ch/31548.

12. Politischer Bericht Nr. 16 von E. Bisang an F. T. Wahlen vom 4. August 1965, E 2300(-) 1000/716 Bd. 111 (031).

13. Politischer Bericht Nr. 1 von Ch. A. Dubois an W. Spühler vom 5. Februar 1966, dodis.ch/31544.

14. Politischer Bericht Nr. 2 von Ch. A. Dubois an W. Spühler vom 30. April 1966, E 2300-01(-) 1975/156 Bd. 2 (A.21.31).

15. Handschriftliche Marginalie von P. Micheli: (voir en particulier rapport du 5 février sur les tendances de la politique roumaine). Für den Bericht vgl. Anm. 13.

16. Vgl. die Notiz von L. Roches vom 9. Mai 1966, dodis.ch/31545. Zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Rumänien vgl. auch das BR-Prot. Nr. 240 vom 5. Februar 1965, dodis.ch/31550.

144

dodis.ch/31184

*L'Ambassadeur de Suisse à Washington, F. Schnyder,
au Département politique¹*

Washington, 12 mai 1966, 19 h 40

Conversation avec Averell Harriman. J'ai rendu aujourd'hui une visite de courtoisie à [Harriman]. Il a tout d'abord parlé brièvement de son entrevue² avec le Président du CICR³ et manifesté son appréciation pour les efforts qu'il entreprend en faveur des prisonniers de guerre. Il en comprend toutes les difficultés puisque Hanoi soutient:

1. Télégramme N° 269 (copie de réception): E 2001(E) 1978/84 vol. 1036 (B.73.0). Reçu: 13 mai 1966, 9 h 30.

2. Sur les entretiens de A. Harriman à Genève, cf. aussi la notice de P. Micheli à W. Spühler du 9 mai 1966, dodis.ch/31169.

3. S. Gonard.

a) Qu'il n'y a pas de troupes nord-vietnamiennes au sud du 17^{ème} parallèle et qu'en conséquence il ne peut pas y avoir de prisonniers de guerre nord-vietnamiens entre les mains des sudistes ou des américains.

b) Que puisqu'il n'y a pas d'état de guerre entre Hanoi et Washington les aviateurs américains qui survolent le Nord-Vietnam ne sont pas des soldats mais des criminels⁴.

Je mets ensuite la conversation sur le grand rôle joué par [Harriman] lors de l'offensive de paix de janvier dernier⁵. Il déclare que tous les gouvernements qu'il a vus ont manifesté leur intérêt pour l'ouverture de négociations. Cette offensive a donc été opportune puisqu'elle a démontré d'où viennent les obstacles au règlement du conflit.

[Harriman] ajoute que l'Ambassade des Etats-Unis à Berne a appris confidentiellement au département politique que l'Ambassade du Nord-Vietnam à Pékin avait demandé à notre représentation dans cette ville de lui fournir le texte de l'article⁶ de M. Probst sur les bons offices de la Suisse. [Harriman] se demande s'il ne s'agit pas là d'une indication d'un désir de Hanoi d'explorer les possibilités de contacts à travers notre pays⁷. Depuis deux mois, a-t-il précisé, c'est la seule nouvelle encourageante que nous avons reçue à ce sujet. J'ai eu l'impression que mon interlocuteur était un peu déçu de voir que je n'étais pas en mesure de lui fournir d'autres indications ou des précisions sur ce point⁸.

4. *Sur le statut des prisonniers de guerre américains, cf. la lettre de H. Keller à P. Micheli du 25 octobre 1966, dodis.ch/31138.*

5. *Sur l'offensive de paix, cf. le PVCF délibératif de la 1^{ère} séance du 4 janvier 1966, E 1003(-) 1994/26 vol. 4. H. Schaffner: Johnson voudrait savoir quelles réactions positives il peut attendre du Conseil fédéral. J'ai répondu que la Suisse ne prête ses bons offices qu'avec l'accord des deux parties mais que la sympathie de la Suisse pour les efforts en vue de la paix va de soi.*

6. *R. Probst, Die «Guten Dienste» der Schweiz, dans: Annuaire de l'Association suisse de science politique, Lausanne 1963, pp. 21–49. Cf. aussi doss. E 2001(E) 1978/84 vol. 111 (B.24).*

7. *Sur les relations diplomatiques entre la Suisse et le Vietnam du Nord, cf. la notice de A. Janner à W. Spühler du 23 mai 1966, dodis.ch/31171; l'exposé de W. Spühler devant la Commission des Affaires étrangères du Conseil des Etats du 23 juillet 1966, dodis.ch/31844, p. 7; la notice de B. Dumont à F. T. Wahlen du 15 février 1966, dodis.ch/31038; le télégramme N° 99 du Département politique à H. Keller du 2 décembre 1966, dodis.ch/31139; le PVCF N° 2266 du 23 décembre 1966, dodis.ch/31142 et pour le rapport du voyage à Hanoi, cf. la lettre de H. Keller à W. Spühler du 22 décembre 1966, dodis.ch/31141. Pour l'attitude du Conseil fédéral sur le voyage de H. Keller à Hanoi, cf. le PVCF délibératif de la 83^{ème} séance du 23 décembre 1966, dodis.ch/32025, pp. 2–3. Sur la problématique de la reconnaissance des Etats divisés, cf. doc. 43, dodis.ch/31039, note 2.*

8. *Sur les suites de cette affaire, cf. doc. 157, dodis.ch/30940.*

*Le Secrétaire général du Département politique, P. Micheli,
à l'Ambassadeur de Suisse à La Havane, E. Stadelhofer¹*

PROTOCOLE D'INTENTION – NESTLÉ

Berne, 13 mai 1966

Voilà bientôt cinq ans et demi que nous échangeons de la correspondance au sujet de l'indemnisation des nationalisations des trois filiales de la maison Nestlé à Cuba et des problèmes connexes qui en découlent².

Grâce à votre diligence et votre imagination, un protocole d'intention³ a pu être soumis en automne dernier aux autorités cubaines, ce qui devait permettre à Nestlé de se faire déjà rembourser une partie de ses pertes, et cela avant même qu'un accord final soit conclu. Votre proposition, puis le voyage en Suisse du représentant de «Cubazucar», M. Tamayo⁴, en février de cette année, à la suite duquel un arrangement de principe était intervenu pour des livraisons de sucre cubain à Nestlé, nous avaient donné l'espoir qu'une solution de ce problème pourrait enfin être envisagée dans un avenir pas trop lointain.

Aussi sommes-nous préoccupés en constatant qu'après avoir eu finalement un point d'accrochage concret pour un règlement de cette affaire, tout semble à nouveau remis en question. Il nous est également pénible d'avoir engagé, à maintes reprises, la maison Nestlé à rechercher des solutions compliquées et à l'entraîner à des arrangements avec d'autres organisations telles que les compagnies d'assurances et les importateurs de sucre⁵, pour voir ensuite tous ces efforts rendus inutiles et la question de l'indemnisation de la maison Nestlé s'enliser à nouveau.

Il nous paraît donc opportun d'avoir maintenant sans tarder une appréciation réaliste de la situation et des perspectives d'un règlement de cette affaire.

Nous savons naturellement combien vous êtes surchargé de travail, notamment par la continuation des opérations relatives à l'exode des Cubains⁶

1. Lettre: E 2200.176(-) 1983/88 vol. 3 (222.311).

2. Sur les négociations avec Cuba concernant la nationalisation de l'usine Nestlé, cf. DDS, vol. 21, doc. 112, dodis.ch/14971; DDS, vol. 22, doc. 148, dodis.ch/18933; DDS, vol. 22, doc. 168, dodis.ch/30262; la lettre de E. Stadelhofer à P. Micheli du 13 mars 1964, dodis.ch/30966; la notice de R. Probst à O. Exchaquet du 13 septembre 1965, dodis.ch/30967; la notice de R. Probst du 16 juillet 1965, dodis.ch/30969; la proposition du Département politique au Conseil fédéral du 22 décembre 1966, dodis.ch/30965.

3. Pour la discussion concernant le protocole d'intention, cf. doss. E 2001(E) 1978/84 vol. 616 (B.34.7).

4. Sur la visite de O. Tamayo, cf. la lettre de R. Probst à E. Stadelhofer du 24 février 1966, doss. comme note 1.

5. Concernant une participation éventuelle des assurances suisses aux arrangements de Nestlé, cf. la notice de W. Schürpf du 22 octobre 1965, doss. E 2001(E) 1978/84 vol. 618 (C.41.237).

6. Cf. doc. 146, dodis.ch/30985.

et par les négociations pour le rapatriement des citoyens américains. Toutefois votre lourde tâche de représentation des intérêts des Etats-Unis ne devrait pas porter préjudice à la poursuite des affaires bilatérales dont certainement celle de Nestlé est la plus importante.

Nous souhaiterions donc que vous demandiez aussitôt que possible un entretien avec le Premier Ministre⁷ afin de tenter de le persuader à faire avancer l'affaire Nestlé et de donner une suite aux discussions constructives de M. Tamayo à Berne. Le cas Nestlé nous paraît assez grave pour qu'il vaille la peine d'en parler avec Fidel Castro sans que vous ayez d'autres motifs de discussion et donc sans avoir besoin d'attendre que des requêtes américaines soient également débattues. Au cours de votre entretien avec Fidel Castro, vous pouvez naturellement faire allusion à notre déception de voir qu'un arrangement tel qu'il avait été esquissé avec M. Tamayo et qui donnait satisfaction aux deux parties ait été simplement oublié dans un tiroir parce que des changements de personnel sont survenus dans l'administration cubaine. Un tel retard est d'autant plus regrettable que la récolte de sucre⁸ de mars est maintenant terminée et que l'occasion favorable des commandes de Nestlé est maintenant passée. Il y a là, nous semble-t-il, un manque à gagner pour les Cubains et leur intérêt devrait leur dicter de saisir l'occasion d'un accord Nestlé pour élargir leurs débouchés en Europe occidentale. Nous présumons que ce n'est qu'en recevant des ordres du haut de la hiérarchie que nous pourrions espérer arriver à un arrangement avant l'été et avant votre départ en vacances prévu sauf erreur au mois d'août.

7. F. Castro.

8. Pour les rapports sur les récoltes de sucre à Cuba, cf. doss. E 2001(E) 1978/84 vol. 616 (C.41.100).

146

dodis.ch/30985

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler¹

KUBA

Vertraulich

Bern, 24. Mai 1966

Sie haben gewünscht, im Zusammenhang mit dem Brief von Botschafter Schnyder vom 12. Mai² (amerikanische Besorgnis wegen der Wahrung der USA-Interessen durch unsere Botschaft in Kuba) über die sich für uns in Havanna stellenden Probleme orientiert zu werden. Nachstehend, im Einvernehmen mit dem Dienst für fremde Interessen und der Verwaltungsabteilung, die Hauptpunkte.

1. Notiz: E 2001(E) 1978/84 Bd. 434 (B.24). Verfasst und unterzeichnet von R. Probst.

2. Schreiben von F. Schnyder an W. Spühler vom 12. Mai 1966, Doss. wie Anm. 1.

I. Wahrung der fremden Interessen

Die Wahrung der fremden, namentlich der amerikanischen Interessen bildet den Hauptanteil der Tätigkeit unserer Botschaft. Wir vertreten in Havanna insgesamt 10 Staaten, nämlich, neben den USA, die meisten lateinamerikanischen Länder (Argentinien, Brasilien, Guatemala, Honduras, Chile, Equador, Venezuela, Kolumbien, Haiti).

Weitaus am meisten beansprucht uns dabei das amerikanische Mandat³. Dies hängt schon rein äusserlich mit der auch weltpolitisch bedeutsamen amerikanisch-kubanischen Spannung zusammen. Unsere Botschaft in Havanna, an ihrer Spitze Herr Stadelhofer⁴, hat sich dieser schwierigen Aufgabe in den mehr als fünf Jahren, seitdem sie uns obliegt, ausgezeichnet entledigt (Höhepunkte: Landung in der «Schweinebucht» im April 1961⁵, Kubakrise im Herbst 1962⁶, diverse Spionageprozesse gegen Amerikaner⁷, vereitelte Versuche zur Nationalisierung der amerikanischen Botschaftskanzlei⁸ etc.).

Im Herbst 1965 ist unserer Interessenvertretung eine neuartige, sehr umfangreiche Aufgabe zugefallen: die *Emigration* der kubanischen Oppositionellen nach den USA⁹. Ausgangspunkt war eine offenbar improvisierte Rede Fidel Castros, worin er sich bereit erklärte, alle Regimegegner, die sich nach dem Yankee-Paradies absetzen wollten, abreisen zu lassen¹⁰. War diese Ankündigung anfänglich eher als propagandistische Rhetorik erschienen, so wurde Fidel Castro von den Amerikanern, die sich politisch und psychologisch nicht in die Defensive drängen lassen wollten, schon bald beim Wort genommen. Aus den Verhandlungen, die sich daraus unter aktivster Assistenz unseres Botschafters ergaben, ging am 6. November 1965 die bekannte kubanisch-amerikanische Vereinbarung (memorandum of understanding¹¹) über die Emigrationsaktion hervor. Mit der eigentlichen Durchführung (Luftbrücke zwischen Varadero und Miami unter Aufsicht unserer Botschaft) wurde am 1. Dezember v. J. begonnen. Dabei war vorgesehen, zunächst mit Auswanderern der sog. Kategorie A zu beginnen (Kubaner mit nächsten Verwandten in den USA), um hernach auch Auswanderer der Kategorie B (andere auswanderungswillige Kubaner) nachfolgen zu lassen.

3. Zur Übernahme der amerikanischen Interessenvertretung in Kuba vgl. DDS, Bd. 21, Nr. 116, dodis.ch/15005.

4. E. Stadelhofer.

5. Zur Ausreise von Gefangenen von Playa Giron vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 141, dodis.ch/30238.

6. Zur Kuba-Krise vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 106, dodis.ch/19007; DDS, Bd. 22, Dok. 107, dodis.ch/30223 und DDS, Bd. 22, Dok. 113, dodis.ch/30390.

7. Zum Fall F. C. Emmick vgl. dodis.ch/P39268.

8. Vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 164, dodis.ch/18955 und DDS, Bd. 23, Dok. 2, dodis.ch/30978.

9. Zur Luftbrücke Varadero-Miami vgl. den Reisebericht von R.-E. Campiche vom 7. Juni 1966, dodis.ch/30987 und Doss. E 2003-01(A) 1978/47 Bd. 47 (o.841.513).

10. Zur Diskussion des amerikanisch-kubanischen Abkommens im Bundesrat vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 78. Sitzung vom 9. November 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 5-6.

11. Zum Notenwechsel zwischen der amerikanischen und der kubanischen Regierung durch die schweizerische Botschaft in Havanna vom 6. November 1965 vgl. Doss. E 2003-01(A) 1978/47 Bd. 47 (o.841.513). Vgl. dazu auch das White House Announcement vom November 1965, E 2003-01(A) 1978/47 Bd. 1 (o.817).

Bisher konnten insgesamt 21'243 Kubaner der Kategorie A evakuiert werden. Damit scheint diese Kategorie weitgehend erschöpft zu sein, sodass man nunmehr zur Emigration von Kubanern der Kategorie B übergehen könnte. An dieser Nahtstelle ist nun aber eine wichtige Frage akut geworden. Neben den emigrationswilligen Kubanern leben in Kuba immer noch rund 700 USA-Staatsbürger, die, begleitet von ihren Familienmitgliedern (zumeist Kubanern), ebenfalls heimzukehren wünschen. Diese Gruppe, Amerikaner und Familienmitglieder zusammen, macht rund 2000 Personen aus. Während Botschafter Stadelhofer auf Grund seinerzeitiger mündlicher Anspielungen des kubanischen Premiers annehmen zu können glaubte und dies auch in Washington mitteilte, dass innert nützlicher Frist die Amerikaner (samt Familien) ebenfalls in die Aktion eingeschlossen werden könnten, stellt man sich heute kubanischerseits auf den formellen Standpunkt, dass hierüber in der unterzeichneten Vereinbarung nichts gesagt ist¹². Die kubanische Verhärtung wird von Botschafter Stadelhofer hauptsächlich auf gewisse amerikanische Indiskretionen und eine zugegebenermassen oft recht sensationell aufgezogene amerikanische Presse- und Radio-Berichterstattung über die Emigrationsaktion, auf die Fidel Castro sehr empfindlich zu reagieren pflegt, zurückgeführt¹³. Andererseits ist aber auch der amerikanischen Regierung ihr Unmut nicht zu verargen, da es für sie innenpolitisch immer schwieriger wird, die kostspielige Evakuierung zu finanzieren und Zehntausende ausländischer Flüchtlinge bei sich aufzunehmen, wenn die amerikanischen Staatsangehörigen in Kuba gleichzeitig von der Aktion ausgeschlossen bleiben sollen.

Wenn es schon so bald zur Krise gekommen ist, so dürfte dies auch damit zusammenhängen, dass, durch die spontanen seinerzeitigen Erklärungen Castros ausgelöst, beide Regierungen, die kubanische wie die amerikanische, in eine Aktion hineingeglitten sind, für die eigentlich keine Seite besonders Enthusiasmus empfindet: die Kubaner nicht, weil sich die Emigrationswelle zusehends verstärkt und für das Regime propagandistisch negative Auswirkungen zeitigt (man spricht bereits von bis zu 200'000 Emigrationskandidaten); die Amerikaner auch nicht, weil sie auf wachsende Schwierigkeiten stossen, eine so grosse Masse teils recht unruhiger Elemente zu absorbieren. Es ist denkbar, dass im Grunde uneingestanden jede der beiden Regierungen froh wäre, das Experiment beendet zu sehen, wobei aber keine Seite nach aussen politisch für den Bruch eintreten möchte und jede deshalb versucht, den Gegenspieler in die Verantwortung hineinzumanövrieren. Unsere Sorge dabei ist, schliesslich nicht selbst mit dem schwarzen Peter sitzen zu bleiben.

II. Bilaterale schweizerisch-kubanische Probleme

Nachdem sich unsere Interessen in Kuba im Gefolge der kubanischen Revolution sukzessive von selbst abbauten, besteht faktisch nur noch ein wichtiges Problem: jenes der Entschädigung für die drei von Kuba im Oktober

12. Vgl. das Telegramm Nr. 191 von E. Stadelhofer an die schweizerische Botschaft in Washington vom 2. April 1966, Doss. wie Anm. 1.

13. Zur Frage der Ausreise amerikanischer Bürger aus Kuba vgl. Doss. wie Anm. 1.

1960 nationalisierten *Nestlé*-Betriebe¹⁴ (unsere totalen Ansprüche hieraus: ca. 10 Mio. USA-Dollar). Wir bemühen uns, mit Unterstützung von Herrn Stadelhofer, schon seit Jahren um eine Regelung. Anfangs 1966 schien es, dass wir uns einer möglichen Lösung näherten. Sie sollte, auf eine einfache Formel gebracht, darin bestehen, dass Nestlé, über unsere normalen schweizerischen Zuckerbezüge hinaus, für den Bedarf ihrer westeuropäischen Fabrikationsstätten jährlich 30'000 To. kubanischen Zuckers übernehmen würde (Wert rund 2 Mio. Fr.), wovon die eine Hälfte «cash» bezahlt und die andere auf die Entschädigungsforderungen der Nestlé gegenüber Kuba angerechnet würde. Indessen ist auch dieses Projekt in den letzten Wochen aus Gründen, die noch nicht recht klar ersichtlich sind, kubanischerseits wieder im Versanden begriffen. Der ganze Plan war bisher noch zu ungewiss und zu unausgereift, um bereits dem Bundesrat vorgelegt werden zu können.

Es hängt dies möglicherweise u. a. auch mit dem Umstand zusammen, dass Herr Stadelhofer durch die Amerika-Interessenvertretung so stark beansprucht war, dass er sich seines eigenen «Zuckerplanes» für Nestlé nicht mehr mit seinem ganzen persönlichen Einsatz annehmen konnte. Wir haben ihm bereits in dieser Richtung geschrieben¹⁵. So wichtig unsere «guten Dienste» auch sind, sollte die Verfechtung der eigenen Interessen dadurch nicht tangiert werden. Ein neuer Impuls könnte hier von Nutzen sein.

III. Die amerikanische Kritik

Die gegenüber der Botschaft im Staatsdepartement geäußerte Kritik ist zur Hauptsache zweierlei Art:

Materiell wird die Frage aufgeworfen «si M. Stadelhofer n'a pas eu l'ambition de se faire l'instrument d'une détente entre Cuba et les Etats-Unis». Dieser Eindruck ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Zwar ist es verdienstlich und liegt durchaus im Rahmen der schweizerischen Friedensmission, wenn sich unser Botschafter um eine Versöhnung bemüht. Indessen ist gleichzeitig darauf zu achten, dass wir in erster Linie als Mandatare der USA, wenn auch mit Selbständigkeit und unabhängigem Urteil, die Schutzmachtätigkeit ausüben. Eigene politische Initiativen sind dabei nicht ausgeschlossen, aber heikel, namentlich wenn sie mit den Intentionen des Mandanten nicht ganz in Einklang stehen. Wir sahen uns in dieser Hinsicht schon gelegentlich, so erst diesen Monat wieder, veranlasst, Herrn Stadelhofer eine gewisse Zurückhaltung nahezu legen. Dazu kommt, dass unser Botschafter zwar die lateinamerikanische Mentalität wie selten ein anderer kennt, aber der angelsächsischen und namentlich der nordamerikanischen Art weniger vertraut gegenübersteht. Die amerikanische Kritik sollte indessen auch nicht ausser Acht lassen, dass es gleichzeitig weitgehend dem Enthusiasmus, der unermüdlichen Einsatzbereitschaft, dem Erfindungsreichtum und der Subtilität unseres Botschafters zu danken ist, wenn so viele Schwierigkeiten erfolgreich überwunden wurden und auch das Emigrationsprojekt überhaupt in Gang kam. In gewissem Sinne

14. Zu den Verhandlungen betr. Verstaatlichung von Nestlé Firmen vgl. Dok. 145, dodis.ch/30968, bes. Anm. 2.

15. Vgl. Dok. 145, dodis.ch/30968.

werden Herr Stadelhofer heute amerikanischerseits «les défauts de ses qualités» angekreidet.

Daneben lassen die Amerikaner einige Zweifel an der Zweckmässigkeit gewisser *organisatorischen und personellen* Massnahmen durchblicken. In diesem Punkte dürften sie nicht ganz unrecht haben. Das Administrative war – verglichen mit seinem brillanten politischen und diplomatischen Können – nie die stärkste Seite unseres Botschafters (vgl. als Beispiel die Behandlung der Affäre Quendoz¹⁶). Er hat vielleicht auch die Tendenz, zu viel in den eigenen Händen behalten zu wollen, was an sich verständlich ist, wenn man weiss, dass der Schlüssel zu seinen Erfolgen sehr oft das gute persönliche Einvernehmen mit Fidel Castro gewesen ist. Wahrscheinlich hat man seinen Sorgen und Bedürfnissen früher auch bei uns administrativ zu wenig Rechnung getragen, wengleich hier in letzter Zeit grosse Verbesserungen eingetreten sind (Errichtung einer Telex-Verbindung mit Washington¹⁷, Zuteilung eines Konsuls¹⁸ samt vier tüchtigen Mitarbeitern¹⁹ für die Emigrationsaktion etc.). Dieser Aspekt sollte gründlich überprüft werden, da ein gutes Funktionieren des Apparates wesentlich ist.

IV. Entsendung einer Delegation nach Kuba²⁰

Die Idee von Botschafter Schnyder²¹ in Washington, den Unterzeichneten sowohl zur Abklärung der Situation wie auch zur Beruhigung der Amerikaner nach Havanna zu entsenden, erscheint in der heutigen Situation zweckmässig²². Wir konsultieren natürlich vorher noch hinsichtlich des besten Zeitpunktes (wir denken an die Woche nach Pfingsten) Herrn Stadelhofer. Die Reise sollte gleichzeitig dazu dienen, unsere Nestlé-Verhandlungen möglichst zu reaktivieren. Dies war schon vorher geplant, was wir den Kubanern bereits im Frühjahr mitgeteilt hatten, und wurde lediglich durch die seitherigen Schwierigkeiten verzögert.

Da sich neben den grundsätzlichen noch zahlreiche administrative Fragen technischer Natur stellen, schlagen wir vor, dass der Unterzeichnete von Herrn *Ludwig Meier*, Sektionschef Ia in der Verwaltungsabteilung, begleitet wird. Ausserdem erscheint es angebracht, dass der Leiter des Dienstes für fremde

16. Vgl. dazu Doss. E 2003-01(A) 1978/47 Bd. 27 (o.832.1).

17. Vgl. dazu Doss. E 2003-01(A) 1978/47 Bd. 27 (o.831s/d).

18. E. A. Steiner.

19. Vgl. dazu Doss. E 2003-01(A) 1978/47 Bd. 27 (o.832).

20. Vgl. den Reisebericht von R. Probst vom 14. Juni 1966, dodis.ch/30986.

21. Vgl. Anm. 2.

22. Vgl. dazu die Stellungnahme von W. Spühler im BR-Verhandlungsprot. der 35. Sitzung vom 3. Juli 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 5: Inspektionsreise nach Kuba. Im Zusammenhang mit der Ausreise von Amerikanern und Kubanern aus Kuba, haben sich Schwierigkeiten und neue Störungen in den Beziehungen ergeben. Botschafter Stadelhofer sei etwas stark belastet. Das EPD habe es deshalb für nötig erachtet, eine Delegation nach Kuba zu schicken unter Leitung von Herrn Probst. In Kuba herrsche nun der Belagerungszustand. Herr Stadelhofer sei deshalb der Meinung gewesen, die Delegation solle nicht weiter reisen. Das EPD sei aber gegenteiliger Meinung gewesen und die Delegation ist nun, ohne Aufsehen zu erregen, in Kuba eingetroffen.

Interessen, Sektionschef *Roger Campiche*, aus Gründen der Zuständigkeit an der Mission teilnimmt. Die Kosten der beiden Begleiter würden, wie dies normal ist, den USA belastet. Dagegen würden die Auslagen des Unterzeichneten, der auch bilaterale Geschäfte (Nestlé) behandeln und die Lage von schweizerischer Warte aus prüfen soll, richtigerweise auf Kosten des Bundes gehen.

Es ist unsere Absicht, die *Reise* nach Havanna via Washington zu unternehmen, um dort zusammen mit Botschafter Schnyder auf dem Staatsdepartement die letzte Entwicklung persönlich zu überprüfen. Der Einflug nach Kuba würde dann entweder via Mexiko oder Nassau (britisch Bahamas), wenn nicht allenfalls sogar über die Luftbrücke Miami-Varadero, erfolgen. Vielleicht wird es sich als zweckmässig erweisen, auch die Rückreise mit einer Vorsprache in Washington zu verbinden.

147

dodis.ch/31180

*Notiz des Chefs der Sektion Ost des Politischen Departements, A. Janner*¹

ZUSAMMENFASSENDEN NOTIZ ÜBER DIE FREILASSUNG DES OSTDEUTSCHEN AGENTEN HANS VON OETTINGEN

Bern, 25. Mai 1966

Am 17. November 1964 wurden der Ostdeutsche Hans von Oettingen und der Schweizer Richard Beeli wegen Spionagetätigkeit zu Gunsten der DDR verhaftet². Am 25. Februar 1966 verurteilte das Bezirksgericht Zürich von Oettingen zu 27 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Beeli wurde dagegen freigesprochen.

Ende März 1966 gelangte der Ostberliner Rechtsanwalt Dr. Vogel, der die Gunst der ostdeutschen Regierung genießt und oft für diese inoffiziell die Fühler auszustrecken hat, mit folgendem Vorschlag an unsere Delegation in Berlin: Vorzeitige Haftentlassung von Hans von Oettingen gegen eine positive Erledigung aller zur Zeit hängigen Rückwanderungsgesuche von schweizerisch-deutschen Doppelbürgern in der DDR³.

Rechtsanwalt Vogel glaubte, dass auch die Pro-Juventute-Aktion betreffend Ferien der Schweizerkinder in der DDR⁴ in diese Regelung einbezogen

1. *Notiz*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 383 (B.11.43). *Kopien an W. Spühler und die schweizerische Delegation in Berlin*.

2. *Vgl. den Schlussbericht der Bundesanwaltschaft über das gerichtspolizeiliche Ermittlungsverfahren gegen H. von Oettingen und R. Beeli vom 8. März 1965, Doss. wie Anm. 1. Vgl. auch Doss. E 4001(D) 1976/136 Bd. 31 (006.18)*.

3. *Vgl. das Schreiben von M. Corti an P. Micheli vom 29. März 1966, Doss. wie Anm. 1. Zur Ausreise von Schweizerinnen und Schweizern aus der Deutschen Demokratischen Republik vgl. Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 405 (B.51.33.20) und E 2001(E) 1978/84 Bd. 407 (B.51.33.21.71)*.

4. *Vgl. dazu Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 399 (B.36.41.11)*.

werden könnte. (Letztes Jahr sind nämlich die Kinder von nur-schweizerischen Vätern und schweizerisch-deutschen Müttern von der Liste der Teilnehmer gestrichen worden).

[Ergänzungshalber sei noch erwähnt, dass ein ähnlicher Vorschlag auch Österreich gegenüber gemacht worden ist, dem die österreichischen Behörden Mitte April zustimmten. Danach erhielten 15 Österreicher die seit langem erwartete Ausreisegenehmigung, gegen Freilassung von 2 ostdeutschen Spionen⁵.]

Unsere erste Reaktion war, auf diesen ostdeutschen Vorschlag nicht einzutreten. Wir würden uns damit auf einen gefährlichen Weg begeben, und auf Grund unserer Erfahrung wissen wir, dass die ostzonalen Behörden kein Mittel scheuen und auch keine Gelegenheit unbenutzt vorübergehen lassen, um mit uns in Kontakt zu kommen⁶. Es besteht die Gefahr, dass es nicht bei diesem einen Vorschlag bleibt. Andererseits handelt es sich doch um ca. 20 Schweizer, die, nach Meldung unserer Delegation, nach der Schweiz zurückzukehren wünschen. Auch diese Leute verdienen unsere Unterstützung.

Bei dieser Situation war zu erwägen, ob wir nicht den Spieß umdrehen und unsere Delegation in Berlin beauftragen sollten, von Herrn Böhm, Chef der Konsularabteilung im DDR-Aussenministerium und Verbindungsmann zu unserer Delegation und vice versa, zu verlangen, dass unsern Landsleuten (es handelt sich vor allem um schweizerisch-deutsche Doppelbürger) die Ausreise innert nützlicher Frist gestattet wird. Falls die ostzonalen Behörden diesem Ersuchen nicht stattgeben würden, müssten wir erneut ins Auge fassen, für die ostdeutschen Besucher die Visaschraube⁷ wieder anzuziehen. Diese Massnahme wäre indessen mit recht erheblichen Umtrieben, aber auch mit einem gewissen Risiko verbunden gewesen. Sie hätte bedingt, dass von Oettingen nur im Einvernehmen mit unserem Departement freigelassen worden wäre.

Wir liessen deshalb zunächst bewusst eine gewisse Zeit verstreichen, auch um den ostdeutschen Behörden zu verstehen zu geben, dass wir nicht auf ihren Vorschlag gewartet hätten. Anfangs Mai ergab sich eine neue Situation, indem sich der Gesundheitszustand von Oettingens so verschlechterte, dass seine Hafterstehungsfähigkeit in Frage gestellt wurde (von Oettingen war Mitte April an einem Auge wegen einer Netzhautablösung operiert worden und war seither hospitalisiert. Dazu kam ein organisches Herzleiden, das sich im Laufe der Haft verschlimmerte). Der Verteidiger, Dr. Münch, übergab der Staatsanwaltschaft in der Folge ein ärztliches Attest, das von Oettingen als nicht hafterstehungsfähig deklarierte. Nach den zürcherischen Strafvollzugsbestimmungen musste, falls der Amtsarzt dieses Attest bestätigte, von Oettingen auf freien Fuss gesetzt werden, was seine sofortige Ausschaffung aus der Schweiz (er wurde bekanntlich auch zu 10 Jahren Landesverweisung verurteilt) zur Folge gehabt hätte.

5. E. Hanns und H. Neubert. Vgl. das Telegramm Nr. 40 der schweizerischen Delegation in Berlin an A. Janner vom 12. April 1966, Doss. wie Anm. 1.

6. Vgl. dazu auch Dok. 82, dodis.ch/31183.

7. Zur verschärften Visapraxis gegenüber der DDR vgl. Dok. 83, dodis.ch/31170.

Unter diesen Umständen galt es rasch zu handeln, d. h. zu versuchen, die Zusicherung für die Ausreise von schweizerisch-deutschen Doppelbürgern zu erreichen, bevor die DDR-Behörden davon erführen, dass von Oettingen ohnehin frei würde. In der Zeit vom 9.–18. Mai führte der Unterzeichnete intensive Besprechungen mit Staatsanwalt Dr. Lohner, der sehr viel Verständnis für unser Anliegen zeigte und im Rahmen seiner Kompetenzen uns sehr behilflich war. Es gelang, einige Tage Zeit zu gewinnen und den Verteidiger von Oettingens im Zweifel zu lassen, ob Hafterstellungsfähigkeit bestünde oder nicht. (Wohlverstanden, es blieb noch ein letzter Zweifel, und den galt es auszunützen). Der Unterzeichnete verhandelte auch mit Herrn Dr. Münch, der, um die Ausreise der Schweizerbürger zu erleichtern, bei Frau von Oettingen⁸ intervenierte, damit Rechtsanwalt Vogel die von uns gewünschte Zusicherung seitens der zuständigen Behörde erteilt werde⁹. Es zeigte sich, dass die DDR in hohem Masse daran interessiert war, von Oettingen herauszubekommen, denn innert wenigen Tagen hatte Rechtsanwalt Vogel besagte Zusicherung in Händen. Es wurde daher vereinbart, dass Vogel am 18. Mai in die Schweiz kommen und am 20. Mai frühmorgens mit von Oettingen nach Prag fliegen sollte. Dabei würde ihm von Oettingen von der Kantonspolizei gegen Aushändigung des Originals der ostdeutschen Zusicherung übergeben. Die Operation hat tadellos geklappt, und es ist zu hoffen, dass gemäss Zusicherung mindestens 15 Familien in die Schweiz zurückkehren können, die Pro Juventute-Ferienaktion unbehindert erfolgen kann und 5 ostdeutsche Bräute von Schweizerbürgern die Ausreisegenehmigung erhalten. Sollten sich Schwierigkeiten ergeben, werden wir in Ostberlin Fraktur reden müssen, d. h. mit einer Visasperre¹⁰ drohen.

Am 24. Mai haben wir den Justizdirektor des Kantons Zürich¹¹ schriftlich gebeten, die Entlassung von Oettingens nicht mit Nicht-Hafterstellungsfähigkeit zu begründen, sondern mit der Verbüssung von $\frac{2}{3}$ der Strafe (16. Mai 1966)¹².

8. I. von Oettingen.

9. Telegramm Nr. 41 der schweizerischen Delegation in Berlin an das Politische Departement vom 17. Mai 1966, Doss. wie Anm. 1.

10. Vgl. Anm. 7.

11. E. Brugger.

12. Vgl. das Schreiben von A. Janner an E. Brugger vom 24. Mai 1966, Doss. wie Anm. 1.

dodis.ch/31105

Interne Notiz des Politischen Departements¹

NOTIZ ÜBER DIE VORBESPRECHUNG AM 7. JUNI 1966 IM HINBLICK
AUF DEN BESUCH VON AUSSENMINISTER LUJO TONČIĆ AM 13./14. JUNI 1966²

Bern, 7. Juni 1966

[...]³

In den Voten der Teilnehmer kristallisieren sich anschliessend folgende Probleme⁴ heraus, die entweder von uns besprochen werden sollten oder mit deren Zitierung österreichischerseits wir rechnen müssen:

*1. Bilaterale Probleme**a) Zusammenarbeit auf diplomatischem Gebiet⁵*

(Österreichische Interessenvertretung durch einzelne unserer diplomatischen Missionen, vor allem in Afrika): Angesichts der Möglichkeit, dass Österreich sich der EWG zuwendet und damit einen uns grundlegend fremden Weg beschreitet, dürfte eine gewisse Zurückhaltung unsererseits in dieser Frage angezeigt sein. Falls andererseits der Anschluss Österreichs an die EWG nicht realisierbar sein sollte, wäre die Interessenvertretung⁶ für uns ein nicht unwillkommenes Instrument, in gewissem Masse die österreichische Neutralitätspolitik zu beeinflussen. – Wir werden deshalb diese Frage nicht von uns aus aufnehmen und einen allfälligen österreichischen Vorstoss dahin beantworten, das Problem befinde sich bei uns noch in Prüfung.

b) Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe⁷

Herr Lindt hat anlässlich seines Besuches in Wien⁸ den Eindruck erhalten, dass diese Zusammenarbeit nur in einer Richtung funktioniert, indem nämlich nicht die geringste österreichische Reaktion erfolgte. Wir sollten nun unserer-

1. Notiz: E 2001(E) 1978/84 Bd. 532 (B.15.50). Verfasst von H. Kaufmann.

2. Vgl. dazu das Protokoll von H. Kaufmann vom 13. Juni 1966, dodis.ch/31106 und die Notiz von C. H. Bruggmann an P. R. Jolles vom 8. Juli 1966, dodis.ch/31626. Vgl. ferner das österreichische Protokoll vom 13. Juni 1966, Doss. wie Anm. 1; das BR-Verhandlungsprot. der 34. Sitzung vom 31. Mai 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 3 und das BR-Verhandlungsprot. der 35. Sitzung vom 3. Juni 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 4.

3. Aufzählung der Teilnehmer: P. Micheli, E. Stopper, F. Bieri, R. Bindschedler, P. R. Jolles, A. R. Lindt, E. Thalmann, H. Marti, W. Jaeggi, A. Janner, J. Iselin und H. Kaufmann. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31105.

4. Vgl. dazu auch Dok. 63, dodis.ch/31092, bes. Anm. 3.

5. Vgl. dazu Dok. 63, dodis.ch/31092, Anm. 14.

6. Zur Vertretung fremder Interessen vgl. Dok. 101, dodis.ch/31456, bes. Anm. 2, 6, 7 und 10.

7. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2128 vom 5. Dezember 1966, dodis.ch/31127.

8. Vgl. dazu Doss. E 2005(A) 1978/84 Bd. 43 (t.261).

seits einen Österreicher zu uns einladen, haben aber keine Ahnung, wen, weil sich in Wien offenbar verschiedene Ministerien nicht einig sind. – Es besteht kein brennendes schweizerisches Interesse daran, die Frage aufzunehmen.

c) *Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet*⁹

Die Frage einer schweizerischen Benützung österreichischer Waffenplätze¹⁰ ist noch nicht zur Entscheidung reif und braucht von uns aus nicht besprochen zu werden. – An einer Zusammenarbeit auf waffentechnischem Gebiet sind wir nicht interessiert, weil die Österreicher uns nichts zu bieten haben.

d) *Zusammenarbeit auf parlamentarischem, kulturellem¹¹ und industriellem Gebiet*

Eine Besprechung scheint im Augenblick, von uns aus, nicht nötig, da diese Fragen direkten Kontakten der interessierten Gruppen überlassen werden können.

e) *Handelsverkehr*

Es liegen drei Pendenzen vor (österreichische Umsatzsteuerrückvergütungen für Exporte; Umsatzsteuernachzahlungen für schweizerische Importe in Österreich; Rundholzexporte nach der Schweiz)¹², die aber alle noch auf unterem Niveau behandelt werden und sich deshalb nicht zum Vortrag auf Aussenministerebene eignen.

2. Multilaterale Probleme

a) *Problem der österreichischen EWG-Assoziation*¹³

Hier liegt eindeutig ein schweizerisches Bedürfnis nach einer Aussprache vor. – Obschon das österreichische Aussenministerium für Integrationsfragen nicht zuständig ist, dürfte es doch angezeigt sein, den Österreichern unsere Einschätzung der neutralitätspolitischen Lage, wie sie sich aus dem österreichischen Beitritts-gesuch zur EWG ergibt, in möglichst klarer und lapidarer Weise auseinanderzusetzen, ebenso die Gründe, die uns bewogen haben, dem österreichischen Beispiel nicht zu folgen. Im Zusammenhang mit den österreichischen Assoziationsverhandlungen sollten wir zudem Auskünfte suchen über die Fragen der institutionellen Harmonisierung (einschl.

9. Vgl. dazu den *Militärbericht Nr. 31 aus Wien vom 5. November 1965*, dodis.ch/31110.

10. Vgl. dazu *Dok. 63*, dodis.ch/31092.

11. Vgl. dazu die *Notiz von L. Mossaz vom 14. Oktober 1966*, E 2807(-) 1974/12 Bd. 50.

12. Vgl. dazu *Doss. E 7110(-) 1977/9 Bd. 126 (862.1)*.

13. Vgl. dazu die *Notiz von A. Escher vom 26. Mai 1964*, dodis.ch/31117; die *Notiz von J. Iselin vom 3. Juli 1964*, dodis.ch/31119; die *Notiz von R. Bindschedler vom 6. Juli 1964*, dodis.ch/31121; das *Protokoll der integrationspolitischen Aussprache mit J. Klaus von R. Pestalozzi vom 7. Juli 1964*, dodis.ch/31124; die *Notiz von P. R. Jolles an E. Stopper vom 12. Januar 1965*, dodis.ch/31657; die *Notiz von P. R. Jolles vom 25. März 1965*, dodis.ch/31222; die *Notiz von P. Micheli an W. Spühler vom 24. Oktober 1966*, dodis.ch/31108; das *BR-Verhandlungsprot. der 86. Sitzung vom 6. Dezember 1965*, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 4 und das *BR-Verhandlungsprot. der 80. Sitzung vom 9. Dezember 1966*, E 1003(-) 1964/26 Bd. 4, S. 4 f.

Retorsionsmassnahmen etc.) und über die Reaktion und die Resultate (auch innenpolitisch) der kürzlichen österreichischen diplomatischen Aktion bei den EWG-Ländern betreffend Fortsetzung der Assoziationsverhandlungen.

b) *Friedliche Beilegung von Streitfällen durch Vermittlung des Europarates*

Wir haben kein Interesse daran, die Frage von uns aus aufzugreifen, da unsere Einstellung zum Europarat¹⁴ – besonders wenn es darum geht, ihm den UN-Status einer regionalen europäischen Organisation zu geben – von einer gewissen Reserve geprägt ist.

c) *Entwicklungs- und Finanzhilfe*

Österreich ist dem DAC¹⁵ beigetreten, und obschon es dort – soweit uns bekannt ist – keine grossen Stricke zerrissen hat, könnten wir vielleicht doch einige Kommentare erhalten.

d) *Sitz internationaler Organisationen*

Die Österreicher sollten darauf aufmerksam gemacht werden, dass wir ein wenig Anstoss genommen haben an der Art, wie sie kürzlich versuchten, den Sitz des Weltpostvereins¹⁶ nach Wien verlegen zu lassen. Wir haben selbstverständlich kein Sitz-Monopol, aber der Wettbewerb lässt sich auch in anderer Weise führen (wie z. B. im Falle der Atomenergie-Behörde).

3. Internationale (politische) Probleme

a) *Abrüstung, Nicht-Proliferation, Kernwaffenfreie Zonen*¹⁷

Hier würde uns die österreichische Stellung ausdrücklich interessieren.

b) *Europäische Sicherheitskonferenz*¹⁸

Die Dänen haben durchblicken lassen, sie möchten an der von ihnen vorgeschlagenen Konferenz auch die Neutralen teilnehmen lassen. Sollte dem dänischen Vorschlag in Brüssel ein Erfolg beschieden sein, so wäre es für uns interessant, die österreichische Reaktion zu vernehmen.

c) *Vietnam, Problem der geteilten Staaten*¹⁹

Auch hier interessieren wir uns für die österreichische Einstellung.

14. Vgl. dazu Dok. 141, dodis.ch/31820.

15. Zum DAC vgl. die Notiz von P. Micheli an F. T. Wahlen vom 21. April 1965, dodis.ch/ 31529.

16. Zum Standort des Weltpostvereins vgl. z. B. das Telegramm Nr. 16 von A. Escher an die Abteilung für Internationale Organisationen des Politischen Departements vom 4. Februar 1966, dodis.ch/31591 sowie das Telegramm Nr. 42 von A. Escher an P. Micheli vom 6. Mai 1966, dodis.ch/31593.

17. Zum Nonproliferationsabkommen vgl. die Notiz von R. Bindschedler an F. T. Wahlen vom 22. Oktober 1965, dodis.ch/31876. Zur Beschaffung von Atomwaffen vgl. Dok. 15, dodis.ch/31971.

18. Zur Frage einer europäischen Sicherheitskonferenz vgl. auch die Notiz von P. Micheli an W. Spühler vom 29. Juli 1966, dodis.ch/31870.

19. Zur Problematik der Anerkennung von geteilten Staaten vgl. Dok. 43, dodis.ch/31039, Anm. 2, 9 und 14.

Auf Grund obiger Besprechung dürfte sich ungefähr folgendes Programm für die Arbeitssitzung ergeben:

1. Allfällige bilaterale Fragen (sofern von Österreich gewünscht;²⁰ von uns aus keine²⁰)

2. Multilaterale Fragen:

a) Österreichs EWG-Assoziationsgesuch

b) Entwicklungs- und Finanzhilfe

3. Internationale Politik:

a) Abrüstung, Kernwaffenfreie Zonen, Nicht-Proliferation

b) Europäische Sicherheitskonferenz

c) Vietnam

20. *Handschriftlich durchgestrichen.*

149

dodis.ch/31201

Interne Notiz des Politischen Departements¹

BESPRECHUNG VERSCHIEDENER FRAGEN DER SOZIALVERSICHERUNG MIT ALGERIEN, ÖSTERREICH UND DEN SKANDINAVISCHEN LÄNDERN

Bern, 10. Juni 1966

Am 7. Juni 1966 hatten Herr Jaccard und der Unterzeichnete mit den Herren A. Wolf² und Dr. Bächtold vom Bundesamt für Sozialversicherung eine längere Aussprache über folgende Probleme:

1. Algerien

Unsere Botschaft in Algerien hatte uns bekanntlich kürzlich mitgeteilt³, dass die algerischen Stellen zur Zeit die Frage prüfen, ob sie nicht wenigstens verpflichtet seien, die Renten an die Angehörigen jener Staaten zu zahlen, die Mitglied der OIT seien.

Hierzu stellt nun das Bundesamt für Sozialversicherung fest, dass die Schweiz im Rahmen der OIT lediglich die Konvention Nr. 19⁴ betreffend Unfallversicherung unterzeichnet habe. Insofern haben wir einen Anspruch auf Gleichbehandlung. Demgegenüber bestehen keine Abmachungen in bezug auf die AHV und die IV. Demgemäss ist also auch durch die neueste Mitteilung unserer

1. *Notiz*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 369 (B.31.31). *Verfasst und unterzeichnet von M. Leippert.*

2. *Es handelt sich aber um Hans Wolf.*

3. *Schreiben von S. Marcuard an P. Micheli vom 30. März 1966*, E 2001(E) 1978/84 Bd. 369 (B.31.31).

4. Internationales Übereinkommen über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer in der Entschädigung bei Betriebsunfällen, *BS, Bd. 14, S. 63–67.*

Botschaft in Algier⁵ für uns keine neue Lage entstanden. Das Bundesamt seinerseits ist in bezug auf die Frage, ob eine diplomatische Note angezeigt ist oder nicht, im Zweifel. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, dass die Algerier analog wie gegenüber den Belgiern⁶ den Einbezug der Familienangehörigen in die schweizerische Krankenversicherung verlangen werden. Dies ist aber nicht möglich und muss vorerst gegenüber den Italienern⁷ sehr genau geprüft werden.

Wir sind so verblieben, dass uns das Bundesamt seine Stellungnahme zuhanden unserer Botschaft in Algier schriftlich⁸ bekanntgeben wird.

2. Österreich

Wir haben den beiden Herren vom Bundesamt bekanntgegeben, dass nächstens der neue österreichische Aussenminister Tončić einen Höflichkeitsbesuch in Bern⁹ abstatten wird. Diese Gelegenheit sollte ergriffen werden, um den österreichischen Besucher wiederum auf die Wünschbarkeit der Revision des schweizerisch-österreichischen Abkommens¹⁰ hinzuweisen. Man kann sich auch fragen, ob in diesem Zusammenhang ebenfalls ein Hinweis auf die Ratifikation des schweizerisch-österreichischen Fürsorgeabkommens aus dem Jahre 1957¹¹ angezeigt ist. Jedenfalls wird uns das Bundesamt in bezug auf das Sozialversicherungsabkommen ein entsprechendes Papier¹² übermitteln, das wir unserem Departementschef¹³ vorlegen können.

3. Skandinavienländer (Schweden, Norwegen¹⁴, Dänemark¹⁵ und Finnland¹⁶)

Herr Jaccard benützt die Gelegenheit, um auf die immer wiederholten Klagen der Schweizer¹⁷ in den skandinavischen Ländern hinzuweisen, die eine baldige Revision des schweizerisch-schwedischen Sozialversicherungs-

5. Schreiben von S. Marcuard an P. Micheli vom 25. Mai 1966, Doss. wie Anm. 4.

6. Vgl. das Schreiben von S. Marcuard an P. Micheli vom 24. Februar 1966, Doss. wie Anm. 4.

7. Vgl. Dok. 171, dodis.ch/31661, bes. Anm. 19.

8. Schreiben von M. Frauenfelder an P. Micheli vom 21. Juni 1966, dodis.ch/31921.

9. Zum Besuch des österreichischen Aussenminister L. Tončić-Sorinj 1966 vgl. Dok. 148 dodis.ch/31105, bes. Anm. 2.

10. Abkommen zwischen der Schweiz und Österreich über Sozialversicherung vom 15. Juli 1950, AS, 1951, S. 787–810. Zu Österreich vgl. ferner Dok. 171, dodis.ch/31661; das BR-Prot. Nr. 2283 vom 22. Dezember 1964, dodis.ch/31133 und das Schreiben von L. von Moos an F. T. Wahlen vom 14. Oktober 1965, dodis.ch/31135.

11. Das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich über die Fürsorge für Hilfsbedürftige vom 5. Juni 1957 wurde von Österreich nicht ratifiziert. Vgl. das Schreiben von L. von Moos an F. T. Wahlen vom 14. Oktober 1965, dodis.ch/31135 und das Telegramm Nr. 42 von A. Escher an P. Micheli vom 6. Mai 1966, dodis.ch/31593.

12. Notiz von H. Wolf vom 9. Juni 1966, E 2001(E) 1978/84 Bd. 533 (B.31.31.1).

13. W. Spühler.

14. Zur norwegischen Sozialversicherung vgl. Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 889 (B.31.31.1).

15. Zur dänischen Sozialversicherung vgl. Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 621 (B.31.31.1).

16. Zur finnischen Sozialversicherung vgl. das Schreiben von C. Motta an P. Micheli vom 13. April 1964, dodis.ch/31806.

17. Vgl. z. B. die Notiz von E. von Graffenried vom 2. März 1965, E 2001(E)-01 1982/58 Bd. 489 (B.31.31.01).

abkommens¹⁸ wünschen. S. E. geht es nicht an, heute, nachdem seit ungefähr vier, fünf Jahren immer wieder Vorstösse¹⁹ unternommen werden, immer noch mit dem Hinweis auf den überlasteten Terminkalender und Personalmangel zu operieren.

Herr Wolf gibt zu bedenken, dass heute andere Gründe im Vordergrund stehen. In der Tat ist es so, dass Schweden wie auch die übrigen skandinavischen Länder es strikte ablehnen, ihre Renten ins Ausland exportieren zu lassen. Bis heute ist es offenbar noch keinem Staat gelungen, in dieses System eine Lücke zu schlagen. Das Bundesamt glaubt nicht, dass es ausgerechnet Aufgabe der Schweiz sei, hier als erstes Land voranzugehen²⁰.

Allgemein wird festgestellt, dass es noch viel Zeit braucht, um die Schweden von dieser Konzeption abzubringen. Insofern ist es zu bedauern, dass schon so viel Zeit verflossen ist, bevor man überhaupt daran ging, gegenüber den Schweden in diesem Sinne vorzugehen und sie auf die Unhaltbarkeit ihrer heutigen Haltung hinzuweisen.

[...] ²¹

18. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich Schweden über Sozialversicherung vom 17. Dezember 1954, AS, 1955, S. 758–768.

19. Vgl. z. B. das Schreiben von C. Motta an E. von Graffenried vom 5. Februar 1965, Doss. wie Anm. 17.

20. Vgl. das Schreiben von M. Jaccard an E. Bernath vom 8. März 1965, dodis.ch/31919.

21. Es folgt ein Vorschlag des Politischen Departements zum weiteren Vorgehen bezüglich Schweden, der offensichtlich nicht umgesetzt wurde. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31201.

150

dodis.ch/30945

Notice pour le Secrétaire général du Département politique, P. Micheli¹

BIRD²/BID³

Berne, 11 juin 1966

Dans sa lettre du 24 mai 1966⁴ au Chef du Département relatant son entretien avec le Président de la Banque mondiale, M. Woods, notre Ambassadeur à Washington⁵ écrit, entre autres, ce qui suit à propos du prêt de 60 mio de

1. Notice: E 2001(E) 1978/84 vol. 508 (C.41.731.1). Rédigée et signée par O. Morand.

2. Sur les relations de la Suisse avec la Banque internationale pour la Reconstruction et le Développement et le Fonds monétaire, cf. doc. 58, dodis.ch/31749, note 2.

3. Cf. aussi la lettre de H. Hofer à F. Schnyder du 22 juin 1966, dodis.ch/31596 et pour la Reorganisation des internationaux Währungssystems; Beitritt zur Weltbank und zum Internationalen Währungsfonds le PVCF délibératif de la 21^{ème} séance du 29 mars 1966, E 1003(-) 1994/26 vol. 4.

4. Cf. la lettre de F. Schnyder à W. Spühler du 24 mai 1966, E 7110(-) 1977/9 vol. 39 (712).

5. F. Schnyder.

francs⁶ que le consortium de grandes banques suisses se propose de consentir à la Banque interaméricaine de développement (BID)⁷:

«Gestatten Sie mir eine kurze Zwischenbemerkung; ein schweizerisches Bankenconsortium ist gegenwärtig im Begriffe, der Interamerikanischen Entwicklungsbank eine Anleihe von 60 Mio. Schweizerfranken zu gewähren. Selbstverständlich ist die Weltbank über diese Operation orientiert. Vielleicht hat sie sogar einiges Verständnis dafür, dass man schweizerischerseits einmal ein solches regionales Institut zum Zuge kommen lassen wollte. Eine offene Erklärung über unsere Position schiene mir aber auf jeden Fall wünschbar.

Meines Wissens geniesst die Schweiz übrigens bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank keine Privilegien, die den uns von der Weltbank eingeräumten Vorteilen vergleichbar sind. Ist das richtig?»

Ce n'est pas l'avis de nos banquiers qui insistent sur le fait que la BID a un caractère plus libéral que la Banque mondiale. L'octroi d'un prêt à cette institution peut en effet, selon eux, être assorti de conditions précises comme par exemple l'obligation d'investir les capitaux prêtés dans un secteur déterminé ou encore l'engagement par le bénéficiaire d'utiliser tout ou partie des fonds avancés à l'acquisition de biens d'équipement dans le pays d'origine des capitaux. A cet égard, dans une lettre du 2 juin 1966 adressée à la Division du commerce⁸, notre Ambassade à Rio de Janeiro rappelait qu'en 1964, la Grande-Bretagne ayant concédé un prêt de 20 mio de \$ à la BID, il avait été convenu qu'une partie de ce montant, soit 8,5 mio de \$, serait employée à l'acquisition de biens en Angleterre même.

Enfin, pour justifier leur attitude, les banques suisses soulignent que, sans qu'il ait été jusqu'ici accordée une aide quelconque à la BID depuis sa fondation en décembre 1959, nos industries d'exportation n'ont souffert d'aucune mesure discriminatoire puisqu'aussi bien elles ont bénéficié, dans l'exécution de projets de développement financés par la Banque, de commandes pour un montant de 5,2 mio de \$. Il est dès lors tout à fait raisonnable, à leur avis, d'admettre la prochaine émission d'un emprunt BID sur le marché suisse des capitaux.

6. Pour plus de détails sur ce prêt, cf. la lettre de W. Schwegler et J. Leemann à H. Schaffner, R. Bonvin et W. Spühler du 4 juillet 1966, dodis.ch/31950.

7. Sur la Banque interaméricaine de développement, cf. la lettre de H. Hofer à F. Schnyder du 22 juin 1966, dodis.ch/31596.

8. Cf. la lettre de G. E. Bucher à E. Stopper du 2 juin 1966, E 2001(E) 1978/84 vol. 551 (C.41.100.0).

dodis.ch/31032

*Der schweizerische Botschafter in Moskau, A. R. Ganz,
an den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler¹*

ZWEITER BERICHT ÜBER DIE SCHWEIZERISCHE INDUSTRIEAUSSTELLUNG
IN MOSKAU

Vertraulich

Moskau, 14. Juni 1966

Ich habe meinen ersten Bericht² unmittelbar nach dem Besuch des russischen Regierungschefs³ in unserer Ausstellung am 9. Juni verfasst in der Annahme, der Reigen der interessierten Persönlichkeiten sei nun beendet. Wie ich Ihnen inzwischen telegraphisch mitgeteilt habe⁴, wurden wir jedoch wenige Stunden vor Ausstellungsschluss am Samstag 11. Juni avisiert, man möge den Termin bis Montag verlängern, da eine «wichtige Delegation der Partei» noch einen Besuch machen wolle. Es erwies sich als schwierig, diese Parteigruppe auf ihre Bedeutung zu identifizieren und andererseits den «Führungsbestand» unserer Ausstellung am Montag zur Stelle zu haben. Direktor Staehelin und der Leiter der einen grossen Ausstellerguppe⁵, Buchter, waren nach Poznań abgereist⁶, etliche Direktoren und Prokuristen einzelner Firmen bereits in die Schweiz zurückgefliegen oder auf vorbereitete Ausflüge in der Sowjetunion gegangen.

Montag früh entsandte ich meinen Mitarbeiter Pianca nach Sokolniki, der mich von dort aber sogleich persönlich aufbot. Kurz nach 10 Uhr erschien dann Parteichef Breschnew mit grossem Gefolge. Da ich weder Ingenieur noch Kaufmann bin, habe ich bei den anderen Führungen den Fachleuten stets den Vorrang gelassen. Diesmal habe ich jedoch den ganzen Rundgang, der mehr als zwei Stunden dauerte, in der Gruppe mitgemacht, da sofort ersichtlich wurde, dass hier die für uns massgebende Führungsspitze beieinander war. Vom Politbureau (Parteipräsidium) waren ausser Breschnew noch Kirilenko, Pelsche, Ustinow und Demitschew, von der Regierung die stellvertretenden Ministerpräsidenten I. T. Nowikow und Lessetschko, die Minister Patolitschew, Dojenin (leichte Maschinen), Kostoussow (Werkzeugmaschinen) und Rudnew

1. *Schreiben*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 963 (C.41.100). *Visiert von W. Spühler. Kopie an E. Stopper.*

2. *Schreiben von A. R. Ganz an W. Spühler vom 9. Juni 1966, dodis.ch/31033. Die schweizerische Industrieausstellung fand vom 28. Mai bis 11. Juni 1966 im Messegelände Sokolniki in Moskau statt. Vgl. dazu auch Doss. E 2200.157(-) 1985/132 (551.55(2)).*

3. A. N. Kossygin.

4. *Vgl. das Telegramm Nr. 117 von A. R. Ganz an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 13. Juni 1966, Doss. wie Anm. 1.*

5. *Es handelt sich um die Maschinen-Export und Finanz AG in Zürich. Die andere grosse Gruppe, der sich eine grosse Zahl schweizerischer Unternehmen angeschlossen hatte, war die der Joseph Egli AG.*

6. *Zur offiziellen Teilnahme der Schweiz an der Messe in Poznań vgl. das Foto vom 24. Juni 1966, dodis.ch/31314 und die Notiz von P. R. Jolles an H. Schaffner vom 5. Dezember 1966, dodis.ch/31313.*

(Automation und Gerätebau) und von der Handelskammer deren Präsident Nesterow anwesend. Ich habe mich persönlich mit fast allen diesen Herren unterhalten und berichte darüber folgendes.

In erster Linie fällt auf, mit welcher Gründlichkeit diese Männer, die immerhin die Geschicke der Sowjetunion persönlich leiten, die Stände unserer Ausstellung besucht haben. Wenn ich etwa mit den offiziellen Tagen der Mustermesse oder des Comptoirs vergleiche, stelle ich fest, dass Breschnew, Kossygin, Polianski, Kirilenko, Demitschew und die übrigen Führer weit über die verfügbare Zeit hinaus auch kleine Stände besucht, Fragen gestellt und die Erklärungen unserer Techniker aufmerksam angehört haben. Das hat unsere Aussteller sichtlich beeindruckt.

In zweiter Linie fiel auf, wie gründlich die Programme der ausstellenden Firmen und der ausgestellte Maschinenpark studiert worden waren. Ständig riefen Kossygin⁷ wie Breschnew einzelne Minister oder Vizeminister, Trustleiter oder Ingenieure herbei um Preise zu vergleichen oder Auskünfte erhalten zu können. Der Vizeminister für Aussenhandel, Komarow, konnte an den Fingern die zehn Firmen abzählen, die zu besuchen für Herrn Kossygin unerlässlich seien. Ohne Zweifel ist diese letzte Führung von Kossygin selbst veranlasst worden, der im obersten Gremium über seinen Besuch vom Donnerstag Bericht erstattet haben muss.

Herr Lessetschko sagte mir, wir sollten die Chefs der wichtigsten Einkaufsorganisationen (Stankoimport, Maschinoimport, Technopromimport etc.) in die Schweiz einladen, um unsere industrielle Produktion auf breitester Basis bekannt zu machen. Das sei wichtiger als eine Einladung an Patolitschew⁸. Den letzten Entscheid treffe sowieso die oberste Parteiführung auf Grund der fachmännischen Unterlagen und Empfehlungen (sic!). Herr Demitschew sagte mir, er sei soeben von einem offiziellen Besuch in Österreich zurückgekommen. Er habe von unserer Ausstellung einen besseren Eindruck als was er dort ähnliches habe sehen können. Auch trieben die Österreicher ein gefährliches Spiel mit dem gemeinsamen Markt⁹, was bei der Schweiz nicht der Fall sei. Er habe nunmehr Vizekanzler Bock zu einem Besuch in Moskau eingeladen. Herr Kirilenko fragte mich, ob wir den Begriff des «Einführungsrabattes» nicht kennen. Unsere Preise seien horrend, und wenn die Sowjetunion eine grössere Bestellung mache, müsse die Schweiz ihr preislich entgegenkommen. Bei den Maschinen der S. I. P. - Genève erklärte Breschnew, diese müssten in der Sowjetunion bleiben (Herr de Saugy hatte erklärt, dass dieselben bereits anderweitig versprochen seien). Gehe es nicht freiwillig, so werde er sie eben beschlagnahmen. (Überhaupt ist Breschnew der einzige, der noch an die guten alten Zeiten der bons mots von Chruschtschew¹⁰ erinnert. Die übrigen Führer nehmen ihre Aufgaben bitter ernst und scheuen die Improvisation). Mehrere Herren bedauerten, dass die Uhrenindustrie nicht habe an der Ausstellung

7. *Handschriftliche Marginalie*: M. Kossygin est par sa formation ingénieur!

8. *Zur Einladung an N. S. Patolitschew durch den Bundesrat für einen Besuch in der Schweiz* vgl. *Dok. 51*, dodis.ch/31030.

9. *Vgl. dazu Dok. 148*, dodis.ch/31105, *Anm. 13*.

10. *Zur Absetzung Chruschtschows* vgl. *Dok. 47*, dodis.ch/31312, *Anm. 2*.

mitmachen wollen, die doch, so sagte Lessetschko, hinter dem Tourismus und der Maschinenindustrie den dritten Platz in unserem Exportertrag einnehme und etwas zu zeigen habe.

Die massgebenden Verhandlungen mit den Ausstellern gingen Sonntag – Montag und gehen in diesen Tagen weiter vor sich. Viele Firmen habe ihre Exposita bereits verkauft und darüber hinaus Bestellungen erhalten. Andere stehen in hartem Kampf um Preise oder Zahlungsbedingungen. Wieder andere haben den Rücktransport ihrer zum Teil enormen Maschinen schon miteinkalkuliert, und erwarten langwierige Verhandlungen für eine fernere Zukunft.

Ziemlich zu reden gaben im Laufe der Ausstellung schliesslich die minutiösen Untersuchungen der russischen Fachleute an den ausgestellten Maschinen und Apparaten, die manchmal an Werkspionage grenzten. Böse Zungen befreundeter ausländischer Missionen behaupteten, man werde uns auf alle Fälle von jeder neuen Maschine ein Stück abkaufen, um die Serienfabrikation innerhalb der USSR zu ermöglichen! Verschiedene schweizerische Aussteller versicherten zu wissen, dass ihre Erzeugnisse in der Sowjetunion bereits nachgeahmt worden seien¹¹. Andere wiederum erkannten, dass die jüngeren Ingenieure, Techniker und Spezialarbeiter aus den russischen Fabriken, die sehr zahlreich zur Ausstellung gekommen waren, aus echter Begeisterung und Wissensdurst Maschinenteile, Vorrichtungen und Verfahren (deren Patentschutz in Russland vorläufig ignoriert wird) unter die Lupe genommen haben mögen.

Hierzu ist festzuhalten, dass die Sowjetunion seit einiger Zeit im Begriffe ist, von ihrem patentrechtlichen und urheberrechtlichen Piratentum abzukommen. Seitdem sie ihrerseits Lizenzen zu vergeben hat, scheint sie einzusehen, dass nur die Einfügung in das Gebäude des internationalen Rechtsschutzes zu sinnvoller Zusammenarbeit führen kann. Auf den Beitritt zur Pariser Übereinkunft von 1883/1958¹² betreffend Schutz des gewerblichen Eigentums, rechtswirksam seit 1. Juli 1965, dürften daher in absehbarer Zeit andere folgen.

Natürlich haben wir uns gefragt, was dieses gewaltige Interesse der Führungsspitze an unserer Ausstellung praktisch zu bedeuten habe. Gehört diese «offensive du charme» einfach in den Rahmen der allgemeinen Sowjetpolitik der Anbiederung und Expansion nach dem Westen? Will die Führung unter Ausnützung dieses Ausgangspunktes mit der Schweiz ernsthaft Handel treiben, vielleicht ein Handelsabkommen vorschlagen? Oder haben wir gar das Gesuch um einen dreistelligen «Eröffnungskredit» des Bundes zur Ankurbelung des russisch-schweizerischen Handelsvolumens zu erwarten? Bisher nichts von alldem. Sicher ist nur, dass die Russen auf eine ausgeglichene Handelsbilanz mit uns tendieren, was nur durch die Annahme russischer Fertigprodukte schweizerseits möglich ist. Hierfür ist jedoch der Absatz so beschränkt, dass es ohne massive Dreiecksgeschäfte kaum abgehen würde. Andererseits hängen die Zahlungsbedingungen doch wohl wesentlich von der Entwicklung des Auftragsbestandes unserer Exportindustrie ab, die z. Zt. sehr unterschiedlich ist.

11. *Fussnote im Originaltext*: siehe hierzu auch Korrespondenz des Departements mit Gebr. Sulzer im Herbst 1963 betr. Nachahmung von Webmaschinen durch die Sowjetunion. *Vgl. hierzu Doss. E 2001(E) 1976/17 Bd. 583 (B.34.821.1)*.

12. *Vgl. BBl, 1883, IV, S. 333–355 und BBl, 1961, I, S. 1278–1329*.

Die sowjetische Presse hat zunächst nur wenig über die Ausstellung publiziert. Am Radio und an der TV erfolgten Reportagen und einzelne Zeitschriften brachten eingehendere Artikel¹³. In den Schlusscommuniqués, die den Besuch der Parteigruppe zum Gegenstand hatten, wurde der Erfolg unserer Ausstellung hervorgehoben. Ich habe den Eindruck, dass wir im richtigen Moment, aber auch im letzten möglichen Moment, in Moskau aufgetreten sind, um unseren künftigen Anteil am sowjetrussischen Geschäft zu sichern. In der deutschschweizerischen Presse ist im Zusammenhang mit dieser Ausstellung leider viel ungereimtes und unsachliches geschrieben worden, was nur bedauert werden kann¹⁴.

13. Vgl. dazu das Schreiben von F. Pianca an E. Stopper vom 15. Juni 1966, Doss. wie Anm. 1.

14. Zur deutschschweizerischen Presseberichterstattung vgl. Doss. wie Anm. 1.

152

dodis.ch/30895

*Der Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Politischen Departements, R. Probst,
an den schweizerischen Botschafter in Karachi, R. Stoudmann¹*

Bern, 20. Juni 1966

Ihren Brief vom 5. Juni² zur Kriegsmaterial-Exportfrage³ habe ich mit Interesse gelesen. Meine Vermutung, dass Sie die Aufhebung des Embargos gegen Indien und Pakistan⁴ als verfrüht betrachten, war also zutreffend. Sie können Ihre Meinung ruhig auch gegenüber Bern äussern; denn man kann bei diesen Dingen in guten Treuen verschiedener Auffassung sein.

Sie stellen aber auch die Frage, was eigentlich entscheidend sein soll, «les intérêts de certaines de nos maisons ou nos principes et traditions». Wenn es wirklich nur darum ginge, wäre die Antwort leicht; in Wirklichkeit sind die Dinge aber doch etwas komplexer.

1. Schreiben: E 2200.162(-) 1986/72 Bd. 2 (335.1).

2. Schreiben von R. Stoudmann an R. Probst vom 5. Juni 1966, E 2001(E) 1978/84 896 (B.51.14.21.2). Der Briefwechsel zwischen R. Stoudmann und R. Probst umfasst insgesamt vier Schreiben.

3. Für eine Übersicht über die Problematik des Kriegsmaterialexports vgl. Dok. 176, dodis.ch/31195.

4. Zur Aufhebung vgl. das BR-Prot. 909 vom 6. Mai 1966, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 709.1. Zum Embargo gegen Indien und Pakistan vgl. das BR-Prot. Nr. 1529 vom 10. September 1965, dodis.ch/30898; die Notiz von C. Jagmetti an R. Probst vom 27. Juni 1966, dodis.ch/30905; die Notiz von C. Jagmetti an R. Probst vom 28. Juni 1966, dodis.ch/30904; das BR-Verhandlungsprot. der 61. Sitzung vom 7. September 1965 E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 7 und das BR-Verhandlungsprot. der 62. Sitzung vom 10. September 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 2. Zur Ausfuhr von Mirageflugzeugen nach Indien vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 29. Sitzung vom 6. Mai 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4.

Unser Dilemma ist das folgende: Als neutraler Staat wäre uns am wohlsten, wenn wir überhaupt kein Kriegsmaterial zu exportieren hätten. Da unsere Neutralität aber gleichzeitig eine bewaffnete ist, brauchen wir eine gewisse eigene Rüstungsindustrie, um für unsere materielle Bereitschaft nicht gänzlich vom Ausland abzuhängen⁵. Wir könnten die dafür benötigten Unternehmungen⁶ natürlich als Staatsindustrie betreiben, tun dies auch teilweise (Munitionsfabriken Thun und Altdorf, Pulverfabrik Wimmis, Konstruktionswerkstätte Thun, Waffenfabrik Bern, Flugzeugwerk Emmen); doch sind diese Betriebe weder besonders wirtschaftlich noch besonders «efficient», so dass die Hauptlast auf den viel wirkungsvolleren privaten Unternehmen ruht (Bührle⁷, Hispano⁸, SIG⁹). An der Erhaltung dieser privaten Rüstungsunternehmen besteht also – abgesehen von unseren liberalen Grundanschauungen – ein militärisches Landesinteresse. Für die wirtschaftliche Existenz dieser privaten Firmen ist aber der Schweizer Markt zu gering (enorme Entwicklungskosten für moderne Waffen, die nur wiedereinbringbar sind, wenn nachher grosse Serien hergestellt werden können); wir müssen also den fraglichen Firmen, damit sie weiter im Rüstungssektor verharren, einen gewissen Auslandabsatz gewähren. Der Ausweg aus dem geschilderten Gegensatz zwischen neutralitätspolitischen Bedenken und rüstungswirtschaftlichen Bedürfnissen ist die Ihnen bekannte Haltung des Bundesrates¹⁰, den Kriegsmaterialexport von einer Bewilligung abhängig zu machen und ihn nach Kriegsschauplätzen zu verbieten, nach anderen Gebieten aber zuzulassen. Eine Frage des Abwägens ist es dann, wo und wann örtlich und zeitlich die Grenzlinie zu ziehen ist, wobei sich die Zentrale natürlich um eine gewisse Einheitlichkeit der Praxis bemüht.

Übrigens: neutralitätsrechtlich (nicht neutralitätspolitisch) ist der neutrale Staat nicht gehalten, die Ausfuhr von Kriegsmaterial zu verbieten¹¹; unterwirft er sie dennoch Restriktionen, so hat er diese auf alle Kriegführenden lediglich gleichmässig anzuwenden (Art. 7 und 9 des V. Haager Abkommens¹²).

Was endlich den Widerspruch betrifft, den Sie zwischen unserer «merkantilen» Haltung und der Antwort auf die UNO-Anfrage¹³ betreffend Abrüstung entdecken, so ist er nur ein scheinbarer. Dass all das Gerede über Abrüstung

5. Zur Frage, inwiefern die Schweiz auf eine eigene Rüstungsindustrie angewiesen sei, vgl. Dok. 29, dodis.ch/31825.

6. Handschriftliche Korrektur des Autors aus: benötigte Rüstungsindustrie.

7. Vgl. dazu Dok. 45, dodis.ch/31327, Anm. 2.

8. Zum Geschäft der Hispano-Suiza mit den USA vgl. Dok. 159, dodis.ch/30964. Zum Export der Hispano-Suiza nach Indonesien vgl. die Notiz von R. Probst an P. Micheli vom 19. Mai 1964, dodis.ch/31329.

9. Vgl. dazu die Notiz von E. Stopper an H. Schaffner vom 20. Oktober 1965, dodis.ch/31800.

10. Vgl. das BR-Prot. Nr. 641 vom 28. März 1949, dodis.ch/6460 und das BR-Prot. Nr. 2259 vom 18. Dezember 1960, dodis.ch/8933.

11. Zur Frage von Neutralität und Kriegsmaterialexport vgl. auch Dok. 176, dodis.ch/31195.

12. Zur Haager Friedenskonferenz von 1907 vgl. DDS, Bd. 5, thematisches Verzeichnis: VIII.2 Zweite Friedenskonferenz von 1907.

13. Zur schweizerischen Antwort auf die Umfrage der UNO über die Abrüstung vgl. das Schreiben von R. Hartmann an die schweizerischen Botschaften vom 28. Mai 1966, E 2003(A) 1978/29 Bd. 381 (o.713.33).

heute weitgehend «window dressing» ist, dürfte Ihnen wie mir klar sein. Die schweizerische Stellungnahme gegenüber der UNO ist in diesem Lichte zu werten. Sollte es tatsächlich eines Tages zu einer allgemeinen, umfassenden Abrüstung kommen, die auch uns eine Lockerung unserer noch so nötigen Wehrbereitschaft (womit Sie als Gst. Oberst sicher einigehen) erlauben würde, so wären in der Tat unsere Kriegsmaterial-Exporte für die schweizerische Volkswirtschaft ein «élément négligeable»; dies wäre auch schon heute der Fall, und das meinten wir mit der Antwort an die UNO. Solange aber die Abrüstung erst ein Wunschgebilde ist und wir deshalb an unserer stark *bewaffneten* Neutralität samt privater leistungsfähiger Rüstungsindustrie festhalten, müssen wir diesen Betrieben den schon erwähnten Zugang zu ausländischen Märkten, soweit politisch möglich, gewähren. Täten wir es nicht, so wären die volkswirtschaftlichen Folgen zwar in der Tat «négligeables», nicht aber die rüstungstechnischen für unsere Verteidigungsbereitschaft.

Nachdem Sie schon die Freundlichkeit hatten, auf meinen Brief zu antworten, lag es mir daran, Ihnen auch meinerseits unsere «Philosophie» etwas näher darzulegen. Weiteres vielleicht mündlich.

[...] ¹⁴

14. Grussformel mit Hinweis auf Dienstreise von R. Probst nach Havanna. Vgl. dazu den Bericht von R. Probst vom 14. Juni 1966, dodis.ch/30986 und Postskriptum über Wiederaufnahme der Hilfe Washingtons an Indien und Pakistan. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/30895.

153

dodis.ch/31007

La Police fédérale des étrangers à l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail¹

NOTE CONCERNANT LA DÉNONCIATION PAR LE GOUVERNEMENT ESPAGNOL
DE L'ACCORD HISPANO-SUISSE DU 2 MARS 1961 SUR L'ENGAGEMENT
DE TRAVAILLEURS ESPAGNOLS EN VUE DE LEUR EMPLOI EN SUISSE

Berne, 23 juin 1966

Le 20 juin 1966, le secrétaire général du département politique fédéral² a reçu la visite de l'ambassadeur d'Espagne³ qui l'a entretenu de l'accord sur le recrutement des travailleurs espagnols⁴ ainsi que des pourparlers qui

1. Notice (copie): E 7170(B) 1977/67 vol. 265 (241.2). Rédigée par L. Dessibourg.

2. P. Micheli.

3. J. P. de Lojendio Irure.

4. Cf. l'Accord entre la Suisse et l'Espagne sur l'engagement de travailleurs espagnols en vue de leur emploi en Suisse du 2 mars 1961, RO, 1961, pp. 1004–1010. Sur cet accord, cf. aussi DDS, vol. 22, doc. 155, dodis.ch/30019.

s'ouvriront le 28 juin 1966 pour la révision de l'accord sur les assurances sociales⁵. Ci-joint la notice du secrétaire du département politique fédéral relative à cette visite⁶.

Le Gouvernement espagnol a décidé de dénoncer au 30 juin l'accord sur le recrutement des travailleurs espagnols. Conformément à l'article 19, 2^{ème} alinéa, de cet accord, cette dénonciation prendra effet le 31 décembre 1966. Toutefois la faculté nous est donnée de substituer à cette dénonciation un échange de notes comportant l'engagement de négocier un nouvel accord dans les six mois à venir avec prolongation de quelques mois si besoin est. La démarche de l'ambassadeur d'Espagne se réfère à la visite faite à Madrid du 22 au 24 juin 1965 par M. l'ambassadeur Stopper⁷ qui avait alors obtenu des autorités espagnoles qu'elles sursoient à une dénonciation de l'accord du 2 mars 1961 sitôt après la ratification de l'accord italo-suisse⁸. Le rapport de M. Stopper est joint en annexe⁹. Il avait été entendu que la question serait reprise au printemps 1966 et que dans l'entretemps les autorités suisses s'emploieraient à assurer en fait aux travailleurs espagnols les avantages accordés conventionnellement aux Italiens. Dans la pratique, ainsi que le reconnaît l'ambassadeur d'Espagne, la non discrimination a pu être réalisée avec le concours des autorités cantonales sur bien des points essentiels sans que l'on puisse dire toutefois que les travailleurs espagnols bénéficient d'une situation comparable à celle des travailleurs italiens. Des disparités subsistent dans la pratique suivie par les cantons, en raison de l'autonomie qu'ils conservent pour l'application par analogie aux travailleurs espagnols des dispositions de l'accord italo-suisse. Le Gouvernement espagnol estime maintenant ne plus pouvoir se contenter de cet état de choses alors que lors de la réunion de la commission mixte en novembre 1965¹⁰ les autorités espagnoles avaient laissé entendre qu'elles pourraient se satisfaire d'un alignement progressif dans les faits. Il y a sans doute à cela des raisons politiques.

La communication de l'ambassadeur d'Espagne appelle une réponse jusqu'au 30 juin au plus tard. Elle soulève une série de problèmes:

1. La démarche espagnole vise en définitive à obtenir pour les travailleurs espagnols les avantages que nous avons consentis aux travailleurs italiens par l'accord italo-suisse du 10 août 1964, entré en vigueur le 22 avril 1965¹¹. C'est la signification qu'il convient de donner aux exemples cités par l'ambassadeur d'Espagne quant aux désavantages que subissent les Espagnols par rapport aux Italiens, bien que ces exemples se réfèrent de manière erronée aux dispositions de l'accord italo-suisse. L'engagement de négocier avec l'Espagne dans

5. Cf. la Convention entre la Suisse et l'Espagne sur la sécurité sociale du 21 septembre 1959, FF, 1960, I, pp. 414–425.

6. Cf. la notice de P. Micheli à M. Holzer et à A. Saxer du 20 juin 1966, dodis.ch/31084.

7. Cf. le rapport de E. Stopper du 24 juin 1965, dodis.ch/31078.

8. Cf. doc. 37, dodis.ch/30798, note 2.

9. Cf. note 6.

10. Cf. le Procès-verbal de la réunion de la Commission mixte hispano-suisse sur l'engagement de travailleurs espagnols en vue de leur emploi en Suisse du 6 novembre 1965, E 2001(E) 1978/84 vol. 678 (B.41.11.1).

11. Cf. note 7.

les six mois préjuge donc notre assentiment à aligner le statut des travailleurs espagnols sur celui des travailleurs italiens.

2. Cet alignement revêt un aspect politique, ainsi que cela a été démontré par la ratification de l'accord italo-suisse. Sur deux points essentiels, le regroupement familial et la transformation du statut de saisonnier en statut de résident permanent après 45 mois de travail au cours de 5 années consécutives, il faudrait s'attendre à des répercussions sur notre situation démographique. A cet égard on ne peut ignorer les résistances auxquelles s'est heurtée la ratification de l'accord italo-suisse lors des débats parlementaires¹². M. le Président de la Confédération Schaffner avait déclaré que notre pays ne conclurait pas d'autres accords similaires. D'autre part, il y a lieu de relever que l'initiative populaire du parti démocratique zurichois visant à la réduction de la population étrangère en Suisse¹³ doit encore être débattue devant les Chambres et soumise au vote du peuple et des cantons¹⁴. Enfin, autre fait à prendre en considération: malgré la diminution de l'effectif de la main-d'œuvre étrangère, la population étrangère globale a continué de s'accroître jusqu'ici, puisqu'à la fin décembre 1965 il y avait en chiffre rond 15'000 étrangers de plus que l'année précédente.

3. L'opportunité de conclure un nouvel accord avec l'Espagne doit être examinée avec les associations professionnelles, d'une part, et avec les cantons, d'autre part.

Il est à présumer que l'agriculture, l'industrie hôtelière et aussi l'industrie textile devront encore compter à l'avenir avec la possibilité de recruter avec l'aide des autorités espagnoles une partie de la main-d'œuvre dont elles ont besoin. En revanche, la faculté qu'ont les autres branches économiques de recruter individuellement des travailleurs espagnols à l'aide de ceux qui sont déjà en Suisse pourrait rendre moins impérieux le besoin de conclure un nouvel accord. En tout état de cause, il est indispensable de connaître l'avis des milieux patronaux.

En ce qui concerne les syndicats, on ne peut ignorer les réserves qu'ils ont faites lors de la ratification de l'accord italo-suisse. Ils doivent donc aussi être consultés¹⁵.

Enfin, les directeurs cantonaux de police qui avaient été invités à se prononcer, lors de leur dernière conférence¹⁶, sur l'extension des dispositions de l'accord italo-suisse sur le regroupement familial aux étrangers d'autres nationalités, avaient accueilli assez favorablement cette idée en considération surtout du fait que l'effectif de la main-d'œuvre étrangère marquait un recul.

12. Cf. *Bull. stén. CE*, 1964, pp. 293–319; *Bull. stén. CN*, 1965, pp. 194–275. Cf. aussi doc. 37, dodis.ch/30798; doc. 48, dodis.ch/30799; doc. 53, dodis.ch/30796 et doc. 54, dodis.ch/30797; ainsi que le *PVCF délibératif de la 85^e séance du 30 novembre 1964*, dodis.ch/31974.

13. *Il s'agit de l'initiative populaire contre la pénétration étrangère du 30 juin 1965*, cf. *FF*, 1965, II, pp. 814–816.

14. *L'initiative a été retirée en 1968*, cf. *FF*, 1968, I, pp. 761–762.

15. *Sur la position des syndicats*, cf. notamment la lettre de E. Wüthrich et J. Möri à F. T. Wahlen du 18 décembre 1964, dodis.ch/31068.

16. *Du 30–31 mars 1966*, cf. *doss. E 4110(B) 1981/97 vol. 14 (V.098) et E 4260(D) 2000/392 vol. 6 (902.2.11–902.2.19)*.

Cependant l'augmentation du nombre global des étrangers pourrait modifier leur manière de voir. Pour ce motif et d'une manière générale, les cantons doivent avoir la possibilité de se prononcer de nouveau.

4. La décision à prendre sur la proposition espagnole nécessite aussi une étude par les autorités fédérales compétentes sur les répercussions démographiques de la conclusion d'un nouvel accord. Il s'agit de les dégager sur la base des données statistiques dont nous disposons et des expériences faites dans l'application de l'accord italo-suisse. C'est un travail qui nécessitera un certain temps et qui devra être effectué en vue de la consultation des cantons et des organisations professionnelles.

5. La proposition espagnole de conclure un nouvel accord sur le recrutement et le statut des travailleurs espagnols ne peut être dissociée de la conclusion d'un nouvel accord sur les assurances sociales qui fera l'objet de pourparlers qui débiteront le 28 juin 1966¹⁷. Il importerait, comme cela a été le cas avec l'Italie, qu'une liaison soit faite entre ces deux questions¹⁸. Il s'agirait de se ménager la possibilité de subordonner la ratification de l'accord sur les assurances sociales à la solution qui pourra être retenue en ce qui concerne le recrutement de la main-d'œuvre espagnole.

Les considérations qui précèdent conditionnent la réponse que le département politique fédéral doit donner jusqu'au 30 juin au plus tard à l'ambassadeur d'Espagne. Il en découle les conclusions suivantes:

1. Il n'est pas possible de prendre position jusqu'à cette date sur l'ouverture de négociations dans les six mois à venir en vue de la conclusion d'un nouvel accord sur le recrutement des travailleurs espagnols. Le département politique fédéral devrait être chargé de le faire savoir à l'ambassadeur d'Espagne en lui suggérant de faire parvenir dans les délais utiles une dénonciation formelle qu'il serait loisible de retirer d'un commun accord par la suite au cas où un échange de notes pourrait lui être substitué en vue de nouvelles négociations.

2. La délégation suisse chargée de négocier la révision de l'accord sur les assurances sociales devrait recevoir pour instructions de faire savoir à la délégation espagnole que la ratification de l'accord pourra être subordonnée à la solution qui interviendra en ce qui concerne le recrutement des travailleurs espagnols.

3. Le département fédéral de justice et police et le département fédéral de l'économie publique devraient être chargés d'étudier les diverses répercussions que pourrait avoir l'alignement du statut des travailleurs espagnols sur celui des travailleurs italiens et de consulter les cantons et les organisations professionnelles sur l'opportunité de conclure un nouvel accord. Ils auraient ensuite à faire une proposition au Conseil fédéral sur la réponse définitive à donner à l'ambassadeur d'Espagne au sujet de l'ouverture de négociations pour la conclusion d'un nouvel accord.

17. *Sur ces pourparlers, cf. doss. E 2001(E) 1978/84 vol. 675 (B.31.31.0.1).*

18. *Cf. DDS, vol. 22, doc. 15, dodis.ch/19023, note 11; doc. 22, dodis.ch/18968, en particulier note 7; doc. 103, dodis.ch/18769 et doc. 155, dodis.ch/30019.*

154

dodis.ch/31951

*Der Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Politischen Departements, R. Probst,
an die schweizerische Botschaft in London¹*

Bern, 25. Juni 1966, 19.15 Uhr

Rhodesien. Im Hinblick auf parlamentarische Anfrage² betreffend schweizerische Importe aus Rhodesien, die Foreign Secretary³ bekanntlich 27. Juni zu beantworten gedenkt, überreichten wir, um irriger und übertriebener Darstellung rechtzeitig vorzubeugen, gestern Geschäftsträger Keeble und Botschaftsrat Purves folgende von Handelsabteilung zusammen mit uns vorbereitete Definition des «courant normal»⁴.

quote

1. The “courant normal” is based on the quantities imported in previous years, i. e. on imports made during a period of reference.

2. Each importer is entitled, on the basis of documentary proof, to bring the same quantities of goods across the customs border as in the period of reference.

3. Experience has shown that imports of raw materials and agricultural products effected by individual importers vary considerably from year to year. It would, therefore, be arbitrary to take only one calendar year as reference period. In the present case importers may choose between the years 1964 and 1965.

4. In order to comply with their selling possibilities and with the necessity to keep certain stocks, importers are free to spread their imports – in accordance with such needs – over the whole calendar year. Once their quotas are used they are not entitled to obtain further import licences for the rest of the year.

5. On the grounds of general regulations in force since a long time, importers have to present their licence as *and when their goods cross the Swiss customs border*. It is, in this context, irrelevant whether the goods are immediately cleared through customs or put in a private bonded warehouse in Switzerland to be cleared through customs later on. Otherwise, an importer could buy any big quantities abroad and put these goods in his private bonded warehouse without having an import licence.

6. Dispatching the goods to a private bonded warehouse within the Swiss territory gives the importer the possibility to clear them through customs at a later stage, i. e. when they go into manufacture. This method is in particu-

1. *Telegramm Nr. 141 (Empfangskopie)*: 2200.40(-) 1986/25 Bd. 28 (370.1). *Erhalten*: 25. Juni 1966 10.30 Uhr. *Kopie an H. Bühler*.

2. *Zur parlamentarischen Anfrage von W. Hamilton vom 27. Juni 1966 vgl.* E 2001(E) 1978/84 Bd. 936 (C.23.2).

3. *M. Stewart*.

4. *Vgl. dazu die Notiz von R. Probst an P. Micheli, H. Bühler und die schweizerische Botschaft in London vom 25. Juni 1966*, dodis.ch/31505.

lar made use of if the goods are subject to high customs duties or high fiscal charges. Tobacco is a most typical example and importers have applied this method for many years.

7. The figures of the customs returns have to be comparable with the figures of trade statistics. For this reason *trade statistics* are based on the quantities of goods *cleared through customs*. Therefore, the figures for goods brought to a private bonded warehouse will not be reflected in the trade statistics when those goods cross the border but only at the moment when they are cleared through customs.

8. As a logical consequence of the foregoing the figures for goods which have been cleared through customs do not necessarily conform to the figures for goods having crossed the customs border and the figures in the trade statistics are not necessarily correspondent to the figures for goods which have crossed the customs border. With regard to tobacco this difference is considerable.

9. In conclusion, it may be stressed that the circumstances outlined above have no influence whatever on the fact that import quotas for all goods including tobacco are calculated in strict accordance with the quantities of goods brought over the Swiss customs border in reference period.

10. It may finally be added that the «courant normal» is a notion of long standing in Swiss trade policy.

unquote

Von Überreichung entsprechender statistischer Unterlagen⁵ haben wir, obwohl wir auch danach befragt wurden, bewusst abgesehen. Überlassen Euch zu entscheiden, ob ihr es für nötig haltet, gleiche Information auch Euerseits an Euere Gesprächspartner weiterzuleiten oder ob dies – was wir eigentlich aus taktischen Überlegungen vorziehen würden – unterbleiben kann. Näherer Bericht⁶ folgt mit Montagkurier.

5. Für statistische Angaben zum Import aus Rhodesien vgl. das BR-Prot. Nr. 2189 vom 17. Oktober 1965, dodis.ch/31953, S. 5. Zur Tabakeinfuhr vgl. die Notiz von R. Probst vom 31. August 1966, dodis.ch/31107, und zur Asbesteinfuhr vgl. die Notiz von R. Probst an P. Micheli vom 4. Februar 1966, dodis.ch/31096.

6. Vgl. Anm. 4.

155

dodis.ch/31585

*Vortrag vom Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler,
gehalten vor dem Nationalrat¹*

ANTWORT VON HERRN BUNDESRAT W. SPÜHLER, VORSTEHER
DES Eidgenössischen Politischen Departementes, auf die Interpellation
Wenger vom 7. Juni 1966² (Wahl des Weltpostdirektors³)

[Bern,] 27. Juni 1966

Am 21. Mai 1966 hatte der Vollzugsrat des Weltpostvereins den Nachfolger des altershalber zurücktretenden Generaldirektors⁴ des Internationalen Büros des Weltpostvereins zu ernennen. Seit jeher – wie der Herr Interpellant⁵ ja dargelegt hat – war dieser Posten mit Schweizern besetzt. Ursprünglich galt es als selbstverständlich, dass die Leitung der internationalen Organisationen, die sich in der Schweiz niederlassen, einem Bürger des Gastlandes anvertraut wurde. Diese Geste war als Zeichen der Anerkennung für das gewährte Gastrecht zu verstehen und entwickelte sich durch Jahrzehnte zu einer Tradition, die lange unangefochten blieb.

Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges und der damit verbundenen Emanzipation der Völker setzte eine grundsätzliche Wandlung in der Zusammensetzung der internationalen Ämter ein. Bis dahin bestanden sie vorwiegend aus Staaten der westlichen Hemisphäre. Durch die von Jahr zu Jahr grösser werdende Zahl der unabhängigen Staaten, die auf internationalem Boden ein Mitspracherecht forderten, haben diese Institutionen einen ungeahnten Zuwachs an Mitgliedern erfahren und sind zu weltumspannenden Organisationen geworden. Dadurch hat sich ihr Charakter gewandelt. Ein neuer Geist hielt Einzug und forderte nicht nur gleiches Recht für die jungen Staaten, sondern warf auch zahlreiche Probleme auf, die in der neu entstandenen Gemeinschaft ihrer Lösung harren. Mehr und mehr zeichnete sich auch die Tendenz zu zweckbedingten Block-Bildungen ab um materieller Vorteile willen⁶.

1. Referat (Kopie): E 2807(-) 1974/12 Bd. 41 (078).

2. Vgl. die Notiz von O. Wenger vom 22. Juni 1966, dodis.ch/32059.

3. Marginalie im Dokumentenkopf: Text gemäss Stenogramm der Bundesversammlung.

4. E. Weber.

5. O. Wenger.

6. So z. B. der Antrag auf Ausschluss der Südafrikanischen Republik, den die Schweiz abgelehnt hat. Vgl. dazu. das BR-Verhandlungsprot. der 45. Sitzung vom 15. Juni 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 3 bes. die Aussage von F. T. Wahlen: Sollen wir nochmals klare Stellung beziehen gegen den Beschluss? Eine solche Stellungnahme könnte allerdings dazu führen, dass die Schweiz ihre Sonderstellung im Weltpostverein verliere. Sowie die von W. Spühler: Mit unserer Stellung im Weltpostverein werde es bald nicht mehr weit her sein. Es sei auch nicht so bedeutungsvoll für unser Land, ob es diese Sonderstellung behalte. Man dürfe annehmen, dass Bern wegen des Weltpostgebäudes trotz allem Sitz des Weltpostvereins bleiben werde.

Angesichts solcher Veränderungen in der Struktur der internationalen Ämter und in ihrer geistigen Haltung bleibt wenig Aussicht, traditionsgebundene Gewohnheiten aufrecht zu erhalten. Die Zeit der Monopolansprüche einzelner Staaten ist endgültig vorbei. Es war daher nur eine Frage der Zeit, dass auch die von der Schweiz innegehabte Generaldirektion im Weltpostverein einem andern Staate überlassen werden musste⁷. Es dürfte wohl müssig sein, sich über eine Entwicklung zu beklagen, die kaum mehr aufzuhalten war. Ich verweise auf den Internationalen Fernmeldeverein⁸ und die Vereinigten Internationalen Büros zum Schutz des geistigen Eigentums, die beide in Bern⁹ beheimatet waren und in gleicher Weise wie der Weltpostverein unter schweizerischer Leitung standen. Im Zeichen der Zeit musste die Schweiz schon vor einigen Jahren die Leitung auch dieser Organisationen preisgeben.

Ob unser Land die Position im Weltpostverein mit einem andern Kandidaten noch einmal hätte halten können, ist angesichts der Zusammensetzung des Vollzugsrates sehr fraglich. Von den 27 Mitgliedern gehören allein zwölf der afro-asiatischen Gruppe an, während sechs Westeuropa und drei dem Ostblock zugehören, neben sieben Vertretern von Nord- und Latein-Amerika und Neuseeland. Gewählt wurde im zweiten Wahlgang ein hoher Chefbeamter ägyptischer Nationalität¹⁰.

Die Stimmenzahlen der Kandidaten zeigen, dass in erster Linie nach politischen und regionalen Gesichtspunkten gestimmt worden ist. Sämtliche Kandidaten¹¹ kamen entweder aus den Kreisen der PTT-Verwaltungen der Mitgliedstaaten, oder aus dem Beamtenstab des Weltpostvereins selbst. Die Stellung der Schweiz war insofern etwas ungünstig, als sie nicht in der Lage war, einen Generaldirektor der Schweizerischen PTT-Betriebe zu präsentieren¹². Die Gründe lagen teils im Alter, teils in der persönlichen Abneigung zur Übernahme der Leitung des Internationalen Büros des Weltpostver-

7. Vgl. die Notiz von H. Langenbacher vom 17. Mai 1966, dodis.ch/32066.

8. Vgl. dazu das Schreiben von W. Spühler an die Generaldirektion der PTT vom 18. Oktober 1965, dodis.ch/31689.

9. Zu Bern als Standort des Weltpostvereins vgl. z. B. das Telegramm Nr. 16 von A. Escher an die Abteilung für Internationale Organisationen des Politischen Departements vom 4. Februar 1966, dodis.ch/31591; das Telegramm Nr. 42 von A. Escher an P. Micheli vom 6. Mai 1966, dodis.ch/31593 sowie das BR-Verhandlungsprot. der 20. Sitzung vom 25. März 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 7.

10. M. Rahi.

11. Zu den Kandidaten aus Ägypten, Belgien, Grossbritannien, der Schweiz und der Tschechoslowakei vgl. das Schreiben von E. Thalman an A. Soldati vom 24. Mai 1966, E 2003(A) 1978/29 Bd. 455 (o.723.61.Uch).

12. Zur Wahl von F. Sauser als Kandidat für die Nachfolge im Weltpostverein vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 88. Sitzung vom 13. Dezember 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 9: Herr Spühler sei der Meinung, dass er Herrn Sauser vorschlagen werde. Die Schweiz habe nur Aussicht, wenn sie sich darauf beschränke, nur einen Kandidaten vorzuschlagen. [...] Es stelle sich auch die Frage, ob man Herrn Sauser nicht den Titel eines Direktors ad personam verleihen sollte, damit er auf die gleiche Stufe gestellt werde wie die internationalen Direktoren der Finanzdienste. [...] Herr Wahlen erklärt, über diese Lösung glücklich zu sein. Er bedauere nur, dass sie so spät komme. Man werde sich sofort für Sauser einsetzen. Vgl. ferner das BR-Verhandlungsprot. der 33. Sitzung vom 24. Mai 1966, dodis.ch/32027.

eins¹³. Dem vorgeschlagenen Abteilungschef¹⁴ der PTT-Betriebe wurde einige Jahre vor der Wahlsitzung des Exekutivrates ständig Gelegenheit gegeben, sich durch Teilnahme an internationalen Konferenzen und Arbeitssitzungen des Weltpostvereins in diesen Kreisen bekannt zu machen¹⁵. Wenn die Wahl schliesslich auf einen seit Jahren dem hohen Beamtenstab des Weltpostvereins selber angehörenden Ägypter fiel, so wurde damit unter anderem zum Ausdruck gebracht, dass qualifizierten Chefbeamten des Internationalen Büros des Weltpostvereins der Aufstieg zum Amte eines Generaldirektors nicht verschlossen bleiben sollte. Gegen eine solche Auffassung wird grundsätzlich nichts einzuwenden sein. Auf jeden Fall wurde seitens des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes und des Politischen Departementes keine Mühe gescheut, um durch frühzeitige und vielfache persönliche Kontakte und auf zahlreichen diplomatischen Wegen die Unterstützung der im Vollzugsrat vertretenen Staaten zu gewinnen. Ich selber habe mich einmal im letzten Jahre nach dem Bürgerstock begeben, anlässlich der Sitzung des Vollzugsrates, um in verschiedenen Gesprächen zugunsten der Schweiz zu intervenieren. Die Sitzung in Paris¹⁶, von der Herr Nationalrat Wenger spricht, hatte nicht die Bedeutung, die ihr Herr Wenger beimisst.

Es ist wohl ein Irrtum zu glauben, der Misserfolg des schweizerischen Kandidaten hätte durch vermehrte Anstrengungen und Interventionen vermieden werden können. Hinsichtlich der von Herrn Nationalrat Wenger aufgeworfenen Frage der Wahrung der schweizerischen Interessen in den internationalen Organisationen ist zu sagen, dass bei rein technischen Problemen diese Interessenvertretung durch die Fachbeamten der zuständigen Departemente erfolgt. Soweit aber Fragen mit politischen Akzenten auf dem Spiele stehen, werden diese regelmässig von Beamten des Politischen Departementes, sei es der Zentrale oder des Aussendienstes, angemessen vorbereitet und in den zuständigen Gremien vertreten. Wir sind uns durchaus bewusst, dass angesichts der verschiedenen Struktur der internationalen Organisationen und Konferenzen es wichtig ist, dass die Fachdepartemente vom Politischen Departement entsprechend unterstützt werden.

13. Vgl. dazu *Dossier Anm. II*.

14. *F. Sauser*.

15. Vgl. dazu die *Notiz von J. Burckhardt vom 13. November 1965*, dodis.ch/32064.

16. *Zum Treffen der Arbeitsgruppe für den Sitz des Weltpostvereins am 4.–5. November 1965 in Paris* vgl. den *Rapport sur les activités de l'Union 1965*, Bern 1966, S. 35, E 2003(A) 1978/29 Bd. 452 (o.723.31).

*Der Generalsekretär des Politischen Departements, P. Micheli,
an den Präsidenten des Direktoriums der Nationalbank, W. Schwegler¹*

ÜBERBRÜCKUNGSKREDIT
AN HIGHVELD STEEL AND VANADIUM CORPORATION LTD., JOHANNESBURG

Bern, 28. Juni 1966

Ihrem Brief vom 17. Juni 1966² entnehmen wir, dass die Schweizerische Bankgesellschaft beabsichtigt, ähnlich wie bereits im Dezember 1965³, der Highveld Steel and Vanadium Corporation Ltd., Johannesburg/Südafrika, einen neuen Kredit von 60 Mio. Franken zu gewähren. Sie ersuchen uns in diesem Zusammenhang um unsere Stellungnahme.

Wie Sie ausführen, beabsichtigt die Highveld, im Rahmen ihres Finanzierungsplanes für den Bau eines neuen Stahlwerkes gegen Ende 1966 oder zu Anfang 1967 in der Schweiz oder im Ausland eine Anleihe zu emittieren; sie gedenkt, ihre Finanzbedürfnisse bis zu diesem Zeitpunkt durch einen Überbrückungskredit zu decken. Die Bankgesellschaft wäre bereit, dem Kreditgesuch der Highveld zu entsprechen, wobei sie in- und ausländische Partner an der geplanten Finanzoperation mitbeteiligen möchte.

Als hauptsächlichste Bedingungen werden in Aussicht genommen:

Laufzeit: 1 Jahr ab 1. Juli 1966;

Zinssatz: 4% über dem jeweiligen Diskontsatz der Schweizerischen Nationalbank;

Sicherheit: Garantie der Anglo American Corporation of South Africa Ltd. und der De Beers Consolidated Mines Ltd.

Sie haben die Bankgesellschaft auf die verschiedenen Elemente der Beurteilung hingewiesen, so auf die politische Lage der Republik Südafrika und auf die Fernwirkungen der britisch-rhodesischen Auseinandersetzung⁴. Ausserdem hielten Sie fest, dass eine eventuelle Bewilligung des Sie heute beschäftigenden Kreditgesuches keine Zusage für die Auflage einer in gleicher Höhe für später geplanten Konversionsanleihe einschliesse.

Unsere Betrachtungen zum Überbrückungskredit an die Highveld sind die folgenden:

1. Schreiben (Kopie): E 2210.5(-) 1981/113 Bd. 27 (7-i). Verfasst von R. Probst, P. Dietschi und R. Beaujon. Kopie an B. Turrettini.

2. Vgl. das Schreiben von W. Schwegler an das Politische Departement, das Volkswirtschaftsdepartement und das Finanz- und Zolldepartement vom 17. Juni 1966, E 2001(E) 1978/84 Bd. 363 (C.41.152).

3. Zu früheren Kredite von Schweizer Banken an die Highveld Steel and Vanadium Corporation Ltd. vgl. die Notiz von O. Morand an W. Spühler vom 21. Februar 1966, dodis.ch/31055.

4. Zum Rhodesien-Konflikt vgl. Dok. 120, dodis.ch/31085; Dok. 130, dodis.ch/31089; Dok. 138, dodis.ch/31090 sowie Dok. 154, dodis.ch/31951.

Wir hatten bereits Gelegenheit, uns zur Frage schweizerischer Kapitalexporte nach Südafrika zu äussern:

Im Jahre 1962 haben wir im Zusammenhang mit einer Anleihe der Anglo American Gruppe die Frage aufgeworfen, ob diese Finanzoperation im Moment oportunit sei (unser Brief vom 12. Juni 1962⁵);

später orientierten wir Sie über die Beratungen der politischen Spezialkommission der Generalversammlung der UNO; wir wiesen darauf hin, dass während dieser Debatte kritisch erwähnt wurde, die internationale Geschäftswelt sei eifrig bemüht, dem Regime Südafrikas unter die Arme zu greifen, wobei die Schweizerische Bankgesellschaft namentlich genannt wurde (unser Brief vom 23. Dezember 1965⁶; Ihre Referenz JL/HF⁷);

zu Beginn dieses Jahres hatten wir Ihnen hinsichtlich eines Kredites an die Partnership in Industry Ltd. die Beziehung der politischen Lage zu den schweizerischen Finanzverflechtungen mit Südafrika zu erwägen gegeben (unser Brief vom 15. April 1966⁸).

Es stellt sich im letzteren Zusammenhang in der Tat ein Problem. Gemäss unseren Unterlagen steht Südafrika mit 493 Mio. Franken in der Reihe der Empfänger schweizerischer Kapitalien seit Kriegsende an siebenter Stelle. Von Südafrika aus gesehen gelten wir mit Investitionen von total 775 Mio. Franken (Stand 1961) nach Grossbritannien, den Vereinigten Staaten, den internationalen Organisationen und Frankreich als fünftgrösster Investor. Unser finanzielles Engagement in Südafrika ist damit sehr beträchtlich⁹. Man kann sich fragen, ob es angesichts der politischen Lage noch erhöht werden soll. Die Schwierigkeiten, denen die Republik bei den Entwicklungsländern, namentlich bei den afrikanischen Staaten, begegnet, sind bekannt. Sie haben sich von dort aus auch auf die UNO ausgewirkt, die sich schon verschiedentlich mit Südafrika befasst hat. Ohne vollständig sein zu wollen möchten wir hier lediglich einige der wichtigsten UNO-Resolutionen betreffend Südafrika herausgreifen:

Am 7. August 1963 stimmt der Sicherheitsrat der UNO einer Resolution zu, in der alle Staaten aufgefordert werden «à mettre fin à la vente et à l'expédition d'armes, de munitions et de véhicules militaires à l'Afrique du Sud»¹⁰.

5. Das Dokument befindet sich vermutlich in einem gesperrten Dossier, vgl. Anhang X, Verzeichnis nicht freigegebener Dossiers der Eidgenossenschaft im Schweizerischen Bundesarchiv.

6. Vgl. das Schreiben von O. Morand an die Nationalbank, die Finanzverwaltung des Finanz- und Zolldepartements und an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 23. Dezember 1965, E 2001(E) 1978/84 Bd. 359 (B.73.0).

7. J. Leemann.

8. Vgl. das Schreiben von P. Micheli an E. Stopper und M. Redli vom 6. April 1966, dodis.ch/31062 sowie das Schreiben von P. Micheli an W. Schwegler vom 15. April 1966, E. 2200.178(-) 1978/167 Bd. 5 (521.6).

9. Zur Höhe des schweizerischen Kapitalexports vgl. das Schreiben von E. Thalman an B. Turrettini vom 21. September 1966, dodis.ch/31066 sowie das Schreiben von O. Morand an R. Hunziker vom 8. November 1966, dodis.ch/31053.

10. Vgl. dazu das Schreiben von L. Musy an die Abteilung für politische Angelegenheiten vom 8. August 1963, E 2210.5(-) 1976/193 Bd. 8 (Inf. IV. 35).

Am 10. Dezember des gleichen Jahres wird im politischen Spezialkomitee der UNO eine Resolution eingebracht und angenommen, derzufolge sämtliche Staaten aufgefordert werden, unverzüglich alle Massnahmen zu ergreifen, damit Südafrika abgeschreckt werde, seine Apartheidpolitik weiterzuführen¹¹.

Am 15. Dezember 1965 erfolgt die Annahme einer Resolution durch die Generalversammlung der UNO, mit welcher die Apartheidpolitik Südafrikas verurteilt und diese als eine Bedrohung des Weltfriedens bezeichnet wird. Die Versammlung empfiehlt dem Sicherheitsrat, weltumfassende Sanktionen gegen Südafrika anzuordnen. Darüber hinaus werden alle Staaten aufgefordert, Südafrika keine Waffen und kein strategisches Material mehr zu verkaufen. Den grössten Handelspartnern Südafrikas wird ferner nahegelegt, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Republik einzustellen, da sie nur die Regierung in Pretoria dazu ermuntere, die öffentliche Weltmeinung herauszufordern und die Apartheidpolitik beschleunigt anzuwenden¹².

Als Nichtmitglied der Vereinten Nationen ist die Schweiz natürlich an die Resolutionen dieser Organisation – auch wenn sie sich nicht nur an die Mitglieder, sondern «à tous les états» zu wenden pflegt – nicht gebunden. Indessen hat sich schon bei anderen Gelegenheiten (so z. B. im Herbst 1963, als wir genötigt waren, uns der Resolution des UNO-Sicherheitsrates betreffend Kriegsmaterialembargo gegenüber Südafrika durch einen entsprechenden autonomen Beschluss recht weitgehend anzuschliessen¹³, und erst neuerdings wieder hinsichtlich der wirtschaftlichen Massnahmen gegenüber Rhodesien¹⁴) gezeigt, dass wir solche Resolutionen in unserem eigenen Interesse auch nicht vollständig ignorieren können. Sie bedeuten vielmehr für uns ebenfalls ein neues wichtiges Element in der Beurteilung der Lage. Im Falle Südafrikas kommt hinzu, dass die Rassenpolitik der Republik auch unseren eigenen Grundsätzen widerspricht. Die solidarische Haltung Südafrikas gegenüber Rhodesien (Umgehung der Sanktionen, namentlich im lebenswichtigen Ölsektor, im Widerspruch zu den Rhodesienresolutionen des Sicherheitsrates) hat die Situation seither nur noch komplizierter gestaltet.

Von diesem politischen Standpunkt aus betrachtet liegt der Schluss nahe, dass es besser wäre, vorderhand von der Gewährung weiterer grösserer Kredite und Anleihen an Südafrika Umgang zu nehmen. Sollten Sie trotzdem den Überbrückungskredit von 60 Mio. Franken gewähren wollen – an dem schweizerische Kapitalien, wenn wir Ihre Darlegungen richtig interpretieren, mit ca. 20–30 Mio. Franken beteiligt wären –, so wäre klar zu machen, dass eine Bewilligung für die vorgesehene Kreditgewährung noch in keiner Weise eine Zusage dafür in sich schliesst, dass später auch für die Auflage der beabsichtigten Konsolidierungsanleihe in der Schweiz eine Bewilligung erteilt wird.

11. Vgl. dazu das Telegramm Nr. 157 von E. Thalmann an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements vom 12. Dezember 1963, *ibid*.

12. Vgl. dazu das Schreiben von E. Thalmann an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements vom 14. Januar 1966, *Doss. wie Anm. 6*.

13. Vgl. *Dok. 7*, *dodis.ch/31045*, *Anm. 7*.

14. Vgl. dazu die Diskussion um die Befolgung der UNO-Sanktionen betreffend Rhodesien, *Dok. 120*, *dodis.ch/31085*, *Anm. 7*.

157

dodis.ch/30940

*Der schweizerische Botschafter in Washington, F. Schnyder,
an den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler¹*

VIETNAM

Washington, 29. Juni 1966

Nach der sehr wohl gelungenen Eröffnung des «Swiss Center» in New York², der Herr Bundesrat Wahlen³ insbesondere mit seiner grossen Rede über die Stellung der Schweiz in der Welt⁴ am 22. d. M. das Gepräge gegeben hatte, bot sein anschliessender Besuch in Washington D. C. Gelegenheit zu manchen höchst nützlichen Kontakten. Ich bedaure nur, dass er Staatssekretär Dean Rusk, der eben an eine SEATO-Konferenz in Australien verreiste, nicht treffen konnte.

Es schien mir dagegen besonders wertvoll, dass ein kurzer Besuch bei Governor Averell Harriman (H.) im Staatsdepartement Herrn Wahlen, den ich begleitete, erlaubte, persönlich nochmals die schweizerische Bereitschaft zur Leistung guter Dienste⁵, im Rahmen der Voraussetzungen der schweizerischen Praxis, zu betonen.

H[*arriman*] brachte bei dieser Gelegenheit seinerseits das starke Interesse der USA an einer internationalen Aktion zum Ausdruck, die den kriegerischen Konflikt in Vietnam einer Lösung auf dem Verhandlungsweg näher bringen würde.

In diesem Zusammenhang erinnerte er sich daran, dass der Botschafter von Nordvietnam in Peking⁶ sich vor einigen Monaten durch seinen schweizerischen Kollegen⁷ den Text des Exposé von Dr. Probst⁸ über die schweizerischen guten Dienste verschaffte. Er würde es sehr schätzen, wenn man schweizerischerseits in Erfahrung bringen könnte, ob die Regierung in Nordvietnam in diesem Dokument praktische Möglichkeiten sieht, die sich im Vietnamkonflikt vielleicht ausnützen liessen.

Eine solche Erkundigung sollte aber, wie H[*arriman*] sogleich beifügte, aus eigener schweizerischer Initiative unternommen werden. Jeder Eindruck

1. *Politischer Bericht Nr. 44*: E 2300-01(-) 1973/156 Bd. 10 (A.21.31). *Beigelegte Notiz von F. Schnyder*: Mit besten Grüssen. Ihr sehr ergebener F. Schnyder, Ambassador of Switzerland. Eine Kopie des Washingtoner Berichts geht an Herrn Bundesrat Wahlen.

2. *Vgl. Doss*. E 2200.36(-) 1976/154 Bd. 43 (K.30.21.5).

3. *Zum Einsatz von alt Bundesräten für aussenpolitische Missionen vgl. Dok. 167*, dodis.ch/30917, *Anm. 4*.

4. *Vgl. den Entwurf zur Rede von F. T. Wahlen vom 21. Juni 1966*, J I.153(-) 1996/431 Bd. 21 (149).

5. *Zur Vertretung der amerikanischen Interessen auf Kuba vgl. Dok. 101*, dodis.ch/31456, *bes. Anm. 10*.

6. *Tran Tu Binh*.

7. *H. Keller*.

8. *Vgl. Dok. 144*, dodis.ch/31184, *Anm. 6*.

bei den Nord-Vietnamesen, dass eine Aktion auf amerikanischen Wunsch unternommen werde, verurteile diese von vornherein zum Scheitern.

H[*arriman*] liess uns ferner vertraulich wissen, dass alle anderen Versuche einer nützlichen Fühlungnahme mit Hanoi bisher vollkommen ergebnislos geblieben seien, auch diejenigen einer Inanspruchnahme des kanadischen Botschafters Ronning (vgl. die beiliegenden Zeitungsausschnitte⁹). Ronning sei einer der westlichen Diplomaten, die für das Regime in Peking am meisten Verständnis bewiesen hätten. Trotzdem und trotz des grossen chinesischen Interesses an kanadischen Weizenlieferungen habe Ronning nun nicht einmal die Erlaubnis zum Besuch von China erhalten.

Aus dem weiteren Gespräch ergab sich, dass man amerikanischerseits offenbar auch mit einem gewissen russischen Interesse an der Beendigung des Krieges in Vietnam auf dem Verhandlungsweg rechnet. Wenn die Russen und ihre Verbündeten in dieser Richtung wirken (wofür es einige Anhaltspunkte gibt¹⁰), müssen sie das aber mit Rücksicht auf ihre besonderen Schwierigkeiten mit den Chinesen sehr diskret tun.

In diesem Zusammenhang bemerkte H[*arriman*], dass das Regime von Ho Chi-Minh in seiner gegenwärtigen Auseinandersetzung mit Südvietnam und den USA weitgehend auf Lieferungen aller Art aus China angewiesen sei, während es von der UdSSR nur defensive militärische Hilfsmittel, wie Luftabwehrraketen, erhalte.

Trotzdem sei nicht daran zu zweifeln, dass Hanoi sich gegenüber China ein nicht unbeträchtliches Mass von Selbstständigkeit zu bewahren gewusst habe. Das habe übrigens auch seine Teilnahme am Moskauer Parteikongress, gegen den Willen von Peking, unlängst bewiesen.

Wie H[*arriman*] ferner bemerkte, zeige sich Hanoi in seinem Auftreten nach aussen immer eine deutliche Nuance weniger brutal als Peking. Die jüngsten innenpolitischen Auseinandersetzungen in China¹¹ seien übrigens, in Bezug auf das, was die Welt von dieser Macht zu erwarten haben werde, kaum sehr zuversichtlich zu beurteilen. Offenbar seien dort die Verfechter der «harten Linie» daran, sich schon jetzt, bevor Mao Tse Tung verschwinde, sich alle wesentlichen Machtpositionen im Innern zu sichern.

Im weiteren Gespräch wurde auch auf die weittragende allgemeine Bedeutung der Auseinandersetzung in Vietnam, zum Beispiel auf die jüngere Entwicklung in Indonesien, hingewiesen. H[*arriman*] betonte erneut, die unerschütterliche Entschlossenheit des Präsidenten¹², den Einsatz seiner Streitkräfte

9. Doss. wie Anm. 1.

10. Fussnote im Originaltext: Andeutungen in diesem Sinn machte mir gegenüber gestern auch der Botschafter der Tschechoslowakei. Als besonders schwerwiegende Folge des Kriegszustands in Vietnam bezeichnete er die Tatsache, dass wichtige andere weltpolitische Fragen deswegen offenbar nicht wirksam angepackt werden können. Er erkennt auch die Gefahr nicht, dass mit der wachsenden Ungeduld der öffentlichen Meinung mit der Lage in Vietnam nun in Amerika eher die «Hawks» die Oberhand gewinnen dürften (was die Entwicklung der Kriegshandlungen in Vietnam neuerdings zu bestätigen scheint).

11. Zur Situation in China vgl. Dok. 167, dodis.ch/30917 und Dok. 175, dodis.ch/30922.

12. L. B. Johnson.

bis zur Erreichung seiner limitierten Ziele und mit der diesen limitierten Zielen entsprechenden Zurückhaltung (!) durchzuhalten.

Schliesslich kam er nochmals auf den amerikanischen Wunsch nach einer Lösung des Konflikts auf dem Verhandlungsweg zurück. Wie er erklärte, erscheine als das einzige wesentliche Hindernis für die Aufnahme von Verhandlungen momentan eine der Bedingungen von Hanoi, die Bedingung nämlich, dass die «Nationale Befreiungsfront» als alleiniger Sprecher von Südvietnam an Verhandlungen teilnehmen sollte. Das sei selbstverständlich für Amerika unannehmbar. Alle anderen Bedingungen seien dagegen durchaus nicht unrealistisch, mit Einschluss derjenigen eines Abzugs der amerikanischen Streitkräfte und einer Liquidation aller amerikanischen Militärbasen in Vietnam, vorausgesetzt, dass dazu der nötige zeitliche Spielraum offen bleiben würde.

Bevor sich Herr Bundesrat Wahlen von H[arriman] verabschiedete, äusserte dieser nochmals seine Dankbarkeit und sein Interesse für jede Initiative der Schweiz, die dazu führen könnte, den Konflikt in Vietnam beenden zu helfen.

Der Vollständigkeit halber sei schliesslich noch erwähnt, dass H[arriman] in unserem Gespräch auch die amerikanischen Kriegsgefangenen in Nordvietnam und seine bezüglich kürzlichen Besprechungen mit dem Präsidenten des IKRK¹³ in Genf erwähnte.

[...] ¹⁴

13. S. Gonard.

14. Das Dokument endet mit einem Postskriptum vom 1. Juli 1966: Wie Undersecretary Ball gestern im «Hearing» des Auswärtigen Komitees im Senat erklärte, bedeuten die gesteigerten Luftangriffe, gerichtet gegen die Ölvorräte in Nordvietnam, – die Verwaltung will sie übrigens nicht als «Escalation» gelten lassen – durchaus nicht etwa, dass die amerikanische Regierung nicht mehr an Verhandlungen interessiert wäre; im Gegenteil.

Interne Notiz des Politischen Departements¹

SCHWEIZERISCHE TECHNISCHE HILFE FÜR PERU.
 TOUR D'HORIZON MIT DEM NEUEN GENERALSEKRETÄR
 DES AUSSENMINISTERIUMS, BOTSCHAFTER DR. JAVIER PÉREZ DE CUÉLLAR²,
 MONTAG, 11. JULI 1966

Lima, 15. Juli 1966

1. Bundesprojekte

Ich gebe einen kurzen Überblick über die Entwicklung während des abgelaufenen Jahres und erwähne, dass die Budgetkürzungen eine gewisse Verzögerung in der Ausfertigung der Verträge gebracht haben, dass aber die praktische Durchführung der Projekte nicht darunter litt. Die Fortschritte seien erfreulich, die Aussichten gut, und es schein zur Zeit, dass auch die Vertragsabschlüsse nun gefördert werden könnten.

Ich konstatiere, dass Herr Pérez gut orientiert ist und grosses Interesse zeigt. Er offeriert, uns bei allen Schwierigkeiten zu helfen. Ich vereinbare mit ihm, dass Herr Dr. Burri ihn in den nächsten Tagen aufsucht, um ihn im einzelnen über den heutigen Stand der Projekte, seine Probleme und seine Ideen für die nächste Zukunft zu orientieren. Sobald wir seine Hilfe oder seinen Rat beanspruchen müssen, zum Beispiel im Zusammenhang mit den Verträgen, würden wir uns dann gestatten, gemeinsam vorzusprechen. Dieses Vorgehen wurde vorgängig mit Herrn Dr. Burri abgesprochen und entspricht unseren Bedürfnissen und der Arbeitsweise der Beteiligten am besten. Die Botschaft bleibt für alles Wesentliche eingeschaltet, ohne dass der enge persönliche Kontakt zwischen Herrn Pérez und Herrn Burri, wie er schon in Bern bestand, gestört würde. Die gesellschaftlichen Beziehungen zu Dr. Pérez werde ich natürlich speziell pflegen.

2. Ayaviri³

Unmittelbar nach seiner Ankunft in Lima hat sich Herr Pérez mit dem Dossier Ayaviri befasst. Er sagte mir, dass er sehr beeindruckt gewesen sei vom Interesse von Herrn und Frau Bonvin und vom Einfluss und der Aktivität von Maître Roulet. Er habe auch einen guten Eindruck vom zukünftigen Leiter des Projektes, Herrn Fischer, erhalten.

Hier habe er konstatiert, dass die Kompetenzstreitigkeiten zwischen den drei Ministerien Landwirtschaft, Arbeit und Äusseres und gewisse Widerstände

1. Notiz (Kopie): E 2001(E) 1978/84 Bd. 909 (C.41.111). Verfasst von H. Hess. Kopien an A. R. Lindt, an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements und an K. Burri.

2. Handschriftliche Marginalie: ex Ambassadeur à Berne.

3. Zum Schweizer Projekt in Ayaviri vgl. den Bericht von O. Roulet vom August 1965, dodis.ch/31556.

in den beiden Sachministerien die Angelegenheit ungebührlich verzögert habe. Die Schätzungskommission habe zwar kürzlich ihre Arbeit beendet und habe festgestellt, dass San Juan einen Wert von 4 Mio. Soles habe. Nun behaupte aber das Landwirtschaftsministerium, dass sein Budget diesen Betrag nicht enthalte, während das Finanzministerium erkläre, es könne keine ausserordentlichen Gelder zuteilen, man müsse auf nächstes Jahr warten. Er, Pérez, finde das skandalös. Er betrachte es als persönliche Ehrensache, so rasch wie möglich eine Lösung zu finden⁴.

Am 13. Juli empfangen der Präsident⁵ den Aussenminister⁶ und seine Mitarbeiter, und er werde den Fall dabei vortragen. Er werde sagen, die Schweiz habe Peru als Schwerpunkt für seine technische Hilfe ausgewählt, sei schon heute in vielen Projekten⁷ engagiert und habe nun für Ayaviri weitere 1,5 Mio. Franken Bundesgelder vorgesehen⁸. Wenn Peru nicht seinerseits seine Versprechungen und Verpflichtungen halte, würde in der Schweiz eine so grosse Enttäuschung ausgelöst, dass man die Hilfsbereitschaft der Schweiz aufs Spiel setzen würde. Peru müsse daher sofort die 4 Mio. Soles mobilisieren.

Bereits am Nachmittag des 13. Juli sagte mir der Protokollchef⁹, der ebenfalls an der Konferenz mit dem Präsidenten anwesend war, Herr Pérez habe tatsächlich mit ganz grossem Geschütz für Ayaviri gekämpft. Er habe den Präsidenten überzeugen können, dass man nicht wegen 4 Mio. Soles die technische Hilfe der Schweiz gefährden dürfe. Herr Pérez habe den Auftrag erhalten, mit den zuständigen Ministerien eine sofortige Lösung zu finden.

Meine Bemerkungen: Ich habe mich selbstverständlich gehütet, den Eifer von Herrn Pérez irgendwie zu dämpfen. Wir brauchen diesen Eifer und müssen uns glücklich schätzen, dass wir nun in der peruanischen Verwaltung an massgebender Stelle einen so guten Anwalt haben. Ich bestätigte ihm auch noch ausdrücklich, dass es auch meines Erachtens in der Schweiz grosse Enttäuschung auslösen würde, wenn man nach all den Vorbereitungen für Ayaviri ein weiteres Jahr warten müsste mit der Unterzeichnung des Vertrages¹⁰.

Bei mir selber dachte ich aber, dass es natürlich auch seine Kehrseite hat, das Landwirtschafts- und Finanzministerium in dieser Weise zu forcieren. Von beiden hängen wir auch für unsere Regierungsprojekte ab, und den Präsidenten und den Gesamtkomplex der schweizerischen Hilfsbereitschaft kann man nicht zu oft als «Bölimann» brauchen. Dazu kommt, dass Herrn Fischers Aufgabe nicht leichter wird, wenn die verschiedenen Dienste des Landwirtschafts-

4. Zum Abschluss der Verhandlungen über den Projektvertrag für Ayaviri vgl. das Schreiben von H. Hess an A. R. Lindt vom 28. Oktober 1966, dodis.ch/31407.

5. F. Belaúnde Terry.

6. J. Vásquez Salas.

7. Über die landwirtschaftlichen Projekte der Schweiz in Peru vgl. die Berichte von G. Perraudin vom November 1964, dodis.ch/31552 und von K. Burri vom 15. Februar 1965, dodis.ch/31352.

8. Zu den Abkommen über die Entwicklungszusammenarbeit mit Peru vgl. Dok. 134, dodis.ch/31350, das BR-Prot. vom 23. April 1965, dodis.ch/31348 und das BR-Prot. Nr. 1329 vom 17. Juli 1964, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 687.2.

9. J. Balbuena Camino.

10. Vgl. Anm. 8.

ministeriums von oben herab gezwungen werden, Mittel für den Kauf von San Juan frei zu machen und damit vielleicht andere Projekte zu kürzen, von denen sie mehr überzeugt sind.

Im Moment gibt es allerdings für Bern und für mich nichts anderes als Maître Rouillet voll zu unterstützen. Später aber werden wir uns wieder darauf besinnen müssen, dass wir mit unseren Einflussmöglichkeiten haushalten müssen und dass alle Projekte, so auch die Regierungsprojekte, davon profitieren sollten. Ayaviri wird uns, bei allem Bestreben von Maître Rouillet nach völliger Unabhängigkeit vom Bund, wohl immer wieder beschäftigen.

3. Pestalozzidorf¹¹ der Indianermission unter Herrn Halter

Ich berichte Herrn Pérez von meinem Besuch in Huariaca und meinem ausgezeichneten Eindruck des «Plan Pestalozzi» und der Wirkung unseres Regierungsprojektes im Tale von Huariaca, das nun in Zusammenarbeit mit der Landreform durchgeführt werden soll. Es scheint mir, dass Herr Pérez dem Einsatz unserer Experten im Rahmen der grossen Regierungsaufgaben Landreform, SIPA und Bewässerungsanlagen (San Lorenzo und Arequipa) sehr sympathisch gegenübersteht.

4. Senati¹²

Ich orientierte Herrn Pérez über die Anfangsschwierigkeiten, die Verzögerungen des Projektes und die Enttäuschung der Experten. Die schwierigste Zeit scheint nun aber vorbei, da man heute weiss, dass am 1. August die Lehrlinge ihren allgemeinen Kurs beginnen und am 1. November unsere Experten mit ihren Spezialkursen starten können.

Die lange Anlaufzeit hat erlaubt, dass die ausländischen Experten und die peruanische Leitung des SENATI sich etwas aneinander gewöhnt und praktikable Kompromisse gefunden haben. Bei uns hat sich besonders günstig die Bildung eines beratenden Ausschusses der Schweizerkolonie (die Herren Helbling, Crochi und Reiser jun.) ausgewirkt, welcher unseren Experten beratend und vermittelnd zur Seite stand. Zur Zeit haben wir keine Hilfe nötig. Herr Pérez offerierte sich aber für alle Fälle, jederzeit einzugreifen, eventuell auch mit Direktor Romero, den er persönlich gut kennt – wie ich übrigens auch –, zu sprechen.

11. Zum Projekt Pestalozzidorf vgl. das Schreiben von R. Fässler an A. R. Lindt vom 9. September 1964, dodis.ch/31409.

12. Zum Projekt SENATI vgl. das Schreiben von H. Hess an A. R. Lindt vom 19. November 1965, dodis.ch/31408.

159

dodis.ch/30964

*Die schweizerische Botschaft in Washington an das Politische Departement
und die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements¹*BETRIFFT SCHWEIZERISCHE POLITIK FÜR KRIEGSMATERIALEXPORTE
NACH DEN USA UND IHRE ALLFÄLLIGE AUSWIRKUNG
AUF LÖSUNG UHRENZOLLFRAGE²

Washington, 26. Juli 1966, 21.30 Uhr

1. Einer Aktennotiz 17. Juni von Dr. Probst über Hispano-Suiza³ entnehmen wir, dass schweizerischerseits zwar offenbar kein formelles Embargo für Kriegsmaterialexporte nach USA erlassen wurde, dass aber Lieferungen an amerikanische Truppen in Vietnam doch schweren Bedenken begegnen dürften. Nehmen an, dass es sich vorläufig um Prüfung eines Einzelfalles handelte und dass schweizerische Regierung bezüglich Kriegsmaterialausfuhren nach USA nicht vor Notwendigkeit gestellt ist, ihre Haltung prinzipiell festzulegen und publik zu machen. Von hier aus gesehen erschiene solcher Entscheid auf jeden Fall, besonders im Hinblick auf roll-back⁴ Verfahren, höchst heikel.

2. Bejahung der Verteidigungswichtigkeit der amerikanischen Uhrenindustrie und damit verbundene Minimierung unserer Aussichten auf Senkung amerikanischer Uhrenzölle konzentriert sich auf Frage, ob USA für Deckung ihres Bedarfes an Geschosszündern weitgehend auf einheimische Uhrenindustrie angewiesen. In gegenwärtigem Zeitpunkt scheint dies in starkem Masse der Fall zu sein, eine Situation, aus welcher amerikanische Uhrenproduzenten Kapital schlagen für Uhrenzollfrage. Um jegliche Bedenken der amerikanischen Amtsstellen in dieser Hinsicht zu beruhigen und zu zerstreuen, haben unsere Anwälte im Einvernehmen mit Euch und uns Bereitschaft der schweizerischen Behörden erklärt, ihre guten Dienste zu offerieren für von uns als kaum wahrscheinlich betrachteten Fall, dass in Belieferung der USA mit Zünderbestandteilen wie auch zu ihrer Fabrikation nötigen Maschinen Schwierigkeiten befürchtet werden sollten. Dieses Angebot «technischer Hilfe» kann möglicherweise zu ausschlaggebenden Atout für zufriedenstellende Lösung Uhrenzollproblemes⁵ werden, entkräftet es doch weitgehend die emotional zugkräftigste These unserer Widersacher.

3. Folgender Vorfall veranlasst uns, Euch auf diese Zusammenhänge aufmerksam zu machen. Ein im Ruhestand lebender USA-Oberst⁶ nunmehr als

1. Telegramm Nr. 463 (Empfangskopie): E 2001(E) 1978/84 Bd. 440 (B.51.14.21.2). Erhalten: 27. Februar 1966, 9.55 Uhr.

2. Vgl. dazu auch die Notiz von P. Micheli an A. Weitnauer vom 27. Juli 1966, dodis.ch/30992.

3. Vgl. Doss. wie Anm. 1.

4. Vgl. Dok. 76, dodis.ch/30950, Anm. 13 und Dok. 77, dodis.ch/30957.

5. Vgl. Dok. 11, dodis.ch/30947; Dok. 33, dodis.ch/30948 sowie Dok. 110, dodis.ch/30954.

6. Nicht identifiziert.

consulting engineer für Rüstungsfirmen tätig, richtete Anfrage an uns, ob damit zu rechnen sei, dass Schweizer Regierung Embargo auf Kriegsmateriallieferungen nach USA verhängen werde. Einer seiner Kunden hätte ihm gestützt auf vertrauenswürdige Quelle mitgeteilt, dass Schweiz derartige Schritte, die eigentliches Kriegsmaterial, Bestandteile – Pinions wurden ausdrücklich erwähnt – sowie Maschinen zur Herstellung von Zünderteilen – der Name Tornos fiel – in Erwägung ziehe. Nach einigem Zögern gab Gesprächspartner Quelle seiner Information bekannt: «a small watch company in the middle west». Es ist nicht auszuschliessen, dass unsere Widersacher von unserem Angebot, das sie an empfindlicher Stelle trifft, Wind bekommen haben und zum Gegenschlag ausholen. Ein persönliches Gespräch Herzsteins mit unserem Informator in New York wird vielleicht zeigen, ob unsere Vermutungen richtig sind oder nicht⁷.

4. Eure bisherigen Erörterungen mit der schweizerischen Rüstungsindustrie über Frage Exportbewilligung scheinen sich nicht auf Lieferungen von Zünderbestandteilen bezogen zu haben. Bei Letzteren handelt es sich ja um traditionelle und nicht von vorneherein unbedingt rüstungswichtige Exporte (courant normal) die von allfälligen Ausfuhrbeschränkungen kaum erfasst werden dürften. Das Gleiche dürfte auch für «pinions and gears making machinery» zutreffen, deren Verwendungszweck sehr vielfältig sein kann. Jedenfalls wünschbar Fragen von Kriegsmateriallieferungen nach den USA möglichst ad hoc zu behandeln und auf diesem Gebiet jede Verlautbarung zu vermeiden, die uns in Verlegenheit bringen und Verdacht aufkommen lassen könnte, dass wir gemachte Bereitschaftserklärung nicht zu honorieren in der Lage wären. Eine Behandlung dieser Angelegenheit unter Berücksichtigung aller im Spiele stehenden Interessen hätte wohl auch der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die USA für die Befriedigung unserer eigenen Rüstungsbedürfnisse sich aussergewöhnlich entgegenkommend zeigen (Lieferung von Material, das an sich nur an Verbündete verkauft wird, Mirage⁸ Erprobung, etc.), wie Euch der kürzlich von USA zurückgekehrte Chef KTA⁹ bestätigen wird¹⁰.

7. Zu diesem Gespräch vgl. das Telegramm Nr. 477 der schweizerische Botschaft in Washington an das Politische Departement und die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartement vom 3. August 1966, Doss. wie Anm. 1.

8. Zur Mirage-Affäre vgl. Dok. 180, dodis.ch/32042, Anm. 7.

9. F. Kuenzy.

10. Vgl. das Schreiben von A. Kaech an P. Micheli vom 5. August 1966, Doss. wie Anm. 1.

dodis.ch/31211

Notiz des Rechtsberaters des Politischen Departements, R. Bindschedler¹

ZUSAMMENARBEIT MIT SCHWEDEN AUF DEM GEBIET DER LANDESVERTEIDIGUNG

Bern, 16. August 1966

Die zunehmenden technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Rüstung für die Kleinstaaten haben den Gedanken einer Zusammenarbeit mit andern neutralen Kleinstaaten nahe gelegt. Durch ein solches Vorgehen könnte eine Rationalisierung im Aufbau der Landesverteidigung erreicht werden. Bereits am 29. November 1963² hat der Bundesrat beschlossen, mit Schweden die erforderlichen Kontakte im Hinblick auf eine Verstärkung der Zusammenarbeit³ auf dem Gebiete der totalen Landesverteidigung zu pflegen. Anlässlich des Besuches des schwedischen Aussenministers Nilsson am 30. März 1965⁴ hat deshalb Bundesrat Wahlen die Anregung⁵ gemacht, die bisherige Zusammenarbeit zu verstärken. Aussenminister Nilsson hat diesen Vorschlag positiv zur Prüfung entgegengenommen⁶. In der Folge ernannten beide Staaten Ausschüsse⁷, die am 20./21. Oktober 1965⁸ in Bern, vom 30. März bis 1. April 1966⁹ in Stockholm und vom 24. bis 26. Mai 1966¹⁰ in Luzern zusammentraten. Es wurden die verschiedenen Gebiete, auf denen eine Zusammenarbeit möglich und zweckmässig erschien, geprüft und die Einzelheiten des Verfahrens festgelegt.

In der Aufzeichnung über die Besprechungen in Luzern¹¹ empfehlen die beiden Delegationen ihren Regierungen, den Grundsatz der Zusammenarbeit in einem *Notenwechsel*¹² festzulegen und darin die zuständigen Dienstabteilungen zu ermächtigen, durch Austausch von Informationen oder auf andere Weise auf militärtechnischem Gebiet zusammenzuarbeiten. Die Regeln für die Zusammenarbeit und die Einzelheiten des Verfahrens sollen Gegenstand

1. *Notiz*: E 2807(-) 1974/12 Bd. 23 (043.2-02).

2. *BR-Prot. Nr. 2227 vom 29. November 1963*, dodis.ch/30312.

3. *Zur militärischen Zusammenarbeit mit Schweden vgl. Dok. 73*, dodis.ch/31207 und *bes. Anm. 5*.

4. *Zum Besuch des schwedischen Aussenministers, T. Nilsson, vom Mai 1965 vgl. Dok. 73*, dodis.ch/31207, *Anm. 3*.

5. *Vgl. Dok. 73*, dodis.ch/31207.

6. *Vgl. das Protokoll der Arbeitssitzung vom April 1965*, dodis.ch/21273, S. 17 f.

7. *Zur Bildung der Ausschüsse vgl. den gemeinsamen Antrag des Politischen Departements und des Militärdepartements an den Bundesrat vom 20. April 1966*, dodis.ch/31918 und *das Schreiben von P. Chaudet an F. T. Wahlen vom 5. April 1965*, E 2001(E) 1979/28 Bd. 12 (B.51.13.09).

8. *Vgl. den gemeinsamen Antrag des Politischen Departements und des Militärdepartements an den Bundesrat vom 20. April 1966*, dodis.ch/31918.

9. *Vgl. Anm 8 und das BR-Prot. Nr. 933 vom 10. Mai 1966*, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 709.1.

10. *Ibid.*

11. *Vgl. die Notiz von A. Kaech vom 26. Mai 1966*, E 5560(D) 1996/188 Bd. 143 (241.3.31).

12. *Zur Frage der Wünschbarkeit eines Abkommens vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 28. Sitzung vom 29. April 1966*, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4.

identischer Richtlinien sein, die jedoch beide Regierungen autonom erlassen. Beide Delegationen einigten sich über den materiellen Inhalt dieser Richtlinien. Der Bundesrat genehmigte diese Empfehlungen mit Beschluss vom 13. Juni 1966¹³ und erliess damit auch die Richtlinien.

Nach Genehmigung der Empfehlungen durch die schwedische Regierung erfolgte der vorgesehene *Notenaustausch* am 4. August 1966¹⁴ zwischen dem Chef des Politischen Departements¹⁵ und dem schwedischen Botschafter¹⁶ in Bern.

Gemäss den *Richtlinien* kann die Zusammenarbeit in Form von Austausch von Informationen, gemeinsamer Forschung, Projektierung und Beschaffung, gemeinsamer Benützung von Einrichtungen für Ausbildungs- und Erprobungszwecke oder auf andere Weise erfolgen. Sie kann auch Fragen der totalen Landesverteidigung umfassen, sowie die Erörterung der rechtlichen Aspekte von Krieg, Neutralität und Abrüstung. Die beiden Regierungen treffen ihre Entscheide über jedes konkrete Gebiet auf Grund von *Empfehlungen*, die ihnen eine *Gemischte Kommission* (gebildet aus je vier Vertretern jeder Seite) vorlegt. Die Gemischte Kommission ist für die Überwachung der Zusammenarbeit und die Prüfung und Abklärung aller damit zusammenhängenden Fragen zuständig. Für jedes Gebiet, für das durch die Regierungen eine Zusammenarbeit beschlossen wurde (Zusammenarbeitsprojekt), ist durch die zuständigen Dienstabteilungen eine besondere Regelung für eine bestimmte Zeitdauer zu treffen. Die Dienstabteilungen bezeichnen je einen Projektleiter, die direkt miteinander verkehren.

Man einigte sich bereits auf eine Liste von zehn Gebieten¹⁷, auf denen die Zusammenarbeit aufgenommen werden soll. Es handelt sich vorerst durchwegs um Informationsaustausch; es wird sich in der Folge zeigen, ob sich daraus auch eine materielle Zusammenarbeit ergeben wird. Es handelt sich um die Geländeverstärkung, individuelle Ausrüstung, Verteidigungsmedizin¹⁸, Fliegerabwehr, Panzerabwehr, Panzerkampfwagen, Kampfflugzeuge¹⁹, die Abwehr gegen C-Waffen und die Wasserversorgung und -aufbereitung.

Damit ist die Grundlage für die weitere Zusammenarbeit mit Schweden und ein Ausbau derselben in Zukunft geschaffen. Die notwendige Kontinuität ist sichergestellt. Nicht nur die Schweiz, sondern auch Schweden hat grosses Interesse an der Zusammenarbeit gezeigt. Schon der Austausch von Informa-

13. BR-Prot Nr. 1134 vom 13. Juni 1966, dodis.ch/31208.

14. Vgl. das *Kommuniqué des Politischen Departements vom 20. September 1966, Doss. wie Anm. 7.*

15. W. Spühler.

16. K. Böök.

17. *Beilage 4 zum gemeinsamen Antrag des Politischen Departements und des Militärdepartements an den Bundesrat vom 7. Juni 1966, Doss. wie Anm. 11. Vgl. ferner den Bericht über die Mission in Schweden vom 13. bis 16. Juni 1965 der Abteilung für Territorialdienst und Luftschutztruppen des Militärdepartements, Doss. wie Anm. 11.*

18. Vgl. dazu das Schreiben von Ch. Folletête an P. Chaudet vom 14. Februar 1964, E 5802(-) 1983/57 Bd. 36 (08-10).

19. Vgl. dazu das Dossier zum Besuch der schwedischen Fliegerkadettenschule in der Schweiz, E 2001(E) 1978/84 Bd. 7 (A.14.41).

tionen und gemachten Erfahrungen wird für beide Seiten von Vorteil sein. Die Schweiz wird auf diesem Wege auch über die Haltung der schwedischen Regierung zu gewissen heiklen politischen und völkerrechtlichen Problemen wie Abrüstung, Atombewaffnung²⁰ usw. orientiert werden, was für sie sehr wertvoll sein wird²¹. Der Informationsaustausch wird zeigen, ob man zu gemeinsamen Forschungen, gemeinsamen Entwicklungen von Kriegsmaterial und eventuell gemeinsamer Beschaffung gelangen kann. Zweifellos könnten auf diesem Wege eine Rationalisierung in der Kriegsmaterialbeschaffung und damit auch finanzielle Ersparnisse erzielt werden. Wir haben deshalb das grösste Interesse an der Fortsetzung und dem Ausbau der Zusammenarbeit mit Schweden²².

Politische Bedenken bestehen keine. Beide Staaten führen eine Neutralitätspolitik. Beide Regierungen legen grosses Gewicht darauf und sind sich darüber einig, dass die vorgesehene Zusammenarbeit in keiner Weise irgendeine Verpflichtung zu einer gemeinsamen politischen oder militärischen Haltung in einem Konflikt in sich enthält. Die Abmachungen halten sich im Rahmen der Neutralität²³.

20. Vgl. Dok. 73, dodis.ch/31207.

21. *Handschriftliche Marginalie*: bisher ungenügend.

22. Zum Besuch von P. Chaudet in Schweden vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 37. Sitzung vom 19. Mai 1964, dodis.ch/31864, S. 3; die Fotos vom August 1966, dodis.ch/31528; das Schreiben von F. Gygax an W. Spühler vom 30. August 1966, dodis.ch/31212; das BR-Verhandlungsprot. der 63. Sitzung vom 15. September 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 3 f.; das BR-Verhandlungsprot. der 7. Sitzung vom 1. Februar 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 2 und das BR-Verhandlungsprot. der 23. Sitzung vom 5. April 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 2.

23. *Handschriftliche Marginalie*: Schlussbemerkung.

161

dodis.ch/30976

Protokoll der Chefbeamtenbesprechung des Politischen Departements vom 18. August 1966¹

EINZIGES TRAKTANDUM: KRIEGSMATERIALLIEFERUNGEN AN DIE US-ARMEE IN EUROPA²

Vertraulich

[Bern,] 22. August 1966

Herr Micheli: Die heutige Sitzung gilt der Festlegung der Haltung unseres Departements in einem der schwierigsten Fälle auf dem Gebiete der Kriegsmaterialausfuhr³. Herr Probst wird eingeladen, sich einleitend dazu zu äussern.

1. *Protokoll*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 440 (B.51.14.21.2). Anwesend: W. Spühler, P. Micheli, A. R. Lindt, E. Thalmann, R. Bindschedler, F. Bieri, R. Probst, B. Dumont (*Protokoll*).

2. Vgl. dazu auch die Notiz von R. Probst vom 22. August 1966, dodis.ch/30994.

3. Für eine Übersicht über die Problematik des Kriegsmaterialexports vgl. Dok. 176, dodis.ch/31195.

Herr Probst beginnt mit einigen allgemeinen Bemerkungen zum Thema Kriegsmaterialausfuhr. Das gewöhnliche Neutralitätsrecht, das nur im Krieg Anwendung findet, verbietet zwar dem neutralen Staat als solchem, die Kriegführenden durch Lieferungen – vor allem auch von Kriegsmaterial – direkt zu unterstützen. Hingegen ist der neutrale Staat völkerrechtlich nicht gehalten, die Ausfuhr von Kriegsmaterial durch private Rüstungsbetriebe zu verhindern, sofern gleichmässig an beide Parteien geliefert wird. In Friedenszeiten bestehen dagegen für den ständig neutralen Staat bei der Ausfuhr von Kriegsmaterial rechtlich überhaupt keine Einschränkungen. Eine Grenze ist allerdings dort zu ziehen, wo in einem akuten politischen Konflikt mit dem Ausbruch eines Krieges gerechnet werden muss und Kriegsmaterial dauernd nur an eine der potentiellen Kriegsparteien geliefert oder ein Ausfuhrverbot dauernd nur gegenüber einer dieser Parteien erlassen wird. In der Schweiz ist die Ausfuhr von Waffen, Munition und übrigen Kriegsmaterial gemäss BRB vom 28. 3. 1949⁴ bewilligungspflichtig. Zuständig ist das Eidg. Militärdepartement, das in der Regel vor seiner Entscheidung das Politische Departement zu konsultieren hat. Das Verfahren spielt sich in zwei Phasen ab: Fabrikationsbewilligung – Ausfuhrbewilligung.

Die ständige bundesrätliche Praxis⁵ geht dahin, keine Kriegsmaterialexporte nach Gebieten zuzulassen, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen. Damit sind wir in unserer Politik auf diesem Gebiet über unsere völkerrechtlichen Verpflichtungen hinausgegangen. Die Beschränkungen, die wir uns damit auferlegen, bringen uns oft in ein Dilemma im Hinblick auf die Notwendigkeit der Erhaltung einer eigenen Rüstungsindustrie, die in gewisser Masse auf Exporte angewiesen ist. Im Sinne der dargelegten Politik hat der Bundesrat verschiedentlich Embargos verfügt, über welche Herr Probst kurz orientiert. Bis dahin wurde weder gegenüber den USA noch Nord- und Südvietnam ein Embargo ausgesprochen. Im Falle von Nord- und Südvietnam bestand dazu kein Anlass, da diese Staaten betreffend Kriegsmaterialbestellungen nie an uns gelangt sind. Von den USA sind bis dahin nur einzelne relativ unbedeutende Bestellungen eingegangen, welche ein Embargo gegenüber diesem Staat nicht gerechtfertigt hätten⁶.

Bei dem uns heute beschäftigenden Geschäft geht es um folgendes: Mitte Juni hat Herr Brugger, Verwaltungsrats-Delegierter der Hispano-Suiza, Genf, beim Generalsekretär vorgeschlagen, mit der Absicht, unsere Haltung zu sondieren im Hinblick auf ein in Aussicht stehendes umfangreiches Geschäft seiner Firma⁷. Es geht um eine sehr bedeutende Lieferung von 20 mm-Kanonen samt Munition an die amerikanischen Streitkräfte in der BRD. Der Gesamtauftrag umfasst die Lieferung von 4600 Kanonen und ca. 11–12 Millionen

4. Bundesratbeschluss über das Kriegsmaterial vom 28. März 1949, AS, 1949, I, S. 315–322. Vgl. auch das BR-Prot. Nr. 641 vom 28. März 1949, dodis.ch/6460.

5. Zu dieser sog. ständige[n] bundesrätliche[n] Praxis vgl. Dok. 28, dodis.ch/31386, Anm. 7.

6. Für weiterführende Angaben über die Bestellungen aus den USA vgl. die Notiz von P. Micheli an A. Weitnauer vom 27. Juli 1966, dodis.ch/30992.

7. Vgl. die Notiz Hispano Suiza von R. Probst vom 17. Juni 1966, Doss. wie Anm. 1.

Schuss Munition in einem Gesamtwert von ca. 74 Millionen Dollars. Davon wären durch die Hispano-Suiza 2300 Kanonen und ca. 4 Millionen Schuss im Werte von zusammen rund 40 Millionen Dollars (= 60% des Gesamtauftrages) zu liefern, während der Rest von der «Rheinmetall», der deutschen Lizenznehmerin der Hispano, in Fabrikation übernommen werden soll. Es ist beabsichtigt, die in Rede stehende Waffe (verwendbar sowohl als Flabgeschütz wie als eingebaute Kanone für Schützenpanzerwagen) zur Umbewaffnung der amerikanischen Truppen in der BRD zu verwenden. Der Vertrag läuft zwischen der deutschen Regierung und der Hispano-Suiza. Amerikanischerseits liegt eine Erklärung des amerikanischen Hauptquartiers in Frankfurt vor, dass die fraglichen Kanonen samt Munition für in Europa befindliche amerikanische Truppen bestimmt sind.

Der Generalsekretär hat Herrn Brugger zurückhaltend und unter Darlegung unserer grundsätzlichen Linie geantwortet. Er wies dabei darauf hin, dass auf jeden Fall zuallererst Gewähr dafür bestehen müsste und entsprechende verbindliche Zusicherungen abzugeben wären, dass das Material ausschliesslich für die in der BRD stationierten amerikanischen Truppen bestimmt sind und später nicht in Vietnam eingesetzt werden.

Unterdessen hat sich das Geschäft konkretisiert und dem EMD liegt zum Entscheid ein Fabrikationsbewilligungsgesuch der Hispano-Suiza im Betrage von 120 Millionen vor. Das EMD hat um unsere Stellungnahme ersucht⁸. Es steht ausser allem Zweifel, dass in einer Angelegenheit von solcher Tragweite ein Entscheid durch den Bundesrat erfolgen muss.

Herr Probst orientiert über die Politik Schwedens und Grossbritanniens auf diesem Gebiet. Während Schweden eine strikt negative Haltung einnimmt, ist die britische Position weniger starr, aber immerhin doch ebenfalls eher negativ. Es ist zu untersuchen, welche Argumente für und welche gegen ein Embargo sprechen. *Dafür* sprechen: unsere bisherige grundsätzliche Haltung; die Haltung anderer Länder in dieser Frage; insbesondere die Position Schwedens; die zu berücksichtigende Auffassung eines Teils der öffentlichen Meinung; allfällige von ausländischen Staaten zu gewärtigende Angriffe gegen die Schweiz.

Für eine Zulassung dieser Kriegsmaterialausfuhr sprechen unter anderem folgende Überlegungen: In erster Linie ist davon auszugehen, dass die USA eine Weltmacht mit weltweiten Verpflichtungen und einem einzigartigen Verantwortungsbereich sind. Vietnam ist nur einer der verschiedenen Schauplätze, an dem die USA engagiert sind. Für sie ist Vietnam nur ein Teilproblem. Im weiteren soll die Lieferung dieser Waffen an die USA mit Deutschland so geregelt werden, dass diese von der deutschen Regierung gekauft und der US-Armee zur Verfügung gestellt werden und es ist aus praktischen Gründen kaum denkbar, dass die Waffen nach Vietnam verschoben werden könnten. Die deutschen Schützenpanzerwagen sind heute bereits mit diesen Hispano-Kanonen ausgerüstet. Es besteht ein Interesse der NATO an der Standardisierung dieser Waffen innerhalb der NATO-Truppen. Bei erreichter Standardisierung dürfte die Verschiebung solcher Panzerwagen nach Vietnam

8. Vgl. das Schreiben von A. Kaech an P. Micheli vom 5. August 1966, Doss. wie Anm. 1.

erhebliche logistische Schwierigkeiten bereiten und scheint schon aus diesem Grunde wenig wahrscheinlich.

Die Haltung des EMD ist eindeutig positiv⁹. Ausserdem zeigt sich auch Genf sehr interessiert an diesem der Hispano erteilten Auftrag (Intervention von Ständerat Toche beim Generalsekretär¹⁰). Unser Entscheid wird dadurch noch komplizierter gestaltet, dass wir bei einem Embargo auch mit allfälligen Auswirkungen auf die Uhrenzollfrage¹¹ rechnen müssen. In diesem Zusammenhang weist Herr Probst auf folgendes hin: Die amerikanische Industrie weist im Rahmen der Rüstungsbedürfnisse hinsichtlich der Herstellung von Räder- und Zahnradwerken (pinions and gears) für Munitionszünder eine Produktionslücke auf¹². Es scheint in der Tat im gegenwärtigen Zeitpunkt offenbar nicht möglich zu sein, solche Bestandteile in den USA in genügendem Masse herzustellen, weshalb sie zum Teil in der Schweiz bezogen werden, deren Uhrenindustrie solche feinmechanischen Erzeugnisse herstellt. Neben dem Import des fertigen Erzeugnisses wird in Amerika zudem auch die Möglichkeit der Einfuhr von Maschinen zu deren Herstellung aus der Schweiz erwogen. In ihrem Kampf gegen den «Rollback» der Uhrenzölle¹³, haben sich die amerikanischen Uhrenproduzenten seit der Verschärfung des Vietnam-Konfliktes wieder vor allem des Argumentes der «Defence essentiality» bemächtigt. Sollte nun ein Kriegsmaterialembargo gegenüber den USA verfolgt werden, wovon auch die als Kriegsmaterial zu wertenden Zünderbestandteile betroffen würden, so würde dadurch der «Rollback» der amerikanischen Uhrenzölle stark gefährdet, wodurch unserer Uhrenindustrie beträchtlicher Schaden zu entstehen droht.

Abschliessend betont Herr Probst, dass diese Seite der Angelegenheit für den Entscheid nicht ausschlaggebend sein könne, dass es sich aber doch um Nebenwirkungen handle, deren wir uns bewusst sein müssen, bevor wir zu einem Embargo kommen. En passant erwähnt Herr Probst einen in der Monatsschrift «Deutsches Panorama» jüngst erschienenen Artikel¹⁴, in welchem ein auf das Jahr 1958 zurückgehendes Waffengeschäft zwischen dem Bundesverteidigungsministerium und der Hispano-Suiza aufgegriffen wird und der unerfreuliche Äusserungen über dieses Unternehmen enthält. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese polemischen Auslassungen von einer Konkurrenz der Hispano-Suiza stammen, die ihr das Geschäft abspenstig machen möchte.

Im Falle einer Zulassung der Lieferung müssen wir nach einem Ausweg aus unseren Schwierigkeiten suchen. Auf jeden Fall wäre von den USA eine

9. Vgl. Anm. 6.

10. Es handelt sich hier offenbar um einen Fehler im Protokoll. In Doss. wie Anm. 1 und Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 153 (B. 51.14.21.20) befindet sich kein Dokument zu einer Intervention von P. Torche, Freiburg, oder eines Ständerats aus Genf. Es handelt sich vermutlich um die Intervention von E. Brugger und R. Wüst, vgl. Anm. 7.

11. Vgl. das Telegramm Nr. 56 von A. Weimauer an die schweizerische Botschaft in Washington vom 1. August 1966, dodis.ch/30933. Vgl. ferner Dok. 11, dodis.ch/30947; Dok. 33, dodis.ch/30948 und Dok. 77, dodis.ch/30957.

12. Vgl. dazu Dok. 159, dodis.ch/30964.

13. Vgl. Dok. 76, dodis.ch/30950; Dok. 110, dodis.ch/30954.

14. Vgl. den Artikel Ein prächtiger Skandal vom 1. August 1966, Doss. wie Anm. 1.

präzisere Erklärung zu verlangen, dass diese Waffen in Europa bleiben (die vorliegende Erklärung enthält den Passus: "The equipment is for the exclusive use of the US-Army and will not be re-exported." Wörtlich genommen, würde eine Verschiebung der Waffen aus Deutschland nach Vietnam keinen Re-Export bedeuten). Im weiteren wäre eine Staffelung des Geschäfts auf längere Zeit zu prüfen. Es könnte die Fabrikationsbewilligung für eine erste Lieferung erteilt werden, womit die Exportbewilligung keineswegs präjudiziert wäre.

Herr Micheli: Es handelt sich zweifellos um einen schweren Entscheid, den der Bundesrat treffen muss. Formell ist das Militärdepartement federführend, das seinen Antrag in Fühlungnahme mit uns formulieren muss. Bei strikter Einhaltung der bisherigen Praxis des Bundesrates kommen wir zu einer Ablehnung, das heisst zum Embargo. Ein solcher Entscheid würde indessen der Situation doch nicht ganz entsprechen. Wir müssen die Verantwortung der USA als Weltmacht, die in Vietnam nur teilweise engagiert ist, berücksichtigen. Im übrigen ist die Standardisierung der NATO-Truppen schon vorher beschlossen worden und die vorliegende Bestellung scheint nicht im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg zu stehen. Diese Waffen sollen hauptsächlich dazu dienen, die zur Verteidigung Europas bestimmten Truppen schlagkräftiger zu machen. Wir sollten uns bemühen, nach einer Mittellösung zu suchen, die vor allem in der Abgabe genauerer Erklärungen seitens der USA bestehen würde. Die Angelegenheit wird nicht geheim bleiben und der Bundesrat wird seinen Entscheid in der Öffentlichkeit begründen müssen.

Herr Bindschedler erwähnt zunächst als historische Reminiszenz unsere Haltung im letzten Weltkrieg¹⁵. Zu Beginn wurde ein allgemeines Embargo verfügt, das sich jedoch nach einigen Monaten schon als undurchführbar erwies, insbesondere aus handelspolitischen Gründen. Herr Bindschedler ist aus folgenden Gründen *gegen* ein Embargo: 1. Wir sind durch keine rechtlichen Verpflichtungen zu einem solchen Schritt gezwungen. Wir sollten uns davor hüten, unsere Grundsätze zu strapazieren und unsere Handlungsfreiheit mehr zu beschränken als nötig. 2. Entscheidend ist der Umstand, dass die Waffen, um die es geht, in Europa verwendet werden sollen. 3. Wenn die Schweiz eine eigene Rüstungsfabrikation unterhalten will, dann müssen wir auch den Export ermöglichen, den wir heute schon durch verschiedene Embargos beschränken. Eine Ablehnung wäre nur bei ganz zwingenden Gründen zu rechtfertigen, und solche liegen hier nicht vor. Wir sollten einen klaren, positiven Entscheid treffen.

Herr Lindt: Im vorliegenden Fall ist die politische Betrachtungsweise die wichtigste. Der Vietnamkonflikt beschäftigt die ganze Welt und der Ausweg einer Trennung der verschiedenen Engagements der USA scheint künstlich. Es ist klar, dass auch bei einer Grossmacht wie die USA für verschiedene Schauplätze das Prinzip der kommunizierenden Röhren gilt. Eine Lieferung solchen Umfangs würde indirekt doch eine Stärkung des amerikanischen

15. Vgl. *DDS, Bd. 13, thematisches Verzeichnis: IV.3.2. Exportations; DDS, Bd. 14, thematisches Verzeichnis: 4.5. Transit et exportations de matériel de guerre; DDS, Bd. 15, thematisches Verzeichnis: III.3. Trafic des armes et du matériel de guerre.*

Kriegspotentials bedeuten. Eine Bewilligung würde von der breiten Öffentlichkeit vermutlich nicht verstanden und es ist zu befürchten, dass ein Vergleich mit der klaren Haltung Schwedens zu unseren Ungunsten ausfällt. Es handelt sich um einen schweren Entscheid von grosser politischer Bedeutung und die Tatsache, dass wir mit möglichen Auswirkungen auf die Uhrenzollfrage rechnen müssen, macht ihn zweifellos noch schwieriger.

Herr Thalmann: Der Vergleich mit der Haltung Schwedens bedeutet in der Tat viel. In den heutigen Frühnachrichten wurde übrigens bekanntgegeben, dass die schwedische Regierung alle Waffenlieferungen an Australien mit einem Embargo belegt habe. Es ist aber doch zu berücksichtigen, dass es sich vorliegendenfalls um Waffen handelt, die in Deutschland bleiben sollen. Die Tatsache, dass die Lieferung an die deutsche Regierung erfolgt, macht es glaubhafter, dass diese Waffen tatsächlich dort bleiben. Im übrigen wird das amerikanische Kriegspotential als solches durch die in Frage stehenden Lieferungen der Hispano keineswegs vergrössert. Herr Thalmann ist alles in allem eher der Ansicht von Herrn Bindschedler.

Herr Bieri erkundigt sich, ob das Hispano-Modell auch für die Schweizerarmee vorgesehen ist. Er verweist im übrigen auf die bereits vorliegende amerikanische Erklärung betreffend die Verpflichtung eines Nichtwiederexportes.

Herr Spühler: Es ist zuzugeben, dass es sich um eine schwierige Frage von hoher politischer Bedeutung handelt. Eine Geheimhaltung wird nicht möglich sein und wäre im übrigen auch gar nicht angezeigt. Das Parlament wird sich zweifellos ebenfalls damit befassen. Wir müssen also einen Standpunkt erarbeiten, den wir vor der Öffentlichkeit vertreten könnten. Unter allen gehörten Argumenten für eine Lieferung gefällt dasjenige der US-Weltmachtstellung Herrn Spühler am wenigsten. Bei Weiterführung dieses Gedankens müssten wir zu einer Aufgabe unserer Neutralität kommen. Die sauberste Haltung wäre zweifellos unsere bisherige grundsätzliche Linie. Wir müssen jedoch auch von der Tatsache ausgehen, dass wir in der Schweiz eine Rüstungsindustrie unterhalten wollen. Wenn wir eine Fabrikationsbewilligung erteilen, dann nur dann, wenn wir bereit sind, sie auch durch einen Export zu honorieren. Dazu müssten wir aber absolute Garantie erhalten, dass das Material tatsächlich in Deutschland bleibt. Wenn wir dafür sorgen, dass diese Waffen in Deutschland bleiben, verliert das von Herrn Lindt erwähnte Argument der kommunizierenden Röhren an Bedeutung. Zur Frage einer zeitlichen Staffelung ist zu sagen, dass vorliegendenfalls alles begrüsst werden muss, das dazu beiträgt, Gefahren auszuschliessen. Eine zeitliche Staffelung würde in diese Richtung gehen. Herr Spühler neigt eher dazu, unserer ständigen Praxis zu folgen, wobei für ihn auch massgebend ist, dass wir ja in Vietnam in irgendeiner Weise vermitteln möchten. Unsere diesbezüglichen Chancen werden verringert, wenn wir durch ein solches Geschäft dem Ansehen unserer strikten Neutralität Schaden zufügen. Zweifellos könnte man nachweisen, dass das Kriegspotential der USA damit nicht gestärkt wird. Aber wird diese Haltung von der Öffentlichkeit verstanden? Herr Spühler ist überzeugt, dass eine Mehrheit gegen eine Lieferung wäre.

Herr Micheli erkundigt sich nach dem weiteren Vorgehen.

Herr Probst: Die Direktion der Eidgenössischen Militärverwaltung wünscht vor Antragstellung unsere grundsätzliche Haltung kennenzulernen. EMD¹⁶ und EVD¹⁷ sind wahrscheinlich positiv. Es wäre zu prüfen, ob wir nicht die Frage der Standardisierung und eventuell der Staffelung noch genauer untersuchen sollten.

Herr Spühler ist ebenfalls für nähere Abklärung, insbesondere darüber, mittels welcher Bedingungen garantiert werden könnte, dass die Waffen in Europa bleiben.

Herr Thalmann macht darauf aufmerksam, dass wir die wichtigen Kriegsmaterialimporte aus den USA¹⁸ (wie Taran etc.) ebenfalls berücksichtigen müssen.

Herr Lindt ist der Auffassung, dass die USA unsere Haltung verstehen werden. Bei einem klaren Entscheid sind diesbezüglich kaum Schwierigkeiten zu erwarten.

Herr Probst schlägt vor, dass er sich mit Herrn Brugger in Verbindung setzt zwecks weiterer Abklärung, die sich insbesondere auf die Frage der Standardisierung sowie des genauen Vertragsinhaltes zwischen den USA und Deutschland erstrecken soll. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Amerikaner mit ihrer Erklärung weiter gehen. Was die Schwierigkeiten anbelangt, die uns im Falle eines Embargos von den USA bereitet werden können, glaubt Herr Probst, dass der Rollback in der Uhrenzollfrage in der Tat stark gefährdet würde, wo¹⁹ die Materiallieferungen dagegen kaum in Mitleidenschaft gezogen würden.

Herr Spühler stellt fest, dass der Bundesrat grundsätzlich entscheiden muss, ob gegenüber den USA ein Embargo ausgesprochen werden soll. Verneint er diese Frage, wird er prüfen müssen, ob und gegebenenfalls unter Vorbehalt welcher Bedingungen dem Fabrikationsbewilligungsgesuch entsprochen werden könnte. Diesbezüglich müssen dem Bundesrat konkrete Vorschläge unterbreitet werden²⁰.

16. Vgl. Anm. 8.

17. Vgl. Anm. 6.

18. Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 19, dodis.ch/30680.

19. Handschriftlich gestrichen.

20. Zum Entscheid des Bundesrats vgl. das BR-Prot. Nr. 1698 vom 23. September 1966, dodis.ch/30995. Zur Folge des Geschäftes vgl. auch das Telegramm Nr. 532 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Washington vom 28. Dezember 1966, dodis.ch/30803.

dodis.ch/31360

Notiz des Delegierten für technische Zusammenarbeit, A. R. Lindt¹

GESPRÄCH MIT KAYIBANDA, PRÄSIDENT VON RWANDA, AUGUST 1966 IN KIGALI

Bern, 31. August 1966

K[ayibanda]: Ich habe Ihren Brief vom 28. Mai 1965² nicht beantwortet. Delikate Angelegenheiten werden besser mündlich behandelt; schriftliche Auseinandersetzungen führen oft zu Missverständnissen.

L[indt]: Ich glaube mich nicht zu täuschen, dass Sie, Herr Präsident, aus Rwanda einen Rechtsstaat zu machen wünschen. In einem Rechtsstaat aber müssen Schuldige zur Verantwortung gezogen werden. Meines Wissens hat die gerichtliche Voruntersuchung gegen die Verantwortlichen der Massaker in Gikongoro³ genügend Anhaltspunkte für die Aufnahme eines Gerichtsverfahrens zu Tage gefördert. Es ist für die Freunde Rwandas schwer verständlich, dass dieser Voruntersuchung keine Folge gegeben wird. Dadurch, dass die Inyenzi⁴ verurteilt wurden, während die Verantwortlichen der Massaker straflos ausgingen, wird eine Rechtsungleichheit geschaffen, die das Bestehen eines Rechtsstaates negiert.

K[ayibanda]: Ich trete für die Schaffung eines Rechtsstaates ein. Verlangt dieser Begriff aber nicht, dass sich alle Bürger eines Staates an den Rechtsbegriff halten? In Rwanda ist dies nicht der Fall. Einige der Tutsi arbeiten mit Flüchtlingen zusammen, die vom Ausland her, mit Unterstützung gewisser Mächte, den Sturz der legalen Regierung Rwandas vorbereiten. Kann ein Staat, der sich behaupten will, das gleiche Recht gegenüber Aufrührern und gegenüber rwandesischen Bürgern anwenden, die sich aus Übereifer in der Verteidigung gegen die Umsturzpläne zu Massnahmen hinreissen liessen, die menschlich nicht gebilligt werden können? Unsere Lage erlaubt uns noch nicht, ein Rechtsstaat im vollen Sinne zu sein. Dies ist aber nicht unsere Schuld, sondern diejenige der Inyenzi.

L[indt]: Gehen die Verantwortlichen der Massaker straflos aus, wird dies Folgen für die Zukunft haben. Weitere Angriffe der Inyenzi müssen erwartet werden. Ihre Folgen werden unweigerlich neue Massaker sein. Wie stark diese Ausschreitungen das internationale Ansehen Rwandas schädigen können, haben die Ereignisse der Dezember-Tage 1963 gezeigt⁵.

K[ayibanda]: Sie vergessen, dass ich die Untersuchung gegen die Verantwortlichen in Gikongoro nicht niedergeschlagen habe. Die Dokumente

1. *Notiz:* E 2005(A) 1978/137 Bd. 142 (t.311).

2. *Nicht ermittelt.*

3. *Vgl. der Bericht von H. K. Frey vom Juni 1964, dodis.ch/31361.*

4. *Abschätziger Begriff für die Tutsi Bevölkerung, die mit der Unabhängigkeit Ruandas und der Ausrufung der ersten Republik 1962 aus Ruanda geflüchtet war und in den Nachbarländern im Exil lebte. Diese wurden von der ruandischen Regierung für die Massaker im Dezember 1963 und Januar 1964 verantwortlich gemacht.*

5. *Vgl. dazu Dok. 24, dodis.ch/31351, Anm. 7.*

der Voruntersuchung bleiben bestehen. Die in dieser Voruntersuchung Belasteten wissen, dass die Regierung jederzeit das Gerichtsverfahren gegen sie einleiten kann. Über ihren Köpfen baumle ich das Damoklesschwert.

L[indt]: Ich weiss nicht, ob diese Abschreckung genügend ist. Das Gerichtsverfahren wäre eine schärfere Warnung.

K[ayibanda]: Im Allgemeinen habe ich die Erfahrung gemacht, dass Persönlichkeiten für die verurteilten Inyenzi eintreten, die direkt oder indirekt am Sturz der Regierung interessiert sind. Ich kenne Sie zu lange, um zu wissen, dass dies bei Ihnen nicht der Fall ist. Sie können aber nicht alle Auswirkungen abschätzen, die eine Aufnahme des Gerichtsverfahrens im gegenwärtigen Augenblick auslösen würden. Ich gebe Ihnen aber mein Ehrenwort, dass ich die zum Tode verurteilten Inyenzi nicht hinrichten lassen werde.

L[indt]: Ich danke Ihnen für dieses Versprechen. Nach rechtsstaatlichen Grundsätzen wäre es aber angezeigt, formell die Verurteilung zum Tode in lebenslängliches Zuchthaus umzuwandeln, wobei nach guter Führung nach einigen Jahren die Entlassung aus dem Gefängnis vollzogen werden könnte.

K[ayibanda]: Ich schliesse diese Möglichkeit nicht aus. Der Augenblick für eine Umwandlung der Strafe ist aber sehr sorgfältig auszuwählen.

163

dodis.ch/31582

Die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an die diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Lateinamerika¹

LATEINAMERIKA – INVESTITIONSSCHUTZ-ABKOMMEN

Bern, 7. September 1966

Wie Ihnen bekannt ist, spielt die Frage des Investitionsschutzes eine zunehmend wichtige Rolle². Wir haben deshalb verschiedenen Ländern den Abschluss eines Investitionsschutz-Abkommens vorgeschlagen. Mit 16 Staaten konnten

1. *Schreiben*: E 7110(-) 1977/9 Bd. 163 (853.9). Verfasst und unterzeichnet von E. H. Léchet, gerichtet an die schweizerischen Botschaften in Bogotá, Buenos Aires, Caracas, Guatemala, Havanna, La Paz, Lima, Mexiko, Montevideo, Quito, Rio de Janeiro, Santiago de Chile, an die schweizerischen Generalkonsulate in Asunción, Managua, Panama, Port-au-Prince, San José, San Salvador, Santo Domingo, São Paulo und Tegucigalpa. Kopien an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, an E. H. Léchet, H. Hofer, H. Aebli, H.-U. Greiner.

2. Vgl. dazu Dok. 8, dodis.ch/31413; Dok. 19, dodis.ch/31784; das Protokoll der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 23. November 1965, dodis.ch/30759; das Schreiben von E. H. Léchet an die diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Lateinamerika vom 5. Mai 1966, dodis.ch/31599 und das BR.-Verhandlungsprot. der 91. Sitzung vom 28. Dezember 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 7: Herr Wahlen erklärt, [...] dass sich die ganze Sache ähnlich abwickeln wird wie bei der Exportrisikogarantie. Neben dem Aspekt der Entwicklungshilfe sei auch der ökonomische Aspekt der Präsenz der Schweiz wichtig. Die Schweiz muss auch in solchen

bisher derartige Abkommen unterzeichnet werden. Als Partner traten in 14 Fällen afrikanische Länder auf³. Dazu Costa Rica und die Republik Honduras.

Mit Costa Rica wurde ein Abkommen betr. Schutz und Förderung der Investitionen am 1. September 1965 unterzeichnet⁴. Dieser Vertrag trat, nachdem er vom costaricanischen Parlament und vom Staatspräsidenten⁵ dieses Landes ratifiziert bzw. genehmigt wurde, am 18. August 1966 in Kraft. Zu Ihrer Orientierung übermitteln wir Ihnen in der Beilage eine Übersetzung des Textes dieser Vereinbarung⁶.

Nicht zuletzt mit dem Ziele, die Anzahl Präzedenzfälle zu vergrössern, wurden praktisch gleiche Abkommenstexte auch den Behörden der Republik Honduras⁷ und den andern Länder Zentralamerikas⁸, Chiles⁹, Kolumbiens¹⁰ und Ecuadors¹¹ unterbreitet¹². Mit der Republik Honduras konnte am 20. Juli ebenfalls unterzeichnet werden¹³.

Dieses Abkommen wird in Kraft treten, sobald es vom Parlament dieses Landes genehmigt wurde. Mit Kolumbien sind die Verhandlungen in fortgeschrittenem Stadium. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Unterzeichnung in naher Zukunft stattfinden wird. Ecuador zeigte sich sehr interessiert, nahm aber bisher zu dem ihm vor einigen Wochen zugestellten Abkommenstext nicht Stellung.

Ländern vertreten sein, wo Risiken bestehen. *Zur Frage des einheitlichen Vorgehens gegenüber den lateinamerikanischen Kreditbegehren vgl. das Protokoll der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 12. Dezember 1966, E 2001(E) 1978/84 Bd. 227 (C.41.110).*

3. *Es bestanden Abkommen mit Dahomey, der Elfenbeinküste, Guinea, Kamerun, Kongo Brazzaville, Liberia, Madagaskar, Niger, Ruanda, Senegal, Tansania, Togo, Tschad, und Tunesien, vgl. die Notiz vom 8. Februar 1968, dodis.ch/32000.*

4. *Zum Abkommen mit Costa Rica vom 1. September 1965 vgl. AS, 1966, S. 1305–1306, die Botschaft des Bundesrats vom 28. Dezember 1965, BBl, 1965, III, S. 676 und das BR-Prot. Nr. 1575 vom 17. September 1965, dodis.ch/31902.*

5. *F. Orlich.*

6. *Vgl. das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Costa Rica betreffend Schutz und Förderung der Investitionen, in Kraft getreten am 18. August 1966, Doss. wie Anm. 1.*

7. *Zur Frage des Abschlusses eines Investitionsschutzabkommens mit der Republik Honduras vgl. das Schreiben O. Morand an E. Stopper vom 11. Mai 1965, dodis.ch/31907 sowie das BR-Prot. Nr. 1360 vom 15. Juli 1966, dodis.ch/31908.*

8. *Zum Abkommen mit der Dominikanischen Republik vgl. die Notiz von H. Hofer an P. R. Jolles vom 17. Juni 1964, dodis.ch/31911. Zu Guatemala vgl. das Schreiben E. H. Léchet an J. Humbert vom 22. August 1966, dodis.ch/31909. Zu Haiti vgl. z. B. das Schreiben von H. Hofer an G. Gilg vom 4. Juni 1964, dodis.ch/31912.*

9. *Zur Vereinbarung über Investitionskredite mit Chile vgl. das BR-Prot. Nr. 2215 vom 11. Dezember 1964, dodis.ch/31795; die Notiz an P. R. Jolles vom 19. Januar 1966, dodis.ch/31797 sowie Doss. E 7110(-) 1975/31 Bd. 165 (861.5).*

10. *Zu Kolumbien vgl. das Schreiben von O. Morand an E. Stopper vom 24. Mai 1966, dodis.ch/31910.*

11. *Zu Ecuador vgl. das Schreiben von E. H. Léchet an G. Broquet vom 25. März 1966, dodis.ch/31900.*

12. *Das Investitionsschutzabkommen mit Costa Rica sollte auch Verhandlungen mit Peru anregen, vgl. dazu das Schreiben von H. Hess an P. R. Jolles vom 18. November 1966, dodis.ch/31402.*

13. *Zum Investitionsschutzabkommen mit Honduras vom 20. Juli 1966 vgl. K I(-) 2730. Vgl. auch Anm. 7.*

164

dodis.ch/31628

*Notiz des Stellvertreters des Chefs der Abteilung
für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, A. Janner¹*BRAUCHEN WIR EINE BESUCHSDIPLOMATIE?²

Bern, 12. September 1966

Eine Besuchsdiplomatie um ihrer selbst willen oder zur Befriedigung von persönlichem Ehrgeiz oder übermässigem Temperament ist per Saldo wertlos. Sie ist auch den schweizerischen Gegebenheiten nicht angemessen. In unserer schnelllebigen Zeit hat die Schaffung von «Goodwill an sich» wenig Sinn. Soll der Goodwill Früchte tragen, muss er innert nützlicher Zeit in Beziehung zu etwas Konkretem gebracht werden. Eine gesunde Besuchsdiplomatie setzt voraus, dass ein Land bilateral oder multilateral etwas zu «verkaufen»³ oder zu bewahren hat. Mit andern Worten, sie muss den aussenpolitischen Bedürfnissen und Erfordernissen entsprechen.

Auf der bilateralen Ebene braucht die Schweiz nicht unbedingt ihre Bundesräte ins Ausland zu senden. Unsere Botschaften und insbesondere die vom Bundesrat bestimmten Verhandlungsdelegationen sind durchaus in der Lage, zum Rechten zu sehen. Die direkte Einschaltung von Politikern, d. h. Regierungsmitgliedern, wäre auch verhandlungstaktisch unklug und könnte zu Konzessionen führen, die anlässlich eines Besuches, den man immer mit einer freundschaftlichen Atmosphäre umgibt, schwer zu verweigern wären.

Aber auch die multilateralen Fragen, zu denen heute die wichtigsten der schweizerischen Aussenpolitik gehören, können wohl kaum dadurch gelöst werden, dass Mitglieder der Exekutive in den Kapitalen der Welt herumreisen. Die zu überwindenden Schwierigkeiten liegen nämlich nicht so sehr bei den ausländischen Partnern, als bei uns selbst, d. h. auf der innenpolitischen Ebene. Dafür folgende Beispiele:

1. Eine allfällige Beteiligung der Schweiz an Abrüstungskonferenzen, Non-Proflerationsverträgen, atomwaffenfreien Zonen⁴, setzt die Erarbeitung

1. *Notiz*: E 2807(-) 1974/12 Bd. 8 (023.1-04). *Gerichtet an W. Spühler*.

2. *Diese Frage wurde an der Chefbeamtenbesprechung vom 19. April 1966 erörtert, vgl. das Protokoll von B. Dumont vom 26. April 1966, dodis.ch/31820, S. 9–16 und ebenfalls an der Regionalkonferenz «Kommunistische Staaten» der Botschaftierkonferenz 1966 (31. August–2. September) diskutiert, vgl. Dok. 166, dodis.ch/30805, S. 17. Vgl. dazu auch das Referat von P. Micheli vom 4. August 1966, dodis.ch/30815. Vgl. ferner Dok. 108, dodis.ch/31397, bes. Anm. 6.*

3. *Handschriftliche Korrektur von W. Spühler*: bieten.

4. *Zur schweizerischen Haltung in Bezug auf die Friedensnote Chruschtschows, den Gomulka-Plan, den Rapacki-Plan oder den Bukarester Appell vgl. das BR-Prot. Nr. 221 vom 31. Januar 1964, dodis.ch/31009; die Notiz von A. Janner vom März 1964, dodis.ch/31896; die Notiz von F. H. Andres vom 15. Januar 1965, dodis.ch/31871; die Notiz von P. Micheli vom 29. Juli 1966, dodis.ch/31870 und das Schreiben von A. Janner an G. Keel vom 25. November 1966, dodis.ch/31872.*

einer schweizerischen Konzeption voraus. Erst wenn wir sie hätten, könnten wir daran denken, sie durch Magistratspersonen im Ausland vertreten und diskutieren zu lassen.

2. Eine offenere Politik gegenüber den kommunistischen Staaten stösst sich nicht so sehr daran, dass diese nicht wollen, sondern daran, dass dem Bundesrat und den zuständigen Departementen die nötige Ellenbogenfreiheit im Innern fehlt. Eine Reise hinter den Vorhang hat wenig Sinn, wenn nicht beispielsweise über kulturelle Beziehungen gesprochen werden kann. (Inwiefern der allfällige Abschluss eines «Kulturabkommens», soweit überhaupt möglich, die Durchsetzung beispielsweise von Entschädigungsforderungen erschweren würde, wäre ein Kapitel für sich.)

3. Eine grosszügigere Entwicklungshilfe könnte im Rahmen der Besuchsdiplomatie gewiss mit grösster Leichtigkeit «verkauft» werden. Auch hier tut aber zunächst die Aufklärung im Inland Not.

4. Kontakte mit fremden Aussenministern über einen UNO-Beitritt der Schweiz werden sich eines Tages als nützlich oder gar notwendig erweisen, (aber erst, wenn der Beitritt im Schweizervolk mehrheitlich befürwortet bzw. akzeptiert wird.)⁵

5. Auch eine Besuchsdiplomatie im Zeichen eines allfälligen EWG-Beitrittes⁶ setzt die Erarbeitung einer der neuesten Entwicklungen angepassten Konzeption voraus. Erst wenn eine solche von Bundesrat und Parlament (unter Einkalkulierung der Volksabstimmung) vorliegt, wird es sinnvoll, ja nötig sein, Kontakte auf Regierungsebene zu haben. Nicht zu übersehen ist andererseits, dass im Rahmen der EFTA eine Besuchsdiplomatie in Form der regelmässigen Zusammenkünfte der Aussen- und Wirtschaftsminister vor sich geht⁷, an der sich bemerkenswerterweise in der Schweiz niemand stösst, wohl weil deren Nützlichkeit jedermann einleuchtet und nicht zuletzt auch weil dabei etwas herauschaut.

Von der Sache her besteht also zur Zeit kein Bedürfnis für eine schweizerische Besuchsdiplomatie, allerdings mit zwei Ausnahmen, welche die Regel bestätigen:

Österreich⁸ und Schweden⁹. Diesen Ländern haben wir etwas zu sagen. Für die einzigen echten Neutralen besteht ein gemeinsames Interesse, beispielsweise der EWG gegenüber die Neutralitätserfordernisse zu defi-

5. Die Klammerbemerkung wurde handschriftlich gestrichen.

6. Vgl. dazu Dok. 140, dodis.ch/31618.

7. Zur Zusammenkunft in Wien vom 24. und 25. Mai 1965 vgl. das BR-Prot. Nr. 867 vom 18. Mai 1965, dodis.ch/31627 und das Rundschreiben der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an alle diplomatischen Vertretungen vom 10. Juni 1965, dodis.ch/31936. Zur Konferenz der EFTA-Regierungschefs in London vgl. die Notiz vom 5. Dezember 1966, dodis.ch/31629. Vgl. ferner Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 324–326 (C.41.775.3).

8. Zum Besuch von J. Klaus vgl. das Protokoll vom 7. Juli 1964, dodis.ch/31124 und das BR-Verhandlungsprot. der 50. Sitzung vom 7. Juli 1964, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 7. Zum Treffen von F. T. Wahlen mit B. Kreisky in Lech vgl. Dok. 63, dodis.ch/31092. Zum Besuch von L. Tončić-Sorinj vgl. Dok. 148, dodis.ch/31105.

9. Zum Besuch von T. Nilsson vgl. Dok. 73, dodis.ch/31207, Anm. 3. Zum Besuch von P. ChauDET in Schweden vgl. Dok. 160, dodis.ch/31211, Anm. 22.

nieren¹⁰, auf militärischem Gebiet Erfahrungen auszutauschen¹¹ und Rüstungsanstrengungen zu koordinieren¹² usw. Hier hat die Erfahrung schon gezeigt, dass die persönliche Bekanntschaft zwischen den Aussenministern, Wirtschaftsministern und Verteidigungsministern Früchte trägt, indem z. B. die Zusammenarbeit der Chefbeamten erleichtert wird¹³. Hier zeigt sich auch, dass die Besuchsdiplomatie dann gute Resultate zeitigt, wenn sie zwischen Partnern erfolgt, die sich Vertrauen schenken können¹⁴. (Deshalb ist auch das Argument unserer Missionschefs in kommunistischen Ländern fragwürdig, die Besuchsdiplomatie böte ihnen Gelegenheit, mit höchsten Regierungs- und Parteivertretern Bekanntschaft zu machen¹⁵.)¹⁶

Abgesehen von den bisher genannten Gründen, die heute gegen eine allgemeine schweizerische Besuchsdiplomatie sprechen, ergeben sich für uns noch zusätzliche Schwierigkeiten aus dem bundesrätlichen Kollegialsystem und der Tatsache, dass es keine ins Gewicht fallende Oppositionsparteien gibt. Dazu kommt noch, dass es, wenn wir über Österreich und Schweden hinausgehen würden, kein Halten mehr gäbe. (Rom wäre zwar noch zu begründen mit den 500'000 Gastarbeitern¹⁷, aber deren Probleme wären nicht durch ein Aussenministertreffen zu regeln; auch Bonn könnte verlockend erscheinen als uns günstig gesinnter EWG-Staat; aber wie könnte dann Frankreich übergangen werden¹⁸? Oder Grossbritannien als wichtigstes EFTA-Land? Akzeptieren, hiesse die Frage für Washington und aus Balancegründen für Moskau stellen, von der prestigegeladenen Dritten Welt ganz zu schweigen ...)

Zusammenfassend wäre folgendes festzuhalten:

Besuche von Bundesräten in Wien und Stockholm sind, da sinnvoll, in vernünftigen Abständen zu befürworten. Für offizielle Besuche nach anderen Staaten besteht zur Zeit keine Veranlassung, was nicht heissen soll, dass nicht private Auslandsreisen oder Reisen an multilaterale Konferenzen den Bundesräten dazu dienen können, Kontakte mit ausländischen Kollegen zu pflegen. Wir könnten auch etwas flexibler sein «im Einladen» von Staats- und Regierungschefs bzw. Fachministern, solange es nicht lediglich darum geht, gesellschaftlichen Ehrgeiz oder persönliche Marotten der Gäste zu befrie-

10. Zur Zusammenarbeit der Neutralen vgl. die Notiz von A. Janner vom 11. September 1965, dodis.ch/31099.

11. Zur militärischen Zusammenarbeit mit Schweden vgl. Dok. 73, dodis.ch/31207, bes. Anm. 5 und Dok. 160, dodis.ch/31211. Zur militärischen Zusammenarbeit mit Österreich vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 73. Sitzung vom 22. Oktober 1965, S. 4: Voyage de M. Chaudet en Autriche. [...] J'ai relevé la possibilité d'une collaboration éventuelle dans le domaine des développements techniques, mais à l'exclusion de toute collaboration militaire.

12. Vgl. dazu Dok. 73, dodis.ch/31207.

13. Vgl. dazu die Notiz von P. R. Jolles vom 25. März 1965, dodis.ch/31222. Für Österreich vgl. ferner die Notiz von P. Micheli an W. Spühler vom 24. Oktober 1966, dodis.ch/31108 und das BR-Verhandlungsprot. der 51. Sitzung vom 10. Juli 1964, Doss. wie Anm. 8, S. 7.

14. Vgl. dazu ferner das Exposé von W. Spühler vom 23. Juli 1966, dodis.ch/31844, S. 36–38.

15. Vgl. Anm. 2.

16. Die Klammerbemerkung wurde handschriftlich gestrichen.

17. Zur Frage der italienischen Fremdarbeiter vgl. Dok. 37, dodis.ch/30798; Dok. 48, dodis.ch/30799; Dok. 53, dodis.ch/30796 und Dok. 54, dodis.ch/30797.

18. Dieser Absatz wurde handschriftlich gestrichen.

digen¹⁹. Schliesslich sollte man daran denken, geeignete hohe Chefbeamte für direkte Kontakte im Sinne der Ausführungen von Botschafter Soldati (S. 7, lit. a)²⁰ reisen zu lassen, damit sie im Ausland den Eindruck erwecken, die Schweiz stehe nicht abseits oder sie desinteressiere sich an der internationalen Politik.

Der Schweizer hat einen Horror vor allzu beweglichen Leuten und vor politischem Geschwätz; auch lässt er sich nicht gerne Sand in die Augen streuen. Bleiben wir also bei unserer diskreten und seriösen Diplomatie, und diese eignet sich nicht für spektakuläre Besuchsreisen.

19. Zu den entstehenden Kosten bei Staatsbesuchen vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 63. Sitzung vom 11. Oktober 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 4.

20. A. Soldati konnte an der Botschafterkonferenz und an der Aussprache nicht teilnehmen. Die Angabe bezieht sich auf den von ihm für diesen Anlass verfassten Text, den er dem Politischen Departement zukommen liess. Vgl. das Schreiben von W. Spühler an A. Soldati vom 7. September 1966, E 2004(B) 1978/136 Bd. 7 (a.133.4).

165

dodis.ch/31422

Le Délégué aux Accords commerciaux, O. Long, au Chef du Département politique, W. Spühler¹

Confidentielle

Genève, 27 septembre 1966

Le 22 septembre, à la fin de mon récent séjour à Alger², le Ministre des Affaires étrangères, M. Bouteflika, m'a invité à dîner chez lui avec l'Ambassadeur Marcuard et le Secrétaire général du Ministère des Affaires étrangères³. Avant et pendant le dîner, la conversation a porté sur la situation politique et notamment sur le Vietnam. Après le dîner, M. Bouteflika et moi avons eu une conversation très poussée sur les relations algéro-suisse⁴ et la possibilité de trouver une solution au problème des biens suisses en Algérie, nationalisés ou déclarés «biens vacants». Je reviendrai là-dessus dans une autre lettre⁵.

Au moment de se quitter, vers 23.00 heures, Bouteflika m'a entraîné dans les allées qui entourent sa villa pour me parler seul à seul de ce qui suit:

Le Président Boumedienne a chargé Bouteflika de me faire part du souci que causent au gouvernement algérien la présence et les activités en Suisse d'un

1. Lettre: E 2001(E) 1978/84 vol. 375 (C.41.157).

2. Sur le séjour de O. Long en Algérie à l'occasion de la troisième Foire d'Alger du 19 au 23 septembre, cf. le rapport de O. Long du 29 septembre 1966, dodis.ch/31424.

3. A. Maoui.

4. Pour un résumé des relations bilatérales, cf. la notice de G. Ducrey à O. Morand du 22 mars 1966, dodis.ch/31423.

5. Lettre de O. Long à W. Spühler du 27 septembre 1966, dodis.ch/31988.

certain nombre d'opposants au régime⁶. En termes généraux et manifestement embarrassé de cette mission – son entrée en matière n'a pas duré moins de vingt minutes – Bouteflika s'est étendu sur les allées et venues et les séjours en Suisse de leaders politiques algériens de l'opposition, qui se retrouvent sur notre territoire, rédigent des tracts et donnent des déclarations à la presse. Le gouvernement algérien regrette que de telles activités aient lieu en Suisse, pays avec lequel l'Algérie teint à conserver les meilleures relations possibles.

J'ai rappelé à Bouteflika la position de la Suisse, terre d'asile certes, mais qui interdit toute activité politique sur son territoire, dirigée contre des pays étrangers. J'ai rappelé, à titre d'exemple, que Khider reste toujours frappé d'expulsion⁷ et que récemment Aït Ahmed s'est vu interdire toute déclaration depuis notre territoire⁸, ce qui l'a amené à se rendre ailleurs. J'ai demandé à Bouteflika s'il pouvait me donner des noms et des précisions. Il ne l'a pas fait.

Enfin, à titre personnel, j'ai ajouté que si le gouvernement algérien avait des faits précis à nous signaler, il pourrait nous les transmettre par une voie discrète de façon à nous permettre de les étudier.

Nous en sommes restés là et nous sommes convenus de reprendre contact à ce sujet le cas échéant⁹.

Je rappelle ici que quelques jours auparavant, lorsque l'Ambassadeur Marcuard prenait congé du Président Boumedienne, celui-ci avait fait allusion à ces activités d'émigrés politiques algériens en Suisse, mais qu'il avait ajouté ne rien demander à ce sujet aux autorités suisses¹⁰.

Pour que le Ministre des Affaires étrangères y soit revenu sur instruction de son Président, il semble donc que cette affaire les préoccupe. De toute façon il pourrait être de l'intérêt de la Suisse d'abord, et des relations algéro-suisses ensuite, de ménager sous une forme ou une autre une petite soupape de sûreté afin d'obliger les Algériens à préciser leurs allégations et à nous permettre, si celles-ci se révélaient fondées, de contrôler de plus près d'éventuelles activités politiques étrangères sur notre territoire.

6. *Sur l'activité en Suisse de l'opposition algérienne, cf. la notice de R. Probst à W. Spühler du 4 octobre 1966, dodis.ch/31421.*

7. *Sur la décision du Conseil fédéral, cf. le PVCF N° 1881 du 27 octobre 1964, dodis.ch/31500. Cf. aussi doc. 41, dodis.ch/31499.*

8. *Cf. doss. E 2001(E) 1978/84 vol. 372 (B.41.21).*

9. *Le 25 octobre 1966, O. Long envoie à A. R. Ganz deux lettres établies en accord avec P. Micheli et R. Probst et adressées à A. Bouteflika; l'une concerne les biens suisses nationalisés ou déclarés vacants, dodis.ch/31420; l'autre les activités politiques des ressortissants algériens sur le territoire suisse, afin de nouer le dialogue et de faire aboutir les négociations, dossier note 1.*

10. *Sur l'entretien du 19 septembre 1966 avec H. Boumedienne, cf. le rapport de S. Marcuard du 26 septembre 1966, E 2024-02(A) 1999/137 vol. 269 (a.211). Sur les débuts de l'activité de son successeur à Alger, A. R. Ganz, cf. le télégramme N° 135 de A. R. Ganz au Département politique du 24 novembre 1966, dodis.ch/31419.*

*Referat des schweizerischen Botschafters in Budapest, W. Fuchss,
an der Botschafterkonferenz vom 1. September 1966¹*

[Bern,] 4. Oktober 1966

[...]²

Herr Botschafter Fuchss³: [...]⁴

Ich möchte nun die zwischenstaatlichen Aspekte beleuchten. Zunächst die allgemeine Atmosphäre, in der wir arbeiten müssen: Die politischen Beziehungen sind seit zehn Jahren unbefriedigend, wenn nicht schlecht. Seit Oktober 1956⁵ haben sich die Verhältnisse nie mehr ganz normalisiert. Der Aufstand fand damals in der Schweiz ein besonders starkes Echo, und zwar mehr aus emotionalen Gründen. Vernunftmässig gesehen hätte sich nämlich die Stimmung in erster Linie gegen die Sowjetunion richten müssen. Diese abweisende Einstellung gegenüber Ungarn dauert auch heute noch an und wird in den ausgesprochen antikommunistischen Kreisen bewusst wachgehalten⁶. Unsere Beziehungen litten unter dieser Situation. Während drei Jahren hatten wir nur einen Geschäftsträger in Budapest. Der Posten wurde zwar schliesslich zur Botschaft⁷ erhoben, aber es änderte sich dabei wenig. In Gesprächen mit höhern Beamten höre ich immer wieder, die Schweiz sei ultrareaktionär und dergleichen mehr. Woher kommt dieses Urteil? Ich glaube, vor allem aus der Lektüre unserer Presse⁸, und damit komme ich zu einem wichtigen Problem. Es scheint mir, unsere Presse sei unsern Auslandvertretungen nicht gerade gut gesinnt und bemühe sich keineswegs, unsern Botschaftern die Arbeit zu erleichtern. Sie sucht in erster Linie den sensationsbedingten Interessen zu dienen. Andererseits wirkt sie oft schulmeisterisch pedantisch. Selbst die NZZ enthält Artikel, die von Gehässigkeit inspiriert sind. Der Botschafter hat nur

1. Protokoll: E 2004(B) 1978/136 Bd. 7 (a.133.4). *Auszug aus dem Protokoll der Regionalkonferenz «Kommunistische Staaten» der Botschafterkonferenz 1966.*

2. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/30805, hier S. 16–17.

3. Der Vortrag basiert auf dem Schreiben von W. Fuchss an W. Spühler vom 26. Mai 1966, dodis.ch/31637. W. Spühler befand, dass sich die darin aufgeworfenen Fragen besonders gut eignen, um an der nächsten Botschafterkonferenz im Rahmen der entsprechenden Regionalkonferenz erörtert zu werden. Vgl. das Schreiben von W. Spühler an W. Fuchss vom 29. Juni 1966, E 2001(E) 1978/84 Bd. 757 (B.22.71.34).

4. Vgl. Anm. 2.

5. Vgl. DDS, Bd. 20, *thematisches Verzeichnis*: I.6. Die Krisen in Suez und Ungarn.

6. Zur schweizerischen Reaktion auf den Aufstand vom Oktober 1956 in Ungarn und die Aufnahme ungarischer Flüchtlinge vgl. DDS, Bd. 20, Dok. 93, dodis.ch/12323 und die Notiz von O. Schürch vom 19. November 1956, dodis.ch/17173. Vgl. ferner Dok. 174, dodis.ch/31632.

7. Vgl. hierzu den Bericht des Politischen Departements vom 24. März 1959, dodis.ch/16626; die Notiz von R. Aman vom 7. Mai 1962, dodis.ch/30524; die Notiz von R. Aman vom 11. Mai 1962, dodis.ch/30525 und die Notiz von A. Janner vom 21. Mai 1962, dodis.ch/30527.

8. Zur Frage der Pressefreiheit und den Klagen Ungarns über die negative Presseberichterstattung in der Schweiz vgl. auch DDS, Bd. 18, Dok. 32, dodis.ch/853; die Notiz von A. Janner vom 21. Mai 1962, dodis.ch/30527 und Dok. 174, dodis.ch/31632.

einen sehr beschränkten Kreis von Gesprächspartnern, die Presse jedoch einen unbeschränkten. Mit diesem Hinweis sei lediglich die grosse Bedeutung der Presse angedeutet. Was im übrigen besonders irritierend wirkt, ist der Ton. Hier muss ich vor allem an die Adresse einiger jüngerer Journalisten einen Vorwurf richten⁹.

Nach diesen politischen Aspekten komme ich zum zweiten Punkt im Zusammenhang mit den zwischenstaatlichen Problemen. Es sind dies die wirtschaftlichen, bzw. materiellen Aspekte. Im allgemeinen sind diese als befriedigend zu bezeichnen. Der 16 Jahre alte Handelsvertrag¹⁰ hat sich bewährt. Der Warenaustausch ist sehr befriedigend¹¹. Die Nationalisierungszahlungen aus dem Abkommen von 1950 sind geleistet worden. Wie Herr Janner sagte¹², bleiben nur noch die Entschädigungen der seither verstaatlichten Hausliegenschaften zu regeln¹³. Wir haben es hier aber mit einer Grössenordnung von etwa 3 Millionen zu tun, mit Verpflichtungen also, die grössenmässig weit unter dem liegen, was seiner Zeit abzugelten war.

An dritter Stelle möchte ich mich zu den menschlich-geistigen Bedingungen äussern. Ich habe diesbezüglich sehr gute Kontakte schaffen können. Meine Beziehungen mit Persönlichkeiten des künstlerischen und literarischen Lebens sind vortrefflich. Im Westen ist man sich gewohnt, die politischen und menschlichen Beziehungen streng auseinander zu halten. Dies ist im Osten keineswegs der Fall. Dort sind die verschiedenen Bereiche eng miteinander verknüpft, und wenn wir daher im Osten allgemein ausstrahlen wollen, so können wir sehr wohl unsere Bemühungen auf dem einen Gebiet entfalten und damit rechnen, dass dieselben auch auf die übrigen Bereiche Auswirkungen haben werden.

Ich komme nun noch zu zwei Fragen: 1. Ist es sinnvoll, dass unsere Vertreter vermehrte Kontakte mit den Parteibehörden aufnehmen? Wie Sie wissen, bestehen in den kommunistischen Ländern zwei Regierungen. Es ist eine Tatsache, dass die Botschafter kommunistischer Ländern stets direkte Kontakte mit den Parteileuten des Gastlandes unterhalten. Das Departement vertritt den Grundsatz, dass unsere diplomatischen Vertreter grundsätzlich nur mit der offiziellen Regierung zu verkehren hätten. Ist dies richtig? Es würde mich interessieren, wie sich unsere Behörden zu dieser Frage stellen¹⁴.

9. P. Micheli antwortete in seiner Replik auf den Vortrag: La question de la liberté de la presse également traitée par M. Fuchss nous rappelle les plaintes que formulait notre Ambassade à Berlin au temps d'Hitler. Il est inconcevable que le Conseil fédéral donne des consignes à la presse; nous ne voulons pas limiter sa liberté et il n'y a aucune raison de le faire. *Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/30805, hier S. 19.*

10. Vgl. DDS, Bd. 14, Dok. 257.

11. Vgl. dazu auch das Schreiben von A. Weitnauer an W. Fuchss vom 29. November 1965, dodis.ch/31639.

12. Im Protokoll nicht aufgeführt.

13. Zu den Verhandlungen zwischen der Schweiz und Ungarn zu den noch offenen vermögensrechtlichen Fragen vgl. Dok. 21, dodis.ch/31540, Anm. 2. Vgl. auch Dok. 174, dodis.ch/31632.

14. Zur Frage, ob aufgrund der zentralen Rolle der Führungsriege der Kommunistischen Partei Ungarns für die Staatsführung nicht eine Zusammenkunft mit deren Generalsekretär, J. Kádár, angezeigt wäre, vgl. das Schreiben von W. Fuchss an P. Micheli vom 17. Februar 1966, dodis.ch/31642. P. Micheli antwortete in seiner Replik auf den Vortrag: J'aimerais d'abord reprendre la

Noch eine zweite Frage: diese betrifft die Besuchsdiplomatie¹⁵. Die Bemühungen der kommunistischen Länder sind in dieser Beziehung sehr ausgeprägt. Die vermehrten Kontakte, die neuerdings von einzelnen westlichen Ländern gesucht werden, wie insbesondere Schweden¹⁶ neuerdings sich darauf eingestellt hat, scheinen tatsächlich gewisse positive Wirkungen zu erzielen. Es scheint mir, ein besonderer Aspekt verdiene in diesem Zusammenhang beachtet zu werden. Es ist dies die Tatsache, dass die kommunistischen Persönlichkeiten unter gewissen Minderwertigkeitskomplexen leiden, sie fürchten, gerade in bezug auf den Westen, nicht hinreichend ernst genommen zu werden. Es liegt aber diesen Leuten sehr daran, ernst genommen zu werden.

[...] ¹⁷

question soulevée par M. Fuchss au sujet des contacts de chefs de poste avec les dirigeants du parti. Nous laissons ces initiatives à leur entière discrétion: ils sont les meilleurs juges. Le seul inconvénient consiste à voir ces visites exploitées par la presse communiste. Je tiens cependant à réaffirmer que vous êtes entièrement libres en ce domaine. *Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/30805, hier S. 19.*

15. Vgl. *Dok. 164*, dodis.ch/31628.

16. Vgl. *Dok. 66*, dodis.ch/31196.

17. *Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/30805.*

167

dodis.ch/30917

Der schweizerische Botschafter in Peking, H. Keller, an das Politische Departement¹

PERSÖNLICHER SITUATIONSBERICHT AUS PEKING

Peking, 6. Oktober 1966

Schon während des ersten Halbjahres spitzten sich unsere Beziehungen zu Peking zu². Es ist müssig, im Nachhinein untersuchen zu wollen, welcher der beiden Partner mehr «Schuld» auf sich geladen hat. Jedenfalls aber hat Bern seither wiederholt seine Bereitschaft zu weiterer sachlicher Zusammenarbeit im Rahmen des Möglichen bekundet. Ich erinnere vor allem an das Angebot von Herrn alt-Bundesrat Petitpierre, im Einvernehmen mit Ihnen der seiner-

1. *Bericht*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 580 (B.15.21). *Visiert von P. Micheli, A. Janner und W. Spühler.*

2. *Zur Affäre um die Verweigerung des Agréments für Li Chu-sheng vgl. das Schreiben von A. Janner an S. Marcuard vom 14. Juli 1966, dodis.ch/30958 und das BR-Verhandlungsprot. der 13. Sitzung vom 25. Februar 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 5–6. Zur Spionageangelegenheit und Ausweisung von Kuo Yu-shou und Sze Tsung-sing sowie zur Erklärung von Wang Erh-kang zur Persona non grata vgl. die Notiz des Politischen Departements vom 21. März 1966, dodis.ch/30959. Die Spionageaffäre um Kuo Yu-shou wurde ebenfalls im Bundesrat besprochen, vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 19. Sitzung vom 21. März 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 1–3.*

zeit an ihn ergangenen Einladung³ zum Besuch Pekings Folge zu leisten⁴. Kurz nachdem dieses Angebot in Bern erfolgt war, machte ich dem chinesischen Geschäftsträger in Bern⁵ im Auftrag des Eidg. Politischen Departementes einen Höflichkeitsbesuch und kam auch auf die Reise Petitpieres zu sprechen, konnte aber nur erfahren, dass unsere Offerte nach Peking weitergeleitet worden sei. Auch sonst verlief der Besuch, verglichen mit früheren, die ich auf der Botschaft in Bern gemacht hatte, frostig, um nichts anderes zu sagen.

Das Eidg. Politische Departement hat mich dann beauftragt, nochmals auf den Posten zurückzukehren, obwohl wir nach der Lage der Dinge und angesichts meiner bereits zurückgelegten 3½ Jahre in Peking auch hätten darauf verzichten können. In Peking traf ich indessen am 7. September eine geradezu katastrophale Lage an⁶.

Trotz der Demütigung, Ausraubung und Ausweisung einer hier in Ehren ergrauten schweizerischen Lehrschwester⁷, trotz der unverschämten und grotesken Reaktion der Chinesen auf das prächtige Chinabuch unseres Meisterphotographen Emil Schulthess⁸, trotz dauernder Belästigungen und Schikanen, trotz Drohungen und Gefahren, denen unser Bundespersonal hier stets ausgesetzt ist, trotz all dem haben meine Mitarbeiter und ich es selbstverständlich nie an Verständnis für die Schwierigkeiten der Chinesen und an Beweisen guten Willens zu vernünftiger Zusammenarbeit im Rahmen des Zumutbaren fehlen lassen. Gegenüber den Chinesen machte ich (freilich oft zähneknirschend) weiterhin gute Miene zum bösen Spiel. Leider fand ich aber damit hier ebensowenig Gegenliebe wie das Eidg. Politische Departement in Bern.

Meine Sondierungen hinsichtlich des Besuches Petitpieres blieben unbeantwortet. Meine Warnung vor der Schändung schweizerischer Gräber wurde vom Aussenministerium in einer für unsere Toten, aber auch für mich beleidigenden Art und Weise bagatellisiert.

3. M. Petitpierre wurde 1954 von Zhou Enlai und 1961 von Chen Yi nach China eingeladen. Li Ching-chuan wiederholte diese Einladung in der Folge mehrmals. Vgl. hierzu das Schreiben von P. Micheli an M. Petitpierre vom 7. August 1965, E 2806 1971/57 Bd. 7 (17-20). Zum Besuch von Zhou Enlai bei M. Petitpierre anlässlich der Genfer Asienkonferenz von 1954 vgl. DDS, Bd. 19, Nr. 110, dodis.ch/8179. Zu Chen Yis Besuch in Bern vgl. E 7001(C) 1975/32 Bd. 1 (004.21).

4. Vgl. hierzu die Notiz von A. Janner vom 25. Juli 1966, dodis.ch/31137 und die Notiz von P. Micheli an W. Spühler vom 22. Juli 1966, E 2807(-) 1974/12 Bd. 55 (09). Alt Bundesräte wurden für diverse aussenpolitische Missionen eingesetzt. Für die Aktivitäten von M. Petitpierre für die Auslandschweizer vgl. Dok. 106, dodis.ch/31336. Für die Reise von F. T. Wahlen nach Kanada vgl. Dok. 170, dodis.ch/31304. Für die Rede von F. T. Wahlen am Swiss Center in New York vgl. Dok. 157, dodis.ch/30940. Für eine allfällige Hanoi-Reise von M. Petitpierre vgl. die Notiz von B. Dumont an W. Spühler vom 15. Februar 1966, dodis.ch/31038, S. 2. Für das Mandat von F. T. Wahlen bei der FAO vgl. die Notiz von E. Thalmann vom 29. April 1966, dodis.ch/31656. Zur Entsendung von M. Petitpierre an die Trauerfeierlichkeiten für A. Schärf vgl. das Schreiben von A. Escher an F. T. Wahlen vom 9. März 1965, E 2001(E) 1978/84 Bd. 532 (B.15.81).

5. Wang Chin.

6. Zu H. Kellers traurige[r] Rückkehr nach Peking vgl. dessen Politischen Bericht Nr. 24 vom 16. September 1966, dodis.ch/30920.

7. I. S. Muggler. Vgl. hierzu auch Doss. E 2200.174(-) 1983/84 Bd. 1 (132.5).

8. Vgl. dazu das Telegramm Nr. 59 der schweizerischen Botschaft in Peking an das Politische Departement vom 5. September 1966, dodis.ch/30921.

Nicht besser erging es mir mit meiner Intervention gegen die beim Eingang zur Botschaft von der Roten Garde angebrachten ausländergefeindlichen Slogans, die nach wie vor jedem, der an der Botschaft vorbeigeht (wir wohnen in einem dichtbesiedelten Quartier des Stadtzentrums nahe bei einem Befehlspunkt der Roten Garde), in die Augen springen. Angeblich will es «die Masse» so haben, aber an diese kann ich mich ja nicht wenden⁹.

Sogar dort, wo das nüchterne Interesse den Chinesen eine vernünftige Haltung vorschreiben sollte, weht mir hier ein eisiger Wind entgegen. Im Einvernehmen mit hiesigen Instanzen hat unserer Fédération Horlogère ein Programm zur beruflichen Fortbildung einiger chinesischer Uhrentechniker ausgearbeitet, das eine grosszügige Geste der schweizerischen Privatwirtschaft darstellt und den Chinesen grosse, dauernde Vorteile bieten, und andererseits auch unseren Interessen dienen würde¹⁰. Dieses Programm habe ich während meiner Ferien mit der Fédération Horlogère nochmals erörtert und einen schriftlichen Vorschlag der Fédération Horlogère dieser Tage hier dem Leiter der zuständigen chinesischen Behörde unterbreitet. Die Antwort war formell korrekt, aber inhaltlich negativ. Mir wurde bedeutet, wie unwichtig all das sei im Vergleich zu den weltgeschichtlichen Errungenschaften der Kulturrevolution im Zeichen Maos¹¹. Ich kam mir wie ein abgewiesener Bittsteller vor und vermute, es werde kaum zur Verwirklichung des mit grosser Mühe ausgearbeiteten Programmes kommen, auch wenn die Chinesen mir hier versicherten, es würden auch weiterhin Uhren aus unserem Lande gekauft werden, was bisher zutraf, sich aber ändern kann, wenn die Rote Garde plötzlich anderer Meinung ist.

Auf Wunsch Peking habe ich kürzlich ein Gesuch um Schweizer Visa für zwölf chinesische Techniker und Facharbeiter unterstützt, die in der Maschinenfabrik Mikron Biel einige Wochen ein technisches Training an Spezialmaschinen absolvieren sollen, gemäss Abmachung dieser Firma mit hiesigen Stellen, und im Zusammenhang mit neuen Aufträgen an unser Unternehmen. Bern hat die Visa rasch erteilt, die Chinesen haben ihre Pässe vidiert abgeholt, aber sind nicht abgereist. Wie in solchen Fällen hier üblich, lud ich die Gruppe samt ihren Führern und Begleitern vor der Abreise noch kurz auf die Botschaft ein, auch um dem Eidgenössischen Politischen Departement noch meinen persönlichen Eindruck vom ersten Kontakt mit diesen offenbar gut ausgewählten Leuten melden zu können. Auf diese Geste erhielt ich vorerst überhaupt keine Antwort. Ich musste rückfragen lassen, ob ich die Eingeladenen erwarten dürfe, und erfuhr lediglich, die Abreise sei verschoben worden auf einen Zeitpunkt, der mir nicht bekannt gegeben werden könne. Seither warte ich nun zwei Wochen lang resultatlos auf weiteren Bericht und weiss nicht einmal, ob die Leute hinter meinem Rücken doch abreisten. Jegliches Wort des Dankes oder der Anerkennung für meine gutgemeinte Einladung ist bisher ausgeblieben. Ich

9. Zur Vorsprache von H. Keller bei Tang Hai-kuang betreffend den Besuch M. Petitpierrez, die Profanierung von Ausländergräbern und die fremdenfeindlichen Slogans vor der Botschaft vgl. die Notiz von H. Keller vom 19. September 1966, dodis.ch/30918.

10. Vgl. dazu den Bericht der Mission der Fédération Horlogère in China vom November 1965, E 2200.174(-) 1983/64 Bd. 8 (551.3), S. 25.

11. Vgl. das Schreiben von H. Keller an G. Bauer vom 10. Oktober 1966, *ibid.*

habe durch unsern (chinesischen) Dolmetscher¹² meiner Überraschung über dieses unhöfliche Verhalten Ausdruck geben lassen, weiss aber nicht, ob der Dolmetscher den Mut aufbrachte, sich deutlich auszudrücken.

Obschon von unserer Seite also manches getan wird, um den Warenaustausch aufrechtzuerhalten und zu fördern, und obschon die Statistik bisher noch keine ungünstigen Auswirkungen auf unsern Handelsverkehr mit China erkennen lässt, muss man doch mit der Möglichkeit einer Rückbildung des Handelsvolumens rechnen.

Die Chinesen werden noch mehr als bisher darauf ausgehen, nur das bei uns zu kaufen, was sie am vorteilhaftesten aus der Schweiz beziehen können. Die Schweiz steht umgekehrt sämtlichen chinesischen Exportwaren ohne Importhindernisse offen, als m. W. einziges Land der Welt.

Auch unser Generalsekretär, Herr Botschafter Micheli, hat anlässlich des Antrittsbesuches des neuen chinesischen Geschäftsträgers¹³ feststellen müssen, wie wenig Aussichten für eine gedeihliche Weiterentwicklung unserer Beziehungen zu Peking bestehen¹⁴. Dass bei diesem Anlass der Chinese nicht von sich aus auf die Frage der Chinareise von Herrn alt-Bundesrat Petitpierre zu sprechen kam, war unhöflich, und gleichzeitig ein Wink, wie unerwünscht dieser Besuch hier momentan wäre. Wo ich nur hinsehe, ich kann also mit dem besten Willen nichts entdecken, was neuen Mut verleihen oder auch nur bescheidene Möglichkeiten für eine Normalisierung bieten könnte. Wir befinden uns allerdings in guter Gesellschaft, denn allen anderen Botschaften geht es mehr oder weniger gleich. Sogar die gezwungenermassen engsten «Freunde» Chinas, die Albaner, befinden sich im gleichen Boot, müssen doch ihre 500 hier befindlichen Studenten China ebenso verlassen wie diejenigen aus anderen Ländern. Es bleibt uns also nur übrig zu hoffen, der gegenwärtige Sturm über China werde sich eines Tages wieder legen, wie soviele andere, die seit Jahrtausenden über China hergefallen sind. Aber das wird Zeit benötigen, denn die Rote Garde hat ihr verhängnisvolles Spiel erst angefangen und dürfte noch lange nicht alle Karten ausgespielt haben. Das ist auch die Auffassung meiner besten, glücklicherweise immer noch «funktionierenden» chinesischen Gewährsleute.

Es gibt ausländische Beobachter hier, die fürchten, wir stünden erst am Anfang der Überraschungen und könnten in absehbarer Zeit noch dramatische Dinge erleben. Sie erblicken in der Gefangensetzung des holländischen Geschäftsträgers in Peking¹⁵ ein ominöses Vorzeichen und weisen auf bedrohliche Präzedenzfälle der chinesischen Geschichte hin. Hoffentlich sehen sie zu schwarz. Leider ist das Verhalten der hier vertretenen ausländischen Regierungen aber nicht dazu angetan, bei den Chinesen den Eindruck zu erwecken, der allein etwas ausrichten könnte, nämlich denjenigen einmütiger und solidarischer Entschlossenheit zum energischen Widerstand solange es noch Zeit ist.

12. Zu dieser Zeit waren P. Song und Fu Kuang-chung als Übersetzer (Hilfspersonal) auf der Botschaft eingestellt.

13. Wu Hua-yuan.

14. Vgl. die Notiz von P. Micheli an W. Spühler vom 27. September 1966, Doss. wie Anm. 1.

15. G. J. Jongejans.

Ich bedaure tief, einen so ungünstigen Bericht zu erstatten. Es ist jedoch meine Pflicht, ohne jede Beschönigung festzuhalten, wie die Lage gegenwärtig hier aussieht, und wie sie insbesondere vom schweizerischen Standpunkt aus zu beurteilen ist. Wir sind offenbar an einem Tiefpunkt unserer Beziehungen zu China¹⁶ angelangt und müssen mit einer weiteren Verschlechterung rechnen, auch wenn wir uns weiter bemühen, zu retten was zu retten ist. Meine Geduld nähert sich dem Ende.

16. Zu anderen Einschätzungen vgl. Dok. 175, dodis.ch/30922 und das Schreiben von H. Keller an P. Micheli vom 24. Oktober 1966, dodis.ch/30919.

168

dodis.ch/31814

*Le Délégué aux Accords commerciaux, O. Long,
au Directeur de la Division du commerce
du Département de l'Economie publique, P. R. Jolles¹*

NÉGOCIATIONS FRANCE

Genève, 14 octobre 1966

Le 12 octobre, l'Attaché commercial français, M. de Tschaikowsky, est venu me voir à sa demande pour me faire part de l'inquiétude causée à Paris par l'attitude négative de la Suisse en matière de contingents d'importation de vin français². Les milieux officiels français sont surpris et irrités. Il est question de contre-mesures etc.

J'ai commencé par remettre les choses au point en ajoutant que nous étions toujours prêts à négocier avec Paris dans le but de rechercher des solutions constructives sur le plan bilatéral aussi bien que dans la perspective des négociations multilatérales³ (CEE⁴ et Kennedy Round). Une solution raisonnable

1. Notice: E 7110(-) 1977/9 vol. 108 (821). Copies à A. Weitnauer, E. Moser, R. Mayland, J.-D. Vermeil, J. Rüedi.

2. Cf. DDS, vol. 22, doc. 182, dodis.ch/30703. Cf. le PVCF N° 855 du 14 mai 1965, E 1004.1(-) 1000/9 vol. 698.1 et le PVCF N° 1136 du 29 juin 1965, E 1004.1(-) 1000/9 vol. 698.2. Cf. aussi la lettre de J. Rüedi à E. Stopper du 24 décembre 1965, E 7110(-) 1976/21 vol. 107 (821).

3. Cf. doc. 129, dodis.ch/31815.

4. Sur les relations entre la Suisse et la France en rapport avec la CEE, cf. le PVCF délibératif de la 86^{ème} séance du 6 décembre 1965, p. 4: Herr Schaffner gibt bekannt, dass der französische Aussenminister den Schweizer Vertreter in einer geradezu spektakulären Weise ausgezeichnet habe. Er habe erklärt, man solle gar nicht etwa glauben, dass Frankreich ein isoliertes Vorgehen Österreichs akzeptieren würde. Was die EWG-Krise betreffe, so glaube Frankreich am längeren Hebelarm zu sitzen. Dieses Privatgespräch sei getragen gewesen von aller Sympathie für die Schweiz. Es ergebe sich, dass Frankreich nicht gewillt sei, das deutsche Potential in der EWG durch die Österreicher zu stärken. Der Sprechende wisse natürlich nicht, ob das so bleiben werde.

du problème des laits médicaux⁵ et une attitude positive à l'égard de nos demandes au Kennedy Round⁶ sont à cet égard indispensables.

Tschaikowsky a articulé le chiffre de 30'000 hl de vin d'ici la fin de l'année pour la France. Je n'ai pas réagi et me suis contenté de préconiser un examen en commun de la situation et l'élaboration de solutions constructives.

En effet je crois que, tout en restant fermes sur le fond, nous devons nous montrer conciliants dans la forme afin de ne pas braquer la France et de ne pas lui donner prétexte à jouer du prestige blessé.

Si Tschaikowsky arrive à renouer le dialogue bilatéral franco-suisse, nous devons alors définir de nouveau la tactique à suivre afin de coordonner étroitement nos rapports avec la France sur le plan bilatéral⁷ et dans le cadre multilatéral.

5. Cf. la lettre de J. Rüedi à E. Stopper du 13 avril 1966, dodis.ch/32040.

6. Cf. la lettre de J. Rüedi à E. Stopper du 8 octobre 1966, doss. comme note 1: J'ai finalement aussi attiré l'attention des Français sur le fait qu'ils commettraient une erreur en interprétant la patience dont nous avons fait preuve vis-à-vis de la CEE et notre position dans le Kennedy Round comme des signes de faiblesse.

7. Sur la reconduction de l'accord commercial du 29 octobre 1955 avec la France jusqu'au 31 décembre 1964, cf. le PVCF N° 129 du 17 janvier 1964, E 1004.1(-) 1000/9 vol. 681.2 et doss. E 2001(E) 1978/84 vol. 717 (C.41.111) et E 7110(-) 1975/31 vol. 115 (821). Sur les négociations avec la France afin de conclure un accord de double imposition, cf. doc. 41, dodis.ch/31831.

169

dodis.ch/31454

Interne Notiz des Politischen Departements¹

3. ORIENTIERUNGSKURS DER DIENSTSTELLE HEER UND HAUS 11./13. OKTOBER 1966 IN RAPPERSWIL

[Bern,] 15. Oktober 1966

An diesem 3. Orientierungskurs von Heer und Haus² mit rund 80 Teilnehmern³, hat sich im Verlauf der Diskussion, die sich an meinen Vortrag anschloss, gezeigt, dass unsere Aussenpolitik im Volke Verständnis findet. Dieses Verständnis galt vor allem auch den Anstrengungen, die wir unternehmen, um die internationale Zusammenarbeit in der Schweiz (Genf⁴) zu erleichtern. Alle diese Möglichkeiten eines Beitrags an die Friedenserhaltung seien voll auszuschöpfen, auch wenn sie finanzielle Opfer bringen.

1. Notiz: E 2003(A) 1978/29 Bd. 1 (o.104.0). Verfasst und unterzeichnet von H. Langenbacher, gerichtet an E. Thalmann, visiert von W. Spühler. Kopie an M. Jaccard.

2. Zu den Aktivitäten von Heer und Haus vgl. auch das BR-Verhandlungsprot. der 9. Sitzung vom 8. Februar 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 4-5.

3. Zum Kursprogramm und der Teilnehmerliste vgl. Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 115 (B.30).

4. Zu Genf als Standort für internationale Organisationen vgl. Dok. 50, dodis.ch/31620.

Die Arbeitsgruppe, die sich mit der Neutralität befasste, kam zum Schluss, dass unsere Neutralitätspolitik nach wie vor bester Garant unserer Unabhängigkeit und Freiheit sei⁵. Man war jedoch der Meinung, dass wir international vermehrte Verantwortung zu übernehmen hätten und dabei ohne weiteres etwas risikofreudiger sein könnten; dabei sei jedoch stets darauf Bedacht zu nehmen, dass das Vertrauen des Auslands in unsere Grundsatztreue, d. h. in die Berechenbarkeit unserer Neutralitätspolitik nicht zerstört wird.

In einer Probeabstimmung, die ich im Anschluss an die Diskussion zur Frage der Schaffung schweizerischer UNO-Kontingente für friedenserhaltende Aktionen⁶ durchführte, ergab sich folgendes Ergebnis: 32 ja, 26 nein, unentschieden 22.

Diese Kurse der Sektion Heer und Haus, die für unsere Information eine gute Streuung versprechen (die Teilnehmer rekrutieren sich aus allen Bevölkerungskreisen), verdienen auch weiterhin unsere Unterstützung.

Die Aussprache war auch insbesondere ermutigend, als sie wie schon die Treffen in Spiez und Neuchâtel zeigte⁷, dass das schweizerische Malaise lange nicht so dramatisch ist, wie es ein Teil unserer Presse haben will⁸. Die Diskussion in Rapperswil hat jedenfalls ergeben, dass unser Volk politisch gesund ist, konstruktiv denkt und voll guten Willens ist.

5. Zu einem anderen Schluss kam E. Diez in seinem Ausbildungsprogramm für Diplomaten, vgl. Dok. 104, dodis.ch/31614.

6. Zur Frage der UNO-Aktion im Kongo vgl. z. B. DDS, Bd. 21, Dok. 85, dodis.ch/15248; Dok. 86, dodis.ch/15335; Dok. 95, dodis.ch/15341; Dok. 122, dodis.ch/15397; Dok. 128, dodis.ch/15378 sowie DDS, Bd. 22, Dok. 70, dodis.ch/30218 und Dok. 89, dodis.ch/30220.

7. Zu den Kursen in Spiez vom 29. März 1966 und Neuenburg vom 4. April 1966 vgl. die Notiz von M. Jaccard vom 19. April 1966, dodis.ch/31476 sowie Doss. wie Anm. 3.

8. Vgl. dazu das Schreiben der Abteilung für Internationale Organisationen des Politischen Departements an die schweizerischen diplomatischen Vertretungen vom 22. Juni 1966, dodis.ch/31477 und Doss. wie Anm. 3.

170

dodis.ch/31304

*Der schweizerische Botschafter in Ottawa, H. W. Gasser,
an den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler¹*

Ottawa, 21. Oktober 1966

Der Aufenthalt von a. Bundesrat² Wahlen in Ottawa bot, wie ich andernorts bereits berichtet habe³, Gelegenheit zu Gesprächen mit Prime Minister Pearson, Aussenminister Martin und dessen Stellvertreter Unterstaatssekretär

1. *Politischer Bericht Nr. 13*: E 2300-01(-) 1973/156 Bd. 7 (A.21.31).

2. Zum Einsatz von alt Bundesräten für aussenpolitische Missionen vgl. Dok. 167, dodis.ch/30917, Anm. 4.

3. Schreiben von H. W. Gasser an die Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements vom 17. Oktober 1966, E 2004(B) 1982/69 Bd. 10 (a.132.1).

Cadieux, von denen eine kurze Zusammenfassung für Sie von Interesse sein könnte.

Prime Minister Pearson legte Wert auf die Betonung der kanadischen Präsenz in allen internationalen Gremien, insbesondere innerhalb der UNO; Kanada, als middle-size power, wünscht seine Rolle, zur Erhaltung des Friedens beizutragen, immer mehr zu verstärken. Es wird in allen peace-keeping operations auch weiterhin aktiv mitwirken. Im Commonwealth versucht es als Mediator in heiklen Situationen zu dienen, um diese «multiracial community» auf alle Fälle zusammenzuhalten. Überdies will die kanadische Regierung ihren Beitrag zur Entwicklungshilfe laufend weiterhin erhöhen.

A. Bundesrat Wahlen erwähnte gesprächsweise die Anregungen zur allfälligen Mitwirkung einer schweizerischen Blau-Helm-Truppe auf freiwilliger Basis, was vom kanadischen Prime Minister sehr beifällig aufgenommen wurde. Im übrigen ging diese Unterredung über die üblichen Höflichkeitsformen nicht hinaus.

Aussenminister Martin vertrat in sehr vehementer Weise die Notwendigkeit der Präsenz Rot-Chinas in der UNO. Es sei unmöglich, diesen Komplex länger zu ignorieren. Nach seiner Auffassung sei *jetzt* der Zeitpunkt gekommen, die Aufnahme der Volksrepublik zu ermöglichen; nachher sei es hiefür zu spät und die Folgen des weiteren Ausschlusses Pekings seien unübersehbar, aber zweifellos eine grosse Gefahr für die übrige Welt. Martin stellt sich immer noch eine Möglichkeit vor, die Theorie der «beiden China» in der UNO zu verwirklichen.

Vom kürzlichen Besuch des senegalesischen Präsidenten Senghor war Martin sichtlich tief beeindruckt. "One of the greatest spirits and most impressive personalities I have ever met."

– Bei dieser Gelegenheit darf noch erwähnt werden, dass Präsident Senghor anlässlich der *speziellen* Verleihung der Ehrendoktorwürde an der Universität Laval in Quebec über eine Stunde zur Verfügung gestellt wurde, um seine Theorie der «Francophonie comme Culture» zu entwickeln, während a. Bundesrat Wahlen seinen Doktorhut wenige Tage später im Rahmen der alljährlichen «Collation des grades» entgegennahm und sich in seiner Verdankungsadresse gemäss Usance auf kurze 10–15 Minuten und auf Allgemeinheiten zu beschränken hatte. –

Die Vorsprache bei Unterstaatssekretär *Marcel Cadieux* war bedeutend interessanter. Er äusserte seine Bedenken in Bezug auf die von Präsident Senghor aufgestellten Thesen der «Francité» und der «Communauté francophone»⁴. Obwohl jede Zusammenarbeit der Französischsprechenden auf kulturellem und sprachlichem Gebiet von Ottawa begrüsst und unterstützt werde, kämen Institutionalisierungen, welcher Art auch immer solche sein könnten, für Kanada keinesfalls in Frage. In diesem Sinne erhoffe er eine Koordination der Auffassungen mit der Schweiz und auch mit Belgien. Im übrigen hätte Minister Couve de Murville anlässlich seiner kürzlichen Besprechungen in Ottawa in diesen Fragen eine merkliche Zurückhaltung bekundet.

4. Vgl. dazu auch Dok. 6, dodis.ch/31298.

Cadieux stimmte auch a. Bundesrat Wahlers Bemerkung zu, dass diesen Bestrebungen der Geschmack einer Art von «sprachlichem Volkstum» inne- wohne, was Emotionen ähnlich den nationalsozialistischen auslösen könnte.

Auf die Beziehungen Ottawas zu Frankreich zu sprechen kommend, versuchte Cadieux das schwierige Verhältnis zu erklären, in welchem sich seine Regierung befinde; einerseits lege diese grössten Wert auf engere Beziehungen zu Frankreich auf dem bilateralen Sektor, was sich auch beiderseits sehr befriedigend entwickle, sowohl in Bezug auf die kulturelle, als auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Andererseits aber bestünden grundlegende Meinungsverschiedenheiten auf der multilateralen Ebene, wo Kanada der Aussenpolitik des französischen Staatschefs⁵ nicht folgen könne und auch die französische Wirtschaftspolitik nicht als richtig betrachte, bzw. den allgemeinen französischen Tendenzen der Anti-Integration verständnislos und mit Bedenken gegenüberstehe. Besondere Sorge bereite ihm der Zerfallsprozess der nordatlantischen Gemeinschaft, der s. E. noch keineswegs abgeschlossen sei, ganz abgesehen von den technischen und finanziellen Problemen, welche die verschiedenen Dislokationen in Europa für Kanada stellen. Cadieux gibt sich auch Rechenschaft darüber, dass die nun in Gang gekommenen Rückzugsabsichten alliierter Truppenbestände aus Westdeutschland – denen Kanada sich *nicht* anschliesst – die Sowjetunion zum Ausspielen jeder Art von politischen Trümpfen ermutigen wird. So sucht die kanadische Regierung zu bremsen, wo es möglich ist, und hat sich deshalb eindeutig, wenn auch leider wohl vergeblich, für eine Beibehaltung des NATO-Rat-Sitzes in Paris eingesetzt.

Für die Schweiz und ihre Aussenpolitik hat Cadieux volles Verständnis.

5. Ch. de Gaulle.

171

dodis.ch/31661

Antrag des Departement des Innern an den Bundesrat¹

LUXEMBURG. REVISION DES SOZIALVERSICHERUNGSABKOMMENS

[Bern,] 24. Oktober 1966

I. Das zur Zeit geltende Abkommen mit Luxemburg² wurde am 14. November 1955 unterzeichnet und trat am 1. April 1957 in Kraft. Es gehört zur Gruppe der vor Einführung der Invalidenversicherung und der pro rata-Rentenberechnung in der Schweiz, d. h. vor dem 1. Januar 1960 abgeschlossenen bilateralen Staatsverträge über soziale Sicherheit, die – heu-

1. Antrag: E 1001(-) 1970/24 Bd. 28. Unterzeichnet von H.-P. Tschudi.

2. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Grossherzogtum Luxemburg über Sozialversicherung vom 14. November 1955, AS, 1957, S. 283–294.

te noch zehn³ an der Zahl – alle der Anpassung an die zwischenzeitliche Entwicklung bedürfen.

Die Reihenfolge, in der diese Revisionen durchgeführt werden, kann nicht einseitig von der Schweiz bestimmt werden, sondern hängt jeweils ab von der übereinstimmenden Bereitschaft beider Vertragsstaaten. Nachdem die revidierten Abkommen mit Italien⁴, der Bundesrepublik Deutschland⁵ und mit Liechtenstein⁶ unter Dach sind, stand die Neuordnung der vertraglichen Beziehungen mit den beiden verbleibenden Nachbarländern Frankreich⁷ und Österreich⁸ zunächst im Vordergrund. Österreich ist jedoch auf entsprechende Vorstösse während Jahren nicht eingetreten und hat seine Haltung eben erst in diesen Tagen geändert⁹. Mit Frankreich konnten auf Expertenebene vorbereitende Gespräche¹⁰ geführt werden, doch ist infolge organisatorischer Änderungen und personeller Umbesetzungen¹¹ im zuständigen französischen Ministerium eine Stockung in den Vorabklärungen eingetreten, die bis dahin nicht überwunden werden konnte.

Unter diesen Umständen wurden zwecks Zeitgewinns vorbereitende Kontakte auf deren dringliches Verlangen auch mit anderen Partnerstaaten¹² aufgenommen, so mit Luxemburg¹³, Grossbritannien¹⁴, Spanien¹⁵ und den

3. Belgien, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweden, Spanien, Tschechoslowakei.

4. Abkommen zwischen der Schweiz und Italien über Sozialversicherung vom 17. Oktober 1951, AS, 1954, S. 250–256.

5. Vgl. die Notiz von M. Leippert vom 27. Februar 1964, dodis.ch/31294; das Schreiben von M. Troendle an P. Micheli vom 13. Mai 1965, dodis.ch/31295 und das BR-Verhandlungsprot. der 39. Sitzung vom 28. Mai 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 5 f.

6. Abkommen zwischen der Schweiz und Liechtenstein über die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 3. September 1965, AS, 1966, S. 1227–1237. Vgl. ferner die Notiz von R. Bär vom 20. Dezember 1964, dodis.ch/31865; das BR-Prot. Nr. 1590 vom 20. September 1965, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 702.1. und das BR-Verhandlungsprot. der 64. Sitzung vom 20. September 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3.

7. Abkommen zwischen der Schweiz und Frankreich zur Regelung der Stellung der unselbständig erwerbenden Grenzgänger an der französisch-genferischen Grenze unter den Gesetzgebungen über Familienzulagen vom 16. April 1959, AS, 1961, S. 24–28. Vgl. ferner Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 697 (B.31.31.0).

8. Vgl. dazu Dok. 149, dodis.ch/31201; das BR-Prot. Nr. 2283 vom 22. Dezember 1964, dodis.ch/31133; das Schreiben von L. von Moos an F. T. Wahlen vom 14. Oktober 1965, dodis.ch/31135 und das Telegramm Nr. 42 von A. Escher an P. Micheli vom 6. Mai 1966, dodis.ch/31593.

9. Vgl. z. B. das Schreiben von A. Escher an P. Micheli vom 4. März 1966, E 2001(E) 1978/84 Bd. 533 (B.31.31.1).

10. Vgl. das Schreiben von C. Motta an P. Micheli vom 28. Januar 1966, Doss. wie Anm. 7.

11. Vgl. dazu das Schreiben von G. Chavaz an M. Frauenfelder vom 11. Juli 1966, Doss. wie Anm. 7.

12. Zur Türkei vgl. Dok. 69, dodis.ch/31526. Zu Finnland vgl. das Schreiben von C. Motta an R. Hunziker vom 9. Juni 1964, dodis.ch/31806. Zu Irland vgl. das Schreiben von C. Motta an J. Rossat vom 8. Oktober 1964, dodis.ch/31594.

13. Zu den Verhandlungen mit Luxemburg vgl. Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 855 (B.31.31.1) und E 3340(B) 1989/175 Bd. 297 (797 170/L 2).

14. Vgl. das BR-Prot. Nr. 2069 vom 25. November 1966, dodis.ch/31431.

15. Vgl. Dok. 153, dodis.ch/31007, Anm. 7.

Niederlanden¹⁶. Am weitesten vorangetrieben sind diese Arbeiten gegenwärtig im Verhältnis zu Luxemburg und zu Grossbritannien. Nachdem das luxemburgische Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit mit Schreiben vom 26. September 1966¹⁷ die Aufnahme von Verhandlungen durch entsprechend bevollmächtigte Delegationen am 7. November 1966 in Luxemburg vorschlägt¹⁸, sollte diesem Begehren entsprochen werden.

II. In beiden Vertragsstaaten hat die Sozialversicherungsgesetzgebung seit dem Abschluss des geltenden Abkommens bedeutsame Änderungen erfahren. In unserem Land wurde, wie einleitend erwähnt, in der Zwischenzeit vor allem die Invalidenversicherung neu eingeführt, ein Versicherungszweig, der in Luxemburg schon im Jahre 1955 bestand und deshalb in das geltende Abkommen einbezogen ist, so dass unser Partnerstaat auf diesem Gebiet seit über 10 Jahren Vorleistung erbringt. Hierin liegt für die Schweiz ein gewichtiger Grund, durch Revision des Abkommens nunmehr gleichzuziehen. Nachdem die Berechnung der schweizerischen Renten der Alters- und Hinterlassenen sowie der Invalidenversicherung heute nach der pro rata-Methode erfolgt, soll auch die Diskriminierung der luxemburgischen Staatsangehörigen in Bezug auf die Mindestbeitragsdauer für den Leistungsanspruch verschwinden und, wie in den Abkommen mit Italien¹⁹ und Deutschland, diesbezüglich die Gleichbehandlung verwirklicht werden. Die in den genannten beiden Abkommen festgelegte neue Linie hinsichtlich der schweizerischen Konzessionen wird im übrigen allgemein auch für die Verhandlungen mit Luxemburg und mit weiteren Staaten Geltung haben.

[...] ²⁰

Im Bereich Krankenversicherung wird der erleichterte Übertritt aus der Versicherung des einen in diejenige des anderen Staates angestrebt. Dieser zwischenstaatliche Freizug, seinerzeit in unseren Abkommen mit Grossbritannien²¹ und Dänemark²² in beschränktem Umfang eingeführt und im neuen Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland²³ in erweiterter Form vereinbart, hat sich sehr bewährt. Er kommt vor allem auch den Auslandschweizern²⁴ zugute, die in der Zeit ihrer Aktivität im Vertragsstaat wohnten und zur Verbringung des Ruhestandes in die Heimat zurückkehren; ohne die erwähnte

16. Vgl. dazu das Schreiben von C. Motta an P. Dupont vom 9. Februar 1966, dodis.ch/31782.

17. Schreiben von M. Nosbusch an C. Motta vom 26. September 1966, E 3340(B) 1989/175 Bd. 297 (797 170/L 2).

18. Vgl. dazu Doss. wie Anm. 17.

19. Zu den Verhandlungen mit Italien vgl. DDS, Bd. 19, Dok. 65, dodis.ch/8942. Siehe auch DDS, Bd. 21, Dok. 8, dodis.ch/14887 und Dok. 151, dodis.ch/14400.

20. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31661.

21. Zusatzabkommen über Sozialversicherung zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland vom 12. November 1959, AS, 1960, S. 867–869.

22. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich Dänemark über Sozialversicherung vom 24. Mai 1954, AS, 1955, S. 284–294.

23. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über Soziale Sicherheit (mit Schlussprotokoll) vom 25. Februar 1964, AS, 1966, S. 602–621.

24. Zu den Auslandschweizern vgl. Dok. 106, dodis.ch/31336 und Dok. 117, dodis.ch/31341.

Freizügigkeit werden sie ihres vorgerückten Alters wegen in der Schweiz in die Krankenkassen nicht mehr aufgenommen.

Eine Reihe weiterer Fragen aus dem Gebiete der Unfallversicherung, der Familienzulagen (Auslandzahlung von Kinderzulagen) wie auch der Rentenversicherung (einseitige Totalisation schweizerischer Versicherungszeiten durch die luxemburgischen Versicherungseinrichtungen, Zulässigkeit der freiwilligen AHV neben der Pflichtversicherung in Luxemburg usw.) wird die Delegationen beschäftigen, wobei die schweizerischen Vertreter sich, wie schon bei den Verhandlungen mit Deutschland, mit den im Bereiche der EWG getroffenen Lösungen auseinanderzusetzen haben werden.

Ein besonderer Grund, auf das luxemburgische Verhandlungsbegehren einzutreten, liegt in dem Umstand, dass Luxemburg dem revidierten Rheinschifferabkommen²⁵ beigetreten ist. Die Schweiz hat bekanntlich mit der Unterzeichnung dieser multilateralen Vereinbarung die Verpflichtung übernommen, mit allen Partnerstaaten möglichst bald die zwischenstaatlichen Beziehungen auf dem Gebiete der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung durch zweiseitige Verträge neu zu ordnen. Bis jetzt ist dies erst mit der Bundesrepublik Deutschland geschehen. Es wäre erwünscht, auf dem Wege zu solchen Regelungen voranzukommen.

[...] ²⁶

25. Revidiertes Abkommen über die soziale Sicherheit der Rheinschiffer, AS, 1970, S. 174–228. Ratifizierung durch die Schweiz am 22. November 1966.

26. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31661. Der Bundesrat stimmt allen Anträgen zu. Vgl. das BR-Prot. Nr. 1957 vom 7. November 1966, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 715.1.

172

dodis.ch/31640

Déclaration suisse à la réunion ministérielle du Conseil de l'Association européenne de libre-échange les 27 et 28 octobre 1966 à Lisbonne¹

DÉCLARATION DE M. LE CONSEILLER FÉDÉRAL WILLY SPÜHLER SUR L'INTÉGRATION EUROPÉENNE²

Confidentielle

Lisbonne³, 27 octobre 1966

La position de la Suisse⁴ vous est assez connue pour que je puisse me contenter d'en rappeler les lignes essentielles et d'indiquer comment elle s'inscrit dans les perspectives d'avenir de notre Association.

1. *Déclaration*: E 7111(C) 1976/4 vol. 148 (EE 221.02).

2. *Sur le rapport de W. Spühler au Conseil fédéral, cf. le PVCF délibératif du 25 novembre 1966*, E 1003(-) 1994/26 vol. 4, p. 3.

3. *Sur la conférence de l'AELE à Lisbonne du 27–28 octobre 1966, cf. la circulaire de P. R. Jolles du 22 novembre 1966, doss. comme note 1. Cf. aussi doss. E 2001(E) 1978/84 vol. 326 (C.41.775).*

4. *Cf. doc. 136, dodis.ch/31944, note 4.*

Lorsqu'en 1961 et 1962 les Etats membres de l'AELE avaient décidé de négocier séparément mais de concert avec la CEE, la Suisse avait participé à ce mouvement⁵. En effet, s'il avait réussi le résultat aurait été une communauté européenne large qui par la force des choses aurait acquis des caractéristiques politiques différentes de celles de la Communauté des Six.

Notre position est claire⁶. Notre intérêt économique national est conforme à celui de l'ensemble de l'Europe qui commande l'élimination de la division économique. La politique de neutralité que la Suisse poursuit afin de maintenir son indépendance retient cependant notre pays de chercher un accord étroit avec la CEE aussi longtemps qu'une solution d'ensemble n'est pas en vue. Même si la CEE semble pour le moment avoir mis en veilleuse sa vocation supranationale, elle n'en a pas moins gardé un profil politique accentué. Et les luttes d'influence auxquelles les grands pays se livrent dans l'arène étroite des Six⁷ en font un terrain périlleux pour un petit pays qui, comme la Suisse, entend préserver son indépendance.

Pour ces raisons – et j'aimerais le répéter ici avec toute la clarté voulue – la Suisse reste de l'opinion que, dans les circonstances actuelles, ses réserves touchant à la politique de neutralité pourraient être mieux prises en considération dans le cas d'un élargissement général de la Communauté s'étendant à la Grande-Bretagne⁸ et aux autres pays⁹ de l'AELE que dans le cadre des Six. Il lui serait aussi plus aisé de nouer des liens institutionnels avec un groupement élargi et mieux équilibré sur le plan politique.

Et d'ailleurs, il est frappant de constater que chaque pays membre de l'AELE se heurterait à des problèmes très sérieux, politiques ou économiques, s'il devait, seul, trouver un accord avec la Communauté des Six. En revanche, chacun de ces problèmes nationaux se trouverait résolu ou en tout cas bien atténué dans l'hypothèse où les pays de l'AELE chercheraient, non plus séparément et chacun pour soi, mais tous ensemble, un arrangement avec la CEE.

Sur le plan intérieur, l'AELE¹⁰ doit acquérir plus de poids et ceci d'abord par des échanges commerciaux accrus dans toute la mesure des possibilités. Il

5. Cf. *DDS*, vol. 21, doc. 141, dodis.ch/15430; vol. 22, doc. 3, dodis.ch/30118; doc. 4, dodis.ch/30120; doc. 6, dodis.ch/30122; doc. 17, dodis.ch/30126; doc. 27, dodis.ch/30128; doc. 30, dodis.ch/30140; doc. 32, dodis.ch/30142 et doc. 34, dodis.ch/30143.

6. Cf. aussi la lettre de P. R. Jolles à P.-H. Wüth et F. Gyax du 21 septembre 1966, dodis.ch/31955: [Die] von Herrn Bundespräsident Schaffner in Beantwortung der Interpellation Duft im Juni abgegebene Erklärungen zur Integrationspolitik der Schweiz [haben] zu Spekulationen über eine Änderung der Haltung der schweizerischen Regierung Anlass gegeben. Cf. aussi la réponse de H. Schaffner à l'interpellation de E. Duft du 29 juin 1966, dodis.ch/31613.

7. Cf. le *PVCF délibératif* de la 73^{ème} séance du 23 octobre 1964, E 1003(-) 1994/26 vol. 3.

8. Sur la nouvelle demande d'association de la Grande-Bretagne, cf. la lettre du Bureau de l'intégration aux diverses représentations suisses du 5 décembre 1966, E 2001(E) 1978/84 Bd. 300 (C.41.770).

9. Sur les négociations de la CEE avec l'Autriche, cf. doc. 148, dodis.ch/31105, note 13.

10. Sur l'AELE et l'Autriche, cf. doc. 13, dodis.ch/31083. Sur l'AELE et la Grande-Bretagne, cf. doc. 56, dodis.ch/31416; doc. 65, dodis.ch/31417 et doc. 99, dodis.ch/31418. Sur la France et l'AELE, cf. doc. 85, dodis.ch/31819. Sur l'adhésion éventuelle de la Yougoslavie, cf. doc. 182,

appartient donc aux gouvernements de les rassurer et de les encourager sur la longévité de notre Association¹¹. Il appartient aux gouvernements de leur faire comprendre que les efforts qu'ils déploient pour tirer tous les bénéfices de notre zone de libre-échange ne seront, en tout état de cause, pas perdus parce que nous sommes fermement résolus à la maintenir jusqu'au moment où elle se fondera dans un plus grand ensemble européen.

En retirant ainsi tous les avantages offerts par l'AELE, en lui donnant donc plus de poids, nous renforcerons sa stature sur la scène européenne et par là l'intérêt que la CEE pourrait lui trouver un jour. La délégation suisse continue de penser que le chemin d'un arrangement avec la CEE passe par le développement et l'intensification des échanges au sein de l'AELE et par la confiance dans sa valeur et son utilité.

Enfin, notre souci de trouver un accord avec la CEE ne doit pas nous faire négliger les signes de détente qui se manifestent du côté de l'Europe de l'Est¹². Notre Association pourrait apporter à cet égard une contribution intéressante puisqu'elle n'est pas engagée politiquement et qu'elle se veut ouverte à l'extérieur. Nous aurions intérêt à vouer plus d'attention à ce problème dans les mois et les années qui viennent.

dodis.ch/31149. *Sur les activités de l'AELE pour éviter la double imposition, cf. doc. 92, dodis.ch/31443. Sur les visites des ministres dans le cadre de l'AELE, cf. doc. 164, dodis.ch/31628. Sur l'AELE et le GATT, cf. doc. 12, dodis.ch/31817. Sur l'élargissement du Marché commun, cf. doc. 41, dodis.ch/31944 et doc. 140, dodis.ch/31618.*

11. *Cf. le PVCF délibératif de la 36^{me} séance du 15 mai 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 2: Il importe de soutenir plus fortement l'AELE et de ne pas être trop réservé à l'égard des propositions scandinaves, étant donné que l'AELE doit devenir un groupement apte à engager lui-même des conversations avec la CEE, la forme collective ayant plus d'efficacité que les démarches individuelles.*

12. *Par exemple en rapport avec les relations entre l'AELE et la Yougoslavie, cf. doc. 182, dodis.ch/31149.*

dodis.ch/31734

*Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler¹*MEIN HEUTIGES GESPRÄCH MIT BOTSCHAFTER JOLLES
ÜBER DEN RAHMENKREDIT DER TECHNISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Persönlich

[Bern,] 8. November 1966

J[olles] wird für einen Rahmenkredit² von 110 Mio. für 2½ Jahre plädieren. Seine Hauptargumente werden sein:

1) Unser sich vergrössernder Rückstand gegenüber vergleichbaren Ländern³ bezüglich

a) Beiträge an das Entwicklungsprogramm der UN⁴;

b) der bilateralen und multilateralen Aufwendungen der Technischen Zusammenarbeit⁵.

2) Die Tatsache, dass das EVD in der nächsten Zeit teils an den Bundesrat teils auch an das Parlament gelangen muss, um für Entwicklungshilfe neue Kredite oder Garantien zu erhalten (Asiatische Entwicklungsbank⁶, Lateinamerikanische Entwicklungsbank⁷, Investitionsrisikogarantie⁸, etc.). In der gegenwärtigen Situation ist klar, dass diese Anträge nur die Bewilligung des Bundesrates finden können, wenn sie vom EPD unterstützt werden, was aber voraussetzt, dass das EVD die Erhöhung des neuen Rahmenkredits für die TZ unterstützt.

1. Notiz: E 2807(-) 1974/12 Bd. 68 (14-11). Verfasst und unterzeichnet von A. R. Lindt. Visiert von W. Spühler.

2. Zum neuen Rahmenkredit vgl. die Notiz von R. Pestalozzi vom 23. Mai 1966, dodis.ch/31738; das Protokoll der Sitzung der Kommission für technische Zusammenarbeit vom 26. Mai 1966, dodis.ch/31755; das Exposé von R. Pestalozzi vom 28. Juni 1966, dodis.ch/31737; das BR-Verhandlungsprot. der 81. Sitzung vom 16. Dezember 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 1-2 sowie die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit der Schweiz mit Entwicklungsländern vom 27. Dezember 1966, BBl, 1967, I, S. 13-55.

3. Vgl. dazu die Notiz von R. Pestalozzi vom 23. Mai 1966, dodis.ch/31738 sowie das Exposé von R. Pestalozzi vom 28. Juni 1966, dodis.ch/31737.

4. Vgl. dazu das Exposé von R. Pestalozzi vom 28. Juni 1966, dodis.ch/31737.

5. Für eine Übersicht über die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit vgl. Dok. 100, dodis.ch/31763.

6. Zur Asiatischen Entwicklungsbank vgl. Dok. 121, dodis.ch/31703 sowie die Notiz von H. Bühler an Ch. Oser vom 28. November 1966, dodis.ch/31711. Zum Beitritt der Schweiz zur Asiatischen Entwicklungsbank vgl. das BR-Prot. Nr. 480 vom 7. März 1966, dodis.ch/31355.

7. Zur Interamerikanischen Entwicklungsbank vgl. das Schreiben von H. Hofer an F. Schnyder vom 22. Juni 1966, dodis.ch/31596. Zur Afrikanischen Entwicklungsbank vgl. das Rundschreiben von H. Bühler an diverse schweizerische Vertretungen vom 2. Dezember 1964, dodis.ch/31736 und die Notiz von H. Bühler vom 15. November 1965, dodis.ch/31735.

8. Zu Malaysia vgl. das Schreiben von J. Martin an E. Stopper vom 19. Mai 1966, dodis.ch/31342. Zu Investitionsschutzabkommen mit Lateinamerika vgl. Dok. 8, dodis.ch/31413 sowie Dok. 163, dodis.ch/31582.

dodis.ch/31632

*Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler¹**[Bern, 15. November 1966]²*

Am 15. November empfangen Sie auf seinen Wunsch den ungarischen Botschafter³. Die Unterredung dauert $\frac{5}{4}$ Stunden und dreht sich um die Ungarn-Gedenkfeiern⁴ in der Schweiz bzw. die ungarischen Demarchen und Proteste dagegen⁵.

Herr Gyemant nimmt Bezug auf die UPI-Meldung, die am 11. November in verschiedenen Schweizerzeitungen erschien (z. B. in der NZZ unter dem Titel «Ungarischer Rüffel für die Schweiz») und die in der Folge zu scharfen Reaktionen in «Der Bund» («Plumpe Einmischung», wo die ungarischen Reklamationen als unverschämt taxiert werden), im «Feuille d'avis de Lausanne», in der Solothurner Zeitung («Aussenpolitik ist kein Theater» vom 14. November) im «Volksrecht» («Budapester Rüffel» von Chefredaktor Ulrich Kägi am 14. November)⁶, Anlass gab. Was Herrn Gyemant besonders erbost hat, sind neben den Angriffen (wie er es nennt) auf seine Regierung und Botschafter Beck, die Ausführungen in der Solothurner Zeitung, die vom EPD verlangen, Budapest seine Abberufung nahezulegen (*Gfyemant*) liest mir den entsprechenden Passus selbst vor). Herr Gyemant erklärt, wegen der verschiedenen Publikationen auf weitere Demarchen verzichten zu wollen. Bezüglich der Artikel im Bund und in der Solothurner Zeitung möchte er jedoch wissen, ob sich das Politische Departement damit identifiziert. Er müsse selbstverständlich über die neueste Entwicklung rapportieren, möchte dies aber nicht tun, ohne uns angehört zu haben.

(Die Korrektheit, die aus dieser Bemerkung hervorgeht, ist m. E. nur eine scheinbare. Ich bin überzeugt, dass die ungarische Reaktion auf die Erinnerungsfeiern weitgehend auf die Berichterstattung Gyemants und seines neuen 1. Mitarbeiters Kapsos zurückzuführen ist. Ich bin auch überzeugt, dass, wenn Botschaftsrat Rac noch hier gewesen wäre, Budapest anders orientiert worden wäre.)

Meine Erwiderung geht davon aus, dass der Ursprung der beanstandeten Pressereaktionen ausschliesslich auf den in der «Zürcher Woche» erschie-

1. Notiz: E 2001(E) 1978/84 Bd. 759 (B.41.21). Verfasst und unterzeichnet von A. Janner. Visiert von W. Spühler. Kopie an die schweizerische Botschaft in Budapest.

2. Die Unterredung fand am 15. November statt. Das genaue Datum der Notiz ist nicht bekannt. Eine Kopie wurde jedoch am 17. November 1966 an die schweizerische Botschaft in Budapest versandt, E 2001(E) 1978/84 Bd. 757 (B.15.21).

3. A. Gyémánt.

4. Zur schweizerischen Reaktion auf den Aufstand vom Oktober 1956 in Ungarn und zur Aufnahme ungarischer Flüchtlinge vgl. Dok. 166, dodis.ch/30805, Anm. 3.

5. Vgl. dazu das Schreiben von W. Fuchss an P. Micheli vom 27. Oktober 1966, dodis.ch/31636.

6. Alle erwähnten Presseberichte befinden sich im Doss. wie Anm. 1.

nenen Artikel⁷, gezeichnet Georg Berner alias Albert Huber, zurückgeht. Ich bezeichne diesen Artikel als ekelhaft und, da ich feststellen muss, dass Gyemant ihn kannte, aber bewusst nicht erwähnte, füge ich bei, der Artikel enthalte die These Budapests. Nach Erscheinen des Zürcher Woche-Artikels habe die UPI bei uns angefragt. Unter den gegebenen Umständen, d. h. nachdem Herr Berner detaillierte Angaben über die Besprechung Beck/Fuchss⁸ kannte, wurde UPI eine Bestätigung gegeben unter Hinweis einerseits auf die schweizerischen Grundfreiheiten und andererseits auf den würdigen Ablauf der Feiern. Es sei zu erwarten gewesen, dass in der Folge scharfe Reaktionen erfolgten, wobei dem EPD vorgeworfen wurde, die Öffentlichkeit nicht vorher informiert zu haben. Wir hätten dies bewusst nicht getan, um nicht Öl ins Feuer zu giessen. Aber die ungarischen Interventionen, insbesondere diejenige von Herrn Beck, hätten bei uns Kopfschütteln hervorgerufen. Ich unterstreiche, dass auf alle Fälle von offizieller schweizerischer Seite nichts an die Öffentlichkeit gelangt sei. Es sei mir ein Rätsel, woher die Zürcher Woche ihre Informationen habe, sicher nicht von schweizerischen Stellen⁹. G[yemant] könne sich denken, dass wir zuallerletzt der Zürcher Woche etwas mitteilen würden. (Leider muss ich es mir verkneifen, Gyemant ins Gesicht zu sagen, Herr Kapsos sei bei der sowjetischen Revolutionsfeier zusammen mit Herrn Huber gesehen worden. Ich selbst bin überzeugt, dass Kapsos die Hand im Spiele hat, ob aus persönlicher Blödeheit oder auf höhere Instruktion, bleibe dahingestellt.)

In Bezug auf die von einigen Zeitungen geführte Sprache verweise ich einmal mehr auf unsere Pressefreiheit. Lediglich bezüglich der Anspielung in der Solothurner Zeitung auf die Unfähigkeit Gyemants distanziere ich mich in dem Sinne, dass es nicht Sache einer Zeitung sei, über die Abberufung zu entscheiden.

Herr Gyemant fühlt sich veranlasst, zu sagen, er habe von einem Kollegen (!) gehört, dass am 26. oder 27. Oktober in der Tageschronik am ungarischen Radio die Nachricht verbreitet wurde, dass Botschafter Fuchss zu Botschafter Beck gebeten wurde, der ihm die Beunruhigung der ungarischen Behörden bezüglich der Demonstrationen in der Schweiz bekanntgab unter Hinweis, dass den bilateralen Beziehungen dadurch kein guter Dienst erwiesen werde. (Damit gibt Gyemant auf alle Fälle zu, dass es die ungarische Seite war, die sich bemüssigt fühlte, die Öffentlichkeit zu orientieren.) G[yemant] fährt dann fort zu lamentieren unter Berufung auf seine Besuche bei mir (21. September¹⁰) und bei Botschafter Micheli (18. Oktober¹¹), wobei er die These des Generalsekretärs, es handle sich um eine menschliche Angelegenheit, nur beschränkt gelten lässt und einmal mehr in Wallung gerät über die Fotoausstellung von

7. Vgl. *Doss. wie Anm. 1.*

8. Vgl. *Anm. 5.*

9. *Handschriftliche Korrektur aus: Quellen.*

10. *Notiz von A. Janner vom 31. Oktober 1966, dodis.ch/31635.*

11. *Notiz von P. Micheli an W. Spühler vom 18. Oktober 1966, dodis.ch/31634. Die Vorsprache wurde auch in der Bundesratssitzung diskutiert, vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 65. Sitzung vom 18. Oktober 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 7.*

«Niemals vergessen»¹², insbesondere über die bei der Eröffnung von Regierungsrat Bauder gehaltene Rede. Er ist der Meinung, wir seien in die kälteste Zeit des Kalten Krieges zurückgefallen. G[yemant] wünscht von uns eine offizielle Erklärung, die darauf hinauslaufen würde, Budapest und ihm Satisfaktion zu erteilen, m. a. W. wir sollten unsere Presse desavouieren. Ich erwidere, wir hätten uns auch schon gefragt, ob eine offizielle Erklärung nicht am Platze sei. Wir hätten aber im Interesse unserer Beziehungen davon abgesehen. Wir könnten es aber tun, müssten dann aber das *ganze* Paket der offenen Fragen der Presse vorlegen, angefangen bei den abgebrochenen Vermögensverhandlungen¹³ ... Darauf zieht es Gyemant vor, nicht zu insistieren. Dafür möchte er, dass wir den Redaktoren der von ihm beanstandeten Artikel nahelegen, sich zu mässigen. Ich erwidere, wir könnten das tun, aber gemäss ständiger Praxis nur im Sinne der Weiterleitung seiner Beschwerde uns gegenüber. Wenn ich ihm einen guten Rat geben dürfe, so soll er das von uns nicht verlangen, denn die Wirkungen wären unabsehbar, da nicht nur die anvisierten Zeitungen, sondern die ganze Öffentlichkeit noch schärfer reagieren würden. G[yemant] versichert mir, dass im gegenteiligen Falle weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft in ungarischen Zeitungen derart unqualifizierte Ausdrücke stehen. Auch wir hätten bestimmt die Möglichkeit, Empfehlungen auszusprechen. Auch in einer Familie müsse der Vater manchmal die Angehörigen zur Ordnung rufen. Ich repliziere: mit der Familie einverstanden. Ich könne mir auch nicht vorstellen, dass ein ungarischer Chefredaktor eine Empfehlung (um mich gelinde auszudrücken) eines Ministeriums nicht beachten würde; aber bei uns sei das nun einmal anders, und es sei Zeit, sich damit abzufinden¹⁴. Gyemant dupliziert¹⁵, übrigens hätten auch wir reagiert anlässlich der Verhaftung Fittlers wegen eines Artikels in der Nepszabadsag¹⁶. Ich erwidere, die Affäre Fittler sei ein Skandal gewesen, und die ungarischen Behörden hätten sich damit kein Ruhmesblatt erworben. Gyemant sieht ein, dass er besser nicht insistiert. Er verzichtet auch auf seinen Wunsch, wir möchten den Redaktionen einen Brief schreiben. Schliesslich ringt er sich zu der Schlussfolgerung durch, wir sollten bisher Erzieltes nicht ruinieren lassen, aber dazu brauche man Atmosphäre¹⁷. Damit ist endlich der Punkt erreicht, wo ich ihm zustimmen kann, d. h. dass auch wir das bisher Erreichte nicht in Frage stellen wollen, und dass wir auf der offiziellen Ebene nie die Absicht hatten oder haben, eine Verschlechterung eintreten zu lassen.

12. Vgl. *Doss. wie Anm. 1.*

13. *Zu den Verhandlungen zwischen der Schweiz und Ungarn zu den noch offenen vermögensrechtlichen Fragen* vgl. *Dok. 21*, dodis.ch/31540, *Anm. 2*. Vgl. auch *Dok. 166*, dodis.ch/30805.

14. *Zur Frage der Pressefreiheit und den Klagen Ungarns über die negative Presseberichterstattung in der Schweiz* vgl. auch *Dok. 166*, dodis.ch/30805.

15. *Handschriftlich ergänzt.*

16. Vgl. *dazu die Notiz von A. Janner vom 15. Februar 1966*, dodis.ch/31690 und *das Schreiben von W. Fuchss an W. Spühler vom 26. Mai 1966*, dodis.ch/31637. *Zum Einfluss von Einzelschicksalen auf den Verlauf von Verhandlungen* vgl. auch *Dok. 34*, dodis.ch/31565 und *Dok. 34*, dodis.ch/31565.

17. *Handschriftliche Korrektur aus: braucht man aber atmosphäre.*

Es wäre wirklich zu hoffen, dass Budapest nun endlich abtackelt. Als Gye-mant vorsprach¹⁸, wusste er noch nicht, dass am gleichen Nachmittag Herr Bundesrat von Moos eine Delegation der ungarischen Flüchtlinge empfing, die ihren Dank für das gewährte Asyl überbrachten¹⁹. Eine neuerliche ungarische Intervention in dieser Frage müssten wir entschieden als Einmischung in die schweizerische Flüchtlingspolitik zurückweisen. Im übrigen gilt es abzuwarten. Es hat im Moment wenig Sinn, zu versuchen, die Atmosphäre wieder auf-zuhellen. *Wir* haben nichts wieder gutzumachen ...

18. *Handschriftliche Korrektur aus:* vorspricht.

19. Vgl. die Mitteilung des Justiz- und Polizeidepartements vom 15. November 1966, Doss. wie Anm. 1 und das BR-Verhandlungsprot. der 74. Sitzung vom 18. November 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 3.

175

dodis.ch/30922

Vortrag von W. Spühler vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats¹

DIE SCHWEIZERISCH-CHINESISCHEN BEZIEHUNGEN

[Bern, 16. November 1966]²

1. Die Entwicklung der Beziehungen bis heute [...]³

Mit dem Abzug der Regierung Tschang Kai-Shek nach Taiwan wurde im Oktober 1949 auch unsere Gesandtschaft in Nanking geschlossen⁴; der Einladung an die diplomatischen Vertretungen, die nationalchinesische Regierung nach Taiwan zu begleiten, leisteten wir keine Folge. Vielmehr sprach der Bundesrat im Januar 1950 – nachdem eine Reihe europäischer Staaten (worunter Grossbritannien und Skandinavien) ihm dabei vorangegangen waren – durch Telegramm⁵ die Anerkennung der Regierung Mao Tse Tungs aus. In der Folge haben sich die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Volksrepublik China normal entwickelt, wengleich mit einer verständlichen Zurückhaltung. Eine leichte Spannung hat sich Anfang dieses Jahres ergeben, als wir kurz hintereinander dem Nachfolger von Botschafter Li das Agrément verweigerten – bei diesem Nachfolger handelt es sich um einen führenden chinesischen Nachrichtenoffizier, der u. a. die chinesische Subversion in Indonesien geleitet

1. Referat: E 2807(-) 1974/12 Bd. 20 (042.3-01).

2. Der Text wurde W. Spühler mit der Notiz von A. Janner vom 9. November 1966 übermittelt, E 2001(E) 1978/84 Bd. 580 (B.15.21).

3. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/30922.

4. Vgl. DDS, Bd. 17, Nr. 4, dodis.ch/4200.

5. Telegramm von M. Petitpierre an Mao Zedong vom 17. Januar 1950, dodis.ch/8016.

hatte⁶ – und anschliessend gegen einzelne weitere Angehörige der Botschaft Chinas in Bern einschreiten mussten, die auf Schweizerboden und unter Mithilfe nationalchinesischer Doppelagenten politischen Nachrichtendienst zum Nachteil Taiwans ausübten⁷. Eine gewisse nervöse Gereiztheit uns gegenüber war in den darauffolgenden Monaten unverkennbar⁸.

Soeben haben nun die Chinesen wieder um ein *Agrément* für einen neuen Botschafter nachgesucht, dem der Bundesrat wird entsprechen können (bzw. entsprochen hat)⁹. Dies dürfte beweisen¹⁰, dass die Turbulenzen der «Kulturrevolution» bisher nicht auf die chinesische Aussenpolitik übergegriffen haben, wenigstens gegenüber Westeuropa.

[...] ¹¹

3. Die wirtschaftlichen Beziehungen

Der Handel mit China, der sich in den zwanziger- und dreissiger Jahren recht gut entwickelte, kam infolge der Kriegs- und Bürgerkriegsereignisse in China immer mehr zum Erliegen. 1945–1949 war zwar nochmals ein leichter Anstieg zu verzeichnen, doch mit der kommunistischen Machtübernahme erfolgte wieder ein Rückgang auf ganz unbedeutende Quantitäten. (Genaue Zahlen lassen sich nicht geben, da die schweizerische Aussenhandelsstatistik die Exporte nach China, Formosa und Hongkong bis 1959 in einer einzigen Rubrik zusammenfasste und sie erst seit 1960 getrennt aufführt.)

Entsprechend gingen auch die Geschäfte der in China ansässigen Schweizerhäuser immer mehr zurück. Die chinesische Taktik ging dabei darauf aus, Kenntnisse und Erfahrung der Firmen sich zunutze zu machen, ihnen aber die Einkünfte praktisch zu verunmöglichen; sie wurden also nicht nationalisiert, sondern sollten einfach eingehen. Es bedurfte zahlreicher Interventionen unseres Vertreters in China¹², um den wenigen noch existierenden Schweizerfirmen die Liquidation ihrer Aktiven zu ermöglichen. Diese Periode ging 1960/61 zu Ende¹³.

Nach den Auseinandersetzungen mit Moskau 1962, die zum Rückzug der russischen Experten und zur Drosselung der wirtschaftlichen Beziehungen

6. Zur Affäre um die *Agrément*-Verweigerung für Li Chu-sheng vgl. Dok. 167, dodis.ch/30917, Anm. 2.

7. Zur Ausweisung von Kuo Yu-shou und Sze Tsung-sing sowie zur Erklärung von Wang Erh-kang zur *Persona non grata* vgl. *ibid.*

8. Zu den Spannungen zwischen der Schweiz und China vgl. das Schreiben von H. Keller an P. Micheli vom 24. Oktober 1966, dodis.ch/30919.

9. Zur Erteilung des *Agrément* für Cheng Wei-Chih durch den Bundesrat vgl. das BR-Prot. Nr. 1998 vom 15. November 1966, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 715.1 und das BR-Verhandlungsprot. der 73. Sitzung vom 15. November 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 1. Cheng hat das Amt nie angetreten, vgl. Doss. wie Anm. 2.

10. Handschriftlich gestrichen von W. Spühler und ersetzt durch: zeigen.

11. Ausführungen von 2. Die Schweizerkolonie in China. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/30922. Vgl. ferner das Schreiben von H. Keller an P. Micheli vom 7. Dezember 1965, dodis.ch/30962.

12. R. Naville.

13. Zur Liquidation von Schweizer Unternehmen vgl. die Notiz von R. Kohli vom 29. Mai 1961, dodis.ch/15304.

geführt hatten, änderte sich die Lage: die Chinesen wandten sich für ihre Käufe¹⁴ wieder vermehrt nach dem Westen, wobei sie allerdings – wie alle kommunistischen Staaten – nur an Investitionsgütern Interesse zeigten, im Falle der Schweiz speziell an Präzisionsmaschinen, Uhren und Apparaten. Sie beklagten sich zwar gelegentlich über unsere langen Lieferfristen und über unsere Preise, haben aber doch in zunehmendem Masse gekauft. 1965 z. B. haben wir für 78,3 Mio. Fr. nach China exportiert, was einem Exportüberschuss von 23,8 Mio. Fr. und einer rund 5-fachen Zunahme gegenüber 1962 entspricht. Die «Kulturrevolution» brachte eine Stagnation, von der man nicht wusste, ob sie lediglich eine vorübergehende Störung war oder ob sich dahinter die Absicht verbarg, den Aussenhandel systematisch abzubauen. Heute lassen indessen die Chinesen erkennen, dass der bisherige Trend des chinesischen Aussenhandels von den internen Umwälzungen unberührt bleiben soll: es haben verschiedene ausländische, westliche Fachmessen stattgefunden, und die chinesischen Behörden haben ausdrücklich einen Vertreter unserer Botschaft in Peking zu einem Besuch der Messe in Kanton eingeladen¹⁵.

Auch eine schon seit einiger Zeit geplante Ausstellung der Fédération Horlogère, der sich in der Folge zwei auf den Gebieten Feinmechanik und Apparate spezialisierte Schweizer Exporthäuser (Tettex AG und Siber Hegner) anschlossen, schien in Frage gestellt¹⁶, soll nun aber doch zustande kommen: dieser Tage sind Vertreter der F. H. und der beiden Exporthäuser nach China abgereist, um die Ausstellung zu organisieren¹⁷. Zudem haben die Chinesen uns zu verstehen gegeben, sie seien gewillt, noch mehr Waren als bisher von der Schweiz zu beziehen¹⁸. Die Aussichten für unsern Handel mit China dürfen deshalb mit einem vorsichtigen Optimismus beurteilt werden.

[...] ¹⁹

14. *Handschriftliche Korrektur von W. Spühler*: wandten sich die Chinesen für ihre Käufe.

15. *Vgl. das Telegramm Nr. 82 der schweizerischen Botschaft in Peking an das Politische Departement vom 4. November 1966*, E 2200.174(-) 1983/84 Bd. 8 (552.1).

16. *Vgl. dazu die Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartemtns vom 27. August 1966 und das Schreiben von H. Keller an E. Stopper vom 9. September 1966*, E 7110(-) 1977/9 Bd. 38 (621). *Vgl. ferner Doss. E 2001(E) 1980/83 Bd. 393 (C.100.0.Uch)*.

17. *Zu den Besprechungen mit den Behörden in Peking vgl. das Schreiben von H. Keller an P. R. Jolles vom 16. November 1966*, E 7110(-) 1977/9 Bd. 38 (621) *und das Schreiben von H. Keller an P. Micheli vom 15. November 1966*, E 2001(E) 1980/83 Bd. 393 (C.100.0.Uch).

18. *Vgl. Anm. 16*.

19. *Ausführungen zu 4. Der Personalbestand der chinesischen Botschaft in Bern. Vgl. dazu ferner das Schreiben von P. Micheli an A. Zehnder vom 27. November 1964*, dodis.ch/30961. *Wie aus den Zahlen für 1966 hervorgeht, weist der Bestand des diplomatischen Personals einen Rückgang gegenüber früher auf*: Es hängt dies u. a. damit zusammen, dass die Botschaft z. B. drei Handelsattachés weniger führt, da mit der Aufnahme von Beziehungen zu Frankreich und der Eröffnung von Handelsmissionen in Italien und Oesterreich offensichtlich der Aufgabenbereich der Botschaft in Bern entsprechend reduziert worden ist. *Ausführungen zu 5. Die Schweizerische Botschaft in Peking. Vgl. auch Dok. 167*, dodis.ch/30917 *den Politischen Bericht Nr. 24 von H. Keller vom 16. September 1966*, dodis.ch/30920 *und die Notiz von H. Keller vom 19. September 1966*, dodis.ch/30918. *Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/30922*.

6. Die Aussichten²⁰

Heute lassen sich die Beziehungen zu Peking trotz allem als normal, allerdings bei einer gewissen Reserviertheit und Skepsis, charakterisieren. Die anfangs des Jahres verzeichnete und schon erwähnte Spannung scheint, nachdem nun das Gesuch um das Agrément für einen neuen chinesischen Botschafter vorliegt, behoben. Eine sowohl in Peking wie hier in Bern während der «Kulturrevolution» zur Schau getragene militante Haltung scheint nicht gegen uns persönlich sondern gegen Ausländer im allgemeinen gerichtet gewesen zu sein, wobei der bisherige Geschäftsträger²¹ offenbar Peking gegenüber sicherheits halber zu beweisen trachtete, dass auch in ihm das Feuer der Kulturrevolution brenne. Er wurde indessen kürzlich plötzlich abberufen, was ebenfalls auf eine Entschärfung hindeutet.

Die Entwicklung in China und unsere Beziehungen werden vom Departement mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt.

20. *Handschriftliche Streichung von W. Spühler. Dieser Abschnitt wurde wahrscheinlich nicht vorgetragen.*

21. Wu Hua-yuan.

176

dodis.ch/31195

Interne Notiz des Politischen Departements¹

SCHWEIZERISCHE GESETZGEBUNG UND PRAXIS BETREFFEND DIE AUSFUHR VON KRIEGSMATERIAL²

[Bern,] 21. November 1966

1. Das *Neutralitätsrecht*, das nur im Kriegsfall Anwendung findet, verbietet zwar dem neutralen Staat als solchem, die Kriegführenden durch Lieferungen, vor allem auch von Kriegsmaterial, direkt zu unterstützen. Hingegen ist der

1. *Notiz (Kopie):* E 2001(E) 1978/84 Bd. 151 (B.51.14.21.20). *Verfasst von M. Jaccard.*

2. *Für eine Übersicht über die Ausfuhrverbote für Kriegsmaterial seit 1946 vgl. die Notiz des Politischen Departements vom 29. Mai 1964, dodis.ch/31836. Zur Aus- und Einfuhr von Kriegsmaterial im Zusammenhang mit der allgemeinen Rüstungspolitik der Schweiz vgl. Dok. 29, dodis.ch/31825. Zur Frage des Kriegsmaterialexports nach Südafrika und zu den UNO-Sanktionen vgl. Dok. 7, dodis.ch/31045; Dok. 29, dodis.ch/31060; Dok. 45, dodis.ch/31114; Dok. 84, dodis.ch/31040 sowie Dok. 156, dodis.ch/31047. Zur Frage des Kriegsmaterialexports nach Portugal und zu den UNO-Sanktionen vgl. Dok. 10, dodis.ch/31455. Zur Frage des Kriegsmaterialexportes nach Kambodscha vgl. das Telegramm Nr. 224 von E. A. Thalman an das Politische Departement vom 11. November 1965, dodis.ch/31202 und das Schreiben von P. Micheli an die Direktion der Militärverwaltung vom 22. November 1965, dodis.ch/31204. Zur Frage des Kriegsmaterialexportes nach Nigeria vgl. das Schreiben von F. Real an P. Micheli vom 20. Oktober 1966, dodis.ch/31764 sowie das Antwortschreiben von R. Probst an F. Real vom 26. Oktober 1966, dodis.ch/31765. Zum Vergleich zwischen den schweizerischen und niederländischen Kriegsmaterialexportbeschränkungen vgl. die Notiz von C. Jagmetti an F. T. Wahlen vom 23. März 1965, dodis.ch/31674. Zur sowjetischen Beschwerde über die Lieferung von Waffen und Kriegsmaterial an Drittstaaten vgl. Dok. 27, dodis.ch/31014.*

neutrale Staat *völkerrechtlich* nicht gehalten, die Ausfuhr von Kriegsmaterial durch Private zu verhindern. Wenn er den Export dennoch Restriktionen unterwirft oder überhaupt verbietet, so hat er die Massnahmen auf alle Kriegführenden gleichmässig anzuwenden. Diese klare Regelung ergibt sich aus den Art. 7 und 9 des V. Haager Abkommens³ über die Neutralität im Landkrieg. In Friedenszeiten bestehen dagegen für den ständig neutralen Staat bei der Ausfuhr von Kriegsmaterial rechtlich überhaupt keine Einschränkungen. Nicht nur Privatpersonen, sondern an sich auch der neutrale Staat selbst sind befugt, solches auszuführen. Eine Grenze ist allerdings dort zu ziehen, wo in einem akuten politischen Konflikt mit dem Ausbruch eines Krieges gerechnet werden muss und Kriegsmaterial dauernd nur an eine der potentiellen Kriegsparteien geliefert oder ein Ausfuhrverbot dauernd nur gegenüber einer dieser Parteien erlassen würde. Dies könnte das Vertrauen der ausländischen Regierungen in die Neutralität beeinträchtigen. Die Neutralitätspolitik wird eine derartige Folge zu vermeiden suchen⁴.

2. Vom rein humanitären Standpunkt aus gesehen wäre es wünschenswert, überhaupt jede Ausfuhr von Kriegsmaterial zu unterbinden. Die *Bedürfnisse der eigenen Landesverteidigung*⁵ erlauben dies jedoch nicht. Solange am Grundsatz der bewaffneten Neutralität festgehalten wird, muss die Armee über neuzeitliche Waffen und Kriegsgeräte verfügen können. Dass es unverantwortlich wäre, sich in dieser Beziehung in die völlige Abhängigkeit des Auslandes zu begeben, liegt auf der Hand. In Zeiten politischer Spannungen wären die ausländischen Rüstungsindustrien in erster Linie voll für die Bedürfnisse des eigenen Landes und für die Ausrüstung verbündeter Heere in Anspruch genommen; man würde also Gefahr laufen, nicht mehr rechtzeitig oder überhaupt nicht mehr beliefert zu werden. Auf die Erhaltung einer leistungsfähigen einheimischen Rüstungsindustrie kann deshalb nicht verzichtet werden. Diese ist aber auf Grund der verhältnismässig bescheidenen eigenen Aufträge allein, ohne eine beschränkte Ausfuhrmöglichkeit, nicht lebensfähig. Sollte sie sich einstweilen auf Friedensproduktion umstellen, so wäre eine rechtzeitige Wiederaufnahme der Kriegsmaterialproduktion nicht möglich; dazu würden ihr die Erfahrungen, das geschulte Personal und die notwendigen Einrichtungen fehlen. Die Firmen würden es auch unterlassen, mit eigenen finanziellen Mitteln kriegstechnische Forschungen und Entwicklungen fortzusetzen. Auf die Zusammenarbeit mit der Industrie auf diesem Gebiet ist jedoch die Armee heute in ganz besonderem Masse angewiesen. Von einem Waffenausfuhrverbot würden übrigens nicht etwa nur die wenigen wichtigen Rüstungsunternehmen betroffen, sondern auch sehr zahlreiche kleinere Firmen, die als Unterlieferanten an der Entwicklung und Fabrikation von Bestandteilen mitwirken; sie stellen auch Erzeugnisse

3. Zur Haager Friedenskonferenz von 1907 vgl. DDS, Bd. 5, thematisches Verzeichnis: VIII.2 Zweite Friedenskonferenz von 1907.

4. Zur Frage Neutralität und Kriegsmaterialexport vgl. auch Dok. 152, dodis.ch/30895.

5. Vgl. dazu Dok. 15, dodis.ch/31971; Dok. 18, dodis.ch/31973; Dok. 73, dodis.ch/31207; Dok. 142, dodis.ch/31859 und Dok. 160, dodis.ch/31211.

her, die, ohne zu den eigentlichen Waffen zu zählen, doch unter die Gesetzgebung über das Kriegsmaterial fallen. Ein allgemeines Embargo würde also die Wehrbereitschaft erheblich beeinträchtigen.

3. Die *verfassungsmässige Grundlage* für das Kriegsmaterialwesen findet sich in Art. 41 Abs. 2–4 der Bundesverfassung.

Art. 41 hat folgenden Wortlaut:

«Fabrikation und Verkauf des Schiesspulvers stehen ausschliesslich dem Bunde zu.

Herstellung, Beschaffung und Vertrieb von Waffen, Munition, Sprengmitteln, sonstigem Kriegsmaterial und deren Bestandteilen bedürfen einer Bewilligung des Bundes. Die Bewilligung darf nur an Personen und Unternehmungen erteilt werden, die vom Standpunkte der Landesinteressen aus die nötige Gewähr bieten. Die Regiebetriebe des Bundes werden vorbehalten.

Die Einfuhr und Ausfuhr von Wehrmitteln im Sinne dieser Verfassungsbestimmung darf nur mit Bewilligung des Bundes erfolgen. Der Bund ist berechtigt, auch die Durchfuhr von einer Bewilligung abhängig zu machen.

Der Bundesrat erlässt unter Vorbehalt der Bundesgesetzgebung in einer Verordnung die zum Vollzug des Absatzes 2 und 3 nötigen Vorschriften. Er stellt insbesondere die näheren Bestimmungen über Erteilung, Dauer und Widerruf der Bewilligungen und über die Überwachung der Konzessionäre auf. Er bestimmt ferner, welche Arten von Waffen, Munition, Sprengmitteln, sonstigem Material und welche Bestandteile unter diese Verfassungsbestimmung fallen.»

4. Gestützt auf diese Verfassungsbestimmung erging am 28. März 1949 der *Bundesratsbeschluss über das Kriegsmaterial*⁶ (abgeändert und ergänzt am 20. Mai 1958⁷ und 28. Dezember 1960⁸). Am gleichen Datum erliess das Eidgenössische Militärdepartement eine Verfügung⁹ betreffend den Vollzug des Bundesratsbeschlusses.

Der Bundesratsbeschluss unterscheidet zwischen Waffen, Munition und ihren Bestandteilen sowie Spreng- und Zündmitteln einerseits und dem übrigen Kriegsmaterial andererseits.

Gemäss Art. 1 Abs. 2 des Bundesratsbeschlusses sind Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition und ihren Bestandteilen sowie Spreng- und Zündmitteln grundsätzlich verboten. Ausnahmen dürfen nur gestattet werden, soweit sie weder zwischenstaatlichen Vereinbarungen widersprechen, noch den Landesinteressen zuwiderlaufen. Über diese Ausnahmen entscheidet im Einzelfall das Militärdepartement im Einverständnis mit dem Politischen Departement. Bewilligungen werden im Prinzip nur erteilt, wenn die Lieferungen für ausländische Regierungen bestimmt sind und eine Nichtwiederausfuhr-

6. *BR-Prot. Nr. 641 vom 28. März 1949*, dodis.ch/6460.

7. *BR-Prot. Nr. 873 vom 20. Mai 1958*, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 613.2.

8. *PR-Prot. Nr. 2259 vom 28. Dezember 1960*, dodis.ch/8933.

9. Verfügung des eidgenössischen Militärdepartementes betreffend den Vollzug des Bundesratsbeschlusses über das Kriegsmaterial *vom 28. März 1949*, AS, 1949, S. 323–327.

Erklärung vorliegt. Grundsätzliche Fragen sind dem Bundesrat zum Entscheid vorzulegen (Bundesratsbeschluss Art. 15).

Ausfuhr und Durchfuhr¹⁰ des übrigen Kriegsmaterials sind bewilligungspflichtig (Bundesratsbeschluss Art. 1 Abs. 3). Zuständiges Departement für diese Bewilligungen ist ebenfalls das Militärdepartement. Eine Konsultierung des Politischen Departements ist nicht vorgeschrieben. In der Praxis wird ihm aber in allen Fällen, wo politische Zweifel bestehen könnten, auch für diese übrigen Kategorien von Kriegsmaterial Gelegenheit zur Stellungnahme geboten.

5. Das *Bewilligungsverfahren* wird in zwei Phasen durchgeführt. Zunächst ist für Material, das für den Export hergestellt werden soll, eine Fabrikationsbewilligung einzuholen. Sobald das Kriegsmaterial zum Export bereit ist, muss in einer zweiten Phase noch um eine spezielle Ausfuhrbewilligung nachgesucht werden¹¹. Diese kann, wenn sich die politische Lage in der Weltgegend, für die das Material bestimmt ist, inzwischen verändert hat, trotz der schon früher erteilten Fabrikationsbewilligung verweigert werden. Bei der Anwendung dieser Bestimmungen ist es ständige bundesrätliche Praxis¹², keine Kriegsmaterialexporte nach Gebieten zuzulassen, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen. Im Sinne dieser Politik sind Kriegsmaterialexporte nach Krisengebieten, in Anpassung an die jeweilige Situation, schon öfters mehr oder weniger lang ganz oder teilweise gesperrt worden.

6. Im Sinne dieser ständigen Praxis wurden in den vergangenen Jahren *Ausfuhrverbote gegenüber folgenden Ländern* erlassen:

Israel und die arabischen Staaten (1955)

Wegen der zwischen Israel und den arabischen Staaten herrschenden Spannungen beschloss der Bundesrat im November 1955¹³, keine Bewilligungen mehr für die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach diesen Ländern zu erteilen. Da der Kriegszustand zwischen Israel und den Staaten der arabischen Liga theoretisch immer noch andauert¹⁴ und sich sporadisch in bewaffneten Grenzzwischenfällen hin und wieder äussert, ist der Beschluss nach wie vor in Kraft.

Südafrika (1963)

Wegen der internationalen Spannungen, die sich aus der von den meisten Nationen missbilligten Apartheid-Politik Südafrikas ergeben haben, beschloss

10. Zur Durchfuhr von Kriegsmaterial durch die Schweiz vgl. das Schreiben von R. Probst an A. Kaech vom 1. Mai 1965, dodis.ch/31391.

11. Zum Konflikt diesbezüglich zwischen dem Politischen Departement und der Kriegstechnischen Abteilung des Militärdepartements vgl. Dok. 60, dodis.ch/31323.

12. Zu dieser sog. ständige[n] bundesrätliche[n] Praxis vgl. Dok. 28, dodis.ch/31386, Anm. 7.

13. DDS, Bd. 20. Dok. 36, dodis.ch/10920.

14. Vgl. dazu das Schreiben von P. Micheli an L. Mossaz vom 26. Juli 1965, dodis.ch/31286.

der Bundesrat im Dezember 1963¹⁵, keine Kriegsmateriallieferungen mehr nach diesem Lande zuzulassen. Auch dieser Beschluss wird weiterhin angewendet.

Indonesien und Malaysia (1964)

Angesichts der Aggressionshandlungen Indonesiens gegen Malaysia wurde im Februar 1964¹⁶ gegenüber diesen beiden Ländern ein Embargo beschlossen. Dieses wurde im November 1966 aufgehoben¹⁷, nachdem der im August geschlossene Friedensvertrag zu einer Beruhigung der Lage in jener Weltgegend geführt hatte.

Zypern, Griechenland und Türkei (1964)

Nach Ausbruch der Zypernkrise beschloss der Bundesrat im Frühjahr 1964¹⁸, die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach den drei erwähnten Ländern in gleicher Weise zu unterbinden. Diese Massnahme ist nach wie vor gültig.

Indien und Pakistan (1965)

Im September 1965¹⁹ beschloss der Bundesrat, wegen der Ausweitung des Krieges in Kaschmir jede Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Indien und Pakistan zu verbieten. Nachdem die beiden Länder einen Waffenstillstand abgeschlossen hatten, wurde dieses Ausfuhrverbot im Mai 1966²⁰ mit gewissen Vorbehalten aufgehoben.

Rhodesien (1965)

Mit Rücksicht auf die durch die einseitige Unabhängigkeitserklärung entstandene Krise erliess der Bundesrat Ende 1965²¹ ein Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial gegen Rhodesien, das immer noch besteht.

7. Zum Erlass von Ausfuhrverboten ist zu bemerken, dass diese gewöhnlich nur dann verfügt werden, wenn wegen Vorliegens konkreter Gesuche oder aus andern Gründen unmittelbarer Anlass dazu besteht. Dagegen wurde z. B. – zum mindesten einstweilen – kein Ausfuhrverbot gegen die am *Vietnamkonflikt* beteiligten Staaten²² verhängt, da keine Gesuche für die Lieferung von Kriegsmaterial nach dieser Weltgegend vorliegen.

15. Zur Antwort von F. T. Wahlen auf die dringlichen kleinen Anfragen von W. Schmid, G. Borel und A. Muret in der Sitzung des Nationalrats vom 6. Dezember 1963 vgl. E 1301(-) 1960/51 Bd. 463. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 22, Dok. 187, dodis.ch/30436 sowie das Schreiben von R. Probst an F. Kappeler vom 11. Dezember 1963, dodis.ch/30444.

16. Vgl. dazu Dok. 60, dodis.ch/31323, Anm. 4.

17. Vgl. das Schreiben von W. Spühler an P. Chaudet vom 15. November 1966, E 2001(E) 1978/84 Bd. 782 (B.51.14.21.2)

18. Vgl. das BR-Prot. Nr. 649 vom 26. März 1964, dodis.ch/31297.

19. BR-Prot. Nr. 1529 vom 10. September 1965, dodis.ch/30898. Vgl. ferner die Notiz von C. Jagmetti an R. Probst vom 27. Juni 1966, dodis.ch/30905 und die Notiz von C. Jagmetti an R. Probst vom 28. Juni 1966, dodis.ch/30904.

20. BR-Prot. Nr. 909 vom 6. Mai 1966, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 709.1.

21. BR-Prot. Nr. 2189 vom 17. Dezember 1965, dodis.ch/31953.

22. Vgl. Dok. 159, dodis.ch/30964; Dok. 161, dodis.ch/30976.

Im Zusammenhang mit einzelnen Lieferungen von Kriegsmaterial an die amerikanischen Truppen ausserhalb Südostasiens wurde indessen die Frage geprüft, ob gegen die Vereinigten Staaten angesichts von deren Engagement im Vietnamkrieg nicht ein generelles Embargo zu erlassen wäre. Nach eingehender Abklärung kam der Bundesrat zum Schluss, dass sich ein solches Ausfuhrverbot gegenüber den Vereinigten Staaten zur Zeit nicht rechtfertigt. Massgebend für diesen Entscheid war vor allem der Umstand, dass die Vereinigten Staaten als Weltmacht heute eine weltweite Verantwortung mit vielseitigen potentiellen Verpflichtungsmöglichkeiten tragen. Die Auseinandersetzung in Vietnam, so schwerwiegend sie auch ist, erscheint im Gesamtaspekt jedoch lediglich als die Auswirkung einer dieser Möglichkeiten. Daneben sind die Vereinigten Staaten unabhängig vom Krisenherd in Südostasien auch in andern Weltgegenden – so namentlich in Europa – engagiert. Mit Rücksicht auf die verschiedenen Brennpunkte der amerikanischen Weltpolitik kann das Problem der Lieferung von Kriegsmaterial an die USA nicht für alle Regionen generell erfasst werden, sondern es ist je nach Weltgegend gesondert zu beurteilen. Um jedoch Gewähr zu haben, dass allfällige Kriegsmateriallieferungen an die Vereinigten Staaten nicht doch noch nach Vietnam gelangen, verlangt der Bundesrat von den zuständigen amerikanischen Behörden eine Zusicherung betreffend den Endverbleib.

177

dodis.ch/31445

Protokoll der Sitzung der ständerätlichen Kommission für die Vorberatung der Bundesbeschlüsse über die Genehmigung der von der Schweiz abgeschlossenen Vereinbarungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung¹

VERHANDLUNGEN ÜBER DIE VORLAGEN DES BUNDESRAATES
VOM 31. MAI², 12.³ UND 8. JULI⁴ SOWIE 18. OKTOBER 1966⁵

Vertraulich

Bern, 23. November 1966

1. Neues Abkommen mit Frankreich⁶; Auswirkungen auf die Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland

Le président ouvre la séance en saluant la présence de Monsieur le conseiller fédéral Roger Bonvin et de Monsieur Kurt Locher ainsi que des membres de l'Administration fédérale des contributions⁷.

Il rappelle que les explications données lors de la précédente séance⁸ par Monsieur Bonvin et Monsieur Locher étaient de portée générale. Lors de cette séance, l'entrée en matière avait été approuvée pour les quatre conventions soumises à la commission. Il a été convenu de laisser en suspens la convention avec la France⁹ qui comprend des innovations risquant de créer un précédent défavorable.

1. *Protokoll*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 124 (B.34.12). *Verfasst und unterzeichnet von M. B. Ludwig und G. Müller. Vorsitz: P. Torche. Anwesende Kommissionsmitglieder: W. Christen, E. Dietschi, K. Graf und Ch. Jeanneret. Weitere Teilnehmer: R. Bonvin, K. Locher, M. Widmer, M. B. Ludwig und G. Müller. Sitzungsdauer: 8.15 Uhr bis 10.30 Uhr.*

2. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Genehmigung des zwischen der Schweiz und Spanien abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 31. Mai 1966, *BBl*, 1966, I, S. 807–832.

3. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Genehmigung des zwischen der Schweiz und Grossbritannien unterzeichneten Protokolls zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens von 1954 vom 12. Juli 1966, *BBl*, 1966, I, S. 1309–1325.

4. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Genehmigung des Abkommens zur Änderung und Ergänzung des Abkommens zwischen der Schweiz und den Niederlanden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 8. Juli 1966, *BBl*, 1966, I, S. 1326–1339.

5. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Genehmigung des zwischen der Schweiz und Frankreich abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 18. Oktober 1966, *BBl*, 1966, II, S. 577–615.

6. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 9. September 1966, *AS*, 1967, S. 1079–1100.

7. *M. Widmer, M. B. Ludwig und G. Müller.*

8. *Vgl. das Protokoll von M. B. Ludwig vom 7. November 1966*, E 2001(E) 1978/84 Bd. 395 (B.34.12).

9. *Zum Abkommen und zu den Verhandlungen mit Frankreich vgl. Dok. 125*, dodis.ch/31831.

Lors de la présente séance, il y a lieu d'approuver les conventions avec l'Espagne¹⁰, la Grande-Bretagne¹¹ et les Pays-Bas¹². Quant à la convention avec la France, il est notoire que des contacts entre experts français et allemands existent dans le cadre des discussions de Bruxelles. Nous sommes devant une situation désagréable; c'est pourquoi il y aurait lieu d'envisager le renvoi de l'approbation de cet accord à une prochaine session¹³.

M. Bonvin, conseiller fédéral, estime également qu'il y aurait lieu de renvoyer l'étude de la convention franco-suisse. Il s'agit d'une manœuvre d'attente qui permettra d'éviter certains désagréments pour nos négociateurs avec l'Allemagne¹⁴. Il relève également que les échanges de vues entre experts fiscaux français et allemands ont sans doute permis à ces derniers de connaître la teneur des lettres confidentielles échangées dans le cadre de la convention franco-suisse¹⁵. D'autre part, Monsieur Locher lui a remis une note¹⁶ dont les termes tendent à démontrer qu'un renvoi permettrait en outre d'indiquer aux Allemands que la Suisse n'est pas prête à accepter n'importe quoi. Il pense que Monsieur Locher devrait donner certaines indications sur les négociations avec l'Allemagne qui revêtent une importance considérable quant à l'attitude à adopter face au problème franco-suisse.

Vizedirektor Locher berichtet über den Stand der schweizerisch-deutschen Doppelbesteuerungsverhandlungen. Diese gehen auf das Begehren der deutschen Bundesregierung vom Dezember 1964 zurück, das geltende Doppelbesteuerungsabkommen vom 15. Juli 1931¹⁷ / 9. September 1957¹⁸ / 20. März 1959¹⁹ zu revidieren. Deutschland beschwert sich über die Steuerflucht nach

10. Vgl. dazu Dok. 86, dodis.ch/31041, Anm. 10.

11. Protokoll zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland zur Änderung des am 30. September 1954 in London unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen vom 14. Juni 1966, AS, 1966, S. 1619–1628.

12. Abkommen zur Änderung und Ergänzung des am 12. November 1951 in Den Haag unterzeichneten Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 22. Juni 1966, AS, 1966, S. 1630–1636.

13. Vgl. das Protokoll der ständerätlichen Kommission für die Vorberatung des Bundesbeschlusses über die Genehmigung des von der Schweiz mit Frankreich abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung vom 25. Februar 1967, E 2001(E) 1978/84 Bd. 700 (B.34.12).

14. Vgl. dazu die Notiz von E. Diez vom 24. November 1966, dodis.ch/31242 und das Schreiben von Th. Schmidlin an E. Diez vom 5. Dezember 1966, dodis.ch/31300.

15. Vgl. dazu Doss. wie Anm. 13.

16. Nicht ermittelt. Vgl. aber dazu das Schreiben von E. Diez an M. Troendle und A. Soldati vom 29. November 1966, E 2200.161(-) 1982/60 Bd. 16 (461.23).

17. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Deutschen Reiche zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der direkten Steuern und der Erbschaftssteuern vom 15. Juli 1931, BS, 12, S. 601–628.

18. Zusatzprotokoll zum Abkommen vom 15. Juli 1931 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Deutschen Reiche zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern und der Erbschaftssteuern vom 9. September 1957, AS, 1959, S. 322–330.

19. Zusatzprotokoll zum Abkommen vom 15. Juli 1931 zwischen der Schweizerischen Eid-

der Schweiz und belegt diese mit zahlenmässigen Angaben, die kaum bestritten werden können.

Es gehört in Deutschland seit 5 bis 6 Jahren zum guten Ton, eine sog. Basisgesellschaft in der Schweiz zu besitzen. Eine solche bietet für die Abschirmung von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren vor dem Zugriff des deutschen Fiskus ganz erhebliche Vorteile. Natürliche Personen werden in Deutschland bis zu 53%, Kapitalgesellschaften für nicht ausgeschüttete Gewinne (ohne Gewerbesteuer) mit 51% besteuert. Demgegenüber ist die Steuerbelastung juristischer Personen in der Schweiz wesentlich geringer; sie beträgt durchschnittlich 25%. Zudem können Basisgesellschaften von den kantonalen Domizilprivilegien, allenfalls vom Holdingprivileg, das auch die Wehrsteuer kennt, profitieren. Praktisch führt das dazu, dass solche Gesellschaften auf ihren Erträgen in der Schweiz überhaupt keine Steuern bezahlen und nur eine sehr geringe Steuer auf ihrem Kapital entrichten. Dieser Umstand hat dazu geführt, dass die Schweiz als Steueroase bezeichnet wird. Gerissene Steuerberater haben mit diesem Hinweis im Ausland bedenkenlos Propaganda getrieben, ohne die Reaktionen der ausländischen Behörden in Rechnung zu stellen. Diese sind nun eingetreten. Bereits in den Jahren 1960 und 1961 sind von sozialdemokratischer Seite im deutschen Bundestag Vorstösse gegen die Abwanderung deutscher Steuerpflichtiger in die Schweiz und die Verlagerung von Vermögenswerten nach unserem Lande erfolgt. Im Jahre 1964 hat die deutsche Bundesregierung den sog. Oasenbericht²⁰ veröffentlicht, der unbeabsichtigt zwar auch als Anleitung zur Steuerflucht gelten kann. Auf eine erneute SPD-Anfrage hat die deutsche Bundesregierung vor einiger Zeit geantwortet, das schweizerisch-deutsche Doppelbesteuerungsabkommen müsse revidiert werden, wobei sie auch eine Kündigung nicht ausschloss.

Die deutschen Unterhändler streben an, das geltende Abkommen in 5 Hauptpunkten zu revidieren:

- Umschreibung des Wohnsitzbegriffes: Es soll vermieden oder erschwert werden, dass natürliche Personen aus der Bundesrepublik durch eine Wohnsitzverlegung der unbeschränkten deutschen Steuerpflicht entgehen.
- Übergang zur Steueranrechnung: Das heute geltende Abkommen sieht vor, dass Einkommens- und Vermögensteile, die einem der beiden Vertragsstaaten zur ausschliesslichen Besteuerung zugewiesen werden, im anderen Vertragsstaat nicht besteuert werden dürfen (Liegenschaften und Ertrag daraus werden z. B. nur am Ort der gelegenen Sache besteuert). Deutschland will inskünftig als Wohnsitzstaat des Empfängers bzw. Eigentümers seine Steuern aufgrund des internen Rechtes erheben, wie wenn das Abkommen nicht bestünde, die nach dem Abkommen in der Schweiz bezahlten Steuern jedoch an seine eigenen anrechnen.

genossenschaft und dem Deutschen Reiche zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern und der Erbschaftssteuern vom 20. März 1959, AS, 1959, S. 797 f.

20. Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag über die Wettbewerbsverfälschungen, die sich aus Sitzverlagerungen aus dem zwischenstaatlichen Steuergefälle ergeben vom 23. Juni 1964, Doss. wie Anm. 8.

- Bekämpfung der Steuerflucht durch Gründung juristischer Personen in der Schweiz: Nach dem heutigen Abkommen sind juristische Personen in dem Staat unbeschränkt steuerpflichtig, in dem sie ihren Sitz haben. Auf diese Weise werden auch schweizerische Gesellschaften, die in der Schweiz nur ein Briefkastendomizil unterhalten, aber effektiv in Deutschland geleitet werden, dem Zugriff des deutschen Fiskus entzogen. Die Bundesrepublik verlangt nun, dass inskünftig nicht mehr auf den Sitz sondern auf den Ort der Leitung abgestellt wird. Ferner stellt die Bundesrepublik das Begehren, Basisgesellschaften sollten zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen von den Vorteilen des Abkommens überhaupt ausgeschlossen werden.
- Höhere Quellensteuern auf Zinsen und Lizenzgebühren: Im Sinne einer Drohung haben die deutschen Unterhändler sich von Anfang an vorbehalten, zugunsten des Quellenstaates eine Steuer auf den Zinsen und Lizenzgebühren zu verlangen, die nach heutiger Rechtslage nur am Wohnsitz des Empfängers besteuert werden. Nach internem Recht erhebt Deutschland auf solche Einkünfte eine Steuer von 25%, wenn diese an Empfänger im Ausland gezahlt werden.
- Amtshilfe: Die Bundesrepublik Deutschland erneuert das seit 40 Jahren gestellte Begehren, es sei eine Amtshilfeklausel²¹, und zwar im Sinne der Empfehlung der OECD, zu vereinbaren. Die Schweiz hat diese Empfehlung in der OECD²² abgelehnt und hiezu einen ausdrücklichen Vorbehalt angebracht.

Bisher haben 4 Verhandlungsphasen²³ stattgefunden. Auf schweizerischer Seite sind in der Verhandlungsdelegation neben dem Finanz- und Zolldepartement sowie dem Politischen Departement auch die Kantone durch die Herren Ständerat und Regierungsrat Meier, Zürich, sowie Regierungsrat Stähelin, Frauenfeld, ferner der Vorort durch Professor Herold und die Bankiervereinigung durch Dr. Oetterli vertreten. Im Verlaufe der bisherigen Besprechungen sind die deutschen Begehren in einlässlicher Weise durchbesprochen und auch die schweizerischen Revisionspostulate behandelt worden. Die deutschen Unterhändler haben in der letzten Phase (Juni 1966) die Verhandlungen sichtbar verzögert, in der offenkundigen Absicht, vorerst den Abschluss des neuen schweizerisch-französischen Abkommens abzuwarten. Am 14. und 15. November 1966 sind die beiden Delegationschefs²⁴ mit je einem Mitarbeiter zu erneuten Gesprächen²⁵ zusammengetroffen. Dabei hat der deutsche Verhandlungsleiter Falk seine «Krallen» gezeigt. Unter Hinweis auf das neue schweizerisch-französische Abkommen verlangt er auf Zinsen

21. Vgl. dazu das *BR-Verhandlungsprot. der 70. Sitzung vom 11. Oktober 1965*, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 2: Herr von Moos fragt sich, ob die auf Seite 6 in Aussicht genommene Taktik, bei der Amtshilfe entgegenzukommen, um andere deutsche Begehren abzuwenden, richtig sei. Er hätte Bedenken, in der Amtshilfe zu weit entgegenzukommen, um allfällige andere Vorteile zu erlangen.

22. Vgl. den *Bericht der Steuerverwaltung vom 16. September 1963*, E 2001(E) 1976/17 Bd. 79 (B.34.12.0).

23. Vgl. dazu *Doss. wie Anm. 8*.

24. *L. Falk (Bundesrepublik Deutschland) und K. Locher (Schweiz)*.

25. Vgl. dazu den *Bericht der Steuerverwaltung vom 16. November 1966*, *Doss. wie Anm. 1*.

und Lizenzgebühren eine Besteuerung im Quellenstaat von 10% bzw. 5%. Er weist darauf hin, die Zahlen der deutschen Kapitalertragsbilanz gegenüber der Schweiz sähen noch wesentlich ungünstiger als die für Frankreich geltenden aus. Er hat dies mit folgenden Angaben belegt:

	1964 DM	1965 DM
Zahlungen aus Deutschland nach der Schweiz	800 Mio.	900 Mio.
Zahlungen aus der Schweiz nach Deutschland	54 Mio.	55 Mio.
Passivsaldo	746 Mio.	845 Mio.

Diese Zahlen können von der Schweiz nur schwerlich überprüft werden; die Leistungen aus der Schweiz nach Deutschland sind jedenfalls zu niedrig eingesetzt. Nicht zu bestreiten ist, dass ein erheblicher Teil der Zahlungen aus Deutschland nach der Schweiz die schweizerische Wirtschaft nicht berühren, sondern nur durch unser Land durchfließen oder direkt in Deutschland re-investiert werden.

Die versteifte deutsche Haltung hat die schweizerischen Unterhändler nicht unvorbereitet getroffen. Sie gaben sich von Anfang an darüber Rechenschaft, dass das neue schweizerisch-französische Abkommen ein nachteiliges Präjudiz darstellt, auch wenn es gegenüber einem vertragslosen Zustand der schweizerischen Wirtschaft doch erhebliche Vorteile bringt. Nachteilig auf die weiteren schweizerisch-deutschen Verhandlungen wirkt sich auch die in Bonn schwelende Regierungskrise aus. Sie gab dem deutschen Delegationschef den Vorwand, die nächste Verhandlungsphase auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben.

Diese Situation ist vor wenigen Tagen mit Vertretern der Kantone (Zürich, Baselstadt, Waadt, Genf) und der Wirtschaft (Vorort, Bankiervereinigung, Industrie-Holding, Versicherungsgesellschaften und Verband der schweizerischen Unternehmen in Deutschland) besprochen worden²⁶. Mehrheitlich wurde dabei die Meinung geäußert, die schweizerische Verhandlungsposition könnte durch die sofortige Genehmigung des neuen schweizerisch-französischen Doppelbesteuerungsabkommens im Parlament weiter beeinträchtigt werden. Es herrschte deshalb die Auffassung vor, die parlamentarische Behandlung dieses Abkommens sollte vorerst ausgestellt werden. Schwierigkeiten mit Frankreich dürften sich aus diesem Vorgehen kaum ergeben. Auf der andern Seite muss alles daran gesetzt werden, die Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland möglichst bald weiterzuführen. Zu diesem Zwecke soll auf diplomatischem Wege in Bonn ein Aide-Mémoire²⁷ übergeben werden. Damit dürfte es gelingen, den Rahmen für die weiteren Verhandlungen mit der Bundesrepublik festzulegen, bevor die parlamentarische Behandlung des neuen Abkommens mit Frankreich weitergeführt wird. Zur Unterstützung

26. Vgl. die Notiz der Steuerverwaltung über die Besprechungen des Arbeitsausschusses für die Revision von Doppelbesteuerungsabkommen vom 4. November 1966, Doss. wie Anm. I.

27. Aide-mémoire von K. Fritschi an R. Thierfelder vom 27. Januar 1967, E 2200.161(-) 1962/60 Bd. 16 (461.23).

dieses Vorgehens wäre es erwünscht, wenn die Kommission ihren Eintretensbeschluss bezüglich des schweizerisch-französischen Doppelbesteuerungsabkommens zuvor bestätigen, die Detailberatung jedoch verschieben würde, bis der Bundesrat der Kommission einen Bericht über die Auswirkungen dieses Abkommens auf die laufenden schweizerisch-deutschen Verhandlungen vorgelegt hat. Auf diese Weise wird den schweizerischen Unterhändlern ein vermehrter Spielraum gewährt. Natürlich kann die Genehmigung des Abkommens mit Frankreich nicht auf unbeschränkte Zeit verschoben werden. Aber ein gewisses Hinausschieben schadet auch als Demonstration gegenüber Frankreich nicht.

Le président remercie Monsieur Locher pour les renseignements qu'il a donnés sur les pourparlers avec l'Allemagne; ceux-ci confirment qu'une certaine prudence s'impose au sujet de la ratification de la convention franco-suisse. Il est donc d'avis qu'il y a lieu d'approuver les trois autres conventions soumises à la commission et de repousser à une session suivante l'approbation de la convention avec la France. Il estime que ce renvoi pourrait être motivé par la demande au Conseil fédéral d'un rapport complémentaire sur les pourparlers avec l'Allemagne. Il ouvre la discussion.

Ständerat Dietschi weist darauf hin, dass das neue Abkommen mit Frankreich in Kreisen der Wirtschaft zur Zeit recht hohe Wellen²⁸ schlägt. Allerdings kommt man beim Abwägen aller Vor- und Nachteile zum Schluss, das Abkommen müsse genehmigt werden. Dennoch lassen sich seine Auswirkungen auf die Verhandlungen mit Deutschland nicht übersehen; diese sind auch bereits in der deutschen Presse²⁹ einlässlich diskutiert worden. Deshalb ist es angezeigt, vorsichtig vorzugehen und die parlamentarische Behandlung des neuen Abkommens mit Frankreich vorerst auszusetzen.

Im neuen Abkommen mit Frankreich ist bezüglich des Austausches von Informationen der status quo übernommen worden. Die Amtshilfe bildet aber einen wesentlichen Diskussionspunkt in den schweizerisch-deutschen Verhandlungen. Es ist zu befürchten, dass die deutschen Behörden in dieser Beziehung überspitzte Forderungen stellen.

Deshalb empfiehlt es sich, vom Bundesrat einen Bericht über die Verhandlungen mit Deutschland zu verlangen. Bis dahin dürfte auch die neue Regierung in Bonn gebildet sein. Das Parlament hat die Pflicht, seine erste Besorgnis über die jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiete des internationalen Steuerrechtes zu äussern, wenn auch jeder Affront gegenüber Frankreich zu vermeiden ist. Man muss sich ferner bewusst sein, dass die neuen Abkommen u. U. zu Steuerausfällen in den Kantonen führen. Nach Angaben eines Gewährsmannes in Glarus wird dort die Auflösung verschiedener Domizilgesellschaften befürchtet, was zu einem Steuerausfall in der Höhe von rund 1 Mio. Franken pro Jahr führen könnte.

M. Jeanneret, conseiller aux Etats, se déclare d'accord avec les propositions du président. Il se demande si à l'avenir les accords de double imposition ne tendront pas à s'uniformiser.

28. Vgl. dazu Doss. wie Anm. 13.

29. Vgl. dazu Doss. wie Anm. 8.

Ständerat Graf weist auf einen kürzlich in der Neuen Zürcher Zeitung (Nr. 4829, Morgenausgabe vom 10. 11. 1966) erschienen Bericht hin. Darin wird ein Artikel der Londoner *Financial Times* zusammengefasst, in dem von Strauchrittern die Rede ist, die sich hinter dem schweizerischen Bankgeheimnis verstecken. Es verwundert, dass die Banken zu diesen schweren Vorwürfen, die geeignet sind, unseren Ruf im Ausland zu beeinträchtigen, bis jetzt nicht Stellung genommen haben. Die gleichen Strauchritter bedienen sich für ihre üblen Machenschaften auch in der Schweiz gegründeter Gesellschaften. In der Beurteilung solcher Gebilde ist schweizerischerseits Vorsicht am Platz. Es sollte überlegt werden, ob diese Gesellschaften steuerlich nicht stärker erfasst werden können. Wenn 30 bis 40 Basisgesellschaften im gleichen Büro verwaltet werden, mahnen solche Erscheinungen zum Aufsehen. Natürlich muss alles getan werden, um die schweizerischen Interessen zu verteidigen. Andererseits lässt sich aber nicht bestreiten, dass wir auf diesem Gebiet etwas angeschlagen sind. Umso mehr sollten wir uns bemühen den kritisierten Missständen von uns aus entgegenzutreten.

M. Bonvin, conseiller fédéral, remercie la commission pour sa compréhension à l'égard de la position très difficile de nos négociateurs.

D'un point de vue général, le problème suivant se pose: la Suisse est l'un des pays le meilleur marché pratiquement sur tous les plans et notamment quant aux impôts d'une part, et d'un autre côté on constate que la fiscalité est extrêmement lourde dans les pays que nous entourent. La conséquence est que dès que cette différence dépasse un certain pourcentage, les personnes domiciliées dans ces pays soit transfèrent leur domicile ou leurs activités en Suisse, soit y placent leur capitaux. Cependant, il y a un souci de moralité qui devrait être respecté par la Suisse; c'est bien dans une certaine mesure ce que nous avons fait avec la France. Il ne faudrait pourtant pas perdre de vue que si dans le secteur fiscal la Suisse est peut-être un mauvais voisin, il y a d'autres secteurs, notamment celui des investissements, des échanges commerciaux, où elle leur rend de grands services.

Un autre problème réside dans le fait que lorsque la Confédération négocie elle ne peut rien entreprendre contre la concurrence entre cantons dans l'octroi de privilèges fiscaux. C'est la raison pour laquelle un minimum d'aménagements dans ces conventions est nécessaire. Il estime également que les cantons qui perdront peut-être quelque million de rentrées fiscales en raison de ces aménagements ne devraient pas se dire qu'ils perdent ces sommes, mais bien plutôt qu'ils les ont gagnées pendant un certain nombre d'années, sans que l'on puisse y trouver une véritable justification.

Répondant à Monsieur le conseiller aux Etats Jeanneret, il pense qu'il est difficile d'affirmer que l'on va vers une uniformisation des conventions de double imposition, parce que souvent les problèmes qui se posent à la Suisse avec les autres pays sont différents dans chaque cas. Il prend pour exemple nos conventions avec la France et l'Allemagne d'une part et la convention avec les Pays-Bas d'autre part.

Vizedirektor Locher stellt zur Bemerkung von Ständerat Dietschi über die Steuerausfälle im Kanton Glarus fest, dass jeder Kanton grundsätzlich frei ist, seine Steuern nach eigenem Gutdünken festzulegen. Die Steuern,

die Gesellschaften ohne inländische Geschäftstätigkeit bezahlen, sind für die Kantone gefundenes Geld. Viele Kantone begnügen sich deshalb mit der sog. Domizilgebühr. Dies können sie umso eher tun, als solche Gesellschaften ja die Wehrsteuer in normaler Weise zu entrichten haben, die zu 30% den Kantonen zukommt. Vor etwa 6 Jahren bestand allerdings die Tendenz, die kantonal zugesicherten Privilegien ohne gesetzliche Grundlage auch auf die Wehrsteuer auszudehnen. Gegen solche Versuche ist die Eidg. Steuerverwaltung mit Nachdruck eingeschritten. Abzüge bei der Wehrsteuer (z. B. für Betriebsstätten im Ausland oder massgebliche Beteiligungen) werden nur bei striktem Nachweis gewährt. Es trifft zu, dass der Wehrsteueranteil durch die Anwesenheit von Domizilgesellschaften in den betreffenden Kantonen wesentlich beeinflusst wird. So macht er für den Kanton Glarus jährlich 3–4 Mio. Franken aus. Zug hat bekanntlich aus den nämlichen Gründen die grösste Wehrsteuerkopfquote in der ganzen Schweiz. Es lässt sich auch nicht bestreiten, dass die neuen Doppelbesteuerungsabkommen diese Steuerabgänge nachteilig beeinflussen können. Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, dass die Gefahr der Abwanderung von Basisgesellschaften latent immer besteht. Deren Gründung und Auflösung kann sehr leicht erfolgen und richtet sich nach den rasch wechselnden Bedürfnissen der interessierten Personen. Die Kantone mussten sich deshalb von Anfang an bewusst sein, dass es sich hierbei nicht um echte Steuersubstanz handelt. In dieser Beziehung sind die Erfahrungen mit amerikanisch beherrschten Basisgesellschaften³⁰ sehr lehrreich. Wichtig ist, wie Ständerat Graf bereits ausgeführt hat, dass die schweizerische Weste sauber bleibt.

Nach dem neuen Abkommen mit Frankreich können die ausländisch beherrschten Basisgesellschaften, die im Genuss kantonalen Domizilprivilegien stehen, die Vergünstigungen für Zinsen und Lizenzgebühren nicht mehr beanspruchen. Nur mit Mühe ist es den schweizerischen Unternehmern gelungen, die Franzosen dazu zu bewegen, das Holdingprivileg weiterhin als berechtigt anzuerkennen. Ursprünglich gingen nämlich die französischen Forderungen³¹ sogar dahin, alle Gesellschaften in der Schweiz, ob schweizerisch oder ausländisch beherrscht, von den Abkommensvorteilen ganz auszuschliessen. Bezüglich der kantonal privilegierten Gesellschaften gilt nun der Grundsatz, dass entweder die Abkommensvorteile oder die kantonalen Privilegien aber nicht mehr beide gleichzeitig beansprucht werden können. Die Kantone sind mithin nach wie vor frei, darüber zu befinden, ob sie den Basisgesellschaften steuerliche Vorteile zuerkennen wollen oder nicht. Im Hinblick auf die dabei bestehende interkantonale Konkurrenz sei erwähnt, dass schon der Gedanke aufgetaucht ist, ein Konkordat über die Behandlung derartiger Gesellschaften abzuschliessen. Innert nützlicher Frist ist jedoch auf diesem Wege nicht weiterzukommen. Zur besseren steuerlichen Erfassung dieser Gesellschaften könnte auch eine Bundessteuer für juristische Personen beitragen, an die die kantonalen Steuern angerechnet würden. Dies hätte jedenfalls zur Folge, dass

30. Vgl. dazu *DDS, Bd. 22, Dok. 1*, dodis.ch/18879.

31. Vgl. die *Notiz* Provisorische Richtlinien für die Revisionsverhandlungen mit Frankreich der Steuerverwaltung vom 23. Dezember 1965, *Doss. wie Anm. 1*.

alle Kantone ihre eigenen Steuern auf die Höhe der Bundessteuer anheben würden.

Die Vorwürfe der *Financial Times*, von denen Ständerat Graf gesprochen hat, werden auch von deutscher Seite erhoben. Aus diesem Grunde legen die deutschen Unterhändler grosses Gewicht auf eine Amtshilfebestimmung. Bisher hat sich die Schweiz hinsichtlich der zwischenstaatlichen Amtshilfe sehr zurückhaltend gezeigt und nur den Vereinigten Staaten von Amerika³², Grossbritannien³³ und Frankreich³⁴ eine entsprechende Klausel zugestanden. Gegenüber Frankreich ist die Bestimmung, die sich bereits im alten Abkommen von 1953³⁵ findet, praktisch nie angewendet worden. Sie und die entsprechende Bestimmung im Abkommen mit Grossbritannien beziehen sich nur auf die Durchführung des Abkommens. Die analoge Bestimmung im Abkommen mit den Vereinigten Staaten findet zudem bei Steuerbetrug Anwendung. Ein zu wahrendes Berufsgeheimnis (also auch das Bankgeheimnis) wird in all diesen Bestimmungen entweder ausdrücklich oder in der Weise vorbehalten, dass der um Amtshilfe ersuchte Staat nur verpflichtet ist, Massnahmen zu ergreifen, die mit seiner eigenen Rechtsordnung vereinbar sind. Da die schweizerischen Steuerbehörden das Bankgeheimnis beachten müssen, gilt dies a fortiori auch für mögliche Amtshilfesuche ausländischer Stellen. Es ist deshalb zum vorneherein ausgeschlossen, auf diesem Wege das Bankgeheimnis aufzuheben. Auf der anderen Seite ist zuzugeben, dass eine Amtshilfeklausel psychologische Auswirkungen haben und damit die Geschäftsdispositionen beeinflussen kann. Dennoch stellt sich heute die ernsthafte Frage, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist, dass die Schweiz auch Deutschland gegenüber in eine Amtshilfe für Fiskalsachen einwilligt. Unser Land kann sich nicht dazu hergeben, Betrüger zu decken und damit zu deren Hehler zu werden. Wird der Bundesrepublik die Amtshilfe für die Durchführung des Abkommens und für Betrugsdelikte zugestanden, so lässt sich dagegen etwas einhandeln; verschiedenen Vorwürfen könnte ausserdem die Spitze gebrochen werden. Die sich stellenden Fragen sind vor allem im Benehmen mit den Banken einlässlich zu prüfen.

Ein vertragsloser Zustand trifft die auf dem Spiele stehenden ausländischen Interessen kaum. Diese können sich anders organisieren. Grosse Nachteile würden aber dadurch für die angestammte schweizerische Wirtschaft entstehen. Als Beispiel sei erwähnt, dass eine grosse schweizerische Firma dank dem Abkommen mit Frankreich von 1953 jährlich Fr. 12 Mio. an französischen Quellensteuern einspart. Nach dem neuen Abkommen beläuft sich der Vorteil immer noch auf Fr. 6 Mio., einen Betrag also, der auch bei einer Grossfirma ins Gewicht fällt. Im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland liegen die Verhältnisse ähnlich.

32. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen vom 24. Mai 1951, AS, 1951, S. 892–902.

33. Vgl. Anm. 11.

34. Vgl. Anm. 6.

35. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 31. Dezember 1953, AS, 1955, S. 111–133.

Le président se rend compte que la situation de nos négociateurs est très difficile et il en profite pour les remercier même si, à certains égards, les résultats obtenus ne sont pas ceux que la Suisse pouvait espérer. La structure fédéraliste de la Suisse ne leur facilite certainement pas la tâche et il est clair que certains sacrifices doivent être faits également en fonction d'une intégration européenne future. Il souhaiterait que le Département fédéral des finances et des douanes, ainsi que l'Administration fédérale des contributions puissent, au cours des réunions avec les chefs des départements cantonaux des finances, trouver des arrangements de nature à éliminer certains privilèges fiscaux.

Die Kommission beschliesst einstimmig:

1. Die weitere Behandlung des Doppelsteuerabkommens mit Frankreich wird verschoben.

2. Der Bundesrat wird eingeladen, der Kommission sobald als möglich einen Bericht über die schweizerisch-deutschen Revisionsverhandlungen³⁶ zukommen zu lassen.

2. Doppelbesteuerungsabkommen mit Spanien³⁷

Vizedirektor Locher verweist auf die den Kommissionsmitgliedern zugestellte Tabelle 11³⁸, in der die Abweichungen der Abkommen mit Schweden³⁹, Spanien⁴⁰ und Irland⁴¹ vom Mustervertrag der OECD⁴² im einzelnen dargestellt sind.

Dividenden werden nach dem Abkommen mit Spanien im Quellenstaat normalerweise mit 15% besteuert, was der OECD-Empfehlung⁴³ entspricht. Für Dividenden auf Beteiligungen (mindestens 25%) ist dagegen in Abweichungen von der entsprechenden OECD-Empfehlung eine Steuer von 10% vereinbart worden (Art. 10). Spanien beharrt allen Abkommensländern gegenüber auf dieser Regelung, weil seine Kapitalertragsbilanz naturgemäss einen hohen Passivsaldo aufweist. Umso bemerkenswerter ist die spanische Konzession in Artikel 11 für Zinsen. Diese werden zwar normalerweise gemäss OECD-Empfehlungen im Quellenstaat mit 10% besteuert; ganz steuerfrei bleiben jedoch Zinsen auf langfristigen Darlehen, die von schweizerischen Banken an spanische Schuldner gewährt werden. Diese Bestimmung ist für die Finanzierung schweizerischer Tochtergesellschaften in Spanien von erheblicher Bedeutung. Im Rahmen der OECD-Empfehlungen hält sich auch die für Lizenzgebühren getroffene Regelung. Zwar empfiehlt die OECD die ausschliessliche Besteuerung dieser

36. Vgl. den Antrag des Finanz- und Zolldepartements an den Bundesrat vom 23. Dezember 1966, Doss. wie Anm. 8.

37. Vgl. dazu Dok. 86, dodis.ch/31041.

38. Nicht ermittelt.

39. Vgl. Dok. 92, dodis.ch/31443, Anm. 27.

40. Vgl. Anm. 10.

41. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Irland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 8. November 1966, AS, 1968, S. 447–466. Vgl. ferner Dok. 92, dodis.ch/31443, Anm. 17.

42. Vgl. dazu Dok. 92, dodis.ch/31443, Anm. 37.

43. Vgl. das Schreiben von R. Bonvin an die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren vom 6. Januar 1965, Doss. wie Anm. 1.

Erträge im Wohnsitzstaat des Empfängers, gewährt aber Spanien und drei anderen Entwicklungsländern das Recht, solche Einkünfte an der Quelle mit 5% zu besteuern. Diese Lösung ist in das schweizerisch-spanische Abkommen übernommen worden (Art. 12). Hervorzuheben ist, dass das Abkommen keine Amtshilfeklausel enthält.

Die schweizerischen Investitionen in Spanien belaufen sich gegenwärtig auf rund Fr. 300 Mio. und sind in starkem Steigen begriffen. Es handelt sich vorwiegend um Investitionen der angestammten schweizerischen Wirtschaft, also nicht nur um durchgeleitete Beträge. In diesem Rahmen kommt dem Abkommen mit Spanien eine recht erhebliche Bedeutung zu; es kann daher mit Fug zur Genehmigung empfohlen werden.

M. Bonvin, conseiller fédéral: Dans certains pays, notamment aux Etats-Unis, les entreprises sont tenues de publier leurs comptes sans camouflage aucun. Les entreprises de ces pays entretiennent des filiales en Suisse dont les résultats doivent être compris dans les bilans des sociétés-mères. Il s'ensuit que ces pays peuvent être soucieux d'obtenir en Suisse des informations complémentaires sur les bénéficiaires de ces filiales.

Die Einzelberatung wird nicht benützt.

Die Kommission empfiehlt dem Ständerat einstimmig, das schweizerisch-spanische Doppelbesteuerungsabkommen vom 26. April 1966 durch Annahme des vom Bundesrat vorgeschlagenen Bundesbeschlusses zu genehmigen und den Bundesrat zur Ratifikation des Abkommens zu ermächtigen.

3. Protokoll mit Grossbritannien

Vizedirektor Locher weist darauf hin, dass das Protokoll mit Grossbritannien kein selbständiges Abkommen darstellt sondern dazu dient, das Abkommen von 1954⁴⁴ abzuändern und zu ergänzen. Seine Bestimmungen können deshalb nur im Zusammenhang mit dem Abkommenstext gewürdigt werden.

Anlass zur Revision gab eine grundlegende Änderung des britischen Steuersystems. Während bisher die Gewinne nur in der Hand der Gesellschaften besteuert wurden und die Dividende in der Hand des Aktionärs steuerfrei blieben (die Gesellschaften konnten allerdings die vorher bezahlte Steuer anteilmässig überwälzen), wird nun die sog. wirtschaftliche Doppelbelastung, wie wir sie auch aus der Schweiz kennen, eingeführt. Danach werden zuerst die Gesellschaftsgewinne bei der Gesellschaft und die ausgeschütteten Dividenden anschliessend als Teil seines Einkommens beim Aktionär besteuert. Das Abkommen von 1954 ist auf das bisherige englische Steuersystem ausgerichtet und sieht für die Dividenden keine Erstattung der von der britischen Gesellschaft gezahlten Steuer vor. Natürliche Personen in der Schweiz, die britische Aktien besitzen, hatten bisher nur Anrecht auf die persönlichen Abzüge bei der Bemessung der britischen Steuer; sie wurden zudem zur britischen Zuschlagsteuer nicht herangezogen. Die neue Regelung, die dank günstiger Umstände recht rasch ausgehandelt werden konnte, sieht für Dividenden eine Reduktion der britischen Steuer von 41,25% auf 15% im Normalfall und auf 5% im Beteiligungsverhältnis (mindestens 25%) vor.

44. Vgl. Dok. 92, dodis.ch/31443, Anm. 11.

Die britischen Unterhändler wünschten bei dieser Gelegenheit verschiedene Bestimmungen gegen die Steuerflucht in das Abkommen einzubauen. Sie betreffen Fälle, die auch von schweizerischer Seite keinen Schutz verdienen; auf der ausgeteilten Tabelle 13⁴⁵ werde sie näher dargestellt.

Die Kantone und die schweizerische Wirtschaft sind mit dem Protokoll einverstanden; der Bundesrat beantragt seine Genehmigung⁴⁶.

M. Jeanneret, conseiller aux Etats: Il existe une difficulté pour les ressortissants anglais qui habitent à l'étranger et qui, semble-t-il, sont toujours considérés en Angleterre comme des résidents du Royaume-Uni.

M. Locher reconnaît que ce problème existe partiellement d'après le droit interne anglais. La convention prévoit dans ces cas que le Royaume-Uni impute sur ses propres impôts les impôts prélevés en Suisse. Cette difficulté se présente le plus souvent en matière d'impôts sur les successions. C'est précisément un des cas où une entente entre administrations est nécessaire.

Die Einzelberatung wird nicht benützt.

Die Kommission empfiehlt dem Ständerat einstimmig, das schweizerisch-britische Protokoll vom 14. Juni 1966 zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens von 1954 durch Annahme des vom Bundesrat vorgeschlagenen Bundesbeschlusses zu genehmigen und den Bundesrat zur Ratifikation⁴⁷ des Protokolls zu ermächtigen.

4. Abkommen mit den Niederlanden

Vizedirektor Locher weist darauf hin, dass dieses Abkommen das Abkommen von 1954⁴⁸ ergänzt und abändert. Die Tabellen 12 a-c⁴⁹ der ausgeteilten Dokumentation beleuchten die wichtigsten Neuerungen.

Die Verhandlungen zur Revision des Abkommens von 1951⁵⁰ haben 4 Jahre gedauert. Im Verlauf dieser Zeit ist es gelungen, die niederländischen Unterhändler zum Verzicht auf mehrere ihrer Begehren zu veranlassen⁵¹. Leider konnte nicht verhindert werden, dass die Regelung über die Besteuerung der Dividenden gegenüber dem ursprünglichen Abkommen verschlechtert worden ist. Bis Ende 1965 erhoben die Niederlande eine Quellensteuer auf Dividenden von 15%, die sie gemäss Abkommen den in der Schweiz wohnhaften Personen voll erstatteten. Die Quellensteuer ist jetzt auf 25% heraufgesetzt worden. Nach dem Vorbild der OECD sind die Niederlande nunmehr bereit, ihre Quellensteuer auf 15% im Normalfall zu senken.

45. Nicht ermittelt.

46. Vgl. den Bericht der Steuerverwaltung vom 26. Mai 1966, E 2001(E) 1978/84 Bd. 732 (B.34.12).

47. Vgl. dazu das BR-Prot. 1102 vom 6. Juni 1966, dodis.ch/31444.

48. Es handelt sich aber um das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 12. November 1951, AS, 1952, S. 179–199.

49. Nicht ermittelt.

50. Vgl. Anm. 36.

51. Zu den Verhandlungen mit den Niederlanden vgl. Dok. 92, dodis.ch/31443, Anm. 24 und 25.

Demgegenüber konnte die ausschliessliche Besteuerung im Wohnsitzstaat des Empfängers für Dividenden auf Beteiligungen (mindestens 25%) beibehalten werden. Bei den Zinsen hatte der Quellenstaat bisher das Recht, eine Steuer von 10% zu erheben. Hievon machten die Niederlande keinen Gebrauch, da sie Zinsen an der Quelle zur Zeit überhaupt nicht besteuern. Im Hinblick auf die allfällige Einführung einer solchen Quellensteuer war es auf lange Sicht klüger, eine Steuer von 5% zu konzedieren; andernfalls hätte gegebenenfalls mit erneuten Revisionsbegehren gerechnet werden müssen. Die Kantone und interessierten Kreise der Wirtschaft sind mit diesen Regelungen einverstanden⁵².

Zwei Neuerungen des Abkommens verdienen besondere Erwähnung. Im Verlauf der letzten Jahre haben sich immer wieder Fälle ereignet, in denen niederländische Staatsbürger, die in niederländischen Aktiengesellschaften über massgebliche Beteiligungen verfügen, ihren Wohnsitz von Holland nach der Schweiz (in einen Kanton ohne Vermögensgewinnsteuer) verlegten und, kaum hier angekommen, ihre Beteiligungen veräusserten. Mehrere von ihnen sind kurze Zeit später wieder nach Holland zurückgekehrt oder in andere Länder weitergezogen. Durch dieses Vorgehen gelang es den betreffenden Holländern, unter dem Schutz des Doppelbesteuerungsabkommens die niederländische Kapitalgewinnsteuer auf der Veräusserung massgeblicher Beteiligungen zu umgehen; in der Schweiz mussten sie höchstens die Wehrsteuer entrichten. Dieses Vorgehen erweckte das Missfallen der niederländischen Regierung; es kann auch von der Schweiz nicht gedeckt werden. Die niederländischen Unterhändler verlangten deshalb, dass natürliche Personen, die ihren Wohnsitz von den Niederlanden nach der Schweiz verlegen, erst nach einer gewissen Karenzzeit in den Genuss des Doppelbesteuerungsabkommens gelangen sollten. Schweizerischerseits ist diese Forderung im Verlauf der Verhandlungen auf niederländische Staatsbürger begrenzt worden. Nach den neuen Abkommensbestimmungen sind diese nicht mehr berechtigt, das Abkommen zu beanspruchen, wenn sie eine massgebliche Beteiligung an einer niederländischen Aktiengesellschaft verkaufen oder daraus Dividenden beziehen, sofern sie noch nicht 5 Jahre in der Schweiz ansässig sind. Der Umstand, dass sie bereits vor dem 1. Januar 1967 in die Schweiz gekommen sind, hindert die Anwendung dieser Bestimmung nicht. Die getroffene Lösung schädigt keine schweizerischen Interessen und ist mithin annehmbar.

Die Einzelberatung wird nicht benützt.

Die Kommission empfiehlt dem Ständerat einstimmig, das schweizerisch-niederländische Abkommen vom 22. Juni 1966 zur Änderung und Ergänzung des Einkommens- und Vermögenssteuerabkommens von 1951 durch Annahme des vom Bundesrat vorgeschlagenen Bundesbeschlusses zu genehmigen und den Bundesrat zur Ratifikation des Abkommens zu ermächtigen.

52. Vgl. die Notiz der Steuerverwaltung über die Venehmlassungen vom 26. Mai 1966, E 2001(E) 1978/84 Bd. 903 (B.34.12).

5. *Verschiedenes*

Le président estime que le rapporteur devant le Conseil des Etats devrait faire un rapport général sur les problèmes actuels qui se posent à la Suisse dans ses relations fiscales avec l'étranger⁵³. Un débat d'information générale serait utile.

Il passe à l'examen du projet de communiqué à la presse⁵⁴ relatif à la présente séance, qui a été préparé par M. Locher. Après y avoir apporté une petite modification de forme, il constate qu'il convient à tout le monde.

L'ordre du jour du Conseil des Etats prévoit que l'examen de la convention avec la France est fixé au mercredi 7 décembre; il prendra les mesures nécessaires avec le président du Conseil des Etats pour que l'ordre du jour soit modifié en conséquence.

M. Bonvin, conseiller fédéral serait très heureux qu'un membre de la Chambre pose le problème de la double imposition internationale devant le parlement et le place dans son véritable cadre. Il ajoute que l'Administration fédérale des contributions se tient à sa disposition pour tous renseignements complémentaires dont il aurait besoin.

Ständerat Dietschi wird im Ständerat ebenfalls das Wort ergreifen. Er erkundigt sich, ob die Dokumentation zurückgegeben werden soll.

Vizedirektor Locher hält dafür, die vertraulichen Unterlagen seien auch für die weiteren Verhandlungen über das Doppelbesteuerungsabkommen mit Frankreich dienlich; es war nicht beabsichtigt, sie zurückzufordern.

M. Jeanneret, conseiller aux Etats, désirerait avoir l'opinion de l'administration sur un problème souvent évoqué ici et là, celui de nos relations fiscales avec le Liechtenstein⁵⁵. Y a-t-il des rapports de connivence?

M. Locher: On pourrait dire: «Le Liechtenstein est pour la Suisse ce que la Suisse est pour les autres pays!» Il y a l'association douanière de 1923⁵⁶ aux termes de laquelle les impôts indirects fédéraux et l'impôt fédéral sur les coupons sont aussi prélevés au Liechtenstein.

Ce dernier pays a inséré dans son droit civil toutes les formes de sociétés possibles et imaginables. Certains Suisses sont partis au Liechtenstein ou ont créé des institutions («Anstalten») qui leur servent de paravent. Nous n'avons pas de convention de double imposition avec le Liechtenstein. Il existe cependant des arrangements entre certains cantons et ce pays mais qui ne sont que d'une portée restreinte (imposition des revenus du travail).

Dans nos conventions de double imposition avec les autres pays, le Liechtenstein n'est jamais compris dans le champ d'application de ces accords. La signature d'une convention avec le Liechtenstein nous créerait encore plus de difficultés que nous n'en avons actuellement.

53. Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ständerats vom 7. Dezember 1966, E 1401(-) 1960/58 Bd. 361, S. 129–159.

54. Pressemitteilung vom 23. November 1966, Doss. wie Anm. I.

55. Vgl. Doss. E 2001(E)-01 1982/58 Bd. 432 (B.34.12.0).

56. Vertrag zwischen der Schweiz und Liechtenstein über den Anschluss des Fürstentums Liechtenstein an das schweizerische Zollgebiet vom 29. März 1923, BBl, 1929, II, S. 394–418. Vgl. dazu ferner DDS, Bd. 8, Dok. 263, Dok. 307 und Dok. 324.

En conclusion, nos rapports fiscaux avec ce pays sont bons, il n'en existe aucun sur le plan de la double imposition.

Le président déclare en conclusion que les deux séances se sont révélées particulièrement utiles et fructueuses pour les membres de la commission qui ont pu, grâce aux explications qui leur ont été données par Monsieur Bonvin et Monsieur Locher et grâce à la documentation qui leur a été présentée, se faire une image plus précise des problèmes souvent obscurs posés par les accords de double imposition. Il les remercie très vivement.

178

dodis.ch/31359

*Der schweizerische Botschafter in Nairobi, H. K. Frey,
an den Vorsteher des Politischen Departements, W. Spühler¹*

Vertraulich

Kigali, 24. November 1966

Wegen der neuesten Angriffe von rwandesischen Flüchtlingen aus Burundi auf Rwanda habe ich mich am 21. November im Einvernehmen mit dem Delegierten für Technische Zusammenarbeit² und mit der Verwaltungsabteilung hierher begeben. Ich hatte am folgenden Tag längere Unterredungen mit dem Präsidenten der Republik, Grégoire Kayibanda, und mit dem Minister für Internationale Zusammenarbeit und Planung, Thaddée Bagaragaza, und habe seither verschiedene andere führende Persönlichkeiten gesehen, so die Botschafter von Belgien, der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Deutschlands und der USSR, den Vertreter des Vatikans und Erzbischof Perraudin, weitere Minister und Diplomaten, sowie die Experten der schweizerischen Technischen Zusammenarbeit. Über die allgemeine Lage und die politischen Hintergründe orientiert mein politischer Bericht Nr. 17³, den ich nach meiner Rückkehr abschliessen werde. Im Folgenden berichte ich Ihnen über meine Gespräche mit Präsident Kayibanda und Aussenminister Bagaragaza, den beiden wichtigsten Vertretern des Landes, sowie mit unserem Landsmann Erzbischof Perraudin.

Der Präsident und sein Aussenminister haben mir gesagt, dass die jetzige Angriffshandlung ernster zu beurteilen sei als diejenige vor drei Jahren. Die Kämpfer seien besser bewaffnet, entschlossener und mutiger, auch an Zahl bedeutender, und ihre Kampfweise entspreche moderner Guerillataktik. Der Einfluss fremder Instruktooren sei unverkennbar. Der Ursprung erbeuteter Waffen und zuverlässiger Informationen seitens der Bevölkerung und der Luftaufklärung wiesen auf China ev. Cuba hin. Die Angreifer seien mit Lastwagen aus Flüchtlingslagern und aus Bujumbura an die Grenze geschafft worden und

1. *Schreiben*: E 2001(E) 1978/84 Bd. 965 (B.73.0). *Visiert von W. Spühler, P. Micheli und R. Probst.*

2. *A. R. Lindt.*

3. *Politischer Bericht Nr. 17 von H. K. Frey an W. Spühler vom 25. November 1966*, E 2300-01(-) 1973/156 Bd. 6 (A.21.31).

würden weiterhin aus Burundi versorgt, wo auch ihre Verwundeten gepflegt würden. Es sei ihnen gelungen, sich in unwegsamem Gelände des südlichen Urwalds festzusetzen, von wo sie versuchten, nach Norden zu infiltrieren. Die Armee sei Herr der Lage, und die Bevölkerung verhalte sich ablehnend. Ein Durchbruch nach den Städten Butare, Gitarama oder sogar Kigali sei nicht zu befürchten, Voraussetzung sei allerdings, dass die Einbusse an Material und Munition ausgeglichen werden könne. Hiefür sei Hilfe von aussen nötig. Die Verluste an Menschenleben seien bisher gering.

Bedenklich sei das Verhalten der Regierung von Burundi, die den Angreifern offensichtlich Unterstützung leihe. Die Lage in diesem Land sei verworren. Dem jungen König⁴ fehle es an Erfahrung und an Kraft, und Premierminister Micombero scheine auf die Errichtung einer totalitären Republik chinesischer Prägung hinzuarbeiten. Präsident Kayibanda glaubt nicht, dass Präsident Nyerere eine solche Aktion unterstützen würde. Sein bisheriges Verhalten zeige echte Sympathie für Rwanda und lebhaftes Interesse für eine Intensivierung der beidseitigen Beziehungen. Aber er scheine auch keine Massnahmen gegen die chinesische Infiltration nach Burundi zu ergreifen, was angesichts der chinesischen Position in Zansibar und Dar es Salaam schwierig wäre. So könnte China in Burundi auch ohne direkte Unterstützung von Tanzania politisch und militärisch Fuss fassen. Damit entstünde für ganz Zentralafrika und insbesondere den östlichen Kongo eine gefährliche Lage.

Ich fragte Präsident Kayibanda, ob er nicht erwäge, an den Sicherheitsrat zu gelangen. Er sagte, die Regierung habe den Generalsekretär der UN orientiert, doch möchte er noch mehr Fakten haben, um dann mit der sicheren Erwartung eines günstigen Entscheides diesen Schritt zu tun. Im Moment sei die Lage auch nicht alarmierend.

Ich sagte Präsident Kayibanda, dass die schweizerische Regierung wegen unserer Aktion⁵ in Rwanda an einer stabilen Entwicklung sehr interessiert sei⁶. Wirren wie die jetzigen könnten den weiteren Einsatz gefährden. Kayibanda antwortete, dies sei ihm wohl bewusst. Aber die Länder, die sich zu Hilfeleistungen entschlossen hätten, sollten nicht zu ängstlich sein. Das Flüchtlingsproblem als Folge einer sozialen Revolution müsse erdauert und erlitten werden. Ein Rückzug oder auch nur eine Verminderung der Hilfe von aussen würde die bisherigen Erfolge in Frage stellen. Kayibanda bat mich, darauf hinzuwirken, dass die schweizerische Aktion weitergehe und die in Aussicht genommenen Projekte, vor allem auch das Zollprojekt⁷, nicht zurückgestellt würden.

In diesem Sinne hat auch Erzbischof Perraudin gesprochen. Er meint, das Land, das in seinem Kampf um eine demokratische Entwicklung von der Schweiz wertvolle Hilfe erhalten habe, sollte gerade in seinen schwierigen

4. C. Ndizeye.

5. Zu der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit in Ruanda, bes. zum Genossenschaftsprojekt TRAFIPRO, vgl. Dok. 89, dodis.ch/31353, Anm. 5. Für eine Übersicht, vgl. zum Beispiel das Schreiben von O. Hafner an T. Bagaragaza vom 9. November 1966, E 2005(A) 1978/137 Bd. 142 (t.311).

6. Vgl. dazu Dok. 24, dodis.ch/31351, Anm. 8.

7. Vgl. dazu Doss. E 2005(A) 1978/137 Bd. 149 und Bd. 234 (t.311.021).

Momenten auch weiterhin darauf zählen können. Allerdings sei die Zukunft ungewiss, doch müsse man in jedem jungen Staat mit Überraschungen rechnen. Die Regierung tue, was sie könne und verdiene Vertrauen. Die von ihr getroffenen Sicherheitsmassnahmen seien angemessen. Im Land herrsche Ruhe und Ordnung und Vergeltungsaktionen wie vor drei Jahren seien nur vereinzelt festzustellen.

Ich möchte zu diesen Erklärungen folgendes sagen: Der neueste Angriff ist ernst zu nehmen und bringt für alle, die nach der Gipfelkonferenz von Nairobi⁸ eine allmähliche Lösung des Flüchtlingsproblems erhofften, einen Rückschlag. Es ist durchaus möglich, dass die Lage sich noch verschlechtert, wenn es in Burundi zu einer krisenhaften Entwicklung kommt, die China zum Zuge bringt und die Flüchtlinge als Werkzeuge der Subversion und Aggression eingesetzt werden. Doch besteht meines Erachtens auch dann kein Grund, die einmal in Angriff genommene Aufgabe fallen zu lassen. Wenn Entwicklungshilfe⁹ mehr als blosser Almosentätigkeit sein soll, kommt man nicht darum herum, zu Prinzipien, die einem wert sind, zu stehen und hierbei auch Risiken auf sich zu nehmen. Das Risiko besteht darin, dass im Falle eines Zusammenbruchs des heutigen Regimes die in Ausführung befindlichen Projekte nicht weitergeführt werden können und dabei die bisherigen Investitionen verloren gehen. Doch wäre es auch denkbar, dass eine neue Regierung, die ja vor den gleichen Entwicklungsproblemen wie die gegenwärtige steht, auf eine Weiterführung der Aktionen Wert legt. Ferner muss bei einer Wendung zum Schlimmen mit der Gefährdung von Menschenleben gerechnet werden. Ich habe mit dem hiesigen Vertreter des Delegierten für Technische Zusammenarbeit, Herrn Othmar Hafner, und mit dem schweizerischen Berater des Präsidenten, Herrn Marcel Heimo, die im Falle eines Notstandes zu ergreifenden Massnahmen besprochen und an alle Schweizer in Rwanda ein Schreiben¹⁰ mit Direktiven versandt. Eine Kopie davon geht an die Abteilung für politische Angelegenheiten.

Die beiden Herren teilen im Übrigen meine Auffassung, dass wir in Rwanda bei der Stange bleiben sollten.

Präsident Kayibanda hat auch über die in Aussicht genommene Ablösung von Herrn Rebord, dem verdienstvollen Direktor der Coopérative «Trafipro»¹¹, gesprochen. Er unterstützt die schriftlich zum Ausdruck gebrachte Meinung des Verwaltungsrates, dass in der jetzigen Lage kein Führungswechsel eintreten sollte. Er denkt hierbei nicht nur an die politischen Eventualitäten, die an der Spitze einen Mann erfordern, der den Betrieb aufs Beste kennt, rasch und sicher disponieren kann und das Vertrauen seiner Untergebenen und Genossenschaftler besitzt, sondern auch an die Umstellungen und Anpassungen, die sich

8. Zur Elf-Länder-Gipfelkonferenz in Nairobi vom 31. März bis 2. April 1966 vgl. den Politischen Bericht Nr. 3 von H. K. Frey vom 12. April 1966, E 2300-01(-) 1973/156 Bd. 6 (A.21.31).

9. Für eine Übersicht über die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit vgl. Dok. 100, dodis.ch/31763.

10. Rundschreiben von H. K. Frey vom 28. November 1966, E 2001(E) 1978/84 Bd. 965 (B.51.30).

11. Zum Genossenschaftsprojekt TRAFIPRO vgl. Dok. 89, dodis.ch/31353, Anm. 5.

im Gefolge der Währungsreform als nötig erweisen und noch eine gewisse Zeit erfordern. Ich kann dieses Begehren nur unterstützen und berichte hierüber gesondert an den Delegierten¹².

Ich werde morgen wieder nach Nairobi zurückfliegen, stehe aber jederzeit bereit, wieder herzukommen, wenn sich dies als nötig erweist. Sollte die Telefonverbindung unterbrochen werden, so werde ich das Verbindungssystem der amerikanischen Botschaften in Nairobi und Kigali benutzen können. Unsere hiesigen Vertreter sind entsprechend instruiert.

12. A. R. Lindt.

179

dodis.ch/31451

Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat¹

NATIONALISIERUNGSVERHANDLUNGEN MIT DER TSCHECHOSLOWAKEI

Bern, 24. November 1966

I.

Seit Abschluss des schweizerisch-tschechoslowakischen Abkommens betreffend die Entschädigung der schweizerischen Interessen in der Tschechoslowakei vom 22. Dezember 1949² sind weitere schweizerische Liegenschaften in der Tschechoslowakei von staatlichen Massnahmen betroffen worden. Bereits im Jahre 1958 fanden in Prag über diesen Gegenstand Entschädigungsverhandlungen statt, die jedoch ergebnislos abgebrochen werden mussten, da die Tschechoslowakei eine Reihe indiskutabler Gegenforderungen in Form von Junktims geltend machte³. In der Folge verschlechterten sich die bilateralen Beziehungen, um 1962 im Anschluss an die Spionageaffären⁴ ihren Tiefpunkt zu erreichen. Allerdings gelang es 1963, die tschechoslowakischen Behörden wieder an den Verhandlungstisch zu bringen⁵, wenn auch mit einer Delegation⁶, die keinerlei Kompetenzen hatte und in der das Aussenministerium, möglicherweise absichtlich, nicht vertreten war. Es zeigte sich aber, dass die tschechoslowakischen Behörden an ihren Gegenforderungen unverrückbar festhielten; insbesondere verlangten sie die Anerkennung ihrer Nationalisie-

1. Antrag: E 1001(-) 1970/24 Bd. 17. Verfasst von A. Janner, E. Diez und F. Moser, unterzeichnet von W. Spühler.

2. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Tschechoslowakischen Republik betreffend die Entschädigung der schweizerischen Interessen in der Tschechoslowakei, abgeschlossen in Prag am 22. Dezember 1949, AS, 1950, S. 21–25.

3. Vgl. Dok. 21, dodis.ch/31540, Anm. 7 und Doss. E 2001(E) 1972/33 Bd. 246 (B.34.66.1.0).

4. Vgl. Dok. 21, dodis.ch/31540, Anm. 4.

5. *Ibid.*, Anm. 8.

6. Die tschechoslowakische Delegation setzte sich aus J. Mládek und J. Krejčí zusammen. Zu den Verhandlungen vom November 1963, vgl. Doss. E 2001(E) 1976/17 Bd. 609 (B.34.66.1.0) und E 2001(E) 1976/17 Bd. 614 (C.41.111.0).

rungsmassnahmen auch bezüglich der in der Schweiz gelegenen Vermögenswerte (sog. Sukzessionsfrage)⁷.

II.

Nach langwierigen Bemühungen, namentlich durch Hinweise auf diese Pendenz bei jeder sich in Prag und in Bern bietenden Gelegenheit, zuletzt anlässlich des Besuchs von Vize-Aussenminister Klička⁸ beim Vorsteher des Politischen Departementes⁹ am 22. April 1966, und durch Ausführungen im Geschäftsbericht¹⁰ und bei der Beantwortung parlamentarischer Anfragen¹¹, erklärten sich die tschechoslowakischen Behörden zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit. Die Besprechungen¹² fanden in der Zeit vom 21.–28. September 1966 in Bern statt. Der Fortschritt gegenüber 1963 zeigte sich schon darin, dass die tschechoslowakische Delegation von einem Abteilungsleiter¹³ im Finanzministerium angeführt wurde, der bereits eine Unterzeichnungsvollmacht mitbrachte, und auch einen hohen Beamten¹⁴ des Aussenministeriums umfasste, der offensichtlich über ein bedeutendes Mitspracherecht verfügte¹⁵.

III.

Anlässlich der Verhandlungen vom September 1966 zeigte sich die tschechoslowakische Delegation zu einer aktiven Zusammenarbeit bei der Klärung der schweizerischen Interessen bereit, so dass erstmals die Einzelfälle, namentlich im Hinblick auf die tschechoslowakischen Massnahmen, näher geprüft und in Kategorien eingeteilt werden konnten. Dabei ergab sich folgendes Bild:

<i>Kat. 1:</i> Verstaatlichter oder enteigneter Grundbesitz	6 Fälle
<i>Kat. 2:</i> Liegenschaften, an denen das Eigentumsrecht weiterbesteht, die aber wegen Landesabwesenheit ihres Eigentümers unter sog. Nationalverwaltung (bzw. Bewirtschaftung durch Genossenschaften) gestellt wurden, wodurch jegliche Verfügungsmöglichkeit ausgeschlossen wurde	13 Fälle
<i>Kat. 3:</i> Freies Vermögen, das aber seit 1952 prohibitiven Steuern unterliegt, die das Eigentum weitgehend aushöhlen	33 Fälle

7. Vgl. hierzu auch das Schreiben von H. Hess an die schweizerischen Botschaften in Prag, Budapest, Warschau, Bukarest, Belgrad und Sofia vom 8. Dezember 1964, dodis.ch/31310.

8. Vgl. hierzu das Schreiben von A. Janner an A. Parodi vom 17. Mai 1966, dodis.ch/31457.

9. W. Spühler.

10. Vgl. den Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1963, S. 107 und im Jahre 1964, S. 37.

11. Kleine Anfrage von P. Dürrenmatt vom 10. Juni 1964. Der Bundesrat hat diese am 5. Oktober 1964 im Nationrat beantwortet, vgl. E 1301(-) 1960/51 Bd. 467 (1.1), S. 153 und Beilage 45 a/b. Vgl. dazu auch die Notiz von A. Janner vom 5. Juni 1964, dodis.ch/31453. Allgemein zu den Bemühungen der Schweiz zur Wiederaufnahme der Verhandlungen vgl. die Notiz von A. Janner vom 10. November 1964, dodis.ch/31452.

12. Vgl. Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 998 (B.34.66).

13. J. Hájek.

14. J. Šmejkal.

15. Ausserdem gehörten J. Krejčí und G. Moc der tschechoslowakischen Delegation an.

<i>Kat. 4:</i> Ansprüche, deren Zugehörigkeit zu einer der vorstehenden Kategorien noch nicht abgeklärt werden konnte	12 Fälle
<i>Kat. 5:</i> Mangels Legitimation zur Person oder zur Sache ausgeschiedene Fälle (ohne dass sie die schweizerische Delegation ¹⁶ endgültig abgeschrieben hätte)	15 Fälle
<i>Kat. 6:</i> Zwangsvollstreckungen wegen Überschuldung auf Grund gerichtlicher Entscheide	2 Fälle
<i>Kat. 7:</i> Freier Hausverkauf, dessen Erlös nicht transferiert werden konnte	2 Fälle

Zu diesen insgesamt 83 Fällen kamen 13 weitere, welche die schweizerische Delegation erstmals vorbrachte und deren Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kategorie ebenfalls noch abzuklären ist.

IV.

Die grundlegende Wandlung der tschechoslowakischen Haltung zeigte sich in den Verhandlungen vom September 1966 vor allem darin, dass sich die tschechoslowakische Delegation grundsätzlich bereit erklärte, die Fälle der Kategorie 1 abzugelten, und zwar ohne am bisherigen Junktim mit den tschechoslowakischen Gegenforderungen festzuhalten. Diese Gegenforderungen wurden zwar nach wie vor geltend gemacht, jedoch nicht mehr lautstark und vor allem nicht mehr als Vorbedingung für die Entschädigung der schweizerischen verstaatlichten oder enteigneten Liegenschaften.

Für die Fälle der Kategorie 2 nahmen die Delegationen in Aussicht, dass die Eigentümer in jedem einzelnen Fall die Möglichkeit haben, die Aufhebung der Nationalverwaltung zu veranlassen, womit diese Fälle unter Kategorie 3 fallen würden.

In den Fällen der Kategorie 3 stellte die schweizerische Delegation das Begehren, diese Liegenschaften sollten wegen einer spoliativen Hauszinssteuer durch den tschechoslowakischen Staat aufgekauft werden. Die tschechoslowakische Delegation erklärte sich zu einer solchen Regelung im gegenwärtigen Zeitpunkt ausserstande, auch mit Rücksicht auf ähnliche Ansprüche von Drittstaaten.

Bezüglich der Kategorie 7 sprach die schweizerische Delegation das Begehren auf eine praktische Transferregelung aus.

V.

Gemäss dem am 28. September 1966 von beiden Verhandlungsdelegationen unterzeichneten Protokoll¹⁷ wurde in Aussicht genommen, die Kategorie 1 und allfällige weitere dazugehörige Fälle abzugelten, wobei sich die tschechoslowakische Delegation grundsätzlich bereit erklärte, für diese Fälle, soweit sie heute bekannt sind, eine Globalsumme auszurichten; deren Verteilung auf die namentlichen Einzelfälle wäre eine intern schweizerische Angelegenheit.

16. Die schweizerische Delegation setzte sich aus A. Janner (Delegationschef), E. Diez, T. Voegli und F. Moser zusammen.

17. Vgl. Anm. 12.

Für den Fall echter Globalentschädigungsabkommen ist in Art. 15 der Verordnung des Bundesrates betreffend die Kommission für Nationalisierungsentschädigungen vom 17. April 1951 (AS 1951, 367¹⁸) ein Aufruf mit Verwirkungsfrist vorgesehen; solche Abkommen sind, da sie auch nichtentschädigte Fälle mitumfassen können und für den einzelnen Bürger verbindlich sind, den Eidgenössischen Räten zur Genehmigung zu unterbreiten. Die im Einvernehmen mit der tschechoslowakischen Delegation in Aussicht genommene Lösung hätte den Vorteil, dass ein Aufruf nicht durchgeführt werden müsste, da nur die heute bekannten Fälle davon erfasst würden. Allerdings müssten die einzelnen Ansprecher der in Aussicht genommenen Regelung zustimmen. Damit kann nicht nur auf den zeitraubenden Aufruf, sondern auch auf das parlamentarische Genehmigungsverfahren verzichtet werden. Eine solche Lösung wäre um so mehr zu begrüßen, als es sich nur um eine sehr beschränkte Anzahl von Fällen handelt und schweizerischerseits ein erhebliches Interesse vorliegt, die gegenwärtig bestehende tschechoslowakische Verhandlungsbereitschaft auszunützen. Sofern, was kaum zu erwarten ist, noch weitere entsprechende Fälle aus der Kategorie 1 bekannt werden sollten, würden sie gleich wie die bekannten Fälle entschädigt werden.

Das Politische Departement hat sich mit den einzelnen Ansprechern der Kategorie 1 in Verbindung gesetzt. Obschon diese auf die gegenwärtige Situation in der Tschechoslowakei, namentlich das Fehlen eines normalen Liegenschaftsmarktes, aufmerksam gemacht wurden, erscheinen die äussersten Entschädigungssummen, die dabei von den Interessenten gefordert wurden, zum Teil als übersetzt. Die fraglichen Liegenschaften wurden seinerzeit von einem Mitarbeiter¹⁹ der Kommission für Nationalisierungsentschädigungen einer Schätzung unterzogen. Diese Schätzungen wurden in sinngemässer Anlehnung an das Verfahren beim Entschädigungsabkommen vom 22. Dezember 1949²⁰ vorgenommen. Die schweizerische Delegation sollte von dieser Bewertungsmethode ausgehen und berechtigt sein, die weitere Interessenvertretung einzelner Ansprecher, die übersetzte Begehren stellen, abzulehnen.

VI.

Im übrigen warf die tschechoslowakische Delegation die Frage der erblosen Vermögen im Sinne des Bundesbeschlusses vom 20. Dezember 1962²¹ auf. Sie stellte verschiedene Begehren, namentlich dasjenige auf Herausgabe erbloser

18. AS, 1951, S. 367–371.

19. A. Nobs.

20. Vgl. Anm. 2.

21. Bundesbeschluss über die in der Schweiz befindlichen Vermögen rassistisch, religiös oder politisch verfolgter Ausländer oder Staatenlosen vom 20. Dezember 1962, AS, 1963, S. 423–432. Zur Frage der erblosen Vermögen allgemein vgl. DDS, Bd. 17, Dok. 19, dodis.ch/2004 und Dok. 134, dodis.ch/4760, Anm. 7; DDS, Bd. 18, Dok. 5, dodis.ch/2661 und Dok. 10, dodis.ch/8664; DDS, Bd. 20, Dok. 123, dodis.ch/13241; DDS, Bd. 21, Dok. 155, dodis.ch/14396; Dok. 46, dodis.ch/31328; Dok. 47, dodis.ch/31328 und Dok. 57, dodis.ch/31704. Vgl. auch das Schreiben von O. Morand an die Schweizerische Bankiervereinigung vom 12. Oktober 1965, dodis.ch/31551. Die Angelegenheit wurde bezüglich Polen und Ungarn im Bundesrat besprochen, vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 80. Sitzung vom 17. November 1964, dodis.ch/31978, S. 2.

Vermögen in der Schweiz, die seinerzeit von tschechoslowakischen Staatsangehörigen deponiert wurden, an den tschechoslowakischen Staat, sowie das Begehren auf Erteilung allgemeiner Auskünfte über die erblosen Vermögen tschechoslowakischen Ursprungs. Die schweizerische Delegation wies diese Begehren unter Hinweis auf den erwähnten Bundesbeschluss und sinngemäss entsprechend der vom Bundesrat im Falle Ungarn erteilten Instruktionen (Bundesratsbeschluss vom 27. August 1965²²) ab.

Um der tschechoslowakischen Delegation wenigstens in einem Punkt entgegenzukommen, trat die schweizerische Delegation, unter Vorbehalt der schweizerischen Gesetzgebung, auf das Begehren ein, den tschechoslowakischen Behörden in geeigneter Weise von allen amtlichen Publikationen im Zusammenhang mit erblosen Vermögen tschechoslowakischen Ursprungs (z. B. in den kantonalen Amtsblättern) Kenntnis zu geben. Das Politische Departement prüft gegenwärtig mit der Justizabteilung des Justiz- und Polizeidepartements, welche Zusicherungen der Tschechoslowakei in dieser Hinsicht gegeben werden könnten.

VII.

Die schweizerische Delegation sollte sich in den kommenden Verhandlungen darauf beschränken, eine Entschädigung für die verstaatlichten und enteigneten Liegenschaften auszuhandeln, wobei die andern Fälle nicht etwa endgültig abgeschrieben würden. Das Politische Departement ist sich bewusst, dass ein Abkommen in diesem Sinne nur eine Teillösung darstellt. Weitergehende schweizerische Begehren würden aber, da sie sich nicht auf eindeutige völkerrechtliche Verpflichtungen stützen können, ohne Zweifel – die tschechoslowakische Delegation hat dies unmissverständlich zum Ausdruck gebracht – die tschechoslowakischen Gegenforderungen wieder auf den Plan rufen und damit die Verhandlungen wieder blockieren. Namentlich würde die tschechoslowakische Seite auch mit Bezug auf die erblosen Vermögen substantielle Forderungen stellen, die angesichts der Beschlüsse der Eidgenössischen Räte und des Bundesrates in dieser Frage nicht erfüllt werden könnten.

Nachdem sich die Beziehungen mit der Tschechoslowakei auf den übrigen Gebieten normalisiert haben, sollte nach Auffassung des Politischen Departements die vorliegende Pendeuz, die einer weitem Verbesserung des gegenseitigen Verhältnisses hinderlich ist, aus dem Wege geschafft werden. Es sollte deshalb möglichst bald ein Vertrag abgeschlossen werden, was das Departement auch im Hinblick auf die festgefahnen Verhandlungen mit Ungarn²³ begrüssen würde.

Die tschechoslowakische Delegation hat sich bereit erklärt, die Verhandlungen am 5. Dezember 1966 in Prag weiterzuführen. Die schweizerische

22. BR-Prot. Nr. 1453 vom 27. August 1965, dodis.ch/31681. Zur Debatte im Bundesrat vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 59. Sitzung vom 27. August 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3. Zu den Verhandlungen zwischen der Schweiz und Ungarn zu den noch offenen vermögensrechtlichen Fragen vgl. Dok. 21, dodis.ch/31540, Anm. 3.

23. Zum Zusammenhang zwischen den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei und Ungarn vgl. die Notiz von A. Janner vom 28. März 1966, dodis.ch/31458. Vgl. auch Anm. 22.

Delegation sollte aus den angeführten Gründen ermächtigt werden, in der nächsten Phase unter Berücksichtigung der im vorliegenden Bericht enthaltenen Grundsätze ein Entschädigungsabkommen zu unterzeichnen. Sollten jedoch unerwartete Schwierigkeiten auftauchen, so wäre ein Abkommenstext, sofern er überhaupt zustande kommt, lediglich zu paraphieren.

[...] ²⁴

24. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/31451. Der Antrag wurde vom Bundesrat ohne Änderungen angenommen. Vgl. das BR-Prot. Nr. 2089 vom 28. November 1966, E 1004.1(-) 1000/9 Bd. 715.2. Die Verhandlungen endeten mit der Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Regelung vermögensrechtlicher Fragen vom 27. Juni 1967, K I(-) 2283.

180

dodis.ch/32042

BUNDESRAT

Verhandlungsprotokoll der 77. Sitzung vom 28. November 1966¹

Auszug

[...] ²

Rücktritt von Herrn Chaudet

Der Herr Bundespräsident³ gibt durch Verlesen Kenntnis vom Rücktrittsgesuch von Herrn Chaudet. Dieser erklärt seinen Rücktritt mit Wirkung ab 1. Januar 1967. Er hat auch eine Kopie des Schreibens an den Präsidenten der Bundesversammlung⁴ beigelegt, die verlesen wird. Der Sprechende stellt fest, dass dem Rat nichts übrig bleibe, als Kenntnis zu nehmen. Man verliert in Herrn Chaudet einen aufrechten und tapferen Kollegen⁵. Der Sprechende

1. BR-Verhandlungsprot.: E 1003(-) 1994/26 Bd. 4. Vorsitz: H. Schaffner. Abwesend: P. Chaudet und R. Gnägi. Schriftführer: Ch. Oser und F. Weber. Beginn: 9 Uhr. Schluss: 10.50 Uhr.

2. Für das vollständige Dokument vgl. dodis.ch/32042.

3. H. Schaffner.

4. P. Graber. Vgl. auch Anm. 10.

5. Der Rücktritt von P. Chaudet steht im Zusammenhang mit der Mirage-Affäre. Vgl. dazu Dok. 18, dodis.ch/31973, bes. Anm. 3; das BR-Verhandlungsprot. der 22. Sitzung vom 17. März 1964, dodis.ch/31968, S. 9–10; den Mitbericht des Finanz- und Zolldepartements vom 8. April 1964, dodis.ch/32049; das BR-Verhandlungsprot. der 29. Sitzung vom 17. April 1964, dodis.ch/31866, S. 6–11; das BR-Verhandlungsprot. der 36. Sitzung vom 15. Mai 1964, dodis.ch/31967, S. 9; das BR-Verhandlungsprot. der 42. Sitzung vom 5. Juni 1964, dodis.ch/31986, S. 1; das BR-Verhandlungsprot. der 48. Sitzung vom 26. Juni 1964, dodis.ch/31985, S. 7; das BR-Verhandlungsprot. der 50. Sitzung vom 7. Juli 1964, dodis.ch/31984, S. 6; das BR-Verhandlungsprot. der 53. Sitzung vom 17. Juli 1964, dodis.ch/31983, S. 4–8; das BR-Verhandlungsprot. der 54. Sitzung vom 11. August 1964, dodis.ch/31982, S. 5–8; die Studie Neutralität und Verteidigung des Luftraumes von R. Bindschedler vom 21. August 1964, dodis.ch/31873; das BR-Verhandlungsprot.

werde ihm in seiner Gegenwart noch einige Worte des Dankes und der Anerkennung aussprechen.

Herr von Moos glaubt ebenfalls, dass man den Rücktritt akzeptieren müsse. Zu entscheiden sei die Frage der Publizität. Im Sinne des Postulates Breitenmoser⁶ sollen Einerwahlen nicht mehr vorkommen, deshalb *7müsste man jetzt eigentlich die Frage aufwerfen*⁷, ob noch weitere Demissionen erfolgen sollten. Diese Frage wird zweifellos von Parlamentariern aufgeworfen werden⁸.

Der *Herr Bundespräsident* ist der Meinung, dass Adressat des Rücktrittsgesuches die Bundesversammlung sei. Er betrachte deshalb den Bundesrat nicht als berechtigt, die Öffentlichkeit zu orientieren. Dies sei Sache des Präsidenten der Bundesversammlung.

Herr Tschudi erinnert daran, dass er als Bundespräsident bei der Demission von Herrn Wahlen die Öffentlichkeit orientiert habe⁹. Es wäre angezeigt, alle Fälle gleich zu behandeln. Hier empfehle sich allerdings vielleicht ein anderes Prozedere, weil die Demission heute durch den Präsidenten des Nationalrates bekanntgegeben werden kann. Dann könnten Herr Graber oder Herr Schaller¹⁰ den Dank aussprechen.

Herr Bonvin ist eher der Meinung, dass der Herr Bundespräsident noch vormittags diese Orientierung machen sollte.

Herr Spühler teilt eher die Auffassung des Herrn Bundespräsidenten. Wenn man etwas anderes machen will, sollte man sich zuerst mit dem Präsidenten des Nationalrates verständigen.

Schliesslich wird beschlossen, dass der Herr Bundespräsident mit den beiden Ratspräsidenten und mit Herrn Chaudet sofort Fühlung nimmt und je nachdem im Laufe des Nachmittags die Demission am Radio unter Verdankung der Verdienste von Herrn Chaudet bekannt gibt, oder diese Mitteilung den beiden Ratspräsidenten überlässt.

der ausserordentlichen Sitzung vom 30. September 1964, dodis.ch/31980; den Antrag des Finanz- und Zolldepartements an den Bundesrat vom 30. Oktober 1964, dodis.ch/32050; das BR-Prot. Nr. 1342 vom 10. August 1965, dodis.ch/32048; das BR-Verhandlungsprot. der ausserordentlichen Sitzung vom 26. Oktober 1965, dodis.ch/32007, S. 1–4; das BR-Verhandlungsprot. der 81. Sitzung vom 19. November 1965, dodis.ch/32005, S. 1–3 und das BR-Verhandlungsprot. der 14. Sitzung vom 1. März 1966, dodis.ch/32029, S. 7. Im Zuge der Mirage-Angelegenheit wurde der Bundesrat beauftragt, einen Bericht an die Bundesversammlung über die Konzeption der militärischen Landesverteidigung anzufertigen. Vgl. dazu Dok. 142, dodis.ch/31859. Zur Mirage-Debatte im Parlament vgl. Dok. 52, dodis.ch/31863, Anm. 9.

6. *Es handelt sich um die Motion Breitenmoser vom 14. Dezember 1965 betr. Wahlmodus des Bundesrat. Diese wurde vom Nationalrat am 28. September 1966 als Postulat angenommen. Vgl. Sten. Bull. NR, 1966, S. 551–559.*

7. *Handschriftliche Korrektur aus: sollte sich der Rat darüber aussprechen.*

8. *Die Vereinigte Bundesversammlung genehmigte das Rücktrittsgesuch von P. Chaudet am 14. Dezember 1966. Vgl. das Protokoll der Vereinigten Bundesversammlung, E 1201(-) 1995/539 Bd. 10, S. 157–163. Vgl. dazu auch die Rede von P. Chaudet vor der Vereinigten Bundesversammlung vom 14. Dezember 1966, dodis.ch/32047.*

9. *Zum Rücktritt von F. T. Wahlen vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 72. Sitzung vom 19. Oktober 1965, E 1003(-) 1994/26 Bd. 3, S. 6.*

10. *Der Vizepräsident des Nationalrats, A. Schaller, wurde am 28. November 1966 als Nachfolger von P. Graber zum Präsidenten des Nationalrats für 1966/1967 gewählt. Vgl. das Protokoll des Nationalrats, 1301(-) 1960/51 Bd. 479 (1.1), S. 12.*

181

dodis.ch/31380

*Der Schweizerische Botschafter in Pretoria, R. Hunziker,
an den Generalsekretär des Politischen Departements, P. Micheli¹*

BETR. SÜDWESTAFRIKA²

Vertraulich

Pretoria, 9. Dezember 1966

In meinem gestrigen politischen Bericht Nr. 9³ habe ich dem Herrn Departementsvorsteher⁴ von der Absicht des südafrikanischen Aussenministers⁵ Kenntnis gegeben, die hiesigen Missionschefs zu einem Besuch Südwestafrikas einzuladen.

Vorläufig haben erst der Doyen⁶ des hiesigen diplomatischen Korps und ich in vertraulicher Form von diesem Projekt Kenntnis erhalten. Ich weiss somit nicht, wie meine Kollegen darauf reagieren werden.

An und für sich würde mich eine solche Reise in hohem Masse interessieren⁷. Es ist aber in Anbetracht der Südwestafrika-Kontroverse⁸, welche unter Umständen recht akut werden kann, damit zu rechnen, dass eine «guided tour» hiesiger Diplomaten als Surrogat für einen Augenschein durch den UNO-Südwestafrika-Ausschuss zu politischen Weiterungen führen könnte.

Um so mehr als unser Land den Vereinten Nationen nicht angehört, möchte ich jedem Risiko, mich politisch zu exponieren, aus dem Wege gehen.

Es wäre mir angenehm, wenn Sie mir mitteilen würden, wie ich mich Ihrer Auffassung nach in bezug auf eine solche allfällige Einladung der hiesigen Regierung am zweckmässigsten zu verhalten habe⁹.

1. Schreiben: E 2001(E) 1978/84 Bd. 356 (B.22.71). Visiert von M. Gelzer.

2. Handschriftliche Marginalie von P. Micheli vom 14. Dezember 1966: M. Gelzer Je crois aussi que M. Hunziker ferait mieux de s'abstenir sowie handschriftliche Marginalie vom 31. März 1967: Photocopie an Swissobser [B. Turrettini] gesandt.

3. Politischer Bericht Nr. 9 von R. Hunziker an W. Spühler vom 8. Dezember 1966, E 2300-01(-) 1973/156 Bd. 8 (A. 21.31).

4. W. Spühler.

5. H. Muller.

6. G. Balay.

7. Zu der wirtschaftlichen Lage Südwestafrikas und zu den Möglichkeiten für die schweizerische Wirtschaft vgl. das Schreiben von M. Meier an die schweizerische Zentrale für Handelsförderung vom 23. September 1966, dodis.ch/31383.

8. Vgl. dazu das Schreiben von H. Zimmermann an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements vom 31. Januar 1964, dodis.ch/31381; den Bericht von M. Meier an R. Hunziker vom 6. September 1966, dodis.ch/31382 sowie das Schreiben von R. Hunziker an P. Micheli vom 2. November 1966, dodis.ch/31384.

9. Zur Antwort des Politischen Departements, die Einladung abzulehnen, vgl. das Schreiben von P. Micheli an R. Hunziker vom 20. Dezember 1966, E 2200.178 (-) 1984/167 Bd. 3 (361.5).

dodis.ch/31149

Interne Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements¹

EFTA-JUGOSLAWIEN

Vertraulich

Bern, 12. Dezember 1966

Wir beziehen uns auf Ihre an Herrn Direktor Jolles gerichtete vertrauliche Notiz² vom 1. Dezember a. c., welcher eine ebenfalls vertrauliche Notiz des EFTA-Sekretariats³ über die künftigen Beziehungen der EFTA zu Jugoslawien⁴ beigelegt war, und nehmen zu den von Ihnen aufgeworfenen Fragen (lit. a–d, Punkt 3 der Notiz des EFTA-Sekretariats) wie folgt Stellung:

1.

a) *Handelsbeziehungen*

Wie Sie wissen, ist Jugoslawien inzwischen Vollmitglied des GATT geworden⁵. Nach reiflicher Überlegung sind wir zum Schluss gelangt, trotz einer Reihe ungelöster Probleme in den Handelsbeziehungen zu Jugoslawien Artikel 35⁶ des GATT nicht anzurufen, sodass nach Beendigung der Inkraftsetzungsprozedur bezüglich des Beitrittsprotokolls Jugoslawiens automatisch auch zwischen der Schweiz und Jugoslawien normale GATT-Beziehungen bestehen werden. Dadurch dürfte eines der jugoslawischen bilateralen Verhandlungsbegehren⁷ nach vertraglicher Verankerung der sogenannten OECD-Liberalisierung, die bekanntlich schweizerischerseits Jugoslawien de facto seit jeher gewährt wurde⁸, obsolet geworden sein.

Was die Entwicklung des Warenaustausches in den ersten 10 Monaten 1966 anbelangt, ist namentlich hervorzuheben, dass die Einfuhr aus Jugoslawien in

1. *Notiz*: E 2210.8-01(B) 1976/129 Bd. 4 (B.04.2). Verfasst von L. Roches, unterzeichnet von A. Weitnauer und gerichtet an O. Long. Kopien an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, A. Janner und O. Morand, an den Vorort des schweizerischen Handels- und Industrievereins, die schweizerische Botschaft in Belgrad sowie an R. Bosshard, H. Brunner, A. Bürki, G.-A. Cuendet, W. Hegetschweiler, P. R. Jolles, P. Languetin, M. Lusser, L. Roches, A. Schnebli, B. von Tscherner, A. Weitnauer und weitere Mitarbeiter der Handelsabteilung.

2. *Notiz von O. Long an P. R. Jolles vom 1. Dezember 1966*, dodis.ch/31168.

3. *Vgl. Doss. E 2001(E) 1978/84 Bd. 324 (C.41.775.2)*.

4. *Zu den Beziehungen zwischen der EFTA und Jugoslawien vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 74, dodis.ch/14740 und Dok. 77, dodis.ch/14681*.

5. *Provisorische Zulassung am 13. November 1962, Erteilung der regulären Mitgliedschaft am 5. April 1966*.

6. *Zu Artikel XXXV (Nichtanwendung des Abkommens zwischen bestimmten Vertragsparteien) vgl. den Bundesbeschluss über die Genehmigung des provisorischen Beitritts der Schweiz zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) vom 10. Juni 1959, BBl, 1959, I, S. 1799*.

7. *Zur Aufnahme der Wirtschaftsverhandlungen mit Jugoslawien vgl. das BR-Prot. Nr. 1859 vom 8. Oktober 1963, dodis.ch/30004*.

8. *Vgl. dazu DDS, Bd. 20, Dok. 49, dodis.ch/11414*.

die Schweiz stärker zugenommen hat als die schweizerischen Exporte. Die Einfuhr von jugoslawischen Waren beträgt in diesem Zeitraum rund 55 Mio. Franken und übersteigt bereits die Einfuhr im Jahre 1965 um 8 Millionen. Die schweizerischen Exporte betragen in den 10 ersten Monaten 1966 rund 80 Millionen, woraus sich für diese Periode ein schweizerisches Aktivum von 25,5 Millionen ergibt im Vergleich zu 38 Millionen im Jahre 1965 und zu 52 Millionen im Jahre 1963⁹. Die Entwicklung tendiert vorläufig somit auf einen grösseren Ausgleich des traditionellen schweizerischen Exportüberschusses.

b) Kennedy-Runde¹⁰, Zollkonzessionen

Diesbezüglich verweisen wir vor allem auf die Ausführungen in unserer an Sie gerichteten Notiz vom 14. Mai 1966¹¹, die heute noch zutreffend sind.

Die auf Grund der Wirtschaftsreform¹² 1965/66 jugoslawischerseits in Aussicht gestellten Liberalisierungsmassnahmen bezüglich des Warenverkehrs mit dem Westen sind bis heute nur zum Teil bekannt, sodass noch kein abschliessendes Urteil möglich ist. Es ist jedoch anzunehmen, dass im Hinblick auf die nach wie vor prekäre Devisenlage Jugoslawiens noch für eine nicht näher bestimmbare Periode die jugoslawischen Zölle nicht das Haupthindernis bei den Einfuhren nach Jugoslawien bilden werden. Unter diesen Umständen scheint uns heute die Zeit noch nicht reif zu sein, um mit Jugoslawien gegenseitige Zollkonzessionen in Aussicht zu nehmen.

Im Rahmen der Kennedy-Runde-Verhandlungen hat bis jetzt zwischen der schweizerischen Delegation und einer von Herrn Direktor Tomic geführten jugoslawischen Delegation erstmals am 7. November a. c. eine Kontaktnahme stattgefunden. Jugoslawischerseits wurde auch bei dieser Gelegenheit von gewissen in Aussicht genommenen Liberalisierungsmassnahmen auf dem uns in erster Linie interessierenden Gebiet des Zuchtviehs und Käse gesprochen. Die jugoslawische Delegation war jedoch nicht in der Lage, die Übernahme von klar umrissenen Verpflichtungen in Aussicht zu stellen.

Da im übrigen Jugoslawien auch auf dem Agrarsektor nicht zu den sogenannten Hauptlieferanten gehört, dürfte es schwierig sein, in der Kennedy-Runde seinen Agrar-Exportinteressen in besonderem Masse Rechnung zu tragen.

2. Bilaterale Fragen

Zu diesen Fragen gehört das jugoslawische Begehren nach Aufhebung des gebundenen Zahlungsverkehrs mit der Schweiz¹³. Anlässlich einer Fühlungnahme mit Herrn Tomic anfangs 1966 erklärte dieser, für die Aufnahme

9. Vgl. zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit Jugoslawien die Notiz von A. Weitnauer vom 3. April 1963, dodis.ch/30014 und die Notiz von L. Roches vom 11. März 1965, dodis.ch/31157.

10. Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 1, dodis.ch/30938, Anm. 8.

11. Vgl. die Notiz von A. Weitnauer an die schweizerische EFTA-Delegation vom 14. Mai 1966, E 2001(E) 1978/84 Bd. 1048 (C.41.111).

12. Vgl. dazu das Schreiben von G. Lepori an P. Micheli vom 29. Juni 1965, dodis.ch/31159 und das Schreiben von G. Lepori an P. Micheli vom 17. Februar 1966, dodis.ch/31160.

13. Zu den jugoslawischen Desiderata vgl. die Notiz von L. Roches vom 11. März 1965, dodis.ch/31157.

von Verhandlungen bestehe auch vom jugoslawischen Standpunkt aus keine Eile. Wir gedenken daher die Kontakte mit Jugoslawien in der zweiten Hälfte 1967 aufzunehmen. Zurzeit entstehen beim Transfer von Jugoslawien nach der Schweiz wiederum gewisse Verzögerungen, sodass auch von diesem Gesichtspunkt aus die Aufhebung des gebundenen Zahlungsverkehrs nicht vordringlich erscheint.

3. Kooperation auf dem Industriegebiet

a) Auf Grund der Struktur unserer Wirtschaft müssen für jugoslawische Vorstösse auf diesem Gebiet die Lösungen in erster Linie auf privater Ebene gesucht werden. Wie wir Ihnen schon früher bekanntgaben, bestehen seit einer Reihe von Jahren zwischen verschiedenen schweizerischen und jugoslawischen Firmen eine ganze Anzahl Vereinbarungen über industrielle bzw. technische Zusammenarbeit sowie in bezug auf die Abtretung von Lizenzen; diese Abmachungen wirken sich zum Teil positiv aus. Im Sinne des Vorschlags des Sekretariats liesse sich ohne weiteres denken, dass auf diesem Gebiet die EFTA als «Clearingstelle» für jugoslawischerseits unterbreitete Wünsche dienen könnte. Diese Wünsche müssten aber von bekannten jugoslawischen Unternehmungen ausgehen und sehr konkret umschrieben bzw. für die Weiterleitung z. B. an schweizerische Firmen geeignet sein.

b) Kürzlich ist zwischen der Schweiz und Jugoslawien auf Wunsch unseres Partners ein Abkommen über die technische Kooperation¹⁴ unterzeichnet worden, das sich vor allem mit dem Austausch von Stagiaires, Stipendiaten und Experten befasst¹⁵.

c) Auf dem Gebiet des Tourismus bestehen, soweit wir die Verhältnisse überblicken können, zweifellos verschiedene Möglichkeiten, die – übrigens erfolgreichen – Anstrengungen Jugoslawiens zu unterstützen. Unseres Wissens sind auch schon verschiedene schweizerische Experten auf diesem Sektor in Jugoslawien tätig gewesen. Auch hier sollte unser Partner seine Wünsche, falls er solche hat, konkreter zum Ausdruck bringen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf ein Gesetz, das demnächst in Kraft treten soll, wonach unter bestimmten Voraussetzungen wiederum ausländisches Kapital in Jugoslawien investiert werden kann. Auch in dieser Richtung zeichnet sich somit eine neue Entwicklung ab.

4. Kreditfazilitäten

Durch Briefwechsel aus dem Jahre 1963 ist bekanntlich Jugoslawien ein Exportrisikogarantie-Plafond in der Höhe von 40 Mio. Franken für Investitionslieferungen zu besonders günstigen Kreditbedingungen (bis zu 10 Jahren) gewährt worden¹⁶. Inzwischen ist nicht nur dieser Plafond vollständig aus-

14. Abkommen über die technische Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom 1. Dezember 1966, AS, 1967, S. 701–703. Der Rahmenvertrag wurde auch im Bundesrat diskutiert, vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 73. Sitzung vom 15. November 1966, E 1003(-) 1994/26 Bd. 4, S. 1.

15. Vgl. auch das BR-Prot. Nr. 681 vom 5. April 1966, dodis.ch/31757.

16. Vgl. das Protokoll der gemischten schweizerisch-jugoslawischen Regierungskommission

genützt worden, sondern es wurden für eine Anzahl Grossgeschäfte weitere Garantien in Aussicht gestellt bzw. fest erteilt. Das Gesamtengagement des Bundes aus der Gewährung von Garantien erreicht heute einen Umfang, der die Kommission für die Exportrisikogarantie beunruhigt. Von einer allgemeinen Plafonierung ist indessen vorläufig nach Rücksprache mit der Direktion der Handelsabteilung und der Finanzverwaltung noch Umgang genommen worden. Wir müssen uns indessen vorbehalten, je nach dem jeweiligen Stand des Engagements die spätere Umwandlung von in Aussicht gestellten Garantien in definitive Garantiezusagen zu verweigern. Diese Bemerkungen sind vertraulich und nur für Ihre persönliche Information bestimmt.

Pro memoria sei noch erwähnt, dass im Verlauf des Sommers 1966 die jugoslawische Regierung auf unsere verbesserte Offerte zu ihrem Konsolidierungsbegehren¹⁷ nicht eingetreten ist, weil sie sie als ungenügend bezeichnete.

5. Comité de liaison

Was schliesslich die vom Sekretariat für die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der EFTA und Jugoslawien vorgeschlagene Gründung eines Comité de liaison betrifft, bestünden unsererseits keine grundsätzlichen Bedenken, wobei allerdings ein Entscheid verschoben werden müsste, bis die nächste Runde der Gespräche mit Jugoslawien stattgefunden haben wird.

betr. den Waren- und Zahlungsverkehr vom 18. Oktober 1963, K I(-)2732/1 und das BR-Prot. Nr. 2191 vom 22. November 1963, dodis.ch/30015. Vgl. zu dieser Frage auch DDS, Bd. 21, Dok. 114, dodis.ch/14682 und DDS, Bd. 22, Dok. 29, dodis.ch/30016.

17. Vgl. die Notiz Stand der Verhandlungen über das jugoslawische Konsolidierungsbegehren 1965 vom 16. Mai 1966, dodis.ch/31161.

*Der Vizedirektor der Handelsabteilung, H. Bühler,
an verschiedene schweizerische Botschaften¹*

KONSULTATIVGRUPPEN MALAYSIA UND THAILAND

Bern, 14. Dezember 1966

Die Schweiz ist von der Weltbank verschiedentlich eingeladen worden, in den von ihr geschaffenen Konsultativgruppen² mitzuwirken. Über die Aufgabe dieser Gremien gibt Ihnen die beiliegende Notiz (Beilage 1³) Aufschluss, die nach einer Besprechung mit dem Leiter des Lateinamerikadepartements der Weltbank⁴ am 15. Juli 1966 ausgearbeitet wurde.

Die Mitglieder einer Gruppe treten jährlich ein- bis zweimal zu einer Sitzung zusammen, welche in letzter Zeit meist in einer westeuropäischen Hauptstadt abgehalten wurde. Die Vertreter der Bank haben im letzten Jahr damit begonnen, sich jeweils vor den Sitzungen in die Hauptstädte der Mitgliedländer zu begeben und dort die sich stellenden Fragen mit den zuständigen Regierungsstellen vorzubespochen. Im Anschluss an eine solche Diskussion über die Konsultativgruppe Peru⁵ ist die bereits erwähnte Notiz entstanden. Auch das Entwicklungsland sendet zuweilen vor der Gruppensitzung eine Delegation in die Hauptstädte, um das Klima zu sondieren. Dies war beispielsweise bei Malaysia⁶ der Fall.

Wir haben uns zu einer Mitwirkung in den Konsultativgruppen Malaysia⁷ und Thailand⁸ entschlossen, weil in diesen Ländern schon schweizerische Interessen bestehen und weil sie wegen ihren relativen Grössen für die schweizerischen Industrie- und Ingenieurfirmen als Sekundärmärkte in Asien von Bedeutung werden können⁹. Im Falle Südkorea¹⁰ sind wir zwar ebenfalls

1. Schreiben: E 2200.40(-) 1986/25 Bd. 34 (513.1). Verfasst von A. Fankhauser, gesandt an die schweizerischen Botschaften in Brüssel, Canberra, Den Haag, Köln, Kopenhagen, London, Ottawa, Oslo, Paris, Rom, Tokio, Washington und Wellington. Kopien an die schweizerischen Botschaften in Bangkok und Kuala Lumpur, die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departements, H. Bühler, A. Schnebli, W. Schwendener und A. Fankhauser.

2. Für die Zurückhaltung des Präsidenten der Weltbank, G. D. Woods, bezüglich einer schweizerischen Beteiligung vgl. das Schreiben von F. Schnyder an E. Stopper vom 25. Mai 1966, dodis.ch/31954.

3. Notiz über die Konsultativgruppen der Weltbank, Doss. wie Anm. 1.

4. O. A. Schmidt.

5. Vgl. dazu das Schreiben von H. Hess an E. Stopper vom 21. April 1966, dodis.ch/31401 und Doss. E 2005(A) 1978/137 Bd. 546 (t.816-12).

6. Vgl. die Notiz von H. Bühler an E. Stopper vom 19. März 1966, E 7110(-) 1977/9/189 (861.5).

7. Vgl. dazu Doss. wie Anm. 6 und E 2001(E) 1978/84 Bd. 204 (C.41.103.2).

8. Vgl. dazu das Schreiben von A. Zehnder an E. Stopper vom 29. Oktober 1965, dodis.ch/31904.

9. Zur wirtschaftlichen Präsenz der Schweiz in Thailand vgl. den Bericht von E. Andres vom 4. April 1966, dodis.ch/31906.

10. Zur Konsultativgruppe für Südkorea vgl. Dok. 133, dodis.ch/31376.

eingeladen worden, als Mitglied an den Arbeiten der Gruppe teilzunehmen. Mit der Weltbank sind wir dann so verblieben, dass die Schweiz vorläufig nicht Mitglied werden möchte, aber dass wir es begrüßen würden, über die Tätigkeit der Gruppe laufend informiert zu werden. In der Beilage finden Sie den Bericht der Schweizerischen Botschaft in London über die letzte Sitzung der Konsultativgruppe Malaysia und Thailand (Beilage 2¹¹) sowie je eine Notiz über die vorausgegangenen Gespräche mit dem malayischen Finanzminister¹² (Beilage 3¹³) und den Vertretern der Weltbank (Beilage 4¹⁴).

Aus den Gründen, die wir Ihnen weiter unten noch darlegen, erklärten wir dem Finanzminister Malaysias, dass ein staatlicher Kredit nicht möglich sei, dass wir aber bereit sind, in begründeten Fällen, d. h. je nach der Natur des zu errichtenden Projektes bei der Gewährung der Exportrisikogarantie über 5 Jahre hinauszugehen, wenn sich schweizerische Firmen für die Ausführung von Projekten in Malaysia interessieren würden. Für Thailand nahmen wir dasselbe Verfahren in Aussicht.

In der Folge haben nun Besprechungen zwischen den Botschaftern und der Verwaltung der jeweiligen Länder in Kuala Lumpur¹⁵ und Bangkok¹⁶ stattgefunden. Das thailändische Finanzministerium hat ein Papier «Policy and Procedure for Acquiring External Loans» (Beil. 5¹⁷) herausgegeben, das die von Thailand angestrebte Politik im Sektor der Auslandhilfe zum Gegenstand hat. Die dort aufgeführten Bedingungen gehen eher noch über die von der Weltbank genannten hinaus, vor allem tragen die angestrebten *uniformen* Zahlungsbedingungen unseren Wünschen nicht Rechnung: Die Bedingungen sollten von Fall zu Fall angepasst werden. Nach einem Bericht der Schweizerischen Botschaft in Kuala Lumpur¹⁸ tendiert auch das Finanzministerium Malaysias dahin, von einem Lande für alle Investitionsgüterlieferungen einheitliche Bedingungen zu erhalten und darüber ein zwischenstaatliches Abkommen abzuschliessen.

Es wäre nun interessant zu erfahren, wie sich die anderen Länder verhalten wollen und welche Leistungen sie in Aussicht nehmen, bevor wir irgendwelche Schritte unternehmen. Eine ähnliche Umfrage betreffend Thailand hat die dänische Verwaltung bereits eingeleitet¹⁹. Der hiesige Handelsattaché²⁰ erwähnte bei dieser Gelegenheit vertraulich, dass Dänemark die Gewährung

11. Schreiben von J.-D. Grandjean an E. Stopper vom 20. Mai 1966, Doss. wie Anm. 1. Vgl. ferner das Schreiben von H. Bühler an B. von Fischer vom 9. Mai 1966, dodis.ch/31905.

12. Tan Siew Sin.

13. Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements über den Besuch von Finanzminister Tan Siew Sin vom 25. April 1966, Doss. wie Anm. 1.

14. Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements über die Besprechung mit Weltbank-Vertretern vom 4. Mai 1966, Doss. wie Anm. 1.

15. Schreiben von J. Martin an E. Stopper vom 4. August 1966, Doss. wie Anm. 6.

16. Vgl. dazu Doss. E 2005(A) 1980/82 Bd. 658 (t.816-12(1)).

17. Doss. wie Anm. 1.

18. Anm. 15.

19. Vgl. die Note der dänischen Botschaft an das Politische Departement von 27. Oktober 1966, E 2001(E) 1978/84 Bd. 205 (C.41.103.2).

20. R. W. Rasmussen.

eines Kredites von 30–40 Mio. Kronen an Thailand plane, zu einem Zinssatz von 4½% und einer Minimallaufdauer von 12 Jahren. Da der derzeitige Plafond für Finanzkredite an das Ausland aber erschöpft sei, müsse das Parlament erst einer Erhöhung des Plafond zustimmen. Der dänische Botschaftssekretär²¹ wies bei dieser Besprechung auf die seit langem bestehenden Bande zwischen den beiden Königreichen hin sowie u. a. auf die verschiedenen dänischen Firmen, wie beispielsweise die East Asiatic Company, welche in Thailand sehr aktiv sein sollen.

Für uns präsentiert sich die Lage derzeit wie folgt:

1. Wir sind an einem Informationsaustausch über die derzeitigen und geplanten Hilfsleistungen sowie die dabei angewandten Zahlungsbedingungen sehr interessiert. An einer Koordinierung und Harmonisierung der Zahlungsbedingungen und Zinssätze können wir uns aber nur in einem sehr beschränkten Rahmen beteiligen, aus Gründen, die wir im folgenden darlegen. Wir sind aber bereit, diese Fragen an der nächsten Sitzung der Konsultativgruppe zu diskutieren.

2. Die Gewährung eines *staatlichen Kredites* dürfte sowohl im Falle Thailands wie Malaysias ausgeschlossen sein, jedenfalls für die nähere Zukunft. Dem Parlament werden nämlich in nächster Zeit bereits einige Vorlagen betreffend die Gewährung staatlicher Mittel für die Entwicklungshilfe unterbreitet werden, so u. a. für die Fortführung der technischen Zusammenarbeit²², die Kapitaleinzahlungen bei der Asiatischen Entwicklungsbank²³ etc. Auf der Warteliste figurieren bereits andere bilaterale Kredite (z. B. für Pakistan²⁴, da Indien²⁵ bereits vor Jahresfrist gleichzeitig mit einem ERG-gedeckten Bankenkredit von 31,5 Mio. Fr. auch einen staatlichen Kredit von 31,5 Mio. Fr. zugesprochen erhielt). Die Budgetsituation für die nächste Zukunft ist für weitere Kreditvorlagen alles andere als günstig; Subventionen im Inland wurden gekürzt, Steuererhöhungen stehen in Aussicht.

3. Als schweizerische Beitragsmöglichkeit verbleibt somit nur die Gewährung der Exportrisikogarantie²⁶ zu günstigeren Bedingungen als 5 Jahre für Lieferungen, die durch private Kredite finanziert werden. Wegen der Struktur des schweizerischen Bankensystems sind aber, wie sich im Falle Indien gezeigt hat, Bankenkredite mit längeren Fristen als 10 Jahren nicht realisierbar, so dass auch für Thailand und Malaysia allerhöchstens ERG-garantierte Kredite mit einer über 10 Jahre gestaffelten Rückzahlung möglich erscheinen. Wir möchten aber nicht an diese Obergrenze gehen, sondern wenn immer möglich die Natur des Projektes noch in Rechnung stellen. In Betracht ist ferner zu ziehen,

21. H. Riemann.

22. Vgl. dazu Dok. 173, dodis.ch/31734 und die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit der Schweiz mit Entwicklungsländern vom 27. Dezember 1966, BBl, 1967, I, S. 9–53.

23. Vgl. dazu Dok. 121, dodis.ch/31703 und die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über den Beitritt der Schweiz zur Asiatischen Entwicklungsbank vom 2. Juni 1967, BBl, 1967, I, 1082–1126.

24. Vgl. dazu Dok. 79, dodis.ch/30926, Anm. 8.

25. Vgl. *ibid.*, Anm. 2.

26. Zur Handhabung der Exportrisikogarantie vgl. Dok. 62, dodis.ch/31530, Anm. 5.

dass die Bereitstellung längerfristiger Kredite heute auch dem Bankensystem grössere Mühe bereitet als noch vor drei bis vier Jahren.

4. Da nur ERG-gesicherte private Kredite in Frage kommen, sind auch die Zinssätze für diese Kredite der derzeitigen Marktlage anzupassen. Die Zinssätze liegen heute bei Brutto 7%. Für die privaten Kredite ist das schweizerische Zinsniveau im internationalen Vergleich immer noch unter dem Durchschnitt. Der von Thailand genannte Satz von 6% wird damit um 1% überschritten. Die Möglichkeiten, einen Teil des Zinses in den Offertpreis einzukalkulieren, sind aus Konkurrenzgründen gerade im Grossmaschinenbau sehr beschränkt. Bei einer mittleren Kreditdauer von 5 Jahren erhöht sich der Offertpreis schon um 5%, wenn ein Zinsbetrag, der 1% entspricht, verdeckt überwältzt werden soll.

Wir wären an sich bereit, mit beiden Ländern ein Rahmenabkommen über die Gewährung der ERG abzuschliessen, sofern darin nicht einheitliche Bedingungen stipuliert werden, sondern diese von Fall zu Fall nach der Natur des Projektes festgelegt werden können. Wir gehen dabei von der Voraussetzung aus, dass wir die beiden Länder nicht gut ungleich behandeln können. Wir möchten Sie bitten abzuklären²⁷, welche Schritte Ihre Gastländer und insbesondere Belgien, die Niederlande, Norwegen und Dänemark in Aussicht nehmen. Auf Grund der eingegangenen Antworten wäre dann unsere Haltung u. U. noch zu überprüfen. Über die Mitgliedschaft bei den Konsultativgruppen orientiert Sie die Beilage 6²⁸. Wir danken Ihnen im voraus für Ihre Bemühungen.

27. Vgl. z. B. das Schreiben von P. A. Nussbaumer an P. R. Jolles vom 3. Januar 1967, Doss. wie Anm. 1.

28. Liste der Mitglieder der beiden Konsultativgruppen, Doss. wie Anm. 1.

184

dodis.ch/31369

*Der schweizerische Botschafter in Moskau, A. R. Lindt,
an den Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Politischen Departements, P. Micheli¹*

Moskau, 23. Dezember 1966

Obschon ich die Vertreter von Staaten, mit denen wir keine diplomatischen Beziehungen unterhalten, von der Überreichung meiner Beglaubigungsschreiben nicht unterrichtet hatte², erkundigte sich der nordkoreanische Botschafter³, ob er mir seinen Abschiedsbesuch abstatten könnte. Sein Anruf erfolgte kurz

1. Schreiben: E 2001(E) 1978/84 Bd. 608 (B.22.71).

2. Zum Umgang mit Vertretern von der Schweiz nicht anerkannter Staaten bzw. Regierungen vgl. Dok. 80, dodis.ch/30915.

3. Kim Ben Dik.

nach meinem Besuch beim Doyen des diplomatischen Korps, dem Botschafter Nord Vietnams⁴.

Ich empfang heute Botschafter Kim Ben Dik, dessen ausgesuchte weltmännische Höflichkeit einem Mandarin des alten China wohl angestanden hätte. Er betrachtete sinnend das Glas Kirsch, das ich ihm kredenzte hatte, und sagte: «Dieses Getränk ist eben so rein und kristallklar wie die schweizerische Politik.» Er sprach mir darauf seinen Dank dafür aus, dass die Schweiz sich weiterhin an der Waffenstillstandskommission in Korea beteilige⁵. Es sei die schweizerische Anwesenheit, die dazu beitrage, dass sich die Lage an der Waffenstillstandslinie nicht noch weiter verschärfe.

Der Botschafter entwickelte dann ausführlich die bekannten Thesen, die, in den Vereinten Nationen immer wieder von der Sowjetunion vorgetragen, zur Vereinigung Koreas direkte Gespräche zwischen dem Norden und dem Süden verlangen. «Aber, sagte Kim, während wir beide, der Schweizer und der Koreaner, ohne weiteres zusammen die Unterhaltung pflegen können, ist es für uns unmöglich, mit dem südlichen Teil zu sprechen.» Während des ganzen Gesprächs fiel nicht die geringste Andeutung über die Verschiedenheit der schweizerischen Stellung gegenüber Süd- und Nord Korea⁶.

4. *Nguyễn Văn Kinh.*

5. *Zur schweizerischen Delegation in der Neutralen Überwachungskommission in Panmunjom vgl. Dok. 135, dodis.ch/31366.*

6. *Zur Problematik der Anerkennung von geteilten Staaten vgl. Dok. 43, dodis.ch/31039.*

ANHANG / ANNEXES / APPENDICE

VII. THEMATISCHES VERZEICHNIS / TABLE MÉTHODIQUE
TAVOLA METODICA

Die Nummern des thematischen Verzeichnisses verweisen auf die **Dokumentennummern** im Band.

Les chiffres de la table méthodique renvoient aux **numéros des documents** dans le volume.

Le cifre della tavola metodica rimandano ai **numeri dei documenti** nel volume.

1. Europäische Integration / Intégration européenne / Integrazione europea

13, 55, 56, 63, 65, 66, 87, 99, 128, 136, 140, 141, 148, 168, 172

2. Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern / Coopération économique et technique avec les pays en voie de développement / Cooperazione economica e tecnica con i paesi in via di sviluppo

8, 9, 24, 25, 26, 34, 42, 55, 62, 74, 79, 89, 93, 94, 95, 100, 103, 104, 109, 112, 114, 116, 121, 133, 134, 138, 139, 158, 159, 163, 173, 178

3. Wirtschafts- und Finanzbeziehungen / Relations économiques et financières / Relazioni economiche e finanziarie

11, 17, 19, 21, 23, 26, 31, 32, 33, 38, 44, 46, 47, 51, 57, 58, 64, 67, 68, 70, 71, 76, 77, 81, 82, 86, 87, 92, 94, 97, 98, 105, 110, 113, 114, 119, 120, 123, 124, 125, 126, 128, 130, 132, 138, 143, 145, 151, 152, 153, 154, 156, 166, 168, 177, 179

4. Konjunktur- und Migrationspolitik / Politique conjoncturelle et migratoire / Politica congiunturale e migratoria

4, 5, 13, 21, 22, 35, 37, 48, 53, 54, 59, 64, 69, 86, 147, 149, 153, 165, 171, 174

5. Innere und äussere Sicherheitspolitik / Politique de sécurité intérieure et extérieure / Politica di sicurezza interna ed esterna

7, 10, 14, 15, 16, 18, 20, 27, 28, 29, 41, 42, 45, 52, 60, 61, 73, 77, 78, 83, 84, 93, 96, 105, 109, 135, 142, 159, 160, 161, 176, 180

6. Gute Dienste und humanitäre Aktionen / Bons offices et activités humanitaires / Buoni uffici e attività umanitarie

2, 4, 5, 14, 24, 30, 36, 39, 75, 85, 91, 96, 101, 107, 132, 144, 146, 157, 162, 178

7. Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen / Collaboration avec les organisations internationales / Collaborazione con le organizzazioni internazionali

3, 7, 12, 25, 40, 50, 76, 88, 90, 100, 103, 111, 115, 120, 127, 129, 132, 133, 138, 150, 155, 169, 170, 182, 183

8. Anderes / Divers / Altro

6, 43, 49, 72, 80, 102, 106, 108, 117, 118, 122, 131, 137, 164, 167, 175, 181

VIII. REGISTER / INDEX / INDICE

VIII.1. PERSONENREGISTER
INDEX DES NOMS DE PERSONNES
INDICE DELLE PERSONE

Nebst dem Namen und der Funktion der betreffenden Person während der Periode des Bandes führt das Register den **Permalink** zur Datenbank Dodis (www.dodis.ch), wo zusätzliche biografische Informationen und Dokumente zu finden sind. Die Nummern verweisen auf die **Dokumentennummern** im Band.

Les noms des personnes de l'index et les fonctions des personnes pour la période du volume sont suivis des **permalinks** de la base de données Dodis (www.dodis.ch), où se trouvent des informations biographiques et des documents supplémentaires. Les chiffres de l'index renvoient aux **numéros des documents** dans le volume.

I nomi delle persone dell'indice recano, oltre alle loro funzioni durante il periodo del volume, anche il **permalink** della banca dati Dodis (www.dodis.ch), dove si trovano ulteriori informazioni biografiche e documenti supplementari. Le cifre rimandano ai **numeri dei documenti** nel volume.

- Adam, Frieda Maria** (Ordensschwester)
dodis.ch/P41514, **74**
- Adenauer, Konrad** (ehem. Bundeskanzler der BRD) dodis.ch/P2008, **85**
- Aebli, Hans** (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P41885, **114, 140, 163**
- Agah, Manuchehr** (iranischer Wirtschaftsprofessor, Mitglied der UNO-Wirtschaftskommissionen für Asien und den fernen Osten) dodis.ch/P41956, **121**
- Aït Ahmed, Hocine** (algerischer Oppositioneller im Exil) dodis.ch/P15555, **165**
- Albu, Austen Harry** (britischer Wirtschaftsminister) dodis.ch/P41606, **65**
- Allgöwer, Walter** (Nationalrat) dodis.ch/P19607, **16**
- Alonso Muñozerro, Luis** (Militärerzbischof für Spanien) dodis.ch/P42282, **39**
- Aman, Richard** (schweiz. Botschafter in Bangkok) dodis.ch/P1425, **70, 98, 166**
- Ambord, Lucien** (ehem. Direktor der Swis-sair) dodis.ch/P42348, **106**
- Ainstein, André** (Chef der Bundespolizei des EJPD) dodis.ch/P3010, **15, 20, 35, 41, 57, 61**
- Anderson, Robert Bernard** (ehem. Finanzminister der USA, Verwaltungsratsmitglied der Bank of America) dodis.ch/P15533, **67**
- Andres, Ernst** (schweiz. Botschaftssekretär in Bangkok) dodis.ch/P15998, **183**
- Andres, Frieder Heiner** (Sektionschef in der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD, ab Oktober 1966 Geschäftsträger in Colombo) dodis.ch/P2641, **40, 49, 118, 130, 164**
- Annasohn, Jakob** (Generalstabschef der Schweizer Armee) dodis.ch/P7306, **15, 18, 28, 29**
- Antorini, Piorgiorgio** (Mitarbeiter der schweiz. Delegation bei der EFTA) dodis.ch/P41294, **38**
- Arnold, Max** (Nationalrat) dodis.ch/P22255, **18**
- Bacher, Hermann** (Mitarbeiter eines Projekts der schweiz. technischen Zusammenarbeit in Indien) dodis.ch/P41501, **74**
- Bachmann, Ernst** (Ständerat) dodis.ch/P12319, **18**
- Bachmann, Reinhard** (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P41980, **83**
- Badulescu, Dmitriu** (rumänischer Staatsangehöriger) dodis.ch/P41659, **143**
- Baechtold, Jean-Daniel** (Mitarbeiter beim Bundesamt für Sozialversicherung des EVD) dodis.ch/P26156, **149**
- Bagaragaza, Thaddée** (ruandischer Minister für internationale Zusammenarbeit und Planung) dodis.ch/P42245, **178**

- Balay, Georges** (französischer Botschafter in Pretoria) dodis.ch/P16319, **181**
- Balbuena Camino, Julio** (peruanischer Protokollchef) dodis.ch/P42254, **158**
- Baldinger, Ernst** (Physikprofessor an der Universität Basel) dodis.ch/P42094, **88**
- Ball, George W.** (Unterstaatssekretär im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P25816, **13, 110, 156**
- Balmaceda, Cornelio** (Sekretär des philippinischen Handels- und Industrieministeriums, Mitglied der UNO-Wirtschaftskommissionen für Asien und den fernen Osten) dodis.ch/P41953, **121**
- Bär, Roger** (Mitarbeiter des Rechtsdienstes des EPD) dodis.ch/P16243, **43, 68, 113, 122, 141, 171**
- Barrientos Ortuño, René** (Vorsitzender der bolivianischen Militärjunta, ab August 1966 bolivianischer Staatspräsident) dodis.ch/P41468, **49**
- Baruch, Schmel** (Genfer Industrieller) dodis.ch/P42221, **57**
- Bastian Pinto, Luís** (brasilianischer Botschafter in Havanna) dodis.ch/P40138, **2**
- Batliner, Gerard** (Regierungschef von Liechtenstein) dodis.ch/P41599, **7**
- Battista, Louis de** (Mitarbeiter des Delegierten für technische Hilfe des EPD) dodis.ch/P41496, **74**
- Bauder, Robert** (Berner Regierungsrat, Chef der Polizeidirektion) dodis.ch/P28955, **174**
- Baudizzone, Luis M.** (Schiedsrichter im Fall Suizargel) dodis.ch/P41897, **114**
- Bauer, Gérard** (Präsident des Verbandes der schweizerischen Uhrenindustrie) dodis.ch/P1129, **31, 106**
- Baumann, Ernst** (Physikprofessor an der ETH Zürich) dodis.ch/P16969, **88**
- Baumgartner, Alex** (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P41579, **82, 83**
- Beach, Dwight E.** (Oberbefehlshaber der United States Forces Korea) dodis.ch/P41567, **135**
- Beaujon, Robert** (Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P15418, **68, 109, 126, 156**
- Beck, István** (Sektionschef im ungarischen Aussenministerium) dodis.ch/P41596, **174**
- Beck, János** (ungarischer Botschafter in Havanna) dodis.ch/P41552, **91**
- Beeli, Richard** (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P41588, **147**
- Béglé, Henri** (schweiz. Botschaftsrat in Canberra) dodis.ch/P5005, **121**
- Béguelin, Roland** (Mitgründer und Mitglied des Rassemblement jurassien) dodis.ch/P23502, **141**
- Beidler, Franz W.** (Sekretär des Schweizerischen Schriftsteller-Vereins) dodis.ch/P11792, **102**
- Bekker, Konrad** (Botschaftsrat der USA in Bern) dodis.ch/P41287, **11**
- Belaúnde Terry, Fernando** (peruanischer Staatspräsident) dodis.ch/P41410, **8, 158**
- Ben Bella, Ahmed** (algerischer Staatspräsident bis Juni 1965) dodis.ch/P15554, **26, 41**
- Benedich, Carol** (Chef der schwedischen Mission für die NNSC) dodis.ch/P41564, **135**
- Bentami, Djilali** (algerischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P15673, **22**
- Bentink van Schoonheten, Adolph** (niederländischer Botschafter in Paris) dodis.ch/P10869, **85**
- Bentsur, Shmuel** (israelischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P14143, **57**
- Bernath, Erwin** (schweiz. Botschafter in Kopenhagen) dodis.ch/P1133, **57, 149**
- Bernoulli, Fernando** (schweiz. Botschafter in Mexiko) dodis.ch/P1112, **101**
- Bienz, Otto** (Nationalrat) dodis.ch/P40720, **18**
- Bieri, Fred** (schweiz. Botschafter in Jakarta, ab 1965 Stellvertreter des Chefs der Abteilung für administrative Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P122, **60, 71, 75, 141, 148, 161**
- Bieri, Rudolf** (Vizedirektor der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P16671, **15**
- Bignami, Enrico** (Vizepräsident des Nestlé Konzerns) dodis.ch/P22174, **44**
- Binder, Hans** (Oberst der Schweizer Armee) dodis.ch/P42504, **27**
- Binder, Julius** (Nationalrat) dodis.ch/P41593, **83**
- Bindschedler, Rudolf** (Rechtsberater des EPD, Präsident der Kommission für Nationalisierungsentschädigungen) dodis.ch/P1396, **13, 15, 18, 19, 29, 32, 40, 44, 45, 46, 47, 52, 63, 73, 104, 119, 120, 136, 140, 141, 148, 160, 161, 180**
- Birchler, Clarentia** (Leiterin eines Projekts der schweiz. technischen Zusammenarbeit in Indien) dodis.ch/P41513, **74**
- Birrer, Franz** (Mitglied der schweiz. Delegation bei der OECE) dodis.ch/P16179, **38**

- Bisang, André** (Mitarbeiter des Watchmakers of Switzerland Information Center in Tokio) dodis.ch/P41557, **124**
- Bisang, Emile** (schweiz. Botschafter in Bukarest) dodis.ch/P2266, **143**
- Bismarck-Schönhausen, Otto von** (ehem. Reichskanzler des Deutschen Reiches) dodis.ch/P3822, **85**
- Black, Eugen Robert** (ehem. Präsident der Weltbank) dodis.ch/P14134, **90**
- Blankart, Franz** (Diplomatenanwärter im EPD) dodis.ch/P22246, **50, 60**
- Bloetzer, Othmar** (Chef des Instruktionsskorps der Fliegertruppe der Schweizer Armee) dodis.ch/P41126, **18**
- Blumenthal, Werner Michael** (Mitarbeiter des Aussenministeriums der USA) dodis.ch/P36069, **1**
- Bock, Fritz** (österreichischer Handelsminister, ab April 1966 Vizekanzler) dodis.ch/P6368, **63, 151**
- Böhling, Horst** (Botschafter der BRD in Kuala Lumpur) dodis.ch/P42213, **70**
- Böhm, Hans** (Leiter der Konsularabteilung im Aussenministerium der DDR) dodis.ch/P39373, **147**
- Boissier, Léopold** (Verwaltungsrat des Schweizerischen Bankvereins) dodis.ch/P280, **25**
- Boissonnas, Luc** (Generalsekretär der Stiftung Pro Helvetia) dodis.ch/P40555, **27, 106**
- Bonnant, Georges** (ehem. Adjunkt der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P1146, **115**
- Bonvin, Charlotte** (Ehefrau von Bundesrat R. Bonvin) dodis.ch/P42331, **158**
- Bonvin, Roger** (Bundesrat, Vorsteher des EFZD) dodis.ch/P12130, **15, 18, 64, 90, 128, 134, 150, 158, 177, 180**
- Bööök, Klas** (schwedischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P13566, **160**
- Borel, Georges** (Nationalrat) dodis.ch/P12144, **7, 176**
- Bosshard, Rudolf** (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P42339, **68, 182**
- Bossi, Walter** (schweiz. Botschafter in Tunis) dodis.ch/P1139, **26**
- Boumédiène, Houari** (algerischer Staatspräsident ab Juni 1965) dodis.ch/P33898, **165**
- Bourgknecht, Jean** (Alt Bundesrat, ehem. Vorsteher des EFZD) dodis.ch/P11310, **90**
- Bourguiba, Habib** (tunesischer Staatspräsident) dodis.ch/P15772, **26**
- Bouteflika, Abd al-Aziz** (algerischer Aussenminister) dodis.ch/P42084, **26, 165**
- Bradley, Omar Nelson** (Vorsitzender der Bulova Watch Company) dodis.ch/P2513, **76**
- Brahier, Jean Marie** (Mitarbeiter eines Projekts der schweiz. technischen Zusammenarbeit in Indien) dodis.ch/P41500, **74**
- Brändle, Thomas** (Vizedirektor ad personam der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P2143, **87**
- Brawand, Samuel** (Nationalrat) dodis.ch/P35487, **18**
- Breitenmoser, Albin** (Nationalrat) dodis.ch/P31388, **180**
- Breschnew, Leonid Iljitsch** (sowjetischer Staatschef bis Juli 1964, ab Oktober 1964 Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU) dodis.ch/P15543, **47, 151**
- Bringolf, Walter** (Nationalrat) dodis.ch/P305, **142**
- Broquet, Germain** (schweiz. Geschäftsträger in Quito) dodis.ch/P2471, **19, 163**
- Brown, George** (britischer Wirtschaftsminister, ab August 1966 Aussenminister) dodis.ch/P15453, **65, 99, 108**
- Brugger, Ernst** (Mitarbeiter der Hispano-Suiza) dodis.ch/P24411, **161**
- Brugger, Ernst** (Regierungsrat und Justizdirektor des Kanton Zürichs) dodis.ch/P31389, **147**
- Brügger, Edouard** (Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD, ab Mai 1965 schweiz. Generalkonsul in São Paulo) dodis.ch/P10100, **75**
- Brügger, Pierre François** (schweiz. Botschafter in Pretoria bis 1965) dodis.ch/P132, **97, 105**
- Bruggmann, Charles Henry** (Mitarbeiter und ab März 1966 stv. Leiter der schweiz. Delegation bei der EFTA) dodis.ch/P19509, **148**
- Brunner, Edouard** (Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P19047, **68, 81, 97, 105, 138**
- Brunner, Hans** (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P2142, **182**
- Brunschvig, Georges** (Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes) dodis.ch/P315, **72**
- Bucher, Giovanni Enrico** (schweiz. Botschafter in Lagos, ab Januar 1966 in Rio de Janeiro) dodis.ch/P10060, **150**
- Buchter, Heinz Robert** (Delegierter der Maschinen Export und Finanz AG) dodis.ch/P42053, **151**

- Bühler, Hans** (Vizedirektor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P322, **23, 79, 87, 90, 99, 109, 113, 121, 123, 138, 154, 173, 183**
- Bühler, René** (Mitglied der Handelskammer und des Vororts) dodis.ch/P4123, **27, 84**
- Bühlmann, Else** (Mitarbeiterin eines Projekts der schweiz. technischen Zusammenarbeit in Indien) dodis.ch/P41504, **74**
- Bührer, Rudolf** (Sektionschef in der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD, Mitglied der schweiz. Delegation bei der ITU) dodis.ch/P2680, **103, 115**
- Bührle, Dieter** (Direktor der Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon Bührle & Co.) dodis.ch/P19875, **27, 28, 29, 60**
- Burckhardt, Jakob** (Chef der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P2430, **2, 15, 19, 25, 40, 50, 75, 88, 96, 101, 104, 107, 115, 155**
- Buri, Dewet** (Ständerat) dodis.ch/P2804, **18**
- Burin des Roziers, Etienne** (Generalsekretär des französischen Staatspräsidiums) dodis.ch/P41565, **85**
- Burin des Roziers, Jane** (Ehefrau von E. Burin de Roziers) dodis.ch/P41570, **85**
- Bürki, Albert** (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P37786, **182**
- Burri, Kurt B.** (Leiter der schweiz. Projekte der technischen Zusammenarbeit in Peru) dodis.ch/P41450, **158**
- Buttex, Gerald** (Mitglied der schweiz. Delegation bei der ITU) dodis.ch/P41977, **115**
- Butty, André** (Pater) dodis.ch/P41516, **74**
- Cadioux, Marcel** (Unterstaatssekretär im kanadischen Aussenministerium) dodis.ch/P27517, **170**
- Caillat-Bordier, Claude** (schweiz. Botschaftsrat in Paris) dodis.ch/P2697, **125**
- Campiche, Roger-Etienne** (Chef der Abteilung für Fremde Interessen des EPD) dodis.ch/P2687, **49, 75, 101, 107, 146**
- Campiche, Samuel François** (schweiz. Botschafter in Rabat) dodis.ch/P1323, **78, 88**
- Carillo, Carlos** (kubanischer Protokollchef) dodis.ch/P41395, **2, 9**
- Carrier, Enrique** (argentinischer Botschaftssekretär in Bern) dodis.ch/P41952, **114**
- Casanova, Max** (schweiz. Botschaftssekretär in Belgrad) dodis.ch/P9805, **59**
- Castiella, Fernando Maria** (spanischer Aussenminister) dodis.ch/P15502, **39**
- Castle, Barbara Anne** (britische Ministerin für überseeische Entwicklung und Ehrenpräsidenten der Anti-Apartheid Bewegung) dodis.ch/P41786, **97**
- Castro, Fidel** (kubanischer Staatspräsident) dodis.ch/P14631, **2, 145, 146**
- Ceballos, Zenon** (Abteilungsleiter im argentinischen Wirtschaftsministerium) dodis.ch/P41950, **114**
- Chagla, Mahomedali Currim** (indischer Erziehungsminister) dodis.ch/P41494, **112**
- Chanderli, Abdelkader** (Vertreter der provisorischen Regierung Algeriens bei der UNO) dodis.ch/P39173, **40**
- Chaudet, Paul** (Bundesrat, Vorsteher des EMD) dodis.ch/P3085, **15, 18, 52, 60, 63, 73, 101, 108, 142, 160, 176, 180**
- Chavaz, Georges** (schweiz. Botschaftsrat in Paris) dodis.ch/P7038, **171**
- Chel, Jon Don** (nordkoreanischer Botschafter in Havanna) dodis.ch/P41549, **91**
- Chélepine, Alexandre Nikolaievitch** cf. Schelepin, Alexander Nikolajewitsch
- Chelli, Zouhir** (tunesischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P39186, **26**
- Chen Yi** (chinesischer Aussenminister) dodis.ch/P24433, **167**
- Cheng Wei-chih** (chinesischer Botschafter in Bern ab November 1966) dodis.ch/P41238, **175**
- Chiang Kai-shek** cf. Tschang Kai-chek
- Chopard, Théo** (Präsident der Neuen Helvetischen Gesellschaft) dodis.ch/P11620, **106**
- Christen, Werner** (Ständerat) dodis.ch/P23608, **177**
- Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch** (sowjetischer Ministerpräsident und Erster Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU bis Oktober 1964) dodis.ch/P14485, **27, 47, 151, 164**
- Churchill, Winston** (ehem. britischer Premierminister) dodis.ch/P351, **65, 99, 108**
- Clark** (britischer Privatsekretär), dodis.ch/P42285, **65**
- Claus, Fritz** (Chef eines Projekts der schweiz. technischen Zusammenarbeit in Indien) dodis.ch/P41526, **74**
- Clavadetscher, Christian** (Ständerat) dodis.ch/P11958, **18**
- Clerc, Philippe** (Chef des Rechtsdienstes der Direktion der eidg. Militärverwaltung des EMD) dodis.ch/P15726, **60**
- Cleveland, Harlan** (amerikanischer Funktionär) dodis.ch/P37473, **1**
- Cloetta, Bernhard** (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P41578, **82, 83**

- Clottu, Gaston** (Nationalrat) dodis.ch/P35016, **54**
- Collins, John** (Gründer des International Defence and Aid Fund for Southern Africa) dodis.ch/P41784, **97**
- Colombo, Emilio** (italienischer Schatzminister) dodis.ch/P15463, **64**
- Connor, John** (Wirtschaftsminister der USA) dodis.ch/P41331, **110**
- Conzett, Hans** (Nationalrat) dodis.ch/P12141, **74**
- Corti, Max** (Botschaftsrat, Chef der schweiz. Delegation in Berlin) dodis.ch/P1565, **82, 83, 147**
- Cosciani, Cesare** (italienischer Politiker und Professor für Finanzwissenschaften) dodis.ch/P42064, **44**
- Couve de Murville, Jacqueline** (Ehefrau von M. Couve de Murville) dodis.ch/P41563, **85**
- Couve de Murville, Maurice** (französischer Aussenminister) dodis.ch/P364, **63, 85, 170**
- Cramer, Hans-Conrad** (schweiz. Botschaftsrat in Pretoria) dodis.ch/P2310, **92, 97**
- Croci, José** (Mitarbeiter der Lima Light & Power Co.) dodis.ch/P41473, **158**
- Cuendet, Georges-André** (Jurist in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P35724, **182**
- Cuénou, Pierre** (Adjunkt in der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P14773, **23, 26, 28, 38, 41, 42, 49, 60, 103**
- Curchod, Joël** (Direktor des schweiz. Kurzwelldienstes) dodis.ch/P42086, **106**
- Curchod, Theodor** (schweiz. Geschäftsträger in Colombo) dodis.ch/P9900, **139**
- Cuttat, Jacques-Albert** (schweiz. Botschafter in New Delhi, ab 1965 schweiz. Botschafter in Athen) dodis.ch/P368, **5, 29, 93, 100, 112, 123**
- Czernetz, Karl** (österreichischer Parlamentarier) dodis.ch/P41703, **63**
- Damgaard Hansen, Frede Knud** (dänischer Landwirtschaftsattaché in Bern) dodis.ch/P41426, **17**
- Daniel, Jean** (französischer Journalist des «Express») dodis.ch/P41405, **2**
- Danioth, Ludwig** (Ständerat, 1963/64 Ständeratspräsident) dodis.ch/P12152, **18**
- Dardel, Gilbert de** (ehem. Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P2698, **43**
- Darms, Gion** (Ständerat) dodis.ch/12045, **18**
- Davis, William True** (Botschafter der USA in Bern) dodis.ch/P39178, **11, 96**
- Delaloye, Bernard** (Mitglied der schweiz. Delegation bei der ITU) dodis.ch/P39251, **115**
- Demitschew, Pjotr Nilowitsch** (Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU) dodis.ch/P41481, **151**
- Denissenko, Wassili Konstantinowitsch** (sowjetischer Militärattaché in Bern) dodis.ch/P41505, **27**
- De Seynes, Philippe** (Leiter der Abteilung für Wirtschafts- und Sozialangelegenheiten der UNO) dodis.ch/P22803, **40**
- Deslex, Edmond** (schweiz. Generalkonsul in Florenz) dodis.ch/P148, **53**
- Dessibourg, Louis** (Sektionschef bei der Eidg. Fremdenpolizei des EJPD) dodis.ch/P14409, **153**
- Dessoulavy, Roger** (Professor für Elektronik an der Universität Lausanne) dodis.ch/P42096, **88**
- Dietschi, Eugen** (Ständerat) dodis.ch/P385, **177**
- Dietschi, Peter** (Mitarbeiter der Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P17152, **138, 156**
- Diez, Emanuel** (Chef des Rechtsdienstes des EPD) dodis.ch/P1692, **17, 40, 43, 44, 45, 47, 54, 55, 68, 86, 87, 92, 94, 104, 113, 122, 125, 138, 140, 141, 169, 177, 179**
- Dobrin, Nicolae** (rumänischer Handelssekretär in Bern) dodis.ch/P41441, **143**
- Dojenin, Wassili Nikolajewitsch** (sowjetischer Minister für Maschinenbau für die leichte und Lebensmittelindustrie und Haushaltsgeräte) dodis.ch/P41487, **151**
- Doka, Carl** (Chefredakteur des Kulturellen Auslandpressendienstes der Stiftung Pro Helvetia) dodis.ch/P7027, **27, 102, 106**
- Dominicé, André** (schweiz. Botschafter in Rio de Janeiro, ab Oktober 1965 in Beirut) dodis.ch/P1134, **62**
- Douglas-Home, Sir Alec** (britischer Premierminister bis Oktober 1964) dodis.ch/P13965, **65**
- Dubois, Charles Albert** (schweiz. Botschafter in Bogotá und Quito, ab Dezember 1965 in Bukarest) dodis.ch/P1140, **143**
- Ducommun, Charles Frédéric** (Generaldirektor der PTT) dodis.ch/P25012, **103**
- Ducrey, Guy** (Mitarbeiter der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P15378, **26, 165**
- Duft, Emil** (Nationalrat) dodis.ch/P12137, **129, 136, 172**

- Dumitrescu, Vasile** (rumänischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P39548, **61**
- Dumont, Beat** (Sekretär von F. T. Wahlen) dodis.ch/P2694, **43, 52, 83, 118, 141, 144, 161, 164, 167**
- Dumoulin, Roger** (fachtechnischer Mitarbeiter der Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten des EPD) dodis.ch/P2817, **108**
- Dunant, Robert** (Sekretär der Schweizerischen Banquervereinigung) dodis.ch/P400, **46**
- Dupont, Jacques** (Chefkonservator französischer Denkmäler) dodis.ch/P41568, **85**
- Dupont, Pierre** (schweiz. Botschafter in Warschau, ab September 1965 in Den Haag) dodis.ch/P136, **32, 118, 131, 171**
- Dupont, Valentine** (Ehefrau von P. Dupont) dodis.ch/P41569, **85**
- Dürrenmatt, Peter** (Nationalrat) dodis.ch/P3134, **179**
- Dussaix, Roger** (Genfer Richter) dodis.ch/P41881, **41**
- Ecevit, Bülent** (türkischer Minister für Arbeit, ab 1966 Generalsekretär der Republikanischen Volkspartei der Türkei) dodis.ch/P42126, **69**
- Eckenstein, Christoph** (ehem. Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P39386, **140**
- Eggen, Gerhard** (Chef des Eidg. Grundbuchamtes der Justizabteilung des EJPD) dodis.ch/P41653, **122**
- Eggenberger, Matthias** (Nationalrat) dodis.ch/P12218, **54, 141**
- Egli, Jean** (Direktor der Schweizerischen Gesellschaft für Chemische Industrie) dodis.ch/P28962, **82**
- Eisenhower, Dwight David** (ehem. Staatspräsident der USA) dodis.ch/P407, **76, 77**
- Eisenring, Paul** (Nationalrat) dodis.ch/P31677, **83**
- Elisabeth** (Oberin, Mitarbeiterin eines Projekts der schweiz. technischen Zusammenarbeit in Indien) dodis.ch/P41561, **74**
- El-Kaïssouni, Moneim** (Mitarbeiter des ägyptischen Aussenministeriums) dodis.ch/P39297, **23**
- Ellrodt, Käte** (Redakteurin für Unterhaltungsprogramme beim DDR-Fernsehen) dodis.ch/P41611, **83**
- Emmick, Frank Carl** (Staatsangehöriger der USA) dodis.ch/P39268, **146**
- Epprecht, Georg W.** (Professor für Elektrizitätslehre und Hochfrequenztechnik an der ETH Zürich) dodis.ch/P42095, **88**
- Erismann, Werner** (Sekretär der Helvetas) dodis.ch/P35056, **93**
- Erkin, Feridun Cemal** (türkischer Aussenminister) dodis.ch/P3951, **55, 69**
- Erroll, Frederick James** (britischer Energieminister) dodis.ch/P13964, **56**
- Escher, Alfred** (schweiz. Botschafter in Köln, ab März 1964 in Wien) dodis.ch/P413, **20, 63, 148, 149, 155, 167, 171**
- Exchaquet, Olivier** (schweiz. Botschaftsrat in New Delhi, ab 1965 Sektionschef in der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P1216, **42, 97, 138, 145**
- Falk, Ludwig** (Leiter der Steuerabteilung des Finanzministeriums der BRD) dodis.ch/P42031, **177**
- Fanfani, Amintore** (italienischer Aussenminister, 1965 Präsident der UNO-Generalversammlung) dodis.ch/P13860, **111**
- Fankhauser, Alexander** (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P37785, **62, 121, 123, 133, 183**
- Fässler, René** (schweiz. Botschafter in Lima, ab Februar 1965 in New Delhi) dodis.ch/P1142, **8, 19, 49, 74, 79, 93, 100, 109, 112, 123, 158**
- Feaver, Herbert F.** (kanadischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P14145, **6**
- Fellenberg, Theddy von** (Mitarbeiter des Delegierten für Technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P24388, **74, 112**
- Feller, Max** (Mitarbeiter der schweiz. Botschaft in London) dodis.ch/P16242, **65**
- Feng Hsuan** (ehem. chinesischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P10810, **30**
- Fischer, Beat von** (schweiz. Botschafter in London) dodis.ch/P128, **40, 56, 65, 87, 108, 138, 183**
- Fischer, Jean-Marc** (Generalsekretär der Association suisse d'Entraide au Pérou) dodis.ch/P41447, **158**
- Fittler, István** (Vertrauensanwalt der schweiz. Botschaft in Budapest) dodis.ch/P41600, **174**
- Flaschka-Leopold, Georg** (Schauspieler und Regisseur aus der DDR) dodis.ch/P41614, **83**
- Fleiner, Thomas** (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P42008, **92, 140**
- Flick, Sol E.** (Repräsentant der Bulova Watch Company) dodis.ch/P41285, **11**

- Folletête, Charles** (Chef der Abteilung für Territorialdienst und Luftschutztruppen der Schweizer Armee) dodis.ch/P42133, **73, 160**
- Forster, Hans** (Mitarbeiter des Radio DRS) dodis.ch/P41427, **108**
- Fortas, Abe** (Richter am Obersten Gerichtshof der USA) dodis.ch/P41290, **76**
- Franco, Francisco** (spanischer Staatschef) dodis.ch/P157, **39**
- Frauenfelder, Max** (Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherungen des EDI) dodis.ch/P15156, **69, 149, 171**
- Frederik IX. von Dänemark** (König von Dänemark) dodis.ch/P40542, **102, 108**
- Frey, Hans-Karl** (schweiz. Staatsangehöriger, Berater des ruandischen Präsidenten, ab März 1966 Botschafter in Nairobi) dodis.ch/P2685, **24, 89, 100, 120, 162, 178**
- Frick, Robert** (Ausbildungschef der Schweizer Armee) dodis.ch/P448, **15**
- Frischknecht, Alfred** (Direktor eines HEKS-Projekts in Indien) dodis.ch/P41525, **74**
- Fritschi, Ernst** (Direktor des Eidg. Veterinär-amtes des EVD) dodis.ch/P42023, **113**
- Fritschi, Karl Max** (schweiz. Botschaftssekretär in Köln) dodis.ch/P16389, **177**
- Fritzsche, Andreas** (technischer Direktor des Eidg. Instituts für Reaktorforschung in Würenlingen) dodis.ch/P15682, **88**
- Frochaux, Pascal** (Sektionschef in der Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten des EPD), dodis.ch/P5382, **88**
- Frossard de Saugy, Jacques** (Vizedirektor der Société Genevoise d'Instruments de Physique) dodis.ch/P29144, **151**
- Fu Kuang-chung** (Dolmetscher der schweiz. Botschaft in Peking) dodis.ch/P42093, **167**
- Fuchs, Martin** (österreichischer Botschafter in Paris) dodis.ch/P41739, **85**
- Fuchss, Werner** (schweiz. Botschafter in Athen, ab August 1965 in Budapest) dodis.ch/P114, **21, 34, 38, 166, 174**
- Fumasoli, Georg** (Sekretär der Schweizerdelegation in der NNSC) dodis.ch/P41576, **135**
- Fumasoli, Mario** (schweiz. Botschafter in Madrid) dodis.ch/P125, **39**
- Furgler, Kurt** (Nationalrat) dodis.ch/P12150, **40, 50, 54, 100, 106, 136**
- Fürst, Hans** (schweiz. Bundesanwalt) dodis.ch/P10140, **41, 126**
- Gailloz, René** (Inspektor des Polizeidienstes des EJPD) dodis.ch/15788,
- Galli, Benno** (Nationalrat) dodis.ch/P12411, **98**
- Gandhi, Indira** (indische Premierministerin) dodis.ch/P40558, **112**
- Ganz, Anton Roy** (schweiz. Botschafter in Belgrad, ab April 1964 in Moskau, ab August 1966 in Algier) dodis.ch/P140, **3, 27, 47, 51, 72, 98, 151, 165**
- García Tudero, Carlos** (argentinischer Staatssekretär für Finanzen) dodis.ch/P41860, **114**
- Gasser, Hans Wilhelm** (schweiz. Botschafter in Ottawa) dodis.ch/P1115, **81, 170**
- Gaulaz, René** (Vizedirektor des Verbandes der schweiz. Uhrenindustrie) dodis.ch/P41560, **124**
- Gaulle, Charles de** (französischer Staatspräsident) dodis.ch/P460, **6, 77, 85, 99, 141, 170**
- Gaulle, Yvonne de** (Ehefrau von Ch. de Gaulle) dodis.ch/P2238, **85**
- Gawronski, Vital** (Wirtschaftsberater der ruandischen Regierung) dodis.ch/P39399, **89**
- Geiser, Auguste** (Sektionschef in der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P2681, **24, 32, 67, 94, 109, 114**
- Gelzer, Michael** (schweiz. Botschaftsrat in Washington) dodis.ch/P2735, **89, 127, 181**
- Genoud, François** (schweiz. Geschäftsman) dodis.ch/P15168, **57**
- Gilg, Gustav** (schweiz. Honorarkonsul in Port-au-Prince) dodis.ch/P15170, **62, 163**
- Girard de Charbonnière, Guy de** (französischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P41325, **85**
- Giscard d'Estaing, Valéry** (französischer Finanzminister) dodis.ch/P13791, **125**
- Givaudan, Marie-Thérèse** (Ehefrau von G. Révay) dodis.ch/P41584, **85**
- Glärner, Jacques** (Nationalrat) dodis.ch/P41989, **18**
- Glasson, Pierre** (Nationalrat) dodis.ch/P2792, **138**
- Glesti, Alfred** (Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P17138, **21, 43, 80, 91, 95, 115, 133**
- Globke, Hans** (ehem. Staatssekretär der BRD) dodis.ch/P17066, **35**
- Gnägi, Rudolf** (Nationalrat, ab 1966 Bundesrat, Vorsteher des EVED) dodis.ch/P12312, **18, 54, 77, 180**

- Goh Keng Swee** (singapurischer Finanzminister) dodis.ch/P41430, **70**
- Golay, Marc** (schweiz. Uhrenexperte in Dublin) dodis.ch/P41621, **31**
- Gomulka, Władysław** (Erster Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei) dodis.ch/P18141, **164**
- Gonard, Samuel** (Professor am Institut de Hautes Études Internationales in Genf) dodis.ch/P479, **144, 157**
- Gordon, Eugen H.** (Anwalt schweiz. Uhrenfirmen) dodis.ch/P17663, **33**
- Gordon Walker, Patrick** (britischer Aussenminister von Oktober 1964 bis Januar 1965) dodis.ch/P15448, **99**
- Grabner, Pierre** (Nationalrat, 1965/66 Nationalratspräsident) dodis.ch/P4171, **180**
- Graf, Konrad** (Ständerat) dodis.ch/P31708, **177**
- Graffenried, Egbert von** (schweiz. Botschafter in Stockholm, ab September 1965 in Canberra) dodis.ch/P1137, **65, 66, 73, 149**
- Grandjean, Jean-Denis** (stv. Leiter der schweiz. Delegation bei der EFTA) dodis.ch/P2727, **89, 183**
- Grässli, Max** (Chef der Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten des EPD) dodis.ch/P103, **40, 63, 75, 98, 141**
- Greinacher, Richard** (Sektionschef in der Kriegstechnischen Abteilung des EMD) dodis.ch/P42054, **18**
- Greiner, Hans-Ulrich** (Adjunkt der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P17637, **19, 90, 114, 163**
- Grenier, Jean-Pierre** (Mitarbeiter des Delegierten für Technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P1981, **74**
- Grendelmeier, Alois** (ehem. Nationalrat) dodis.ch/P2601, **15**
- Gressot, Philippe** (Mitarbeiter eines Projekts der schweiz. technischen Zusammenarbeit in Indien) dodis.ch/P41519, **74**
- Gromyko, Andrei Andrejewitsch** (sowjetischer Aussenminister) dodis.ch/P489, **14**
- Grosheintz, Pierre** (Direktor der Steuerverwaltung des EFZD) dodis.ch/P9941, **44**
- Grossbacher, Charles** (Technischer Direktor der Kriegstechnischen Abteilung des EMD) dodis.ch/P41886, **18**
- Grossmann, Marcel** (Vizepräsident der Aktionsgemeinschaft nationaler Wiederaufbau) dodis.ch/P2298, **114**
- Grübel, Albert** (Sekretär des Vororts und Mitglied der schweiz. Delegation bei der OECE) dodis.ch/P6640, **32**
- Grütter, Fritz** (Nationalrat) dodis.ch/P11894, **18, 48**
- Guevara, Ernesto** (argentinischer Revolutionär in Kuba, Industrie- und Agrarminister der kubanischen Regierung) dodis.ch/P26619, **108**
- Guex-Collet, Emmanuel** (Leiter eines Projekts der schweiz. technischen Zusammenarbeit in Indien) dodis.ch/P41517, **74**
- Guisan, Louis** (Ständerat) dodis.ch/P15719, **18, 21**
- Gurpide Beope, Pablo** (Bischof von Bilbao) dodis.ch/P42267, **39**
- Gut, Gottlieb** (Sektionschef in der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P131, **94**
- Gyatso, Tenzin** (14. Dalai Lama) dodis.ch/P23544, **5, 30, 112**
- Gyémánt, András** (ungarischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P40918, **61, 174**
- Gygax, Friedrich** (schweiz. Botschafter in Canberra, ab Mai 1965 in Stockholm) dodis.ch/P155, **73, 135, 136, 160, 172**
- Habamenshi, Callixte** (ruandischer Justizminister) dodis.ch/P42222, **24**
- Hach, Nguyen Cao** (Mitglied der UNO-Wirtschaftskommissionen für Asien und den fernen Osten) dodis.ch/P41954, **121**
- Haeblerli, Enis Georg** (Fürsprecher in der Direktion der Eidg. Militärverwaltung des EMD) dodis.ch/P16672, **15**
- Haekkerup, Per** (dänischer Aussenminister) dodis.ch/P13844, **99**
- Hafner, Othmar** (Vertreter des Delegierten für Technische Zusammenarbeit in Ruanda) dodis.ch/P42247, **89, 100, 103, 178**
- Hájek, Július** (Abteilungschef im tschechoslowakischen Finanzministerium) dodis.ch/P26987, **179**
- Halter, Paul** (Chef des schweiz. Hilfsprojektes in Peru «Plan Pestalozzi») dodis.ch/P41471, **158**
- Hänni, Otto** (Chef des Rechtsdienstes der schweiz. Bundesanwaltschaft) dodis.ch/P3051, **41**
- Hanns, Erich** (Staatsangehöriger der DDR) dodis.ch/P41594, **147**
- Hansen, Niels** (Botschaftsrat der BRD in Bern) dodis.ch/P40090, **35**
- Harder, Josef** (Nationalrat) dodis.ch/P41923, **18**

- Harriman, Averell** (Unterstaatssekretär im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P6306, **144, 157**
- Hartmann, Rudolf** (Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P2732, **40, 88, 101, 115, 141, 152**
- Hauser, Arnold** (Kaufmännischer Direktor der Kriegstechnischen Abteilung des EMD) dodis.ch/P41887, **18**
- Hauser, Paul** (Nationalrat) dodis.ch/P11952, **54**
- Heath, Edward** (britischer Handelsminister, ab Juli 1965 Vorsitzender der Tories und Leader of the Opposition) dodis.ch/P13966, **99**
- Hegetschweiler, J.** (Vizedirektor des Verbands der schweizerischen Uhrenindustrie) dodis.ch/P41432, **70**
- Hegetschwiler, Willy** (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P42588, **182**
- Heimo, Marcel** (schweiz. Staatsangehöriger, ab 1966 Berater des ruandischen Präsidenten) dodis.ch/P1214, **178**
- Helbling, Willy** (schweiz. Staatsangehöriger, wohnhaft in Peru) dodis.ch/P41472, **158**
- Hellman, Marek** (Erster Sekretär der polnischen Botschaft in Bern) dodis.ch/P41396, **61**
- Henschel, Harry** (Präsident der Bulova Watch Company) dodis.ch/P41282, **11**
- Herbert, Anton** (Mitarbeiter eines Projekts der schweiz. technischen Zusammenarbeit in Indien) dodis.ch/P41497, **74**
- Herold, Hans** (Sekretär des Vororts) dodis.ch/P524, **44, 177**
- Herrera Oria, Angel** (Bischof von Málaga) dodis.ch/P42271, **39**
- Herter, Christian** (ehem. Aussenminister der USA) dodis.ch/P13899, **1, 76, 77, 110**
- Herzstein, Robert** (Anwalt der USA) dodis.ch/P41402, **159**
- Hess, Hansjörg** (Sektionschef in der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD, ab Mai 1965 schweiz. Botschafter in Lima) dodis.ch/P525, **8, 19, 32, 34, 38, 44, 46, 49, 55, 62, 67, 79, 100, 109, 128, 134, 158, 163, 179, 183**
- Hidos, Ioan** (Zweiter Sekretär der rumänischen Botschaft in Bern) dodis.ch/P41440, **143**
- Hilbe, Alfred** (liechtensteinischer Legationsrat in Bern) dodis.ch/P41542, **85**
- Hilbe, Virginia** (Ehefrau von A. Hilbe) dodis.ch/P41582, **85**
- Hillery, Patrick John** (irischer Erziehungsminister) dodis.ch/P15457, **31**
- Hitler, Adolf** (ehem. Führer und Reichskanzler des Deutschen Reichs) dodis.ch/P535, **85, 166**
- Ho Chi Minh** (nordvietnamesischer Staatspräsident) dodis.ch/P1998, **157**
- Hochstrasser, Urs Walter** (Delegierter des Bundesrates für Atomfragen) dodis.ch/P16060, **78, 88**
- Hodges, Luther Hartwell** (Handelsminister der USA) dodis.ch/P13913, **1**
- Hofer, Hermann** (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P14220, **19, 62, 90, 114, 150, 163, 173**
- Hoffmann, Wilfried** (Botschaftsrat der BRD in Bern) dodis.ch/P41649, **122**
- Hofmannsthal, Emil von** (Journalist der «Schweizerischen Handelszeitung») dodis.ch/P42239, **120**
- Hofstetter, Josef** (Nationalrat) dodis.ch/P12416, **18**
- Hohl, Paul H.** (Adjunkt der Abteilung für Landwirtschaft des EVD) dodis.ch/P14552, **134**
- Holenstein, Thomas** (Alt Bundesrat, ehem. Vorsteher des EVD) dodis.ch/P1330, **88**
- Holzer, Max** (Direktor des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P1871, **22, 37, 48, 59, 86, 153**
- Homberger, Heinrich** (Delegierter des Vororts) dodis.ch/P543, **44, 114**
- Hubacher, Helmut** (Nationalrat) dodis.ch/P31812, **40, 50, 100, 106, 136**
- Huber, Albert** (Mitarbeiter eines Projekts der schweiz. technischen Zusammenarbeit in Indien) dodis.ch/P41499, **74**
- Huber, Albert** (Journalist) dodis.ch/P41597, **174**
- Huber, Hans** (Direktor der Schweizerischen Nationalbank) dodis.ch/P5542, **67, 68**
- Huber, Karl** (Generalsekretär des EVD) dodis.ch/P9621, **33, 48, 69**
- Huber, Max** (ehem. Professor für Verfassungsrecht, Kirchenrecht und internationales öffentl. Recht an der Universität Zürich, ständiger jurist. Berater des EPD) dodis.ch/P552, **120**
- Hugentobler, Arnold** (schweiz. Botschaftssekretär in Peking) dodis.ch/P16090, **5**
- Humbert, Jean** (schweiz. Botschafter in Guatemala) dodis.ch/P2178, **19, 163**

- Hunziker, Roy** (schweiz. Botschafter in Helsinki, ab 1966 in Pretoria) dodis.ch/P142, **102, 104, 156, 171, 181**
- Hurni, Auguste** (schweiz. Botschaftsrat in Rom) dodis.ch/P1999, **20**
- Iklé, Max** (Generaldirektor der Schweizerischen Nationalbank) dodis.ch/P2605, **138**
- Ilkan, Turgut** (türkischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P37782, **69**
- Illia, Arturo Umberto** (argentinischer Staatspräsident) dodis.ch/P40118, **8, 114**
- Imhoof, Werner** (Korrespondent der «NZZ») dodis.ch/P2371, **76**
- Indermühle, Jean-Jaques** (ehem. Redaktor in der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P16205, **21**
- Ingrid von Dänemark** (Königin von Dänemark) dodis.ch/P40547, **102, 108**
- Isaacson, Robert Spencer** (britischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P41289, **60, 65, 130, 138**
- Iselin, Jürg Andreas** (Chef des Integrationsbüros des EPD und EVD) dodis.ch/P2141, **63, 99, 108, 136, 140, 148**
- Jaccard, Maurice** (Sektionschef in der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD und in der eidg. Zentralstelle für Auslandschweizerfragen) dodis.ch/P4611, **26, 69, 106, 149, 169, 176**
- Jaccaud, Paul Etienne** (Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P9720, **36, 42**
- Jackson, William E.** (amerikanischer Anwalt schweiz. Uhrenfirmen) dodis.ch/P41288, **33**
- Jacobi, Klaus Christoph** (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P19511, **76**
- Jaeger, Max** (Mitarbeiter bei der schweiz. Delegation bei der EWG) dodis.ch/P41698, **140**
- Jaeggi, Walter** (Chef des Informations- und Pressedienstes des EPD) dodis.ch/P1429, **30, 40, 118, 148**
- Jagmetti, Carlo** (Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P19512, **10, 19, 27, 28, 42, 49, 60, 84, 86, 93, 138, 152, 176**
- Jamieson, Thomas** (technischer Leiter im Hochkommissariat der UNO für die Flüchtlinge) dodis.ch/P22327, **24**
- Janner, Antonino** (Sektionschef in der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD und Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P1399, **3, 5, 14, 17, 20, 21, 27, 30, 35, 40, 43, 47, 51, 52, 59, 61, 63, 66, 71, 73, 80, 82, 83, 91, 108, 116, 122, 126, 131, 135, 141, 143, 144, 147, 148, 164, 166, 167, 174, 175, 179, 182**
- Jaunin, Alfred** (Nationalrat) dodis.ch/P41990, **18**
- Javet, Jean Samuel**, (schweiz. Pfarrer, Gründer der Organisation «Notre Jeüne fédérale») dodis.ch/P42492, **24**
- Jeanneret, Charles** (Ständerat) dodis.ch/P12323, **177**
- Jeanrenaud, Louis G.** (Delegierter des Schweizerischen Bauernverbands) dodis.ch/P1780, **32**
- Jeanrenaud, Maurice Marcel** (schweiz. Geschäftsträger in Athen) dodis.ch/P15379, **21**
- Jegorow, Anatoli Grigorjewitsch** (stv. Leiter der Abteilung für Agitation und Propaganda des Zentralkomitees der KPdSU) dodis.ch/P41508, **27**
- Joan, Eugène-Laurent** (rumänischer Staatsangehöriger) dodis.ch/P39549, **21**
- Johnson, Lyndon Baines** (Staatspräsident der USA) dodis.ch/P13907, **1, 16, 76, 77, 96, 110, 144, 157**
- Jolles, Paul Rudolf** (Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge der Handelsabteilung des EVD, ab Oktober 1966 Direktor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P2763, **8, 9, 19, 34, 40, 62, 73, 83, 90, 95, 99, 111, 114, 121, 133, 136, 140, 148, 151, 163, 164, 168, 172, 173, 175, 182, 183**
- Jongejans, Gerard Jan** (niederländischer Geschäftsträger in Peking) dodis.ch/P41226, **167**
- Junod, Etienne** (Präsident der Schweizerische Gesellschaft für Chemische Industrie) dodis.ch/P18, **114**
- Kádár, János** (ungarischer Regierungschef bis Juni 1965 und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Ungarns) dodis.ch/P11430, **166**
- Kaech, Arnold** (Direktor der Militärverwaltung des EMD) dodis.ch/P15107, **15, 17, 28, 42, 60, 73, 93, 159, 160, 161, 176**
- Kägi, Ulrich** (Chefredaktor des «Volksrecht») dodis.ch/P38123, **174**
- Kägi, Werner** (Professor für Völker-, Staats- und Kirchenrecht und Verfassungsgeschichte an der Universität Zürich) dodis.ch/P27140, **141**

- Kajzer, Michal** (Abteilungsleiter im polnischen Aussenhandelsministerium) dodis.ch/P42261, **32**
- Kamer, Armin** (Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P16097, **43**
- Kamil, Hassan Sayed** (ägyptischer Ingenieur) dodis.ch/P41628, **23, 28, 72, 84**
- Kämpfen, Werner** (Direktor der Schweizerischen Verkehrszentrale) dodis.ch/P39900, **106**
- Kamph, Bertil** (Stellvertreter des Chefs der Schweizerdelegation der NNSC) dodis.ch/P41575, **135**
- Känel, Walter von** (Delegierter des Schweizerwoche-Verbandes) dodis.ch/P42085, **106**
- Kapcsos, Károly** (ungarischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P15825, **174**
- Kappeler, Franz** (ehem. schweiz. Botschafter in Pretoria) dodis.ch/P99, **7, 105, 176**
- Kasper, Oswald** (Mitarbeiter des Ministeriums für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR) dodis.ch/P41619, **83**
- Kaufmann, Hansjakob** (schweiz. Botschaftssekretär in Bogotá, ab 1966 Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P16150, **77, 148**
- Kayibanda, Grégoire** (ruandischer Staatspräsident) dodis.ch/P17423, **24, 89, 162, 178**
- Kayihura, Michel** (ruandischer Oppositioneller im Exil) dodis.ch/P42071, **24**
- Kayonga, Jean Bosco** (ruandischer Oppositioneller im Exil) dodis.ch/P42256, **24**
- Keeble, Herbert Ben Curtis** (britischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P42013, **138, 154**
- Keel, Guido** (schweiz. Botschafter in Beirut, ab September 1965 in Warschau) dodis.ch/P161, **72, 131, 164**
- Keller, Guy de** (schweiz. Botschafter in Akkra) dodis.ch/P2480, **7**
- Keller, Hans** (schweiz. Botschafter in Peking) dodis.ch/P184, **30, 43, 71, 98, 101, 144, 157, 167, 175**
- Keller, Oskar** (Chef der Kriegsmaterialverwaltung des EMD) dodis.ch/P42019, **18**
- Keller, René** (schweiz. Botschafter in Ankara) dodis.ch/P1109, **34, 50, 55, 69**
- Kellermann, Henry J.** (Botschaftsrat der USA in Bern) dodis.ch/P37475, **77, 96**
- Kennedy, John Fitzgerald** (ehem. Staatspräsident der USA) dodis.ch/P13582, **2, 16, 76, 110, 132**
- Khatri, Padma Bahadur** (Generalsekretär des nepalesischen Aussenministeriums) dodis.ch/P41773, **93**
- Khider, Mohamed** (algerischer Oppositioneller im Exil) dodis.ch/P15558, **41, 165**
- Kim Ben Dik** (nordkoreanischer Botschafter in Moskau) dodis.ch/P41545, **184**
- Kim Byung Hwan** (Präsident der Korea Watch Association) dodis.ch/P41558, **124**
- Kirchschläger, Rudolf** (Rechtsberater des österreichischen Aussenministeriums) dodis.ch/P15488, **13**
- Kirilenko, Andrei Pawlowitsch** (Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU) dodis.ch/P41479, **151**
- Klaus, Josef** (österreichischer Bundeskanzler) dodis.ch/P15312, **63, 108, 148, 164**
- Klein, Willy** (Mitglied der schweiz. Delegation bei der ITU) dodis.ch/P39304, **115**
- Klička, Otto** (stv. tschechoslowakischer Aussenminister) dodis.ch/P39212, **179**
- Klotz, Georg** (Mitglied des Befreiungsausschuss Südtirol) dodis.ch/P42046, **20**
- Knüsi, Jacques** (schweiz. Konsul in Salisbury) dodis.ch/P15181, **43, 113, 130**
- König, Walter** (Nationalrat) dodis.ch/P41991, **18**
- Kohli, Robert** (ehem. Generalsekretär und Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P97, **112, 175**
- Komarow, Nikolai Dmitrijewitsch** (stv. sowjetischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P41492, **151**
- Kostoussow, Anatoli Iwanowitsch** (sowjetischer Minister für Werkzeugmaschinen und Instrumentenbauindustrie) dodis.ch/P41488, **151**
- Kossygin, Alexei Nikolajewitsch** (Erster stv. sowjetischer Ministerpräsident, ab Oktober 1964 Ministerpräsident) dodis.ch/P15549, **47, 151**
- Koszutski, Józef** (polnischer Botschafter in Bern bis Juni 1964) dodis.ch/P14048, **61**
- Krafft, Matthias** (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P24549, **113**
- Krag, Jens Otto** (dänischer Premierminister) dodis.ch/P13841, **63**
- Kreisky, Bruno** (österreichischer Aussenminister bis April 1966) dodis.ch/P2507, **13, 63, 108, 164**

- Krejčí, Jan** (Mitarbeiter des tschechoslowakischen Finanzministeriums) dodis.ch/P41634, **179**
- Krell, Max** (stv. Chef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P41280, **68**
- Krishnamurti, R.** (Sektionschef in der UNO-Wirtschaftskommissionen für Asien und den fernen Osten) dodis.ch/P41957, **121**
- Kropczynski, Andrzej** (Sohn von T. Kropczynski) dodis.ch/P41644, **47**
- Kropczynski, Tadeusz** (ab September 1964 polnischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P27283, **47, 131**
- Khrouchtchev, Nikita Sergejewitch**, cf. Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch
- Kutschmin, Maxim Fjodorowitsch** (sowjetischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P41524, **52**
- Kutschmina, Sinaida Sergejewna** (Ehefrau von M. F. Kutschmin) dodis.ch/P41790, **52**
- Kuenzy, Fred** (Chef der Kriegstechnischen Abteilung des EMD) dodis.ch/P9852, **18, 159**
- Künzi, Rudolf** (Chef eines Projekts der schweiz. technischen Zusammenarbeit in Indien) dodis.ch/P37541, **74**
- Kuo Yu-shou** (taiwanesischer Kulturattaché in Brüssel) dodis.ch/P41338, **167, 175**
- Kural, Adnan** (türkischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P41295, **55**
- Kuroyanagi, Akira** (japanischer Politiker) dodis.ch/P42091, **137**
- Kurz, Hans Rudolf** (stv. Chef der Militärverwaltung des EMD, ab 1966 Chef des Pressedienstes des EMD) dodis.ch/P24793, **45, 137**
- Lalive, Jean-Flavien** (Anwalt des Tibet Bureau in Genf) dodis.ch/P15735, **5**
- Lall, K. B.** (Mitarbeiter des indischen Aussenministeriums) dodis.ch/P37601, **123**
- Lancoud, Charles** (Mitglied der schweiz. Delegation bei der ITU) dodis.ch/P16285, **115**
- Landolt, Emil** (Zürcher Stadtpräsident) dodis.ch/P36187, **27**
- Lange, Gunnar** (schwedischer Wirtschaftsminister) dodis.ch/P16745, **65, 99**
- Langenbacher, Heinz** (Sektionschef in der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD, Mitglied der schweiz. Delegation bei der ITU) dodis.ch/P5076, **3 6, 104, 115, 155, 169**
- Langenberger, Alfred** (Generaldirektor der PTT, Mitglied der schweiz. Delegation bei der ITU) dodis.ch/P15114, **115**
- Längert, Willi** (Handlungsbevollmächtigter für die Schweiz des Ministeriums für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR) dodis.ch/P41577, **82**
- Languetin, Pierre** (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P16455, **65, 127, 140, 182**
- Lebœuf, Elie** (Dienstchef für internationale Beziehungen bei der Generaldirektion für Steuern im französischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums) dodis.ch/P41598, **125**
- Léchoth, Ernst Henri** (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P2434, **19, 114, 163**
- Lee Kuan Yew** (singapurischer Premierminister) dodis.ch/P37689, **70**
- Leemann, Jacob** (Direktor der Schweizerischen Nationalbank) dodis.ch/P3104, **150**
- Leibbrand, Kurt** (ehem. Professor für Eisenbahn- und Verkehrswesen an der ETH Zürich) dodis.ch/P20590, **35**
- Leippert, Max Josef** (Adjunkt der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P40105, **69, 149, 171**
- Lemass, Seán** (irischer Premierminister) dodis.ch/P15293, **31**
- Lempen, Robert** (Botschaftsrat der schweiz. Delegation bei der OECE) dodis.ch/P2749, **38**
- Lenz, Charles** (Direktor der Zollverwaltung des EFZD) dodis.ch/P10147, **44**
- Lepori, Guido** (schweiz. Botschafter in Belgrad) dodis.ch/P2699, **59, 182**
- Lerena, Fernando** (Berater für wirtschaftliche Angelegenheiten des argentinischen Konsulats in Genf) dodis.ch/P41948, **114**
- Lessetschko, Michail Awksentjewitsch** (stv. sowjetischer Ministerpräsident) dodis.ch/P41484, **151**
- Leu, Joseph** (Nationalrat) dodis.ch/P12412, **18**
- Leuenberger, Hermann** (Nationalrat) dodis.ch/P12227, **48**
- Levavi, Arye** (Generalsekretär des israelischen Aussenministeriums) dodis.ch/P14779, **112**
- Li Ching-chuan** (chinesischer Botschafter in Bern bis März 1966) dodis.ch/P14058, **167, 175**
- Li Chu-sheng** (chinesischer Diplomat) dodis.ch/P41235, **167, 175**

- Li Yen-ming** (chinesischer Korrespondent der «Hsinhua») dodis.ch/P41520, **30**
- Liechtenstein, Franz Josef II. von und zu** (Regierender Fürst von Liechtenstein) dodis.ch/P13409, **85**
- Liechtenstein, Georgine von und zu** (Ehefrau von F. J. von und zu Liechtenstein) dodis.ch/P5154, **85**
- Lindt, August Rudolf** (Delegierter für Technische Zusammenarbeit des EPD, ab Dezember 1966 schweiz. Botschafter in Moskau) dodis.ch/P83, **24, 27, 34, 40, 42, 63, 74, 79, 89, 90, 93, 95, 96, 97, 100, 104, 112, 133, 134, 139, 141, 148, 158, 161, 162, 173, 178, 184**
- Locher, Fritz** (Chef der Telephon- und Telegraphenabteilung des Fernmeldedepartements des EVED, Mitglied der schweiz. Delegation bei der ITU) dodis.ch/P16286, **115**
- Locher, Kurt** (Vizedirektor in der Steuerverwaltung des EFZD) dodis.ch/P9761, **44, 64, 92, 125, 177**
- Lohner, Ernst** (Zürcher Staatsanwalt) dodis.ch/P41590, **147**
- Lojendio Irure, Juan Pablo de** (spanischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P14153, **86, 153**
- Long, Olivier** (Delegierter für Handelsverträge und Chef der Schweizerischen Delegation bei der EFTA) dodis.ch/P1110, **8, 12, 26, 89, 99, 138, 140, 165, 168, 182**
- Loschtschakow, Alexander Iwanowitsch** (sowjetischer Botschafter in Bern bis Dezember 1965) dodis.ch/P39151, **14, 51, 52, 61**
- Loschtschakowa, Jelena Wassiljewna** (Ehefrau von A. I. Loschtschakow) dodis.ch/P41787, **52**
- Ludwig, Max Beat** (Adjunkt der Sektion für internationales Steuerrecht und Doppelbesteuerungssachen der Steuerverwaltung des EFZD) dodis.ch/P16733, **68, 92, 177**
- Lukanov, Karlo** (bulgarischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P15200, **61**
- Lurie, Ted R.** (Chefredaktor der «Jerusalem Post») dodis.ch/P41815, **57**
- Lusser, Markus** (Zürcher Staatsanwalt) dodis.ch/P22765, **68**
- Lusser, Augustin** (Ständerat) dodis.ch/P1505, **18**
- Lusser, Milan** (Adjunkt der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P35089, **182**
- Lüthi, Hellmuth** (Chef eines Projekts der schweiz. technischen Zusammenarbeit in Indien) dodis.ch/P41515, **74, 112**
- Luy, Marcel** (Mitarbeiter des EPD, ab Dezember 1964 Chef der Schweizerdelegation der NNSC, ab September 1965 Geschäftsträger a. i. des schweiz. Konsulats in Saigon, ab März 1966 Geschäftsträger a. i. in Dar es Salaam) dodis.ch/P2761, **38, 46, 116, 135**
- Lynch, Jack** (irischer Handelsminister, ab November 1966 Premierminister) dodis.ch/P15456, **31**
- Macleod, Iain Norman** (britischer Politiker) dodis.ch/P39512, **99**
- Macnaughton, Alan** (Präsident des kanadischen Unterhauses) dodis.ch/P37718, **81**
- Mäder, Elmar** (Chef der Fremdenpolizei des EJPD) dodis.ch/P2925, **35, 37, 59, 86, 126**
- Maglaque, A.** (Sekretär der UNO-Wirtschaftskommissionen für Asien und den fernen Osten) dodis.ch/P41958, **121**
- Maillard, André** (schweiz. Botschaftssekretär in Washington) dodis.ch/P15384, **58, 101**
- Maitre, Yves** (Nationalrat) dodis.ch/P41992, **18**
- Makusa, Anastaso** (Präsident der ruandischen Nationalversammlung) dodis.ch/P42131, **24**
- Malley, Simon** (Journalist) dodis.ch/P42227, **120**
- Mandela, Nelson** (südafrikanischer Widerstandskämpfer des African National Congress) dodis.ch/P31876, **97**
- Manz, Hans** (stv. Chef der Eidg. Bankenkommision) dodis.ch/P41281, **68**
- Maoui, Abdelaziz** (Generalsekretär des algerischen Aussenministerium) dodis.ch/P41877, **165**
- Mao Zedong** (Vorsitzender der Kommunistischen Partei Chinas) dodis.ch/P12354, **104, 157, 167, 175**
- Marcionelli, Arturo** (schweiz. Botschafter in Kinshasa) dodis.ch/P1144, **42**
- Marcuard, Sigismund** (schweiz. Botschafter in Algier, ab Dezember 1966 Delegierter für Technische Zusammenarbeit) dodis.ch/P688, **149, 165, 167**
- Mardam, Zouhier** (Verwaltungsratsmitglied der Arabischen Handelsbank AG) dodis.ch/P41622, **57**
- Margolies, Henry** (Präsident der Elgin Watch Company) dodis.ch/P41284, **11**

- Marguth, Mario** (stv. Chef des Personellen der Schweizer Armee des EMD) dodis.ch/P36299, **135**
- Marian-Polli, Elisabeth** (schweiz.-rumänische Doppelbürgerin) dodis.ch/P39551, **21**
- Marjoribanks, James Alexander Milne** (Unterstaatssekretär im britischen Aussenministerium) dodis.ch/P41607, **56**
- Markees, Curt Alfred** (Sektionschef der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P15785, **68**
- Martel, Wilfried** (Sektionschef im EDI) dodis.ch/P13540, **27**
- Marti, Hans** (Vizedirektor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P690, **82, 121, 148**
- Martin, Jimmy** (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Kuala Lumpur) dodis.ch/P1558, **98, 173, 183**
- Martin, Paul** (kanadischer Aussenminister) dodis.ch/P41418, **170**
- Martin, Victor** (schweiz. Botschaftsrat in Washington) dodis.ch/P1470, **16, 101**
- Martinez, Gabriel** (Direktor im argentinischen Aussenhandelsministerium) dodis.ch/P41947, **114**
- Masset, Charles** (schweiz. Generalkonsul in Saigon) dodis.ch/P2753, **2, 100**
- Masnata, Albert** (Direktor der schweizerischen Zentrale für Handelsförderung des EVD) dodis.ch/P2566, **82**
- Maudling, Reginald** (britischer Finanzminister) dodis.ch/P13961, **99**
- Maurer, Ion Gheorghe** (rumänischer Ministerpräsident) dodis.ch/P15323, **108, 143**
- Maurice, Robert** (schweiz. Botschafter in Kairo) dodis.ch/P118, **57**
- Mayland, René** (Adjunkt der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P28333, **168**
- McCarthy, James Charles Brendan** (Generalsekretär des irischen Handelsministeriums) dodis.ch/P41603, **31**
- McDiarmid, John** (Resident Representative der UNO in Indien) dodis.ch/P41495, **112**
- Meier, Ludwig** (Sektionschef in der Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten des EPD) dodis.ch/P2746, **146**
- Meier, Max** (schweiz. Konsul in Kapstadt) dodis.ch/P702, **181**
- Meier, Rudolf** (Zürcher Regierungsrat, Ständerat) dodis.ch/P12326, **118, 177**
- Meier, Hedwig** (Ehefrau von R. Meier) dodis.ch/P42188, **118**
- Melendez, Roberto** (stv. kubanischer Protokollchef) dodis.ch/P41406, **2**
- Meyer, Albert** (Vizedirektor der Eidg. Militärverwaltung des EMD) dodis.ch/P17361, **28, 29, 60**
- Micheli, Pierre** (Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P86, **1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 14, 19, 20, 21, 22, 23, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 32, 34, 38, 39, 40, 41, 43, 44, 45, 47, 48, 49, 51, 52, 53, 55, 56, 57, 59, 60, 61, 62, 64, 65, 66, 68, 69, 70, 73, 75, 77, 79, 81, 82, 84, 85, 86, 90, 91, 93, 95, 96, 97, 98, 100, 101, 105, 108, 111, 112, 113, 114, 120, 121, 123, 125, 126, 130, 131, 135, 136, 137, 138, 140, 141, 143, 144, 145, 147, 148, 149, 150, 152, 153, 154, 155, 156, 159, 161, 164, 165, 166, 167, 171, 174, 175, 176, 178, 181, 182, 184**
- Mickey, Paul F.** (leitender Mitarbeiter von Steptoe & Johnson) dodis.ch/P17727, **11**
- Micombero, Michel** (burundischer Premierminister) dodis.ch/P42246, **178**
- Miesch, Hans** (schweiz. Botschaftsrat in Tokio) dodis.ch/P2757, **43, 124, 133**
- Miller, John Duncan** (Direktor des europäischen Bureaus der Weltbank) dodis.ch/P41736, **90**
- Minty, Abdul Samad** (Sekretär der Anti-Apartheid Bewegung) dodis.ch/P41785, **97**
- Missoffe, François** (französischer Botschafter in Tokio) dodis.ch/P41543, **85**
- Missoffe, Hélène** (Ehefrau von F. Missoffe) dodis.ch/P41572, **85**
- Mitic, Max** (österreichischer Journalist) dodis.ch/P41719, **13**
- Mládek, Jiří** (Chef des Rechtsdienstes im tschechoslowakischen Finanzministerium) dodis.ch/P41651, **179**
- Mobutu, Joseph Désiré** (Generalstabschef, ab 1965 Präsident von Kongo Kinshasa) dodis.ch/P27678, **42**
- Moc, Gaston** (tschechoslowakischer Botschaftssekretär in Bern) dodis.ch/P41635, **179**
- Modinos, Polys** (stv. Generalsekretär des Europarats) dodis.ch/P41721, **141**
- Moeckli, Theo** (Mitarbeiter der Generaldirektion der PTT, Mitglied der schweiz. Delegation bei der ITU) dodis.ch/P41978, **115**

- Mohr, Ernst-Günther** (Botschafter der BRD in Buenos Aires) dodis.ch/P14041, **8**
- Monnat, René Charles** (Mitarbeiter der Generaldirektion der PTT, Mitglied der schweiz. Delegation bei der ITU) dodis.ch/P41982, **115**
- Moos, Ludwig von** (Bundesrat, Vorsteher des EJPD, 1964 Bundespräsident) dodis.ch/P2815, **10, 15, 18, 22, 24, 26, 35, 40, 41, 72, 86, 102, 118, 126, 149, 171, 174, 180**
- Morand, Oswald** (schweiz. Generalkonsul in São Paulo, ab 1966 Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P2117, **8, 26, 109, 114, 138, 150, 156, 163, 165, 179, 182**
- Morcillo González, Casimiro** (Erzbischof von Madrid) dodis.ch/P42268, **39**
- Möri, Jean** (Zentralsekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes) dodis.ch/P31934, **153**
- Moser, Emilio** (Vizedirektor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P14195, **44, 43, 121, 168**
- Moser, Friedrich** (Mitarbeiter des Rechtsdienstes des EPD) dodis.ch/P15429, **179**
- Mossaz, Lucien** (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Bagdad) dodis.ch/P2648, **57, 75, 148, 176**
- Motta, Cristoforo** (Vizedirektor des Bundesamts für Sozialversicherung des EDI) dodis.ch/P12953, **69, 149, 171**
- Mottier, Edgar** (Chef der Justizabteilung des EJPD) dodis.ch/P731, **118**
- Mpakaniye, Lazare** (ruandischer Aussenminister bis 1965) dodis.ch/P41813, **24**
- Muggler, Stephanie Ida** (Ordensschwester) dodis.ch/P41224, **167**
- Mulindahabi, Calliope** (Minister der ruandischen Nationalgarde) dodis.ch/P42129, **24**
- Muller, Georges** (Mitarbeiter der Steuerverwaltung des EFZD) dodis.ch/P42029, **125, 177**
- Muller, Hilgard** (südafrikanischer Aussenminister) dodis.ch/P31944, **105, 181**
- Müller, Bernhard** (Chef der Allgemeinen Verwaltung der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P16652, **68**
- Müller, Bruno** (Vizedirektor der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P2688, **90, 114**
- Müller, Edmond** (Mitarbeiter des Auslandschweizersekretariats der Neuen Helvetischen Gesellschaft) dodis.ch/P42123, **106**
- Müller, Emil** (Ständerat) dodis.ch/P8493, **18**
- Münch, Hans** (schweiz. Rechtsanwalt) dodis.ch/P41589, **147**
- Muret, André** (Nationalrat) dodis.ch/P12430, **7, 176**
- Mürner, Emanuel** (Direktor der Schweizerischen Verrechnungsstelle) dodis.ch/P173, **32**
- Musy, Luciano** (schweiz. Botschaftsrat in New York, ab 1964 diplomatischer Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten, ab 1965 bis März 1966 Chef der Schweizerdelegation der NNSC) dodis.ch/P2689, **1, 135, 156**
- Muyden, Claude van** (ab März 1966 Chef der Schweizerdelegation der NNSC) dodis.ch/P747, **135**
- Naef, Wilhelm** (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P41716, **28**
- Nänny, Hans** (Ständerat) dodis.ch/P42491, **18**
- Nasser, Gamal** (ägyptischer Staatspräsident) dodis.ch/P17767, **40**
- Natural, Albert** (schweiz. Botschaftsrat in Washington) dodis.ch/P2696, **14**
- Naville, René** (ehem. schweiz. Botschafter in Peking) dodis.ch/P133, **175**
- Ndizeye, Ntare V Charles** (König von Burundi) dodis.ch/P41812, **178**
- Neeser, Johann** (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P41714, **28**
- Nehru, Kamala** (Ehefrau von J. Nehru) dodis.ch/P16865, **112**
- Nesterow, Michail Wassiljewitsch** (Vorsitzender der sowjetischen Handelskammer) dodis.ch/P41490, **151**
- Neubert, Heinz** (Staatsangehöriger der DDR) dodis.ch/P41595, **147**
- Nguyễn Văn Kinh** (nordvietnamesischer Botschafter in Moskau) dodis.ch/P41544, **184**
- Nicollier, Alain** (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P22245, **111**
- Nilsson, Torsten** (schwedischer Aussenminister) dodis.ch/P13823, **66, 73, 108, 160**
- Nobs, Alfred** (ehem. Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P2672, **179**
- Nosbusch, Marcel** (Mitarbeiter des luxemburgischen Ministeriums für Arbeit und soziale Sicherheit) dodis.ch/P42347, **171**
- Nossenko, Juri Iwanowitsch** (Experte der sowjetischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz) dodis.ch/P41528, **14**
- Nowikow, Ignati Trofimowitsch** (stv. sowjetischer Ministerpräsident) dodis.ch/P41485, **151**

- Nussbaumer, Pierre André** (Chef des Finanz- und Wirtschaftsdienstes der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P2824, **183**
- Nyerere, Julius Kambarage** (tansanischer Staatspräsident) dodis.ch/P31963, **178**
- Obrecht, Hermann** (Alt Bundesrat, ehem. Vorsteher des EVD) dodis.ch/P2865, **108**
- Obrecht, Karl** (Ständerat) dodis.ch/P11831, **64**
- Ochsenbein, Claude** (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Antananarivo) dodis.ch/P17212, **26, 57**
- Odermatt, Joseph** (Nationalrat) dodis.ch/P41993, **18**
- Oetterli, Max** (Erster Sekretär der Schweizerischen Bankiervereinigung) dodis.ch/P1219, **68, 177**
- Oettingen, Hans von** (Staatsangehöriger der DDR) dodis.ch/P41587, **147**
- Oettingen-Amstutz, Isabella von** (Ehefrau von H. von Oettingen) dodis.ch/P41591, **147**
- Olah, Franz** (österreichischer Innenminister) dodis.ch/P15313, **13**
- Oñativia, Arturo** (argentinischer Gesundheitsminister) dodis.ch/P41559, **114**
- Opplinger, Pierre** (Mitarbeiter der schweiz. Europahilfe und Chef eines Projekts der Technischen Zusammenarbeit in Indien) dodis.ch/P35162, **74**
- O'Rafferty, Teddy** (Generalsekretär des irischen Erziehungsministeriums) dodis.ch/P41602, **31**
- Orlich Bolmarcich, Francisco José** (costaricanischer Staatspräsident) dodis.ch/P41537, **163**
- Oser, Charles** (schweiz. Bundeskanzler) dodis.ch/P1127, **15, 18, 26, 121, 141, 173, 180**
- Ott, Max** (schweiz. Geschäftsmann) dodis.ch/P1223, **81**
- Oustinov, Dmitri Fiodorovitch**, cf. Ustinow, Dmitri Fjodorowitsch
- Ovando Candía, Alfredo** (bolivianischer Staatspräsident) dodis.ch/P41469, **49**
- Pakenham, Francis Aungier** (britischer Lord-siegelbewahrer) dodis.ch/P6466, **56**
- Palewsky, Gaston** (Präsident des französischen Verfassungsgerichts) dodis.ch/P777, **85**
- Pankow, Juri Nikolajewitsch** (Mitarbeiter des Zentralkomitees der KPdSU) dodis.ch/P41511, **27**
- Papini, Italo** (italienischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P40719, **53**
- Parodi, André** (schweiz. Botschafter in Prag) dodis.ch/P130, **21, 179**
- Patolitschew, Nikolai Semjonowitsch** (sowjetischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P40951, **51, 151**
- Paz-Extensoro, Victor** (bolivianischer Staatspräsident) dodis.ch/P14545, **19**
- Pearson, Lester Bowles** (kanadischer Premierminister) dodis.ch/P1483, **6, 170**
- Peccei, Aurelio** (italienischer Industrieller) dodis.ch/P41852, **8**
- Pedotti, Georges** (Unterabteilungschef des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P17073, **4, 86**
- Pelsche, Arwid Janowitsch** (Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU) dodis.ch/P41480, **151**
- Pérez de Cuéllar, Javier** (peruanischer Botschafter in Bern, ab Juni 1966 Generalsekretär des peruanischen Aussenministeriums) dodis.ch/P31981, **158**
- Perraudin, André** (schweiz. Erzbischof von Ruanda) dodis.ch/P24381, **178**
- Perraudin, Gabriel** (schweiz. Ingenieur) dodis.ch/P41445, **158**
- Pestalozzi, Richard** (Stellvertreter des Delegierten für Technische Zusammenarbeit) dodis.ch/P2691, **63, 89, 100, 103, 104, 133, 139, 141, 148, 173**
- Petitpierre-de Rougemont, Antoinette** (Ehefrau von M. Petitpierre) dodis.ch/P2600, **52**
- Petitpierre, Max** (Alt Bundesrat, ehem. Vorsteher des EPD) dodis.ch/P5, **1, 40, 43, 52, 66, 88, 104, 106, 130, 136, 167, 175**
- Petri, C. J. Lennart** (schwedischer Botschafter in Peking) dodis.ch/P30795, **71**
- Peyrefitte, Alain** (französischer Informationsminister) dodis.ch/P27419, **85**
- Phala Thubten Wonden** (Persönlicher Repräsentant des Dalai Lama für Europa) dodis.ch/P41049, **30**
- Phan Van Thinh** (südvietnamesischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P40921, **116**
- Pianca, Francis** (Mitarbeiter der Abteilung für Internationale Organisationen des EPD, ab 1966 schweiz. Botschaftsrat in Moskau) dodis.ch/P16365, **50, 151**
- Pictet, François** (schweiz. Botschaftsrat in Ankara) dodis.ch/P17262, **69**

- Pildain y Zapiain, Antonio** (Bischof von Las Palmas) dodis.ch/P42270, **39**
- Pla y Deniel, Enrique** (spanischer Primas, Erzbischof von Toledo) dodis.ch/P42279, **39**
- Plaja, Eugenio** (Abteilungschef im italienischen Aussenministerium) dodis.ch/P34994, **53**
- Pochon, Charles F.** (Sektionschef in der Finanzkontrolle im EFZD, Mitglied der schweiz. Delegation bei der ITU) dodis.ch/P41981, **115**
- Pogaçe, Josif** (albanischer Botschafter in Havanna) dodis.ch/P41553, **91**
- Poljanski, Dmitri Stepanowitsch** (Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU und Erster stv. sowjetischer Ministerpräsident) dodis.ch/P40950, **151**
- Poniatowski, Michel** (hoher französischer Beamter) dodis.ch/P16201, **125**
- Popescu-Borel, Mirceau Marcel** (rumänischer Staatsangehöriger) dodis.ch/P39550, **21**
- Poretti, Guelfo** (wissenschaftlicher Sekretär der Konsultativkommission des Bundesrates für Raumforschungsfragen) dodis.ch/P42324, **88**
- Prader, Georg** (österreichischer Verteidigungsminister) dodis.ch/P15479, **63**
- Prebisch, Raúl** (Generalsekretär der UNCTAD) dodis.ch/P35169, **40**
- Probst, Raymond** (Sektionschef in der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD und Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P11, **7, 10, 16, 19, 20, 23, 27, 28, 33, 34, 40, 41, 42, 43, 45, 49, 52, 54, 55, 57, 60, 62, 69, 75, 76, 77, 81, 84, 86, 93, 94, 98, 101, 104, 105, 120, 130, 138, 141, 144, 145, 146, 152, 154, 156, 157, 159, 161, 165, 176, 178**
- Promyslow, Wladimir Fjodorowitsch** (Bürgermeister der Stadt Moskau) dodis.ch/P41506, **27**
- Puaux, Anne** (Ehefrau von F. Puaux) dodis.ch/P41574, **85**
- Puaux, François** (Chef der Abteilung für europäische Fragen im französischen Aussenministerium) dodis.ch/P41573, **85**
- Ruedi, Jacques** (schweiz. Botschaftsrat in Paris) dodis.ch/P2809, **114**
- Pugliese, Juan Carlos** (argentinischer Wirtschaftsminister) dodis.ch/P41417, **108, 114**
- Purves, James Grant** (britischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P42015, **138, 154**
- Quendoz, Raymond** (Mitarbeiter der schweiz. Botschaft in Havanna) dodis.ch/P16073, **146**
- Qureshi, Anwar Iqbal** (Berater für wirtschaftliche Angelegenheiten des pakistanischen Finanzministeriums, Mitglied der UNO-Wirtschaftskommissionen für Asien und den fernen Osten) dodis.ch/P41955, **121**
- Rác, Lajos** (ungarischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P41425, **174**
- Rahi, Michel** (Direktor des Weltpostvereins ab 1966) dodis.ch/P40924, **155**
- Rajaratnam, Sinnathamby** (singapurischer Aussenminister ab August 1965) dodis.ch/P41429, **98**
- Ramseyer, Paul-André** (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P16040, **40**
- Rapacki, Adam** (polnischer Aussenminister) dodis.ch/P15318, **164**
- Rasmussen, Knud W.** (dänischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P41586, **183**
- Rauf, Mohamed Abdul** (indischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P14141, **3**
- Real, Friedrich** (schweiz. Botschafter in Lagos) dodis.ch/P141, **28**
- Rebord, Robert** (Direktor der TRAFIPRO) dodis.ch/P42067, **89, 178**
- Redli, Markus** (Direktor der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P17067, **114, 128, 155**
- Regamey, Constantin** (Komponist und Professor für Sprachwissenschaft an den Universitäten von Freiburg und Lausanne) dodis.ch/P41436, **131**
- Reinhardt, Eberhard** (Generaldirektor der Schweizerischen Kreditanstalt) dodis.ch/P24, **8, 119**
- Reiser, Pedro** (schweiz. Staatsangehöriger, wohnhaft in Peru) dodis.ch/P41474, **158**
- Rentsch, Hans Ulrich** (Sektionschef beim Delegierten für Technische Zusammenarbeit) dodis.ch/P6724, **100**
- Retornaz, René** (Sekretär des Verbandes der Schweizerischen Uhrenindustrie) dodis.ch/P25311, **31**
- Révay, George** (ungarischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Paris) dodis.ch/P41562, **85**
- Reverdin, Olivier** (Nationalrat) dodis.ch/P11967, **55**
- Revilliod, Jean-François** (schweiz. Botschaftsrat in London, ab September 1965)

- schweiz. Botschafter in Jakarta) dodis.ch/P2747, **71, 95**
- Rey, Martin** (Mitarbeiter eines Projekts der schweiz. technischen Zusammenarbeit in Indien) dodis.ch/P41518, **74**
- Rham, Jean de** (schweiz. Botschafter in Tokio) dodis.ch/P844, **12, 43, 95, 121, 124, 133, 135, 137**
- Richard, Jean Charles August** (ehem. Chef der Abteilung für Fremde Interessen des EPD, schweiz. Botschaftsrat in Mexiko) dodis.ch/P135, **2, 107**
- Riemann, Hans** (dänischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P41585, **183**
- Riesen, Armin** (Departementssekretär des EJPD) dodis.ch/P7662, **35**
- Riva, Guido** (Adjunkt des Rechtsdienstes des EPD) dodis.ch/P2734, **44**
- Roa Garcia, Raúl** (kubanischer Aussenminister) dodis.ch/P26830, **2**
- Rochat, Solange** (schweiz. Staatsangehörige) dodis.ch/P41842, **83**
- Roches, Louis** (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P11698, **1, 32, 46, 51, 61, 143, 182**
- Rodriguez, Arnoldo** (Vizeminister des kubanischen Aussenministeriums) dodis.ch/P39269, **2**
- Roll, Sir Eric** (Unterstaatssekretär im britischen Aussenministerium) dodis.ch/P41605, **65**
- Romero, Fernando** (Direktor des SENATI) dodis.ch/P41475, **158**
- Ronning, Chester Alvin** (kanadischer Botschafter, Vermittler in Hanoi) dodis.ch/P41277, **157**
- Roth, William Matson** (Botschafter der USA) dodis.ch/P41330, **110**
- Rothenbühler, Fritz** (Sekretär des Vororts) dodis.ch/P14589, **114**
- Rossat, Julien** (schweiz. Botschafter in Dublin) dodis.ch/P109, **31, 69, 92, 171**
- Rossel, Jean** (Physikprofessor an der Universität Neuenburg) dodis.ch/P28836, **88**
- Rossi, Henri** (schweiz. Botschaftssekretär in Warschau) dodis.ch/P15382, **32**
- Roulet, Odile** (Chefin der Association suisse d'Entraide au Pérou) dodis.ch/P35204, **134, 158**
- Rudnew, Konstantin Nikolajewitsch** (sowjetischer Minister für Gerätebau, Automation und Steuerungssysteme) dodis.ch/P41489, **151**
- Rüedi, Jacques** (schweiz. Botschaftsrat in Paris) dodis.ch/P2809, **125, 168**
- Rüegger, Paul** (Mitglied des IKRK und Lehrbeauftragter an der Universität Genf) dodis.ch/P88, **40, 71**
- Rukeba, François** (ruandischer Oppositioneller im Exil) dodis.ch/P42065, **24**
- Rusk, Dean** (Aussenminister der USA) dodis.ch/P12696, **1, 16, 76, 77, 132, 157**
- Rutschi, Rudolf** (Mitglied des Verwaltungsrats der ITU, Mitglied der schweiz. Delegation bei der ITU) dodis.ch/P41976, **115**
- Safra, Edmond** (brasilianischer Bankier) dodis.ch/P42257, **57**
- Sands, Harry James** (Mitglied in der UNCMAC für die USA) dodis.ch/P41571, **135**
- Saragat, Giuseppe** (italienischer Aussenminister, ab Dezember 1964 italienischer Staatspräsident) dodis.ch/P2954, **53**
- Sattar, Abdul** (maledivischer Botschafter in Colombo) dodis.ch/P41428, **139**
- Sausser, Fritz** (Chef der Finanzabteilung der PTT) dodis.ch/P41629, **155**
- Sausser, Willy** (Nationalrat) dodis.ch/P25402, **16**
- Saxer, Arnold** (Chef des Bundesamtes für Sozialversicherung des EVD) dodis.ch/P884, **69, 153**
- Schäfer, Charles** (schweiz. Militärattaché in Wien) dodis.ch/P41932, **20**
- Schaffner, Hans** (Bundesrat, Vorsteher des EVD, 1966 Bundespräsident) dodis.ch/P1652, **1, 15, 18, 19, 37, 48, 50, 51, 56, 62, 63, 64, 69, 77, 79, 86, 99, 110, 111, 114, 119, 129, 131, 134, 136, 138, 144, 150, 151, 152, 153, 172, 180**
- Schaffner-Rudolf, Ruth** (Ehefrau von H. Schaffner) dodis.ch/P41434, **131**
- Schaffter, Roger** (Mitgründer und Mitglied des Rassemblement jurassien) dodis.ch/P40531, **141**
- Schaller, Alfred** (Nationalrat, 1966/67 Nationalratspräsident) dodis.ch/P11254, **54, 180**
- Schärf, Adolf** (österreichischer Staatspräsident bis 1965) dodis.ch/P15305, **167**
- Scheel, Detlev** (Generalkonsul der BRD in Singapur) dodis.ch/P41443, **70**
- Scheim, Ernst** (ehem. Adjunkt der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P889, **117**
- Schelepin, Alexander Nikolajewitsch** (stv. sowjetischer Ministerpräsident bis Dezember 1965, ab November 1964

- Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU) dodis.ch/P40945, **27, 61**
- Scherer, Paul** (ehem. Physikprofessor an der ETH Zürich) dodis.ch/P2154, **88**
- Scheuermeier, Arthur** (Vizedirektor eines Projekts der schweiz. technischen Zusammenarbeit in Indien) dodis.ch/P41527, **74**
- Schindler, Jean** (Chef des Personellen der Schweizer Armee des EMD) dodis.ch/P9849, **135**
- Schläpfer, Albert** (Nationalrat) dodis.ch/P41994, **18**
- Schmid, Werner** (Nationalrat) dodis.ch/P8767, **7, 28, 35, 72, 176**
- Schmidheiny, Max** (schweiz. Geschäftsmann) dodis.ch/P899, **23**
- Schmidlin, Théodore** (schweiz. Botschaftsrat in Köln) dodis.ch/P2644, **177**
- Schmidt, Orvis Adrian** (Direktor des Lateinamerikadepartements der Weltbank) dodis.ch/P26, **183**
- Schmidt-Krähenbühl, Inge** (deutsch-schweiz. Doppelbürgerin) dodis.ch/P41843, **83**
- Schmiedt, Otto** (Mitarbeiter des Ausserministeriums der BRD) dodis.ch/P40102, **35**
- Schnebli, Adolphe** (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P16869, **105, 182, 183**
- Schnyder, Felix** (Hoher Flüchtlingskommissar der UNO) dodis.ch/P84, **1, 42, 77, 101, 132, 144, 146, 150, 157, 173, 183**
- Schoch, Rudolf** (Mitarbeiter eines Projekts der schweiz. technischen Zusammenarbeit in Indien) dodis.ch/P41503, **74**
- Schoeman, Ben** (südafrikanischer Transportminister) dodis.ch/P41914, **105**
- Schön, Peter** (Redakteur der DDR-Fernsehzeitschrift «Funk und Fernsehen») dodis.ch/P41615, **83**
- Schröder, Gerhard** (Ausserminister der BRD) dodis.ch/P15206, **57**
- Schulthess, Emil** (Zürcher Grafiker und Fotograf) dodis.ch/P41225, **167**
- Schürch, Gerhart** (Berner Grossrat und Mitarbeiter des Auslandschweizersekretariats der Neuen Helvetischen Gesellschaft) dodis.ch/P2370, **106**
- Schürch, Oscar** (Direktor der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P920, **5, 166**
- Schürmann, Leo** (Nationalrat) dodis.ch/P16492, **18**
- Schürpf, W.** (Delegierter des Verbands schweiz. Versicherungsgesellschaften) dodis.ch/P41851, **114, 145**
- Schwegler, Walter** (Präsident des Direktors der Schweizerischen Nationalbank) dodis.ch/P924, **67, 138, 150, 156**
- Schweitzer, Pierre-Paul** (Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds) dodis.ch/P40153, **58**
- Schwendener, Werner** (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P41580, **183**
- Schwertfeger, Richard** (Mitarbeiter der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung) dodis.ch/P41858, **61**
- Scott, David Aubrey** (stv. britischer High Commissioner in New Delhi) dodis.ch/P42421, **112**
- Seidel, Annemarie** (schweiz. Staatsangehörige) dodis.ch/P41624, **143**
- Seifert, Otto Karl** (schweiz. Botschafter in Buenos Aires) dodis.ch/P120, **8, 114**
- Senghor, Léopold Sédar** (senegalischer Staatspräsident) dodis.ch/P2604, **170**
- Senn, Geoffrey Cassian** (Delegierter des IKRK) dodis.ch/P38542, **24**
- Serra, Etienne** (Chef des Protokolls der Politischen Abteilung des EPD bis August 1964, ab 1965 schweiz. Botschaftsrat in New Delhi) dodis.ch/P2683, **36, 72, 100, 112**
- Sihanouk, Norodom** (König von Kambodscha) dodis.ch/P14847, **71**
- Silbermann, Siegfried** (Leiter der Abteilung Film-Export/Import beim DDR-Fernsehen) dodis.ch/P41613, **83**
- Sinkler** (Leiter der amerikanischen Ankeruhrenindustrie) dodis.ch/P41283, **11**
- Šmejkal, Josef** (stv. Leiter des Rechtsdiensts des tschechoslowakischen Ausserministeriums) dodis.ch/P41633, **179**
- Smith, Ian** (rhodesischer Ministerpräsident) dodis.ch/P36196, **120, 138**
- Smithers, Peter** (Generalsekretär des Europarats) dodis.ch/P3099, **55**
- Soldati, Agostino** (schweiz. Botschafter in Paris, Delegierter des Bundesrates bei der OECE) dodis.ch/P87, **12, 40, 85, 121, 125, 136, 155, 164, 177**
- Soldati, Marguerite Ernestine Edmée** (Ehefrau von A. Soldati) dodis.ch/P41960, **85**
- Sonderegger, Ronald** (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P41861, **83**
- Song, Pascal** (Dolmetscher der schweiz. Botschaft in Peking) dodis.ch/P42092, **167**

- Sorin, Walerian Alexandrowitsch** (Vizeminister im sowjetischen Ausenministerium) dodis.ch/P11993, **27**
- Souček, Rudolf** (Mitarbeiter des tschechoslowakischen Ausenministeriums) dodis.ch/P39226, **61**
- Spandre, Mario** (italienischer Staatsangehöriger) dodis.ch/P41522, **94**
- Spescha-Montibert, Eduard** (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P42066, **24**
- Spröte, Wolfgang** (Dozent am Institut für Internationale Beziehungen der DDR) dodis.ch/P41618, **83**
- Spühler, Willy** (Bundesrat, Vorsteher des EVED, ab Januar 1966 Vorsteher des EPD) dodis.ch/P2111, **15, 16, 18, 40, 43, 49, 50, 71, 72, 73, 77, 78, 84, 95, 96, 100, 101, 104, 115, 119, 120, 130, 131, 132, 135, 136, 138, 140, 141, 142, 143, 144, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 155, 156, 157, 160, 161, 164, 165, 166, 167, 169, 170, 172, 173, 174, 175, 176, 178, 179, 180, 181**
- Spühler-Vogel, Anna Pauline** (Ehefrau von W. Spühler) dodis.ch/P41433, **131**
- Stadelhofer, Emile** (schweiz. Botschafter in Havanna) dodis.ch/P2647, **2, 9, 40, 50, 91, 101, 108, 145, 146**
- Stahelin, Adolf J.** (Direktor der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung) dodis.ch/P12051, **82, 151**
- Stähelin, Willy** (Thurgauischer Regierungsrat) dodis.ch/P42030, **177**
- Stauffer, Paul Friedrich** (Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P18787, **27, 36, 57, 120**
- Steiner, Edwin Albert** (schweiz. Konsul in Havanna, ab 1965 in Tanger) dodis.ch/P9841, **146**
- Steiner, Reinhold Otto** (Berater für Weltraumfragen der schweiz. Botschaft in Washington) dodis.ch/P35331, **88**
- Stepakow, Wladimir Iljitsch** (Abteilungsleiter im Zentralkomitee der KPdSU) dodis.ch/P41507, **27**
- Stern, Käthe** (DDR-Journalistin vom «Neuen Deutschland») dodis.ch/P41616, **83**
- Stettler, Michael** (Präsident der Stiftung Pro Helvetia) dodis.ch/P40550, **63, 117**
- Stevenson, Adlai Ewing** (Botschafter der USA bei der UNO) dodis.ch/P16798, **1**
- Stewart, Michael** (britischer Ausenminister von Januar 1965 bis August 1966) dodis.ch/P15449, **154**
- Stopper, Edwin** (Direktor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P972, **1, 9, 11, 19, 31, 32, 38, 44, 51, 62, 65, 79, 82, 87, 90, 91, 99, 100, 109, 114, 119, 121, 123, 124, 125, 133, 136, 138, 140, 148, 150, 151, 152, 153, 156, 163, 168, 173, 175, 183**
- Storchi, Ferdinando** (Unterstaatssekretär im italienischen Ausenministerium) dodis.ch/P25666, **53**
- Stoudmann, René** (schweiz. Botschafter in Karachi) dodis.ch/P1132, **43, 79, 98, 109, 152**
- Stoutz, Jean de** (schweiz. Botschafter in Tel-Aviv) dodis.ch/P2695, **12**
- Strebel, Charles** (Nationalrat) dodis.ch/P12410, **18**
- Studer, Eugen** (Unterstabschef der Generalstabsabteilung des EMD) dodis.ch/P15746, **15, 18**
- Studer, Jean** (schweiz. Generalkonsul in San Francisco) dodis.ch/P12376, **67**
- Sturzenegger, Hans** (schweiz. Bankier) dodis.ch/P2304, **81**
- Sukarno, Ahmed** (indonesischer Staatspräsident) dodis.ch/P12795, **3, 60, 95**
- Suter, Heinz** (schweiz. Generalkonsul in Singapur) dodis.ch/P19866, **70, 98**
- Sutermeister, Heinrich** (schweiz. Musiker) dodis.ch/P14567, **97**
- Sze Tsung-sing** (taiwanesischer Mitarbeiter bei der WHO) dodis.ch/P41342, **167, 175**
- Tamayo, O.** (Vertreter der Cuba Azucar Cie. in London) dodis.ch/P41394, **145**
- Tan Siew Sin** (malaysischer Finanzminister) dodis.ch/P37709, **183**
- Tang Hai-kuang** (Vizedirektor der westeuropäischen Abteilung des chinesischen Ausenministeriums) dodis.ch/P41230, **167**
- Teixeira Guerra, Ruy** (portugiesischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P14082, **4**
- Tethong, Tsewang** (Chef des Bureau of His Holiness the Dalai Lama in New Delhi) dodis.ch/P41222, **5**
- Tettamanti, Leopoldo Hugo** (Abteilungschef im argentinischen Ausenministerium) dodis.ch/P41531, **114**
- Thalmann, Ernesto A.** (schweiz. Beobachter bei der UNO, ab 1966 Chef der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P997, **7, 10, 40, 50, 103, 105, 111, 120, 130, 138, 141, 148, 155, 156, 161, 167, 169, 176**

- Thévenaz, Pierre** (Sektionschef in der Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten des EPD) dodis.ch/P2827, **107**
- Thévoz, Georges** (Nationalrat) dodis.ch/P41998, **18**
- Thierfelder, Rudolf** (Ministerialdirektor im Aussenministerium der BRD) dodis.ch/P42273, **177**
- Thondup, Gyalo** (Bruder von T. Gyatso, Aussenminister der tibetischen Exilregierung) dodis.ch/P41477, **112**
- Tito, Josip Broz** (jugoslawischer Staatspräsident und Vorsitzender des Bunds der Kommunisten Jugoslawiens) dodis.ch/P1002, **40**
- Toh Chin Chye** (stv. singapurischer Ministerpräsident) dodis.ch/P41431, **70**
- Tomić, Petar** (stv. Staatssekretär im jugoslawischen Aussenhandelsministerium) dodis.ch/P41556, **182**
- Tončić-Sorinj, Lujo** (österreichischer Aussenminister ab April 1966) dodis.ch/P15481, **63, 108, 148, 149, 164**
- Töndury, Jean-Eugène** (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P2113, **8, 17, 124**
- Torche, Paul** (Ständerat) dodis.ch/P11900, **161, 177**
- Torrenté, Henri de** (ehem. schweiz. Botschafter) dodis.ch/P82, **76**
- Torrione, Bernard** (Sektionschef in der Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten des EPD) dodis.ch/P4613, **34, 62**
- Tran Tu Binh** (nordvietnamesischer General und Diplomat) dodis.ch/P41806, **157**
- Tripet, André** (schweiz. Botschaftssekretär in Léopoldville) dodis.ch/P15115, **94**
- Tritten, Aymon** (Adjunkt der Rechtsabteilung des EVED, Mitglied der schweiz. Delegation bei der ITU) dodis.ch/P41983, **115**
- Troendle, Max** (schweiz. Botschafter in Moskau, ab April 1964 in Köln) dodis.ch/P80, **14, 52, 75, 99, 101, 119, 171, 177**
- Truman, Harry S.** (ehem. Staatspräsident der USA) dodis.ch/P1013, **76**
- Tsarapkin, Semion Konstantinowitch**, cf. Zarapkin, Semjon Konstantinowitch
- Tschaikowsky, Serge de** (französischer Handelsattaché in Bern) dodis.ch/P42150, **168**
- Tschang Kai-cheh** (taiwanesischer Staatspräsident) dodis.ch/P1017, **175**
- Tscharner, Benedikt von** (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P16824, **82, 182**
- Tschernjajew, Anatoli Sergejewitsch** (wissenschaftlicher Berater des Zentralkomitees der KPdSU) dodis.ch/P41512, **27**
- Tschudi, Hans Peter** (Bundesrat, Vorsteher des EDI, 1965 Bundespräsident) dodis.ch/P11670, **15, 18, 47, 96, 99, 102, 119, 141, 171, 180**
- Tschudi-Steiner, Irma** (Ehefrau von H. P. Tschudi) dodis.ch/P41435, **131**
- Tshombé, Moïse Kapenda** (Ministerpräsident Kongo Kinshasa bis 1965) dodis.ch/P27684, **40, 94**
- Tsui Chi-yuan** (chinesischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P37447, **30**
- Tuomioja, Sakari** (ehem. Sekretär der Europäischen Wirtschaftskommission) dodis.ch/P13230, **40**
- Turrettini, Bernard** (schweiz. Botschafter in Panama, ab April 1966 schweiz. Beobachter bei der UNO) dodis.ch/P2656, **40, 111, 120, 130, 138, 156, 181**
- Tyler, William** (Ministerialdirektor im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P1019, **1**
- Ueda, Tsudemitsu** (japanischer Generalkonsul in Singapur) dodis.ch/P41444, **70**
- Uhl, Othmar** (schweiz. Botschaftssekretär in New Delhi) dodis.ch/P16000, **112**
- Uhlmann, Ernst** (Oberstkorpskommandant der Schweizer Armee) dodis.ch/P39023, **52**
- Ulrich, Richard** (Adjunkt der allgemeinen Verwaltung des EFZD) dodis.ch/P1932, **89, 100**
- Undén, Östen** (ehem. schwedischer Aussenminister) dodis.ch/P1290, **66**
- Uri, Pierre** (französischer Ökonom) dodis.ch/P16644, **136**
- Urtubey, Hugo** (argentinischer Botschaftssekretär in Bern) dodis.ch/P41951, **114**
- Ustinow, Dmitri Fjodorowitsch** (Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU) dodis.ch/P41483, **151**
- U Thant, Sithu** (Generalsekretär der UNO) dodis.ch/P15551, **7, 10, 40, 120, 178**
- Vásquez Salas, Jorge** (peruanischer Aussenminister) dodis.ch/P41412, **158**
- Vermeil, Jean-Daniel** (Adjunkt der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P21245, **90, 168**
- Villiers, Jacobus Philippus de** (Staatssekretär im südafrikanischen Verteidigungsministerium) dodis.ch/P28305, **84**

- Vogel, Ulrich** (Adjunkt des Rechtsdienstes der Bundesanwaltschaft des EJPD) dodis.ch/P9560, **68**
- Vogel, Wolfgang** (Rechtsanwalt in der DDR) dodis.ch/P41209, **147**
- Vogt, Hannes** (schweiz. Geschäftsträger in La Paz) dodis.ch/P19463, **19, 49**
- Voirier, Henri** (ehem. schweiz. Generalkonsul in Algier, Generalkonsul in Strassburg) dodis.ch/P5489, **130**
- Vonmoos, Werner** (Direktor der Hochstrasser Ltd. in Istanbul) dodis.ch/P37780, **34, 55**
- Vontobel, William** (Nationalrat) dodis.ch/P12007, **54**
- Voyame, Joseph** (Direktor des Amtes für Geistiges Eigentum des EJPD) dodis.ch/P26467, **19**
- Vuillemin, Denis-Gilles** (schweiz. Mitarbeiter der UNESCO in Ruanda) dodis.ch/P42223, **24**
- Wacker, Alfred** (schweiz. Botschaftsrat in Brüssel) dodis.ch/P2760, **140**
- Wahlen, Friedrich Traugott** (Bundesrat, Vorsteher des EPD bis 1965) dodis.ch/P1047, **1, 2, 3, 4, 6, 7, 8, 10, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 21, 23, 25, 26, 29, 30, 35, 39, 40, 41, 43, 47, 48, 50, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 71, 72, 73, 75, 77, 79, 83, 85, 86, 87, 88, 90, 91, 93, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 104, 105, 106, 108, 109, 110, 111, 112, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 124, 126, 130, 133, 135, 136, 138, 141, 143, 144, 148, 149, 153, 155, 157, 160, 164, 167, 170, 171, 176, 180**
- Walther, Friedrich** (Stellvertreter des Chefs der schweiz. Delegation bei der EFTA) dodis.ch/P2991, **140**
- Wang Chin** (chinesischer Botschaftsrat, von März bis September 1966 Geschäftsträger a. i. in Bern) dodis.ch/P41219, **167**
- Wang Erh-kang** (Zweiter Sekretär der chinesischen Botschaft in Bern) dodis.ch/P41339, **167, 175**
- Wattenwyl, René von** (ehem. Chef der Kriegstechnischen Abteilung des EMD) dodis.ch/P1052, **18**
- Weber, Eduard** (Direktor des Weltpostvereins) dodis.ch/P14187, **155**
- Weber, Felix** (Vizekanzler) dodis.ch/P7860, **15, 18, 26, 180**
- Weber, Hans** (Nationalrat) dodis.ch/P12008, **18**
- Wegmüller, Arthur** (Mitarbeiter der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P5235, **46**
- Wehrli-Bleuler, Edmund** (schweiz. Rechtsanwalt) dodis.ch/P14919, **81**
- Weil, Herbert** (Erster Sekretär der Botschaft der BRD in Bern) dodis.ch/P40092, **35**
- Weitnauer, Albert** (Delegierter des Bundesrats für Handelsverträge) dodis.ch/P2132, **1, 12, 21, 32, 51, 57, 76, 87, 105, 110, 113, 121, 129, 140, 159, 161, 166, 168, 182**
- Welck, Wolfgang Freiherr von** (Botschafter der BRD in Bern) dodis.ch/P30597, **35**
- Wenger, Otto M.** (Nationalrat) dodis.ch/P32080, **155**
- Werner, Denise** (Sektionschefin in der Abteilung für Internationale Organisationen) dodis.ch/P20211, **25, 36**
- Wetterwald, Charles-Albert** (Protokollchef des EPD) dodis.ch/P2684, **102, 108**
- Wettstein, Gustav Adolf** (Präsident der Generaldirektion der PTT, Chef der schweiz. Delegation bei der ITU) dodis.ch/P39305, **115**
- Wettstein, Hans M.** (schweiz. Geschäftsmann) dodis.ch/P14921, **81**
- White, Eric Wyndham** (Generaldirektor des GATT) dodis.ch/P31281, **129**
- White, Lee** (Wirtschaftsberater des Präsidenten der USA) dodis.ch/P41332, **110**
- Widmer, Ernst** (ehem. Direktor der Zollverwaltung des EFZD) dodis.ch/P1067, **44**
- Widmer, Max** (Chef der Sektion für Internationales Steuerrecht und Doppelbesteuerungssachen der Steuerverwaltung des EFZD) dodis.ch/P16732, **177**
- Widmer, Sigmund** (Nationalrat) dodis.ch/P23176, **18**
- Wildhaber, Angelica** (Leiterin eines Projekts der schweiz. technischen Zusammenarbeit in Indien) dodis.ch/P41502, **74**
- Wilhelm, Jean** (Nationalrat) dodis.ch/P32084, **21**
- Wilhelm, Rolf** (Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P24367, **95, 100, 112**
- Wilson, Geoffrey M.** (Vizepräsident der Weltbank) dodis.ch/P40162, **90**
- Wilson, Harold** (britischer Premierminister ab 1964) dodis.ch/P13688, **56, 65, 85, 99**
- Winter, Herbert** (Mitarbeiter des Kulturellen Auslandpressendienstes der Stiftung Pro Helvetia) dodis.ch/P42500, **27**

- Wolf, Hans** (Chef der Sektion für Internationale Beziehungen und Sozialversicherungsabkommen des Bundesamtes für Sozialversicherung des EDI) dodis.ch/P41541, **149**
- Woods, George David** (Präsident der Weltbank) dodis.ch/P40081, **90, 150, 183**
- Woodward, Herbert Hans** (südafrikanischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P41300, **84**
- Wormser, Olivier** (Direktor im französischen Aussenministerium) dodis.ch/P18287, **12**
- Wu Hua-yuan** (chinesischer Botschaftsrat, ab September 1966 Geschäftsträger a. i. in Bern) dodis.ch/P41223, **167, 175**
- Würth, Paul-Henri** (schweiz. Botschafter in Brüssel und Chef der schweiz. Mission bei den Europäischen Gemeinschaften) dodis.ch/P1522, **99, 136, 140, 172**
- Wüst, René** (Journalist und Public Relations Berater der Hispano-Suiza) dodis.ch/P8580, **161**
- Wüthrich, Ernst** (Nationalrat) dodis.ch/P12325, **48, 153**
- Wyżnikiewicz, Janusz** (Abteilungsleiter im polnischen Finanzministerium) dodis.ch/P26986, **32**
- Yaari, Haim** (israelischer Botschafter in Havanna) dodis.ch/P41583, **91**
- Yang Chao-lin** (chinesischer Radioreporter) dodis.ch/P41217, **30**
- Yousfi, M'hammed** (algerischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P40931, **41**
- Zamboni, Agustín** (Direktor der Compañía Italo-Argentina de Electricidad) dodis.ch/P25848, **114**
- Zarapkin, Semjon Konstantinowitsch**, (Chef der sowjetischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz) dodis.ch/P40978, **14**
- Zbinden, Hans** (Präsident des Schweizerischen Schriftsteller-Vereins) dodis.ch/P6725, **102**
- Zbinden, Otto** (stv. Chef der Schweizerdelegation in der NNSC) dodis.ch/P41566, **135**
- Zehnder, Alfred** (schweiz. Botschafter in Washington) dodis.ch/P79, **1, 43, 58, 66, 68, 81, 110, 126, 130, 175, 183**
- Zehnder, Jean-Pierre** (Diplomatenanwärter im EPD) dodis.ch/P19603, **123**
- Zellweger, Otto** (Stellvertreter des Chefs der Kriegstechnischen Abteilung des EMD) dodis.ch/P42055, **18**
- Zemp, Dominic** (Leiter eines Projekts der schweiz. technischen Zusammenarbeit in Indien) dodis.ch/P41498, **74**
- Zenker, Jürgen** (Mitarbeiter des Aussenministeriums der DDR) dodis.ch/P41620, **83**
- Zeytinoglu, Ali Nasir** (türkischer Politiker, Generalsekretär des Staatspräsidenten) dodis.ch/P42121, **55**
- Zhou Enlai** (chinesischer Premierminister) dodis.ch/P13140, **167**
- Ziegler, François de** (schweiz. Botschaftsrat in New York) dodis.ch/P2755, **7**
- Zimmermann, Hans** (schweiz. Botschaftssekretär in Pretoria, ab 1965 Sektionschef in der Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P2736, **59, 77, 82, 83, 109, 122, 135, 137, 143, 181**
- Zoelly, Henry R.** (Stellvertreter des Chefs des Rechtsdienstes des EPD) dodis.ch/P1097, **2, 19, 21, 45, 54, 57, 109, 122**
- Zoltan, Iuliu** (rumänischer Handelssekretär in Bern) dodis.ch/P41442, **143**
- Zorine, Valerian Alexandrovitch** cf. Sorin, Walerian Alexandrowitsch
- Züblin, Georg** (Oberstkorpskommandant der Schweizer Armee) dodis.ch/P1101, **18**
- Zutter, Philippe** (schweiz. Botschafter in Rom) dodis.ch/P152, **20, 39, 44, 48, 53, 54, 92**

VIII.2. KÖRPERSCHAFTSREGISTER INDEX DES ORGANISATIONS INDICE DELLE ORGANIZZAZIONI

Nebst dem Namen der Körperschaft führt das Register den **Permalink** zur Datenbank Dodis (www.dodis.ch), wo zusätzliche Informationen und Dokumente zu finden sind. Die Nummern verweisen auf die **Dokumentennummern** im Band. In den Index wurden die Namen von Unternehmen, internationalen Organisationen, politischen Parteien und Zeitungen aufgenommen. Verwaltungseinheiten und Regierungsstellen der einzelnen Staaten sind nicht aufgeführt, da sie im geografischen Index über den entsprechenden Staat auffindbar sind.

Les noms des organisations de l'index sont suivis des **permalinks** de la base de données Dodis (www.dodis.ch), où se trouvent des informations et des documents supplémentaires. Les chiffres de l'index renvoient aux **numéros des documents** dans le volume. Dans l'index ont été retenus les noms des entreprises, des organisations internationales, des partis politiques et des journaux. Les structures administratives et gouvernementales des différents pays n'ont pas été prises en compte, dans la mesure où elles peuvent être trouvées dans l'index des noms géographiques.

I nomi delle organizzazioni dell'indice recano il **permalink** della banca dati Dodis (www.dodis.ch), dove si trovano ulteriori informazioni e documenti supplementari. Le cifre rimandano ai **numeri dei documenti** nel volume. L'indice contiene i nomi di imprese, organizzazioni internazionali, partiti politici e giornali. Le strutture delle amministrazioni dei singoli Paesi non sono state considerate perché possono venir trovate nell'indice geografico.

AB Atomenergi dodis.ch/R23842, **78**
Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT) dodis.ch/R1534, **1, 11, 12, 19, 50, 76, 77, 99, 100, 127, 129, 136, 168, 172, 182**
Accord monétaire européen (AME) dodis.ch/R19319, **128**
AELE dodis.ch/R10096, **1, 10, 12, 13, 50, 56, 63, 65, 66, 85, 87, 92, 99, 108, 128, 136, 140, 164, 172, 182**
 –, **Conférence des ministres** dodis.ch/R22565, **92, 99, 172**
 –, **Secrétariat**, dodis.ch/R23649, **182**
Afrikanische Entwicklungsbank dodis.ch/R23253, **121, 173**
Agence France Presse (AFP) dodis.ch/R4773, **57**
Agence internationale de l'énergie atomique (AIEA) dodis.ch/R9676, **148**
Agence télégraphique suisse (ATS) dodis.ch/R145, **26**
AHV dodis.ch/R22782, **69, 149, 171**
AI cf. Assurance-Invalidité
Aide suisse à des régions extra-européennes dodis.ch/R11095, **26**
Aide suisse à l'Europe dodis.ch/R7310, **74**
Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
 vgl. Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT)

Allierte Bankenkommission in Deutschland
dodis.ch/R9582, **13**
Alters- und Hinterlassenenversicherung
 vgl. AHV
Anglo American Corporation of South Africa Ltd. dodis.ch/R9776, **156**
Anti-Apartheid movement dodis.ch/R23776, **97**
APPI dodis.ch/R11300, **8**
Arabische Liga dodis.ch/R965, **57, 176**
Arabisches Boykottbüro dodis.ch/R23217, **57**
ASB dodis.ch/R14, **46, 68, 177, 179**
Asiatische Entwicklungsbank dodis.ch/R23274, **121, 173, 183**
Association des compagnies suisses d'assurances concessionnées dodis.ch/R1825, **177**
Association des entreprises suisses en Allemagne dodis.ch/R12379, **177**
Association des fabricants suisses de produits chimiques pharmaceutiques dodis.ch/R17823, **114**
Association des musiciens suisses dodis.ch/R6401, **131**
Association européenne de libre-échange
 cf. AELE
Association fiscale internationale dodis.ch/R24104, **44**
Association internationale de développement (IDA) dodis.ch/R16862, **90, 100**

- Association internationale d'études pour la promotion et la protection des investissements privés en territoires étrangers** cf. APPI
- Association suisse d'Entraide au Pérou (ASEP)** dodis.ch/R23575, **134**
- Association suisse des banquiers** cf. ASB
- Association suisse des fabricants de cigarettes** dodis.ch/R24099, **138**
- Assurance-Invalidité** dodis.ch/R23278, **69, 149, 171**
- Assurance-Vieillesse et Survivants (AVS)** vgl. AHV
- Atomic Energy of Canada Limited** dodis.ch/R18263, **78**
- ATS** cf. Agence télégraphique suisse
- Auslandschweizersekretariat der Neuen Helvetischen Gesellschaft** dodis.ch/R1843, **106**
- AVS** cf. Assurance-Vieillesse et Survivants
- Banca d'Italia** dodis.ch/R2648, **64**
- Bank für elektrische Unternehmungen (ELEKTRO-WATT)** dodis.ch/R270, **78**
- Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)** dodis.ch/R266, **128**
- Bank of America** dodis.ch/R9715, **67**
- Bank of England** dodis.ch/R1110, **128**
- Banque africaine de développement** cf. Afrikanische Entwicklungsbank
- Banque asiatique de développement** cf. Asiatische Entwicklungsbank
- Banque centrale de Tunisie** dodis.ch/R22875, **26**
- Banque des Règlements Internationaux (BRI)** cf. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
- Banque interaméricaine de développement (BID)** dodis.ch/R22331, **150, 173**
- Banque internationale pour la reconstruction et le développement (BIRD)** dodis.ch/R586, **58, 90, 114, 133, 150, 183**
- , **Département de l'Amérique latine** dodis.ch/R23658, **183**
- Banque nationale suisse (BNS)** dodis.ch/R30, **18, 26, 46, 58, 67, 68, 128, 138, 156**
- Banque pour Entreprises électriques (ELEKTRO-WATT)** cf. Bank für elektrische Unternehmungen
- Basler Mission** dodis.ch/R306, **74, 100**
- Bayer AG** dodis.ch/R7453, **114**
- Bernische Kraftwerke AG (BKW)** dodis.ch/R15481, **78**
- BIRD** cf. Banque internationale pour la reconstruction et le développement
- BIRPI** dodis.ch/R15614, **155**
- BIZ** vgl. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
- BKW** vgl. Bernische Kraftwerke AG
- BNS** cf. Banque nationale suisse
- BRI** cf. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
- Bührle & Co** dodis.ch/R274, **10, 28, 45, 60, 84, 152**
- Bulova Watch Company** dodis.ch/R10962, **76**
- Bureau central de Damas / Bureau central pour le boycott d'Israël de la Ligue arabe / Büro von Damaskus** cf. / vgl. Arabisches Boykottbüro
- Bureaux internationaux réunis pour la protection de la propriété intellectuelle** cf. BIRPI
- Caisse commune des porteurs des dettes publiques autrichiennes et hongroises** dodis.ch/R11685, **32, 46**
- CAT** dodis.ch/R18311, **100**
- CEE** dodis.ch/R9899, **1, 12, 13, 37, 52, 63, 76, 77, 78, 85, 92, 99, 114, 129, 136, 140, 148, 164, 168, 171, 172**
- , **Commission exécutive** dodis.ch/R19371, **12**
- , **Conseil des ministres** dodis.ch/R23652, **12**
- Centre de Recherches en Physique des Plasmas (CRPP)** dodis.ch/R22737, **15**
- Centre européen de recherche nucléaire (CERN)** dodis.ch/R9870, **88**
- Centre international de conférences Genève (CICG)** dodis.ch/R23673, **50**
- Chambre de commerce de Zurich** dodis.ch/R1742, **60**
- Chambre de commerce suisse en France** dodis.ch/R1748, **125**
- Chambre suisse de l'horlogerie (CSH)** dodis.ch/R48, **123**
- Chase Manhattan Bank** dodis.ch/R13798, **119**
- Chemins de fer fédéraux (CFF)** dodis.ch/R1760, **26, 78, 117**
- Chocón Power Project** dodis.ch/R23627, **114**
- Chœurs de l'Armée rouge** dodis.ch/R23709, **27**
- Christlichsozialer Gewerkschaftsbund der Schweiz** dodis.ch/R616, **48**
- CFF** cf. Chemins de Fer Fédéraux
- Ciba AG / Ciba SA** dodis.ch/R1787, **87**
- CNUCED** dodis.ch/R23118, **12, 40, 77, 90, 100, 111, 114**
- Comité des banques alliées en Allemagne** cf. Alliierte Bankenkommission in Deutschland

- Comité international de la Croix-Rouge (CICR)** dodis.ch/R69, **24, 25, 36, 40, 144, 157**
- Comité Uri** dodis.ch/R23766, **136**
- Commission de surveillance des nations neutres pour l'armistice en Corée (NNSC)**, dodis.ch/R9203, **80, 91, 135**
- Commonwealth of Nations** dodis.ch/R825, **98, 99, 130, 138, 170**
- Communauté économique européenne** cf. CEE
- Communauté européenne de l'énergie atomique (EURATOM)** dodis.ch/R9898, **78**
- Compañía Italo-Argentina de Electricidad (CIAE)** dodis.ch/R283, **90, 114**
- Comptoir suisse** dodis.ch/R10114, **151**
- Conférence des Nations Unies sur le Commerce et le Développement** cf. CNUCED
- Conseil d'école suisse** dodis.ch/R1741, **78**
- Conseil de l'Europe** dodis.ch/R2382, **52, 55, 63, 69, 108, 141, 148**
- , **Conseil des ministres** dodis.ch/R4766, **63, 119**
- COOP** dodis.ch/R1162, **26**
- Coordinating Secretariat of National Unions of Students (COSEAC)** dodis.ch/R19488, **26**
- Cosmos Finanzgesellschaft AG / Cosmos Société Financière SA** dodis.ch/R24048, **67**
- Cour internationale de Justice** dodis.ch/R212, **19**
- Crédit Suisse (CS)** dodis.ch/R63, **119**
- , **New York Agency** dodis.ch/R22011, **68**
- Crypto AG / Crypto SA** dodis.ch/R23587, **42, 93**
- CSH** cf. Chambre suisse de l'horlogerie
- Cuba Azucar Cie** dodis.ch/R23544, **145**
- De Beers Consolidated Mines Ltd.** dodis.ch/R23773, **156**
- Democratic Party** dodis.ch/R2267, **76**
- Democrazia cristiana (DC)** dodis.ch/R1660, **53**
- Der Bund** dodis.ch/R2003, **174**
- Deutsches Panorama** dodis.ch/R23530, **161**
- Dragon** dodis.ch/R22629, **78**
- East Asiatic Company** dodis.ch/R23656, **183**
- Ebauches AG / Ebauches SA** dodis.ch/R2827, **33**
- ECAFE** dodis.ch/R11432, **121**
- Ecole polytechnique de l'Université de Lausanne (EPUL)** dodis.ch/R11536, **88**
- Ecole polytechnique fédérale (EPF)** dodis.ch/R712, **47, 78, 88**
- EFTA** vgl. AELE
- , **Ministerkonferenz** vgl. AELE, Conférence des ministres
- , **Sekretariat** vgl. AELE, Secrétariat
- Eglise catholique** dodis.ch/R1624, **39**
- Eglise protestante espagnole** dodis.ch/R10018, **39**
- Eidgenössische technische Hochschule (ETH)** vgl. Ecole polytechnique fédérale
- ELEKTRO-WATT** vgl. Bank für elektrische Unternehmungen
- El Mundo** dodis.ch/R22429, **2**
- EPF** cf. Ecole polytechnique fédérale
- ESRO** dodis.ch/R22346, **88, 113**
- EURATOM** vgl. Communauté européenne de l'énergie atomique
- Europäische Atomgemeinschaft** vgl. Communauté européenne de l'énergie atomique
- Europäische Freihandelsassoziation** vgl. Association européenne de libre-échange
- Europäische Gesellschaft für die chemische Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe (Eurochemic)** dodis.ch/R15671, **78**
- Europäische Organisation für Raumforschung** vgl. ESRO
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)** vgl. CEE
- Europäisches Währungsabkommen** vgl. Accord monétaire européen
- Europäisches Zentrum für Kernforschung** vgl. Centre européen de recherche nucléaire
- Europarat** vgl. Conseil de l'Europe
- , **Ministerrat** vgl. Conseil de l'Europe, Conseil des Ministres
- EWG** vgl. CEE
- , **Kommission** vgl. CEE, Commission exécutive
- , **Ministerrat** vgl. CEE, Conseil des ministres
- Exposition nationale suisse – Lausanne 1964** dodis.ch/R12135, **27, 30**
- Federal Reserve Bank (FED)** dodis.ch/R2292, **58**
- Fédération suisse des associations de fabricants d'horlogerie (FH)** dodis.ch/R2130, **31, 33, 70, 100, 167, 175**
- Fédération suisse des communautés israéliites (FSCI)** dodis.ch/R1655, **72**
- Fédération suisse des syndicats chrétiens-sociaux** cf. Christlichsozialer Gewerkschaftsbund der Schweiz
- Feuille d'avis de Lausanne** dodis.ch/R18616, **174**
- FH** cf. Fédération suisse des associations de fabricants d'horlogerie
- Financial Times** dodis.ch/R1596, **177**

- FIPOI** dodis.ch/R20542, **50, 90**
- First National Bank of Boston** dodis.ch/R23817, **119**
- FMI** dodis.ch/R593, **58, 90, 128, 133, 150**
- Foire suisse des échantillons** dodis.ch/R10113, **82, 151**
- Fondation Carnegie** dodis.ch/R23304, **107**
- Fondation des Immeubles pour les Organisations Internationales** cf. FIPOI
- Fondation Ford / Ford Stiftung** dodis.ch/R11344, **40**
- Fondation François Xavier** dodis.ch/R23618, **95**
- Fondation internationale Balzan** dodis.ch/R21096, **40**
- Fondation Rockefeller** dodis.ch/R20136, **40**
- Fondation Schindler** dodis.ch/R23562, **81**
- Fonds monétaire international** cf. FMI
- Fonds national suisse de la recherche scientifique (FNS)** dodis.ch/R11667, **88**
- FAO** dodis.ch/R575, **118, 167**
- Forces motrices bernoises (FMB)** cf. Bernische Kraftwerke AG (BKW)
- Forschungszentrum für Plasmaphysik** vgl. Centre de Recherches en Physique des Plasmas
- Freihandelsassoziation** vgl. AEELE
- FSCI** cf. Fédération suisse des communautés israéliques
- Gaceta oficial de la República de Cuba** dodis.ch/R24081, **2**
- GATT** cf. Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce
- Gebrüder Sulzer AG** dodis.ch/R173, **151**
- Gewerkschaftskorrespondenz** dodis.ch/R24107, **37**
- Goldene Rose von Montreux** dodis.ch/R23663, **83**
- Groupe des Dix** dodis.ch/R23168, **58**
- Groupement des holdings industrielles** dodis.ch/R987, **92, 177**
- Grutchemie – Konsortium** dodis.ch/R10761, **81**
- Halden** dodis.ch/R18954, **78**
- Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés (HCR)** dodis.ch/R8974, **24**
- HEI** dodis.ch/R647, **40, 104**
- HELVETAS** vgl. Aide suisse à des régions extra-européennes
- Highveld Steel and Vanadium Corporation Limited** dodis.ch/R23430, **156**
- Hispano-Suiza** dodis.ch/R298, **152, 159, 161**
- Hochkommissariat der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (HCR)** vgl. Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés
- ICRC** cf. Comité international de la Croix-Rouge
- IDA** cf. Association internationale de développement
- I. G. Chemie** dodis.ch/R439, **68, 81**
- IKRK** vgl. Comité international de la Croix-Rouge
- ILO** dodis.ch/R224, **115, 149**
- IMF** vgl. Fonds monétaire international
- Immobilienstiftung für internationale Organisationen** vgl. FIPOI
- Institut de physique de l'Université de Fribourg** dodis.ch/R23844, **15**
- Institut irlandais-italien d'horlogerie** dodis.ch/R23669, **31**
- Institut universitaire de hautes études internationales** vgl. HEI
- Interaméricanische Entwicklungsbank** vgl. Banque interaméricaine de développement
- Internationale Arbeitsorganisation** vgl. ILO
- Internationale Atomenergie-Organisation** vgl. Agence internationale de l'énergie atomique
- Internationale Balzan Stiftung** vgl. Fondation internationale Balzan
- Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung** vgl. Banque internationale pour la reconstruction et le développement
- , Lateinamerikadepartement** vgl. Banque internationale pour la reconstruction et le développement, Département de l'Amérique latine
- Internationale Entwicklungsorganisation** vgl. Association internationale de développement
- Internationale Fernmeldeunion (ITU)** dodis.ch/R900, **50, 103, 115, 153**
- Internationaler Gerichtshof** vgl. Cour internationale de Justice
- Internationale Gesellschaft für chemische Unternehmungen AG** vgl. I.G. Chemie
- Internationaler Währungsfonds (IWF)** vgl. FMI
- Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)** vgl. Comité international de la Croix-Rouge

- Internationale Steuervereinigung**
vgl. Association fiscale internationale
- International Monetary Fund (IMF)**
vgl. Fonds monétaire international
- Interparlamentarische Union** dodis.ch/R2361, 26
- Interpharma** dodis.ch/R10848, 123
- Invalidenversicherung (IV)** vgl. Assurance-Invalidité
- Italo-Argentinien** vgl. Compañía Italo-Argentina de Electricidad
- ITU** vgl. Internationale Fernmeldeunion
- IWF** vgl. Fonds monétaire international
- Jerusalem Post** dodis.ch/R10698, 57
- Jeune Afrique** dodis.ch/R24091, 120
- Joseph Egli AG** dodis.ch/R23739, 151
- Jüdische Rundschau Maccabi** dodis.ch/R23679, 57
- Katholische Kirche** vgl. Eglise catholique
- Knights of the Ku Klux Klan** dodis.ch/R24747, 77
- Komitee für technische Hilfe der Vereinte Nationen** vgl. CAT
- Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU)** dodis.ch/R2434, 27, 61, 151
- Kommunistische Partei Ungarns** dodis.ch/R23778, 166
- Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung** vgl. CNUCED
- Korea Watch Association** dodis.ch/R24093, 124
- Kulturelle Vereinigung «Schweden Schweiz»** dodis.ch/R23619, 66
- Labour Party** dodis.ch/R1072, 56, 65, 99
- La Voce** dodis.ch/R23206, 48
- L'Express** dodis.ch/R10381, 2
- Ligue arabe** cf. Arabische Liga
- L'Illustré** dodis.ch/R9125, 27
- Maschinen-Export und Finanz AG** dodis.ch/R23740, 151
- Maschinoisimport** dodis.ch/R23610, 151
- Migros** dodis.ch/R2199, 26
- Mikron** dodis.ch/R22487, 167
- Mission évangélique de Bâle** cf. Basler Mission
- Motoren-, Turbinen- und Pumpen AG (MTP)** dodis.ch/R24106, 28
- Mouvement suisse contre le réarmement atomique** dodis.ch/R19136, 15
- Movimiento Nacionalista Revolucionario Boliviano** dodis.ch/R10454, 19
- MUBA** vgl. Foire suisse des échantillons
- Musée national suisse** dodis.ch/R1819, 26
- Nationale Gesellschaft zur Förderung der industriellen Atomtechnik (NGA)** dodis.ch/R23403, 78
- NATO** dodis.ch/R2837, 1, 10, 38, 55, 161, 170
- Narodowy Bank Polski (NBP)** dodis.ch/R6220, 32
- Népszabadság** dodis.ch/R19974, 174
- Nestlé and Anglo-Swiss Holding Company** dodis.ch/R309, 9, 106,
- Nestlé (Cuba)** dodis.ch/R23543, 145, 146
- Neue Helvetische Gesellschaft (NHG)** dodis.ch/R5260, 66, 106
- Neue Zürcher Zeitung (NZZ)** dodis.ch/R627, 13, 101, 166, 174, 177
- Neutrale Überwachungskommission des Waffenstillstandes in Korea (NNSC)** vgl. Commission de Surveillance des Nations Neutres pour l'Armistice en Corée
- Nordatlantikpakt** vgl. NATO
- Nouvelle société helvétique (NSH)** cf. Neue Helvetische Gesellschaft
- NZZ** vgl. Neue Zürcher Zeitung
- OCDE** dodis.ch/R600, 1, 38, 44, 92, 108, 121, 127, 177, 182
- , **Comité d'aide au développement (CAD)** dodis.ch/R22613, 148
- , **Comité des affaires fiscales** dodis.ch/R23886, 92
- , **Conseil** dodis.ch/R23951, 92
- , **Consortium Grèce** dodis.ch/R23980, 38
- , **Consortium Turquie** dodis.ch/R23989, 38
- OECD** vgl. OCDE
- , **Entwicklungskomitee** vgl. OCDE, Comité d'aide au développement
- , **Komitee für Steuerfragen** vgl. OCDE, Comité des affaires fiscales
- , **Konsortium Griechenland** vgl. OCDE, Consortium Grèce
- , **Konsortium Türkei** vgl. OCDE, Consortium Turquie
- , **Rat** vgl. OCDE, Conseil
- Oerlikon Bührlé** vgl. Bührlé & Co.
- Office national suisse du tourisme (ONST)** dodis.ch/R1738, 106, 117
- Office suisse d'expansion commerciale (OSEC)** dodis.ch/R344, 82, 117, 181
- ONU** dodis.ch/R202, 1, 7, 10, 12, 40, 43, 50, 60, 63, 71, 77, 100, 101, 103, 104, 111, 112, 117, 120, 121, 130, 132, 138, 141, 147, 152, 156, 164, 169, 170, 173, 176, 178, 181, 184
- , **Assemblée générale** dodis.ch/R570, 10, 40, 111, 141, 156
- , **Comité de l'assistance technique** cf. CAT
- , **Comité pour le Sud-Ouest africain** dodis.ch/R23697, 181

- , **Commission économique pour l'Asie et l'Extrême-Orient** cf. ECAFE
- , **Commission économique pour l'Europe (UNECE)** dodis.ch/R1871, **83**
- , **Conférence des Nations Unies sur le Commerce et le Développement** cf. CNUCED
- , **Conférence du désarmement** dodis.ch/R9277, **14**
- , **Conseil de sécurité** dodis.ch/R222, **7, 10, 105, 120, 156, 178**
- , **Institut pour la formation et la recherche (UNITAR)** dodis.ch/R23674, **40**
- , **Opérations des Nations Unies au Congo (ONUC)** dodis.ch/R18430, **103**
- , **Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture (ONUAA)** cf. FAO
- , **Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture (UNESCO)** dodis.ch/R574, **23**
- , **Programme des Nations Unies pour le développement (PNUD)** dodis.ch/R23121, **173**
- , **Secrétariat** dodis.ch/R573, **7, 40**
- OMS** dodis.ch/R216, **50**
- Organisation de coopération et de développement économiques** cf. OCDE
- Organisation des Nations Unies** cf. ONU
- Organisation du Traité de l'Asie du Sud-est (OTASE)** dodis.ch/R10950, **157**
- Organisation du traité de l'Atlantique Nord (OTAN)** cf. NATO
- Organisation européenne de recherches spatiales (ESRO)** cf. Europäische Organisation für Raumforschung
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** vgl. OCDE
- Organisation internationale du travail** cf. ILO
- Organisation mondiale de la santé** cf. OMS
- OSEC** cf. Office suisse d'expansion commerciale
- Österreichische Brown Boveri-Werke AG** dodis.ch/R19006, **13**
- Österreichische Volkspartei (ÖVP)** dodis.ch/R786, **13, 63**
- OTAN** cf. NATO
- Pariser Zehner-Klub** vgl. Groupe des Dix
- Partei der Arbeit (PdA)** dodis.ch/R502, **27, 61**
- Parti communiste de l'Union soviétique** cf. Kommunistische Partei der Sowjetunion
- Parti communiste hongrois** cf. Kommunistische Partei Ungarns
- Parti socialiste suisse (PSS)** dodis.ch/R42, **37, 48**
- Parti suisse du Travail (PDT)** cf. Partei der Arbeit
- Partito Comunista Italiano (PCI)** dodis.ch/R1116, **53, 54**
- Partito Socialista Italiano (PSI)** dodis.ch/R1659, **53**
- Partnership in Industry Ltd.** dodis.ch/R23774, **156**
- Physikalisches Institut der Universität Freiburg** vgl. Institut de Physique de l'Université de Fribourg
- Pères Blancs** dodis.ch/R24118, **100**
- Pilatus Flugzeugwerke AG** dodis.ch/R1922, **60**
- Polygone SA** dodis.ch/R23798, **10**
- Polytechnische Hochschule der Universität Lausanne** vgl. Ecole polytechnique de l'Université de Lausanne
- Post, Telefon- und Telegraphenbetriebe / Postes, téléphones, télégraphes (PTT)** dodis.ch/R1775, **103, 155**
- Pro Helvetia** dodis.ch/R340, **63, 97, 102, 106, 117**
- Pro Juventute** dodis.ch/R8291, **147**
- Protestantische Kirche Spaniens** vgl. Eglise protestante espagnole
- PSS** cf. Parti socialiste suisse
- Radio DRS** dodis.ch/R20577, **108**
- Radio Suisse Internationale** dodis.ch/R18747, **106**
- Réacteur SA / Reaktor AG** dodis.ch/R11992, **88**
- Republican Party** dodis.ch/R2266, **76**
- Revue commerciale et financière suisse** dodis.ch/R1619, **37, 120**
- Rheinmetall-Borsig AG** dodis.ch/R14187, **161**
- Rhodesia Reserve Bank** dodis.ch/R23250, **138**
- Ring-Hotel-Finanz AG** dodis.ch/R23775, **57**
- Rockefeller Stiftung** vgl. Fondation Rockefeller
- Rose d'Or de Montreux** cf. Goldene Rose von Montreux
- Roter Armee Chor** vgl. Chœurs de l'Armée rouge
- Sabena** dodis.ch/R11594, **94**
- SBB** vgl. Chemins de Fer Fédéraux
- Schmidheiny & Co. AG** dodis.ch/R13524, **23**
- Schweizerische Bankgesellschaft (SBG)** dodis.ch/R55, **156**
- Schweizerische Bankiervereinigung (SBV)** vgl. ASB
- Schweizerische Bewegung gegen die atomare Aufrüstung** vgl. Mouvement suisse contre le réarmement atomique

- Schweizerische Bundesbahnen (SBB)**
vgl. Chemins de Fer Fédéraux
- Schweizerische Depeschenagentur (SDA)**
vgl. Agence télégraphique suisse
- Schweizerische Gesellschaft für chemische Industrie (SGCI)** dodis.ch/R610, **82, 87, 114**
- Schweizerische Handelskammer in Frankreich** vgl. Chambre de Commerce suisse en France
- Schweizerische Handels Zeitung** vgl. Revue commerciale et financière suisse
- Schweizerische Industrie-Gesellschaft Neuhausen (SIG)** dodis.ch/R310, **10, 19, 152**
- Schweizerische Kreditanstalt (SKA)**
vgl. Crédit Suisse
- , **New York Agency** vgl. Crédit Suisse, New York Agency
- Schweizerische Mustermesse (MUBA)**
vgl. Foire suisse des échantillons
- Schweizerische Nationalbank (SNB)**
vgl. Banque nationale suisse
- Schweizerische Rundpruchgesellschaft (SRG)** dodis.ch/R6384, **26**
- Schweizerische Uhrenkammer**
vgl. Chambre suisse de l'horlogerie
- Schweizerische Verkehrszentrale**
vgl. Office national suisse du tourisme
- Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (SZH)** vgl. Office suisse d'expansion commerciale
- Schweizerischer Bankverein, Agentur in New York** dodis.ch/R21529, **68**
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB)**
dodis.ch/R605, **48**
- Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund**
vgl. Fédération suisse des communautés israéliques
- Schweizerischer Kurzwellendienst**
vgl. Radio Suisse Internationale
- Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF)**
vgl. Fonds national suisse de la recherche scientifique
- Schweizerischer Schriftstellerverein** dodis.ch/R6403, **102**
- Schweizer Schulrat** vgl. Conseil d'école suisse
- Schweizerischer Tonkünstlerverein**
vgl. Association des musiciens suisses
- Schweizerisches Fernsehen (SRG)** dodis.ch/R17587, **83**
- Schweizerisches Hilfswerk für aussereuropäische Gebiete (SHAG)** vgl. Aide suisse à des régions extra-européennes
- Schweizerisches Landesmuseum**
vgl. Musée national suisse
- Schweizerwoche** dodis.ch/R9162, **106**
- SEATO** vgl. Organisation du Traité de l'Asie du Sud-est
- Secrétariat des Suisses à l'étranger de la Nouvelle société helvétique**
cf. Auslandschweizersekretariat der Neuen Helvetischen Gesellschaft
- Selective Service System (SSS)** dodis.ch/R23495, **16**
- Servicios Eléctricos del Gran Buenos Aires (SEGBA)** dodis.ch/R17387, **114**
- Servicio nacional de aprendizaje y trabajo industrial (SENATI)** dodis.ch/R23596, **158**
- SGB** vgl. Schweizerischer Gewerkschaftsbund
- SGCI** vgl. Schweizerische Gesellschaft für chemische Industrie
- SHAG** vgl. Aide suisse à des régions extra-européennes
- Siber Hegner & Cie** dodis.ch/R321, **175**
- SIG** vgl. Schweizerische Industrie-Gesellschaft Neuhausen
- SNB** vgl. Banque nationale suisse
- SNF** vgl. Fonds national suisse de la recherche scientifique
- Société de Banque Suisse à New York**
cf. Schweizerischer Bankverein, Agentur in New York
- Société des écrivains suisses** cf. Schweizerischer Schriftstellerverein
- Société des Nations (SdN)** dodis.ch/R221, **40, 120, 132**
- Société européenne pour le traitement chimique des combustibles irradiés**
cf. Europäische Gesellschaft für die chemische Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe
- Société genevoise d'instruments de physique (SIP)** dodis.ch/R1778, **151**
- Société industrielle suisse (SIG)** cf. Schweizerische Industrie-Gesellschaft Neuhausen
- Société internationale pour Entreprises Chimiques SA** cf. I.G. Chemie
- Société nationale pour l'encouragement de la technique atomique industrielle**
cf. Nationale Gesellschaft zur Förderung der industriellen Atomtechnik
- Société suisse de Radiodiffusion (SSR)**
cf. Schweizerische Rundpruchgesellschaft
- Société suisse des constructeurs de machines**
dodis.ch/R830, **123**

- Société suisse des industries chimiques**
cf. Schweizerische Gesellschaft für chemische Industrie
- Solothurner Zeitung** dodis.ch/R16239, **37, 174**
- Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS)** vgl. Parti socialiste suisse
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)** dodis.ch/R4141, **177**
- Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)** dodis.ch/R8131, **13, 63**
- SRG / SSR** cf. Schweizerische Rundsruggesellschaft
- Stanko-Import** dodis.ch/R2350, **151**
- Stiftung François Xavier** vgl. Fondation François Xavier
- Sturzenegger & Cie, H.** dodis.ch/R1961, **81**
- Suchard Holding SA** dodis.ch/R2962, **114**
- Suiza-Argentina de Electricidad SA (Suizargel)** dodis.ch/R23152, **114**
- Sulzer Frères SA** vgl. Gebrüder Sulzer AG
- Swissair** dodis.ch/R331, **94, 106**
- SZH** vgl. Office suisse d'expansion commerciale
- Technoimport** dodis.ch/R23611, **151**
- Télévision suisse (SSR)** cf. Schweizerisches Fernsehen
- Tettex Instruments AG** dodis.ch/R23493, **175**
- Tories** dodis.ch/R1109, **56, 65**
- Tornos-Bechler** dodis.ch/R17121, **159**
- TRAFIPRO (Travail, Fidélité, Progrès)** dodis.ch/R22656, **24, 89, 100, 178**
- UNCTAD** vgl. CNUCED
- Union centrale des associations patronales suisses** dodis.ch/R558, **69**
- Union de banque suisse** cf. Schweizerische Bankgesellschaft
- Union internationale des télécommunications (UIT)** cf. Internationale Fernmeldeunion
- Union nationale des étudiants de Suisse (UNES)** dodis.ch/R8005, **26**
- Union interparlementaire** cf. Interparlamentarische Union
- Union postale universelle (UPU)** dodis.ch/R731, **103, 148, 155**
- Union suisse des coopératives de consommation** cf. COOP
- Union syndicale suisse (USS)**
cf. Schweizerischer Gewerkschaftsbund
- United Press International (UPI)** dodis.ch/R2090, **174**
- Universität Basel / Université de Bâle** dodis.ch/R1616, **88**
- Université de Neuchâtel / Universität Neuenburg** dodis.ch/R1832, **88**
- Université Laval** dodis.ch/R23561, **170**
- UNESCO** vgl. ONU, Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture
- UNO** vgl. ONU
- , **Abrüstungskommission** vgl. ONU, Conférence du désarmement
- , **Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)** vgl. ONU, Programme des Nations Unies pour le développement
- , **Generalversammlung** vgl. ONU, Assemblée générale
- , **Komitee für Südwestafrika** vgl. ONU, Comité pour le Sud-Ouest africain
- , **Komitee für technische Hilfe** vgl. CAT
- , **Konferenz für Handel und Entwicklung** vgl. CNUCED
- , **Mission im Kongo** vgl. ONU, Opérations des Nations Unies au Congo
- , **Sekretariat** vgl. ONU, Secrétariat
- , **Sicherheitsrat** vgl. ONU, Conseil de sécurité
- , **Training and Research Institute** vgl. ONU, Institut d'entraînement et de recherche
- , **Wirtschaftskommissionen für Asien und den fernen Osten** vgl. ECAFE
- , **Wirtschaftskommission für Europa (UNECE)** vgl. ONU, Commission économique pour l'Europe
- , **Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft** vgl. FAO
- , **Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur** vgl. ONU, Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture
- UPU** vgl. Union postale universelle
- USS** cf. Schweizerischer Gewerkschaftsbund
- Verband der Schweizerischen Studentenschaften (VSS)** vgl. Union nationale des étudiants de Suisse
- Verband der schweizerischen Uhrenindustrie** vgl. Fédération suisse des associations de fabricants d'horlogerie (FH)
- Verband schweizerischer Konsumvereine** vgl. COOP
- Verband konzessionierter schweizerischer Versicherungsgesellschaften** vgl. Association des compagnies suisses d'assurances concessionnées
- Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft** dodis.ch/R24117, **142**
- Vereinigung der Hersteller chemisch-pharmazeutischer Präparate** vgl. Association des fabricants suisses de produits chimiques pharmaceutiques

- Vereinigung schweizerischer Industrie-Holdinggesellschaften** vgl. Groupement des holdings industrielles
- Vereinigung schweizerischer Unternehmen in Deutschland** vgl. Association des entreprises suisses en Allemagne
- Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller (VSM)** vgl. Société suisse des constructeurs de machines
- Vereinte Nationen** vgl. ONU
- Vita Kotwica** dodis.ch/R17349, **32**
- Völkerbund** vgl. Société des Nations
- Volksrecht** dodis.ch/R1617, **174**
- Vorort** dodis.ch/R34, **9, 19, 44, 62, 78, 123, 177, 182**
- Vorwärts** dodis.ch/R4386, **61**
- Weisse Väter** vgl. Pères Blancs
- Weltbank** vgl. Banque internationale pour la reconstruction et le développement
- Weltgesundheitsorganisation (WHO)** vgl. OMS
- Weltpostverein** vgl. Union postale universelle
- World Banking Corporation (WOBACO)** dodis.ch/R24044, **67**
- Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen** vgl. Union centrale des associations patronales suisses
- Verband Schweizerischer Zigarettenhersteller** vgl. Association suisse des fabricants de cigarettes
- Zürcher Handelskammer** vgl. Chambre de commerce de Zurich
- Zürcher Woche** dodis.ch/R22591, **174**

VIII.3. REGISTER DER GEOGRAFISCHEN BEZEICHNUNGEN INDEX DES NOMS GÉOGRAPHIQUES INDICE DEI NOMI GEOGRAFICI

Nebst der geografischen Bezeichnung führt das Register den **Permalink** zur Datenbank Dodis (www.dodis.ch), wo zusätzliche Informationen und Dokumente zu finden sind. Die Nummern verweisen auf die **Dokumentennummern** im Band. Die Bezeichnungen «Bern» und «Schweiz» sind im Register nicht berücksichtigt, da sie zu häufig in den Dokumenten vorkommen.

Les noms géographiques de l'index sont suivis des **permalinks** de la base de données Dodis (www.dodis.ch), où se trouvent des informations et des documents supplémentaires. Les chiffres de l'index renvoient aux **numéros des documents** dans le volume. Les termes «Berne» et «Suisse» n'ont pas été retenus vu leur apparition très fréquente dans les documents.

Oltre ai nomi geografici, l'indice reca i **permalink** della banca dati Dodis (www.dodis.ch), dove si trovano ulteriori informazioni e documenti supplementari. Le cifre rimandano ai **numeri dei documenti** nel volume. I termini «Berna» e «Svizzera», che compaiono molto frequentemente nei documenti, non sono ritenuti nell'indice.

- A Coruña** dodis.ch/G9221, **39**
Addis Abeba dodis.ch/G852, **4, 40**
Aden dodis.ch/G4803, **28, 56**
Afrika / Afrique dodis.ch/G900, **1, 7, 10, 19, 29, 56, 63, 97, 98, 100, 101, 104, 120, 121, 137, 148, 155, 156, 163**
Afrique centrale dodis.ch/G4646, **178**
Afrique du Sud dodis.ch/G204, **7, 10, 27, 28, 29, 45, 84, 92, 97, 104, 105, 115, 120, 130, 155, 156, 176, 181**
Afrique noire dodis.ch/G8214, **7, 104, 130**
Afrique orientale dodis.ch/G4864, **104**
Ägypten dodis.ch/G216, **23, 26, 28, 35, 40, 57, 93, 101, 155**
Albanie / Albanien dodis.ch/G457, **43, 91, 167**
Alger / Algier dodis.ch/G236, **41, 130, 149, 165**
Algérie / Algerien dodis.ch/G896, **22, 26, 41, 63, 75, 101, 107, 130, 132, 141, 149**
Allemagne (en général) dodis.ch/G5 **13, 29, 43, 85, 92, 117, 118, 122, 177**, cf. aussi Bundesrepublik Deutschland et Deutsche Demokratische Republik
Altdorf dodis.ch/G910, **152**
Altiplano dodis.ch/G5662, **134**
Alto Adige dodis.ch/G645, **20**
Amérique centrale dodis.ch/G334, **163**
Amérique du Nord dodis.ch/G2080, **121, 146, 155**
Amérique du Sud dodis.ch/G210, **7, 26, 29, 100, 101**
Amérique latine dodis.ch/G983, **8, 19, 90, 146, 155, 163, 173**
Angola dodis.ch/G4498, **10, 28**
Ankara dodis.ch/G471, **55, 69**
- Aosta / Aoste** dodis.ch/G4686, **6**
Arabes (pays) / Arabische Staaten dodis.ch/G4664, **28, 57, 72, 75, 101, 107, 176**
Arabie saoudite dodis.ch/G217, **36**
Arequipa dodis.ch/G4619, **158**
Argentine / Argentinien dodis.ch/G193, **7, 8, 19, 26, 90, 101, 107, 108, 114, 146**
Asad Kaschmir dodis.ch/G9399, **43**
Asie / Asien dodis.ch/G47, **7, 10, 29, 96, 98, 100, 121, 127, 155, 167, 173, 183**
Asie du Sud-Est dodis.ch/G3760, **70, 71, 77, 124, 176**
Asie orientale dodis.ch/G2224, **71, 127**
Asunción dodis.ch/G4587, **163**
Athen / Athènes dodis.ch/G467, **38, 85**
Atlantik / Atlantique dodis.ch/G9, **1**
Australie / Australien dodis.ch/G203, **36, 121, 129, 130, 157, 161**
Autriche dodis.ch/G31, **1, 13, 20, 29, 45, 63, 65, 87, 91, 92, 99, 101, 108, 117, 140, 147, 148, 149, 151, 164, 168, 171, 172**
Ayaviri dodis.ch/G8982, **134, 158**
Azad Cachemire cf. Asad Kaschmir
Bagdad / Baghdad dodis.ch/G2800, **75**
Bahamas dodis.ch/G4974, **67, 146**
Bahrain / Bahreïn dodis.ch/G4975, **36**
Baie des Cochons dodis.ch/G8895, **146**
Bâle dodis.ch/G83, **81, 87, 88, 99, 100, 108, 122**
Bâle-Ville (Canton) dodis.ch/G1984, **177**
Baltikum / Pays Baltes dodis.ch/G96
Bangkok dodis.ch/G430, **98, 183**
Basel vgl. Bâle
Baselstadt vgl. Bâle-Ville

- Beijing** dodis.ch/G1203, **30, 43, 71, 80, 91, 96, 157, 167, 170, 175**
- Beirut** dodis.ch/G997, **72**
- Belgien / Belgique** dodis.ch/G75, **1, 6, 24, 58, 92, 94, 99, 101, 103, 117, 127, 149, 155, 170, 171, 178, 183**
- Belgrad / Belgrade** dodis.ch/G85, **3, 59, 179, 182**
- Benelux / Bénélux** dodis.ch/G1432, **63**
- Benin** vgl. Dahomey
- Bergen** dodis.ch/G6821, **136, 140**
- Berlin** dodis.ch/G25, **40, 82, 108, 166**
- Berlin (Est)** dodis.ch/G3061, **82, 147**
- Berlin (Ouest)** dodis.ch/G3581, **82, 147**
- Beyrouth** cf. Beirut
- Biel / Bienne** dodis.ch/G3681, **167**
- Bilbao** dodis.ch/G9222, **39**
- Birmanie** dodis.ch/G51, **40**
- Bogotá** dodis.ch/G41, **163**
- Böhmen und Mähren (Protektorat) / Bohême-Moravie (Protectorat)** dodis.ch/G9398, **77**
- Bolivie / Bolivien** dodis.ch/G478, **19, 49, 134**
- Bonn** dodis.ch/G2101, **12, 43, 57, 75, 80, 85, 101, 164, 177**
- Boston** dodis.ch/G8841, **58, 119**
- Botsuana / Botswana** dodis.ch/G9182, **104**
- Brasilien / Brésil** dodis.ch/G180, **2, 19, 62, 101, 107, 146**
- Brenner** dodis.ch/G1028, **20**
- Bruxelles / Brüssel** dodis.ch/G137, **6, 12, 94, 140, 148, 177, 183**
- Bucarest** dodis.ch/G233, **21, 61, 143, 164, 179**
- Budapest** dodis.ch/G8, **46, 61, 166, 174, 179**
- Buenos Aires** dodis.ch/G208, **7, 8, 90, 107, 114, 163**
- Bürgenstock** dodis.ch/G5111, **155**
- Bujumbura** dodis.ch/G5151, **24, 178**
- Bulgarien / Bulgarien** dodis.ch/G284, **61, 52**
- Bundesrepublik Deutschland** dodis.ch/G806, **1, 6, 8, 10, 19, 20, 35, 52, 56, 57, 58, 60, 63, 69, 70, 75, 80, 85, 89, 92, 94, 101, 103, 107, 113, 114, 122, 123, 127, 129, 133, 161, 170, 171, 177, 178**
- Bukarest** vgl. Bucarest
- Burma** vgl. Birmanie
- Burundi** dodis.ch/G4589, **89, 178**
- Butare** dodis.ch/G9396, **178**
- Bylakuppe** dodis.ch/G9215, **112, 113**
- Cachemire** dodis.ch/G1742, **40, 109, 176**
- Cambodge** dodis.ch/G3764, **71, 176**
- Cameroon** dodis.ch/G1861, **8, 100, 163**
- Canada** dodis.ch/G230, **6, 45, 58, 60, 81, 90, 92, 113, 117, 118, 127, 129, 130, 157, 167, 170**
- Canberra** dodis.ch/G42, **183**
- Canton** dodis.ch/G275, **175**
- Caracas** dodis.ch/G38, **163**
- Casablanca** dodis.ch/G1234, **117**
- Ceylan / Ceylon** dodis.ch/G1562, **92, 139**
- Chandigarh** dodis.ch/G4534, **74**
- Charawak** dodis.ch/G264, **98**
- Chicago** dodis.ch/G220, **58,**
- Chile / Chili** dodis.ch/G205, **19, 101, 107, 146, 163**
- China / Chine** dodis.ch/G29, **3, 29, 30, 43, 71, 80, 104, 112, 126, 157, 167, 170, 175, 178, 184**
- Chinchvad** dodis.ch/G9250, **74**
- Chypre** dodis.ch/G364, **28, 38, 40, 176**
- Cleveland** dodis.ch/G4536, **58,**
- Cologne** dodis.ch/G780, **43, 183**
- Colombie** dodis.ch/G206, **19, 49, 72, 101, 107, 146, 163**
- Colombo** dodis.ch/G1969, **139**
- Commonwealth** dodis.ch/G260, **138**
- Congo Kinshasa** dodis.ch/G5031, **1, 8, 28, 40, 42, 93, 94, 100, 103, 104, 169, 178**
- Congo Brazzaville** dodis.ch/G7728, **8, 163**
- Copenhagen** dodis.ch/G215, **57, 99, 183**
- Corée** dodis.ch/G33, **43, 91, 135, 184**
- Corée du Nord** dodis.ch/G1422, **43, 80, 91, 133, 184**
- Corée du Sud** dodis.ch/G1423, **43, 70, 80, 91, 124, 133, 183, 184**
- Costa Rica** dodis.ch/G857, **19, 163**
- Côte d'Ivoire** dodis.ch/G6968, **8, 163**
- Cuba** dodis.ch/G190, **2, 9, 19, 26, 28, 91, 100, 101, 107, 108, 132, 145, 146, 157, 178**
- Dahomey** dodis.ch/G5029, **8, 100, 163**
- Dänemark / Danemark** dodis.ch/G138, **17, 27, 40, 57, 65, 87, 92, 99, 102, 108, 117, 148, 149, 171, 183**
- Dar es Salam** dodis.ch/G9053, **178**
- Den Haag** dodis.ch/G88, **12, 152, 176, 183**
- Deutsche Demokratische Republik** dodis.ch/G283, **43, 80, 82, 83, 85, 147**
- Deutsches Reich / Gesamtdeutschland** vgl. Allemagne (en général)
- Dharwar** dodis.ch/G8978, **74**
- Djakarta** dodis.ch/G2121, **60, 95,**
- Dominikanische Republik** dodis.ch/G2660, **19, 62, 101, 163**
- Dublin** dodis.ch/G4927, **31**
- Ecuador** dodis.ch/G479, **19, 72, 101, 107, 146, 163**
- Egypte** cf. Ägypten
- Elfenbeinküste** vgl. Côte d'Ivoire
- El Salvador** dodis.ch/G4863, **19**
- Emmen** dodis.ch/G911, **18, 152**

- Engadin / Engadine** dodis.ch/G1242, 45
Entwicklungsländer dodis.ch/G4633, 7, 12, 19, 63, 79, 90, 95, 100, 111, 114, 121, 164
Equateur cf. Ecuador
Espagne dodis.ch/G126, 4, 10, 39, 63, 86, 92, 107, 117, 134, 153, 171, 177
Est (pays de l') dodis.ch/G936, 21, 27, 55, 83, 119, 126, 155, 164, 166, 175
Etats-Unis d'Amérique dodis.ch/G11, 1, 2, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18, 19, 27, 33, 56, 58, 67, 68, 70, 71, 76, 77, 81, 87, 88, 91, 92, 96, 97, 101, 105, 107, 110, 113, 114, 116, 119, 120, 125, 126, 127, 129, 130, 133, 135, 144, 146, 152, 156, 157, 161, 176, 177, 178
Europa / Europe dodis.ch/G12, 1, 5, 10, 12, 13, 24, 29, 55, 63, 65, 71, 77, 85, 92, 97, 118, 119, 121, 126, 127, 130, 132, 133, 138, 141, 145, 148, 161, 170, 175, 176
Europe occidentale dodis.ch/G347, 1, 51, 121, 123, 128, 155, 175, 183
Extrême-Orient / Ferner Osten dodis.ch/G281, 71
Finlande / Finland dodis.ch/G76, 12, 13, 38, 91, 92, 102, 149, 171
Formosa / Formose vgl. Taiwan
France / Frankreich dodis.ch/G13, 1, 2, 6, 12, 18, 26, 43, 46, 56, 58, 60, 63, 76, 77, 85, 91, 92, 99, 103, 105, 107, 117, 125, 132, 141, 156, 164, 168, 170, 171, 172, 177, 178
Francfort / Frankfurt dodis.ch/G386, 161
Frauenfeld dodis.ch/G3749, 177
Freiburg / Fribourg dodis.ch/G490, 15
Gambia / Gambie dodis.ch/G8055, 104
Gan dodis.ch/G9227, 139
Gempnach (BE) dodis.ch/G8975, 48
Genève / Genf dodis.ch/G28, 1, 5, 12, 13, 14, 22, 24, 27, 36, 40, 41, 50, 53, 56, 57, 61, 65, 76, 77, 83, 85, 90, 94, 99, 104, 107, 111, 120, 126, 144, 151, 157, 161, 167, 168, 169, 171
Genève (Canton) / Genf (Kanton) dodis.ch/G4401, 122, 177
Ghana dodis.ch/G4568, 100,
Gholeng dodis.ch/G9249, 74
Gibraltar dodis.ch/G1043, 56
Gikongoro dodis.ch/G9391, 24, 162
Gitarama dodis.ch/G9397, 178
Glarus / Glaris dodis.ch/G1885, 177
Goa dodis.ch/G4915, 4
Grande-Bretagne dodis.ch/G14, 10, 12, 38, 39, 40, 56, 58, 60, 63, 65, 69, 70, 76, 77, 85, 87, 90, 92, 96, 97, 98, 99, 101, 105, 107, 109, 112, 113, 117, 118, 120, 123, 127, 128, 129, 130, 136, 138, 139, 150, 155, 156, 161, 164, 171, 172, 175, 177
Graz dodis.ch/G1411, 20
Grèce / Griechenland dodis.ch/G178, 38, 92, 176
Grossbritannien vgl. Grande-Bretagne
Guangzhou vgl. Canton
Guatemala dodis.ch/G487, 19, 101, 107, 146, 163
Guatemala (Stadt / ville) dodis.ch/G4837, 163
Guinée / Guinea dodis.ch/G4933, 8, 163
Haffouz dodis.ch/G8059, 26
Haiti / Haïti dodis.ch/G480, 19, 101, 107, 146
Hamburg / Hambourg dodis.ch/G812, 44
Hanoi / Hanoï dodis.ch/G796, 43, 80, 96, 144, 167
Hararibagh dodis.ch/G9248, 74
Haut-Adige cf. Alto Adige
Haute-Savoie / Hochsavoyen dodis.ch/G1138, 54
Havanna dodis.ch/G188, 2, 9, 91, 145, 146, 152, 163
Hazaribagh dodis.ch/G9248, 74
Honduras dodis.ch/G481, 19, 101, 107, 146, 163
Hong Kong dodis.ch/G52, 56, 121, 175
Hongrie dodis.ch/G20, 13, 21, 46, 52, 61, 85, 91, 92, 166, 174, 179
Huariaca dodis.ch/G9237, 158
Hululle dodis.ch/G9229, 139
Iles Vierges dodis.ch/G5018, 11
Inde / Indien dodis.ch/G201, 3, 29, 30, 62, 74, 79, 92, 97, 100, 109, 112, 123, 152, 176, 183
Inde du Sud dodis.ch/G8902, 100
Indonésie / Indonésien dodis.ch/G49, 28, 60, 93, 95, 100, 107, 152, 175, 176
Industriestaaten, dodis.ch/G9188, 7, 114, 121, 129
Irak / Iraq dodis.ch/G482, 75, 101, 107
Iran dodis.ch/G743, 36, 107
Irland / Irlande dodis.ch/G128, 1, 31, 56, 92, 171
Irlande du Nord dodis.ch/G4877, 171
Israel / Israël dodis.ch/G1761, 28, 57, 72, 91, 92, 101, 176
Italie / Italien dodis.ch/G77, 1, 13, 20, 37, 44, 48, 53, 54, 58, 59, 63, 64, 86, 90, 92, 94, 107, 111, 117, 128, 149, 153, 164, 171
Jakarta cf. Djakarta
Japan / Japon dodis.ch/G45, 12, 43, 58, 70, 77, 85, 88, 92, 117, 121, 124, 133, 137
Java dodis.ch/G883, 95
Jemen dodis.ch/G948, 25, 28, 36, 40, 43
Jerusalem / Jérusalem dodis.ch/G324, 57
Johannesburg dodis.ch/G4569, 156

- Jordanie / Jordanien** dodis.ch/G2761, **100**,
Jugoslawien dodis.ch/G69, **40, 52, 59, 63, 172, 182**
Jungferninseln vgl. Iles Vierges
Jura dodis.ch/G582, **6, 141**
Kairo dodis.ch/G40, **3, 23, 101**
Kalimpong dodis.ch/G8921, **74**
Kambodscha vgl. Cambodge
Kamerun vgl. Cameroun
Kampala dodis.ch/G5152, **24**
Kanada vgl. Canada
Kano dodis.ch/G7850, **94**
Kanton vgl. Canton
Karachi / Karatschi dodis.ch/G1921, **109, 152**
Kaschmir vgl. Cachemire
Katanga dodis.ch/G4779, **94**
Katar dodis.ch/G4960, **36**
Kendal dodis.ch/G8968, **74**
Kenia / Kenya dodis.ch/G4796, **4, 101**
Kerala dodis.ch/G8901, **74, 100**
Kigali dodis.ch/G8988, **24, 89, 162, 178**
Kinshasa dodis.ch/G2928, **42, 93, 94**
Kintambo dodis.ch/G7854, **103**
Köln vgl. Cologne
Kolumbien vgl. Colombie
Kongo Brazzaville vgl. Congo Brazzaville
Kongo Kinshasa vgl. Congo Kinshasa
Kopenhagen vgl. Copenhague
Korea vgl. Corée
Kotiyam dodis.ch/G9247, **74**
Koweït dodis.ch/G4858, **43**
Kuala Lumpur dodis.ch/G821, **98, 183**
Kuba vgl. Cuba
Kuwait vgl. Koweït
La Coruña / La Corogne cf. A Coruña
Lagos dodis.ch/G4655, **130**
La Havane cf. Havanna
La Haye cf. Den Haag
La Nouvelle Orléans dodis.ch/G221, **58**
Laos dodis.ch/G3763, **28**
La Paz dodis.ch/G4740, **49, 163**
Las Palmas dodis.ch/G9223, **39**
Lateinamerika vgl. Amérique latine
Lausanne dodis.ch/G174, **15, 22, 27, 30, 82, 88, 144, 174**
Le Caire cf. Kairo
Lech dodis.ch/G1087, **63, 108, 164**
Léopoldville cf. Kinshasa
Leningrad dodis.ch/G3147, **88**
Lesotho dodis.ch/G9183, **104**
Liban / Libanon dodis.ch/G483, **72**
Liberia / Libéria dodis.ch/G484, **8, 163**
Libye / Libyen dodis.ch/G4636, **98**
Liechtenstein dodis.ch/G253, **7, 85, 171, 177**
Liestal dodis.ch/G1405, **99**
Lima dodis.ch/G213, **7, 19, 49, 158, 163**
Lisbonne / Lissabon dodis.ch/G349, **4, 107, 172**
Locarno dodis.ch/G305, **21**
Lokniketan dodis.ch/G9244, **74**
London / Londres dodis.ch/G55, **13, 56, 65, 87, 97, 99, 117, 130, 138, 154, 164, 177, 183**
Los Angeles dodis.ch/G8963, **58**
Lucerne / Luzern dodis.ch/G531, **160**
Luxembourg / Luxemburg dodis.ch/G196, **171**
Luxembourg (ville) / Luxemburg (Stadt) dodis.ch/G5048, **171**
Madagascar / Madagaskar dodis.ch/G366, **8, 163**
Madrid dodis.ch/G941, **39, 85, 107, 153**
Madupatty dodis.ch/G9393, **74**
Maghreb dodis.ch/G6463, **23, 26, 75**
Mailand dodis.ch/G840, **20, 117**
Málaga dodis.ch/G9224, **39**
Malaisie / Malaysia dodis.ch/G822, **28, 56, 62, 70, 93, 98, 124, 133, 173, 176, 183**
Malawi dodis.ch/G8677, **104**
Maldives / Malediven dodis.ch/G8887, **98, 139**
Malé dodis.ch/G9228, **139**
Managua dodis.ch/G4849, **163**
Manhattan dodis.ch/G4782, **119**
Manila / Manille dodis.ch/G432, **98**
Maroc / Marokko dodis.ch/G975, **75**
Mexico (ville) / Mexiko (Stadt) dodis.ch/G4660, **91, 146, 163**
Mexiko dodis.ch/G319, **19, 26,**
Miami dodis.ch/G4767, **146**
Milano / Milan cf. Mailand
Mittelamerika vgl. Amérique centrale
Mombasa dodis.ch/G9207, **4**
Mongolei / Mongolie dodis.ch/G293, **98**
Montevideo dodis.ch/G1346, **91, 163**
Montreux dodis.ch/G330, **83, 115**
Moscou / Moskau dodis.ch/G21, **13, 14, 27, 40, 47, 51, 61, 63, 88, 91, 151, 157, 164, 175, 184**
Naher Osten dodis.ch/G854, **77**
Nairobi dodis.ch/G5150, **4, 178**
Namibia / Namibie cf. Südwestafrika
Nanjing / Nankin dodis.ch/G270, **175**
Nassau dodis.ch/G8867, **67, 146**
Nepal / Népal dodis.ch/G4263, **74, 93, 100, 112**
Nettur dodis.ch/G8903, **74**
Neuchâtel / Neuenburg dodis.ch/G245, **88, 169**
Neuseeland dodis.ch/G218, **93, 129, 155**
Neutrale Länder dodis.ch/G8724, **91, 164**
New Delhi dodis.ch/G516, **3, 5, 30, 72, 74, 93, 109, 112, 139**
New Orleans vgl. La Nouvelle Orléans

- New York** dodis.ch/G23, **24, 33, 40, 58, 68, 102, 117, 157, 167**
- Nicaragua** dodis.ch/G945, **19**
- Niederlande** dodis.ch/G78, **58, 91, 92, 96, 97, 117, 118, 129, 167, 171, 176, 177, 183**
- Niger** dodis.ch/G7456, **8, 163**
- Nigeria / Nigéria** dodis.ch/G4656, **28, 176**
- Nordamerika** vgl. Amérique du Nord
- Nord Borneo** dodis.ch/G8888, **98**
- Nordirland** vgl. Irlande du Nord
- Nordkorea** vgl. Corée du Nord
- Nordvietnam** dodis.ch/G4846, **43, 77, 80, 144, 157, 161, 184**
- Norvège / Norwegen** dodis.ch/G194, **38, 65, 87, 92, 99, 149, 183**
- Nouvelle-Zélande** cf. Neuseeland
- Nyanza** dodis.ch/G9390, **24**
- Occident** dodis.ch/G1858, **1, 55, 57, 75, 77, 101, 119, 126, 129, 151, 155, 157, 166, 175, 182**
- Oerlikon** dodis.ch/G734, **84**
- Orient** dodis.ch/G3160, **126**
- Oslo** dodis.ch/G406, **183**
- Ostafrika** vgl. Afrique orientale
- Ostasien** vgl. Asie orientale
- Ostberlin** vgl. Berlin (Est)
- Ostblock** vgl. Est (pays de l')
- Osten** vgl. Orient
- Österreich** vgl. Autriche
- Ottawa** dodis.ch/G169, **6, 81, 170, 183**
- Pakistan** dodis.ch/G1433, **8, 79, 92, 109, 152, 176, 183**
- Panama** dodis.ch/G784, **19**
- Panama (Stadt / ville)** dodis.ch/G4776, **163**
- Pankow** dodis.ch/G7730, **43, 80**
- Panmunjom** dodis.ch/G4301, **80, 135, 184**
- Paraguay** dodis.ch/G946, **19**
- Paris** dodis.ch/G18, **6, 12, 19, 44, 46, 55, 63, 85, 117, 114 125, 151, 155, 168, 170, 183**
- Pays-Bas** cf. Niederlande
- Pays de Gex** dodis.ch/G225, **54**
- Pays industriels** cf. Industriestaaten
- Pays neutres** cf. Neutrale Länder
- Pays rhénans** dodis.ch/G818, **77**
- Pékin / Peking** vgl. Beijing
- Peru / Pérou** dodis.ch/G212, **7, 19, 100, 134, 158, 163, 183**
- Philadelphia / Philadelphie** dodis.ch/G1644, **58**
- Philippinen / Philippines** dodis.ch/G46, **8, 107**
- Phnom-Penh / Pnom-Penh** dodis.ch/G3781, **71**
- Pjôngjang** dodis.ch/G5219, **43, 80, 91**
- Playa Girón** vgl. Baie des Cochons
- Polen / Pologne** dodis.ch/G68, **21, 32, 46, 47, 52, 61, 77, 131, 179**
- Poona** dodis.ch/G8980, **74**
- Port-au-Prince** dodis.ch/G2926, **163**
- Portugal** dodis.ch/G127, **4, 10, 65, 70, 87, 92, 99, 101, 107, 115, 130, 176**
- Poznań / Posen** dodis.ch/G4601, **151**
- Prag / Prague** dodis.ch/G71, **61, 91, 147, 179**
- Pretoria / Prétoria** dodis.ch/G469, **156, 181**
- Preussen / Prusse** dodis.ch/G1379, **85**
- Proche-Orient** cf. Naher Osten
- Puno** dodis.ch/G9230, **134**
- Pyongyang** cf. Pjôngjang
- Qatar** cf. Katar
- Québec** dodis.ch/G9374, **117, 170**
- Quito** dodis.ch/G7401, **163**
- Rapperswil** dodis.ch/G5383, **169**
- République Arabe Unie** cf. Ägypten
- République démocratique allemande** cf. Deutsche Demokratische Republik
- République dominicaine** cf. Dominikanische Republik
- République fédérale d'Allemagne** cf. Bundesrepublik Deutschland
- Rhein / Rhin** dodis.ch/G961, **171**
- Rheinland** vgl. Pays rhénans
- Rhodésie / Rhodesien** dodis.ch/G4449, **7, 43, 97, 101, 113, 120, 130, 138, 154, 156, 176**
- Rincón de la Victoria** dodis.ch/G9226, **39**
- Rio de Janeiro** dodis.ch/G207, **163**
- Rivonia** dodis.ch/G9304, **97**
- Roma / Rom / Rome** dodis.ch/G361, **12, 20, 48, 53, 54, 77, 108, 111, 118, 140, 164, 183**
- Romandie** dodis.ch/G2061, **6, 22**
- Roumanie** dodis.ch/G234, **21, 46, 61, 107, 108, 143**
- Ruanda / Rwanda** dodis.ch/G4588, **8, 89, 100, 162, 163, 178**
- Rumänien** vgl. Roumanie
- Sabah** vgl. Nord Borneo
- Saigon / Saïgon** dodis.ch/G431, **43, 80, 116**
- Saint-Maurice (VS)** dodis.ch/G989, **74**
- Salisbury** dodis.ch/G4657, **130, 138**
- San Francisco** dodis.ch/G64, **58, 67**
- Sangamner** dodis.ch/G8981, **74**
- San José** dodis.ch/G2930, **163**
- San Juan** dodis.ch/G9239, **158**
- San Lorenzo** dodis.ch/G9238, **158**
- San Salvador** dodis.ch/G4774, **163**
- Sansibar** dodis.ch/G5019, **178**
- Santa Cruz** dodis.ch/G1340, **86**
- Santiago de Chile** dodis.ch/G211, **163**
- Santo Domingo** dodis.ch/G942, **163**
- São Paulo** dodis.ch/G4069, **163**

- Sarawak** vgl. Charawak
Saudi-Arabien vgl. Arabie saoudite
Scandinavie dodis.ch/G514, **63, 65, 66, 85, 102, 149, 175**
Schaffhausen / Schaffhouse dodis.ch/G1018, **142**
Schwarzafrika vgl. Afrique noire
Schweden dodis.ch/G15, **1, 18, 27, 29, 38, 58, 63, 65, 66, 71, 73, 87, 90, 91, 92, 99, 108, 115, 135, 149, 160, 161, 164, 166, 171**
Schweinebucht vgl. Baie des cochons
Seattle dodis.ch/G4174, **58,**
Sénégal / Senegal dodis.ch/G7455, **8, 107, 136, 163, 170**
Seoul / Séoul dodis.ch/G4261, **43, 80, 91**
Serbien / Serbien dodis.ch/G564, **59**
Seychellen / Seychelles dodis.ch/G5010, **92**
Shangugu dodis.ch/G7852, **24**
Singapur / Singapour dodis.ch/G53, **70, 98, 121, 124**
Skandinavien vgl. Scandinavie
Slovaquie / Slowakei dodis.ch/G424, **77**
Sofia dodis.ch/G755, **61, 179**
Sokolniki dodis.ch/G9243, **151**
Solo dodis.ch/G4078, **95**
Solothurn / Soleure dodis.ch/G677, **174**
Somalia / Somalie dodis.ch/G4762, **43**
Sowjetunion dodis.ch/G30, **7, 13, 14, 27, 47, 51, 63, 72, 85, 88, 104, 107, 121, 126, 151, 157, 166, 170, 174, 175, 178, 184**
Spanien vgl. Espagne
Spiez dodis.ch/G4888, **169**
Spöl dodis.ch/G9168, **54**
Sri Lanka vgl. Ceylan
Stans dodis.ch/G1849, **60**
St. Louis dodis.ch/G4711, **58**
Stockholm dodis.ch/G94, **3, 66, 73, 92, 135, 160, 164**
Strasbourg / Strassburg dodis.ch/G2361, **63, 141**
Südafrika vgl. Afrique du Sud
Südamerika vgl. Amérique du Sud
Südindien vgl. Inde du Sud
Südkorea vgl. Corée du Sud
Südostasien vgl. Asie du Sud-Est
Südtirol vgl. Alto Adige
Südvietnam dodis.ch/G4847, **28, 43, 60, 71, 77, 80, 96, 100, 101, 116, 144, 157, 161**
Südwestafrika dodis.ch/G7621, **181**
Suède cf. Schweden
Suez dodis.ch/G1004, **166**
Suisse romande cf. Romandie
Sud-Ouest africain cf. Südwestafrika
Taipeh / Taipei dodis.ch/G3981, **43, 80**
Taiwan / Taïwan dodis.ch/G32, **43, 80, 175**
Tansania / Tanzanie dodis.ch/G5025, **8, 100, 163, 178**
Tchad dodis.ch/G7461, **8, 163**
Tchécoslovaquie dodis.ch/G73, **21, 52, 61, 77, 105, 107, 155, 157, 171, 179**
Tegucigalpa dodis.ch/G4850, **163**
Tel Aviv dodis.ch/G1766, **57**
Thailand / Thaïlande dodis.ch/G202, **62, 133, 183**
Thun / Thoun dodis.ch/G909, **152**
Tibet dodis.ch/G1198, **5, 30, 74, 100, 112**
Tiers-Monde cf. Entwicklungsländer
Tirol dodis.ch/G372, **20**
Togo dodis.ch/G6444, **8, 163**
Tokio / Tokyo dodis.ch/G35, **43, 88, 124, 127, 133, 135, 183**
Torino / Turin dodis.ch/G841, **40**
Tschad vgl. Tchad
Tschechoslowakei vgl. Tchécoslovaquie
Tunesien / Tunisie dodis.ch/G362, **8, 23, 26, 60, 75, 100, 163**
Türkei / Turquie dodis.ch/G122, **34, 38, 55, 69, 100, 171, 176**
Ukd / Uqd dodis.ch/G9251, **36**
Ungarn vgl. Hongrie
Union soviétique cf. Sowjetunion
Uruguay dodis.ch/G947, **19, 107**
USA vgl. Etats-Unis d'Amérique
Varadero dodis.ch/G4765, **146**
Varsovie dodis.ch/G144, **32, 46, 47, 61, 91, 131, 179**
Vatican / Vatikan dodis.ch/G712, **24, 39**
Vaud dodis.ch/G1243, **177**
Venezuela dodis.ch/G486, **19, 101, 107, 146**
Vereinigte Arabische Republik vgl. Ägypten
Vereinigte Staaten von Amerika vgl. Etats-Unis d'Amérique
Vienne dodis.ch/G238, **3, 20, 85, 99, 148, 164**
Vietnam dodis.ch/G1434, **43, 77, 96, 116, 148, 157, 161, 165, 176**
Vietnam du Nord cf. Nordvietnam
Vietnam du Sud cf. Südvietnam
Vijayavada dodis.ch/G9246, **74**
Virgin Islands vgl. Iles Vierges
Voralberg dodis.ch/G373, **63**
Vouvry dodis.ch/G9301, **10**
Waadt vgl. Vaud
Warschau vgl. Varsovie
Washington dodis.ch/G16, **1, 2, 11, 14, 16, 56, 58, 68, 76, 77, 81, 87, 89, 90, 107, 110, 114, 118, 130, 132, 144, 146, 152, 157, 159, 161, 164, 183**
Wellington dodis.ch/G462, **183**

- Westberlin** vgl. Berlin (Ouest)
Westen / Westliche Staaten vgl. Occident
Westeuropa vgl. Europe occidentale
Westschweiz vgl. Romandie
Wien vgl. Vienne
Wimmis dodis.ch/G912, **152**
Würenlingen dodis.ch/G5561, **88**
Yémen cf. Jemen
Yougoslavie cf. Jugoslawien
Zambia / Zambie dodis.ch/G5036, **104**
Zanzibar cf. Sansibar
Zentralafrika vgl. Afrique centrale
Zentralamerika vgl. Amérique centrale
Zimbabwe cf. Rhodésie
Zug / Zoug dodis.ch/G1261, **93**
Zuoz dodis.ch/G9236, **45**
Zürich / Zurich dodis.ch/G27, **9, 27, 28, 60, 67, 82, 126, 147, 174**
Zürich (Kanton) / Zurich (Canton) dodis.ch/G3361, **147, 177**
Zypern vgl. Chypre

IX. VERZEICHNIS DER BENUTZTEN BESTÄNDE
LISTE DES FONDS UTILISÉS
LISTA DEI FONDI UTILIZZATI

Die mit einem * gekennzeichneten Bestände sind besonders forschungsrelevant.

Les fonds signalés par un * sont particulièrement pertinents pour la recherche.

I fondi contrassegnati da un * sono particolarmente rilevanti per la ricerca.

IX.1. SCHWEIZERISCHES BUNDESARCHIV
ARCHIVES FÉDÉRALES SUISSES
ARCHIVIO FEDERALE SVIZZERO

IX.1.1. ARCHIV DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESSTAATES
ARCHIVES DE L'ÉTAT FÉDÉRAL
ARCHIVIO DELLO STATO FEDERALE

Bundeskanzlei / Chancellerie fédérale / Cancelleria federale

- E 1001(-) *Anträge der Bundeskanzlei und der Departemente /
Propositions de la Chancellerie fédérale et
des Départements
- E 1003(-) *Verhandlungsprotokolle des Bundesrates /
Procès-verbaux des délibérations du Conseil fédéral
- E 1004.1(-) *Beschlussprotokolle des Bundesrates /
Procès-verbaux des décisions du Conseil fédéral
- E 1050.7(A) Geschäftsprüfungskommissionen der Bundes-
versammlung / Commissions de gestion de l'Assemblée
fédérale
- E 1050.8(-) Militärkommissionen der Bundesversammlung /
Commissions militaires de l'Assemblée fédérale
- E 1050.12(-) Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten
der Bundesversammlung / Commissions des affaires
étrangères de l'Assemblée fédérale
- E 1201(-) Protokolle der Vereinigten Bundesversammlung /
Procès-verbaux de l'Assemblée fédérale
- E 1301(-) Protokolle des Nationalrates / Procès-verbaux
du Conseil national
- E 1401(-) Protokolle des Ständerates / Procès-verbaux du Conseil
des États

Politisches Departement / Département politique / Dipartimento politico

- E 2001(E) *Abteilung für Politische Angelegenheiten /
Division des affaires politiques
- E 2001(E)-01 Abteilung für Politische Angelegenheiten,
Direktion für Völkerrecht / Division des affaires
politiques, Direction du droit international public

- E 2001-05(-) Abteilung für Politische Angelegenheiten, politische Dokumentation / Division des affaires politiques, documentation politique
- E 2003(A) Abteilung für internationale Organisationen / Division des organisations internationales
- E 2003-01(A) Abteilung für internationale Organisationen: Fremde Interessen / Division des organisations internationales: Intérêts étrangers
- E 2004(B) Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten / Division des affaires administratives
- E 2005(A) Delegierter für Technische Zusammenarbeit / Délégué à la coopération technique
- E 2010(A) Generalsekretariat politische Angelegenheiten und Völkerrecht / Secrétariat général pour les affaires politiques et le droit international public
- E 2024-02(A) Personaldossiers / Dossiers personnels
- E 2200(-) Diplomatische und konsularische Vertretungen der Schweiz / Représentations diplomatiques et consulaires de la Suisse
- E 2300(-) Politische und konsularische Berichte der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz / Rapports politiques et consulaires des représentations diplomatiques et consulaires de la Suisse
- E 2300-01(-) Politische und konsularische Berichte der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz / Rapports politiques et consulaires des représentations diplomatiques et consulaires de la Suisse
- E 2500(-) Personaldossiers / Dossiers personnels
- E 2800(-) Handakten Max Petitpierre / Papiers Max Petitpierre
- E 2804(-) *Handakten Friedrich Traugott Wahlen / Papiers Friedrich Traugott Wahlen
- E 2806(-) *Handakten Pierre Micheli / Papiers Pierre Micheli
- E 2807(-) *Handakten Willy Spühler / Papiers Willy Spühler

*Departement des Innern / Département de l'intérieur /
Dipartimento dell'interno*

- E 3001(B) Generalsekretariat / Secrétariat général
- E 3340(B) Bundesamt für Sozialversicherung /
Office fédéral des assurances sociales

*Justiz- und Polizeidepartement / Département de justice et police /
Dipartimento di giustizia e polizia*

- E 4001(D) Departementssekretariat / Secrétariat du département
- E 4110(B) Justizabteilung / Division de la justice
- E 4260(D) Polizeiabteilung / Division de police
- E 4300(B) Zentralstelle für Fremdenpolizei / Office central de la Police fédérale des étrangers

E 4320(B) Bundesanwaltschaft / Ministère public
 E 4320(C) Bundesanwaltschaft / Ministère public

Militärdepartement / Département militaire / Dipartimento militare

E 5001(G) Direktion der Eidg. Militärverwaltung / Direction de l'administration militaire fédérale
 E 5150(C) Gruppe für Rüstungsdienste / Groupement des services de l'armement
 E 5155(-) Sekretariat der Kriegstechnischen Abteilung / Secrétariat du Service technique militaire
 E 5301-03(-) Abteilung für Adjutantur / Service d'adjudance
 E 5560(D) Generalstabsabteilung / Service de l'Etat-Major général
 E 5802(-) Sekretariat des Departementsvorstehers (Paul Chaudet) / Secrétariat du Chef du Département (Paul Chaudet)

Finanz- und Zolldepartement / Département des finances et des douanes / Dipartimento delle finanze e delle dogane

E 6100(B) Finanzverwaltung / Administration des finances
 E 6100(B)-02 Finanzverwaltung / Administration des finances
 E 6100(C) Finanzverwaltung / Administration des finances

Volkswirtschaftsdepartement / Département de l'économie publique / Dipartimento dell'economia pubblica

E 7001(C) Generalsekretariat / Secrétariat général
 E 7110(-) *Handelsabteilung / Division du commerce
 E 7111(C) Sekretariat der Handelsabteilung / Secrétariat de la Division du commerce
 E 7170(B) Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit / Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail
 E 7175(B) Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit: Arbeitskraft und Auswanderung / Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail: Main-d'œuvre et émigration

Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement / Département des transports et communications et de l'énergie / Dipartimento dei trasporti, delle comunicazioni e delle energie

E 8210(A) Abteilung für Wissenschaft und Forschung – Zentralregistratur des Delegierten für Fragen der Atomenergie / Division de la science et de la recherche – Registre central des délégués pour les questions d'énergie atomique

IX.1.2. URKUNDEN / ACTES / DOCUMENTI

- K 1(-) *Staatsverträge / Accords bilatéraux
K 7(-) Amtliche Urkunden / Actes officiels

IX.1.3. DEPOSITEN UND SCHENKUNGEN
DEPÔTS ET DONS / DEPOSITI ET DONAZIONI

Natürliche Personen / Personnes physiques / Persone fisiche

- J 1.223(-) Rudolf Bindschedler
J. 1.153(-) Friedrich Traugott Wahlen

X.2. AMTLICHE DRUCKSCHRIFTEN
PUBLICATIONS OFFICIELLES / PUBBLICAZIONI UFFICIALI

- Bundesblatt der schweizerischen Eidgenossenschaft /
Feuille fédérale de la Confédération suisse
- Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen
der Schweizerischen Eidgenossenschaft / Recueil officiel des lois
et ordonnances de la Confédération suisse
- Amtliches stenographisches Bulletin der schweizerischen Bundes-
versammlung / Bulletin sténographique officiel de l'Assemblée fédérale
- Bericht des Schweizerischen Bundesrates an die Bundesversammlung
über seine Geschäftsführung / Rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée
fédérale sur sa gestion

X.3. HILFSMITTEL / INSTRUMENTS DE TRAVAIL
STRUMENTI DI LAVORO

- Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848 bis 2007.
Hg. von Wolf Linder, Christian Bolliger, Yvan Rielle, Bern 2010.
- Staatskalender der Schweizerischen Eidgenossenschaft / Annuaire
de la Confédération suisse / Annuario della Confederazione Svizzera
- Jahrbuch der eidgenössischen Räte und Gerichte /
Annuaire des autorités fédérales / Annuario delle Autorità federali
- Jahrbuch Schweizerische Politik / Année Politique Suisse
www.anneepolitique.ch
- Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz
seit 1798, Eidgenössisches Politisches Departement, Bern 2010
- Das Eidgenössische Politische Departement (Zentrale) von 1848 bis
1970, (Amtschronik), Bern 1971
- Datenbank der Ratsmitglieder seit 1848 / Banque de données recensant
les membres des Conseils depuis 1848 / Banca dati dei deputati dal 1848
www.parlament.ch

X. VERZEICHNIS NICHT FREIGELEGEBENER DOSSIERS
 DER EIDGENOSSENSCHAFT
 IM SCHWEIZERISCHEN BUNDESARCHIV
 LISTE DES DOSSIERS DE LA CONFÉDÉRATION
 DANS LES ARCHIVES FÉDÉRALES SUISSES
 NON RENDUS ACCESSIBLES
 ELENCO DEI FASCICOLI DELLA CONFEDERAZIONE
 NELL'ARCHIVIO FEDERALE SVIZZERO
 NON RESI ACCESSIBILI

Das Forschungsprojekt Diplomatische Dokumente der Schweiz (DDS) ist ein Unternehmen der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW). Entsprechend unterliegen die Mitglieder der Forschungsgruppe der DDS denselben rechtlichen Bestimmungen wie alle Forscherinnen und Forscher. Artikel 20 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft gewährleistet die Wissenschaftsfreiheit. Als Forschungsunternehmen ist die Forschungsgruppe der DDS deshalb im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen in der Auswahl der Dokumente vollkommen frei. Die wissenschaftliche Verantwortung dazu trägt der Direktor der DDS. Die Forschungsgruppe der DDS ist dem von der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte (SGG) verabschiedeten Ethik-Kodex und deren Grundsätzen zur Freiheit der wissenschaftlichen historischen Forschung und Lehre verpflichtet.

Der Zugang zum Archivgut des Bundes ist im Bundesgesetz über die Archivierung (BGA) vom 26. Juni 1998 geregelt. Gemäss Artikel 9 (Grundsatz der freien Einsichtnahme und Schutzfrist) steht dieses Archivgut der Öffentlichkeit nach Ablauf einer Schutzfrist von 30 Jahren unentgeltlich zur Einsichtnahme zur Verfügung. Die Ausnahmen sind in Artikel 11 (Verlängerte Schutzfrist für Personendaten) und Artikel 12 (Weitere Beschränkungen der Einsichtnahme) geregelt. Die aufgrund von Artikel 12 vom Bundesrat einer verlängerten Schutzfrist unterstellten Bestände werden jährlich im Anhang 3 (Liste von Archivgut mit verlängerter Schutzfrist) zur Verordnung zum Bundesgesetz über die Archivierung (VBGA) veröffentlicht. Die Forschungsgruppe der DDS hat gemäss Artikel 13 BGA (Einsichtnahme während der Schutzfrist) für die Periode des vorliegenden Bandes (1964–1966) insgesamt 31 Einsichtsgesuche gestellt, die etwa 5800 Dossiers der Eidgenossenschaft im Schweizerischen Bundesarchiv umfassen. Gemäss Artikel 13 Absatz 2 BGA gelten die von der Forschungsgruppe der DDS erhaltenen Bewilligungen «unter gleichen Bedingungen für alle Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller».

Bei den noch einer Schutzfrist unterstehenden Dossiers kann die Einsichtnahme nach Artikel 13 Absatz 3 BGA «mit Auflagen und Bedingungen verknüpft werden, insbesondere kann die Anonymisierung von Personendaten verlangt werden». Für die Periode des vorliegenden Bandes konnten die von der Forschungsgruppe der DDS aus den freigegebenen Dossiers ausgewählten Dokumente vollumfänglich und ohne Einschränkungen im vorliegenden Band und auf dodis.ch veröffentlicht werden.

Im vorliegenden Verzeichnis werden diejenigen Dossiers festgehalten, bei denen die zuständige Stelle im entsprechenden Departement der Forschungsgruppe der DDS die Einsicht verweigert hat.

Eine laufend aktualisierte Liste aller für die Forschungsgruppe der DDS nicht freigegebener Dossiers kann im Internet unter dodis.ch/dds/BGA konsultiert werden.

Le projet de recherche Documents Diplomatiques Suisses (DDS) est une entreprise de l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH). Les membres du groupe de recherche des DDS sont ainsi soumis aux mêmes dispositions juridiques que tous les chercheurs et chercheuses. L'article 20 de la Constitution fédérale de la Confédération suisse garantit la liberté de la science. En tant qu'entreprise active dans le domaine de la recherche, le groupe de recherche des DDS est entièrement libre dans la sélection de documents, dans le cadre des dispositions légales en vigueur. La responsabilité scientifique est du ressort du Directeur des DDS. Le groupe de recherche des DDS est soumis au Code d'éthique et aux Principes de la liberté de la recherche et de l'enseignement scientifiques de l'histoire, adoptés par la Société suisse d'histoire (SSH).

L'accès aux archives de la Confédération est réglementé par la Loi fédérale sur l'archivage (LAR). Selon l'Article 9 (Principe de la libre consultation et délai de protection), ces archives peuvent être consultées librement par le public après l'expiration d'un délai de protection de 30 ans. Les exceptions sont prévues à l'Article 11 (Prolongation du délai de protection pour les données personnelles) et à l'Article 12 (Autres restrictions de la consultation). Les fonds soumis à un délai de protection prolongé par le Conseil fédéral en vertu de l'Article 12 sont publiés annuellement dans l'Annexe 3 (Liste des archives soumises à un délai de protection prolongé) de l'Ordonnance relative à la loi fédérale sur l'archivage (OLAr). Conformément à l'Article 13 de la LAR (Consultation pendant le délai de protection), le groupe de recherche des DDS a adressé 31 demandes de consultation pour la période du présent volume (1964–1966), ce qui correspond environ à 5800 dossiers de la Confédération dans les Archives fédérales suisses. Sur la base de l'Article 13, paragraphe 3 de la LAR, les autorisations accordées au groupe de recherche des DDS sont valables «aux mêmes conditions, à toutes les personnes qui en font la demande».

La consultation des dossiers pour l'heure soumis à un délai de protection «peut être assortie de charges et de conditions; il peut en particulier être exigé que les données personnelles soient rendues anonymes», conformément à l'Article 13, paragraphe 3 de la LAR. Les documents ainsi accessibles qui ont été sélectionnés par le groupe de recherche des DDS ont pu être publiés intégralement et sans aucune restriction dans le présent volume et sur dodis.ch.

Dans la liste ci-dessous sont mentionnés les dossiers dont la consultation a été refusée au groupe de recherche des DDS par l'autorité compétente au sein du Département fédéral concerné.

La liste constamment mise à jour des dossiers qui n'ont pas été mis à la disposition du groupe de recherche des DDS est consultable sur Internet à l'adresse dodis.ch/dds/LAR.

Il progetto di ricerca Documenti Diplomatici Svizzeri (DDS) è un'impresa dall'Accademia svizzera delle scienze morali e sociali (ASSMS). I membri del gruppo di ricerca dei DDS sono perciò soggetti alle stesse disposizioni legislative di tutte le ricercatrici e i ricercatori. L'articolo 20 della Costituzione federale della Confederazione svizzera garantisce la libertà della scienza. In quanto progetto di ricerca, il gruppo di ricerca dei DDS è completamente libero nella selezione dei documenti, nel rispetto delle leggi vigenti. La responsabilità scientifica spetta al direttore dei DDS. Il gruppo di ricerca dei DDS si attiene al Codice d'etica e ai Principi della libertà della ricerca e dell'insegnamento scientifico della storia approvati dalla Società svizzera di storia (SSS).

L'accesso agli archivi della Confederazione è regolato dalla Legge federale sull'archiviazione (LAr) del 26 giugno 1998. Secondo l'articolo 9 (Principio della libera consultazione e termine di protezione), questi archivi sono accessibili al pubblico, a titolo gratuito, dopo la scadenza di un termine di protezione di 30 anni. Le eccezioni sono definite negli articoli 11 (Proroga del termine di protezione per i dati personali) e 12 (Altre restrizioni alla consultazione). I fondi soggetti a una proroga del termine di protezione da parte del Consiglio federale in base all'articolo 12 sono resi noti ogni anno nell'Allegato 3 (Elenco degli archivi con termine di protezione prorogato) dell'Ordinanza relativa alla legge federale sull'archiviazione (OLAr). Conformemente all'articolo 13 della LAr (Consultazione durante il termine di protezione), il gruppo di ricerca dei DDS ha sottoposto 31 richieste di consultazione per il periodo compreso in questo volume (1964–1966). Le richieste riguardano circa 5800 fascicoli della Confederazione conservati nell'Archivio federale svizzero. Conformemente all'articolo 13, paragrafo 2 della LAr le autorizzazioni accordate al gruppo di ricerca dei DDS si «applicano alle stesse condizioni a tutti i richiedenti.»

La consultazione di fascicoli soggetti a protezione «può essere subordinata a oneri e condizioni; segnatamente può essere stabilito che i dati personali vengano resi anonimi», conformemente all'articolo 13, paragrafo 3 della LAr. I documenti selezionati dai DDS resi accessibili grazie a questa procedura hanno potuto essere pubblicati integralmente e senza alcuna restrizione in questo volume e su dodis.ch.

Nel seguente elenco sono indicati i fascicoli la cui consultazione è stata negata al gruppo di ricerca dei DDS dalle autorità competenti dei rispettivi Dipartimenti.

L'elenco dei fascicoli che non sono stati messi a disposizione del gruppo di ricerca dei DDS, continuamente aggiornato, si trova all'indirizzo Internet dodis.ch/dds/LArc.

Departemente / Départements / Dipartimenti

Dossier	Datum des ablehnenden Entscheids
Dossier	Date de la décision négative
Fascicolo	Data della decisione negativa

*Schweizerische Bundeskanzlei / Chancellerie fédérale /
Cancellaria federale*

E 1005(-) 1976/205 Bd. 2 Protokolle des Bundesrates, Geheimprotokolle (1963–1964)	30. 12. 2010
E 1005(-) 1976/205 Bd. 2 Protokolle des Bundesrates, Geheimprotokolle (1965)	30. 12. 2010

*Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten /
Département fédéral des affaires étrangères / Dipartimento federale
degli affari esteri*

E 2001(E) 1978/84 Bd. 357 (B.51.14.21.2) Ausfuhr von Kriegsmaterial aus der Schweiz nach Südafrika, Bd. II (1964–1967)	16. 8. 2010
E 2001(E) 1978/84 Bd. 363 (C.41.152) Schweiz. Anleihen an südafrikanische Firmen (1958–1967)	16. 8. 2010
E 2200.178(-) 1979/103 Bd. 7 (Q.3.2) Bankbeziehungen Schweiz–Südafrika (1961–1965)	16. 8. 2010
E 2200.178(-) 1979/103 Bd. 9 (R.5.1) Schweizerische Unternehmen in Südafrika (1963–1965)	16. 8. 2010
E 2200.178(-) 1985/134 Bd. 6 (512.12) Import- beschränkungen in Südafrika (1966–1972)	16. 8. 2010
E 2200.178(-) 1991/276 Bd. 5 (335.0) Kriegsmaterial, Allgemeines (1961–1976)	16. 8. 2010

*Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz
und Sport / Département fédéral de la défense, de la protection
de la population et des sports / Dipartimento federale della difesa,
della protezione della popolazione e dello sport*

E 5001(G) 1977/71 Bd. 81 (793.06) Kriegsmaterial nach Südafrika durch Fa. Bühler Oerlikon (1963–1965)	19. 8. 2010
E 5001(G) 1979/56 Bd. 91 (793.1) Monatl. Verzeichnisse der erteilten Ausfuhr- und Durchfuhrbewilligungen (1965)	19. 8. 2010
E 5001(G) 1979/56 Bd. 91 (793.2) Ausfuhr eines Stgw nach Südafrika (1965)	19. 8. 2010
E 5001(G) 1979/56 Bd. 91 (793.4) Ausfuhr von Kriegsmaterial Kat. IV nach Südafrika und Indonesien (1965)	19. 8. 2010
E 5001(G) 1979/56 Bd. 91 (793.23) Ausfuhr von Strahlen- suchgeräten nach Südafrika (1965)	19. 8. 2010

- E 5001(G) 1980/30 Bd. 83 (793.1) Monatliche Verzeichnisse der erteilten Ausfuhr- und Durchfuhrbewilligungen (1966) 19. 8. 2010
- E 5001(G) 1980/30 Bd. 83 (793.19) Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Südafrika (1966) 19. 8. 2010
- E 5560(D) 1996/188 Bd. 139 (241.1.5) Nuklearwaffen, Allgemeines (1963–1968) 19. 5. 2010

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement / Département fédéral de l'économie / Dipartimento federale dell'economia

- E 7001(C) 1975/77 Bd. 14 (1611.31) Kredit an Electricity Supply Commission, Johannesburg (1965) 16. 8. 2010
- E 7001(C) 1975/77 Bd. 14 (1611.32) Kredit an Higveld Steel and Vanadium Corp. Ltd. Johannesburg (1965) 16. 8. 2010
- E 7001(C) 1978/58 Bd. 16 (1611.16) Neuer Überbrückungskredit Higveld Steel and Vanadium Corp. Ltd. Johannesburg (1966) 16. 8. 2010
- E 7001(C) 1978/58 Bd. 16 (1612.05) DM Anleihe Higveld Steel and Vanadium Corp. Ltd. Johannesburg (1966) 16. 8. 2010
- E 7110(-) 1975/32 Bd. 155 (840.7) Zollagenten Südafrika (1964) 16. 8. 2010
- E 7110(-) 1975/32 Bd. 155 (871.4) Beschwerden, Interventionen Südafrika (1964) 16. 8. 2010
- E 7110(-) 1976/21 Bd. 144 (840.7) Zollagenten Südafrika (1965) 16. 8. 2010
- E 7110(-) 1976/21 Bd. 144 (872.1) Ausschreibungen Südafrika (1965) 16. 8. 2010
- E 7110(-) 1977/9 Bd. 151 (840.7) Zollagenten Südafrika (1966) 16. 8. 2010
- E 7110(-) 1977/9 Bd. 151 (872.1) Ausschreibungen Südafrika (1966) 16. 8. 2010

